Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

Digitized by Google

INDIANA
UNIVERSITY
LIBRARY

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

eutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:
Ernst Jäckh, Paul Rohrbach, Philipp Stein

Schriftleitung:
Theodor Heuß, Axel Schmidt

Fünfter Jahrgang

Juli/Dezember 1920

eutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart-Berlin

Digitized by Google

D1
.D46
v.5
Jun-Dec
1920
(Inc)

INDIANA UNIVERSITY LIBRARY

Digitized by Google

Inhalts-Verzeichnis

I. Hauptartikel

	Seite
Barth, Die Arbeiterinternationale	227
Behrendt, Die Wohnungsfrage in Deutschland	86
Bende, Die national- und sozialrevolutionäre Bewegung in Indien	481
Bieler, Zur Lage unserer Ernährung	209
Boelcke, Rußland	121
Boujansky, Diktatur des Proletariats	330
Brockhausen, Das vergangene Oesterreich	266
— Die sogenannten Nationalstaaten auf dem Gebiete des alten Oesterreich	301
— Die Zukunft der Deutschösterreicher	362
— Die Aussichten des tschechoslowakischen Staates	509
Buchholz, Kohlenstreik in England	553
v. Bülow, Die Aufrechterhaltung des Versailler Vertrages	262
Buetz, Ungarn	80
— Die Kohlenfrage Frankreichs	409
Carnevali, Die wirtschaftliche Lage Italiens	531
Chlodewig, Von Wilson zu Harding	599
Deißmann, Zur religiösen Lage der Angelsachsen	458
Delbrück, Eine neue Anklageschrift	694
Dresdner, Skandinavische Probleme und Stimmungen	312
Ebstein, Der gegenwärtige Stand der flämischen Bewegung	203
— Das neue belgische Kabinett	698
Eimer, Patriotisch-nationalistisch-national	373
— Deutschland und Südslavien	47
Erdmann, Der neue Geist in der neuen Welt	270
Erdödy, Ungarns Krise	11
— Ungarns auswärtige Politik	233
— Die amerikanische Gefahr	397
— Zur ungarischen Lage	556
Eulenburg, Schwebende Finanzprobleme	176
Fischer, Schicksal gestalten	253
— Wie lange noch?	371
— Gleiches Maß	683
Fuchs, Kirchen auf!	28
— An die Studentenschaft der Universität Marburg	184
Grautoff, Deutsche in Frankreich	337

Digitized by Google

Hennig, Das Schiffahrtsabkommen zwischen deutschen und amerikanisch
und seine Bedeutung . . . . . .
— Die Schwierigkeiten beim Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte .
Hermann, Zum Thema Deutschland und die Tschechoslowakei . . . . . .
Herre, Eine Völkerbund-Auseinandersetzung . . . . . .
— Die Krise in Spanien . . . . . .
Herz, Aus dem annektierten Südtirol . . . . . .
— Um die deutsche Burschenschaft . . . . . 58.
Heuß, Das Kabinett Fehrenbach 9
— Um die Zwangswirtschaft 149
— Moskau und die Unabhängigen 297
— Erzberger im Weltkriege 394
— Deutsche Hochschule für Politik 437
— Preußen und die Reichspolitik 451
— Eine lex Wermuth 610
Hobohm, Die französische Schande im Rheinland 242
Immendörffer, Ungarns gegenwärtige Lage 428
Jäckh, Zur Hochschule für Politik 571
Kindt, Die Lage in Südwestafrika 432
Langenhagen, Leitgedanken zur Frage des Beamtentums 47
Linter, Stagnierende Wirtschaft 93
— Die Zukunft der deutschen Schiffahrt 218
— Gelsenkirchen-Luxemburg 282
— Valutaregulierung 446
Luther, Autonome Reichsprovinzen 582
Lutz, Negerrepublik Afrika 667
Meier, Georg Dehios Geschichte der deutschen Kunst und ihre nationale Bedeutung 155
Montgelas, Die Irrtümer Vivianis 141
Müller, Der Waffenstillstand von Rapallo 676
— Aus der Blütezeit des englischen Parlaments 189
Müller-Jabusch, Politisierung des Pazifisms? 613
— Honduras gegen Clemenceau 728
Ostwald, Was geht in Ostasien vor? 453
Pokorny, Das neue Irland 238
Preuß, Zur preußischen Verfassungsfrage 99
Quendt, Die Parteien in Frankreich 422
Rathenau, Bund der Erneuerung 124
Remarck, Bolschewisien, ein Arbeiterparadies? 486
Richter, Der Weg zur Revision des Versailler Vertrages 107
Roedern, Wirtschaftsethik 42
Rohrbach, Ein Vorschlag zur Güte 3
— Wie man Frankreich in den Krieg brachte 35
— Englische Beiträge zur Verantwortlichkeit für den Krieg 67
— Rußlands Schuldanteil am Weltkriege 131
— Zwischen Spa und dem Bolschewismus 163
— Vorurteile und Tatsachen in der Ostpolitik 195
— Was wir von der Regierung verlangen 259
— Der russisch-polnische Krieg 291
— Brief an einen Oberschlesier 323
— Der Diebstahl des Saarbeckens 355
— Cassiodor 387
— Frankreichs Ziel 523
— Die Schuld am Weltkriege und die Frage der Friedensrevision 547
— Deutschland unter den Weltvölkern 576
— „Eine große politische Formel“ 595
— Deutsche koloniale Arbeit 628
— Ein Besuch in Finnland 643
— Der Untergang Rußlands 689

Digitized by Google

Seite

...tische Politik — von außen gesehen 713
Ernst Laviſſe im Meinungsſtreite 660
Bodenreform oder Moskauer Diktat? 634
Das Ende des Rätesyſtems 39
Jahre Rätediktatur 170
Ende einer Illuſion 359
...llerand 419
...lina 579
...wering, Großpolitiſche Probleme 249
...verber, Die weltpolitiſche Bedeutung des Petroleums 306
Steier, Franzoſen und Tſchechen 368
Stolper, Die deutſchöſterreichiſche Finanzwirtſchaft 17
— Die politiſche Lage Deutſchöſterreichs 718
Stolz, Sibiriſche Eindrücke 534
Thimme, Die innerpolitiſche Lage im Lichte von Spa 75
— Die Tragik des Sozialismus 499
— Parteidämmerung 703
Thurnwald, Keine Illuſionen 527
Treuherz, Franzöſiſche Induſtriepolitik 115
— Pläne für den Wiederaufbau 646
Valentin, Der deutſche Einheitsſtaat auf föderaliſtiſcher Grundlage 274
— Lord Courtney 466
W. W., Die „ruſſiſchen" Randſtaaten 672
Waltemath, Hunger und Revolution 52
Wasruk, Polniſche moraliſche Offenſive in deutſchen Zeitungen 503
— Der oberſchleſiſche Autonomie-Gedanke 605
Wendel, Der Wirrwarr in Albanien 198
Wilhelm, Reichsſchulkonferenz 23
Wolf, Litauen 144
Wolzendorff, Das Problem der internationalen Abrüſtung 491
Zache, Deutſchland und ſeine Kolonien 563
*** Spa 105
*** Rußland, Polen und die Ukraine 167
*** Die transkaukaſiſchen Republiken 341
*** Die armeniſche Republik 442
*** Völkerbundsvorbehalte 619
*** Die Geheimniſſe von Crewe Houſe 722

Digitized by Google

II. Sachregister

Seite

Auswärtige Politik
Auswärtige Politik 34, 98, 129, 130, 161, 194, 521, 570
Die Arbeiterinternationale (Barth) 227
Aus dem annektierten Südtirol (Herz) 403
Deutschland unter den Weltvölkern (Rohrbach) 576
Deutsche Politik — von außen gesehen (Rohrbach) 713
Die Geheimnisse von Crewe House (***) 722
Eine große politische Formel (Rohrbach) 595
Großpolitische Probleme (Schwering) 249
Keine Illusionen (Thurnwald) . . 527
Millerand (Schmidt) 419
Negerrepublik Afrika (Lutz). . . . 667
Was geht in Ostasien vor? (Ostwald) 453
Politisierung des Pazifismus (Müller-Jabusch 613
Prinz Max von Baden zur Lage 285
Das Problem der internationalen Abrüstung (Wolzendorff) . . . 491
Richtlinien der äußeren Politik in Vergangenheit und Zukunft (Graf Carl Pückler) 383
Auslandsdeutsche
Noch einmal die deutsche Auslandspresse (v. Scheele-Willich) . . . 59
Deutsche in Frankreich (Grautoff) 337
Amerika
Amerika 474, 569
Die amerikanische Gefahr (Erenji) 397
Der neue Geist in der neuen Welt (Erdmann) 270
Von Wilson zu Harding (Chlodewig) 599
Balkan
Rumänien 2
Der Wirrwarr in Albanien (Wendel) 198
Belgien
Das neue belgische Kabinett (Ebstein) 698
Der gegenwärtige Stand der flämischen Bewegung (Ebstein) . . . 203
Bolschewismus
Bolschewismus 193, 351, 474, 571, 618, 666
Boschewisien ein Arbeiterparadies? (Rehmark) 486
Diktatur des Proletariats (Bouansky) 330
Das Ende einer Illusion (Schmidt)
Petersburger Lehrerdaseiu . . . .
Das Ende des Rätesystems (Schmidt) 39
Zwei Jahre Rätediktatur (Schmidt) 170
Der Untergang Rußlands (Rohrbach) 689
Dänemark, Skandinavien Finnland
Ein Besuch in Finnland (Rohrbach) 643
Skandinavische Probleme und Stimmungen (Dresdner) 312
Deutsch-Oesterreich
Deutsch-Oesterreich 1, 130, 497, 521, 619
Die deutschösterreichische Finanzwirtschaft (Stolper) 17
Die politische Lage Deutsch-Oesterreichs (Stolper). 718
Die Zukunft der Deutschösterreicher (Brockhausen) 362
Deutsche Randgebiete
Deutsche Randgebiete 66, 258, 289, 321, 353, 641, 665
Wetterlé ist unzufrieden mit England. 382
Elsaß-Lothringen
Straßburg 383
Die Elsaß-Lothringischen Abgeordneten protestieren gegen die Sprachenpolitik 382
England und Irland
England und Irland 161, 522, 545, 593, 594, 641, 687
Aus der Blütezeit des englischen Parlaments (Müller) 189
Lord Courtney (Valentin) 466
Deutschlands Kindernot in englischer Darstellung. 517
Das neue Irland (Pokorny) . . . 238
Kohlenstreik in England (Buchholz) 553
Frankreich
Frankreich 130, 257, 473, 570
Dichtung und Wahrheit über die Kriegsgefangenen-Behandlung (O. Simon) 223
Französische Industriepolitik (Treuherz) 115
Die französische Schande im Rheinland (Hohohm) 242
Frankreichs Ziel (Rohrbach) . . . 523
Fremdenlegion 127
Die Kohlenfrage Frankreichs (Buek) 409
Ernest Lavisse im Meinungsstreite (Rühlmann) 660

Digitized by Google

Seite

Schmidt) 419
An in Frankreich (Quendt) 423

Fragen
Anfragen 1, 33, 65, 97, 98, 226, 289, 365, 418, 450, 473, 569, 570, 687, 711
Die Aufrechterhaltung des Versailler Vertrages (v. Bülow) . . 262
Brief an die „Deutsche Politik“ 1629 und 1919 (Alsaticus) . . . 379
Der Diebstahl des Saarbeckens (Rohrbach) 355
Honduras gegen Clémenceau (Müller-Jabusch) 728
Spa (* * *) 105
Was wir von der Regierung verlangen (Rohrbach) 259
Der Weg zur Revision des Versailler Vertrages (Richter) . . . 107
Zwischen Spa und dem Bolschewismus (Rohrbach) 163

Griechenland
Griechenland 2, 617, 666

Italien
Italien 97, 290, 353, 386
Eine italienische Stimme über die deutsche Lage 519
Der Waffenstillstand von Rapallo (Müller) 676
Die wirtschaftliche Lage Italiens (Carnevali) 531

Innere Politik
Innere Politik 33, 162, 258, 290, 322, 386, 417, 418, 449, 498, 545, 619, 642, 665
Autonome Reichsprovinzen (Luther) 582
Brief an einen Oberschlesier (Rohrbach) 323
Der deutsche Einheitsstaat auf föderalistischer Grundlage (Valentin) 274
Erzberger im Weltkrieg (Heuß) . . 394
Die innerpolitische Lage im Lichte von Spa (Thimme) 75
Das Kabinett Fehrenbach (Heuß) . 9
Der Kronprinz im Sommer 1917. 516
Leitgedanken zur Frage des Beamtentums (Langenhagen) . . . 47
Eine lex Wermuth (Heuß) . . . 610
Der oberschlesische Autonomie-Gedanke (Wasruk) 605
Polnische moralische Offensive in deutschen Zeitungen (Wasruk) . 503
Preußen und die Reichspolitik (Heuß) 451
Zur preußischen Verfassungsfrage (Preuß) 99
Ein Vorschlag zur Güte (Rohrbach) 3
Wie lange noch? (Fischer) 371

Seite

Kolonien
Deutsche koloniale Arbeit (Rohrbach) 628
Deutschland und seine Kolonien (Zache) 563

Kulturpolitik
Cassiodor (Rohrbach) 387
Um die deutsche Burschenschaft (Herz) 589
Bund der Erneuerung (Rathenau) 124
Georg Dehios Geschichte der deutschen Kunst und ihre nationale Bedeutung (Meier) 155
Gleiches Maß (Fischer) 683
Deutsche Hochschule für Politik (Heuß) 437
Zur Hochschule für Politik (Jäckh) 571
Hunger und Revolution (Waltemath) 52
Kirchen auf! (Fuchs) 28
Patriotisch, nationalistisch, national (Eimer) 373
Reichsschulkonferenz (Wilhelm) . . 23
Zur religiösen Lage der Angelsachsen (Deißmann) 458
Schicksal gestalten (Fischer) . . . 253
An die Studentenschaft der Universität Marburg (Fuchs) . . . 184
Wirtschaftsethik (Roedern) 42

Neuerscheinungen
Neuerscheinungen 32, 63, 126, 384, 415, 472, 567, 664 734

Oesterreich
Das vergangene Oesterreich (Brockhausen) 266

Ostasien
Die national- und sozialrevolutionäre Bewegung in Indien (Benecke) . 481

Osteuropa
Osteuropa . . 193, 225, 321, 354, 450
Die armenische Republik (* * *) . 442
Litauen (Wolf) 144
Die „russischen“ Randstaaten (M. W.) 672
Die transkaukasischen Republiken * * * 341
Vorurteile und Tatsachen in der Ostpolitik (Rohrbach) 195

Parteipolitik
Parteipolitik 34, 65, 162, 194, 322, 449, 473, 498, 522, 546, 642, 688, 712
Parteiendämmerung (Thimme) . . 703
Moskau und die Unabhängigen (Heuß) 297
Die Tragik des Sozialismus (Thimme) 499

Polen
Polen 2, 66, 98, 129, 226, 257, 418, 497 712

Digitized by Google

Seite

Rußland, Polen und die Ukraine (* * *) 167
Der russisch-polnische Krieg (Rohrbach) 291
Wilna (Schmidt) 579

Rußland
Rußland (Boelcke) 121
Sibirische Eindrücke (Stotz) 534
Wrangel vor dem Zusammenbruch 592

Schuld am Weltkriege
Eine neue Anklageschrift (Delbrück) 694
Englische Beiträge zur Verantwortlichkeit für den Krieg (Rohrbach) 67
Eine englische Mahnung 710
Wie man Frankreich in den Krieg brachte (Rohrbach) 35
Ein französisches Urteil über das Kautsky-Buch 732
Die Irrtümer Vivianis (Montgelas) 141
Literatur zur Schuldfrage am Weltkriege . . . . . .
Rußlands Schuldanteil am Weltkriege (Rohrbach) 131
Die Schuld am Weltkrieg und die Frage der Friedensrevision (Rohrbach) 47

Sozialpolitik
Ein Wunsch an die Sozialisierungskommission (Luther) 96

Südslawien und Tschechoslowakei
Die Aussichten des tschechoslowakischen Staates (Brockhausen) . . 509
Deutschland und Südslawien (Eimer) 475
Deutschland und die Tschechoslowakei (Hermann) 632
Tschechei 617

Spanien
Die Krise in Spanien (Herre) . . 650

Ukraine
Ukraine 74, 546

Ungarn
Ungarn . . . . . .
— (Buetz) . . . . . .
Zur ungarischen Lage (Erenji) . .
Ungarns auswärtige Politik (Erenji) 2
Ungarns gegenwärtige Lage (Immendörffer) 428
Ungarns Krise (Erenji) 11

Völkerbund
Völkerbund . 593, 641, 666, 687, 711
Völkerbundsvorbehalte (* * *) . . 619
Eine Völkerbunds-Auseinandersetzung (Herre) 346

Wirtschaftspolitik
Bodenreform oder Moskauer Diktat (Schaffner) 634
Gelsenkirchen-Luxemburg (Linter) 282
Zur Lage der Ernährung (Bixer) 209
Pläne für den Wiederaufbau (Treuherz) 646
Politisch-wirtschaftliche Wirkungen der deutschen Steuerpolitik auf die Neutralen 62
Das Schiffahrtsabkommen zwischen deutschen und amerikanischen Reedern und seine Bedeutung (Hennig) 83
Schiffbau, Brief an die „Deutsche Politik" (Marineschiffbaumeister Albrecht) 318
Schwebende Finanzprobleme (Eulenburg) 176
Die Schwierigkeiten beim Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte (Hennig) 539
Stagnierende Wirtschaft (Linter) . 93
Valutaregulierung (Linter) 446
Wohnungsfrage in Deutschland (Behrendt) 86
Die Zukunft der deutschen Schiffahrt (Linter) 218
Um die Zwangswirtschaft (Heuß) . 149

Druck von Paß & Garleb G. m. b. H., Berlin W 57, Bülowstraße 66.

Digitized by Google

Y. P.

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Inhalt:

Politische Glossen 1
Rohrbach, Ein Vorschlag zur Güte 3
Heuß, Das Kabinett Fehrenbach 9
Erényi, Ungarns Krise 11
Stolper, Die deutsch-österreichische Finanzwirtschaft . 17
Wilhelm, Reichsschulkonferenz 23
Fuchs, Kirchen auf! 28

Preis vierteljährlich M 10.–, das einzelne Heft M 1.–

5. Jahrgang 2. Juli 1920 Heft 27

Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart-Berlin

Digitized by Google

Alleinige Anzeigenannahme: **Werbedienst G. m. b. H. Berlin W. 35.** Lützowstraße 1

Bettina von Arnim

Vorkämpfer deutscher Freiheit

Arnim, Dies Buch gehört dem König	M.	—.60
Barth, Die politische Phrase	„	—.60
Jacoby, Vier Fragen	„	—.60
Kant, Staat, Religion und Erziehung	„	—.60
Rotteck, Freiheit 1838	„	—.40
Heine, Ich klage sie an!	„	—.40
Deutsche Freiheitslieder	„	—.90
Blum, Weihnachten	„	—.40
Rupp, Ueber den christlichen Staat	„	—.40
Brater, Fliegende Blätter 1857/58	„	—.40
Fichte, Was ein Volk sei	„	—.30
Roesike, An die Arbeiter	„	—.40
Oppenheim, Pflichterfüllung	„	—.40
Richter, Freiheit des Vereinswesens	„	—.30

Zu beziehen durch jede gute Buchhandlung, sonst direkt vom Verlag

Politischer Verlag B. Heller, München

Herzog-Maxstraße 4

Soeben erschien und ist durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Stil und Behaglichkeit

Gedanken und Vorschläge zur Wohnungskultu

Von

Albert von Hofmann

Geschmackvoll kartoniert M 6.—

In den sechs Kapiteln dieses Büchleins gibt Albert von Hofmann Antwort auf die Frage: Wie schaffe ich mir in meinem Hause ohne Aufwand gediegene Behaglichkeit? — Es ist also ein überaus zeitgemäßes Buch, das die Gesundung und Kräftigung unseres Stilgefühls durch seine stetige Übung am eigene Heim bezweckt. Da eigene Heim ist das ein zige Feld, das alle zur Betätigung ihre Geschmacks offensteht; wie auf dem Gebie der Wohnungskultur mit wenigem viel erreic werden kann, zeigt der Verfasser besonde einleuchtend an sehr gut gewählten Beispiele

Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart und Berli

„Die Bücherpost"

unterrichtet wöchentlich über Neuerscheinungen des deutschen Buchhandels aus allen Wissensgebieten und der Unterhaltungsliteratur. Einzelnummer 25 Pfg., vierteljährlich Mk. 2.50. Abonnements nimmt jede Poststelle, auch der Briefträger, entgegen. Probenummern sendet die Geschäftsstelle der „Bücherpost", Frankfurt a. M., Niddastr. 74, postfrei und umsonst.

A. WARMUTH · Speditionsgesc

Zentrale: BERLIN S. 2, Hinter der Garnisonkirche
Fernsprecher Norden 309, 310, 1642, 4472 u.
Leipziger Abteilung: Dorotheenstr. 28a. Zentrum

Versand von Gütern aller Art nach allen Orten der

Möbeltransport — Lagerung.

Digitized by Google

3. Jahrgang * 2. Juli 1920 * Heft 27

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Die Entente-Noten, die den Auftakt zur Konferenz von Spaa geben, beschäftigen sich mit der Durchführung der deutschen Entwaffnung. Die Schwierigkeiten, die in der wirtschaftspolitischen Beurteilung zwischen den feindlichen Mächten vorhanden sind, werden in den Hintergrund geschoben, indem man sich in Angst und Haß gegen Deutschland findet. Es hat ja kaum einen Zweck, dagegen mit lauten Worten anzugehen, noch zu untersuchen, wo das größere Stück sinnloser Kurzsichtigkeit sitze, in Paris oder in London. Die Entente-Regierungen brauchen ihre politischen Siege über das wehrlose Deutschland und sie brauchen dazu das nationalistische Kraftmeiertum wie das ekelhafte unabhängige Denunziantentum, um solcher Art von Politik den Anschein der Berechtigung zu geben. Einer klaren Einsicht versperren sie sich gewaltsam. Es gibt bei uns in Deutschland Leute, die glauben, mit einem großen Versöhnungsprogramm des gemeinsamen Wiederaufbaus von Europa werden wir in Spaa Erfolge haben können; sie machen die Augen zu, daß zum Wiederaufbau zunächst staatliche Sicherheit nötig ist, und daß deren Elemente uns jetzt genommen werden sollen. Was helfen alle schönen Reden über eine positive Wirtschaftspolitik, wenn dem Staat die geringen Stützen seiner geringen Autorität bewußt abgesägt werden. Man treibt Rechthaberpolitik nach dem Papier von Versailles, um dessen Scheinmacht je und je zu bestätigen; aber man zwingt damit Deutschland, in einer Politik der passiven Resistenz den verbrecherischen Unsinn der Tollheit ad absurdum zu führen.

*

In Wien bleibt kein anderer Ausweg aus der Kabinettskrise als Verständigung. Denn ein konsequentes Gegeneinander der beiden führenden Parteien, der Christlichsozialen und der Sozialdemokraten, heißt das Ende aller österreichischen Politik. Der Bruch war Auslösung stärkster Spannungen, aber keine politisch verantwortliche Leistung. Man sucht, bis Oktober ein erträgliches Flickwerk herzustellen, und dann neu zu wählen. Aber auch nach den Wahlen wird, bis das kleine Land den Anschluß an

Digitized by Google

den gesamtdeutschen Rhythmus gefunden haben wird, eine Verständigung je und je notwendig sein. Für die Parteipolitiker heißt das Resignation; aber daß der Staat halbwegs leben könne, ist wichtiger als daß in der Politik programmatisch geturnt werde.

*

Die polnische Krise zieht sich fast ebenso lang wie die deutsche. Der Versuch, die Sozialisten zur Kabinettsbildung heranzuziehen, ist im letzten Augenblick gescheitert. Jetzt soll der Nationaldemokrat Grabski es versuchen, ein unparteiisches Kabinett zu bilden, das natürlich mehr nach rechts orientiert sein wird. Frieden freilich, wollen jetzt alle haben, nachdem sich die Pufferstaatsidee Pilsudski als nicht ausführbar erwiesen hat. Es bleibt nur die Frage, ob es nicht einem imperialistischen Politiker, wie Grabski, schwerer fallen wird, sich mit den Bolschewisten zu verständigen, als der Linken, die von Anfang an energisch den Frieden verlangt hatte. Neuwahlen sind wenig aussichtsreich, weil durch sie nur die beiden extremen Flügel verstärkt werden würden.

*

Wilson ging nach Versailles, um die Abschaffung der Geheimdiplomatie und deren Ersetzung durch den Völkerbund zu erreichen. Der Völkerbund kann nicht leben und sterben, weil nicht einmal Amerika ihm beitreten will. Dafür blüht die Geheimdiplomatie stärker als je. Selbst den kleinen Bundesgenossen in der Entente wird die Brutalität der Großen zu arg. Jetzt ist der frühere rumänische Ministerpräsident Bratanu, ein enragierter Ententefreund, in die Oeffentlichkeit geflüchtet, weil England und Frankreich ein Geheimabkommen getroffen haben, die deutsche Vorherrschaft auf dem Gebiete der rumänischen Oelwirtschaft durch ein französisch-englisches Syndikat zu ersetzen. Er nennt diese Abmachungen, die in San Remo getroffen sind, kurz aber bezeichnend „schamlos".

*

Venizelos bietet sich den Ententemächten als imperialistisches Werkzeug an. Griechenland ist um den eigenen Krieg sozusagen herumgekommen; offenbar sind aber die Erfolge seiner von der Entente patronisierten Neutralität im Innern einigermaßen fragwürdig, so daß Kriegsunternehmen, Großmachtspolitik über heimatliche Miseren hinweghelfen sollen. Die Griechen sollen und wollen bei Smyrna kämpfen. Inzwischen aber hat Mustapha Kemal deutlich durch den Friedensentwurf der Entente einen starken sachlichen und moralischen Gewinn. Man wird die Kämpfe südöstlich von Stambul militärisch sicher nicht überschätzen. Aber das englische Prestige erträgt es in Konstantinopel nicht, wenn in der Nähe der türkische Nationalismus siegreich bleiben sollte. Lloyd George stellt die Dinge als harmlos dar; aber sein Gesicht hat dabei fatale Züge.

Digitized by Google

Ein Vorschlag zur Güte

Von Dr. Paul Rohrbach

Nach den letzten Entwaffnungsnoten der Alliierten an Deutschland muß es also bei der Herabsetzung der deutschen Heeresstärke auf 100 000 Mann verbleiben. Die Sicherheitspolizei ist in drei Monaten aufzulösen; die Zahl der gewöhnlichen Polizeimannschaften (Schutzmannschaft und Gendarmerie) kann auf 150 000 Mann erhöht werden. Auf wirksamen Maßnahmen zur Auflösung der Einwohnerwehren wird ebenfalls bestanden.

So die Vorschriften. Daß ihre Durchführung Deutschland wahrscheinlich schon im Laufe weniger Monate ins Verderben stürzen wird, kann niemand bezweifeln, der die Verhältnisse kennt. Gleichzeitig mit den alliierten Noten wird bekannt, was auf der Sitzung der „Kommission A" der U.S.P.D. in München am 20. Juni über den kommenden Generalstreik in Deutschland verhandelt und beschlossen worden ist. Es heißt in dem Bericht des „Bayerischen Couriers" unter anderem: der Vorsitzende habe auf den Einwand, welche Gefahren für die Mütter, Säuglinge und Kranken die Absperrung des Wassers mit sich bringen würde, geantwortet: Wenige tausend Menschenleben *spielten bei dem Endkampf des Proletariats keine Rolle*. Die Einwohnerwehr könne leicht überrumpelt werden. Mehr zu fürchten sei die Reichswehr; *zum Glück aber sei deren Verminderung auf 100 000 Mann tot sicher!*

Man stelle sich vor, die uns aufgezwungene Verminderung der Reichswehr ist durchgeführt, und die radikalen Organisationen blasen zum „Endkampf des Proletariats", so wie er in den Münchener Reden abgemalt ist. Dann ist der endgültige Zusammensturz da. *Soll* er nach der Absicht der Alliierten kommen? Ist er der eigentliche *Zweck* der von ihnen beliebten Politik? Für den gewöhnlichen Verstand scheint kaum etwas anderes übrig zu bleiben, als diese Annahme, denn, so denkt man, die Alliierten *müssen* doch sehen, wohin die Entwaffnung Deutschlands in dem von ihnen vorgeschlagenen Umfange führt, und wenn einer sehenden Auges etwas anordnet, wovon die Konsequenzen klar zutage liegen, so muß er diese Konsequenzen doch wollen. So scheint es., Aber lesen wir einen Artikel, den ein Deutschland so wenig feindlich gesinnter Mann wie Charles Trevelyan, derselbe, der um der Kriegserklärung an Deutschland willen aus dem englischen Kabinett austrat, vor zwei Monaten, nach seiner Rückkehr von einer Reise nach Deutschland, in den „Foreign Affairs" (Aprilheft) geschrieben hat. Trevelyan, der der Arbeiterpartei beigetreten ist, verbreitet sich darin ausführlich über das Unrecht des Friedens von Versailles, nennt diesen die Ursache der reaktionären Strömung in Deutschland und erklärt dann:

Digitized by Google

„Diese Strömungen würden in Deutschland keinen Erfolg haben; denn die Deutschen wünschten weder einen Rachekrieg, noch würden sie sich wieder für den Militarismus einfangen lassen, außer wenn zwei große Lehren der letzten Ereignisse in England nicht begriffen würden. Die erste davon sei, daß die schauerliche Grausamkeit des Friedensvertrages nicht nur abgeändert, sondern gänzlich verändert werden müßte, dem Geist und den Tatsachen nach, weil es sonst doch nur eine Frage der Zeit sei, wann ein neuer nationalistischer Geist in Deutschland erstehen und Gerechtigkeit fordern werde; die zweite: „daß die eine Richtung, in welcher der Friedensvertrag nicht um ein Jota verändert werden sollte, die Bedingungen sind, welche Deutschlands Entwaffnung vorschreiben. Gerade hier aber ist der Punkt, wo die alliierten Regierungen nachzugeben beabsichtigen. Ihre Laxheit, auf der Auflösung der baltischen Armee nicht zu bestehen und Hoffnungen auf die Beibehaltung eines größeren Heeres als 100 000 Mann zu erwecken, habe der alten Gesellschaft in Deutschland ihre Chance gegeben. Die Militärmaschine sollte zertrümmert werden. Dies ist die einzige anständige Klausel des Vertrages. Unsere Regierung hat auf das Gewinsel über die Gefahr des Bolschewismus in Deutschland gehört. In dieser Generation wird das deutsche Heer zu dem Zweck aufrechterhalten, den deutschen Arbeiter zu unterdrücken und den Sozialismus mit Gewalt zu besiegen. Die britische Arbeiterpartei muß darauf bestehen, daß die deutsche Entwaffnung Wirklichkeit wird, um das Leben und den Fortschritt ihrer deutschen Kameraden zu retten; ebenso wie letzten Endes im Interesse ihrer eigenen Sicherheit!"

Es kann nicht die Rede davon sein, daß Trevelyan übelwollend wäre. Er hat eine mehrwöchentliche Studienreise durch Deutschland gemacht, und ich bin ihm zwar persönlich nicht begegnet, stehe aber in Fühlung mit Persönlichkeiten, die er gegen Ende seines Aufenthalts gesprochen hat. Er war ganz und gar beeinflußt von den Informationen „unabhängiger" Gewährsleute. Die Grundlagen derjenigen Anschauung in England, die da meint, die Zertrümmerung der Militärmaschine sei die einzige anständige Klausel des Vertrages von Versailles, und die Maschine müsse immer noch weiter zertrümmert werden, stammen direkt aus dem Salon Cassirer und ähnlichen Quellen. Es liegt Plan in dem Einfangen der fremden Korrespondenten, vor allen Dingen der englischen, durch unsere Unabhängigen. Das, was diese über alles fürchten, worin sie die stärkste, ihren Plänen entgegenwirkende Kraft erblicken, ist der uns noch verbliebene Rest einer Armee. Wenn Dinge, wie der Generalstreik durch ganz Deutschland, und die übrigen zur Aufrichtung der proletarischen Diktatur, der Räteherrschaft usw. zu erstrebenden Maßnahmen, funktionieren sollen, so darf die bewaffnete Macht, die der Regierung in Deutschland zur Verfügung steht, nicht so stark sein, daß sie imstande ist, die Ordnung zu stützen. Der sicherste Weg, dies Ziel zu erreichen, ist die buchstäbliche Durchführung des Friedensvertrages. Die deutsche Regierung bemüht sich, in diesem Punkt eine vernünftige Milderung zu erreichen. Will man

Digitized by Google

ihr das unmöglich machen, so muß man die Entente aufhetzen. Dazu muß man die nach Deutschland kommenden fremden Korrespondenten einfangen und sie mit den richtigen Informationen versehen. Das ist nicht so schwierig, denn erstens hat man dazu geschickte Leute aller verschiedensten Kalibers, jeder geeignet, von einer anderen Seite her den gewünschten Eindruck zu machen. Zweitens hat man Salons, wo man die fremden Gäste in kultivierter Form begrüßt. Wo man sie hinbringt, werden sie nach demselben Rezept behandelt. Der erste Bestandteil der Mischung heißt: Wir sind das wahre moralische Deutschland. Wir verdammen das fluchwürdige alte System. Wir bekennen, daß Deutschland und nur Deutschland schuldig ist. Wir werden aus Deutschland wieder das Reich der reinen Idee, der Humanität, der geistigen Größe machen. Der zweite Bestandteil sind Schauergeschichten, Deklamationen und Denunziationen über den noch vorhandenen Militarismus, über die Kraft der Reaktion, den diktatorischen Uebermut der Junker und Generale, Bilder und Erzählungen von Grausamkeiten der „pervertierten Soldateska" und so fort. Das dritte dazugehörige Stück sind Anklagen und Verdächtigungen gegen die Rechtssozialisten, die eigentlich nur eine schlecht maskierte Sorte von Militaristen, Chauvinisten und Nationalisten seien. Solange sie an der Macht wären, sei absolut nichts zu hoffen. Sie seien womöglich schlimmer als die eigentlichen Reaktionäre.

Man lese eine Korrespondenz des „Manchester Guardian", eines im ganzen loyalen Blattes, aus den Tagen der Kämpfe im Ruhrgebiet. Der Korrespondent schreibt, die „Roten" seien dort „schamlos betrogen worden". Er habe in Mülheim ihre Führer in ihrem Hauptquartier besucht und mit ihnen konferiert. Das Bielefelder Abkommen sei von den „Roten" angenommen worden, aber die roten Frontsoldaten hätten Garantien verlangt, ehe sie die Waffen niederlegten, denn sie hätten den weißen Terror gefürchtet. Aus Berlin sei angekündigt worden, Frankreich habe dem Einmarsch der Reichswehr zugestimmt. Nun weiter wörtlich:

„Die Führer der „Roten" waren in Verzweiflung und wünschten nur für sich und ihre Anhänger einen Ausweg. Sie fragten mich, ob eine Chance alliierter Einmischung bestehe, damit ein weißer Terror und als Folge die Sabotage ihrer Erwerbsmöglichkeiten verhütet werde. Sie erklärten, daß sie französische Soldaten in Essen und dem Bezirk der Reichswehr vorziehen würden. Des weiteren erklärten sie, daß dies die Meinung aller „Roten" sei. Sie schlugen vor, den französischen Sozialisten einen Brief zu senden, mit der Bitte, in dieser Richtung zu intervenieren. . . Nach Fühlungnahme mit dem „roten" Zivilhauptquartier in Essen trat zutage, daß gegen die Unterzeichnung eines solchen Dokuments große Bedenken bestanden. Ich regte an, ob nicht eine interalliierte Körperschaft von Sachverständigen vorzuziehen wäre. Sie glaubten nicht, daß eine solche genügend schnell in ihren Bewegungen sein würde. Dann ging ich nach Köln, um zu versuchen, bei der Interalliierten Kom-

Digitized by Google

mission etwas für die Roten zu tun. Am nächsten Tage wurde es deutlich, daß Bauers erste Erklärung unbegründet gewesen war, und die Gefahr nicht so nahe bevorstand, wie die „Roten" glaubten. Bis zum nächsten Montag, dem 29. März, blieben die Dinge in der Schwebe, wo General von Watter sein Ultimatum erließ, daß Waffenstreckung ohne Garantie oder Amnestie bis 11 Uhr am Dienstag erfolgen müsse. Um 7 Uhr kam mein Kollege mit zwei roten Führern mit der Bahn von Essen an, als Abgesandter vom Roten Ausschuß, um den Versuch zu machen, auswärtige Intervention zu erlangen. Der eine der zwei roten Unterhändler war ein Kommunist, der andere ein unabhängiger Sozialist. Der Unabhängige fuhr sofort weiter nach dem Hauptquartier seiner Partei in Köln zur Beratung. Um 10 Uhr kehrte er wieder zurück mit der Mitteilung, daß seine Partei einem solchen Vorgehen herzlich beistimme. Bald darauf gingen wir vier zu einem wichtigen Beamten der Alliierten in dessen Wohnung. Er empfing uns in einem unteren Zimmer und der Unabhängige trug sogleich seine Sache vor. Er erklärte, die „Roten" könnten der Reichswehr nicht trauen, sie wünschten nachzugeben; und dann legte er seine Mindestbedingungen vor, nämlich, daß die Roten sich an das Abkommen von Bielefeld halten und dem Bürgermeister ihre Waffen abliefern wollten, auf die Bedingung hin, daß die Reichswehr nicht einrücke und interalliierte Offiziere ihr Vorrücken verhindern sollten. Der alliierte Beamte erhob Einwände gegen diese letztere Bedingung, weil sie unausführbar sei, und der Unabhängige erklärte sich einverstanden, daß Reichswehroffiziere selbst die Truppen aufhalten sollten. Weiter verlangten sie nichts. Der Unabhängige teilte dem alliierten Beamten mit, der Generalstreik sei erklärt worden, und der junge Kommunistenführer gab den Plan für die Zerstörung der Bergwerke auf, die folgen sollte, falls eine Vermittelung nicht zustandekomme. . . Der alliierte Beamte erklärte sich bereit, nach Berlin zu telephonieren, um die Regierung aufzufordern, Mäßigkeit zu bewahren und die Dinge nicht zu überstürzen. Am nächsten Morgen fuhren die Arbeiterführer ab mit der Versicherung, von ihrer Seite aus, würden sie den Generalstreik abflauen lassen und, soweit ihre Macht reichte, Sabotage verhüten."

Nachdem in Münster ein Abkommen geschlossen und die Entwaffnung in Gang gekommen war, sei es zu größeren Truppenverschiebungen gekommen, und man erfuhr von Gefechten. Scheußliche Geschichten über Erschießungen seien durchgesickert (auch die von der scheußlichen Mordtat der „Roten" am Essener Wasserturm?).

„Plötzlich erklärte am Sonnabend die deutsche Regierung, Severings Versicherung, daß die Truppen infolge von Verbindungsschwierigkeiten nicht zurückgehalten werden könnten, verstärkend, daß die Truppen außer Kontrolle geraten seien. Gestern Abend nun wird nach eigenen Berliner Meldungen das Vorrücken dieser Truppen offen eingestanden. . . Die Meinung der Arbeiter, daß die Verhandlungen in Münster und anderswo nur karthagische Versprechungen sind, hat sich als durchaus gerechtfertigt herausgestellt; sie sind in die Lage von Unversöhnbaren gebracht worden durch ihre berechtigte Furcht vor der Treulosigkeit Berlins und Watters. Sie sind überzeugt, daß Watter im Einverständnis mit Berlin einen neuen „Putsch" vorbereitet, und obgleich man ihnen bisher meist nicht geglaubt hat, müssen jetzt selbst gemäßigte Arbeiter sie unterstützen. Man

Digitized by Google

benutzt ihre Entwaffnung und die Verwirrung, in welche die Hoffnung auf Beilegung und ihr Vertrauen auf Severing ihre Organisation gestürzt hat, und daher muß man annehmen, daß sie jetzt eine kopflose, verängstigte und verzweifelte Menge sind, bedroht und in den Tod getrieben durch ihr Vertrauen auf die Besprechungen und Versicherungen aller außerhalb ihrer eigenen Reihen. Die Verantwortung dafür, daß der französischen Militärpartei in die Hand gespielt worden ist, liegt gänzlich in Berlin infolge der Schwäche und der Treulosigkeit, die dort herrscht, und auf den deutschen Reaktionären."

Es ist nicht nötig, auf die Einzelheiten dieses Berichtes einzugehen; sein allgemeiner Inhalt und seine Tendenz sind deutlich genug. Man hat das Gefühl, als ob ein Schleier von Dingen fortgezogen wird, von denen wir nichts geahnt haben. Der englische Korrespondent und sein Kollege treten hier auf als souveräne Schutzmacht für die eine Partei in einem innerdeutschen Kampf, verhandeln mit fremden Mächten, nehmen Partei gegen die deutsche Regierungsautorität und geben ihren englischen Lesern eine Darstellung der Ereignisse, deren einseitige Tendenz nicht gut überboten werden kann. Das alles, sieht der Leser in England, kann sich heute auf deutschem Boden ein fremder Zeitungskorrespondent erlauben. Ich kenne einen anderen Fall, wo englische Korrespondenten in einem „Stabsauto" der Roten Armee in der „Kampflinie" umhergefahren wurden und in einer Weise gegen die Regierung und die Truppen beeinflußt worden sind, die unbeschreiblich ist. Diese Pläne und Methoden zur Beeinflussung werden in den Berliner Salons und in den übrigen unabhängigen Hauptquartieren an anderen Plätzen Deutschlands sorgfältig entworfen. Die Korrespondenten werden glänzend aufgenommen, sie werden begrüßt als die Retter des besseren Deutschland, sie bekommen die ausgewähltesten unabhängigen Kräfte zu sehen, die ganz klugen, überlegenen Drahtzieher und die naiven, hingebungsvollen Gläubigen, man schmeichelt ihnen und man verhetzt sie mit allen Mitteln. Das Ergebnis sind dann die gewünschten Berichte, denn es gibt in ganz England nur sehr wenige Journalisten, die imstande sind, sich auf deutschem Boden selbständig zu bewegen und ein selbständiges Urteil zu finden. Ich lese in einem englischen Brief:

„Auf diesen Ton sind die englischen Blätter der linken Seite, außer „Daily News" alle gestimmt. Daher auch die Einmütigkeit in der Forderung nach Deutschlands Entwaffnung. Hier hat Millerand ein zugkräftiges Agitationswort gefunden, und es wird für Deutschland schwer, aber auch unumgänglich nötig sein, aufzuklären. Einzelne Stimmen von Korrespondenten in Berlin haben sich gefunden, die erkannt haben, daß die stete Beunruhigung, die Putschgefahren, die Schwäche der Regierung gegen die Reaktionäre, ja gerade auf dem Mangel eines genügend starken regulären Heeres beruhen. Der „Daily News"-Korrespondent bringt zuerst den Gedanken auf, den nachher Lloyd George in seiner Rede im Unterhaus nach San Remo aufgreift: Die deutsche Regierung hat gar nicht

Digitized by Google

die Machtmittel, widerspenstige Truppenformationen zur Auflösung zu zwingen; das ist der Grund, daß nicht immer die Verpflichtungen zur Entwaffnung eingehalten werden. Aber General Sir F. Maurice schreibt in derselben Zeitung Artikel gegenseitiger Tendenz und befürwortet immer wieder die völlige Entwaffnung.

Nach dem Kapp-Putsch hatte sich sehr bald in England die Ueberzeugung verbreitet, daß hierdurch ein Beweis für die demokratische Gesinnung des deutschen Volkes geliefert sei. Dann begannen die Denunziationen der deutschen Unabhängigen und ihr Echo in der englischen liberalen Presse. Zwar „Nation" vom 10. April empfiehlt für Deutschland als allein geeignet das Milizsystem, und am 17. April fragt sie selbst, ob man Deutschland wohl zumuten könne, das unruhige Ruhrgebiet ganz ohne Truppen zu lassen. Auch „Daily News" erkennt mehrmals an, die deutsche Regierung müsse ihren Arm bis in alle Ecken ihres Landes strecken können. Dergleichen aber muß man mühsam heraussuchen, während die alarmierenden Artikel über die reaktionären Reichswehrtruppen sich massenhaft finden, besonders nach der heillosen Dummheit der deutschen Offiziere, die ausgerechnet die Korrespondenten von „Manchester Guardian" und „Daily News" brüskierten."

In der „Times" vom 22. April stand eine Denunziation auf Grund von Spionagenachrichten aus Deutschland, Nachrichten, die ganz offenbar „unabhängige" Quellen haben. Danach gebe es einen „invisible German Staff" (unsichtbaren deutschen Generalstab), der sich in Zivilkleidung erhalten wolle, um die Entente zum Besten zu halten und heimlich das deutsche Heer wiederaufzubauen. Weiter:

„General v. Seeckt sei das Haupt dieser „unsichtbaren Regierung", ein Geheimagent der Entente habe dem Korrespondenten (in Frankfurt) gesagt, daß er mit einem General gesprochen habe, der das Reichswehr-Gruppenkommando I in Berlin kommandiere. Keinesfalls werde die niedrige Grenze von 100 000 erreicht werden; Seeckt werde allen denkbaren Druck auf die Entente ausüben, um die Beibehaltung der 200 000 Mann durchzusetzen. . . Den Ententekommissionen werde überall die Wahrheit zu verschleiern gesucht. Ein von General v. Seeckt gebilligtes Zirkular an die Führer der Einwohnerwehren „warne" davor, daß außer den dazu Berufenen einzelne Mitglieder an Ententeoffiziere Auskünfte über die Wehren erteilten. Ohne Ausnahme solle man höflich aber bestimmt an den Kreishauptmann verweisen. Und dann wird noch ein Zirkular an die Unteroffiziere mitgeteilt, worin diesen geraten wird, sich der Einwohnerwehr anzuschließen, nach Nr. 4188 vom 25. April 1819 der Instruktionen des Reichswehrministeriums seien Mitglieder der Einwohnerwehren, die unter Befehl der Militärbehörden ständen, ganz wie Mitglieder der kämpfenden Reichswehr zu behandeln. Im Falle der Notwendigkeit würden die Einwohnerwehren der Reichswehr einverleibt werden."

Man sieht, die „unabhängige" Mache ist hier mit Händen zu greifen, und man sieht weiter, das „unabhängige" System hat vollen Erfolg. Es hat Erfolg wie alle Dinge, die planmäßig, klug, mit Hingabe, mit den erforderlichen Mitteln und mit bewußter Zusammenarbeit der eingesetzten Kräfte betrieben werden. Den Erfolg spüren wir daran, daß

Digitized by Google

die Entente von der Verminderung des deutschen Heeres auf 100 000 Mann nicht abgeht. Das scheinbare Zugeständnis, Schutzmannschaft und Gendarmerie dürften 150 000 Mann stark sein, ist darum wenig wert, weil diese Kräfte nur eine lokale, auf die betreffende Stadt oder den betreffenden Kreis beschränkte Organisation haben dürfen. Die natürliche und schon jetzt zutage getretene Folge davon ist, daß sie sich nicht für verpflichtet halten, außerhalb ihres gewöhnlichen Bezirks sich verwenden zu lassen. Mit städtischen Schutzleuten und Kreispolizisten aus dem Rheinland kann man keine Kommunistenaufstände in Thüringen oder München bekämpfen und umgekehrt ebensowenig. Das wissen die Unabhängigen, und darum haben sie nach dieser Richtung keine Furcht. Was sie fürchten, ist die Reichswehr, und was sie durch ihre Praxis der Denunziationen mit Hilfe der ausländischen Presse erreicht haben, ist, daß die Reichswehr so weit beschränkt wird, daß sie hoffen können, sie zu überwältigen. Das Merkwürdige bei der Sache ist, daß wir ja auch eine Regierung haben, die ihrerseits gleichfalls Möglichkeiten der Propaganda besitzt. Diese Propaganda scheint aber noch nicht begriffen zu haben, welche loyalen und wirksamen Wege man gehen muß, um die öffentliche Meinung des Auslandes zu unterrichten. Die alte Regierung hat nicht viel Ahnung davon gehabt, und die neue scheint, wenn das möglich ist, noch weniger Ahnung zu haben. Sie ist hilflos gegenüber der überlegenen Geschicklichkeit der Unabhängigen. Wir möchten darum einen Vorschlag zur Güte machen. Vielleicht ist es möglich, den Chef der Unabhängigen-Propaganda zur Information der fremden Presse zu fragen, ob er nicht geneigt wäre, unter angemessenen Bedingungen sich in die Regierung berufen zu lassen und zu zeigen, wie man Propaganda macht. Vielleicht ist die Frage nicht ganz aussichtlos, und es wäre doch erfreulich, wenn auf diese Weise dazu beigetragen werden könnte, daß wir, bevor es zu spät ist, eine Armee wiederbekommen, die stark genug ist, um Deutschland und damit die übrige Welt vor dem Versinken in Blut und Schlamm zu retten.

Das Kabinett Fehrenbach

Von Dr. Theodor Heuß

Ein parlamentarisches Ministerium bezieht seinen Namen von dem leitenden Minister. Er ist berufen, die Richtlinien der Politik zu zeigen und ihren Kurs zu steuern; seine wesentliche Verantwortung liegt in der Auswahl der Mitarbeiter. Offenbar dauert es noch lange in Deutschland, bis wir die Technik eines solchen Verfahrens handhaben können, das die Voraussetzung der Führerwahl ist. Als Ebert seinen Freund Scheidemann mit der Kanzlerschaft beauftragte, den anerkannten Führer

Digitized by Google

der stärksten Fraktion, hatte dies Logik; seine Nachfolger, Bauer, Müller, waren das Ergebnis von Verlegenheit und persönlicher Opferbereitschaft. Und auch heute ist es nicht anders. Fehrenbach tritt in die Bresche, weil Trimborn und Dr. Mayer sich versagen und die persönlichen Eigenschaften einer urbanen Liebenswürdigkeit ihn als Mittelsmann brauchbar erscheinen lassen. Der glühende Drang zum Führertum war es nicht, der ihn von der Leitung des Parlaments zur Leitung der Staatsgeschäfte vorantrug.

Und die Ministerwahl? Als im Verlauf der Krisis die Frage an die demokratische Fraktion kam, gab Dr. Petersen den Hinweis: Macht zuerst den Kanzler, der sein Programm, seine Mitarbeiter zeigt, und dann wird die Vertrauensfrage eindeutiger beantwortet werden können. Das war richtig, aber in der Praxis durch die Tatsache eingeengt, daß die Sozialdemokraten ohne Kenntnis der Minister, ohne Kenntnis eines Programmes sich zur Abstinenzpolitik entschlossen hatten. Damit war die Basis des neuen Kabinetts nach der linken Seite sehr viel schmaler geworden. Seit deutlich war, daß das Ministerium im parlamentischen Sinn ein Minderheitskabinett sein würde, war der Zwang, den Boden auf seine relative Tragfähigkeit vorsichtig abzufühlen, sehr viel stärker geworden. Das Kabinett, das jetzt zustande kam, lebt von der Gnade der „Opposition", und diese ist damit sachlich stärker, als wenn sie in der Verantwortung selber säße. Die Mehrheitssozialisten wissen das und wollen den Zustand des verantwortungslosen, aber die Macht besitzenden Zuschauens genießen. Sie wollen sich nicht am Kampf gegen Umsturz, wollen nicht im aussichtslosen Ringen gegen die wirtschaftlichen Krisen die Hände zerreiben, sondern in der Sommerfrische der Opposition die geschwächten Nerven erholen. Ihre Verantwortungslosigkeit aber bleibt sachlich größte Verantwortung. Sie sind nach Versailles gegangen und haben Angst vor Spa. Sie weichen vor Situationen aus, die sie selber geschaffen. Werden sie hinter Spa, das eine schwere Lage bringen wird, dem Staate dienen wollen oder den Agitationswettlauf mit den Unabhängigen machen?

Die Gruppierung: Zentrum, Volkspartei, Deutsche Demokraten hat natürlich auch ihre inneren Spannungen, sachlichen Gegensätze, seelischen Auswirkungen des Wahlkampfes. Den Demokraten hat ein Teil der ihr nahestehenden Presse die Politik der Schadenfreude anempfohlen: Heinzes Weg zur Sozialdemokratie schien nachträglich eine Rechtfertigung der verflossenen Koalitionspolitik, nicht in ihren sachlichen Ergebnissen, aber in ihrer taktischen Anlage. In der Anerkennung der republikanischen Verfassung war dann für den „Block der Mitte" die Grundlage gefunden. Aber was nun weiter folgte, schlug den schönen Reden des Dr. Stresemann geradezu ins Gesicht, der den Parlamentarismus nicht zum „Parteibuchsystem" werden lassen wollte, sondern Fachminister außerhalb aller Fraktionsüberlegung in mindestens 25 Versammlungen verlangte. Was ge-

Digitized by Google

schah? Die Volkspartei rationierte die freiwerdenden Ministerien, vor allem solche der Wirtschaft für ihre Partei (in seinen Versammlungsreden hatte Stresemann immer auch Dr. Geßler durch einen Offizier ersetzt, eine psychologische Kinderei; jetzt schien man zu merken, daß im Wehrministerium Verwaltung und nicht Strategie getrieben wird). Weiter: Die Volkspartei verhandelte mit ihren Leuten über Ministerien, um sie dem Kanzler vorzuschlagen. Also auch hier Rückfall in die geschmähte und der Ueberwindung würdige Methode unserer parlamentarischen Anfänge. Und was sich schließlich ergab: Vorschlag von ein paar Verwaltungsbeamten. Alle jene herrlichen Reden von den schöpferischen Begabungen der deutschen Wirtschaftsführung, die, durch Parteikrippenjägerei der Verantwortung ferngehalten, in die Luft gesprochenes Getöse, vorbei, vergessen. So sehen also „Fachminister" aus. In der Presse läßt man mitteilen, daß die Herren, an die man (bei jenen Reden wohl) gedacht, fühlen sich in den kommenden schweren Zeiten in ihren Betrieben wichtiger als in der Staatsführung. Das läßt sich hören, aber ist objektiv unrichtig, denn die Blüte oder der Ruin ihrer Betriebe ist ja abhängig von der Politik, die oben gemacht wird. Offenbar ist es etwas anderes, unzufrieden zu sein, als Verantwortung zu übernehmen, und die Fachminister, die man in den Fraktionsstuben nicht findet, drängeln sich nicht als hungrige Kandidaten im Foyer herum, auf daß man nur immer keck nach ihrem Mut, ihrer Unabhängigkeit, ihren starken Fäusten und ihren großen Gedanken greife. Außerdem handelt es sich bei den Männern, die man wünschte, fast nur um solche, die schon früher von den Demokraten vorgeschlagen waren.

Der Vorgang der deutschen Kabinettsbildung war nicht sehr ruhmvoll, aber er war ziemlich lehrreich. Eine Unterrichtsstunde über das Thema: vor Tische las man anders. Ein Nachweis, daß Feigheit nicht nur eine Eigenschaft von Personen, sondern auch von Parteien ist.

Die kritische Stunde dieses Kabinetts, das schließlich auch von seinen Gegnern mit einiger Erlösung begrüßt wurde, kommt während, kommt nach Spaa. Aber diese Stunde wird nicht nur für das Kabinett, sondern für Deutschland zur Krisis werden.

Ungarns Krise

Von Dr. Gustav Erényi

In den verhängnisvollen Novembertagen des Jahres 1918 stob das ungarische Heer nach allen Himmelsrichtungen auseinander. Radikale Losungsworte schwirrten durch die Luft. Der Kriegsminister wollte keinen Soldaten, der Minister für Ackerbau keinen Großgrundbesitz mehr sehen. Nun legt, anderthalb Jahre später, der internationale Arbeiterverband mit einer Boykottbewegung von beispiellosem Umfang gegen das neueste

Digitized by Google

Ungarn des „weißen Terrors“ los —, und so sehr auch dieser Beschluß von parteipolitischen Motiven durchwoben sein mag, immerhin läßt er auf einen Wesensunterschied zwischen ungarischer und europäischer Gesinnung schließen.

Wie kam es, daß Ungarn innerhalb kurzer Frist von einem Endpol politischer Ueberspannung zum anderen geschleudert wurde, während doch die anderen unterlegenen Nachbarstaaten trotz häufiger Vorstöße von rechts und links für die Dauer ein regierungsfähiges Realsystem zu gründen vermochten? Die traurige Beschaffenheit des ungarischen Friedens beleuchtet so manche Widersprüche, ohne sie aufzuheben. Gewiß wurde ein tausendjähriger Bestand zerstört. Fast drei Viertel des früheren Territoriums, fast zwei Drittel seiner Einwohnerzahl ging verloren. Mit den abfallenden Nationalitäten wurden ungefähr 2½ Millionen Magyaren, die sich bis an die äußersten Karpathenkämme tief in slawische und rumänische Stämme einkeilen, vom Mutterlande losgerissen. Der übrig gebliebene Rumpf war seiner mächtigen Naturgrenzen von ehemals entblößt. Die größere Hälfte der gewesenen Kohlenproduktion, neun Zehntel der Waldungen, die ganzen Salz- und Edelmetallgruben fielen weg. Mit Fiume büßte das Land seinen einzigen Seehafen ein. Der Reinertrag der ungarischen Bodenbestellung, die durch chronische Arbeitsscheu wie auch durch wachsenden Mangel an Düngemitteln und Gerätschaften noch viel extensiver ward als zuvor, reicht zum Bestreiten des unendlich größer gewordenen Importbedarfes bei weitem nicht mehr hin.

Solche Ungerechtigkeiten der siegenden Gewalt erregen und verwirren unter allen Umständen, aber sie müssen nicht zersetzen. Wenn sich nun die überrumpelte Gesellschaft an Stelle eines durch Not erheischten Kompromisses lethargisch bald einer bolschewistischen, bald wieder einer kirchlich-militaristischen Willkür ausliefern ließ, so beweist dieser politische Fiebertanz, daß der ungesunde Friede einen in seiner Zusammensetzung ungesunden Organismus traf.

Ungarn war bis zuletzt, trotz seiner liberalen Verfassung, die seine Bürger vor Gesetz gleichgestellt hatte, ein historischer Staat von starr getrennten Schichten. Die Aristokratie erhielt sich als eine Kaste behaglicher Repräsentation, der nebst einem bequemen Grundbesitzertum im großen die politische Leitung oblag. Neben ihr besorgte der sich „Gentry“ nennende ländliche Kleinadel die ebenso schwerfällige wie selbstgefällige Komitatsverwaltung. Der Bauer war seiner Lehnsschuldigkeit zwar seit Jahr und Tag entwachsen, aber der Erweiterung seines Fach- und Kulturhorizontes zog die kläglich beschaffene Dorfschule die von oben erwünschten Grenzen. Er empfand immer mehr seine Unterlegenheit im wirtschaftlichen Wettkampfe, und seine gläubige Rechtschaffenheit umwandelte sich im Verkehr mit den „Herren“ vielfach in eine Art mißtrauender Pfiffigkeit.

Digitized by Google

zu diesen überlieferten Schichten gesellte sich in den letzten Dezennien als neuer Wirtschaftsfaktor ein hitzig emporstrebendes Judentum, das in der Hauptstadt 25% der Gesamtbevölkerung erreichte. Es brachte in die etwas träge soziale Struktur die erwünschte Beweglichkeit, doch nicht minder einen destruktiven Zug. Das Ueberkritische, Ungenügsame, wenig Bodenständige seiner Art widerspricht dem ungarischen Wesen. Inmitten solcher Schichtungen vermißt der Kulturbetrachter die in allmählichem Aufstieg befindliche Mittelklasse. Budapest erscheint als ein modernes Babel von Emporkömmlingen und Bedürftigen, deren Ansprüche selbst das tragfähige Ungarn vor dem Kriege nicht ertragen konnte.

Die politische Arena Ungarns rekrutierte sich aus einer Auslese der obersten Gesellschaft, deren höchste Ambition ein Stammsitz im parlamentarischen Glanzpalaste am Donauufer war. Ein Raketenspiel wirksamer Worte und Gesten, reifte die ungarische Politik nicht zu ihrer wirtschaftlichen Bestimmung heran; kein Agrarier, kein Sozialist saß im alten Parlament. Im politischen Kampfe überwog seit dem Ausgleich mit Oesterreich (1867) der Gegensatz zwischen Unionstreuen und Unabhängigen. Der Lostrennungsgedanke von Wien, der die Unabhängigkeitspartei beseelte und in hartnäckiger Obstruktion die Verwaltung bisweilen jahrelang lahm machte, entsproß minder der nationalen als der persönlichen Eitelkeit. Er war stets der verkappte Wille zur Uebernahme der Regierungsgewalt. Alle Forderungen eines zweckmäßigen Fortschrittes wurden von hier aus verneint. Mehr oder minder offen betonte Ententesympathien dieser Gruppe paarten sich merkwürdigerweise mit einer chauvinistischen Hetze gegen die just von Ententeseite in ständigem Aufruhr gehaltenen Nationalitäten. Wie schädlich solche Gelüste in bedrängter Stunde wirken konnten, beweist zur Genüge Károlyis Plan einer Deputation nach Rußland, die dort kurz vor Kriegsbeginn mit Poincaré zusammentreffen sollte.

Die heftigsten politischen Leidenschaften waren während der letzten 15 Jahre gegen die überragende Persönlichkeit des Grafen Stefan Tisza gerichtet, den Not und Recht trotz kannibalischer Anfechtungen in schwerer Stunde immer wieder an die Spitze der Geschäfte drängten. Gegen seine offene, stets auf das Nützliche und Wesentliche loszielende Art taten sich oft gegensätzliche Elemente wie Antisemiten und Demokraten zu einer höchst geräuschvollen Koalition zusammen. Nach einer Version sollen die letzten Worte des von revolutionären Mörderhänden getroffenen Staatsmannes gewesen sein: „Das hätte ich wissen sollen!" War dies ein Bekenntnis zur späten Einsicht, daß der furchtlos Ausharrende die höchste Pflicht versäumt hatte: durch den Schutz seines bedrohten Lebens der Erhaltung des Staates zu dienen?

*

Digitized by Google

Im Lande notdürftig übertünchter Schichtensonderungen erzeugt der Zusammenbruch von 1918 einen unheilvollen Schichtenwirbel und kehrt das unterste nach oben. Die Unfertigkeit sozialer Verlötungen offenbart sich nun durch den Mangel an jeder sozialen Stabilität. Es liegt in der Natur solcher ungereimten Organisationen, daß sie in krisenhaften Verwicklungen just den unrichtigsten Mann an die Leitung bringen. In der Person des Grafen Michael Károlyi ist der Schlüssel zu den unglaublichen Sprüngen der letzten anderthalb Jahre zu finden. Dieser Magnat, der weder zu reden noch zu handeln weiß, mußte herhalten als Reklameschild einer devisenfreudigen Scheindemokratie, die letzten Endes auch nur persönliche Zwecke verfolgte. Auf Grund freundschaftlicher Beziehungen zu Franzosen und Amerikanern schwört Károlyi blind auf den Gerechtigkeitssinn der Entente und auf die absolute Aufrichtigkeit von Wilsons Demokratie. Ein Canossagang zum Befehlshaber der feindlichen Balkantruppen, General Franchet d'Esperay, dünkt ihm als der sicherste Weg, den Krieg gegen die Entente ungeschehen zu machen. Als alle kleinlichen Köderungsversuche fehlschlugen, war es seine gekränkte Eitelkeit, die das Land dem Bolschewismus auslieferte, nachdem Sozialutopisten aller Art den letzten Rest von Ordnung untergraben hatten.

Die ungarische Rätediktatur von 130 Tagen ist mit der russischen nicht gut vergleichbar. Wohl wurde rechtzeitig um Lenins Patenschaft angerufen, doch war es später dieser immerhin zielstrebige Fanatiker selbst, der sich mit den ungarischen Verhältnissen unzufrieden erklärte. Die Kommunistenherrschaft von Budapest — das Land hielt nicht recht mit — bedeutete eine Hochkonjunktur der überlieferten Korruption. Das vielgenannte Proletariat war überall und nirgends vorhanden. Denn alle Gelegenheitsschmiede strömten ihm zu, und wederum war ihm selbst der unscheinbarste Arbeiter von Ehrgefühl abhold. Trotz Vermögenssperre und Warenverteilung nahmen Verschwendung und Elend bedenklich zu, alle Anstrengungen zur Wiederbelebung der Produktion versagten, und schon die ersten Tage brachten sichere Vorzeichen eines kommenden Fiaskos.

Sehr erklärlich ist es, wenn die ernüchterte Gesellschaft nach solchen Erschütterungen vor allem zu der arg verletzten Rechtskontinuität Zuflucht nimmt. Und da diese Kontinuität für Ungarn mit dem Glanz der heiligen Stephanskrone aufs engste verbunden ist, darf auch das Wiedererwachen einer royalistischen Strömung — so wenig zeitgemäß sie auch sein mag — nicht wundernehmen. Doch wurden die Grundlagen für die nachbolschewistische Ordnung in Wien und Szegedin von Leuten gelegt, die vor allem für die ihrem Stande und Vermögen angetane Schmach persönliche Rache nehmen wollten. Für sie galt es gleichsam, den Geist mit dem Fleische auszurotten. Ihr aufgepeitschter Vergeltungsgeist führt die Verirrungen jener bewegten Tage auf die allerersten Regungen des demokratischen

Digitized by Google

Gedankens zurück. Ihr Kampfruf kehrt sich ohne rechtes Unterscheidungsvermögen gegen Demokraten, Sozialisten, Freimaurer und Juden in gleicher Weise, und bringt unter antisemitischen Schlagworten am liebsten alle unter einen Hut.

Das heißt nun, das Problem, das der Bolschewismus wachrief, einfach in sein Gegenteil umzukehren. In der Tat hebt sich jener Seelenzustand, der den Bolschewismus bedingte, durch dessen Fall nicht auf, er wechselt nur seine Repräsentanten. Eine Anzahl typischer Krankheitserscheinungen rettet sich in die neue Aera hinüber. So die Lust an Verfolgungen, das Knebeln jeder freien Ueberzeugung, der maßlose Propagandaaufwand und die Bevorzugung der stark überzähligen, in ihren Existenzbedingungen gewiß nicht beneidenswerten Beamtenschaft, die sich für kleine Ernährungszuschüsse mit Leib und Seele der amtlichen Politik verschreiben muß.

Der „weiße Terror" besteht sicherlich nicht in der Ausdehnung, wie ihn die linksradikale Presse aller Länder hinstellen will. Sein Bestehen aber wurde immerhin durch Delegationen aus Italien und England einwandfrei bestätigt. Fest steht, daß die Zahl der zum Tode Verurteilten, Verschleppten, Verschwundenen und körperlich Beschädigten bereits jene der kommunistischen Opfer überschreitet; daß der Chefredakteur des einzig geduldeten Sozialistenblattes seine Freizüngigkeit mit dem Leben bezahlen mußte; daß ein organisierter Jugendbund der sogenannten „erwachenden Magyaren" unter antisemitischem Vorwand tagtäglich Prügeleien stiftet und die hauptstädtische Bevölkerung in Atem hält. Gewiß steht die Regierung von nicht gerichtlichen Exekutionen abseits; aber auch die Verurteilungen unter kommunistischem Rechtstitel übersteigen das zur Ahndung eines politischen Irrsystems erlaubte Maß. Daß sich nun „unverantwortliche Elemente" — wie es in der Regierungssprache stets heißt — derart breit machen durften, daß selbst ehrlicher Wille sie nicht mehr zu bändigen weiß, scheint doch dahin zu deuten, man habe solche Unverantwortlichen viel zu lange stillschweigend gewähren lassen. Im Trubel der Liquidierung des Kommunismus war eine gewisse Atmosphäre des Schreckens allen Anwärtern des neuen Kurses recht. Die neugegründete Nationalarmee, die bei aller strengen Zucht auch ein selbständiges Detachement-Unwesen zuließ, hatte ihre politische Mission. Sie sollte die erwünschte Stimmung für das neuzuwählende Parlament schaffen. Der Ministerpräsident Friedrich — übrigens auch ein gewesener Exponent des Systems Károlyi — war im Einklange mit militärischen Kreisen ein solcher „Stimmungmachender". Nun aber, da die junge Nationalversammlung unter den Regierungen Huszár und Simonyi-Semadam zu gemäßigteren Entschließungen schreitet, droht wieder das Gespenst militärischer Gewalt.

Am 25. Januar d. J. vollzog sich in Ungarn das erstemal eine Landtagswahl auf allgemeiner Grundlage, an der sich alle nicht vorbestraften

Digitized by Google

Männer über 24 Jahre, Kriegsgediente auch unter dieser Altersgrenze, und außerdem ein großer Teil der Frauen, beteiligten. In keinem anderen Lande wurde das allgemeine Wahlrecht so lange und geräuschvoll propagiert, und nirgends versagte es so kläglich. Auch in diesem Punkte hatte sich Tiszas Projekt einer stufenweisen Wahlrechtsausdehnung bewährt. Die erste „freie Wahl" sollte von allen die unfreieste werden. Die Sozialistenpartei wurde nicht in die Lage versetzt, Kandidaten zu stellen, die Demokraten wurden vor einer leichtgläubigen Wählerschaft durch allerhand gewalttätige Wahlmanöver diskreditiert. Somit setzte sich die Nationalversammlung, drei Demokraten und einige Wilden abgerechnet, aus nur zwei großen Parteien, aus der „christlich-nationalen" und aus jener der „kleinen Ackerbautreibenden", zusammen. Beide sind in fast gleicher Stärke vertreten und teilen sich in die Regierung; doch konnten letztere nur durch ein enges Bündnis mit den Christlich-Nationalen die nötige Wahlunterstützung erlangen.

Der christliche Kurs setzte sich die Verdrängung des jüdischen Kapitals und Kultureinflusses zum Ziele. Bald aber wurde die Einigkeit einerseits durch die Streitigkeiten zwischen Katholiken und Protestanten gestört, indem von katholischer Seite die alte Forderung eines Ehereverses wieder aufgerollt wurde, durch den alle aus Mischehen zwischen den beiden Konfessionen hervorgehenden Kinder katholisch werden sollen; andererseits entstanden in der Partei selbst zwei Gruppen, die sich — obschon nicht offen eingestanden — durch die Königsfrage entzweiten. Die extreme Gruppe Friedrich steht auf seiten der Habsburger, während die gemäßigteren Anhänger Hußárs diesen Modus als unheilbringend verwerfen. Solche Reibungen kommen naturgemäß der Partei „kleiner Landwirte" zugute, in deren Reihen freilich auch Großgrundbesitzer entsprechend vertreten sind.

So scheint denn heute, wenige Wochen nach erfolgtem Friedensschlusse, die Lage in Ungarn ebenso unsicher wie zuvor, und der greise Graf Apponyi, der in Neuilly und Versailles die Interessen seines Landes mit rührender Behendigkeit verteidigte, steht den inneren Verirrungen ratlos warnend gegenüber. Anstatt den Prozeß gegen die Mörder Tiszas, der ihr anscheinend so manche Verlegenheit bereitet, endlich einer Hauptverhandlung zuzuführen, ergeht sich die Regierung in einer ihr unzukömmlichen Glorifizierung von Tiszas Andenken. Das zerrüttete Finanzwesen zeigt keinerlei Tendenz zur Besserung. Die Abstempelung und die an sie anknüpfende Zwangsanleihe von 50 % des Umlaufsgeldes traf den kleinen Mann besonders hart, ohne ihren Zweck zu erreichen; die ungarische Valuta blieb nebst der polnischen nach wie vor die niedrigste aller Staaten. Die unerschwinglichen Preise im Lande halten sich, dem Kettenhandel kann durch alle drakonischen Maßregeln nicht gesteuert werden, und die Zahl der Arbeitslosen ist erschreckend groß.

Digitized by Google

Die nächste Entwicklung dürfte die politische Machtstellung der Agrarier erweitern, aber auch dieser Gruppe tut eine Auffrischung ihrer Vertretungen not. Ein Abbau der jüdischen Uebermacht, die Hebung des Kulturstandes des Bauerntums wäre gewiß erwünscht. Doch sind hierzu weder systematische Judenverfolgungen, noch der geplante numerus clausus an der Universität die geeigneten Mittel. Die dringendste Aufgabe wäre die Entpolitisierung des Heeres; sie aber scheint die allerschwierigste. Eine Versöhnung der einzelnen Schichten ist innerhalb dieser Generation, die durch ein ständiges Intriganten- und Denunziantentum in ihren Beziehungen vergiftet wurde, nicht gut möglich. Den Nachwuchs durch eine freizügige Erziehungsreform zu größerer Einigkeit zu stimmen, steht dem gegenwärtigen Regime fern.

Allenfalls wirkt der Friede vom 3. Juni den Besonneneren arg entgegen. Ein neuer Herd der Irredenta und der unaufhörlichen Balkanränke ist in Europas Mitte erstanden. Um die alte Rechts- und Wirtschaftskontinuität wieder zu errichten, wird sich der zusammentretende Völkerbund einer Revision des Vertrages mit Ungarn nicht verschließen können.

Die deutschösterreichische Finanzwirtschaft

Von Dr. Gustav Stolper-Wien

Die finanzielle Lage Deutschösterreichs wird vielleicht am besten durch die Tatsache gekennzeichnet, daß zu dem Staatsvoranschlag für das Finanzjahr 1919/20, der Ende Juli 1919 der Nationalversammlung unterbreitet wurde, bisher bereits drei Nachträge erschienen sind, deren letzter inzwischen ebenfalls bereits überholt ist. Während der Etat in seiner ursprünglichen Fassung die Ausgaben mit 6,55 und die Einnahmen mit 2,55, somit das Defizit mit rund 4 Milliarden veranschlagt, weist der vor kurzem veröffentlichte dritte Nachtrag bereits Staatsausgaben von 16,87, Einnahmen von 6,29, somit ein Defizit von 10,58 Milliarden aus. Ungefähr ein Drittel der Staatsausgaben ist durch regelmäßige Einnahmen gedeckt; der Rest muß durch Schulden aufgebracht werden. Daß ein Staat auf solche Weise nicht lange fortwirtschaften kann, ist leicht einzusehen, und die Beängstigung wird noch dadurch gesteigert, daß die Regierung nicht einmal einen Versuch unternimmt, das Finanzproblem durch eine weit ausgreifende Finanz- und Wirtschaftspolitik zu meistern. Der gegenwärtige Staatssekretär der Finanzen, Dr. Reisch, der bis vor einem Jahrzehnt das Referat der direkten Steuern im Finanzministerium innehatte und dann als Direktor zur Bodenkredit-Anstalt überging, ist ein Bureaukrat, der das technische Detail beherrscht, aber der Größe seiner Aufgabe, nach all seinen Aeußerungen zu schließen, verständnislos gegenübersteht. Zur Vermehrung der staatlichen Einnahmen

Digitized by Google

hat er der Nationalversammlung allerdings eine Reihe von neuen Steuern und Steuererhöhungen vorgeschlagen, die sich ziemlich eng an das deutsche Vorbild anlehnen: Eine Vermögensabgabe, eine Warenumsatzsteuer sowie eine namhafte Verschärfung der Sätze fast aller bestehenden direkten und indirekten Steuern. Aber er selbst hat den Ertrag all dieser Steuern auf etwa 1800 Mill. veranschlagt (wobei die Vermögensabgabe mit ihrer Jahresquote verrechnet ist), womit also kaum ein Fünftel des Defizits gedeckt wäre, ohne daß von weiteren Steuerplänen des Finanzamtes oder sonstigen Maßnahmen zur Erwirkung eines Gleichgewichtes im Staatshaushalt etwas verlauten würde. Dr. Reisch hat im Gegenteil bei der Einbringung dieser Steuervorlagen mit einer gewissen Genugtuung festgestellt, daß er damit nunmehr das bei seinem Amtsantritt gegebene Versprechen der Vermehrung der Staatseinnahmen eingelöst habe.

Die trostlose Lage der deutschösterreichischen Staatsfinanzen ist nur zum relativ geringen Teil unmittelbar durch den Friedensvertrag herbeigeführt. Die Ueberlastung des jungen Staates mit dem größten Teil der Schulden der früheren Monarchie hat mit der Geldentwertung an Gewicht viel verloren. Der Staatsschuldendienst für das alte Oesterreich, soweit er von Deutschösterreich geleistet wird, erfordert 1551 Mill., wozu noch 211 Mill. Erfordernis für die eigenen Staatsschulden Deutschösterreichs kommen. Im ganzen nehmen somit die Staatsgläubiger bloß ungefähr ein Zehntel der gesamten Staatsausgaben in Anspruch. Das sollten sich diejenigen vor Augen halten, die von einem „Staatsbankerott" eine Lösung der Schwierigkeiten erwarten. Daß ein „Staatsbankerott" in einem vollständig auf Kredit angewiesenen Gemeinwesen wie Deutschösterreich außerdem die sofortige Anarchie bedeuten würde, bedarf keiner näheren Begründung. Auf die Höhe der Staatsschuld läßt freilich das Zinserfordernis keine Schlüsse zu. Denn der größere Teil der Schuld besteht in unverzinslichen oder niedrig verzinslichen Schulden an die Notenbank. Nach dem Friedensvertrag hat Deutschösterreich zu übernehmen: Von der Vorkriegsschuld die auf Pfandobjekte sichergestellten Schulden (wie Eisenbahnprioritäten u. dgl.) im selben Verhältnis, in dem es an den Pfandobjekten teilhat; von den nichtfundierten Schulden (also insbesondere Rentenschulden) einen Teil, der seiner Leistungsfähigkeit (im Verhältnis zu den Nationalstaaten) entspricht. Den Schlüssel wird die Reparationskommission festzusetzen haben, die dabei von der direkten Steuerleistung der einzelnen Gebiete vor dem Kriege ausgehen wird. Die gesamte Vorkriegsschuld des alten Oesterreich hat rund 12½ Milliarden betragen. Davon dürften rund 5 Milliarden zu Lasten Deutschösterreichs verbleiben, also in Anbetracht des Umstandes, daß über zwei Drittel des Staatsbahnnetzes den Nationalstaaten zufallen, ein übermäßig großer Teil, aber immerhin eine Summe, die bei dem geltenden Geldwert erträglich ist.

Digitized by Google

Weit ungünstiger ist es mit den Kriegsschulden bestellt. Hier unterscheidet der Friedensvertrag zwischen den Kriegsanleihen und den nichttitulierten Kriegsschulden. Von den Kriegsanleihen hat Deutschösterreich für alles, was im Besitze seiner eigenen Staatsangehörigen ist und für den gesamten altausländischen Besitz aufzukommen. Da sich im Kriege die Deutschen Oesterreichs fast allein an den Zeichnungen auf Kriegsanleihe beteiligten, sind sie zum größten Teil in Deutschösterreich placiert. (Daneben kommt überhaupt nur der bis heute von der Tschecho-Slowakei noch nicht anerkannte Milliardenbesitz Deutschböhmens in Betracht.) Von den insgesamt 35 Milliarden Kriegsanleihen, die im Umlauf sind, dürfte Deutschösterreich rund zwei Drittel zu tragen haben, wenn es die Unternehmungen, die in Wien noch ihren Sitz, aber in den Nationalstaaten ihre Betriebe haben, unberücksichtigt läßt. Wieviel von den nur mit ½% verzinslichen Darlehen der Oesterreichisch-Ungarischen Bank an das alte Oesterreich gegen Deutschösterreich wird geltend gemacht werden, kann erst die Liquidation der Oesterreichisch-Ungarischen Bank ergeben. Das Schicksal der bei der Notenbank hinterlegten Schuldverschreibungen hängt von der Aufteilung der umlaufenden Banknoten auf die einzelnen Nationalstaaten ab, denn diese Schuldverschreibungen bilden den Gegenwert für die darauf ausgegebenen Noten, und die Noten sollen von den Nationalstaaten nach ihrer durch Abstempelung festzustellenden territorialen Verteilung übernommen werden. Die komplizierten und zum Teil unklaren oder innerlich widerspruchsvollen Bestimmungen des Friedensvertrages, die sich auf diese Angelegenheit beziehen, können hier nicht erörtert werden. Dagegen muß Deutschösterreich allein die ganze Auslandsschuld, die im Ausland umlaufenden Banknoten übernehmen und schließlich alle schwebenden Kriegsschulden (so insbesondere für unabgerechnete Kriegslieferungen) übernehmen. Alles in allem dürfte die Schuldenerbschaft Deutschösterreichs nach dem alten Oesterreich auf rund 50 Milliarden zu veranschlagen sein. Dazu kommen natürlich noch die Schulden, die Deutschösterreich selbst zur Deckung seines laufenden Defizits aufnehmen muß und die sich bald auf rund 10 Milliarden belaufen werden[1]).

Das große Defizit Deutschösterreichs hat der Hauptsache nach andere Gründe als seine Schuldenüberlastung. Das alte Oesterreich war von einer überwiegend deutschen Bureaukratie verwaltet. Sie ist mit den auf einen größeren Machtbereich eingerichteten Zentralstellen zum größten Teil

[1]) Um in Deutschland weit verbreitete Besorgnisse vor einer Ueberlastung Deutschlands, wenn es bei einem Anschluß Deutschösterreichs an das Reich dessen Schulden zu übernehmen hätte, auf das richtige Maß zurückzuführen, ist zu berücksichtigen, daß der Betrag dieser Schulden dann von dem Umrechnungsschlüssel zwischen Mark und Krone bestimmt werden würde. Dieser wird sich aber aus wirtschaftlichen Gründen nicht weit von dem im Zeitpunkt des

Digitized by Google

auf Deutschösterreich übergegangen. Rund ¼ Millionen Menschen stehen (ohne Militär) in den Diensten des Staates. Davon entfällt allerdings ungefähr ein Drittel auf die Staatsbahnen. Eine erhebliche Einschränkung der Gesamtzahl ist so lange nicht möglich, als Deutschösterreich auf sich gestellt ist und daher auch in der Wirtschaft unter einem Ueberschuß an geistigen Arbeitern leidet. Werden doch, wenn einmal Liquidationsarbeiten und die Konjunktur der Börsen- und Schiebergeschäfte vorbei sind, die großen Banken und Handelshäuser denselben Beamtenüberschuß aufweisen wie der Staat. Dazu kommt, daß der Zerfall des Reiches und die außerordentlich schwierigen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse an die meisten Behörden Aufgaben stellen, die einen viel größeren Beamtenapparat erfordern als im Frieden. Die öffentlich Angestellten aber wollen so bezahlt sein, daß sie wenigstens notdürftig leben können. So folgt eine Lohnbewegung der andern, und der Zwang der Not ist so übermächtig, daß dagegen keine noch so energische Regierung aufzukommen vermag. Tatsächlich ist auch heute noch der deutschösterreichische Beamte der schlechtest bezahlte in der Welt und steht selbst hinter dem reichsdeutschen weit zurück, dem die letzte Besoldungsreform und Wertsteigerung der Mark ein Mehrfaches der in Deutschösterreich üblichen Bezüge sichert. Und es steht außer Zweifel, daß die Beamtengehälter in Deutschösterreich, wenn nicht die Krone eine ganz unwahrscheinliche Besserung erfahren sollte, noch stark erhöht werden müssen.

Eine andere Wurzel des Defizits im Staatshaushalt sind die Verluste der staatlichen Betriebe. Die Staatsbahnen sind trotz einer Vervielfachung der Tarife noch immer mit rund ¼ Milliarde passiv. Dabei sind die Einnahmen für das kleine Deutschösterreich bei einem auf das äußerste gedrosselten Verkehr mit 1940 Mill. veranschlagt, während sie im ganzen alten Oesterreich (also in einem mehr als viermal so großen Gebiete) nach dem letzten Friedensbudget 821 Mill. betragen haben. Ob die deutschösterreichischen Eisenbahnen überhaupt aktiv zu machen sind, ist fraglich. Im alten Oesterreich konnten die Staatsbahnen nur mit Hilfe des dichten, größtenteils durch ebenes Land führenden Bahnnetzes in den Sudetenländern mühsam ihr Gleichgewicht aufrechterhalten. Die Alpenbahnen Deutschösterreichs mit ihren zahlreichen Steigungen, Kurven und Tunnels, ihren hohen Anlage- und Betriebskosten, die größtenteils durch schwach

---

Abschlusses geltenden Tageskurs entfernen können. Würde man (entsprechend dem gegenwärtigen Verhältnis) die Mark gleich vier Kronen einsetzen, so würde sich die deutschösterreichische Gesamtschuld auf rund 12½ Milliarden Mark reduzieren bei über 200 Milliarden Mark Reichsschulden ohne Kriegsentschädigung. Da das Reich durch Deutschösterreich einen Zuwachs um etwa 10% seiner Volkszahl erhalten würde, wäre Deutschösterreich somit weit schwächer belastet als der Reichsdurchschnitt!

Digitized by Google

besiedeltes, wenig industrialisiertes Gebiet führen, werden bei halbwegs vernünftigen Tarifen kaum jemals Ueberschüsse abwerfen können. Das macht die Staatsbahnen (entgegen verschiedenen derartigen Projekten) zu einem untauglichen Objekt der ausländischen Kapitalsinvestition. Ebenso schließt die Post (einschließlich Telegraph und Fernsprecher) mit einem Verlust von 167 Mill. ab, auch sie trotz wiederholter, die Belastungsgrenze des Verkehrs vielfach schon überschreitender Tariferhöhungen. Demgegenüber ist der Ertrag der Staatsmonopole mit zusammen 300 Mill. Kr. verschwindend gering, von denen überdies allein 235 auf den Tabak entfallen, also einen Betrieb, der an sich wegen der damit verbundenen Verschuldung an das Ausland einen volkswirtschaftlichen Passivposten darstellt.

Zur Verbilligung der Lebensmittel leistet der Staat Zuschüsse von 3,7 Milliarden. Davon entfallen 3,1 Milliarden auf Brot und Mehl, der Rest auf Fleisch und Fett. Die Verbilligung an sich ist kaum zu vermeiden. Würde der Staat versuchen, die Weltmarktpreise dem inländischen Verbrauch zuzumuten, so würde dies eine Preissteigerung zur Folge haben, die auf dem Wege über die Bezüge der öffentlich Angestellten dem Staat mindestens so viel kosten würde, als er an Zuschüssen ersparen könnte. Aber dieser scheinbar sehr hohe Passivposten ist zum größten Teil fiktiv. Denn Deutschösterreich lebt seit dem Umsturz zum größten Teil von Getreide und Mehl, das ihm die Alliierten kreditieren. Die ersten Sendungen haben Anfang 1919 eingesetzt und bis in den November hineingedauert, und neuerdings haben die Vereinigten Staaten einen Mehlkredit gewährt, der die Rationen bis in den Oktober deckt. Zuschüsse braucht er somit nur zu denjenigen Getreidemengen zu leisten, die Deutschösterreich aus eigenen Mitteln ankauft. Was für das amerikanische Mehl eingenommen wird, verwenden die Lebensmittelzentralen zu neuen ausländischen Käufen.

Scheiden Staatsbetriebe und die bestehenden Monopole als staatliche Einnahmequellen aus, so liefern andererseits direkte und indirekte Abgaben nur ganz unzulängliche Erträgnisse. Die gesamten direkten Steuern hätten im laufenden Finanzjahr 540 Mill. abwerfen sollen. Darin sind die oben erwähnten Erhöhungen, die die Nationalversammlung noch nicht einmal in Beratung gezogen hat, noch nicht berücksichtigt. Sie werden den Ertrag der direkten Steuern um etwa eine halbe Milliarde erhöhen. Es ist auch wahrscheinlich, daß die Geldentwertung die Einkommen in einer Weise steigert, daß die Einkommensteuer auch bei den geltenden Sätzen über den Voranschlag um 100 bis 200 Mill. hinausgehen mag. Immer kann es sich jedoch nur um Beträge handeln, die neben dem Milliardendefizit kaum ins Gewicht fallen. Den Ertrag der Zölle hat die Regierung durch allmähliche Erhöhung des Goldzuschlages bis auf

Digitized by Google

1900% um 380 Mill. auf nahezu eine halbe Milliarde gehoben. Im nächsten Jahr werden sie, wenn die geltenden Sätze in Kraft bleiben sollten, über 1200 Mill. tragen. Die Verbrauchssteuern werden gar nur mit 180 Mill. veranschlagt. Verbrauchssteuerpflichtig sind in Deutschösterreich Branntwein, Bier, Wein, Zucker, Mineralöl und Zündmittel. Dieses Verbrauchssteuersystem war den Verhältnissen des alten Oesterreichs angepaßt. Im alpenländischen Deutschösterreich hat es seine Grundlage verloren. Der Brauindustrie und der Spiritusbrennerei fehlen die Rohstoffe. Gerste, Hopfen, ja selbst die Surrogate der Brauerei müssen aus der Tschechoslowakei bezogen werden; Kartoffeln und Mais für die Spiritusbrennerei haben Galizien und Ungarn geliefert; die Zuckerindustrie ist fast vollständig der Tschechoslowakei verblieben; das Mineralöl muß aus Galizien bezogen werden; die wichtigsten Weinbaugegenden sind italienisch oder jugoslawisch geworden. Deutschösterreich wird sich somit, wenn es auf diesem Wege dem Staate erhebliche Einnahmen zuführen will, sein Verbrauchssteuersystem vollständig umbauen müssen. Aber man sucht vergebens nach den Massenartikeln, die dafür geeignet wären.

So tritt die Krise des Steuerstaates, die in allen kontinentaleuropäischen Ländern, soweit sie am Kriege beteiligt waren, wahrzunehmen ist, in Deutschösterreich mit äußerster Schärfe zutage. Denn nirgends ist das Mißverhältnis zwischen Produktion und Verbrauch so ungünstig wie hier. Daß das so ist, hat verschiedene Gründe. Zunächst ist Deutschösterreich so lange nicht imstande, seinen Produktionsapparat auszunützen, als es von der Tschechoslowakei in seiner Kohlenversorgung abhängt. Heute erhält Deutschösterreich trotz stark zunehmender Förderung aus Böhmen und Mähren nicht einmal ein Drittel seines normalen Bedarfes, und da Bahnen, Gas- und Elektrizitätswerke ihren Verbrauch unter ein gewisses Minimum nicht hinabdrücken lassen, geht die Industrie dabei fast leer aus. Aber auch wenn sein Produktionsapparat wieder einmal voll in Gang kommen sollte, wird damit die Passivität Deutschösterreichs noch nicht behoben sein. Denn Deutschösterreich, und zumal Wien, haben nicht von ihrer Industrie, sondern von der Industrie Böhmens und Mährens, der Schiffahrt Triests, dem Petroleum Galiziens usw. gelebt. In Wien war der Sitz fast aller größeren Industrieunternehmungen, in Wien wurde der Wirtschaftsplan entworfen, der Rohstoffeinkauf besorgt, die Fabrikate vertrieben, der Kredit vermittelt. Hier waren die zivilen und militärischen Zentralstellen, die zum überwiegenden Teil aus der (unmittelbaren oder mittelbaren) Steuerleistung der Provinz erhalten wurden. Und hier hat sich schließlich im Laufe der Zeit ein Kapitalbesitz angesammelt, der in viele Milliarden ging, in Aktien, Pfandbriefen, Eisenbahnobligationen aus dem Gebiete der ganzen Monarchie bestand. Nun ist Wien entthront. Von seiner Zentralstellung im Wirtschaftsleben des

Digitized by Google

früher gemeinsamen Reiches machen sich die Nationalstaaten mit zäher Energie und wachsendem Erfolg los; sie begründen sich in ihren Haupt- und Industriestädten ihre eigenen Wirtschaftszentren, sie übertragen auf ihre Intelligenz die „bürgerlichen" Funktionen, die früher Wien für sie besorgt hat, und der Milliardenbesitz in Aktien und sonstigen Schuldtiteln, die Forderungen an die Nationalstaaten begründen und Einkommen aus ihnen schaffen sollten, gehen mehr und mehr an sie über, mit ihm bezahlt Deutschösterreich sein Existenzminimum an Kohle, Zucker und Leuchtöl. Und zurückbleiben die riesigen behördlichen, kaufmännischen, finanziellen Organisationen, die ihren Wirkungsbereich verloren haben und dessen sie nur darum noch nicht innewerden, weil die Wohnungsnot in Prag die Abwanderung von Wien verzögert und weil Katastrophen-Hausse und Schieber-Konjunktur papierene Milliardengewinne vorspiegeln, unter deren Hülle das Volk sein bitteres Dasein fortführt. Und das ungeheure Defizit im Staatshaushalt wird mit zur Quelle dieser Gewinne. Denn der Staat, dem die höchsten Steuern nur unzulängliche Einkommen erschließen, findet auch den Anlagemarkt versperrt. Nach der Ueberspannung des öffentlichen Kredits im Kriege, nach den Enttäuschungen, die das Publikum an der Kriegsanleihe erfahren hat, in all der Ungewißheit, in der das künftige Schicksal dieses lebensunfähigen Zwangsstaates schwebt, appelliert der Finanzminister vergeblich an das inländische Kapital, um neue Milliardenbeträge zur Verfügung zu stellen. Und so bleibt ihm nichts übrig, als die Notenpresse ihren Dienst weiter verrichten zu lassen. Der Notenumlauf Deutschösterreichs, der bei der ersten Abstempelung im Frühjahr des vorigen Jahres etwa 5 Milliarden betragen hatte, ist seither auf über 15 Milliarden gestiegen, und er wird in den nächsten Monaten um weitere Milliarden steigen, ohne daß ein Ende abzusehen wäre. Das ist die finanzielle Lage eines Staates, den die Friedensverträge von Versailles und St. Germain gegen seinen Willen zu einer Selbständigkeit verurteilt haben, an der er zugrundegehen muß. Lange kann es bis dahin nicht währen. Denn Frankreich, das um jeden Preis einen Anschluß Deutschösterreichs an das Reich verhindern will, hat nicht die Kraft, und die anderen Alliierten, die dieses Verbrechen gegen Natur und Sittlichkeit nur widerstrebend geschehen lassen, nicht das Interesse, die Katastrophe des „selbständigen" Oesterreich aufzuhalten.

Reichsschulkonferenz

Von Professor Otto Wilhelm (Eßlingen a. N.)

Mehr als 600 Teilnehmer hat die Reichsschulkonferenz gezählt, die vom 10.—19. Juni im Reichstagsgebäude getagt hat. Sie mögen sich zum weitaus größten Teil aus Abgeordneten von Verbänden

Digitized by Google

zusammengesetzt haben; dazu traten die Vertreter der Schulbehörden und eine ansehnliche Reihe von besonders geladenen Sachverständigen. Die Universitätslehrer waren nach Zahl und Gewicht nicht schlecht vertreten. Auch die Jugendlichen waren erfreulicherweise nicht ausgeschlossen. An Namen von Bedeutung in der pädagogischen Welt seien Kerschensteiner, Spranger, Natorp, Gaudig, Sickinger, Berthold Otto, Seyfert, Rein, Wyneken verzeichnet. Die Frauen, Helene Lange und Gertrud Bäumer an der Spitze, bildeten einen ansehnlichen Teil der Versammlung. Das Bestreben war offenbar dahin gegangen, alle Strömungen und Bestrebungen im Schul- und Erziehungswesen zum Wort kommen zu lassen. Man hätte sich eine solche Konferenz anders zusammengesetzt denken können: 50—80 anerkannte Sachverständige, unter Uebergehung der Verbände aller Art, die mehrere Wochen ohne jeden Seitenblick auf die Oeffentlichkeit und auf „Interessen" beraten hätten. Nachdem man sich einmal, aus Gründen, die sich nicht ohne weiteres abtun lassen, entschlossen hatte, alle irgendwie Beteiligten heranzuziehen, konnte die Konferenz nicht wohl kleiner ausfallen. Und der Wille, in der Auswahl sachlich zu sein, von der Schulschwester bis zum Kommunisten niemand auszuscheiden, ist unverkennbar vorhanden gewesen.

Erklärungen von evangelischer und von katholischer Seite, ebenso eine von seiten der weltlichen Schule waren unzufrieden, weil die Fragen der religiösen Erziehung nicht auf die Tagesordnung gesetzt worden seien. Die Leitung, Staatssekretär Schulz, erwiderte, daß aus wohlerwogenen Gründen ausgeschieden worden sei, was in den engeren Bereich der eigentlichen Weltanschauungsgegensätze gehöre. Auch die Frauen beschwerten sich, mit ihren Fragen nicht genügend angekommen zu sein, desgleichen das Fachschulwesen; das letztere, wie mir scheint, mit mehr Ursache als die ersteren. Wenn bei den Veranstaltern der Konferenz — man bedenke auch, daß sie die erste ihrer Art war und nur zehn Tage zur Verfügung hatte — das Bestreben vorhanden war, die Auseinandersetzung über grundlegende Fragen der Denk- und Lebensrichtung, ohne ihre Bedeutung zu verkennen, auszuscheiden, soweit das irgend ging, so finde ich das begreiflich, ja richtig. Und wenn einige Aufgaben und Bedürfnisse unmittelbar pädagogischer Natur nicht berücksichtigt wurden, so geschah das nicht absichtlich. Im ganzen waren alle Gegenstände von Belang für den Erzieher und Lehrer der Gegenwart auf die Tagesordnung gesetzt: Einheitsschule, Arbeitsschule, Lehrerbildung, körperliche Erziehung, Schülerfragen (Selbstregierung), Elternbeiräte, Schulverwaltung, technische Vereinheitlichung des Schulwesens im Reich, Volksbildung, Privatschulen, deutsches Schulwesen im Ausland.

Für jeden Gegenstand waren mindestens drei Berichterstatter aufgeboten worden. Die Berichte samt den Leitsätzen gingen den Teilnehmern an

Digitized by Google

der Konferenz schon einige Wochen vor Beginn derselben zu. So konnte auf der Konferenz selbst Zeit eingespart werden; dem Berichterstatter blieben noch 20 Minuten vor und ebensoviel nach der Erörterung. Einheitsschule, Arbeitsschule, Lehrerbildung wurden in der Vollversammlung verhandelt. Für die übrigen Gegenstände waren 17 Ausschüsse eingerichtet, für deren Beratungen zwei Tage zur Verfügung standen. Ihre Ergebnisse wurden in gedruckten Sätzen niedergelegt und in den letzten drei Tagen der Konferenz mit einem Bericht über den Verlauf der Ausschußsitzung zur Kenntnis gebracht; eine Diskussion zu den Sätzen und Berichten fand nicht mehr statt; es konnten nur noch Erklärungen abgegeben werden, wovon weit mehr als nötig Gebrauch gemacht wurde. Die Redelust in den Vollsitzungen der ersten Tage war beängstigend; allein zur Einheitsschule hatten sich 78 Redner gemeldet. Ein besonderer Ausschuß mußte gebildet werden, um unter den Meldungen auszulesen. Trotzdem kam man bei der Lehrerbildung auf 42 Diskussionsreden. Ein Kampf entspann sich darüber, ob, zum mindesten über Einheitsschule und Lehrerbildung, abgestimmt werden solle. Der Antrag auf Abstimmung blieb in der Minderheit. Ich vermag darin nicht wie der Antragsteller eine Herabwürdigung der Konferenz zu sehen. Man konnte inhaltlich auf dem Standpunkt der Minderheit stehen und doch gegen das Abstimmen sein, um nicht den geistigen Charakter der Tagung zu gefährden. Ihr gutachtlicher Wert und ihr mittelbarer Einfluß auf die Gesetzgebung — um mehr als das kann es sich nicht handeln — braucht deswegen nicht gering zu sein.

Von den Problemen, Plänen und Entwürfen, die das pädagogische Deutschland derzeit bewegen, hat auf der Konferenz nichts von Bedeutung gefehlt; mehrfach sind die Schöpfer selbst dafür eingestanden. Es ist eine Fülle von Bestrebungen auf dem Felde der Erziehung und des Unterrichts zu verzeichnen; manches verschwommen, gärend, manches gereift und geklärt; einiges nur organisatorischer Natur oder gar bloß mit dem Charakter des Behelfs, anderes schöpferisch und fruchtbar, tief aus unserer Not und unseren Bedürfnissen entstammend. Gewisse Gedanken und Wünsche gehen durch alle Lager und lassen sich durchaus nicht bloß einer Richtung oder Weltanschauung zuschreiben. Zuweilen ist der Gegensatz einfach der zwischen den Jungen und den Alten, zwischen den Fertigen und Starren und zwischen denen, die gewaltige Zeitereignisse und Volkserlebnisse nicht spurlos an sich vorbeigehen lassen können. So hat z. B. eine Erklärung der Jugendlichen, daß die eigenen erzieherischen Kräfte der Jugend nicht zu entbehren seien und die sich selbst erziehende Jugendgemeinschaft letzten Endes Träger der Arbeit und der Ordnung sein müsse, auch die Unterschrift katholischer Jugendvereine getragen. Ueberhaupt war viel mehr Einheit vorhanden, als sich, namentlich nach dem etwas verunglückten ersten Tage, erwarten ließ. Um diesen Ein-

Digitized by Google

druck zu haben, mußte man freilich auch zwischen den Zeilen zu lesen und zwischen den Worten zu hören verstehen, mußte man das fast hoffnungslose Auseinander der gesellschaftlichen und geistigen Standpunkte der Vorkriegszeit nicht vergessen haben, mußte man die deutsche Schulgeschichte vor Augen haben. Und vor allem mußte man die Probleme nicht bloß bis zur vorletzten, sondern zur äußersten Station verfolgen, um die Verbindung mit anderen Geleisen wahrzunehmen. Gewiß, Gegensätze genug, und starke Gegensätze, ich hätte sogar gewünscht, daß sie noch schärfer und klarer herausgearbeitet worden wären: hier das Bildungsgut im Mittelpunkt, dort der jugendliche Mensch; hier die Fachwissenschaft an erster Linie, dort die Pädagogik; hier der einzelne im Vordergrund, dort die Gemeinschaft; hier die Menschenbildung durch Verstandspflege, dort dieselbe durch Handarbeit und Mittel, die nicht unmittelbar dem Reich des Intellekts angehören; hier die Achtung vor einer in Jahrtausenden gewordenen geistigen Kultur, dort der Blick auf eine nötige und kommende organische Arbeits- und Volksgemeinschaft; hier die Einsicht, daß wir ohne geistige Differenzierung verkümmern, dort die Erkenntnis, daß wir ohne viel stärkere geistige Einheit uns selbst vernichten. Von einem Zusammenfließen dieser verschiedenen Linien, von einer umarmenden Verbrüderung der Gegensätze ist natürlich keine Rede gewesen. Aber, wer Augen hatte zu sehen, sah an vielen Stellen die Wege sich nähern, und an vielen Stellen die Probleme, sofern man sie nur zu Ende dachte, sich die Hand reichen. In der Frage des gemeinsamen Unterbaus aller Schulen, der Einführung bzw. Geltung des Arbeitsgedankens in der Schule, sowohl in der Form des schaffenden Lernens wie des Werkunterrichts, in der allerdings recht verschieden temperierten Ablehnung des alten Passivitäts- und Autoritätsstandpunkts gegenüber der Schuljugend, und nicht zuletzt in der Lehrerbildung traten deutlich Uebereinstimmungen zutage, die weiter gingen, als eine vorsichtige und nüchterne Anschauung es erwarten durfte. Es will doch etwas heißen, zumal im Blick auf die Geschichte, wenn in den Leitsätzen über Lehrerbildung zu lesen steht, daß alle Arten von Lehrern ihre grundlegende Vorbildung auf einer sogenannten höheren oder dieser entsprechenden Schule erhalten, und daß die Berufsbildung aller Arten von Lehrern in einer in den wesentlichen Grundzügen gleichartigen, jedoch der verschiedenen Berufsaufgabe angepaßten Weise auf einer (vorhandenen oder auch neuzuschaffenden pädagogischen) Hochschule erfolgen solle. Hier treffen sich höhere Schule und Volksschule — wie auch immer die praktische Durchführung sich gestalten möge —, die Jahrhunderte hindurch nebeneinander, außereinander, oft gegeneinander gestanden haben, und man muß sich bewußt sein, daß hier Scheidungen und Anschauungen hinuntersinken, die unser soziales, geistiges, völkisches Leben bis in die Tiefen hinein beeinflußt haben.

Digitized by Google

Harnack gab dazu mit anderen Hochschullehrern die Erklärung ab: aus sachlichen Gründen halten sie die Gabelung der letzten Ausbildung von Oberlehrern und Volksschullehrern für nötig, aber ebenso nachdrücklich habe er im Namen seiner Gruppe zu erklären, daß die Hochschullehrer zu jeder Unterstützung und Förderung der Lehrerbildung bereit seien, ja das geradezu als ihre Pflicht ansehen. Und nach dieser besagte eine Erklärung Kerschensteiners: die geforderten Maßregeln dienen in erster Linie der intellektuellen Ausbildung, es müssen auch Einrichtungen getroffen werden, die den sozialen Kern des Lehrerberufs berühren, damit die neuen Lehrer nicht etwa zwar besser unterrichten, aber schlechter erziehen als bisher. Beide Erklärungen sind charakteristisch dafür, wie weit die Entwicklung vorgeschritten ist; sie wollen die Geschichte nicht verleugnen und Werte aus der Vergangenheit nicht preisgeben, aber bei innerer Zustimmung zu dem neuen, Gemeinsamkeit schaffenden Wege, Werte aus einer im übrigen abgeschlossenen Vergangenheit.

Ich darf hier noch auf zwei Dinge aufmerksam machen, die mir von Wichtigkeit erscheinen; sie spielten jedoch in der Erörterung keine Rolle und blieben im Hintergrund. Das eine betrifft die Auffassung vom Staat und dem Verhältnis zwischen ihm und der Jugendbildung. Es war Kerschensteiner, der Mann der staatsbürgerlichen Erziehung, der die Volksgemeinschaft, nicht den Staat als Letztes hinstellte und der forderte, daß der Staat andere Bildungswege als die seinen nicht unmöglich machen dürfe, wenn sie der Volksgemeinschaft dienen. Und Spranger stellte den Satz auf, daß der Ausbau des gesamten nationalen Bildungswesens zu einem großen Selbstverwaltungskörper anzustreben sei, in dem sich das Leben der geistigen Kultur darstelle. Sodann trat vereinzelt, von der großen Mehrzahl nicht beachtet und wohl auch nicht anerkannt, die für unsere geistige Zukunft grundlegende Erkenntnis auf vom Unterschied zwischen Bildung und Vorbildung, zwischen dem, was nur völlig frei allmählich werden, und zwischen dem, was die Schule mitgeben kann, zwischen Wissenschaft und geistigem Leben. Harnack bestimmte in dieser Richtung Bildung als wiedergewonnene Naivität, und Natorp sprach davon, daß beide, Kopf und Hand, Maschinen seien; ihre „Bildung" sei noch keine Bildung.

Soweit ich zu sehen vermag, hat die Konferenz nicht das gehabt, was man eine gute Presse nennt. Wie mir scheint, unverdientermaßen, vom ersten Tage abgesehen. Den Zeitungen fehlte der Platz, um in der nötigen Ausführlichkeit dem Gang einer so reich ausgestatteten und gedrängten Tagung zu folgen; dazu kam die Schwierigkeit der Orientierung für politisch und wirtschaftlich eingestellte Berichterstatter. Da die Versammlung zu einem großen Teil aus Vertretern von Verbänden zusammengesetzt war, so bestand immerhin die Gefahr, sich nicht von der Rücksicht auf das

Digitized by Google

Letzte und Ganze leiten zu lassen. Sie wurde überwunden durch die Sachlichkeit der Leitung und die geistige Höhe, zu der sich die Verhandlungen an verschiedenen Stellen erhoben. Wer den Wert und die Bedeutung der Konferenz erwägt, der soll, wenn er kann, den Geist Paulsens, der noch nicht tot ist, zitieren. Ich glaube, Paulsen hätte zunächst diese Konferenz etwa mit der des Jahres 1890, welcher vom Kaiser der Weg gezeigt wurde, und mit der monarchischen Leitung des Schulwesens unter Friedrich Wilhelm IV. verglichen und hätte festgestellt, wie ungleich gesünder trotz mancher Mängel die Konferenz von 1920 nach Zusammensetzung und Bewegungsfreiheit gebaut sei. Er hätte wohl ferner sehr stark das Gewicht der Stunde empfunden, wo gelehrte Bildung und Volkserziehung sich treffen und einander die Hand — oder soll ich sagen die Fingerspitzen? — reichen. Er hätte den Anbruch der Zeit gespürt, wo von der Seite der Schulbildung her gewaltige Risse, ob auch nur zaghaft zunächst, sich zu schließen beginnen und Volkstum, Volksgemeinschaft und Arbeitsleben das Tor der Schule sich öffnen. Und gewiß hätte er gewarnt vor dem der Gegenwart so naheliegenden Zwang und vor der Uniformierung und Schablonisierung, die sie auf gewissen Gebieten verpönt, um sie auf anderen um so kritikloser anzuwenden, und er hätte den Weg des Versuchs empfohlen für Erzieher aus allen Lagern mit großen klaren Gedanken und warmem Herzen, — wie das beides auch Kerschensteiner getan hat. Und im Blick auf die ganze Veranstaltung hätte er vielleicht gesagt: wenn auch nicht völlig gelungen, so doch auch keineswegs mißlungen — der erste Anfang zu einem deutschen Kulturparlament!

Kirchen auf!

Von Pfarrer D. Emil Fuchs (Eisenach)

Eine Heimat ist für den Katholiken sein Gotteshaus! Ob es ein ehrwürdig erhabenes, künstlerisch gestaltetes Gebäude, ob ein schlichtes Dorfkirchlein ist, es ist die Stätte des ewigen Lichtes, der Leib des Herrn, der gegenwärtige Gott ist da; die Bilder der Heiligen lassen sie so nahe erscheinen. Dorthin trägt man Freud und Leid. Dort schmückt man den Altar und freut sich der Schönheit. Mutterseelenallein im großen Dom, sitzt man mitten in der Gemeinschaft des Ueberirdischen und Heiligen.

Das gibt es nicht für den Protestanten. Die Versuche während des Krieges, ihm zu stiller Andacht die Kirchen zu öffnen, mußten erfolglos bleiben. Gerade die Protestanten, die starkes Gebetsbedürfnis haben, fühlen Gott so sehr als geistige Nähe, daß sie eines besonderen Ortes für das Gebet kaum bedürfen.

Digitized by Google

Aber gibt es nicht ein anderes, wo auch dem Protestanten die lebendige Nähe des Göttlichen in gestalteter Form fühlbar wird, wo auch ihm sichtbares Sein und überirdische Ewigkeit sich einen? — Es ist die Kunst. Es sind aber auch jene Gedenkfeiern an großes Menschenschaffen, Menschendulden und Schicksalsmacht, in denen sich ihm etwas vom Wesen des Weltenlenkers irdisch offenbart. Sollten wir nicht dem Protestanten dadurch das Gotteshaus zur Heimat machen, daß es ihm mehr und mehr selbstverständlich wird: das Große, Heilige, Erhabene erlebt man dort!

Als wir 1909 den hundertjährigen Todestag Schillers feierten, sprach ich in einem schlichten, echten Dorfkirchlein über ihn, und es klangen dort die Worte seiner Dichtung an die Menschen heran. Sie lernten fühlen, wie alles erhabene Menschentum dem Göttlichen nahesteht.

1913 feierten wir das Gedenken an die Taten, die Leiden, die Hoffnungen und großen Zukunftsgedanken unserer Vorfahren im Gotteshaus. — Vielfach sind während des Krieges vaterländische Abende in Kirchen veranstaltet worden. Unvergeßlich wird es mir sein, wie Anton Fendrich, der Sozialdemokrat, in gewaltigen Worten von meiner Kanzel vom Fühlen und Erleben der Arbeiterschaft sprach. Nun hat man wieder in Heilbronn und Frankfurt Gedächtnisfeiern für Fr. Naumann in den Kirchen veranstaltet. Ansätze sind da. Aber aus den Ansätzen will kein dauernder Entschluß und keine große, gemeinsame Sicherheit in den kirchlichen Kreisen werden. Das aber soll und muß werden. Es soll und muß so werden zunächst einmal für die Feiern, in denen unser Volk, Glieder unseres Volkes, einzelne Stände, einzelne Gemeinschaften ein Großes, Erhabenes gemeinsam feiern. Warum sollen nicht Sozialdemokraten ihren ersten Mai, das Fest der Arbeit und des Weltfriedens, in kirchlichen Gebäuden feiern? Weil sich das Bürgertum darüber ärgert? Wollen wir nicht endlich einmal lernen, daß wir zwar verschiedene Ideale haben, aber jedem Ideal die große Achtung entgegenbringen wollen, die es verdient? Wollen wir uns nicht der Ideale der andern freuen? Wäre es zu wünschen, daß sie gar keine Ideale hätten? Oder können wir im Ernst verlangen, daß alle Menschen nur unsere Ideale hätten? Und wenn das so ist. Wollen wir nicht die ehrwürdigen Feierräume jedem idealen Gedenken und Feiern zur Verfügung stellen? *Feiern* natürlich müssen es sein. Es ist sinnlos und geschmacklos, ehrwürdige Räume, die gestaltet sind, feiernde Menschenmassen in sich aufzunehmen, zu füllen mit Zanken und Streiten, Disput und endlosem Gerede. Wer vor der sixtinischen Madonna sein Butterbrot verzehren will, soll ihr fernbleiben. Wer für die weihevolle Gestaltung kirchlicher Räume kein Fühlen mit sich bringt, gehört nicht in sie hinein. Aber wo man feiern will, wo man sich zu Idealen erhebt, da lenke man selbstverständlich seine Schritte dorthin, wo die Räume für Feiern gestaltet sind, und wenn die Kirchen so in ihren

Digitized by Google

Gliedern das Gefühl für erhabene Feiern wieder wecken, werden sie selbst den Vorteil davon haben. Ihre Glieder werden lernen, Heimatgefühl zu haben in der Nähe des Erhabenen. Kann das für die Frömmigkeit ohne Nutzen bleiben?

Und wenn das Gedächtnis irgendeines Wohltäters der Gemeinde zu feiern ist oder irgendeines großen Unheils, wenn es gilt, der Toten des Krieges oder auch des Bürgerkrieges zu gedenken! Wo zu ernster Feier solcher Art größere Menschenmassen sich sammeln möchten, warum soll nicht das Gotteshaus die Stätte sein, da ihr Fühlen zu Wort und Ton und Darstellung wird. Auch wenn es nur Ausschnitte aus der Gemeinde sind. Man gebe ihnen die Feierstätte, und ihr Empfinden für die geheiligtere Erhebung ihres Herzens wird umschlagen zu Dankbarkeit und Heimatgefühl für diese Stätte.

Dasselbe gilt für die Kunst. Den unendlichen Reichtum der religiösen Musik hat man in die Kirchen gezogen, in Kirchenkonzerten und musikalisch ausgestalteten Gottesdiensten. Es gibt eine Musik voll Ernst und Majestät, die nicht unmittelbar religiös ist. Man würde ihrer Wirkung dienen, wenn man sie aus dem flachen Konzertsaal wegnähme und in die Kirche versetzte.

Doch ich denke auch an die Dichtung, jeglicher Art. Die Volkshochschulen veranstalten öfters weltliche Andachtsfeiern, an Sonntagen oder Wochentagsabenden. Sollten sie nicht mit ihrer Darbietung dessen, was an großen, erhabenen Gedanken und Gefühlen in unserer Kunst gestaltet ist, in den Kirchen ihre geeignetsten Stätten finden? Wieviel leichter wären sie zu veranstalten, wenn die Saalnot wegfiele, wieviel tiefer würden sie wirken, wenn auch der Raum ringsum zum Teilnehmer spräche: Das Wort des Dichters, die Musik des Großen führt dich in heiliges Land! Auch die Vorlesung eines dramatischen oder epischen Kunstwerks entsprechender Art könnte im Gotteshaus vielfach erst zu ihrer vollen tiefen Wirkung kommen.

Das Mittelalter hatte Raum in den Kirchen für seine geistlichen Dramen. Warum haben wir nicht mehr Raum? Haas-Berkow in Jena erneuert in mächtig wirkender Weise das mittelalterliche Mysterienspiel. Er hat schon mehrfach seinen Totentanz in Kirchen gegeben. Jedesmal wird versichert, daß das von ganz besonders mächtiger Wirkung gewesen sei. Ich denke jedoch nicht nur an die Mysterienspiele alter und neuer Art. Es gibt erhabene Kunst, die das Letzte und Tiefste dramatisch darstellt, sie darf in den Kirchen Heimatrecht beanspruchen.

Im Mittelalter war der mächtige Bau des Gotteshauses der Mittelpunkt des gemeinsamen Lebens. Jeder fühlte hier für sich die Heimat seines Schmerzes, seiner Trauer, seiner Freude. Hier war ihm die Stätte seiner erhabenen Gefühle und die Weihe seines Lebens-

Digitized by Google

kampfes. Wenn heute der Mensch nach langer Abwesenheit heimkehrt und schaut die Türme des heimatlichen Gotteshauses, sind es dem Protestanten mehr wie Türme? Die tiefsten Erschütterungen seiner Seele hat auch der Ernste vielfach ganz wo anders erlebt als hier, der große Klang geistigen Gemeinschaftslebens umklingt sie nicht mehr. Soll das nicht endlich anders werden? Der Protestantismus hat dem Heiligen im Seelenleben eine Ausdehnung weit über das eigentlich Religiöse hinaus gegeben. Er soll sich dessen freuen, soll aber nicht alles zum „Weltlichen" stoßen, was eben mehr als irdisch ist. Er soll den großen, schaffenden Kräften, die er entfesselte, auch äußerlich ihre Weihe dadurch geben, daß er ihnen die Stätte bereitet, wo das Heilige am deutlichsten vom Menschen empfunden wird. Es wird mithelfen — mithelfen nur, denn entscheidend sind andere Dinge —, aber es wird mithelfen, die schaffenden Kräfte all dieser „weltlichen" Mächte zu Bundesgenossen des religiösen Werdens und Suchens zu machen.

Selbst für die bildende Kunst könnte man es sich denken. Könnte man nicht geeignete Kirchen immer wieder benutzen, irgendein erhabenes Kunstwerk selbst oder in Reproduktion, auch in Lichtbildandachten und Feiern in ihnen weihevoll darzustellen. Zunächst einmal sollte man viel stärker da, wo man die Mittel dazu hat, die Pflicht fühlen, kirchliche Räume durch wirklich große, religiöse Kunst zu schmücken. Wir haben wieder eine starke religiöse Kunst, sie ist ohne Hilfe der Kirche gewachsen und findet noch wenig Hilfe bei ihr. Aber ebenso sollte man da und dort eine Nische, einen Altarraum usw. benutzen, ein Kunstwerk auszustellen, sei es auch nur vorübergehend, das nur an solchem eigenen Ort zu voller Wirkung kommen kann.

Auch in Lichtbildandachten und Lichtbildfeiern kann man der Kunst im weihevollen Raum eine Stätte bereiten. Sie mögen gestaltet sein als ein tiefer Vortrag durch Lichtbilder erläutert. Da denke ich mir eine Darstellung der Größe Rembrandts oder Dürers oder Michelangelos und ähnlicher, Klinger und Böcklin, Thoma und Steinhausen — wie viele sind es, die im Gotteshaus ihre richtige Stätte der Darstellung und Besprechung fänden. Ich denke mir aber auch Andachten, reine Feiern, in denen die Bilder erscheinen begleitet von Musik, Lied, Dichtung, Vorlesung. Wie wundervoll könnte man in tiefstem Ernst, zu mächtiger Erhebung hier die Mittel der verschiedenartigen Künste zusammenstellen?

Sind alle Kirchen dazu geeignet? Man wähle für die verschiedenen Zwecke aus. Es wird jede Stadt in ihren verschiedenen Kirchen auch die Möglichkeiten zu verschiedener Verwendung für solche Zwecke haben. Hier ist die Predigtkirche in Form eines weihevollen Saales für ernste Vorträge, hier die mächtige Mysterien- und Festkirche aus dem Mittelalter für

Digitized by Google

Mysterienspiele, musikalische und rein künstlerische Feiern usw. Guter Wille und Geschmack wird vieles ermöglichen, was jetzt unmöglich dünkt.

Nicht sollen Gottesdienst und Predigt dadurch aufgehoben oder auch nur zurückgedrängt werden. Im Gegenteil, sie werden im Bewußtsein wieder einen ganz anderen Platz gewinnen, wenn sie auftreten, da, wo der Mensch sich heimisch fühlt, und eingerahmt sind von großen, erhabenen Feiern, in denen die Größe menschlichen Kulturschaffens und Geisteslebens zu uns kommt. Ganz von selbst werden sie im Bewußtsein der Menschen, deren Urteil sich aus solchen Zusammengehörigkeitserlebnissen mehr bildet als aus Gedanken — wieder zusammengehören mit diesem großen Schaffen der gesamten Kulturtätigkeit des Menschen.

Die kirchlichen Kreise mögen bedenken, ob das zum Schaden oder zum Nutzen ihrer Sache wäre.

Buchbesprechung

Hans F. Helmolt: **Ein Vierteljahrhundert Weltgeschichte 1894—1919.** Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H., Charlottenburg, 1919. 152 Seiten.

Der Verfasser hat einen summarischen Ueberblick gegeben 1. über die beiden Jahrzehnte steigender Spannung vor dem Weltkriege, 2. über den Notenkampf, der dem Ausbruch des Krieges vorherging, 3. über den Kriegsverlauf. Sein Ziel ist: einen handlichen, mit Hilfe des Registers rasch Auskunft gebenden Leitfaden herzustellen, der sich bemüht, die Hauptlinien der Weltpolitik der letzten 25 Jahre so objektiv wie möglich herauszuarbeiten. Diesem Zweck dient die Arbeit in vortrefflicher Weise. Sie hat auch ein gutes Literaturverzeichnis, das jetzt natürlich auch schon durch die neuesten Veröffentlichungen etwas überholt ist. Nicht versagen möchte ich mir, die beiden Zitate wiederzugeben, die Helmolt seinem Buche vorsetzt. Sie lauten:

1. „Ich habe die Ehre, Sie zu benachrichtigen, daß die Regierung Seiner Majestät es für unnötig hält, irgendeine Antwort auf den deutschen Vorschlag zu geben, da nach der Meinung der alliierten Regierungen die Verantwortlichkeit Deutschlands für den Krieg seit lange unwiderleglich feststeht." (Mitteilungen des britischen Gesandten in Bern an die schweizerische Regierung; von dieser am 7. März 1919 an Deutschland weitergegeben.)

2. „Wer ein schwaches Herz hat oder wer sich von fremden Säften nährt, der bedarf der Lüge. Jenem flößt sie Courage ein, diesem leiht sie ein Mäntelchen. Wer aber sein eigener Herr ist, wer unabhängig ist und nicht vom Schweiße der andern lebt — was braucht der die Lüge? Die Lüge ist die Religion der Knechte und Herren, die Wahrheit ist die Gottheit des freien Menschen." (Maxim Gorkij, Nachtasyl, 4. Akt.)

Es wäre erfreulich, wenn unsere Regierung ihre auswärtige Politik etwas mehr nach dem Rezept dieser Gegenüberstellung einrichten und die Freunde der Gerechtigkeit und des Friedens auf der Gegenseite, die nun darauf warten, hierdurch unterstützen wollte.

Paul Rohrbach.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt. Redaktion: Schöneberger Ufer 36a I. Telephon: Nollendorf 928. Für Anzeigen: Werbedienst G. m. b. H., Berlin W 35, Lützowstr. 102/4. Verlag: Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt 10 M. Einzelnummer 1 M. Druck von Paß & Garleb G. m. b. H., Berlin W 57, Bülowstraße 66.

Digitized by Google

Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart u. Berlin

Soeben erschien:

Die Tagebücher des Freiherrn Reinhard von Dalwigk zu Lichtenfels aus den Jahren 1860–71

Herausgegeben von

Privatdozent Dr. Wilhelm Schüßler

Geh. M. 40.—, geb. M. 45.—

Der Name Dalwigk war in dem Jahrzehnt, das der Gründung des Deutschen Reiches vorausging, einer der meistgenannten im politischen Deutschland; der Name war ein Programm, er bezeichnete die Partei der Großdeutschen, die von der Vorherrschaft Preußens den Untergang der deutschen Einzelstaaten in einem vergrößerten Preußen fürchteten. Die lückenlosen Selbstzeugnisse über die politische Lebensarbeit der geschichtlich wichtigsten Jahre Dalwigks sind für jeden Geschichtsfreund überaus anziehend und belehrend; sie bilden ein zuverlässiges Material für den Forscher.

Durch alle Buchhandlungen zu beziehen

In den ersten Häusern erhält man Stellung durch die

Vossische Zeitung

Berlin SW68, Ullsteinhaus

Tote leben!

Mit 32 Geisterphotographien
7.50 Mark, gebunden 10 Mark.

Bilz' Verlag Leipzig.

Bei allen Anfragen bitten wir, sich auf die „Deutsche Politik“ zu beziehen.

Sachliche, also gute Propaganda, darf nicht Einzelheiten bevorzugen auf Kosten des Gesamteindruckes. Wort, Farbe, Darstellung, Form, sie alle müssen zusammenklingen u. sorgsam gegeneinander abgeschätzt sein. — In diesem Sinne wirken die Kräfte des Werbedienstes an der Lösung der ihm gestellten Aufgaben: Die Haus- und Versuchspresse mit auserlesenen Schriften, das eigene Atelier unter Leitung eines der ersten deutschen Reklamekünstler, anerkannte Fachleute und geschultes Personal.

Berlin W. 35
Lützowstr. 102/104

München
Bürohaus Reichshof
Sonnenstraße Nr. 15

Warum haben Sie keine Erfolge?

Sind Sie sich über die Ursachen klar? Ist es mangelndes Selbstvertrauen? Läßt Sie Ihr Gedächtnis zuweilen im Stich? Sind Ihre Kenntnisse nicht allen an Sie herantretenden Aufgaben gewachsen? Und wenn dem so ist, müssen Sie darum etwa verzweifeln? Keineswegs! Auch für Sie gibt es Hilfe. Poehlmanns Geistesschulung und Gedächtnislehre befreit Sie durch individuellen Fernunterricht von nervöser Zerstreutheit, setzt Ihrem Denken und Wollen feste Ziele und gibt Ihnen die Möglichkeit, sich auf jedem Wissensgebiet mit spielender Leichtigkeit vollkommen auszubilden. Ein gründliches Wissen aber ist die Vorstufe zur Macht, Erfolg und Glück!

Verlangen Sie ausführlichen Prospekt von

L. Poehlmann, Amalienstr. 3, München P 41

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Inhalt:

Politische Glossen 33
Rohrbach, Wie man Frankreich in den Krieg brachte . 35
Schmidt, Das Ende des Rätesystems 39
Graf Roedern, Wirtschaftsethik 42
Langenhagen, Leitgedanken zur Frage d. Beamtentums 47
Waltemath, Hunger und Revolution 52
Brief an die „Deutsche Politik" 59

Preis vierteljährlich M 10.–, das einzelne Heft M 1.–

5. Jahrgang 9. Juli 1920 Heft 28

Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart-Berlin

Digitized by Google

Dahlmann

Vorkämpfer deutscher Freiheit

Todesstrafe im Frankfurter Parlament 1848	M.	—.60
Dahlmann, Politik	„	—.30
Pfizer, Briefwechsel zweier Deutscher	„	—.50
Harkort, Bürger- und Bauernbrief	„	—.30
Twesten, Mächte der Reaktion und der Staat	„	—.30
Virchow, Politische Reden	„	—.60
Moser, Freie Worte aus der Zeit des Absolutismus des 18. Jahrh.	„	—.60
Unruh, Autorität oder Majorität	„	—.30
Kinkel, Verteidigungsrede	„	—.40
Uhland, Freiheitliches Vermächtnis	„	—.90
Rießer, Reden zur freiheitlichen Entwicklung	„	—.90

Zu beziehen durch jede gute Buchhandlung, sonst direkt vom Verlag

Politischer Verlag B. Heller, München

Herzog-Maxstraße 4

Geschäftserfolg und Lebenserfolg

Von **Dr. Paul Lechler**

Soeben erschien die **6. Auflage**, das 21.—24. Tausend

„Eine praktische Pädagogik für den Kaufmannsstand, die meines Wissens in der deutschen Literatur ihresgleichen nicht hat." (Deutsche Lehrerzeitung.)

Schatzkästlein für jeden strebsamen Kaufmann, Techniker und Gewerbetreibenden

Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart

Der Bürger im Volksstaat

Eine Einführung in Staatskunde und Politik

Herausgegeben von

Dr. Hermann Sacher

270 Seiten, gebunden Mark 11.— (und Zuschläge)

Herder & Co. G. m. b. H. Verlagsbuchhandlung, Freiburg im Breisgau

„Die Bücherpost"

unterrichtet wöchentlich über Neuerscheinungen des deutschen Buchhandels aus allen Wissensgebieten und der Unterhaltungsliteratur. Einzelnummer 25 Pfg., vierteljährlich Mk. 2.50. Abonnements nimmt jede Poststelle, auch der Briefträger, entgegen. Probenummern sendet die Geschäftsstelle der „Bücherpost", Frankfurt a. M., Niddastr. 74, postfrei und umsonst.

A. WARMUTH · Speditionsgeschäft

Zentrale: BERLIN C. 2, Hinter der Garnisonkirche 12.
Fernsprecher Norden 309, 310, 1642, 4472 u. 4512.
Leipziger Abteilung: Dorotheenstr. 29a. Zentrum 2609.

Versand von Gütern aller Art nach allen Orten der Welt.

Möbeltransport — Lagerung.

Digitized by Google

5. Jahrgang * 9. Juli 1920 * Heft 28

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Man kann das Problem Spa von Deutschland zwiefach betrachten. Die einen glauben, daß die Verständigung über ein europäisches wirtschaftliches Programm das wesentliche Ziel aller auswärtigen Ueberlegungen ist. Ob sie mit einem Mehr, einem Weniger an Erwartungen an diese Dinge herangehen: hier sehen sie den Kern der positiven Auslandspolitik, und die kontinentaleuropäischen Perspektiven hellen sich auf, wenn Berlin nur erst an Paris „loyale Vorschläge" macht. Die Wirtschaftskrisis ist ja nun kein deutsches, kaum mehr ein europäisches Problem, und sie bedarf gewisser internationaler Solidarität. Aber man soll in diesem nicht die Aufgabe unserer Auslandspolitik erschöpft sehen. Wir müssen immer und immer wieder die Revision des Prozesses verlangen, der uns schuldig sprach, ohne daß wir gehört waren, ohne daß Richter nach Recht suchten. Das erscheint manchen unbequem — denn das Moralische ist eine Störung zwischen dem Geschäftlichen. Aber zum Sturz des ganzen Friedenswerkes kommen wir erst, wenn es in seinen moralischen Ansprüchen erschüttert ist.

*

Der Zusammentritt des Reichswirtschaftsrates hat viele Hoffnungen lebendig werden lassen, daß von diesem neuen parlamentarischen Körper eine Gesundung unserer öffentlichen Verhältnisse ausgehen werde. Mögen sich alle diese Erwartungen erfüllen! Zunächst verbreitet sich aber um diese Neubildung das Gefühl der Unsicherheit, daß sie nichts anderes sein werde als eine Wiederholung der Redeveranstaltungen, die im Wesen des parlamentarischen Betriebes begründet sind. Denn darüber hinaus weiß niemand recht, wie die Gruppenbildung, wie ein Abstimmungsverfahren sich entwickeln werden, die ein anderes Gesicht zeigen als im politischen Reichstag. Werden die Berufsgruppen geschlossen abstimmen, wie es die alten Stände taten? Was wird dann aus den Gruppen, die zwischen den großen Berufen eingesprengt sind? Sie hängen in der Luft. Aber gerade sie sind die wertvollsten Kräfte, denn von ihnen nimmt man an, daß sie keine Interessen, sondern das Gemeinwohl ver-

Digitized by Google

treten. Die Ausschüsse sitzen jetzt hinter der Arbeitslosenfrage. Es ist aber nicht wahrscheinlich, daß die erlösende Idee gefunden werde, denn sie war auch bisher nicht verboten.

*

Helfferich hätte während des Krieges den Nachweis bringen können, daß er ein großer Staatsmann sei — denn der Umbau des deutschen Finanzwesens, unabhängig vom Schwanken der Kriegslage, von törichter Rechnung mit Entschädigungen, das war die große Aufgabe, deutlich, greifbar. Wenn Helfferich heute erzählt, daß der von ihm so verachtete Erzberger ihm Schwierigkeiten gemacht habe, so ist das nichts als eine Parteipointe; denn der große Staatsmann wird mit Erzberger fertig, wenn er zu einem großen Ziel will. Aber leider, den begabten Mann haben die Enttäuschungen in die Enge der Parteileidenschaften getrieben — drei Tage vor Spas Beginnen repetiert er seine Wahlrede im Reichstag und zerfetzt die Möglichkeit, das Parlament zu einer tragischen Erkenntnis der schweren Stunde zu bringen.

*

Schiffer hat neulich im Reichstag von der geringen Eignung der Deutschen für die auswärtige Politik gesprochen. Am gleichen Tage hat das Parlament selber eine Probe gegeben, wie sehr dies Urteil auch ihm gilt. Man kann über Talent und Charakter von Dr. Stresemann freundschaftlicher denken, als es in diesen Blättern gelegentlich zum Ausdruck kam, aber daß dieser Mann in diesem Augenblick an die Spitze des Ausschusses für auswärtige Politik gestellt wurde, ist fast grotesk. Nicht nur, was er während des Krieges tat und vertrat, mußte zur Vorsicht mahnen; er hat auch während der Wahlbewegung die auswärtigen Probleme so sehr auf Versammlungslogik vereinfacht, daß es einem Angst werden könnte, wenn er etwa das amerikanische, das englische oder russische Problem so primitiv handhaben wollte, wie es da geschehen.

*

Der Vorstand der Mehrheitssozialdemokratie schreibt gratis Flugblätter für die Unabhängigen. Etwas ähnlich Törichtes und Unwahrhaftiges wie die vertrauliche Anweisung an die Parteipresse ist lange nicht fabriziert worden. Die Mehrheitssozialdemokratie beschimpft die Unabhängigen Tag um Tag, daß sie ein Regiment Helfferich und Ludendorff herbeiführen; vertraulich aber teilt sie ihren Leuten mit, daß sie dasselbe will. Die Unabhängige Partei, die an der hemmungslosen Senilität Ledebours krank ist, bekommt von Scheidemann kräftigende Arzneien — denn dieser überkluge Brief kann morgen als Flugblatt in die Welt gehen. Man soll bekanntlich keine Briefe schreiben. Ein Parteivorstand kann sich offenbar an dies Rezept nicht halten. Aber er müßte dann mit der Dummheit etwas haushälterischer sein.

Digitized by Google

Wie man Frankreich in den Krieg brachte

Von Dr. Paul Rohrbach

Der Haß und die Sorge der Franzosen gegenüber Deutschland sind vielleicht das größte Hindernis für die Genesung der Welt. Selbst wenn alle Regierungen und alle Völker mit einer ehrlichen Revision des Friedens von Versailles einverstanden wären, so würden sich die Franzosen immer noch weigern. Eines ihrer stärksten Argumente ist, daß sie von Deutschland durch den Krieg von 1914 überfallen worden sind, daß Deutschland Schuld am Ruin Frankreichs ist, und daß es daher alles bezahlen muß. Diese Voraussetzung des französischen Empfindens ist falsch. Schon im Jahre 1911 schrieb der damalige belgische Gesandte in Berlin, Baron Greindl, einen Bericht nach Hause:

Delcassé hat sich gebrüstet, daß er einen Angriffsbund gegen Deutschland zustande gebracht hat... Die Entente cordiale zwischen England und Frankreich ist nicht gegründet auf der positiven Grundlage gemeinsamer Interessen, sondern auf der negativen Grundlage des Hasses gegen das Deutsche Reich. So ist der Revanchegedanke in Frankreich neu erweckt worden.

Trotzdem fehlte viel daran, daß 1914 im Sommer im französischen Volk Kriegslust herrschte. Wir haben darüber ein interessantes englisches Zeugnis in der „Kriegsgeschichte" des „Manchester Guardian" in der Nummer vom 3. März 1915. Die Schilderung dort lautet:

Als der Ernst der Lage erkannt wurde, offenbarte sich das öffentliche Gefühl in Paris in einer spontanen heftigen Opposition gegen den Krieg. Am Abend des Sonntags vom 26. Juli fand eine gewaltige Demonstration gegen den Krieg auf dem großen Boulevard und den Hauptstraßen im Zentrum von Paris statt. Die Demonstration war nicht organisiert; nur am Morgen waren in der sozialistischen und Gewerkschaftspresse Ankündigungen erschienen und im Laufe des Tages selbst angeschlagen worden. Die Personen, die als aktive Demonstranten oder passive gleichgestimmte Zuschauer teilnahmen, zählten an die Hunderttausende. Der Anblick war unvergeßlich. Eine dichtgedrängte Menge füllte den großen Boulevard, der drei Meilen lang ist, fast seiner ganzen Länge nach. Jeder Verkehr mußte stocken, und die Fußgänger hatten es schwer vorwärts zu kommen. Von Zeit zu Zeit erhob sich ein gewaltiges Rufen: „A bas la guerre", darin die Schreie „Vive l'armée" ertranken, die aus kleinen Gruppen von Royalisten kamen, meist Jünglinge der Bourgeoisie, die eine Gegendemonstration versuchten. Die Sympathie der Massen auf den Trottoirs war unverkennbar auf Seiten der Demonstrationen gegen den Krieg.

Der „Manchester Guardian" erzählt weiter, am 30. Juli habe die Lage hoffnungsvoller geschienen, aber am 31. wurde amtlich in Paris verkündet, Deutschland habe den Zustand der Kriegsgefahr erklärt. Dieser deutsche Akt sei als Provokation erschienen und habe die öffentliche Meinung in Frankreich stark erregt. Man wußte in Paris nicht, sagt der Guardian, „daß Rußland, ohne die französische Regierung zu befragen oder von seiner Absicht zu verständigen, am Abend vorher den Befehl zur allgemeinen Mobilmachung ausgegeben hatte". Dieser russische Schritt war der Grund

Digitized by Google

dafür, daß Deutschland zwar noch nicht die Mobilmachung, aber doch die Vorstufe, den Zustand der Kriegsgefahr, erklärte.

Bisher hat man geglaubt, daß Rußland vorgegangen ist, ohne Frankreich zu verständigen. Das war die Meinung des „Manchester Guardian" und auch die des deutschen Politikers und späteren sozialdemokratischen Ministers Dr. David in seiner Schrift über die Schuld am Kriege. Am 31. Juli um 7 Uhr abends war der deutsche Botschafter, Herr von Schoen, beim französischen Ministerpräsidenten und wies ihn auf die verhängnisvollen Konsequenzen einer allgemeinen russischen Mobilmachung hin. Der Ministerpräsident antwortete ihm, er sei in keiner Weise von einer angeblichen allgemeinen Mobilmachung Rußlands unterrichtet, auf die die deutsche Regierung als den Grund für ihre militärischen Maßnahmen hinweise.

Die russische allgemeine Mobilmachung war schon seit einigen Tagen im Gange, als sie am 31. Juli frühmorgens an allen Straßenecken in Petersburg und in ganz Rußland angeschlagen wurde. Trotzdem konnte auch der englische Botschafter in Paris am 31. Juli abends spät an Sir Edward Grey telegraphieren, der Botschafter Rußlands habe ihm gesagt, er wisse nichts von einer allgemeinen Mobilisation der russischen Streitkräfte. In Wirklichkeit verhielt sich die Sache anders. Rußland hatte nicht nur mobilgemacht, sondern die Nachricht davon war in der Form „Volle Mobilisation der russischen Armee ohne Ausnahme" durch ein Telegramm des französischen Botschafters in Petersburg am Morgen des 31. Juli in Paris eingegangen. Das wird bestätigt durch ein Geheimtelegramm des russischen Botschafters Iswolski aus Paris nach Petersburg vom selben Datum. Veröffentlicht ist es durch den Beauftragten der russischen revolutionären Regierung Pokrowski in der Moskauer Wochenschrift „Prawda", Nr. 7, vom 9. März 1919. Daraus ergibt sich, daß der französische Ministerpräsident Viviani den deutschen Botschafter, und der russische Botschafter Iswolski seinen englischen Kollegen belogen haben, als sie ihnen am 31. Juli sagten, ihnen sei nichts von einer allgemeinen russischen Mobilmachung bekannt. Vor allen Dingen aber wurde belogen und sollte belogen werden das französische Volk. Wäre am 31. Juli morgens die russische Mobilmachung in Frankreich bekanntgegeben worden, so hätte es keinen aggressiven Eindruck mehr gemacht, wenn danach mitgeteilt wurde, auch Deutschland bereite sich auf einen Krieg vor.

Zwischen der russischen und der französischen Regierung bestand Einverständnis darüber, daß die öffentliche Meinung in Frankreich erst auf den Krieg „präpariert" werden müsse. Pokrowski teilt auch ein Telegramm Iswolskis nach Petersburg mit, in dem es heißt, die französische Regierung gebe „vollkommen bewußt und kaltblütig" zu, daß das Endresultat der gegenwärtigen Verwicklungen für sie die Notwendigkeit bedeuten könne, am allgemeinen Kriege teilzunehmen, sie müsse aber mit der Stimmung

Digitized by Google

des Parlaments und der öffentlichen Meinung in Frankreich rechnen und bitte dringend, nur im Einverständnis mit ihr vorzugehen. Nur unter dieser Bedingung, heißt es, „kann die Regierung die französische öffentliche Meinung auf die Notwendigkeit, am Kriege teilzunehmen, vorbereiten".

Zur richtigen „Vorbereitung" war vor allen Dingen eine deutsche „Provokation" nötig, und diese Provokation wurde der französischen öffentlichen Meinung dadurch geliefert, daß man ihr die russische Mobilmachung unterschlug, die durch sie verursachte deutsche Erklärung der Kriegsbereitschaft aber mit dem gehörigen Kommentar publizierte. Es gab aber in Frankreich noch einen starken persönlichen Einfluß gegen den Krieg. Das war Jean Jaurès. Zwei Tage vor seinem Tode, am 29. Juli, schrieb Jaurès an seinen Gesinnungsgenossen van der Velde nach Belgien:

Die Lage würde eine Entspannung erfahren, sobald die französische Regierung erklärt, daß sie die serbische Sache nicht als eine russische (im Sinne der Verträge, die Frankreich an Rußland banden) ansehen würde. Es läge in der Macht der französischen Regierung, Rußland am Kriege zu verhindern. Aber man sucht den Krieg, den man schon lange schürte. Unsere Sache darf nicht die russische sein. Wir dürfen unser Land nicht für die Knutenherrschaft des weißen Zaren bluten lassen. Europa wird von Asien verschlungen. Suchen Sie in Ihrem Wirkungskreis jede Steigerung des Kriegswahnsinns einzudämmen. Welche Interessen für Belgien auf dem Spiele stehen, wissen Sie. Aber diese Interessen können nur durch den Frieden gewahrt werden, aus dem sich kein Land, auch nicht durch die glänzendsten Versprechungen, herausreißen lassen soll. Hier treiben alle schädlichen Kräfte zum Krieg, den man zur Erfüllung eines krankhaften Ehrgeizes führen will, und weil die Börsen in London und Paris auf Petersburg spekulieren.

Diesen Brief hat der Abgeordnete Scheidemann am 6. April 1916 im deutschen Reichstage verlesen. Darüber, was der Mord an Jaurès für die Frage „Krieg oder Frieden" bedeutete, schrieb der „Manchester Guardian":

Man fühlte sofort, Jaurès konnte nur von einem Mitglied der Kriegspartei ermordet sein, die den großen Apostel des Friedens aus dem Wege zu räumen gewünscht hatte, den einzigen Mann, der den Krieg vielleicht hätte verhüten können!

Der französische sozialistische Abgeordnete Pressemane erzählt einen Vorgang, der sich in der Nacht vom 29. auf den 30. Juli in Paris abspielte. Es handelte sich um eine Zusammenkunft mit Jaurès:

Die Lage ist ernst. Jaurès, der immer kaltblütig und klarblickend ist, war bislang ganz optimistisch, aber jetzt macht er aus seiner Besorgnis kein Hehl. Mit dem „Figaro" in der Hand erklärte er uns: Frankreich ist das Spielzeug Rußlands. In der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag wäre unsere Regierung beinahe von Rußland hinters Licht geführt worden. Die Vorstellungen Deutschlands bei Rußland wegen der Mobilmachung des letzteren hatte soeben stattgefunden. Unsere Regierung war hierüber nicht unterrichtet. Die russische Botschaft in Paris hatte jedoch Nachrichten, die andeuteten, daß die deutsche

Digitized by Google

Vorstellung in Petersburg einen drohenden Charakter trug. Sofort teilte sie dies unserem Ministerium des Auswärtigen mit. Es folgte hieraus, daß unsere Minister, die um 3 Uhr des Morgens zusammenberufen wurden, die ersten Maßregeln mit Hinsicht auf die Mobilmachung ergriffen. Das war nicht wieder gutzumachen. Die Mobilmachungsbefehle mußten nunmehr ausgeführt werden, und Deutschland, sich auf unsere Haltung berufend, griff ebenfalls zur Mobilmachung. Das bedeutete den Krieg. Es bedeutete eine schreckliche Sache... und Rußland war zufriedengestellt.

Die Vorstellung, die der deutsche Botschafter in Petersburg am 29. Juli gemacht hatte, war, wie aus ihrem Wortlaut hervorgeht, keine Drohung, sondern, nach seinem eigenen Bericht, nur eine „freundschaftliche Mahnung". In Paris suchte man aus diesem zwar ernsten, aber auf die letzte mögliche Erhaltung des Friedens berechneten Schritt ein Signal kriegerischer Drohung zu machen. Am 31. Juli, spät nachmittags, ging Jaurès zu dem Minister des Innern, Malvy. Ueber die Unterredung berichtete Marcel Cachin in der „Humanité" vom 1. August 1914:

Jaurès wies den Minister darauf hin, wie groß, wie ungeheuer die Verantwortlichkeit des französischen Ministeriums sein würde, wenn es die zwingende Notwendigkeit verkenne, die es verpflichte, auf Rußland einen entscheidenden Druck auszuüben, der allein den Frieden retten könne. Es genügt nicht, fügte er hinzu, die Unterhandlungen mit Rußland ohne besondere Energie fortzusetzen. Es ist nötig, eine feste, entschlossene Sprache zu führen. Wenn dieser Druck nicht entschlossen und mit aller Kraft ausgeübt wird, dann ist, was eintritt, nicht mehr gutzumachen, und die Verantwortung, die unsere Regierung trifft, wird entsetzlich sein. Es wird sich klar zeigen, daß unser Land — leider — statt energisch für seine eigenen Interessen zu wirken, der Vasall Rußlands ist, das es aus selbstsüchtigen Gründen von seiner Bahn abdrängt.

Die französische Regierung hat stets den Satz vorgebracht, sie habe es nicht vermeiden können, in den Krieg einzutreten, während Deutschland dies hätte wohl tun können. Welches aber war der entscheidende Faktor für den Ausbruch des Krieges? Die russische Mobilmachung! Freilich hat der Zar noch am 1. August an den deutschen Kaiser telegraphiert: „Mobilmachung heißt nicht Krieg", und die französische Regierung hat, wie George Demartial sagt, die Wälle mit der Erklärung gepflastert: „Mobilmachung ist noch nicht Krieg." Der russische General Gurko aber, zeitweilig Generalissimus der russischen Armee, hat nach dem Kriege in einem Artikel im „Morgenbladet" in Christiania (3. Juni 1919) zugegeben, die russische Mobilmachung habe für Deutschland bedeutet, daß Rußland den Krieg beginnen konnte, sobald es wollte, je später, mit um so größerem Vorteil, und darin habe für Deutschland die Notwendigkeit gelegen, „ohne einen Tag zu vergeuden, Rußland den Krieg zu erklären". Das ist ein starkes Zeugnis, aber noch stärker ist die Erklärung des französischen Generals Boisdeffre beim Abschluß der französisch-russischen Allianz gegenüber dem Zaren: „Mobilisierung ist die Erklärung des Krieges." Und wie antwortete der Zar darauf? Er sagte: „Das ist genau

Digitized by Google

so, wie ich es aufgefaßt habe." Und wo steht das zu lesen? Im dritten französischen Gelbbuch Nr. 71. Und im selben Gelbbuch unter Nr. 240 steht ein Gespräch des französischen Militärattachés in Petersburg mit dem russischen Generalstabschef, in dem es heißt, daß auf die Mobilmachung Frankreichs und Rußlands kriegerische Handlungen unmittelbar folgen müßten, „daß sie untrennbar von einem Angriff sei". Welches Zeugnis ist nach alledem noch nötig dafür, daß sowohl die russische als auch die französische Regierung den Krieg gewollt haben, den zu erklären Deutschland durch verabredete Handlungen seiner Gegner zu seinem Schaden gezwungen wurde?

Das Ende des Rätesystems

Von Axel Schmidt

Bisher war Kautsky einer der wenigen Sozialisten, der das wahre Wesen des Bolschewismus richtig erkannt hatte. Er lehnte es strikt ab, ihn als Erfüllung der Lehre von Marx und Engel anzuerkennen, sondern bezeichnete ihn als „tatarischen Sozialismus", dessen Väter die russischen Politiker Tschernyschewsky, Bakunin und Lawrow waren. Nicht Marx' und Engels' Ideen, sondern die Lehren der genannten Russen haben Lenin und Trotzki Wirklichkeit werden lassen. All diese russischen Vorläufer des Bolschewismus glaubten, daß die Erlösung der Welt nicht vom „faulen Westen" kommen werde, sondern vom russischen Dorfkommunismus. Ihre Gedanken wurzelten daher nicht so sehr in der eigentlichen proletarischen Bewegung, sondern im russischen Agrarkommunismus. Schon Engels lehnte es seinerzeit ab, ihre Ansichten zu akzeptieren. Als diese russischen Führer in ihrer Schwärmerei für das russische Gemeindelandsystem sogar die früheren Volkserhebungen unter den Räuberhäuptlingen Stenka Rasin und Pugatschew zu verherrlichen begannen und sie für die wahren Stammväter des Sozialismus ausriefen, verspottete Engels diese Ansicht, indem er erklärte, daß mit demselben Rechte der Schinderhannes zum Ahnherrn der deutschen Sozialdemokratie gemacht werden könnte.

Unsere Unabhängigen, die trotz Hilferdings und Kautskys Warnung noch völlig im Fahrwasser des Rätegedankens schwimmen, beweisen damit nur, daß sie nicht den fundamentalen Unterschied zwischen Rußland und Deutschland zu sehen imstande sind. In Rußland leben über 85% im Dorf. Von dieser Tatsache muß jede Unterhaltung über Räterußland ausgehen. Diese 85% der Bevölkerung sind durch Krieg und Bolschewismus völlig in die frühmittelalterliche Naturalwirtschaft zurückgefallen. Sie bebauen nur soviel Land, als sie für ihren Lebensunterhalt nötig haben, zahlen keine Steuern und vertauschen ihre geringen Ueberschüsse an Lebens-

Digitized by Google

mitteln nur gegen Waren, die die sterbenden Städte immer weniger ihnen bieten können, weil der Ausverkauf des Besitzes sich dem Ende nähert. Die Bildungsschicht in Rußland, die schon vor dem Kriege viel zu dünn war, um auf die Dauer einen so großen Staatsmechanismus tragen zu können, ist so gut wie erledigt. Traurige Ueberreste vegetieren noch in Räterußland oder verleben ihre letzten geretteten Kapitalien als Emigranten in Westeuropa. Die geringe Zahl des russischen Fabrikproletariats im europäischem Sinne ist zum großen Teil in das Dorf zurückgewandert, wo es sich durch Aufteilung der Gutsländereien „gesund" gemacht hat oder von Schiebergeschäften sich ernährt, oder es ist in die rote Armee eingetreten, oder endlich fristet es in den Großstädten elend sein Leben. Die Tatsache, daß die Eisenfabriken Petersburgs, des Hauptsitzes dieser Industrie, nur 4% ihrer Arbeiter vor der Kriegszeit beschäftigen, und in Moskau, dem Zentrum der russischen Textilindustrie, nur 11% der Webstühle und 4% der Spindeln arbeiten, zeigt den völligen Zerfall der russischen Industrie. Wem diese älteren Daten noch nicht genügen, dem sei zur Vervollständigung des Bildes noch folgender Bericht wiedergegeben, der auf bolschewistischen Quellen beruht:

Im Jahre 1919 wurden nur noch 60% der Fläche aus der Zeit vor dem Kriege an Flachs angebaut; im Jahre 1920 würde die Verringerung bis 15% erreichen. Die Sammlung von Rohhäuten ergab im Jahre 1918 im Gouvernement Moskau 126 613 Stück, 1919 aber nur 15 889. An Gußeisen wurden 1915, also im zweiten Kriegsjahre, 224 940 000 Pud produziert, 1920 werden nicht mehr als 20—25 Millionen erwartet.

Der wirtschaftliche und politische Zusammenbruch des Rätesystems wird denn auch von den Leitern Sowjet-Rußlands nicht mehr verhüllt. Auf dem russischen Kongreß der Wassertransportarbeiter hat Lenin offen bekannt, daß „die Bevölkerung einen Winter, wie den vergangenen zum zweitenmal nicht ertragen" könne. Wie immer ist Lenin in seiner Taktik sehr geschickt. Er schlägt nichts Geringeres vor, als den Rätegedanken aufzugeben, da er sich als unbrauchbar erwiesen hat. Er führte dabei unter anderem aus*):

Die Kollektivmacht soll die Arbeiterregierung bedeuten, das persönliche Regiment dagegen eine arbeiterfremde Regierung. Die Fragestellung selber und die Art der Argumentation beweisen, daß uns immer noch ein klarer Klassensinn abgeht. Wir haben aber keine Zeit, ihn erst zu lernen: wir müssen die Frage nach dem Kollektivregiment konkret stellen und lösen. Ich bin überzeugt, daß Sie zur Annahme der Richtlinien gelangen werden, die das Zentralkomitee der Partei ausgegeben hat. Und ich hoffe, daß die Anwesenden, die als Wassertransportarbeiter wissen, was Betriebsleitung ist, in einer großen Mehrheit begreifen werden, daß wir ernste Geschäftsleute werden müssen, die die Räte ausschalten und ohne sie walten.

*) Wir entnehmen die Leninschen Ausführungen einer Veröffentlichung des Herrn E. Hurwicz in der „Weltbühne" Nr. 26.

Digitized by Google

Jede Verwaltungsarbeit erfordert Spezialeigenschaften. Man kann Revolutionär und Redner ersten Ranges sein, aber ein ganz nichtsnutziger Verwalter. Wir können nicht warten. Das Land ist ruiniert, der Ruin erreicht einen solchen Grad — Kälte, Hunger und allgemeine Not —, daß es so nicht weitergehen kann. Keine Treue, keine Selbstaufopferung wird uns retten, wenn wir nicht das physische Dasein der Arbeiter retten, wenn wir nicht ihnen Brot, den Bauern aber Salz geben. Die Existenz der Macht unserer Arbeiter und Bauern, die Existenz Sowjet-Rußlands selbst steht in Frage.

Diese Ausführungen bedeuten doch nichts anderes als das Ende des Rätesystems und die Wiedereinführung des alten Regimes, nur mit umgekehrten Vorzeichen. Freilich schon vor dieser Vertauschung der Diktatur des Proletariats mit der Diktatur einiger Führer hat die Studienkommission englischer Arbeiter es richtig erkannt, daß der Bolschewismus nichts mit der europäischen sozialdemokratischen Bewegung gemein habe. Frau Snowden, die eben aus Rußland zurückgekehrt ist, faßt ihr Urteil über den Bolschewismus in folgenden Sätzen zusammen:

Das ist nicht Sozialismus, was hier in Sowjet-Rußland verwirklicht worden ist; das hat mit den Lehren von Karl Marx nichts zu tun; das ist dasselbe System der Tyrannei, wie es ehedem in Rußland herrschte, nur jetzt vom entgegengesetzten Pol aus geübt. Es herrscht wohl stärkere Disziplin als in dem alten Rußland; aber diese Disziplin ist zum größten Teil erzwungen; nur jetzt, da der Krieg mit Polen dem russischen Nationalbewußtsein wieder einen starken Antrieb verliehen hat, fügen sich freiwillig auch viele, die mit dem Bolschewismus an sich nichts zu tun haben wollen.

Die Lebensverhältnisse in den Städten sind trostlos. Die Bevölkerung hungert und leidet Mangel an Kleidung und Beschuhung. Die Bauern geben ihre Erzeugnisse nur im Austausch gegen Kleiderstoffe, landwirtschaftliche Gerätschaften und Maschinen her.

Wann endlich werden unsere Räteschwärmer sich zur Erkenntnis durchringen, daß der Bolschewismus ein spezifisch asiatisches Gewächs ist, das nach Europa nicht hingehört, wohl aber als schnell um sich fressendes Unkraut nur zu leicht die aus dem Weltkrieg geretteten Saaten europäischer Kultur ersticken kann. Ob in Rußland die 15% Städter zugrunde gehen, ist für die Fortexistenz des russischen Volkes schlechthin nicht entscheidend. In Deutschland würde es aber nicht nur bedeuten, daß die fast 50% Städter in kürzester Zeit erledigt wären, sondern auch unsere hochentwickelte Landwirtschaft würde solch einen Rückfall in die Primitivität des frühen Mittelalters nicht ertragen können. Da aber unsere Rätefanatiker keine Wirklichkeitsmenschen wie die Engländer sind, sondern Doktrinäre und Phantasten, wird die Begeisterung für das Rätesystem auch nicht aufhören, nachdem selbst Lenin es verworfen hat. Jetzt erst gerade, wird der deutsche Theoretiker sagen und ein „verbessertes deutsches Rätesystem" ausarbeiten, wie die deutschen Professoren im Kriege für einen „verbesserten deutschen Parlamentarismus" schwärmten. Sollte es wirklich deutsche Bestimmung sein, nur durch Schaden klug zu werden, während die Engländer durch Anschauung lernen?

Digitized by Google

Wirtschaftsethik

Von Staatsminister a. D. Graf Roedern.

Es sind bald vier Jahre, daß Walther Rathenau auf die Perlenkette im Werte von hunderttausend Mark hinwies, deren einmalige Einfuhr Deutschland alljährlich eine Verzinsung von 4000 oder 5000 M. an das Ausland zahlen, also den Ertrag eines großen Bauernhofes verlieren lasse. Damals waren die Grenzen gesperrt. Die Worte wurden gesprochen, um im kommenden Frieden beherzigt zu werden. Sind sie beherzigt worden? Gewiß hat man keine Perlen eingeführt. Ganz im Gegenteil, man hat sogar auch mit Perlen an das Ausland bezahlt. Aber sie und alle Edelsteine, die in Deutschland aufzutreiben gewesen wären, hätten nicht genügt, die Einfuhr zu bezahlen, die einsetzte, als nach vierjährigem Krieg die Grenzen nach Westen sich weit öffneten, sich öffneten nicht nur für Rohstoffe und lebenswichtige Nahrungsmittel, sondern auch für Zigaretten, Apfelsinen, seidene Blusen und teures Pelzwerk, alles Waren, deren Einfuhr noch viel schlimmer als die der getadelten Perlenkette wirkt; denn die Kette bedeutet nur Zins-, aber keinen Kapitalsverlust, wenn sie uns das Ausland einmal wieder abnimmt; die jetzt eingeführten Waren sind zu baldigem Verbrauch oder Verschleiß bestimmt, ihr Gegenwert ist in Zins und Kapital verloren.

Unsere Ein- und Ausfuhrstatistik kann aus naheliegenden Gründen noch nicht wieder normal arbeiten. Aber eines ist unzweifelhaft, daß die schon vor mehreren Monaten vorgenommene Schätzung nicht übertreibt, die damals den Wert der Einfuhr einiger weniger, nicht lebensnotwendiger Artikel seit Aufhebung der Blockade auf über 10 Milliarden M. bezifferte.

Das große Loch im Westen, das die Waren in den ersten Monaten ohne Zoll und Kontrolle wahllos einströmen und unsere Valuta auf den Tiefstand des Frühjahres sinken ließ, ist angeblich gestopft. Aber viele kleine Löcher sind geblieben und werden bleiben, solange fremde Truppen einen Teil des Reichsgebietes besetzt halten. Auch wenn Zoll- und Devisenkontrolle gut funktionieren, wird der Importeur, der den Zoll bezahlt und über ausländische Devisen oder Guthaben verfügt, es immer verstehen, auf mehr oder weniger gesetzmäßigem Wege Luxusware einzuführen, und er wird es tun, solange man ihm diese Ware in Deutschland aus den Händen reißt.

Man vergleiche den Preis der Perlenkette mit den Summen, die wir im letzten Jahre dem Ausland für überflüssige Dinge zahlten, man übersetze nur die Hälfte des Wertes dieser Einfuhr in den Kaufpreis von Trockenmilch, Haferflocken, Fett und Reis, und man wird zu dem erschreckenden Ergebnis kommen, welche Zahl von Kinderleben nur mit einem Teil des in Zigarettenrauch aufgegangenen oder in Modetand

Digitized by Google

verausgabten Geldes hätte erhalten, wieviele erwachsene Menschen in ihrer Arbeitskraft hätten gestärkt werden können.

Es hieß, tauben Ohren predigen, wenn im ersten Jahre nach dem Kriege auf die Folgen hingewiesen wurde. Der Ueberspannung, die der Krieg gegen die Welt für uns auf allen Gebieten, auch auf dem des Willens, bedeutet hatte, folgte mit Naturnotwendigkeit eine Reaktion, der sich keine Staatsmacht und kein Moralprediger mit Erfolg entgegengestemmt hätten. Diese Uebergangsmonate sollen aber jetzt überwunden sein, und wir sollten recht aufmerksam auf die Berichte hören, die melden, daß es in den großen Städten unserer bisherigen Gegner anders aussieht als in der Tauentzienstraße oder am Kurfürstendamm in Berlin W, daß es in Paris auf den Straßen und in den Hotels ungewöhnlich früh dunkel wird, und daß die Damen sich auffallend einfach kleiden. Wir sollten auch die Bilder, die uns amerikanische oder englische Männer und Frauen der besten Gesellschaftskreise in einer ganz billigen Einheitstracht zeigen, nicht nur als spaßhafte Sensation betrachten, sondern anerkennen, daß dort das Volk bereits praktisch an der Lösung volkswirtschaftlich wichtiger Fragen mitarbeitet, und uns fragen, warum die deutsche Erfindungsgabe nicht auf der Höhe der ersten Kriegsjahre steht, in denen sie anscheinend spielend über so manchen Mangel triumphierte.

Verzicht und Arbeit! Zu beiden ist auch bei uns schon unzählige Male von der Regierung aufgerufen worden. Es scheint mir nötig, daß es noch intensiver geschieht, und daß sich auch private Organisationen in den Dienst der Sache stellen.

Drei Einwände werden sich sofort erheben. Zunächst: Warum soll das Publikum hier mitwirken? Der Staat kann durch Gebote und Verbote mit einem Federstrich mehr erreichen. Sodann: Die Verhältnisse selbst werden uns den Verzicht aufzwingen; es ist nicht nötig, ihn zu organisieren. Und schließlich: Die Organisation wird dem Deutschen den letzten Rest kultureller Freiheit nehmen.

Ich halte die Einwände nicht für stichhaltig. Der erste überschätzt die Macht der Staatsgewalt. Es ist seit fünf Jahren unendlich viel befohlen und verboten worden. Wieviel davon das Reich auch durchsetzen kann, lehrt die Erfahrung jedes Tages. Aber selbst wenn man die Einfuhr bestimmter Luxusgegenstände und vielleicht sogar deren Verkauf im Lande rigoros verbieten wollte und es gelänge, Schmuggel und Schleichhandel zu unterbinden, ein Verbot, das nicht von der öffentlichen Meinung getragen wird, kann sich auf die Dauer in unserem Zeitalter nicht halten. Das Alkoholverbot in Amerika wäre nie Gesetz geworden, wenn ihm die private Temperenzbewegung nicht durch Jahrzehnte vorgearbeitet und mehr als die Hälfte der Bürger der Vereinigten Staaten für sich gewonnen hätte. Nur als Vergleich, nicht als Programmpunkt für uns sei diese

Digitized by Google

Bewegung hier erwähnt. Man kann zweifelhaft sein, ob sie nach Deutschland paßt, und auch dem Temperenzler wird nicht zweifelhaft sein, daß die Antialkoholbewegung zurzeit in Deutschland bei der geringen Branntweinproduktion, dem schwachen Alkoholgehalt der Biere, der Teuerkeit der Weine und der unbedeutenden Einfuhr aus dem Ausland nicht besonders aktuell ist.

Die Befürworter der Planwirtschaft wollten vom Staat aus durch Regelung der heimischen Produktion, der Einfuhr und der Ausfuhr dem Gedanken zum Durchbruch verhelfen, daß Wirtschaft in unseren Tagen nicht mehr nur Sache des einzelnen Bürgers sei, daß man jetzt weder Zahlungsmittel an das Ausland noch Arbeitskraft im Inland verschwenden dürfe. Die Keime der Idee — man mag über die Einzelheiten des vorjährigen Projektes denken wie man will — waren auch deshalb zum Verdorren bestimmt, weil der Boden des Verständnisses noch in keiner Weise in den breiten und auch nur in den führenden Schichten des Volkes vorbereitet war. Wir müssen uns erst selbst zu der Erkenntnis durchringen, daß es ein Verbrechen am Volke ist, für die Einfuhr von Luxuswaren Milliarden auszugeben, wenn man für dasselbe Geld Millionen hungernder Menschen monatelang ernähren kann, daß wir genug Kohlen und sonstige Rohstoffe haben, um z. B. aus der deutschen Luft mehr Stickstoff in feste Form zu zaubern, als wir je im Chilesalpeter einführten, daß wir mit Hilfe des in Deutschland herzustellenden Stickstoffdüngers den Ertrag unseres Bodens nahezu verdoppeln könnten. Nur auf dem Boden solcher Erkenntnis kann der Wille erwachsen, die reichlich vorhandene, zum Teil schon wieder feiernde Arbeitskraft und unsere Zahlungsmittel nicht für die Schaffung überflüssiger Werte einzusetzen.

Nun zum Einwand, daß die Verhältnisse selbst uns zum Verzicht zwingen würden, daß die Predigt für ihn daher nicht notwendig sei. Die Verhältnisse hätten uns schon seit einem Jahre zwingen müssen; sie haben es leider nicht getan, weil Erkenntnis und Wille fehlten. Es soll auch im Einzelleben arme Teufel geben, die bis an den Hals in Schulden stecken und doch für einen bunten Schlips oder für Alkohol und Zigaretten immer noch Geld finden. Bitterste Armut ist schon manchmal in erborgtem Prunk einherstolziert. Es kommt für uns darauf an, ob wir in den nächsten Jahren die Fetzen eines vergangenen Zeitalters, in die unsere kulturelle Gewandung zu zerfallen droht, immer wieder in altem Schnitt und mit altem Zierrat flicken und dadurch den Schein der alten Form bewahren, oder ob wir uns bewußt abfinden und neue kulturelle Formen erdenken wollen, die Deutschlands wirtschaftlicher Lage entsprechen.

Diese Gedankenreihe leitet von selbst zu dem dritten Einwand über, daß die verlangte Askese zur Armseligkeit führen und uns jede kulturelle Freiheit nehmen müsse. Sie wird uns ganz gewiß einiges nehmen, und

Digitized by Google

zwar manches, was auf dem Gebiet moderner Zivilisation lag und uns heute noch unentbehrlich scheint; sie braucht uns aber kaum etwas von Kultur zu nehmen. Japan war vor vierzig Jahren ein blutarmes Land. Niemand wird ihm absprechen können, daß es schon damals eine weite Schichten umfassende Kultur besaß, und daß z. B. seine Malerei hoch genug stand, um europäische Künstler maßgebend zu beeinflussen.

Die Jahre nach den Befreiungskriegen waren Zeiten tiefster wirtschaftlicher und finanzieller Erschöpfung Zentral-Europas. Waren sie kulturell nicht in Deutschland den beiden Jahrzehnten unendlich überlegen, die den siegreichen und so kurzen Kriegen von 1866 und 1870 folgten, und in denen eine entsetzliche Geschmacksverwilderung größtem wirtschaftlichen Aufschwung parallel ging? Die Höhe der Kultur richtet sich auch im Leben der Völker erfreulicherweise nicht immer nach der Größe des Portemonnaies. Auch wir haben noch die Wahl, ob wir eine neue Kultur in Arbeit und Entsagung aufbauen, oder ob wir, wie nach dem Dreißigjährigen Kriege, auf Jahrzehnte in Unkultur versinken wollen.

Der Anschein des letzten Jahres spricht für die pessimistischere Auffassung. Kreise, die kulturell bisher führend waren, fallen der Verarmung anheim, ein neuer Reichtum, der weniger aus langjähriger, schaffender Arbeit als durch skrupellose Wahrnehmung des Händlerinteresses manchmal in wenigen Monaten entstand, wird versuchen, Produktion und Konsum die Wege seines Geschmackes zu weisen. Arbeiten und nicht verzweifeln! Carlyles Wort ist leichter dem ringenden, gebildeten Mittelstand, den ehemaligen Offizieren, der studierenden Jugend und den Frauen unserer Beamten und Gelehrten zugerufen als befolgt. Und doch glaube ich, daß wir die Hoffnung auf Erhaltung dieser Schichten nicht aufzugeben brauchen, wenn sie nur selbst geneigt sind, sich innerlich und äußerlich umzustellen.

Vor allem muß es gelingen, die deutsche Jugend zu solch positiver Mitarbeit für das Vaterland zu gewinnen. Der politische Streit der alten Parlamentsparteien in den alten Formen ist ihr widerwärtig geworden. Zur Mitarbeit wird sie nicht zu bringen sein durch Klagen um das Verlorene, nicht durch tönende Worte, in denen, allen Realitäten zum Trotz, Wiederherstellung oder erneuter machtpolitischer Kampf gefordert wird, auch nicht durch die rein negative Forderung des Verzichtes. Will man die Jugend einer neuen Wirtschaftsethik zuführen, dann sollen die Leiter solcher Bewegung aus ihr selbst die Politik fernhalten, dann sollen sie aber auch neue Wege der Kultur zeigen und beweisen, daß sich mit einfachen Mitteln, mit einheimischem Material, wenn es nur durch Qualitätsarbeit veredelt wird, kulturell dasselbe, wenn nicht mehr, als bei Verwendung ausländischer Stoffe leisten läßt.

Verkehrt wäre es, dabei wirtschaftlichen Chauvinismus großzuziehen

Digitized by Google

oder hermetischen Abschluß gegen jeden internationalen Warenverkehr zu verlangen. Wir sind politisch und wirtschaftlich auf zu vielen Gebieten vom Ausland abhängig. Aber die verschiedenen Interessen brauchen sich nicht notwendig zu schneiden. Ganz Europa ist in derselben Verdammnis. In allen Ländern, die am Kriege beteiligt waren, müssen dieselben Bestrebungen auf Hinlenkung der Arbeitskraft in volkswirtschaftlich richtige Wege hervortreten. Für das geistige und körperliche Leben notwendige Dinge wollen wir uns weiter gegenseitig liefern und von einander beziehen. Wir sollten uns aber auf der anderen Seite in aller Ruhe darüber aussprechen, daß wir zum Warenaustausch über diese Grenzen hinaus alle zu arm geworden sind.

Karl Scheffler, der sich in seinen Schriften über Fragen älterer und neuer Kultur und über Probleme der Lebensphilosophie eine ansehnliche Zuhörerschaft in Deutschland geschaffen hat, tritt jetzt in einem Aufruf mit der Ueberschrift „Sittliche Diktatur“[1]) mit eindringlichen Worten hervor, die hoffentlich noch über den Kreis seiner bisherigen Gemeinde hinausdringen werden. Eine Reihe von Gelehrten und Beamten, von Offizieren und Künstlern, von Industriellen und von Politikern der verschiedensten Parteirichtungen hat sich zusammengefunden, um zur Mitarbeit in ganz Deutschland aufzurufen. So wenig allen Beteiligten die Vereinsmeierei liegt, waren sie doch darüber einig, daß Träger der Bewegung schon aus praktischen Gründen ein Verein, eine Rechtspersönlichkeit sein muß, die in weiteren Kreisen durch die ihr zugehörenden Mitglieder anregen und vermitteln, mit den zuständigen Ministerien in Verbindung bleiben und Gleichgesinnte sammeln kann.

Es ist sehr erfreulich, daß der deutsche Offizierbund mit seinen vielen tausend Mitgliedern beabsichtigt, sich anzuschließen, daß der Werkbund und der Dürerbund ihren Kreis von Künstlern, Kunsthandwerkern und Kunstfreunden in den Dienst der Sache stellen und damit die positive Seite der Bewegung fördern wollen.

Als günstiges Vorzeichen betrachte ich auch parallele, schon begonnene Arbeit im Reich. Der deutsche Währungs- und Arbeitsbund in Stuttgart, der ähnliche Bestrebungen verfolgt und hoffentlich Hand in Hand mit uns arbeiten wird, der energische Hauptmann Schmude, der das Problem neuer Arbeits- und Siedlungsgemeinschaft nicht erst lange erwog, sondern mit beiden Fäusten anpackte, die an vielen Stellen einsetzende Propaganda für ein Arbeitsdienstjahr der männlichen und weiblichen Jugend, das alles sind Zeichen, daß der vaterländische Geist und die Erfindungsgabe der Kriegsjahre wieder auf neuem Gebiet zu erwachen beginnen.

---

[1]) Stuttgart und Berlin, Deutsche Verlags-Anstalt. Preis 1,65 M. und 20% Zuschlag.

Digitized by Google

Auf allzu schnellen äußeren Erfolg rechnen die Begründer der neuen Vereinigung nicht. Sie werden es schon dankbar empfinden, wenn ihnen in der Publizistik recht viele Mitarbeiter erwachsen, sie werden es als ersten Schritt vorwärts begrüßen, wenn in den nächsten Wochen die Geschäftsstelle des Vereins eine Art clearing-house wird, bei dem zur Sichtung und Weitergabe Vorschläge eingehen[1]), die für bestimmte, klar umschriebene Gebiete das Problem praktisch zu behandeln versuchen, vor dem ganz Deutschland steht: Verzicht auf den für das geistige und körperliche Leben nicht notwendigen Verbrauch und bewußte Förderung jeder, der deutschen Volkswirtschaft nützlichen und jeder hochwertigen Arbeit als Grundlagen einer neuen, deutschen Kultur.

Leitgedanken zur Frage des Beamtentums

Von Landrat Dr. Langenhagen

Ich gehöre nicht zu denen, die bei jeder möglichen und unmöglichen Gelegenheit darauf hinweisen, daß ein Sattler Reichspräsident, ein Klavierstimmer Ministerpräsident, ein Grobschmied Oberpräsident sei. Mit demselben Recht kann man sagen, daß man früher zu solchen Stellen ehemalige Sekundaner berief. Sattler und Sekundaner bedeuten beide an sich für die Oeffentlichkeit nichts. Die Eignung zur Bekleidung öffentlicher Aemter wird durch besondere Vorbildung erworben. Diese erfolgte bisher regelmäßig in einem akademischen Studium mit anschließender verwaltungspraktischer Vorbereitung. Ausnahmen von dieser Regel bildete die Verwendung des Grundadels in Landratsstellen, von Offizieren in der Verwaltung. Deshalb ist grundsätzlich nichts dagegen zu sagen, daß besondere Köpfe, die sich gewerkschaftlich, wirtschaftspolitisch Ueberdurchschnittskenntnisse — gemessen nicht einseitig im Verhältnisse zu Parteigängern, sondern allgemein mit den übrigen Anwärtern — angeeignet haben, zu Behördenleitern gemacht werden. Solche Fälle können indes nur Ausnahmen sein, in denen man berechtigtermaßen über den Mangel der Allgemeinbildung hinwegsieht. Es war einmal Chef der Reichspostverwaltung Herr von Podbielski, der frühere Husar, jetzt ist es der ehemalige Gewerkschaftssekretär Giesberts.

Jene Anspielungen entsprechen der Geringschätzung, sind also als einseitig abzulehnen. Sie berücksichtigen zunächst nicht die Tatsache, daß die Mehrzahl der heutigen Regierungsinhaber als Männer des Volkes, der breiten Menge, in jahrelangem Kampfe eine Art „Massenbändiger" — sit venia verbo — geworden sind. Diese letztere Ueberlegung, zum Aus-

[1]) Vorschläge, Anfragen und Mitgliederanmeldungen sind zu richten an „Bund der Erneuerung wirtschaftlicher Sitte und Verantwortung", Berlin W, Schöneberger Ufer 36 a.

Digitized by Google

gangspunkte genommen, zeigt in logischer Entwicklung einen schweren Irrtum und, daraus entspringend, eine große Gefahr.

Man führt zur Rechtfertigung der gegenwärtigen Handhabung, höhere Verwaltungsstellen zu besetzen, letzten Endes immer wieder an — und das hat den Schein des Rechts —: die berufenen Männer besitzen das Vertrauen der Massen; sie werden am ehesten Ruhe und Sicherheit schaffen. Diesem an sich naheliegenden Grunde begegnet man vornehmlich seit den unglückseligen Kapp-Tagen. Er deutet aber schon auf die Gefahr hin: Die Erhaltung von Ruhe und Sicherheit deucht alles, soll auch viel, das Höchste sein; aber der Preis, sie zu erringen, ist zu hoch um deswillen, weil man auf falschem Wege zu ihr ist. Bei der heutigen politischen Hochspannung, wo jeder Augenblick, jeder Zufall die Entladung bringen kann, ist es selbstverständlich, daß — mangels einer straff organisierten, schließlich militärisch gestützten Exekutive — als „Führer des Volkes" die alten Beamten nicht immer ausreichen. Sie, die sozial die Fühlung mit der Arbeiterschaft nicht aufrechterhalten konnten, müssen ergänzt werden durch Männer, die nach Art und Denkweise in den Massen wurzeln. Deshalb soll man aber die Verwaltungsstellen in ihren Spitzen nicht mit solchen Leuten *besetzen*; man soll sie *für jene eine Aufgabe* entsprechend beraten. Man bedenke doch, der einzige Vorzug, einflußreicher Massenführer zu sein, verleiht doch nicht zugleich die Qualitäten, die nötig sind, um einen Verwaltungsapparat, wie ihn die Reichs- oder Staatsregierung darstellt, verwaltungstechnisch zu beherrschen. Eine Fülle schwieriger Folgerungen knüpft sich an die Nichtbeachtung dieser Tatsache: Der Minister ist auf seine mit den Verhältnissen, mit den unzähligen Bestimmungen, mit der Gesetzesanwendung, mit den Einzelheiten der Verwaltungspraxis vertrauten Facharbeiter angewiesen. Ohne sie geht es einfach nicht. Und was ist die Folge? Der Chef wechselt manchmal nach kürzerem, manchmal nach längerem Zeitraum. Den ruhenden Pol bilden die vortragenden Räte. Sie arbeiten nach Pflicht und Gewissen, nach Ueberlieferung weiter, bleiben im großen und ganzen von der Initiative der Spitzen verschont, und das Gegenteil ist erreicht: Stabilisierung des inneren Betriebes — was man gehässigerweise Bureaukratie nennen könnte — und Bedeutungslosigkeit der Spitzen. So geht es in den Ministerien, so geht es in den Oberpräsidien, so steht es bei den Bezirksregierungen und so ist es bei den Landratsämtern. Wo es anders ist, kann es u. a. so sein, daß „strebsame" Beamte dem neuen Herrn die Wünsche von den Augen ablesen. Beides ist allgemein schädlich; das erstere vereitelt den Zweck der Staatsumwälzung; das letztere untergräbt die Menschenwürde, wirkt entartend.

Dieser Ausblick zeigt, daß der beschrittene Weg als verhängnisvoll verlassen werden muß; verhängnisvoll für den einzelnen, für die Gesamt-

Digitized by Google

heit und — last not least — für den Behördenaufbau. Bei der Suche nach Auswegen begegnen wir zunächst dem Zusammenhang dieser Frage mit der Exekutivgewalt. Die Dreiteilung der Gewalten des Philosophen Montesquieu bildet für jede Staatsform die Grundlage, und es will mir fast scheinen, als ob die Verkennung dieser alten Weisheit, wie sie die Verquickung von parlamentarischer und behördlicher Arbeit zurzeit darstellt, einen Teil Schuld an der Zerfahrenheit des öffentlichen Lebens trägt, die hoffentlich als Uebergangszustand bald aufhört. Es geht wirklich nicht an, daß Minister, Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten, Landräte, Oberbürgermeister zur Wahlzeit sich monatelang in die Agitation stürzen, daß sie — dem Wesen der Agitation zufolge — über jeden Nichtparteigänger losziehen, so den Willen zur Objektivität, der Grundbedingung für den Beamten, im Keim ersticken und die von ihnen zu vertretenden Behörden sich selbst überlassen.

Die vollziehende Gewalt also hat zum Unterschiede von der gesetzgebenden und rechtsprechenden die Aufgabe, den Volkswillen in die Tat umzusetzen. Ich sage ausdrücklich „Volkswillen" im Gegensatze zum „Staatswillen", worunter man neben der Gesetzesvorschrift, d. h. dem verfassungsmäßig zustande gekommenen und verfassungsmäßig verkündeten Volkswillen, Verordnungen, Erlasse, Verfügungen selbstherrlicher Einzel- oder Kollegialbehörden verstand. Auf das Zustandekommen ist demnach der Wert zu legen. Ist aber das Gesetz da, oder hat eine Behörde kraft einer ermächtigenden Gesetzesbestimmung verordnet, verfügt, oder hat sie laut Gesetz einen dauernden Zustand zu schaffen oder zu erhalten, so ist die Frage der Durchführung eine Lebensfrage des Staates, wovon Bestand und Anerkennung, Ansehen und Zutrauen abhängen. „Der Staat hat nun einmal keine andere Erscheinungsweise als die Macht. Er braucht sie zum Schutze des Rechts nach innen und zur Wahrung der nationalen Würde und Unabhängigkeit nach außen. Eine Regierung, die diese Macht, deren Hüterin sie ist und die sie anzuwenden berufen ist, nicht zu bilden und anzuwenden vermag, ist schlimmer als ein Rebell. Denn sie bereitet damit ständig den Boden vor, auf dem die staatsverderbenden Sumpfgewächse erst emporwuchern können. Das ist ja gerade der Schrei der Sehnsucht, der jetzt wie ein mächtiges Brausen durch unser Volk geht, daß wir eine starke Staatsautorität wiederhaben wollen, eine Staatsautorität, die Freiheit und Recht und damit inneren Frieden, Ruhe und Ordnung sichert. Nur dann werden wir Arbeit und Brot haben" — schreibt der alte Fortschrittler Hermann Schöler-Charlottenburg. Eine schwache oder gar unfähige Exekutive macht die Behörde verächtlich, ihre Arbeit überflüssig. Eine starke Exekutive ist indes auf demokratischer Grundlage sehr wohl möglich, da es — wie vorhin gesagt — für den Geist der Maßnahmen entscheidend auf ihr Werden ankommt.

Digitized by Google

Es gilt also, die Polizei zu erweitern. Sie stellt die Exekutive letzten Endes dar — genau wie das schönste Urteil ohne Gerichtsvollzieher nur dem Namen nach ein vollstreckbarer Titel bleibt —. Zu dem Behufe müssen die Organe der Ortspolizeiverwaltungen erneuert und ergänzt werden. Eine Gelegenheit dazu bietet auf dem vernachlässigten platten Lande die neue Landgemeindeordnung, die an Stelle der ehrenamtlichen Amtsvorsteher hauptamtliche Amtmänner — als Kommunal- und Polizeibeamte — nach westfälischem Muster vorsieht. Die Gendarmerie muß — unter welchem Namen es auch sei; nur „Landjäger" scheint mir wegen des undemokratischen Jagens auf Menschen ungeeignet — verstärkt werden. Die Sicherheitspolizei ist weiter auszubauen. Haben wir so eine ausreichende Exekutive, dann sind Ruhe und Sicherheit in erhöhtem Maße gewährleistet. Zu den zwei genannten Verwaltungsaufgaben kommt alsdann gleichbeachtlich die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung. In diesen drei Punkten erschöpft sich nämlich nach der treffenden Ausdrucksweise des Allgemeinen Landrechts die Tätigkeit der Verwaltungsbehörden. Als bedeutsame Folge ergibt sich, daß nicht die Sorge um die Staatssicherheit, vielmehr das Interesse an ersprießlicher, notwendiger Behördenarbeit bei Besetzung der Verwaltungsstellen ausschlaggebend wird, daß also das „Massenbändigertum" zugunsten der Fachbeamten zurückgedämmt wird. Das kann den in Rede stehenden Auch-Beamten nur erwünscht sein; denn sie ersparen sich Lächerlichkeiten, die wegen der Folgerichtigkeit nicht mal verrückt sind, wie sie beispielsweise der Reichspräsident Ebert von der berufsständigen Vertretung der Sattler und der frühere Reichswehrminister Noske vor dem sozialdemokratischen Parteitage über sich ergehen lassen mußten. Der Beamte, der der Allgemeinheit dienen soll, m u ß sich nun einmal — wohl oder übel — in Widerspruch zu einsichtslosen Parteigängern setzen, wenn er seinen Dienst ernst und ehrlich versehen will.

Ich stelle hierzu ausdrücklich fest, daß in der Uebergangszeit mancher Nichtbeamte sich große Verdienste auf einem Beamtensessel erworben hat, daß man ihm deshalb Dank schuldet, daß man ihn also nicht kurzerhand auf die Straße setzen kann.

In diesem Zusammenhang muß noch von einer Zwangslage gesprochen werden, in der sich vornehmlich die Sozialdemokratie von Anbeginn der Revolution an befand. Während der vornovemberliche Staat Preußen-Deutschland eine festgefügte Oberschicht in Offizieren und Beamten hatte, die den Staatsgedanken durch Generationen und im Kadettenkorps — mit dem Anhängsel des Reserve-Offiziertums — und im exklusiven Studententum mit entsprechender Referendarzeit eingeimpft erhalten hatte, verfügt die junge Republik über nichts Aehnliches. Und als sie — begreiflicherweise — ihre Errungenschaften sichern wollte, nahm sie die

Digitized by Google

Besten zu ihren Stützen; und das waren eben ihre Parteifunktionäre. Darüber hinaus ist sich die Sozialdemokratie zweifellos klar, daß die Verwendung solcher Persönlichkeiten auf die Dauer und allein nicht langt. Es muß aber erst ein Stamm republikanisch-demokratischer Beamten gezüchtet werden.

Bei größeren Unruhen — die uns auch das gütigste Geschick für die nächste Zeit noch bringen wird — wird man die Hilfe der Parteigewaltigen wieder in Anspruch nehmen können. Dann ergibt sich eben unter besonderen Umständen eine besondere Aufgabe für die Volksboten, die schwierige Aufgabe nämlich, mit geistigen Mitteln dem fieberkranken Volkskörper zu helfen. Das will mir allerdings als friedliche Lösung, die der Gewalt unbedingt vorzuziehende, erscheinen. In welcher Form man jene Volksmänner verwendet, hängt vom Einzelfalle ab. Ein unglückliches Muster geben nur die Zivilkommissare der Märztage.

Auf solche Sonderfälle beschränke man aber die Uebertragung behördlicher Tätigkeit auf Nichtbeamte. Jedenfalls richtet sich auf die Dauer die Arbeit der Nichtfachleute in maßgebenden Beamtenstellen durch den entwürdigenden Mangel an Ernstlichkeit.

Niemand — und auch die Sozialdemokratie denkt nicht daran — wird füglich die weitere Verwendbarkeit der alten Beamten bestreiten. Voraussetzung ist allerdings, daß sie die veränderten Verhältnisse zur Grundlage nehmen und daß sie die rein ablehnende Kritik aufgeben. Ist das aber klar, so zwingt die finanzielle Not des Landes in Rücksicht auf die Anstands- und gesetzliche Unterhaltungspflicht gegenüber jenen Beamten dazu, ihnen angemessen Arbeit und Brot zu geben. Man übertrage Aemter denjenigen, die kraft ihrer Vorbildung dazu berufen sind. Es versteht sich von selbst, daß man diesen Beamten auch den Zugang zu den Behördenspitzen offen läßt. Versagt man ihnen das, läßt man ihre Laufbahn mit dem Oberregierungsrat bei der Bezirksregierung, mit dem Oberpräsidialrat bei den Oberpräsidien, mit dem vortragenden Rat bei den Zentralbehörden enden, so bedeutet das nicht nur eine unverdiente Zurücksetzung der höheren Beamtenschaft, sondern auch eine Verletzung des öffentlichen Anstandes. Wenn man den Beamten alten Schlages, der auf unbedingten Gehorsam nach oben und Selbstherrlichkeit nach unten eingestellt ist, beseitigen will, so kann man das auf viel unschädlichere Art als auf die, dem Beamten die Arbeitsfreude als Triebfeder, die Vorgesetztenachtung als Richtlinie zu nehmen. Zugegeben, daß auch ein Nichtzünftiger besondere Begabung für Verwaltungsarbeit besitzt — genau wie mancher Volksschullehrer ein hervorragender Bienenzüchter und wie ein Schleifer ein annehmbarer Musiker sein kann —, so soll man ihn auf Wunsch und nach Zweckmäßigkeit in die Verwaltung, die ihm vielleicht aus wirtschaftlichen, häuslichen oder sonstigen Verhältnissen verschlossen

Digitized by Google

war, aufnehmen; aber nicht gleich in die Leitung eines Verwaltungsbetriebes. Das macht man der gegenwärtigen Handhabung zum Vorwurf, daß sie den Barbier nicht etwa zum Kreissekretär macht, wo er zweifellos großen Einfluß ausüben könnte, sondern daß er Kreisverwalter und Vorgesetzter so und so vieler Fachbeamten wird; selbstverständlich nach dem Gedanken, daß der, der den Ochsen zu verteilen hat, nicht die Klauen nimmt, sondern das Lendenstück verzehrt.

Schließlich soll man doch auch daran denken, welche Vorteile die Gesamtheit davon hat, daß jemand ihre Angelegenheiten besorgt, weil er sich solches zur Lebensarbeit gewählt hat, und welche Nachteile die vorübergehende, von Zufälligkeiten in der Dauer abhängige Tätigkeit eines Amateurs hat. Der ordentliche Beamte hat den Wunsch und Willen, die Staatsverfassung, zu der er sich allerdings bekannt haben muß, zu fördern, zu fördern um jeden Preis. Ihm ist eine unfreiwillige Entfernung aus dem Amte eine innere Angelegenheit, abgesehen davon, daß er wirtschaftlich damit den Boden zum Teil verliert. Beim Redakteur-Beamten ist es anders. Er wird größtenteils — soweit eigene Initiative in Frage kommt —, nach seiner einseitigen Orientierung weiterarbeiten. Bleibt er im Amt, so ist es kein allgemeiner Gewinn; bleibt er nicht, so beendet er seine Etappe in seinem Leben, die ihm fürderhin nur förderlich sein wird.

Also Achtung vor dem Beamtenberufsstande und Schutz der Beamtentätigkeit!

Hunger und Revolution

Von Kuno Waltemath

Bei der Betrachtung der gegenwärtigen Zustände in Deutschland wird gewöhnlich eine Erscheinung nicht gebührend gewürdigt, nämlich der Einfluß, den Teuerung und Lebensmittelnot auf die Geistesverfassung unseres Volkes ausüben. Besonders die Gegner der Demokratie und Republik lassen mit einer gewissen Beflissenheit solche Wirkung des Hungers und des hohen Preisstandes außer acht, um desto besser die Revolution und die Regierungsparteien als die Urheber des Unfriedens, der Unrast und der revolutionären Zuckungen, die unser gequältes Volk durchzittern, anzuklagen. Woher aber die stürmischen Bewegungen in unserem Volke herrühren, weiß jeder, der mit offenem Auge, unbeirrt von parteilichen Beschränktheiten, das Volksleben in den großen Städten und in den Schichten des industriellen Teils unserer Nation beobachtet. Sie hängen eng mit dem Hunger zusammen, dem die Mehrheit der Deutschen seit Jahren anheimgefallen ist, sowie der ungeheuren Teuerung, die uns

Digitized by Google

drückt. Das Bild, das unser Volk seit zwei Jahren gewährt, ist dasselbe Bild, das die Deutschen in den beiden Jahren vor 1848 gewährten, die Engländer nach der Niederwerfung Napoleons sowie die Franzosen in der großen Revolution. Ueberall stoßen wir auf Nahrungsmangel als dem Ursprung der Aufregung oder der Umwälzungen. Dem Jahre 1848 gingen die Hungerjahre 1846 und 1847 vorher, die totalen Mißernten jener Jahre. Selbst die Kartoffel mißriet. Die wüsten Szenen auf den Lebensmittelmärkten, wie wir sie seit Beginn des Krieges so oft schaudernd gesehen haben, waren 1848 in Berlin und in den deutschen Städten gang und gäbe, bis die Ernte von 1848 dem Elend ein Ende bereitete, damit aber auch dem revolutionären Eifer des Volkes. Die Erregung, die am größten im Frühjahr von 1848 war, als die Not und die Teuerung am größten waren, ließ merklich nach, als die neue Ernte eingebracht war, sie verflog bald ganz, als die Preise schnell sanken und die gewohnten Lebensmittel in den gewohnten Mengen zu den gewohnten Preisen zur Stelle waren.

In England litt das Volk während der napoleonischen Kriege unter Brotteuerung und Zeiten des Hungers. Aber es ertrug die Leiden, weil es gut verdiente und weil die Hoffnung auf den Frieden, der billiges und reichliches Korn zu bringen versprach, die Gemüter hob. Aber das war eine Täuschung. Die Teuerung wurde ärger als je und dabei noch künstlich durch unerhört hohe Zölle vergrößert. Dabei wurde der Verdienst schlecht und die Löhne sanken. So war ein fruchtbarer Nährboden für den Chaotismus geschaffen, der nun als Gärstoff jahrzehntelang das Land in Unruhe stürzte und die Nation in zwei Lager spaltete. Streiks, und was für Streiks, Aufruhr, Verschwörungen waren an der Tagesordnung. Zeitweilig, wenn die Ernten sehr gut waren — und das war in den meisten der zwanziger Jahre der Fall —, wurde die Unruhe schwächer, um dann aber, sobald die Ernte schlecht ausfiel und Schmalhans Küchenmeister wurde, um so stürmischer zu branden. Das war die Zeit, da England das Land der „two nations“ war, die sich bis aufs Blut haßten und sich gegenseitig den Untergang schworen. Als nun 1846 die Kornzölle schwanden, Korn in reichlichen Mengen aus der Fremde zufloß, die Brotpreise billig wurden, hörte das alles auf, verschwand wie ein nächtlicher Spuk. Den Engländern kommt jene Zeit ihrer Geschichte wie ein unglaubhaftes Märchen vor.

Am drastischsten zeigte sich die Macht des Hungers auf die Gemüter während und auch schon vor der großen französischen Revolution. Jene Zeiten waren von Mißernten heimgesucht, deren Wirkung noch dadurch verschärft ward, daß die Landwirtschaft weniger Korn baute, überhaupt in ihren Gestehungen nachließ. Die großen Bauernunruhen in den ersten Jahren der Revolution, die die Feudalität wegschafften, die dann folgenden Bürgerkriege zwischen dem Konvent und den Legitimisten und Royalisten

Digitized by Google

und Girondisten, der auswärtige Krieg, der die Landleute der Ackerarbeit entriß und Frauen und Kinder an ihre Stelle setzte, die verfehlte planlose diktatorische Gesetzgebung, hemmten den Ackerbau und mehr noch die Viehzucht und den Gemüsebau. Daher waren jene Jahre auch Hungerjahre, und das um so mehr, als durch die Assignatenwirtschaft wohl die Preise für alle Bedarfsartikel und Lebensbedürfnisse emporgetrieben wurden, und zwar in ungeheurem Maße, nicht aber die meisten Löhne und Einkommen der Verbraucher. Diese minderten sich sogar häufig. Denn die Geschäfte lagen danieder, die Gewerbetätigkeit und der Handel lagen brach, die Arbeitslosigkeit war groß und Vorkehrungen waren nicht getroffen. Und dabei hielt die Preissteigerung an und schien kein Ende zu nehmen. Nach der Lebensmitteltaxe stand der Sack Korn 1792 auf 50 Fr., im Februar 1793 auf 65 Fr., im Mai 1793 auf 100 Fr., dann auf 150 Fr. Daher stieg ein Pfund Brot, welches 1792 sich auf 3 Sous bewertete, auf 6 Sous in den ersten Monaten des Jahres 1793 in Paris, in mehreren Departements des Südens auf 7 oder 8 Sous, und bald sogar in vielen Orten auf 10 und 12 Sous. (Schmidt, Pariser Zustände, nach Taine, Origines de la France contemporaine.) In den ersten Monaten von 1793 zahlte man in Paris für ein Pfund Ochsenfleisch 20 Sous gegenüber 6 Sous im Jahre vorher, für ein Pfund Kalbfleisch 22 Sous statt 5 Sous, für ein Pfund Zucker 4 Fr. 10 Sous statt 20 Sous.

Das Schlimme war, daß die Kauflustigen für diese nach damaligen Begriffen ungeheuren Preise noch nicht einmal Ware erhielten; denn die Bauern weigerten sich bald, ihre Erzeugnisse gegen schlechtes Papiergeld zu verkaufen, sie verlangten klingende Münze. Das gute Korn gegen die schlechten und schmutzigen Papierfetzen umzutauschen, schien ihnen Betrügerei zu sein. Besonders machte es sie mißtrauisch, daß die Kaufleute in der Stadt von Monat zu Monat immer weniger Ware für die Assignaten hergaben. Der alte Zwang aus dem Zeitalter der Feudalität, wonach der Bauer, um seine Zehnten und die anderen Feudallasten entrichten zu können, nach der Ernte seine eingeheimsten Erzeugnisse losschlagen mußte, war verschwunden. Die eingerissene Unsicherheit auf den Landstraßen, die Räubereien und Diebstähle, wie sie in den Marktstädten von den hungernden Leuten verübt wurden, taten dann das Uebrige, die Produzenten von den Märkten fernzuhalten. Um den Mangel noch zu vergrößern, kam der Krieg hinzu und die damit verknüpften Requisitionen von Lebensmitteln für das Heer, das auf alle Fälle gut genährt werden mußte, auf Kosten der übrigen Bevölkerung, namentlich der städtischen Bevölkerung. So erhielt das Heer die Hälfte allen Fleisches, das zur Versorgung von Paris dienen sollte. Die Zufuhr aus der Fremde stockte ganz, wegen des Bürgerkrieges, der die Hafenstädte in Mitleidenschaft zog, und dann wegen des Mangels an Zahlungsmitteln. Weil die Industrie

Digitized by Google

stillstand konnte man nur gegen klingende Münze Lebensmittel im Auslande erwerben. Aber die Ausfuhr des Metallgeldes war verboten, was praktisch dem Verbote der Einfuhr gleichkam.

Der Konvent griff ein und faßte die schärfsten Maßnahmen. Er verbot dem Bauern andere Märkte als die seines Departements zu besuchen. Er requirierte Korn bei den Bauern, um die Städte zu besorgen und bezahlte es mit einer niedrigen Taxe. Um Geld zu schaffen, wurden den Reichen und wenigstens Wohlhabenden Kontributionen aufgelegt. Der Ertrag diente zur Bezahlung des requirierten Korns, das dann an die Unbemittelten zu mäßigen Preisen abgegeben wurde. Ein Gesetz gab den Landwirten auf, jede Woche ein bestimmtes Quantum, so und soviel Sack Korn auf den Markt zu bringen. Man versuchte den Handel zu unterdrücken, dem man die Schuld an dem Mangel und den ungeheuren Preisen beimaß. Militärische Razzien wurden veranstaltet, um die Produzenten zur Erfüllung des Gesetzes anzuhalten. Es erging ein Gesetz an die Kleinhändler und Krämer, täglich und öffentlich die zum Leben notwendigen Waren zum Verkaufe zu bringen, die sie auf Lager hatten. Schließlich erließ man Höchstpreise auf Brot, Mehl, Korn, Hülsenfrüchte und Obst, den Wein, den Essig, den Apfelwein, auf Bier und Branntwein, auf das frische Fleisch, auf Pökelfleisch, Speck, Vieh, die getrockneten, gesalzenen, geräucherten oder marinierten Fische, auf die Butter, den Honig, den Zucker und das süße Oel, das Brennöl, die Kerzen, das Brennholz, die Holzkohle, die Steinkohle, das Salz, die Seife, Schwefel, Pottasche, die kupfernen, eisernen, stählernen und gußeisernen Waren, das Kupfer, das Blei, den Hanf, die Leinwand, die wollenen und leinenen Artikel, die Holzschuhe, die Lederschuhe, den Tabak usw. Die Strafen für Wucher, ja selbst Leibesstrafen standen auf das Zurückhalten der Waren; die Bauern, die gegen die Gesetze verstießen, erhielten hohe Geldstrafen, Gefängnisstrafen oder wurden zum Stehen an dem Schandpfahl verurteilt.

Diese Maßnahmen waren ein Schlag ins Wasser, der Mangel wurde anstatt geringer, immer größer, auch in der Provinz. Selbst die Verschärfung der Strafe nützte nichts, auch nicht, daß man hartnäckige Bauern, die passiven Wierdstand beobachteten oder die Maßnahmen unbeachtet ließen, auf das Schafot schickte. Die hauptsächlichste Schuld, daß die Nahrungsmittelpolitik des Konvents scheiterte, lag an der allgemeinen Korruption. Die Führer der militärischen Kommandos, die Lebensmittel zu requirieren hatten und auf Beobachtung der Gesetze zu sehen, ließen sich von den Landleuten bestechen, entweder mit Geld oder mit Lebensmitteln. Berichte aus jenen Zeiten klagen darüber, daß die Requisitionskommandos gewöhnlich nichts fanden, daß sie sich von den Mairen der ländlichen Kommunen beschwatzen ließen. In den Städten herrschte der Zustand, daß die Kleinhändler, Schlächter und Bäcker für die breiten Massen der Käufer,

Digitized by Google

die sich Tag für Tag vor den Läden drängten, nur wenig zu verkaufen hatten und gewöhnlich schlechte Sachen. Die Waren waren auf dem Wege des Schleichhandels vertrieben worden oder an einflußreiche Persönlichkeiten, an die republikanischen Garden oder an die Polizeibeamten abgegeben worden.

Am traurigsten war natürlich die Ernährung in Paris. Traurig aber auch in den Provinzstädten und in den kornarmen Berg-, Oel-, Weinbau- und Fischereidistrikten. In Marseille fehlte, nach dem Erlaß der Höchstpreise, alles, die Fischer gingen nicht mehr aufs Meer hinaus, die Fische, die doch eine wichtige Hilfe bei dem allgemeinen Mangel waren, fehlten ganz. In Grenoble backen die Bäcker nicht, die Einwohner des flachen Landes bringen kein Korn herbei, die Kaufleute vergraben ihre Waren oder lassen sie durch geschäftige Nachbarn verstecken oder exportieren sie. Agenten des Konvents berichten, daß es schlimmer wird, man wage selbst zu sagen, daß man lieber die und die Sache den Tieren geben würde, als sie gemäß den Höchstpreisen zu verkaufen. Ueberall werden die Dörfler auf Ration gesetzt, auf eine Ration, so geringfügig, daß sie gerade genügt, um den Hungertod zu verhindern. In Rouen erhalten die Einwohner im Februar 1794 nur ¼ Pfund Brot täglich auf den Kopf. „In Bordeaux", also berichtet ein Agent an den Konvent, „schläft seit drei Monaten die Bevölkerung an den Türen der Bäcker, um dort sehr teuer ein schlechtes Brot zu bezahlen, welches sie oftmals nicht erhält. . . Man hat heute nicht gekocht, und morgen wird man ½ Pfund Brot auf den Kopf geben. Dieses Brot ist aus Hafer und Pferdebohnen gemacht. . ."

In dieser Form liegen uns zahlreiche offizielle Berichte vor, häufig noch düsterere, wie z. B. Berichte aus Südfrankreich, wonach die Leute sich um Feldkräuter im Frühjahr 1794 zanken, der Konventsdeputierte Brot aus Quecke ißt, die Bauern Wurzeln ausgraben, weil sie selbst kein Brot haben und so kraftlos sind, daß sie den Pflug nicht ziehen können. Man hatte die Kornspeicher für das Heer geleert und den Leuten nichts gelassen. Allem setzt aber Paris die Krone auf. Kein Wunder, daß der Konvent zu immer rücksichtsloserem Vorgehen sich gedrängt fühlt und schließlich die gesamte Ernte für beschlagnahmt erklärt. (Dekret vom 8. Messidor, Jahr II.) In den Departements Tarn, Gres, in der Haute Garonne, in Voucluse, an der Rhonemündung ergeht der Befehl an die Landwirte, daß sie ihre Vorräte an Korn, an Mehl, sowohl an Weizen, Mengkorn, als auch an Roggen, Gerste, Hafer und Hirse an die öffentlichen Scheunen abzuliefern haben, die die Gemeinden einzurichten haben. Jeder Produzent und Händler habe für sich und seine Hausangehörigen nur den Bedarf eines Monats, höchstens 50 Pfund Mehl oder Korn zu reservieren. Ein Arbeitszwang wurde stabilisiert. Wenn ein Landwirt Arbeiter nötig hatte, mußte er sich bei der Gemeinde melden, die ihm so viel Arbeiter zur Verfügung

Digitized by Google

stellte, als man für nötig hielt. Jeder Arbeiter hatte sich in eine Liste einzutragen. Ein Höchstlohn war festgesetzt. Zwei Jahre Gefängnis winkten dem Arbeiter, der das Gesetz übertrat.

Diese Maßnahmen erwiesen sich als undurchführbar. Es fehlte jede Möglichkeit, die Sache zu organisieren, wegen des Fehlens eines Beamtenapparates und der mangelhaften Schulbildung. Die Verordnungen mußten auf dem platten Lande allein deshalb scheitern, weil die Bauern gewöhnlich weder lesen noch schreiben konnten. Die vorgeschriebenen Listen, auf denen die Zahl der Arbeiter, die Menge der Vorräte bei den Landwirten verzeichnet werden sollten, konnten nicht angefertigt werden. Die einzigen Persönlichkeiten, die früher zu schreiben vermochten, die Adligen und Geistlichen, waren nicht mehr da. Die härtesten Strafandrohungen, ja selbst die Vollziehung der Todesstrafe, halfen nichts, konnten die Bauern nicht zwingen, an die Einbringung der Ernte zu gehen, die im Vorsommer des Jahres eine gute zu werden versprach. Der niedrige Höchstpreis schreckte ab und erzeugte im Verein mit den Requisitionen für das Heer und für die Versorgung von Paris und der Beschlagnahme eine allgemeine Abneigung, mit den Erntearbeiten zu beginnen. Die Ernte drohte zu verderben, der Versuch, durch das zwangsweise Aufgebot von Städtern die Ernte einzuholen, blieb im Keime stecken und wurde nur in einigen Departements in Szene gesetzt, ohne Erfolg. Frankreich schien dem Hungertode verfallen zu sein.

Der Sturz der Jakobiner, von Robespierre, Saint-Just und Couthon änderte die Lage im Juli 1794. Das Zwangssystem wurde nicht weiter angewandt, auch fielen die Requisitionen für das Heer weg, weil die siegreichen französischen Heere in die feindlichen Länder eingedrungen waren, in Belgien, in die Rheinpfalz, in die italienischen und spanischen Grenzprovinzen und dort requirieren konnten. Auch kamen mehr Lebensmittel aus der Fremde, so am 8. Juni 1794 ein Konvoi von 116 Getreideschiffen aus Amerika, der den Engländern entschlüpft war. Ende Dezember 1794 wurden de lege die Höchstpreise beseitigt, nachdem sie schon seit Juli de facto verschwunden waren. Die Schuld an den schlechten Ernährungsverhältnissen schob man auf das Zwangssystem. Man sah das einzigste Heilmittel in der radikalen Rückkehr zum freien Handel.

Niemals erwies sich ein Heilmittel schlechter. Zwar war von nun an alles in den Magazinen und Läden zu erwerben, ohne Rationierung, ohne staatliche Preisberechnung. Aber den breiten Massen war damit nicht geholfen, denn die Teuerung, die in unheimlichem Maße mehr und mehr anwuchs, überlieferte sie weiter dem Mangel, und bald schlimmer als je vorher. Wie Taines Forschungen in den Archiven und Denkwürdigkeiten der Revolutionszeit zeigen, verdoppelte sich nach der Abschaffung der Höchstpreise der Schrei nach Brot; von Monat zu Monat brach er

Digitized by Google

schmerzensvoller und stärker hervor, in dem Maße, wie die Lebensmittel teurer wurden, besonders im Sommer 1795, bei der Herannahung der Ernte, als die Scheunen leer wurden. Der Grund lag einesteils in den gegen früher gesunkenen Ernteerträgen, andererseits in der Assignatenwirtschaft. Millionen von Hungernden finden sich im damaligen Frankreich, nicht nur in den Städten, auch in den Dörfern. Es gibt ländliche Departements, welche nicht genug Lebensmittel zur eigenen Ernährung hervorbringen; selbst in den fruchtbaren Departements fehlt es nicht an Distrikten, die Mangel haben. Eine Munizipalität im Departement Seine und Marne klagt, daß „unsere Gemeinde ohne Brot, ohne Korn und ohne Mehl ist; ihre Nahrung besteht nur noch aus Kleie und Hülsenfrüchten." „Wir haben den Schmerz, die Kinder ohne Lebensmittel zu sehen, die stillenden Mütter unvermögend, ihre Kinder zu nähren, die Greise vor Schwäche umfallen und die jungen Leute auf den Aeckern liegen bleiben, weil sie aus Schwäche nicht arbeiten können."

Und die anderen Gemeinden des Distrikts sind in derselben oder einer ähnlichen Verfassung, und ebenso in Ile de France, in der ganzen Normandie und Pikardie. Hier gibt es Orte, deren Einwohner sich von Kräutern und Kleie ernähren. Der Bericht von Louviers, 26. Prairial, besagte: „Bedenkt, daß wir 71 000 Menschen in unserem Distrikt haben, die eine Beute des größten Schreckens, des Hungers, sind, und daß bereits eine sehr große Zahl umgekommen ist, die einen vor Hunger, die anderen durch Krankheiten, die durch die schlechten Nahrungsmittel verursacht sind."

Indessen, so groß der Mangel auf dem platten Lande ist, so groß die Teuerung, noch viel schlimmer ist es in den Städten. Das Elend ist so groß, daß die von fressendem Hunger gepeinigten Städter sich über das platte Land verbreiten, um dort Lebensmittel zu suchen, gleichgültig auf welche Weise und sehr oft vergebens. Ein Teil der sich über das Land ergießenden Städter ergab sich dem Raub, sie stahlen, was sie käuflich nicht erhalten konnten, weil die Preise zu hoch waren. Wahre Räuberbanden machten die Dörfer unsicher. Die allgemeine Rarität von Korn, Hülsenfrüchten und Kartoffeln führte zu Einschränkungen des freien Verkehrs. Die Gemeinden bekamen das Recht, im Bedarfsfalle zu requirieren und die vorhandenen Nahrungsartikel zu rationieren. Die Anwendung dieses Rechtes milderte nur wenig die Not. Die Rationen waren jammervoll klein und dabei unerschwinglich teuer, selbst in kleinen Landstädten. Furchtbare Bilder der Verzweiflung, des Hungers und des Leides entrollten sich allenthalben vor den Augen der Beobachter, deren Berichte in den Archiven erhalten sind. Paris übertraf hier alles, was sich sonst in Frankreich ereignete. Ungeheure finanzielle Lasten lud der traurige Zustand dem Lande auf, weil die Regierung und die städtischen

Digitized by Google

Magistrate sich gezwungen sahen, das Korn, das sie mittels der Requisitionen in die Hand bekommen hatten, zu einem wesentlich niedrigeren Preise an das Volk abzugeben, als sie es erworben hatten. In Lille gab die Munizipalität das Pfund Brot, das ihr 9 Fr. das Pfund kostete, zu 20 und 30 Sous ab. (Lettre de la municipalité à la Convention, 7 fructidor 1795.) In Paris mußte der Staat im Mai 1796 für ein Pfund Brot 4 Fr. bezahlen, das er an das Volk zum Preise von 15 Centimes lieferte.

Was damals Frankreich durchmachen mußte, erinnert an die düstersten Zeiten des Mittelalters, wenn die Hungersnot tobte. In unserer Zeit haben jene Schrecken ihresgleichen nur in Rußland. Die verhungernden großen Städte Rußlands, allen voran das unglückliche, aussterbende Petersburg, sind Pendants zu dem vom Hungertode nicht nur bedrohten, nein, teilweise ihm verfallenen Paris der großen Revolution. Entsetzlich schwoll die Sterblichkeit in jenen Jahren an, Frankreich schien sich seines Volkes entblößen zu wollen, bis die guten Ernten von 1796 ab sowie die Beendigung der Assignatenwirtschaft, die Rückkehr zu normalen Geldverhältnissen allmählich den Hunger und die Teuerung beseitigten. Damit verlor sich auch die Rastlosigkeit, die von 1789 das französische Volk charakterisiert hatte und es zur Beute revolutionärer Stimmungen und Ausbrüche werden ließ. Eine Periode der wachsenden Beruhigung brach an, die Napoleon gewaltig stützte und seinem Werke gut war. Denn sonst wäre es ihm wohl kaum möglich gewesen, die Autorität des Staates wiederherzustellen und Frankreich von seinem wirtschaftlichen Elend zu befreien.

Eine Lehre müssen wir hieraus ziehen: die vornehmste Sorge unseres Staates muß sein, die Lebensmittelnot zu bannen. Ihr muß alles untergeordnet sein, die ganze Politik muß von ihr diktiert sein. Nach Lage der Sache geht es ohne die Hilfe des Auslandes, ohne langfristige Kredite nicht. Sie zu erhalten, ist das Hauptziel unserer deutschen Politik.

Brief an die „Deutsche Politik"

Noch einmal die deutsche Auslandspresse. Zu den Tausenden, die die Heimat verlassen und in der Ferne ein Feld der Tätigkeit suchen, werde binnen kurzem auch ich gehören, und die deutsche Auslandspresse mit ihren Aufgaben und Zielen hat nicht allein deshalb mein ganzes Interesse, weil sie bald zu meinem geistigen täglichen Brot gehören wird, sondern auch deshalb, weil ich mir zum Ziel gesetzt habe, meine im Auslande und Inlande gesammelten Erfahrungen über Pressearbeit, soweit dies in meinen Kräften steht, in Zukunft praktisch zu verwerten. So bin ich mit besonderen Erwartungen an den Artikel über „Die heutigen Aufgaben der deutschen Auslandspresse" in Heft 24 der „Deutschen Politik" herangegangen. Alles, was der Verfasser über die Pflichten und Aufgaben der deutschen Auslandspresse ihren Lesern, den Deutschen des Aus-

Digitized by Google

landes, gegenüber sagt, kann ich nur voll und ganz unterschreiben. Aber ich vermisse in dem Aufsatz völlig die Betonung dessen, daß die Auslandspresse heute mehr denn je nicht nur Aufgaben ihren Lesern gegenüber, sondern auch unserem Vaterlande gegenüber zu erfüllen hat, daß sie die Vertretung Deutschlands dem Ausland gegenüber auf sich nehmen muß.

Draußen in der Welt hat man das Ansehen unseres Vaterlandes untergraben, vernichtet. Draußen in der Welt nur kann die Wurzel des Uebels, die Lüge und Verleumdung, die gegen uns zu Felde zog, angepackt werden. Das Vertrauen des Auslandes wiederzugewinnen ist der einzige Weg zur Rettung, zur Gesundung unseres armen, kranken Vaterlandes. Und wer ist zuerst dazu berufen, Hand an diese große, große Arbeit zu legen? Einzig und allein das Auslandsdeutschtum, und mit ihm als erste die deutsche Auslandspresse. Die deutsche Zeitung des Auslandes ist heute nicht mehr in erster Linie die Unterhaltungs-, Bildungs- und Belehrungslektüre des Deutschen im Auslande, sie ist heute der große, wichtige Faktor in der Wiederherstellung deutschen Ansehens in der Welt. Bedenken wir, wieviele nichtdeutsche, kritische Augen täglich unsere ausländischen Zeitungen lesen, dann geht uns ein Verständnis dafür auf, was eine jede von ihnen an ihrem Platze wirken kann, wieviel vom ihr für unser Vaterland abhängt. Durch eine kluge, systematische Arbeit muß unsere Auslandspresse es sein, die dem Ausland eine neue Erkenntnis, die unbedingt nötige neue Erkenntnis über Deutschland und seine Lage beibringt. In erster Linie gehört dazu, die durch englische Pressearbeit der ganzen Welt eingehämmerte Ueberzeugung von Deutschlands Schuld am Kriege zu lockern. Die der Wahrheit widersprechenden Begriffe von deutscher Art und deutschem Tun und Denken, von England in fünfjähriger unermüdlicher Arbeit und bewunderungswürdiger Phantasie der ganzen Weilt beigebracht, müssen langsam einer richtigen, besseren Erkenntnis wieder Platz machen. Noch haben die furchtbaren Taten der Entente, vom Hungerkrieg bis zu den tausend Schamlosigkeiten seit Friedensschluß, keinen Eingang in die Welt gefunden. Sie darzustellen in täglich neuen Variationen wird eine der Aufgaben der Auslandspresse werden — die schwarze Schmach und die Gewalttätigkeiten aus den besetzten Gebieten, Wiedergaben aus Briefen deutscher Strafgefangener in Frankreich, Proteste unterdrückter deutscher Nationalität usw. können Stoff für Jahrzehnte liefern! Daß dies in kluger Weise, ohne eine dick aufgetragene Hetze gebracht werden muß, ist selbstverständlich. Liest auch der nicht ausgesprochen deutschfreundliche Ausländer dergleichen gewiß nur mit innerem Widerspruch — es bleibt doch etwas haften, die fremde Presse greift, schon aus Sensation, dies oder jenes auf, und langsam, langsam wird sich die Erkenntnis Bahn brechen, daß nicht alles, was die von Northcliffe gespeisten Auslandszeitungen in den letzten Jahren brachten, seine Richtigkeit gehabt hat, daß etwas faul ist im Rate der Entente.

Auch für die Auslandsdeutschen, die fern von der Heimat die Kriegsjahre verlebten, wird solche Arbeit der deutschen Auslandspresse nötig und von Bedeutung sein. Wieviele Deutsche sind draußen der Suggestivkraft der englischen Presse — heimlich oder offen — innerlich erlegen. Also auch deutsche Erkenntnis, deutschen Glauben gilt es zurückzuerobern, oder, wo dies nicht notwendig, so doch dauernd stark und wach zu erhalten. Und neben der hilfreichen Hand, die nach dem in Nr. 24 veröffentlichten Artikel die deutsche Zeitung dem Auswanderer in wirtschaftlicher und politischer Beziehung bieten soll, sei das nicht vergessen, daß der, der fern von der Heimat, ganz auf sich selbst gestellt, mehr noch als früher unablässig eine ernste Mahnung nötig hat: „Du, gerade du,

Digitized by Google

auf welchem Platz du auch stehst, hast eine große Pflicht gegen dein Vaterland zu erfüllen; auch dir ist Gelegenheit gegeben, die Achtung und das Vertrauen des Auslandes zum Deutschtum wiederzugewinnen — handele danach!" In der Weise kann und soll die deutsche Zeitung dem Einzelnen im Ausland eine starke moralische, nationale Stütze sein.

Wenn sich die deutsche Auslandspresse zur Aufgabe macht, nach solchen erweiterten Gesichtspunkten zu arbeiten, so ist sie der beste, tapferste Stoßtrupp für das bedrängte Deutschtum. Cissy von Scheele-Willich.

Notizen

Petersburger Lehrerdasein. In dem „Revaler Boten" finden wir folgenden erschütternden Bericht über das Elend der Gelehrten in Rußland: Zu dem Mosaikbilde, das wir uns vom Leben des heutigen Petersburg aus den vereinzelt zu uns gelangenden Miniaturskizzen zusammenzustellen haben, liefern soeben eingetroffene Privatbriefe zweier angesehener deutscher Petersburger einen lehrreichen Beitrag. Sie lassen uns das Heute in der Sphäre des Petersburger Schulwesens recht lebensvoll vor Augen treten.

In einem der Briefe heißt es unter anderem:

„...An der Petri-Schule (deutsche Kirchenschule) arbeitet man gegenwärtig mit etwa 500 Schülern (früher waren es um 1800. D. Her.) mit deutscher Unterrichtssprache. Gymnasium, Realschule und Töchterschule sind zusammengeflossen; Latein ist fakultativ und wird von Sekunda an gelehrt; Physik in Quarta zwei Stunden, in Quinta, Sexta und Septima je drei Stunden; nach offiziellen Lehrplänen müßten es noch mehr sein. Die Schule hat sich stark verändert. Im Winter hatte man es sehr schwer, da nicht geheizt wurde. Die Tinte in den Tintenfässern fror ein. Jetzt ist es leichter und die Arbeit geht ganz gut..."

Die Gage eines Lehrers beträgt 5115 Rubel monatlich, dazu (kostenlos) ein warmes Frühstück und ein Stückchen Brot täglich, Beschäftigung 36 Stunden die Woche, davon Lehrstunden 18—20. Gelegenheit zum Nebenverdienst reichlich. Jeder Lehrer hat jetzt vier bis sechs Stellen. Die Einnahmen unseres guten Freundes N. belaufen sich zusammen auf etwa 16 000 Rubel monatlich; dazu erhält er den „Utscheny Pajek" (im November 1919 wurde man auf die starke Sterblichkeit unter den Gelehrten und Künstlern aufmerksam gemacht, eine Kommission unter dem Vorsitz von Maxim Gorki ward eingesetzt und sie dekretierte den darbenden Gelehrten und Künstlern einen Nahrungszuschuß an Brot, Grütze und nach Möglichkeit auch an Fleisch), d. h. Lebensmittel im Marktpreise von etwa 60 000 Rubel monatlich, die er als Lehrender der Universität für 2000 Rubel bekommt. Trotzdem muß er, um mit den Seinigen satt werden zu können, noch etwa 30 000 Rubel monatlich zulegen, also betragen die Kosten für die Ernährung seiner Familie von sechs Köpfen monatlich im Marktpreise 106 000 Rubel. Dabei kann er gleich mir und den Meinigen sagen: Wir hungern nicht, sind aber doch unterernährt. Von irgendwelchen Anschaffungen ist für uns nicht die Rede. Für die Wohnung zahle ich 350 Rubel monatlich, wie denn überhaupt Wohnungen ganz billig sind. Der Schulleiter ist inbezug auf Gage mit allen Kollegen auf die gleiche Stufe gestellt..."

Weiter heißt es: „Um dir von unserer Ernährung ein klares Bild zu geben, will ich dir aufschreiben, was wir gestern gegessen haben, d. h. ich und meine Familie: am Morgen Tee (Surrogat) ohne Zucker, und Schwarzbrot (jeder etwa ½ Pfund); zum Frühstück dicken Hirsebrei einen guten Teller voll

Digitized by Google

und ¼ Pfund Brot; zu Mittag zu Hause dünne Hirsesuppe und Pfannkuchen aus Hirsebrei mit geriebenen Kartoffeln (die Pfannkuchen mit sehr wenig Fett gebraten, denn ein Pfund Oel kostet eben über 3000 Rubel); am Abend Tee mit einem kleinen Stückchen Zucker und Brot. — Vorgestern: am Morgen dasselbe; zum Frühstück ein Teller Hirsebrei und ein halber Hering dazu mit Brot; zu Mittag Hirsebrei mit gebratenen Zwiebeln; am Abend Tee mit Brot. — So geht es jeden Tag. Wir haben eben als Hauptnahrungsmittel Hirsebrei; den gibt es jetzt überall. Später kommt irgendetwas anderes auf — dann ißt die ganze Stadt etwa Roggengrütze oder Kartoffeln. Jetzt aber sind Kartoffeln eine Delikatesse und überhaupt kaum zu bekommen. — Die Schulen geben allen Schülern und Lehrern täglich warmes Frühstück — kostenlos; auch Tee und Brot. Butter essen wir fast gar nicht — sie kostet über 3000 Rubel das Pfund — Zucker wenig, Milch fast gar nicht. Brot ist genügend da, auch Grütze. — Ich hoffe, du hast jetzt ein kleines Bild unseres Lebens..."

In einem zweiten Brief heißt es: „In unserem Dasein sind Grüße, die von entfernten Freunden kommen, im vollen Sinne des Wortes lichte Punkte in der uns umgebenden Nacht... Der Tod räumt hier furchtbar auf... Eine schreckliche Zeit, und dazu die aufreibende Sorge um das tägliche Brot, die ewigen Schindereien des Holzes wegen, dessen Preis bei uns 20 000 Rubel pro Faden erreicht hat, wenn man es überhaupt bekommt. Wissenschaftlich zu arbeiten ist fast ein Ding der Unmöglichkeit. Wie soll man sich konzentrieren bei einer Temperatur von 2—3° Wärme, wobei als Beleuchtungskörper ein Notlicht, das kaum eine Buchseite genügend bescheint, dienen muß. So stand es wenigstens während der fünf langen Wintermonate mit mir..."

Politisch-wirtschaftliche Wirkungen der deutschen Steuerpolitik auf die Neutralen. Das Reichsnotopfer, wie es nunmehr in Deutschland zur Einziehung gelangt, hat bei den Neutralen, die in Deutschland ihren Sitz haben, eine Bewegung ausgelöst, die, was die Schweizer Staatsangehörigen betrifft, bereits zu einem Gesuch der in Deutschland lebenden Schweizer an die Bundesregierung in Bern gegen die deutsche Steuerpolitik geführt hat. Auch eine besondere Organisation der in Deutschland lebenden Schweizer ist ins Leben gerufen worden, um zu diesen Fragen Stellung zu nehmen. Tritt doch bereits die Mitteilung auf, daß Fabrikanten und Besitzer von geschäftlichen Unternehmungen oder sonstige Schweizer Staatsangehörige mit größerem Eigentum ihr Interesse darin erblicken, in Deutschland zu liquidieren und in der Heimat neue Lebenswege zu suchen. Diese Entschlüsse werden aber von seiten der Schweizer Industriellen als für die nationale Entwicklung der Schweiz nachteilig aufgefaßt, da es im Interesse der Schweizerischen Volkswirtschaft liege, erhebliche Kapitalien auch in Deutschland zu besitzen. Ja man geht sogar schweizerischerseits so weit, dem Bundesrat einen Vorwurf daraus machen zu wollen, daß er die große national-ökonomische Bedeutung dieses Fragenkomplexes nicht erkannt habe und statt die in Deutschland lebenden Schweizer zum Aushalten zu bestimmen, eine passive Stellungnahme vorgezogen habe. Diese Passivität habe die in Deutschland ansässigen Schweizer veranlaßt, Bestrebungen nachzugehen, die lediglich ihren eigensten Interessen dienen.

Geht man aber dem ganzen Problem etwas tiefer auf den Grund, so wird man finden, daß die Neutralen, an deren Spitze sich die Schweizer gestellt haben, eine berechtigte Benachteiligung in der Tatsache erblicken, daß alle Ententestaaten durch den Vertrag von Versailles geschützt sind vor den ungeheuren Steuerbelastungen, die deutscherseits auf Angehörige jener Länder gelegt werden, die am Kriege nicht beteiligt waren, sich also neutral hielten. Man geht so weit, in dieser Konstellation

Digitized by Google

eine Art Bestrafung der Neutralen zu erblicken, sogar eine weitgehende Bestrafung, indem wichtige Vermögensobjekte dieser neutralen Staatsangehörigen vom deutschen Fiskus erfaßt werden, während, wie bereits erwähnt, alle Länder, die sich der Entente angeschlossen haben, steuerfrei ausgehen, soweit es sich um das Reichsnotopfer oder ähnliche Steuereinhebungen handelt.

Obgleich uns Deutsche dieses Fragengebiet nicht besonders interessiert, ist es doch von Wert, sich damit zu beschäftigen, weil neuerdings der Beweis dafür erbracht wird, wie sehr die Ententediplomaten darauf versessen waren, unter Hintansetzung auch der Interessen Neutraler nur mit Rücksicht auf die eigenen Interessen Bestimmungen in den Versailler Vertrag aufzunehmen, die jetzt zu Entwicklungen führen von einer Art, die dem Deutschtum keine Förderung bringen. Denn zweifelsohne glauben die Neutralen, wenn auch mit Unrecht, sich benachteiligt und stehen nicht an, diese gegen das Deutschtum gerichteten Gefühle bei jeder Gelegenheit an den Tag zu legen.

Da wir im volkswirtschaftlichen Interesse und aus politischen Gründen Wert darauf legen müssen, sogenannte moralische Eroberungen im Auslande zu machen, sind diese Ergebnisse, die der deutschen Steuerpolitik entspringen, und die durch die Versailler Bestimmungen eine so neutralfeindliche Färbung erhalten, ein Moment, das uns in seinen kleinen und großen Wirkungen nicht indifferent lassen kann.

Neuerscheinungen

Politische Biographien

H. Oncken, „Ferdinand Lassalle". Eine politische Biographie. 3. Auflage. Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart-Berlin. 540 S. 28 M.

M. Wenck, „Friedrich Naumann". Ein Lebensbild. Buchverlag der „Hilfe", Berlin. 160 S. 9 M.

Man kann sich nach Charakter und Lebensart keine verschiedenartigeren Persönlichkeiten denken als Lassalle und Naumann, und doch wird sie eine nicht von der Dynamik des Menschlichen, sondern von der geschichtlichen Fragestellung ausgehende Betrachtung später einmal in ziemlich enger Nachbarschaft sehen. Denn das Problem, das vom 19. Jahrhundert aufgenommen und dem 20. unfertig weitergegeben wurde, hat in ihrem Denken, zeitgeschichtlich gefärbt, die stärkste Synthese gefunden: Nationalstaat und soziale Bewegung zusammenzubringen. Naumann hat in gewissem Sinn bei seinen politischen Anfängen dort angeknüpft, wo das Werk Lassalles plötzlich abgebrochen war; freilich aussichtslos, nachdem der Sieg des Marxismus einerseits und das Sozialistengesetz andererseits die Voraussetzungen einer organischen Entwicklung verdorben hatten. Lassalle hat nun auf Naumann selber keinen oder nur einen geringen Einfluß ausgeübt; Naumann kannte ihn, nahm an seinem Pathos und seiner Dialektik ein gewisses anekdotisches Interesse, aber in seiner Auseinandersetzung mit dem Sozialismus war ihm der Tatsachenbeherrscher Marx viel wichtiger. Immerhin: es hat einen gewissen Reiz, zwei Bücher nebeneinander zu besitzen und zu lesen, die uns Werk, Werden und Menschenart der beiden Männer nahe bringen.

Onckens Lassalle-Werk ist bereits über zehn Jahre alt und seit seinem ersten Erscheinen als die grundlegende Biographie anerkannt; in der neuen Auflage aber, die kürzlich erschien, sind ganze Partien umgearbeitet und vor allem die historisch-politischen Linien vertieft. Oncken steht seinem Gegenstand sine ira et studio gegenüber; mit dem starken Sinn für das Einzigartige dieser Erscheinung, er sieht die menschlichen-allzumenschlichen Züge, aber sein „Held"

Digitized by Google

wird dadurch nicht kleiner, weil zugleich die Empfindung für die geschichtliche und geistige Bedeutung des Mannes nie getrübt wird. Es ist charakteristisch, daß es nicht ein Sozialdemokrat war, der dieses standard work unserer politischen Literatur schreiben konnte, so fleißig und umfangreich gerade diese Partei die Historie ihrer Vergangenheit pflegt; die sozialistischen Bearbeitungen sind nie von einer gewissen Befangenheit frei, wenn sie das menschlich etwas peinliche Kapitel „Marx und Lassalle" zu behandeln haben oder mit der Bismarck-Episode sich auseinandersetzen sollen. Das Buch von Oncken gibt mit besonderer Eindringlichkeit die geistigen Zusammenhänge Lassalles mit Fichte und Hegel, und verdeutlicht zugleich aufs anschaulichste die gewisse Romantik in Lassalles Denken, als er, um der erwarteten revolutionären Erschütterungen in Europa, Beziehungen zum Kreis von Garibaldi sucht, Bemühungen, die völlig jenseits der reifen marxschen Denkart lagen. In einem Schlußkapitel gibt Oncken eine fesselnde Darstellung, wie das Lassallesche Erbe sich in den Jahrzehnten der Bismarckschen Regierung entwickelte und in welcher Lage der Weltkrieg den deutschen Sozialismus antraf. Das Werk ist klar und in all seiner wissenschaftlichen Haltung lebendig geschrieben.

Das Lebensbild, das Martin Wenck von Naumann entwirft, war als Freundesgabe zu dem 60. Geburtstag des Verstorbenen gedacht; der Tod hat dem Verfasser die schmerzliche Pflicht auferlegt, den Rahmen seiner Arbeit weiter zu dehnen. Wenige waren so wie er berufen, diese erste abschließende Gesamtdarstellung zu geben; denn fast drei Jahrzehnte war der politische und menschliche Weg gemeinsam, der beide vom christlichen Sozialismus der jüngeren Inneren Mission zur aktiven Politik führte. Wenck hat auf diesem Weg je und je seine selbständige Stellung gewahrt; aber auch für ihn wie für so viele ist die Begegnung mit Naumann schicksalshaft geworden. So mußte sein Buch zugleich ein Bekenntnis des Dankes werden. Wencks Darstellung von Naumanns Lebensweg und geistiger Entwicklung ist schlicht und doch frisch; mit einer sparsamen, aber klugen und das Entscheidende treffenden Heranziehung von Naumanns eigenen Arbeiten veranschaulicht er vor allem die wichtigen Jahre, da aus dem Seelsorger und christlichen Sozialpolitiker das politische Temperament herauswächst, das in die gesellschaftlichen Zustände und in die nationalen Machtfragen hineinwirken muß. Das Buch ist eine wertvolle Bereicherung unserer zeitgeschichtlichen politischen Literatur, für das nicht nur die Freunde Naumanns dem Verfasser warmen Dank schulden.

Darf hier noch kurz auf das Buch hingewiesen werden, das ich vor ein paar Monaten aus Naumanns Hinterlassenschaft zusammenstellte: „Gestalten und Gestalter" von Friedrich Naumann (Verlag Dr. de Gruyter, Berlin. 6 M.). Naumann ist hier selber Biograph und Psycholog; in knappen, ausgezeichneten Würdigungen stellt er eine Reihe führender Männer der Staats- und Geistesgeschichte, der Politik und des religiösen Lebens vor uns auf und diese lebensvollen Studien werden unmittelbar zu wichtigen Beiträgen der Erkenntnis seines eigenen Wesens. So bilden sie eine gute Ergänzung gerade auch der Schrift von Martin Wenck.

Theodor Heuß.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt. Redaktion: Schöneberger Ufer 36a I. Telephon: Nollendorf 928. Für Anzeigen: Werbedienst G. m. b. H. Berlin W 35, Lützowstr. 102/4. Verlag: Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt 10 M. Einzelnummer 1 M. Druck von Paß & Garleb G. m. b. H., Berlin W 57, Bülowstraße 66.

Digitized by Google

Börsenhandels-Zeitung

Organ für die Interessen der Börse, des Bankwesens, des Handels, der Industrie, des Hypothekenmarktes und des Versicherungswesens

Herausgeber: Franz Krupke

Verlag Krupkes Konversations-Lexikon der Börse u. d. Handels

FRANZ KRUPKE & CO. DEPESCHEN-BUREAU

Ständige Börsenkursveröffentlichung. Kalender der Generalversammlungen. Geschäftsaussichten und Dividenden. Unabhängige Beratung in allen Fragen der Kapitalanlage. Fortlaufende Orientierung über alle Vorgänge im täglichen praktischen Wirtschaftsleben. Sachkundige kritische Abhandlungen über Banken und Börse, Volkswirtschaft und Finanzwissenschaft. Zuverlässige Informationen über alle Börsenpapiere. Amtliche Bekanntmachungen des Berliner Börsenvorstandes nach erfolgter Publikation an der Börsentafel. Ständige Devisen-Kurstabelle mit den höchsten, niedrigsten und letzten amtlichen Geld- u. Briefkursen. Reichsbankausweise — Literaturberichte — Briefkasten.

Bezugspreis: vierteljährlich 3 Mark, jährlich 12 Mark, Ausland 14 Mark.

Verlangen Sie Probenummer!

Verlag, Geschäftsstelle und Schriftleitung: Berlin W 15

Kurfürstendamm 48-49 (Fernspr. Amt Stpl. 4409), Zweig-Bureau: In der Börse von 12-2 Uhr.

Wirksamstes Insertions-Organ!

Sachliche, also gute Propaganda, darf nicht Einzelheiten bevorzugen auf Kosten des Gesamteindruckes. Wort, Farbe, Darstellung, Form, sie alle müssen zusammenklingen u. sorgsam gegeneinander abgeschätzt sein. — In diesem Sinne wirken die Kräfte des Werbedienstes an der Lösung der ihm gestellten Aufgaben: Die Haus- und Versuchspresse mit auserlesenen Schriften, das eigene Atelier unter Leitung eines der ersten deutschen Reklamekünstler, anerkannte Fachleute und geschultes Personal.

Berlin W. 35
Lützowstr. 102/104

Werbedienst

München
Bürohaus Reichshof
Sonnenstraße Nr. 15

Digitized by Google

Hermann Stegemanns Ausgewählte Werke

Sechs Bände

Geschmackvoll gebunden Mark 90.—

zuzügl. 20% Teuerungszuschlag

Inhalt:

Die als Opfer fallen / Der gefesselte Strom / Thereste, die Wirtin von Heiligenbronn / Thomas Ringwald / Die Krafft von Ilzach / Daniel Junt. Die Himmelspacher und kleine Novellen

Einzelne Bände dieser Ausgabe werden nicht abgegeben

Eine Auswahl der Prosa-Epen Hermann Stegemanns, in denen er selbst das bezeichnendste und dauerndste seines Schaffens gegeben zu haben glaubt. Eine Fülle lebendiger, plastisch gestalteter Menschen und starker Motive, die das Leben der Gegenwart trotz der örtlichen Beschränkung in seinen tiefsten Konflikten und Problemen packen, bringt uns aus diesen Werken entgegen. Dramatische Belebtheit und künstlerisch disziplinierte Erzählung halten den Leser fest, und alles, was diese Werke an speziell zeitgenössischem Wollen und Kämpfen geben, klingt noch lange in ihm nach.

Durch alle Buchhandlungen zu beziehen

Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart u. Berlin

Egon Fleischel & Co. in Berlin

Digitized by Google

Y. F

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Inhalt:

Politische Glossen 65
Rohrbach, Englische Beiträge zur Verantwortlichkeit für den Krieg 67
Thimme, Die innerpolitische Lage im Lichte von Spaa . 75
Buetz, Ungarn 80
Hennig, Das Schiffahrtsabkommen zwischen deutschen und amerikanischen Reedern und seine Bedeutung . 83
Behrendt, Die Wohnungsfrage in Deutschland 86
Linter, Stagnierende Wirtschaft 93

Preis vierteljährlich M 10.–, das einzelne Heft M 1.–

5. Jahrgang 16. Juli 1920 Heft 29

Deutsche Verlags-Anstalt Stuttgart-Berlin

Digitized by Google

Forderungen der Zeit

Herausgegeben von Dr. Luebeck und Dr. Schäffer.

1. **Brentano** Die Beamtenorganisation und ihre wirtschaftlichen Ziele
2. **Potthoff** Rätesystem und Berufsparlament
3. **Hartmann** Die Stellung der Arbeiterschaft im neuen Deutschland
4. **Rauecker** Die Proletarisierung der geistigen Arbeiter
5. **Otto Heyn** Die Noteninflation als Krankheitserscheinung unseres Wirtschaftslebens. Preis: 2.—

Bezugsbedingungen:
Ord. je M. 1.20, bed. —.90, bar —.80 und 11/10
Bei Bezug von 20 Expl. (auch gemischt) 7/6

Politischer Verlag B. Heller, München
Herzog-Max-Strasse 4

Zeitwichtige Neuerscheinung:

Carl Kindermann

Die soziale Schöpferkraft

im Aufbau Deutschlands und des Völkerlebens

360 S. Großoktav / Geh. M. 16.80, geb. 21.60, dazu der ortsübliche Sortimentsteuerungszuschlag

Ein sozialer Baumeister, der als Forscher und Volksbildner weithin Vertrauen erworben, entwirft hier auf demokratischer Grundlage einen das vielgestaltige Leben weit hinein ausgleichend und abwägend ordnenden Grundplan für den Neubau des deutschen und weltbürgerlichen Lebens. Soziale Liebe durchdringt das Ganze. Unserem jungen, hartringenden Volksstaat ein kraftvoller Führer, wird das bedeutende Werk alle vorwärtsschauenden Männer und selbstsicheren Frauen aller Stände und Klassen beschäftigen müssen, die die Sorge um den deutschen Aufbau zu gemeinsamer schöpferischer Arbeit drängt. Allen wird es zu einem sicheren, weitblickenden Führer durch die Schwankungen der Zeit werden.

Ausführliche Inhaltsübersichten durch alle Buchhandlungen oder vom

Verlag Georg D. W. Callwey / München

„Die Bücherpost"

unterrichtet wöchentlich über Neuerscheinungen des deutschen Buchhandels aus allen Wissensgebieten und der Unterhaltungsliteratur. Einzelnummer 25 Pf. vierteljährlich Mk. 2.50. Abonnements nimmt jede Postkasse auch der Briefträger, entgegen. Probenummern sendet die Geschäftsstelle der „Bücherpost", Frankfurt a. M., Niddastr. postfrei und umsonst.

Stuttgart DW Leipzig

Deutsche Wacht

Organ zum Wiederaufbau deutscher Interessen im Ausland

Offizielles Organ des Verbandes „DW"
die Zeitschrift der Auslandsdeutschen.

Vertvollstes Anzeigenblatt für Im- und Export
Handelsteil mit Angebot und Nachfrage.

Große Auflage. In ganz Europa gelesen.
Halbjahr 3,60 M. Zeile 60 Pfg. Heft 50 Pfg.

Verlag „Deutsche Wacht" Stuttgart

A. WARMUTH · Speditionsgeschä

Zentrale: BERLIN C. 2, Hinter der Garnisonkirche 1
Fernsprecher Norden 309, 310, 1642, 4472 u. 4512
Leipziger Abteilung: Dorotheenstr. 20a. Zentrum 2609

Versand von Gütern aller Art nach allen Orten der W

Möbeltransport — Lagerung.

Digitized by Google

5. Jahrgang * 16. Juli 1920 * Heft 29

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Spaa ist die Wiederholung von Versailles geworden. Die Skepsis, die den Ankündigungen von San Remo galt, hat eine mehr als traurige Rechtfertigung bekommen. Die schöne Rede, daß man mit den Deutschen verhandeln werde, war erneuter Betrug; die Entente hat sich auf das Diktat schon vorher geeinigt, was an Reden getauscht wurde, war keine Verhandlung, sondern ein Festlegen auf vorher gefaßte Beschlüsse. Charakteristisch, daß die Entente je und je nur einen Sprecher hatte, um zum einen ihre Geschlossenheit zu markieren und zum anderen allen Ansätzen auszuweichen, daß diese Geschlossenheit, mühselig erreicht, irgendwie gefährdet werden könne. Man bleibt beim Diktat — das ist bequemer, und bringt nicht in die Verlegenheit, eine schöpferische Politik, die an Europa denkt, versuchen zu müssen. Daß die Delegation die militärischen Forderungen der Entwaffnung schließlich annahm, ist keine Erleichterung der Situation, sondern verschiebt die Schwierigkeiten auf Oktober und Januar, Schwierigkeiten, die in dem Putschbedürfnis der Linken so gut begründet sind wie in der anderen Frage: wohin mit den Entlassenen in einer Zeit der wirtschaftlichen Bedrängnis? Um das Ruhrgebiet vor der Besetzung zu retten und damit die Kohlenversorgung des Winterts nicht völlig an die Feinde auszuliefern, hat man dem Zeitgewinn zugestimmt; aber deutlicher als alles, was wir im letzten Jahr erlebten, haben diese Vorgänge demonstriert, wie sehr die Unterzeichnung in Versailles Deutschland vor dem Verhängnis nicht gerettet, sondern es dauernd ausgeliefert hat.

*

Die Unabhängigen schwärmen sehr für die Entwaffnung Deutschlands. Ist diese erst durchgeführt, so wird auch, glauben die Pazifisten in ihren Reihen, die Abrüstung des feindlichen Militärismus beginnen. Sie applaudieren Lloyd George, wenn er den Mangel an gutem Willen bei der deutschen Regierung tadelt. Aber Lloyd George spricht auch von den Waffen in den unrechten Händen. Hier werden die Unabhängigen plötzlich schwerhörig. Denn — schwärmen sie nicht in allen kritischen Stunden von der Bewaffnung des Proletariats? Die Kommunisten sind da konse-

Digitized by Google

quenter; sie sehen, oder tun doch so, in den unendlich schweren Entscheidungen von Spa eine konterrevolutionäre Verschwörung. Sie denken nicht daran, die Waffen herauszugeben. Aber die Unabhängigen drücken sich um diese kitzlige Frage. Sie stellen sich als unschuldsvolle Lämmer vor, bricht aber irgendwo ein Konflikt los, so stellen sie sich schützend vor die Techniker der „direkten Aktion". Ihr Doppelspiel ist die Bekrönung der furchtbaren und unverantwortlichen Zielsosigkeit, mit der heute in deutschen Arbeiterkreisen Politik gemacht werden kann.

*

Die Abstimmung in Ost- und Westpreußen hat ein überwältigendes Ergebnis für das Deutschtum gebracht. Daran ist nicht die verzweifelte Lage Polens schuldig, sondern der Heimatsinn erhob sich gegen den Unsinn von Versailles. Die Stimmen des Masurenlandes sollen auch in Spaa gehört werden! Zwar will man dort Danzig ohne Deutschland behandeln, aber der 11. Juli hat die Frage des Korridors auf die Tagesordnung der Politik gezwungen.

*

Das neue polnische Kabinett Grabski segelt zwar unter der Flagge „parteilos", ist aber ein ausgesprochenes Kabinett der Rechten. Der Premierminister selbst gehört zur Partei der Nationaldemokraten, den ausgesprochenen Vertretern des polnischen Imperialismus. Polens internationale Lage wird dadurch nicht verbessert, weil alle Anrainer, wie Litauer und Weißruthener, von tiefstem Mißtrauen gerade gegen diese Partei erfüllt sind. Auch die Ukrainer, die augenblicklich, weil ihnen das bolschewistische Feuer auf den Nägeln brennt, sich gezwungen sahen, ein Bündnis mit Polen abzuschließen, haben deshalb noch lange nicht ihre Ansprüche auf die von Polen besetzten ukrainischen Gebiete aufgegeben. Diese Ansicht hat noch kürzlich der neue ukrainische Minister des Aeußeren, Nikowskyj, dem Korrespondenten der polnischen Zeitung „Gaz. Warsch." gegenüber vertreten: „Es ist selbstverständlich, daß prinzipiell genommen unser Ziel nur eine unteilbare, vereinigte Ukraine sein kann, ich will auch nicht verschweigen, daß meiner Ansicht nach die polnisch-ukrainische Westgrenze nur als Provisorium zu betrachten ist; diese Angelegenheit müsse in der nächsten Zukunft friedlich gelöst werden. Es ist auch die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß auf dem Gebiete der administrativen und sozialen Verhältnisse Mißverständnisse vorkommen werden, doch bin ich fest überzeugt, daß sich freunschaftliche Beziehungen zwischen der ukrainischen und polnischen Bevölkerung festigen werden."

Die von Pilsudski angeordnete Massenerhebung, von der sich sogar die Sozialdemokraten nicht ausschließen, zeigt, ebenso wie die Hilferufe nach Spaa, die verzweifelte Lage Polens, das, noch nicht konsolidiert, bereits nach allen Seiten Expansionspolitik zu treiben begann, die die Kräfte des jungen Staates weit überstiegen.

Digitized by Google

Englische Beiträge zur Verantwortlichkeit für den Krieg

Von Dr. Paul Rohrbach.

Der Beauftragte der Sowjetregierung in Rußland, Pokrowski, hat, wie wir wissen, 1918 in der Moskauer Wochenschrift „Prawda" Enthüllungen aus dem russischen diplomatischen Geheimarchiv gemacht. Darin findet sich die folgende Mitteilung. Im Sommer 1912 zeigte Iswolski in Paris dem damaligen französischen Minister des Aeußeren, Poincaré, den Geheimvertrag zwischen Bulgarien und Serbien vom 29. Februar 1912. Poincaré nannte ihn sofort ein „Kriegsinstrument" (Instument de guerre), England zögerte aber noch mit der Zustimmung zu einem unmittelbaren Druck auf die Türkei. Poincaré drang darauf, daß Grey in alle Pläne eingeweiht werden müsse. Der russische Minister des Auswärtigen, Ssasonow, begab sich also persönlich nach England und fragte seinen englischen Kollegen: was Rußland von England „im Falle eines bewaffneten Zusammenstoßes mit Deutschland" zu erwarten hätte. Die Erklärungen, fährt Ssasonow in seinem für den Zaren geschriebenen Bericht fort, die er darauf sowohl von Sir Edward Grey als durch den Mund des Königs Georg selbst hören durfte, erschienen ihm „sehr bemerkenswert". Es heißt hierüber nach dem Bericht in der Prawda:

Als Ssasonow dem englischen Staatssekretär den Inhalt des russischen Marineabkommens mit Frankreich mitteilte und daran die Frage knüpfte, ob die englische Flotte nicht Rußland im Norden einen ähnlichen Dienst erweisen könnte, wie die französische im Süden, erklärte Grey „ohne zu schwanken, daß wenn die in Frage stehenden Umstände eingetreten sein würden, England alles daran setzen würde, um der deutschen Machtstellung den fühlbarsten Schlag zuzufügen." Und er bestätigte dem russischen Minister, was dieser „bereits von Poincaré wußte," das Vorhandensein eines Abkommens zwischen Frankreich und Großbritannien, nach dem England im Falle eines Krieges mit Deutschland sich verpflichtet, Frankreich nicht nur zur See, sondern auch auf dem Kontinent durch Landung von Truppen zu Hilfe zu kommen."

Der König aber, König Georg von England, „sprach sich in einer der Unterredungen mit mir" — diese Gespräche wurden in Balmoral geführt — „noch viel entschiedener als sein Minister aus. Mit sichtlicher Erregung erwähnte Seine Majestät das Streben Deutschlands nach Gleichstellung mit Großbritannien in bezug auf die Seestreitkräfte und rief aus, daß im Falle eines Zusammenstoßes dieser verhängnisvolle Folgen nicht nur für die deutsche Flotte, sondern auch für den deutschen Seehandel haben müßte, denn die Engländer würden jedes deutsche Schiff, das ihnen in die Hände kommt, in den Grund bohren." („We shall sink every single German merchantship, we shall get hold up."). Die letzteren Worte spiegeln augenscheinlich nicht nur persönliche Gefühle Seiner Majestät, sondern auch die in England herrschende Stimmung in bezug auf Deutschland.

Die französisch-russische Marinekonvention, auf die Grey Bezug nahm, war am 16. Juli 1912 in Paris geschlossen worden. Einige Monate später fand

Digitized by Google

ein Briefwechsel zwischen Grey und Cambon statt, durch den schriftlich festgelegt wurde, daß Frankreich, falls es einen unprovozierten Angriff durch eine dritte Macht erfahren, oder falls ein Ergebnis eintreten sollte, „das den allgemein Frieden bedrohte", England an seiner Seite sehen werde. Ein Zusammenstoß zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien war ein solches Ereignis. Für einen solchen Fall hatte Rußland den Serben seine Hilfe zugesagt. Das bedeutete Krieg zwischen Rußland und Oesterreich-Ungarn. Der Bundesgenosse Oesterreich-Ungarns war Deutschland. Trat Deutschland gegen Rußland auf den Plan, so gab das den vertragsmäßigen Fall der französischen Bundeshilfe für Rußland. War aber Frankreich mit im Krieg, so mußte England ihm helfen. Damit war der Weltkrieg da. Das ist das, was Lord Northcliffe später den „Mechanismus der Entente" genannt hat. Im November 1912 erhielt Ssasonow auf die ausdrückliche nochmalige Anfrage in Paris, wie man dort über die eventuellen Konsequenzen des österreichisch-serbischen Konflikts denke, von Poincaré die Antwort: er überlasse Rußland die Initiative; entschließe sich Rußland zum Kriege, so werde Frankreich sich anschließen, sobald Deutschland Oesterreich gegen Rußland unterstütze. Da das Eintreten dieser letzteren Bedingung selbstverständlich war, so bedeuteten die Worte Poincarés für Rußland, wie wir vor kurzem hier schon ausführlicher darlegten, eine Blankovollmacht zur Entzündung des Weltkrieges auf dem Wege über Serbien.

Heute fragen wir: Ist denn aber die Antwort, die Grey dem Leiter der auswärtigen Politik Rußlands erteilte, *etwas anderes, als eben solch eine Blankovollmacht*? Die „in Frage stehenden Umstände" Greys sind der bewaffnete Konflikt zwischen Rußland, Frankreich und Deutschland. Für diesen Fall, sagt Grey, werde England alles daran setzen, „um der deutschen Machtstellung den fühlbarsten Schlag zuzufügen". Das ist nicht mehr und nicht weniger, als das Versprechen einer so gut wie unbedingten Kriegshilfe gegen Deutschland. Und wann wurde dies Versprechen gegeben? Die Russen, die mit Serbien im Einverständnis waren, Oesterreich-Ungarn, den Bundesgenossen Deutschlands, zu zertrümmern. England band sich durch den Grey-Cambonschen Briefwechsel vom November 1912 endgültig an Frankreich. Er schuf keine neue Lage, sondern bestätigte nur ein schon seit 1906 bestehendes Verhältnis zwischen England und Frankreich. Lord Loreburn (in seinem bekannten Buch „How the war come") sagt dazu:

Das Bündnis mit England, für das M. Delcassé und M. Cambon so lange und so geduldig gearbeitet hatten, war endlich erreicht — in der Tat, wenn auch nicht in der Form; in der Substanz, wenn auch nicht in Worten. Und neben andern Gefahren, die es enthielt, war auch die Gefahr, daß dies Land Frankreichs wegen in einen Krieg gebracht werden konnte, gar nicht wegen der eigenen Interessen der Nation, nicht wegen irgendeines französischen

Digitized by Google

Streites mit Deutschland, sondern wegen der Bündnisverpflichtungen Frankreichs gegen Rußland.

Jedermann wußte, sagt Lord Loreburn, daß die Beziehungen zwischen Rußland und Oesterreich gespannt waren und daß Deutschland für den Fall eines österreichisch-russischen Krieges Oesterreichs Verbündeter war. Es konnte also ein Konflikt zwischen Frankreich und Deutschland auch indirekt durch eine russische Aktion entstehen, wo Frankreich der Bundesgenosse Rußlands war, ohne daß Frankreich und Deutschland selber einen Streit miteinander hatten. Mit Lord Loreburns Worten:

Dies ist das Risiko, das tatsächlich zum Krieg geführt hat. Und der Punkt, der klargestellt werden muß, ist der, daß unsere Regierung, indem sie diese intimen Beziehungen mit Frankreich schuf, tatsächlich nicht nur auf die 1870 erprobte Politik Gladstones verzichtete, sondern viel weiter ging. Sie schuf eine Lage, die uns direkt zwang, uns den Konsequenzen der russischen Balkanpolitik auszusetzen und das Britische Reich aufs Spiel zu setzen zur Verteidigung Frankreichs gegen die Folgen seines russischen Bündnisses. Tatsächlich lieferte es den Frieden Großbritanniens der Gnade des russischen Hofes aus.

Als der Weltkrieg 1914 in Sicht kam, war für Rußland wie für Frankreich der wirkliche Entschluß noch abhängig von einem dritten entscheidenden Faktor: England. Trat England dem Kriege gegen Deutschland bei, so so fühlten Russen und Franzosen sich beide sicher, ihn zu gewinnen; und zwar schnell und mühelos. Um England zu gewinnen, war Ssasonow 1912 in Balmoral gewesen und hatte von dort Greys Antwort mitgebracht: im Falle eines russisch-französischen Krieges gegen Deutschland würde England alles daran setzen, „um der deutschen Machtstellung den fühlbarsten Schlag beizubringen". Pokrowski bespricht an der Stelle, wo er Ssasonows Bericht über die Unterhaltungen in Balmoral mitteilt, erst den Bericht Iswolskis über die Kriegsbereitschaft Poincarés vom 12. September 1912 (es ist dies der Bericht, in dem auch erzählt wird, Poincaré habe den mit Rußlands Hilfe fabrizierten bulgarisch-serbischen Geheimvertrag sofort mit den Worten charakterisiert: „C'est un instrument de guerre!") und sagt dann:

Auf dem Wege zu den Meerengen ergaben sich zwei Hindernisse. Das erste war die reservierte Haltung Englands in der Frage, das zweite das ängstliche Verhalten der französischen „öffentlichen Meinung", das heißt der französischen Bourgeoisie, zu Kriegsabenteuern. Es gab ein Mittel, das zweite Hindernis zu beseitigen; dieses Mittel war der Krieg mit Deutschland. Nachdem das letztere in den Kampf verwickelt wurde, erhielt die russische Diplomatie ein sicheres, ohne Versagen wirkendes Mittel, die Befürchtungen der Pariser Bankiers zu überwinden.

Und nun kann man sich das Vergnügen der zarischen Diplomatie vorstellen, als es sich zur gleichen Zeit herausstellte, daß der Krieg mit Deutschland auch das beste Mittel bildete, das englische Eis zum Schmelzen zu bringen. England, selbstverständlich das offizielle England, war schwerhörig, wenn es sich um den Krieg Rußlands mit der Türkei handelte, erwies sich aber als feinfühlig, als man begann, mit ihm vom Kriege Rußlands mit Deutschland zu sprechen,

Digitized by Google

Es folgt nun der Bericht über Balmoral. Dann fährt Pokrowski fort:

Schon vor Beginn des ersten Balkankrieges, das heißt vor allen andern mehr oder weniger Auffälligen Anlässen, die zur Krisis von 1914 führten, ließ die Stimmung der Führer der englischen Bourgeoisie an Bestimmtheit nichts zu wünschen übrig. Wenn Frankreich und Rußland sich mit Deutschland schlagen würden, würde England unbedingt an dem Geprügel auf seiten Rußlands und Frankreichs teilnehmen. Den letzteren genügte die Stimmung allein nicht. Stimmung ist eine veränderliche Sache; sie brauchten sichere Dinge, insbesondere wollte Rußland von England die gleiche formale Verpflichtung erlangen, die es bereits von Frankreich besaß. Die englischen Imperialisten waren aber keineswegs geneigt, sich zu binden. Sie begriffen sehr gut, daß die zarischen Diplomaten Leute sind, die die ganze Hand ergreifen, wenn man ihnen einen Finger reicht. Aus diesem Grunde wagten sie nicht anders, als nach einer sehr reifen Ueberlegung wenigstens einen Finger zu reichen. In Petersburg brachte das die Leute in einen nervösen Zustand, der der Hysterie nahe war.

Pokrowski erzählt weiter, am 29. April 1914 habe Iswolski über den Besuch König Georgs und Greys in Paris berichtet, die Einigkeit Englands und Frankreichs sei vollkommen gewesen. Der französische Minister des Auswärtigen, Doumergue, habe für eine engere russisch-englische Verständigung gesprochen.

Sir Edward Grey antwortete Doumergue, daß er persönlich mit dem ihm gegenüber ausgesprochenen Gedanken vollkommen sympathisiere und vollkommen bereit wäre, ein Abkommen mit Rußland zu schließen, ähnlich den Abkommen, die zwischen England und Frankreich vorliegen. Er verschwieg jedoch Herrn Doumergue nicht, daß nicht nur inmitten der Regierungsparteien, sondern auch unter den Kabinettsmitgliedern Elemente vorhanden sind, die gegen Rußland voreingenommen und zur weiteren Annäherung an das letztere wenig geneigt sind. Er drückte aber doch die Hoffnung aus, daß es ihm gelingen wird, Herrn Asquith und andre Kabinettsmitglieder seinem Standpunkt geneigt zu machen. . . .

So Iswolski, der seinen Bericht mit den Sätzen schließt:

Alle drei auf der Konferenz Anwesenden, Herr Doumergue, Cambon und de Margerie sagten mir, daß sie über die von Sir Edward Grey ausgedrückte, klar ausgesprochene und bestimmte Bereitwilligkeit, den Weg einer engeren Annäherung an Rußland zu beschreiten, erstaunt gewesen seien. Nach ihrer Ueberzeugung tragen die von ihm bezüglich des Herrn Asquith und der andern Kabinettsmitglieder gemachten Vorbehalte lediglich einen formalen Charakter, und wenn er im voraus von ihrem Einverständnis nicht überzeugt wäre, würde er sich so konkreter Vorschläge enthalten haben.

Die Verhandlungen über eine Marinekonvention wurden sofort begonnen. Pokrowski gibt eine hierauf bezügliche und nicht datierte Meldung Ssasonows an den Zaren wieder:

Der französische Botschafter teilte mir mit, daß laut dem von ihm aus Paris erhaltenen Geheimtelegramm die großbritannische Regierung beschloß, den englischen Admiralstab zum Eintritt in Verhandlungen mit französischen und russischen Marineagenten in London zu bevollmächtigen, mit dem Zweck, technische Bedingungen einer möglichen Einwirkung der Seestreitkräfte Englands, Rußlands und Frankreichs auszuarbeiten.

Digitized by Google

Die Russen verlangten, England solle einen möglichst großen Teil der deutschen Flotte in der Nordsee festhalten. Geschähe das, so könne vielleicht eine Landung in Pommern vorgenommen werden, und dazu werde es nützlich sein, wenn England einwillige, daß vor der Kriegserklärung soviel englische Handelsschiffe in die russischen Ostseehäfen dirigiert würden, daß sich der Mangel an Transportmitteln auf der russischen Seite ausgliche. Die Verhandlungen über die Marinekonvention wurden aber in Deutschland bekannt. Die englische Regierung leugnete sie, als Artikel in der deutschen Presse erschienen, rund ab, und Grey teilte am 26. Juli 1914 dem russischen Botschafter mit, er habe dem deutschen Botschafter, der zum Kaiser nach Kiel reise, folgendes erklärt:

Zwischen England, Frankreich und Rußland existiere kein Bündnis und keine Konvention. Andererseits seien die Beziehungen zwischen den drei Regierungen in den letzten Jahren so, daß sie ständig über alles und bei jedem Fall miteinander konferierten als wenn sie Verbündete wären. Die Verhandlungen hätten aber niemals einen Deutschland bedrohenden Charakter gehabt und verfolgten keine „sogenannte Einkreisungspolitik".

Pokrowski macht sich über diese Mitteilung Greys an den deutschen Botschafter mit einem bekannten russischen Zitat lustig: „Außer demselben aber gleichsam in demselben", und meint, der Verfasser des Lustspiels, in dem der Satz vorkommt, Schtschedrin, reiche noch nicht einmal an die Diplomaten. Wenn die Leser, sagt er, „diese Erklärung Greys mit allem oben Wiedergegebenen vergleichen, werden sie verstehen, warum die Diplomatie der bürgerlichen Gesellschaft nur eine geheime sein konnte". Pokrowski schließt seinen Abschnitt mit den Worten:

Das Programm war also gegeben: den Ueberfall Rußlands auf die Türkei wird England nicht dulden. Wenn aber wegen der Meerengen Deutschland in den Kampf verwickelt wird, ist die Mitwirkung der Engländer gesichert. Um von der „Tür vor dem eigenen Hause" Besitz zu ergreifen, muß man (das heißt Rußland) folglich einen solchen Krieg hervorrufen, wo die Deutschen unbedingt auf dem Schauplatz sind.

Hier sehen wir bezeugt, wie das russische Programm aussah und wie weit Rußland mit England war, als die Krisis vom Sommer 1914 ausbrach. Wir sehen den Plan: einen Konflikt hervorzurufen, der Deutschland zum Eingreifen bringt, wodurch Frankreich und England gegen Deutschland mit unter die Waffen gerufen werden sollen. Wir sehen, wie Grey bereit ist, Rußland in die „Verpflichtung in Ehren" Großbritanniens gegen Frankreich mitaufzunehmen, wie er aber mit Widerständen in seinem eigenen Kabinett rechnet. Lord Loreburn gibt in seinem Kapitel über England und die französische Allianz eine Schilderung Rußlands, die inhaltlich ungefähr aus dem Sinne derjenigen englischen Staatsmänner gesprochen sein wird, die vor Rußland zurückschreckten. Er sagt, wenn es in Deutschland auch eine übermäßige Staatsaufsicht mit Gewalt im

Digitized by Google

Hintergrunde gegeben habe, so sei die Verwaltung doch von höchster Qualität gewesen — in Rußland dagegen war auch diese hoffnungslos:

Die Beamten waren korrumpiert in unglaublicher Weise. . . . Was für eine Politik auch immer der Zar beschließen mochte, er war stets in bezug auf die Informationen, nach denen er handelte, der Täuschung durch verräterische Ratgeber oder dem Ungehorsam und dem Betrug unterworfen. Das russische Volk war fromm, fleißig, achtbar und tapfer. Sein Zar war ein ehrenhafter Mann in einer ganz unmöglichen Lage. . . . Am Ende seines Werkes über die russische Finsternis spricht Dr. Dillon von den schmutzigen Waffen der russischen Regierung und sagt: „der Hauptzweck dieser teuflischen Methoden war, ein System zu verewigen, dessen Ungerechtigkeit keine Parellele im Christentum hat und 140 000 000 Bauern in einem Zustand festzuhalten, der unsere Verwunderung erregt; ebenso über ihre Geduld vor der Revolution, wie man sich danach über ihre anarchistische Raserei gewundert hat". Die Administration war hoffnungslos, die Diplomatie unaufrichtig und ein beständiger Krieg wurde zwischen unversöhnlichen Nihilisten und Anarchisten auf der einen Seite und einer bedenkenfreien Geheimpolizei auf der andern geführt. Niemand konnte sagen, wann eine Revolution ausbrechen mochte. Alle diese Dinge waren jeder europäischen Regierung vollkommen bekannt.

Lord Loreburn schildert hiernach die Folgen der russischen Korruption, die in verschiedenen Mängeln der Kriegführung hervortraten, und er erinnert daran, daß der Zar selber die russische Mobilmachung, „den unmittelbaren Grund für den Ausbruch des Krieges" habe anhalten wollen, daß aber sein Befehl von seinen Untergebenen mißachtet wurde. Mit dem Wort „Verräterei und Unfähigkeiten regierten zu oberst", schließt er seine Schilderung Rußlands und fügt dann die Anklage hinzu:

Das war das Wesen der Regierung, in deren Hände das Schicksal Frankreichs durch die Allianz zwischen Frankreich und Rußland gelegt war und deren Händen auch das Geschick des Britischen Reiches anvertraut war, wenn die französisch-englische Entente so ausgelegt wurde, wie sie tatsächlich ausgelegt oder angewendet worden ist!

Am 1. August 1914 schrieb die „Daily News":

Sollen wir unser bestes Blut für Rußland vergießen, sollen wir seine Herrschaft über Europa und Asien aufrichten helfen? Darum handelt es sich. Denn tatsächlich hält der Zar die Wage in der Hand. Aber wir halten unsererseits den Zaren in der Hand. Daher hängt es schließlich von uns ab, ob Europa von Blut überfließen soll.

Die Formel, daß der Zar Frieden und Krieg, England aber den Zaren in der Hand hielt, ist das Gegenstück zu der von Lord Loreburn: Englands Friede habe von der Gnade des russischen Hofes abgehangen. Beide Formeln sind richtig, je nachdem, von welchem Ausgangspunkt man zu dieser oder jener gelangt. Beide sind aber darin ungenau, daß sie die wenig bedeutende Persönlichkeit Nikolaus II. oder seinen Hof an die Stelle der zum Kriege entschlossenen panslawistischen Gewalten in Rußland setzen.

Digitized by Google

Derjenige Akt, der den Krieg unvermeidlich machte, war, wie wir wissen, die volle Mobilisation Rußlands. Pokrowski teilt ein Geheimtelegramm Ssasonows an Iswolski nach Paris vom 29. Juli 1914 mit: der deutsche Botschafter habe am selben Tage erklärt, Deutschland werde mobilisieren, wenn Rußland die von ihm betriebenen militärischen Vorbereitungen nicht einstelle. Da Deutschlands Wunsch nicht erfüllt werden könne, so bleibe nur übrig „unsre Bewaffnung zu beschleunigen und mit der wahrscheinlichen Unvermeidlichkeit des Krieges zu rechnen." Weiter heißt es:

Wollen sie die französische Regierung darüber in Kenntnis setzen und ihr gleichzeitig unseren aufrichtigen Dank aussprechen, für die mir gegenüber im Namen der französischen Regierung erfolgten Erklärung des französischen Botschafters, daß wir im vollen Maße auf die Unterstützung des verbündeten Frankreichs rechnen können. Unter den gegenwärtigen Umständen ist diese Erklärung für uns besonders wertvoll. Es wäre äußerst wünschenswert, daß auch England, ohne Zeit zu verlieren, sich Frankreich und Rußland anschließt, denn nur auf diese Weise wird es ihm gelingen, die gefährliche Störung des europäischen Gleichgewichtes abzuwenden.

Wer waren diejenigen Kräfte in England, von denen die russischen Machthaber überzeugt waren, daß sie England mit in den Krieg ziehen würden? Am 26. Juli klagt (nach Pokrowski) der russische Botschafter Benckendorff in London noch in einer Depesche an Ssasonow: „Mir gelingt es nicht, Grey vorwärts zu bringen". Am 27. bestätigt Benckendorff:

Die Sprache Greys ist vom heutigen Tage an viel klarer und merkbar fester, als bis dahin geworden.

Drei Tage später berichtete Benckendorff, Cambon habe bei Grey angefragt, ob dieser der Meinung sei, der Moment sei da? Grey aber habe geantwortet, der Moment werde eintreten, „sobald die Stellungnahme Deutschlands sich völlig kläre".

Die „Stellungnahme Deutschlands" hing ab von der russischen Mobilmachung; Greys Antwort konnten sich also die Russen nur dahin übersetzen: Antwortet Deutschland auf russische Maßnahmen mit Krieg, so tritt England mit in den Kampf gegen Deutschland ein. In dem Benckendorffschen Bericht hieß es noch weiter, Cambon habe gesagt, daß nach seiner Meinung die Lage sich in den Augen des Parlaments noch nicht soweit genügend geklärt habe, daß Grey, ohne etwas zu riskieren, schon „offen auftreten" könne. Auch dem Parlament mußte also erst ein Deutschland gezeigt werden, das aus den russischen Mobilisierungsmaßnahmen die Konsequenz zog, es sei damit am Leben bedroht.

Am 31. Juli telegraphierte der Botschafter:

Grey versteht die Lage ausgezeichnet und sieht völlig klar, daß eine gewisse Reaktion im Parlament ernste Schwierigkeiten für ihn schafft und ihn zur großen Vorsicht zwingt. . . . Ich bitte Sie, in Betracht zu ziehen, daß die Regierung nicht auftreten kann, ohne die öffentliche Meinung vorbereitet zu haben. . . . Die Krisis wird erst an jenem Tage eintreten, wo die europäische Seite der

Digitized by Google

Frage infolge der Gefahr eines Ueberfalls auf Frankreich augenfällig sein wird. Dies ist wenigstens meine Meinung und die Meinung Cambons. Wollen Sie das, so weit als nur möglich berücksichtigen.

Es ist wieder der „Mechanismus der Entente", der hier zum Spielen gebracht werden soll. Ein deutsch-russischer Kriegszustand mußte automatisch den deutsch-französischen nach sich ziehen; der deutsche Kriegsplan, das war bekannt, sah zunächst Defensive gegen Rußland und sofortige Offensive gegen Frankreich vor. Das war der „Ueberfall auf Frankreich", mit dem die russischen wie die französischen Diplomaten rechneten — und anscheinend auch Grey. Pokrowski schreibt zu den eben wiedergegebenen Depeschen:

Wieder und wieder geriet die Sache auf dasselbe Geleise: um eine Garantie zu haben, daß England an Rußlands und Frankreichs Seite Krieg führt, war es nötig, Deutschland auf den Kriegsschauplatz zu ziehen. Dafür gab es aber nur ein sicheres Mittel, den Ueberfall Rußlands auf Oesterreich oder wenigstens eine solche Haltung Rußlands, bei der dieser Ueberfall für Deutschland unvermeidlich scheinen würde. Jetzt wird uns die Rolle klar, die die russische Mobilisation spielen sollte.

Pokrowski spricht es also direkt aus, daß die Mobilmachung Rußlands Deutschland zu Maßnahmen bewegen sollte, die den Eintritt Deutschlands in den Krieg unmittelbar erwarten ließen und England dadurch zur Teilnahme am Kriege bewegten, und er fährt dann fort, das Zusammenspiel der Kräfte für den Krieg zu enthüllen. Gerade am Tage der russischen Mobilmachung, sagt er, war das „Londoner Bulletin", der Bericht der russischen Botschaft über die Stimmung in England „noch schwärzer als die Nacht". Benckendorff telegraphierte:

Heute wurde konstatiert, daß das Parlament im gegenwärtigen Moment keine bestimmte Haltung billigen könnte, daß die serbische Sache in den Augen der öffentlichen Meinung keine Bedeutung habe, und daß alle Finanz-, Handels- und Industriezentralen Nordenglands gegen den Krieg seien.

Einige Stunden später schlug Benckendorff, wie Pokrowski sagt, „direkt Alarm". Er fürchtete die Gefahr, daß man in Petersburg die Lage in London und England schon für reifer hielt, als sie war. Dadurch wäre die Taktik gefährdet worden, die Grey einhalten wollte: Nicht eher von Krieg zu sprechen, als bis die öffentliche Meinung präpariert war. Benckendorffs Telegramm lautete:

Bitte dringend um Instruktionen. Persönlich. Die Ereignisse können sich so rasch entwickeln, daß jede übereilige Beurteilung der Haltung Englands im gegenwärtigen Moment schädlich sein und insbesondere Grey paralysieren würde, dessen Einfluß in wenigen Stunden wiederhergestellt sein könnte.

Daß hiernach ein Zusammenspiel mit Grey angenommen werden muß, ist kaum von der Hand zu weisen. Greys Einfluß wird unzweideutig als Englands Teilnahme am Krieg fördernd eingesetzt. Im Augenblick bestehen Hindernisse, aber wenn nicht Verkehrtes von Rußland her ge-

Digitized by Google

schieht, so kann „in einigen Stunden" alles wieder in Ordnung sein. Pokrowski sagt, in London habe man, als dies Telegramm abgesandt wurde, bereits die deutsche Erklärung des „Kriegszustandes" (soll vielmehr heißen: „Kriegsgefahr") gekannt, die der Kaiser als Antwort auf den russischen Mobilmachungsbefehl erließ. „Wenn man auch danach noch von der Wiederherstellung des Einflusses Greys in der Zukunft (Futurum) sprechen mußte", sagt Pokrowski, so zeigte sich darin, wie schwerfällig die „öffentliche Meinung" Englands in jenem Moment auf den österreichisch-russisch-serbischen Konflikt noch reagierte. „War aber die Lawine der (deutschen) Mobilisation erst in Bewegung gesetzt, so geschah das übrige schon automatisch von selbst". Dann ging das in Erfüllung, was der Botschafter Benckendorff in seinem Bericht nach Petersburg vom 26. Juli 1914 gesagt hatte, anknüpfend an den Ausdruck der Besorgnis, daß Grey befürchtete, die öffentliche Meinung Englands werde ihn nicht unterstützen, wenn er zu früh hervortrete:

Daß auch England in den Krieg hineingezogen werden kann, das kann die langsame englische Einbildungskraft noch nicht fassen. Das alles ist sehr traurig, aber es ist so. Es ist nötig, unumgänglich notwendig für Sie, sich die englische Mitarbeiterschaft zu sichern. Wenn sie auch spät kommen wird, so wird sie doch unausbleiblich kommen. Was die Rolle Deutschlands anbetrifft, so erscheint mir dieselbe in dunklerem Lichte als alle übrigen. Und darauf eben stütze ich mich hier. England fürchtet sich nicht so vor dem Vorrang Oesterreichs auf der Balkanhalbinsel, wie vor dem Vorrang Deutschlands in der Welt.

Ist es nötig, dieser Darstellung der Verantwortlichkeit der englischen Regierung für den Weltkrieg noch einen weiteren Kommentar hinzuzufügen? Wir glauben das nicht. Aber in Versailles wurde Deutschland das Bekenntnis zur alleinigen Verantwortlichkeit diktiert und in Spa wird weiter auf diesem Bekenntnis gefußt. Diejenigen, die es tun, wissen es selbst besser, aber sie wissen auch, daß ihr Dasein auf der Lüge gegen ihr Gewissen ruht.

Die innerpolitische Lage im Lichte von Spaa

Von Dr. Friedrich Thimme.

Rein äußerlich mag es scheinen, als ob die ganze innere Politik durch die seit dem 5. Juli im Gange befindliche Konferenz von Spaa zum Stillstand verurteilt sei. Am 6. Juli ist auf ein Telegramm des Reichskanzlers hin wegen der Abwesenheit zahlreicher Minister der Reichstag bis zum 28. Juli auseinandergegangen. Schon vorher hatte sich am 1. Juli der kaum zusammengetretene vorläufige Reichswirtschaftsrat ebenfalls im Hinblick auf die Konferenz von Spaa, mit der ja unsere ganze Reichswirtschaft sozusagen steht und fällt, vertagt. Auch die Preußische Landesversammlung, die sich erst jeder Rücksichtnahme auf Spaa entschlagen zu

Digitized by Google

können vermaß, ist am 8. Juli in die Sommerferien gegangen. So herrscht, nachdem die letzten erregten Auseinandersetzungen des Preußenparlaments verklungen sind, in der inneren Politik altum silentium. Für den wirklichen Politiker, der nicht im kleinlichen Gezänk des Tages aufgeht, kann diese Pause nur ein erwünschter Anlaß sein, um die mit der neuen Regierungsbildung im Reiche begonnene neue innerpolitische Situation im Lichte der Konferenz von Spaa, die ja natürlich auch auf unsere inneren Verhältnisse die stärkste Rückwirkung haben muß, zu überprüfen.

Eine solche Ueberprüfung wird sich naturgemäß zunächst der Frage zuwenden, ob bei uns die innere Politik im rechten Verhältnis zu der äußeren steht. Die Frage aufwerfen heißt schon sie verneinen. In der „Deutschen Politik" ist von je, im Einklang mit der Rankeschen Geschichtsauffassung die Anschauung von dem Primat der auswärtigen Politik vertreten. In Deutschland aber hat man seit dem Zusammenbruch und der Revolution sich noch mehr wie früher daran gewöhnt, alle Politik einseitig unter innerpolitischem Gesichtswinkel zu betrachten. Statt von Anfang an konsequent im Auge zu behalten, daß unsere ganze deutsche Zukunft es in erster Linie erfordere, unsere durch den Friedensschluß von Versailles nur provisorisch regulierten Beziehungen zu unseren bisherigen Gegnern ins reine zu bringen, haben wir unser Augenmerk fast ausschließlich unserem eigenen Verfassungswerk zugewandt. Das deutsche Volk lebte der Illusion, als würde die Entente, wenn wir nur unsere Einrichtungen recht fest im republikanischen und demokratischen Sinne ausbauten, uns von selbst ihr Wohlwollen zuwenden. Als ob die hochbelobte „freieste Verfassung der Welt" der Entente nur den geringsten Schutz vor einem Rechts- oder Links-Putsch gewährte. Seit dem Kapp-Putsch unseligen Gedenkens und seinen Folgeergebnissen scheint dem deutschen Volke vollends die Fähigkeit, die Erfordernisse der äußeren und der inneren Politik auseinanderzuhalten, um diese jener unterzuordnen, abhanden gekommen zu sein. Ohne allen Zweifel wäre es das einzig Richtige gewesen, mit Rücksicht auf die kommende große Auseinandersetzung über die Ausführung des Versailler Friedens, auf die wir mindestens seit der Konferenz in San Remo rechnen durften, es bei dem ursprünglich in Aussicht genommenen Herbsttermin für die Reichstagswahlen zu belassen oder doch zu diesem Termin zurückzukehren. Aber die damals am Ruder befindliche Koaliton war nach dem Kapputsch wie berauscht von der Aussicht, durch Beschleunigung der Reichstagswahlen die Situation innerpolitisch zu ihren Gunsten ausnützen zu können. Sie übersah ganz, daß die Vorbereitung der Wahlen, die unvermeidliche Amtsniederlegung der Regierung nach den Wahlen und ihre Neubildung selbst in dem Falle der Befestigung der Koalitionsmehrheit den denkbar schlechtesten Auftakt für Spaa abgeben mußte. Woher sollte denn eine Regierung, die ganz mit den innerpolitischen Aspekten beschäftigt

Digitized by Google

war, die Zeit nehmen, sich in rechter Weise mit den Vorbereitungen auf die kommende außenpolitische Auseinandersetzung zu befassen?

Dem deutschen, ach so unpolitischen Wähler wird man es nicht allzu übel nehmen können, daß er bei der Wahl sich nicht von dem Gesichtspunkt leiten ließ, welche Reichstagsmehrheit im Hinblick auf die zu erstrebende, möglichst weitgehende Verständigung mit der Entente zu wünschen sein möchte. Tatsächlich war diese Frage selbst für den gewiegten Politiker nicht leicht zu entscheiden. Man konnte sehr wohl der Ansicht sein, daß die Entente in einer Verstärkung des nationalen, meinetwegen des nationalistischen Gepräges der deutschen Volksversammlung das kleinere Uebel gegenüber einer Zunahme der sozialistischen Stimmen sehen würde; bedeutet doch ein Sieg des Sozialismus, vor allem des unabhängigen marxistischen und nun gar des syndikalistisch-kommunistischen Sozialismus, trotz aller Denunzianten- und Schergendienste, durch die die radikalen Sozialisten sich bei der Entente einzuschmeicheln suchen, die größte Gefahr für das Werk von Versailles. Aber wenn nicht von dem deutschen Wähler, so doch von der neugewählten Volksvertretung und nicht zuletzt von dem Präsidenten der deutschen Republik hätte man erwarten, vielmehr hätte man verlangen müssen, daß sie bei der Neubildung der Regierung und bei der Auswahl der führenden Minister in erster Hinsicht von der Rücksicht auf die so nahe bevorstehende Konferenz von Spaa sich leiten ließen. Statt dessen hat der Parteiegoismus in den schier endlosen Zeiten der Regierungsbildung geradezu seine Orgien gefeiert. Auf den selbstverständlichen Gedanken, daß auch die führenden Männer, daß vor allem der Reichskanzler unbedingt nach ihrer Eignung für Spaa gewählt werden müßten, scheint keine Partei gekommen zu sein. Im Ernst wird doch niemand behaupten wollen, daß der brave und sympathische Reichskanzler Fehrenbach, der niemals etwas mit schwierigen internationalen Verhandlungen zu tun gehabt hat, niemals einen sicheren Blick für außenpolitische Verhältnisse und für die Mentalität unserer Gegner bekundet hat, die gegebene Persönlichkeit sei, um einem Lloyd George, einem Millerand in kontradiktorischem Verfahren gegenüberzutreten, geschweige denn, um ihnen die Stange zu halten! Würde es nicht weit besser gewesen sein, mit dieser Rolle einen der hervorragendsten Führer unseres Wirtschaftslebens, und wäre es selbst der als bête noire so viel verschriene Stinnes, zu beauftragen, jedenfalls aber doch einen wirklichen Kenner des Auslandes und der Wechselbeziehungen und Wirkungen zwischen deutscher und außerdeutscher Wirtschaft, unter gänzlicher Ausschaltung aller parteipolitischen Gesichtspunkte? Wenigstens hat man, mehr instinktmäßig als aus sorgsamer Ueberlegung heraus in dem Außenminister Simons eine Persönlichkeit gefunden, die die offenbaren Mängel und Schwächen des Reichskanzlers in etwas ausgleichen kann. Ob die anderen maßgebenden Persönlichkeiten in der Regierung,

Digitized by Google

vor allem der Wirtschafts- und der Finanzminister, den Ansprüchen, die man just in diesem Moment an sie stellen muß, genügen können, mag einstweilen dahingestellt bleiben. Der Erfolg wird es ja lehren. U. E. ist jedenfalls die Deutsche Volkspartei, die mit solchem Applomb die Forderung der Fach- und Wirtschaftsminister ausgesprochen hatte, ihren Befähigungsnachweis kläglich schuldiggeblieben. Es hätte ihr unbedingt gelingen müssen, die großen wirtschaftspolitischen Koryphäen, die sie in petto zu haben behauptete, zu bewegen, in die Bresche von Spaa zu springen. Das von diesen Wirtschaftsmagnaten angeblich als Grund der Weigerung vorgeschützte Moment der mangelnden wirtschafts- und finanzpolitischen Einheitlichkeit in allen Ehren, aber handelte es sich denn in diesem welthistorischen Augenblicke nicht darum, erst einmal die Grundlage für alle weitere Wirtschafts- und Finanzpolitik in den Verhandlungen mit der Entente zu legen? Eine Parteileitung, die das klar erkannt hätte, hätte wirklich Manns genug sein müssen, die Bedenken jener Wirtschaftsgrößen als eine cura posterior zu überwinden.

Das bisherige Ergebnis von Spaa — in dem Moment, wo dies geschrieben wird, stehen wir noch mitten in den Verhandlungen — hat bereits in beschämender Weise aufgezeigt, wie schlecht, wie herzlich schlecht unsere Regierung auf Spaa vorbereitet war. Es hat sich nur zu sehr gerächt, daß die letzten Wochen vor Spaa, statt allein und ausschließlich den sorgsamsten Vorarbeiten für Spaa gewidmet zu sein, mit parlamentarischen Schachereien und Vielredereien vertrödelt wurden. In den wenigen Tagen, die zwischen der endlichen Regierungsbildung und der Abreise unserer Delegierten nach Spaa verstrichen sind, wird keiner derselben, mit Ausnahme vielleicht des Außenministers, der ja schon in Versailles einer unserer hervorragendsten Vertreter war und das Friedenswerk wie kaum ein anderer kennt, in der Lage gewesen sein, die mangelnde Vorbereitung nachzuholen. Zwar waren von langer Hand her eingehende Gutachten der deutschen wirtschaftlichen Sachverständigen über Deutschlands wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und weitere amtliche Denkschriften über Deutschlands Zahlungsfähigkeit und über die bisherige steuerliche Belastung ausgearbeitet worden. Aber gerade das, worauf es unseren Gegnern ankommen mußte und tatsächlich ankommt: ein positives und festes Programm für die Wiedergutgutmachung und den Aufbau, das war in den Denkschriften, so weit man sehen kann, zu kurz gekommen, und es scheint nicht, daß unsere Unterhändler überhaupt mit einem klaren Programm nach Spaa gegangen sind. Der Mangel trat schon bei den Verhandlungen über die Entwaffnungsfrage in aller Schärfe zu Tage. Der Wehrminister Geßler und der Reichskanzler Fehrenbach hielten lange Reden, aber bestimmte Vorschläge über die Materialabgabe und die Herabsetzung des Heeres waren in ihnen nicht enthalten, und es zeigte sich, daß im Schoße der deutschen Bevollmächtigten

Digitized by Google

nicht einmal ein Einverständnis über diesen wichtigen Punkt bestand. Es mußte erst, auf Geheiß der Entente, ein Einvernehmen über bestimmte Vorschläge hergestellt werden, die dann unter dem Gesichtspunkte, die gegnerischen Staatsmänner für unsere notwendigen Bedürfnisse zu gewinnen, nicht einmal besonders geschickt ausfielen. Erschreckend trat auch von vornherein zu Tage, wie wenig insbesondere der Reichskanzler auf die Mentalität der Lloyd George und Millerand eingestellt war. Er sprach genau in dem Stile, mit dem er im deutschen Reichstag Eindruck zu erzielen gewohnt war, der in Spaa aber so wenig wie möglich angebracht war. Weit besser hat sich Außenminister Simons aus der Affäre gezogen. Wir wollen hoffen, daß in den noch ausstehenden Verhandlungen die deutschen Unterhändler ihre Taktik mehr auf das eigentümliche Terrain von Spaa eingestellt haben werden und daß sich schließlich doch ein auch in unserem Sinne leidliches Ergebnis hier erzielen läßt.

Wie nun auch das schließliche Ergebnis von Spaa sein wird: Das deutsche Volk wird unter allen Umständen aus ihm auch innerpolitisch die Konsequenzen zu ziehen haben. Wir werden uns endlich daran gewöhnen müssen, der äußeren Politik im Verhältnis zur inneren den ihr gebührenden Rang einzuräumen, gerade jetzt, wo uns weniger Raum als je zur außenpolitischen Betätigung belassen zu sein scheint. Wir müssen nicht bloß begreifen lernen, wie schwer es sich gerächt hat, daß das deutsche Volk, seine Parteien und seine Staatsmänner so wenig auf die äußere Politik, auf die Psyche unserer Gegner eingestellt waren, wie verkehrt es war, die heimischen Methoden des Vielredens und des Drumherumredens auf Spaa zu übertragen, sondern wir müssen alles aufbieten, um Menschen und Dinge am richtigen Ende anfassen zu lernen. Vor allem müssen wir und endlich der unseligen Scheuklappen unserer Parteisucht, unseres inneren Haders zu entledigen suchen. Es ist — tausendmal ist es gesagt, und nie beherzigt! — immer vom Uebel, wenn in einem Volke den inneren Kämpfen, dem Streit der Parteien um den besten Platz, den kleinlichen, persönlichen Auseinandersetzungen ein gar zu breiter Spielraum gewährt wird, nun gar in einem welthistorischen Moment, wo es gilt, sich mit den bisherigen Gegnern an einen Verhandlungstisch zu setzen. Ueberhaupt muß endlich doch ein Weg gefunden werden, um die innerpolitischen Kämpfe bei uns, in- und außerhalb der Parlamente, um die Rededuelle in den Volksvertretungen, auf das richtige Maß zurückzuführen. Sehen denn unsere Parteien nicht, wie sehr sie letzten Endes den Parlamentarismus, die demokratische Regierungsform, beim deutschen Volk diskreditieren, wie sie den Ast, auf dem sie selbst sitzen, absägen? Das deutsche Volk hat dem wochenlangen Kampf der Parteien um die neueste Regierungsbildung mit steigendem Unmut, schließlich mit völligem Ueberdruß zugeschaut. Mit leiser Hoffnung blickt es auf den vorläufigen Reichswirt-

Digitized by Google

schaftsrat, der das Goethesche „Heiß mich nicht reden, heiß mich schweigen!“ zur Devise zu nehmen gewillt scheint. Ja, schweigen und handeln, sollte das nicht die rechte Parole auch für unser politisches Parlament, für unsere Parteien sein? Wir hoffen, daß unsere Parteien die eindringlichen und schmerzlichen Lehren von Spaa nicht ganz in den Wind schlagen werden!

Ungarn

Von G. Buetz, Dessau

Die vielen deutschen Besitzer ungarischer Werte werden mit großer Besorgnis den ungarischen Friedensvertrag zur Kenntnis genommen haben, der so erhebliche Teile Ungarns von dem ehemaligen Gebiete löst, daß Ungarn gewissermaßen zu einem Begriffe wurde. Nun hat Ungarn nicht nur seine alte territoriale Ausdehnung verloren, es sind dem Lande auch seine besten Rohstoffe genommen worden. Ungarn hat infolge des Friedensvertrages seine reichen Salzlager und nahezu ¾ seiner hochwertvollen Wälder verloren, es hat seine siebenbürgischen Kohlengruben hergeben müssen und seine südlichen Gebiete der Textilindustrie und des Baumwollenbaues. Außerdem ist die Mühlenindustrie als gefährdet anzusehen, denn die ungarischen Mühlen haben das aus dem Banat und aus der Bacska angelieferte Getreide verloren.

Diesen Tatsachen, die in ihrer Wirkung natürlich nicht unterschätzt werden können, stehen nun aber folgende günstige Bedingungen gegenüber. Ungarn ist nicht wie Deutsch-Oesterreich ein Industrieland, sondern ein Agrarland, infolgedessen sind die Wirkungen des Verlustes industrieller Rohstoffe bon längst nicht der entscheidenden Bedeutung wie gegenüber einem vorwiegend industriellen Gebiete. Ungarn hatte eigentlich nur zwei Industrien, die Anspruch auf eine großzügige Entwicklung haben, es ist dies die Mühlenindustrie und die Maschinenindustrie. Die Maschinenindustrie muß insofern als gesichert angesehen werden, als man zwar die montanen Rohstoffe einführen muß, der wichtigste Kohlenverbrauch aber als gedeckt erscheinen kann. Ungarn sind innerhalb der neuen Grenze genügend Kohlenlager geblieben, um Hausbrand und Industrie wie Verkehrsmittel sicherzustellen. Bedingung aber hierbei ist, daß die ungarischen Kohlengruben wieder nicht nur in normaler Weise fördern, sondern daß man auch eine Erweiterung der Ausbeute vornimmt, um hierdurch die Montaneinfuhr vielleicht noch durch eine Kohlenabgabe entlasten zu können. Bisher ist die Förderung ganz unzulänglich und entspricht in keiner Weise der Friedensförderung. Die Mühlenindustrie kann ebenfalls ihre Leistungskraft aufrechterhalten, sofern Ungarn eine rationelle Getreidebewirtschaftung innehält. Unter dieser

Digitized by Google

Voraussetzung kann nämlich die ungarische Mühlenindustrie das im Inlande gewonnene Korn vermahlen, ohne eine Herabsetzung der produktiven Leistungskraft vornehmen zu müssen. Im Gegenteil, die Mühlenindustrie könnte noch eine erhebliche Steigerung ihrer Produktionskraft herbeiführen, sofern die inländische Getreideproduktion gehoben würde. Hierzu sind an sich alle Voraussetzungen vorhanden, denn die agrarischen Möglichkeiten, denen sich Ungarn gegenüber sieht, sind durchaus günstig.

Dem heutigen Ungarn sind 60% seines früheren Roggenbaues, 43% seines früheren Gerstenbaues, 28% seines Maisanbaues und 26% seines Haferanbaues belassen. Dieser Anbaumöglichkeit ist die Einengung der Bevölkerung gegenüberzustellen. Die ungarische Bevölkerung beträgt heute nur noch etwas mehr als ein Drittel der ehemaligen Bevölkerung. Weiter muß in Rechnung gestellt werden, daß Ungarn eine absolut extensive Agrarkultur besaß; man könnte durch die Einführung einer intensiven Agrarkultur die Werte dennoch ganz erheblich steigern. Nun muß allerdings in Rechnung gestellt werden, daß zunächst nur ein Teil der extensiven Bewirtschaftung beseitigt werden kann, nämlich soweit es sich um die falschen Anbaumethoden handelt, um das Brachliegen der Felder, um die unsorgsame Bestellung, um die Verschwendung der Arbeitskraft infolge veralteter Ernte- und Bestellungsweisen. Die Mehranwendung landwirtschaftlicher Maschinen, die Mehranwendung von künstlichen Düngemitteln, die so notwendig für die Entwicklung der ungarischen Landwirtschaft ist, wird zunächst nicht stattfinden können, weil die Finanzkraft des Landes hierzu nicht fähig ist. Es muß im Gegenteil zunächst nur versucht werden, hier den alten Stand zu erreichen. Die Rumänen haben bei ihrem Vormarsch in die Gebiete links der Theiß einen hauptsächlichen Teil der Ackergeräte mitgenommen. Der Zukunft wird eine Regulierung der Flüsse vorbehalten sein; hierdurch würde Ungarn seine Anbaufläche wesentlich steigern können und es würde seine Ernteerträgnisse ganz erheblich mehren. Vor allen Dingen würde Ungarn seine Viehzucht auf eine ganz andere Basis bringen. Ungarn muß danach trachten, sich eine nennenswerte Agrarausfuhr zu schaffen. Ungarn hat stets erhebliche Mengen an Agrargütern ausgeführt, doch die erreichte Ausfuhr stand in einem vollkommenen Mißverhältnis zu den gebotenen Möglichkeiten. Ungarn hatte trotz seines hervorragenden Weizenbodens nur Durchschnittserträge, die hinsichtlich der Weltweizenerträge an elfter Stelle standen. Für Roggen und Gerste hatte man keine besseren Ertragsziffern und für Hafer noch ungünstigere.

Ob Ungarn heute schon Korn wird ausführen können, steht dahin. Errechnet wird eine Ausfuhr in etwa dem Umfange von 5 Millionen Meterzentnern Korn. Die Ernteaussichten sind bisher ungemein günstig. Bedenklich muß aber erscheinen, daß Ungarn die öffentliche Getreide-

Digitized by Google

bewirtschaftung aufheben will. Es soll lediglich ein Lieferungskontingent für die Armee, die Arbeiter und die Beamten festgesetzt werden. Ueberwachen will man nur die Ausfuhr durch die Schaffung eines staatlichen Ausfuhrmonopols. Das Ausfuhrmonopol soll erreichen, daß Ungarn sein Getreide nur nach Gebieten abgibt, in denen die Valuta hoch steht; Gebiete mit niederer und schlechter Valuta sollen lediglich Getreide gegen Kompensation erhalten. Es muß nun allerdings sehr befürchtet werden, daß die Aufhebung der öffentlichen Bewirtschaftung und der damit verbundenen Nationierung bei den in Ungarn obwaltenden Zuständen von bedenklichen Folgen begleitet sein wird. Schleichhandel und Hamsterei, gesteigerter Verbrauch und spekulative Zurückhaltung von Korn und Getreide dürften eintreten. Die Mühlenindustrie erscheint hinsichtlich der Kornbeschaffung ungesichert, und die Ausfuhr dürfte bei einer freien Wirtschaft die Menge von 5 Millionen Meterzentnern schwerlich erreichen. Dabei hat Ungarn nichts notwendiger als eine Besserung seiner Finanzlage, die recht trübe erscheinen muß. Die Notenabstempelung hat, wie vorauszusehen war, einen positiven Erfolg nicht gehabt, denn der Valutastand besserte sich nicht. Es sind auch nur 7 Milliarden zur Abstempelung eingereicht worden. Und von diesen 7 Milliarden sind 3½ Milliarden im Wege der Zwangsanleihe festgelegt worden. Diese 3½ Milliarden kommen für die Schuldentilgung allerdings kaum in Betracht, denn sie sind notwendig, um die laufenden Ausgaben einzudecken. Zwar kann Ungarn wohl mit einer Finanzhilfe von seiten Englands und einer wirtschaftsfinanziellen Hilfe von seiten Italiens rechnen. Allerdings nur in dem Sinne, daß jene Fremdstaaten die industriellen und sonstigen Anlagen entwickeln. Hierdurch wird Ungarn aber wirtschaftlich gekräftigt, wenn auch entnationalisiert. In diesem Sinne ist auf den Uebergang des Holzgeschäftes der Ungarischen Holzbank an eine italienische Gesellschaft hinzuweisen, auf die Gründung der Ungarisch-englischen Bank, die eine Geschäftsübernahme der Ungarischen Bank der großen Industriebank Ungarns darstellt. Innerhalb der Agrarwirtschaft wird als Finanzinstitut die Ungarisch-Italienische Bank auftreten, so daß Italien eine Kontrolle über die landwirtschaftliche Industrie und England eine Kontrolle über die sonstige Industrie erreichen wird.

Zusammenfassend kann über die wirtschaftliche Lage Ungarns gesagt werden, daß sie schwierig, aber keineswegs hoffnungslos ist. Bei den großen agrarischen Möglichkeiten Ungarns wäre der Staat fähig, seine jetzigen Schwierigkeiten zu überwinden, sofern das Land ruhig bleibt, sofern also eine intensive Arbeitsleistung einsetzen kann.

Digitized by Google

Das Schiffahrtsabkommen zwischen deutschen und amerikanischen Reedern und seine Bedeutung

(Nach einer am 3. Juli an der Verkehrshochschule Düsseldorf gehaltenen Vorlesung)

Von Prof. Dr. R. Hennig (Düsseldorf).

Nichts kann bezeichnender sein für die noch erschreckend große wirtschaftliche Unreife weiter Teile des deutschen Volkes als die Gleichgültigkeit und Verständnislosigkeit, mit der die Nachricht von dem Abkommen des Generaldirektors Cuno von der Hamburg-Amerika-Linie mit der amerikanischen Harriman-Gruppe von der großen Mehrheit der Zeitungsleser, aber auch vielfach von der Presse selbst aufgenommen worden ist. Irgendwelchen parteipolitischen Quasseleien und lokalen Krähwinkeleien wird selbst in unseren Tagen der Papiernot in den Zeitungsartikeln und öffentlichen Erörterungen der breiteste Raum vergönnt; für jene unverhoffte Oase in unserer sonst so entsetzlich trostlosen Wirtschaftswüste, für die Großzügigkeit der auf deutscher wie auf amerikanischer Seite bekundeten Verkehrspolitik, für die Zukunftsausblicke aus dem genannten Abkommen mit ihrer endlich einmal wieder sonnenbeschienenen Perspektive, hatte unsere Tagespresse, von wenigen rühmlichen Ausnahmen abgesehen, keinen Platz übrig; in den meisten Fällen mußte eine kurze Notiz von 20 oder 25 Zeilen genügen, um dem Leserkreis Kunde zu geben von dem weitaus bedeutendsten politischen Erfolg, den wir Deutschen seit dem großen moralischen und politischen Zusammenbruch des Herbstes 1918 überhaupt errungen haben.

Denn um nichts mehr und nichts weniger als einen politischen Erfolg allerersten Ranges handelt es sich bei dem deutsch-amerikanischen Schiffahrtsabkommen, durch das in einer wirtschaftlichen Lebensfrage, noch während des technischen Kriegszustandes, eine unmittelbare auf lange Zeit gedachte Verbindung zwischen wichtigen wirtschaftlichen Unternehmungen geschaffen ist, die beiderseits willens sind, zum Besten ihrer Länder die Handelsschiffahrt auszubauen. Gewiß ist ein Zufall insofern behilflich gewesen, als die Vereinigten Staaten, mit denen das Abkommen geschlossen worden ist, unsere Organisation und unsere Erfahrung zur See nötig hatten. Mit den 620 000 Br.-Reg.-Tonnen deutschen Schiffsraumes, den sie 1917 in ihren Häfen beschlagnahmt hatten und auf dessen Rückgabe uns der Versailler Friede zu verzichten gezwungen hat, war ihnen allein nicht gedient. Die eigentliche Ozeanflotte der Vereinigten Staaten war bis 1917 nicht eben groß, die nationale Seeschiffahrt des Landes fast ganz auf die Küstenschiffahrt und den Verkehr im Stillen Ozean eingestellt. Das beispiellos starke Anschwellen des unter dem Sternenbanner fahrenden Schiffsraumes, wie es seit 1918, teils durch die Beschlagnahme der deutschen

Digitized by Google

Schiffe, teils durch Ankauf fremder Fahrzeuge, noch viel mehr aber durch die Tätigkeit der eigenen Werften, zu verzeichnen war, hat gerade in Amerika selbst erhebliche Bedenken erregt, denn es fehlte vielfach vollkommen an Erfahrung, an überseeischer Organisation und vor allem an geschultem Personal, um einen wirtschaftlich zweckmäßigen Betrieb einer so riesenhaften neuen Flotte zu gewährleisten. Zwar haben die Amerikaner alsbald mit großzügigen Mitteln, noch während des Krieges, Schiffahrtsschulen in größerer Anzahl ins Leben gerufen, aber in wenigen Jahren ließ sich nicht nachholen, was man vorher unter dem Zwang der Verhältnisse versäumt hatte, und den wertvollen, neuen Schiffsraum ungenutzt oder ungenügend genutzt liegen zu lassen, bis im normalen Verlauf der Dinge die nötige Erfahrung und das erforderliche Personal herangereift war, hätte sich mit den Grundsätzen einer sparsamen, gesunden Wirtschaftspolitik niemals vertragen.

Aber auf der anderen Seite des Ozeans gab es ja ein Land, in dem nach dem Schandfrieden von Versailles auf dem Gebiet des Reedereiwesens alles, was man in den Vereinigten Staaten schmerzlich entbehrte, im Ueberfluß zu Gebote stand: Erfahrung, Organisation, erstklassiges Personal, ein Land, das seiner Handelsflotte beraubt und bettelarm geworden war, dem aber die nicht zu stehlenden geistigen und kulturellen Kräfte in reicher und jetzt sogar in allzu reicher Fülle zu eigen waren. Eine die ganze Kulturerde umfassende Organisation eines Muster-Schiffahrtsbetriebes war hier vorhanden, wie ihn in gleicher Großartigkeit die Welt noch nie gesehen hatte — und nun hing er sozusagen in der Luft, war eine leerlaufende Maschine von höchster Kompliziertheit und Kostbarkeit, der man jeglichen Betriebsstoff roh abgeschnitten hat. Und dazu waren daselbst Seeleute vorhanden, Schiffsoffiziere, Matrosen, Heizer, Ingenieure usw., deren Erfahrung, Zuverlässigkeit, Intelligenz und (einst auch) Arbeitswille und Arbeitsfreudigkeit von niemand übertroffen und nur vom englischen Schiffspersonal erreicht wurde — viele von ihnen werden, zum mindesten soweit der deutsche Anteil reicht, Gelegenheit zur Rückkehr in ihre frühere Beschäftigung finden.

Was lag da näher, als daß der Ueberfluß auf der einen und der Mangel auf der anderen Seite des Ozeans sich gegenseitig ergänzten und ein Bündnis miteinander eingingen? „Geld und Erfahrung", diese beiden nach Max Eyths hübschen Beobachtungen gleichwertigen Faktoren, sie waren auf eine Vernunftehe miteinander geradezu angewiesen: die Geldmacht und der durch sie repräsentierte überseeische Schiffsraum in der Neuen Welt, die unverwertete reiche Erfahrung in der Alten Welt — das mußte einen guten Klang zusammen geben! Der Gedanke sieht so unendlich einfach, so selbstverständlich aus; und doch, welche Genialität des Blickes, welcher hanseatische Wagemut gehört dazu, um ihn unter den heutigen Verhält-

Digitized by Google

nissen zu erfassen, durchzudenken und danach zu handeln, in einer Zeit, wo offiziell noch nicht einmal der Friedenszustand wiedergekehrt ist zwischen den beiden bisher feindlichen Staaten, die jetzt wirtschaftspolitisch ein so bedeutsames Bündnis miteinander geschlossen haben!

Die ersten Nachrichten, die vor etwa vier Wochen aus Amerika zu uns drangen und Kunde gaben von den Abmachungen zwischen Hapag und dem Harriman-Kerr-Konzern, sie mußten schon jeden guten deutschen Patrioten, der Sinn hatte für seines Volkes Nöte und die Bedeutung des „Navigare necesse est", aufhorchen lassen. Die näheren Einzelheiten aber erfuhr man noch nicht. Man konnte sich wohl sagen, daß unsere Hanseaten den schwersten Schlag, der jemals von neidischen Feinden gegen ihre Schiffahrt geführt worden war, geschickt pariert hatten, daß bei dem in seinen Einzelheiten noch unbekannten Abkommen die deutschen Wirtschaftsbelange unzweifelhaft gewahrt werden würden; aber ein schmerzliches Empfinden mußte doch die Erwägung hervorrufen, daß fortan (was ziemlich selbstverständlich schien), alles, was deutsche Tatkraft in Jahrzehnten geschaffen und aufgebaut hatte, sich künftig unter der fremden, vereinsstaatlichen Flagge abspielen sollte, mochte das Bündnis oder, besser gesagt, die Bündnisse (denn auch der Norddeutsche Lloyd und andere deutsche Reedereien haben in den Vereinigten Staaten ähnliche Abmachungen wie die Hapag getroffen) sonst auch noch so erfreulich für unsere deutschen Interessen und der erste Grund- und Eckstein zum Wiederaufbau der deutschen Hochseeschiffahrt sein.

Nun ist am 30. Juni Generaldirektor Cuno aus Amerika zurückgekehrt, und man vernimmt von ihm mit freudigem Staunen, daß auch das Recht, die deutsche Flagge zu führen, den im Dienst des deutsch-amerikanischen Reeder-Konzerns fahrenden Schiffen unter gewissen Umständen zusteht. Macht sich jeder die ganze ungeheure Tragweite dieses moralischen Erfolges sogleich klar? Versteht man, was es heißt, daß die seit sechs Jahren vom Weltmeer verbannten schwarz-weiß-roten Farben in naher Zukunft wieder in den verschiedensten außereuropäischen Häfen auftauchen werden, die Farben, die dereinst in der ganzen Welt hochgeachtet und an manchen Stellen bestgehaßt waren und die nun nach dem Willen unserer Besieger durch die raffiniert erdachten Bestimmungen des Versailler Friedens noch auf lange Jahre hinaus vom Ozean verbannt oder nur auf winzigen, bemitleidenswert kleinen Fahrzeugen zu sehen sein sollten? Was muß es draußen in der Welt, in den außereuropäischen Häfen, für einen außerordentlichen, helle Bewunderung auslösenden Eindruck machen, wenn diese verfemten Farben schon jetzt, im Jahre nach Versailles, trotz alledem und alledem wieder auf stattlichen Schiffen in hoffentlich nicht allzu seltenen Fällen erscheinen!

Digitized by Google

Eine Bemerkung aber kann zum Schluß nicht unterdrückt werden. Wir erkennen an diesem jüngsten Beispiel hanseatischer Schiffahrtspolitik wieder einmal, was privater Unternehmungsgeist und kühnes Zupacken des selbständig handelnden Kaufmannes zu leisten vermag. Werden unsere Sozialisierungsschwärmer davon lernen? Sollte die deutsche Handelsschiffahrt jemals, was der Himmel in Gnaden verhüten wolle, verstaatlicht werden — glaubt man, daß eine ähnliche grandiose Leistung dann ebenfalls möglich wäre? Wenn fünf oder mehr Behörden mit ihren zahllosen Unterabteilungen und mindestens zwei Parlamente drein reden und jedem verantwortungsfrohen Handeln in den Arm fallen und hier dreihundert Bedenken äußern und dort in vierhundert Punkten alles besser wissen und schließlich jeden positiven Erfolg vollkommen unmöglich machen? Wären die Verhandlungen mit den amerikanischen Reedern von staatlicher Seite geführt worden, die Unterhändler wären heut noch nicht endgültig ausgewählt, und über ihre Kompetenzen würde vielleicht in Jahresfrist der Reichstag noch nicht endgültige Beschlüsse gefaßt haben, zu einem Zeitpunkt, wo nun hoffentlich das Wort schon längst wieder Wirklichkeit sein wird: „Stolz weht die Flagge schwarz-weiß-rot"! Mögen unsere Herren Sozialisten und andere Fanatiker der grauen Theorie daraus lernen! Möge man aber auch daraus lernen, daß es heut auf positive Arbeit mehr ankommt als auf Reden und parlamentarische Debatten. Die erste Tat ist wieder einmal getan worden, und zwar ohne daß vorher oder nachher viele Worte darum gemacht worden sind; fast geräuschlos hat sich das größte politische Ereignis dieses Jahres vollzogen, während rings im Land umher Hunderte von Mühlen klappern, ohne nützliche Arbeit zu verrichten. Mögen dem ersten stolzen Erfolg bald weitere folgen! Navigare necesse est!

Die Wohnungsfrage in Deutschland

Von Dr.-Ing. Walter Curt Behrendt

Bei der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Lage Deutschlands darf die Wohnungsfrage nicht so beurteilt werden, als handele es sich nur um die Beseitigung vorübergehender, durch die Wirkungen des Krieges verursachter Mißstände. Es wäre ein verhängnisvoller Irrtum, wenn man die Wohnungsfrage etwa einseitig unter dem Druck der Wohnungsnot in den Städten beurteilen wollte. Der derzeitige Mangel an Wohnraum, hervorgerufen hauptsächlich durch die Stillegung der Bautätigkeit während vier Jahren, verstärkt durch eine plötzliche und rasche Verschiebung der Einkommensverhältnisse und durch eine außergewöhnliche Bevölkerungsbewegung, ist nur eine der vielen unvermeidlichen Folgen des Krieges. Nicht darauf allein kommt es heute an, wie dieser augen-

Digitized by Google

blickliche Mangel am raschesten und gründlichsten behoben werden kann, es muß vielmehr auch diese Frage im Hinblick auf die größere und umfassendere Aufgabe betrachtet werden, die uns der Wiederaufbau deutscher Wirtschaft und Volkskraft stellt. In diesem Sinne ist die Wohnungsfrage heute eine innerpolitische Frage, deren Lösung auch nur nach bestimmten innerpolitischen Richtlinien erfolgen kann.

Ausgehend von den unabweisbaren Tatsachen, die für Deutschland durch den Gewaltfrieden von Versailles geschaffen worden sind, wird man dabei zunächst nach den Entwicklungsmöglichkeiten zu fragen haben, die der deutschen Wirtschaft nach der Liquidation des verlorenen Krieges noch verbleiben. Die deutsche Industrie gab bis zum Kriege das glänzende Beispiel eines unerhört schnellen Aufstiegs. Heute ist es zum mindesten zweifelhaft geworden, ob diese Industrie, die in der Hauptsache auf die Verarbeitung ausländischer Rohstoffe angewiesen und daher von der sicheren Zufuhr dieser Produkte abhängig ist, auch künftig diese aufsteigende Tendenz behalten wird. Da ihr zunächst die fremden Rohstoffmärkte gesperrt bleiben werden, so ist zu erwarten, daß sehr bald ein starker Rückgang einsetzen wird. Damit wäre dann freilich auch das Schicksal der deutschen Großstädte besiegelt. Denn die Großstädte, deren Zahl sich in Deutschland seit den siebziger Jahren, der raschen Entwicklung der Industrie folgend, in einem Zeitraum von kaum 35 Jahren von 8 auf 41 vermehrt hat, sind die eigentlichen Standorte der deutschen Industrie. Hier war bereits vor dem Kriege, infolge der ununterbrochenen Zuwanderung, die Wohnungsnot am größten, hier sind auch gegenwärtig wieder die Mißstände am ärgsten. Im Hinblick auf die unsichere Zukunft der Industrie aber ist im Augenblick der künftige Wohnungsbedarf der Großstädte ganz ungeklärt. Tritt der allgemein erwartete Rückgang der Industrie ein, dann sind Arbeiterentlassungen und damit Arbeitslosigkeit in den Großstädten unvermeidlich. Dann aber wird eine gewaltige Stadtflucht einsetzen, stärker vermutlich als die vielbeklagte Landflucht vor dem Kriege war. Die Großstädte werden sich entvölkern, und wenn es nicht gelingt, die Masse der Arbeitslosen aufs Land zu überführen, wo reichlich Arbeitsgelegenheit vorhanden ist und wo es an Arbeitskräften fehlt, wenn es nicht gelingt, diese Massen auf dem Lande festzuhalten und durch Ansiedlung seßhaft zu machen, dann ist eine umfangreiche Massenauswanderung unvermeidlich. Und da Deutschland diese Auswandererströme nicht, wie es England zurzeit im Verfolg einer großzügigen Siedlungspolitik, zur Bekämpfung der Wohnungsnot in den Städten und im Hinblick auf die Arbeitslosigkeit nach dem Kriege, tut, in eigenes Kolonialland überführen kann, würde mit dem Menschenverlust zugleich eine beträchtliche Schwächung der Volkskraft eintreten.

So betrachtet, stellt sich für Deutschland die Wohnungsfrage für

Digitized by Google

die nächste Zukunft im wesentlichen als ein Problem der inneren Kolonisation dar. Wie die Verhältnisse liegen, wird Deutschland sich in Zukunft in höherem Maße von der Zufuhr fremder Rohstoffe und Nahrungsmittel unabhängig machen und sich mehr auf die Urerzeugnisse des eigenen Bodens stützen müssen. Es ist also heute bei der Lösung der Wohnungsfrage stets dieses Hauptziel im Auge zu behalten und auf seine Erfüllung hinzuarbeiten. Nach diesem Grundsatz werden Wohnungen zunächst nur da errichtet werden dürfen, wo sie unmittelbar den in der Urproduktion tätigen Arbeitskräften zugute kommen, das heißt auf dem flachen Lande und in den Bergbaubezirken. Um die geringen Mittel, die in dem geschwächten und besiegten Lande heute überhaupt aufgebracht werden können, und um das wenige, was an Baustoffen und Kapital vorhanden ist, möglichst produktiv anzuwenden, wird alle verfügbare Kraft benutzt werden müssen, um die Zahl der Wohnungen an diesen Stätten der Urproduktion zu vermehren. Hier gilt es, nicht nur mehr, sondern auch bessere Gelegenheiten zur Unterbringung von Arbeitskräften zu schaffen und damit mittelbar eine Steigerung der Erzeugung zu fördern.

Die Reichsregierung ist sich der Verpflichtung zur raschen Durchführung einer großzügigen inneren Kolonisation durchaus bewußt. Sie hat den Kern der Wohnungsfrage richtig erkannt und in dieser Erkenntnis bereits wenige Monate nach der Revolution die Reichssiedlungsverordnung erlassen, die ohne wesentliche Aenderungen inzwischen Gesetz geworden ist. Das Reichssiedlungsgesetz, an dem hervorragende Kenner der Landwirtschaft mitgearbeitet haben, bezweckt in der Hauptsache die ländliche Ansiedlung durch Erleichterungen bei der Beschaffung landwirtschaftlichen Siedlungslandes zu fördern, und zwar nicht nur für Neusiedler, sondern auch zur Hebung bestehender Kleinbetriebe, die bis zur Größe einer selbständigen Ackernahrung vergrößert werden können. Zur Beschaffung des Siedlungslandes können Staatsdomänen aufgeteilt sowie Moor- und Oedland enteignet werden. Das Gesetz gibt der Reichsregierung auch das Recht zur Enteignung in den Gebieten, wo der Großgrundbesitz überwiegt. Dieses Gesetz, das dem Landarbeiter sowie den aus der Stadt aufs Land zurückkehrenden Arbeitern die Möglichkeit zur Landbeschaffung und zum Erwerb eines selbständigen bäuerlichen Kleinbesitzes gewährt, bildet somit die rechtliche Grundlage für eine verstärkte ländliche Ansiedlung, für eine Vermehrung des bäuerlichen Kleinbesitzes und für die Beschaffung neuer Erwerbsgelegenheiten auf dem Lande. Mit der geplanten Umsiedlung wird eine gleichmäßigere Verteilung der Bevölkerung auf der verfügbaren Bodenfläche angestrebt, eine intensivere Bodenbewirtschaftung und damit eine Erhöhung der Bodenerträge, eine Politik, von deren Auswirkung eine neue Entwicklung der deutschen Agrarwirtschaft

Digitized by Google

erwartet werden darf, auf deren Erträgnisse sich der deutsche Haushalt künftig vor allem wird stützen müssen.

Daneben hat die Reichsregierung eine große Sonderaktion zur Errichtung von Bergmannswohnungen eingeleitet, um die Belegschaften vermehren und damit eine Steigerung der Kohlenförderung erzielen zu können. Sie beabsichtigt, trotz der Schwierigkeit der Baustoffbeschaffung und der Bauausführung, in jedem der nächsten Jahre durchschnittlich 20000 Bergmannswohnungen zu errichten. Die Mittel dazu sollen durch eine Erhöhung der Kohlenpreise gewonnen werden, und zwar um 6 M. für die Tonne Steinkohlen und Briketts, 9 M. für die Tonne Koks und 2 M. für die Tonne Rohbraunkohle. Schätzungsweise können durch diese Erhöhung im Jahre 1920 etwa 600 Mill. M. einkommen. Die eingehenden Beträge werden bereitgestellt zur Gewährung von Beihilfen für Bergmannswohnungen, die zur Abbürdung der Baukosten verwendet werden sollen. An ihre Gewährung sind im einzelnen besondere Bedingungen geknüpft, auf die hier nicht näher eingegangen werden soll. Um die Durchführung dieser großen Siedlungsaufgabe mit allen erdenklichen Mitteln zu fördern, hat die preußische Staatsregierung durch das Gesetz über den Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk für das größte und wichtigste Kohlengebiet bereits einen einheitlichen Verwaltungskörper geschaffen, der als Staatsbehörde und Gemeindeverband zugleich umfassende Zuständigkeiten bei sich vereinigt.

Durch diese gesetzlichen Maßnahmen, deren praktische Wirkung erst in Zukunft zu spüren sein wird, ist freilich der augenblicklichen Wohnungsnot in den Städten nicht abgeholfen. Diese Not wird vor allem in den Großstädten immer drückender, wo der Mangel an Unterkunftsräumen noch verschärft wird durch den ständigen Zustrom von Flüchtlingen aus den abgetretenen Gebieten, durch die Verlegung von Behörden aus den Randprovinzen und die damit verbundene Massenversetzung von Beamten; nicht zuletzt auch durch die Quartierlasten, die namentlich den Städten in den besetzten Gebieten auferlegt sind. In Berlin fehlt es zurzeit für mehr als 50000 Wohnungssuchende an Unterkunftsräumen. Nach Erhebung der Flüchtlingsverteilungsstelle Berlin beträgt die Zahl der vom 1. April vorigen Jahres bis zum 31. März dieses Jahres zugewanderten Familien über 16000. Und wenn auch nach den eingangs erörterten Grundsätzen eigentlich kein Pfennig für Wohnungsbauten in den Städten ausgegeben werden dürfte, solange noch Demonstrationszüge von Arbeitslosen durch die Straßen ziehen, so wird den Städten in ihrer jetzigen Notlage doch schon aus politischen Gründen, zur Vermeidung von Unruhen, geholfen werden müssen.

Die Maßnahmen, die von der Regierung zur Bekämpfung der Wohnungsnot getroffen wurden, gingen von der richtigen Erkenntnis aus,

Digitized by Google

daß eine wirksame Abhilfe nur durch Schaffung neuer Wohnungen, durch Vermehrung des Angebots möglich sein würde. Zwecks vereinfachter und rascher Durchführung von Wohnungsbauten ist durch die bekannte Verordnung zur Behebung der dringendsten Wohnungsnot vom 15. Januar 1919 die Bestellung von Bezirkswohnungskommissaren vorgesehen, die mit weitgehenden Vollmachten ausgestattet sind (Recht der Enteignung von Grundstücken, der Zwangspachtung, der Befreiung von Ortsstatuten und Bauordnungen, Verfügungsrecht über Baustoffwerke usw.). Auch eine gewisse Planwirtschaft ist im Baugewerbe — hier leichter zu verwirklichen und zu kontrollieren als auf anderen Wirtschaftsgebieten — bereits durchgeführt. Die Luxuserzeugung ist ausgeschlossen, da der Bezirkswohnungskommissar berechtigt ist, die Ausführung aller von ihm nicht für erforderlich erachteten Bauten, insbesondere Luxusbauten, zu verbieten; ein Recht, das ihm durch die preußischen Ausführungsbestimmungen zur Pflicht gemacht wird.

In der Praxis stehen dem Wohnungsbau heute im wesentlichen zwei Hemmnisse entgegen: einmal die gewaltige Steigerung der Baukosten infolge der Erhöhung der Löhne und der Steigerung der Baustoffpreise, dann der Mangel an Baustoffen, besonders an Ziegeln, die zu ihrer Herstellung Kohle benötigen. Die Baukosten sind heute so gestiegen, daß ihre Verzinsung zu Mietspreisen führen würde, die vom einzelnen Verbraucher nicht mehr aufzubringen sind. Da die Rentierlichkeit unter solchen Umständen ausgeschlossen ist, will niemand mehr das Risiko eines Bauunternehmens wagen. Darum hat sich die Reichsregierung, um die Bautätigkeit überhaupt in Gang zu setzen, zur Gewährung von Baukostenzuschüssen aus öffentlichen Mitteln entschlossen. Ob dieses System der Geldunterstützung zweckmäßig war oder ob es grundsätzlich richtiger gewesen wäre, die Bautätigkeit durch Hergabe von billigen Baustoffen, durch Lieferung von Bauholz aus Staats- und Gemeindeforsten, allenfalls auch durch Gewährung von Bauprämien nach Fertigstellung der Bauten, zu fördern, bleibe dahingestellt. Zur Tilgung des verlorenen Bauaufwandes werden von der Reichsregierung beträchtliche Zuschüsse à fonds perdu geleistet. Die dafür aufgebrachten Beträge stellen bereits recht erhebliche Summen dar. So sind im Vorjahre vom Reich 650 Millionen, von den Ländern und den Gemeinden je 325 Mill. M., zusammen 1300 Mill. M. aus öffentlichen Mitteln aufgebracht worden.

Nach dem Verfahren vom Jahre 1919 wurde der Reichszuschuß im Einzelfalle berechnet als Differenz zwischen den tatsächlichen Herstellungskosten und dem kapitalisierten Mietertrag bzw. einem angenommenen Dauerwert (Friedenskosten + 30 bis 50%). Bedingung für die Gewährung des Reichszuschusses war, daß von den Ländern und Gemeinden in jedem einzelnen Falle je ein Viertel des erforderlichen Gesamtbetrages getragen

Digitized by Google

wurde. Dieses Zuschußsystem hatte, wie die Praxis zeigte, erhebliche Nachteile, deren ärgster in der Beweglichkeit des Zuschusses bestand, der natürlich um so höher errechnet wurde, um so höher die jetzigen Herstellungskosten angenommen wurden. Es lag somit für den Antragsteller kein Grund vor, die Baukosten niedrig zu halten, im Gegenteil: im System selber lag geradezu eine preissteigernde Tendenz, die sich sehr bald in einer allgemeinen Erhöhung der Baustoffpreise und Arbeitslöhne bemerkbar machte. Infolgedessen reichte der aus öffentlichen Mitteln verfügbare Betrag, so hoch er an sich erscheint, nicht weit. Es sind bisher etwa 60 000 Wohnungen errichtet worden, gegenüber dem gewaltigen Bedarf eine verschwindend geringe Zahl. Für das laufende Jahr wurden abermals 500 Mill. M. zur Unterstützung der Bautätigkeit bewilligt, allerdings unter der Voraussetzung, daß eine Deckung für diesen Betrag geschaffen wird. Die diesjährigen Bestimmungen haben mit dem System der beweglichen und verlorenen Zuschüsse gebrochen. In Zukunft werden im Einzelfall unverzinsliche Reichsdarlehen nach festen Sätzen gewährt. Sie betragen 165 M. für den Quadratmeter Wohnfläche und können in größeren Städten auf 180 M. erhöht werden. Gefordert wird, daß auch die Gemeinden sich an der Aufbringung der Baukosten in Höhe von mindestens einem Drittel des Reichsdarlehens beteiligen. Es muß zugegeben werden, daß diese Sätze gegenüber den heutigen Baukosten zu gering sind.

Im einzelnen ist die Unterstützung aus öffentlichen Mitteln an gewisse Bedingungen geknüpft. In jedem einzelnen Fall wird die Vorlage der Baupläne verlangt, die nach der technischen, gesundheitlichen und nicht zuletzt auch nach der künstlerischen Seite hin überprüft werden. Besonders wird bei der Prüfung der Baupläne auf eine zweckmäßige Grundrißgestaltung, auf die Verwendung einfacher Haustypen und auf eine Verbilligung des gesamten Ausbaues durch Anwendung von Typen und Normen gehalten. Grundsätzlich werden Zuschüsse nur einwandfreien Bauanlagen gewährt, und zwar vorzugsweise solchen, die über dem Keller nicht mehr als zwei Wohngeschosse haben, sogenannte Kleinhäuser. Gegen diese planmäßige Bevorzugung des Flachbaues, die zur Verbesserung der Wohnverhältnisse dringend erwünscht ist, ist von mancher Seite Einspruch erhoben worden mit der Begründung, daß der Bau von Kleinhäusern heute unwirtschaftlich sei und daß damit der Wohnungsnot nicht schnell genug abgeholfen werden könne. Wenn behauptet wird, daß das Vielstockwerkshaus dafür ein geeigneteres Mittel darstelle, so ist darauf zu erwidern, daß die staatliche Siedlungspolitik mit öffentlichen Mitteln nur solche Wohnbauten unterstützen darf, die auch in der Zukunft ihren Wert behalten. In diesem Sinne können die für die Unterstützung des Kleinhausbaues bewilligten Mittel volkswirtschaftlich noch als eine produktive Ausgabe betrachtet werden, während eine Ver-

Digitized by Google

mehrung mehrstöckiger Mietshäuser bei der unsicheren Zukunft der Großstädte nicht vertretbar ist. Im übrigen war die Bevorzugung des Kleinhausbaues auch aus technischen Gründen ein Gebot der Notwendigkeit. Denn zur Errichtung von Hochbauten fehlt es an den dazu erforderlichen Baustoffen, vor allem an den notwendigen Mengen gleichartiger Baustoffe, während beim Flachbau durch die Verwendung von Ersatzbaustoffen jederzeit ein Ausgleich möglich ist. Von den Ersatzstoffen hat sich besonders der Lehmbau in seinen verschiedenen Techniken als Lehmstampf-, Lehmquader- und Lehmsteinbau in der Praxis gut bewährt. Dagegen haben die (hauptsächlich unetr Verwendung von Zement hergestellten) Ersatzbauweisen nur wenig Eingang in die Praxis gefunden. Mehrfach sind auch Holzbauten zur Ausführung gelangt, namentlich als Behelfs- und Notstandsbauten, die aber durchweg sehr hohe Baukosten erfordern.

Wenn im Augenblick die Lage auf dem Wohnungsmarkt besonders kritisch erscheint, so liegt der Grund im wesentlichen in der außergewöhnlichen Steigerung der Baukosten. Während auf dem Baustoffmarkt zurzeit eine gewisse Erleichterung fühlbar wird, haben die Baukosten eine unerschwingliche Höhe erreicht. In Groß-Berlin erfordert zurzeit die Errichtung einer Zweizimmerwohnung einen Zuschuß von etwa 60 000 M.! Der preußische Ministerpräsident Braun hat vor kurzem ausgeführt, daß die Kostenfrage auch die Durchführung der ländlichen Ansiedlung fast zur Unmöglichkeit macht. Während vor dem Kriege eine Kleinsiedlerstelle von 4 ha Acker und 1 ha Wiese mit Wohnhaus, Stall, Scheune sowie dem allernotwendigsten Inventar auf etwa 19 000 M. zu stehen kam, ist eine solche Ansiedlung nach den heutigen Preisen kaum für die Summe von 120 000 Mark zu erstellen. Die Reichsregierung beabsichtigt, weitere Mittel für die Unterstützung der Wohnungsbautätigkeit durch eine Mietssteuer auf Friedenshäuser zu gewinnen. Sie hat einen Gesetzentwurf über die Erhebung einer Abgabe zum Baukostenausgleich aufgestellt, der alsbald dem neuen Reichstag vorgelegt werden soll. Das Gesetz hat den Zweck, den Ländern und Gemeinden, wenigstens insoweit es die wirtschaftlichen Verhältnisse zurzeit ermöglichen, Mittel an die Hand zu geben, um die Wohnungsbautätigkeit durch Beihilfen finanziell zu fördern. Durch das Gesetz soll der Mehrertrag der Hausrenten, der sich bei freier Wirtschaft heute ergeben würde, erfaßt und für die Allgemeinheit zum Zwecke der Unterstützung der Neubautätigkeit nutzbar gemacht werden. Durch diese Zuschüsse würde es gelingen, die rentierlichen Baukosten der neuen Häuser herabzusetzen und allmählich mit der Annäherung des Angebotes an die Nachfrage auch einen Ausgleich zwischen den Mieten in den Neubauten und den Mieten in den älteren Häusern zu erzielen. Es muß zugegeben werden, daß diese Steuer an sich eine neue Belastung der Bevölkerung bedeuten würde. Denn sie bewirkt mit der Erhöhung der

Digitized by Google

Miete eine weitere Verteuerung der allgemeinen Lebenshaltung. Man wird indessen berücksichtigen müssen, daß bisher durch die Wirkung der Mieterschutzgesetze die Mieten außerordentlich niedrig gehalten waren, so daß die Mietpreise in keinem Verhältnis zu der Verteuerung der übrigen Gegenstände des Lebensbedarfes standen. Damit aber erweist die viel bekämpfte Mieterschutzgesetzgebung, die durch eine staatliche Bindung der Mietpreise an eine Höchstgrenze eine ungesunde Steigerung der Grundstückswerte verhütet hat, aufs neue ihre große Bedeutung für die Gemeinwirtschaft. Ohne sie wäre die geplante Einführung einer Mietssteuer und die Nutzbarmachung der Mehrwerte für die Allgemeinheit überhaupt nicht möglich.

Man wird sich indessen auch hinsichtlich des Erfolges dieser Mietssteuer keinem allzu großem Optimismus hingeben dürfen. Eine durchgreifende Lösung der Wohnungsfrage ist in Deutschland nur möglich durch eine planmäßige Umschichtung der Bevölkerung, durch eine Umsiedlung von den Städten aufs Land. Auf dem Lande liegen die Lebensbedingungen bedeutend günstiger, hier ist auch das Bauen leichter, besonders wenn durch eigene Betätigung der Besitzer am Bauwerk eine Lohnersparnis und damit eine Verringerung der Baukosten erzielt werden kann. Mit der Anwendung der Selbsthilfe sind auf dem Lande bereits mehrfach bemerkenswerte Erfolge erzielt worden. Diese günstigen Vorbedingungen gilt es zu nutzen. In der praktischen Förderung der ländlichen Ansiedlung aber ist zugleich auch das Mittel gegeben, um die mit dem Zusammenbruch der Industrie drohende Katastrophe zu überwinden. Der Wiederaufbau des Landes verlangt, daß die Lösung der Wohnungsfrage durch eine großzügige innere Kolonisation angestrebt wird.

Stagnierende Wirtschaft

Wer das jetzt auch deutsch erschienene wunderbare Buch von Keynes über die wirtschaftlichen Folgen des Krieges ruhig und aufmerksam liest, dem wird den größten Eindruck machen, was Keynes über die völlig veränderte wirtschaftliche Lage nach dem Kriege sagt. Viel klarer als irgendwo anders findet sich bei diesem englischen Publizisten der Nachweis, daß die wirtschaftliche Entwicklung von 1870 bis 1914 lediglich eine Episode war, die an ganz besondere, wahrscheinlich nie wiederkehrende Voraussetzungen gebunden war. Und das ist einer der größten Nachteile unserer gegenwärtigen Zeit. Die ganze Welt meint, es werde nun alles nach demselben Rezept weitergehen wie vor dem Kriege. In Wahrheit wird das Gegenteil eintreten. Die scheinbare Selbstverständlichkeit, mit der sich in den letzten Jahrzehnten die Welt über die Lehren von Malthus hinweggesetzt hat, der Glaube, daß man die wirtschaftliche Intensität in praktisch

Digitized by Google

unbegrenzter Weise fortsetzen könne, beruht auf irrigen Voraussetzungen. Nur solange traf das alles zu, solange Neuländer nicht nur Menschen, sondern auch Waren in unbegrenzten Mengen von Deutschland verlangten und abnahmen und solange sie dafür in ebenfalls fast unbegrenztem Umfange Nahrungsmittel billig zur Verfügung stellen konnten. Der Wille und die Möglichkeit, Getreide gegen geringes Entgelt in außerordentlichem Ausmaße herzugeben, ist für das größte Gebiet, die Vereinigten Staaten, bereits vor dem völligen Erlöschen und auch das Bedürfnis nach Fertigfabrikaten hat schon vor dem Krieg in diesen neuen Erdteilen abgenommen und wird jetzt noch geringer werden. Während aber damals noch ungeheure Kapitalforderungen von den alten europäischen Zentren gegenüber den kolonialen Ländern geltend gemacht werden konnten, ist auch das jetzt fast erledigt, und damit ist die wichtigste Voraussetzung für die Weiterentwicklung in der alten Art gefallen. Handelt es sich hier zum großen Teil um außenpolitische Gründe, so scheint auch die innerpolitische, sozialpolitische Weiterentwicklung zum mindesten bei uns in Deutschland dem alten System recht abträglich zu sein. Wieso ist, so muß man sich einmal fragen, die fast hemmungslose Vermehrung der deutschen Güterproduktion möglich gewesen? Doch nur durch einen Grad von freiwilliger und namentlich auch unfreiwilliger Enthaltsamkeit, der anscheinend auf lange hinaus oder vielleicht für immer verloren ist. In diese Sparsamkeit teilten sich Unternehmer und Arbeiter. Wenn man rückschauend sich der alten Kämpfe um den Mehrwert zwischen Kapital und Arbeit erinnert, so muß man heute von einem theoretischen Standpunkt aus sagen, daß, so sehr die Arbeit in der Güterverteilung zu kurz kam, die Besitzer des Großkapitals fast noch bescheidener waren. Das klingt außerordentlich merkwürdig, ist aber wahr. Man halte sich vor Augen, was Großindustrielle vom Schlage eines Stinnes oder Thyssen mit ihren Millionengewinnen begannen. Sie haben doch in weitgehendem Maße auf die Nutznießung ihres Profits im Sinne eines entsprechenden Mehrkonsums verzichtet und mußten das auch bis zu einem gewissen Grade, weil sie ja gar nicht in der Lage gewesen wären, alle die ihnen zufließenden Gewinne zu verbrauchen. Sie begnügten sich mit einem vom kleinbürgerlich-deutschen Standpunkt aus vielleicht recht angenehmen, von einem international-feudalen Standpunkt aus gesehen aber äußerst bescheidenen Leben und steckten den erdrückenden Teil ihrer Einkünfte wieder in produktive Arbeit, fügten den alten Hochöfen und Bergwerken neue hinzu und waren froh in dem Machtgefühl, das mit derartigen wachsenden wirtschaftlichen Herrschergebieten verknüpft ist. So gesehen, ist für denjenigen, der an die Segnungen einer expansiven Wirtschaft glaubt, der Besitzer von 100 Millionen neueren Schlages ein unvergleichlich wertvollerer Faktor als etwa 100 Besitzer von je einer Million, denn diese werden den größten Teil ihres Gewinnes verzehren, während

Digitized by Google

der Multimillionär auch nur einen Mund zum Essen hat und schließlich nicht hundert Automobile für sein persönliches Vergnügen sich leisten wird.

Diese enthaltsamen Reichen, die, ohne es vielleicht selbst zu wissen, nicht für sich, sondern für die Allgemeinheit arbeiteten, sind vielleicht in weitgehendem Maße ein Charakteristikum der europäisch-kapitalistischen Wirtschaft, und zwar insonderheit der deutschen Abart. Hält man etwa einen Stinnes oder Thyssen irgend einem Großgrundbesitzer in Persien von heute oder auch von vor 3000 Jahren gegenüber, so wird man gleich den Unterschied beobachten, wird gleich feststellen, wie dort der weitaus größte Teil des Kapitalertrags in Konsumgüter umgesetzt wird, ob es sich nun um die Unterhaltung eines riesenhaften Harems oder um das Füllen der Schatzkammer handelt. Auch die Hofhaltung deutscher regierender oder mediatisierter Fürsten kann als charakteristisches Gegenstück dienen. Jene persischen Großgrundbesitzer sind eben die charakteristischen Vertreter einer stagnierenden Wirtschaft. Daß auch in unserem vorkapitalistischen Europa die Dinge durchaus ähnlich waren, ist jedem vertraut, dem etwa die Kulturschilderungen des Deutschland von 1800 oder des vorrevolutionären Frankreich geläufig sind. Claude Tillier schildert diese Dinge in seinem „Onkel Benjamin" sehr bezeichnend: Die Einwohner lebten daheim in fröhlichem Behagen und gaben ihre Einkünfte aus bis zum letzten Goldstück. Die Kaufleute, damals gering an Zahl, gelangten nur langsam zu Reichtum, aber ganz von selbst, ohne sich viel dabei anzustrengen.

Wird nun jetzt nach dem Kriege die Sache wieder in der alten Weise fortgehen, oder werden wir zurückkehren zu jenen idyllischen Zeiten Onkel Benjamins? Es wird wohl beides nicht zutreffen. Um es uns leicht und gut gehen zu lassen wie damals, dazu fehlen alle Voraussetzungen. Hartes Arbeiten wird unser Los sein, auch wenn die Arbeiterschaft ihren Achtstundentag gegen alle jetzt heraufziehende Reaktion wird behaupten können. Denn nach der achtstündigen Arbeitszeit in der Fabrik wird eine vielleicht befriedigendere, aber nicht minder schwere Arbeit zu Hause und auf dem Felde beginnen müssen. Wird aber, wenn die alten Zustände nicht wiederkommen, eine Fortsetzung des alten Systems Stinnes möglich sein? Auch das ist sehr zweifelhaft. Denn von zwei Seiten her wird der Unternehmer eingeengt werden. Der Staat vor allem wird und muß wohl einen sehr großen Teil des Mehrwertes für sich mit Beschlag belegen und der Arbeiter wird sich nicht mehr wie früher damit begnügen, für die Aufhäufung künftigen Reichtums Entbehrungen zu erleiden. Wir müssen uns einmal mit dem Gedanken vertraut machen, daß die unentwegte Ausdehnung unserer Fabriken aufhören oder gar umkehren wird. Ob daraus *nur* bedenkliche Folgen entstehen werden? Die Antwort hängt ab von Weltanschauung, Weltauffassung. Eines ist wahrscheinlich: Malthus wird die Herrschaft der Nachkriegszeit antreten. Linter.

Digitized by Google

Notizen

Ein Wunsch an die Sozialisierungskommission. Man schreibt uns: Man hat bisher im Geist oder unter dem Druck der sozialistischen Ideale Vergesellschaftungen von Privatbetrieben dort vorgenommen oder vorzunehmen in Aussicht gestellt, wo entweder der monopolartige Charakter der Unternehmungen zur Staatsaufsicht bereits zu drängen oder die Ueberführung in öffentliche Hand keinen Schaden zu bringen schien, kurz: bei den sogenannten zur Sozialisierung reifen Betrieben. Daß diese Reife ein sehr eigenartiger Begriff ist, und daß die in der Anwendung dieses Begriffes gelegene Anschauung von der Möglichkeit eines sozialistischen Staates nur ein Traum ist, begreift heute wohl selbst jeder urteilsfähige Kommunist.

Doch kann man die ganze Fragestellung umdrehen, indem man nicht nach der „Reife" dieses oder jenen Unternehmens sucht, sondern vielmehr realpolitisch vom Standpunkt des Staates aus prüft, für welche Betriebe die Sozialisierung im speziellen Staatsinteresse liegt. Möchte das die Sozialisierungskommission tun!

Das Staatsinteresse an den wirtschaftlichen Dingen ruht fast immer auf der Steuer, es ist fiskalisch. Hier eröffnet sich ein dankbares Feld. Unser Steuerwesen krankt seit je und um nichts weniger im republikanisch-demokratischen Deutschland an der schweren Erfaßbarkeit des gebundenen Besitzes. Insbesondere die Vermögenssteuern, wie das leider noch immer nicht erhobene Notopfer, üben durch den täuschenden Begriff eines steuerbaren Vermögens, gegenüber einem unerfaßten, eine leidig ungerechte Wirkung aus. Wir erfassen fast nur den gewinnbringenden Teil der Vermögen, lassen selbst beim Notopfer skandalöserweise die Mutungsrechte, Hausrat und Schmuck, letzteren bis zum Wert von 20 000 M., frei, wobei zudem über die Art der Wertbestimmung nichts verlautet. Hier kann eine Sozialisierung nützlich sein: Verstaatlichung oder Verreichlichung der Mobilar- und Immobilienversicherung! Ungeheure Summen sind in übermäßig bezahlte Grundstücke, Luxuslandhäuser, Sammlungen, Schmucksachen, Fahrzeuge, Wohnungseinrichtungen verschwunden. Warum haben diese Dinge je und gerade heute einen steuerlichen Freibrief, wenn sie nicht gerade einer A.-G. gehören? Gewiß bietet das Notopfergesetz mit seinen humanen Bestimmungen über kleine Vermögen dem Mittelstand einigen Schutz, aber die Rückstellung von Ersparnissen zu kulturfördernden Zwecken bleibt dennoch der so wichtigen gesellschaftlichen zweiten Schicht unmöglich, solange sie gegenüber den Reicheren mit ihren versteckten Vermögen unverhältnismäßig zahlen muß, da sie fast nur steuerbares Vermögen hat. Würde nun die Feuer- und Diebstahlversicherung, ebenso die Ernteversicherung in öffentliche Hand überführt, so würden hierdurch die Besitzer toter Werte zu ehrlicheren Angaben ihrer toten Werte genötigt, und jegliche Vermögenssteuer könnte auf viel besseren Grundlagen aufgebaut werden, als es heute der Fall ist, so daß der Steuerbetrag höher und sicherer würde, besonders, wenn gleichzeitig eine Versicherungspflicht eingeführt werden könnte.

Friedrich Luther.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt. Redaktion: Schöneberger Ufer 36a I. Telephon: Nollendorf 928. Für Anzeigen: Werbedienst G. m. b. H., Berlin W 35, Lützowstr. 102/4. Verlag: Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt 10 M. Einzelnummer 1 M. Druck von Paß & Garleb G. m. b. H., Berlin W 57, Bülowstraße 66.

Digitized by Google

Soeben erschien:

FRIEDRICH NAUMANN

Ein Lebensbild

von

Martin Wenck

Der Mensch und der Politiker Naumann, der unvergeßliche Führer, ist in diesem Werke in seinem Wesen, Werden und Wirken von einem seiner ältesten Mitarbeiter treu geschildert. Das längst erwartete Buch wird allen Freunden Naumanns eine willkommene Erscheinung sein und ein **wahres Hausbuch** werden.

160 Seiten und 2 Bilder.

Preis geheftet M 9.—, gebunden M 12.—
dazu die örtlichen Sortimenterzuschläge

Fortschritt (Buchverlag der „Hilfe") G. m. b. H., Berlin NW 40

Sachliche, also gute Propaganda, darf nicht Einzelheiten bevorzugen auf Kosten des Gesamteindruckes. Wort, Farbe, Darstellung, Form, sie alle müssen zusammenklingen u. sorgsam gegeneinander abgeschätzt sein. — In diesem Sinne wirken die Kräfte des Werbedienstes an der Lösung der ihm gestellten Aufgaben: Die Haus- und Versuchspresse mit auserlesenen Schriften, das eigene Atelier unter Leitung eines der ersten deutschen Reklamekünstler, anerkannte Fachleute und geschultes Personal.

Berlin W. 35
Lützowstr. 102/104

München
Bürohaus Reichshof
Sonnenstraße Nr. 15

Digitized by Google

Ihr persönlicher Einfluß

auf Menschen und Schicksal ist unbegrenzt, wenn Sie über ein mehr als durchschnittliches Wissen und Gedächtnis verfügen. Die Anlage zur Gewinnung dieser beiden wertvollen Schätze ruht in jedem, nur muß man sie zu heben verstehen. Unsere schwer im argen liegende Volkswirtschaft braucht geistig geschulte Männer von eiserner Charakterfestigkeit und Willenskraft. Wollen Sie zu diesen gehören, wollen Sie gleich ihnen zur Oberschicht der menschlichen Gesellschaft emporsteigen und eine geachtete, leitende Stellung darin einnehmen? Natürlich kann nicht jeder der erste sein, aber Sie können mit zu den ersten zählen, wenn Sie an Poehlmanns Geistesschulung und Gedächtnislehre teilnehmen. Sie erhalten nicht eine jener wertlosen Broschüren mit marktschreierischem Titel: „Wie werde ich reich," „Der Millionär in der Westentasche" und dgl. Unsinn, der von gewissenlosen Ausbeutern täglich in unendlichen Variationen auf den Büchermarkt geworfen wird, sondern Sie empfangen einen gediegenen Unterricht durch einen Mann, der seit mehr als einem Vierteljahrhundert seine reichen Erfahrungen Tausenden von Menschen vermittelt und ihnen zu Glück und Ansehen verhilft. Lesen Sie in meinem kostenlos zur Verfügung stehenden Prospekt, was andere über die Erfolge zu sagen wissen, die sie durch meine individuelle Anleitung erzielten — diese Zeugnisse werden Sie unbedingt zu einem Anhänger meiner Geistesschulung und Gedächtnislehre machen und Ihnen damit den Weg zeigen, der zur Höhe führt!

L. Poehlmann, Amalienstr. 3, München P 41

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Inhalt:

Politische Glossen 97
Preuß, Zur preußischen Verfassungsfrage 99
* * *, Spa 105
Richter, Der Weg zur Revision des Versailler Vertrages 107
Treuherz, Französische Industriepolitik 115
Boelcke, Rußland 121
Rathenau, Bund der Erneuerung 124

Preis vierteljährlich M 10.–, das einzelne Heft M 1.–

5. Jahrgang 23. Juli 1920 Heft 30

Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart-Berlin

Digitized by Google

Wer auswandern will

versäume nicht, sich zuvor gründlich zu unterrichten.
Dies geschieht am besten durch den Bezug der

Illustrierten Auswanderer-Zeitung

Wir bringen Ihnen jede Woche die neuesten Nachrichten aus allen Einwanderungsländern u. alles Wissenswerte über die dortigen Wirtschaftsverhältnisse u. Aussichten. Preis der Einzelnummer 60 Pf. Vierteljahresabonnement M. 7.80. Zu beziehen durch jede Buchhandlung und Postanstalt oder direkt vom Verlag:

Ausland und Heimat Verlags-Aktiengesellschaft, Stuttgart

Deutsche Verlags-Anstalt · Stuttgart · Berlin

Kürzlich erschien:

Sittliche Diktatur

Ein Aufruf an alle Deutschen

Von **Karl Scheffler**

Herausgegeben vom Deutschen Werkbund / Geheftet M 1.65

Diese Schrift ist zur Massenverbreitung in Fabriken, Werkstätten, Kontoren, Schulen usw. bestimmt. Sie ist ein Mahnruf, der nicht ungehört verhallen darf, denn was sie ausspricht, bewegt heute viele Menschen. Karl Scheffler, der wie wenige das Recht hat, im Namen der besten Deutschen zu sprechen, fordert, daß sich die Entschlüsse unseres privaten Lebens unter den Gesichtspunkt des allgemeinen Wohles stellen, daß wir die Unabhängigkeit vom Ausland in unserem Verbrauch, die Veredlung der deutschen Produkte, die Einfachheit in den Formen unseres Gemeinschaftslebens zurückgewinnen. Wir brauchen eine nationale Uebereinkunft derer, die diesen Weg gehen wollen. Schefflers Schrift soll sie vorbereiten.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen

„Die Bücherpost"

unterrichtet wöchentlich über Neuerscheinungen des deutschen Buchhandels aus allen Wissensgebieten und der Unterhaltungsliteratur. Einzelnummer 25 Pfg., vierteljährlich Mk. 2.50. Abonnements nimmt jede Poststelle, auch der Briefträger, entgegen. Probenummern sendet die Geschäftsstelle der „Bücherpost", Frankfurt a. M., Niddastr. 74, postfrei und umsonst.

A. WARMUTH · Speditionsgeschäft

Zentrale: BERLIN S. 2, Hinter der Garnisonkirche 14.
Fernsprecher Norden 309, 310, 1642, 4472 u. 4512.
Leipziger Abteilung: Dorotheenstr. 28a. Zentrum 2609.

Versand von Gütern aller Art nach allen Orten der Welt.

Möbeltransport — Lagerung.

Digitized by Google

5. Jahrgang * 23. Juli 1920 * Heft 30

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Wozu sind eigentlich die deutschen Journalisten in Spa? Um Feuilletons zu schreiben? Gut, das mögen sie. Um Berichte zu schreiben? Ja, das wäre ganz schön, wenn sie bei den entscheidenen Verhanddlungen dabei sitzen könnten. Aber sie sind in der Hauptsache darauf angewiesen, herumzuhorchen, was eigentlich los war. So mengt sich in den Bericht das Gerücht. Um Politik zu machen? Ja, wenn es eindeutige, deutsche Politik ist. Aber leider ist es oft rein journalistische Personalpolitik. Die Berichterstattung der „Vossischen Zeitung" z. B. hat fast die einzige Pointe, darzutun, wie unfähig die deutsche Politik, weil sie den guten Willen der Franzosen nicht begreife. Diese Franzosen brennen ja nur auf ein gutes Einvernehmen mit den Deutschen. Man hat es Millerand bloß angedichtet, daß er ins Ruhrgebiet marschieren wolle. Die Gefahr droht nun aber doch. Dann muß alles geschehen, um ihr vorzubeugen, denn sonst optieren die vermögenden Leute von Westfalen für den Westen, um dem Reichsnotopfer zu entgehen! So etwas wird in Deutschland mitten in höchster Krisis gedruckt. Und dann wundert man sich noch, wenn die Franzosen die Politik der Brutalität als selbstverständlich ansehen.

*

Giolitti, der sein Land von den schweren Wunden des Krieges langsam erlösen sollte, steht vor der ernsten Gefahr eines neuen Krieges. Die Spannung zwischen Jugoslawien und Italien ist in diesen letzten Tagen aufs äußerste gestiegen; die Zwischenfälle in Triest, Spalato und Laibach sind dafür der Ausdruck. Selbstverständlich können sie noch abgebremst werden, aber bei beiden Völkern ist die nationalistische Reizbarkeit, die durch die sozialen Wirrnisse noch gewachsen ist, zu einer unmittelbaren politischen Kraftprobe vorgeschritten. Die Situation der Jugoslawen ist dabei schwierig genug, denn sie haben im Osten mit dem rumänischen Gegensatz zu rechnen. Der Kampf um das Banat, auf das auch Ungarn blickt, ist noch nicht ausgetragen.

*

Digitized by Google

Die Zeitungen sind in diesen Wochen geradezu Marterwerkzeuge für das deutsche Volk gewesen. Die fetten Ueberschriften der Kriegszeit blühten wieder auf. Jeden Morgen lag ein Schatten über der Zeitgeschichte, jeden Abend klärte sich der Himmel im Westen auf. Nimmt man ein beliebiges Blatt: „Neue Zusammenstöße in Spa", „Die Besserung in Spa", „Die Diktatpolitik in Spa", „Versöhnlichere Stimmung", „Vor dem Abbruch der Konferenz" usf. Auf und ab, auf und ab — nun, so wird es ja wohl auch gehen, wo Willkür und Vernunft in ihrem Ausdruck streiten. Aber unsere Publizistik, statt in einer gedämpften Zurückhaltung das Gefühl der Tragik zu erziehen, reißt die Empfindung des Volkes hin und her, mit dem Erfolg, daß diese stumpf wird.

*

Die Entente scheint gewillt, zwischen Räterußland und Polen zu vermitteln, wenn letzteres sich auf in ethnographisches Gebiet zurückzuziehen verspricht. Das polnische Heer zog aus, um ein großpolnisches Reich von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer zu gründen und muß jetzt froh sein, wenn ihm die Entente ein bescheidenes Kleinpolen sichert. Von Podolien und Wolhynien ist keine Rede mehr; die ostgalizische Frage soll von neuem diskutiert werden; Wilna dürfte Litauen zufallen usw. Das bedeutet nichts anderes, als daß die mehrfach schon totgesagte Randstaatenidee — jedem Volk sein Staat — wieder marschiert, weil sie trotz großrussischen Hasses, deutscher Kurzsichtigkeit und ententistischen Widerstrebens der einzige gesunde politische Gedanke des Weltkrieges war.

*

Während des Weltkrieges gab Professor Frech-Breslau auf Veranlassung des Kriegsministeriums eine Denkschrift über die wirtschaftliche Bedeutung der Ukraine heraus, worin deutscher Gelehrtenfleiß ein umfassendes Bild der großen Bodenreichtümer dieses Landes entwarf. Inzwischen ist bekanntlich im Auswärtigen Amt der Wind umgeschlagen, man will dort nichts mehr von den Randvölkern wissen, sondern ist wieder zu seiner alten großrussischen Liebe zurückgekehrt, einerlei ob sie Denikinscher oder bolschewistischer Natur ist. Da war es natürlich Zeit, die „ukrainische Verirrung" der deutschen Politik restlos zu beseitigen. Flugs läßt man in der Schriftenfolge des Auswärtigen Amtes „Tagesfragen der Auslandswirtschaft" Heft XII erscheinen, das den Titel trägt: „Das Eisen in Rußland". Im Abschnitt „Südrußland" ist die Ukraine versteckt. Nicht die kleinste Fußnote legt davon Zeugnis ab, daß das der ukrainische Staat ist, mit dem wir in Brest-Litowsk einen Vertrag geschlossen haben, und dessen Gesandter noch heutzutage in Berlin akkreditiert ist. Wir zweifeln keinen Augenblick daran, daß die Geheimräte, die diesen Plan gemacht haben, stolz auf ihre „kühle Realpolitik" sind. Sie vergessen, daß die Entente beim Saargebiet gleich heimzahlen könnte.

Digitized by Google

Zur preußischen Verfassungsfrage

Von Dr. Hugo Preuß, Reichsminister a. D.

Der Verfassungsausschuß der preußischen Landesversammlung hat soeben die erste Lesung der neuen Landesverfassung für Preußen beendet. Er hat dabei politisch sehr bedeutsame Aenderungen an dem Regierungsentwurf vorgenommen, dessen Unzulänglichkeit schließlich von allen Parteien erkannt war. Nunmehr müssen die Fraktionen der Landesversammlung bei ihrem Wiederzusammentritt zu diesen Beschlüssen des Verfassungsausschusses Stellung nehmen, damit noch vor Ende des Jahres die verfassunggebende preußische Landesversammlung ihre hauptsächlichste Aufgabe abschließen kann. Daß dies erst so lange Zeit nach ihrem Zusammentritt geschieht, wird der preußischen Volksvertretung vielfach zum Vorwurf gemacht. Indessen wäre ein zu früher Abschluß der preußischen Verfassung für die gesamtdeutschen Verhältnisse weit gefährlicher gewesen, als es diese Verzögerung sein kann. Wem Deutschlands politisches Dasein der beherrschende Mittelpunkt des politischen Denkens ist, der wird die Ordnung der preußischen Dinge nur in stetem Hinblick auf die Lebensinteressen des Reiches gestalten wollen und können; dies ist aber um so eher möglich, je klarer sich die neue Ordnung des Reiches herausstellt und konsolidiert.

Dieser Konsolidierung der jungen deutschen Republik stellen sich unaufhörlich innere und äußere Krisen in verhängnisvoller Wechselwirkung hemmend entgegen. Wie die deutsche Nationalversammlung in Weimar die Reichsverfassung vollenden mußte unter der fürchterlichen Depression der unsagbaren Friedensbedingungen von Versailles und der gewaltigen Stärkung, die alle Gegner der neuen Staatsordnung dieser demütigenden Mißhandlung der deutschen Republik zu danken hatten, so mußte der preußische Verfassungsausschuß in diesen Tagen sein Werk verrichten unter den entmutigenden Eindrücken von Spa. Unwillkürlich drängt sich da der düstere Zweifel auf: hat es Sinn und Zweck, eine künftige Staatsordnung für politische Gemeinwesen feststellen zu wollen, deren Zukunft und politisches Dasein täglich und stündlich so furchtbar ernst in Frage gestellt wird? Und wenn sich offenbar die zielbewußte Politik übermächtiger Feinde draußen wie die unpolitische Ziellosigkeit gewisser Strömungen drinnen gerade gegen das Reich und seine Einheit richtet, — soll man da wirklich unser ganzes politisches Schicksal bewußt und rückhaltlos eher auf diese Reichseinheit gründen? Gebietet nicht vielmehr die Staatsklugheit, den gewiß betrüblichen, doch immerhin möglichen Fall nüchtern und kühl ins Auge zu fassen, daß die Reichseinheit unhaltbar wird und zerfällt; und muß man nicht demgemäß die Länderverfassungen so gestalten, daß sie dann als selbständige Staaten auf eigenen Füßen

Digitized by Google

stehen können? Dies gilt vor allen anderen für Preußen, das allein ein europäischer Großstaat war und es wieder werden könnte. Deshalb sei es die wichtigste Aufgabe der preußischen Verfassung, die feste Geschlossenheit und konzentrierte Einheit dieses einzigen deutschen Großstaates nach Möglichkeit zu erhalten. So könnte nach dieser Anschauung Preußen dem bedrohten Reich, falls es sich erhalten läßt, wie bisher ein starkes Rückgrat sein; und wenn es sich nicht erhalten läßt, sein eigenes staatliches Dasein kraftvoll behaupten, um vielleicht dermaleinst mit seinen Machtmitteln wieder ein neues Deutschland zu schaffen, wie es dies schon einmal getan hat.

Das ist in der Tat der Punkt, an dem sich die Wege *nationaldeutscher* und spezifisch *preußischer Politik* unbedingt scheiden. Bei dem entsetzlichen Zusammenbruch von 1918 drohte sofort in unmittelbarster Nähe die Gefahr des Reichszerfalls; sie zu bannen, gab es schlechterdings kein anderes Mittel, als die rückhaltlose Anrufung des demokratischen Gedankens der Volkseinheit, der unbedingten nationalen Zusammengehörigkeit und Selbstbestimmung. Das ist das Lebenselement der Reichsverfassung von Weimar. Sie steht und fällt mit der festen, rückhaltlosen, leidenschaftlichen Ueberzeugung, daß es für das deutsche Volk in allen seinen Gliedern keine andere Möglichkeit politischer, wirtschaftlicher, kultureller Fortexistenz gibt als im nationalen deutschen Staate, in der Einheit des Reiches. Gibt das deutsche Volk diese Ueberzeugung auf, so gibt es sich selbst auf; in seinen einzelstaatlichen Trümmern könnte es nur ein politisch, wirtschaftlich und kulturell verkrüppeltes Jammerdasein fristen unter der verdienten Verachtung der ganzen Welt. Mag auch des Reiches Gegenwart und nächste Zukunft noch so traurig und bedrückt sein, — jede Aussicht auf Besserung und Wiederaufstieg setzt die Erhaltung der nationalen Einheit voraus. Den lügnerischen Lockungen, die den einzelnen Trümmern des deutschen Volkes ein leichteres Schicksal vorgaukeln wollen, muß dieses Volk mit der ganzen Leidenschaft des nationalen Selbsterhaltungstriebes widerstehen. Nur als Deutsche haben wir noch die Möglichkeit einer Zukunft; nicht als Bayern oder Sachsen, als Württemberger oder Oesterreicher — und auch nicht als Preußen! Es ist nach Lage der heutigen Verhältnisse eine *Wahnidee*, Preußen als einheitlichen Großstaat erhalten zu können, wenn das Reich zerfällt. Wenn nicht schon vorher, so würde sicherlich in diesem Augenblicke auch die preußische Staatseinheit auseinanderfallen. Und die Hoffnung, daß das vielleicht zusammenhaltende ostelbische Preußen, wie nach dem Frieden von Tilsit, zunächst einen preußischen Großstaat und dann wohl auch ein neues Reich werde schaffen können, verkennt die völlige Veränderung aller machtpolitischen Voraussetzungen. Ohne das Reich hat auch Preußen keine Zukunft.

Viele, die all dies vollkommen einsehen, kommen doch von dem über-

Digitized by Google

lieferten Gedanken nicht los, daß das lockere Gefüge des Reiches der Ergänzung durch die feste Geschlossenheit der konzentrierten preußischen Staatseinheit bedarf, und daß schließlich nur durch die Ausdehnung dieser Geschlossenheit auf das ganze Reich dessen Gefüge die notwendige Festigung erhalten könne. Nichts kann der Entwicklung der nötigen und möglichen Einheitlichkeit im Reiche abträglicher sein als dieses Spiel mit dem Gedanken einer preußischen Vereinheitlichung Deutschlands. Und mehr als ein Gedankenspiel ist es nach Lage der heutigen Machtverhältnisse nicht. Ob es einst in Tagen siegreichen Glanzes möglich gewesen wäre, den preußischen Einheitsstaat auf ganz Deutschland auszudehnen, ist eine Frage von nur noch geschichtlichem Belang; heute ist es aus inner- und außerpolitischen Gründen eine absolute Unmöglichkeit. Als solche muß sie aber vom Volksbewußtsein in Nord und Süd klar und allgemein erkannt werden, wenn das wirksamste und gefährlichste Schlagwort gegen den Reichsgedanken, das von der drohenden „Verpreußung Deutschlands", endlich seine Kraft verlieren soll. Deshalb wirken die immer wieder von Vertretern Preußens ausgehenden Rufe nach dem deutschen Einheitsstaat, auch wenn sie gut und ehrlich gemeint sind, in einem dieser guten Meinung genau entgegengesetzten Sinne; sie schaden dem Reichsgedanken und stärken alle Partikularismen. Es ist ein wichtigster Vorzug der Reichsverfassung von Weimar, daß sie der doktrinären Streiterei über Einheitsstaat oder Bundesstaat in der Hauptsache jeden praktischen Inhalt entzogen hat. Sie gibt dem Reiche in Organisation und Zuständigkeit das volle Maß von Einheitlichkeit, das für Gegenwart und absehbare Zukunft nötig und in Deutschland möglich ist; sie läßt den Ländern soviel autonome Bewegungsfreiheit, wie mit dem höchsten politischen Interesse, dem des Nationalstaates, vereinbar ist. Eine vollkommen einheitsstaatliche Verwaltungszentralisation würde ebenso dem deutschen Volksgeiste widersprechen, wie dem Grundgedanken demokratischer Organisation der Selbstregierung und Selbstverwaltung von unten nach oben.

Nur eine in diesem Zusammenhang wesentliche Frage hat die Weimarer Verfassung notgedrungen und bewußt ungelöst lassen müssen: die territoriale Neugliederung des Reiches in Ländergebiete, die dem Zusammengehörigkeitsgefühl der Stämme wie den wirtschaftlichen, kulturellen und administrativen Bedürfnissen möglichst entsprechen. Und da steht wiederum, alles beherrschend, das Problem Preußen im Mittelpunkt. Ohne Hineinziehung Preußens ist eine ersprießliche Neugliederung des Reiches unmöglich. Doch ist dies nur ein Symptom des eigentlichen Uebels. Das Uebel ist nicht, daß Deutschland kein Einheitsstaat ist, vielmehr, daß hier zwei Einheitsstaaten nebeneinander stehen: ein sehr stark dezentralisierter, das Reich, und für vier Siebentel seines Gebietes und seiner Bevölkerung ein stark zentralisierter Einheitsstaat, Preußen. Daher

Digitized by Google

mußte in diesem wichtigen Punkte die Reichsverfassung eine Unwahrheit legalisieren; nämlich die Fiktion, daß Preußen ein Land sei wie die anderen deutschen Länder. Aber ein Land, das vier Siebentel des Ganzen umfaßt, ist eben nicht dasselbe wie eines der übrigen 24 Länder, die sich in den Rest von drei Siebenteln teilen; vollends dann nicht, wenn es der notwendig stark dezentralisierten Reichsorganisation eine zentralisierte Großstaatsorganisation entgegenstellt. Nicht Preußen, wohl aber jede seiner Provinzen steht nicht nur nach Größe, sondern nach ihrer ganzen Natur und Art den größeren anderen deutschen Ländern gleich. Die Reichsverfassung konnte auch jene Fiktion von der Gleichheit Preußens mit allen übrigen Ländern gar nicht konsequent durchführen. Sollte Preußen nicht durch sein natürliches Uebergewicht alle anderen beherrschen, so mußte es im einzelnen verhältnismäßig schlechter gestellt werden als alle anderen. Das zeigt sich am deutlichsten bei der Stimmenverteilung im Reichsrat. Würde hier Preußen den anderen gleich behandelt, so hätte es allein die Mehrheit; der Reichsrat wäre also überflüssig. Preußen erhielt also sehr viel weniger Stimmgewicht, als ihm nach dem Verteilungsmaßstab gegenüber allen anderen zukommt. Das war zwar im alten Bundesrat auch der Fall, wurde jedoch durch die sonstigen Machtmittel Preußens weitaus überkompensiert. Die Reichsverfassung will darüber hinaus noch die Hälfte der Reichsratsstimmen Preußens seinen Provinzen übertragen. Das steht zweifellos nicht im Einklang mit der sonstigen Struktur des Reichsrats und ist nicht ganz einfach durchzuführen; aber es weist deutlich und nachdrücklich auf den Weg hin, der heute noch allein zur Lösung des preußischen Problems ohne bedenkliche Erschütterungen gangbar ist. Ihn mit Entschlossenheit zu beschreiten, ist die wichtigste Aufgabe der neuen preußischen Verfassung.

In meiner Denkschrift zum ersten Entwurf der Reichsverfassung habe ich die Gesamtheit dieser Probleme mit bewußter Schärfe herausgestellt, von der Ueberzeugung ausgehend, daß die notwendige neue Reichsorganisation auch eine territoriale Neugruppierung der deutschen Ländergebiete erfordert. Ebenso nachdrücklich habe ich aber betont, daß eine solche Neugruppierung nach einem großen und einheitlichen Plane ohne bedenklichste Reibungen und Erschütterungen nicht möglich sei, wenn sie nicht von einer ganz überwiegenden Macht der öffentlichen Meinung im gesamten Deutschland getragen werde. Statt dessen erhob sich das Wut- und Wehgeheul über den beabsichtigten Frevel der „Zerschlagung Preußens", indem sich die Partikularisten in Nord und Süd mit den Verkündern eines chimärischen deutschen Einheitsstaates zu einem merkwürdigen Chor verbanden. So mußte denn die Reichsverfassung von Weimar mit dem Geburtsfehler dieser wunden Stelle ins Leben treten. Ihre Heilung ist heute nur in einem vermutlich langwieriger Prozeß mit zahlreichen Einzeloperationen möglich. Die

Digitized by Google

Methode dieser Einzeloperationen hat Art. 18 der Reichsverfassung vorgezeichnet. Für Preußen empfiehlt es sich aus mancherlei Gründen des eigenen wie des Reichsinteresses, wenn irgend möglich, es auf diese chirurgischen Eingriffe nicht ankommen zu lassen, sondern es lieber mit der inneren Medizin der Verfassung zu versuchen. Wie die Dinge sich jetzt gestaltet haben, kann es nützlich sein, das Band der preußischen Staatseinheit für eine Reihe wichtiger Funktionen zunächst noch zu erhalten und die Erschütterungen zu vermeiden, ohne die es bei seiner Zerreißung nicht abgehen würde. Dies setzt aber eine entschiedene Lockerung seiner bisherigen großstaatlichen Zentralisation voraus. Denn nur ein kräftig dezentralisiertes Preußen kann ohne unerträgliche Reibungen innerhalb der dezentralisierten Reichsorganisation bestehen bleiben; und nur unter dieser Voraussetzung werden wichtige Provinzen, die sich den sonstigen deutschen Ländern ebenbürtig fühlen, mit ihrem freien Willen bei Preußen zu halten sein.

Diesen Erwägungen haben die bisherigen Beschlüsse des Verfassungsausschusses Rechnung getragen; und es besteht die Hoffnung, daß sie in zweiter Lesung noch ergänzt und ausgebaut werden. Das weitaus Wichtigste ist, daß der völlig unzulängliche und zwecklose „Finanzrat" des Regierungsentwurfs ersetzt ist durch einen Staatsrat, der ausschließlich aus Vertretern der Provinzen gebildet wird. Seine Funktionen sind denen des Reichsrates innerhalb der Reichsorganisation ähnlich. Das Stimmgewicht stuft sich nach der Bevölkerungszahl der Provinzen ab, jedoch hat jede Provinz mindestens drei Vertreter; die Stadt Berlin ist einer Provinz gleichgestellt; Hohenzollern erhält einen Vertreter. Hier finden also die Provinzen in der zentralen Organisation Preußens eine ähnlich bedeutsame Stellung, wie sie durch den Reichsrat die Länder in der zentralen Organisation des Reiches besitzen. Im Zusammenhang damit wird wohl auch die Frage der Vertretung der Provinzen im Reichsrat selbst zu lösen sein, womit sich eine gewisse Angleichung ihrer Stellung gegenüber dem Reiche an die der Länder vollzieht. Aber diese Stellung der Provinzen würde in der Luft schweben, wenn ihr nicht eine kräftige Erweiterung ihrer Befugnisse im eigenen Hause, in ihrer eigenen Verwaltung entspräche. Angelegenheiten der bisherigen Staatsverwaltung in der Provinzialinstanz müssen zu Angelegenheiten der provinziellen Selbstverwaltung werden; und darüber hinaus deren Organe zur Ausführung staatlicher Gesetze berufen werden. Leider ist ein Antrag des Zentrums, der diese Erweiterungen wenigstens im Prinzip festlegen wollte, zunächst nicht angenommen, sondern durch eine allzu unbestimmte Verheißung auf die Zukunft vorläufig ersetzt worden. Die Berufung der Provinzen zur Bildung des Staatsrats und eine wirksame Erweiterung ihrer Autonomie sind aber mit Recht an die Voraussetzung geknüpft, daß an die Stelle des jetzigen indirekten Wahl-

Digitized by Google

systems das direkte demokratische Wahlrecht, wie es für Reichs- und Landtag besteht, auch für die Provinziallandtage tritt. Die Hebung ihrer politischen Bedeutung und die Demokratisierung ihrer Organisation sind untrennbar miteinander verbunden. Im übrigen wird die Uebertragung der Verwaltungsbefugnisse vom Staat auf die Provinzen zweckmäßig nur allmählich und schrittweise erfolgen; aber daß sie wirklich erfolgt, muß die Verfassung sicherstellen. Soll die ganze Umgestaltung ihren politischen Zweck wirksam erfüllen, so muß sich der Staat auch zu dem gewiß nicht leichten Entschlusse durchringen, in der Hauptsache den Provinzen die Berufung ihrer leitenden Beamten zu überlassen unter Vorbehalt direkter Organe für die Staatsaufsicht und die übrigbleibenden unmittelbaren Staatsfunktionen. Wie für das Verhältnis der Länder zum Reich, so ist für das der Provinzen zum Staate diese Frage der Aemterbesetzung von der größten praktisch-politischen Bedeutung. Man will nicht von Beamten verwaltet werden, die einfach von der Zentralregierung ernannt werden ohne innere Beziehung zu dem engeren Verbande, den sie leiten sollen. Dies ist auch der natürliche Weg zur vielbegehrten „Demokratisierung der Verwaltung". Das parlamentarische Regierungssystem und sein Parteiregiment kann besonders nach Lage der deutschen Verhältnisse des starken Unterbaues einer hochentwickelten Selbstverwaltung nicht entraten, nur die weitgehende Uebertragung der Aemterbesetzung in der inneren Verwaltung auf die engeren und weiteren Selbstverwaltungskörper vermag die parlamentarische Parteiregierung vor dem Hinabsinken in das Beutesystem zu schützen.

Der aus der provinziellen Selbstverwaltung hervorgehende Staatsrat ist das einzige in Preußen mögliche selbständige Organ neben dem Landtag, da ein preußischer Staatspräsident eine unerträgliche Belastungsprobe für das Verhältnis zum Reich bedeuten würde. Daher wäre es zweckmäßig, dem Staatsrat die Auflösung des Landtages, dem Vorsitzenden des Staatsrats die Berufung des Ministeriums zu überlassen. Dazu hat sich jedoch der Verfassungsausschuß noch nicht entschließen können, ohne bisher eine andere befriedigende Lösung gefunden zu haben. Dagegen hat er, abweichend vom Regierungsentwurf, das Referendum (Volksentscheid und Volksbegehren) in gewissem Umfang nach dem Vorbilde der Reichsverfassung eingefügt. Auch sonst sind zahlreiche Bestimmungen der preußischen Verfassung naturgemäß durch die der Reichsverfassung beeinflußt oder bedingt, und andererseits enthält sie manche Materien überhaupt nicht, weil sie durch die Reichsverfassung erledigt sind. Politisch entscheidend für Preußen und politisch bedeutsam für Deutschland wird die neue preußische Verfassung nur durch die Art werden, in der sie Preußens Verhältnis zum Reich und damit zugleich Preußens Verhältnis zu seinen Provinzen organisatorisch zu gestalten vermag.

Digitized by Google

Spa

Von * * *

Nicht mit Unrecht hat man die Bemerkung gemacht, daß Deutschland innerhalb des Interessenkreises der Entente langsam in den Hintergrund gleitet. Nur Frankreich starrt zwischen Angst und Raffgier über den Rhein. Für die Mehrzahl der übrigen Alliierten haben sich inzwischen drängendere Sorgen gemeldet, und wenn sie auf Deutschland blicken, so bewegt sie wesentlich nur zweierlei: das Prozentverhältnis in der Entschädigungsleistung, die man von Deutschlands gutwilliger, „loyaler" Sklavenhaftigkeit erwartet, und die Ueberlegung, wo, wie können deutsche Belange bei den sonstigen Welthändeln zur „Kompensation" verwandt werden. Dahin ist wesentlich das Interesse von London zusammengeschrumpft. Und in Amerika möchte man offenbar die weltpolitische Blamage von Versailles vergessen, indem man die Phantasie ganz auf den inneren Parteien-Machtkampf hinlenkt.

Dieser Zustand schafft für uns keine Erleichterung. Das Gefühl der Schadenfreude, wie bald sich die sachliche Unvollkommenheit der Friedensstifter von den Pariser Vororten zeigt, taugt uns sehr wenig, solange sie sich immer wieder auf dem Buchstaben vereinigen, der uns töten soll. Aber sie wollen uns ja gar nicht töten. Lloyd George will uns von den inneren Gefahren befreien, die in den herrenlosen Flintenläufen lauern, Millerand ist davon überzeugt, daß Frankreich und Deutschland aufeinander angewiesen sind — wie anders könnte er seine deutschen Bewunderer enttäuschen! Nichts liegt ihnen ferner, als von dieser Regierung, der sie ein langes Leben wünschen, von diesem Volk, dessen Arbeitstüchtigkeit sie schätzen, Unbilliges zu verlangen — sie wollen nur, daß die Beziehungen der Staaten nun greifbar „geregelt" werden in dem Ausmaß der Bestimmungen von Versailles, die eine deutsche Unterschrift tragen. Indem sie auf dem Papier neue Regeln herstellen, begründen sie neuen Zwang zur Regellosigkeit in Deutschland.

Simons hat in den engen Maschen der Gewalttaktik, wodurch die Entente sich schützte, mit zäher Klugheit gerungen, um die Drohung mit der Besetzung des Ruhrgebiets nicht sozusagen als ein legitimes Stück der sachlichen Abmachungen anerkennen zu müssen. Der Frieden von Versailles, wenn er schon „Friede" heißt und in seinen Buchstaben verehrt wird, soll auch für den Besiegten eine Art von papierner Schutzwehr enthalten. Lloyd George fand dafür die Formel, daß das Inkrafttreten der Strafbestimmung ja eine Angelegenheit der Alliierten sei und somit ihrer Natur nach kein Gegenstand des Paktes mit den Deutschen. Damit ist nun tatsächlich gar nichts gewonnen. Am 1. Oktober, wenn die Militärfrage brennend ist, am 1. November, wenn die Kohlen nach-

Digitized by Google

gezählt werden, tritt Herr Foch wieder in den Vordergrund der Bühne, bereit, der „Dolmetsch" der Gefühle der Ententegenossen zu sein. Er hat die Auffassung, daß innerhalb der Mißverständnisse der Worte und Ziffern sein Säbel die klarste und eindeutigste Sprache beherrsche. In Deutschland hat man die Reisen des französischen Marschalls mit einer gewissen Stumpfheit vermerkt, für Paris waren sie die Daten, bei denen die elektrischen Wellen in die Volksphantasie eingeschaltet wurden. Nun mag der gutgläubige Deutsche sagen: Ach, es liegt ihnen an dem Einmarsch gar nicht so viel. Sie brauchen die „Strafbestimmung" um der ewigen Siegergeste willen. Nichts wäre so falsch, als diese Formeln gleichgültig zu nehmen oder sich nur über ihre mangelhafte Moral oder Vernunft zu erregen. Sie sind die Handhaben, mit denen je und je Frankreich die politische Krise in Deutschland aufrollen kann, und später um so erfolgreicher, je deutlicher der Entwicklungsprozeß der wachsenden Uninteressiertheit von London und Rom sich abzeichnet. Frankreich sichert sich, über Versailles, über San Remo hinaus, das „Recht" zur Gewalt, mit der es Deutschlands staatlichen Bestand erschüttern kann. Daß es seiner Kohlennot durch Gewalt abhelfen kann, glaubt es selber nicht; aber offenbar ist die politische Zielsetzung immer noch stärker als die wirtschaftliche Resignation, die zu begreifen lernt, daß deutsche Arbeiter zuerst für deutsche Arbeiter arbeiten, und danach sich ins Mögliche bescheidet. Alle Kohlenverträge sind Abmachungen, die auf die Seelenverfassung der Grubenleute geschrieben werden, und darum für den westlichen Imperialismus doppelt fragwürdig.

Nachdem man in Spa über die Kohlenlieferungen in eine Art von Verhandlungen eingetreten waren, wurde an einem sehr künstlichen und äußerst begrenzten System von Kohlenmenge, Bezahlung, Kredit, oberschlesischer Verfügung herumgerechnet. Man muß, solchem Weg, der notwendig die verschiedenen Kräftezentren des Wirtschaftslebens berücksichtigt, alles Gute wünschen, aber es wird sich nicht vermeiden lassen, daß irgendwann ebensoviel Fehlerquellen fließen, weil die Menschen nicht berechenbar sind. Das aber nun ist der Schlüssel von Spa: die Bereitwilligkeit nicht nur der Kohlenhäuer, sondern des ganzen Apparats von öffentlicher Verwaltung, der mit ihrer Arbeit im Zusammenhang steht, das Verlangte zu arbeiten. Die Bergleute haben heute nicht nur das Schicksal der deutschen Industrie in der Hand, entscheiden über die warmen oder kalten Winterstuben des deutschen Volkes, sondern bestimmen auch den Ablauf des europäischen Schicksals. Wir schreiben das nicht nieder, um beschwörende Worte ins Ruhrgebiet zu senden, sondern um etwas sehr Nüchternes zu konstatieren: daß die Macht des kapitalistischen Imperialismus der Entente, auch wenn er Not schwitzt, auch wenn er über deutsche Zerstörungen jammert, ganz unsentimental ihre Grenze an dem

Digitized by Google

findet, was der deutsche Arbeiter sich gefallen läßt. Es war gut, daß neben Stinnes in Spa auch Hué gesprochen hat und in ganz kühlen Worten den Mächtigen dieser Welt ihre Ohnmacht beschrieb. Will Frankreich das Recht und die Menschlichkeit sabotieren, so können die deutschen Arbeiter den Frieden sabotieren. Die gleichen Leute, deren erwartungsvolle Revolutionstorheit vom Feinde Anständigkeit und Lebensrecht erhoffte, können ihm fürchterlich werden, wenn er über sie glaubt hinweggehen zu können. Und die Fragestellung ist für die Entente um deswillen verwickelt, als bei den englischen Grubenarbeitern, die nicht unmittelbar interessiert sind, Angst besteht, daß die Vergewaltigung der deutschen Bergleute ihren eigenen Emanzipationskampf hemme.

Spa wurde abgebrochen, Genf folgt. Sicher erscheint einstweilen nur dies: die Deutschen werden um die „Taktik" ihrer Regierung ein fürchterliches Geschrei anfangen, fast als ob wieder Wahlkämpfe davon zu bestreiten wären. Jetzt schon stehen wir Tag für Tag vor der Würdelosigkeit von Journalisten mit deutschem Namen, die dem Gegner Schmeichelei, den deutschen Staatsmännern nur überheblichen Tadel geben. Das scheint unabwendbares Volksschicksal. Wann kommt der Tag, da das Bewußtsein der feindlichen Bosheit uns auch nur im Wort einige, das die Tat der entschlossenen Selbstbehauptung nicht immer von vornherein verderbe.

Der Weg zur Revision des Versailler Vertrages

Von Lina Richter.*)

Wo heute deutsche Menschen zusammenkommen, sei es auch zu einer edlen Freude, ziemt es sich, daß sie unseres nationalen Unglücks gedenken. Gerade unsern Kindern gegenüber haben wir die Pflicht, dafür zu sorgen, daß die Lebensfreude, die in diesem gesegneten Tal immer wieder hervorbrechen muß, sie nicht teilnahmslos werden läßt gegen das Schicksal ihrer Volksgenossen. Wir müssen unsere Kinder so erziehen, daß sie der Gedanke unserer nationalen Wiederaufrichtung niemals verläßt.

Ich will heute versuchen, ohne Schonung von unserer furchtbaren Lage zu sprechen. Was bedeutet der Friedensvertrag von Versailles? Er ist das Todesurteil, das über uns gesprochen worden ist. Noch aber ist es nicht vollstreckt. Haben wir Hoffnung, daß es aufgehoben wird. Das ist die Frage, die sich heute jeder gewissenhafte Deutsche unablässig vorlegen wird.

Eine trügerische Hoffnung muß hier gleich zerstört werden. Manche Menschen sagen, der Friedensvertrag kann nicht ausgeführt werden, weil er so widerspruchsvoll ist. Er verlangt von Deutschland, es soll sich erst

*) Vortrag bei einer Feier der Schule Schloß Salem, Anfang Juli, in Anwesenheit der englischen Politiker Morel und Ponsonby.

Digitized by Google

nackt ausziehen und dann seine Taschen leeren. Das geht nicht. Oder wie man es auch ausdrücken kann: Die Feinde können die Kuh Deutschland nicht schlachten und dann melken wollen. Gewiß wäre es im wahren Interesse unseres furchtbarsten Feindes, Frankreich, Deutschland durch Erhaltung seiner Industrie und seiner Landwirtschaft zahlungsfähig zu machen. Aber der Gedanke, daß wieder Rohmaterialien nach Deutschland hineinströmen könnten, daß unsere Industrie wieder blühen und unsere Volkskraft sich erholen sollte, — dieser Gedanke ist Frankreich unerträglich. Frankreich kommt gar nicht dazu, sich in seinem wilden Sieger- und Racherausch zu fragen: Was ist mein eigenstes Interesse? Sein schlechtes Gewissen, die Angst vor Deutschland, das es mit einer so raffinierten Niedertracht behandelt hat, sind so groß, daß Frankreich nur das eine Ziel vor Augen sieht: Wie kann ich Deutschland niederhalten? Die Franzosen weiden sich an unserer Not und Schmach und verzichten lieber auf ihren Vorteil als auf die Befriedigung ihrer Rachsucht. Vor die Wahl gestellt, die Kuh zu schlachten oder zu melken, ziehen sie das Schlachten vor. Gerade die Undurchführbarkeit vieler Bestimmungen ist planmäßig in den Friedensvertrag hineingebracht worden, um ständig den Vorwurf des Wortbruchs gegen Deutschland bereitzuhaben und zu Exekutionen schreiten zu können, die allmählich ganz Deutschland in einen Zustand der Knechtschaft bringen sollen, wie heute das besetzte Gebiet. Im Hintergrund steht die Hoffnung auf die Zerreißung der Nation und den Rheinbund. Die Geschichte lehrt, was für Mühe und was für Kosten sich Frankreich gemacht hat, damit der Dreißigjährige Krieg wirklich seine 30 Jahre dauerte und Deutschland am Ende so schwach und zerrissen war, daß Frankreich einstecken konnte, worauf es Lust hatte. Wir müssen auch heute damit rechnen, daß Frankreich sich alle erdenkliche Mühe geben wird, um alle Keime der Unzufriedenheit und Zwietracht in Deutschland zu nähren. Die Franzosen haben ihre Hand im Spiele, wo Loslösungsbestrebungen am Werke sind: in der Pfalz, im Rheinland, ja in Bayern; aber auch der Bürgerkrieg zwischen den Klassen ist Frankreich ein willkommenes Mittel, und da hilft ihm nicht nur der bewaffnete Bürgerkrieg, der ja in Deutschland nur von Zeit zu Zeit aufflackert, sondern auch der furchtbare moralische Bürgerkrieg, der jetzt schon zwei Jahre ununterbrochen dauert, und der schließlich dazu führt, daß die einzelnen Klassen und die einzelnen Landesteile einander mißtrauischer und feindseliger gegenüberstehen, als ihren fremden Unterdrückern. Die Verringerung der Wehrmacht soll uns nicht nur ohnmächtig nach außen hin machen, sondern auch der Regierung die Mittel nehmen, die Staatsautorität im Innern aufrechtzuerhalten.

Wer heute sich Parteileidenschaften hingibt, wer heute gegen eigene Volksgenossen hetzt, der treibt in der Tat Frankreichs Geschäfte. So frohlockte Frankreich über den Kapp-Putsch, die Kämpfe im Ruhrgebiet,

Digitized by Google

über die Nachweise politischer Unfähigkeit und unsachlicher Parteileidenschaft, die bei den Verhandlungen über die Kabinettsbildungen immer wieder zutae traten.

So ist also die Hoffnung auf die Einsicht Frankreichs in die Undurchführbarkeit und den Widersinn des Friedensvertrages eine trügerische.

Eine zweite Hoffnung ist auch trügerisch: Daß die gegenwärtigen Regierungen in Amerika, in Italien oder in England die Kraft oder den Willen hätten, Frankreich in den Arm zu fallen.

Amerika hat sich nach seiner unerhörten internationalen Blamage auf seinen eigenen nationalen Egoismus zurückgezogen, und es ist ihm peinlich, und langweilig, etwas von Europa zu hören.

Italien hat heute noch nicht das nötige Gewicht im Rate der Völker.

Die englische Regierung, die ja kühler rechnet, wünscht zweifellos nicht ein bolschewistisches und zerfallenes Deutschland. Aber die gegenwärtigen Machthaber in England sind mitschuldig an dem Friedensvertrag von Versailles. Sie würden nur durch den Druck der öffentlichen Meinung gezwungen werden können, wesentliche Teile des Vertrages von Versailles aufzugeben. Sie sind heute genau so ohne Verantwortungsgefühl gegenüber Europa, wie vor einem Jahr. Zudem hat die Regierung vollauf zu tun, um Ordnung an vielen Stellen des britischen Reiches zu schaffen, wo es sehr bedrohlich aussieht. Man merkt an dem Auftreten Frankreichs deutlich, daß es glaubt, Englands Widerstand nicht fürchten zu brauchen.

Auch eine dritte Hoffnung müssen wir von uns weisen. Das ist die Hoffnung auf den Revanchekrieg. Es gibt Leute, „die heute noch mit der Scheide rasseln, in der kein Schwert mehr steckt". Diese Leute träumen sich in das alte waffenstarrende Deutschland zurück, das doch so niemals wiederkommen kann und auch gar nicht wiederkommen sollte. Das ist ein Ausweg ins Traumland, vor dem wir uns hüten müssen. Der echte Pazifist, dem Friede und Ruhe nicht Selbstzweck, sondern nur Mittel zu einer besseren Weltordnung sind, der darf nicht verlangen, daß ein Zustand der Unterdrückung und des Unrechts zum Dauerzustand wird um des Friedens willen, der muß als ultima ratio der Verzweiflung den Befreiungskrieg anerkennen. Die Revanchepolitiker aber werden von einem anderen Geist getrieben. Sie wollen das, was Frankreich nach 1871 wollte: Sie wollen den Feinden das Unrecht antun, das der Feind uns antut. Eine solche Gesinnung entweiht den Kampf ums Recht, treibt zum Kriege und versperrt andere Wege, die erst bis zur letzten Möglichkeit versucht werden müssen.

Neben diesen trügerischen Hoffnungen finden wir auch die Stimmung der bequemen Verzweiflung. Es gibt heute manchen, der nur darauf bedacht ist, sich und seine Familie aus dem allgemeinen Untergang zu retten und wenn ihm dies gelingt, ist es ihm gleichgültig, was aus Deutschland wird.

Digitized by Google

Das ist ein Ausweg, den ich nur als Ausweg der Schieber bezeichnen muß. Es ist die richtige Schiebergesinnung, nicht besser als wenn jemand sein Vermögen nach dem Ausland verschiebt.

Aber es gibt einen Ausweg in Freie, und von dem möchte ich heute sprechen: Es ist nach Meinung unserer Gesinnungsgenossen der einzige, der uns übrigbleibt, und es ist der, den die Männer und Frauen einschlagen wollten, die sich am 3. Februar 1919 unter der Führung des Prinzen Max in Heidelberg zu einer Arbeitsgemeinschaft vereinigt haben. Wir glauben daran, daß das große Ziel des Völkerbundes, daß der Sieg des Rechtsgedankens im internationalen Leben kein unmögliches Wahngebilde ist, und daß sie schon am Schlusse dieses Krieges hätten Wirklichkeit werden können, wenn nicht schwache und treulose Hände das große Panier gehalten hätten. Die Völker waren bei richtiger staatsmännischer Führung reif geworden für nationale Selbstbeherrschung und der friedlichen Neuordnung der Welt. Präsident Wilson hat diesen Gedanken, den die besten Christen aller Völker immer hochgehalten haben, mit der Gebärde des Propheten an sich gerissen; heute sagen wir: Der Prophet ist tot, aber es lebe die große von ihm verratene Sache.

Eine Kampforganisation für das Recht im Leben der Völker, das will die Heidelberger Vereinigung werden. Warum konnte sie sich an diese Aufgabe wagen? Es gab schon damals zwei andere Gruppen in Deutschland, die laut und vernehmlich ihre Stimme nach dem Ausland hinübertönen ließen. Es waren die Unabhängigen und die Alldeutschen. Beide wurden im Ausland zitiert, beide haben aber unserer Sache nur geschadet. Es ist klar für jeden, der fremde Völker kennt, daß die Methoden der Unabhängigen und der extremen Pazifisten nur Wasser auf die Mühle der feindlichen Hetzer liefern.

Gleich nach dem Waffenstillstand gelang es einer Reihe von Vertretern des feindlichen Auslandes, besonders Franzosen, sich an die zumeist der unabhängigen Sozialdemokratie angehörigen Regierungsmitglieder verschiedener deutscher Staaten heranzumachen und ihnen den Gedanken einzublasen: Wenn Deutschland offenbare Zeichen seiner Sinnesänderung gibt, dann wird die Entente ihr oft gegebenes Versprechen halten und dem reuigen deutschen Volke einen besseren Frieden machen als sie es dem militaristisch gesinnten Deutschland gegenüber tun würde. In ihrer Unkenntnis des Auslandes machte es Männer wie Eisner nicht einmal stutzig, daß es Korrespondenten der schlimmsten französischen und englischen Hetzblätter waren, die ihnen diese Verlockungen zuflüsterten. Vielmehr ließ er sich genau sagen, welche Zeichen der Sinnesänderung denn von Deutschland verlangt würden und erfuhr, daß es insbesondere das Eingeständnis der deutschen Schuld am Kriege sei, was man als untrügliches Zeichen der deutschen Läuterung erwartete. Es ist bekannt, daß auch völlig auf-

Digitized by Google

richtige Pazifisten, wie Prof. Foerster, auf diese Täuschung hineingefallen sind und wiederholt dem deutschen Volke zugeredet haben, es möchte doch das geforderte Schuldbekenntnis ablegen. Das war ein Abweichen von der einfachen Bahn der Ehrlichkeit, ein Schuldbekenntnis wider besseres Wissen, und es hat sich bitter gerächt. Auf unsere alleinige Schuld stützte sich die Anklageschrift, mit der uns die Entente in Versailles empfing, und alle unerhörten Forderungen auf Entschädigung, Auslieferung usw. begründete. Da der ganze Krieg als unser Verbrechen hingestellt wurde, so war jede Kriegsmaßregel von unserer Seite ein Mittel zum Verbrechen, jede Kriegsmaßregel der Gegner aber berechtigte Abwehr. Da kam der haarsträubende Unsinn heraus, daß Deutschland für alles aufkommen sollte, was seine Kriegführung zerstört, die anderen aber für nichts, was sie vernichtet hatten. Bomben auf London waren ein Verbrechen, Bomben auf Karlsruhe nicht.

Das ist die Geschichte des lästerlichen Paragraphen 231, worin die verbündeten Raubstaaten sich als Austeiler der Weltgerechtigkeit gebärden.

Die Alldeutschen handelten vielfach in großer nationaler Begeisterung. Ihr Vaterland war ihnen alles, die übrigen Völker waren nur Mittel zum Zweck. Es sind unter ihnen tapferste Männer gewesen, die ihr Blut während des Krieges ohne Murren eingesetzt haben. Aber in der Wirkung haben sie uns ebenso geschadet wie die Unabhängigen. Sie beschönigen und halten alles für richtig, was Deutschland während des Krieges getan hat. Dadurch verlieren sie alle Glaubwürdigkeit, auch wo sie Deutschland verteidigen, wo es verteidigt werden kann, und wo sie gegen das Unrecht auftreten, das uns geschieht.

Diejenigen Deutschen, die der heidnischen Gesinnung des Krieges unterlegen sind oder die geglaubt haben, die Erhaltung der Kriegsstimmung sei wichtiger als die Erhaltung von Deutschlands gutem Namen, die die Versenkung der Lusitania mit Jubel begrüßt, erbarmungslose Behandlung der Gefangenen empfahlen, die den verschärften U-Bootkrieg erzwangen, immer neue Luftangriffe auf englische Städte gefordert haben, die ernten natürlich heute nur Hohn und Spott, wenn sie jetzt über Deutschland klagen. Sie können nicht den Ton der Ueberzeugung aufbringen, wenn sie das heilige Recht der Selbstbestimmung auch für Deutschland fordern, das sie andern Völkern nicht zuerkannt haben.

Sie hatten laut gefordert, man solle Belgien annektieren und die ganze Bevölkerung, soweit sie widersetzlich wäre, ausweisen — evakouieren nannte man das. Sie hatten das französische Briey und Longwy behalten wollen, weil es Erze enthielt. Darum steht es ihnen heute nicht an, nach Gerechtigkeit zu rufen, wenn man aus Straßburg, aus Eupen und Malmedy deutschgesinnte Bürger auswies, wenn man das deutsche Saargebiet den Franzosen in die Hand spielen wollte, weil es Kohlengruben hat, wenn man

Digitized by Google

das rein deutsche Danzig polnisch machen wollte um seines Meerhafens willen, oder wenn man uns unter nichtigen Vorwänden unsere Kolonien raubte. Ihnen hätte man mit der bequemen Erwiderung kommen können, die auf einfache Köpfe immer überzeugend wirkt: Wenn ihr die Macht gehabt hättet, hättet ihrs genau so gemacht.

Diese Gefahren standen den Gründern der Heidelberger Vereinigung vor Augen. Unsere Wortführer vor der Meinung der Welt mußten Männer sein, die, der Unpopularität trotzend, während des Krieges daran festgehalten hatten, daß das Recht die unerschütterliche Grundlage im Verkehr der Völker untereinander bleiben muß und auch im Kriege nicht beiseite geschoben werden darf. Diese Männer durften heute, weil sie ihren Grundsatz lebendig durch den Krieg hindurchgerettet hatten, für das Recht der Deutschen sprechen, das die Feinde mit Füßen traten. Es wurde bei der Auswahl der Mitarbeiter der Heidelberger Vereinigung auf die innere Parteizugehörigkeit kein Wert gelegt.

Die Mitglieder der Heidelberger Vereinigung hatten keinen Augenblick versucht, die deutsche Kampfkraft zu lähmen und dadurch die energische Fortführung des Krieges zu hindern. Aber sie wollten, daß das deutsche Schwert rein bleibe. Und sie wollten vor allen Dingen den Mißbrauch des Sieges verhindern. Unsere Nation steht uns natürlich näher als jedes andere Volk, aber wir glauben, damit ein kostbares deutsches Erbe zu verwalten, wenn wir uns einen nationalen Aufschwung nicht anders denken können als unter Achtung vor dem Recht anderer Völker.

Wer heute Vertrauen im Ausland genießt, der hat die Pflicht, als Sachverwalter des deutschen Rechts aufzutreten. Können wir nach all dem, was im vergangenen Jahre vorgegangen ist, auf den Erfolg unserer Sache hoffen? Unsere Antwort ist: Wir dürfen damit rechnen, daß ein Umschwung in der öffentlichen Meinung in den feindlichen Ländern erfolgt. Das Schamgefühl über den Vertrag von Versailles wird immer stärker in allen Kulturstaaten. Als in Versailles die vier Schwerverbrecher an der Menschheit das größte Zerstörungswerk der Weltgeschichte vollbracht hatten, wo es in ihren Händen lag, das größte Rettungswerk zu vollbringen, da hat sich schon eine entschlossene Gruppe in England und Amerika zusammengefunden, und scharfen Protest gegen den Friedensvertrag von Versailles ausgesprochen. Sie konnten sich damals nicht durchsetzen, weil gewaltige Lügen und Verleumdungen in dem Bewußtsein der feindlichen Völker festsaßen, die unausrottbar schienen, und die alle Deutschland als den fluchbeladenen Schuldigen stempelten. Seit der Zeit sind diese Männer rastlos und unermüdlich bemüht, die öffentliche Meinung auf ihre Seite zu bringen. Der Weg, der vor ihnen liegt, ist schwer, vielleicht dauert er lange. Das wäre für Deutschland schlimm, denn wir haben nicht viel Zeit.

Digitized by Google

Wir haben heute einen verehrten Gast in unserer Mitte, welcher bereits mehrfach für eine große Sache gekämpft hat, die für verloren galt. Als seinerzeit die belgische Regierung die fürchterlichen Greueltaten gegen die Kongoneger vollbrachte, eine Ausbeutungspolitik trieb, für die es kein Beispiel gegeben hat, da hat es Herr Morel übernommen, das Gewissen der Welt aufzurütteln und hat es schließlich so weit gebracht, daß ein gemeinsames Vorgehen der Regierungen Europas die schlimmsten Untaten abstellte. Mit genau derselben Zähigkeit verfolgt heute Herr Morel das Ziel, ein Wiederaufnahmeverfahren zuwege zu bringen, das den Schuldigspruch gegen Deutschland umwirft, auf dem der ganze Versailler Vertrag beruht, nämlich: Daß Deutschland ganz allein die Verantwortung am Ausbruch des Krieges trage, und für ein so ungeheures Verbrechen jede Strafe nur gerecht sei. Morel hat schon während des Krieges gewagt, seine Ueberzeugung auszusprechen, daß die Schuld der anderen Großmächte genau so groß ist wie die deutsche, und daß keiner dem andern mit der Miene des Richters entgegentreten darf. Und dafür ist er von kurzsichtigen Patrioten ins Gefängnis geworfen worden.

Auch Herr Ponsonby ist von seinen Landsleuten verfolgt worden, weil er die englischen Kriegslügen enthüllte und unermüdlich im Interesse seines Landes und Europa den Verständigungsfrieden forderte. Dabei sind diese Männer keineswegs „pro-deutsch" gewesen. Sie haben harte, aber wahre Worte über die deutsche Politik gesprochen, und uns damit viel schwerer getroffen als Northcliffe mit seinen wahllosen Beschimpfungen.

Seit die Wirkungen des Waffenstillstandes, der Fluch der Blockade deutlich geworden, seit der Friedensvertrag seine ersten furchtbaren Folgen zeitigte, fanden Morel und seine Freunde mehr Gehör bei ihrer Nation, und aus den versprengten Freunden des Rechts wurde eine große angesehene Gruppe. Heute kämpft diese Gruppe in weit verzweigten Vereinigungen für eine grundlegende Revision des Vertrages von Versailles. Sie sucht aus vertrauenswürdigen Quellen in Europa alles zusammenzubringen, was die Augen ihrer Landsleute öffnen kann über die Hölle, die sich über ganz Mitteleuropa ausbreitet.

Die Hoffnung, daß diese Ideen in England schließlich den Weg zur Macht finden werden, ist deshalb kein Trugbild, weil das eigenste Interesse des englischen Reiches diesen Sieg des besseren England fordert. Es murrt und meutert heute an allen Ecken des englischen Reiches herum. in Indien, Aegypten, im Burenland, in Irland, überall erheben sich unterdrückte Nationen mit der furchtbaren Anklage: Traut England nicht. Es wird an uns handeln, wie an seinen Feinden! Es zeigt sich, daß man heutzutage ein großes Reich nicht nur mit dem Schwert zusammenhalten kann, sondern daß man dazu auch einen guten Namen braucht. Man kann nicht seine Feinde belügen und betrügen und dann bei den eigenen be-

Digitized by Google

herrschten Fremdvölkern Vertrauen finden wollen. Wer so wie England die feierliche Verpflichtung, die Grundlage des Waffenstillstandes, einfach wie einen Fetzen Papier zerreißt, zu dessen Wort kann niemand mehr Vertrauen haben.

Der Zusammenbruch des englischen Reiches liegt nicht im Weltinteresse. Kein Mensch kann die ungeheure Kulturmacht verkennen, die vom besseren England ausgegangen ist und noch ausgehen kann. Aber daran kann kein Zweifel sein, das England Lloyd Georges kann das britische Weltreich auf die Dauer nicht zusammenhalten: und sein Zerfall würde wohlverdient sein.

Der große Prüfstein für die Aufrichtigkeit und Stärke der Rechtsfreunde überall auf der Welt wird in dem Moment da sein, wo wir gezwungen sein werden, unerhörten Forderungen ein „Nein" entgegenzusetzen. Dies „Nein" freilich dürfte nicht zögernd, nicht unsicher klingen. Wenn der schlimme Separatismus, der elende vergiftende Parteizank die Stimme des deutschen Volkes zweideutig und schwach klingen lassen, dann wagt Frankreich den Einmarsch in der sicheren Hoffnung auf den raschen Zerfall Deutschlands. Wenn aber das deutsche Volk sich in der letzten höchsten Not einmütig aufrafft zu solchem großen „Nein", dem „Nein" der zum äußersten Leiden bereiten Nation, dann wird es schwer für die englische Regierung sein, den wachsenden Zorn der öffentlichen Meinung gegen den Verderber Europas zurückzuhalten. — Alles kommt darauf an, daß wir mit unserer Haltung das Wort unserer Vertreter in Spa bekräftigen. Wenn es deutlich wird, daß Nord und Süd und Ost und West, und daß alle Parteien einig sind, dann kommt es vielleicht nicht bis zum Aeußersten. Dann weichen die Franzosen vielleicht selbst der Gefahr aus, sich zu isolieren.

Ob dieses „Nein" kommt und kommen muß, das können wir nicht sagen. Es kann in wenigen Tagen in Spaa notwendig werden, es kann am Schluß von langen Verhandlungen erfolgen müssen, in denen man versucht hat, es abzuwenden. Gott gebe, daß es überhaupt nicht notwendig wird. Von der Haltung unserer Vertreter wird sehr viel abhängen. Wir sind heute in der glücklichen Lage, zur Führung der auswärtigen Geschäfte Vertrauen haben zu können. Der Reichskanzler Fehrenbach gehört zu den Unterzeichnern des Aufrufs, darin es heißt: „Wir haben für unser Land, als es noch auf dem Höhepunkt der militärischen Erfolge stand, jede Politik bekämpft, die das Recht anderer Nationen mißachtete."

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes hat in Versailles in vorderster Reihe für die große Sache des Rechts gekämpft. Walter Simons ist einer der wenigen, die einen Gegensatz von Politik und Christentum nicht anerkennen. Er hat von jeher jedes unsaubere und hinterhältige diplomatische Mittel verurteilt. Als er seinerzeit vom Prinzen Max zum Chef der Reichskanzlei berufen wurde, legte er sein politisches Glaubensbekenntnis ab:

Digitized by Google

Trachtet am ersten nach dem Reiche Gottes und nach seiner Gerechtigkeit, so wird euch solches alles zufallen.

Simons hat seinerzeit seine Entlassung aus dem Staatsdienst genommen, als der Vertrag von Versailles unterschrieben wurde. Er war nicht imstande, ein Versprechen zu unterzeichnen, von dem er wußte, daß es nicht gehalten werden konnte. Wenn er heute das Amt annimmt, so bedeutet dies, daß er die Hoffnung auf eine Revision des Vertrages von Versailles nicht aufgegeben hat, sondern entschlossen ist, für sie zu kämpfen. Und für die Feinde bedeutet es, daß das, was Simons verspricht, Deutschland auch auszuführen gewillt ist, soweit menschliche Kraft reicht.

Französische Industriepolitik.

Von Dr. Walter Treuherz, Berlin.

Im August 1915 ist unter Führung der Pariser Handelskammer die Association nationale d'Expansion économique begründet worden. Sie entfaltete eine sehr lebhafte Tätigkeit und veranstaltete kurz nach ihrer Gründung eine Enquete über die Möglichkeiten, den fremden, d. h. in diesem Fall besonders den deutschen Wettbewerb auf französischem Boden auszuschalten. Die Bearbeitung der Materie wurde einem mit deutschen Verhältnissen gut vertrauten Professor an der Universität Dijon, Henri Hauser, übertragen, der seinen Bericht im Jahre 1917 der Oeffentlichkeit übergab. Diese Enquête ist auch für die heutige französische Wirtschaftspolitik noch von Bedeutung. Sie enthält bereits alle Forderungen, die später im Versailler Vertrage verwirklicht worden sind und stellt Thesen auf, die noch immer auf die französische Wirtschaftspolitik großen Einfluß ausüben. Als Maßregeln gegen Deutschland wurde, dies ist das Resultat der Enquete, gefordert:

1. Die Blockade, die „Besetzung des Meeres", ist auch nach Unterzeichnung des Waffenstillstandes aufrechtzuerhalten, um zu verhindern, daß die in Amerika gekauften Vorräte an Rohstoffen nach Deutschland gelangen, ehe die französischen Fabrikeinrichtungen vollständig wiederhergestellt sind.

2. Bis zu dieser Wiederherstellung ist eine sehr strenge Kontrolle über eine Anzahl deutscher Industrien auszuüben, die sich richtet nach den von den französischen Fabriken erlittenen Verlusten; mit anderen Worten, die deutsche Industrie ist während der Zeit bis zur vollständigen Instandsetzung der französischen Industrie außer Betrieb zu setzen.

3. Während der Zwischenzeit vom Waffenstillstand bis zum Frieden ist die Einfuhr von Fabrikaten aus den neutralen Ländern in die Länder der Entente zu beschränken auf eine Menge, die sich bestimmt nach der Durchschnittshöhe der letzten Friedensjahre. Auf diese Weise wird man nicht nur das Durchsickern deutscher Waren durch die Schweiz, die Niederlande usw. verhindern, sondern auch den Deutschen einen Strich durch die Rechnung machen, die in neutralen Ländern Fabriken oder Niederlagen für deutsche Produkte errichtet

Digitized by Google

haben oder zu errichten vorhaben. Dadurch wird Frankreich nicht nur sich selbst einen Dienst erweisen, sondern ebenfalls den Neutralen, die es auf diese Weise vor einer Invasion bewahrt, die ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit stark bedroht.

4. Um dieser Gefahr vollständig zu begegnen, ist von den Neutralen die Einrichtung eines sehr strengen Ueberwachungsdienstes der Ursprungserzeugnisse zu fordern, deren Unparteilichkeit nicht in Fragen stehen darf. Es liegt im Interesse der Neutralen selbst, Frankreich hinreichende Garantien zu geben, wenn sie sich die Ententemärkte offenhalten wollen.

Diese französischen Forderungen sind allerdings während des Krieges aufgestellt worden; aber ihre Erfüllung wurde lange nach Abschluß des Waffenstillstandes in zähem Kampf Schritt um Schritt den übrigen Alliierten abgerungen, und sie sind Deutschland gegenüber schließlich fast durchweg streng befolgt worden. Sie sind ein Beweis für die geringe Fähigkeit Frankreichs, weltwirtschaftlich zu denken; sie bedeuten — aus neutralen Landen gesehen — den Verrat europäischer Solidarität auf Kosten ehrgeizigster wirtschaftsimperialistischer Pläne Frankreichs. Daß in Deutschland vor Ausgang des Krieges ähnliche Forderungen aufgestellt wurden, ist keine Entschuldigung. Dieser Einwand widerlegt nicht unsere Anklage; er verdoppelt sie nur nach der Seite der deutschen und der französischen Phantasten.

Man könnte entschuldigend einwenden, daß Kriegspsychose sie diktiert hätte, als die Erschöpfung der kontinentalen Wirtschaftskräfte noch nicht in dem jetzt, tatsächlich erkannten Ausmaß zu übersehen war. Aber sie sind der Niederschlag von Wünschen und Forderungen derselben französischen Kreise, die jetzt wenn man den Berichten aus Frankreich zurückkehrender deutscher Wirtschaftsführer glauben darf, die Annäherung an Deutschland wünschen und in gemeinsamer Arbeit auch für ihr eigenes Land nur noch das Heil sehen. Daher ist Mißtrauen unsererseits nicht ganz zu unterdrücken. Für die Mentalität des französischen Wirtschaftsmenschen sind die angeführten Forderungen auch heute noch aufschlußreich.

Selbst dem Gegner Deutschlands müßte allmählich einleuchten, daß unmöglich nur unsere „Böswilligkeit" oder gar hartnäckiger Chauvinismus, wie uns häufig vorgeworfen wird, die Schuld tragen kann, wenn trotz aller Bemühungen zu nützlicher Gemeinschaftsarbeit mit Frankreich alle Verhandlungen immer wieder ins Stocken geraten. Der Ansätze waren genug vorhanden. Aber sie konnten in vergifteter Atmosphäre nicht ausreifen.

Die französisch-deutsche Industrie-Konferenz, gefördert hüben und drüben, ist über Vorbesprechungen ebenfalls nicht hinausgelangt. Die Wirtschaftsführer der entsprechenden Gruppen haben sich begrüßt; dabei wurde von französischer Seite festgestellt, daß Sachverständige für die deutsche Montanindustrie, auf deren Anwesenheit die Franzosen besonderes Gewicht legen, nicht zur Stelle seien. Nach Erledigung nebensächlicher Formalitäten ist die Konferenz dann wieder vertagt worden.

Digitized by Google

Sie konnte nach unserer Auffassung zu Resultaten auch noch nicht führen, weil Spaa ihre Sitzungen bereits überschattete und weil von französischer Seite erklärt worden war, daß politische Fragen nicht zur Diskussion stehen dürften, ja, daß nicht einmal über die Auslegung des Friedensvertrages gesprochen werden solle. Formal — und nicht nur zur Beruhigung der französischen öffentlichen Meinung — mag diese Erklärung des Handelsministers Isaac vielleicht berechtigt gewesen sein. Von den vielen Unterzeichnern des Versailler Dokumentes standen sich allerdings nur zwei Kontrahenten gegenüber. Eine Milderung der Friedensbedingungen, soweit sie grundsätzliche Fragen angingen, war daher nicht zu erwarten. Aber es wäre wohl möglich gewesen, wenigstens über jene wirtschaftspolitischen Schwierigkeiten hinwegzukommen, die Deutschland und Frankreich allein angingen und die laut Friedensvertrag auch lediglich zwischen ihnen ausgetragen werden konnten. Dies gilt z. B. teilweise von der Kohlenfrage. Wenn Frankreich zu einem großzügigen Industrieabkommen mit Deutschland gelangen wollte, dann war die Regelung der Kohlenfrage in einem für beide Teile befriedigenden Sinne selbstverständliche Voraussetzung. Auf welchem Wege die Lösung hätte gefunden werden können, war kaum zweifelhaft. Man mußte zurückgreifen auf den bereits von der deutschen Friedensdelegation der Entente in Versailles unterbreiteten Vorschlag, der für eine bestimmte Zeit die Beteiligung Frankreichs an gewissen deutschen Industriezweigen vorsah. In den Bemerkungen der deutschen Delegation zum Friedensvertrag war damals gesagt worden:

„Die deutsche Delegation verweist auf die mit der Note vom 16. Mai überreichten Vorschläge in bezug auf Sicherstellung der Kohlenlieferungen durch Beteiligung an deutschen Kohlengruben. Die deutsche Regierung ist bereit, den hierbei angewandten Grundsatz auch auf andere Industrien auszudehnen, d. h. die Besitzer von in Nordfrankreich und Belgien zerstörten industriellen Unternehmungen zum Teil dadurch zu entschädigen, daß ihnen eine angemessene Beteiligung an einem gleichartigen oder verwandten Unternehmen in Deutschland überlassen wird. Die deutsche Regierung weist darauf hin, daß auf diesem Wege sich auch erhebliche Möglichkeiten zur Finanzierung des Wiederaufbaues von Belgien und Frankreich schaffen lassen. Sie ist unter diesem Gesichtspunkt grundsätzlich bereit, die Ueberlassung von Beteiligungen an Unternehmungen in Deutschland auch über den oben angegebenen Rahmen hinaus zu verwirklichen."

Der auch von deutscher Seite häufig erhobene Vorwurf, daß Deutschland nichts getan habe, um den schnellen Wiederaufbau Nordfrankreichs zu ermöglichen, ist daher entschieden zurückzuweisen. Der einzig gangbare Weg zu einem befriedigenden Ausgleich der deutsch-französischen Gegensätze ist tatsächlich schon vor Unterzeichnung der Friedensbedingungen gewiesen, aber nicht beschritten worden. Die Schuld für das Versäumnis kann unmöglich Deutschland aufgebürdet werden. Frankreich wollte damals gar keine Annäherung an Deutschland. Keynes erzählt, welch geringe Aufmerksamkeit dem wirtschaftlichen

Digitized by Google

Problem besonders von Clemenceau in Versailles beigemessen wurde. Die französische Rechnung lautete eben ganz einfach so, wie dies in der Eingangs erwähnten Enquete zum Ausdruck gebracht worden ist.

Die französische Kohlennot sollte und wird nun tatsächlich nach folgendem recht primitiven Rezept behoben werden. Man berechnet, daß der Bedarf an Kohle und Koks bis zu einem gewissen Grade durch die Annexion des Saargebietes gedeckt werden könne und daß auch das Elsaß imstande sein würde, ungefähr 2 Millionen Tonnen aufzubringen. Da aber mit dem Kohlenreichtum gleichzeitig auch die Industrie des Saargebiets und des Elsaß erworben wurden, die selbst starke Kohlenverbraucher sind, berechnete man, daß gleichwohl das Doppelte der Einfuhr vor dem Kriege benötigt würde. In diesem Zusammenhange ist in der Enquete bereits wörtlich gesagt worden: „Weit entfernt davon an eine Aufgabe der westfälischen Kohlen zu denken, rechnen die Einsichtigen viel mehr damit, Deutschland die Verpflichtung aufzuerlegen, während einer gewissen Zeit eine bestimmte Menge Kohle entweder umsonst als Kriegsentschädigung oder zu einem auferlegten Preis zu liefern." Und diese Forderung ist dann ganz einfach in den Friedensvertrag aufgenommen worden und ist jetzt in Spa der Erfüllung entgegengeführt werden. Sie ist das Hemmnis, über das die zur Einsicht gelangten Wirtschaftsführer östlich und westlich des Rheins so lange stolpern werden, bis es hinweggeräumt ist. Nun wird begreiflich, daß die deutsche Montanindustrie nur zögernd und widerstrebend mit Gegnern, die so ausgesprochen auf ihre Vernichtung hinarbeiten, eine „Verständigung" eingeht. Solange in Frankreich nicht begriffen wird, daß wir allen Grund zu der Befürchtung haben, Deutschland solle zum Joch des Versailler Vertrages durch die deutsch-französische Industrie-Konferenz auch noch ein Leitseil gesponnen werden, wird völliger Ausgleich der Gegensätze nur schwer möglich sein. Oder erwartet Frankreich, daß die Ernennung des neuen Berliner Botschafters Charles Laurent, dem die Weisung mit auf den Weg gegeben wurde, er habe vor allem für Frankreich Kohle zu beschaffen, besonders geeignet sei, das Mißtrauen deutscher Industriekreise zu zerstreuen? Nur unentwegt in einem einzigen Kanal denselben Gedanken auf- und abwälzende Publizisten werden es behaupten.

Die Zusammenarbeit mit Frankreich wünschen in Deutschland viel weitere Gruppen als es bei oberflächlicher Betrachtung den Anschein hat. Wenn unsere Industriellen abwarten und nur zögernd an die Verwirklichung des auch von ihnen als richtig Erkannten herangehen, so tun sie es aus guten Gründen. Mit vollem Recht ist gesagt worden, daß die beiden Nachbarn gefesselt an einem Abgrund entlangschreiten. Stürzt der eine, so zieht er den andern mit sich. Diese Gemeinsamkeit ist aber erzwungen, nicht freiwillig zustande gekommen. Nicht Freunde, Gegner hat der Versailler Vertrag gefesselt. Bevor daher nicht eine Annäherung auch in politischer Beziehung erfolgt, bevor nicht auch die Sieger sich um die

Digitized by Google

Entgiftung der geistigen Atmosphäre bemühen, ist wirtschaftliche Zusammenarbeit nur schwer durchführbar.

Nach dem Vertrag sind Deutschland schwere Kohlenlieferungen aufgebürdet worden. Wir könnten sie mühsam erfüllen, wenn Frankreich uns seiner Hilfe zur Erhaltung Oberschlesiens versichern wollte. Bisher aber hat gerade das kohlenbedürftige Frankreich keine Mühe gescheut, uns die Verfügungsgewalt über diese wichtigste Voraussetzung jeder Wiedergutmachungsarbeit zu entziehen, und als das Ruhrrevier durch kommunistischen Bandenkrieg zur Stillegung seiner Zechen verurteilt war, hat Frankreich laut nach Kohlen gerufen, aber alles getan, um die Wiederherstellung des Friedens im Westen zu verhindern.

Dafür bemüht es sich jetzt, deutsche Zechen zu erwerben. Was wäre die Folge? Zu den ohnehin drückenden Kohlenlieferungen, die freiwillig von uns auf Kosten des eigenen Bedarfs schon bis zum äußersten gesteigert wurden, kämen durch diese Ueberfremdung deutscher Zechen neue Lasten, die unseren geringen Fundus abermals arg zu schwächen geeignet wären. Wir gerieten in eine Zwickmühle. Würde die freie Ausfuhr von Kohlen nach Frankreich sehr gesteigert, so könnte in Deutschland, wenn man die Pflichtlieferungen aufrechterhält und hinzurechnet, so großer Mangel entstehen, daß viele deutsche für den Wiedergutmachungszweck arbeitende Industriezweige stillgelegt werden müßten. Oder aber die Pflichtlieferungen kämen zu kurz. Dann liefen wir Gefahr, daß das immer scharf gehaltene Damoklesschwert des Marschall Foch auf uns herniedersauste.

In der chemischen Industrie sieht es wenig anders aus. Es mag davon abgesehen werden, daß die Farbstofflieferungen an die Entente durch die Schmälerung unserer Kohlenbasis außerordentlich erschwert werden. Frankreich wünscht engeres Zusammenarbeiten mit den mächtigen deutschen Werken der chemischen deutschen Industrie. Sicherlich sind diese auch durchaus bereit, die alten Beziehungen wieder anzuknüpfen und neue aufzubauen. Aber sie wünschen mit vollem Recht die Ablösung der drückenden Bestimmungen des Versailler Vertrages durch ein freigeschlossenes Abkommen. Frankreich kann auf die Zwangslieferungen verzichten; dann hätte es die Farbstoffe, die es benötigt und könnte, durch engeren Zusammenschluß mt der deutschen Industrie darüber hinaus noch bedeutende Gewinne erzielen.

Aber wir weigern uns, freiwillig einem Gegner auch die letzte Verfügungsgewalt über unser Schicksal zu gewähren, der bisher noch kein deutliches Zeichen seines guten Willens gegeben hat und über dessen Arbeitsfähigkeit außerdem sehr begründete Zweifel gehegt werden dürfen. Unbestritten ist das von der Natur ohnehin reich gesegnete Nachbarland durch den siegreich von der Entente beendeten Krieg um neue Schätze reicher geworden. Zur industriellen Großmacht aber hat es gleichwohl noch einen langen Weg zurückzulegen.

Es läßt sich beobachten, daß die Erkenntnis dieser Tatsache auch in Frankreich weit verbreitet ist. Nur sehen wir nicht, daß sie stark genug wurde, sich auch politisch auszuwirken. Auf Kosten des Nachbarn wird Frankreich nach dem

Digitized by Google

bisherigen Rezept sein Ziel nicht erreichen. Noch fehlt ihm die aufwühlende, immer explosionsbereite kapitalistische Mentalität der Arbeit, die sich bedingungslos an ein Werk um seiner selbst willen verschwendet und nach der Erfüllung heißhungrig in neue Formen der Unternehmung sich ergießen muß. Ihm fehlt die gesellschaftliche Schichtung, die die Voraussetzung für industriellen Großbetrieb ist. Das französische Proletariat hat wertvolle, vielleicht bewunderungswürdige Eigenschaften. Aber es mangelt ihm die sachliche Liebe und fachliche Schulung, durch die Deutschland einst groß geworden ist. Irrtum wäre, nunmehr zu rechnen, weil Deutschland die Entwicklung in das spätkapitalistische Stadium in wenigen Jahrzehnten zurückgelegt habe, könne auch Frankreich ein gleiches tun. Der Zeitenwind fegt neuen Samen herbei. Morphologisch gesehen, um mit Spengler zu reden, wird immer deutlicher, daß sich der psychische Habitus auch des Arbeiters geändert hat. Kein Militarismus wird ihn jemals wieder zur alten Abhängigkeit in die frühere soziale Schichtung zwingen können. Nicht einmal im klassischen Lande des Kleinbürgertums, in Frankreich. Also müßten neue Wege gesellschaftlicher Zusammenarbeit gesucht werden. In Deutschland gärt es; die Experimentierstube Europas aber, das sonst immer revolutionäre Frankreich scheint unter der Einwirkung des Sieges seinen Elan verloren und sich zum Hort der europäischen Reaktion gewandelt zu haben.

Mit diesem Nachbarn sollen wir, die wir nur über wenige Aktiva noch verfügen, uns verbrüdern. Die Bedenken deutscher Industrieller sind daher durchaus berechtigt. Aber wir wären dennoch bereit, Opfer zu bringen, wenn nur die Gewißheit herausschaut, daß damit auch die politische Situation eine Entspannung erfährt. Dies ist der springende Punkt in der Diskussion — und an dieser berechtigten deutschen Forderung sind bisher alle Annäherungsversuche gescheitert. Frankreich kann nicht erwarten, daß wir Verbindungen nur im Vertrauen auf die Loyalität gerade dieses Gegners eingehen. Wir haben sie kennengelernt, und selbst die unentwegtesten deutschen Franzosenfreunde haben jetzt Mühe genug, uns das Verständnis für die Weitherzigkeit der Gegner zu vermitteln. Würde die deutsche Politik nicht immer wieder tapsig und unbeholfen vorgehen, auch wo sie vom besten Willen beseelt ist, dienstfertige deutsche Interpreten hätten nicht nur tauben Ohren gepredigt, sie hätten Entrüstungsstürme hervorgerufen, weil ihre Mühe immer nur den eigenen Landsleuten, niemals dem Gegner, galt.

Wer wollte zweifeln, daß alle Hemmnisse für eine Gemeinschaftsarbeit beider Länder bei gutem Willen aller Beteiligten sich überwinden lassen. Wenn Frankreich bereit wäre, überflüssige und schädliche Härten des Versailler Vertrages zu beseitigen und mit uns etwa einen großen deutsch-französischen Montantrust zu bilden, der auf den Tausch von Erz und Kohle, Halbfabrikat und Fertigerzeugnis eingestellt wird, so würde der Welt und den noch feindseligen Nachbarn ein Dienst geleistet werden. Das Abkommen zwischen dem amerikanischen Harriman-Konzern

Digitized by Google

und der Hamburg-Amerika-Linie weist den Weg, auf dem man zu den ersehnten Zielen gelangen kann. Freilich muß die politische Versöhnung zwischen den Völkern vorher angebahnt sein. Trotz Spa — wir sind bereit.

Rußland

Von Oberstleutnant a. D. Boelcke

Es ist nicht wahr, daß Asien erst am Ural beginnt. Irgendwo in den Ebenen des Dnjestr und Dnjepr, in den unabsehbaren Sümpfen rings um das auf schmaler Sanddüne malerisch hingelagerte Pinsk und am Paipussee liegt seine Grenze. Was wir europäisches Rußland zu nennen gewohnt sind, ist so uneuropäisch wie möglich. Fremdartig und bedrückend wirkt die trostlose Einförmigkeit des unendlichen Flachlandes auf den von Westen Kommenden ein, und verständnislos steht er der „breiten" Natur seiner Bewohner gegenüber. „Weit ist der Mensch, ich würde ihn enger machen", sagt Dostojewski, dieser einzigartige Künder der russischen Seele. Seine weit angelegten Helden tragen einen weichen, schwärmerischen und zugleich einen asiatisch wilden, triebhaften Wesenszug in sich. Sie sind Verkörperungen echten Russentums. „Hier ringen", nach Dostojewskis Worten, „Gott und Teufel, und der Schauplatz ist des Menschen Herz."

Von jedem Europäer kann man mit wenigen festen Strichen ein treffendes Bild seiner Stammesart entwerfen. Man denke nur an den gründlichen Deutschen, der „über allem schwer wird", den steifen, stolzen Engländer, den beweglichen, eitlen Franzosen. Der Russe entzieht sich so bestimmter Kennzeichnung durchaus. Er ist unberechenbar; seine unerhört blutige Geschichte lehrt das immer wieder. Peter der Große öffnete das Fenster nach Europa, und ihm verdankt Rußland, daß man es unserem Erdteile hinzurechnete. Aber er schon fand in seinem Volke erbitterten Widerspruch, den er nur mit äußerster Grausamkeit brach. Seitdem hat der Streit zwischen der dünnen, nach Europa blickenden Oberschicht und den unentwegten Russen aus eigener Kraft nie geruht. Diese sind jetzt die Herren, jene ganz still und bescheiden geworden, wenn nicht gar verschwunden. So ist augenblicklich also auch der letzte europäische Einschlag beseitigt, und schrankenlos betätigt sich die asiatische Natur.

Unter solchen Umständen ist es eigentlich selbstverständlich, daß der Europäer bei der Beurteilung russischer Zustände von einem Irrtum in den anderen fällt und niemals ein auch nur halbwegs zutreffendes Bild gewinnt. Ueber der falschen Einschätzung unseres östlichen Nachbarn haben wir den Weltkrieg verloren. Aus gleichen Gründen blicken die doch

Digitized by Google

sonst nicht ungewandten Entente-Staatsmänner ratlos auf den russischen Hexenkessel, und selbst der Pole, den mehr als hundertjährige russische Herrschaft gewitzigt haben sollte, erntet gerade jetzt die sauren Früchte eines vermeintlich leichten Feldzuges weit in das Innere der Ukraine hinein.

Zum vierten Male wiederholt sich anscheinend damit das Schauspiel, daß ein von Eroberungsgedanken getragener Eindringling bald wieder den Staub des unfreundlichen, mit Fußangeln und Selbstschüssen gespickten russischen Bodens abschüttelt. Karls XII. und Napoleons Heerzüge haben durch den unvermittelten Gegensatz hochfliegender Erwartung und tiefsten Niederbruchs den Anstrich weltgeschichtlicher Tragödien, ja — trotz der nur rund 200 und 100 Jahre, die seitdem verflossen —, fast schon etwas Sagenhaftes angenommen. Auf breiterer Grundlage, mit neuzeitlichen Mitteln und bedächtiger als jene großen Kondottieri erneuerten wir von 1915 bis 1918 den Versuch. Schließlich war kaum noch ein waffentragender Gegner vorhanden, aber das geistige Gift, das dem unheimlichen Lande entströmte, lähmte in rascher Ausbreitung den Willen, benebelte die Köpfe und legte nicht nur die nach Osten gewandte, sondern auch alle anderen Fronten nieder.

Jetzt haben sich die Polen in das gleiche Abenteuer verstrickt, und wieder sehen wir den gleichen, nun schon fast gesetzmäßigen Gang der Dinge. Dem raschen, müheloſen Vordringen ist bereits der Umschwung gefolgt. Kiew wurde wieder geräumt, und die aus dem Weltkriege wohlbekannte, übel berüchtigte „Umgruppierung der Kräfte" trat ein. Schon hört man von polnischen Friedensangeboten. Inzwischen spielen sich an der Beresina und südlich von ihr zehrende, entscheidungslose Kämpfe ab, wie ich sie im Hefte 10 ankündigte, in denen bald dieser, bald jener der beiden Gegner fabelhafte Siege und eine Reihe „vernichteter" feindlicher Divisionen meldet. Doch auch jetzt wieder arbeitet die Zeit für die Russen. Ihre zersetzenden Gedankengänge, die sie auf alle Art den Polen beibringen, werden langsam aber sicher ihre Wirkung tun.

Mit asiatischer Schlauheit knüpfen mittlerweile beamtete und nichtbeamtete Sendboten der Sowjetregierung hier und dort Wirtschafts- und Friedensverhandlungen an. Metallene Schätze, Getreide und was das Herz des armen Europäers begehrt, erscheinen da als Lockmittel, und hintenherum werden die Koffer ins Haus getragen, die von Bestechungsgeldern und rötesten Flugschriften strotzen. Offenbar sind diese Mittel als wirksamer erprobt als die Dynamitbomben, die einst von den Vätern und Müttern der heutigen Drahtzieher mit beneidenswerter Kaltblütigkeit gehandhabt wurden.

Die Nachrichten über die Zustände im Innern des weiten Landes sind spärlich und widerspruchsvoll wie je. Daß der „Bourgeois" in den

Digitized by Google

Städten verkommt, soweit er nicht schiebt oder die Aermel aufkrempelt und grobe Arbeit anpackt, kann wohl nicht zweifelhaft sein. Aber was bedeutet er im heutigen Rußland? Jedenfalls scheint die Regierung noch genug Kopfarbeiter zu finden, die ihr die ausgedehnten Kampffronten führen und versorgen helfen. Die Bauern aber, und das sind die eigentlichen Russen, können und werden auch heute kaum kümmerlicher leben als unter der Herrschaft des Väterchen-Zaren. Ich möchte also annehmen, daß man die Wirkung der sogenannten Mißwirtschaft — vielleicht halten viele Russen sie gar nicht einmal dafür — in Europa weit überschätzt. Der wirtschaftliche Aufschwung des Landes in den Jahren vor 1914 kam doch wohl nur wenigen an der Krippe Sitzenden und vornehmlich den zarischen Machtgedanken zugute. Der „Panje", wie wir ihn im Kriege kennenlernten, hat nichts davon gehabt. Er wird ihm also auch nicht nachtrauern.

Ungeduldig pflegen wir zu fragen: „Aber was wird denn nun aus Rußland? So kann es doch nicht weitergehen." Ein großer Teil der Welt ist uns tatsächlich verschlossen. Unser Uebermaß an Kopfarbeitern wartet daher gespannt darauf, daß sich die großen russischen Flügeltüren mit einem Rucke öffnen. Ich vermag an eine derart plötzliche Wandlung nicht zu glauben. Gewiß ist die Zukunft nirgends mehr verhüllt als in Rußland, wo die Unberechenbarkeit der Volksseele alle sonstigen Momente der Unsicherheit vervielfacht. Ein starker Mann, so wie auch wir ihn ersehnen, kann dort wohl über Nacht das Steuer herumreißen und wieder in Peters Bahnen einlenken. Wahrscheinlich ist das aber nicht. Wunder pflegen nicht einzutreten, wenn man sie braucht, und so wird in Rußland der bisherige Zustand voraussichtlich noch längere Zeit andauern, ohne daß es, gewissermaßen mit einem gewaltigen Knall, in den „Abgrund und das Chaos" sinkt. Die Zeit nämlich spielt dort nur eine ganz untergeordnete Rolle.

Das alles schließt aber nicht aus, daß der oder jener mit offenem Kopfe und festem Sinne nicht morgen schon im nahen Rußland ein größeres Glück macht, als es in dem vielerstrebten, fernen Südamerika möglich scheint. Deutsche Tatkraft ist russischer Lässigkeit unendlich überlegen. Tausende von Kriegsgefangenen haben dort glänzende Stellungen gefunden. Für den, der sich sein Schicksal ganz aus Eigenem schmieden will, kann Rußland sicherlich noch mehr als vor Jahren, das Land der unbegrenzten Möglichkeiten werden, wenn erst die Verhältnisse von ihrer wilden Romantik befreit sind.

Digitized by Google

Bund der Erneuerung

wirtschaftlicher Sitte und Verantwortung

Von Dr. Walther Rathenau

Wirtschaftliche Sitte? Wirtschaftliche Verantwortung? Kann Wirtschaft unsittlich sein, außer wo sie gegen Treu und Glauben verstößt? Ist Wirtschaft nicht Privatsache? Soll hier gegen Schieberei und Wucher gekämpft werden?

Gegen Schieberei und Wucher mögen Staat, Gesetz und ehrenhafte Gewerbe kämpfen, denn es tut not. Wir aber kämpfen nicht gegen offenkundige Verbrechen, sondern gegen die Unsittlichkeit der Wirtschaft, die den wenigsten bewußt ist.

Jede unserer Handlungen hat eine wirtschaftliche Seite. Sie mehrt oder mindert den Güterbestand der Erde, vor allem unseres Volkes. Sie steht in Wechselwirkung mit dem Wohl und Wehe aller. Sie schöpft aus dem Vorrat, der allen zugemessen und für Deutschland leider eng begrenzt ist.

Wirtschaft, vor allem Verbrauchswirtschaft, war Privatsache, solange die Welt weit und die Menschheit spärlich war. Solange jeder von den Gütern der Natur Besitz ergreifen konnte, ohne den Bedarf des andern zu schmälern.

In eng verwachsener Bevölkerung mit begrenzten Mitteln, in bedrängtem Lande ist Wirtschaft, Verbrauch wie Erzeugung, Sache aller. Sie ist zur Sache der Verantwortung, zur Sache der Sittlichkeit geworden.

Schon damals, als die Welt weit und die Wirtschaft wenig beschränkt war, regte sich ein wirtschaftliches Gewissen. Man lehrte die Kinder, daß es Sünde sei, Brot zu vergeuden. Es war Erfurcht vor der Gottesgabe.

Wer lehrt heute Achtung vor den Gütern des Bodens und vor den unersetzlichen Werten menschlicher Arbeit? Steht es nicht jedem frei, Raubbau zu treiben mit Naturprodukten, Vergeudung mit Erzeugnissen und Mißbrauch mit Arbeitskraft? Wer es bezahlt, so heißt es, der mag es sich leisten, was geht es andere an?

Es geht uns und andere, es geht alle an. Wer eine Maschine betreibt, die stündlich einen Doppelzentner Kohle mehr verbraucht als nötig, vernichtet jahraus, jahrein die Lebensarbeit eines Deutschen. Wer kostbare ausländische Erzeugnisse anschafft, verzehrt Volkswohlstand und schädigt die Kaufkraft des Landes. Wer üppige Gastmähler anrichtet, verurteilt die Kinder der Armen zum Hunger. Wer Tagesstunden am Biertisch zubringt, vergeudet mehr als sein Tagewerk. Wer brauchbare Stoffe in törichten Schund und Tand verwandelt, vertut Arbeit und Substanz und schafft Unfug.

Nicht bloß deswegen, weil Deutschlands Bedrängnis den strengsten Haushalt fordert, wollen wir, daß Einsicht in die wirtschaftliche Verflochtenheit und Wille zu sittlicher Wirtschaft sich verbreite, wir wollen es auch, weil die Lebenswürde des Deutschen, die Selbstbesinnung und Wiedererweckung der sittlichen Kräfte es fordern.

Digitized by Google

Wenn in den Städten der siegreichen Länder Einkehr, Wille zur Entsagung und zur Einfachheit sich regt, so ist es nicht Rücksicht auf Urteile des Auslandes, die uns veranlaßt, uns von Ausartungen abzukehren, die uns im eigenen Lande begegnen und an denen wir unwissentliche Mitschuld tragen, sondern eigenes Gewissen.

Wir wollen, daß Deutschland seine eigene Würde und Lebensart finde, die eine Würde und Lebensart der Einfachheit und Entsagung nicht nur deshalb sein wird, weil die Not es fordert, sondern weil sie unserem Wesen gemäß ist. Wäre im abgelaufenen Zeitalter alles andere zum Besten gewesen: schon deswegen war dieses Zeitalter unserem Lande und Volke nicht angemessen und seiner nicht würdig, weil es ein Zeitalter des Prunkes und der Begierde war.

Wir wollen nicht sinnenfremde Askese.

Wir ehren die Muße. Arbeit ist so wenig Selbstzweck wie Wohlstand; ohne Muße und Erholung ist keine Besinnung und Veredelung. Doch wir wollen, daß die Muße nicht in ödem Betrieb unedlen Vergnügungswesens und würdeloser Schaustellung verkomme.

Wir wollen Lebensfreude. Wir verkümmern nicht den festlichen Aufwand der Geselligkeit, doch wir wollen nicht, daß Ueppigkeit und Prunksucht Maß und Ziel des Genießens sei.

Wir wollen unbeschränkte Freiheit der Kunst. Ihr sei gestattet, nach eigener Verantwortung Gestalt und Materie ihrer Werke zu bestimmen; in einer Umwelt besonnener Lebenshaltung wird sie sich selbst das rechte Maß zu setzen wissen.

Dreifaches erstreben wir.

Zum ersten wollen wir, daß sich Erkenntnis der Zusammenhänge und Bezogenheiten der Wirtschaft und ihrer sittlichen Gesetze verbreite. Es muß ins gemeinsame Bewußtsein erhoben werden, daß und in welcher Weise wirtschaftliche Vorgänge des täglichen Lebens, Arbeit und Muße, Erzeugung und Verbrauch, Handel und Wandel die Gemeinschaft fördern oder schädigen. Wir wollen erforschen und verbreiten, wie das Verhalten des Einzelnen und der Gemeinschaft beschaffen sein muß, um die Not des Landes zu lindern, seine Freiheit und seinen Wohlstand zu heben und zu erneuter Würde und Lebensart zu führen.

Zum zweiten wollen wir unsere Stimme erheben, wenn in den Formen des öffentlichen Lebens sich Mißstände und Ausartungen zeigen, die die Lebensquellen des Landes gefährden und seinem Ansehen schaden.

Zum dritten wollen wir in eigener Lebensführung unsere Anschauung bekräftigen. Wir wollen weder Weltflucht noch Askese üben, wir wollen nicht mit pedantischer Ueberwachung uns und anderen zur Last fallen, wohl aber wollen wir vermeiden, durch unbedachte Vergeudung nationaler Güter die Nährkraft des Landes zu mindern. Wir suchen noch Formen der Lebenshaltung, der Geselligkeit, des öffentlichen Lebens, die eines bescheidenen, aber selbstbewußten, arbeitsamen, aber lebensfrohen, äußerlich bedrängten, aber innerlich freien Volkes würdig sind. *

Geschäftsstelle des „Bundes der Erneuerung" ist Berlin W, Schöneberger Ufer 36a. An sie sind en und Anfragen zu richten.

Digitized by Google

Neuerscheinungen

Ein neues Bismarckbuch. Es ist vielleicht kein Zufall, daß in diesen Wochen gleich drei Werke auf einmal erscheinen, die uns die großartige Wirksamkeit des ersten deutschen Reichskanzlers ins Gedächtnis rufen und unter den schweren inneren und äußeren Wirren, die unser Land durchmacht, unsere Gedanken nach jener großen Zeit zurücklenken. Neben den Petersburger und Pariser Berichten des Gesandten von Bismarck, die dieser Tage herauskommen, ist das Tagebuch des einstigen Landwirtschaftsministers von Lucius, über seine Beziehungen zu dem großen Staatsmann, erschienen, und jetzt erhalten wir in dem unten bezeichneten Werke*), dem Professor Hötzsch ein Vorwort vorausgeschickt hat, eine Darstellung der auswärtigen Politik des Kanzlers vom Frankfurter Frieden bis zu seinem Ausscheiden aus dem amtlichen Dienst.

Der erste Eindruck, den das Werk auf den Leser macht, ist der ungewöhnlicher Belesenheit. Mit erstaunlichem Fleiß hat der Verfasser den Stoff aus dem reichen Material, das die historische Literatur des letzten halben Jahrhunderts liefert, zu Hilfe genommen und uns eine Schilderung der auswärtigen Tätigkeit des großen Staatsmannes zu liefern versucht. Der dem Werke beigefügte Quellennachweis gibt uns Rechenschaft, wie sehr Plehn sich bemüht hat, jede Einseitigkeit zu vermeiden, wenn er sich auch dem Zauber der großen Persönlichkeit nicht zu entziehen vermag. In seinem Urteil bleibt er immer nüchtern und sachlich, und er zwingt damit den Kritiker, wo er andere Auffassungen vertritt, nicht bloß Empfindungen einzuwenden, sondern eine abweichende Beurteilung mit gleichem Gewicht zu begründen. Man kann gegen das Buch den Einwand erheben, daß es keine umfassende Darstellung der auswärtigen Politik des Fürsten gibt, sondern sich zum bei weitem größten Teil auf die Vorgänge des Orients beschränkt. Von den elf Kapiteln sind sieben den Ereignissen im Orient gewidmet. Damit steht nun zwar die Politik gegenüber Oesterreich-Ungarn und Rußland in engster Verbindung, aber die anderen Staaten kommen dabei zu kurz, und von der auswärtigen Tätigkeit, die z. B. Fürst Bismarck infolge des Eintritts Deutschlands in den kolonialen Mitbewerb in so reichem Maße hat ausüben müssen, ist nirgends die Rede. Es liegt uns also nur ein Ausschnitt aus der auswärtigen Wirksamkeit unseres größten Staatsmannes vor. In dieser Einschränkung aber wird man den Ausführungen des Verfassers mit warmem Interesse auch dort folgen, wo man geneigt sein könnte, seine Schlußfolgerungen sich nicht unbedingt anzueignen. Wir verweisen in dieser Beziehung auf das Kapitel „Das Zwischenspiel von 1875", das die Folgen des vielbesprochenen „Krieg in Sicht-Artikels" der „Post" ausführlich erörtert. Man wird dem Verfasser darin vollkommen recht geben, daß dem Kanzler dabei eine kriegerische Absicht völlig ferngelegen, und daß die französische Intrige eine entscheidende Rolle gespielt hat. Aber aus Plehns eigener Darstellung ergibt sich doch, daß der Zeitungsartikel zwar keinen offiziösen Ursprung gehabt, aber doch aus der Feder eines etwas zu selbständigen Offiziosus herrührte. Und weiter ergibt sich aus seinen Mitteilungen, daß es zum Teil die unvorsichtigen Bemerkungen des Gesandten von Radowitz gewesen sind, die dem Gegner eine willkommene Handhabe geboten haben.

---

*) „Bismarcks auswärtige Politik nach der Reichsgründung" von Hans Plehn, München-Berlin 1920, Verlag von R. Oldenbourg.

Digitized by Google

Besonders aber gegenüber dem Schlußkapitel des Werkes, das von dem Rückversicherungsvertrage handelt, dessen Inhalt freilich der bereits im Jahre 1918 so tragisch dahingegangene Verfasser nicht mehr gekannt hat, wird man Vorbehalte machen dürfen. Plehn verurteilt bedingungslos die Unterlassung der Erneuerung des Vertrages durch den Nachfolger des großen Kanzlers, und damit stimmt er mit der öffentlichen Meinung, die sich in Deutschland darüber gebildet hat, überein. Es sind aber doch inzwischen Stimmen zuständiger Beurteiler lautgeworden, die in das Urteil von der großen Bedeutung jenes Vertrages nicht mehr in dem Maße einstimmen. Heute wissen wir, daß Bismarck selbst keinen sicheren Verlaß auf die Wirksamkeit der Abmachung mit Rußland hegte und daher unter der Hand mit England verhandelte, um dort eine Sicherung gegen die russische Gefahr zu schaffen. Schon während des Bestehens des Vertrages hat in zunehmendem Maße eine Annäherung Rußlands an Frankreich stattgefunden, und nach den Erfahrungen, die Deutschland bei Ausbruch des letzten Krieges gemacht hat, ist der Zweifel gestattet, daß sich Rußland durch einen solchen Vertrag, dessen unbedingte Geheimhaltung der Zar verlangte, weil er seine Unpopularität fürchtete, in seinen Entschlüssen irgendwie hätte festlegen lassen. Bismarck selbst hat, als er im Amte war, diese Besorgnis ausgesprochen. Je parteiloser und unbefangener man die Ereignisse, die dem Ausscheiden Fürst Bismarcks folgten, beurteilen wird, desto wahrscheinlicher wird die Ueberzeugung Wurzel fassen, daß es nicht sowohl die Lösung jenes Vertrages gewesen ist, die unser Verhältnis zu Rußland immer schwerer belastet hat, als vielmehr die Gesamtpolitik des neuen Kurses, die die Gefahr einer Koalition trotz aller Warnungen des ersten Kanzlers so leicht aus dem Auge verloren und ein bestimmtes Ziel gänzlich hat vermissen lassen. Aber auch mit diesem Vorbehalt wird man die eingehenden Ausführungen Plehns über den Rückversicherungsvertrag mit Interesse lesen. R.

Notizen

Fremdenlegion. Ueber die Fremdenlegion, für die — wie die Presse kürzlich zu melden wußte — im besetzten Gebiete neuerdings massenhaft Deutsche sich anwerben ließen, macht Louis Marin in seinem Berichte über die Militärkredite an die Kammer folgende interessante Angaben:

Vor dem Kriege waren die Verpflichtungen und Wiederverpflichtungen für die Fremdenlegion nicht mit der Zubilligung einer Prämie verbunden. Erst während der Feindseligkeiten und für die Dauer derselben sah man sich genötigt, den Fremden, die sich verpflichteten oder wiederverpflichteten, eine Prämie von 500 Franken zuzubilligen. Dieser Zustand hörte mit der Verkündung des Dekrets über die Einstellung der Feindseligkeiten auf. Es steht nun zu befürchten, daß die Fremdenlegion, an deren Erhaltung ein wesentliches militärisches Interesse wegen ihrer Verwendbarkeit in unseren Kolonien und Protektoraten besteht, den notwendigen Ersatz für ihre Formationen nur dann findet, wenn den Söldnern gewisse Vorteile in Geld geboten werden. Zu diesem Zwecke hat das Kriegsministerium die Einführung einer Verordnung ins Auge gefaßt, die für die Verpflichtung auf fünf Jahre eine Prämie von 500 Franken und für die Wiederverpflichtung für „sous-officiers“ eine Prämie von 300 Franken, für „caporaux et soldats“ eine solche von 200 Franken vorsieht. Das würde eine jährliche ständige Ausgabe von 3 520 000 Franken bedeuten.

Digitized by Google

Die Bestände der Fremdenlegion betrugen vor dem Kriege etwa 25 000 Mann. Die einzelnen Völker waren daran wie folgt beteiligt:

Deutsche (einschließlich Elsaß-Lothringer) Schweizer Holländer	50%
Franzosen	15%
Oesterreicher	12%
Italiener	10%
Spanier	6%
Sonstige (Türken, Portugiesen, Griechen, Russen, Polen, Amerikaner)	7%.

Die Kriegserklärung rief einen solchen Andrang zur Legion hervor, daß es möglich war, nicht nur in den Kolonien die Bestände vollständig zu erhalten, sondern auch drei Regimenter „de marche" — darunter ein italienisches — für die französische Front zu bilden, mit den nötigen Mannschaften für den Nachschub.

Das Verbot des Eintritts in die Fremdenlegion für die Angehörigen der feindlichen Mächte, die Beteiligung der anfangs neutral gebliebenen Staaten am Kriege (Türkei, Italien, Rumänien, Amerika), die Notwendigkeit, den jungen polnischen und tschecho-slovakischen Heeren ihre Angehörigen zurückzugeben, verminderten nach und nach die Zahl der Freiwilligen für die Legion, die sich schließlich nur noch aus Schweizern, Spaniern, Luxemburgern, Holländern und Südamerikanern ergänzte. Insbesondere waren es die außerordentlich blutigen Verluste, die die Legion erlitt, die zur Auflösung von zwei von den drei régiments de marche nötigten; es blieb nur ein einziges régiment de marche, das erste, bestehen, das sich ausschließlich aus Schweizern, Luxemburgern, Holländern (66% des Bestandes), Russen und Sonstigen zusammensetzte.

Die in Algerien und Marokko verwandten Verbände der Legion setzten sich zu 70% aus kriegsgefangenen Deutschen und Oesterreichern zusammen; den Rest bildeten die Stammformationen und Freiwilligen verschiedener Völker (Griechen, Armenier, Türken usw.). Die Anwerbungen haben in der Folge mehr und mehr nachgelassen, sodaß die Legion heute infolge der Verluste durch den Krieg und der Entlassungen kaum noch 6000 Mann anstelle der 50 000 Mann der ersten Kriegsmonate zählt.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Allen Zusendungen ist Rückporto beizufügen.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

---

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt. Redaktion: Schöneberger Ufer 36a I. Telephon: Nollendorf 928. Für Anzeigen: Verbedienst G. m. b. H., Berlin W 35, Lützowstr. 102/4. Verlag: Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt 10 M. Einzelnummer 1 M. Druck von Paß & Garleb G. m. b. H., Berlin W 57, Bülowstraße 66.

Digitized by Google

Vivos voco

Eine Zeitschrift für Aufbau und neues Deutschtum

Herausgegeben von
Hermann Hesse
und
Richard Woltereck

Erscheint monatlich

Bezugsbedingungen:
vierteljährlich (3 Hefte zu je 64 Seiten) Mark 6.—, ganzjährlich Mark 24.—, Einzelpreis Mark 2.50

Verlag Seemann & Co., Leipzig

In den ersten Häusern erhält man Stellung durch die
Vossische Zeitung
Berlin SW 68, Ullsteinhaus

Herm. Stegemanns Ausgewählte Werke

6 Bde. Geschmackvoll geb. M 90,— zuz. 20% Teuerungszuschl.

Inhalt: Die als Opfer fallen / Der gefesselte Strom / Theresle / Thomas Ringwald / Die Krafft von Illzach / Daniel Junt und andere Novellen.

Einzelne Bände dieser Ausgabe werden nicht abgegeben.

Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart
Egon Fleischel & Co. in Berlin

Bei allen Anfragen bitten wir, sich auf die „Deutsche Politik" zu beziehen.

Sachliche, also gute Propaganda, darf nicht Einzelheiten bevorzugen auf Kosten des Gesamteindruckes. Wort, Farbe, Darstellung, Form, sie alle müssen zusammenklingen u. sorgsam gegeneinander abgeschätzt sein. — In diesem Sinne wirken die Kräfte des Werbedienstes an der Lösung der ihm gestellten Aufgaben: Die Haus- und Versuchspresse mit auserlesenen Schriften, das eigene Atelier unter Leitung eines der ersten deutschen Reklamekünstler, anerkannte Fachleute und geschultes Personal.

Berlin W. 35
Lützowstr. 102/104

München
Bürohaus Reichshof
Sonnenstraße Nr. 15

Digitized by Google

Das Hauptwerk des Russentums in deutscher Uebertragung

Soeben erscheint:

N. J. DANILEWSKY

Rußland und Europa

Eine Untersuchung über die kulturellen und politischen Beziehungen der slawischen zur germanisch-romanischen Welt

Uebersetzt und eingeleitet von Karl Nötzel

Preis geheftet M 26.—, Pappband M 32.—
Halbleinenband der Polit. Bücherei M 36.—

Mit dem Zusammenbruch des zaristischen Rußland ist der Panslawismus nicht erledigt. Immer klarer wird es vielmehr, daß der Bolschewismus nicht nur die spezifisch russische Form des extremen Sozialismus ist, sondern daß er auch einen besonderen Wesenszug der national-russischen Politik, eben jenen imperialistischen Expansionsdrang, den wir Panslawismus nennen, unverkennbar in seine internationale Betätigung aufgenommen hat.

Danilewskys Buch, die „Bibel" der Panslawisten, bietet als grundlegendes Selbstbekenntnis des Panslawismus das wertvollste Material zur Lösung der Rätsel der russischen Sphinx.

Die Uebertragung Karl Nötzels, die zugleich eine gründliche Kürzung des außerordentlich umfangreichen Originales sein mußte, bringt mehr als die Hälfte des russischen Werkes; doch handelt es sich nicht um einen Auszug, vielmehr sind vollständige Kapitel ausgewählt, die zusammen den Eindruck eines geschlossenen Ganzen machen, da sie den wesentlichen Kern der Untersuchung unvermindert enthalten. Angesichts der Krise, vor der das europäische Kulturleben steht und die in Spenglers „Untergang des Abendlandes" bereits ihre Geschichtsphilosophie gefunden hat, erscheint Danilewskys Behandlung der Fragen: „Ist Rußland Europa?" — „Ist die europäische Zivilisation gleichbedeutend mit der allgemein menschlichen?" — „Fault der Westen?" in neuem Lichte.

Alle Kapitel seines Buches weisen auf wichtige, auch heute noch gültige trennende Momente im Verhältnis Rußlands zu Westeuropa hin. Es bleibt ein historisches Dokument, dessen Bedeutung der weltumspannenden Weite seiner Probleme wie der Authentizität und Unmittelbarkeit seiner Darlegungen entspricht.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart, Berlin

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Inhalt:

Politische Glossen 129
Rohrbach, Rußlands Schuldanteil am Weltkrieg . . 131
Montgelas, Die Irrtümer Vivianis 141
Wolf, Litauen 144
Heuß, Um die Zwangswirtschaft 149
Meier, Georg Dehios Geschichte der deutschen Kunst und ihre nationale Bedeutung 155

Preis vierteljährlich M 10.–, das einzelne Heft M 1.–

5. Jahrgang 30. Juli 1920 Heft 31

Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart-Berlin

Sachliche, also gute Propaganda, darf nicht Einzelheiten bevorzugen auf Kosten des Gesamteindruckes. Wort, Farbe, Darstellung, Form, sie alle müssen zusammenklingen u. sorgsam gegeneinander abgeschätzt sein. — In diesem Sinne wirken die Kräfte des Werbedienstes an der Lösung der ihm gestellten Aufgaben: Die Haus- und Versuchspresse mit auserlesenen Schriften, das eigene Atelier unter Leitung eines der ersten deutschen Reklamekünstler, anerkannte Fachleute und geschultes Personal.

Berlin W. 35
Lützowstr. 102/104

Werbedienst

München
Bürohaus Reichshof
Sonnenstraße Nr. 15

Vivos voco

Eine Zeitschrift für Aufbau und neues Deutschtum

Herausgegeben von
Hermann Hesse
und
Richard Woltereck

Erscheint monatlich

Bezugsbedingungen:
vierteljährlich (3 Hefte zu je 64 Seiten) Mark 6.—, ganzjährlich Mark 24.—, Einzelpreis Mark 2.50

Verlag Seemann & Co., Leipzig

„Die Bücherpost"

unterrichtet wöchentlich über Neuerscheinungen des deutschen Buchhandels aus allen Wissensgebieten und der Unterhaltungsliteratur. Einzelnummer 25 Pf. vierteljährlich Mk. 2.50. Abonnements nimmt jede Poststelle auch der Briefträger, entgegen. Probenummern sendet die Geschäftsstelle der „Bücherpost", Frankfurt a. M., Ridda'str. 74 postfrei und umsonst.

Geschäftserfolg und Lebenserfolg
Von Dr. Paul Lechler

Soeben erschien die **6. Auflage**, das 21.—24. Tausend

„Eine praktische Pädagogik für den Kaufmannsstand, die meines Wissens in der deutschen Literatur ihresgleichen nicht hat." (Deutsche Lehrerzeitung)

Schatzkästlein für jeden strebsamen Kaufmann, Techniker und Gewerbetreibenden

Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart

Bei allen Anfragen bitten wir, sich auf die „Deutsche Politik" zu beziehen.

A. WARMUTH · Speditionsgeschäft

Zentrale: BERLIN S. 2, Hinter der Garnisonkirche 1a.
Fernsprecher Norden 309, 310, 1642, 4472 u. 4512.
Leipziger Abteilung: Dorotheenstr. 29a. Zentrum 2609.

Versand von Gütern aller Art nach allen Orten der Welt.
Möbeltransport — Lagerung.

Digitized by Google

5. Jahrgang * 30. Juli 1920 * Heft 31

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik
Herausgeber:
Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Als die Polen den Vormarsch gegen Räterußland begannen, erklärte der damalige Ministerpräsident Skuldski, „es geht auf Biegen oder Brechen; einer der beiden Staaten, Rußland oder Polen, wird daran glauben müssen". Diese Prophezeiung wird Wahrheit: Polen zittert vor der Eroberung Warschaus. Millerand und Lloyd George haben versprochen, den polnischen Staat zu retten. Es ist aber anzunehmen, daß ihre wortreiche Hilfe zu spät kommt; denn mit der Entsendung einiger Dutzend von Offizieren über Italien und die Tschecho-Slowakei ist es nicht gemacht, sondern dazu gehören große Mengen von Munition und auch geschlossene Truppenformationen, die die Korsettstangen für das kriegsungewohnte polnische Heer zu bilden hätten. Deren Transport würde Monate erfordern! Die letzte Hoffnung beruht daher auf dem polnischen Waffenstillstandsangebot. Englands Versuch, sich bei dieser Gelegenheit die Führung im Osten zu sichern, ist kläglich gescheitert. Nicht nur hat die Räterepublik die englische Vermittlung verworfen, sondern auch mehrere Randstaaten — Finnland, Lettland und Litauen — haben Englands Einladung dankend abgelehnt. Wenn auch für den polnischen Krieg Frankreich vor allem die Schuld trägt, so hat doch bei dem Versuch, ihn zu liquidieren, England den größten Schaden davongetragen.

*

Deutschland hat — etwas spät — in dem russisch-polnischen Krieg eine Neutralitätserklärung erlassen. Das war notwendig, nachdem die Entente die Unterstützung der Polen mit allen Mitteln angekündigt hatte. Der „Temps" hat auch gleich verstanden, um was es sich handelt: wir müssen einer Forderung von Paris zuvorkommen, die vielleicht Deutschland als Durchmarschgebiet für französische Hilfstruppen verlangt. Nicht um der Russen und Polen willen, sondern um beim Fortgang dieses Krieges den deutschen Boden rechtlich geschützt zu haben.

*

Digitized by Google

Der Außenminister Dr. Simons hat angedeutet, daß die deutsche Regierung bei dem Problem der Entwaffnung sich auch nach den fremden Vorbildern umsehen werde. Das haben ihm manche Leute übelgenommen. Aber es war ein ganz kluger Zug, denn den Engländern wird damit demonstriert: Hier ist eine internationale Frage. Wenn ihr für Deutschland so glatte Formeln zum Vorschlag bringt, so müßt ihr ja wissen, wie man sie praktiziert. Inzwischen werden in Irland Polizeibeamte abgeschossen, Kasernen in Brand gesteckt — London bekommt selber Woche um Woche die Beispiele der innermilitärischen Schwierigkeiten. Daran soll es erinnert werden.

*

Die Franzosen haben, als die Weimarer Verfassung mit ihrem starken Zug zur Vereinheitlichung des Reiches angenommen war, entdeckt, daß die neue Republik die formale Möglichkeit zu einer viel festeren inneren Bindung sich geschaffen hat, als das Kaiserreich sie besaß. Sie haben darüber damals schon geklagt; sie wollen jetzt, soweit es möglich ist, diese Entwicklung hemmen. Das ist der Sinn der französischen Gesandtschaft in München. Millerand erzählt im Palais Bourbon Märchen, daß ihm nichts an einer Sprengung der deutschen Einheit liege. Aber er hat die Unverschämtheit, den Süddeutschen mitzuteilen, daß es französische Aufgabe sei, sie vor den neuen Gewaltansprüchen der preußischen Faust zu schützen. Im bayerischen Landtag hat leider nicht die Regierung, sondern nur der demokratische Redner, Dr. Dirr, die notwendige Antwort gegeben. Wenn das Münchener Kabinett eine loyale Politik führen will, so leitet sie allen amtlichen Verkehr, den ihr französischer Gast herbeizuführen sucht, pflichtgemäß über das Auswärtige Amt in Berlin. Mit dem Unfug aus Eisners Zeiten muß endgültig Schluß gemacht werden.

*

Die Wiener Regierung glaubte sehr schlau zu sein, als sie sich via Deutschland des ungarischen Rätehelden Bela Khun zu entledigen versuchte. Sie war aber sehr dumm, indem sie ihre mangelnde Loyalität ziemlich unverhüllt mitteilte. Deutschland konnte gar nicht anders verfahren, als die Weiterfahrt dieses Mannes zu verhindern. Nun wollen die Oesterreicher ihn nicht mehr hereinlassen. Sie haben in sehr überflüssiger Weise die Beziehungen zwischen Wien und Berlin belastet, ohne selber irgendwelchen Nutzen daraus zu ziehen.

*

Digitized by Google

Rußlands Schuldanteil am Weltkrieg

Von Dr. Paul Rohrbach

Die Politik Rußlands seit dem Mißerfolg in Ostasien und seit dem Abkommen von 1907 mit England stand im Zeichen der Worte, die Iswolsky 1908 an den serbischen Minister Milowanowitsch richtete: Rußland müsse unter Liquidierung aller russischen Fragen außerhalb Europas wieder seinen europäischen (das heißt panslawistischen) Zielen zugeführt werden; Serbien sei in dieser Politik ein wichtiger Faktor als Zentrum der Südslawen. Das ist die Parole, von der jetzt die einzelnen Schachzüge Rußlands bestimmt werden. Wir sind über sie gut unterrichtet durch die Schrift des ehemaligen serbischen Geschäftsträgers in Berlin Dr. M. Boghitschewitsch[1]), und durch die Veröffentlichungen russischer amtlicher diplomatischer Berichte, die mehrfach von der jetzigen russischen Sowjetregierung ausgegangen sind. Das Material ist zusammengefaßt und vervollständigt in dem deutschen Weißbuch über die Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges[2]). Schon vorher aber, während des Krieges, erschien eine Schrift von hervorragender russischer Stelle, die Rußlands Absichten, soweit sie durch Serbiens Hilfe verwirklicht werden sollten, erstaunlich unumwunden bezeugte. Dies Zeugnis stammt von Miljukow, der schon vor dem Kriege der Vertraute des russischen Ministers des Auswärtigen, Ssasonow, war. Miljukow hat im Jahrbuch seiner Zeitung „Rjetsch"[3]) einen Aufsatz veröffentlicht, in dem er klar ausspricht, Serbien habe ein Recht gehabt, seine nationale Einheit auf Kosten Oesterreich-Ungarns zu verwirklichen und ein Recht auf die Hilfe Rußlands zu diesem Ziel. Er schreibt:

In Serbien fiel 1903 die Dynastie Obrenowitsch als Mörderopfer. Ihre Stelle nahm die alte Dynastie der Karageorgewitsch ein, die Serbiens Orientierung scharf von der österreichischen auf die russische Seite herumwarf in der Hoffnung, von Rußland die nationale Einigung und Unabhängigkeit zu erringen.

Einige Seiten später kommt Miljukow abermals auf Serbien zu sprechen, und hier verrät er direkt, daß die Zerstörung Oesterreich-Ungarns für die russische Politik keine geringere Triebfeder gewesen ist, als die Eroberung Konstantinopels und die Meerengen. Er sagt über die österreichisch-ungarische Annexion Bosniens im Jahre 1908 wörtlich:

Serbien sah hierin mit Recht den Umsturz seines nationalen Ideals — der Vereinigung des ganzen serbischen Volkes in ein „Großserbien". Natürlich erwartete es bei dieser Gelegenheit die erste ernstliche Probe der Unterstützung von Rußland... Serbien stand vor dem Dilemma, ob es seine nationale

[1]) Kriegsursachen. Beiträge zur Erforschung der Ursachen des europäischen Krieges mit spezieller Berücksichtigung Rußlands und Serbiens. Zürich 1919 bei Orell Füßli.

[2]) Deutschland schuldig? Berlin 1919.

[3]) 1916, S. 17 ff., russisch.

Digitized by Google

Einigung innerhalb oder außerhalb der Grenzen der Habsburgischen Monarchie erlangen sollte, d. h. entweder mit Hilfe Rußlands oder durch Unterwerfung unter Oesterreich.

Deutlicher kann man das Programm Rußlands nicht definieren. Das serbische nationale Ideal, zu dessen Verwirklichung Serbien nach Miljukow ein Recht hatte, auf die russische Hilfe zu hoffen, hieß also zugestandenermaßen: Vereinigung des ganzen serbischen Volkes in ein Großserbien. Daß dies die Zertrümmerung Oesterreich-Ungarns bedeutete, war den Serben und den Russen gleich selbstverständlich, zumal für Rußland die galizische Frage mit der südslawischen, was die Beraubung Oesterreich-Ungarns anging, unmittelbar in Zusammenhang stand. Miljukow hat Recht, wenn er betont, die serbische Politik sei seit der Thronbesteigung des Königs Peter Karageorgewitsch scharf antiösterreichisch geworden. Dieser gebärdete sich, nach den Worten Boghitschewitschs, „als großserbischer Herrscher, der nur von Petersburg alles Heil erhoffte, und der sich, trotz seiner moralischen Verpflichtung Oesterreich gegenüber, nicht scheute, eine Oesterreich feindliche Propaganda in den slawischen Kronländern, namentlich in Bosnien, zu unterstützen und revolutionäre Elemente der österreichisch-ungarischen Monarchie im Königsschlosse von Belgrad zu empfangen, um gegen Oesterreich zu konspirieren“[4]). Das Axiom der äußeren Politik Serbiens war fortan nach Boghitschewitsch eine forcierte, großserbische Propaganda, ganz auf russischem Einflusse basiert und, nach erzieltem Erfolge gegen die Türkei, ausschließlich gegen Oesterreich-Ungarn gerichtet. Boghitschewitsch gibt dafür eine Reihe von Belegen, die auch in das deutsche Weißbuch aufgenommen sind.

Am 5. Oktober[5]) 1908 berichtete der serbische Gesandte Vesnitsch aus Paris, daß Iswolsky in einer Unterredung bezüglich der Okkupation der Provinzen Bosnien und Herzegowina seitens Oesterreich-Ungarns gesagt habe, Rußland werde Serbien unterstützen, wo und wie es nur immer könne. Iswolsky sagte:

Faktisch verliert Ihr gar nichts, sondern Ihr gewinnt unsre Unterstützung. Möge das serbische Volk in Bosnien und Herzegowina wie bisher kulturell an seiner Renaissance arbeiten und aufgeweckt, wie es ist, wird es niemals entnationalisiert werden können. (Anlage 1 des deutschen Weißbuchs).

Der serbische Geandte Paschitsch schrieb am 12. November 1908 aus Petersburg, daß nach Aussagen des russischen Zaren die bosnisch-herzegowinische Frage nur durch Krieg endgültig entschieden werden könne (Anlage 7 des Weißbuchs).

---

[4]) Boghitschewitsch, S. 17.

[5]) Die Originale tragen die doppelte Datierung nach dem julianischen und gregorianischen Kalender. Im folgenden ist nur die letztere gegeben.

Digitized by Google

Am 3. März 1909 berichtete Kosutitsch aus Petersburg:

Gutschkow erklärt mir: Ist unsere Rüstung einmal vollkommen durchgeführt, dann werden wir uns mit Oesterreich-Ungarn auseinandersetzen; beginnt jetzt keinen Krieg, denn das wäre euer Selbstmord, verschweigt eure Absichten und bereitet euch vor, es werden die Tage eurer Freuden kommen.

Derselbe serbische Gesandte in Petersburg hat, gleichfalls nach dem Weißbuch, im März 1909 mit Iswolsky, der damals Minister des Auswärtigen war, ein Gespräch gehabt, in dem jener sagte, während Italien im Dreibund eine „immobile Rolle" spiele, werde die Harmonie zwischen England, Frankreich und Rußland immer besser, die politische Lage Oesterreich-Ungarns verschlechtere sich und der Kampf mit dem Germanentum sei unabwendbar. Serbiens Blüte werde mit dem Verfall Oesterreich-Ungarns kommen.

Boghitschewitsch bezeugt auch, daß der Balkanbund von 1912 von Rußland veranlaßt und gegen Oesterreich gerichtet war. Gründung und Absicht des Bundes wurde vor Deutschland und Oesterreich-Ungarn sorgfältig geheimgehalten. Im Oktober 1912 begannen die Balkanverbündeten den Krieg gegen die Türkei. Boghitschewitsch erzählt, in dem vorhergehenden Bündnis habe Serbien den Bulgaren große Zugeständnisse in Mazedonien gemacht, in der Erwartung, als Entgelt dafür später Gebiete zugewiesen zu erhalten, „die weder Bulgarien noch Rußland gehörten, und die Serbien erst mit dem Schwerte von Oesterreich erobern mußte". In einem Gespräch über den Vertrag teilt der serbische Kronprinz Alexander Boghitschewitsch mit, der Kaiser von Rußland habe ihm, dem Kronprinzen, gelegentlich des Vertragsabschlusses gesagt, daß nunmehr die Aspirationen Serbiens gegenüber Oesterreich-Ungarn bald in Erfüllung gehen werden. Dasselbe besagen drei Telegramme des serbischen Gesandten in Petersburg an das Ministerium des Aeußeren in Belgrad vom 13. November und 27. Dezember 1912 und vom 29. April 1913. Die entscheidenden Stellen dieser Dokumente lauten:[6])

1. Die Gesandten Rußlands und Frankreichs raten als Freunde Serbiens, man solle es in der Frage des Ausganges zur Adria nicht zum Aeußersten treiben, denn sollte daraus eine europäische Verwicklung entstehen, so setzen wir die bisherigen ungeheuren Errungenschaften aufs Spiel. Sie sind der Ansicht, man solle sich mit einer Garantie für die unbeschränkte freie Benutzung dieses Adriahafens begnügen, und die Zeit wird schon kommen, wo man einen solchen auch zu eigen erhalten werde. Es sei besser, daß Serbien, welches mindestens zweimal so groß würde, als es bisher war, sich kräftige und sammle, um möglichst vorbereitet die gewichtigen Ereignisse abzuwarten, die unter den Großmächten eintreten müssen ...

2. ... Der Minister des Aeußern hatte mir erwidert, daß er nach unseren großen Erfolgen Vertrauen zu unserer Kraft habe und glaube, daß wir Oesterreich erschüttern werden. Deshalb sollten wir uns jetzt mit dem begnügen, was wir bekommen werden und dies nur als eine Etappe betrachten, denn die Zukunft gehöre uns.

[6]) Bei Boghitschewitsch, S. 127—129.

Digitized by Google

3. „Wiederum sagte mir Sfasonow, daß wir für künftige Zeiten arbeiten müssen, da wir viel Land von Oesterreich bekommen werden. Ich entgegnete ihm, daß wir Monastir (Bitolia) gerne den Bulgaren geben werden, wenn wir Bosnien und andere Länder Oesterreichs bekommen."

Das sind starke Zugeständnisse. Der Aufbau des ganzen Plans zeigt sich in der Geheimanlage zu dem, gleichfalls von Boghitschewitsch mitgeteilten, bulgarisch-serbischen Vertrag vom 29. Februar 1912, durch den der Balkanbund begründet wurde. Dort heißt es:

Wenn eine Einigung über ein bewaffnetes Vorgehen (d. h. gegen die Türkei) zustande kommen sollte, so ist Rußland davon zu benachrichtigen, und wenn letzteres keine Hindernisse in den Weg legt, so schreiten die Verbündeten zu den verabredeten kriegerischen Operationen... Im entgegengesetzten Falle, d. h. wenn eine Einigung nicht zustande kommen sollte, wird die Frage Rußland zur Begutachtung vorgelegt. Die Entscheidung Rußlands ist für beide vertragschließenden Parteien verbindlich.

Es ist natürlich, daß diese Sätze nach russischem Diktat geschrieben sind, und sie für sich würden schon beweisen, daß der Balkanbund unter den Fittichen Rußlands zustande gekommen ist. Er sollte die Balkanstaaten kräftigen, vor allen Dingen Serbien, und dann sollte der Angriff auf Oesterreich-Ungarn zur Errichtung des großserbischen Staates kommen, der nichts andres hätte sein können, als eine russische Filiale am Adriatischen Meer. Die russischen Staatsmänner haben keinen Augenblick daran gezweifelt, daß es, um dies Ziel zu erreichen, nicht nur einen Krieg mit Oesterreich-Ungarn, sondern auch mit Deutschland gelten würde. Dafür bieten ihre Aeußerungen gegenüber den serbischen Politikern und Diplomaten die schlüssigsten Beweise. Die politische Willensrichtung in Rußland, die den Balkanbund von 1912 als ihr Werkzeug schuf, geht zurück auf den russischen Zusammenbruch in Ostasien 1904/05. Das Abkommen mit England von 1907 war der erste bewußte Schritt auf den neuen (oder vielmehr alten) Wegen der russischen Politik. 1908/09 versuchte man es vorzeitig mit dem „Bluff" gegen Oesterreich-Ungarn und Deutschland, mußte aber — beschämt und erbittert — zurückweichen. Ein Dokument der Stimmung und der Pläne der russischen Regierung nach diesem Mißerfolg ist auch die von Boghitschewitsch[7]) veröffentlichte russisch-bulgarische Militärkonvention vom Dezember 1909. Sie wurde geschlossen für den Fall eines gleichzeitigen bewaffneten Zusammenstoßes Rußlands mit Deutschland, Oesterreich-Ungarn und Rumänien, oder mit Oesterreich-Ungarn und Rumänien, oder mit der Türkei — „ungeachtet dessen, wer die Initiative zu diesen Zusammenstößen ergriffen haben sollte"! In Artikel 5 dieser Konvention heißt es:

„In Anbetracht dessen, daß die Verwirklichung der hohen Ideale der slawischen Völker auf der Balkanhalbinsel, die dem Herzen Rußlands so nahe stehen, nur nach einem günstigen Ausgange des Kampfes Rußlands mit Deutschland

[7]) S. 115 ff.

Digitized by Google

und Oesterreich-Ungarn möglich ist, übernimmt Bulgarien die feierliche Verpflichtung und so weiter."

Das war die Formel für den Krieg Rußlands, und zwar für den Offensivkrieg. Ein vier Jahre jüngeres Zeugnis ist die Aeußerung, die der serbische Minister des Aeußeren, Paschitsch, im August 1913, nach dem für Serbien siegreichen Ausgang des serbisch-bulgarischen Krieges, in Marienbad zu dem serbischen Geschäftsträger in Berlin tat, und die wörtlich lautet:

„Ich hätte schon im ersten Balkankriege, um noch Bosnien und die Herzegowina zu erwerben, es auf den europäischen Krieg ankommen lassen können; da ich aber befürchtete, daß wir dann Bulgarien gegenüber in Mazedonien größere Konzessionen zu machen genötigt wären, wollte ich zunächst den Besitz Mazedoniens für Serbien sichern, um dann erst zur Erwerbung Bosniens und der Herzegowina schreiten zu können.

Auch gegenüber dem griechischen Delegierten auf der Bukarester Friedenskonferenz 1913, Herrn Politis, äußerte sich Paschitsch in ähnlicher Weise. Nach Unterzeichnung des Vertrages sagte er beim Herausgehen aus dem Konferenzsaal, Politis auf die Schulter klopfend:

La première manche est gagnée, maintenant il faut préparer la seconde manche contre l'Autriche[8]).

Man sieht, daß Rußland einen Krieg zur Begründung seiner Vorherrschaft am Balkan und zur Zertrümmerung Oesterreich-Ungarns mit Hilfe der Balkanstaaten und ganz besonders Serbiens führen wollte; daß zwischen Serbien und Rußland hierüber ein Einverständnis bestand; endlich, daß in den Krieg mit Oesterreich-Ungarn auch der Krieg mit Deutschland für die russische Rechnung als etwas Selbstverständliches einbegriffen war. Das große Ziel am Balkan war die Herrschaft über Konstantinopel und die Meerengen — das, was Napoleon selbst der „Freundschaft" mit Alexander I. mit den Worten verweigert hatte: Konstantinopel? Nein, das wäre die Weltherrschaft! Daß die Meerengen jetzt endlich in St. Petersburg für eine reife Frucht gehalten wurden, geht aus dem großen Bericht Ssasonows an den Zaren vom 8. März 1914 hervor[9]), den die russische Sowjetregierung veröffentlicht hat. Darin heißt es wörtlich: „Unsere (russische) historische Aufgabe bezüglich der Meerengen besteht in der Ausdehnung unserer Herrschaft auf dieselben." Der Gedanke der Neutralisierung oder freien Durchfahrt, auf den der politische Dilettantismus, namentlich in Deutschland, stets von neuem verfallen ist, in der Meinung, damit den russischen Interessen Genüge zu tun, wird abgelehnt; die militärischen und maritimen Operationspläne wurden festgestellt, und die beschlossenen umfangreichen Vorbereitungen vom Zaren genehmigt. Aus-

[8]) Boghitschewitsch, S. 65.

[9]) Weißbuch, S. 168—181.

Digitized by Google

drücklich bemerkte Sfasonow, es sei nicht vorauszusetzen, „daß eine Aktion gegen die Meerengen außerhalb eines europäischen Krieges unternommen werden könnte".

Diese aktenmäßigen Beweise für den Willen Rußlands, die Entscheidung beschleunigt herbeizuführen, haben sich erst jetzt durch die Veröffentlichungen aus den russischen und serbischen Archiven führen lassen. Daß aber die Entwicklung in Rußland prinzipiell zum Kriege trieb, das allerdings hätte seit 1907, oder spätestens seit 1909 von denjenigen Stellen in Deutschland, deren Aufgabe es war, sich mit den russischen Dingen zu beschäftigen, nicht übersehen und nicht bezweifelt werden dürfen. Die Vorstellung, daß es möglich sein würde, den Frieden mit Rußland und damit den Weltfrieden zu bewahren, war nur möglich bei ungenügendem Wissen und ungenügender Beobachtung in bezug auf Rußland. Es ist falsch, zu sagen, Deutschland hätte sich mit den Russen einigen können, indem es ihnen Konstantinopel einräumte. Man beruft sich dafür auf Bismarck, Bismarck aber hat den Russen nie Konstantinopel versprochen. Er hat selbst zwei Jahre nach seinem Rücktritt in den „Hamburger Nachrichten[10]) erklären lassen, er sei nie der Ansicht gewesen, die Unterstützung der russischen Pläne auf Konstantinopel sei Aufgabe der deutschen Diplomatie, sondern es sei nicht Sache Deutschlands, Rußland in der Ausführung seiner Pläne zu hindern. Das ist, heißt es weiter, ein großer Unterschied: „Rußlands Vordringen zu hindern, fällt naturgemäß denjenigen Mächten zu, deren Interesse durch ein russisches Vordringen direkt verletzt werden würde". Selbst aber wenn Deutschland den Russen Konstantinopel und die Meerengen überließ, selbst wenn es ihnen damit auch Kleinasien und den Engländern Mesopotamien auslieferte und auf jedes Interessenfeld in der asiatischen Türkei verzichtete, so blieb als das für Deutschland lebensgefährliche Moment der russischen Politik immer noch der Anspruch Rußlands auf die Beherrschung aller Balkanslawen und aller österreichisch-ungarischen Slawen übrig. Was aber Oesterreich-Ungarn als die zweite mitteleuropäische Großmacht betraf, so galten für Deutschland unweigerlich die Worte Bismarcks in seinem Brief an Lord Salisbury:

Wir werden also einen russischen Krieg vermeiden, solange es mit unserer Ehre und unserer Sicherheit vereinbar ist und solange die Unabhängigkeit Oesterreichs-Ungarns, dessen Bestand als Großmacht für uns eine Notwendigkeit allerersten Ranges ist, nicht in Frage gestellt wird... Von diesem Gesichtspunkt aus (Unmöglichkeit eines deutsch-russischen Kriegsbündnisses) wird die deutsche Politik immer gezwungen sein, in die Reihe der Kämpfenden einzutreten, wenn die Unabhängigkeit Oesterreich-Ungarns durch einen russischen Angriff bedroht wäre.

[10]) 17. Dezember 1892.

Digitized by Google

Hiergegen stand das russische Bekenntnis: Die Verwirklichung der slawischen Ideale, die „dem Herzen Rußlands" so nahe stehen, ist nur möglich „nach einem günstigen Ausgange des Kampfes Rußlands mit OesterreichUngarn!" In der Einsicht in die Natur dieses Gegensatzes liegt ein Hauptstück zum Verständnis des Weltkrieges enthalten. Das zweite Hauptstück ist die Abhängigkeit Frankreichs vom russischen Kriegswillen, und das dritte die englische Blankovollmacht vom September 1912 an Rußland, dieses möge im Falle eines russisch-französischen Krieges gegen Deutschland im voraus auch über die englische Waffenhilfe verfügen. Ueber die russisch-französischen Bindungen für den Weltkrieg läßt sich noch viel interessantes Material beibringen. Im Sommer 1914, also kurz vor dem Mord von Serajewo, als die europäische Lage an der Oberfläche noch friedlich schien, gab das englische Blatt „New Statesman" in seiner Nummer vom 20. Juni einen aus Paris datierten Brief über die Vorgänge beim Gesetz über die Erneuerung der dreijährigen Dienstzeit in Frankreich. Darin hieß es:

Am Tage nach der Wahl Poincarés (17. Januar 1913) sagte ein Mann, der ihn gut kennt, zu mir (dem Briefschreiber): c'est l'homme de son entourage (der Mann seiner Umgebung), und seine ganze Politik in der Folgezeit bestätigt es. Als er von St. Petersburg zurückkahm, mit dem Dreijahrgesetz in der Tasche, hatte er da seinen Geheimvertrag mit Rußland gemacht, zu dessen Bedingungen das Gesetz gehörte? Unmöglich zu sagen. . . . Auf jeden Fall war das Dreijahrgesetz nicht eine Antwort auf vermehrte deutsche Rüstungen und nicht eine Maßregel der Verteidigung: es wurde von Rußland für russische Zwecke den Franzosen aufgezwungen.

Ebenso schrieb Baron Guillaume, als die französischen Pläne zuerst veröffentlicht wurden, aus Paris (19. Februar 1913):

Die Zeitungen — und vor allem der „Temps" — haben übrigens unrecht, wenn sie bei Besprechung der Pläne der französischen Regierung dieselben als Antwort auf die deutscherseits ergriffenen Maßnahmen darstellen. . . .

Etwas über ein Jahr später, am 8. Mai 1914, heißt es bei demselben Diplomaten:

Eines der gefährlichsten Momente der augenblicklichen Lage ist die Rückkehr Frankreichs zum Gesetz der dreijährigen Dienstzeit. Sie wurde von der Militärpartei leichtfertig durchgesetzt, aber das Land kann sie nicht ertragen. Innerhalb von zwei Jahren wird man auf sie verzichten oder Krieg führen müssen.

Iswolsky, seit 1910 russischer Botschafter in Paris, hat auch beim Dreijahrgesetz mitgearbeitet. Eine Schilderung von Iswolskys Tätigkeit hat uns der Engländer Dell, Korrespondent des „Manchester Guardian" und der „Nation", in der letzteren Zeitschrift im August 1919 nach dem Tode des Botschafters gegeben. In diesem Artikel, der die Ueberschrift trägt: „Der große Verbrecher", beschreibt Dell zuerst, wie Iswolsky Frankreich fester an den Wagen des Zaren band, wie er Italien bestach,

Digitized by Google

wie er England in den russischen Kreis zog, wie er Caillaux stürzen half, der den Frieden mit Deutschland wollte, und danach fährt er fort:

Im Jahre 1912 besuchte Poincaré[11]) Petersburg, und der Krieg datiert tatsächlich von diesem Besuch. Poincaré war gewählt worden, um eine starke Politik zu befolgen. Aber Iswolsky war der wirkliche Drahtzieher. Am 12. September 1912 berichtete er seiner Regierung über eine Unterredung mit Poincaré, in der dieser ihm gesagt hatte: „Wenn ein Konflikt mit Oesterreich Deutschlands bewaffnete Intervention nach sich ziehen würde, würde Frankreich darin sofort einen casus foederis (Bündnisfall) erblicken und nicht eine Minute verlieren, um Rußland seine Gelübde zu erfüllen." Beachtenswert dabei ist, daß im September 1912 sowohl Iswolsky als Poincaré anerkannten, daß, wenn es zum Krieg komme, seine Veranlassung ein Konflikt zwischen Rußland und Oesterreich-Ungarn sein werde. Keiner von beiden erwartete auch nur einen Augenblick jenen Angriff auf Frankreich, auf den sich, wie man uns so oft versicherte, Deutschland 40 Jahre lang vorbereitet hat. Es war keine Rede von einer russischen Hilfeleistung für Frankreich oder der Möglichkeit, daß sich ein solcher Fall ergeben könnte. Nach meiner Ansicht haben Iswolsky und Poincaré im September 1912 nur deshalb einen Konflikt zwischen Rußland und Oesterreich vorausgenommen, weil sie wußten, daß Rußland nach einem solchen Konflikt trachtete. Rußland hat seit Jahren in Galizien intrigiert, und ich weiß, daß die Polen 1912 glaubten, ein russischer Angriff auf Oesterreich stehe unmittelbar bevor. Für den Fall eines solchen Angriffes war eine polnische Legion organisiert worden, die tatsächlich für Oesterreich gegen Rußland kämpfte. Wenn 1914 der Aufstand nicht losbrach, so lag der Grund darin, daß Deutschland Rußland den Krieg erklärt hatte.

Die von Poincaré im September 1912 gegebene Zusicherung wäre nicht nötig gewesen, wenn der Allianzvertrag Frankreich gezwungen hätte, unter den erwähnten Bedingungen zu intervenieren. Die Allianz war rein defensiv und, was Poincaré sagen wollte, war, daß Frankreich auch im Fall, daß Rußland Oesterreich angreifen würde, intervenieren werde, wenn Deutschland das täte. Mit andern Worten, er gab Rußland freie Hand. Das ist die Ansicht, die mir Jaurès noch eine Viertelstunde vor seinem Tod ausdrückte.

Unter den russischen Dokumenten aus der Zeit des ersten Balkankrieges und der Londoner Konferenz 1912, die im deutschen Weißbuch über die Vorgeschichte des Krieges abgedruckt sind, finden sich mehrere Berichte Iswolskys nach Petersburg über Unterredungen, die er mit Poincaré gehabt hat[12]). Am 21. November berichtet Iswolsky über ein Gespräch zwischen Poincaré und dem italienischen Gesandten Tittoni, in dem Poincaré an die italienisch-französische Abmachung von 1902 erinnert, Frankreich dürfe für den Fall eines Krieges mit Deutschland und Oesterreich auf die Neutralität Italiens rechnen. Dann weiter:

Im Laufe des Gesprächs sagte Poincaré zu Tittoni, daß, wenn der österreichisch-serbische Konflikt zu einem allgemeinen Krieg führt, Rußland voll und ganz auf die bewaffnete Unterstützung Frankreichs rechnen könnte.

---

[11]) Er war damals französischer Ministerpräsident.

[12]) Weißbuch S. 148 ff.

Digitized by Google

Mit diesen Berichten Iswolskys müssen die gleichzeitigen des russischen Botschafters in London, Graf Benckendorff, verglichen werden. In einem Bericht vom 25. Februar 1913[13]) charakterisiert Benckendorff die verschiedene Haltung Englands und Frankreichs auf der Londoner Balkankonferenz. Frankreich, sagt er, macht keine Vorbehalte; der französische Vertreter Cambon richte sich mehr nach der russischen Haltung als nach seinen eigenen Eingebungen, und:

Wenn ich seine Unterredungen mit mir, die gewechselten Worte kurz wiederhole und die Haltung Poincarés hinzufüge, kommt mir der Gedanke, der einer Ueberzeugung gleichkommt, daß von allen Mächten Frankreich die einzige ist, welche, um nicht zu sagen, daß sie den Krieg wünscht, ihn doch ohne großes Bedauern sehen würde.

Der Botschafter Cambon in London, der intime Freund Benckendorffs, machte sich auch über den voraussichtlichen Zeitpunkt des Weltkrieges seine Gedanken. Am 21. September 1911 hatte er ein Gespräch mit dem serbischen Gesandten, Dr. Gruitsch. Dieser berichtete darüber an den Ministerpräsidenten in Belgrad[14]). Es handelte sich um die Marokkokrise. Der Franzose stellte die Dinge tendenziöserweise so dar, als ob alle Gefahr nur von einer aggressiven Politik Deutschlands drohe. Dann heißt es bei Gruitsch:

Aber Frankreich sowohl als seine Verbündeten sind der Ansicht, daß selbst um den Preis größerer Opfer (als die Kongoabtretung) der Krieg auf einen entfernteren Zeitraum verschoben werden muß, das heißt auf 1914 bis 1915. Die Notwendigkeit dieses Aufschubs diktiert nicht so sehr die materielle militärische Vorbereitung Frankreichs — die vorzüglich ist — als die Reorganisation des Oberkommandos, welche noch nicht durchgeführt ist. Diese Frist ist auch für Rußland notwendig.

Man sieht, wie tief die serbische Diplomatie von den Ententemächten eingeweiht wurde. Das entsprach der Rolle, die Serbien durch das russisch-französische Einverständnis für die nächste Zeit zugedacht war. Denselben Eindruck erwecken die Worte aus dem Bericht des serbischen Gesandten in Paris, Dr. Wesnitsch, nach Belgrad vom 9. April 1913[15]):

Eine kompetente Persönlichkeit, mit der ich mich hierüber dieser Tage vertraulich unterhalten habe, teilte mir mit, daß wir um die Hälfte der vorigen Woche herum unmittelbar vor der Gefahr eines allgemeinen europäischen Krieges standen, und daß der Grund, weshalb dieser Krieg mit gewissen moralischen Opfern für jetzt vermieden worden ist, unter anderem auch auf den Wunsch zurückzuführen sei, den Balkanverbündeten Gelegenheit zur Erholung, Sammlung und Vorbereitung für Eventualitäten, die in einer nicht fernen Zukunft eintreten könnten, Gelegenheit zu geben.

Das Spiel zwischen Frankreich und Rußland lag also fest. Die russische Politik gedachte, die nächste günstige Gelegenheit zu benutzen, um mit

[13]) Weißbuch, S. 153 ff.
[14]) Weißbuch, S. 119 f.
[15]) Weißbuch, S. 128/129.

Digitized by Google

Hilfe Serbiens den europäischen Brand zu entzünden. Um dieselbe Zeit, April 1913, wo der serbische Gesandte in Paris von den Eventualitäten berichtet, die nach der Meinung seiner kompetenten Autorität in nicht ferner Zukunft eintreten könnten, schrieb der russische Außenminister Ssasonow an den Belgrader Gesandten Hartwig, Serbiens verheißenes Land liege im Gebiet Oesterreich-Ungarns. Serbien solle sich zäh und geduldig auf den unausbleiblichen Kampf vorbereiten. In Paris wie in Petersburg war man der Meinung, daß der entscheidende Augenblick nahe bevorstehe. Daraufhin verlangte Rußland von den Franzosen das Opfer der dreijährigen Dienstzeit, von dem klar war, daß es nicht länger als einige wenige Jahre getragen werden konnte. Am 21. Februar 1914 fand die „besondere Beratung" unter dem Vorsitz Ssasonows statt, in der protokollarisch festgestellt wurde, Konstantinopel und die Meerengen seien zu erobern, und zwar im Zusammenhang mit einem europäischen Krieg. Mit dem Ziel, dieser Politik zu dienen, wurde in Frankreich die kriegsfreundliche, stark nationalistische Richtung gefördert.

Ein halbes Jahr vor dem Weltkrieg schrieb der belgische Gesandte Baron Guillaume aus Paris an seinen Minister:

Ich hatte schon die Ehre, Ihnen zu berichten, daß es die Herren Poincaré, Delcassé, Millerand und ihre Freunde gewesen sind, die die nationalistische, militaristische und chauvinistische Politik erfunden und befolgt haben, deren Wiedererstehen wir festgestellt haben. Sie bildet eine Gefahr für Europa — und für Belgien.

In einem der letzten Berichte, den die Sammlung belgischer Aktenstücke enthält, vom 12. Juni 1914 aus Berlin, gibt der dortige Gesandte, Baron Beyens, dieselbe Auffassung über das Verhältnis Frankreichs und Rußlands zu erkennen:

Was man den Anhängern der dreijährigen Dienstzeit in Frankreich ferner vorwerfen kann, ist das ständige Einbeziehen Rußlands in die Debatte über diese innere Frage — *Rußlands*, dessen politische Ziele *undurchsichtig* bleiben, das den Zweibund zu seinem ausschließlichen Vorteil leitet und das ebenfalls, *ohne von Deutschland bedroht zu werden*, seine *Rüstungen in beängstigendem Maße vermehrt*!

Die Abhängigkeit der französischen Politik von Rußland ist das Kernstück in allen Beobachtungen der letzten Jahre vor dem Weltkrieg. Vorübergehend ließ der innere Widerstand in Frankreich gegen die Beibehaltung des dritten Jahres die Möglichkeit auftauchen, das Dreijahrgesetz könne durch eine radikal-sozialistische Mehrheit wieder beseitigt werden. Dagegen wurde von den Chauvinisten mit allen Mitteln gearbeitet. Baron Guillaume berichtete aus Paris (9. Juni 1914), auch der französische Botschafter in Petersburg habe — „gegen alle Gewohnheit" — eine für die Zukunft Frankreichs gefährliche Initiative ergriffen. In Rußland müsse man wissen, daß die dem französischen Volk zugemutete Anstrengung nicht lange dauern könne.

Digitized by Google

. . . Sollte sich daher vielleicht die Haltung des Petersburger Kabinetts auf die Ueberzeugung gründen, daß die Ereignisse nahe genug bevorstehen, um sich des Werkzeuges bedienen zu können, das es seinen Verbündeten in die Hand geben will?

In der Tat, die „Ereignisse", von denen der Gesandte vorahnend schrieb, lagen näher, als die überwältigende Mehrzahl der Menschen in Europa glaubte und hoffte.

Die Irrtümer Vivianis

Von Graf Max Montgelas

Einen Grundpfeiler der These der Entente, daß Deutschland allein für den Ausbruch des Weltkrieges verantwortlich sei, bildet die Behauptung, daß die allgemeine Mobilmachung in Oesterreich-Ungarn der in Rußland vorangegangen sei. Krampfhaft klammern sich insbesondere die französischen Staatsmänner der kritischen Sommertage 1914 an diese Unwahrheit, denn nur dadurch können sie in den Augen des französischen Volkes ihr damaliges Verhalten rechtfertigen. So hat wiederum Viviani, der Ministerpräsident und Außenminister jener Zeit, als Zeuge im Caillaux-Prozeß vollkommen unrichtige Angaben über den fraglichen Punkt gemacht. Im Juniheft der „Rassegna Internazionale", einer mit der englischen „Union of Democratic Control" in engen Beziehungen stehenden italienischen Monatsschrift, zerpflückt der mutig für die Wahrheit kämpfende Franzose Demartial diese Zeugenaussage, die mit den Tatsachen in schroffem Widerspruch steht.

So behauptet Viviani:

„Rußland schritt zuerst zu einer Teilmobilmachung gegen Oesterreich. Die allgemeine Mobilmachung wurde erst am 31. Juli 11 Uhr vorm. angeordnet, folglich als Gegenmaßnahme (en réplique) auf die allgemeine österreichische Mobilmachung, die um 1 Uhr morgens befohlen wurde."

Es soll hier nicht näher darauf eingegangen werden, daß schon die am 29. Juli angeordnete russische „Teilmobilmachung" für die Donaumonarchie außerordentlich bedrohlich war[1]). Aber ganz abgesehen hiervon ist auch die russische Gesamtmobilmachung, wodurch 117½ Infanterie- und 34 Kavalleriedivisionen — eine dem österreichisch-ungarischen Heere an Infanterie mehr als doppelt, an Kavallerie sogar dreifach überlegene Macht — ins Feld gestellt wurden, vor der österreichischen erfolgt. Wie aus

[1]) Sie umfaßte nämlich nicht weniger als 51 Infanteriedivisionen, nicht 39, wie ich noch in Versailles als Mitglied der deutschen Viererkommission angenommen hatte. Einschließlich der schon mobilen serbischen und montenegrinischen Kräfte waren damit 64—68 Infanteriedivisionen gegen Oesterreich-Ungarn aufgeboten, dessen gesamte Streitmacht einschließlich Landwehr und Honved deren nur 50 zählte.

Digitized by Google

einem, nach dem Suchomlinowprozeß am 15. September 1917 veröffentlichten amtlichen russischen Communiqué hervorgeht, ist die Totalmobilisierung am 29. Juli abends beschlossen, die Befehle dazu sind am 30. gegen 7 Uhr abends ausgegeben (eingegangen in Warschau 8^{15} Uhr, gleich 7^{15} Uhr mitteleuropäischer Zeit) und am 31. am frühen Morgen in den Straßen von Petersburg öffentlich angeschlagen worden. Das die Maßnahme meldende Telegramm des deutschen Botschafters wurde 10^{20} Uhr (9^{20} Uhr mitteleuropäische Zeit) in Petersburg abgesandt (Weißbuch Dezember 1919, Nr. 473). Aber auch die französische Regierung, also Herr Viviani selbst, hat schon am Morgen des 31. ein Telegramm des französischen Botschafters in Petersburg erhalten, das „die Mobilmachung der russischen Armee ohne Ausnahme" bestätigte. Warum wird dieses Telegramm, von dem Pokrowsky in der „Prawda" vom März 1919 berichtet (Weißbuch Juni 1919, Seite 207), dem französischen Volke noch immer verheimlicht?

Der Befehl zur allgemeinen Mobilmachung in Wien ist, wie aktenmäßig feststeht, am 31. Juli 11^{30} Uhr vorm. von Kaiser Franz Josef unterzeichnet und 12^{23} Uhr beim Kriegsministerium und Generalstab eingetroffen. Wie kommt Viviani zu der unrichtigen Angabe von 1 Uhr morgens? Der französische Botschafter hatte berichtet: „à la première heure" (Gelbbuch Nr. 115). Auf diese Depesche konnte sich Viviani nicht berufen, denn er weiß, daß dieser Ausdruck nicht 1 Uhr morgens bedeutet, sondern allgemein die ersten Stunden des Vormittags, etwa ab 9 Uhr bezeichnet. Man ist fast versucht, anzunehmen, daß Viviani hier eine deutsche Quelle benützt hat, in der die französische Zeitangabe unrichtig übersetzt ist.

Viviani sagte weiter aus:

„Am 31. Juli um 2 Uhr telegraphierte der Kaiser an den Zaren, aber er spricht nicht von der allgemeinen russischen Mobilmachung; er wußte also nichts davon."

Das ist eine grobe Entstellung der Dokumente. In seinem um 2^{4} Uhr nachmittags vom Neuen Palais abgesandten Telegramm sagt Kaiser Wilhelm (Weißbuch Dezember 1919, Nr. 480):

„ . . . . . Während diese Verhandlung im Gange war, sind Deine Truppen gegen Oesterreich-Ungarn mobilgemacht worden. . . . Nunmehr erhalte ich zuverlässige Nachricht über ernsthafte Kriegsvorbereitungen an meiner Ostgrenze. . . . ."

Also: Mobilmachung gegen Oesterreich-Ungarn und ernsthafte Kriegsvorbereitungen an der deutschen Grenze. Welch kleinliche Wortklauberei ist es da, zu behaupten, die russische allgemeine Mobilmachung werde nicht erwähnt. Und weiß Viviani wirklich nicht, daß schon eine gute Stunde vorher, um 12^{55} Uhr, der Kaiser an den König von England

Digitized by Google

telegraphiert hatte (a. a. O., Nr. 477), es sei ihm soeben vom Reichskanzler die offizielle Nachricht zugegangen, daß der Zar

„heute nacht die Mobilmachung seiner ganzen Armee und Flotte angeordnet hat"?

Also nicht nur die Tatsache des Befehls zur allgemeinen Mobilmachung, sondern annähernd auch die Zeit seines Erlasses waren bekannt.

Ein dritter Irrtum Vivianis:

„Am 31. Juli mittags, also ohne Kenntnis der russischen Mobilmachung, erklärte Deutschland den Zustand der Kriegsgefahr".

Der Zustand „drohender Kriegsgefahr" — nicht „Kriegsgefahr" — wurde, wie aus der Schrift des deutschen Generalstabs über die russische Mobilmachung hervorgeht, um 1 Uhr nachm. erklärt (nach französischer Zeit allerdings 12 Uhr), nachdem um 11^{40} Uhr das schon erwähnte Telegramm des deutschen Botschafters in Petersburg eingetroffen war (a. a. O. 473), und der Entschluß nach Wien mit den Worten mitgeteilt (a. a. O. 479):

„Nach der russischen Gesamtmobilmachung haben wir usw."

Noch ein vierter Irrtum muß erwähnt werden:

„Wir wollten erst am 1. August mobilmachen angesichts (en présence) der deutschen Mobilmachung".

Nein! Nicht „angesichts", also nach der deutschen Mobilmachung, sondern kurze Zeit vorher, um 3^{40} Uhr nachm. (4^{40} Uhr mitteleuropäische Zeit, englisches Blaubuch Nr. 136) wurde in Paris das Mobilisierungsdekret unterzeichnet, während die deutsche Mobilmachung um 5 Uhr angeordnet wurde (Weißbuch, Mai 1915, Seite 10).

Nach diesen Irrtümern folgt auch einmal ein Eingeständnis:

„Wir würden eine außerordentliche Verantwortung übernommen haben, wenn wir Rußland gesagt hätten, es solle nicht mobilmachen."

Frankreich hat somit Rußland von der Mobilmachung — über die es folglich rechtzeitig unterrichtet war — nicht abgeraten. Die scheinbaren Ratschläge, die Viviani nach Gelbbuch 101 am 30. Juli 1914 nach Petersburg hat telegraphieren lassen, werden damit auf ihre wahre Bedeutung zurückgeführt.

Die Zeugenaussage Vivianis bietet im großen Ganzen das bekannte Bild der Ententelegende: Die Daten der vier Mobilmachungen in Rußland, Oesterreich-Ungarn, Frankreich und Deutschland werden gefälscht, die Reihenfolge in eine solche von Oesterreich-Ungarn, Rußland, Frankreich, Deutschland verdreht. Die allgemeine Mobilmachung in Rußland, die wesentlichste militärische Provokation, als eine defensive Maßnahme hingestellt. Erfreulich bleibt, daß ein Franzose dieses Lügengewebe mit ungefähr denselben Argumenten, wie sie im vorstehenden angegeben wurden, zerstört hat.

Es gibt noch ein anderes Verfahren. Auf der im April d. J. in Straßburg abgehaltenen Versammlung der „Ligue des Droits de l'Homme"

Digitized by Google

hat der Professor an der Sorbonne, Victor Basch, nicht imstande, die Beweisführung Demartials zu widerlegen, die Enthüllung gemacht, in dem Prozeß gegen Suchomlinow sei der russische Kriegsminister als „deutscher Agent" entlarvt worden! Deutschland habe nach dem Beispiel der Emser Depesche, um die Verantwortung für die Kriegserklärung auf Rußland zu schieben,

„seinen Agenten beauftragt, die Mobilmachung der russischen Armee anzuordnen und den Zaren zu verhindern, die ihm abgerungene Unterschrift zurückzunehmen".

Das bedarf keines Kommentars. Es zeigt jedoch, daß auch nach Professor Basch, falls Suchomlinow kein deutscher Agent war, die Verantwortung auf Rußland fällt.

Litauen

Von Alfred Wolf

Litauen, sehr vielen Deutschen ein unbekannter geographischer Begriff, ist das am wenigsten beachtete Glied in der großen Kette der Randstaaten von Odessa bis Riga, die die deutsche Militärpolitik in großem Wurf geschaffen, unter der sicheren Voraussetzung des Sieges als Sieger unter Vergewaltigung der landschaftlichen, historischen und nationalen Bedingtheiten selbstherrlich regiert und verwaltet hat mit dem Ziele verschleierter Annektion. Lettland sollte in Personalunion zu Preußen kommen, bei Litauen konkurrierten das sächsische und preußische Königshaus mit dem Herzog von Urach, bei Polen ging der Streit zwischen Habsburg, Wittelsbach und Wettin. Es war die Zeit, in der die alten Herren in den fürstlichen Ahnengalerien wieder lebendig wurden und auf Vermehrung ihrer alten Hausmacht bedacht waren. Man denke an das traurige Schauspiel des Streites um Elsaß-Lothringen. Nur bei der Ukraine ließ man dem Großrussen Skoropadski den Vortritt, machte den Bock zum Gärtner und schuf mit sicherem Griff die Voraussetzungen des völligen Zusammenbruchs der deutschen Politik in der Ukraine und verspielte ein überaus hohes Kapital an Vertrauen, das jenes Volk Deutschland spontan entgegenbrachte.

Der völlige Bankrott der deutschen Randstaatenpolitik, die auf reine Macht, nicht aber auf die Selbstbestimmung der Völker aufgebaut war, trat nach dem militärischen Zusammenbruch sozusagen automatisch und selbstverständlich ein, wie ein Naturereignis voll latenter Logik.

Wen sollte es wundern, daß die Politik v. Goßlers, der sich ausschließlich auf die dünne Oberschicht des baltischen Adels stützte, in sich zu-

Digitized by Google

sammenstürzen mußte an dem Tage, an dem das deutsche Schwert zerbrach. Wo bleibt da die schöne Romantik deutscher Tradition und Kultur, im Baltenlande gewiß kein leerer Wahn, als die Masse des hörigen lettischen Volkes, das in der deutschen Politik nur den Handlanger der autokratischen Herrschaft der Barone erblickte, Ellenbogenfreiheit gewann und zunächst in wildem Haß gegen das Deutsche alles mühsam Geschaffene niederriß und sich auf ihre Weise einen Staat zu bauen begann. Erst neuerdings scheinen sich wieder Bande zu knüpfen nach Riga, nachdem sie durch den Unverstand der deutschen Politik, durch den Wahnwitz der Goltz-Bermontschen Politik noch nach dem Zusammenbruch vollends zerrissen wurden. Das alles konnte verhütet werden, wenn man von Anfang an die Politik in Rußland fest aufgebaut hätte auf den lettischen Volksteil. Damit hätte man auch den Balten besser gedient als es so geschah.

Die jammervolle Flucht der deutschen Herrlichkeit aus Polen zeigte die Brüchigkeit der ganzen Polenpolitik. Nun sei keineswegs verkannt, daß nirgends schwerer dauerhafte Beziehungen zu knüpfen waren als in Warschau. Der Franzose des Ostens ist voll Haß gegen das Deutsche, er hat den Haß genährt in der Zeit der Okkupation mit ihren Härten, die die Not der Kriegswirtschaft zur Ursache hatten. Aber das ruhmsüchtige, auf seine Vergangenheit stolze Volk hat es nie vergessen, daß es zum Spielball dynastischer Interessen gemacht werden sollte. So wurde es unser grimmigster Feind, rasch vergessend, daß es den deutschen Waffen seine staatliche Selbständigkeit verdankt.

Am günstigsten lagen die Dinge in Litauen. Der damalige deutsche Generalbevollmächtigte Zimmerle hat mit mir zusammen das Erbe der Ludendorffschen Politik in Litauen in den Tagen des Zusammenbruches übernommen. Es galt, mitten in der Flut der zurückströmenden, aufgelösten Armee, der der Bolschewismus tastend folgte, aus den Trümmern der Militärpolitik den litauischen Staat militärisch und verwaltungstechnisch um seiner selbst willen und als Schutzwall gegen den Bolschewismus zu errichten, der in jener Zeit, brach er in Ostpreußen ein, eine furchtbare Gefahr für das in voller Auflösung befindliche Vaterland bedeutete. In sechs Monaten schwerster Arbeit gelang das Werk und es konnte gelingen, einmal weil die militärischen Stellen sich den politischen Notwendigkeiten unterordneten und ein Verhältnis zum Staat Litauen gewannen, dessen kleine Armee sie willig in der Bildung unterstützten, vor allem aber, weil die deutsche Politik in Litauen im Gegensatz zu Kurland demokratisch in der Sache, nicht in der Absicht auf das breite Volk aufgebaut worden war im Gegensatz zum polnischen Großbesitz in Litauen, der ausgeschaltet werden mußte, sollte ein litauischer Staat überhaupt möglich sein.

Digitized by Google

Volle Anerkennung verdienen die leitenden Männer des kleinen Bauernvolkes. Es war gewiß ein schweres Arbeiten mit den zähen, mißtrauischen Herren, und niemand weiß dies besser als ich aus den unzähligen Verhandlungen, die sich aus der Liquidation einer Verwaltung ergaben, die so ziemlich das ganze öffentliche Leben in Wirtschaft, Justiz, Schule und Administration nach deutschem Muster ergriffen hatte, und die nunmehr allmählich in litauische Hände übergeführt werden mußte. Es gelang, die Armee konnte die Grenzen des Landes nach Dünaburg hin, von unseren Resttruppen unterstützt, vortragen, und unter klingendem Spiel, unter Salutschießen der litauischen Artillerie und den Hochrufen einer litauischen Ehrenkompagnie überschritten nach erfüllter Aufgabe zur rechten Zeit die Reste der deutschen Ostarmee die Hohenzollernbrücke über den herrlichen Njemenfluß in Kowno.

Dies alles unter den Augen der französischen und englischen Missionen in Kowno. Die Früchte dieser Arbeit zu hüten, war unsere nun unter dem Gegendruck der Entente immer schwieriger werdende Aufgabe. Wie nun das verrückte und gefährliche Abenteuer Bermonts, das von deutschen unverantwortlichen und verantwortlichen Männern nachhaltig unterstützt wurde, auch unsere Arbeit in Litauen gefährdete, ist ja wohlbekannt. Alle Mahnungen und Berichte des Generalbevollmächtigten nach Berlin blieben ohne Wirkung. Es kam, wie es kommen mußte. General Nysell mit der baltischen Ententekommission mußte, weil wir selbst uns nicht helfen konnten, diesen letzten atavistischen wilden Trieb der abgestorbenen und zersplitterten deutschen Militärpolitik ausschneiden, eine Schmach, die wir uns ersparen mußten, die wir danken unverbesserlichen Fanatikern, die uns dann nachher in den Märztagen 1920 in den Straßen Berlins noch erfreuten.

Der Vormarsch der Sowjetarmee, ausschließlich gegen den bleichsüchtigen polnischen Imperialismus gerichtet, bringt die Früchte der litauischen Staatskunst zur Reife. Die Führer dieses Bauernvolkes haben einen klaren Blick für das Mögliche, eine unerhörte Zähigkeit in der Verfolgung einmal gesteckter Ziele. Daß es Litauen bisher gelang, dem Zugriff des beutelüsternen polnischen Nachbarn zu entgehen, ist eine sehr beachtliche Leistung diplomatischer Kunst und einheitlich geleiteter, antipolnischer Volksstimmung. Die ein Jahr lang nach der Revolution unter gewiß sehr schwierigen Verhältnissen mit Konsequenz verfolgte Politik des Generalbevollmächtigten zur Zurückdrängung des polnischen Einflusses, die uns den Zorn der Franzosen zuzog — der „Temps" hat sich gelegentlich mit meiner Person deshalb befaßt —, hat sich als richtig erwiesen.

Wir haben in Deutschland infolge der wie nirgends unzuverlässigen und schwierigen Berichterstattung und Beobachtung eine sehr erschwerte Urteilsbildung über Polen als Staat. Gar oft ist der Wunsch der

Digitized by Google

Vater des Gedankens, nirgends mehr als in den Ostfragen. Aber die Litauer mit ihrem vortrefflichen Instinkt für die Machtverhältnisse, mit ihren vorzüglichen Informationen geben durch die Tat ihrer Verständigung mit der Sowjetregierung, die ihnen Wilna, das den Polen eine Messe wert ist, Grodno und das reiche Gouvernement Suwalki mit herrlichem Wald (120 000 ha) und bestem Acker, bringen soll, ein klares Urteil ab über Polens tatsächliche Macht im Osten. Dieser Schritt ist so entscheidend gegen Polen gerichtet und ist von den überaus schlauen Litauern sicher unter Einstellung aller Möglichkeiten und Rückschläge erwogen, so eng im Einvernehmen mit der Entente geschehen, in deren Lagern überall eifrige litauische Emissäre herumhorchen, daß ein Rückschluß auf die Lage im Osten wohl möglich erscheint.

Sehr zu denken gibt aber die Tatsache, daß Sowjet-Rußland seinerseits ohne jede militärische Notwendigkeit mit Litauen, das es militärisch ohne weiteres überrennen könnte, ein friedliches Abkommen schließt und so Litauen als Staat einfach anerkennt, was es früher niemals getan, trotzdem es genau weiß, daß das gesunde Bauernvolk vom Bolschewismus nichts wissen will und kerngesund geblieben ist.

Nun verkenne ich nicht, daß Litauen in seinen neuen Grenzen zu einem Nationalitätenstaat wird durch Wilna, Grodno und den polnischen Teil Suwalkis und Seynis, daß damit seine Staatsaufgaben sehr kompliziert werden durch starken weißrussischen und vor allem polnischen Einschlag. Gerade der letztere läßt sich aber nicht regieren von der von den Polen verachteten Schicht der litauischen „Bauern und Knechte". Es wird abzuwarten sein, ob führende Polen in die Staatsregierung eintreten und die Verantwortung mitübernehmen. Das hängt letzten Endes von dem Endschicksal Polens ab, das heute niemand beurteilen kann.

Eine für deutsches Empfinden sehr schmerzliche Frage ist die Zukunft des Memellandes, das heute politisch im luftleeren Raum schwebt, über dessen Schicksal bis heute die Handwerker der Entente, die Weltgeschichte mit der Axt zuhauen, wie einen Eichenstamm, nicht entschieden haben. Natürlich liegt es nahe, daß die Entente dieses deutsche Land den Litauern zuschlagen will, aber es ist eine offenbare Ungerechtigkeit, wenn die „Frankfurter Zeitung" ganz unnötig die Litauer unfreundlich als Analphabeten bezeichnet, mit denen die preußischen Litauer und Deutschen keinesfalls vereinigt werden dürfen. In der Sache denkt jeder Deutsche genau so und hofft auf eine andere Lösung, aber es hieße den Einfluß des kleinen Staates Litauen maßlos überschätzen, wenn man ihm diese vorläufige Abtrennung des Memelstreifens zuschöbe. Hier hat England auf Vorrat disponiert und sich den Zugang zum Njemen mit der Möglichkeit des Wasserweges bis ins Innere Rußlands gesichert. Mag sein, daß den Litauern, die ursprünglich, wie ich genau weiß, in maßgebenden

Digitized by Google

Kreisen keinerlei ernsthafte Aspirationen auf das Gebiet hatten, der Appetit beim Essen kommt. Ich weiß es nicht. Aber das ist sicher, daß wir durch unnötige Verächtlichmachung des litauischen Volkes, das unschuldig ist an den Segnungen russischer Volkserziehung, an der Gestaltung der Dinge nichts ändern, sie nur zu unsern Ungunsten wenden können.

Auf jeden Fall haben wir nur Interesse daran, einen guten Nachbarn an der ostpreußischen Grenze zu haben, und gute Vorbedingungen dazu sind geschaffen worden. Die Befestigung dieser guten Beziehungen zu Litauen, die zu zerstören auch unserer auswärtigen Politik nicht gelungen ist, ist heute angesichts der neue Gestalt gewinnenden russischen Dinge von außerordentlicher Bedeutung. Mit Wilna ist Litauen das Einfallstor der russischen Wirtschaft.

Zum Wiederaufbau Deutschlands, der zur Phrase zu werden droht, gehört auch, und nicht zum wenigsten, eine kluge, überaus aktive auswärtige Politik stiller Arbeit, unter sorgfältiger Beobachtung der inneren Vorgänge in den Völkern des Ostens.

Unsere auswärtige Politik im Osten ist falsch orientiert. Man hat dort au fond für die Randstaaten nur ein Achselzucken; man spielt ja ein wenig Diplomatie mit Geschäftsträgern, aber ernst gemeint ist es nicht. Diese kleinen Staaten sind quantité négligeable. Die „hohe" Politik ist auf das große, wiedererstehende Rußland eingestellt, das gestern unter Denikin und Koltschak erschien, heute unter Lenin und Brussilow vor die Phantasie dieser Politiker tritt. Das war bei Müller so, ist jetzt noch so und wird, so Gott will, so bleiben. Man soll nicht päpstlicher als der Papst und nicht russischer als der Russe sein. Was wir heute in Litauen, morgen vielleicht in Lettland erleben, kann auch in der Ukraine eines Tages kommen. Die deutsche auswärtige Politik wird dann mit leeren Händen dastehen und verwundert über den entschwundenen Spuk des „wiedervereinigten russischen Reichs" nachsinnen können.

Kommt es anders — wer wollte prophezeien —, so wäre es nur ein Segen, wenn Deutschland den heute um Selbständigkeit kämpfenden Völkern Freundschaft bezeigte und ein Narr, der glaubt, daß umsonst oder gar schädlich die Arbeit gewesen, wenn die Teile sich in vielen Jahren vielleicht einmal wieder zum Ganzen fügen. Wann wird die deutsche auswärtige Politik begreifen, was aus dem Osten uns kommen kann?

Digitized by Google

Um die Zwangswirtschaft

Von Dr. Theodor Heuß

In den Städten mehren sich die Lebensmittelunruhen. Man mag sich darüber streiten, ob hinter ihnen ein einheitlicher Wille steht, der mit Hungerkrawallen die innere Spannung noch peinigender heizen möchte, oder ob sie als ansteckende Krankheit durch das Land fliegen, die Suggestion findet willige Aufnahme. Sie sind auch in Gegenden aufgeflackert, in denen die Ernährungsverhältnisse bislang erträglich waren. Dort haben sie an die Preisgestaltung auf dem Frühobstmarkt angeknüpft — um der reichen Ernte willen hatte die Regierung auf die öffentliche Bewirtschaftung verzichtet, aber die Zusicherung der Produzenten, daß die Preise sich auf niedriger Höhe halten würden, sind nicht eingetreten. Man kann sich deshalb nicht wundern, wenn die städtischen Käuferschichten der Ansage mißtrauisch gegenüberstehen, daß die Aufhebung der Zwangswirtschaft die ländlichen Produkte nicht nur zahlreicher, sondern auch billiger auf den Markt bringen werde. Die ersten Beweise sind nicht ermutigend.

Und doch muß, ungeachtet dieser letzten Vorkommnisse, das Problem mit rückhaltloser Offenheit angefaßt werden, wenn wir überhaupt einmal aus dem System der Lüge herauskommen wollen. Unser wirtschaftliches Leben wird dabei noch in neue Zuckungen der Krise kommen; aber der Zustand, den wir bisher noch aufrechterhielten, war der trübste Schein, auf Kosten der Autorität des Staates, die einfach verneint war, und der Anständigkeit jedes einzelnen, gleichviel ob Erzeuger oder Verbraucher.

Die Zwangswirtschaft war ein Instrument der Kriegsführung, als solches unentbehrlich. Man mußte dem Handwerker den Rohstoff vor dem Zugriff des kapitalstarken Industriellen schützen, den Unbemittelten vor der Gefahr einer sinnlosen Preisgestaltung der Lebensmittel. Die Erfassung, Verteilung, Preissicherung war moralisch geboten, im Hinblick auf die Kriegsnotwendigkeiten. Aber dieser „Kriegssozialismus" wurde erkauft durch eine von Jahr zu Jahr sich steigernde Bureaukratisierung der Wirtschaft. Am Anfang gab es wohl Sozialisten, die in der Ausdehnung der Staatsmacht auf die ökonomische Nationierung eine Anerkennung sozialistischer Grundgedanken begrüßten; heute sind diese Töne theoretischer Befriedigung hingesunken, und man sieht, da diese Ehe zwischen Staat und Verteilungssozialismus vor ihrer Scheidung steht, daß es im ganzen doch eine ziemlich schlechte Ehe gewesen ist. Zwar mochte Fichtes „geschlossener Handelsstaat" als geistige Verklärung, nicht ohne Grund, zitiert werden — und wir haben das selber getan —, aber

Digitized by Google

ganz im großen haben die Erfahrungen dieser Jahre das Mißtrauen gegen staatliche Wirtschaftsführung aufs stärkste vertieft.

Es genügt nicht, daß man dies mit den Fehlern erklärt, die man gemacht hat. Denn die menschliche Kurzsichtigkeit ist ein Element, das als x in jeder Rechnung stehen muß; der glatte Rationalismus hat die fertigen Lösungen stets zur Hand, aber es hilft nicht viel, wenn er sich, beim Mißerfolg, mit der Dummheit der Menschen herausredet. Diese ist nämlich ein höchst aktiver Faktor allen Gemeinschaftslebens. Aber es handelt sich nicht darum, etwa festzustellen, daß die politisch zu erklärende Heraufsetzung der Brotration sachlich kaum zu verantworten war, oder daß die Preisfestsetzung für Brotgetreide, für Vieh allzu lange am Konsumenteninteresse kleben blieb, ohne Einschaltung der maßlos gestiegenen Produktionskosten der Landwirtschaft — sondern: alle solche verfehlten Maßnahmen sind unvermeidlich, weil sie künstlich aus tausend Erwägungen geboren werden, um schließlich an den Launen der Natur, am guten oder schlechten Willen der Menschen ihre feste Grenze zu finden.

Als die öffentliche Meinung der Deutschen vom Kriegspresseamt bestimmt wurde, hatten wir den Befehl, auf dieses ganze verwickelte Gebäude der öffentlichen Bewirtschaftung stolz zu sein. Und wie waren wir stolz! Zwar protestierten wir überall in den neutralen Ländern gegen den Aushungerungskrieg der Entente, im gleichen Atem, ebenso befehlsgemäß, versicherten wir triumphierend, daß in Deutschland kein Mensch Hungers sterbe — denn die Deutschen verstehen sich auf die Organisation. Ganze eitle Philosopheme wurden um dies Wort geschrieben, wir brüllten es uns ins Ohr, schließlich glaubte drei Viertel von Deutschland daran, das Organisieren sei eine Gottesgabe an die Deutschen, und mit diesem Zauberstab lassen sich alle Nöte bannen. Wir haben uns entsetzlich verrannt, weil wir formelgläubig geworden (wie jetzt etwa vielen Menschen alle Rätsel sich lösen mit dem Schlagwort: „Kammer der Arbeit"); wir haben übersehen, daß Organisation nichts anderes ist, als ein armseliges Wort, hinter dem sich Registraturen, Karthoteken, Statuten, Schreibmaschinen, Beamte, Paragraphen, schließlich ein Staatsanwalt, aufhalten, daß es aber in der Wirkung ganz auf die Menschen ankommt, was sie daraus machen, etwas Gutes, etwas Schlimmes, hier klug, dort dumm, oder ob sie überhaupt den ganzen Kram auf sich beziehen. Besonders dies letztere haben sie von Jahr zu Jahr sich abgewöhnt. Man kann den Schieber den Deserteur der Kriegswirtschaft nennen; muß dann aber sagen, daß wir uns schon lange im Zustand der Massendesertion befinden, zwar Kaders und Stammrollen besitzen, aber keine Mannschaft. Unsere öffentliche Wirtschaft, nicht nur unser Geld, wurde zu Papier und ist heute in vielen Bezirken so entwertet, daß man sie als Makulatur behandeln soll.

Digitized by Google

Die Fragestellung spitzte sich zu, seit durch das Hindenburgprogramm in die Industrie die Gewöhnung an die hohen Preise kam, die mit dem Kriegsende keineswegs aufhörten, sondern mit Warenhunger und Geldentwertung immer weiter stiegen. Die öffentliche Wirtschaft im Gewerbe zerbrach an Exportbedürfnis und an der Verwirrung, die das „Loch im Westen" stiftete. Aber sie blieb gegenüber der Landwirtschaft. Und hier setzte zwangsläufig die Verstimmung des Bauern ein. Was er persönlich brauchte, Kleider, Schuhe, mehr noch, was sein Betrieb benötigte, vorab künstlicher Dünger und landwirtschaftliche Geräte, gingen im Preis sprunghaft, letzteres um ein Vielfaches, in die Höhe, während er in seinen Preisen gebunden war. Die Rechnung stimmte nicht mehr. Zwar hat die Landwirtschaft während des Krieges dick verdient, und das hat die gesunde Wirkung einer weitreichenden ländlichen Entschuldigung gehabt — aber viel von dem, was vielbeneideter Kriegsgewinn war, ist heute fragwürdig geworden, wenn es als Betriebskapital zum Neuaufbau der Wirtschaft zu gelten hat. Völlig sinnlos, diese Dinge mit dem Gefühl des Gönnens oder des Mißgönnens zu betrachten — die Frage heißt ganz einfach, ob wir uns den Luxus gestatten können, daß Teile der deutschen Landwirtschaft aus kühler Berechnung notwendig zu einer extensiven Wirtschaft zurückkehren.

Der städtische Arbeiter hat eine sehr einfache Denkart über diese Dinge. Für ihn selber sind Lohnbewegungen etwas selbstverständliches geworden, er nutzt alle Möglichkeiten, den Preis seiner Ware Arbeit zu steigern, entschlossen aus und mit Recht hält er das im privaten Sinne nicht für unmoralisch; aber beim Bauern ist das etwas ganz anderes. Da ist es krassester Materialismus (die städtischen Industriearbeiter sind lauter Idealisten) und da hilft nie etwas anderes als „zwangsweise schärfste Erfassung der Lebensmittelvorräte auf dem Lande". Es gibt keinen Krakehl, keine Gewerkschaftsdeputation, keine sozialdemokratische Parteiresolution, in der das nicht enthalten wäre, und ist doch die vollkommene Lächerlichkeit. Während des Krieges, als man noch Soldaten hatte, gab es solche Streifkommandos, die solche ländlichen Razzias auf Mehlsäcke machten, nicht ohne augenblicklichen Erfolg, mit tötlichem Mißerfolg, was die Fernwirkung solcher schikanösen Methoden anlangt. Heute, da der Staat keine Macht mehr hat, ist es kindisch, von ihm Maßnahmen zu verlangen, für die ihm die Werkzeuge fehlen, wie ja auch die volkstümlichen Forderungen, daß man die Schieber und Wucherer mit Lebensmitteln drakonisch bestrafen sollte, darunter leiden, daß der Staat keine Richter mehr besitzt, nicht mehr besitzen kann, denen das Uebertreten staatlicher Ordnung nicht selber mehr oder weniger süße Gewohnheit geworden.

Das deutsche Ernährungsproblem muß in vordere Linie stellen die Tatsache, daß uns der Versailler Frieden im Norden und Osten weite Gebiete genommen, Getreideboden, Kartoffelland, Rübenfelder, agrarische

Digitized by Google

Ueberschußbezirke. Schon vor dem Krieg war Deutschland auf Einfuhr angewiesen, im Krieg konnten wir nur deshalb leben, weil die Feldzüge weiteren Ackerboden in unserem Herrschaftsbereich gebracht und die Ernährung folgenschwer genug verschlechtert wurde. Der Zwang zur Deckung des Zuschußbedarfes vom Ausland ist schärfer geworden. Das jetzige Verfahren der Inanspruchnahme internationalen Kredits für den Einkauf, ist nur für den Uebergang möglich — wir müssen verkaufen, um kaufen zu können. Ist unsere Wirtschaft wieder in Gang, so haben wir, neben Kohle und Kali, industrielle Fabrikate zu bieten; aber deren Sinn auf dem Weltmarkt ist, uns gewerbliche Rohstoffe zu sichern, damit uns hier der Veredelungsverkehr nicht verloren gehe. Die Zukunftsaufgabe kann also nur sein, die Einfuhr an Lebensmitteln möglichst hintanzuhalten, auf Weine und Südfrüchte, auch auf Fleisch vom Ausland möglichst zu verzichten, dafür nach Oelsaaten und Futtermitteln Ausschau zu halten, um die eigene Viehhaltung wieder aufzubauen. Es ist wirtschaftlich falsch, amerikanischen Speck einzuführen, richtig aber, durch fremdes Mais deutschen Speck herzustellen. Es ist wirtschaftlich falsch, auf die Dauer öffentliche Gelder zur Niederhaltung der Preise eingeführter Lebensmittel zu verwenden; denn wenn die Steuer das wieder einbringen soll, so stellt das ganze nur ein Verfahren dar, wie das Volk sich selber betrügt. Die große Schwierigkeit für uns besteht heute noch darin, daß wir fast ausschließlich auf Länder angewiesen sind, denen gegenüber unsere Valuta sehr übel dasteht; sobald sich einmal zum Osten hin, soweit dort die Geldentwertung noch ärger ist, die wirtschaftlichen Möglichkeiten klären, wird sich dies Problem vereinfachen.

Es kommt unter solchen Umständen alles darauf an, die deutsche Landwirtschaft produktionsfähig und produktionsfreudig zu machen. Man verschone sie mit Sozialismus. Es gibt keinen hahnebücheneren Dilettantismus als die verstaatlichte Agrarwirtschaft des unabhängigen Professors Ballod, der herrliche Statistiken über die mögliche Ertragssteigerung aufmacht, aber vergißt, daß Seele und Wille der Menschen sich nicht in Statistiken festlegen lassen. Die Landwirtschaft sträubt sich nicht nur nach Lage, Bodenart, Herkommen gegen das Schematisieren, sondern ist zu sehr an Wetter, Krankheiten und sonstige Zwischenfälle gebunden, um nicht einen durch und durch individualistischen Charakter zu haben, den nicht der Staat mit Gesetzen, sondern nur die Freiwilligkeit in Genossenschaften und ähnlichem einigermaßen begrenzen kann.

Entscheidend sind nicht die Gesetze und Ordnungen, die zur bloßen Fiktion wurden, sondern das Greifbare, die Vorräte. Haben wir ein, zwei gute Ernten, so sprengt die Natur die Bedingungen des Staates. Ueber diesem schlimmen Jahr, in dem wir leben, liegt der Segen der Fruchtbarkeit und die Aussicht auf eine frühe Ernte. Bessert sich unsere

Digitized by Google

Valuta weiterhin und kann sich Deutschland als Getreideaufkäufer im Spätherbst vom Weltmarkt etwas zurückziehen, so wird auch hier der Preis für die notwendigen Zuschußkäufe sinken — viel hängt hier natürlich auch davon ab, wie der Frachtraumpreis und wie die Ernteaussichten in Uebersee.

Wie liegt die Sache im Einzelnen? Die Kartoffelfrage, noch im Frühjahr unsicher, ist jetzt spruchreif. Zwischen den Städten und den ländlichen Lieferungsverbänden, sind Abschlüsse auf 120 Millionen Zentner zu 30 M. abgeschlossen worden — die überschießende Erzeugung gehört dem freien Markt. Die Städte haben kaum mehr als ein Viertel davon angemeldet; sie nehmen mit Recht an, daß die Ware im Handel billiger werden wird und haben in ihrer verlustreichen Eindeckungspolitik offenbar ein Haar gefunden. Die öffentliche Bewirtschaftung gerade dieser Ware hat je und je sehr hohe Lehrkosten verursacht — sie erscheint reif, zu verschwinden.

Die Zwangsbewirtschaftung des Fleisches ist längst zum Märchen geworden — sie erstreckt sich fast nur noch auf das vom Ausland eingekaufte Gefrierfleisch. In allen Wirtschaften ißt man das schwarzgeschlachtete Fleisch kartenlos, während der Haushalt — und nicht nur in den Großstädten — auf Auslandsware angewiesen bleibt. Die Freigabe des Leders hat hier die Berechnungen des Staates zerrissen — als die Haut teurer geworden war als das Vieh, gab es eine Prämie auf Staatsbetrug. Der Versuch, durch Steigerung der offiziellen Fleischpreise den Antrieb zum Markt zu verwehren, kommt zu spät; das System ist innerlich durchlöchert und es gibt schon eine Reihe von Bezirken, wo die lokalen Behörden suo iure Reichsverordnungen einfach aufgehoben haben, unter stillschweigender Nichtbeachtung der Landesämter. Futtermittelernte, Futtermittelkäufe sind wirksamer, den Fleischbestand zu mehren und dann den Ausgleich zwischen amtlichen und Schleichhandelspreisen einzuleiten.

Im Zuckerrübenbau haben zögernde Preispolitik und Arbeiterschwierigkeiten die bepflanzten Flächen stark vermindert — früher waren wir starkes Ausfuhrland, jetzt schicken wir den Tschechen Lokomotiven für Zucker! Auch hier kann die Freigabe nur so wirken, daß die Spanne zwischen dem offenen und dem heimlichen Preis zusammenschrumpft und dann langsam eine Genesung eintritt. Die Machtmittel des Staates haben hier völlig versagt — während der Zucker verschwand, blühten die Dividenden der Fabriken.

Zurückhaltend muß man sein gegenüber Milch und Getreide. Wird Milch völlig freigegeben, so geht sie den unbemittelten Kranken und den Kindern der Großstädte vollends verloren. Eine zeitlang war der Milchpreis die besondere Angelegenheit einseitigen Kampfes — tatsächlich vielfach zu niedrig, vom Städter aber vor allem bekrittelte, weil er die stark gewachsenen

Digitized by Google

Zwischenkosten der Gefässe, und der Löhne und der Transporttarife nicht anschlug. Aus einer Reihe von Bezirken kommt jetzt die Nachricht, daß die Bauern mit niedrigeren Preisen zufrieden sind, als ihre Verbände für sie erkämpfen wollten — ist es die Rückwirkung der städtischen Krawalle oder die gesunde Folge der guten Heuernte?

Das Getreide aber muß einstweilen noch in öffentlicher Kontrolle bleiben, weil hier ein Preisausgleich zwischen einheimischer und fremder Erzeugung festgesetzt werden muß. Die unmittelbare Anpassung an den Weltmarktpreis würde zu einer Revolutionierung der gewerblichen Löhne führen und in ihrer Rückwirkung auch den Bauern als Käufern sehr rasch spürbar werden. Die Formel mancher landwirtschaftlichen Verbände, die während der Wahl zu hören war: Sofortige Aufhebung der ganzen Zwangswirtschaft bei Sicherstellung billiger Lebensmittel für die Minderbemittelten! ist natürlich nichts anderes als eine Agitationsphrase; denn der ganze teure Apparat der Kommunalverbände, auf den man so schimpft, müßte für die künstliche Durchführung dieser Forderung, mit einigem organisatorischem Umbau, aufrechterhalten werden.

Man soll sich aber nicht der Tatsache verschließen, daß der Abbau der öffentlichen Wirtschaft manche Erschütterungen herbeiführen wird und daß einige Zeit hingehen mag, bis sich zwischen Angebot und Nachfrage halbwegs gesunde Verhältnisse eingespielt haben. Wir werden sehr peinliche Erfahrungen machen, können es heute schon, wie der Handel, wenn er etwa aus Galizien oder selbst Italien Eier einzuführen versteht, außerordentliche Gewinne machen wird. Bei Fischen und dergleichen wird es ähnlich sein. Wir erleben auch, wie die sozialistischen Radikalen die Aufhebung der öffentlichen Wirtschaft als „konterrevolutionär" frisieren und noch einmal ihre ganze Liebe an diesen „Sozialismus" hängen, obwohl der mit dem heiligen Marx nicht das geringste zu tun hat. Die Agitation in der kritischen Zeit, in die wir hineingehen, wird hier Kraft zu ziehen suchen, und es ist leider etwas aussichtslos, dem Handel und der Landwirtschaft, die darauf brennen, frei zu werden, moralische oder politische Ansprachen zu halten. Aber es hilft nichts. Im Hintergrund aller Erwägungen steht die von Sentimentalitäten freie Ueberlegung der Produktionssteigerung der Landwirtschaft, die nur auf dem guten Willen und guten Preisen ruht (denn aus Liebe arbeitet der Bauer nicht für den Städter, dessen achtstündiger Normalarbeitstag ihm sowieso ein Aergernis ist). Und daneben das andere: der Staat, der von der Rückkehr der Autorität genesen soll, darf nicht tagtäglich von jedem Volksgenossen sich beweisen lassen, daß die Macht seiner Gesetze eine Lüge ist.

Digitized by Google

Georg Dehios Geschichte der deutschen Kunst und ihre nationale Bedeutung

Von Dr. P. J. Meier-Braunschweig

Wenn ich in dieser politischen Wochenschrift auf den vor kurzem herausgegebenen I. Band des genannten Buches[1]) zu sprechen komme, so geschieht es nicht, um die Leser für etwas zu gewinnen, was über die Grenzen der „Deutschen Politik" hinausgeht. Es steckt aber in dem Buche noch etwas ganz anderes als in einem der üblichen Kunstgeschichtswerke. Dehio hatte schon vor dem Kriege seine Lehrtätigkeit an der Straßburger Universität nach langen Jahren eines überaus segensreichen Wirkens aufgegeben, hauptsächlich, um in der auf drei Bände berechneten Geschichte der deutschen Kunst die reifen Früchte seiner wissenschaftlichen Tätigkeit zu pflücken. 1915 war der erste Band niedergeschrieben, konnte aber erst 1919 gedruckt werden, und so fügte der Verfasser dem Vorwort von 1915 am 31. Oktober 1918 den ergreifenden Satz hinzu: „Heute noch darf ich diese letzten Zeilen des Buches an dem Ort schreiben, an dem es — nicht zufällig — entstanden ist, im Angesicht des Münsterbaues, dessen Steine in Ewigkeit deutsch reden werden, auch dann noch, wenn bei den Menschen um ihn her der letzte deutsche Laut verklungen sein wird, abgeschworen und vergessen." Dann kam die Vertreibung aus der deutschen Stadt, die für den geborenen Revaler eine zweite Heimat geworden war.

Dehio, einer der führenden Meister auf dem Gebiete der Kunstgeschichte, hat nicht die Absicht gehabt, durch sein Werk das kunstgeschichtliche Wissen der Gebildeten zu vermehren. Was er will, zeigt schon das schöne Vorwort in dem Satz: „Mein wahrer Held ist das deutsche Volk. Ich gebe deutsche Geschichte im Spiegel der Kunst, in diesem Selbstbekenntnis des deutschen Innenlebens, das über bestimmte Seiten desselben mehr und deutlicher auszusprechen hat, als irgendeine andere Quelle." Und wenn er die deutsche Kunst zum Gegenstand des Buches macht, so weiß er wohl, daß die Wissenschaft ihrem Wesen nach übernational ist, daß es keine deutsche, französische, englische Wissenschaft gibt; ihm kommt es auf Bildung an, und Bildung entsteht nur auf dem Boden der Nation. Er hält es deshalb für vollberechtigt, wenn die deutschen Gelehrten von Winkelmann bis Jakob Burckhardt und Justi sich mehr mit fremder als mit der deutschen Kunst beschäftigt haben, aber er tadelt es, daß die deutsche Bildung oft denselben Weg ging; für sie hätte es nichts Wichtigeres in der Welt gegeben, als die deutsche Kunst. Und

[1]) Berlin, Verein. wissenschaftl. Verleger, 1919. Textband geb. 25,50, Tafelband 32 M.

Digitized by Google

„deutsche Kunst in uns aufzunehmen, heißt in Kontakt mit dem Seelenleben unserer Vorfahren treten. Deutsche Kunst verstehen heißt: uns selbst verstehen, unsere angeborenen Anlagen und was das Schicksal aus ihnen gemacht hat, unser Selbstgeschaffenes und unser Erworbenes, unser Erreichtes und unser Versäumtes, unser Glück und unsern Verlust — alles in allem: die Kunst als etwas mit der Ganzheit des geschichtlichen Lebensprozesses unseres Volkes unlöslich Verbundenes." Und auch darüber belehrt schon das Vorwort, daß es dem Verfasser in erster Linie darauf ankommt, das Verhältnis der deutschen Kunst zur Ueberlieferung und zu den umwohnenden Völkern festzustellen, und hier wendet er sich scharf gegen zwei Vorstellungen, die sich gegenseitig ausschließen, aber im Irrtum sich gleichbleiben: gegen die Deutschtümelei von einer urdeutschen Kunst und gegen „die sinnlosen Verlästerungen durch unsere Feinde, welche die Geschichte der deutschen Kunst als ein einziges Plagiat denunzieren". Als Dehio dieses schrieb, war schon jener perverse Aufsatz Emil Mâles erschienen, der uns Deutsche als elende, aber eitle Nachbeter französischer Kunst anzupöbeln suchte. Dehio hält sich für zu gut, solche Anschauungen zu widerlegen, er schüttelt sie vornehm mit Worten Goethes und Jakob Burckhardts ab und fügt von sich aus hinzu: „Sind etwa die Rose und der Weinstock deshalb weniger unser, weil wir wissen, daß sie einmal aus fremden Zonen eingeführt wurden?" Wir Deutschen, ja wir Germanen sind in einem entschieden zu kurz gekommen, das ist das Gefühl für äußere Form, und da die Kunst schließlich ohne diese nicht gedeihen kann, so haben wir immer und immer wieder einen Ersatz dafür gesucht, indem wir uns an die romanischen Völker, die mit Formgefühl reichlich gesegnet sind, um Belehrung wandten oder am Born der Antike schöpften. Aber gerade deshalb findet Dehio immer wieder Gelegenheit, auf diese sich stets wiederholende Auseinandersetzung des deutschen Meisters mit fremder Kunst einzugehen, und wenn er auch weit davon entfernt ist, die Entwicklung der deutschen Kunst für gut genug zu halten, um an ihr nur seinen Lehrsatz zu beweisen, so kommt er doch immer von neuem darauf zu sprechen, was der Deutsche entlehnt und was er von sich aus dazugebracht hat.

Wir Deutsche sind noch niemals im Laufe unserer Geschichte so tief wie jetzt gedemütigt worden, nicht bloß von unseren äußeren Feinden, sondern auch von den eigenen Volksgenossen. Man wagt ja kaum noch die Augen — auch dem neutralen Ausland gegenüber — zu erheben, so schmählich kommt man sich selbst vor. Jetzt, wo einfach alles danieder-

Digitized by Google

liegt, wo sich kaum noch der geringste Ansatz zu einer Besserung zeigt, finden wir wohl in eiserner Tätigkeit eine Ablenkung, in der Erfüllung strengster Pflicht die Kraft, um überhaupt nur weiter zu leben, aber das Herz ist nicht dabei in Mitleidenschaft gezogen, und wir laufen Gefahr, innerlich zu verdorren. Und da kommt Dehios Buch zur rechten Zeit, indem es uns zeigt, was deutsche Kunst seit den Zeiten Karls des Großen bis heute für uns bedeutet, was sie für die ganze gebildete Welt geleistet hat. Wo immer sich die Anregung bietet, wo etwas Neues auftaucht, greift der deutsche Künstler danach; er hat eine wunderbare Gabe, sich auch fremder Form anzupassen. Aber das ist so lange noch kein Fehler, sondern geradezu ein Vorzug, als er sich dem Fremden nicht vollkommen preisgibt, und mit größter Begeisterung folgt auch der Fachgenosse Dehios meisterhaften Ausführungen gerade an den Stellen, wo er zeigt, wie aus dem, was uns andere gelehrt, etwas ganz Neues, durch und durch Deutsches von oft köstlichem Reiz entsteht. Das gilt schon — um doch wenigstens einige Beispiele anzuführen — von dem ersten monumentalen Bau auf deutschem Boden, der Pfalzkapelle in Aachen, dem Werk Odos von Metz, das auf Grund einer fremden Anregung durch einen durchaus eigenen und überlegenen Baugedanken verkörpert, in konstruktiver wie in rein künstlerischer Beziehung gleich hoch steht. Noch bedeutungsvoller ist für die weitere Entwicklung der kirchlichen Baukunst die karolingische Basilika gewesen. In drei Dingen haben die Deutschen hier eine wichtige Neuerung gebracht, die namentlich künstlerisch, aber auch konstruktiv von großer Bedeutung war: sie schufen für den Grundriß die Form des lateinischen Kreuzes, die dem Ganzen erst den rhythmischen Abschluß gab, sie fügten dem Körper der Kirche ein westliches Turmpaar zur vollsten Einheit hinzu und sie erfanden schließlich die Wiederholung des Querschiffes und der Apsis auch im Westen, eine Form, die in der Abrundung des Ganzen erst den vollen Triumph feiert. Am größten erscheint die Abhängigkeit der deutschen Kunst des Mittelalters von der französischen in der Uebernahme des gotischen Baugedankens. Darüber besteht kein Zweifel mehr — und gerade deutsche Gelehrte, insonderheit Dehio selbst, haben hier volle Klarheit geschaffen —, daß der Grundgedanke, ein Kreuzgewölbe nicht eigentlich auf eine geschlossene Mauer, sondern lediglich auf die vier Eckstützen zu legen und nur diesen durch Strebepfeiler und Strebebögen die nötige Stärke zu geben, die Mauer selbst aber in weiten Fenstern völlig aufzulösen, daß dieser Gedanke, von dem alles andere abhängt, in dem Geiste eines *französischen* Baumeisters entstanden ist, und daß alle deutschen Dome gotischen Stils, auch wenn wir die selbständige Einzelgestaltung in Anrechnung bringen, auf diese fran-

Digitized by Google

zösische Erfindung zurückgehen. Aber Dehio führt überzeugend aus, daß gleichzeitig und vollkommen selbständig auch bei uns der Gedanke in die Tat umgesetzt ist, die Mauer zu erleichtern und die Masse des Steinwerks lediglich an den Ecken zu belassen, nur daß bei uns die Form der Nische und der offenen Gallerie gewählt ist. Beim Franzosen bedeutet die neue Weise einen Bruch mit der Vergangenheit, bei uns erwächst sie folgerichtig aus der romanischen Kunst. Und selbst, als sich nun die französische Gotik mit ihrer rücksichtslosen Logik als konstruktiv überlegen erwies, gab sich der deutsche Architekt nicht preis, sondern schuf z. B. in der Trierer Liebfrauenkirche und in der Marburger Elisabethkirche Kunstwerke, die die völlig selbständige und überaus glückliche Fortführung eines übernommenen Gedankens darstellen. Andererseits hätte der französische Konstrukteur wohl über die naive Art gelächelt, mit der der Baumeister von Maulbronn, ohne überhaupt den Kerngedanken der Gotik begriffen zu haben, sein dortiges Paradies ausgeführt hat. Und doch weiß der Deutsche den technischen Mangel völlig wettzumachen durch ein überaus feines künstlerisches, aus dem deutschen Empfinden heraus geschaffenes Gebilde, das der Franzose in dieser Weise nicht kennt. Und der Baukunst tritt die Plastik gleichwertig zur Seite, wenn ich mich hier auch mit einem, allerdings besonders überzeugenden Beispiel begnügen muß. Die berühmten, aber dem deutschen Gebildeten vermutlich lange nicht so gut, wie etwa die Kanzel Niccolò Pisanos, bekannten Stifterfiguren im Westchor des Naumburger Doms sind ohne das Vorbild der großartigen französischen Plastik des 13. Jahrhunderts gar nicht zu denken. Und doch hat der deutsche Meister hier ein Werk geliefert, das weder in der Form von einem französischen übertroffen noch gar im geistigen Inhalt von einem solchen erreicht wird. Es handelte sich um die Aufgabe, zwölf an sich gleichartige Gestalten an den Diensten des Chors anzubringen; von sich aus fügte der Bildhauer noch die weitere Aufgabe hinzu, diese Gestalten trotz ihrer äußerlichen Gleichheit innerlich doch möglichst stark zu unterscheiden, und dazu benutzte er die Ueberlieferung, daß einer der Stifter durch das Gottesurteil eines Mordanschlages gegen Heinrich III. überführt wird, die anderen Stifter aber alle treue Anhänger des Kaisers waren, und stellte nun gewissermaßen den Haß, die Furcht oder die Abwehr gegen den Verräter dar, aus einem inhaltlosen Nebeneinander somit eine lebensvolle Handlung schaffend[2]).

[2]) Der Referent darf wohl auch hier der Freude Ausdruck geben, daß diese von ihm selbst 1904 gegebene, aber bisher verworfene Deutung von Dehio rückhaltlos übernommen ist.

Digitized by Google

Ich müßte Dehios Buch ausschreiben, wollte ich es auch nur in dieser einen Gedankenrichtung erschöpfen. Aber noch ein Wort allgemeiner Art sei hier erwähnt. Denn wenn Dehio sagt, daß es das Schicksal dem Deutschen unendlich schwer gemacht hat, ein Kunstvolk zu werden, weil die Formlosigkeit als Erbmangel mit dem germanischen Geist verbunden ist, daß aber das Schwererrungene zugleich das Wertvollste ist, so dürfen wir dies vielleicht auf das Gebiet der Politik anwenden und aus der Parallele die Hoffnung schöpfen, daß wir auch hier — trotz allem — der unsagbaren Schwierigkeiten innen wie außen noch Herr werden und unsere Nachkommen um so stolzer auf das Errungene zurückblicken, je tiefer wir selbst gesunken waren.

Schluß der Redaktion Freitag mittag
Allen Zusendungen ist Rückporto beizufügen.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt. Redaktion: Schöneberger Ufer 36a I. Telephon: Nollendorf 928. Für Anzeigen: Werbedienst G. m. b. H., Berlin W 35, Lützowstr. 102/4. Verlag: Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 29. Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt 10 M. Einzelnummer 1 M. Druck von Paß & Garleb G. m. b. H., Berlin W 57, Bülowstraße 66.

Soeben erschien:

FRIEDRICH NAUMANN

Ein Lebensbild

von

Martin Wenck

Der Mensch und der Politiker Naumann, der unvergeßliche Führer, ist in diesem Werke in seinem Wesen, Werden und Wirken von einem seiner ältesten Mitarbeiter treu geschildert. Das längst erwartete Buch wird allen Freunden Naumanns eine willkommene Erscheinung sein und ein **wahres Hausbuch** werden.

160 Seiten und 2 Bilder.

Preis geheftet M 9.—, gebunden M 12.—

dazu die örtlichen Sortimenterzuschläge

Fortschritt (Buchverlag der „Hilfe") G. m. b. H., Berlin NW 40

Digitized by Google

AUSLANDSPOST

Politik des Auslands, Kultur und Weltwirtschaft
Einzeln 90 Pfg. Erscheint wöchentlich Viertelj. 9 M.

Die Aufgabe

UNSERE Wochenzeitung stellt sich eine Aufgabe, die in ihrer Einfachheit und Klarheit ohne weiteres einleuchtet. Sie legt dem deutschen Leser die wichtigsten Äußerungen der ausländischen Presse in wortgetreuer Übersetzung vor — aus einer Masse von Zeitungen aller Länder, die der Einzelne niemals, bei dem jetzigen Stand der Valuta weniger als je, zu verfolgen vermag, und in einer Vollständigkeit der Uebersetzung, die kein anderes Organ in Deutschland liefert.

Aus den eingegangenen Urteilen:

ULRICH RAUSCHER, Ministerialdirektor, Leiter der Nachrichtenabteilung im Auswärtigen Amt, Berlin: „Die Auslandspost wird seit ihrem Erscheinen durch die Lektorate des Auswärtigen Amtes verfolgt. Sie erscheint besonders durch ihre ansprechende Form und die geschickte Zusammenstellung recht geeignet, den Interessenten wichtige Pressestimmen des Auslandes nahe zu bringen."

MAXIMILIAN HARDEN: „Dieses Unternehmen scheint mir ungemein nützlich, scheint mir so nahe dem heute für uns Wichtigsten, daß ich hoffe, auch die Ausgestaltung ins ganz Internationale (also nicht in Deutschland begrenzt) wird sich „von selbst" ergeben. Glückauf!"

Geheimrat Prof. Dr. LUJO BRENTANO: „Ich kann Ihnen nur Beifall spenden. Möge Ihr Unternehmen in jeder Hinsicht gedeihen. Es ist dringend nötig, daß das deutsche Volk über das Ausland besser als bisher orientiert werde."

Man abonniere bei den Buch- und Zeitschriftenhandlungen, bei der Post oder unmittelbar beim Verlag

VERLAG „DER NEUE MERKUR"
MÜNCHEN / THERESIENSTRASSE 12

Digitized by Google

Erwache, ehe es zu spät ist, mobilisiere deine gesamten geistigen Streitkräfte, passe deine Fähigkeiten den verantwortungsreichen Forderungen dieser furchtbaren Epoche an, denn die Weltgeschichte wird einst darüber richten, ob du nach 1918 den deutschen Namen noch mit **Stolz** tragen darfst und ob du ihn mit **Würde** trugst. Deutscher, erkenne dich selbst und erziehe dich selbst, erziehe dich zum Charakter, zur geschlossenen Persönlichkeit, sei mäßig in deiner Lebensführung, bilde dein Gedächtnis, deine Denkkraft und dein Wissen aus, bringe Verstand und Gemüt in Einklang, um rein menschliche Empfindung wie Freundschaft, Liebe zu Familie und Vaterland nicht überwuchern zu lassen von den Sorgen ums tägliche Leben, laß vor allem einen stahlharten Willen dein erstes Ziel sein, denn

Ein Kampf ohnegleichen

steht dir bevor, der Kampf mit allen Lastern einer verworfenen Zeit und mit Hochverrätern, die das deutsche Reich zertrümmern wollen, um ein Weltreich der Anarchie und Zuchtlosigkeit zu errichten. So stehen wir alle vor hohen gewaltigen Aufgaben, die gar manchem schier zu hoch und zu gewaltig erscheinen möchten, und doch gibt es für den Schwächsten eine Möglichkeit, seine schlummernden Talente und Gaben zu wecken und dadurch an der Wiedergenesung seines Volkes mitzuarbeiten, selbst er kann zu den ungeahntesten Erfolgen im Leben gelangen. Wie dies zu verwirklichen, lehrt die heutzutage geradezu unschätzbare Geistesschulung des bekannten Psychologen und Sozialpädagogen L. Poehlmann in München P 41 Amalienstr. 3. Der Verfasser tritt mit seinen Schülern je nach Wunsch persönlich oder brieflich in Verbindung (die näheren Bedingungen ersehe man aus dem reichhaltigen Prospekt, der auf Wunsch kostenlos zur Verfügung steht), er zeigt Ihnen an praktischen, genial durchdachten Beispielen und Uebungen den Weg zur Gesundheit, zu einem scharfen Gedächtnis uud willensstarken Können, er erweitert Ihr Wissen in staunenswerter Weise, bildet Verstandes- und Gemütsleben zu wunderbarem Reichtum aus und ebnet durch unermüdliches Eingehen auf alle Sonderheiten des Schülers, durch unermüdliches Belehren und Wiederholen den Pfad

zu wahrer Freiheit!

Die eigenartige Poehlmannsche Methode der Geistesschulung, welche jede Verwandtschaft mit ähnlich klingenden wertlosen Broschüren entschieden ablehnt, hat sich in fast drei Jahrzehnten bewährt, bedeutende Gelehrte, Politiker und Schriftsteller, eine große Anzahl von Arbeitern und Beamten legen Zeugnis ab für ihren hohen Wert. Sollte sie, die Tausende zu Glück und Ansehen geführt hat, nicht gerade jetzt mehr denn je eine wichtige Waffe bedeuten im Kampfe gegen die geistige und sittliche Verwilderung, sollte sie nicht gerade jetzt statt **Tausende** von Anhängern **Hunderttausende** gewinnen, zum Wohle der Nation und damit jedes einzelnen? Wer ehrliche Hilfe sucht, der findet sie in dieser Anleitung zur Selbsterziehung, der wird durch sie ein wertvoller Mensch, ein Charakter, eine Persönlichkeit! Ein Volksheer von solchen Männern tut Deutschland not, dann können wir nun und nimmermehr untergehen.

Dann winken uns köstliche Ziele!

Digitized by Google

Ein Appell an das deutsche Volk!

Alle guten Geister scheinen unser deutsches Vaterland verlassen zu haben — Mord, Raub und Sittenlosigkeit, wohin man blickt, moralische Notzucht und Vergewaltigung durch radikale Elemente, Unterdrückung des Willens zur Arbeit und zur Ordnung! Dabei der noch immer gehässige Feind vor den Toren, Zwietracht im Innern säend und durch die „schwarze Pest" unsere Frauen verseuchend zum Schaden, ja zum Untergang, zum rettungslosen Verderben der kommenden Generation! Deutsche, seid ihr blind und taub, seid ihr so von aller Vernunft, vom nacktesten Selbsterhaltungstrieb entblößt, daß ihr euch nicht bis auf den Grund eurer Seele schämt, in solchen Zeiten durch **Parteihader**, durch einen ganz zwecklosen **Scheuklappenkrieg** dem armen Vaterlande, euren Mitbürgern, euren Frauen und Kindern einen fast unermeßlichen Schaden zuzufügen, der tausendmal schwerer wiegt als alles, was der Feind uns jemals angetan? Erkennt ihr denn nicht, daß nur gegenseitiges Verständnis und Entgegenkommen, **männliche Ruhe und Besonnenheit,** Arbeit und Ordnung und Gehorsam vor dem Gesetz, also innerer Friede, nicht aber **hysterisches Parteigehetz** uns retten kann? Aus euch selbst, aus der Tiefe eures deutschen Volksgeistes heraus sollt ihr empfinden, daß ihr ein einig Volk von Brüdern sein müßt, keine Parteien mehr kennen dürft, wenn ihr den Brand ersticken wollt, der uns zu verzehren droht. Hebet euch

ohne Unterschied der Parteien

über die materielle Not der Gegenwart und reicht euch brüderlich die Hände in der völkerversöhnenden Welt des Geistes, Erquickung in ihr suchend und neuen Mut, um in friedlichen Zusammenwirken das Beste zu gestalten für unserer Heimat Glück und Wohlfahrt. Gerade weil so viel Äußerliches die einzelnen Volksgenossen trennt, muß ein **geistiges** Band geschaffen werden, das sie im Grunde doch zusammenhält, trotz alledem und alledem! Ein Volk, das die bedeutendsten Gedanken in Philosophie, Literatur, Kunst und Technik erzeugt und verwertet hat, ein Volk, dessen Geistesheroen nicht hinter den hervorragendsten Vertretern der alten Kulturen Griechenlands und Asiens zurückstehen, darf nun und nimmer in das graue Nichts, in das Meer der unwiederbringlichen Vergangenheit sinken, und in der Tat wird dies niemals geschehen, wenn wir aus dem Sumpfe des Materialismus zurückkehren in jene geistige Sphäre, in der von jeher die Wurzeln unserer Kraft gelegen sind.

Drum deutsches Volk erwache!

(Fortsetzung auf der 3. Umschlagseite

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Inhalt:

Politische Glossen 161
Rohrbach, Zwischen Spa und dem Bolschewismus 163
* * * Rußland, Polen und die Ukraine 167
Schmidt, Zwei Jahre Rätediktatur 170
Eulenburg, Schwebende Finanzprobleme 176
Fuchs, An die Studentenschaft der Universität Marburg 184
Müller, Aus der Blütezeit des englischen Parlaments 189

Preis vierteljährlich M 10.–, das einzelne Heft M 1.–

5. Jahrgang 6. August 1920 Heft 32

Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart-Berlin

Google

„Die Bücherpost"

unterrichtet wöchentlich über Neuerscheinungen des deutschen Buchhandels aus allen Wissensgebieten und der Unterhaltungsliteratur. Einzelnummer 25 Pfg., vierteljährlich Mk. 2.50. Abonnements nimmt jede Poststelle, auch der Briefträger, entgegen. Probenummern sendet die Geschäftsstelle der „Bücherpost", Frankfurt a. M., Nibdastr. 74, postfrei und umsonst.

A. WARMUTH · Speditionsgeschäft

Zentrale: BERLIN C. 2, Hinter der Garnisonkirche 1a.
Fernsprecher Norden 309, 310, 1642, 4472 u. 4512.
Leipziger Abteilung: Dorotheenstr. 20a. Zentrum 2609.

Versand von Gütern aller Art nach allen Orten der Welt.
Möbeltransport — Lagerung.

VIVOS VOCO

Eine Zeitschrift für Aufbau und neues Deutschtum

Herausgegeben von
Hermann Hesse
und
Richard Woltereck

Erscheint monatlich

Bezugsbedingungen:
vierteljährlich (3 Hefte zu je 64 Seiten) Mark 6.—, ganzjährlich Mark 24.—, Einzelpreis Mark 2.50

Verlag Seemann & Co., Leipzig

An die Bezieher der „Deutschen Politik"

Für den **ersten Halbjahrband 1920** haben wir wieder

Original-Einbanddecken

in doppelfarbigem Druck herstellen lassen. Den Preis mußten wir der sehr gesteigerten Herstellungskosten wegen etwas erhöhen; er beträgt jetzt — übrigens auch für die früheren Decken — M 5.— für das Stück. Bestellungen nehmen die Buchhandlungen oder der Verlag entgegen.

Deutsche Verlags-Anstalt Stuttgart und Berlin
Berlin SW. 11, Königgrätzer Straße 99

Digitized by Google

5. Jahrgang * 6. August 1920 * Heft 32

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik
Herausgeber:
Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Lloyd George, den die Auslandsautorität der russischen Räterepublik, Karl Radek, „den klügsten und weitschauendsten bürgerlichen Politiker Englands" nennt, hatte die Ablehnung Räterußlands, die polnisch-bolschewistische Streitfrage in London zu verhandeln, mit dem Verbot der Einreise Krassins nach London zur Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Verhandlungen beantwortet. Jetzt, wo sich inzwischen Polen auf Rat desselben Lloyd George direkt an Räterußland um einen Waffenstillstand gewandt hat, ist Krassin die Einreise nach London wieder gestattet worden. Trügen nicht alle Zeichen, so erneuert England den Versuch, mit und unter den wirtschaftlichen Verhandlungen auch die politische Lage im Osten doch in London zur breiten Besprechung zu bringen, wobei es nicht ausgeschlossen ist, daß alle Staaten des Ostens, einschließlich Deutschlands, dazu herangezogen werden. Zu diesem Zwecke dürfte auch Krassin Kamenew beigegeben sein. Tschitscherins Taktik ist noch undurchsichtig; offenbar ringen auch in Moskau verschiedene Willen um die Entscheidung. Frankreich, das vor allen Dingen seine russischen Milliarden retten will, ist über Englands Nachgiebigkeit wenig entzückt, zumal auch letzteres bereit zu sein scheint, den letzten russischen Bundesgenossen der Entente, General Wrangel, fallen zu lassen. Dem „ritterlichen" Frankreich ist diese Art von Geschäftspolitik nicht ganz geheuer, weil es fürchtet, an den Kosten zu sehr beteiligt zu sein. Aber auf die Dauer wird Millerand doch Lloyd George keinen entscheidenden Widerstand leisten können, weil er England für seine Genfer Verhandlungen gegen Deutschland braucht.

*

Die deutschen Eisenbahner weigern sich, irgendwelche militärische Transporte nach Polen zu führen. In Danzig lehnen die Hafenarbeiter die Entladung englischer Munitionsschiffe ab. Der Entente werden die Grenzen ihrer Macht nicht von der Diplomatie, sondern von der Masse demonstriert. Diese begreift, daß Polens Zusammenbruch die erste, nicht „politische", sondern geschichtliche Revision des Machwerks von Versailles werden könnte.

*

Digitized by Google

Der deutschnationale Hergt hat der Regierung im Reichstag mitgeteilt, sie müsse ihr doch dankbar sein für alle Opposition, die sie leiste; denn der Hinweis auf diesen Widerstand stärke ihr den Rücken. So etwas kann natürlich politisch richtig gedacht sein; die Opposition, die Millerand gegenwärtig in Paris findet, ist darauf angelegt, in London Eindruck zu machen. Aber wenn schon Herrn Hergts Auffassung einen verständigen Sinn haben konnte, so hat er ihn durch seine Erklärung urbi et orbi natürlich ins volle Gegenteil verwandelt. Der vollkommenste Dilettantismus gegenüber auswärtiger Fragestellung legitimiert heute zur Parteiführerschaft.

*

Im wirtschaftspolitischen Ausschuß des Reichswirtschaftsrats ist etwas sehr Vernünftiges beschlossen worden: die Herren Minister nur zu bemühen, wenn sie etwas zu sagen haben. Bei der ersten Plenarsitzung dieser neuen Körperschaft begnügten sich die drei Kabinettsmitglieder nur mit bereits bekannten Allgemeinheiten — sie können in der Tat nicht immer Genialitäten anbieten. Aber es läßt sich mit dieser Einschränkung Arbeitszeit gewinnen, für alle Beteiligten; die Minister kommen ja beim doppelten Parlamentsbetrieb, wenn sie immer dasitzen sollen, gar nicht zu ihrer Verwaltungsarbeit. Jedoch soll man diese Schongesinnung auch auf die Beamten ausdehnen, die mit den Ministern anmarschieren. Im Reichswirtschaftsrat war es schon fast grotesk, welche Masse von Beamten hinter der Ministerrampe als Statisten standen, alle feierlich und tief von der Ueberflüssigkeit ihrer Anwesenheit überzeugt. Man soll nicht sagen, die Schwerfälligkeit des parlamentarischen Lebens zerreiße den normalen Gang der ministeriellen Verwaltungstätigkeit. Im englischen Parlament sieht man diesen Beamtenschweif nicht; es fehlt schon an Platz.

*

Der parlamentarische Kampf um die Militärgerichtsbarkeit und um das neue Wehrgesetz hat höchst unerfreuliche Formen angenommen. Der Wahlkampf wird von den Gruppen der Opposition in dem Parlament fortgesetzt und namentlich die Unabhängigen Sozialisten geben sich alle Mühe, den Rest von Sachlichkeit und Würde aus dem Haus der Volksvertretung hinauszujagen. So versinken ernsthafte Fragen völlig in dem Geschrei der Radaufrohen. Der Sabotierung des Parlaments kann nur gesteuert werden, wenn man die Monologe der aufgeregten Eitelkeit im Stile Rosenfeld ohne Echo läßt,. denn dieser Typus nährt sich an der Entrüstung und sieht in der Provokation politisches Ziel. Er ist zu humorlos, um am Lachen zu sterben. Man muß ihn gegen schweigende Wände schreien lassen.

*

Digitized by Google

Zwischen Spa und dem Bolschewismus

Von Dr. Paul Rohrbach

Wer zu den Verhandlungen nach Spa ging oder sich sonst ein Urteil darüber bilden wollte, was dort geschehen würde, der mußte vor allen Dingen das Wort von Keynes im Gedächtnis haben, daß an eine wirkliche Wiedergutmachung des Verbrechens von Versailles nicht zu denken ist, solange in England und Frankreich diejenigen Regierungen am Ruder sind, die für die Verlängerung des Krieges und für den Gewaltfrieden verantwortlich sind. Das ist an dieser Stelle schon mehr als einmal gesagt worden, aber es muß allen Illusionisten gegenüber solange wiederholt werden, bis es fest in ihnen sitzt oder bis Lloyd George und Millerand (dieser ist die Fortsetzung von Clémenceau) durch Männer mit einem europäischen und mit einem Menschheitsgewissen ersetzt worden sind. Wenn bei unsern Unterhändlern oder in der Oeffentlichkeit die Idee vorhanden war, es könne durch persönliche Verhandlungen, durch direkte Aussprache mit Lloyd George etwas den Kern der Sache Berührendes gewonnen werden, so war das ein Irrtum. Dieser Irrtum wird sich bei jeder weiteren Gelegenheit zu „Verhandlungen" wiederholen, solange, man nicht begreift, daß, wenn die Dinge erst einmal soweit sind, daß ein Lloyd George gezwungen wäre, durchgreifende Verbesserungen zuzugestehen, dann seine Regierung in England auch schon reif zur Ersetzung durch eine andere sein wird, deren Programm die Wiederherstellung des unter entscheidender Mitwirkung von Lloyd George in Versailles moralisch und materiell zerstörten europäischen Lebensmöglichkeiten ist. Lloyd George kann nicht anders als zu dem Teufelswerk stehen, an dem er mitschuldig ist. Er ist ein Gefangener seiner Taten, ein Gefangener des gewissenlosen Chauvinismus, in dessen Emporpeitschung während des Krieges schließlich seine Kraft aufging, und ein Gefangener der niedrigen Genossenschaft des Wortbruchs und des gewalttätigen Betruges mit seinem Kumpanen in Frankreich. Solche Banden binden fester, als daß jemand aus ihnen entkommen könnte, der kein Staatsmann im sittlichen Sinn des Wortes ist, sondern nur ein Temperament, und eine Energie, die erst dort genial wird, wo die Aufgabe bewältigt werden muß, sich selbst zu halten.

Spa war auch keineswegs richtig vorbereitet. Die Vorbereitung hätte vor allen Dingen darin bestehen müssen, daß von dem Augenblick an, wo die Konferenz in Sicht kam, enge Fühlung zwischen der deutschen und der englischen Arbeiterschaft hergestellt wurde. Man bildet sich in Deutschland ein, daß unsere Lage drüben bekannt wäre. Das ist sie nicht, oder doch nur bei so wenigen Leuten, daß die vorhandene Kenntnis praktisch beinahe bedeutungslos ist. Die Informationen der englischen

Digitized by Google

Presse, gehen fast alle darauf zurück, was deren Vertreter hier mit Hilfe der Verbindungen erfahren, die die Unabhängige Sozialdemokratie geschickt ist, mit ihnen anzuknüpfen. Daß diese Informationen nicht objektiv sind, und daß sie nicht mit dem Zweck gegeben werden, der deutschen Sache zu helfen, wird jeder sich denken können.

Wenn man weiß, daß mit der jetzigen englischen Regierung, der Regierung Lloyd Georges, die immer noch eine Regierung Lloyd George-Northcliffe ist, doch keine Verständigung zu erzielen ist, die diesen Namen verdient, so weiß man auch, welches der wirkliche Verhandlungspartner uns gegenüber auf der englischen Seite sein muß. Nicht die Regierung, sondern die englische öffentliche Meinung. Das heißt mit anderen Worten: Nicht die Regierung von heute, sondern die Regierung von morgen, die zu schaffen der allmählich erkennbar werdende Wandel der öffentlichen Meinung in England am Werke ist. Der Wandel ist da, und Gegenstand der deutschen politischen Strategie und Taktik für die Revision des Friedens kann nur sein, alles dafür zu tun, daß dieser Prozeß sich beschleunigt. Hierfür gibt es ein schlechtes Wort: Propaganda, das ersetzt werden muß durch ein gutes: Aufklärung! Propaganda lassen Lloyd George und Millerand machen; Aufklärung muß eine anständige und kluge deutsche Regierung betreiben lassen, und die Aufklärung muß sich vor allem auf drei Dinge beziehen: 1. wie die wirtschaftliche Lage in Deutschland ist, 2. daß die Katastrophe Deutschlands die Katastrophe Europas ist, 3. welch ein Maß von Verantwortlichkeit die Regierungen der Entente für den Ausbruch des Weltkrieges und die jetzige Weltnot trifft.

Es macht keinen Eindruck und es hat keinen Wert, allein die Not Deutschlands zu schildern, in einem Ton, den die Franzosen diskreditieren, indem sie ihn sentimental, die Engländer weinerlich nennen. Solange der Glaube an die alleinige Verantwortlichkeit Deutschlands für den Krieg besteht, wird gegenüber solchen Schilderungen immer die ausgesprochene oder unausgesprochene Stimmung bestehen; es mag ja bedauerlich sein, daß Deutschland Not leidet, aber wenn, wie es tatsächlich der Fall ist, alle mehr oder weniger notleiden, dann ist es recht und billig, daß derjenige am meisten leidet, der die Schuld an dem Elend trägt. Diese in der Welt noch weitaus überwiegend verbreitete Meinung macht es den Lloyd George, Millerand und Genossen möglich, uns Vergewaltigungen, wie das Kohlendiktat von Spa aufzuerlegen und mit uns zu verkehren wie der Richter mit dem Angeklagten. Aus diesem Grunde können wir uns nicht einverstanden erklären mit der Wendung, die der Minister des Auswärtigen in seiner Rede im Reichstag gebracht hat: Verschuldungen lägen auf allen Seiten vor, oder mit ähnlichen Worten, die ablehnen, die Schuld- oder Verantwortlichkeitsfrage zu diskutieren. Im Gegenteil, wir müssen die Diskussion verlangen, und sie muß erzwungen werden, denn die

Digitized by Google

Welt ahnt nicht, welch ein überwältigendes Material für die moralische Belastung der Entente existiert, sowohl was die Verantwortung für den Ausbruch des Krieges selbst betrifft, als auch für seine Verlängerung aus chauvinistischen und beutepolitischen Gründen. Erst wenn dies Bild bis in seine Einzelzüge deutlich sein wird, wird von einer wirklichen Revision des Friedens die Rede sein können. Noch etwas anderes hat uns in der Rede befremdet. Das war die Art, wie der Minister die Persönlichkeit Lloyd Georges erwähnte.. Lloyd George ist ein wortbrüchiger Mann und im objektiven Sinn des Wortes ein politischer Verbrecher. Dieses Urteil wird einmal auch das der Weltgeschichte sein, und deutsche amtliche Aeußerungen über Lloyd George sollten so gehalten sein, daß bei aller politischen Taktik doch eine gewisse moralische Distanznahme von einer solchen Persönlichkeit erkennbar bleibt.

Wir möchten mit dieser Kritik keine unfreundliche Handlung gegen den Minister des Auswärtigen begehen, dem Deutschland Dank für das schuldig ist, was er bereits geleistet hat, und von dem es, wenn unser Gefühl richtig ist, noch Dankenswertes erwarten kann. Wir hegen zu ihm alles Vertrauen, das eine so charaktervolle, kluge und tief gebildete Natur beanspruchen darf, und wir sind weit davon entfernt, seine Politik in Kleinigkeiten meistern zu wollen. In ihm scheint endlich einmal eine Führerpersönlichkeit da zu sein. Trotzdem müssen wir auch noch an einer dritten Stelle zu den Ausführungen des Ministers ein Wort der Kritik sagen. Das betrifft seine Aeußerungen über den Bolschewismus. Er hat sie nachträglich etwas interpretiert, aber uns scheint, es wäre notwendig gewesen, dort, wo das Wort Bolschewismus oder Sowjetrußland zum erstenmal ausgesprochen wurde, auch auf den gewalttätigen, kulturfeindlichen und vor allen Dingen absolut antidemokratischen Charakter des bolschewistischen Regimes hinzuweisen. Dieses Regime, so wie es heute in Sowjetrußland geübt wird, ist nichts anderes als die rücksichtslose Gewaltherrschaft einer kleinen Minderheit über eine unendlich größere Mehrheit, und diese Herrschaft wurde gegründet durch ein System des Schreckens und durch brutale Verjagung der rechtmäßig gewählten Vertretung des russischen Volks. Auch von bedeutenden organisatorischen Leistungen des Bolschewismus zu sprechen, ist ein Irrtum. Der Bolschewismus hat einen vollkommenen Niederbruch der wirtschaftlichen und namentlich der Verkehrsverhältnisse in Sowjetrußland bewirkt, er hat sich nicht imstande gezeigt, die große Hauptmasse des Volks, die Bauern, politisch und wirtschaftlich mit dem Leben des „neuen" Rußland zu verknüpfen und die städtische Bevölkerung vor dem Aussterben durch Hunger und Seuchen zu bewahren; er hat schließlich, um die Gewaltherrschaft der Machthaber, die heute in seinem Namen über Sowjetrußland verfügen, vor dem Zusammensturz zu retten, sein ursprüngliches Prinzip, die Re-

Digitized by Google

gierung durch die proletarischen Räte zu führen, verleugnen und diese durch das System der Personaldiktatur ersetzen müssen, und er hat schließlich zu dem verzweifelten Auskunftsmittel gegriffen, für das ganze russische Volk Zwangsarbeitspflicht und unbegrenzte Arbeitsdauer zu verfügen. Diese Verfügung steht allerdings auf dem Papier, denn die Zwangsarbeit hat sich nicht durchführen lassen, und außerdem hat die Sowjetregierung außerhalb der Städte und der Eisenbahnlinien in Rußland nichts zu sagen. Das flache Land lebt in einer primitiven Mischung von Anarchie und einzeldörflicher Selbstverwaltung, und seine Kräfte liegen für den Bolschewismus brach.

An diesem Urteil dürfen die militärischen Erfolge der Sowjettruppen gegen Polen uns nicht irre machen. Die polnische Offensive hat bewirkt, daß der alte Polenhaß des russischen Volkes, trotz der bolschewistischen Gewaltherrschaft, das russische Nationalgefühl für diesen Krieg wieder bis zu einem gewissen Grade geeint hat. Nur Phantasten aber sind imstande, sich vorzustellen, daß bolschewistische Millionenheere aufgestellt werden könnten. Die Zahl der Sowjettruppen, die gegen Polen kämpfen, ist verhältnismäßig gering, ihre Ausrüstung ist höchst mittelmäßig und ihre militärische Qualität im Durchschnitt noch mittelmäßiger. Was sie zum Siegen bringt, ist die absolute polnische Unfähigkeit, die Zerrüttung des größten Teils der polnischen Armee infolge schlechter Ausrüstung, Nahrungsmangels und bolschewistischer Agitation und der innere Ruin der durch die Narrheit und Blindheit der Entente aus lauter einander widerstrebenden Elementen zusammendiktierten, wirtschaftlich bis auf den Grund zerrütteten polnischen Staatskarikatur.

Daß die Regierung in dem Kriege zwischen Polen und Sowjetrußland die deutsche Neutralität verkündete, war richtig und selbstverständlich, und man darf wohl annehmen, daß sie auch alle Energie anwenden wird, um ihren Standpunkt zu behaupten. Immerhin ist das erst negativ, noch nicht positiv richtig gehandelt. Das positive politische Programm Deutschlands gegenüber dem osteuropäischen Problem müßte dieses sein, daß Deutschland mit dem Verlangen hervortritt, die Sowjetregierung aufzufordern, eine unbeeinflußte und unparteiische Abstimmung — Selbstbestimmung — aller Gebiete und Völker des einstigen Rußland über die nationale und politische Zugehörigkeit und Staatsform, die sie für sich wünschen, sobald wie möglich stattfinden zu lassen. Das wäre gute, kluge und ehrliche Politik, und zugleich eine Politik, mit der Deutschland wieder ein Stück moralischer Führung in der Welt an sich nähme.

Digitized by Google

Rußland, Polen und die Ukraine

Von ***

Die Nachrichten, die vom russisch-polnischen Kriegsschauplatz kommen, lassen erkennen, daß es sich bei den bolschewistischen Erfolgen nicht um einen zufälligen strategischen Sieg handelt, sondern daß auch das bolschewistische Rußland dem jungen Polenstaate in jeder Hinsicht überlegen ist. Die Niederlage der polnischen Armee scheint gründlich und entscheidend zu sein. Es ist ja möglich, daß die Polen in einem starken Aufschwung der nationalen Begeisterung sich tatsächlich soweit zusammenraffen, daß sie die rein polnisch ethnographischen Gebiete gegen die russische Hochflut zu verteidigen imstande sein werden, aber mit dem Traume eines historischen Polens, das die Grenzen von 1772 erreichen wird, ist es vorläufig aus. Es liegt in diesem Schicksal des polnischen Staates viel ausgleichende Gerechtigkeit der Weltgeschichte. Denn gerade die Polen, die den Prinzipien der Völkerbefreiung und des Selbstbestimmungsrechtes die Wiedererrichtung ihres selbständigen Staates verdanken, haben diese Prinzipien in den ersten Monaten ihrer neuen staatlichen Existenz mit Füßen getreten. Man erinnere sich nur an den Ausrottungskrieg, den das neuentstandene Polen gegen die Ukrainer in Ostgalizien geführt hat, man denke daran, daß Polen einen großen Teil Litauens unter den nichtigsten Ausflüchten besetzt hat, und dem litauischen Volke nicht zurückerstatten wollte, man vergesse nicht, daß die Polen ganz Weißrußland annektiert haben, daß sie ihre Sehnsucht nach den slowakischen Komitaten Zips und Arwa in kriegerischer Weise zum Ausdrucke brachten, — kurz, seit dem Entstehen Polens war die polnische Regierung dauernd im Begriffe, rechts und links widerrechtliche Eroberungen zu machen, und hat sich auf diese Weise den Haß aller Nachbarn eingewirtschaftet.

Die ärgste Heuchelei trieb das junge polnische Staatswesen mit der Behauptung, daß es den Kampf gegen den Bolschewismus führe. Diese Ausrede war ja auch der Vorwand, warum Polen die Ukrainer Ostgaliziens mit Krieg überzog und sogar gegen das ausdrückliche Verbot des Obersten Rates die Polen zur Verfügung gestellte Hallerarmee und die ungeheuren Mengen von Kriegsmaterial zur Niederringung eines Volkes benutzte, das von der neuen Zeit nichts anderes verlangte, als was die Polen in so reichem Maße bekommen hatten: Recht auf Selbständigkeit und Freiheit.

Nun liegt Polen darnieder. Berichte von Augenzeugen über den Rückzug der polnischen Armee lassen erkennen, daß das Gefüge der polnischen Heereskräfte außer Rand und Band geraten ist. Die rückflutenden polnischen Truppen lassen jede Disziplin vermissen. Die Einzelheiten über die bei dem fluchtartigen Rückzug der Polen begangenen Zerstörungen

Digitized by Google

in den ukrainischen Gebieten sind grauenhaft. Das Korn wurde den ukrainischen Bauern gewaltsam weggenommen. Denjenigen, die sich weigerten, ihr Hab und Gut herzugeben, wurden Häuser und Scheunen angezündet, das Vieh massenhaft weggetrieben, Brunnen zerstört und Felder verwüstet. Zwangsaushebungen und Pressungen zum polnischen Heeresdienst waren an der Tagesordnung. Zahlreiche Menschenleben fielen diesem Treiben der polnischen Armee zum Opfer. Die ukrainische Bevölkerung, die sonst nichts von den Bolschewisten wissen wollte, begrüßte die einmarschierenden Russen geradezu als Befreier.

Der Kampf zwischen Polen und Russen ist kein Kampf um Programme und Weltanschauungen und kein Ringen zwischen einer bürgerlich-demokratischen Regierung und einer proletarischen Diktatur. Der russisch-polnische Krieg ist vielmehr ein Kampf um die Vorherrschaft im Osten. Diese Hegemonie im Osten wird gekennzeichnet durch den Besitz der Ukraine, denn die Ukraine ist der fruchtbarste Teil in Südosteuropa, und wer die Ukraine hat, hat Lebensmittel, Rohstoffe, Erdöl, den Zugang zum Schwarzen Meer und spielt die erste Rolle im Handel und in der Industrie. Ursprünglich versuchten sowohl Polen als auch Russen, die ukrainische Frage, die doch die wichtigste Rolle in der ganzen Angelegenheit spielte, mit Stillschweigen zu übergehen. Weder Russen noch Polen wollten die Existenz eines besonderen ukrainischen Volkstums oder gar die Berechtigung eines besonderen ukrainischen Staates zugeben. Polen und Rußland aber wußten, daß ohne den Besitz der Ukraine von einer Vorherrschaft im Osten keine Rede sein könne und wußten überdies, daß die Existenz einer selbständigen Ukraine jede Hoffnung auf eine russische oder polnische Hegemonie im Osten zunichte machen müsse. Gesetzt den Fall, ein selbständiger ukrainischer Staat würde entstehen, so wäre er der zweitgrößte Staat im Osten und stünde als Zünglein an der Wage zwischen Rußland und Polen. Ursprünglich hatten also Rußland und Polen ein gemeinsames Ziel: das Entstehen einer selbständigen großen Ukraine unmöglich zu machen. Aus diesem Grunde führte die russische Sowjetregierung die heftigsten Angriffe gerade gegen die Ukraine, und aus diesem Grunde richtete sich der besondere Zorn des neuentstandenen Polen gegen die Ukrainer in Ostgalizien und die mit ihnen verbündeten Ukrainer der eigentlichen, sogenannten südrussischen, Ukraine. Das ukrainische Volk ist jedoch eine Realität, bezüglich welcher man auf die Dauer keine Vogel-Strauß-Politik spielen kann. Beide Parteien, Russen und Polen, änderten darum bald ihre Taktik. Moskau gründete eine ukrainische Sowjet-Republik, und Polen beeilte sich, auch die Ukraine anzuerkennen, um sich der Hilfe des ukrainischen Volkes zu versichern. Beide, Moskau und Warschau, meinten es aber mit den Ukrainern nicht aufrichtig. Moskau wollte die sogenannte ukrainische Sowjet-Republik bloß als Werkzeug zur Erreichung der neuen

Digitized by Google

russischen Hegemonie benutzen, und Polen wollte durch die theoretische Anerkennung einer ukrainischen Selbständigkeit sich selbst zur Vormacht im Osten machen. Die polnische Absicht lief darauf hinaus, die Ukraine zu teilen, indem die Polen bloß von einer Ukraine bis zum Dnjepr sprachen, Ostgalizien stillschweigend einstecken wollten und überdies noch Wolhynien und einen Teil von Podolien ihrem Staate einverleiben wollten. Die Polen dachten dabei, daß die Russen auf diese stillschweigende Teilung des großen ukrainischen Gebietes in einen westlichen Teil bis zum Dnjepr, der den Polen unterstehen sollte, und in einen östlichen Teil links des Dnjepr, der den Russen überlassen wäre, eingehen würden. Das taten aber die Russen nicht. Sie wollten sich in die Vormachtstellung im Osten mit den Polen nicht teilen. Als Vollstrecker des alten imperialistischen russischen Programmes verlangen die Russen, diesmal unter roter Fahne, den Besitz aller ukrainischen Gebiete und sind höchstens bereit, den Polen eine Selbständigkeit innerhalb ihrer ethnographischen Grenzen einzuräumen.

Vorläufig scheint Polen verloren zu haben, und wird sich bescheiden müssen, anstatt ein Reich von 50 Millionen Einwohnern, ein kleiner Staat von ungefähr 18 Millionen Einwohnern zu sein. Aber noch im Fallen hält Polen krampfhaft am Besitze von Ostgalizien fest. Alle verfügbaren Kräfte schickt Polen etwa nicht an seine Nordostfront, um den Einfall der Bolschewisten nach Warschau zu verhüten, sondern nach Ostgalizien, um den Vormarsch der Russen nach Ostgalizien aufzuhalten. Die Polen kalkulieren nämlich ganz folgerichtig, daß diejenigen fremdnationalen Gebiete, die ihnen durch die Macht des bolschewistischen Schwertes verloren gehen, für Polen endgültig verloren sind, während die rein polnischen Gebiete von den Russen dennoch geräumt werden müssen. Ein Beispiel hierfür ist Wilna. Kaum hatten die Bolschewisten Wilna erobert, als sie es auch schon den Litauern übergaben. Würden die Bolschewisten Ostgalizien erobern, so wäre es möglich, daß sie die Herrschaft dieses Landes einer lokalen ukrainischen Verwaltung übergeben, welche Lösung auch im Sinne Englands gelegen wäre. In dem Falle wäre Ostgalizien für Polen dauernd verloren.

Was aber macht der Bär, um dessen Fell gegenwärtig von Polen und Russen gestritten wird? Was machen die Ukrainer? Die ukrainische Regierung hat im Monat April, zwischen der Scylla der Bolschewisten und der Charybdis der Polen stehend, das kleinere Uebel gewählt und sich mit den Polen verbündet, wohl in der Erkenntnis, daß die Polen der schwächere und darum für das ukrainische Volkstum ungefährlichere Gegner sind. Ihre Rechnung war, mögen oberflächliche Beurteiler auch anderer Meinung sein, vollkommen richtig. Nunmehr haben es die Ukrainer hinsichtlich ihrer nationalen Aspirationen nur mit einem einzigen Gegner

Digitized by Google

zu tun, mit den Bolschewisten, die, man nehme alles in allem, dennoch für die sozialen und auch völkischen Bedürfnisse des ukrainischen Volkes ein größeres Verständnis aufbringen als die polnischen Großgrundbesitzer. Der Gedanke der ukrainischen Staatlichkeit findet ja bei den Bolschewisten Anerkennung. Gegenwärtig sitzen im Volkskommissariat der ukrainischen Sowjet-Republik viele bewußte Ukrainer, und die Zeit ist nicht fern, wo an der Spitze der ukrainischen Sowjet-Republik nicht mehr der rumänische Bulgare Rakowsky, sondern der bekannte ukrainische Patriot Wynnytschenko stehen wird, der der erste Präsident des ukrainischen Direktoriums war, das den Hetman Skoropadski aus Kiew vertrieben hatte. Die Haupthoffnung des ukrainischen Volkes und der ukrainischen Selbständigkeitspolitiker gründet sich aber auf das ukrainische Bauerntum. Dieses ist von dem unbesiegbaren Willen erfüllt, seine Angelegenheiten selbständig zu erledigen. Die ukrainischen Bauern haben bisher zweimal die Bolschewisten verjagt, die Herrschaft Denikins zerschmettert und haben auch dazu beigetragen, daß die Polen rasch die Ukraine verlassen. Der Wille dieses Bauerntums wird sich durchsetzen und mag der Entwicklungsprozeß noch so lange dauern, es ist kein Zweifel, es wird erst dann Ruhe und Ordnung in der Ukraine sein, wenn eine ukrainische demokratisch-sozialistische Bauernregierung errichtet sein wird. Den inneren Bedürfnissen der Ukraine und seiner 80% betragenden Bauernbevölkerung werden auch die siegreichen Bolschewisten Rechnung tragen müssen. Die Bolschewisten haben es auch in der letzten Zeit in der Ukraine unterlassen, ihr bolschewistisches Programm innerhalb der Bauernbevölkerung durchzusetzen. Sie lassen das ukrainische Dorf gewähren und hüten sich, die Fehler zu begehen, die sie während ihrer ersten Invasion in der Ukraine begangen haben. Tatsächlich sind in der Ukraine in den letzten drei Jahren die Bauern in nationaler Hinsicht bewußt geworden. Ukrainische Schulen und ukrainische Genossenschaften haben ein ungeheures Aufklärungswerk vollbracht und darum wäre es vollkommen verfehlt, wenn man annehmen wollte, daß die Niederlage des polnischen Imperialismus, der einige Wochen hindurch Verbündeter des ukrainischen Atamans Petljura gewesen ist, das Ende des ukrainischen Selbständigkeitsgedankens darstelle.

Zwei Jahre Rätediktatur

Von Axel Schmidt

Die „Russische Korrespondenz", das in deutscher Sprache erscheinende Organ der russischen Räterepublik, veröffentlicht in ihrer letzten Nummer einen Aufsatz von W. Miljutin, unter dem Titel: „Zwei Jahre Wirtschaftsdiktatur des Proletariats in Sowjetrußland". Der Aufsatz stellt

Digitized by Google

einen Auszug aus einem Buche des Verfassers dar, dessen deutsche Ausgabe angekündigt wird. Der Artikel ist im Gegensatz zu den bisherigen Arbeiten in der Korrespondenz, die mit großer Offenheit die wirtschaftliche Lage Räterußlands erörterten, eine ausgesprochene Tendenzschrift, oder richtiger gesagt, einen Jubiläumsaufsatz über das Thema: Wie herrlich weit hat es doch Räterußland in den zwei Jahren gebracht. An einer Stelle wird sogar direkt erklärt, daß, wenn auch „ein Teil der Betriebe geschlossen, und ein anderer eingeschränkt ist, nichtsdestoweniger die von den bürgerlichen Zeitungen in Westeuropa verbreiteten Darstellungen über den Rückgang unserer Industrie übertrieben und falsch seien". In einem weiteren Aufsatz, der Wiedergabe einer Rede Trotzkis, wird direkt in dem Vorwort erklärt, daß mit dem Rykowschen Material aus den früheren Heften derselben Korrespondenz in Europa Mißbrauch getrieben worden sei. Wie man daraus entnehmen kann, versuchen die Bolschewisten jetzt Potemkinsche Dörfer aufzurichten, weil ihnen ihre bisherige Offenheit schweren Schaden in Europa zugefügt hat. Das Rykowsche Material, das ganz genaue Zahlen und Daten angibt, kann aber nicht durch allgemeine Phrasen von Miljutin und Trotzki entkräftet werden. Daher werden wir uns nach wie vor bei der Widerlegung Miljutinscher Behauptungen auf Rykowsche Beweise stützen.

Miljutin erklärt anfänglich, daß das erste Jahr der Bolschewistenherrschaft der „Zerstörung der alten kapitalistischen Verhältnisse", während das zweite der „Organisierung von neuen Formen der Volkswirtschaft zur Vervollkommnung und Verbesserung der Produktion" gewidmet gewesen wäre. In der Tat ist auch an Organisation und Ueberorganisieren enormes geleistet worden, so daß Wissell und Moellendorff ihre Freude an dieser Planwirtschaft im Quadrat haben müßten. Stolz weist Miljutin hin auf:

1. Die Schaffung neuer Verwaltungsorgane für das Wirtschaftsleben an Stelle der zertrümmerten kapitalistischen Organe, die Organisation dieser neuen Organe auf der Grundlage einer unmittelbaren Beteiligung der Arbeitermassen an der Verwaltung.

2. Die Beseitigung des Privateigentums an Produktionsmitteln, die Fortnahme des Grund und Bodens — bei den Grundbesitzern, die Nationalisierung der Banken, Fabriken, Werke, Gruben, der Handelsflotte — bei den Kapitalisten.

3. Die Organisation einer einheitlichen Volkswirtschaft: Organisation von Rätewirtschaften im Dorfe, von staatlichen Trusts in der Industrie, Zusammenschluß unzusammenhängender Unternehmungen unter der Leitung gemeinsamer Räteorgane.

4. Der Uebergang der Erzeugnisse der Produktion in die Hände des Staates und die Organisation einer staatlichen Verteilung der Produktion.

Digitized by Google

Es sind denn auch in den Jahren 1918/19 nationalisiert worden:

1. Unternehmungen	4 000
2. Schiffe der Handelsflotte	16 000
3. Grundbesitz	60 000 000 Deßjatinen
4. Alle Banken in sämtlichen Städten.	

An Stelle dieser nationalisierten Privatunternehmungen traten:

I. Auf industriellem Gebiet:

1. Staatliche Trusts	90
2. Werkverwaltungen	4 000
3. Staatliche Behörden, für die Beschaffung von Holz, Flachs, Wolle, Hanf u. a. m.	

II. Auf landwirtschaftlichem Gebiete:

1. Rätewirtschaften	2 399
2. Rätekommunen und Artells	5 961

Auf dem Papier ist das in der Tat eine enorme Leistung, im praktischen Leben freilich nehmen sich diese Zahlen weniger imposant aus. Rykow nämlich meldete, daß „von den 4000 nationalisierten Fabriken 2000 stillstehen". Wie aber sieht es mit der Produktion der übrigen aus? Von den 97 Hochöfen im Ural, die seit Koltschaks Niederlage in Räterußlands Besitz sind, sind nur 14 in Betrieb; von den 14 Puddelöfen 6, Produziert wird jetzt ungefähr 40% gegenüber der Vorkriegszeit. Aber auch dieses wenige neuproduzierte Eisen kann nicht nach Petersburg und Moskau, den Hauptzentren der Maschinenindustrie, gebracht werden, weil bei den völlig zerrütteten Verkehrsverhältnissen nur ein Zug im Monat für den Transport der Metalle zur Verfügung steht. „Jahrzehnte würde es also", bemerkt dazu Rykow, „dauern, bis der Vorrat von 10 Mill. Pud Metall an die verarbeitende Industrie gelangen könnte". Miljutin, der von all diesen Schwierigkeiten nichts erzählt, erklärt dem nichtsahnenden europäischen Leser, daß, nachdem wir vom Ural Besitz ergriffen, habe sich die Lage gebessert, „weil der Ural uns Metall liefert".

Aehnlich liegt es mit der Textilindustrie. Dort arbeiten nach Rykow 7% der 7 Mill. Spindeln und nur 11% der 164 000 Webstühle. Er errechnet dann auch für das Jahr 1919 nur eine Produktion von 10% gegenüber der normalen Leistung. Auch in der Textilfrage ist Miljutin hoffnungsvoll, indem er schreibt: „Die Rohstoffbeschaffung für unsere Textilindustrie war von Erfolg begleitet." Rykow, der statt allgemeiner Redensarten, Tatsachen gibt, ist anderer Ansicht. Er meldet: „In Turkestan befinden sich zwar noch 8 Mill. Pud Baumwolle[1]). Um sie aber nach Moskau, dem Zentrum der Textilindustrie, zu bringen, stehen uns nur zwei Züge monatlich zur Verfügung, so daß es Jahrzehnte dauern würde, bis diese geringen Vorräte nach Moskau gelangten." Neue Vorräte werden

[1]) 1 Pud = 40 russische Pfund (400 g) = 16,4 kg.

Digitized by Google

aber auch aus Turkestan nicht mehr zu erhalten sein, weil die dortigen Bewohner, um nicht zu verhungern, jetzt Getreide statt Baumwolle säen. Die Baumwollfläche ist von 680 000 auf 30 000 Deßj. zurückgegangen. Die Moskauer Textilindustrie, die noch im Januar bis März 100 000 bis 200 000 Pud Webstoffe erzeugte, hat ihre Produktion auf 25 000 bis 68 000 Pud vermindert und dadurch, um einen Rykowschen Ausdruck zu gebrauchen, ist „sie fast völlig zum Stillstand gekommen". Auch die Flachsvorräte nähern sich, nach Rykow, ihrem Ende, so daß die „Leinenindustrie im Jahre 1920 die gleiche Krise durchmachen wird, wie die Textilindustrie im Jahre 1919 in bezug auf Baumwolle".

Nicht besser ist die Lage in den übrigen Industrien. Ueber die Metallindustrie schreibt Bucharin: „Die Lage kann hier, um nicht mehr zu sagen, als sehr ungünstig bezeichnet werden. Der Mangel an Arbeitskräften, die Lebensmittelkrise, der Mangel an Heizmaterial sind ungeheuer." Für das Jahr 1920 wird geplant, 20 Mill. Pud Roheisen zu schmelzen, und die Leistung der Martinöfen soll auf 22 Mill. Pud erhöht werden. Demgegenüber gibt Krumin an, daß im Jahre 1913 (ausschließlich des polnischen Gebietes) „257 Mill. Pud Roheisen, 264 Mill. Pud Fertigeisen und 219 Mill. Pud Stahl geliefert worden sind". In der chemischen Industrie Rußlands spielte vor dem Kriege die Gummiindustrie eine nicht geringe Rolle. In ihr waren vor dem Kriege 30 000 Arbeiter beschäftigt, jetzt nur 6000. Die Produktion wird von ihm auf 5 % der normalen geschätzt.

Auch die elektrische Industrie, von der Minister Simons als Beispiel für den Beginn des Wiederaufbaues sprach, ist nur wenig Erfreuliches zu melden. Es heißt bei Bucharin: „Die Arbeitsleistung der elektrischen Stationen betrug für die ersten vier Monate des Jahres 1920: (nur!) 8000 Kilowatt, nach Petersburg 6800—6500 Kilowatt."

Die Brennstoffkrise kann selbst Miljutin nicht verschleiern. Hier sprechen die Zahlen eine zu brutale Sprache. Er muß zugeben, daß Räterußland zeitweilig nur 10 % der Kohlenvorräte und etwa 25 % der Naphtavorräte zur Verfügung standen; infolge der Besetzung Bakus z. B. durch die Engländer, war 1919 das Petroleum für Räterußland völlig in Fortfall gekommen. Unter solchen Umständen will es natürlich wenig besagen, daß das Holz- und Torfquantum konstant geblieben ist, weil jetzt damit Bahnen und Fabriken beliefert werden müssen. Bucharin, einer der Mitarbeiter der „Russischen Korrespondenz", gibt in Nr. 140 und 141 der „Roten Fahne" über die Kohlenfrage folgende genaue Daten an. Die Ausbeute im Donezgebiet betrug:

Januar 1913	. .	143 Millionen Pud
Januar 1920	. .	14 „ „

Digitized by Google

Im Moskauer Gebiet dagegen ist die Produktion ein wenig gestiegen. Für die vier ersten Monate betrug die Ausbeute:

Im Jahre	1916	9,0	Millionen Pud
„ „	1919	9,8	„ „
„ „	1920	10,6	„ „

Diese geringe Steigerung ist aber nur erreicht worden durch eine vierfache Einstellung von Arbeitskräften. Dabei darf nicht vergessen werden, daß, wie ein anderer Mitarbeiter der „Russischen Korrespondenz" angibt, „die Kohle und der Torf aus dem Becken von Moskau in der gesamten Heizbilanz so gut wie gar keine Rolle spiele". Wie stark die Arbeitsleistung zurückgegangen ist, zeigt eine Aufstellung von Baschanow im selben Heft. Er gibt an, daß ein Arbeiter im Monat leistete:

1914	750 Pud
1916	615 „
1919	240 „
1920	220 „

Zum Schluß brennt Miljutin noch ein Feuerwerk ab, indem er Produktion und Vorräte für 1919 aufmarschieren läßt:

Webstoffe: Durchschnittliche Herstellung im Monat: 14 Mill. Arschin[1]). Vorräte an Webstoffen: rund 1 Milliarde Arschin.

Zucker: Produktion in der Saison 1918—1919: In der russischen Sowjetrepublik 4 Mill. Pud. In der ukrainischen Sowjetrepublik 10 Mill. Pud.

Streichhölzer: 1918 betrug die Herstellung 1 032 000 Schachteln, 1919 in 6 Monaten 412 809 000 Schachteln.

Seife: Produktion 20—25 000 Pud im Monat.

Salz: Gewinnung bis zu 10 Mill. Pud.

Rechnet man die Bezieher dieser Waren auf 120 Mill. Menschen, was sehr gering angenommen ist, so kommen auf jeden Menschen 8 Arschin vom Vorrat, und monatlich noch 1 Arschin auf 3 Menschen hinzu. Viel schlimmer steht es mit den übrigen angeführten Dingen. Die 14 Mill. Pud Zucker machen etwa 4,5 Pfund auf den Kopf der Bevölkerung im Jahr aus. Hierbei ist noch zu bemerken, daß sich diese Vorräte fast ausschließlich in der Ukraine befinden, wo zwischen Bolschewisten und Nationalukrainern heftig gekämpft wird, so daß ihr Abtransport, ganz abgesehen von der Schwierigkeit, die in dem Zusammenbruch des Verkehrs liegt, so gut wie aussichtslos ist. Seife käme 1 Pfund (400 Gramm) auf 120 Menschen im Monat und Salz 3,5 Pfund im Jahre.

Den völligen Zusammenbruch des Verkehrswesens hat nicht nur Rykow festgestellt, sondern auch Trotzki in einer Rede auf dem dritten Kongreß der Volkswirtschaftsräte: „Wir wissen, daß wir, damit die Zahl der kranken Lokomotiven 59% nicht übersteige, 10% reparieren müssen,

[1]) 1 Arschin = 0,71 m.

Digitized by Google

reparieren aber gegenwärtig nur 2%; folglich droht der Prozentsatz dieser kranken Lokomotiven immer mehr anzuwachsen." Auch hier gibt Rykow genauere Daten an: „Monat um Monat", sagt er, „verringert sich der Bestand unserer Maschinen um 200, und wenn wenigstens der jetzige Zustand (59% reparaturbedürftiger Maschinen) beibehalten werden sollte, so müßte Räterußland statt 2% 10% reparieren." Da Reserveteile für die Maschinen nicht vorhanden sind, so wird die Reparatur durch Raubbau bewerkstelligt. Die am meisten beschädigte Maschine wird zerlegt, um etwaige Reserveteile zu erhalten, und sie und die nächstfolgenden können dann natürlich nicht mehr hergestellt werden. Auch beim Transportwesen bringt die neue Nummer der „R. K." ergänzende Daten, die den völligen Zusammenbruch der Transportmittel beweisen. Unbrauchbar waren an Lokomotiven im Jahre:

1917	22—24%
1918	35—47%
1919	52—55%
1920	60%

Im Mai 1920 kamen nur 6 Lokomotiven auf 100 Werst.

Die Tagesarbeit im Ver- und Ausladen ist auch sehr gesunken. Es wurden im Monat ver- und ausgeladen:

im Jahre 1916	75 000—90 000 Pud
„ „ 1918	9 000—20 000 „
„ „ 1919 u. 1920	13 000—17 000 „

Von den 300 Mill. Pud Getreide sind zu Beginn des Jahres 1920: 16—18 Mill. Pud (d. h. 20—25 %) gesammelt, und 10—12 Mill. Pud (d. h. 3—4 %) abtransportiert worden. Seit der Besetzung des Urals (über ein Jahr) ist nur ein Zug mit Metall und zwei Züge mit Baumwolle aus Turkestan und nur sehr wenig Rohstoffe aus dem Donezgebiet den Zentralgouvernements zugeführt worden. Diese Daten machen erst Lenins Wort, das ich im Heft 28 anführte, „die Bevölkerung könne einen Winter wie den vergangenen zum zweitenmal nicht mehr ertragen", verständlich.

Dem bolschewistischen Brandherd ist nicht anders beizukommen, als ihn langsam ausbrennen zu lassen. Versuche, von auswärts ihn zu löschen, haben im Gegenteil nur dazu beigetragen, die schwelenden Reste zu neuer Glut anzufachen. Deutschland kann die russische Brandstelle aber um so eher seinem Schicksal überlassen, als dort auf Jahre hinaus sowieso nichts zu holen ist. Deutschlands Handel und Industrie täte besser, statt auf das großrussische Geschäft zu warten, sich mehr den Randstaaten und Randvölkern zuzuwenden. Dort hat schon des früheren russischen Reiches wirtschaftlicher Reichtum gelegen; denn nicht das moskowitische Zentrum, sondern diese Randgebiete waren des Zarenreichs Ueberschußgebiete. Weder aber unser Auswärtiges Amt noch unsere führenden Wirtschaftsmänner haben den Kern der osteuropäischen Frage erkannt. Beide glauben

Digitized by Google

noch immer, daß trotz Weltkrieg, Revolution und Bolschewismus eines Tages der russische Staat wieder erstehen und Deutschland in der Lage sein wird, seine politischen und wirtschaftlichen Beziehungen an die Zeiten des Juli 1914 anzuknüpfen. Inzwischen ist aber in Rußland eine Agrarrevolution vor sich gegangen, deren Ausmaß die Weltgeschichte nicht kennt, und diese Agrarrevolution hat um so tiefere Wurzeln geschlagen, weil sie innig verbunden ist mit der Befreiung vieler vom russischen Zarenreich geknechteter Völker. Mit dem Verjagen der Gutsbesitzer und Aufteilen ihrer Ländereien durch die Bauern ist zugleich auch das fremde Staatsvolk vertrieben, das ihnen in Schule und Kirche die Muttersprache verboten hatte. Agrarrevolutionen, das lehrt aber die Weltgeschichte, sind noch nie rückgängig gemacht worden.

Schwebende Finanzprobleme.

Von Franz Eulenburg, Kiel

Es kann sehr zweifelhaft sein, an welchem Punkte der Wiederaufbau Deutschlands einzusetzen hat: Ob bei der Produktion oder dem Geldwerte, beim auswärtigen Handel oder der Valuta, bei den Arbeiterverhältnissen oder den Finanzen, bei den Warenpreisen oder beim Kohlenbergbau? Alle Teile hängen eben unmittelbar zusammen und beeinflussen sich gegenseitig. Die Gestaltung der Valuta hat gewiß ein gerütteltes Maß von Schuld an der verhängnisvollen wirtschaftlichen und finanziellen Lage Deutschlands. Sie ist zum nicht geringen Teil von der Entente mit Absicht herbeigeführt worden, zum anderen Teile ist sie selbst wiederum beeinflußt durch eine Kette von inneren Umständen. Unter diesen schauen die Finanzen fast am trostlosesten aus. Sie sind sowohl die Folge unserer ganzen inneren und äußeren Zustände, wie sie andererseits wieder auf alle anderen Verhältnisse zurückwirken. Der Zusammenhang zwischen Finanzen und allgemeiner Wirtschaftslage ist kaum jemals so unmittelbar in die Augen gesprungen wie gerade jetzt. Der Reichsfinanzminister Wirth hat in seiner Rede vom 2. Juli diesen Zusammenhang mit Recht in den Vordergrund seines Programms gestellt. Dabei erscheint die Frage durchaus nebensächlich, ob der schiefe Weg der Finanzierung in einem früheren oder späteren Zeitpunkt des Krieges einsetzt und ob bereits vordem eine Aenderung der Schuldenwirtschaft hätte erfolgen können. Die Selbstverteidigung Helfferichs scheint schon darum stark abwegig, weil der damalige Reichsschatzsekretär seine Kriegsfinanzierung ganz auf der zu erwartenden Kriegsentschädigung seitens der Feinde aufbaute. Unter dieser Voraussetzung brauchte er dann freilich nicht für reale Einnahmen besorgt zu sein und konnte den Weg der fortgesetzten Kriegsanleihen

Digitized by Google

getrost betreten. Aber die Annahme erwies sich eben als ein verhängnisvoller Irrtum.

Zweifellos haben alle kriegführenden Mächte den Krieg zum überwälligenden Teil nur durch Schulden führen können — England nicht minder wie Frankreich und Deutschland. Aber immerhin hatte ersteres bereits während des Krieges die Steuerschraube in außerordentlicher Weise angezogen, hatte die Kriegsgewinne in beträchtlichem Umfange sofort wieder abgenommen und dadurch die Inflation wenigstens etwas einzudämmen versucht. Ganz hat es das natürlich keineswegs vermocht: Vielmehr hat auch England, ebenso wie Deutschland, in starkem Maße die künftigen Einnahmen vorweggenommen, hat feste Werte und Vermögen mobilisiert, wenn es auch dabei weit vorsichtiger verfuhr als wir. Dabei konnten wir anfangs den Krieg noch mit den Anleihen selbst führen; aber schon vom Jahre 1917 an vermochten die glänzenden Ergebnisse der Kriegsanleihen die Kosten nicht mehr voll zu decken: die laufenden Einnahmen blieben weit hinter den laufenden Ausgaben zurück. Als äußeres Zeichen, damals schon ein starkes Anwachsen der schwebenden Schulden. Seit dem Zusammenbruche vollends sind die schwebenden Schulden in ununterbrochen rasendem Wachsen. Es äußert sich in der Zunahme der diskontierten Schatzanweisungen einerseits, in der Vermehrung der Noten und Darlehnskassenscheine andererseits. Ende Juni d. J. betrug der Umlauf an Papiergeld fast 68 Milliarden M., auf den Kopf der Bevölkerung also mehr als 1000 M. Dabei verschlägt es wenig, daß von diesem Riesenbetrage rund 54 Milliarden auf Noten, der Rest auf Darlehnskassenscheine entfielen. Im letzten halben Jahr nahm monatlich der Papiergeldumlauf um rund 3 Milliarden M., der der Schatzanweisungen sogar noch etwas mehr zu. D. h. wir geben für 3 Milliarden monatlich mehr aus, als wir einnehmen. Es ist, als wenn jeder Einwohner Deutschlands *täglich* für 15 M. mehr verzehrt als er hat. Während die festverzinslichen Reichsschulden sich auf etwa 92 Milliarden Mark belaufen, hat der Betrag der Schatzanweisungen die kolossale Summe von 107 Milliarden M. erreicht. Dazu kommen die Schulden der Länder und Gemeinden, die mindestens mit 30 bzw. 25 Milliarden M. zu veranschlagen sind. Mit anderen Worten: auf jeden Einwohner des jetzigen Deutschland lastet eine Schuldensumme von 4000 M., auf jeder Haushaltung eine solche von rund 18 000 M. Entsprechend betragen allein die Zinsen des Reiches rund 13 Milliarden M., auf den Kopf also 200 M. im Jahre. Und noch sind wir nicht am Ende angelangt!

Dabei nehmen wir einstweilen die Ziffern des Finanzministers als richtig an. Auf ein paar Milliarden oder gar Millionen kommt es bei diesen Riesensummen nicht mehr an. Wenn die Ueberschüsse der Wirtschaft in der nächsten Zeit nicht größer werden, so ist ein weiteres

Digitized by Google

Ansteigen der Schuld aber unvermeidlich. Dann werden eben fortgesetzt neue Schatzanweisungen diskontiert, neue Noten ausgegeben werden müssen, wie das im letzten Jahre geschehen ist. Die Folgen sind dann: eine weitere Entwertung der Mark und ein dauerndes Ansteigen der Preise. Ein Einhalten ist nicht möglich, nachdem wir einmal den Weg der Schuldenwirtschaft beschritten haben. Zur Veranschaulichung mag das folgende dienen: Wie hoch wir den Wert des Volksvermögens jetzt einsetzen, kann zweifelhaft sein. Wir dürfen das werbende Vermögen des deutschen Volkes, das wir allein in Rechnung setzen dürfen, vor dem Kriege auf 250 Milliarden M. veranschlagen. Hiervon gehen nun die direkten Verluste durch den Krieg und die Abtretung des Friedensvertrages ab, sodann die anderweitigen Verluste durch Entwertung der Fabriken und Werkstätten. Der Engländer Crammond schätzt diese Verluste für Deutschland auf etwa den vierten Teil des Vermögens. Nehmen wir andererseits nur eine Geldentwertung für das Vermögen auf die Hälfte an, so würden wir auf 400 Milliarden M. kommen. Unser Volksvermögen wäre demnach zu zwei Dritteln mit Schulden belastet — ein völlig unhaltbarer Zustand.

Entsprechend gestaltet sich auch unser Reichshaushalt überaus ungünstig. Der ordentliche Etat für 1920 machte nach den vorläufigen Aeußerungen des Reichsfinanzministers nicht weniger als 28 Milliarden Mark aus — eine ganz fabelhafte Summe, wenn man sie mit dem Friedenshaushalt von 2 oder, einschl. von Staat und Gemeinden, von 5 Milliarden M. vergleicht. Allerdings war für das Vorjahr gar die unvorstellbare Summe von 72 Milliarden M. eingesetzt worden. Es ist in diesem Jahre, wenigstens rein rechnerisch, ein Gleichgewicht im ordentlichen Haushalt hergestellt, falls noch für 3 Milliarden M. neue Steuern aufgebracht werden. Aber auch dessen Verwirklichung steht noch keineswegs fest; vielmehr ist in jedem Augenblick eine erhebliche Störung des Gleichgewichtes zu gegenwärtigen. Es ist sogar wahrscheinlich, daß die Ausgaben bei den Beamtengehältern, der Lebensmittelbeschaffung und dem Zinsendienst sich höher stellen werden als nach dem Voranschlag. Die Kohlenlieferungen an die Entente werden neue Aufwendungen für den Wohnungsbau der Arbeiter u. a. zeitigen. Dabei ist es auf der anderen Seite ganz unsicher, ob die Einnahmen des Voranschlages auch erreicht werden, oder ob nicht noch neue, unvorhergesehene Ausgaben hinzukommen. Wir werden also die voraussichtliche Etatüberschreitung mit einem bestimmten Hundertsatz in Rechnung stellen müssen.

Aber selbst wenn beim ordentlichen Haushalt ein Gleichgewicht erreicht werden sollte, so bleiben die außerordentlichen Ausgaben sowie Fehlbeträge bei Post und Eisenbahn. Letztere gehen, nach den Angaben des Reichsfinanzministers, weit über alles Erwarten hinaus. Sie be-

Digitized by Google

tragen nach den letzten Mitteilungen nicht weniger als 16 Milliarden M. Für diese Fehlbeträge existiert einfach keine Deckung. Sie vermehren eben die Reichsschulden. Die Abwicklung des alten Heeres, die Ausgaben für Ablieferung der Schiffe und des Hafenmaterials kommen hinzu. Der Finanzminister setzte diesen Posten des außerordentlichen Haushalts auf rund 12 Milliarden M. Dazu kommen nun die Ausgaben der Länder und Gemeinden. Sie haben ebenfalls steigende Bedürfnisse bei steigenden Preisen zu befriedigen. Die Lage der Gemeinden ist dabei besonders schlimm. Ihre finanzielle Inanspruchnahme wird dauernd größer und größer: Beamten- und Angestelltengehälter, steigende Zuschüsse zu den Gemeindebetrieben, wesentliche Aufwendungen für Lebensmittelbeschaffung, für Armen- und Erwerbslosenunterstützung, Aufwendungen steigender Art für die Schulen, deren Reformierung wiederum neue Mittel verlangt, und für kulturelle Zwecke, unter denen das Theater nicht den letzten Platz innehat. Man rechnet das Defizit der Gemeinden und Länder bisher auf 5 Milliarden, für das nach der neuen Steuerordnung das Reich ebenfalls aufkommen muß. Die Summe dürfte jedenfalls nicht unerheblich überschritten werden. Auch dafür ist eine Deckung einstweilen nicht vorhanden. Im ganzen ergibt sich also bestenfalls ein ungedecktes Defizit von 40 Milliarden M., das möglicherweise noch überschritten werden wird.

Zu dem allen kommen noch die Forderungen der Entente aus dem Friedensvertrag. Noch kennen wir die Summen nicht, um die es sich eigentlich handelt. Auch Spa hat darüber noch keine Klarheit gebracht. Aber nach den Besprechungen von Hythe und Boulogne scheinen sich die Alliierten auf 3 Milliarden Goldmark jährlich geeint zu haben, die nach einem bestimmten Schlüssel unter ihnen verteilt werden sollen. Das macht etwa 25 bis 30 Milliarden Papiermark aus. Ihre Sicherstellung würde das Vorrecht vor allen anderen Forderungen haben. D. h. wenn die Entente auf ihren Forderungen in dieser Höhe besteht, würden unsere gesamten Einnahmen knapp reichen, um die jährliche Kriegsentschädigung zu leisten: für uns selbst würde überhaupt gar nichts übrigbleiben. Nun sollen unsere Leistungen in Waren und Diensten allerdings angerechnet werden. Ebenso werden die Liquidationen aus deutschem Eigentum im Auslande uns jedenfalls gutgeschrieben. Andererseits wünscht jedoch die Entente durchaus nicht deutsche Arbeiter für die Wiedergutmachung zu beschäftigen und deutsche Werke oder Waren dafür zu verwenden. Vielmehr will sie der eigenen Industrie und der eigenen Arbeiterschaft damit auf die Beine helfen. Ihr liegt also ausschließlich an unserem Kapital, um die eigenen Volkswirtschaften wieder zu beleben. Das wird man wenigstens aus dem bisherigen Verhalten der Entente und aus den Aeußerungen

Digitized by Google

der Presse schließen dürfen. Das würde aber bedeuten, daß wir mindestens in sehr beträchtlichem Umfange die Kriegsentschädigung werden in bar bezahlen müssen. Wir sollen eben die fremden Finanzen sanieren und einen Teil ihres Defizits tragen! Dazu kommt das Konto des Besatzungsheeres und der fremden Kommission, die uns zur Last fallen und wieder in die Milliarden gehen. Ob diese Summen mit aufgerechnet werden, ist noch ungeklärt. Wie wir überhaupt weder über die Höhe der Kriegsentschädigung noch über die Art ihrer Aufbringung bisher eine deutliche Vorstellung haben.

Aber wie dem auch sei: selbst wenn wir einen Teil der Zahlungen in natura leisten, so wirkt das wiederum auf unsere finanzielle Lage zurück. Denn auch die Naturalleistungen muß das Reich den privaten Unternehmern voll ersetzen und aus eigenen Mitteln und eigenen Kosten bestreiten, wie das bei der Ablieferung der Schiffe schon der Fall war. Zu diesen Zwecken werden also neue Posten als Abfindungsgelder in den Haushalt einzustellen sein. Es schuldet dann eben das Reich diese Summen für die gelieferten Waren und Dienste den leistenden Firmen, die nicht aus nichts arbeiten und schaffen können. Es kommt darum finanziell im Grunde auf das Gleiche hinaus, ob wir in bar oder in natura bezahlen. Für die Volkswirtschaft allerdings macht es einen wesentlichen Unterschied. Für die Naturalleistungen finden wenigstens Industrie und Arbeiterschaft äußerliche Beschäftigung, wenn auch der Ertrag dieser Beschäftigung den Gegnern zugute kommt. Wir müssen eben für fremde Rechnung fronden und diese Rechnung selbst bezahlen. Der Friedensvertrag tritt jetzt erst in seiner ganzen krassen Wirklichkeit in die Erscheinung und zehrt uns am Mark. Das Geld für die Leistungen ist unter allen Umständen von uns selbst in irgendeiner Form aufzubringen. Es muß uns also daran gelegen sein, diese fremde Rechnung so niedrig zu stellen, als es irgend möglich ist.

Das ist die finanzielle Lage: Schulden zu zwei Dritteln des Volksvermögens ohne Aussicht, hier innehalten zu können; kein Gleichgewicht im Haushalt und keine Möglichkeit, neue Einnahmequellen in erheblichem Belange heranzuziehen; dazu die drohenden und unberechenbaren Lasten der Kriegsentschädigung, deren Höhe im Belieben der Entente steht und ganz wesentlich von dem Stande der Valuta abhängt.

Es erscheint leicht, die zwei bzw. drei Hauptgebrechen unserer Finanzen zu durchschauen. Aber es fragt sich, welche Wege denn beschritten werden können, um dem zu steuern. Da die Reihe von Ursachen untereinander zusammenhängt, dürfte auch nicht auf eine Weise allein eine Aenderung herbeizuführen sein, sondern nur durch ein Ineinandergreifen verschiedener Maßnahmen. So ist die innere Entwertung des Geldes Ursache und Wirkung der Schuldenaufnahme, wie umgekehrt die äußere Ent-

Digitized by Google

wertung unserer Valuta wiederum zugleich die Folge und den Grund der inneren Inflation darstellt. Beides zusammen ruft mit Notwendigkeit die Schuldenwirtschaft hervor. Es ist sehr billig, gegen diese zu sprechen. Es fragt sich nur, wie sie beseitigt werden soll. Der Finanzminister hat ganz recht, daß man durch den Geldschleier hindurchsehen müsse. Die Finanzen und die Geldentwertung sind nur der äußere Ausdruck für die dahinterliegende Tatsache, daß wir mehr verzehren als wir hervorbringen, daß wir eben eine völlig gelähmte Volkswirtschaft haben. *Wir leben von der Notenpresse, statt von Erträgnissen der Landwirtschaft und der Industrie.* Wie aber soll diese Tatsache selbst beseitigt werden, nachdem die Bedingungen unserer Existenz so ungünstig liegen und dauernd so ungünstig erhalten werden? Das Predigen von Sparsamkeit ist gewiß nötig: Sehr viele Ausgaben sind wenig überlegt gemacht. Wir leisten uns ganz unnötige Aufwendungen und haben die mannigfachsten Verluste zu tragen — mag es nun das Heer der überzähligen Beamten oder die massenhaften Einkäufe von Waren sein, die wegen der Preisstellung nachher unverkäuflich bleiben. Aber diese Fehler allein bringen natürlich das Defizit noch nicht zuwege. Das liegt wesentlich tiefer. Andererseits erhöhen die steigenden Preise wiederum das Defizit immer von neuem. Dagegen sind wir einfach machtlos. Ein regelrechter Haushaltsplan ist erst dann aufzustellen, wenn mindestens die Preise annähernd konstant bleiben und nicht dauernd in die Höhe klettern. Sonst wird jede Vorausberechnung umgestoßen und das Gleichgewicht stets von neuem gestört. Das gilt von den Eisenbahnen wie von allen anderen Verwaltungszweigen.

Ist nun an einer Stelle ein Anhalten möglich? Man könnte zunächst an zwei Wege denken: *Einmal* an das Stoppen des Valutarückganges, *sodann* an Besserung der Zahlungsbilanz. Der *Valutarückgang* hält sich dauernd, weil wir offenbar dauernd Rohstoffe und Nahrungsmittel vom Auslande beziehen, ohne dafür Gegenwerte gewähren zu können. Denn die Kohlenlieferungen wie die Abgabe von Schiffen und die sonstigen Abtretungen werden uns zwar gebucht; aber sie helfen den Passivsaldo nicht ausgleichen. Andererseits besteht nun einmal eine ganz kolossale Menge deutscher Noten im Auslande; sie wirkt dauernd auf den Markt zurück. Sie sind aus alten Beständen ins Ausland geflossen und stellen ein Reservoir dar, von dem aus ständig auf den deutschen Valutenmarkt eine Menge abfließen kann. Solange dieser Zustand nicht beseitigt ist, kann von einer Besserung nicht die Rede sein. Hier wäre nun die Möglichkeit gegeben, das im Ausland flottierende Material der schwebenden Schulden in eine dauernde und verzinsliche Schuld zu verwandeln. Es werden Sonderabkommen mit den einzelnen Staaten oder den ausländischen Banken zu treffen sein, die die Noten im Auslande gegen eine *feste, unkündbare Anleihe* umtauschen. Das könnte etwa

Digitized by Google

in der Schweiz, in Holland, vor allem den Vereinigten Staaten, die besonders viel Material aufgenommen haben, geschehen. Der Zinsfuß muß natürlich hoch sein, etwa 6—7%. Nehmen wir an, daß auf diese Weise 20 Milliarden M. Noten in Anleihe verwandelt werden, so würde uns zwar dadurch eine dauernde Belastung von rund 1¼—1½ Milliarden M. jährlich zufallen. Dafür würde aber die Valuta sich gleichzeitig bessern und würde nicht mehr Gegenstand einer Spekulation werden. Die Transaktion selbst bereitet natürlich genug Schwierigkeiten: Vor allem wäre zu verhindern, daß neues Material in Ausland strömte. Die Maßnahme selbst würde ein wesentliches Mittel zur dauernden Besserung unserer Valutaverhältnisse darstellen. Diesem Vorteile gegenüber, möchte die Mehrbelastung durch den Zinsendienst sehr wenig ins Gewicht fallen. Der Spekulation in deutscher Valuta würde dadurch zum nicht geringen Teil der Boden entzogen sein und wir würden täglich viele Millionen Mark auf diese Weise sparen, indem wir wieder ebenbürtig auf dem internationalen Geldmarkt auftreten. Auch die Preissteigerung müßte dadurch aufgehalten werden.

Hand in Hand mit dem Versuche der Sanierung unserer Valuta würde dann die *Aufnahme von Kredit* im Auslande gehen müssen. Nur auf diese Weise kann die Frage der Handelsbilanz und die der Bezüge von Rohstoffen und Nahrungsmitteln gelöst werden. Zwei Wege sind vorgeschlagen worden. Einmal der einer internationalen Anleihe. Es ist dieser Gedanke von der Entente selbst wiederholt erwogen worden. Allerdings war ihre Absicht dabei, auf diese Weise mit einem Male die ganze Kriegsentschädigung zu erhalten und den Wiederaufbau ihrer Wirtschaft damit vorzunehmen. Indessen sollte ein Teil der Summe Deutschland als Kredit zur Verfügung gestellt werden. Aus mehreren Gründen verspricht dieser Plan für uns keine Besserung. Uns würde jedenfalls die Zinszahlung in Form einer strengen Finanzkontrolle mit einschneidenden Maßnahmen auferlegt werden; sie müßte durchaus verhängnisvoll werden.

Von industrieller Seite ist darum ein anderer Vorschlag gemacht worden: nämlich auch hier die private Selbsthilfe heranzuziehen. Die Erwerbskreise in Landwirtschaft, Handel und Industrie, sollen sich genossenschaftlich zusammenschließen zu einer *allgemeinen Kreditgemeinschaft*. Jene würden mit ihrem ganzen Besitz und ihren Betriebsergebnissen für die Sicherheit stehen. In einem bestimmten Betrage würden sie gegen festverzinslichen Obligationen Kredit von ausländischen Firmen erhalten. Dieser würde dann nach einem bestimmten Schlüssel den einzelnen Gewerbezweigen bzw. den einzelnen inländischen Firmen zur Verfügung stehen. Es erscheint ziemlich ausgemacht, daß die private Industrie im Auslande weit mehr Vertrauen genießt und darum weit eher Kredit erhält als der Staat. Auch ohne dies wird der private Kredit jetzt schon reichlich in

Digitized by Google

Anspruch genommen und zwar mit gutem Erfolge für den einzelnen Industriellen oder einzelnen Kaufmann. Es würde auf diese Weise jedenfalls ein Teil des deutschen Aktienbesitzes und ein Teil der Hypothekenforderungen auf Grund und Boden an das Ausland übergehen. So schmerzlich dieser Prozeß auch ist, er erscheint als das bei weitem kleinere Uebel. Denn es besteht doch wenigstens die Möglichkeit, aus dem Chaos herauszukommen, indem wir das private ausländische Kapital und ausländische Unternehmertum an den privaten deutschen Unternehmungen und dem privaten deutschen Besitz interessieren. Es scheint mir der einzige Ausweg aus der finanziellen Lage. Dabei braucht der Kredit im einzelnen Falle noch nicht so außerordentlich hoch zu sein. Daß ein solches Vorgehen erfolgreich ist, zeigt das Vorgehen des Hapag und das Zustandekommen des Schiffahrtsvertrages mit der Harrimanlinie. Dasselbe würde nunmehr im großen und systematisch für die ganze deutsche Industrie geschehen.

Es ist wenigstens ein Versuch, um die finanzielle Grundlage der deutschen Volkswirtschaft wieder aufzubauen und aus dem finanziellen Chaos der Schuldenwirtschaft und ihren verhängnisvollen Folgen herauszukommen.

Der Vorteil bestünde in der Möglichkeit, zunächst wieder die Industrie in Gang zu setzen, um Gegenwerte für die nötige Einfuhr zu schaffen. An Absatz für gewisse Waren würde es nicht fehlen, so sehr sich auch die Grundlage der deutschen Volkswirtschaft verschlechtert hat. Durch das Ineinandergreifen der verschiedenen Maßnahmen, durch die staatliche Rückverwandlung der auswärtigen schwebenden Schuld in eine feste Anleihe und durch die private Kreditaufnahme der A. E. G. würde dann der Grund gelegt, um wenigstens die Valuta wiederum zu befestigen und die Zahlungsbilanz festzuhalten. Von hier aus könnte auch an die Sanierung der Finanzlage gegangen werden. Dadurch gewinnen wiederum die internationalen Verpflichtungen, die uns der Friedensvertrag auferlegt hat, ein anderes Gesicht: Sie können getätigt werden, ohne uns voll in das Verderben zu führen. Denn ihr Betrag in Goldmark könnte sich der Parität nähern und würde in erträgliche Grenzen sich bewegen. Wir würden dann imstande sein, wirklich, statt die Notenpresse dauernd in Tätigkeit zu setzen, wiederum von Erträgnissen der Arbeit selbst zu leben. Aber die Durchführung beider Maßnahmen bereitet natürlich noch unendliche Schwierigkeiten. Bedingung ist: Ruhe und Stetigkeit im Innern, ist die Durchdringung aller Volkskreise mit dem Bewußtsein, äußerster Pflichterfüllung und das Zurücktreten der Parteipolitik gegenüber den großen Aufgaben der unmittelbaren Zukunft.

Digitized by Google

An die Studentenschaft der Universität Marburg!

Kommilitonen!

Einer von denen bin ich, die aus Ihrer Mitte aufs heftigste angegriffen werden. Geradezu ein Verleumder werde ich genannt, und man wirft die Frage auf, ob ein solcher Mann das Pfarramt noch führen könne, das er innehat. Deshalb geschieht das, weil ich wagte — mit energischen und erregten Worten —, die Untersuchung, rasche, klare, deutlich unparteiische Untersuchung der furchtbaren Vorgänge zu fordern, die fünfzehn deutschen Männern das Leben kosteten. Es ist die Mechterstädter Sache.

Heftig von Ihnen angegriffen, möchte ich versuchen, ruhig und sachlich zu sagen, wie ich und viele mir Gleichgesinnte denken. Ich möchte an meinem Teil nichts versäumen, was dazu dienen könnte, die Kluft zu schließen, die heute unser deutsches Volk in zwei Völker spaltet, in dem Augenblick, wo es Einigkeit nötiger hat als je.

1.

Wollen wir nicht voneinander voraussetzen, daß zwei Dinge an sich selbstverständlich sind. Maxim Gorkij sagt im Nachtasyl:

„Wer ein schwaches Herz hat oder wer sich von fremden Säften nährt, der bedarf der Lüge, jenem flößt sie Courage ein, diesem leiht sie ein Mäntelchen. Wer aber sein eigener Herr ist, wer unabhängig ist und nicht vom Schweiße der anderen lebt — was braucht der die Lüge? Die Lüge ist die Religion der Knechte und Herren, die Wahrheit ist die Gottheit des freien Menschen."

Das ist das eine. Und daß wir unser deutsches Volk und Vaterland lieben, das ist das andere.

2.

Aus Liebe zum deutschen Vaterlande und zur Wahrheit fordern wir die restlose Aufklärung der Mechterstädter Sache. Sie werfen mir vor, daß ich dem Urteil vorgegriffen habe, indem ich jene Vorgänge schon mit der Bezeichnung „Mord" belegt habe. Ja, ich habe das getan, und so oft ich so ganz lebendig vor jene Sache gestellt werde, schreit dieses Wort wieder in mir auf. Können Sie sich nicht in die Seele dessen versetzen, der seinen Bruder vor der Türe tot, entstellt, blutbedeckt, findet? Er schreit Mord, und sein Herz wird Mord schreien, solange, bis ganz klar, ganz sicher nachgewiesen ist, daß es ein Unglück, eine Verkettung verhängnisvoller Umstände war, die dazu führten. Wenn er aber sieht, daß man nicht Klarheit schaffen will, wenn er nur das Recht zu haben glaubt zur Furcht, man wolle hier etwas verheimlichen, dann wird er lauter und lauter „Mord" schreien. — Aber das ist es ja, was Sie nicht verstehen wollen —, was wenigstens viele aus Ihrer Mitte nicht verstehen wollen, daß uns, die wir tief und stark unser deutsches Volk als eine Einheit empfinden, dort Brüder getötet worden sind, Brüder im

Digitized by Google

Bruderkampf —, daß uns nun das Blut in den Adern stockt vor Entsetzen, daß viele, viele Deutsche schon im Bruderkampf auch geistig leben, daß sie dies nicht mehr empfinden: „Es sind Brüder"! Da erheben wir unsere Stimme immer lauter und meinen, man müsse es hören: Es sind unsere Brüder, die ihr — mordet! —, ja, wie sollen wir anders rufen, um diesen und vielen anderen den ganzen furchtbaren Ernst solcher Taten und Kämpfe vor Augen zu führen? Das ist es, weshalb ich von „Mord" redete. Klarmachen, deutlich klarmachen möchte ich es jedem Deutschen, wie furchtbar es ist, wenn deutsche Männer von deutschen Männern fallen.

3.

Aber habe ich damit nicht die ungehört verurteilt, die die Tat begingen nach vieler Ueberzeugung — nach ihrer eigenen Ueberzeugung in Ausübung ihrer vaterländischen Pflicht? — Ich nannte die Tat Mord. Aber die sie taten, sind in meinen Augen sicherlich nicht „Mörder", und nicht „die Mörder". Sie waren zunächst einmal Menschen, hineingestellt in ein Zusammenprallen der Pflichten, dem gewachsen zu sein, sehr schwer ist. Hinter ihnen aber standen andere, die ihnen die Klarheit des Urteils und die starke Kraft deutschen Empfindens getrübt hatten. Die sind die Schuldigen. Die Männer und Frauen sind die eigentlich Schuldigen, die sich Deutsche nennen und es wagen, Glieder des deutschen Volkes außerhalb der Volksgemeinschaft zu stellen. Jene Professoren deutscher Hochschulen sind die Schuldigen, die es wagen, deutsche Studenten in diesem Geiste nationaler Zerstörungswut und Verzweiflung zu bestärken. Bemühen Sie sich, unser Empfinden zu verstehen. Wir meinen, ganz deutlich zu sehen, daß unser Volk nur dann eine Zukunft hat, wenn es ein einiges Volk ist. Einig aber werden wir nur, wenn die Mißachtung der Arbeiterschaft und ihrer Ideale ein Ende hat, die jetzt weite Kreise unseres Volkes erfüllt. Der Sozialist, der Spartakist, haben ein anderes Ideal als wir Demokraten oder Deutschnationalen. Aber er hat ein Ideal, und wir haben die Pflicht, sein Ideal zu achten und ihn, der auf seine Weise Zukunft und Glück des deutschen Volkes bauen will, als Deutschen zu empfinden, als deutschen Bruder. — Das schließt nicht aus, daß wir jeden Appell an die Waffen, ob er von rechts oder links kommt, als ein Verbrechen empfinden und behandeln. Wer steht, wie wir, wird ja gerade den Appell an die Waffen als das fühlen, was unser Höchstes zerbricht, die nationale Einheit, die darin besteht, daß wir geistig miteinander ringen und durch den Kampf des Geistes unsere Ideale durchzusetzen suchen.

Wir Eisenacher haben es schon vor der Mechterstädter Tat empfunden, daß in der Mitte der Zeitfreiwilligen viele sind, die für das Empfinden der Arbeiterschaft gar kein Verständnis haben und denen jeder

Digitized by Google

Sozialist und Spartakist außerhalb der Volksgemeinschaft steht. Sie sind aus Vaterlandsliebe gekommen, uns zu helfen, und hier war große Gefahr. Aber wir hatten das Empfinden, daß Ihre Führer Ihnen nicht klargemacht hatten, welch gewaltige Verantwortung auf dem ruht, der Bürgerkrieg führen und Bürgerkrieg zum Erlöschen bringen soll. Es haben doch auch rechtsstehende Menschen nicht verstanden, daß man mit klingendem Spiel in eine Stadt einrückte, in der fünf Tote lagen, gewiß Sozialdemokraten, aber deutsche Männer von deutschen Männern in einem unglücklichen Augenblick getötet. Wer das ganze Entsetzen dieser Tatsache empfand, fragte sich: Was sind das für Führer, die daran nicht denken? — Und so scheint Sie auch niemand darauf aufmerksam gemacht zu haben, wie aufreizend das studentische Benehmen, das Ihnen vielleicht ganz selbstverständlich war, auf die Masse unserer Bevölkerung wirkte. Es entstand der Eindruck, als wenn diese entsetzensvolle Pflicht, gegen Deutsche zu kämpfen, vielen deutschen Studenten gerade das sei, was sie sich wünschten. — Und dazu kam die Nachricht von Mechterstädt. Uns war in jenen Tagen zumute, als müsse nun ein ganz furchtbarer Ausbruch der Volkswut erfolgen. Heute noch gärt die verhaltene Wut und nährt sich an der Erinnerung daran..

Die ganze Art der Gerichtsverhandlung hat nicht dazu beigetragen, diese Wut zu besänftigen. Im Gegenteil! — Es wäre für die Sache der beteiligten Marburger Studenten sehr viel besser gewesen, wenn das Gericht diese Sache in ihrem ganzen, gewaltigen Ernst genommen und in unantastbar gerechtem Verfahren durchgeführt hätte. — Uns, die wir uns früher zu der Sache äußerten, um auf ihren ganzen Ernst aufmerksam zu machen, wurde und wird immer gesagt: „In ein schwebendes Verfahren darf man sich nicht einmischen!“ Und dann kommen Gerichtsverhandlungen, wie die in Marburg, die zeigen, daß es in Deutschland Richter gibt, die so gänzlich in ihren Standesvorurteilen befangen sind, daß sie auch nach all diesen öffentlichen Aeußerungen den Ernst einer solchen Sache nicht verstehen.

4.

Will ich damit fordern, daß die betreffenden Studenten unter allen Umständen verurteilt werden? — Nein! Selbstverständlich muß ein deutsches Gericht den Mut haben, Unschuldige freizusprechen, auch gegen die Volksstimmung. Aber um das zu können, muß eben der tiefe Wahrheitsernst zu spüren sein, der ein Gericht über jedes Standesvorurteil und jede politische Partei erhebt. Ich habe in meinem Aufruf an die Oeffentlichkeit verlangt, daß nicht der Eindruck entstehen darf, „als schütze die Zugehörigkeit zu einem bestimmten Stande Verbrecher“. Die Art der Gerichtsverhandlungen hat diesen Eindruck geradezu verstärkt. Sie hat dadurch dem Ansehen der Studentenschaft, dem Ansehen der akademisch

Digitized by Google

Gebildeten und dem Ansehen unseres deutschen Staates schwer geschadet. Ich habe mit jenem Ausdruck nicht sagen wollen, daß ich diese Studenten unbedingt für Verbrecher halte. Ich wollte nur sagen: Wir Gebildeten verlangen, daß festgestellt wird, ob hier Verbrecher sind oder nicht. Unser Standesansehen verlangt, daß es festgestellt wird und der ausgeschieden wird, der nicht würdig ist, ein Führer des Volkes zu werden. Es ist eine der Lebensfragen unseres Volkes, ob es den wirklich Gebildeten gelingt, soviel echte, starke Führerschaft zu behaupten, daß wir nicht ganz und gar in Unkultur versinken. Da dürfen die ihrer Verantwortung Bewußten nicht eine solche Belastung unseres Ansehens dulden.

Festgestellt hat das Gericht jetzt schon, daß einige aus der Wachtmannschaft ihre Gefangenen mißhandelt haben. — Es wäre im Interesse der Gebildeten unseres Volkes und der Studentenschaft und Hochschulen erwünscht, daß Studentenschaft und Senat der Marburger Universität nicht nur für die Entrüstung hätten, die es wagten, diese Sache anzurühren, sondern auch ganz deutlich aussprächen, wie undenkbar uns eigentlich solches Verhalten „gebildeter" junger Menschen gegen Gefangene, einerlei welcher Art, bis jetzt gewesen ist. — Wie glücklich wären wir, wenn wir allen Beschuldigungen des Auslandes gegenüber mit vollem, gutem Gewissen sagen könnten: „Das tut ein deutscher Soldat, ein deutscher Offizier nicht!" — Bedenken Sie, was solche Vorkommnisse uns für unsere Ehre und deren Wiederaufrichtung auch gegenüber dem Auslande bedeuten. Wir verlangen, daß hier vor allem die Angehörigen der gebildeten Stände sich in Zucht zu nehmen wissen.

5.

Ich sagte eben: Der Appell an die Waffen muß unter allen Umständen ausgeschlossen sein! — Wie soll das möglich werden, wenn die Arbeiterschaft sich unter ein anderes Recht als andere Stände gestellt sieht, wenn Menschen, die glauben, daß nur ganz radikale soziale Reformen uns helfen können, dafür als vogelfrei geachtet werden? — Wer irgendwie mit Wort und Tat dieser Stimmung dient, der arbeitet mit am neuen Ausbruch gewaltsamer Revolution. — Gedankenlos arbeiten viele dgran, gedankenlos wird auch unter den Gebildeten und der akademischen Jugend eine Stimmung gepflegt, die mit diesem Ausbruch als einem Selbstverständlichen rechnet. Wissen Sie, ob noch soviel deutsche Kraft, Hoffnung, Lebensmöglichkeit jenseits eines solchen zweiten Ausbruches übrig sein werden, daß es überhaupt noch eine Zukunft für uns gibt. Ich glaube, auch wer vor sich selbst fest überzeugt ist, daß er jene Tat mit vollem Recht, in unbedingter Notwendigkeit getan hat, muß darunter leiden, schwer leiden, daß er mithelfen mußte, eine Stimmung zu schaffen, aus der unserem Volke unendliches Verderben kommen kann, wenn es nicht gelingt, sie zu besänftigen. Statt dessen hören wir aus Ihrer Mitte Töne,

Digitized by Google

die nur geeignet sind, die Stimmung zu verstärken, und die uns besorgten Beobachtern zeigen, daß in Ihrer Mitte die ganze furchtbare Tragweite Ihres Tuns nicht gewürdigt wird.

6.

Und das ist das bitterste für uns, die wir im schweren Ringen dieser Zeit an den Punkten stehen, wo sich Bürgertum und Arbeiterschaft berühren. Gerade ein großer Teil unserer akademischen Jugend versteht den ungeheuren Ernst der Zeit nicht. Uns ist es ein Entsetzen, wenn wir es erleben, oder wenn uns berichtet wird, wie sehr an den Hochschulen einfach das alte Leben der Feuchtfröhlichkeit und der Mensur weitergeht. Sind die Angehörigen dieses Teiles der akademischen Jugend die einzigen, die es nicht wissen, daß wir in einem hungernden, verzweifelnden Volke leben? Gibt es Professoren, die das nicht wissen, und deshalb zu dem allem schweigen? — Aufgaben hat diese Zeit so unausdenkbar gewaltige für jeden, der ernst und mit Einsatz aller Kräfte mitarbeiten will, daß es — trotz allem Elend — eine Lust ist zu leben. Aber wer kann und darf da noch Zeit haben zum Vergeuden der Kräfte statt zum Sammeln der Kraft und Arbeiten? — Wahrlich, der hier zu Ihnen redet, denkt nicht gering von der akademischen Jugend und ihren Aufgaben. Er wünscht, daß aus ihr die kommenden wirklichen Führer kommen, die unser Volk so nötig braucht. Er glaubt, daß sie aus ihr kommen können, kommen werden, kommen müssen! — Aber damit das möglich ist, muß die akademische Jugend, muß die gesamte Hochschule mit vollem, tiefem Ernst ihre Aufgabe erkennen, unsere Zeit zu verstehen suchen, sich hüten, ein Mißtrauen der Volksmassen zu stärken, das denen die Führung unbedingt nehmen würde, deren Führung so notwendig ist.

Bedenken Sie, was jetzt nach Spa die Arbeit des Bergmannes für uns bedeutet, was alle Arbeit des Arbeiters für uns bedeutet, nach innen und außen, — und dann fragen Sie sich, ob man wirklich den Tod von Arbeitern so ganz leicht nehmen darf, oder ob wir nicht einen jeden von ihnen als wertvollen deutschen Bruder fühlen müssen, selbst wenn er uns im politischen Leben gegenübersteht. Ihre Gesinnung, ihre Arbeitsfreude ist ein Stück unseres Lebens — oder Todes.

Sie kamen um des Vaterlandes willen nach Thüringen. Wir erkennen das dankbar an. Neben dem Guten, was erreicht wurde, sind durch Fehler der Führung und der Geführten sehr schlimme Nebenwirkungen mit erreicht worden. Bitte, zürnen Sie nun nicht denen, die Sie darauf aufmerksam machen, doch auch um des Vaterlandes willen. Seien Sie so stark in Treue und Wahrhaftigkeit, daß Sie daraus lernen, dem Vaterlande noch besser, noch sorgfältiger zu dienen.

Tod oder Leben unseres Volkes hängt zuallerletzt an der Frage: Werden sich die beiden Lager der Arbeiter und Bürgerlichen zur Volks-

Digitized by Google

einheit zusammenfinden oder werden sie sich in endlosen Kämpfen zerreißen? — Wer sich die Frage klar stellt, weiß seinen Weg, wird sich entsetzt von allem abwenden, mit dem er selbst Ursache der Zersplitterung war und mit doppeltem Ernst am Verstehen arbeiten. — Wir akademisch Gebildeten haben heute mancherlei zu überwinden, um diesen Weg gehen zu können. Wer die sittliche Kraft hat, ist würdig der Führerschaft.

Und bitte, halten Sie die zurück, die im Tone der Drohung und Beschimpfung für ihre Sache reden. Uns schadet es nichts, dazu stehen wir schon zu lange im Leben, und viele kennen uns. Die darauf hören, und davon beeinflußt werden, sind die, deren Urteil uns gänzlich gleichgültig sein kann. Schaden davon hat nur die Ehre der Studentenschaft, deren Sache mit solchen Mitteln vertreten wird — gegen ernste Männer!

Schaden aber hat auch unser Volk. Man fördert ja nur die Feigheit und Lüge und ihre Herrschaft, wenn man durch Einschüchtern und Beschimpfen etwas durchzuzwingen sucht, und der Nachdenkliche fragt sich: Muß es so durchgezwungen werden? Hat es keine Kraft der Wahrheit in sich selbst? — Die Herrschaft dieser Methoden muß unter allen Umständen in unserem Volke gebrochen werden, denn sie sind ein Schimpf für es, und sie machen seinen sittlichen Aufstieg nach innen und außen unmöglich. Aufrechte Männer haben Sie angegriffen, als aufrechte Männer erwidern Sie klar und deutlich, das ist Ihr Recht, aber ohne jenen Beiklang, der Ihnen Unrecht tut. Die beste Erwiderung für Sie und uns alle wird eine Gerichtsverhandlung sein, die ganz klar, ganz rücksichtslos und ernst diese Sache aufrollt, so, daß jeder, der der Wahrheit und dem Vaterlande dienen will, davor Ehrfurcht empfinden wird.

Ich aber hoffe, daß diese meine Worte bei vielen von Ihnen wirkliches Verstehen finden.

Es grüßt der Deutsche die Deutschen

D. Emil Fuchs, Pfarrer; Eisenach.

Aus der Blütezeit des englischen Parlaments

Von Adam Müller.

Wir sind in der Lage, einen Abschnitt aus dem glänzenden Werke von Adam Müller: „Zwölf Reden über die Beredsamkeit und deren Verfall in Deutschland" zu veröffentlichen, das von Prof. Salz neu herausgegeben, demnächst in der politisch-historischen Bücherei des Drei Masken-Verlags in München erscheint.

Das ist der Zauber jener unwillkürlichen Beredsamkeit, welche der große Moment selbst herbeiführt; wenige abgerissene Worte, weil sie recht in die Gegenwart hineinfallen, und der Disposition des Redners, und seiner Versammlung gegeneinander, wie auch den Veranlassungen, dem Gemüts-

Digitized by Google

zustande recht angemessen sind, können Wirkungen hervorbringen, welche die absichtliche Redekunst nie erreicht. Es gehört ein gewisses Zusammentreffen dazu, welches ganz außer dem Gebiete der einsamen menschlichen Kraft oder auch der Verabredung liegt, einer Fügung, die, am natürlichsten, göttlichen Einflüssen zugeschrieben wird, wie auch die unerwartete Klarheit göttlicher Ideen, die solchen Wirkungen immer zum Grunde liegen, die Nähe des Ueberirdischen andeutet. Es ereignet sich dieses Höchste in allen Künsten; und so wird das Hauptstück der Beredsamkeit eine gewisse gehorsame Stimmung der Seele, wie der besonders tätigen Organe, der Stimme nämlich und des Ohres sein, damit sie unmittelbar eingreifen können in solches Zusammentreffen, die Nähe des Göttlichen aussprechen und verkündigen können. Diese erhabene Gegenwart des Geistes, wie der Organe, — denn eins ist unzertrennlich von dem andern — meint Demosthenes unter der pronunciatio; und wer will leugnen, daß, wenn irgendeines, so dieses das Hauptstück der Redekunst sei?

Erlauben Sie mir ein Beispiel, welches durch seine Eigentümlichkeit sich besonders empfiehlt, und um so mehr hierher gehört, weil zwei der größten Redner unserer Zeit, Burke und Fox, die handelnden Personen sind. Bekanntlich war der britische Parlamentsredner Edmund Burke der erste Mensch in Europa, der den Charakter der französischen Revolution erkannte, der schon damals, als noch alle diejenigen, denen es vergönnt war, eine solche Begebenheit frei von allem Privatinteresse zu erleben, noch von ihr befangen und umstrickt waren, ihre Richtung, ihre Folgen nicht bloß erkannt, sondern ausgesprochen hatte. Er war in dem Augenblick der größten Gefahr, die sein Vaterland und diesen Weltteil bedrohte, ich möchte sagen, die einzige Schildwacht, die an ihrem Posten war. Eine beinahe zwanzigjährige Freundschaft, geschlossen an dem einzigen Ort in Europa, wo es der Mühe wert sein kann, Verbindungen auf Leben und Tod einzugehen, teils weil er nie entweiht worden, teils weil es ein ernsthafter Ort ist, und die meisten anderen gegen ihn nur Lustörter, im Parlament von Großbritannien, verband mit jenem großen Manne den jüngeren Fox. Eine Verbindung, die auf nichts anderem beruhen konnte, als auf der Größe und Göttlichkeit ihres Gegenstandes, mußte erschüttert werden, als über das Wesen der bürgerlichen Freiheit, über den altbritischen und neufranzösischen Sinn dieses Wortes, erst ein Streit über die wörtliche Auslegung, dann über die praktische Anwendung sich erhob, und dann unmittelbar das ganze Gebäude dieser Freundschaft ergriff und verzehrte. Fox sah in der Revolution nichts als den Triumph der Sache, für die sie beide gelebt hatten; Burke hingegen ihren Untergang, und mit einer Rührung, die zu menschlich ist, als daß sie sich nicht jedem Herzen von selbst darstellen sollte, das Opfer, welches sie ihm selbst abforderte in seinem Freunde. Es kostete ihm den schönsten Irrtum seines

Digitized by Google

Lebens, die Meinung, die er zwanzig Jahre hindurch von Fox genährt hatte.

Die Trennung war beinahe ein Jahr hindurch undeklariert geblieben. Die Täuschung, einander selbst festzuhalten, nachdem der gemeinschaftliche Boden verschwunden ist, auf dem man miteinander gelebt, nährt jeder, solange er kann, bewußtlos. — Beide Freunde hatten sich vermieden, und eine heilige Scheu, die solcher Bund, wie solche Trennung wohl verdient, hielt jeden Dritten von aller versöhnenden, wie von aller entzweienden Einmischung zurück. Es war in der Nacht vom 11. zum 12. Februar des Jahres 1791, als diese große Angelegenheit, als die Staatsangelegenheit dieser Freundschaft endlich im Parlamente zur Sprache kam.

Die Beredsamkeit hat nie größere Wunder getan, als in dieser Nacht; alles aber war unerwartet, wie von einer höheren Macht zubereitet. Die beiden Redner, und mit ihnen alle Zeugen, vergaßen sich selbst; die Ordnung des Parlaments, seit einem Jahrhundert ununterbrochen, stand stille; wo man keinen Namen nennen darf, damit sich die Persönlichkeit nicht aus den großen Verhandlungen ungebührlich heraushebe, da galt es zehn Stunden hindurch nur die Persönlichkeit zweier Mitglieder. Der Anfang war kalt und ruhig; es betraf die Verfassung jenes Teiles von Nordamerika, der England nach dem letzten Frieden verblieben war. Es lagen zwei Pläne auf dem Tische, der erste im altbritischen, der andere im neufranzösischen Sinne der Freiheit. Gleichgültige Redner sprachen lange, und die Nacht war schon sehr vorgerückt, als Burke das Wort nahm. Nach wenigen schneidenden Urteilen über den vorliegenden Gegenstand und die bisherige Erörterung ging er mit einer kurzen katonischen Wendung auf die größere Sache der französischen Revolution über. In der peinlichen Stimmung, in der die Fürsten und Helden von Troja die warnenden Verwünschungen der Cassandra angehört haben mögen, wartete das Parlament auf die Rückkehr des Redners zu dem vorliegenden Gegenstande über eine Stunde lang. Es schien kein Gefühl zu antworten, aber die Scheu der Ehrfurcht, wie vor einem großen Kranken, verhinderte die Unterbrechung; die prophetische Melancholie einer einzigen Seele lag drückend auf der ganzen Versammlung, bis eine Wendung der Rede eine neue, tiefere Erörterung der Folgen der Revolution ankündigte, und somit noch eine Stunde in Beschlag zu nehmen schien. Ein fast allgemeines Geschrei zur Ordnung unterbrach ihn; Fox schwieg; der große William Pitt, allein in der ganzen Versammlung, erklärte seine Meinung, daß der Redner sehr wohl in Ordnung sei. Es ward über die Frage gestimmt, und das Parlament von England entschied, daß Burke in der Ordnung sei. Hierauf erhob er sich von neuem, und fuhr fort in einem Strom von Beredsamkeit, dem keine Feder folgen konnte. Die Zeitungsschreiber gaben angefangene Perioden, und bemerkten zu mehreren Malen in dem Text ihres Berichtes

Digitized by Google

die Totenstille, die über der ganzen Versammlung ruhte. Plötzlich, da er das Gemälde der Wirkungen der französischen Revolution mit einem Zitat aus dem Macbeth vollendet hatte, stockte Burke. Es war Mitternacht; niemand wagte aufzustehen, und, mit verhaltenen Tränen, mit ungewöhnlich sanfter Stimme fuhr er fort, einen Blick auf Fox werfend: „Das Gift der Revolution ist mit gemeinen Opfern nicht zufrieden; sein Stachel sucht das Hohe auf Erden, das Stolze, das Schöne, das recht Erprüfte, die heiligsten Verbindungen des Lebens, und wird nichts verschonen. Ich selbst, am Rande des Grabes, müde nach dreißigjähriger rechtschaffener Arbeit für England und für die Freiheit, hatte mich umgesehen nach einem Erben, dem ich das Vermächtnis meiner Sorgen, meiner Hoffnungen, meiner geheimen Gedanken über dieses Jahrhundert und über dieses mein Vaterland getrost übertragen, und dem ich sagen könnte: Vollende, du Glücklicher, was ich gewollt! — Ich habe ihn gefunden; achtzehn Jahre hat er mein Testament und mich, wie das Bild seines Vaters, am Herzen getragen, — die Revolution ist ausgebrochen, und ich habe ihn nicht mehr; ich bin allein, mein Blut ist ausgestorben in diesem Hause, ich sterbe unbeerbt." — Bei diesen Worten hörte man vernehmlich, daß Fox, ohne aufzustehen, den Blick vor sich hingesenkt, sagte: *Unserer Freundschaft wird das nichts anhaben.* — Lassen Sie es sich von Zeugen beschreiben, wie diese alltäglichen Worte, im Tonne einer gewissen Beklemmung und Unsicherheit gesagt, die Versammlung getroffen haben. Fünfhundert Personen waren nunmehr in Zwei verwandelt, in Einem vielmehr; ganz England hing an den Lippen dieses einen Menschen, der mit einer eiskalten Stimme fortfuhr: „Diese Freundschaft *ist* zu Ende!" — dann aber plötzlich, wie von dem ganzen Feuer seiner Jugend überkommen, Fox und seine Sorgen und seine Jahre abschüttelte, die alten, längst entschlafenen Helden der britischen Freiheit herbeirief, tröstend von der Freiheit sprach, die das Volk dieser unüberwundenen Inseln eigentlich meinte, er, der Einsame, eine große Partei aus dem britischen Altertum um sich her versammelte, und, wie von einer fernen sonnenhellen Zukunft seines Vaterlandes verklärt, die vierstündige Rede beschloß. Es war ein Viertel nach zwei Uhr morgens; die Versammlung erschrak, als er aufhörte; niemand war zum Reden gefaßt. Fox stand auf, und im Augenblicke war die Totenstille wieder da; ein Strom von Tränen brach ihm aus den Augen; er setzte sich sprachlos nieder. Das Parlament wartete einige Minuten; alle Augen gerichtet auf die beiden Freunde, die stumm einander gegenüber saßen. Man fand es unanständig, nach solchem Ereignis weiter zu reden; die Sitzung wurde aufgehoben.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt. Redaktion: Schöneberger Ufer 36a I. Telephon: Nollendorf 928. Für Anzeigen: Verbedienst G. m. b. H., Berlin W 35, Lützowstr. 102/4. Verlag: Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 94. Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt 10 M. Einzelnummer 1 M. Druck von Paß & Garleb G. m. b. H., Berlin W 57, Bülowstraße 66.

Digitized by Google

Börsenhandels-Zeitung

Organ für die Interessen der Börse, des Bankwesens, des Handels, der Industrie, des Hypothekenmarktes und des Versicherungswesens

Herausgeber: Franz Krupke

Verlag Krupkes Konversations-Lexikon der Börse u. d. Handels

FRANZ KRUPKE & CO. DEPESCHEN-BUREAU

Ständige Börsenkursveröffentlichung. Kalender der Generalversammlungen. Geschäftsaussichten und Dividenden. Unabhängige Beratung in allen Fragen der Kapitalanlage. Fortlaufende Orientierung über alle Vorgänge im täglichen praktischen Wirtschaftsleben. Sachkundige kritische Abhandlungen über Banken und Börse, Volkswirtschaft und Finanzwissenschaft. Zuverlässige Informationen über alle Börsenpapiere. Amtliche Bekanntmachungen des Berliner Börsenvorstandes nach erfolgter Publikation an der Börsentafel. Ständige Devisen-Kurstabelle mit den höchsten, niedrigsten und letzten amtlichen Geld- u. Briefkursen. Reichsbankausweise — Literaturberichte — Briefkasten.

Bezugspreis: vierteljährlich 3 Mark, jährlich 12 Mark, Ausland 14 Mark.

Verlangen Sie Probenummer!

Verlag, Geschäftsstelle und Schriftleitung: Berlin W 15

Kurfürstendamm 48-49 (Fernspr. Amt Stpl. 4409), Zweig-Bureau: In der Börse von 12-2 Uhr.

Wirksamstes Insertions-Organ!

Als Mittler zwischen Herstellung und Verbrauch, zwischen Angebot und Käufer wird immer eine den Zeitverhältnissen angepaßte Werbung nötig sein, wie sie der

Werbedienst

in allen seinen Arbeiten pflegt u. fördert. Erste Künstler, namhafte Fachleute u. durchgebildetes Personal vereinigen sich zu dieser Aufgabe

Eigenes Atelier mit Haus- u. Versuchspresse

Werbedienst G. m. b. H. * Berlin W 35

Digitized by Google

Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart, Berlin

Soeben erscheint:

J. J. Ruedorffer

Die drei Krisen

Untersuchungen über den gegenwärtigen politischen Weltzustand

Preis geheftet M 8.— dazu die örtlichen Sortimenterzuschläge

Hinter dem Pseudonym J. J. Ruedorffer verbirgt sich bekanntlich einer unserer geistvollsten Diplomaten und Politiker. Gleich seinem Buch „Grundzüge der Weltpolitik in der Gegenwart" wird auch die neue Arbeit, die als eine Art Nachwort gedacht ist, berechtigtes Aufsehen erregen. Sie ist der Versuch, in dem Wirrwarr des Geschehens den Gesamtzusammenhang zu finden und den Boden für ein Handeln zu schaffen, das nicht von den Dingen gemeistert wird, sondern sie meistern will.

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Inhalt:

Politische Glossen 193
Rohrbach, Vorurteile und Tatsachen in der Ostpolitik 195
Wendel, Der Wirrwarr in Albanien 198
Ebstein, Der gegenwärtige Stand der flämischen Bewegung 203
Bitzer, Zur Lage unserer Ernährung 209
Linter, Die Zukunft der deutschen Schiffahrt 218

Preis vierteljährlich M 10.—, das einzelne Heft M 1.—

5. Jahrgang 13. August 1920 Heft 33

Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart-Berlin

Soeben erschien:

FRIEDRICH NAUMANN

Ein Lebensbild

von

Martin Wenck

Der Mensch und der Politiker Naumann, der unvergeßliche Führer, ist in diesem Werke in seinem Wesen, Werden und Wirken von einem seiner ältesten Mitarbeiter treu geschildert. Das längst erwartete Buch wird allen Freunden Naumanns eine willkommene Erscheinung sein und ein **wahres Hausbuch** werden.

160 Seiten und 2 Bilder.

Preis geheftet M 9.—, gebunden M 12.—

dazu die örtlichen Sortimenterzuschläge

Fortschritt (Buchverlag der „Hilfe") G. m. b. H., Berlin NW 40

Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart, Berlin

Soeben erschien:

Ernst Zahns

neuer Novellenband

Der sinkende Tag

Sechs Erzählungen / Gebunden M 16.—

Der reifen Erzählungskunst des Dichters ist es zu danken, daß die Menschenschicksale, die sich hier vor uns abspielen, auch dann unsere volle Teilnahme wecken und festhalten, wenn sie ohne gewaltsamen dramatischen Abschluß verlaufen. Allgemeingültiges, wie das Geschehen im „Hause des Witwers", wird durch die intime Erfassung der Charaktere und Zustände etwas durchaus Individuelles; oder in eine ganz einfache bürgerliche Umwelt wird eine Gestalt von fremdartigem, schicksalsschwerem Zauber hineingestellt („Anna Kaulen"). Seine besondere farbige Belebung erhält der Band durch zwei historische Novellen, die beide das jeweilige Zeitkolorit mit der historischen Stimmung und dem rein menschlichen Gehalt glücklich vereinen. Im ganzen also wieder eine reiche, bedeutsame Gabe des Schweizer Dichters!

* * *

Durch alle Buchhandlungen zu beziehen

„Die Bücherpost"

unterrichtet wöchentlich über Neuerscheinungen des deutschen Buchhandels aus allen Wissensgebieten und der Unterhaltungsliteratur. Einzelnummer 25 Pfg., vierteljährlich Mk. 2.50. Abonnements nimmt jede Poststelle, auch der Briefträger, entgegen. Probenummern sendet die Geschäftsstelle der „Bücherpost", Frankfurt a. M., Kiddastr. 74, postfrei und umsonst.

Stuttgart DW Leipzig

Deutsche Wacht

Organ zum Wiederaufbau deutscher Interessen im Ausland

Offizielles Organ des Verbandes „DW"

die Zeitschrift der Auslandsdeutschen.

Wertvollstes Anzeigenblatt für Im- und Export

Handelsteil mit Angebot und Nachfrage.

Große Auflage. In ganz Europa gelesen.

Halbjahr 3,60 M. Zeile 60 Pfg. Heft 50 Pfg.

Verlag „Deutsche Wacht" Stuttgart

A. WARMUTH · Speditionsgeschäft

Zentrale: BERLIN C. 2, Ecke der Garnisonkirche 1a.

Fernsprecher Norden 309, 310, 1642, 4472 u. 4512.

Leipziger Abteilung: Dorotheenstr. 29a. Zentrum 2609.

Versand von Gütern aller Art nach allen Orten der Welt.

Möbeltransport — Lagerung.

Digitized by Google

5. Jahrgang * 13. August 1920 * Heft 33

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik
Herausgeber:
Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Der russisch-polnische Krieg bringt die Entente vor eine verzweifelte Situation, denn Lloyd George macht nun auch die Erfahrung, daß Moskau gar nicht daran denkt, sich an die Gepflogenheiten bürgerlicher Regierungen zu halten, sondern sich die Möglichkeiten offen hält, von Tag zu Tag, wie zu der strategischen Lage an den Fronten paßt, die Taktik zu ändern, anzunehmen, abzulehnen, zu schweigen, auszuweichen, wie es sich empfiehlt. Tschitscherin behandelt Lloyd Georges Vorschläge als Material, um Zeit zu gewinnen; denn jede Hinauszögerung macht die Absichten, eine mehr als „moralische" Unterstützung an Polen zu leihen, zum völligen Geschwätz. In Paris ist man sehr unsicher, was man von Lloyd Georges Besprechungen mit Krassin halten soll; aber heimlich ist man froh, in dem Engländer den Sündenbock zu haben, wenn „nichts geschieht". Denn was soll geschehen? Das weiß man auch nicht. Auch wenn man die deutsche Neutralität brechen wollte, würde dieser Versuch an dem Verhalten der deutschen Eisenbahner scheitern; er würde aber auf alle Fälle militärisch offenbar zu spät kommen, wenn nicht diese Tage noch eine militärische Wandlung bringen sollten. Damit scheinen aber auch die Polen nicht zu rechnen; denn sie zeigen sich bereit, auch ohne die Entente an einem russischen Friedenstisch zu sitzen. Die Londoner und Pariser Presse wird ihnen dabei stärkende Aufsätze widmen; aber diese werden vermutlich auf die Russen selber den geringsten Eindruck machen.

*

„Zurzeit gibt es in Rußland sieben Lokomotivfabriken, die bei normalem Betrieb über 1000 Lokomotiven jährlich herstellen könnten. Es fehlt nur an Rohstoffen, gelernten Arbeitern und brauchbaren Werkzeugmaschinen. In Samara wird gegenwärtig eine Lokomotivfabrik angelegt, die die größte der Welt werden soll." Diesen Satz entnehmen wir einem Berichte eines Neutralen aus Moskau an eine deutsche Zeitung. Trotz Sturz des Zarismus und Einführung des Bolschewismus hat sich in der russischen Mentalität nicht das geringste geändert. Sie müssen immer quantitativ an der Spitze

Digitized by Google

stehen. Die bisherigen sieben Lokomotivfabriken können zwar infolge von Mangel an „Rohstoffen, gelernten Arbeitern und brauchbaren Werkzeugmaschinen" nicht nur nicht 1000 neue Lokomotiven herstellen, sondern von den 200 monatlich defektwerdenden Maschinen nur 40 reparieren. Wo soll also die in Samara augenblicklich im Bau begriffene größte Fabrik der Welt die Rohstoffe, gelernten Arbeiter und brauchbaren Werkzeugmaschinen herbekommen? Deutsche Zeitungen drucken dergleichen.

*

In Genf und Moskau tagen gegenwärtig die sozialistischen Internationalen. Die Berichte, vor allem über die Verhandlungen des Räte-Sozialismus, sind unvollkommen, so daß man ein halbwegs genaues Bild noch nicht besitzt. Aber auf beiden Tagungen scheinen die deutschen Vertretungen keine sehr würdige Rolle zu spielen. In Moskau, wohin die „Unabhängigen" ihren traurigen Bittgang unternehmen, donnert Lenin gegen Kautsky, und man darf gespannt sein, ob die deutsche Partei, um dem russischen Diktator zu gefallen, den Mann aus ihren Reihen entfernen wird, der, man mag und muß ihn politisch noch sehr ablehnen, der geistige Nährvater des deutschen Radikalismus seit Jahrzehnten gewesen war, dabei aber ein der Romantik ferner Gelehrter. Aber schließlich handelt es sich nicht um Kautsky als um die Frage, ob die Däumig und Crispien überhaupt einiges Selbstbewußtsein aufbringen. In Genf haben die Mehrheitler das zunächst so ziemlich vermissen lassen und den kaum vertretenen Franzosen zu lieb zur Schuldfrage einer Resolution zugestimmt, deren Fassung unrichtig, unwürdig und zwecklos war. Die Reichstagsfraktion hat dann auch ihren Protest dagegen eingelegt. Daß auf dem Genfer Kongreß die „Schuldfrage" zum so und so vielten Male bei diesen Zusammenkünften eine Rolle gespielt hat, ist aber wichtig als Beweis der hier immer vertretenen Ansicht, daß die Revision des Welturteils gerade in dieser Frage die Voraussetzung unserer auswärtigen Politik ist.

*

In der schmerzlichen Entwaffnungsfrage haben die Unabhängigen das unsichere Doppelspiel weitergetrieben, das sie während der Spa-Tage begannen. Damals schwärmten sie für das Entwaffnungsdiktat der Entente, bis auf einmal die Kommunisten die Parole herausgaben, daß sie sich dem konterrevolutionären Anschlag von Foch bis Seeckt nicht beugen wollten. Und nun wußte Rosenfelds Gefolgschaft nicht mehr, was sie tun sollte. Es sind Leute unter ihnen, im Verdacht des „Pazifismus", sogar der pazifistischen Gesinnung gegen die eigenen Volksgenossen; so etwas aber ist, im Auge des wahren Kommunisten, sentimental und unhistorisch. Also wirft man die Karre herum und plärrt über das Zuchthausgesetz gegen das Proletariat.

Digitized by Google

Vorurteile und Tatsachen in der Ostpolitik

Von Dr. Paul Rohrbach

Tatsachenpolitik ist eine gute und Illusionspolitik ist eine üble Sache; das Uebelste von allem in der Politik ist aber eine Illusionspolitik, deren Vertreter sich einbilden, Tatsachenpolitik zu treiben. Die Illusionen sind bei uns immer groß gewesen in bezug auf Rußland. Schon als Wilhelm II. sich bemühte, nachdem schon die russische Niederlage in Ostasien feststand, seinen Vetter Nikolaus II. in den sogenannten Björkövertrag für eine gemeinsame deutsch-russische Friedensfront gegen England zu gewinnen, zeigte sich der deutsche Illusionismus gegen Rußland. Wer Rußland kannte, hätte sehen müssen, daß es nun keine andere russische Politik geben konnte, als die des Anschlusses an das englische Einkreisungssystem gegen Deutschland. England war klüger: es wußte, daß die Verdrängung Rußlands aus dem fernen Osten ihm die russische Politik in die Arme treiben mußte.

Im Frühjahr 1915 war der englische Angriff bei Neuve Chapelle gescheitert. In England trat zum erstenmal eine gewisse Entmutigung ein. Der Kriegswille im englischen Volk war damals, vor der Lusitania, im Vergleich zu später noch mäßig und es kam zu englischen Annäherungsversuchen. Im April fand eine internationale Besprechung im Haag statt, über die ein deutscher Politiker, der an ihr teilnahm, der Regierung einen Bericht erstattete (seine Veröffentlichung darf wohl in absehbarer Frist erwartet werden). Was tat die deutsche Regierung? Das Auswärtige Amt lehnte ab, auf die hier sich bietende Gelegenheit zu Verhandlungen einzugehen, weil es glaubte, einen Sonderfrieden mit Rußland in Aussicht zu haben!

Kein Kenner der damaligen russischen Verhältnisse konnte dieser Illusionspolitik anders als mit Achselzucken gegenüberstehen. Sie gründete sich auf höfische Erwägungen und hatte keine Ahnung davon, daß ein ernstlicher Versuch des Zaren, Frieden mit Deutschland und Oesterreich-Ungarn zu schließen, ihm schon damals den Thron gekostet hätte. Fast zwei Jahre später habe ich es in der damaligen „Zentralstelle für Auslandsdienst" erlebt, daß durchaus Stimmen aus der russischen Presse verlangt wurden, die eine Friedensgeneigtheit Rußlands bewiesen. Der betreffende Referent antwortete: Es gibt keine solchen Stimmen, die etwas bedeuten; eher kommt in Rußland die Revolution, als daß die kleine höfische Friedenspartei durchdringt. Folge: Vorwurf gefärbter Berichterstattung; der Referent und ich selbst, der die Dinge genau so beurteilte, traten von unserer Tätigkeit für das Amt zurück. Vierzehn Tage später war die russische Revolution da. Die liberalen Dumaparteien hatten sie im Bunde mit England angezettelt, um Rußland beim Kriege zu halten; durch Ein-

Digitized by Google

schüchterung, wenn nötig durch Ersetzung des Zaren. Durch das Eingreifen der Arbeiter wurde etwas anderes daraus. Das ist eine Sache für sich. Die deutsche Politik aber war wieder illusionistisch, was Rußland anging.

Auch heute ist sie es, und zwar in dreifacher Beziehung: gegenüber dem Bolschewismus, gegenüber der osteuropäischen Nationalitätenfrage und gegenüber der deutsch-russischen Zukunft. Welches war das naturgemäße deutsche Kriegsziel, als der Weltkrieg ausbrach? Zerschlagung des Einkreisungsringes, womöglich nicht nur für die kriegspolitische Gegenwart, sondern auch für die Zukunft. Welches war seine schwächste Stelle? Rußland, und zwar militärisch wie politisch. Ein Ausgang des Weltkrieges, der Deutschland zukünftig rückenfrei im Osten machte, wäre erst eigentlich erlösend gewesen. *Das wußte Bismarck.* 1883 sagte er (Denkwürdigkeiten Hohenlohes, Bd. II, S. 343): Ein Krieg mit Rußland sei für Deutschland ein Unglück, weil es nichts, nicht einmal die Kriegskosten, davon bekommen könne, aber wenn er günstig verlaufe, so müßten wir „Polen bis an die Düna und den Dnjepr herstellen und Oesterreich-Ungarn einen Erzherzog zum König von Polen machen lassen". Und im Oktober 1887 sagte er zu Crispi in Friedrichsruh: „Wenn man den Polen ein wenig hülfe, sich zu erheben, könnten sie ihr Joch abschütteln und unter einem österreichischen Erzherzog einen selbständigen Staat bilden." Das ist das Große bei Bismarck. Er betrachtet den Krieg mit Rußland zwar als ein Unglück, aber er *macht Ernst* mit dem Problem — *wenn es zu diesem Kriege kommt, dann muß die russische Westgrenze auch bis an den Dnjepr zurückgeschoben werden!*

Bismarcks Gedanke, folgerichtig weitergedacht, führt zur Auflösung des damaligen Rußland in seine geschichtlichen Bestandteile. Die Fortnahme des Westgebietes bis an den Dnjepr bedeutet nicht die Wiederherstellung Polens, sondern auch, was Bismarck noch nicht klar war, was er aber bald erkannt hätte, die Wiederherstellung der Ukraine. Die Frage des rechten Dnjeprufers kann national nicht von der des linken getrennt werden. Ja, die Ausführungen Eduards v. Hartmann in demselben Jahre, in dem Bismarck zu Crispi von der Unterstützung Polens sprach, zeigen deutliche Verwandtschaft mit Bismarcks Redeweise — und sie nennen deutlich auch die selbständige Ukraine. Es ist das große Ziel der Auflösung Rußlands und der Wiederherstellung Osteuropas. Darin lag die Rettung Deutschlands aus dem Geschick der Einkreisung. England oder Frankreich aufzulösen ist unmöglich, weil es geschlossene Nationalstaaten sind; Rußland konnte aufgelöst werden, weil es ein Nationalitätenstaat war.

Das ist das zweite Stück Illusionismus in der deutschen Ostpolitik: Das Unvermögen zu sehen, *wie stark* der Widerstand bei den sogenannten Randvölkern dagegen ist, wieder unter die moskowitische Herrschaft zu

Digitized by Google

kommen. Unsere amtliche Politik und unsere öffentliche Meinung können sich nicht losmachen von der Vorstellung, daß hinter dem grünen Grenzstrich auf unseren früheren Landkarten alles doch einmal „Rußland" war. So hatte man es in der Schule und in der Geschichte gelernt, — wie sollte da mit einem Male ein „Nicht-Rußland" herkommen? Wenn man wenigstens die äußeren Unterschiede gekannt hätte! Wir lesen in einem sehr wertvollen kriegsgeschichtlichen Artikel über Rußland von Major Günther Frantz im Juliheft (1920) der „Preußischen Jahrbücher" über das Verhältnis der Teile des bisherigen Rußland zueinander:

Irgendwelche Rolle im nationalen Sinne kann der ehemaligen Reichshauptstadt nicht beigelegt werden ... Petersburg als Reichshauptstadt war unpopulär. An Moskau hängt das Herz der Großrussen; die Geschichte des Landes ist unlösbar mit dem Namen dieser Stadt verknüpft; als Handelszentrum für Nordrußland und Mittelpunkt ausgedehnter Textilindustrie spielt es für das Kerngebiet Rußlands eine gewisse Rolle. Aber Lebenszentrum, dessen Besitz das Weiterbestehen des Staates und seiner Wirtschaft entscheidend beeinflußt, war weder Petersburg noch Moskau. Das von Großrussen bewohnte Land ist vornehmlich ein Waldgebiet; Bodenschätze birgt es nicht, und zur Ernährung der Bevölkerung braucht es den Import von Nahrungsmitteln. . .

Frantz betont weiter, außerhalb seines Themas, wie er sagt, aber nichtsdestoweniger mit Notwendigkeit und mit Recht:

. . . daß die Ukraina — ein breiter, sich von der polnisch-rumänischen Grenze bis zum Kaukasus um das Schwarze Meer legender Gürtel — mit Getreide, Zucker, Salz, Kohle und Erz nicht nur den gesamten inländischen Markt beherrschte, sondern auch, vornehmlich mit landwirtschaftlichen Produkten, die Masse der russischen Ausfuhr bestritt. Auch mit ihren Oelfeldern bei Kertsch und Jaman am Asowischen Meer sowie bei Ajinsk im Kubangebiet und Grosny am Terek besitzt die Ukraina das Monopol im europäischen Rußland. Da auch die in Baku gewonnenen Mengen größtenteils in Röhrenleitung bis Batum und von da zur See ihren Weg nach Rußland nehmen, so beherrscht die Ukraina fast vollständig die Versorgung Rußlands mit den aus Erdölen gewonnenen Produkten . . .

Auch wenn der Bolschewismus als politischer Begriff nicht von Natur aggressiv wäre, müßten die politischen Tendenzen des bolschewistischen, auf dem Boden des alten Moskauer Reiches entstandenen Staatswesens offensiv sein, nicht als Folge eines wirtschaftlichen Kraftüberschusses, sondern als Mittel, um überhaupt erst zu einer wirtschaftlichen Kraft zu gelangen. Es ist kein Zufall, daß der bolschewistische Imperialismus dieselben Wege geht wie das alte, von der moskowitischen Staatsidee geleitete Rußland; nach Süden, Sibirien und Zentralasien. Nicht ausschließlich Freude am Krieg und Erobern, auch nicht eine neue Form des Panslawismus hat die bolschewistischen Heere nunmehr zum dritten Male an die Küste des Schwarzen Meeres geführt; vielmehr die staatliche Notwendigkeit, sich den Besitz des reichen Südens zu sichern, in dem die Kraftquellen des gesamten, von Ostslawen bewohnten Gebietes liegen.

Digitized by Google

Was folgt daraus für das deutsche politische Urteil? Der gewöhnliche deutsche Illusionismus sagt, wenn er sich überhaupt soweit zum Nachdenken in seinem durchschnittlichen osteuropäischen Schema versteigt: also ist es unmöglich, daß „Rußland" auf die Ukraine verzichtet; die Bolschewisten müssen eben alles daran setzen, um den Süden mit Großrußland zu vereinigen. Es ist eine alte deutsche Art, zuerst danach zu fragen, was im Sinne anderer Leute notwendig ist, und danach noch lange nicht, was im deutschen. Aber hiervon abgesehen: Glaubt denn diese Art von Illusionspolitikern, daß das ukrainische Volk derselben Meinung ist über die natürliche Bestimmung seines Landes, wie die Großrussen? Die Ukrainer denken gar nicht daran, und selbst wenn das Stück amtlicher und nichtamtlicher deutscher Illusionspolitik den Tatsachen entspräche, daß die selbständige Ukraine keine genügende Unterlage in einem ukrainischen Nationalgefühl habe — die Politiker werden dies Nationalgefühl noch kennen lernen —, so käme der Wille zur ukrainischen Selbständigkeit schon allein aus der Abneigung, dieses in Wahrheit reiche Land mit in die bankerotte sowjetrussische Masse hineinwerfen und es ausnutzen zu lassen, um Großrußland wieder zu Kräften zu bringen. Diese Ausnutzung war ja die Klage der Ukrainer schon zur zaristischen Zeit. Es ist neulich einmal ein ironisches Wort von fremdländischer Seite gefallen: „Die amtliche deutsche Politik, heißt es, ist antiukrainisch? Dann beglückwünsche ich die Ukraine, denn die deutsche amtliche Politik ist immer noch auf der falschen Seite gewesen!" Muß das wirklich immer so wahr werden, nicht nur, was die Ukraine, sondern was ganz Osteuropa angeht?

Der Wirrwarr in Albanien

Von Hermann Wendel

In Albanien geht es drunter und drüber, und ob über Valona das Kreuz von Savoyen noch weht oder nicht, auf jeden Fall befinden sich die italienischen Besatzungstruppen, von starken Albanerhaufen wie von Hornissenschwärmen angefallen, in der ungemütlichsten Lage der Welt.

Allerdings stößt man nirgends in der europäischen Presse, auch in der geographisch und politisch dem Kampfgebiet nächstliegenden, der italienischen und südslawischen nicht, auf zureichende Aufklärung über die tieferen Ursachen der Bewegung; Nachrichtendienst und Kriegsberichterstatter kennen die Albaner nicht, und so wird kein Name eines Führers genannt, kein Losungswort erwähnt, keine Forderung wiedergegeben außer der einen: Heraus mit den Italienern! Auch was an tatsächlichen Meldungen vorliegt, ist ein nicht gerade leicht entwirrbarer Knäuel. Nachdem der

Digitized by Google

Zeitungsleser tagelang von der Verennung Valonas durch albanische Scharen gehört hatte, erfuhr er plötzlich von einer albanischen Regierung in Tirana, die den Aufstand mißbillige, sich mit den Italienern verständige und gar in einem Bürgerkrieg gegen die Belagerer Valonas Kroja unter Geschützfeuer genommen und fast zerstört habe.

Gewohnt, an Fremdes vertraute Maßstäbe anzulegen, behandelt das europäische Urteil vielfach das Vorgehen der Albaner als Auswirkung einer großen und bewußten nationalen Unabhängigkeitsbewegung. Aber solcher an der Oberfläche der Erscheinungen herumtastenden Auslegung widerspricht, was vor etlichen Wochen auf diesen Blättern („Albaniens Schicksal" in Nr. 20 der „Deutschen Politik") über die Pläne des italienischen Imperialismus im Arnautenlande und vor allem über die soziale Wesenheit des albanischen Volkes*) gesagt wurde. Wenn Lamprecht dartut, daß bei den Germanen vor rund zwei Jahrtausenden „von einer politisch ausgenutzten oder auszunutzenden Form eines genealogisch charakterisierten Nationalbewußtseins" keine Rede sein könne, so gilt das wortwörtlich von den Albanern, von denen wenigstens die Stämme des Nordens die Entwicklungsstufe unserer Vorfahren zu Cäsars Zeit kaum erreicht haben. In diesen abgeschiedenen Hochalpen spuken noch die abenteuerlichsten Begriffe

*) Diese Abhandlung hat das Mißfallen des in Uesküb erscheinenden Kommunistenblattes „Socijalistitschka Zòva" (Sozialistische Morgenröte) erregt. Im Namen der „gewaltigen Idee der Föderativen Balkan-Donau-Sowjet-Republik, die nur durch die Diktatur des Proletariats dieser Länder zu verwirklichen ist", verdammt und verdonnert es den Vorschlag, die Verwaltung Albaniens vorläufig und unter dem Schutz des Völkerbundes, was beides das Blatt unterschlägt, dem südslawischen, bulgarischen und griechischen Anrainer zu übertragen. Wenn die „Morgenröte" dabei den Arnauten die Reife für „die Sowjetgemeinschaft mit den übrigen Balkanvölkern" feierlich bescheinigt und sie für die kommunistische Partei Südslawiens keilt, „die für die Freiheit auch des albanischen Volkes kämpft", so erinnert solche entwaffnende Treuherzigkeit an das Urteil von Karl Marx über Bakunins panslawistisches Manifest von 1848: „Von den in der Wirklichkeit bestehenden Hindernissen einer solchen allgemeinen Befreiung, von den so durchaus verschiedenen Zivilisationsstufen und den dadurch bedingten ebenso verschiedenen Bedürfnissen der einzelnen Völker ist keine Rede. Das Wort Freiheit ersetzt das alles. Von der Wirklichkeit ist überhaupt keine Rede oder, so weit sie etwa in Betracht kommt, wird sie als etwas absolut Verwerfliches, von Despotenkongressen und Diplomaten willkürlich Hergestelltes geschildert." Marx scheute sich auch nicht, von „Völkerruinen" zu sprechen, deren „ganze Existenz schon ein Protest gegen eine große geschichtliche Revolution ist", und wäre sicher baß erstaunt gewesen, wenn man ihm von der Reife der Albaner für den Sozialismus erzählt hätte, denn er nannte sie „sehr wenig für die Zivilisation vorbereitet" und meinte: „Ihre räuberischen Gewohnheiten werden jede benachbarte Regierung zwingen, sie in strengster militärischer Unterwerfung zu halten, bis der industrielle Fortschritt in den umgebenden Gebieten ihnen Beschäftigung als Wasserschöpfer oder Holzhauer geben wird."

Digitized by Google

vom Wesen der übrigen Welt; der dumpfe Durchschnitt stellt sich unter Europa überhaupt nichts vor, und die helleren Köpfe betrachten es als ein einziges großes Reich, das von sieben nebeneinander auf einem Berge sitzenden Königen beherrscht wird. Selbst der Widerhall der Zeitereignisse dringt nur verspätet und gedämpft in diese Einöden; während des ersten Balkankrieges hatten die Bewohner der Landschaft Ljuma noch keine Ahnung davon, daß „der Sultan einen Streit habe", als die Serben schon in Prizren, in ihrer unmittelbaren Nähe, standen, und den sich im Herbst 1915 durch Albanien zur Adria durchschlagenden Serben wußten Eingeborene von dem Fürstentum unseligen Angedenkens nichts anderes zu erzählen, als daß der Fürst ein Lateiner, das heißt: ein Katholik und Essad Pascha ein Türke, das will sagen: ein Mohammedaner sei. So fest die Stammesverfassung mit all ihrem urzeitlichen Drum und Dran in diesen Schädeln wurzelt, so wenig ist ein die Stammesgrenzen überfliegendes, ein nationales Bewußtsein hineinzubringen; wo keine gemeinsame Ueberlieferung, kein gemeinsames Schicksalsgefühl und kein gemeinsames Ziel Stamm an Stamm bindet, wo jedes Fis eine abgeschlossene Welt für sich ist, bleiben Nation und Staat unverständliche Fremdworte; „wie sollte", sagt ein guter Kenner Nordalbaniens, Steinmetz, „sich ein Nikaj mit einem Schala in einer anderen Idee als in der gegenseitigen Ausrottung zusammenfinden?"

Wenn sich die Italiener auch der Ueberfälle dieser nordalbanischen Indianer zu erwehren haben, so hängt das eher mit der Jahreszeit als mit irgendwelcher politischen Zwecksetzung zusammen. Sobald nämlich der Schnee im Hochgebirge schmilzt und die Ziegen auf die Weide getrieben werden, beginnt mit Viehraub und Blutrache das besondere gesellschaftliche Leben dieser Urmenschen Blasen zu werfen, und sucht dann eine fremde Macht die Straßenordnung in europäischem Sinne aufrechtzuerhalten, so lenkt sie allen Groll der in ihrer waldursprünglichen Freiheit Bedrohten auf sich. In diesem Betracht sind die Italiener, die mit Verkehrswegen und Feldbahnen die albanische Wildnis zu erschließen unternahmen, nur die Erben der Jungtürken, die sich bei dem Versuch, mit der Staatsmacht in die Stammesgerechtsame einzugreifen, blutige Köpfe holten. Aehnliche Erfahrungen sammeln die Südslawen, in deren an Albanien grenzenden Gebieten kleinere und größere Scharmützel an der Tagesordnung sind; die letzte Nachricht vom 11. Juli aus Dibra besagt, daß albanische Banden bei ihrem Angriff auf südslawische Grenzstellungen sogar Geschütze verwandten. Aber wenn nach einem Worte Gutzkows auch die Kanonen mit Ideen geladen sind, so ist es sicher nicht der nationale Gedanke, der in diesen Rohren steckt.

Was indessen gegen Valonas Mauern stürmt, sind weit eher als die freien Stämme der nordalbanischen Hochgebirge die mittelalba-

Digitized by Google

nischen Feudalherren mit ihrer Gefolgschaft von gebundenen Pachtbauern. Auch dann fehlt dem Aufstand so sehr der wirklich nationale Nerv wie etwa der großen Bewegung der albanischen Begs und Spahis gegen die Tanfimat-Gesetzgebung in den vierziger Jahren des letzten Jahrhunderts, dessen Mittelpunkt gleichfalls Valona war, denn wie sich damals die Grundherren gegen die Versuche des Sultans auflehnten, den Feudalismus einzuebnen, so wehren sie sich heute verzweifelt gegen die Entwicklung, die im Kielwasser der Eindringlinge von Westen schließlich mit der Feudalanarchie aufräumen muß; so gewiß die Italiener Träger eines rücksichtslosen Imperialismus sind, so gewiß ist der Widerstand der albanischen Feudalen gegen sie die Aufsässigkeit des dreizehnten gegen das zwanzigste Jahrhundert und der Einsatz des Kampfes nicht die nationale Freiheit des albanischen Volkes, sondern die feudale Freiheit der albanischen Magnaten. Gäbe der nationale Gedanke den jüngsten Ereignissen Puls und Prägung, so müßten die Pachtbauern mit derselben Erbitterung wie gegen die Italiener gegen die Feudalherren aufstehen, unter deren Druck sie eine der elendesten Menschengattungen in ganz Europa geworden und geblieben sind, und nichts kündet beredter von der trostlosen Mittelalterlichkeit der Verhältnisse selbst in den entwickeltsten albanischen Gebieten als die blinde Gefolgschaft, die die Pachtbauern den Grundherren leisten, um für Aufrechterhaltung ihrer eigenen Knechtschaft zu bluten und zu sterben. Aber da Absonderung und Zersplitterung zum Wesen des Feudalismus gehört, so bindet auch die Begs und Spahis nichts weiter als die augenblickliche Abwehr des italienischen Einfalls; sonst ist jede der großen Grundherrenfamilien, die Toptani, die Vrioni, die Vlora, die Delvina, die Frascheri und wie sie alle heißen, nur auf Mehrung ihrer Hausmacht aus und hat ewig taube Ohren und stumpfe Sinne für die erste historische Forderung des nationalen Gedankens, zunächst einmal durch eine gründliche Bauernbefreiung den menschlichen Baustoff für Nation und Staat zu schaffen.

Inzwischen hat die dünne Intelligenzgruppe, der, einzig von allen albanischen Schichten, im Ausland der nationale Gedanke in moderner Fassung eingegangen ist, ein Lebenszeichen gegeben, denn nach all seinen Aeußerungen gehört der Student Avin Rusten, der unlängst in Paris den mächtigsten und reichsten aller Feudalherren, Essad Toptani, als „Verderber seines Vaterlands" über den Haufen schoß, diesem Kreise an. Aber in einem Lande ohne Bürgertum sind diese wahren Nationalisten zu schwach, zu wenig wurzelfest und durch einen zu weiten Abstand des Fühlens und Denkens von den Massen getrennt, als daß sie Einfluß auf sie zu üben vermöchten. Wie der Epheu an die Eiche, klammern sie sich darum an die Bewegungen der anderen Volksschichten an; so oft man von einer albanischen Regierung hört, besteht sie fast durchweg

Digitized by Google

aus Feudalen und verfolgt mit brutaler Selbstsicherheit feudale Ziele, aber regelmäßig gibt ihr der eine oder andere Nationalist, für die europäische Oeffentlichkeit die täuschenden Stichworte verfertigend, die Würze. Wenn die sogenannte Regierung in Tirana aber sich wirklich mit den Italienern vertragen hat, so scheint sie, ohne Macht hinter sich, größtenteils aus solchen überzeugten Anhängern des Nationalgedankens zusammengesetzt zu sein, und in einer Welt, in der so ziemlich alles auf dem Kopfe steht, wäre das der tollste Ueberschlager, daß die jedem Nationalbewußtsein fremden Feudalherren und Bergstämme den Eindringling ins Meer treiben und die berufenen Träger des Nationalgefühls sich mit ihm unter eine Decke stecken.

Italien sieht sich durch die Ereignisse in Albanien, das ihm, nach Angaben in der Kammer, bis jetzt an Opfern des Sumpffiebers 25 000 Tote und 180 000 Kranke nebst 7 Milliarden Lire gekostet hat, und mehr noch durch ihre Rückwirkung im eigenen Volke, das des Krieges bis zum Ekel überdrüssig ist, gezwungen, mehrere Pflöcke zurückzustecken; Giolitti hat sich feierlich für Verzicht auf das Protektorat über Albanien und für Bildung eines freien albanischen Staates ausgesprochen. Aber wenn Italien das Haus räumt, den Hausschlüssel behält es in der Tasche, denn des italienischen Ministerpräsidenten Ankündigung eines Einverständnisses auch über Valona, „sobald Albanien fest organisiert ist", klingt bei der Aussichtslosigkeit der inneren Entwirrung Albaniens wie Ironie. So ist das einzig sichere Ergebnis der letzten Vorgänge ein Wachstum des Selbstbewußtseins bei den Südslawen; die Albaner erscheinen ihnen als Bundesgenossen im Kampfe gegen die italienischen Adria-Ansprüche, Essad Pascha wurde im Belgrader Parlament eine große Trauerkundgebung bereitet und die öffentliche Meinung frohlockt wie das Agramer Demokratenblatt „Rijetsch S H S": „Wenn Italien gezwungen ist, vor den unorganisierten und ungenügend ausgerüsteten Arnauten zu kapitulieren und sich mit ihnen zu verständigen, wie kann es sich dann den Wünschen der Südslawen widersetzen, hinter denen die große organisierte Macht eines Volkes steht!"

Wie aber auch das Ende des Kapitels: Die Italiener in Albanien, aussieht, die albanische Frage selbst bleibt eine Sphinx und wird noch manchen Wanderer zerreißen, der abseits der hier befürworteten gemeinsamen Verwaltung des neutralisierten und internationalisierten Landes durch Südslawien, Griechenland und Bulgarien unter dem Schutz und auf Kosten des Völkerbundes ihrem Rätsel die Lösung sucht.

Digitized by Google

Der gegenwärtige Stand der flämischen Bewegung

Von Dr. Otto Ebstein

Die künstliche Staatsschöpfung Belgien hat während des Krieges einer schweren Belastungsprobe Widerstand geleistet. Aber die nationalen Kräfte, die seit dem Beginn der flämischen Bewegung, d. h. seit Anfang der vierziger Jahre des neunzehnten Jahrhunderts, in diesem Staatsgefüge arbeiten, regen sich erst recht mächtig, seitdem König Albert in sein Land zurückgekehrt ist. Die flämische Bewegung hat seit dem November 1918 einen Umfang, eine Kraft und eine Tiefe gewonnen, die sie in den Jahren vor dem Kriege nicht gekannt hat. Es ist der Krieg selbst gewesen, der den Flamen das Bewußtsein ihrer Bedeutung für den Staat gegeben hat. Das Heer besteht zu vier Fünfteln aus Flamen. Den ausrückenden Truppen rief der König 1914 zu: „Flamen, denkt an die Schlacht der goldenen Sporen!“ Und bei Beginn der großen Offensive von 1918 appellierte der König nochmals an die große geschichtliche Vergangenheit der Flamen. „Denkt an 1302!“ Am 11. Juli 1302 besiegten flämische Bürger auf dem Anger von Groeningen das Heer der französischen Ritter. Von den Hunderten von goldenen Sporenpaaren, die damals erbeutet und in der Kirche von Kortrijk aufgehängt wurden, erhielt die Schlacht den Namen. Die Erinnerung an diese Waffentat, ausgeschmückt mit zahlreichen Legenden, verherrlicht durch die flämische Dichtung, bildet das einigende Band, das vier Millionen Flamen, trotz tiefer politischer Zerklüftung, umschlingt. Daß der König in den Augenblicken der Not die Erinnerung an 1302 heraufbeschwor, hat auf die Flamen einen tiefen Eindruck gemacht. Die flämische Bewegung beruft sich heute mit Vorliebe auf dieses Königswort, an dem sie nicht drehen, noch deuteln lassen will.

Die flämische Bewegung ist eine nationale Bewegung. Die Männer, die sie heute leiten — Frans van Cauwelaert, Kamiel Huysmans — denken aber nicht an eine Sprengung des belgischen Staatsgefüges; sie wollen nur ihrem Stamme innerhalb dieses Staates Gleichberechtigung für seine Gesittung, sein Geistesleben, seine politischen und wirtschaftlichen Rechte schaffen. Auch die „Aktivisten“ haben während des Krieges stets den föderativen Gedanken betont. So weit sie auch im Verlangen nach Flanderns Selbständigkeit gingen, wollten sie doch niemals von der Errichtung einer Zollgrenze zwischen Flandern und der Wallonei hören; sie wollten die wirtschaftliche Einheit Belgiens nicht preisgeben. Diese aber ist des Landes wirkliche und wesentliche Einheit. Ob man ein solches politisch föderativ, wirtschaftlich einheitlich gestelltes Land dann „Königreich Belgien“ oder „Vereinigte Königreiche Flandern und Wallonei“ nennt, ist keine Angelegenheit von wesentlicher Bedeutung. Heute werden sicherlich viele durch und durch national gesinnte Flamen der Ansicht

Digitized by Google

sein, daß die Erhaltung des Namens „Belgien“ sich aus praktischen Gründen empfiehlt.

Wer sich über die Lage und die Wünsche der Flamen unterrichten will, der lese die vor dem Kriege erschienenen Schriften des Jesuiten Stracke und des freidenkerischen Professors August Vermeylen. Stracke gibt in „Arm Vlaanderen“ ein erschütterndes Bild von der geistigen und körperlichen Versklavung der Flamen; Vermeylen hat in seiner „Kritiek der Vlaamsche Beweging“ den engen Zusammenhang gezeigt zwischen geistigen, sozialen und nationalen Zielen und die Unmöglichkeit, diese Ziele innerhalb der jetzigen belgischen Staatszentralisierung zu erreichen. Wie keines Volkes Los unverdient ist, so kann man das auch von den Flamen nicht sagen. Sie büßen heute die Schuld, daß sie — wohl meist aus Gründen religiöser Unverträglichkeit — 1830 die Zerreißung des Königreiches der Niederlande durch ihr Verhalten ermöglicht haben. Sie haben die Wiederverbindung mit den stammlich und sprachlich ihnen dicht verwandten Nordniederländern, welche der Wiener Kongreß ihnen gebracht hatte, nicht in ihrer Bedeutung für ihre nationale Entwickelung zu würdigen vermocht. Sie haben sich schwer getäuscht, indem sie glaubten, ohne die Hilfe der Niederländer dem französischen Einfluß widerstehen zu können. Die Folgen dieses Abfalls von Nordniederland machten sich für Sprache und Geistesleben gar bald geltend. Der unbestreitbare Zauber der französischen Sprache, die schon seit den Tagen der Herzöge von Burgund in die Schichten des höheren Beamtenstandes und des reichen Bürgertums von Flandern und Brabant eingedrungen war, wurde immer stärker. Unter dem trügenden Mantel der durch die liberale Musterverfassung verbürgten „Sprachenfreiheit“ wurden die Gemeindeverwaltungen rein flämischer Städte, wie Antwerpen, Gent und Brügge, französiert. Der flämische Unterricht wurde vernachlässigt. Die kommunale Freiheit, auf welche Flandern so stolz gewesen war, führte in Wirklichkeit eine Tyrannei französierter Notabeln in flämischen Gemeinden herbei. Kein Wunder, daß sich unter solchen Umständen das ganze flämische Stammesbewußtsein zunächst im Kampf um die Sprache konzentrierte. „De taal is gans het volk“ („Die Sprache ist das Volk“) lautet der eigentliche Wahlspruch der flämischen Bewegung. Keine Sprache aber kann sich halten, wenn sie nicht die Sprache der Höhergebildeten ist, wenn nicht die Möglichkeit besteht, in ihr höchste Bildung zu erringen. Was wäre die niederländische Sprache heute ohne Utrecht und Leyden? Darum steht im Mittelpunkt der flämischen Bewegung — und der heutigen ganz besonders — das Streben nach der „Vlaamsche Hoogeschool“, der reinflämischen Universität. Die Lösung dieser Frage kann vom flämischen Gesichtspunkt aus nur auf einem einzigen Wege erreicht werden: die jetzt in Gent bestehende Hochschule, an der französisch doziert wird, muß in eine Uni-

Digitized by Google

versität mit flämischer Unterrichtssprache umgewandelt werden. Daß keine andere Lösung den Flamen genügen kann, ergibt sich aus folgender Betrachtung: beim Nebeneinanderbestehen einer französischen und einer flämischen Universität in Gent würde die flämische an die Wand gedrückt werden; die Franzosen würden es sich in einem solchen Falle Millionen kosten lassen, um Gent mit berühmten Lehrern, Lehrmitteln und Studenten zu versehen. Die flämische Universität würde daneben kläglich ausschauen und nach einem oder einigen Jahrzehnten Vegetierens als ein unnützes und unhaltbares Institut wieder eingehen. Und nicht anders wäre es, wenn man unter Fortbestehenlassen der jetzigen Hochschule in Gent eine flämische Universität in einer anderen Stadt, etwa in Antwerpen, errichten wollte. Daraus erklärt sich die von den Gegnern der Flamen so tiefbeklagte „Starrköpfigkeit", mit der sie jede andere Lösung der flämischen Hochschulfrage, die ihnen vorgeschlagen wird, ablehnen. Wie man sieht, handelt es sich um ganz sachliche Gründe.

Auch König Albert hat sich, als er in sein Land zurückkehrte, diesen Gründen nicht verschlossen. Er hat damals seinen getreuen Flamen die flämische Hochschule in Gent mit klaren Worten versprochen. Auch auf dieses Königswort berufen sich heute die Flamen. In einem engen Zusammenhang mit der Errichtung der Universität steht natürlich die Frage des Gebrauchs der flämischen Sprache als Verwaltungs- und Gerichtssprache in Flandern. Solange man keine Richter, keine Rechtsanwälte, keine Verwaltungsbeamten hat, die ihr jus auf Flämisch studiert haben, wie es der Wallone auf Französisch studiert, bleiben natürlich alle Vorschriften der Sprachgesetze toter Buchstabe. Noch heute gibt es keine vollständige amtliche Uebersetzung des Code civil, Code pénal, Code de procédure civile, Code d'instruction criminelle, also der täglich gehandhabten Gesetze ins Flämische. Uebrigens sei hier bemerkt, daß ein Unterschied zwischen Niederländisch und Flämisch nicht besteht, wenigstens nicht für die Schriftsprache. Nur geringe Abweichungen finden sich, wie sie etwa in der hochdeutschen Schriftsprache auch für einen Berliner, Wiener und Berner bestehen. Daß ein Amsterdamer sich nicht mit einem Manne aus Westflandern mündlich geläufig unterhalten kann, ist nicht erstaunlich. Hier hat eben die Spracherziehung durch die Schule Aufgaben zu lösen, die ihr übrigens auch in anderen Ländern nicht leicht fallen. Verständigen sich denn ein Pariser Arbeiter und ein bretonischer Seemann mündlich so ohne weiteres?

Die Heranziehung eines flämisch gebildeten juristischen und Verwaltungspersonals wird wahrscheinlich zur Folge haben, daß die sogenannte „Bestuurlijke Scheiding", die Trennung des Landes in flämisch und französisch verwaltete Bezirke sich viel einfacher vollziehen wird, als man

Digitized by Google

jetzt glaubt. Diese Verwaltungstrennung gehört auch zu den Wünschen der flämischen Bewegung, die aber diesen Programmpunkt erst von den Wallonen übernommen hat. Der jetzige Unterrichtsminister, der Sozialist Jules Destrée, war es eigentlich, der diesen Gedanken zuerst angeregt, ihn jedenfalls in dem berühmten „Brief an den König" vom Jahre 1912 in unanfechtbarer Logik und in glänzendem Stil vertreten hat. Der Gedanke ist gegenwärtig von Frans van Cauwelaert dahin erweitert worden, daß auch eine „Verwaltungstrennung" im Heere gefordert wird. Es sollen flämische und wallonische Einheiten gebildet und von der Sprache der Truppen kundigen Offizieren kommandiert werden. Durch dieses System würde natürlich die starke Beteiligung des flämischen Stammes an der Heeresdienstlast recht handgreiflich hervortreten.

* *
*

Zurücksetzung eines Volkes in Sprache und Geistesleben geht ganz von selbst mit wirtschaftlicher Zurücksetzung Hand in Hand. In Flandern gibt es wenig Kapital in flämischem Besitz; die etlichen flämischen Großunternehmer, die trotz erworbenen Reichtums der Sache ihres Stammes treugeblieben sind und etwas für sie tun, lassen sich an den Fingern herzählen. Soweit die Flamen nicht Bauern sind, sind sie Fabrikarbeiter, verrichten als solche aber meist die schwerste, vielfach auch ungelernte Arbeit. Den Bauern geht es heute wohl im allgemeinen gut. Sie halten auch in den ländlichen Verhältnissen fester an der Sprache als die anderen. Die flämischen Industriearbeiter beziehen geringere Löhne und haben schwerere Arbeitsbedingungen als die wallonischen. Dabei haben sie mehr Kinder als diese. Ein gut Teil der Entwicklung der belgischen Industrie beruht auf der Bedürfnislosigkeit der flämischen Arbeiter. Alkoholverbote haben in neuerer Zeit günstig gewirkt, wobei freilich der hohe Alkoholpreis die Hauptrolle spielt. Der Befreiungskampf der Flamen hat unter ihrer wirtschaftlichen Rückständigkeit sehr gelitten. Die Summen, welche flämische Arbeiter aus der Fremde nach Hause senden, sind gering im Verhältnis zu dem, was andere Völker auf diesem Gebiete leisten. Die flämische Bewegung will auch hier bessernd eingreifen. Es soll hier nicht von den sozialistischen Bestrebungen des Arbeiterführers Kamiel Huysmans die Rede sein, sondern von dem Bestreben, Flandern die Naturschätze zu retten, die sich in Form von reichen Kohlenlagern im sogenannten „Kempenland" (in deutschen Schulgeographien „La Campine" genannt) vorfinden. Diese sehr abbauwürdigen Kohlengruben sind vom belgischen Staat fast sämtlich an Gesellschaften mit überwiegend wallonisch-französischem Kapital verliehen worden. Die

Digitized by Google

flämische Bewegung strebt nun danach, die wirtschaftliche Ausbeutung dieser Schätze in Form einer Verstaatlichung dem flämischen Volke zu sichern. Eine Aufgabe, die, wie leicht zu begreifen, große Schwierigkeiten bietet, solange dieses flämische Volk nicht innerhalb des belgischen Staatsverbandes in irgendeiner Form als Einheit zusammengefaßt ist.

* * *

Welches sind nun die Parteien, von denen die flämische Bewegung heutigen Tages getragen wird? Eine rein flämisch-nationale Partei bildet nur die sogenannte „Frontpartei". Sie ist zum erstenmal bei den Wahlen vom 16. November 1919 aufgetreten und zählt gegenwärtig vier Vertreter in der Kammer. Ihre Ursprünge weisen auf die Soldaten an der Front zurück, unter denen sie sich zuerst gebildet hat. Ihr Blatt „Ons Vaderland" ist im soldatischen Kampfton geschrieben. Von der französisch geschriebenen Presse werden diese Leute schlechtweg als „Vaterlandsverräter" bezeichnet.

Die katholische Partei, die so lange Belgiens Geschicke allein geleitet hat, weist den stärksten flämischen Einschlag auf. Hier finden sich die bekannten drei „Van" (Van Cauwelaert, Van de Perre, Van de Vyvere). Von den Ministern sind zwei: Poullet (Eisenbahnminister) und Wouters d'Oplinter (wirtschaftliche Angelegenheiten) entschiedene Flamen und Katholiken. Es muß als ein hervorragender Erfolg dieser Deputierten bezeichnet werden, daß sie die Einsetzung einer besonderen Kommission zur Regelung der Sprachenfrage durchgesetzt haben. Wenn die Arbeiten dieser Kommission Erfolg haben, so wird wenigstens auf dem Gebiet der Gemeindeverwaltung erreicht werden, daß die Verwaltungssprache in flämischen Gemeinden flämisch wird. Auch das Eintreten der Katholiken für das Frauenstimmrecht hat große Bedeutung für die Flamen. Bisher ist das Frauenstimmrecht nur für die Gemeindewahlen zugestanden worden, wo es jedenfalls die Folge haben wird, eine Anzahl Gemeindeversammlungen zu verflamschen. Innerhalb des katholischen Elements bildet die niedere Weltgeistlichkeit eine Hauptstütze des Flamentums. Hier scheut man sogar nicht vor offener Opposition gegen Kardinal Mercier, der als dem Wallonentum freundlich gilt, zurück. In den Klöstern dürfte dagegen das Flamentum wenig Rückhalt haben, namentlich nicht in den sehr französierten Frauenklöstern. Das Hauptorgan der katholischen Flamen ist „De Standaard", die in Brüssel von Frans van Cauwelaert herausgegeben wird.

Auch die sozialistische Partei enthält seit den jüngsten Wahlen eine ganze Anzahl Flamen, darunter die Minister Vandervelde (Justiz) und

Digitized by Google

Anseele (Oeffentliche Arbeiten), sowie den bereits obengenannten Kamiel Huysmans, der in Antwerpen das Blatt „De Volksgazet" herausgibt. Huysmans läßt sich an flämischer Gesinnung von keinem Katholiken oder Frontparteiler übertreffen. Er ist gerade in den letzten Tagen sehr kräftig für die flämische Hochschule in Gent eingetreten. Als sein politisches Ziel bezeichnet er eine Autonomie für Flandern auf den Gebieten des Innern, der Justiz und des Unterrichts — also eine ähnliche Stellung, wie sie früher Kroatien im ungarischen Königreich eingenommen hat. Die betreffenden Ressorts würden flämischen Ministern unterstellt werden und es würde für diese Angelegenheiten ein besonderes flämisches Parlament bestehen. Huysmans hat großen Anhang in Antwerpen. Es ist auch für die flämische Sache nicht ohne Bedeutung, daß es Huysmans gelungen ist, jetzt als „Volksgebouw" (Volkshaus) ein Grundstück in der Nähe des vornehmsten Platzes der Stadt (dem Meir) zum großen Aerger der dort residierenden Franskiljons zu erwerben. Es handelt sich da um eine Aeußerlichkeit, welche die Stellung der flämischen Arbeiter in Antwerpen sehr heben wird. Im Gegensatz zu den Katholiken wünschen die Sozialisten keine Ausdehnung des Stimmrechtes auf die Frauen, jedoch werden sie kaum in der Lage sein, diese Ausdehnung dauernd zu verhindern.

Unter den Liberalen, die gegenwärtig Belgiens kleinste Partei sind, zählen die Flamen keine ernstlichen Vertreter.

In allgemeinpolitischer Hinsicht haben die Flamen eine Rolle in den Verhandlungen zwischen Belgien und den Niederlanden gespielt. Sie sind den annexionistischen Bestrebungen des sogenannten „Komitees für nationale Politik", welches Staaten-Seeland und Holländisch-Limburg an Belgien angliedern wollte, scharf entgegengetreten. Von der französisch geschriebenen Presse werden die Flamen daher häufig als „Großniederländer" oder gar als „Orangisten" bezeichnet.

Die Kraft der Bewegung hat sich gerade in den letzten Tagen, als am 11. Juli das Fest der Sporenschlacht gefeiert wurde, gezeigt. Man fürchtete ihre Kundgebungen so, daß man in Brüssel und Antwerpen die durch Ueberlieferung geheiligten öffentlichen Umzüge verbot — mit dem Erfolge, daß es in beiden Städten nicht nur zu erheblichen Prügeleien, sondern auch zu Schießereien kam, bei denen eine Anzahl Flamen, Wallonen und Polizisten durch Flinten- und Revolverschüsse verwundet wurden. Einer der Verwundeten starb; er wird heute in ganz Flandern als Märtyrer der heiligen flämischen Sache beklagt und gefeiert. In Antwerpen hatte Huysmanns sich dafür eingesetzt, daß dem vom Bürgermeister ausgesprochenen Verbot zum Trotz der Umzug stattfand. Vandervelde soll ihm von einem Fenster aus zugeschaut haben, was ihm

Digitized by Google

von der französisch geschriebenen Presse als „Verrat“ an der belgischen Sache vorgeworfen wird.

In verschiedenen Phasen ist es das Schicksal der flämischen Bewegung gewesen, daß sie bloß als Sprungbrett für parlamentarische Führer diente, die sich damit zu Ministersesseln emporschnellten und sie dann vergaßen. Diese Zeit scheint vorüber zu sein. Von der heutigen Bewegung gewinnt man den Eindruck, daß es sich um eine große Volksbewegung handelt, die sich nicht mehr vertrösten läßt und die gewillt ist, nötigenfalls alle Mittel anzuwenden, um ihr Ziel zu erreichen.

Zur Lage unserer Ernährung

Dr. K. Bitzer, Oekonomierat

Wenn wir die gegenwärtige Lage verstehen wollen, müssen wir uns zuerst über die Vorkriegsverhältnisse eine Vorstellung machen. Dabei ist vor allem wichtig zu wissen, daß die deutsche Landwirtschaft damals nicht in der Lage war, den gesamten Bedarf an Lebensmitteln zu decken. Man schätzt die damalige Deckung des Bedarfs durch die deutsche Landwirtschaft auf etwa 75—85 %. Nachdem wir durch die Blockade, die wenige Monate nach Kriegsausbruch voll in Wirkung trat, zum größten Teil der Möglichkeit beraubt wurden, Nahrungs- und Futtermittel, sowie Rohstoffe für die landwirtschaftliche und industrielle Erzeugung einzuführen, mußte die deutsche Landwirtschaft versuchen, ohne Beihilfe von außen das gesamte Volk zu ernähren. Bei der Lösung dieser Aufgabe half ihr nur ein Moment, und das war die Besetzung feindlicher Gebiete, die in der Lage waren, überschüssige landwirtschaftliche Erzeugnisse abzugeben. Die im Frieden noch nicht gelöste Aufgabe der Versorgung des deutschen Volkes mit Lebensmitteln aus eigener Erzeugung wurde aber im Anfang und im Laufe des Krieges noch wesentlich erschwert durch die Anforderungen, die das Heer stellte, und die zum Ausdruck kamen einmal in dem höheren Bedarf des einzelnen Soldaten an Nahrungsmitteln und dann in der Abgabe von Betriebsleitern, von Arbeitern — von denen natürlich die besten abgingen — von Pferden usw. Die im Laufe des Krieges gemachten Kriegsgefangenen stellten weder der Leistung noch der Zahl nach einen ausreichenden Ersatz dar. Hinzu kam eine verringerte Versorgung mit Kohle, Beleuchtungsstoffen, Maschinen und vor allem Kunstdünger, im wesentlichen Stickstoff- und Phosphorsäuredüngemittel. Daß unter solchen Umständen die Höhe der Friedenserzeugung, die, was immer wieder betont werden muß, unseren Bedarf nicht deckte, nicht aufrechterhalten werden konnte, bedarf keines weiteren Beweises. Wenn es uns aber trotzdem gelang — allerdings mit den größten Einschränkungen und

Digitized by Google

Opfern —, fünf Jahre lang durchzuhalten, so kann die tatsächliche Leistung der Landwirtschaft dabei nicht gut überschätzt werden.

Bei der Beurteilung der in der Ernährungsfragen getroffenen Maßnahmen zu Kriegsbeginn darf nicht übersehen werden, daß man im allgemeinen auch an den maßgebenden Stellen mit einer verhältnismäßig kurzen Dauer des Krieges rechnete. Wenn man weiterhin davon ausgeht, daß in dem früheren Lebensmittelverbrauch des deutschen Volkes, oder richtiger eines erheblichen Teiles des deutschen Volkes, ein gewisser Luxusverbrauch enthalten war, der ohne Nachteil hätte beschränkt werden können, so wird man die damals eingeschlagene Ernährungspolitik wohlwollender beurteilen müssen, als das in der Regel geschieht. Die Bevorzugung einer Politik, die die „Erfassung und Verteilung" in den Vordergrund stellte und die Förderung der Erzeugung ganz in den Hintergrund treten ließ, war deshalb ganz natürlich. Daraus aber erklärt sich auch die Tatsache, daß weniger Landwirte als Verwaltungsbeamte zur Besetzung der leitenden Stellungen herangezogen wurden.

Im übrigen war das mit Hilfe der „Karten" und „Marken" eingeführte Rationierungssystem trotz aller Mängel eine bemerkenswert hervorragende Leistung.

Je länger der Krieg dauerte, um so mehr mußte das alleinige Rationierungssystem versagen; es hat aber nur deshalb versagt, weil die auf die Karten zu verteilenden Mengen Lebensmittel immer weniger und weniger wurden, und zuletzt tatsächlich nicht mehr ausreichten, um auch den verringerten Bedarf zu decken. Wenn man von einem Versagen sprechen will, so kann das nur insofern geschehen, als an den maßgebenden Regierungsstellen vielleicht zu spät erkannt wurde, daß mit der Verteilung allein die Lage nicht zu halten, geschweige denn zu bessern sei, und daß man infolgedessen nicht rechtzeitig genug an die Steigerung der Produktion heranging.

Während des Krieges, d. h. während wir noch nach dem Auslande hin abgeschlossen waren, ist oft behauptet worden, eine Erhöhung der Preise würde eine Steigerung der Produktion zur Folge haben. In dieser allgemeinen Form ist diese Ansicht nicht zutreffend. Wäre sie richtig, dann müßte es auch möglich gewesen sein, beispielsweise den Wagen- oder Lokomotivenmangel durch Erhöhung der Frachten zu beseitigen. Auch hier wird meist vergessen, daß der Umfang unserer Produktion an sich begrenzt war, durch die Beschränkung unserer Produktionsmittel und von den Preisen nur bis zu einem bestimmten Grade beeinflußt war. Richtig ist allerdings, daß eine gewisse Menge Nährstoffe sich mit bestimmten Früchten „produktiver" herstellen läßt, und daß man durch eine Erhöhung der Preise bestimmter Früchte die Produktion ge-

Digitized by Google

rade dieser Früchte hätte vermehren können. Es ist ferner eine Tatsache, die heute von den meisten Sachverständigen anerkannt wird, daß die Preise einzelner wichtiger landwirtschaftlicher Erzeugnisse unter den Produktionskosten geblieben sind, und daß dadurch ein Rückgang der Erzeugung verursacht worden ist, der durch eine angemessene Erhöhung der Preise wohl hätte vermieden werden können. Endlich ist noch zu bedenken, daß die Erzeugnisse des landwirtschaftlichen Betriebes durch Höchstpreise gebunden, dagegen die Preise der meisten Produktionsmittel, einschließlich der Löhne auf dem freien Markt gebildet wurden.

Seit Kriegsende haben sich nun die Bedingungen, unter denen die Landwirtschaft produziert, wesentlich geändert. Sie erhielt einen großen Teil ihrer menschlichen und tierischen Arbeitskräfte, die bisher Kriegsdienste geleistet, zurück. Die heimische Industrie, die bisher fast ausschließlich Kriegsbedarf herstellte, kann wieder in größerem Maße Maschinen, Kohle und Kunstdünger liefern. Endlich aber besteht jetzt, da die Blockade aufgehoben ist, wenigstens die Möglichkeit, Lebensmittel und Produktionsmittel aus dem Auslande zu beziehen. Damit aber sind die Voraussetzungen gegeben, die eigene Erzeugung erheblich zu steigern. Ja, es ist heute, da die Beschaffung aller Produktionsmittel fast nur noch eine reine Geldfrage ist, theoretisch möglich — allerdings nicht von heute auf morgen —, den gesamten eigenen Bedarf aus eigener Erzeugung zu decken. Wenn wir von der Arbeiterfrage absehen, dann ist heute die Preisfrage, d. h. die Preisfestsetzung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse einerseits, der landwirtschaftlichen Produktionsmittel andererseits von ausschlaggebender Bedeutung.

Die grundlegenden Aenderungen der Produktionsbedingungen seit Kriegsende verlangen natürlich auch eine entsprechende Aenderung der Regierungsmaßnahmen, des „Systems", was wiederum nur möglich ist, wenn an Stelle der vorwiegend Verwaltungsbeamten Personen treten mit landwirtschaftlicher Fachbildung, also Landwirte, die nicht nur mit der landwirtschaftlichen Praxis in enger Fühlung stehen, und das Vertrauen der Landwirtschaft besitzen, sondern die auch eine entsprechende Kenntnis städtischer Verhältnisse haben müssen, um die sich widersprechenden Interessen von Erzeugern und Verbrauchern zum Ausgleich zu bringen. Zurzeit kann die Verteilung nur an zweiter Stelle stehen. Die erste Stelle aber muß unter allen Umständen die Steigerung der heimischen Erzeugung einnehmen. Nur sie kann uns in Zukunft retten. Nur durch ein enges Zusammenarbeiten landwirtschaftlicher Fachleute mit den entsprechenden Regierungsstellen unter Ausscheidung jeglicher Politik ist es möglich, in unserem Ernährungswesen wieder geordnete Verhältnisse zu schaffen.

Digitized by Google

Der Anfang ist erfreulicherweise gemacht. Der neue Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat in richtiger Erkenntnis der Lage in seiner Programmrede darauf hingewiesen, daß er gewillt ist, die Zwangswirtschaft, also das System der „vorwiegenden Verteilung" allmählich abzubauen und seine Hauptaufgabe in der Förderung der Produktion erblickt.

In der gesamten Ernährungswirtschaft dürfte auch heute noch die Frage Zwangswirtschaft oder freie Wirtschaft am meisten umstritten sein. Sie stand auch im Vordergrund bei den Beratungen im Herbst 1919 über die Gestaltung der Ernährungswirtschaft des Jahres 1920. Von vielen Verbrauchern wurde die Verschärfung und der weitere Ausbau der bisherigen Methoden verlangt, weil man annahm, die Freigabe der notwendigsten Lebensmittel hätte eine Preissteigerung im Gefolge, die es der großen Masse der Verbraucher unmöglich machen würde, ihren notwendigsten Bedarf zu decken. Die Verbraucher wollten nur dann der Aufhebung der Zwangswirtschaft zustimmen, nachdem das Angebot größer geworden, und damit die Gewähr für angemessene Preise gegeben sei.

Die meisten Landwirte, aber auch weite Verbraucherkreise, vertreten die entgegengesetzte Ansicht und behaupten, beim Fortbestehen der Zwangswirtschaft sei an eine Steigerung der Produktion und Vermehrung des Angebots nicht zu denken. Der Rückgang der landwirtschaftlichen Erzeugung sei die Folge der Zwangswirtschaft, und ehe nicht die durch die Zwangswirtschaft bedingten Beschränkungen gefallen seien, kann mit einer Besserung der Lage nicht gerechnet werden.

Beide Anschauungen treffen nicht den Kern der Sache. Es wird dabei vergessen, daß die Zwangswirtschaft nicht Ursache der unzureichenden Produktion, sondern deren Folge ist, wenn andererseits zuzugeben ist, daß die unsachgemäße Durchführung von Maßnahmen, die sich aus der Zwangswirtschaft ergeben, produktionshemmend gewirkt haben. Wir haben nicht infolge der Zwangswirtschaft Mangel an Arbeitern, Gespannen, Kunstdünger, Kohlen, Maschinen usw. gehabt, sondern, weil infolge der Kriegsbedürfnisse in diesen Sachen Mangel eintrat, mußte die Rationierung, d. h. die Zwangswirtschaft, eingeführt werden. Es war wiederum weniger die Zwangswirtschaft eine Ursache der großen Unzufriedenheit bei den Produzenten, sondern die Festsetzung ungenügender Preise, die, wie schon oben gesagt, zum Teil derartig niedrig gehalten worden sind, daß sie zur Deckung der Produktionskosten nicht ausreichten. Eine falsche und ungerechte Preispolitik gehört aber nicht unbedingt zur Zwangswirtschaft.

Da, wie wir oben sehen, der Rückgang der Produktion zum größten Teil auf dem Mangel an Produktionsmitteln beruht, kann eine Aufhebung der Zwangswirtschaft nicht ohne weiteres eine Steigerung der Produktion

Digitized by Google

zur Folge haben. Trotzdem dürfte es zweckmäßig gewesen sein, aus Gründen, die wir noch darlegen werden, im vorigen Herbste schon einen Teil der Erzeugung freizugeben.

Eine der Hauptstützen unserer Ernährung ist die Versorgung mit Getreide, und zwar in erster Linie mit Brotgetreide, Roggen und Weizen. In beiden Früchten konnten wir unseren Bedarf vor dem Kriege nicht decken, so daß als natürliche Ergänzung während des Krieges die früher vorwiegend zur Fütterung benutzten Getreidesorten, Gerste und Hafer zur menschlichen Ernährung herangezogen wurden. Sie erhielten damit den Charakter von Brotgetreide, was beispielsweise bei der Freigabe des Hafers nicht genügend erkannt worden ist.

Infolge der Trockenheit im letzten Herbste verzögerte sich die Bestellung des Wintergetreides, Roggen und Weizen, sehr erheblich, so daß, als Anfang November starker Frost und Schneefall eintrat, ein großer Teil des ausgesäten Roggens noch nicht aufgegangen war, zum Teil aber, was besonders schädlich ist, sich im Stadium des Keimens befand. Endlich verhinderte auch der frühe Schneefall die Bestellung größerer Flächen, die für Roggen und Weizen vorgesehen war.

Es ist eine schon im Herbste erkennbar gewesene Tatsache, daß infolge der geschilderten Verhältnisse die mit Winterung bestellte Fläche viel kleiner ist als in den früheren Jahren. Man konnte deshalb schon damals voraussagen, daß nach menschlichem Ermessen die Brotgetreideernte 1920 geringer ausfallen muß wie in früheren Jahren. In früheren Jahren reichte aber das Brotgetreide eigener Ernte zur Bedarfsdeckung nicht aus; es wird also in diesem wahrscheinlich auch dann nicht ausreichen, wenn der Ertrag pro Morgen höher als in früheren Jahren wird. Genügt aber die Erzeugung an Brotgetreide zur Deckung des allernotwendigsten Bedarfes nicht, dann ist es notwendig, die Verteilung durch die öffentliche Hand vorzunehmen, d. h. für Brotgetreide muß die Zwangswirtschaft beibehalten werden, und da Gerste und Hafer heute Brotgetreide geworden sind, gehören auch sie unter die Zwangsbewirtschaftung.

Die im Herbste befürchteten Schäden des Wintergetreides scheinen leider trotz der günstigen Witterung einzutreffen. Wie ich, wenigstens aus fast allen Bezirken Brandenburgs, höre, würden die Aussichten für die Roggenernte nur als „mittel" bezeichnet, während der Stand des Weizens, der eine wesentlich geringere Anbaufläche als Roggen aufweist, durchweg als gut angegeben wird. Die bisher bekannt gewordenen Druschergebnisse lassen, wenigstens für Brandenburg, erkennen, daß die gesamte Getreideernte geringer ausfallen wird als erwartet wurde.

Es war also bereits im Herbst des vergangenen Jahres zu erkennen, daß die Brotversorgung im Jahres 1920/21 erhebliche Schwierigkeiten

Digitized by Google

bereiten würde, und schon damals mußte man auf Abhilfe sinnen. Zwei Möglichkeiten gab es: einmal eine verstärkte Einfuhr, dann Steigerung der eigenen Erzeugung. Die Aussichten für eine Vermehrung der Einfuhr waren damals wenig günstig; der zur Verfügung stehende Schiffsraum wurde als sehr knapp bezeichnet, und die Preise der einzuführenden Produkte überstiegen die Preise der Inlandserzeugnisse um das Mehrfache und belasteten damit die öffentliche Wirtschaft in außerordentlich hohem Maße*). Auf jeden Fall waren die Sachverständigen der Ansicht, daß auf dem Wege der Einfuhr der Fehlbetrag kaum zu decken sei. Es blieb also nichts anderes übrig, als Steigerung der eigenen Erzeugung. Wie lagen nun die Verhältnisse hier? Im Dezember vorigen Jahres war die Bestellung des Wintergetreides beendet und damit der Umfang der Fläche nach festgelegt. Keine Maßnahme hätte die Anbaufläche noch vergrößern können. Wohl konnte der Landwirt noch den Ernteausfall beeinflussen, und zwar durch Zugabe einer Stickstoffdüngung. Mit einer wesentlichen Steigerung des Ertrages konnte jedoch auch hierbei aus einer Reihe von Gründen, die hier nicht alle dargelegt werden können, nicht gerechnet werden. Ich will nur darauf hinweisen, daß die der Landwirtschaft zur Verfügung gestellten Stickstoffmengen nicht ausreichen, um den Gesamtbedarf zu decken, und infolge einer nicht mehr ausreichenden Preisspannung zwischen Getreidepreis und Stickstoffdüngerpreis, Stickstoff zum Getreide kaum noch rentabel angewandt werden konnte. Eine Beeinflussung des Ausfalls der Wintergetreideernte war demnach nur in geringem Maße zu erwarten. Es blieb nur noch übrig, zweckmäßig auf die Frühjahrsbestellung einzuwirken. Im Frühjahr werden in der Hauptsache Sommergetreide (Gerste und Hafer), Hülsenfrüchte, Kartoffeln und Zuckerrüben bestellt. Im Winter, zu einer Zeit, wo die Vorbereitungen zur Frühjahrsbestellung noch nicht abgeschlossen sind, ist es noch möglich, die Fläche der zu bestellenden Früchte in bestimmten Grenzen zu einander zu verändern. Nach welchen Grundsätzen hätte dies zu geschehen? Wenn man weiß, daß die Erträge der verschiedenen Früchte von der Flächeneinheit verschieden sind, ist die Entscheidung nicht schwer. Es liegt im vorliegenden Falle nun so, daß Kartoffeln pro Flächeneinheit etwa eineinhalb- bis zweimal soviel Nährstoffe bringen, wie Sommergetreide. Zuckerrüben aber erzeugen zwei- bis dreimal soviel Nährstoffe

*) In der Oeffentlichkeit ist viel zu wenig bekannt, daß die verhältnismäßig kleine Einfuhr an ausländischem Getreide die Hauptursache der starken Brotpreiserhöhung ist. Wenn keine Einfuhr mehr notwendig wäre, könnte der Roggenpreis mehr als verdoppelt werden, ohne daß eine Brotpreissteigerung einzutreten brauchte. Das ausländische Getreide hatte bisher einen Preis, der vier- bis achtmal höher war als der des inländischen. Ein Vierpfundbrot kostet auf dem Lande 4 M., in Berlin 4,50 M.; dem Roggenpreis, den der deutsche Landwirt erhält, entspricht jedoch nur einem Preis von etwa 1,80 M.

Digitized by Google

je Morgen. als Getreide. Daraus geht klar hervor, daß der Anbau von Kartoffeln und Zuckerrüben in erster Linie gefördert werden mußte. Das Sommergetreide konnte nur einen einfachen Ersatz des durch das fehlende Wintergetreide bedingten Ausfalles an Nährstoffen bringen, Kartoffeln und Zuckerrüben jedoch ein Mehrfaches.

Eine Verstärkung des Anbaues dieser beiden Hackfrüchte kann aber dadurch erreicht werden, daß sie dem Landwirt unter Berücksichtigung der höheren Produktionskosten und des größeren Risikos durch Gewährung relativ höherer Preise einen höheren Ueberschuß abwerfen als Getreide.

In Erkennung der oben geschilderten Sachlage bin ich nun schon seinerzeit für die Freigabe von Kartoffeln und Zuckerrüben eingetreten. Für mich war es klar, daß noch nie der Ausfall der Kartoffelernte für unsere Ernährung die Bedeutung gehabt hat, wie im Jahre 1920; ihr Anbau mußte deshalb mit allen Mitteln gefördert werden. Der größte Anreiz zur Ausdehnung des Kartoffelbaues liegt nun aber in ausreichenden Preisen. Ausreichende Preise wären wiederum von den Landwirten bei der vollständigen Freigabe der Kartoffeln erwartet worden. Diese Erwartung jedoch hätte den Anbau der Kartoffeln wahrscheinlich so ausgedehnt, daß das Angebot im Herbste den Bedarf gedeckt hätte. Während wir nämlich auch in Friedenszeiten den Bedarf an Brotgetreide aus eigener Erzeugung nicht decken konnten, war der Bedarf an Speisekartoffeln, der während des Krieges allerdings gestiegen ist, nur ein kleiner Teil unserer Kartoffelernte. Hätten wir auch nur unsere Vorkriegsanbaufläche erreicht, so würden wir reichlich Kartoffeln zur Verfügung haben.

Die maßgebenden Stellen konnten sich zu diesem Schritt nicht entschließen, und es wurde deshalb ein Mittelweg beschritten. Wie ich schon oben ausführte, beruht ein erheblicher Teil der Unzufriedenheit mit der Zwangswirtschaft auf den zu niedrigen Preisen. Setzte man also die Kartoffelpreise hoch genug fest, so müßte man fast dasselbe erreichen wie bei vollständiger Freigabe. Die Schwierigkeit bei diesem Verfahren liegt darin, daß es im Herbste vorigen Jahres beinahe unmöglich erschien, den „angemessenen" Preis zu bestimmen. Er mußte so hoch sein, daß er dem Produzenten in der Hauptbestellzeit noch hoch genug erscheint, um ihm zur Zeit der Ernte eine gute Rente abzuwerfen. Hätte sich z. B. im April dieses Jahres der Preis als zu niedrig herausgestellt, dann wäre ein weiterer Rückgang und damit eine Katastrophe in unserer Versorgung unausbleiblich gewesen. Die Gefahr, die mit einem Fehlgriff bei der Preisfestsetzung verbunden war, war außerordentlich groß. Bei der erschreckend zunehmenden Geldentwertung so groß, daß man sich eigentlich nur für den sichersten Weg, nämlich für die gesamte Freigabe, hätte entschließen dürfen. Die Bedenken der Konsumenten waren jedoch nicht zu be-

Digitized by Google

seitigen. Man setzte deshalb den für damalige Ansichten sehr hohen Mindestpreis von 25 M. fest, mit der Maßgabe, daß die nachfolgende Produktionskostenerhöhung bei der endgültigen Festsetzung Berücksichtigung finden sollte.

Es scheint nun, als ob der Preis für Kartoffeln „richtig gegriffen" wurde, und daß die beabsichtigte Wirkung, den Anbau der Kartoffeln durch den Preisanreiz auszudehnen, erreicht worden ist, da aus vielen Gebieten des Ostens Berichte über starke Ausdehnung des Kartoffelanbaues vorliegen.

Leider ist das Ergebnis beim Zuckerrübenanbau, wie nach den getroffenen Regierungsmaßnahmen zu erwarten war, ein weniger günstiges. Die Anbaufläche der Zuckerrübe ist nur wenig ausgedehnt worden, und zwar aus folgenden Gründen: Im Herbste vorigen Jahres wurde unter Aufhebung des Zuckerrübenhöchstpreises ein Rohzuckerpreis festgesetzt, der es den Zuckerfabriken ermöglichte, den Landwirten etwa 12 M. für den Zentner Zuckerrüben zu bieten. Nach Lage der Verhältnisse konnte dieser Preis damals als ausreichend angesehen werden. Er stand auch in einem richtigen Verhältnis zum Kartoffelpreis, und man konnte sich eine Ausdehnung des Zuckerrübenanbaues versprechen. Im Laufe des Winters bis zum Frühjahr hin setzte jedoch infolge der Geldentwertung eine derartige Preissteigerung aller Produktionsmittel ein, daß dieser Preis sehr bald überholt wurde. Da sich die Beratungen über den Kartoffelpreis und die Getreidepreise bis zum Februar hinzogen, konnten bei der Regelung dieser Preise diese abnormen Verhältnisse wenigstens teilweise berücksichtigt werden, und so wurde dann der Kartoffelpreis, wie bekannt, auf 25 M. je Zentner festgesetzt. Der einige Monate vorher in Aussicht gestellte Zuckerrübenpreis von 12 M. pro Zentner wurde jedoch nicht verändert. Er war jetzt gegenüber dem Kartoffelpreis um mindestens die Hälfte zu niedrig. Dadurch wurde der Zuckerrübenbau gegenüber dem Kartoffelbau weniger vorteilhaft. Erst vor kurzem ist durch die Zeitungen mitgeteilt worden, der Preis für Zuckerrüben würde auf etwa 20—22 M. festgesetzt werden. Leider ist diese Mitteilung zu spät gekommen. Und dabei hätte man ohne Nachteil die Zuckerrüben freigeben können. Wir haben vor dem Kriege fast die Hälfte unserer Zuckererzeugung ausgeführt. Bei geschlossenen Grenzen hätten wir also mit Leichtigkeit unseren eigenen Bedarf erzeugen können.

Bei allen Verhandlungen über die Lockerung der Zwangswirtschaft wird auf die ungünstigen Folgen der Freigabe des Hafers hingewiesen. Man sagt, daß die Befürworter der Freigabe angegeben hätten, der Haferpreis würde unter den Schleichhandelspreis sinken; in Wirklichkeit sei er weit höher gestiegen. Tatsächlich sank er bald nach der Freigabe auf 50 bis 60 M., während er kurz vorher im Schleichhandel in Berlin

Digitized by Google

bis auf 125 bis 150 M. gestiegen war. Viele Landwirte haben große Posten zu diesem Preise verkauft, weil sie mit einer Preissteigerung, wie sie tatsächlich eingetreten ist, nicht rechneten. Diese Steigerung ist auch nicht eine alleinige Folge der Freigabe, sondern in der Hauptsache ein Ausdruck der allgemeinen Geldentwertung und anderen Momente, die bei allen freien Waren fast in gleichem Maße zum Ausdruck kamen.

Zudem lag ein grundsätzlicher Irrtum bei der Freigabe vor. Die Landwirtschaft verlangt nur dann eine Freigabe, wenn dadurch eine Steigerung der Erzeugung erwartet werden kann. Beim Brotgetreide verlangen wir die Freigabe noch nicht, weil sie eine Steigerung der Erzeugung nicht herbeiführen könnte. Wir machen aber nicht nur einen Unterschied in der Frucht, die wir aus der Zwangswirtschaft herausgenommen zu sehen wünschen, sondern auch in der Zeit, zu der dies geschieht. Beim Hafer war keine der beiden Voraussetzungen gegeben. Vor allem war die Zeit ganz unrichtig gewählt. Er wurde *nach* der Ernte freigegeben, also nach Abschluß der Produktion, so daß durch seine Freigabe eine Steigerung der Erzeugung nicht mehr erreicht werden konnte. Die einzige Wirkung, die erzielt wurde, war eine reine Preissteigerung, die dazu den Landwirten nur in bescheidenem Maße zugute gekommen ist. Bei Kartoffeln und Zuckerrüben verlangten wir eine Freigabe lange vor Beginn der Erzeugung, damit in Erwartung hoher Preise der Anbau ausgedehnt, das Angebot größer und damit der Preis niedriger wird. Bei Kartoffeln und Zuckerrüben hätte dieser Erfolg schon in diesem Jahre erzielt werden können; bei Brotgetreide jedoch noch nicht.

Die ungünstigen Folgen der Haferfreigabe besagen daher nichts gegen die Lockerung der Zwangswirtschaft als solche, da es nur darauf ankommt, sie in zweckmäßiger Weise vorzunehmen. Daß sie bei Hafer nicht richtig war, ist auch von einsichtigen Landwirten vorausgesagt worden.

Eine Betrachtung der landwirtschaftlichen Erzeugung kann man nicht schließen, ohne auf die jetzigen Arbeiter und Arbeitsverhältnisse, wenn auch nur mit einigen wenigen Worten einzugehen. Die Arbeiterfrage ist heute von ausschlaggebender Bedeutung. Ich stehe nicht an in der Einführung des Prinzips des Achtstundentages in der Landwirtschaft und den damit zusammenhängenden Folgen, eine der Hauptursachen für die Verteuerung der Lebensmittel und der Stillstand der landwirtschaftlichen Produktion im letzten Jahre anzusehen. Wenn es auch als notwendig angesehen werden muß, die Arbeiterverhältnisse auf dem Lande einer Neuordnung und Verbesserung zu unterziehen, so konnte doch ein ungünstiger Zeitpunkt als der gewählte nicht gefunden werden.

Wir sehen in der ganzen Landwirtschaft die Neigung, statt der Hackfrüchte, die viel Arbeit zur Pflege und Ernte verlangen, mehr und mehr

Digitized by Google

Getreide und Futterpflanzen anzubauen, die viel weniger Arbeit verlangen und ein viel geringeres Risiko als der Hackfruchtbau einschließen. Die Getreideernte kann zur Not einmal um vier Wochen verschoben werden; eine Verschiebung der Hackfruchternte, die in der Regel knapp vor Frosteintritt liegt, kann für den Großbetrieb katastrophaler Bedeutung werden. Bei der Gefahr des Streikens, die heute in der Luft liegt, ist es daher nicht zu verwundern, wenn der Landwirt schon aus diesem Grunde sich mehr zum Getreidebau wendet. Aber auch abgesehen von der Streikgefahr sind heute die Landwirte, infolge der durch Einschränkung der Akkordarbeit und Rückgang der Arbeitszeit, verminderter Arbeitsleistung, die auf durchschnittlich 20 bis 30% geschätzt wird, gezwungen, den Betrieb arbeitsextensiver zu gestalten. Arbeitsintensiver wirtschaften heißt, weniger Hackfrüchte und mehr Getreide bauen, heißt aber auch weniger Nährstoffe erzeugen. Trotz allem Anreiz, der in hohen Preisen für Hackfrüchte liegt, ist es nicht möglich, in den alten Formen zu wirtschaften, da es wegen der nicht herzustellenden Arbeiterunterkunftsräumen nicht möglich ist, den Ausfall an Leistung des einzelnen Arbeiters durch Vermehrung der Zahl zu ersetzen. Nur sehr hohe Preise können heute den Landwirt veranlassen, das Risiko, das ihm bei ausgedehnten Hackfruchtbau droht, auf sich zu nehmen. Ueber die Höhe der Löhne läßt sich reden, über Verkürzung der Arbeitszeit noch nicht. Die kleinen Teilstreiks im Frühjahr sind von großem Schaden für die Erzeugung gewesen. Sie haben eine große Anzahl von Landwirten abgehalten, das schon ohnehin große Risiko eines vermehrten Hackfruchtanbaues auf sich zu nehmen.

Und der Leidtragende ist bei alledem der städtische Konsument.

Die Zukunft der deutschen Schiffahrt

Der Krieg und der Waffenstillstandsvertrag haben uns unsere gesamte stolze Handelsflotte geraubt. Darüber hinaus legt uns der Friedensvertrag noch die Aufgabe auf, zur Buße für die im Unterseebootkrieg zerstörten Schiffe der Gegner Ersatz zu liefern. Auf Jahre hinaus müssen unsere Werften in erster Reihe für unsere ehemaligen Feinde arbeiten. Wir haben gewissermaßen eine negative Handelsflotte; ein an und für sich furchtbarer Gedanke. Aber gerade das Beispiel der Handelsmarine zeigt bei näherem Zusehen, daß man nicht verzweifeln soll. Weder die deutschen Werften noch die deutschen Reedereien legten und legen die

Digitized by Google

Hände resigniert in den Schoß, sondern es wird eifrig geplant und gehandelt, um doch wieder der deutschen Flagge auf dem Weltmeer Geltung zu verschaffen. Wenn wir zuerst ein Wort von den Werften sprechen, so scheint man in deren Kreisen die Auflage der Entente nicht zu tragisch zu nehmen. Zwar macht es einen melancholischen Eindruck, wenn man heute sieht, wie stromabwärts von Hamburg das Schwesterschiff des „Imperator", der „Bismarck", seiner Fertigstellung entgegengeht, um dann an England abgeliefert zu werden. Wie denn überhaupt von deutschen Großschiffen aus mannigfachen Gründen einstweilen noch nicht gesprochen werden kann, schon deshalb nicht, weil das einzelne Schiff viel zu teuer zu stehen käme. Ein Passagierdampfer von 20 000 t, der früher 8 Mill. Mark gekostet hätte, wird heute auf 160 bis 200 Mill. M. zu stehen kommen. Ein solches Risiko ist aber für die deutschen Reedereien zu groß. Die Werften selbst werden sich deshalb, soweit deutsche Auftraggeber in Frage kommen, vor allem auf kleine Schiffe werfen und dabei in steigendem Maße sich auf den sogenannten Serienbau einrichten. Darunter versteht man die auch in der übrigen Industrie sich jetzt anbahnende Typisierung. Es wird ein einheitliches Schiff konstruiert und nach diesem Plan dann eine ganze Reihe gebaut. Während man früher gerade in Deutschland fast jedem Kapitän ein Schiff lieferte, wie er es gern wollte, wird davon in Zukunft kaum mehr die Rede sein. Das hat den größten Vorzug ungewöhnlicher Billigkeit und Schnelligkeit. Die Billigkeit ergibt sich vor allem daraus, daß nicht nur die Reederei selbst, sondern auch die Hersteller des Schiffsbaumaterials alles in Massen herstellen können. Die Schnelligkeit wird dadurch illustriert, daß man neuerdings dazu übergeht, in wenigen Wochen ein Boot fertigzustellen. Die Voraussetzung dieser Schnelligkeit ist vor allem ein inniges Zusammenarbeiten zwischen dem Eisen- und Stahllieferanten sowie dem Maschinenfabrikanten mit der Werft. Und hier bleibt einstweilen außerordentlich viel zu wünschen übrig, denn die deutsche Montanindustrie hat teils verschuldet, teils unverschuldet nur einen sehr bescheidenen Teil des notwendigen Bedarfs geliefert. Teilweise zog sie es vor, das Schiffsbaumaterial an ausländische Werften wegen des Valutaaufschlages zu liefern. Am besten sind noch diejenigen Werften dran, die rechtzeitig in ein Freundschaftsverhältnis mit der binnenländischen Industrie getreten sind, wie etwa die Germaniawerft von Krupp oder die von Thyssen kontrollierte Bremer Vulkanwerft.

Am innigsten ausgestaltet scheint das Verhältnis bei der Deutschen Werft A.-G. in Hamburg zu sein, die nicht selbständig ist, sondern eine gemeinsame Gründung der Gutehoffnungshütte, der A. E. G. und

Digitized by Google

der Hamburg-Amerika-Linie darstellt. Diese Gesellschaft ist die jüngste der deutschen Großwerften, scheint aber auf dem Wege zu sein, die meisten älteren Werke zu überflügeln. Ihre Anlage ist vom technischen und — was man leider bei Fabriken selten sagen kann — auch vom ästhetischen Standpunkt eine äußerst bemerkenswerte Leistung. Die ganze riesenhafte Anlage, die dadurch charakterisiert wird, daß auf ihrem Gelände allein 18 Kilometer Eisenbahn jetzt schon angelegt sind, ist durch keinen Kaminrauch verunziert, da der ganze Antrieb elektrisch erfolgt. Arbeiterwohnungen wie Verwaltungsgebäude sind mit einfachen Mitteln außerordentlich geschmackvoll angelegt, und manche der reinen Industrieanlagen, wie zum Beispiel ein riesenhafter Kran von 80 m Höhe, würde verdienen, als Schulbeispiel für die Schönheit der Technik zu dienen. Die Gesamtheit der Werften ist, wie bekannt, verpflichtet, zunächst für die Entente zu bauen. Man scheint aber in den Kreisen der Werften dieser Bestimmung etwas skeptisch gegenüberzustehen, denn man glaubt, die Entente werde von diesem Recht keineswegs in vollem Maße Gebrauch machen. Dieser Optimismus stützt sich selbstverständlich nicht auf die Hoffnung eines besonderen Wohlwollens der andern Seite — für solche Phantasien ist nach Spa kein Raum mehr —, sondern auf die merkwürdige Entwicklung, die augenblicklich die ganze Schiffahrtskonjunktur zu nehmen beginnt.

Man weiß, daß der Krieg mit seiner beispiellosen Zerstörung gerade für den Schiffsraum eine ganz exorbitante Verteuerung der Frachten gebracht hat. Infolgedessen hat jeder, der auch nur ein altersschwaches Segelschiff besaß, in den letzten Jahren phantastische Gelder einheimsen können. Selbst in Deutschland, wo doch jedes irgendwie greifbare Boot von der Entente beschlagnahmt worden ist, haben die kleineren und mittleren Reeder teilweise riesenhafte Vermögen verdient. Diese Hochkonjunktur veranlaßte selbstverständlich überall einen fieberhaften Neubau, und so sind wir heute knapp eindreiviertel Jahre nach der Beendigung des Ubootkrieges so weit, daß die gesamte Welthandelsflotte mit etwa 54 Mill. t bereits um 4 Mill. Tonnen größer ist als vor dem Kriege. Merkwürdigerweise ist einstweilen noch kein Ueberangebot an Frachtraum vorhanden, obwohl doch der Welthandel scharf zurückgegangen ist. Keines der großen Handelsvölker verlädt auch nur annähernd die Menge von Gütern wie vor dem Krieg. Dieser Widerspruch erklärt sich daraus, daß heute in allen Häfen der Welt unvergleichlich langsamer ein- und ausgeladen wird als früher, daß, wie man annimmt, der Nutzeffekt der Hafenarbeiter um etwa 30% gesunken ist. Dazu kommen dann noch die zahlreichen, nicht enden wollenden Streiks,

Digitized by Google

heute in New York, morgen in Buenos Aires, übermorgen in Holland. Aber trotzdem muß allmählich ein Umschwung auf dem Frachtenmarkt kommen. Schon sind die Frachten auf etwa die Hälfte und weniger zurückgegangen, schon hört man von Abbestellungen bei den englischen Werften, und deshalb glaubt man in deutschen Fachkreisen, daß die englischen Arbeiter und Arbeitgeber bei der kommenden Krise im Schiffsbau gar nicht erlauben werden, daß man die deutschen Unternehmungen voll beschäftigt, während die heimischen Anlagen stilliegen. Und so — das ist die Kalkulation auf deutscher Seite — wird die Kapazität der deutschen Anlagen für den deutschen Schiffsbau zur Verfügung stehen.

Dieser hat denn auch heute schon recht ansehnliche Bauaufträge erteilt, so die Hapag im nächsten Jahre 200 000 t. Sie muß sich namentlich aus finanziellen Gründen große Zurückhaltung auferlegen. Fürs erste ist, wie schon erwähnt, heute der Bau von Schiffen phantastisch teuer. (Der Bau von 200 000 t mag heute fünfviertel Milliarden Mark kosten.) Vor allem aber auch ist derjenige, der heute Schiffe baut, gegenüber der Konkurrenz in der unangenehmen Lage eines Fabrikanten, der während der Hochkonjunktur Neubauten errichten läßt und diese nicht nur teuer zu zahlen hat, sondern darüber hinaus erst dann in das Produktionsstadium eintritt, wenn die lohnende Konjunktur vorüber ist.

Diese und andere Erwägungen führten nun dazu, daß die deutsche Großreederei, vor allem also Hapag und Lloyd, dazu übergingen, mit dem Ausland in Fühlung zu treten, und zwar mit den Vereinigten Staaten, weil das anscheinend ein besserer und angenehmerer Partner ist als England. Die Engländer mit ihrer großen Erfahrung und ihrem unbestreitbaren Neid gegen die deutsche Schiffahrt kommen hier nicht in Betracht. Die Amerikaner aber, die in der Seeschiffahrt in den Flegeljahren sind, die zwar über eine riesenhafte Tonnage (jetzt schon 12 Mill. t) verfügen, denen aber die alte Erfahrung fehlt, sind tatsächlich unter den gegebenen Verhältnissen noch der angenehmste Teilhaber. Das Aktivum der deutschen Schiffahrtsgesellschaften besteht ja heute im wesentlichen in ihrer Erfahrung und in der noch vorhandenen weltumspannenden Organisation. Diese Erwägungen also rührten zu einem Abkommen (vgl. D. P. Nr. 29) zwischen Hamburg-Amerika-Linie und Herrn Harriman in New York, dem Sproß einer der reichsten und unternehmendsten amerikanischen Familien. Sein Vater hat die Welt vor 20 und 30 Jahren in Atem gehalten durch seine gigantischen Eisenbahnpläne. Der alte Harriman war es, der die bankrotte Union Pacific Bahn, eines der wichtigsten Bahnsysteme der

Digitized by Google

neuen Welt, ausbaute. Daß er dabei auch an sich dachte, geht daraus hervor, daß seine Familie nach den Rockefeller und Astor als die reichste gilt. Da nun auf dem Gebiet der Eisenbahnen in den Vereinigten Staaten die Zeiten der unbegrenzten Möglichkeiten längst vorüber sind, so will der junge Harriman seinen Ehrgeiz draußen auf dem Weltmeere befriedigen. Er hat sich eine Flotte von 4 bis 500 000 t zusammengestellt und will sie gemeinsam mit der Hapag verwalten. Die Hapag ihrerseits hat das Recht, ebenso viele Schiffe einzubringen. Der Vertrag läuft auf 20 Jahre. Ein abschließendes Urteil über dieses Abkommen ist heute schwer zu fällen, da man die geheimen Abmachungen nicht kennt. Erst die kommenden Jahre werden ein klares, eindeutiges Urteil ermöglichen. Indessen wird man wohl zugeben müssen, daß ein derartiges Abkommen mit dem Ausland, das natürlich nicht restlos befriedigen kann, unter den gegebenen Verhältnissen aber ein Gewinn ist. Der Norddeutsche Lloyd, dessen Generaldirektor zurzeit noch in den Vereinigten Staaten sich aufhält, scheint ein ähnliches, wenn auch nicht so weitgehendes Abkommen mit einer andern amerikanischen Gesellschaft zu schließen, mit dem Unterschied freilich, daß der Lloyd entsprechend seiner Vergangenheit vor allem amerikanische Passagierdampfer verwalten wird, während die Hapag das Hauptgewicht auf Zwischendampferverkehr und vor allem auf den Frachtentransport legen wird.

Die Verhältnisse, wie sie hier geschildert sind, werden, gemessen an vergangenen, selbstverständlich manchen wehmütig stimmen. Sie werden aber auch manchem zeigen, daß die Dinge nicht so verzweifelt und hoffnungslos liegen, wie man nach dem Vertrag von Versailles hätte annehmen müssen. Und das soll uns die Hoffnung geben, daß auch anderswo, so traurig die Dinge auch heute scheinen, noch Möglichkeiten der Besserung, der Milderung, der Wiedererstarkung liegen.

Linter.

Digitized by Google

Notizen

Dichtung und Wahrheit über die Kriegsgefangenenbehandlung. Dr. Hans O. Simon sendet uns diese Gegenüberstellungen:

„Unter allen Kriegsverbrechen der Deutschen sind die scheußlichsten und strafwürdigsten die, deren Opfer unsere Gefangenen waren: Morde, barbarische körperliche Strafen, Mißhandlungen und Körperverletzungen mit tödlichem Ausgang, Diebstähle, Quälereien, Roheiten, unerhörte Schikanen, unerbittliche Gewaltmaßnahmen ..."

Henri Galli, Deputierter, im „Petit Parisien".

*

„... In Wahrheit sind unsere gefangenen Soldaten zu Tausenden als Opfer der feindlichen Behandlung im Innern Deutschlands und in den Lagern hinter der Front gestorben, wo sie wie Sklaven arbeiteten, dem Feuer unserer Batterien ausgesetzt, geprügelt, überanstrengt, kaum ernährt ..."

Henri Galli a. a. O.

*

„Die deutschen Gefangenen haben keinen Grund, uns zu hassen."

Maurice Barrès, Deputierter, im „Echo de Paris".

*

Sir Reginald Acland wies auf der Internationalen Völkerrechts-Konferenz an der Hand genauer Zahlenangaben nach, daß die Anzahl der englischen Gefangenen in Deutschland, die sich über ihre Behandlung beschwert hätten, gegenüber der Gesamtzahl der Kriegsgefangenen verschwindend gering sei.

Zeitungsmeldung vom 1. Juli 1920.

*

„Meinem Bruder, dem württembergischen Soldaten, dessen Namen ich nicht kenne, der mir am 30. Dezember 1914 im Bois de Gruerie das Leben rettete..., dem Freunde Leonhard Helm, der im Lager von Darmstadt wie ein guter Vater für mich sorgte, den Kameraden Ehrhard, Albert Kiefer und Karl Biesinger, die menschenfreundlich wie mit einem Freunde mit mir sprachen, und den vielen anderen Braven, deren Namen ich nicht mehr in der Erinnerung habe, widme ich dies Buch."

Maurice Wullers, „Dans la Mêlée".

*

„... On t'foutra dans la merde!.."

Nachruf auf einen toten Kriegsgefangenen in der Zeitung in Casabianda (Korsika).

*

Digitized by Google

„...Das Leben (der deutschen Gefangenen) war seit dem Waffenstillstand angenehm, sehr angenehm. Als Herr Clémenceau in einer seiner Noten versicherte, sie würden menschlich behandelt, hat er einen angesichts ihrer Verpflegung, Unterkunft, Freiheit recht schwachen Ausdruck gewählt...“

Capitaine Roland Engerand
im „Echo de Paris“.

*

„Nach einer Havas-Meldung beträgt die Zahl der in Frankreich noch zurückgehaltenen deutschen Gefangenen 350. Sie befinden sich fast alle im Lager von Avignon. Ihr Befinden soll nicht schlecht sein.“

Zeitungsnotiz vom
6. Juli 1920.

*

„...Die alliierten und assoziierten Mächte haben sich mit peinlichster Gewissenhaftigkeit bemüht, die Kriegsgesetze zu beobachten und den Fragen der Menschlichkeit in der Behandlung, welche sie den Kriegsgefangenen gewährt haben, Genüge zu leisten.“

Georges Clémenceau in
der Note vom 20. Mai 1919.

*

„...Die deutschen Gefangenen werden wie Sträflinge behandelt. Sie werden wie die Hunde geschlagen und schlecht ernährt... Wir haben deswegen schon an mehrere Stellen geschrieben, leider aber ohne jeden Erfolg.“

Schreiben französischer
Arbeiterinnen aus Saint
Etienne vom 15. Februar 1919
an den Präsidenten des Internationalen Roten Kreuzes in
Genf.

*

„Aus dem Strafgefangenenlager in Avignon erhielt die Vereinigung ehemaliger Kriegsgefangener in Stuttgart einen erschütternden Hilferuf, in dem unter anderem gesagt wird, daß die Lage der dort untergebrachten 389 Strafgefangenen immer trauriger wird...“

Zeitungsnotiz vom
6. Juli 1920.

*

„Ich habe Offiziere gekannt, die sich rühmten, deutsche Kriegsgefangene niedergeschossen zu haben... Ich kenne die Namen von Offizieren, die gefangene und entwaffnete deutsche Kompagnien niederschießen ließen und dafür befördert und ausgezeichnet wurden...“

Vaillant-Couturier,
Deputierter,
im „Populaire“.

*

„...keinerlei Vergleich zwischen der Behandlung der Kriegsgefangenen durch die deutsche Regierung einerseits und durch die alliierten und assoziierten Mächte andererseits möglich...“ Georges Clémenceau a. a. O.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, Redaktion: Schöneberger Ufer 36a I. Telephon: Nollendorf 928. Für Anzeigen: Werbedienst G. m. b. H., Berlin W 35, Lützowstr. 102/4. Verlag: Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 90. Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt 10 M. Einzelnummer 1 M. Druck von Paß & Garleb G. m. b. H., Berlin W 57, Bülowstraße 66.

Digitized by Google

An die Bezieher der „Deutschen Politik"

Für den **ersten Halbjahrband 1920** haben wir wieder

Original-Einbanddecken

in doppelfarbigem Druck herstellen lassen. Den Preis mußten wir der sehr gesteigerten Herstellungskosten wegen etwas erhöhen; er beträgt jetzt — übrigens auch für die früheren Decken — **M 5.—** für das Stück. Bestellungen nehmen die Buchhandlungen ∴ oder der Verlag entgegen. ∴

Deutsche Verlags-Anstalt, Berlin
Berlin SW. 11, Königgrätzer Straße 99

Unser Feld ist die Werbung in jeder Gestalt:

BILD
WORT
BAU
FILM
DRUCK
SCHRIFT

Berlin W 35
Lützowstraße 102–104

Werbedienst

München
Kaufingerstraße 23
gegenüber den Frauentürmen

Digitized by Google

Die Geschichte des geistigen Befreiungskrieges der Menschheit
Ein Monumentalwerk für jeden, der nach unabhängiger Weltanschauung strebt

Kürzlich erschien:

Fritz Mauthner

Der Atheismus

und seine Geschichte im Abendlande

1. Band

VIII und 658 Seiten Großoktav. / Auf bestem holzfreiem Papier gedruckt
Preis geheftet M 52.—, in Halbleinen gebunden M 64.—

Fritz Mauthner, längst als einer unserer klarsten und unbestechlichsten Denker bekannt und geschätzt, stellt in seinem auf 8 Bände angelegten monumentalen Werk mit äußerster Freiheit, unbekümmert um jede Kirche, die Entwicklung dar, die der Gottesglaube des Abendlandes vom Ausgang des Altertums bis zur Gegenwart genommen hat. Sein „Atheismus" führt uns auf „die helle und kalte Höhe, von welcher aus betrachtet alle Dogmen als geschichtlich gewordene und geschichtlich vergängliche Menschensatzungen erscheinen, die Dogmen aller positiven Religion ebenso wie die Dogmen der materialistischen Wissenschaft, auf die Höhe, von welcher aus übersehen Glaube und Aberglaube gleichwertige Begriffe sind". Wie alles, was nach Klarheit und Gesundung strebt, vieles zerstören muß, aber nur, um Raum für Atem und neue Kräfte zu schaffen, so darf auch Mauthner seinen Lesern verheißen, daß er sie für die Länge des Zweifelweges entschädigen wird durch eine „gott-lose Mystik", die auf alle Dogmen, auch auf das des Materialismus, Verzicht leistet. Der zunächst erscheinende erste Band führt die Geschichte des Atheismus durch die Jahrhunderte der heidnischen Antike und der frühchristlichen Zeit ins Mittelalter mit seinem Teufels- und Hexenglauben, seinen „gottlos"-gottseligen Mystikern bis zur Reformation und Renaissance und ins 17. Jahrhundert hinein; ja das Schlußkapitel des Bandes, „Sprichwörter und Sagen", versetzt uns in vielem noch in die unmittelbare Gegenwart. Die immer lebendige, fesselnde Darstellung, die Wärme und leidenschaftliche Ueberzeugungstreue des Verfassers machen das Buch zu einer unentbehrlichen Lektüre für jeden, der eine unabhängige, von Traditionen unbelastete Weltanschauung zu erringen sucht.

Wir verweisen auch gleichzeitig auf

Fritz Mauthners Ausgewählte Schriften

6 Bände geschmackvoll in Pappband gebunden. Preis M 90.—

Inhalt der Ausgabe: 1. Band: Nach berühmten Mustern (Auswahl) / Totengespräche (Auswahl) / Gedichte (Auswahl) / Narr und König (Ein morgenländisches Märchen). 2. Band: Xanthippe / Don Juan d'Austria / Dilettantenspiegel / Schmock. 3. Band: Hypatia, Roman aus dem Altertum. 4. Band: Böhmische Novellen. 5. Band: Der letzte Tod des Gautama Buddha / Aus dem Märchenbuch der Wahrheit (vermehrt). 6. Band: Ausgewählte Erzählungen.

Einzelne Bände werden nicht abgegeben

Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart, Berlin

Digitized by Google

1 SEP.

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Inhalt:

Politische Glossen 225
Barth, Die Arbeiterinternationale 227
Erényi, Ungarns auswärtige Politik 233
Pokorny, Das neue Irland 238
Hobohm, Die französische Schande im Rheinland . 242
Schwering, Großpolitische Probleme 249
Fischer, Schicksal gestalten 253

Preis vierteljährlich M 10.–, das einzelne Heft M 1.–

5. Jahrgang 20. August 1920 Heft 34

Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart-Berlin

Der Abenteuer-Roman

In dieser Sammlung erschienen soeben:

F. R. Nord, Hex-Ali

Roman. Gebunden M 15.—

Der Roman kann an atemraubender Spannung kaum überboten werden. Des Erzählers aufregende Fahrten und Abenteuer beginnen im Hotel Adlon zu Berlin, führen durch Indien zum Himalaja u. endigen in einem einsamen tibetanischen Mönchskloster.

F. R. Nord, Flir-anulch

Roman. Gebunden M 18.—

Nach Armenien, in die Kaukasusländer und in die Türkei führt uns hier einer der besten Kenner dieser Länder. Er schildert als Augenzeuge die politischen Verhältnisse in Armenien und die furchtbaren Ereignisse während des Weltkrieges.

H. Scheff, Die Eselreiterin

Roman. Gebunden M 15.—

„Die Eselreiterin" vereinigt aufs glücklichste Detektiv- und Liebesgeschichte. Der Schauplatz der Handlung ist zuerst in den Rocky Mountains, dann in einer ostdeutschen Residenz und schließlich in einem Wiener Sanatorium, wo sich alle zusammengelaufenen Fäden aufs beste entwirren.

Durch alle Buchhandlungen zu beziehen

Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart · Berlin

Herm. Stegemanns Ausgewählte Werke

6 Bände. Geschmackvoll gebunden M 90.— zuzüglich 20% Teuerungszuschlag.

Inhalt: Die als Opfer fallen / Der gefesselte Strom / Theresle / Thomas Ringwald / Die Krafft von Illzach / Daniel Junt und andere Novellen.

Einzelne Bände dieser Ausgabe werden nicht abgegeben.

Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart

Egon Fleischel & Co. in Berlin

„Die Bücherpost"

unterrichtet wöchentlich über Neuerscheinungen des deutschen Buchhandels aus allen Wissensgebieten und der Unterhaltungsliteratur. Einzelnummer 25 Pfg. vierteljährlich Mk. 2.50. Abonnements nimmt jede Poststelle, auch der Briefträger, entgegen. Probenummern sendet die Geschäftsstelle der „Bücherpost", Frankfurt a. M., Ridderstr. 74, postfrei und unentgeltlich.

A. WARMUTH · Speditionsgeschäft

Zentrale: BERLIN S. 2, Hinter der Garnisonkirche 1a.
Fernsprecher Norden 209, 316, 1642, 4472 u. 4512.
Leipziger Abteilung: Berlinerstr. 20a. Zentrum 2000.

Versand von Gütern aller Art nach allen Orten der Welt.

Möbeltransport — Lagerung.

Digitized by Google

5. Jahrgang * 20. August 1920 * Heft 34

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Ob den Franzosen an dem General Wrangel so übermäßig viel liegt, ist nicht ersichtlich. Die Erfahrungen mit seinen Vorgängern sind ja nicht sehr ermutigend. Aber die Anerkennung des Generals ist in diesem Augenblick auch eine Geste für die Polen: können wir euch nicht helfen, dann wollen wir doch den Mann stärken, dessen Sieg oder Niederlage in der Fernwirkung auch dem bedrängten Polenstaate zugute kommen muß. Wrangel könnte von See her militärisch und mit Material unterstützt werden, und er vermöchte auch, falls er mit den Kubankosaken sich zu verständigen weiß, für die jetzt im Westen stark gebundene Bolschewistenmacht eine Gefahr oder doch eine Bedrohung werden. Daß Wrangel die zaristischen Schulden an den französischen Rentner anerkennt, reicht noch nicht aus dafür, daß Frankreich jetzt so stark auf ihn setzt — die zwanzig Milliarden sind heute auch nicht mehr soviel, um die Kompaßbewegung einer ganzen Politik zu bestimmen. Aber wichtiger fast als diese Motive der Franzosen, ihre Feindschaft gegen Sowjetrußland demonstrativ festzulegen, ist im Augenblick die Tatsache, daß Millerand sich stark genug fühlte, damit Lloyd George zu überraschen. Es ist ähnlich wie beim Einmarsch in den Maingau: er will durch „vollendete Tatsachen" die Unabhängigkeit der Pariser Politik von Downing-Street dokumentieren und weiter vorschieben. Die französische Oeffentlichkeit, die gegen Georges Verhandlungen mit Krassin seit Monaten mißtrauisch ist, geht bei dieser Aktion ihres Ministerpräsidenten mit — aber auch Lloyd George hat die englische Masse hinter sich, wenn er jetzt laviert und alle Zuspitzung des Konflikts mit Rußland immer wieder abzubiegen versucht. Die englische Arbeitermasse fühlt sich an dem russisch-polnischen Krieg nicht sehr interessiert, auf jeden Fall weit weniger als die tragende Schicht Frankreichs. Was der englische Premier auch für schöpferische oder spielerische Einfälle über seine künftige Ostpolitik habe, er ist nicht frei, sondern stärker als früher an die Unterströmungen der öffentlichen Meinung gebunden. Diese vermag sich zwar über die Sowjets zu entrüsten, aber nicht für die Polen aufzuregen, und ist

Digitized by Google

offenbar für einen Abbau der Londoner Engagements außerhalb des britischen Imperiums. Sie fühlt sich durch Millerand verletzt; vielleicht weniger durch die Anerkennung Wrangels als durch die Begleitumstände, in der diese sich vollzog. Die Zuversicht der Polen wird nicht eben wachsen, wenn sie im Augenblick der höchsten Not eine so offenbare Verstimmung ihrer beiden Schutzmächte erleben müssen.

*

Es gibt wenige Leute in Deutschland, die nicht mit Genugtuung die Katastrophe des polnischen Imperialismus erleben; denn in ihr wird Versailles nicht „revidiert", sondern eine seiner Voraussetzungen zerstört. Es gibt aber sehr viele Leute bei uns, die das politische Problem, das sich für uns darstellt, über die Gemütsbewegung hinaus nicht weiterdenken. Die klarste Nüchternheit ist aber das Gebot der Stunde. Man braucht nur zu sehen, in welchen militaristischen Rausch die kommunistische Presse geraten ist, zu lesen, wie ein Teil der jungen Intellektuellen jetzt auf das Russenbündnis schwört, um zu begreifen, wie labil die außenpolitische Phantasie ist. Der Russe ist auf einmal wieder für sehr viele der Bringer des Heils, aber sie verstehen unter dem Heil sehr verschiedene Dinge. Glaube doch niemand, Klara Zetkin biete ihre Gefolgschaft, wie es manche Leute träumen, zum Kampf gegen den Westen auf; die deutsche Flurbereinigung liegt ihr näher, vor allem, was Nationalismus heißt, hütet sie sich, denn es entzieht ihr und den ihrigen die Kraft. Die Lenin und Radek denken gar nicht daran, aus Haß gegen England dem gequälten Deutschland „zu Hilfe zu kommen"; wenn sie jetzt auch von dem urtümlichen Polenhaß der russischen Seele machtpolitisch profitieren, so bleibt ihre Rechnung und Phantasie auf die sozialistische Weltrevolution eingestellt. Von hier aus regeln sie ihre täglich wechselnde Taktik des Bluffs, der Lüge, der Verschleppung gegenüber Polen und der Entente, von hier aus würden sie auch ihr Verfahren gegen Deutschland einstellen. Solange unsere Feinde dabei die Leidtragenden sind, sollen wir uns nur freuen, aber nicht in die Träume gleiten, daß die Moskauer Gewalthaber für die Befreiung Deutschlands kämpfen.

*

Der Oberste Rat der Entente bleibt bemüht, das Recht der deutschen Vergewaltigung bis zum letzten als den Kern seiner Politik zu begreifen. Nur so und als billiges Trostmittel an die betrogenen polnischen Betrüger ist es ja zu verstehen, daß der rechte Uferstreifen der Weichsel im Abstimmungsgebiet an Polen abgetreten wurde, obwohl damit nicht nur politisch, sondern auch flußtechnisch etwas sehr Unsinniges geschieht. Paris und London schenken an Warschau deutsches Land in einem Augenblick, da die Niederlage der Polen den Krieg ins Soldauer Gebiet zieht!

Digitized by Google

Die Arbeiterinternationale

Von Erwin Barth

In den weltpolitisch ereignisreichen Tagen zwischen Spa und dem polnischen Zusammenbruch fanden drei Kongresse von internationaler Bedeutung in Moskau und in Genf statt. Die ersten größeren Kongresse der internationalen Arbeiterschaft seit 1914. Der Kongreß der 3. (bolschewistischen) Internationale, der am 19. Juli feierlich im Taurischen Palais in Petersburg eröffnet wurde und dann in Moskau zur Arbeit zusammentrat, und der Kongreß der 2. Internationale, der am 31. Juli in Genf begann, sind Organe der sozialistischen Arbeiterparteien, und der gleichzeitig mit der 2. Internationale in Genf tagende internationale Bergarbeiterkongreß ist ein Organ der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter des Bergbaues, zu denen auch nichtsozialistische Bergarbeitervertreter gehören.

Die sozialdemokratische internationale Bewegung ist programmatisch scharf in zwei Lager gespalten. Die alte (2.) Internationale betont die Entwicklung zum Sozialismus auf dem Boden der Demokratie. Die 3. Internationale vertritt den Sturz des Kapitalismus durch die gewaltsame revolutionäre Umwälzung und die sofortige Aufrichtung des Sozialismus durch die Diktatur des Proletariats; unter Diktatur des Proletariats versteht sie nicht nur die Diktatur einer Minderheit der Arbeiter, sondern die einer kleinen Gruppe geistiger Führer der extremsten politischen Richtung der Arbeiterschaft. Beide Internationalen sind nur Minderheitsvertretungen. Zwischen ihnen bestehen starke sozialistische Parteien, die sich für die 3. Internationale erklärt haben, ohne ihr angeschlossen oder von ihr aufgenommen zu sein. Und der Gedanke einer 4. Internationale dieser radikalen sozialistischen Mitte, die allerdings nicht deutlich umrissen werden kann, ist keineswegs tot.

Trotz der klaren Unterscheidungsmerkmale zwischen der 2. und 3. Internationale ist doch eine gewisse Brücke zwischen beiden fühlbar. Nichts ist absolut. Die in allen modernen Ländern zahlreichen Abstufungen der sozialistischen Arbeiter verbinden die Extreme. In Deutschland beispielsweise ist eine reine Scheidelinie zwischen den vier bedeutenderen sozialistischen Arbeiterparteien gar nicht zu ziehen. Der linke Flügel der alten Sozialdemokratie steht dem Kern der Unabhängigen Sozialdemokratie viel näher, als deren rechter Flügel, und zwischen Kautsky und Däumig besteht ein weit, weit größerer Unterschied als zwischen Däumig und Levy von der Kommunistischen Partei. Die Parteien schieben sich ineinander ein, und an den Rändern der Parteien ist nur noch das leblose Mitgliedsbuch Unterscheidungsmerkmal von hüben und drüben — nicht die Gesinnung. Diese Brücke ist jedoch im Parteileben nicht sichtbar. Demagogie

Digitized by Google

und Agitationsbedürfnis übertreiben nicht nur das eigentliche Wollen, sondern reißen auch die künstliche Kluft von einer Partei zur anderen auf.

Aber auch innerhalb der Internationalen gibt es tausenderlei Verschiedenheiten und mindestens so viele Wesensrichtungen als nationale Gruppen. Jedes Volk hat sein besonderes, von Tradition, Staatsform, Klima, Bodengestaltung, Rasse, Wirtschaft, kurzum vom Milieu bestimmtes Erlebnis. Dieses Moment ist, wie die Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung lehrt, viel stärker als die ideologischen Einflüsse. Kein Ereignis hat das eindringlicher bewiesen als der hinter uns liegende Krieg. Das Erlebnis ist konkret, die Theorie ist abstrakt und wird leicht von der Macht des Gefühls überrannt.

Das muß der Realpolitiker scharf im Auge behalten, sonst kommen Enttäuschungen heraus.

Der Gedanke der sozialistischen Arbeiterinternationale geht ursprünglich von der reinen Lehre des Klassenkampfes aus: Die durch internationale Beziehungen zur Weltmacht gewordene Größe des ausbeuterischen Kapitalismus ist nur zu überwinden durch den ebenfalls internationalen Zusammenschluß und durch die einheitliche internationale Aktion des Proletariats. In seiner wirtschaftlichen und sozialen Gegnerschaft zum Proletarier ist der Kapitalismus in der ganzen Welt einheitlich gerichtet. Also muß es auch das Proletariat sein. Das ist die Theorie. In der Praxis hat sich die Internationale anders gestaltet: sie war das Mittel, die selbständigen sozialistischen Gruppen der einzelnen Länder auf einer höheren Plattform zusammenzuführen und gemeinsame Richtlinien zur allmählichen Hebung der Arbeiterklasse zu finden. Voraussetzung war Einheitlichkeit der sozialistischen Bewegung in den einzelnen Ländern und Geschlossenheit in der höheren Zusammenfassung dieser nationalen Gruppen.

Daraus wird sichtbar, daß der gegenwärtige Zustand zweier sich in schärfster Opposition entgegenstehender sozialistischer Internationalen den Gedanken der Arbeiterinternationale totschlägt. $2 \times 1 = 0$, oder: 2. Internationale und 3. Internationale ergibt keine Internationale.

Der Gedanke der sozialistischen Arbeiterinternationale hat seine klassische Prägung in dem Rufe Karl Marx' erhalten: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!" Nicht nur die Arbeiter aller Länder sind gegenwärtig nicht vereinigt, sondern auch die sozialistischen Arbeiter der einzelnen Länder sind bis zum gewalttätigen Haß und zur Todfeindschaft auseinanderorganisiert. Der Glaube an die Internationale und an ihre Wirksamkeit kann nicht früher wieder erstehen, bis sich die nationalen sozialistischen Arbeitergruppen ausgesöhnt und verschmolzen haben. Vorläufig tobt der Kampf der Selbstzerfleischung. Ich habe vor radikalen Arbeitern, die das große Wort der Völkerversöhnung inmitten wilder Kampfansagen und Schmähungen gegen die alte Sozialdemokratie aussprachen, immer gesagt:

Digitized by Google

begrabt die Völkerversöhnung als Illusion, wenn ihr nicht einmal die Kraft aufbringt, euch mit euren eigenen Landsleuten zu versöhnen. Diesen Gedanken übertrage ich auch auf die heutige internationale Bewegung. Die Internationale ist solange ein Retortenwesen, bis nicht die nationalen sozialistischen Gruppen sich zur gegenseitigen Toleranz, zur geschlossenen Solidarität und zur Einheit zurückgefunden haben.

*

Die 1. Internationale wurde 1864 in London gegründet. Karl Marx war ihr geistiger Vater. Die revolutionären Bewegungen in Europa hatten mehr oder minder feste revolutionäre Organisationen geschaffen. Durch die Verfolgung der Revolutionäre sind diese in die verschiedenen Länder verstreut worden, und es entstand ein Band revolutionärer Geistes-, Leidens- und Kampfesgemeinschaft. Die europäischen Regierungen konnten eine übertriebene Sorge vor der wachsenden Bewegung nicht verbergen. Dadurch wurde das Kraftgefühl der revolutionären Kampfträger gestärkt. Sie überschätzten ihre Kraft und die Kraft ihrer Sache. Sie glaubten — und auch Marx und Engels glaubten das —, daß die Stunde der großen Umwälzung und der Uebernahme der politischen Macht durch die unteren Volksschichten nahe bevorstand. Zur Rüstung für diesen historischen Moment wurde die 1. Internationale begründet. Deutschland war darin durch verfolgte und flüchtige Revolutionäre vertreten.

Der wissenschaftliche Sozialismus war noch jung. Ernste, wirtschaftlich eingestellte Sozialisten, Gefühlssozialisten, Putschisten und Demokraten (auch mit den Demokraten Portugals wurde Verbindung aufgenommen) fanden sich in der Internationale zusammen. Unter den harten Schlägen des Krieges von 1870/71 und unter den leidenschaftlichen Kämpfen der Pariser Kommune wurde die 1. Internationale auseinandergeschlagen. Den Erschütterungen durch den Krieg war die Internationale nicht gewachsen. In Deutschland waren die Lassalleaner für den Krieg gegen Frankreich. Bebel und Liebknecht wählten zunächst die Stellung skeptischer Abstinenz. Die französischen Sozialisten wandten sich aus begründetem Haß gegen das dritte Kaiserreich mit den deutschen Lassalleanern gegen den Krieg ihrer Regierung. Später, als Deutschland den Kampf gegen die Pariser Kommune führen half, waren alle drei Gruppen einmütig in schärfster Frontstellung gegen den preußischen Militarismus. Der Russe Bakunin putschte in allen Ländern oder versuchte die Arbeiterschaft zur direkten putschistischen Aktion aufzustacheln. Die Folge war eine schwere Sozialistenverfolgung in fast allen modernen europäischen Ländern, die die Bänder der Internationale auseinandersetzte. Die 1. Internationale starb ab.

In Europa war es still geworden. Die ernüchterten Arbeiter beschritten den legalen Weg zur Vertretung ihrer Interessen, und sie hatten die Genugtuung, ihre zähe Kleinarbeit des Tages durch praktische Erfolge

Digitized by Google

belohnt zu sehen. In den einzelnen Ländern vervielfältigten oder kräftigten sich die sozialistischen Arbeiterorganisationen. Die legale Art ihrer Arbeit wurde toleriert. Und als 1889, nach langer Pause, das erstemal wieder die internationalen Vertreter der Arbeiter in Paris zusammenkamen, war es eine stattliche Versammlung. Die Delegierten gingen nicht auseinander, ohne ein neues Band der Gemeinsamkeit zu knüpfen. Sie gründeten die 2. Internationale. Deren Gesicht war von Anfang an viel einheitlicher als das ihrer toten Vorgängerin. Und die von ihr aufgestellten Forderungen und Richtlinien waren — wohl unter dem Einfluß der schon gut entwickelten Gewerkschaften und namentlich der englischen Gewerkvereine — von einem starken realpolitischen Geist und von Sinn für das praktisch Mögliche durchzogen.

Der Pariser Kongreß war ein sozialistischer Kongreß. Das wurde durch die Teilnahme der Gewerkschaften nicht abgeschwächt. Später, mit dem Erstarken der einzelnen Gewerkschaften und unter dem Druck der besonderen Tätigkeit der Gewerkschaften, machten sich besondere internationale Kongresse der beruflich gleichartig zusammengesetzten einzelnen Gewerkschaften und der gewerkschaftlichen Hauptzentralen der einzelnen Länder notwendig. Die Gewerkschaftsinternationale wuchs aus der 2. Internationale heraus.

Die sozialistischen Parteien in den Ländern stiegen in der Folgezeit rasch empor. Sie wurden eine Macht. Und die 2. Internationale wurde ebenfalls allgemein als Macht empfunden. Nicht nur von den Arbeitern. Aber doch von den zukunftsgläubigen Arbeitern in besonderem Maße. In Deutschland entwickelte sich unter der rührigen Einwirkung der organisierten sozialistischen Arbeiterschaft in schnellem Tempo ein beispiellos großartiges Werk öffentlichen Arbeiterschutzes und der Sozialgesetzgebung. Die gewerkschaftlichen und politischen Organisationen gingen verblüffend rasch in die Breite. Die deutsche Arbeiterschaft hielt Disziplin im nationalen und internationalen Kreis, Solidarität und Opferbereitschaft brachten ihr fortgesetzt Erfolge. Ihr Gefühl von der Kraft ihrer Verbände übertrug sich natürlicherweise auch auf die Einschätzung der Internationale. Sie begeisterten und berauschten sich an deren in ihrem Glauben bestehenden Macht und Allmacht, und viele ließen sich bis zur Verleugnung des Nationalen zugunsten des Internationalen fortreißen. Daraus mußte die große Enttäuschung erwachsen. Die nüchternen Kreise sahen in der Internationale nichts anderes als die Vereinigung der nationalen Gruppen zum Zwecke gegenseitigen Schutzes, gegenseitiger Unterstützung, gegenseitiger Förderung im legalen Kampfe um die Gleichberechtigung der Arbeiter und um die Eroberung der politischen Gewalt auf dem demokratischen Wege zum Sozialismus. Aber auch sie hatten die hohe Kraft nationaler Leidenschaft und positiver Solidarität für das eigene Volk unterschätzt.

Als am Vorabend des Weltkrieges die Internationale einen verzweifelten

Digitized by Google

Versuch machte, die mit ihr gehende Arbeiterschaft für den Frieden einzusetzen, hörten die Massen schon nicht mehr. Die relativ engen Grenzen der Macht der Internationale wurden deutlich sichtbar. Unter dem Getöse des Krieges ging sie unter. Wrong or right, my country — das Wort gilt viel stärker als man es zugesteht. Nur eine ganz kleine Gruppe radikaler Sozialisten — eine Handvoll aus der großen Internationale — bekannte sich aktiv als absolute Kriegsgegner. Die große Masse ging mit Begeisterung in den Krieg. Unter den Entbehrungen und Leiden verlöschte allmählich die Begeisterung, aber die Sorge um das eigene Land blieb wach und sie war noch in der breiten Masse wach, als deren innere Kraft erschöpft war, und nur noch der Wunsch „Frieden um jeden Preis" laut wurde.

Der Völkerkrieg hatte die Arbeiterschaft an die Seite ihres Volkes gerissen. Sie ging in dieser höheren Notgemeinschaft fast völlig auf. Die Feindschaft der Armeen übertrug sich auf die Gefühle der Bevölkerung, und die Arbeiterorganisationen konnten diesem stärkeren Bann nicht widerstehen. Es war darum außerordentlich schwer, die einzelnen nationalen Gruppen wieder international in der früheren Einheit zusammenzuführen; es war unmöglich geworden. Der erste große internationale Kongreß der 2. Internationale nach dem Kriege, der eben in Genf zu Ende gegangen ist, war nur ein schwacher Abglanz der früheren Größe. Die nationalen Leidenschaften sind noch nicht beruhigt und werden es trotz Internationale nicht sein, solange der Versailler Vertrag besteht. Wie stark das Uebergewicht nationalen Fühlens ist, bewies die Haltung der Gruppen aus den Ententestaaten auf den vorhergegangenen internationalen Konferenzen und auch das der französischen Delegierten in Genf in der Kriegsschuldfrage.

Die Kriegsschuldklagen und -anklagen führten auch innerhalb der Arbeiterschaft der einzelnen Länder zu heftigen Spaltungen der sozialistischen Arbeiterbewegung. Diese Spaltung übertrug sich auch auf die Internationale. Zuerst sagten sich die in Rußland zur Macht gelangten Bolschewiken von der 2. Internationale offen los und riefen zur Bildung der 3. Internationale auf. Deren geistiger Inhalt sollte dem Charakter des extremen Radikalismus großer Arbeitergruppen angepaßt sein. Dem Rufe folgten zahlreiche starke Parteigruppen. Aber sie wurden, wie der jüngst abgehaltene zweite Kongreß der 3. Internationale in Moskau zeigte, nicht alle akzeptiert. Der orthodoxe Radikalismus Lenins forderte das Bekenntnis und den Tatbeweis für den Kommunismus im Sinne der Bolschewiken. Deshalb wurde die Kommunistische Partei Deutschlands z. B. vollberechtigt als Mitglied anerkannt, während die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands wie ein ungezogener Lausbube mit Spott und Schande behandelt wurde. Auch andere, westliche Gruppen, die sich von der 2. Internationale losgesagt und für die 3. Internationale er-

Digitized by Google

klärt hatten, wurden zunächst in demütigender Distanz gehalten und nur als passive Mitglieder aufgenommen.

Die Moskauer Internationale steht im schärfsten Kampfe gegen die 2. Internationale, auch ihre taktische und grundsätzliche Einstellung läßt das erkennen: hier Demokratie, dort Diktatur; hier legale Kampfmethoden, dort illegale; hier Sozialismus durch Evolution, dort radikaler revolutionärer Sturz alles Kapitalistisch-Bürgerlichen; hier sachlich geistiger Kampf, dort Terror; hier Streben nach Frieden zwischen allen Ländern, dort kriegerisches Betreiben der Weltrevolution; hier loyaler Respekt vor der nationalen Eigenart, dort Intoleranz in dieser Hinsicht; hier Betonung positiver Fortschrittsarbeit, dort Katastrophenpolitik usw.

Dazwischen stehen die starken Gruppen, die sich von der 2. Internationale losgesagt und in der 3. nicht anerkannt werden. Sie schaukeln zwischen beiden als drittes undefinierbares Etwas hin und her. Sie haben mit dem Alten gebrochen und können sich doch nicht ganz von ihm freimachen; sie sehnen sich nach dem Neuen und bringen die Kraft nicht auf, sich ihm ganz zu unterwerfen. Das sind die Halben!

*

Eine geschlossene Form der internationalen Bewegung scheint für die sozialistisch organisierten Arbeiter auf absehbare Zeit unmöglich. Das schien auch nach dem Sturze der Pariser Kommune und schon während des Kampfes um sie unmöglich. Und dennoch hat der eherne Schritt der natürlichen Entwicklung die als Haupthindernisse der Einheitlichkeit entgegenstehenden Differenzen beseitigt. Die Zeit wird kommen, wo sich die Intransigenten die Köpfe abgestoßen haben und eine einheitliche Neubildung erfolgt.

Nur auf gewerkschaftlichem Gebiete scheint die Geschlossenheit der Internationale sich zu behaupten. Zwar hat der internationale Gewerkschaftskongreß in Amsterdam noch deutlich die offenen nationalen Wunden sehen lassen. Aber der internationale Bergarbeiterkongreß in Genf, der gleichzeitig mit dem der 2. Internationale dort stattfand, hat eine große selbst die Franzosen und Belgier miterfassende Einmütigkeit und Sachlichkeit gezeigt. Die gewerkschaftliche Tätigkeit unterscheidet sich in ihrem Charakter von der politischen. Die politisch noch stark verpestete Atmosphäre hemmt die Gewerkschaften naturgemäß viel weniger als die unmittelbar in ihr lebenden politischen Parteien. Die Gewerkschaften haben eminent nüchterne Erfordernisse des kleinen Tageskampfes zu leisten und sind sehr scharf auf die Arbeit auf gegebenem wirtschaftlichen Untergrund eingestellt. Sie werden von den Schwingungen der großen Weltpolitik weniger berührt. Sie stehen inmitten praktischer Arbeit. Diese erzieht taktisch und lehrt nüchtern die realen Machtfaktoren abschätzen und mit ihnen zu rechnen.

Dennoch scheint es, als wenn auch die Gewerkschaftsinternationale sich

Digitized by Google

bereits wieder auf verhängnisvolle und enttäuschungsschwangere Wege begeben würde. Die Bergarbeiterinternationale hat mit einer so starken Sicherheit den internationalen Bergarbeiterstreik im Falle eines neuen Krieges angedroht, daß man darin eine Ueberschätzung ihrer Kraft erblicken muß. Wer die unter der Einwirkung des Versailler Friedens und seinen Auswirkungen entstandenen Gefühlsschwingungen in der Masse des deutschen Volkes empfindet, wird schwer daran glauben können, daß in der nächsten Zeit unter allen Umständen die Generalstreiksparole im Falle eines Krieges befolgt werden wird. Der internationale Gewerkschaftsbunnd hatte in der Selbstüberschätzung seiner Macht den Boykott, die Blockade Ungarns angeordnet. Viel Lärm ohne Erfolg. Die Parole wurde nicht befolgt. Der Boykott mußte am 8. August widerrufen werden, weil sich nur wenige und schwache Arbeitergruppen danach richteten. Die Enttäuschung ist da.

Trotz dieser Fehler, die psychologisch durchaus verständlich sind, scheint gerade die Gewerkschaftsinternationale außerordentlich lebenskräftig. Sie ist nicht zerrissen wie die politisch-sozialistische internationale Bewegung. Sie verbürgt auch am besten die rasche Entwicklung der Fähigkeit genauer und nüchterner Abschätzung der tatsächlichen Kräfte — der eigenen und der fremden — und realpolitischer Zielsetzung.

Ein Wiederaufleben der sozialistischen Arbeiterinternationale, d. h. einer sozialistischen Arbeiterinternationale, scheint nur praktisch möglich auf dem Boden: International nicht als Gegensatz zu national, sondern als Ergänzung der in disziplinierter Freiheit entwickelten nationalen Gruppen; internationale Aktion auf dem Boden der gesetzmäßig gegebenen Tatsachen zugunsten der Schaffung einer fortgeschrittenen Gesetzlichkeit; Eroberung der politischen Macht als Vorstufe für den Sozialismus durch Demokratie; inzwischen fortgesetzte, praktische, verantwortliche Gegenwarts- und Kleinarbeit zur systematischen, schrittweisen Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft (im weitesten Sinne) in allen Ländern der Welt.

Dieser Boden ist noch sehr steinig und verwildert.

Ungarns auswärtige Politik

Von Dr. Gustav Erényi

Die Verwendungsmöglichkeiten der in kurzer Frist erheblich angeschwollenen ungarischen Nationalarmee beschäftigen die Presse tagtäglich in anderem Zusammenhange. Bald scheint sich die Angriffslust Ungarns nach Osten, bald wieder nach Westen zu kehren. Das eine Mal rückt das ungarische Heer nach vorhergehendem Pakt mit der Entente zur Unterstützung der bedrängten Polen gegen Sowjet-Rußland vor, das andere Mal dünkt auf Grund der Fälle Fürstenfeld und Zala-Egerszeg

Digitized by Google

als Ziel ihrer Vorbereitungen Wien, und es wird über abenteuerliche Pläne gemunkelt, die von Budapest bis nach München weisen. Wie dem auch sei, immerhin muß ein Heer, dessen Stärke die Bestimmungen des Friedensvertrages bedeutsam überschreitet, als eine für gewisse Eventualitäten verfügbare Reserve gebildet und geduldet worden sein.

Für die unterlegenen Staaten ist das außenpolitische Betätigungsfeld recht karg bemessen. In der Zurückhaltung von jeglichem Unternehmen mit ungewissem Ausgang liegt die einzige Gewähr, sich den letzten Rest politischer Unabhängigkeit für die Zukunft erretten zu können. Die jeweiligen Staatsgeister von Budapest ließen sich durch keine solchen Grundsätze realer Mäßigung leiten. Sie sahen es auf eine allzu augenfällige Opportunitätspolitik ab, die die Konjunktur stets mit übermäßigem Schneid ausnützen wollte und daher — wie jede Konjunkturgymnastik — in ihren Folgen entschieden inopportun wirkte.

Schon das so jäh eingesetzte Umschwenkungsmanöver des Grafen Károlyi stellte einen solchen fehlgeschlagenen Verblüffungsversuch dar. Auch das Bolschewistenabenteuer war im ersten Augenblick als ein wohl inszenierter Geisterspuk unter möglicher Beteiligung bürgerlicher Kreise gedacht. Nach den bitterbösen Enttäuschungen dieses Abschnitts galt es nun wieder, ein anderes Extrem zu stiften, das Vorhergehende in Acht und Bann zu legen und zu weiter Zurückliegendem zu greifen: zum royalistischen und klerikalen Prinzip, zu Losungen der Rechtskontinuität und Verfassungstreue. Doch just in der Devisenfreudigkeit der neuen Aera liegt ein Zug unnahbar tuender Gefallsucht, der Einmengungsgelüsten von außen zugute kommt.

Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus war das Schicksal des Landes in die Hände der herbeieilenden Ententemissionen gelegt. Sie hätten die Gefahr der rumänischen Besetzung abwenden oder dämpfen und, nachdem auch diese abgeflaut war, zumindest die Schrecken einer Dauerreaktion dem arg geprüften Lande ersparen können. Es ist vielleicht übertrieben, in der Gestaltung der ungarischen Dinge nur eine von außen wirkende Absicht sehen zu wollen. Doch immerhin ist sie die Folge von Saumseligkeiten und von jenem Mangel an Einmütigkeit, der in Budapest stärker als in Versailles zutage trat.

Man darf England die Anerkennung nicht versagen, daß es mit einem gewiß nicht uneigennützigen, jedoch zweckdienlichen Entwirrungsplan rechtzeitig zur Stelle war. Der nach Ungarn entsandte britische Vertreter, Sir George Clark, verrichtete das ihm anvertraute Werk mit der charakteristischen Gelenkigkeit der Diplomaten seiner Rasse. Er gab vor, sich in die inneren Angelegenheiten des Staates nicht einmengen zu wollen, was ihn jedoch nicht daran hinderte, dem damaligen Ministerpräsidenten, Stefan Friedrich, dessen dunkelmännisches Gebaren aus dem endlich eingeleiteten Prozeß gegen die Mörder Tiszas nun erhellt, die Anerkennung der alliierten Mächte

Digitized by Google

zu verweigern. Auf eine Fusion der hadernden Parteien, die Sir Clark empfahl, wurde später kein zu großes Gewicht gelegt; man verhandelte mit einem „christlich-nationalen" Ungarn von recht einseitiger Parteischichtung, das sich nichtsdestoweniger um die letzte Jahreswende offensichtlich zu erholen begann.

Diese Konsolidierung war zweifellos das Werk englischer Wirtschaftspolitik, die in Ungarn die erste Station ihrer orientalischen Ausbreitungs-Donaukontrolle, wußte sich England schnell des wirtschaftlichen Mechanismus Ungarns zu bemächtigen, vor allem die Lebensmittelversorgung aus dem Auslande zu organisieren. Des weiteren nahm englisches Kapital mit wachsendem Interesse an ungarischen Unternehmungen Anteil und vereinigte durch die Stiftung einer englisch-ungarischen Bankgruppe namhafte Kraftquellen des Landes unter seiner Aegide.

Bemühungen dieser Art schienen ihre Wirkung auf das leicht entflammbare Gemüt der Ungarn nicht zu verfehlen. Man sprach in Budapest eine Zeitlang viel und willig über die ersprießlichen Aussichten eines englischen Protektorats, und die Berufung eines englischen Prinzen auf den Thron Ungarns war für die Gruppe gemäßigter Royalisten schon eine feststehende Tatsache. Man hegte Erwartungen für einen günstigeren Frieden, für eine zu gewährende große Anleihe, und sah das neuerstarkende Ungarn bereits im Zentrum eines mitteleuropäischen Staatenbundes, dessen Begründer freilich England gewesen wäre.

Aus so manchen Symptomen scheint hervorzugehen, daß eine solche Durchdringungstendenz Großbritanniens auf französischer Seite einem sich immer mehr versteifenden Widerstand begegnet war. Während sich Frankreich zu gutem Anfang auch Ungarn gegenüber auf den gestrengen Richter hinausspielte, und seine flotten Leitartikelschreiber, wie Robert Flers und Gustave Hervé, im Sinne der Vergeltung agitierten, milderte sich später diese Gesinnung. Der anfangs so temperamentvolle Ausfall gegen reaktionäre Strömungen und namentlich gegen die Fürsprecher einer Restauration des Hauses Habsburg, verstummte. Gleichzeitig aber bemühten sich auch die französischen Kapitalisten um Einflußnahme auf die ungarische Geldwirtschaft und assoziierten sich mit der Allgemeinen Ungarischen Kreditbank, dem größten Geldinstitut des Landes.

Der Hinweis auf einen bewußten französischen Druck, der vermittels der Truppen Horthys von Budapest aus den Plan eines süddeutschen Sonderreiches unter der Herrschaft der Habsburger oder Wittelsbacher fördern will, ist und bleibt lediglich eine Kombination. Fest steht jedoch, daß sich der rechtsradikale, habsburgfreundlich gesinnte Flügel der ungarischen Politik gerade während der letzten Monate, zu gleicher Zeit mit dem Raumgreifen französischer Wirtschaftskräfte wieder stärker zu regen beginnt, und daß damit auch das Problem des ungarischen Heeres immer merkbarer in den

Digitized by Google

Vordergrund rückt. Indes darf man in solchen Erscheinungen nicht das ausschließliche und nachweisbare Werk fremder Einflüsse erblicken. Es gehört vielmehr mit zu den Wesenszügen der ungarischen Auslandspolitik von heute, daß sie die Revision des in allen Teilen gewiß unhaltbaren Friedens auf Grund kleiner Gelegenheitskünste anstrebt, anstatt in Verfolgung einer stabilen, gefahrfreien Realpolitik auf das Erstarken eines organisatorischen Rechtsschutzes der Nationen zu dringen, ohne den ein gedeihliches Schlichtungswerk nicht möglich erscheint.

Eine solche Fehlpolitik gibt sich vor allem in dem der Entente gestellten Anerbieten kund, gegen die Bolschewisten Truppen zu senden. Bestimmend ist für diesen Antrag sicherlich nicht das Moment des ungarischen Grenzschutzes, zumal die russische Armee von Ungarn noch durch rumänisches und tschechisches Gebiet getrennt ist, und auch nicht der persönliche Haß, den Ungarns gegenwärtige Leiter gegen das kommunistische System empfinden. Es handelt sich in der Hauptsache offenkundig um Rekompensationen, um das bindende Versprechen kleiner territoritaler Aenderungen — zu größeren kann sich die Entente ohne Vertragsbruch niemals herbeilassen —, um deretwillen sich die Lenker eines Staates, der so stolz auf die Integrität seines tausendjährigen Bestandes pocht, nicht aufs Feilschen und Dienen verstehen dürften.

Wenig real wirkt auch das Verhalten der ungarischen Politik zu gewissen Strömungen des Deutschen Reiches. Wohl können die wirtschaftlichen Bande von Regierung zu Regierung infolge Verkehrs- und Produktionsschwierigkeiten nicht allzufester Natur sein. Hingegen stützen sich jene Verbindungen, die mit gewissen deutschen Offizieren angeknüpft und jene Sympathien, die für die Regisseure des letzten Märzputsches empfunden werden, auf ein Deutschland, das schlechthin nicht existiert und dessen Förderung blutige Umstürze und einen neuen Weltkonflikt zur Folge hätte.

Den Luxus einer Gefühlspolitik können sich die Unterlegenen am allerwenigsten gestatten. Um drohender Isolierung vorzubeugen und sich über ökonomische Krisen für die Not durchzuwinden, haben sich Deutschland und Deutsch-Oesterreich trotz tiefgreifender Verstimmung zu Verhandlungen mit den bevorzugten Nachbarstaaten entschlossen und die wirtschaftlichen Beziehungen wenigstens für die nächste Zukunft geregelt.

Ungarn brachte es bisher nicht über sich, mit den nötigen Folgen eines Zustandes zu rechnen, der wohl anzufechten, aber fürs erste nicht zu umgehen ist. Nach wie vor ernennt die ungarische Regierung Lehrkräfte für die Schulen der besetzten Gebiete, für die Universitäten in Preßburg und Klausenburg, über die ihr in Wirklichkeit kein Verfügungsrecht zusteht. Noch ist der Bahn- und Postverkehr mit Rumänien und der Tschechoslowakei gänzlich unterbunden und die Verbindung mit diesen Ländern

Digitized by Google

nur auf großen Umwegen möglich, trotz vielfältiger Familienbande, die über die Grenzen hinüberweisen. Das Verhältnis zu Oesterreich scheint durch die westungarische Frage wie auch durch unvereinbare Gegensätze in der Verwaltung der beiden Staaten verstimmt. Etwas freundlicher gestaltete sich der Umgang mit dem südslawischen Reiche, das für den Fall eines Konfliktes mit Rumänien in der Banatfrage bei Ungarn Rückdeckung suchte. Auf das Wohlwollen dieses Staates ist Ungarn, damit sich der Warenverkehr von der Adria erträglich abwickle, ganz besonders angewiesen. Nun soll aber der Konflikt zwischen Rumänien und Jugoslawien an Schärfe eingebüßt haben, während man angebliche magyarische Versuche, zwischen Serben und Kroaten Unmut zu stiften, in Belgrad übel vermerkt.

Da die Reise- und Handelsfreiheit der ungarischen Staatsbürger infolge der unwirtlichen Beziehungen zu den Randstaaten ungemein beschränkt ist, wurde zur Beruhigung der öffentlichen Meinung von amtlicher Seite der blutleere Plan eines ungarisch-italienisch-polnischen Bündnisses ersonnen. Ungarns Bevölkerung fühlt sich zu den beiden Ländern durch starke Gefühlserinnerungen hingezogen. Mit Italien verknüpft sie Ludwig Kossuths langjähriges Turiner Emigrantentum. Erst unlängst trug das Verhalten des Obersten Romanelli, des einzigen während des Kommunismus in Budapest verbliebenen Ententevertreters, der sich der Opfer von Béla Kun und Genossen mannhaft annahm, viel zur Erstarkung solcher Sympathien bei. Nach Polen weisen gemeinsame Herrscher sowie gemeinschaftlich durchfochtene Kämpfe der Vergangenheit und nun die beiderseitigen Interessen gegen die Bolschewisten. Doch fehlen alle realen Bedingungen für ein Bündnis, zu dem Italien vorläufig keinerlei Lust verspürt und dessen wirtschaftliche Bestimmungen das von Ungarn durch Zwischenstaaten getrennte, geschlagene Polen derzeit kaum erfüllen könnte.

Die Führer Ungarns begehen den großen Fehler, aktuelle Lebensinteressen dem historischen Grundsatz unterzuordnen. Sie überspannen inmitten aller Fährnisse der Gegenwart ihre Ansprüche auf ein unversehrtes Gebiet, die einer ruhigeren Zukunft gelten sollten. Dem zu weit gesteckten politischen Ziel entsprechen irreale politische Mittel: Devisen, Machenschaften, Gewalt und ein militärisches Paradespiel, da ein schlichter, sachlicher Ton mehr als aller Partei- und Waffenlärm von erlittener Unbill sprechen würde. Die Leitung des arg geknickten Staates setzt ihren letzten Stolz darein, einen neuen Feuerherd der Irredenta zu schaffen, der über die eng gefaßten Grenzen von Versailles hinaus zur Ein- und Rückkehr zwingt. Nur mag ein solcher Herd in hastigem Lodern sich selbst aufzehren, bevor er feuersprühend um sich greift.

Digitized by Google

Das neue Irland

Von Univ.-Prof. Dr. Julius Pokorny (Berlin)

Der Eindruck, den man im Auslande von den Zuständen in Irland empfangen hatte, war bis in die jüngste Zeit zumeist der gewesen, daß die Revolutionäre mit allen Mitteln die englische Verwaltung sabotierten und unmöglich zu machen suchten, und die englische Presse unterstrich noch nach allen Richtungen jenen Eindruck, indem sie die Sinn Feiner als Anarchisten und Bundesgenossen der Bolschewisten brandmarkte. Wer aber den irischen Volkscharakter aus eigener Anschauung kennt, der weiß, daß ihm nichts ferner liegt, als bolschewistische Ideale. Zwar steht ihnen der Arbeiterführer Jim Larkin nicht fern, aber seine engsten politischen Anhänger zählen nicht mehr als ein paar Hundert Leute; in Wahrheit tritt das ganze Volk geschlossen für wahre, ehrliche Demokratie ein, ohne durch Klassenkämpfe irgendwelcher Art gespalten zu werden. Die vor einigen Wochen in Dublin gegründete irische Arbeiterpartei ist nichts anderes als eine wirtschaftliche Vereinigung der irischen Gewerkschaften; der Vorsitzende Mooney erklärte ausdrücklich, es handle sich um eine rein nationale Arbeitervereinigung, die vom Internationalismus nichts wissen wolle, denn die englischen Arbeiter führten diesen zwar stets im Munde und überböten sich an Sympathieerklärungen für Irland, während sie ruhig weiter Munition für die englische Besatzung Irlands herstellten und verluden. Irlands Beziehungen zum russischen Bolschewismus bestehen einzig und allein in der gemeinsamen Gegnerschaft gegen England und beruhen in keiner Weise auf irgendwelcher innerlichen Gemeinschaft.

Was aber den Vorwurf des Anarchismus betrifft, so ist er durch die allerneuesten Ereignisse aufs glänzendste widerlegt worden. Die Sinn Feiner halten sich streng an die von Präsident De Valera gegebene Vorschrift, wonach sie die bestehenden Regierungseinrichtungen solange benutzen sollen, bis sie durch ähnliche seitens der Dáil 'Eireann ersetzt worden seien. Diese am 21. Januar 1919 zum ersten Male in Dublin zusammengetretene irische Nationalversammlung, die aus den rechtmäßig zum englischen Parlament gewählten Abgeordneten besteht, und damals nach ihrer feierlichen Verkündung der irischen Unabhängigkeit eine eigene nationale Regierung gebildet hat, ist heute die wirkliche Herrin Irlands. Die englische Herrschaft ist nur mehr rein physischer Natur und reicht nicht weiter, als der bewaffnete Arm der englischen Garnison. Die Dáil 'Eireann hat nun unter den Augen dieser Macht neben und gegen den britischen Staat ein ganz eigenes Staatswesen aufgebaut. Zum Teil ist dies sogar auf der alten, gesetzlichen Grundlage gelungen.

Hatten schon die Parlamentswahlen vom Dezember 1918 die Vertreter der Sinn Feiner von 6 auf 73 gebracht, so haben sie bei den

Digitized by Google

Wahlen in die lokalen Vertretungen noch viel größere Erfolge errungen und praktisch fast sämtliche Selbstverwaltungskörper in ihre Hände gebracht. Um zu verhindern, daß die untere Verwaltung in die Hände der Sinn Feiner gelange, wurde vom englischen Parlament bloß für Irland das Proportionalsystem bei den Wahlen eingeführt. Nichtsdestoweniger errangen sie schon im Januar bei den Wahlen in die Stadtvertretungen einen gewaltigen Sieg, indem sich alle Städte, mit der einzigen Ausnahme von Belfast, für die irische Republik aussprachen. Aus ohnmächtiger Wut darüber wurde ein großer Teil der Gewählten verhaftet und eingekerkert, so der Bürgermeister von Dublin mit zwei anderen Gemeinderäten, die republikanischen Führer in Derry, Belfast usw. Der Bürgermeister von Cork wurde sogar von englischen Polizisten in der Nacht überfallen und erschossen. Jene politischen Gefangenen traten dann infolge der unwürdigen Behandlung in den Gefängnissen in den Hungerstreik, und obwohl die englische Regierung erklärt hatte, die Häftlinge ruhig sterben zu lassen, mußte sie doch schließlich nachgeben. Unvergeßlich in der Geschichte der modernen Revolutionen werden die in ihrer Größe einzig dastehenden würdigen Kundgebungen vor den Gefängnissen Londons und Dublins bleiben. Während Tanks, Maschinengewehre und Flugzeuge die Gefängnisse sicherten, verbrachte eine nach Tausenden zählende Volksmenge Tag und Nacht viele Stunden auf ihren Knien im Gebet für die Hungernden, um sie in ihrem Martyrium zu stärken.

Die Grafschaftswahlen, Anfang Juni, brachten keinen geringeren Triumph. Die Sinn Feiner erlangten 75 % aller Stimmen, und mit Zurechnung der Nationalisten und Arbeiterpartei erhielt die irische Republik 84 %, — nur 12 % verblieben den England freundlichen Unionisten. Ein englisches Blatt klagt: „Ohne einen Schuß abzufeuern, haben die Republikaner die gesamte Regierungsgewalt in dem ganzen Gebiete des geplanten südlichen Parlamentes und in einem großen Teile des geplanten nördlichen (Ulster-) Parlamentes an sich gerissen." Diese Wahlen haben klar bewiesen, daß eine wesentliche Spaltung im irischen Volke nicht besteht. Noch immer beanspruchen die Unionisten sechs Grafschaften Ulsters für sich, obgleich sie in vieren von ihnen in der hoffnungslosen Minorität geblieben sind. Sogar in ihrer Hochburg Antrim, in Ballycastle, ist es gelungen, einen Sinn Feiner durchzubringen. Es ist somit gänzlich falsch, zu sagen, daß Ulster zum größten Teil unionistisch sei; der Ausfall der Wahlen beweist das am deutlichsten. Das Ulster-Problem besteht nur in der Phantasie der englischen Hetzpresse. Alles in allem haben die irischen Republikaner heute 97 % aller gewählten Körperschaften, die durchweg der Dáil 'Eireann Treue geschworen haben, in ihrer Hand.

Die irische republikanische Regierung hat nun aus eigenen Mitteln eine ganze Reihe selbständiger, von England gänzlich unabhängiger Ver-

Digitized by Google

waltungseinrichtungen geschaffen. Die Mittel dazu wurden durch Anleihen aufgebracht. Die innere republikanische Anleihe ist kürzlich mit einer Ueberzeichnung von mehr als 50 000 £ geschlossen worden; die äußere, in Amerika aufgelegte Anleihe hat dazu geführt, daß bisher gegen 500 000 Amerikaner Beträge von 10 bis 20 000 Dollars gezeichnet haben. Die durch den Krieg hervorgerufene Verbesserung der finanziellen Lage Irlands, die den Erfolg der inneren Anleihe ermöglichte, ist unter anderem auch daraus ersichtlich, daß der Notenumlauf der Bank von Irland um 3½ Mill. Pfund abgenommen hat.

Was die äußere Politik betrifft, so hat die Republik Gesandtschaften in Paris, Bern, Rom, New York und Buenos Ayres errichtet. Namentlich die Pariser Gesandtschaft, die vortrefflich geleitet wird, ist England ein Dorn im Auge, aber die französischen Behörden haben sich entschieden geweigert, den englischen Wunsch auf Ausweisung des Gesandten zu erfüllen.

Das größte Aufsehen aber haben die mit einem Schlage in ganz Irland auftauchenden republikanischen Gerichtshöfe erregt. Zwischen dem 3. und 13. Juni wurden in 24 von den 32 irischen Grafschaften durch 41 republikanische Gerichtshöfe Sitzungen meist geheim, aber auch öffentlich abgehalten und 84 Personen wegen Vergehen gegen das öffentliche Wohl von irischen republikanischen Gendarmen arretiert. Ihr größter Erfolg war die Aufhellung eines großen Bankraubes in Cork und die Zustandebringung der ganzen gestohlenen Summe von etwa 6000 Pfund. Ein besonders amüsanter Zug bei den von diesen Strafgerichten verhängten Urteilen liegt darin, daß eine Reihe von Verbrechern zur Deportation nach — England verurteilt wurden, und ein englischer Abgeordneter bemerkte, als die Sache im Parlament zur Besprechung gelangte, er wünsche nicht, aus seinem Lande eine Verbrecherkolonie gemacht zu sehen. Der englische Generalstaatsanwalt für Irland mußte auf eine diesbezügliche Anfrage erklären, daß er außerstande sei, diesen „Unfug" abzustellen oder überhaupt in der Angelegenheit der republikanischen Gerichte etwas zu tun.

Neben den Strafgerichten sind im ganzen Lande Zivilgerichte geschaffen worden, von denen an übergeordnete Grafschaftsgerichte appelliert werden kann. Ueber diesen wiederum steht der Appellationsgerichtshof in Dublin, der außerdem für gewisse besonders wichtige Fälle ausschließlich zuständig ist.

Außerdem gibt es noch Arbitration Courts zum Zwecke freiwilliger Gerichtsbarkeit, die ebenfalls großen Zuspruch haben, da auch sie ihre Urteile streng gerecht, ohne Rücksicht auf die politische Stellung der Streitenden fällen.

Im großen und ganzen ist der Erfolg all dieser Gerichte, deren äußere Formen sich von denen anderer Staaten nicht wesentlich unterscheiden, ein derartiger, daß die staatlichen, englischen Gerichte fast nichts mehr

Digitized by Google

zu tun haben und die Richter und Anwälte über den Ausfall ihrer Gebühren ganz verzweifelt sind. So wurden in einer der letzten Wochen von 80 zivilgerichtlichen Verhandlungen nur 10 von den englischen Gerichten durchgeführt! Alle Unterdrückungsmaßnahmen seitens Englands erwiesen sich als vergeblich, da jene Gerichte die moralische Unterstützung des ganzen Volkes hinter sich haben; man kann zwar einzelne Sitzungen gewaltsam auseinanderjagen, aber doch nicht verhindern, daß die Entscheidungen der Gerichte von den Leuten als bindend anerkannt und befolgt werden. Die Dubliner Anwaltskammer lehnte sogar einen Antrag, der ihren Mitgliedern das Plädieren vor republikanischen Gerichten verbieten wollte, ausdrücklich ab.

Auch die irische Polizei ist durch die von den irischen republikanischen Freiwilligen ausgeübte Gendarmerie überflüssig geworden. Sie wird ja seit langem von den Engländern nicht mehr zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit, sondern ausschließlich als politisches Unterdrückungsmittel verwendet. Zum Protest dagegen haben letzthin im Verlaufe eines Monats nicht weniger als hundert, durchwegs langgediente, bewährte hohe Polizeioffiziere und Unteroffiziere ihre Stellen niedergelegt, ungeachtet der materiellen Einbuße, die sie dadurch erlitten.

Es kommt immer mehr dazu, daß die englische Zivilverwaltung in Irland tatsächlich völlig lahmgelegt wird. Dadurch, daß die Behörden, soweit sie nicht tatsächlich schon jetzt in der Hand der Republikaner sind, durch selbstgeschaffene, gleichartige Einrichtungen überflüssig gemacht worden sind, ergibt sich mit Notwendigkeit, daß Irland in dem Augenblicke, in dem die englischen Besatzungstruppen zurückgezogen sein werden, ein wohl organisiertes, keineswegs anarchisches Staatswesen sein wird. Die gelegentlichen Unruhen in Ost-Ulster, die durch die Anhänger Carsons hervorgerufen werden, um der Welt den Anschein eines in sich gespaltenen Volkes zu bieten, gründen sich nur auf die Anwesenheit der englischen Garnison, die stets eingreift, sobald jenen seitens der republikanischen Mehrheit eine Niederlage droht. Ohne sie würde auch dort vollkommene Ruhe herrschen, da niemand mehr an den Unruhen ein Interesse hätte.

Daß aber eine Zurückziehung der englischen Garnison nicht außerhalb des Bereiches der Möglichkeit liegt, zeigen die von der englischen Presse bei weitem nicht genügend gewürdigten Vorgänge im fernen Osten. Die in Indien an verschiedenen Punkten vorgefallenen Meutereien irischer Truppen stellen England vor ein gefährliches Problem. Nach Beendigung des Krieges hatte man die irischen Bataillone möglichst weit von der Heimat, nach Indien, Persien und Mesopotamien verschickt. Es zeigt sich nun, daß sie hier dem Reiche weitaus gefährlicher werden können, als in Irland selbst, das, solange es keine eigene Flotte besitzt, politisch den Engländern lange nicht so gefährlich werden kann, wie die Gefahren im

Digitized by Google

Osten. Denn auch die Machtmittel Englands reichen nicht mehr aus, in der ganzen Welt gewaltige Truppenmassen zu halten. Wenn sie die irischen Truppen aus dem Orient zurückziehen, so werden sie diese Lücken anderswoher ausfüllen müssen, und da kommen vor allem die 150 000 Mann der irischen Garnison in Frage.

Es ist somit zu verstehen, wenn man trotz aller Unterdrückungsmaßnahmen nebenher heimlich mit den Sinn Feinern Verhandlungen über die Zurückziehung der englischen Truppen angeknüpft hat. Aber diese wollen von Home Rule nichts wissen. Kein Wunder, denn der neue englische Entwurf will das Land dauernd in zwei Teile spalten und nicht einmal die Eisenbahnen gemeinsam von beiden Teilen verwalten lassen. Sinn Fein verlangt die Zusicherung voller Unabhängigkeit als Verhandlungsgrundlage. Gegenüber den von England hervorgehobenen „strategischen Notwendigkeiten" weist man darauf hin, daß von diesem Gesichtspunkte aus die Unabhängigkeit des noch näher liegenden Frankreich eine ebenso große, ja viel größere Gefahr für England bedeuten müßte.

Man kann jedenfalls auf die Entscheidung gespannt sein. In früheren Zeiten wäre ein derartiger Widerstand in Blut ertränkt worden. Aber 8 Millionen Vertriebener halten drüben in Amerika scharfe Wacht, und selbst Rom, das sich bisher stets zum Diener der englischen Politik hergegeben hatte, steht heute auf Seiten seiner treuesten Kinder. Das mag vielleicht den Ausschlag geben.

Die französische Schande im Rheinland

Von Privatdozent Dr. Martin Hobohm (Berlin)

Die Franzosen haben immer etwas viel von sich gehalten, und die übrige Menschheit hat dazu gelächelt. Aber heute, wo sie zu den Siegern im Weltkriege gehören, ist die Stunde da, sie beim Worte zu nehmen, bei Worten wie diesen: „Frankreich, ‚die ökumenische Nation', die dreimal das Herz der Welt gewesen ist, im Mittelalter, in der klassischen Periode und während der Revolution, hat es zur Aufgabe, die moderne Zivilisation, die es in Gang gesetzt hat und die seit zwei Jahrhunderten sich bildet, zum Guten zu führen." („Nouvelle Revue", 1. 3. 13.) Leon Pelier schrieb im ersten Kriegsjahr in dem Buch „Les Forces de la France d'hier et demain": „Wir sind wahrhafte Idealisten. . . Das Ideal ist das Menschlichste im Menschen, der Kultus des Ideals bedingt durchaus die Achtung vor der persönlichen Freiheit der Seele, und damit zugleich ist gegeben, daß Frankreich als die Hüterin von all dem erscheint." (S. 175.) Oder: „Es ist hauptsächlich in der Behandlung politisch-sozialer Probleme, wobei der Geist unserer Nation jene universelle Geltung gefunden hat,

Digitized by Google

die aller Völker Blicke auf uns gelenkt hat. Das, was man das „humanitäre" Frankreich genannt hat, ist dasjenige, welches sich bemüht hat, in allgemeingültigen, für alle Menschen verbindlichen Worten die Grundsätze einer idealen und rationellen Gesellschaftsordnung festzulegen; es ist das Frankreich, welches die Rechts- und Freiheitsfragen vom allgemeinmenschlichen Standpunkt zu lösen trachtete, das heißt unabhängig von irgendwelchen nationalen Rücksichten und irgendwelchen partikularistischen Interessen, mit einem Wort in universellen Formeln, denn zu dieser Bezeichnung müssen wir stets zurückkehren." (S. 173.)

Wie macht es die französische Nation, „die moderne Zivilisation zum Guten zu führen"? Wie bewährt sie sich als „Hüterin der persönlichen Freiheit der Seele"? Wie hat „das humanitäre Frankreich die Grundsätze einer idealen und rationellen Gesellschaftsordnung festgelegt"?

Vor mir liegt eine Sammlung entsetzlicher Aktenstücke, betitelt „Zusammenstellung neuer Uebergriffe farbiger französischer Truppen im besetzten Rheinland". Wie soll man es anfangen, in einer Zeitschrift für Kulturmenschen den Inhalt dieser Dokumente französischer Gesellschaftsordnung überhaupt begreiflich zu machen? Haben die französischen Behörden vielleicht selber darauf spekuliert, daß von diesem Schmutz ja in der Oeffentlichkeit niemals gebührend werde gesprochen werden können, daß die meisten dieser Verbrechen von den Opfern überhaupt verschwiegen werden würden? Eine solche Rechnung war richtig: Nach der Prüfung der vorgelegten polizeilichen Tatbestandsaufnahmen fühlt man sich außerstande, die Dinge zu schildern, wie sie sind. Die „moderne Zivilisation" empfindet den Rückfall in sexuelle Tierheit als etwas unter Menschen Unmögliches, sie schweigt, wo dergleichen vorkommt, darüber voll Ekels. Wie aber, wenn „das humanitäre Frankreich" solche sexuelle Tierheit zu einem Stück der von ihm befohlenen Gesellschaftsordnung macht? Wenn es ein heroisches Kulturvolk, welches das Unglück gehabt hat, nach einem Kriege voll unerhörter Leistungen durch Uebermacht besiegt zu werden, dazu verurteilt, der sexuellen Tierheit ausgeliefert zu werden, ein Bordell für die niederen Instinkte unzivilisierter Farbiger zu bieten?

Versuchen wir, was unsere Sprache hergibt, um die Zustände zu kennzeichnen. Was unsere Landsleute erdulden müssen, das müssen wir wenigstens hören können.

Als zu Ostern Frankfurt a. M. jene willkürliche Besetzung auszuhalten hatte, da faßten das die Farbigen als eine Erweiterung ihres Bordellgebietes auf. Eine Frau will dort umziehen, macht dabei ihre Wohnungstür auf, die Farbigen dringen ein, und einer vergewaltigt sie, das Messer neben ihr in den Boden gesteckt. Nachher stellt sie den Täter auf

Digitized by Google

der französischen Schreibstube, kann aber nicht einmal seine namentliche Feststellung erlangen, der französische Schreiber lehnt das lachend ab. Französische Offiziere, von ihr um Hilfe gebeten, weisen sie ab: „Die Kerls wären jetzt 2½ Jahre von zu Hause weg und müßten das haben." Das ist Frankreichs „ideale und rationelle Gesellschaftsordnung" in dem besiegten Deutschland. „Einige machten mich noch auf meine blonden Haare aufmerksam und sagten mir, daß sie darauf doppelt scharf seien." Sie läßt nicht ab, zu bitten. Schließlich wird ihr Prüfung des Falles zugesagt, wenn sie sich von dem französischen Militärarzt untersuchen lassen würde. Dem kann eine deutsche Frau sich auch nicht aussetzen. „Ich bin nicht mehr hingegangen, weil ich mich einer französischen ärztlichen Untersuchung nicht unterziehen lassen wollte."

So die Summe des Vorganges. Das Aktenstück selber sieht anders aus: Deutsche Frauen müssen heute den Polizeileuten auseinandersetzen, was für eine Technik die Farbigen haben. Mädchen müssen vom Polizeiwachtmeister erst physiologisch „aufgeklärt" werden, um in die Akten hineinzubekommen, ob den Feinden wirklich „vollendete Tathandlungen" vorzuwerfen sind. Vergiftung der Seele, Vergewaltigung bloß des Schamgefühls und der deutschen Selbstachtung ist bei weitem noch keine Straftat.

Ein Hausrecht gibt es für die besiegten Deutschen längst nicht mehr. Und nötigenfalls jagt man das blonde Wild in dessen eigenen Bau auf. Eines Tages ruft ein farbiger Soldat der Frau, an die er will, die unzweideutigste aller Aufforderungen gleich durchs Fenster zu und macht sich kurzerhand daran, die verschlossene Tür einzutreten. Diesmal ist es ein französischer Offizier, der ihn hindert. Ein paar Straßen davon dringt ein Farbiger gewaltsam in die Wohnung eines Lokomotivführers ein; die Tochter entkommt noch gerade durchs Fenster. Im Kino wird die Kassiererin hinter ihrem Billettschalter attackiert; auch sie kann aus dem engen Kassenraum noch durch ein Fenster ins Innere des Kinos flüchten, aber mit einer Pistolenkugel des ärgerlichen Helden im Oberschenkel. Die Wäscherin, welcher der Soldat Wäsche bringt, wird vergewaltigt; das blanke Rasiermesser dient als Ueberredungsmittel. Eine fünfzehnjährige Malerstochter steht in der Dämmerung mit einer Freundin unter der Haustür, als zwei der Sieger unternehmungslustig vorbeikommen; sie flüchtet die Treppe hinauf, wird aber eingeholt und niedergeworfen. Streift eine Dreizehnjährige durch die Straßen, so erscheint der farbige Soldat und nimmt sich ihrer sexuellen Ahnungslosigkeit an. „Kommst mit mir auf mein Quartier . .!"

In die Nähe einer Kaserne darf sich ein weibliches Wesen nicht wagen, sonst wird sie gejagt. Eine 18jährige, allgemein besonders respektierte Näherin passiert auf dem Wege zur Arbeitsstelle einen französischen Wagenpark. Dem Posten, der sie anhält, zeigt sie gehorsam den Ausweis vor,

Digitized by Google

aber sie irrt sich: Er drängt sie mit der blanken Waffe zwischen die Wagen und mißbraucht dort die Wehrlose. Wo sie gehen und stehen, sind die Frauen in Gefahr, das Schlimmste zu erleben. Eine Telegraphengehilfin erlebt es in der Straße, in der sie wohnt. Ein Dienstmädchen will zum Stelldichein mit ihrem Bräutigam gehen; unterwegs überfallen sie drei Farbige, betäuben, verschleppen sie; erst im Krankenauto, das sie ins Hospital führt, kommt sie wieder zu sich. Was ist mit ihr geschehen? Die Aerzte sagen es ihr noch nicht... Ein andermal geht eine Kontoristin mit ihrer Freundin zum Bahnhof. Eine Gruppe von Farbigen, an der sie vorüber müssen, hält sie fest, stellt sich um sie und benäßt ihre Kleider mit Urin! Am Weihnachtsabend will ein 34jähriges Dienstmädchen zur Bescherung bei ihrem Bruder gehen; unterwegs kommen die Schwarzen über sie. In einer anderen Stadt rückt am gleichen Weihnachtsabend ein Farbiger einem Mädchen auf den Leib, das mit ihrem Liebsten vom Bahnhof kommt; die Wirtschaft zum Bratwurstglöckl bietet Asyl, aber der Soldat will nicht ablassen, er holt sich schließlich landsmännische Hilfe; an die dreißig Mann hoch schreiten sie, Türe und Fenster einschlagend, zum Sturm — bis die Wache erscheint. Deutsche Weihnachten 1919!

Nun gar im Freien, außerhalb der Ortschaften! Das Mittelalter an seinen dunklen Stellen hätte sich solcher Zustände geschämt. Da holt ein 22jähriges Mädchen Mehl aus der Mühle; ein Militärauto begegnet ihr, stoppt ab, das Mädchen wird ergriffen und im Auto von vieren nacheinander bezwungen. Alleingehende Frauen auf der Landstraße sind leichte Beute: Die 46jährige Ehefrau wie die Telephonistin und Kontoristin und das Dienstmädchen. Der Widerstand wird mit den Mitteln gebrochen, die Raubtieren zur Verfügung stehen; Schläge mit dem Leibriemen können nachhelfen; nötigenfalls auch einige Stiche mit dem Seitengewehr; man ist nicht bloß Raubtier, sondern französischer Soldat und führt die Waffen der Zivilisation. Eine kaum 17jährige Fabrikarbeiterin, von einer Kaserne in der Stadt aus lange verfolgt, flieht verzweifelt ihrem draußen liegenden Elternhause zu; in Sehweite davon wird sie noch eingeholt und niedergeworfen. Eine 39jährige Frau, im Walde beim Holzholen angegriffen, schlägt dem schon auf ihr knieenden Farbigen den Knüppel, den sie noch in der Hand hat, so wuchtig ins Gesicht, daß sie sich losmachen und entfliehen kann. In demselben Walde unweit eines gewissen Schießplatzes, wird eine 65jährige Witwe, die Heidekraut zum Besenbinden schneidet, an verschiedenen Tagen angefallen. In diesen hübschen Wald wagten sich drei Personen miteinander zum Holzholen, eine alte Mutter mit ihrem Sohn und ein junges Mädchen. Vier farbige Soldaten kommen „und wollten mit Gewalt an uns Frauensleute". Der

Digitized by Google

junge Mann vermag den Rückzug der Frauen zu decken und selber davonzulaufen, die Karre stehenlassend; das laute Hilfegeschrei schreckt die Verfolger ab. Die Frauen und Mädchen weigern sich, wo solche Ueberfälle vorgekommen sind, ohne genügenden Schutz an die Feldarbeit zu gehen. Wandervögel aus Köln, Burschen und Mädchen, werden Sonntags im Lohmarer Walde von vier Farbigen mit Waffen bedrängt; eine Sechzehnjährige wird gefangen, in den Busch geschleppt und vergewaltigt. An einem der nächsten Sonntage wird dort ein Liebespaar von drei Farbigen angefallen, dem jungen Mann der Revolver vorgehalten, das Mädchen beiseite gezerrt; durch Widerstand und Hilfegeschrei vermögen sie das Letzte noch abzuwenden. Ein Uhrmacher-Ehepaar wird auf einem kleinen Pfingstspaziergang von vier Farbigen angehalten; der Mann soll seine Frau hergeben; mit der Peitsche wird er blutig geschlagen. Anderwärts springen fünf oder sechs Farbige aus dem Korn auf einen Mann und eine Frau los, welche auf der Chaussee daherkommen; der Mann wird mit vorgehaltener Waffe beiseite geführt, die Frau im Roggenfeld von drei Soldaten nacheinander mißbraucht, bis sie ohnmächtig wird. Ebenso geht es einer jungen Modistin und einem Buchbinder; zwanzig bis fünfundzwanzig der Unholde kommen auf einmal über sie. Der Buchbinder wird mit einem Schlag vor den Kopf still gemacht, und dann machen sich im Felde die zwanzig bis fünfundzwanzig Mann nacheinander über die Modistin her. Einige Tage zuvor war auf derselben Straße eine 50jährige Lumpensammlerin mit ihrer 15jährigen Tochter ergriffen und im Felde der Notzucht unterworfen, die Mutter von vier, die Tochter von „nur" zwei Farbigen.

Da diese Sieger immer mit Uebermacht auftreten, so kommen sie selber bei solchen Taten selten zu Schaden, — zum Glück für die Ueberfallenen und für das Land. Wo sie auf überlegenen Widerstand stoßen, wo die deutschen Sicherheitsorgane eingreifen, da stehen sie sich gegenseitig bei und greifen zur Waffe; es kommt zu den bedrohlichsten Situationen. Konfrontiert und überführt, behaupten sie den Frauen Geld gegeben zu haben. Auch der Fall mag leider vorkommen; die unglücklichen Opfer ihrer Gewalt aber pflegen sie umgekehrt auch noch zu berauben. Wacht die durch massenhafte Notzucht bewußtlos Gewordene aus ihrer Ohnmacht auf, so fehlt ihr das Portemonnaie, die unerschwingliche Kleidung ist zerrissen, besudelt, menschenunähnlich, sogar zum Klagen zu unselig, erhebt sie sich wieder.

Ist es des Furchtbaren genug? Ein schreckliches Kapitel ist noch gar nicht berührt: Die Verbrechen an Knaben. Es liegt ein Aktenstück folgenden Wortlauts vor: „Am 10 Mai wurde der 11jährige .... aus .... als geschlechtskrank in das hiesige Hospital eingeliefert. Die Ermittlung durch den Bezirksarzt ergab, daß der Knabe vor etwa drei Monaten von einem

Digitized by Google

Marokkaner päderastiert worden war. Der Knabe leidet an Mastdarm-Syphilis."

Das müssen wir Deutschen dulden.

Ein anderes Dokument typischen Inhalts: „Am 2. März 1919, abends gegen 7 Uhr, hat ein in ..... einquartierter marokkanischer Soldat den 7 Jahre alten Knaben ..... gegen seinen Willen auf das Feld geführt und dort unzüchtige Handlungen an ihm vorgenommen."

Eine Familie wohnt in einem Walde unfern von Köln. Die Kinder, Knaben und Mädchen, das älteste 13jährig, werden auf dem Schulweg von Farbigen bedroht und kommen, „außer sich vor Schreck, zurückgelaufen". Sie sind nicht mehr zu bewegen, allein zur Schule zu gehen. Der Vater kann sie nicht begleiten, er geht schon früh morgens in die Fabrik, die Mutter auch nicht, denn sie muß sich selber fürchten, es „sind in diesem Walde schon mehrfach Ueberfälle durch französische Kolonialsoldaten vorgekommen . . ."

Es ist ein Unglück, unter französischem Regiment im Walde zu wohnen. Jedoch sind deutsche Städte unter solchem Regiment sicherer? In einer solchen hat eine Familie, wie das Joch der Sieger es fordert, ein französisches Offizierehepaar in seine Wohnung aufgenommen. Das 7jährige Söhnchen geht morgens in die Küche, sich die Schuhe zu holen. Plötzlich schreit das Kind entsetzlich: Der marokkanische Bursche des Offiziers hatte es mißbraucht, die herzueilende Mutter sieht das Blut aus dem After rinnen. Das alles müssen die Deutschen dulden.

Dicht bei einer rechtsrheinischen Badestadt wird ein 13jähriger Gymnasiast von Farbigen im Gebüsch etwa eine halbe Stunde lang malträtiert. „Zwei der Soldaten hielten ihn fest, währenddem ihm der dritte die Hosenträger abknöpfte und die Hosen heruntermachte." Vom erbärmlichen Zurwehrsetzen fast am ganzen Leibe mit Schmutz bedeckt, kommt er zu seinem Vater heim.

Dieser deutsche Vater, der seinen Jungen vor solchen Dingen nicht schützen kann, ist Volksschullehrer. Was für Gesinnungen wird dieser Lehrer in seinen Schülern großziehen?

Die Verwendung farbiger Besatzungstruppen ist nur das sichtbarste Beispiel jener schrankenlosen feindlichen Willkür, der wir heute unterworfen sind, und für die es nur eine einzige Motivierung gibt: den Spruch „Vae victis", unverhülltes Raubtiergebrüll der Weltgeschichte. Aber von je hat auch ein anderer Grundsatz Vertreter gefunden: „Sprich milde mit gefesseltem Mann", steht schon in der Edda, und es war ein Deutscher, Hermann Popert, der das im Kriege zur Mahnung für seine Landsleute hervorzog. (Tagebuch eines Sehenden, 1920. S. 107.) Wieviel Grundsätze des Edelmuts haben die Franzosen selber aufgestellt, wie schleunig haben sie sie mit dem Siege vergessen! Gehandelt haben sie nach jenem anderen Wort: „Frankreich ist so sehr das erste der Völker, daß alle

Digitized by Google

anderen, wie sie auch seien, sich geehrt fühlen müssen, wenn sie das Brot seiner Hunde essen dürfen. Wenn nur Frankreich glücklich ist, kann die übrige Welt zufrieden sein, selbst wenn sie jenes Glück mit Sklaverei oder Vernichtung bezahlen müßte." (Leon Bloy, Sueur de Sang 1870/71. Paris 1893. S. VII.) Früher haben wir das mit kopfschüttelndem Schaudergelesen und gedacht, unser Schwert werde uns schirmen. Nun sind wir besiegt. Von Frankreich? O nein, von der Welt; aber nun müssen wir erproben, daß Frankreich dem wehrlosen Nachbar noch Schlimmeres zuzumuten weiß als „das Brot seiner Hunde zu essen". Die Wilden, die es zum Kanonenfutter mißbraucht hat, läßt es zum Lohn auf die „Blonden" los, die ihnen im Kriege oft genug verheißen worden sind, auf die sie „scharf" sind! Das duldet die Welt? Hat die moderne Menschheit bei der ersten ernsten Probe alle sittlichen Begriffe verloren? Selbstbewußtsein der Rasse, christliche Erziehung, Zivilisation — fällt das ab wie schlechte Politur?

Dumpf und stumpf brütet unser Volk dahin, wehrlos, machtlos, ausgemergelt, an allen seinen alten Führergedanken schuldlos irre geworden, mit verbrauchten Seelenkräften, kaum noch eines starken Eindruckes fähig — es ist an seiner übermenschlichen Leistung zusammengebrochen, es hat gerungen, bis es bankrott war innen und außen. Nun ist der Haß über ihm. Wir wußten es während des Krieges wohl, was die Niederlage bedeuten würde, wir haben mit derselben Kraft, mit der wir unseren eigenen alldeutschen Haßpredigern entgegenwirkten, dem Volke gezeigt: So haßt euch der Feind, das will er euch tun, wenn ihr erlahmt! Der Tag kam doch, wo es erlahmen mußte.

„Haß ist kein französisches Wort, Haß ist ein deutsches Wort", schrieb im Jahre 1915 André Suarès in „Nous et Eux" (S. 29). „In der Geschichte und in der Sage hat Frankreich nichts mit dem Haß zu tun." Deutschlands Leiden sind die Proben auf das Exempel. Und gerade das bleibt immer das Erbärmlichste an diesem Haß, daß er sich selber nicht eingesteht, daß er sich als strafende Gerechtigkeit ausgibt, daß er sogar den besiegten Gegner noch schlecht macht, um die sittliche Pose beibehalten zu können. Das tun freilich seine Bundesgenossen auch. Alle Urteilsfähigen drüben wissen genau so wie alle Urteilsfähigen hüben, daß nichts, aber auch nichts ein Recht dazu bietet. Bei uns haben zwar nicht das heute gequälte Volk, aber viele einzelne Männer nach Erweiterung der politischen Macht gestrebt — etwa drüben nicht auch? Und war das etwas Verbotenes? Die Welt muß reifer werden, sie muß das Machtstreben durch sittliches Streben ersetzen — aber die, die Deutschland schmähen, sind sie etwa heute selber schon so weit? Wir haben die Dokumente unserer Politik offen ausgebreitet — haben die anderen das etwa auch getan? Sie haben statt dessen ihre Völker über den Inhalt unserer

Digitized by Google

Dokumente getäuscht! Gewiß, wir finden an uns selber genug auszusetzen; aber daß wir schlechter sein sollen als irgendeins der uns feindlichen Völker, schlechter vor allem als die herrlichen Franzosen — dafür haben wir nur ein bitteres Lachen. Möge sich an solchen Verleumdungen unser Stolz wieder innerlich aufrichten. Vor zehn Jahren leugnete niemand, daß wir den übrigen Kulturvölkern ebenbürtig seien. Es heute zu leugnen, ist das niedrige Kampfmittel des Hasses, und die Welt stellt sich vergebens, als ob sie das nicht wüßte. Uns fehlt die Macht, ein solches Kampfmittel zu entkräften, aber wir können es verachten. Laßt uns bleiben, die wir sind, sogar unter der Schreckensherrschaft solcher Feinde.

Großpolitische Probleme

Von Dr. Leo Schwering (Köln)

Für den aufmerksamen Beobachter der Vorgänge in Spa, soweit es sich dort um Fragen der allgemeinen Weltpolitik handelte, war die außerordentliche Unsicherheit der gegenwärtigen Verhältnisse kennzeichnend. Die alten Formen, wie sie sich etwa zwischen 1900 und 1914 kristallisierten, sind verbraucht, es ist etwas Neues im Anzuge, das spürt man deutlich. Die Wandelbarkeit des politischen, insbesondere des weltpolitischen Himmelsbogens, fällt auch dem ungeschulten Auge auf. Jedenfalls ist die Entente in ihrer alten Art und Richtung überholt; sie hat höchstens noch die „historische" Bedeutung dann wieder aufzuleben, wenn das Hauptziel von früher, also der Kampf gegen Deutschland, wieder lebendig wird.

Sonst aber ist ein unsicheres Tasten und Suchen das Kennzeichen der allgemeinen politischen Lage. Dies hängt zunächst damit zusammen, daß der Weltkrieg eine vollkommene Störung des gesamten sogenannten europäischen Gleichgewichts hervorgerufen hat. Das Ausscheiden zweier Großmächte erklärt dies, die Auflösung der dritten Großmacht (Oesterreich) vollendet die vollkommene politische Desorientierung. Man wird in der Geschichte der vergangenen großen Epochen nicht leicht einen gleichen Moment wiederfinden, der eine derartige vollkommene Verschiebung hervorbrachte! Die weltpolitische Lage ist eben chaotisch, es scheinen wie in einem großen Sternensystem eine Reihe von Kräften derart gestört, daß auch die noch in den alten Gleisen sich bewegenden Gestirne von Schwankungen naturgemäß nicht freigeblieben sind und auch nicht freibleiben konnten, da alle Großmächte durch den Ausgang des Weltkampfes mit mehr oder minder großen Enttäuschungen und falschen Kalkulationen zu rechnen gezwungen waren. Das Bild wird auch dadurch nicht einfacher, daß wir heute statt mit sechs nur noch mit drei Großmächten von planetarischer Bedeutung zu tun haben. Denn gerade die völlige Unsicherheit, die zwischen diesen, Amerika, Großbritannien, Japan, besteht, ist

Digitized by Google

die Ursache der geradezu anarchischen Verhältnisse im weltpolitischen System. Wie sollen die Trabanten ruhig ihre Kreise ziehen, wenn die Sonnen, von denen sie abhängig sind, unsicheren oder schwankenden Laufes geworden sind.

Am ehesten scheint Großbritannien darauf aus zu sein, unter den gegenwärtigen Verhältnissen sich durch das Gestrüpp zu klarer Stellungnahme durchzuarbeiten. Kein Wunder. Die Tradition von „Foreign Office" ist Jahrhunderte alt, und die geographische Lage in der unmittelbaren Nähe der ärgsten Trümmer nötigt ohnehin zu regerer Aktivität. Aber uns will bedünken, als wenn die Entwürfe der britischen Diplomatie, so großzügig sie an sich auch scheinen mögen, doch die pupillarische Sicherheit vermissen lassen, welche diese älteste weltpolitische Schule auszuzeichnen pflegt. Der Grund dafür liegt in der völlig ungeklärten Lage zu Amerika und zu Japan. Die britische Diplomatie ist am aktivsten in Europa eben wegen der undurchdringlichen Zukunft, die Weltpolitik größten Stils als aktive Kunst vorläufig so gefährlich erscheinen läßt, daß passives Abwarten hier besser und klüger erscheint. Aber daß es sich hier nicht um Europapolitik, um Kontinentalpolitik im engeren Sinne handelt, beweist die Tatsache der größten britischen Aktivität gegenüber Rußland. Dies Problem ist niemals einseitig kontinental, denn hinter ihm lugt stets planetarische Politik hervor; freilich, es ist auch noch viel zu wenig gewürdigt, wie grandios die Probleme sind, die Lloyd George hier aufgerollt hat, als er im offenen Gegensatz zu europäischen Freunden nach Moskau seinen Bogen spannte. Das russische Problem ist auch ein japanisches und ein amerikanisches, und damit wird die innere Verflechtung dieser gewaltigen neuen Weltmächte wieder klar. Man wird daher bei aller scheinbaren Bescheidung der englischen Politik anerkennen müssen, daß sie auch heute noch die politischen Lageverhältnisse richtig und rasch zu beurteilen verstehe, und daß sie sich nicht lediglich auf bestimmte Gedankengänge, wie sie ihr seit Jahrhunderten geläufig waren, eingeschworen sei. „Foreign Office" wiederholt dasselbe Spiel gegenüber Sowjet-Rußland, das es vor und nach dem japanischen Kriege mit soviel Sicherheit und Erfolg abwickelte: es gilt den geschlagenen Gegner zu versöhnen, ihm Vertrauen einzuflößen und ihn an das britische Interesse zu fesseln. Mag die Zukunft des ehemaligen Zarenreiches sein wie sie will, die Menschenmassen der sarmatischen Ebene werden sich, so oder so, wieder zu gewissen Verbänden irgendwelcher Art zusammenfinden; insbesondere aber drängt die geographische Lage der Landmassen, die wir früher mit dem Namen Zartum Rußland zu bezeichnen pflegten, zu aktivster Betätigung; denn alle sogenannte russische Politik im alten Sinne ist Indienpolitik, und aus diesem Grunde allein kann London die sarmatische Ebene nie aus dem Kreise stärkster Berechnung herauslassen. Rußland ist, so märchen-

Digitized by Google

haft dies auch noch heute lauten mag, das idealste Durchgangsland nach dem Brennpunkte aller britischen kolonialen Interessen! Und die gewaltigen Flußlinien der Wolga, des Don, des Dnjepr sind wie riesige Wegweiser, die nach Indien zeigen! Darum bleibt der ganze gewaltige Komplex von Ländern, den Hindenburgs Schwert zerteilte, eines der wichtigsten Felder britischer Politik — bis nach Sibirien hinein —, und damit wird der enge Zusammenhang des russischen Problems mit Japan wieder klar. Die ostasiatischen Verhältnisse sind beinahe ebenso verwickelt wie die mittel- und osteuropäischen. Der Osten Sibiriens, China, befinden sich in einem Zustand vollkommener Auflösung. Daß hier Nachwirkungen der russischen Katastrophe mitwirken, ist klar. Es ist im Augenblicke gänzlich ausgeschlossen, sich auch nur in Vermutungen über die weitere Gestaltung zu ergehen; denn hier spielt eine derartige Fülle wechselvoller Fragen mit, daß dagegen selbst die europäische Lage verhältnismäßig einfach erscheint. Hier schwankt denn auch das weltpolitische Pendel am unruhigsten. Charakteristisch für die völlige Dunkelheit ist der Umstand, daß selbst das britisch-japanische Bündnis, das seit 1901 zu den festesten Elementen der Weltpolitik gehörte, in den allgemeinen Strudel hineingezogen ist. Das Bündnis ist nur für ein weiteres Jahr verlängert, wie man nachträglich erfährt; und wenn in britischen Kreisen die Behauptung auftaucht, man sei überhaupt zu einer Einigung nicht gekommen, sondern man werde es dem Völkerbund vorlegen, so würde diese Tatsache nur erneut beweisen, daß selbst die unerschütterlichsten Fundamente der Vorkriegszeit durch den Ausgang des Weltkrieges ins Wanken geraten sind, daß eine völlige Neugruppierung der einzelnen Hauptmächte unseres Planeten im Anzuge ist. Man kennt den Inhalt des letzten Bündnisvertrages zwischen den beiden Seemächten nicht näher. Daß darin die Fragen einer eventuellen Deckung Großbritanniens gegen russische Eingriffe eine Hauptrolle spielten, ist sicher. Dies Bündnis ist eben mit dem Zusammenbruche Rußlands aus den Fugen gegangen. Aber beide Mächte scheuen vorläufig offenbar ein Definitium. So schleppt man das Bündnis weiter, nicht weil man nicht anders könnte, sondern weil man ratlos ist. Man will abwarten! Besonders stark auf die zu erwartende Haltung der beiden Seemächte wirkt zweifellos die ungeklärte Haltung Amerikas ein. Niemand weiß, wie es sich zu entscheiden gedenkt. Wenn der neue republikanische Präsidentschaftskandidat vom Amerikanismus sprach und von der Rolle Amerikas auf dem Kontinent, dem es angehört, so sind das Redensarten, die man mit Rücksicht auf die kommende Wahl und die Mentalität der Zuhörer verstehen kann, aber weltpolitische Bedeutung haben sie nicht. Das Gewicht der Tatsachen ist auch für Amerika so groß, daß es gar nicht anders kann, als Weltpolitik großen Stils zu betreiben; das ist auch eine Folge seines wirtschaftlichen An-

Digitized by Google

wachsens und der Rolle, die es im Weltkriege gespielt hat. Und Amerikas Blickrichtung liegt vor allem im Westen! Washington schaut auf den Stillen Ozean mindestens ebenso aufmerksam wie nach Süden. Die Landmasse, welche die Liquidation des Russentums als Weltmacht kennzeichnet, Ostsibirien, ist dort auch für die Republik der Gegenstand ebenso großer Hoffnungen wie ernster Sorgen. Wenn in Amerika eine Gruppe vorhanden sein sollte, die ernstlich die Aufgabe der Philippinen betreiben würde, so würde sie erst in dem Augenblicke, wo sie versuchen würde, dieses Hirngespinst in die Tat umzusetzen, sehen, wie unmöglich es für Amerika heute ist, sich aus den Händeln der großen Politik herauszubegeben; denn allein der Besitzwechsel der Philippinen wäre geeignet, einen Weltkrieg größten Stils augenblicklich zu entfachen! Hier in den gewaltigen Ländermassen des Fernen Ostens ist heute eine Liquidationsmasse entstanden, die das türkische Problem in vergrößertem Maßstabe wieder aufleben läßt. Der Auflösungszustand, in dem sich heute bereits China befindet, ist so beängstigend wie nur möglich.

Auffällig ist, wie die Ideenpolitik all der genannten Mächte ausgesprochen dieselbe wie in der Vorkriegszeit geblieben ist. Sie sind imperialistisch im üblichen Sinne des Wortes. Das klingt wie eine Selbstverständlichkeit und ist doch mehr! Die großen neuen Gedanken, die in den Staaten der Niederlage entstanden sind, scheinen für die praktische Politik durchaus verloren. Denn wenn Lord Grey gelegentlich eine seiner Völkerbundsreden hält, so tut er das als Privatmann, eine Systemänderung beabsichtigt er nicht damit, und ob er selbst geneigt sein würde, als praktischer Staatsmann andere Wege zu gehen, als während seiner Amtszeit, erscheint zum mindesten sehr zweifelhaft. Der Glaube an die allein seligmachende Gewalt war nicht nur in Spa das letzte Mittel; es ist auch heute noch das einzige, an dem die großen Mächte bei all ihrer sonstigen Verschiedenheit unbedingt festhalten. Es fragt sich nur, ob das Ferment des Völkerbundgedankens in seiner edelsten Form das für die imperialistisch denkenden großen Weltmächte unbedingt ein Zersetzungsmoment genannt werden muß, auf die Dauer den alten imperialistischen Betrieb ermöglicht, und ob nicht im Innern der in Frage stehenden Völker sich daraus Spannungen ergeben werden, die sie zu einer, wenn man so sagen soll, moderneren und edleren Auffassung der Weltpolitik nötigen werden.

Die Antwort ist schwer; sie hängt von der weiteren inneren Entwicklung der beteiligten Staaten ab. Aber hier ist vorläufig wenig zu entdecken, das einer Systemänderung günstig wäre. Man hat drüben durch die phantastischen Zahlen von der Zahlungsfähigkeit Deutschlands auch die Arbeiterschaft in den für diese bequemen Zustand versetzt, Deutschland wird alles bezahlen, und es ist klar, daß in dem Widerstreit zwischen

Digitized by Google

den etwaig vorhandenen idealen Solidaritätsempfindungen und dem Eigennutz, letzterer siegen wird.

Das Weltgeschehen vollzieht sich somit unter wenig erfreulichen Auspizien. Die Ideen sind da, aber es fehlt der Mut, die Verantwortung oder die Entsagung zu einer großen Tat; denn die großen Gesten tuen es nicht mehr.

In dem großen Prozeß planetarischer Probleme, der sich vor uns abwickelt, ist, wie man erkennen wird, die Rolle Deutschlands eine sehr begrenzte. Es ist Zuschauer oder Objekt! Und doch ist nicht anzunehmen, daß sich die weitere politische Lagerung lediglich unter Evolutionserscheinungen vollziehen wird, dazu sind die Spannungen schon heute zu groß. Scharfe Beobachtung der allgemeinen Weltlage ist und bleibt eins der wichtigsten Erfordernisse nicht nur der deutschen Außenpolitik, sondern des ganzen deutschen Volkes!

Schicksal gestalten

Von Johannes Fischer (Stuttgart)

In dem kleinen Bändchen von Gertrud Bäumer, in dem sie sechs Frauenleben schilderte, fand ich neulich das treffliche Wort von Maria d'Agauld: „Es gibt Menschen, die Existenzen bauen, und Menschen, die Schicksale gestalten". An dieses Wort habe ich besonders während des Wahlkampfes oft denken müssen. Wir haben von der ersteren Art in Deutschland zu viele, mindestens zu viele, die vollständig darin aufgehen, sich eine Existenz, eine möglichst angenehme, behagliche, bis zum Tode und womöglich noch darüber hinaus gesicherte Existenz zu bauen und die daneben sowohl den Zusammenhang mit als das Interesse für größere allgemeinere Fragen und Aufgaben vollständig verloren haben. Ich war erstaunt, selbst von Pfarrern bei der Frage Trennung von Kirche und Staat die Sicherung der Gehälter in den Vordergrund gerückt zu sehen. Das macht sich naturgemäß in Zeiten und Verhältnissen wie den jetzigen besonders übel bemerkbar, wo wir als Volk, als Nation, als Wirtschafts- und Kulturgemeinschaft vor der Aufgabe stehen, Schicksal gestalten zu müssen. Und eben das scheint mir mit eine der Hauptursachen für den Wahlerfolg der Rechtsparteien gewesen zu sein, daß die ganze Art ihres öffentlichen Wirkens auf den Gesichtskreis und die Einstellung der bürgerlichen Wähler und Wählerinnen zugeschnitten war, die nur an die erschütterte, unsichere, verlorene Existenz dachten.

Man täusche sich nicht darüber hinweg, daß gerade vom sogenannten Bürgertum ein viel zu kleiner Bruchteil innerlich von dem Gedanken der selbständigen Schicksalgestaltung als Volk richtig erfaßt ist. Sonst hätte der Schritt vom Fürstenstaat zum Volksstaat sie ganz anders packen, ihnen viel

Digitized by Google

mehr neue, eigene Werte geben müssen, als es tatsächlich der Fall war. Das ist gegenüber den Begleitumständen, mit denen das erste Werden dieses neuen Staates der Selbstverantwortung und Selbstgestaltung verbunden ist, besonders ungut, weil in der Tat ein gewisser Heroismus, mindestens eine menschliche Größe, eine hohe Auffassung vom Sinn eines solchen Vorganges nötig ist, um die drückenden äußeren Verhältnisse unter die Füße zu bringen. Und eben die Art, wie so weite Kreise hier versagt haben, sich unterkriegen ließen, ist uns ein sprechender Beweis für den inneren Mangel, der sich darin ausspricht.

Es ist bei dem, was man Bürgertum nennt, noch schlimmer als bei den Arbeitern. Die Arbeiter hatten nicht die Möglichkeit saturiert zu sein, sich behaglich einzurichten, in ihrem Besitz aufzugehen, sich an ihn zu hängen und für seine Erhaltung zu bangen. Sie hatten auch noch nicht — wenigstens in Preußen nicht — das Maß an öffentlicher Geltung, das die Ansprüche eines — im übrigen mehr beschaulichen — Menschen befriedigen konnte. Es gehörte darum bei ihnen schon immer — auch im alten Staat — eine gewisse Energie dazu, sich abzufinden, und es war naturgegeben, daß eine bestimmte motorische Kraft immer danach drängte, über das Heute hinauszukommen. Das Bürgertum lebte im Grunde „der Erhaltung der bestehenden Staats- und Wirtschaftsordnung", auch wenn es im einzelnen da und dort laut kritisierte oder gar einmal polternd schimpfte. Jedenfalls hat es nur in ganz wenigen Vertretern danach gestrebt, Volk und Staat wirklich rückhaltlos und vollständig ganz in eigene Verantwortung, zu eigener Gestaltung in die Hand zu bekommen.

Man wird uns — und mit einem gewissen Recht — einwenden, daß die entsprechenden Kreise in ihrem Bemühen schon genug große und verantwortungsvolle Aufgaben zu erfüllen hatten, während der Arbeiter davon sich — denn die deutsche Wirtschaft war ihm Kapitalistensache — zum großen Teil ausgeschlossen habe. Aber hat nicht doch dieselbe Schicht in anderen Ländern und bei anderen Völkern, mit anderen Staatsformen und politischen Systemen daneben mehr Sinn und Willen auch für staatliche Selbstverantwortung und Selbstgestaltung gehabt als bei uns? Die Frage braucht nur gestellt zu werden, um auch gleich die Antwort zu haben. Es bleibt schon dabei, uns fehlt im Bürgertum dieser größere Sinn, dieser politisch ins Weite greifende Wille. Wir haben ein glänzendes Wirtschaftsgemälde geschaffen, aber um den Rahmen haben wir uns nicht gekümmert. Das war nach unserer Auffassung „Sache der Regierung", ihn passend zu gestalten, und wenn er einem auch nicht gefiel, so reichte die eigene Courage doch nirgends so weit, daß man — selbst auf die Gefahr eigener Mißgriffe und Fehler — auch diesen Teil der Arbeit selber in die Hand nehmen wollte.

Digitized by Google

Nun ist es über Nacht doch so gekommen und nun zeigt sich, wie vieles noch fehlt, wenn man wohl den Mantel des Propheten, aber nicht auch seinen Geist hat. Wir haben jetzt den demokratischen Volksstaat, aber seine Bürger wollen noch nicht ganz auf eigene Rechnung und Gefahr an die Gestaltung und Verwaltung desselben heran. Ihr Denken verläuft noch in den bequemeren, harmloseren Bahnen des Fürstenstaates, wo überall Warnungstafeln und Verbote die Grenzen absteckten, außerhalb welcher man Gefahr laufen konnte, oder auch, wo man dem anderen ins Gehege laufen wollte. Man rannte dagegen wohl dann und wann an, man schimpfte auch weidlich darüber, aber man hat das Wichtigste dabei vergessen, sich Gedanken zu machen, wie man handeln müßte, wenn wirklich alles Land frei wäre, „auf sich selber steht er da ganz allein". Hier liegt vor allen Dingen auch eine große Unterlassungssünde aller demokratischen Parteien. Man hat viel, sehr viel davon geredet, wie man Existenzen bauen, wie die Allgemeinheit dabei dem einzelnen helfen müsse usw., man hat reichlich kritisiert am Bestehenden, aber man hat keinen wahrhaft großen Willen zur Schicksalgestaltung entwickelt, weder für den einzelnen, noch viel weniger im Gedanken an das ganze Volk. Das war nicht realpolitisch genug, brachte nichts bei zum Aufbau der Existenz und war auch sonst gefährlich, ging über „die bestehende Staats- und Wirtschaftsordnung" — wenn auch nur der Idee nach — in einer für den ordentlichen Bürger unzulässigen Weise hinaus. So sind Millionen geblieben trotz 9. November 1918. Die Geschichte von den Fleischtöpfen in Aegypten, über denen man die Last des Ziegelstreichens der harten Fron vergaß, wiederholt sich bei all denen immer wieder, denen die behagliche Existenz alles ist, die höchstens eine leichte Klassur von Selbstverantwortung, von freiem, selbstschöpferischem Menschentum drauflegen, aber im Kerne behütet, geleitet und — versorgt sein wollen.

Es hieße an einer der schwierigsten Fragen der inneren Politik — die heute freilich zugleich auch von großer außenpolitischer Bedeutung ist — vorbeireden, wenn man sich diesen Tatbestand nicht rücksichtslos klar machen würde. Denn selbst, wenn eine Mehrheit für den demokratischen Volksstaat sich ausspricht, so ist darin doch noch lange nicht die Bereitwilligkeit, die Fähigkeit, die Einsicht gegeben, nun auch an seinem Teil soviel mehr an Selbstzucht, Verantwortung, Tatkraft aufzubringen, daß die — doch auch vorhandenen — tragenden Kräfte, die mit den Trümmern des alten Staates außer Geltung gekommen sind, aufgewogen werden. Vor allem aber ist noch nicht das beherrschtere, selbstbewußtere politische und wirtschaftliche Denken gegeben, ohne das eine parlamentarische Regierung rettungslos der Spielball von Laune und Stimmung unzuverlässiger Massen werden muß.

Wenn wir von dieser Seite her die Wahlen betrachten, dann besagen sie natürlich nichts gegen den Volksstaat und gegen die Demokratie, aber sie

Digitized by Google

zeigen doch, wie wenig letzten Endes noch getan ist, wenn nur erst die äußeren Formen und die Methoden des politischen Betriebes gegeben sind, aber die geistige und gesinnungsmäßige Direktion in Gedanken und Willen der Massen noch fehlt. Es ist geradezu ein Unglück, daß von der „Halle der Wiederholungen" her und aus dem Halbzustand der politischen Verhältnisse im alten Staat die öffentliche Rede so an Kredit eingebüßt hat; daß die Massen aus den Verhandlungen eigentlich nur die Agitationsrede kennen und nicht „den Zorn der kühnen Rede" von Männern und Frauen, die Willen und — in gutem Sinne des Wortes — Ehrgeiz und inneren Drang haben, Schicksal zu gestalten. Die Redner — die wirklich das sein wollen — aller politischen Parteien sollten helfen, diese Verachtung oder doch das Mißtrauen der öffentlichen Rede wieder zu überwinden. Wenn je einmal, dann gilt es heute, mehr zu tun als Stimmen und Mitglieder zu werben. Es ist die Tragik von Millionen unserer Zeitgenossen von den Tagen des August 1914 an, daß sie eine Zeit meistern sollen, in der es gilt, Schicksale zu gestalten und in der sie doch vielfach nur so behandelt und beeinflußt werden, als dürften sie nach wie vor nur ihren eigenen Kohl, will sagen, eine eigene Existenz bauen oder schützen. In der Beziehung ist gerade im Wahlkampf auch ungeheuer viel gesündigt worden, daß man wohl ein Recht hat, darauf ernstlich hinzuweisen. Ich habe den Glauben, daß unser Volk sich auch zu größerer Auffassung seiner politisch-staatlichen Aufgabe nicht nur eignet, sondern auch führen läßt und es eines Tages denen danken wird, die es tun. Aber wir dürfen dann nicht beim Formalen der Verfassung, der Wahlmethoden stehenbleiben, noch weniger natürlich auch diese Formen als „Formaldemokratie" verächtlich und lächerlich machen, sondern müssen weitergehen und die einzelnen Glieder des Volkes der gewaltigen Größe der Aufgabe gegenüberstellen, die für sie selbst in der Tatsache liegt, daß sie ein Stück Schicksal ihres Volkes und ihrer Volksgeschichte ganz auf eigene Rechnung und Gefahr in ihrer Hand halten. Das Ringen dieses Volkes müssen sie erleben und begreifen lernen. Das wird wirken, denn so war es doch gemeint, daß der Mensch wachse mit seinen höheren Zwecken. Und nun ans Werk. Das nächste Mal müssen mehr Wähler unter der Verantwortung und der Erkenntnis dieses eigenen größeren Lebenszweckes stehen. Die Schicksal gestalten helfen, die müssen wachsen.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt. Redaktion: Schöneberger Ufer 36a I. Telephon: Nollendorf 928. Für Anzeigen: Werbedienst G. m. b. H., Berlin W 35, Lützowstr. 102/4. Verlag: Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 84. Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt 10 M. Einzelnummer 1 M. Druck von Paß & Garleb G. m. b. H., Berlin W 57, Bülowstraße 66.

Digitized by Google

An die Bezieher der „Deutschen Politik"

Für den **ersten Halbjahrband 1920** haben wir wieder

Original-Einbanddecken

in doppelfarbigem Druck herstellen lassen. Den Preis mußten wir der sehr gesteigerten Herstellungskosten wegen etwas erhöhen; er beträgt jetzt — übrigens auch für die früheren Decken — **M 5.—** für das Stück. Bestellungen nehmen die Buchhandlungen ∴ oder der Verlag entgegen. ∴

Deutsche Verlags-Anstalt, Berlin
Berlin SW. 11, Königgrätzer Straße 99

Der
WERBEDIENST
wirkt für die Kultur der Reklame auf allen Gebieten. Staatliche und private Auftraggeber zählen zu seinen Kunden. — Zur Lösung der ihm gestellten Aufgaben vereinigen sich im Werbedienst erste Künstler, namhafte Fachleute u. durchgebildetes Personal.

Werbedienst

Berlin W 35, Lützowstraße 102/04

Digitized by Google

AUSLANDSPOST

Politik des Auslands, Kultur und Weltwirtschaft

Einzeln 90 Pfg. Erscheint wöchentlich Vierteli. 9 M.

Die Aufgabe

UNSERE Wochenzeitung stellt sich eine Aufgabe, die in ihrer Einfachheit und Klarheit ohne weiteres einleuchtet. Sie legt dem deutschen Leser die wichtigsten Äußerungen der ausländischen Presse in wortgetreuer Übersetzung vor — aus einer Masse von Zeitungen aller Länder, die der Einzelne niemals, bei dem jetzigen Stand der Valuta weniger als je, zu verfolgen vermag, und in einer Vollständigkeit der Uebersetzung, die kein anderes Organ in Deutschland liefert.

Aus den eingegangenen Urteilen:

ULRICH RAUSCHER, Ministerialdirektor, Leiter der Nachrichtenabteilung im Auswärtigen Amt, Berlin: „Die Auslandspost wird seit ihrem Erscheinen durch die Lektorate des Auswärtigen Amtes verfolgt. Sie erscheint besonders durch ihre ansprechende Form und die geschickte Zusammenstellung recht geeignet, den Interessenten wichtige Pressestimmen des Auslandes nahe zu bringen."

MAXIMILIAN HARDEN: „Dieses Unternehmen scheint mir ungemein nützlich, scheint mir so nahe dem heute für uns Wichtigsten, daß ich hoffe, auch die Ausgestaltung ins ganz Internationale (also nicht in Deutschland begrenzt) wird sich „von selbst" ergeben. Glückauf!"

Geheimrat Prof. Dr. LUJO BRENTANO: „Ich kann Ihnen nur Beifall spenden. Möge Ihr Unternehmen in jeder Hinsicht gedeihen. Es ist dringend nötig, daß das deutsche Volk über das Ausland besser als bisher orientiert werde."

Man abonniere bei den Buch- und Zeitschriftenhandlungen, bei der Post oder unmittelbar beim Verlag

VERLAG „DER NEUE MERKUR"

MÜNCHEN / THERESIENSTRASSE 12

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Inhalt:

Politische Glossen 257
Rohrbach, Was wir von der Regierung verlangen 259
v. Bülow, Die Aufrechterhaltung des Versailler Vertrages 262
Brockhausen, Das vergangene Oesterreich 266
Erdmann, Der neue Geist in der neuen Welt . . . 270
Valentin, Der deutsche Einheitsstaat auf föderalistischer Grundlage 274
Linter, Gelsenkirchen-Luxemburg 282

Preis vierteljährlich M 10.—, das einzelne Heft M 1.—

5. Jahrgang 27. August 1920 Heft 35

Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart-Berlin

Wer auswandern will

versäume nicht, sich zuvor gründlich zu unterrichten.
Dies geschieht am besten durch den Bezug der

Illustrierten Auswanderer-Zeitung

Wir bringen Ihnen jede Woche die neuesten Nachrichten aus allen Einwanderungsländern u. alles Wissenswerte über die dortigen Wirtschaftsverhältnisse u. Aussichten. Preis der Einzelnummer 60 Pf. Vierteljahresabonnement M. 7.80. Zu beziehen durch jede Buchhandlung und Postanstalt oder direkt vom Verlag:

Ausland und Heimat Verlags-Aktiengesellschaft, Stuttgart

„Die Bücherpost"

unterrichtet wöchentlich über Neuerscheinungen des deutschen Buchhandels aus allen Wissensgebieten und der Unterhaltungsliteratur. Einzelnummer 25 Pfg., vierteljährlich Mk. 2.50. Abonnements nimmt jede Poststelle, auch der Briefträger, entgegen. Probenummern sendet die Geschäftsstelle der „Bücherpost", Frankfurt a. M., Ribdastr. 74, postfrei und umsonst.

A. WARMUTH · Speditionsgeschäft

Zentrale: BERLIN S. 2, Hinter der Garnisonkirche 18.
Fernsprecher Norden 309, 310, 1642, 4472 u. 4512.
Leipziger Abteilung: Bernhardstr. 28a. Zentrum 2609.

Versand von Gütern aller Art nach allen Orten der Welt.

Möbeltransport — Lagerung.

Deutsche Verlags-Anstalt / Stuttgart / Berlin

Soeben erschien:

J. J. Ruedorffer

Die drei Krisen

Untersuchungen über den gegenwärtigen politischen Weltzustand

Preis geheftet M 8.— dazu die örtlichen Sortimenterzuschläge

Hinter dem Pseudonym J. J. Ruedorffer verbirgt sich bekanntlich einer unserer geistvollsten Diplomaten und Politiker. Gleich seinem Buch „Grundzüge der Weltpolitik in der Gegenwart" wird auch die neue Arbeit, die als eine Art Nachwort gedacht ist, berechtigtes Aufsehen erregen. Sie ist der Versuch, in dem Wirrwarr des Geschehens den Gesamtzusammenhang zu finden und den Boden für ein Handeln zu schaffen, das nicht von den Dingen gemeistert wird, sondern sie meistern will.

Digitized by Google

5. Jahrgang * 27. August 1920 * Heft 35

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Die polnische Gegenoffensive aus dem Raume von Warschau hat die eigentümliche strategische Situation gebracht, daß die russische Mitte erheblich zurückgedrängt wurde in einem Augenblick, da die Flügelbewegung noch sehr stark nach vorn drückte. Wie sich das Bild in den nächsten Tagen gestalten wird, ist bei dem Charakter des Bewegungsfeldzuges natürlich völlig unübersichtlich; für Ostpreußen entsteht zweifellos bei dem sehr starken Ueberhängen der russischen Nordgruppe die Gefahr, daß im erzwungenen Rückzug dieser Teil seine Grenzen überschreitet, um den Polen auszuweichen. Wir sind im Augenblick aufs höchste daran interessiert, daß die militärische Lage zum mindesten in der Schwebe bleibt, bis deutlich wird, ob die Verhandlungen in Minsk nur Schaumschlägerei sind oder feste Gestalt gewinnen wollen. Es ist zu erwarten, daß die Polen, solange sie siegreich bleiben, in der hinhaltenden Behandlung der Waffenstillstandsfrage gelehrige Schüler der Bolschewisten sein werden, und sich dann auch durch die fast komische sittliche Entrüstung nicht stören lassen, die plötzlich in der radikalen deutschen Presse darüber Mode geworden ist.

*

Die französische Regierung fühlt sich stark genug, die englischen Gewerkschaftsführer aus Paris ausweisen zu lassen — der militärische Erfolg und der freundschaftliche Notenwechsel mit Washington gibt ihr im Augenblick einen neuen Auftrieb, sozusagen eine Bestätigung auch ihrer Haltung. Lloyd George bleibt bei seiner dilatorischen Taktik; er hat den englischen Arbeitern sehr deutliche Worte gesagt, daß er sich vor ihren Drohungen nicht beugen wolle, da diese undemokratisch seien, sachlich aber ist ihm deren Stellungnahme im Augenblick eine Stärkung,

Digitized by Google

wenn er sich in seiner russisch-polnischen Politik von der Pariser Praxis unabhängig halten will. Giolitti, mit dem er sich jetzt treffen wird, hat bekanntlich Sowjet-Rußland anerkannt. Es bleibt abzuwarten, ob die Schweizer Reise des britischen Premiers dazu dienen soll, in einer Annäherung der englisch-italienischen Taktik den Londoner Kurs zu kräftigen.

*

Die blutigen Zwischenfälle in Kattowitz, die sich an die Neutralitätskundgebungen anschlossen, sind symptomatisch für den Zustand der Nervosität und der Erbitterung, der ganz notwendig unter der Auswirkung der Fremdherrschaft entstehen mußte. Die Spannung wuchs unter dem Eindruck der russisch-polnischen Kämpfe, und sie hat jetzt dazu geführt, daß französische Truppen durch italienische abgelöst werden mußten. Die Franzosen waren in Schleswig die besten Germanisatoren; offenbar ist es auch in Oberschlesien ihre Aufgabe, diese Rolle durchzuführen. Für die von französischer Praxis Betroffenen ist dies hart; aber wenn die Taktlosigkeit und das brutale Ungeschick der Franzosen den deutschen Widerstand, vor allem der Arbeiterschaft, stärkt, dann hat hier der böse Wille das Gute geschaffen. In Oberschlesien hat man die Franzosen mit dem polnischen Imperialismus notwendigerweise gleichgesetzt; — das gibt den Zusammenstößen ihren politischen Charakter. Die Franzosen aber sind vor die Frage gedrängt, wie weit sie sich von der polnischen Propaganda das Gesetz der Handlung vorschreiben lassen wollen.

*

Unter der Marke „Aufrechterhaltung der deutschen Neutralität" bildet sich im Augenblick ein System von Terror im Eisenbahnwesen heraus, das für den Staat gefährlich zu werden beginnt. So wohltätig die Demonstration sein mußte, die der Entente die tatsächlichen Grenzen ihrer Macht offenbarte, so unerträglich wird es für den Staat, wenn Betriebsräte auf einem Berliner Bahnhof beschließen, was sie für die Ausrüstung der ostpreußischen Sicherheitspolizei für angemessen, was sie für überflüssig halten. Das ist der Zustand tatsächlicher Anarchie. Die Mehrheitssozialdemokratie hat hier eine wichtige Aufgabe, mutig zu sein und dem Geschwätz der „Roten Fahne" von der konterrevolutionären Verschwörung, die Simons in Spa eingegangen haben soll, vor der Arbeiterschaft entgegenzutreten. Sie sieht sonst zu, wie der Staat an einer entscheidenden Stelle durch gewohnheitsmäßige Sabotage ruiniert wird.

*

Digitized by Google

Was wir von der Regierung verlangen

Von Dr. Paul Rohrbach

Kein verständiger Mensch wird so ungerecht sein, daß er von einer Regierung, die in einer Lage ist wie unsere gegenwärtige deutsche, Unmögliches fordert. Wir wissen, daß wir ohne äußere Machtmittel sind. Wir wissen, daß wir es auf der feindlichen Seite mit einem alles andere beherrschenden Uebelwollen zu tun haben, daß Unwissenheit und Vorurteile in betreff unserer inneren Lage als Motiv für das feindliche Handeln schon einen verhältnismäßig günstigen Fall ausmachen, und daß Gerechtigkeit und Einsicht drüben nur erst bei wenigen sind. Wer von unserer Regierung verlangt, daß sie handeln soll, als ob jene Hindernisse nicht beständen, ist böswillig oder töricht. Man kann aber verschiedenes Andere verlangen. Zunächst das, daß die Leute in der Regierung sich keine Illusionen machen. Ich habe das vorige Mal vor dem Illusionismus in der Ostpolitik gewarnt und schon vorher wiederholt betont, daß es grundfalsch ist, die Kraft des Bolschewismus und der Bolschewisten zu überschätzen, daß sie nur stark sind in der Propaganda, aber unfähig zu jeder wirklichen, dauernden Leistung. Auch auf militärischem Gebiet. Zum regelrechten Kriegführen gehört Nachschub, gehört ein organisiertes, leistungsfähiges Eisenbahntransportwesen. Das haben die Bolschewisten nicht. Ihre minderwertigen Streitkräfte konnten die ebenso minderwertigen polnischen mit Hilfe der Propaganda überrennen; nachdem mit Hilfe der Franzosen und der alten deutschen Verschanzungslinien auf der Nordfront von Warschau die Polen etwas wie einen Widerstand organisiert hatten, kam der Rückschlag. In Deutschland konnte man gar nicht schnell genug an den endgültigen bolschewistischen Sieg glauben. Der deutsche Illusionismus war wieder einmal zu eilig!

Eine Illusion ist es, das haben wir schon mehrfach gesagt, wenn jemand glaubt, die gegenwärtigen Regierungen in England oder Frankreich könnten dazu gebracht werden, eine tatsächliche Revision des Friedens an irgend einer wichtigen Stelle zugunsten Deutschlands geschehen zu lassen. Das können sie darum nicht, weil sie für die ganze Summe von Unrecht und Gewalt, die darin stecken, verantwortlich sind, weil sie Gefangene ihrer chauvinistischen, auf dies Friedensprogramm hin gewählten Parlamentsmehrheiten sind, und weil ihre Bekehrung zur Revision zugleich die Selbstanmeldung ihres moralischen Bankerotts wäre.

Entscheidend ist England. Lloyd George ließ die Wahlen unter der doppelten Parole machen: „Der Kaiser muß hängen“ und: „Deutschland

Digitized by Google

muß zahlen". Vorher vergewisserte er sich aber, daß Holland den Kaiser auf keinen Fall ausliefern würde. Vom Hängen ist nicht mehr die Rede, aber geblieben ist der „moralische" Hintergrund dieses Wortes, nämlich, daß Deutschland der allein schuldige Teil sein soll. Der Kaiser war nur ein möglichst drastisch gewählter Ausdruck für die deutsche Verantwortlichkeit im ganzen. *Darum* ist es auch recht und billig, daß Deutschland alles bezahlt. Außerdem kann es dann nie wieder in Industrie und Handel mit England konkurrieren. So erfreulich aber dieser Gedanke für das populäre englische Empfinden auch sein mag, so bildet sich in England gegen den Gewaltfrieden (und gegen die These von der Alleinschuld Deutschlands!) doch eine Opposition. *Mit ihr* muß unsere Regierung rechnen, *nicht* mit der heutigen englischen Mehrheit und dem heutigen Kabinett, und daß so gehandelt wird, muß von jedem verlangt werden, der Anspruch auf politische Einsicht erhebt.

Die englische Opposition politisiert nicht im deutschen, sondern im englischen Interesse. Von „deutschfreundlichen" Engländern im politischen Sinne zu reden, ist Unverstand. Die „deutschfreundlichen" Engländer sagen vielmehr: Ein Gemeinwesen wie das englische Weltreich kann nicht auf die Dauer zusammengehalten werden, wenn die Völker sehen: es bleibt dabei, daß nur Gewalt und Gewinnsucht die Triebfedern der englischen Politik im Weltkriege gewesen sind und nach dem Weltkriege bleiben. Die Engländer, die so denken, sehen ein, daß vor allen Dingen im Interesse der englischen Zukunft *der moralische Kredit Englands wiederhergestellt werden muß*; geschieht das nicht, so werden damit entscheidende Grundlagen der englischen Macht zerstört. Welches auch immer die tatsächlichen Mittel der englischen Politik von jeher gewesen sein mögen, die Welt hat überwiegend daran geglaubt, daß ideale Gesichtspunkte in ihr mächtig seien. England hat es doch sogar dahin gebracht, daß am Anfang des Krieges die Führer der oppositionellen indischen nationalen Bildung verkündeten: Indien muß auf der Seite Englands stehen, denn England kämpft diesmal für Menschlichkeit und Recht gegen das in Deutschland verkörperte böse Prinzip. Heute ist dieser Ruf Englands weithin in der Welt zerstört. Das begreift diejenige Richtung in der englischen Opposition, die wir hier im Auge haben — und sie begreift auch die *moralischen* Gründe für die wachsenden Schwierigkeiten Englands in Aegypten, Persien, Indien usw., von Irland ganz zu geschweigen. Darum ist von unserer Regierung zu verlangen, daß sie sich innerlich, statt auf den Illusionismus einer Friedensrevision mit Lloyd George, Millerand und Genossen, auf die *kommende* Mehrheit und die *kommende* Regierung in England einstellt, und daß sie ihre Handlungen und ihre Worte daraufhin prüfe, ob sie geeignet sind, den zu erwartenden Umschwung in England mit zu fördern.

Digitized by Google

Ein Zweites, was wir verlangen, ist dieses: Eine Regierung, die heute die Sache Deutschlands führen will, darf nicht auf die Position des moralischen Angreifers und Anklägers verzichten. Damit hängt ein Drittes zusammen: Sie muß verstehen, ihr Volk aufzurichten und ihm die innere Stärke derer zu geben, die um die Fahne einer großen Menschheitssache geschart, entschlossen auch gegen physische Uebermacht im Gefühl moralischer Vorkämpferschaft angehen.

Frankreich häuft die schwarze Schande in den besetzten Gebieten des Westens auf sich. Die Frankfurter Zeitung hat es sich vorgesetzt, beglaubigtes Material hierüber zu bringen, und die Reihe der von ihr mitgeteilten Fälle ist geeignet, das Blut in den Adern erstarren zu lassen. Wie vieles aber ist noch gar nicht in der Oeffentlichkeit bekanntgeworden. Deutsche Frauen, Mädchen, Knaben sind vogelfrei für die schwarzen Bestien! Die Regierung hat protestiert und hat gute Worte gefunden. Die Regierung, das heißt die Männer in ihr, sollten aber wissen, daß es wenig Zweck hat, so etwas einmal, zweimal oder dreimal zu sagen. Sie sollten eine Vorstellung davon haben, wie man den Protest gegen dieses Verbrechen so organisiert, daß er wirkt, daß er zugleich das eigene Volk in die Höhe reißt, immer stärker entflammt, immer einiger macht, und der übrigen Welt nachdrücklich das Bild der Niedrigkeit und Gemeinheit vor Augen führt, gegen die Deutschland im Namen der Menschheit ankämpft. Unsere Gegner wissen, wie man solche moralischen Feldzüge organisiert. Sie kennen das Gesetz der unablässigen Wiederholung, der Auswahl eindrucksvoller Gelegenheiten, der Verteilung der Rollen. Auch bei uns hat die Regierung mehr als einen Minister, und auch bei uns sollte es eine natürliche Sache sein, daß die Mitglieder der Regierung sich gemeinsam über einen solchen Feldzugsplan verständigen und daß jeder ohne Rücksicht auf sein Ressort diese deutsche Sache führt. Auch bei uns gibt es Gelehrte von Weltruf, große Künstler, hervorragende Frauen, glänzende Redakteure, die von geschickter Hand nach einem wirkungsvollen Plan dazu gebracht werden können, daß von ihnen eine ununterbrochene Folge tönender und zündender Anklagen gegen die französische Kulturschande ausgeht. Einiges geschieht, aber es ist viel zu wenig. Man weiß offenbar nicht in der Regierung, wie solche Politik gemacht wird, und zu welch einem Grade von Wirksamkeit sie gebracht werden kann. Und die schwarze Schmach ist ja nur ein Beispiel unter anderen!

Wir verlangen von der Regierung, daß sie einsichtig und geschickt genug ist, den Prozeß Deutschlands vor der Welt, der durchgefochten werden muß, bevor wir uns wieder erheben können, endlich in Gang zu bringen. Eher gibt es keine Friedensrevision, und wenn es noch tausendmal gesagt werden soll. Die Regierung muß es dahin bringen, daß es als deutsche Volkssache empfunden wird, den Lügnern auf der Entente-

Digitized by Google

seite, die ihre Schuld am Kriege leugnen, die Maske vom Gesicht zu reißen. Sie muß es dahin bringen, daß die Völker das ganze erdrückende Material kennenlernen, das diese Schuld beweist. Heute gibt es ja sogar in Deutschland erst eine verschwindende Minderheit, die dieses Material kennt. Ist es denn wirklich nötig, daß Ausländer kommen, und seien es so treffliche Leute wie die Engländer Morel und Ponsonby, die uns zurufen:

Wenn jemand versucht, für Friedensrevision und für eine neue Ordnung Europas zu arbeiten, so stößt er in England auf große Schwierigkeiten „infolge des Umstandes, daß gewisse politische Richtungen in Deutschland jede Gelegenheit ergreifen, um Deutschland als den allein Schuldigen am Kriege hinzustellen"? Das haben Morel und Ponsonby neulich im „Berliner Tageblatt" gesagt, und sie haben hinzugefügt, vielleicht erkläre sich dieser Fehler innerhalb der betreffenden „Richtungen" in Deutschland durch den Wunsch, koste es, was es wolle, das alte Regime zu diskreditieren — aber, heißt es dann weiter: „Eine so beschränkte Anschauungsweise, die nur die innere Politik in Betracht zieht und die weiteren internationalen Interessen nicht berücksichtigt", ist von Grund auf falsch und der Sache des demokratischen Internationalismus ebenso hinderlich wie der Sache Deutschlands.

Wir glauben, daß die Regierung den Schaden wohl kennt, der durch die Leute der Selbstbezichtigung, der „Flagellanten" angerichtet wird, und daß sie dagegen zu wirken versucht. Es muß aber noch mehr und mit mannigfalteren Mitteln geschehen. Die öffentliche Meinung, man mag über sie denken wie man will, ist unter den Verhältnissen unseres Zeitalters eine Großmacht, die zum Bundesgenossen haben muß, wer immer in einer Sache siegen will. Sie für Deutschland zu wenden, ist heute wichtiger als alles andere, und der Weg ist nicht versperrt, um an dies Ziel zu gelangen.

Die Aufrechterhaltung des Versailler Vertrages

Von B. W. v. Bülow.

General Bourgeois, „membre de l'Institut, Sénateur du Haut-Rhin", schreibt im „Figaro" vom 4. August d. J.: „Deutschland geht gemäß einem Plane vor, den es mit charakteristischer Hartnäckigkeit und Gründlichkeit verfolgt. Es macht übrigens hieraus kein Hehl und hat es sich angelegen sein lassen, uns diesen Plan vor einigen Wochen in einem Artikel der „Deutschen Politik", der B. W. v. Bülow gezeichnet war, auseinanderzusetzen. Man muß zwei Arten der Revision des Versailler Friedens unterscheiden, heißt es da, die „kleine" und die „große Revision". Die kleine Revision ist unvermeidlich, denn die Alliierten selbst führen sie

Digitized by Google

herbei infolge der Nichtausführung der Vertragsklauseln. Sie ändern diese zum Vorteile Deutschlands ab unter dem Vorwande, sie ausführbar zu gestalten und den Völkern, die sich heute unter der Herrschaft der Entente befinden, die Lebensmöglichkeit zu lassen. Die große Revision wird erst später erfolgen. Die Zeit arbeitet für sie, und der Gang der Ereignisse wird naturnotwendig zur Wiederherstellung der Grundrechte Deutschlands und seiner ehemaligen Verbündeten führen, demnach also zu einer völligen Umgestaltung der Friedensverträge, die beim Abschluß des Krieges geschlossen wurden. Man kann das, was bereits heute vor sich geht, nicht besser beleuchten, als es hier geschieht."

In meinem Artikel über den Weg zur Friedensrevision im 22. Heft der „Deutschen Politik" vom 28. Mai d. J. wollte ich zeigen, daß bei dem Kampfe um die Revision des Versailler Friedens mehr auf dem Spiele steht, als das Ringen einzelner Völker um politische Suprematie und der Wille der Deutschen, ihre Rechte und Freiheit wieder herzustellen. Es handelt sich um einen Kampf der neuen Zeit gegen die letzten Machtäußerungen einer überlebten Vorstellungswelt. Hieraus folgt bereits, daß die Deutschen bei den Auseinandersetzungen mit ihren Gegnern mit offenen Karten spielen müssen, denn nur so können sie die Werbekraft ihrer Ideen ausnützen. Daß der „Figaro" aus einer knappen Zusammenstellung der nächstliegenden Gedanken eine „Enthüllung" über „den deutschen Revisionsplan" macht, ist bezeichnend für den Unterschied der Weltauffassung.

Der französische Senator, General Bourgeois, ein Vertreter des reaktionären Frankreich, sieht mit Mißmut in den Verhandlungen von Spa den Beginn der „kleinen" Revision und eine Bestätigung der deutschen Auffassung. In seiner Wiedergabe der Punkte, die zur kleinen Revision gehören, führt er die Belassung eines 200 000-Mann-Heeres an. Davon stand in meinem Artikel kein Wort. Der französische General sieht aber hierin eine besondere Gefahr, die jedoch durch den einmütigen Willen der Herren Millerand und Lloyd George beschworen worden sei. Auch ein deutsches Heer von 200 000 Mann würde Frankreich nicht bedrohen. Die Einschaltung dieser Frage in die Erörterung der Revisionsprobleme zeigt aber, daß das reaktionäre Frankreich den Friedensvertrag in erster Linie mit militärischen Machtmitteln aufrechtzuerhalten hofft.

Leider sei es trotz seiner Hartnäckigkeit dem französischen Ministerpräsidenten nicht gelungen, zu verhindern, daß der Feindbund Deutschland Lebensmittel, Rohstoffe und Kredit gewähre. „Der Sieger wird in wenigen Monaten an den Besiegten, ohne von diesem die geringste Anzahlung auf die ihm schuldigen Summen erhalten zu haben, 1,2 Milliarden Fr. abführen, also ein Viertel von dem, was der Besiegte im Jahre 1871 dem Sieger zahlen mußte und tatsächlich binnen drei Jahren an den unnachgiebigen

Digitized by Google

Sieger gezahlt hat. Das sind die Vorteile, die Deutschland bereits gezogen hat aus der Kraft seines passiven Widerstandes, aus seiner Geschicklichkeit im Feilschen und aus seiner Kunst der Doppelzüngigkeit und Hinterhältigkeit."

General Bourgeois irrt. Deutschland hat bis zum Januar 1920 bereits Werte in Höhe von 37 Milliarden Goldmark an den Feindbund abgeführt. Hierin sind allerdings Liquidationen von 12 Milliarden einbegriffen, deren Verrechnung noch offen steht. Er übersieht ferner, daß Deutschland bis zum 1. Mai 1921 als Anzahlung lediglich 20 Milliarden Goldmark zu leisten hat. Nach den Bestimmungen des Art. 235 sind von diesen 20 Milliarden diejenigen Mengen Nahrungsmittel und Rohstoffe zu beschaffen, die notwendig sind, um Deutschland die Möglichkeit zur Erfüllung seiner Verpflichtungen zu gewähren. Der Feindbund ist dieser Vertragsbestimmung bis heute noch nicht nachgekommen. Die Abmachungen von Spa gestatten Deutschland lediglich, sich zu einem geringen Teil an dem Kursgewinn zu beteiligen, den seine Gegner auf Grund des Buchstabens des Friedensvertrages an den deutschen Kohlenlieferungen erzielen.

Besonders unangenehm empfindet es der französische General und Senator, daß deutscherseits gegen den Friedensvertrag geltend gemacht werde, dieser sei auf Betrug und Gewalt aufgebaut. Denn er fürchtet sich vor dem Tag der „großen" Revision, der kommen werde, sobald das Gebäude des Versailler Friedens genügend Breschen aufweise. Sehr gefährlich sei die deutsche Propaganda, besonders, wenn sie, wie in dieser Zeitschrift vorgeschlagen, sich auf die zahlreichen Ausländer in Deutschland erstrecke. Man könne bereits ihre Wirkung beobachten. Gefährlich sei auch das „neue Deutschland". General Bourgeois will es durch Vergleiche mit dem bolschewistischen Rußland verdächtigen. Es drohe bereits ein deutsch-russisches Bündnis!

„Die Stunde der großen Revision hat noch nicht geschlagen. Aber die Zeit arbeitet für sie." Franzosen, seid auf der Hut! „Haben wir acht! Da wir von Deutschland selbst gewarnt werden, wollen wir den festen Entschluß fassen, wie ihn der Ministerpräsident vor der Kammer verkündet hat, künftig die volle Erfüllung der Abmachungen zu fordern. Geben wir uns nicht mehr zu neuen Milderungen her, so klein die einzelne Revision auch erscheinen möge. Die Häufung der kleinen Revisionen führt, wie uns angekündigt wird, uns auf kürzestem Wege zur großen Revision, d. h. zur Aufhebung der Verträge und zum Verlust aller Früchte unseres Sieges."

Das ist der Weisheit letzter Schluß im reaktionären Frankreich. Der Sieger ist pflichtlos berechtigt, der Besiegte rechtlos verpflichtet. Das Recht des Siegers ist lediglich seine Macht. Auch ist es eine lächerliche Behauptung, daß Deutschland von Frankreich besiegt wurde. Deutschland

Digitized by Google

ist vielmehr einer Koalition fast aller Länder unterlegen. Wird diese Koalition für alle Zeiten fortbestehen? Welche Rechte hat der Sieger? Als seine Macht noch auf dem festesten Zusammenschluß aller Völker des Feindbundes beruhte, schätzte er selbst die Größe seines Sieges dahin ein, daß sie den vierzehn Punkten Wilsons entspräche. Erst nachträglich hat er, unter Ausnutzung der deutschen Revolution und unter Anwendung des Betruges weitere „Früchte des Sieges" gefordert: Gefordert, aber noch nicht geerntet. Denn die Pariser Friedensschlüsse sind keine Verträge. Sie sind lediglich das Diktat eines übermütigen Siegers. Die deutsche Unterschrift, die durch Betrug und Gewalt erzwungen wurde, enthält keine moralische Bindung. Derartige einseitige Abkommen, die nur mit Anwendung rechtloser Gewalt erzielt wurden, können auch lediglich durch Gewalt aufrechterhalten werden. Wie lange werden Frankreich und die anderen Länder des Feindbundes die Macht haben, in so weitgehendem Maße Gewalt anzuwenden? Der Pariser Rechnung liegt ein schwerer Rechenfehler zugrunde. Deutschland soll so sehr geschwächt werden, daß es leicht unterdrückt werden kann. Frankreich will aber auch, daß die Deutschen selbst die Kosten des ungeheuren Apparates tragen, der zu ihrer Unterdrückung nötig ist. Deutschland kann diese Lasten jedoch nicht tragen. Finanzminister Klotz hat für Frankreich allein 375 Milliarden Fr. Kriegsentschädigung gefordert. Vor dem Kriege betrug unser Volksvermögen nur 350 Milliarden M. und unser Volkseinkommen 40 Milliarden M. Heute ist unser Vermögen auf etwa zwei Drittel, unser Einkommen auf weniger als die Hälfte zusammengeschmolzen. Deutschland kann also die Unkosten des gegnerischen Imperialismus nicht aufbringen. Frankreich selbst ist diese Last ebenfalls zu schwer. Also muß über kürz oder lang das Gebäude von Versailles, auch ohne äußeren Anstoß, zusammenbrechen. Eines Tages wird die Erkenntnis durchdringen, daß weniger mehr gewesen wäre, und daß man mit verständigen Vergleichen weiterkommt, als mit einer Politik der Gewalt. Dann, spätestens, erleben wir die „große Revision".

Eine ungeheuer verwickelte und ausgedehnte Kombination war erforderlich, um den Versailler Frieden durchzusetzen und bis heute aufrechtzuerhalten. Wenn auch Deutschland durch diesen Frieden und seine Folgen ungeheuer geschwächt wurde, so nimmt doch auch andererseits die Macht seiner Gegner ständig ab. Heute bröckelt bereits der polnische Mahlstein. Das deutsch-russische Bündnis, das der General Bourgeois seinen besorgten Landsleuten an die Wand malt, wird vielleicht niemals Ereignis werden. Eines Tages werden aber ganz zweifellos Deutschland und Rußland zusammengehen, ganz gleich, wer die Herrschaft in Moskau in Händen hat. Denn es verbindet sie auf ein Menschenalter hinaus die „Kameradschaft des Unglücks". Und die alte Koalition der Alliierten, wie lange wird sie den Stürmen der neuen Zeit standhalten? Noch ist stets, wie

Digitized by Google

die Geschichte lehrt, das Alte, Ueberlebte, dem Neuen unterlegen. Daß wir in unserem Kampfe gegen den Feindbund den Fortschritt vertreten gegenüber einer zum Tode verurteilten Reaktion, steht außer Frage. Damit ist unserer Zukunft der Weg gewiesen. Deshalb hat auch der General Bourgeois wohlweislich den Schlußsatz übergangen: Die größte Aussicht auf politische Erfolge hat der, der es versteht, seine Ziele mit den Zeitströmungen in Einklang zu bringen, und sich mit den Geistern des Fortschrittes zu verbinden. Die reaktionäre Haltung des Feindbundes und sein Festhalten an den Gedanken einer überlebten Vorstellungswelt macht uns unsere schwere Aufgabe leicht.

Das vergangene Oesterreich

Univ. Prof. Hofrat Dr. Carl Brockhausen, Wien

Zwei weitere Aufsätze des Verfassers über die Entwicklung des österreichischen Problems werden folgen.

Der wahre Wert des Staates Oesterreich wird erst jetzt erkannt, da er zertrümmert ist. „Austria delenda est" hatte der italienische Minister Bisolatti verkündigt, und dachte dabei an die unbeschränkte Herrschaft Italiens im Adriatischen Meere, dem „mare nostro". Aber kaum war sein Programm verwirklicht und schon ist Italiens Einfluß auf die adriatische Ostküste gefährdeter denn je. Abermals muß es die Herrschaft auf diesem Meere mit einem Nachbarn teilen, und dieser jugoslawische Nachbar ist angriffslustiger und unruhiger als es das national gespaltene Oesterreich je sein konnte. Also werden die Italiener ihres Sieges über Oesterreich, der freilich, genau besehen, eine Kette von Niederlagen war, nicht froh.

Nicht viel anders ergeht es den anderen „Siegerstaaten"; in ihr Siegesfest mischt sich ein dumpfer Ton, wie wenn ein Damm zerbrochen ist, und von Osten her eine zerstörende Flutwelle von ungeheurer Ausdehnung sich über ungeschütztes Kulturland ergießt; und die Männer der Entente erbleichen. An der Stelle einer festen Mauer haben sie Theaterkulissen aufgestellt, und diese vermögen dem Ansturm nicht standzuhalten, den Dienst der Mauer nicht zu leisten. Oesterreichs Mission ist beendet; die Missionen der Entente können sie nicht ersetzen, und die Männer der Entente beginnen nachzudenken. Wie Halbaffen sitzen wir alle vor den Scherben eines zertrümmerten Kunstwerks und möchten das Zerstörte gerne wieder zusammenleimen, aber die Scherben wollen nicht mehr zusammenpassen.

Oesterreichs Schicksal bildet ein Seitenstück zu jenem des Deutschen Reiches. Mit diesen beiden so übermäßig angefeindeten und falsch beur-

Digitized by Google

teilten Staaten wurde zugleich das Rückgrat Europas zerbrochen; mit unserer Verstümmelung ist zugleich eine Selbstverstümmelung der europäischen Kultur eingetreten. So ist das Problem der Wiederaufrichtung Europas nicht viel anders als ein Problem der Wiederaufrichtung des zerbrochenen Knochengerüstes jener Mittelstaaten, und die Frage ist nur, ob diese Erkenntnis unseren Vernichtern rechtzeitig zum Bewußtsein kommt, sodann, ob sie diese Erkenntnis in die Tat umsetzen werden, bevor es zu spät ist.

Die volle Erkenntnis von dem ganzen Umfange des in den Friedensverträgen begangenen Mißgriffes müßte freilich recht bald kommen. Sie dämmert ja bereits bezüglich des Deutschen Reiches auf; aber hier begegnen der zur Tat führenden Einsicht so viele Widerstände der Angst und des Egoismus, daß es gewissermaßen ein Vorteil für die Schnelligkeit ist, mit welcher die Wahrheit sich Bahn brechen wird, wenn das österreichische Problem in aller Schärfe der ziemlich unwissenden Mitwelt vor Augen geführt wird. Das Problem ist in letzter Linie dem reichsdeutschen sehr verwandt; aber Rachsucht und Angst trüben Oesterreich gegenüber den Blick der anderen weniger, und sie können an diesem Bilde leichter sehen lernen, was nottut.

Es ist ein Bestandteil der allgemeinen Bildung, daß Oesterreich eine europäische Mission hatte, indem die alte Ostmark ein Bollwerk des Westens gegen den stets vordringenden Osten bildete. Genau an jenem Punkte, wo die letzten Ausläufer der Alpen jäh zur Donau abfallen und vom Kahlenberge aus sichtbar die Karpathen sich erheben, bot sich den Einfällen der Ostvölker ein breites Tor. Hier wurde Wien befestigt, um das Tor zu verschließen, und durch fast ein Jahrtausend hat es treue Torwacht gehalten und keinen dieser feindlichen Nomaden durchgelassen. Eine leise Erinnerung an diese einst geleisteten Dienste schimmert noch immer in dem Wohlwollen durch, welches Wien auch heute bei seinen Feinden genießt. Aber es handelt sich hier doch gewissermaßen nur um eine Teilleistung dessen, was das gesamte deutsche Volk im Laufe von Mittelalter und Neuzeit vollbracht hat, indem es von der Ostsee bis zur Adria die europäische Grenzwacht hielt.

Drastisch und plastisch erkennt man von den Höhen des Wiener Waldes mit freiem Auge, was dem politisch geschulten Auge nicht verborgen bleibt, wenn es die deutsch-russische Grenze betrachtet. Unmittelbar vor Wien liegt im Osten die große ungarische Tiefebene, und genau an diesem Schnittpunkte begegneten sich die Westeuropäer, ein logisch denkendes und scharf rechnendes Volk der Arbeitsfreude und der Sparsamkeit mit den mehr phantasievollen, schweifenden Völkern der Steppe. Es ist ein uraltes Welterlebnis, daß die einen zu Ordnung und Wohlstand gelangen, indes die anderen stets bereit sind, ihre Armut durch die Früchte

Digitized by Google

fremden Fleißes zu mildern und einen auf Teilung berechneten Ausgleich zu schaffen. Dieses alte, aus der Geschichte Asiens wohlbekannte Schauspiel hat sich zwar an der ganzen deutschen Ostgrenze wiederholt, aber in der österreichischen Geschichte tritt es gleichsam konzentriert auf, und die Erinnerung an die schweren Türkenbelagerungen Wiens hat sich noch heute nicht verflüchtigt.

Die große Frage, ob Europa der östlichen, stets sich erneuernden Völkerwoge erliegen oder standhalten werde, ist durch Oesterreich in deutlich erkennbarer Weise entschieden worden, wenn auch der deutsche Norden dem westlichen Europa einen noch viel umfassenderen Abwehrdienst geleistet hat. Der bloßen Abwehr folgte entlang der Donau die zweite Periode. An Oesterreich schlossen sich jene Ostvölker an, vor denen es zuerst die Kulturwelt schützen mußte; Magyaren und Slawen, die Länder Ungarn, Kroatien, Slawonien treten bei, und unter Oesterreichs Führung treten sie in den europäischen Kulturkreis; deutsches Wesen strahlt von Wien aus über Ofen-Pest nach Agram bis Belgrad und Bukarest, nach Laibach und Dalmatien. — Dieser Vorgang findet sein Gegenbild an der Oder- und Weichsel. Nachdem die westeuropäische Kultur durch deutsche Hände geschützt war, breitet sie sich weit nach Osten aus.

Nun aber kommt für Oesterreich ein Drittes: So wie nach der Abwehr die Ausbreitung, so kommt nach der Ausbreitung das Zusammenleben der verschiedenen Nationen in einem Staate, die Symbiose der Völker. Hier wohnen in verhältnismäßig engem Raume zehn Nationen, beinahe ebensoviel, wie in dem ganzen übrigen Europa, zusammen. Sie lieben sich nicht, denn sie sind verschieden nach Sprache, Geschichte, Konfession und Kultur. Die meisten waren politische Kinder, unfähig, sich selbst zu regieren, geschweige denn befähigt, über andere zu herrschen. In voller Freiheit belassen, wären sie aus hundert Gründen übereinander hergefallen. Ihnen allen bot Oesterreich eine politische Kinderstube und ein gemeinsames Dach, unter dem sie, wenn auch ohne sonderliche Liebe, so doch ohne blutige Kämpfe, leben konnten. Oesterreich war ein Europa in miniature; aber während sich die Staaten Europas durch die letzten 500 Jahre so oft befehdeten, daß die Friedensjahre wie Waffenpausen zählten, hat es hier zwar manche Reibereien, aber nur zwei bis drei größere Bürgerkriege gegeben. Oesterreich hat die Symbiose der einander Widerstreitenden so ziemlich durchgeführt, gestützt auf die fast rätselhafte Kraft und Klugheit des deutschen Stammvolkes.

Das wäre in großen Zügen die innere und äußere Mission Oesterreichs, die in so manchen Punkten eine Parallelerscheinung zur Mission des übrigen deutschen Volkes bildet. Richtig beurteilt, hätte sie die Westmächte vor der unüberlegten Zerstörung des Staates abhalten sollen. Aber es war vielleicht Oesterreichs Unglück, daß es Europas islamitischen

Digitized by Google

Erbfeind zu gründlich vernichtet hat; denn als die Türkengefahr endgültig beseitigt war, schien den Westmächten Oesterreichs Mission für beendet, und auch die bisher geschützten Kinder hielten sich des Schutzes nicht mehr für bedürftig. So stürzte Oesterreich zusammen, nachdem seine äußere und innere Staatsidee untergraben war.

War sie es wirklich, oder schien es nur so? Die kurze Zeitspanne nach dem Sturze zeigt deutlich, daß dieser Sturz, vom allgemein europäischen Standpunkte betrachtet, zum mindesten verfrüht war. Jene drei großen Ereignisse, welche den Ruhmestitel Oesterreichs ausmachten, die Abwehr der östlichen Gefahr, die Ausbreitung der westeuropäischen Kultur und die Symbiose der kleinen Völker, sie alle schlagen bei dem Wegfalle des alten Oesterreich sogleich in ihr Gegenteil um. Es hat geradezu Ueberraschung hervorgerufen, wie wenig Widerstand die der europäischen Kultur halbwegs gewonnenen slawischen Grenzvölker der östlichen Welle entgegenzustellen vermochten, und so tritt sofort an die Stelle der Ausbreitung westlicher Kultur im Laufschritte die Balkanisierung des Westens; wieder schreitet der Osten siegreich bis an die Tore Wiens vor, und noch einmal hält die verarmte und halbverhungerte Stadt die östliche Gefahr, die diesmal als kulturfeindlicher Bolschewismus auftritt, in ihrem Laufe auf — noch einmal schützt mit geradezu rätselhafter Kraft und Klugheit die totkranke Stadt das westliche Hinterland. Bolschewismus und Balkanisierung sind die Gegenstücke zur Abwehr des Ostens und Ausbreitung des Westens; aber auch die dritte der vorhin besprochenen Erscheinungen bleibt nicht aus. An Stelle der Symbiose der kleinen Völker tritt gleichzeitig der seit Oesterreichs Bestande zurückgehaltene Kampf aller gegen alle auf dem Boden des zertrümmerten Staates. Seit dem famosen Frieden sind auf diesem Ländergebiete zahlreichere Kriege geführt, ist vielleicht mehr Blut geflossen, als in 500 Jahren zuvor zusammengenommen. Es sind dies die Kämpfe der Tschechen mit den Polen, der Polen mit den Ukrainern, der Ukrainer mit den Rumänen, der Rumänen mit den Madjaren, der Madjaren mit den Serben, der Serben mit den Italienern — ein wahrer Reigentanz von Kriegen von dem Augenblicke an, als die Deutschen die Waffen niederlegten —, das sind die sichtbaren Früchte der Zerstörung Oesterreichs. Sie sind so sichtbar, daß auch die Entente sie nicht übersehen kann.

Aus dieser kurzen Betrachtung ergibt sich die erschütternde Erkenntnis, daß maßloses Unheil durch den Dilettantismus der Unwissenden angerichtet wurde, welche bei der Neuordnung der Welt die jahrhundertealte Erfahrung, die Oesterreich in sich aufgespeichert hatte, auch nur anzuhören verschmäht haben. Um so deutlicher aber tritt sogleich hervor, daß die uralten Gesetze, welche einstens zur Errichtung jener Ostmark geführt haben, auch heute noch fortbestehen. Noch immer stoßen in jenen Gegenden

Digitized by Google

ordnungsliebende Westvölker mit den die Wirklichkeit phantasievoll überspringenden Steppenvölkern zusammen, die diesmal nicht bloß mit der erdrückenden Masse ihrer Volksgenossen, sondern auch mit unausgegorenen Ideen die einst von den Deutschen gestützte Europakultur angreifen und zu einer alle Güter umfassenden Teilung geneigt sind. Noch immer sind die Slawen, wie einst in den Zeiten der Waräger, eine sich selbst bekämpfende Volksmasse, die sich nur schwer selbst regieren kann, und eines kräftigen Zügels bedarf, um nicht Unruhe bei den Nachbarn zu erzeugen.

Diese alten Gesetze wirken fort, und daraus ergibt sich für Europa die Lehre, daß, um im Westen gesichert leben zu können, im Osten ein starker Wall gezimmert werden müsse. Speziell bezüglich Oesterreichs dämmert diese Erkenntnis auf, weil die Ereignisse sie mit solcher Plastik zeigen. Auch die Entente möchte ein solches Ziel, wenn sie auch noch bezüglich des Weges schwankt. Aber daß das gleiche Problem auch bezüglich der ganzen deutschen Mitte Europas gilt, scheint jenen Herren der Erde noch nicht klar zu sein, welche selbst jetzt noch Deutschland so schwach halten wollen, daß es seine innere Ordnung nicht aufrechterhalten kann.

Der neue Geist in der neuen Welt

Von Bruno Erdmann

In den Vereinigten Staaten beginnt das Altamerikanertum einen Abwehrkampf gegen den Geist der neuesten Zeit, die Forderungen vorstellt, deren Erfüllung alle überkommene Lebensanschauung der Amerikaner über den Haufen werfen würde. Handelt es sich doch um nichts Geringeres als um die Bedrohung des amerikanischen Individualismus, der der gesamten Nation seit zwei Jahrhunderten in Fleisch und Blut übergegangen ist und gegen den jetzt eine kleine, aber doch schon Beachtung heischende Gruppe von Neuerern Sturm läuft. Weit wichtiger ist dieser Kampf oder vielmehr sein Ausgang für die Entwicklung der Union, als die Präsidentenwahl oder der Zwist der beiden Parteien, der republikanischen und der demokratischen. Diese beiden werden vielleicht sogar in kurzer Zeit sich zu einer Kampfgruppe verschmelzen, um mit allen Kräften die Neuerer zu Boden zu schlagen.

Was wollen diese? Sie wollen etwas, was dem Amerikaner alten Schlages immerdar ein Greuel war und sein wird. Sie erstreben — kurz gesagt — eine Eindämmung des so typisch amerikanischen freien Spiels der Kräfte durch staatlichen Eingriff, erstreben Schutz der Schwachen durch den Staat und endlich Verstaatlichung lebenswichtiger Betriebe. Und für das Altamerikanertum heißt das Verrat am Vermächtnis der

Digitized by Google

großen Begründer der Union und Verlust der Freiheit. So ist an ein freiwilliges Nachgeben nicht zu denken und die Besorgnis nur zu gerechtfertigt, die aus Reden und Schriften jenseits des Ozean spricht.

Einem Amerikaner von altem Schrot und Korn sind die Ansprüche der Neuerer nicht nur in tiefster Seele zuwider, sie sind ihm geradezu unverständlich; er empfindet sie als fremd, als europäisch. Und tatsächlich werden sie auch vor allem von Einwanderern verfochten, die aus der alten Welt gekommen sind. Aber mit Grausen sieht der alteingesessene Bürger der Union in allerletzter Zeit auch seinesgleichen unter denen, die er Umstürzler nennt, und er sieht gerade diese abtrünnigen Söhne seines Volkes dort die Führung übernehmen. Und steht wie vor einem Rätsel. Seinem Individualismus ist dieses wie Wahnsinn und fremdländische Rückständigkeit, dieses Verstaatlichen von Eigentum freier Bürger, dieses Gerede vom Schutz der wirtschaftlich Schwachen durch den Staat und dergleichen mehr. Solange er zurückdenken kann, hat ihm das „Hilf dir selbst" als Wahlspruch geklungen, hat er seine, des Individuums Kraft ungehemmt und unbevormundet auf freier Bahn den Wettkampf mit anderen Kräften ausfechten sehen. Unfaßlich ist es ihm, daß Amerikaner, Bürger nach staatlichem Schutz vor Ausbeutung rufen, ihm, der von Männern abstammt, die zu Büchse und Messer griffen, wenn es ihre Rechte zu schützen galt. Unfaßlich ist ihm aber vor allem die Bedrohung des Eigentums durch den Verstaatlichungsgedanken und mit ganzem Herzen steht er auf Seite der großen Trusts, deren Bahnnetzen, Minen und Latifundien der Feldzug der Neuerer gilt, während er, der Mann vom alten Schlage, die großen „Kapitäne" der Trusts aufrichtig bewundert und als Vorbilder und Volkserzieher feiert. Und er sagt sich: Hier muß etwas geschehen.

Aber dasselbe sagen die unheimlichen Neuerer und Reformapostel in ihren Meetingreden und in ihren Schriften auch. Auch sie wollen, daß ein Geschehen dem Reden und Schreiben folge. Die Zeiten sind vergangen, da man die Unzufriedenen und Notleidenden über den Mississippi schickte, nach Westen, wo Land in Fülle war, und wo die Mörgler durch den Kampf ums Dasein in der Wildnis in wenigen Jahren Anhänger der „Hilf dir selbst"-Parole und durch die Freude am eroberten Gebiet getreue Bekenner der Heiligkeit des Eigentums wurden. Heute beginnt der einst unerschöpflich scheinende Landvorrat zur Neige zu gehen, die Zahl der Unzufriedenen aber wächst, wächst mit der zunehmenden Industrialisierung des Landes. Noch in der ersten Hälfte des verflossenen Jahrhunderts konnte Sealsfield schreiben, das Gefüge der Vereinigten Staaten könnte durch keine Umsturzbestrebungen bedroht werden, da mehr als drei Viertel aller Einwohner grundbesitzlich wären. Dann kam die Zeit, als nach dem Bürgerkriege die Industrie mächtig aufstieg und eine besitzlose

Digitized by Google

Arbeiterklasse zum erstenmal Kritik an dem gewaltigen Bau zu üben wagte. Aber es waren Fremde, Einwanderer, der Amerikaner verschmähte noch diese Tätigkeit, nur in leitenden Stellungen sah man ihn, gut bezahlt und der Masse der Arbeiter fremd gegenüberstehend. Diese Masse wurde einfach von der Polizei niedergeknüppelt, als sie — es war unter Clevelands Präsidentschaft — in Chicago die erste Erhebung wagte. Das Publikum jubelte der Polizei zu. Aehnliches schildert der Schwede Berger, der als Augenzeuge, ebenfalls in Chicago, einem solchen Sieg des polizeilichen Gummiknüppels über heulende Arbeitslose beiwohnte. Die jungen Damen brachten den Schutzleuten Blumen, die „unsere guten, alten amerikanischen Sitten gegen das fremde Gesindel verteidigten". Das war schon in unserem Jahrhundert. Unter solchen Umständen konnte der Altamerikaner noch ruhig schlafen. Mit den eingewanderten Arbeitern sympathisierte schlechthin niemand. Da sie das göttliche „Hilf dir selbst" nicht fanden, so mochten sie vegetieren, so gut sie konnten. Irgendwo in Europa sollte es ja so etwas geben wie Schutzgesetze und Fürsorge des Staates für Arbeiter, aber darüber konnte ein Amerikaner natürlich nur die Achseln zucken. Sah er sich doch umgeben von reichen, starken und maßgebenden Mitbürgern, die aus Armut und Dunkel aufgestiegen waren, nur durch eigene Kraft und ohne jede Fürsorge und Protektion.

Nun begann aber allmählich eine Amerikanisierung der Arbeitermasse. Die großen Städte des Ostens der Union konnten ihren Abhub nicht mehr in die Wildnis aussiedeln, denn die Wildnis war nun auch bald aufgeteilt. Dazu wuchs die Industrie riesenhaft an, verlangte immer neue Kräfte und nahm dann zuletzt durch den Weltkrieg ungeahnte Dimensionen abenteuerlichster Art an. Amerikaner suchten nun auch ihr Brot bei ihr, und kaum waren sie in stärkeren Prozentsätzen in die Arbeiterschaft eingedrungen, als sie auch mit der ganzen brutalen Energie ihres Volkes den Kampf um bessere Lebensbedingungen begannen. Die Streiks häufen sich heute, und im politischen Leben spielt die Arbeiterfrage auch schon ihre Rolle. Doch ist es nicht sie allein, die dem Amerikaner alten Schlages das Leben zu vergällen anfängt. Es ist vielmehr der im Gefolge dieser sehr praktischen und materiellen Fragen aufkommende neue Geist, ein Geist, der den Bau, den ein Washington, ein Jefferson, ein Lincoln aufgeführt haben, kritisiert und für mehr oder weniger geborsten erklärt, der nach Reformen des ganzen amerikanischen Lebens ruft und das Prinzip des freien Spiels der Kräfte und des unbekümmerten und unbeaufsichtigten Ausnutzens jeder Chance anficht! Damit aber wankt dem Amerikanertum, wie es bisher geworden ist, die ganze Weltanschauung. Wenn erst so etwas wie staatliche Einmischung in die Methoden und in die Praxis des Unternehmers einmal eingeführt ist, dann ist ihm Amerika nicht mehr „Gottes eigenes Land", nicht mehr der Hort der

Digitized by Google

Freiheit; und was nun gar Verstaatlichung privaten Eigentums wie Eisenbahnen, Minen usw. betrifft, so bedeutet ihm das Verletzung aller Grundrechte, und er urteilt darüber, wie ein strenggläubiger Muselmann über den Plan einer Abänderung der Koranregeln urteilen würde. Hierbei denkt und handelt er ganz gutgläubig; es wäre sehr falsch, seinen Widerstand gegen eine neue Denkweise nur der Gewinnsucht und dem Eigennutz zuzuschreiben. Dieses in allen äußeren Dingen stets nach dem neuesten Schnitt eingerichtete Volk hat in Fragen der Lebensanschauung, der Sitten und Gebräuche nichtsdestoweniger seinen echt angelsächsisch an Ueberlieferungen klebenden Geist. Es geht ihm um viel mehr als um Dollars, wenn es einer Sozialisierung auch im kleinsten Maßstabe widerstrebt, und das bisher gültige Prinzip „Freies Feld und keine Gunst" (Kentuckys Wahlspruch) bedeutet ihm eine ganze Weltanschauung, nicht ein Rezept zum Reichwerden.

Indem es sich auf der Grundlage der individuellen Energie organisierte, hat Amerika sich dem Gesetz seines Entstehens angepaßt. Wer hatte es geschaffen? Auswanderer, die Abenteurer, Verbannte, Rebellen waren. Sie waren in das neue Land gekommen, um sich mit Willenskraft eine neue Existenz zu schaffen. Dies blieb das Evangelium ihrer Nachkommen. Und etwas vom Squatter und Trapper und Urwaldpionier steckt jedem Amerikaner noch im Innersten.

Die neue Lehre aber, die den alleinseligmachenden Individualismus anzweifelt, ist von Grüblern emporgetragen, die von der alten Welt Ideen entlehnen. In ihrer Art und Weise ist etwas von der kümmerlichen Verbitterung des Proletariertums europäischer Großstädte. In mehreren seiner Romane hat Jack London diese Kreise geschildert, die dumpfe, unheimlich haßerfüllte Atmosphäre, wo sich Italiener, Portugiesen, Deutsche, Iren und Magyaren um amerikanische Führer scharen. Hier spricht man nicht vom freien Wettkampf, sondern von der Umgestaltung des Staates zugunsten der „frohnenden Enterbten", von der Sozialisierung der Gruben und aller lebenswichtigen Betriebe — ganz wie in Europa. Hier haßt man Vanderbild und Morgan und Astor und ruft den Staat um Schutz an gegen diese Krösusse. Und hier phantasiert man von einer lichten Zukunft — ganz wie anderswo.

Seinen im Jules Verne-Stil entworfenen Zukunftsroman läßt Jack London übrigens mit dem Siege der plutokratischen Oligarchie enden. Sein Glaube an die Kraft des Sozialismus in Amerika scheint also nicht der stärkste gewesen zu sein.

Der europäische Beobachter muß nun die Dinge im Zusammenhang betrachten. Wenn heute in den Vereinigten Staaten die Einwanderung erschwert und der Eingewanderte mit Mißtrauen angesehen wird, so ist das eine Folge der Furcht vor Verseuchung des Landes mit Umsturz-

Digitized by Google

ideen. Und dasselbe gilt von der versuchten Unterdrückung nichtenglischer Zeitungen und Broschüren, dasselbe von der Ausweisung der Ausländer, die Verdacht erregen, und dasselbe wiederum zeigt sich bei der Nominierung des Präsidenten, wenn Senator Harding die meisten Stimmen erhält, weil er für gut konservativ (in amerikanischem Sinne) gilt. Alles das sind schon Vorgefechte, Plänkeleien. Ob, wie und wann es zum Kampf kommen wird, das ist für den Nichtamerikaner schwer zu entscheiden. Die Aussichten sind für das Altamerikanertum keineswegs schlecht. Gegen den industrialisierten Osten stehen der Westen und der Süden mit ihrer noch stark ländlichen Bevölkerung. Und dann ist zuletzt im Bewußtsein des Volkes die neue Bewegung doch mit Rassefragen verquickt. Ohne die Scharen ausländischer Arbeiter wäre es nie zu solcher Spannung der Gegensätze gekommen; das wird im Ernstfall doch schwer ins Gewicht fallen und bei wirklich revolutionären Erscheinungen der neuen Richtung die Sympathie nehmen. Aber zu Konzessionen in diesem und jenem wird es dabei doch wohl kommen müssen, und das wird genügen, um manchen alten Virginier zum Jeremias zu machen.

Der deutsche Einheitsstaat auf föderalistischer Grundlage

Von Prof. Dr. Veit Valentin (Berlin)

Die verzweifelte Lage Deutschlands auf allen Gebieten zwingt den Politiker, unsere inneren deutschen Zustände mit kritischem Auge zu prüfen. Wir stehen hier vor einer Tatsache, die wohl nicht bezweifelt werden kann: wir werden zu teuer regiert. In einem Augenblick, da wir die fürchterlichsten wirtschaftlichen Belastungen auf uns nehmen müssen, darf man dringend verlangen, daß jede Möglichkeit ergriffen wird, die tatsächlichen Ausgaben in Deutschland zu verringern, die Zahl der Beamten herabzumindern, und es so zu erreichen, daß die Berufe, die die volkswirtschaftliche Entwicklung fördern, gegenüber den andern vermehrt werden, die an der Volkswirtschaft zehren.

Nehmen wir zum Eingang als Beispiel den Staat Sachsen[1]). Sachsen hat eine Einwohnerzahl von 4 806 661 Köpfen; das entspricht der Bevölkerungsziffer von einer größeren preußischen Provinz, etwa Brandenburg. Sachsen braucht für die Erledigung seiner Staatsgeschäfte sechs Zentralbehörden, nämlich Gesamtministerium und Staatsrat, Justizministe-

[1]) Die angegebenen Zahlen beruhen auf den Angaben der zuletzt gedruckten Haushaltungspläne der Einzelstaaten. Seitherige Aenderungen sind nicht berücksichtigt; sie stellen eine wesentliche Vermehrung der Gehälter dar. Die Verringerung der Stellen ist aber schon da und dort in Angriff genommen.

Digitized by Google

rium, Ministerium des Innern, Finanzministerium, Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, Ministerium des Kultus und des öffentlichen Unterrichts. Diese Zentralbehörden verschlingen nach dem Voranschlag von 1918/19 eine Jahressumme von über vier Millionen. Dazu kommen noch die Landtagskosten von 445 173 M. Zum Vergleich erwäge man folgendes: die Gesamtkosten der landrätlichen Besoldungen in Preußen, der 481 Landräte, 519 Kreissekretäre und Assistenten, 483 Kreisboten usw. belaufen sich auf 7 182 960 M.; wir stehen also vor der Tatsache, daß die Zentralbehörden des einen Landes Sachsen von noch nicht fünf Millionen Einwohnern allein mehr als die Hälfte der gesamten Lokalverwaltungskosten des Großstaates Preußen verbrauchen, der fast zehnmal soviel Einwohner hat und fünfundzwanzigmal so groß ist!

Noch verblüffender ist das Resultat, wenn man sich die Unkosten vergegenwärtigt, die die kleineren deutschen Länder beanspruchen. Das Großherzogtum Oldenburg hat eine Bevölkerung von 483 042 Einwohnern; das entspricht der durchschnittlichen Bevölkerungsziffer eines preußischen Regierungsbezirkes, der mit einem Regierungspräsidenten, einer Anzahl Räten usw. vollkommen ausreichend verwaltet wird; die Verwaltungskosten eines preußischen Regierungsbezirkes kann man auf durchschnittlich etwas über eine halbe Million Mark veranschlagen. In Oldenburg betragen die Gehälter allein des Staatsministeriums 347 000 M., die Geschäftskosten 153 000 M., die Gehälter für die Verwaltung des Innern 273 000 M., die Geschäftskosten 355 000 M. Dazu kommt noch der Landtag mit 82 000 M. Und dabei ist Oldenburg ein Staat, der noch verhältnismäßig *wenig* Beamte braucht.

Die deutsche Revolution im Jahre 1918 ist im Anfang stecken geblieben. Was sie getan hat, war ein Zertrümmern aus Ekel und Verzweiflung. Der positive Aufbau, so ordentlich und tüchtig die Arbeit war, entbehrt des wahrhaft schöpferischen Geistes. Er erscheint uns mehr als eine verlegene Repetition aus früheren Geschichtskrisen. Daher kommt der ungeheure Druck von rechts und links gegen das Werk der herrschenden Parteien. Von innen heraus muß ein Neuaufbau Deutschlands mit aller Folgerichtigkeit durchgeführt werden. Das deutsche Reich ist noch heute ein Bündel dynastischer Fürstenstaaten mit kostspieliger Bureaukratie. Man hat die Fürsten abgesetzt, man hat Parteiminister an die Spitze der Staatsverwaltungen gesetzt — der Stoff und der Apparat ist absurderweise im wesentlichen geblieben. Jeder Geschichtskundige weiß, daß diese Fürstenstaaten durchaus künstliche Schöpfungen sind, zusammengeklebte, häufig verstreut liegende dynastische Güter, die allzuoft in ihrer Bildung direkt den geographischen und wirtschaftlichen Bedingungen des Landes selbst widersprechen. Die Mehrzahl dieser Bildungen ist gerade 100 Jahre alt, der größte Staat, Preußen, hat in seiner Ausdehnung von 1914

Digitized by Google

noch nicht zwei Menschenalter bestanden. Was hat der Breisgau mit der Pfalz, was hat Oberbayern mit Unterfranken, was hat Birkenfeld mit Oldenburg, was hat Brandenburg mit Westfalen näher zu tun, als mit irgendeinem anderen deutschen Gau? Das Bismarcksche Reich beruhte auf Preußen, — es war Großpreußen und mußte es sein, nachdem die deutschere Lösung von 1848 nicht hatte durchgesetzt werden können. Die deutsche Republik von 1918 ist aber im Gegensatz zu Preußen entstanden; Großpreußen, der großpreußische Geist, ist der eigentlich Besiegte im Weltkriege, Deutschland mußte für ihn bluten. Das heutige Preußen mit seiner aufsässigen Rheinprovinz, seinem abgesplitterten Ostpreußen, seinem verstümmelten Schleswig, seinem gefährdeten Oberschlesien ist überhaupt nur noch ein politisches Gespenst.

Die deutsche Kleinstaaterei ist die tiefste Ursache des deutschen Elends. Sie ist von den Fürsten und ihren Bureaukratien großgezogen worden. Die Bedientenhaftigkeit der Deutschen, über die schon Börne geklagt hat, kommt von ihr. Dieser politisch-moralische Schaden, der uns angetan worden ist, überwiegt doch bei weitem die Vorteile, die Kunst und Wissenschaft von den Dynastien gehabt haben.

Deutschland hat jetzt ein großes und schweres Schicksal, — kann es nicht daran zur wirklichen Größe genesen? Kann es nicht in der furchtbarsten Krise seiner Geschichte sich zur volkstümlichen Einheit und Kraft durchringen, die immer, auch in seinen besten Zeiten, nur ein halb erfülltes Ideal seiner führenden Geister gewesen ist? Alle Auswüchse des deutschen Staatsgefühls, wie das Alldeutschtum z. B., sind zum Teil die Folge der mangelnden Einheitlichkeit und Größe der heimischen staatlichen Verhältnisse.

Der Einheitsstaat ist eine alte Forderung; wir erheben diese Forderung heute aufs neue in einem besonderen neuen Sinne mit dem vollen Bewußtsein, daß es sich um die letzte große Gelegenheit der deutschen Geschichte handelt. Ansätze zum Einheitsstaat sind vorhanden; wir haben eine Reichswehr, wir bekommen die Reichseisenbahn, wir sind auf dem Wege zu wirklichen Reichsfinanzen. Es gibt also schon eine Linie, die man nur zu verfolgen braucht. Die großen Linksparteien, Demokratie und Mehrheitssozialdemokratie, sind zweifellos unitarisch und nicht partikularistisch; auch das Zentrum wird am besten fahren in einem Einheitsstaat, der das Recht des Gaues und der Heimat in vernünftiger Weise fördert; denn das Gesunde, Naturgewachsene, Volksmäßige in Sitte und Religion, das wollen wir gerade in den deutschen Ländern aus dem Zwange und der Verzerrung der Fürstenstaaten erlösen und ihm eine neue Stätte bereiten. Auch die wirklich bodenständigen Elemente der rechtsstehenden Parteien, etwa in Ostpreußen, Hannover und Hessen, können bei unserem Vorschlag nur gewinnen. Auf die Eitelkeit der Lokalgrößen,

Digitized by Google

die die Fürstenstaaten großgezogen haben, kommt es bei der Bedeutung dieser Fragen nicht an.

Die geschichtliche Entwicklung Deutschlands führt notwendig zu dem Einheitsstaat, und zwar *auf föderalistischer Grundlage*. Wir sind jetzt die eingesprengten fremden Volksteile losgeworden, wir befinden uns zum erstenmal als Deutsche unter uns, die Stunde ist da; das Entscheidende, was aber die von uns verlangte Lösung unumgänglich macht, ist der ökonomische Gesichtspunkt. Wir haben dieses Motiv im Anfang angeschlagen und wollen es jetzt etwas näher ausspinnen.

Das heutige deutsche Reich ist zusammengesetzt aus einem Großstaat Preußen mit über 40 Millionen Einwohnern, aus fünf Mittelstaaten, Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen mit zirka 7 Millionen bis herunter auf etwa 1 Million Einwohner, endlich aus 16 Kleinstaaten, deren kleinster, Schaumburg-Lippe, noch nicht 50 000 Einwohner hat. Die drei freien Städte, Hamburg, Lübeck, Bremen haben wir bei dieser Zusammenstellung weggelassen, da sie ja ganz besondere Lebensbedingungen haben. Alle diese Groß-, Mittel- und Kleinstaaten unterhalten Sonderparlamente, die neben dem Reichstag tagen. Machen wir uns einen Begriff von den dadurch notwendigen Kosten. Das preußische Abgeordnetenhaus verlangt 2 165 205 M., der bayerische Landtag 738 100 M., der sächsische Landtag 445 173 M., der württembergische Landtag 482 090 M., der badische Landtag 285 610 M., die hessischen Landstände 160 000 M. Jeder von den Kleinstaaten hat Landtagskosten, die sich zwischen 100 000 und 10 000 M. belaufen. Es ist eigentümlich, wie unverhältnismäßig diese Landtagskosten sind. Aehnlich liegen die Verhältnisse bei den Ministerien. Jeder dieser kleinen Staaten braucht ein leibhaftiges „Staatsministerium", also ein Organ, in dem die Gesamtbedürfnisse seiner Bevölkerung in einer doch zweifellos ungesunden Weise zusammengeschnürt werden, so daß jeder größere Zusammenhang abgeschnitten ist. Staaten, die an Bevölkerungszahl kaum einer mittleren deutschen Stadt gleichkommen, unterhalten einen bureaukratischen Aufbau von geradezu verblüffender Kompliziertheit und Kostspieligkeit. Das Braunschweigische Staatsministerium z. B. verbraucht 371 600 M., das Oldenburgische Staatsministerium verbraucht an Gehältern 347 000 B. und Geschäftsunkosten 153 000 M. Merkwürdig sind die Verhältnisse bis jetzt in Sachsen-Meiningen gewesen, wo das Staatsministerium seine Bedürfnisse zum Teil aus der Domänenkasse, zum Teil aus der Landeskasse bestritt; aus der ersteren bekam es 89 675 M., aus der zweiten 273 285 M., die Gesamtsumme übersteigt also 350 000 M.;, das war bei einer Bevölkerung von noch nicht 300 000 Köpfen außerordentlich viel. Es kommt auf jeden Kopf allein für das Staatsministerium jährlich über eine Mark!

Digitized by Google

Ein ähnliches Verhältnis ergibt sich bei den Ministerien des Innern. Bayern mit 481 410 M., Sachsen beinahe das Dreifache, 1 287 263 M. und Preußen nur ein weniges mehr, nämlich 1 336 310 M.! Für das Ministerium des Innern kommt also auf den Kopf in Sachsen etwa 25 Pf., in Bayern etwa 7 Pf., in Preußen etwa 4 Pf.! Fürwahr ein überraschendes Ergebnis! Vergleichen wir auch kurz die Ausgaben für die Kultusministerien. Bayern gibt für sein Ministerium für Kirchen- und Schulangelegenheiten 374 070 M. aus, Sachsen bei seiner wesentlich geringeren Bevölkerung erheblich mehr, nämlich 438 814 M. Es handelt sich aber, wohl bemerkt, hier um die reinen Verwaltungskosten für Kultussachen, nicht um den Aufwand für Universitäten und Schulen, sondern lediglich um die Kosten der Zentralbehörde! Das preußische Kultusministerium braucht für seine viel größeren Geschäftsbetriebe eine verhältnismäßig geringere Summe: 1 650 030 M.! Die Billigkeit der größten Kultusverwaltung, der preußischen, fällt auf, niemand wird behaupten, daß sie hinter der sächsischen an Qualität zurückstände. Die Erfahrungstatsache, daß ein großer Verwaltungskörper relativ bedeutend billiger wirtschaften kann, wird durch unsere Zahlen überaus klar veranschaulicht.

Je kleiner ein Staat ist, desto teurer ist seine Verwaltung und desto mehr Beamten braucht er. Auch diese Tatsache wollen wir mit einigen Zahlen belegen. Nach der Berufsstatistik vom Jahre 1907 war die Zahl der überhaupt beruflich Erwerbstätigen in öffentlichen Berufen einschließlich Heer- und Kriegsflotte auf 100 Erwerbsfähige in Preußen 8 %[2]). Geringer als der Prozentsatz für Preußen ist der Prozentsatz nur in Württemberg (7,9%), Hessen (7,2%), Baden (7,0%), Sachsen (4,3%) und den drei freien Städten. Diese Gruppe von Staaten hat infolge ihrer stark industriellen Bevölkerung besondere Verhältnisse. Alle anderen Staaten weisen aber erheblich größere Ziffern auf als Preußen: Anhalt 8,8%, Bayern 9,2%, Oldenburg 13,8%, Waldeck 14,2%, Braunschweig 14,7%, Mecklenburg-Schwerin 16,5%, Schaumburg-Lippe 18,3%, Mecklenburg-Strelitz 19,9%. Am meisten Erwerbstätige im öffentlichen Dienst haben Lippe-Detmold 23,5%, Hohenzollern 24,4%. In diesen kleinen Staaten ist also jeder vierte Erwerbstätige Angehöriger der Beamtenschaft oder des Heeres! Da diese Statistik deshalb kein ganz genaues Bild gibt, weil die Heeresangehörigen mit eingeschlossen sind, so habe ich noch durch eine weitere Berechnung festzustellen versucht, auf wieviel Einwohner eines jeden Einzelstaates ein Beamter kommt. Das Material dazu steckt gleichfalls in der Berufsstatistik, die als eine Einheit die Erwerbstätigen zusammenfaßt, die zu folgenden Gruppen gehören: „Hofstaat, Diplomatie, Reichs-, Staats-, Gemeinde- usw.

[2]) Statistik des Deutschen Reiches, neue Folge, 211. Berufsstatistik im Jahre 1907, Band 10, Seite 193. Die thüringischen Kleinstaaten lassen wir im Hinblick auf die schon durchgeführte Zusammenlegung fort.

Digitized by Google

Verwaltung, Rechtspflege usw."[3]) Die Verhältniszahlen, die ich hier gebe, sind abgerundet. In Preußen kommt danach auf 200 Einwohner ein Beamter. Besser ist das Verhältnis nur in ganz wenigen Staaten; in Lippe kommt auf 220 Einwohner ein Beamter, in Oldenburg auf 230. Die freien Städten wollen wir wiederum ausschalten, wegen ihrer eigenartigen Verhältnisse. Bei allen anderen Staaten ist aber der Tatbestand ungünstiger als in Preußen. Nehmen wir zuerst die mittleren Staaten; unter ihnen steht Württemberg am besten da. Hier kommt auf 180 Einwohner ein Beamter; in Bayern und in Baden bereits auf 150 Einwohner in Hessen gar schon auf 145 Einwohner! Auf ähnlicher Stufe bewegen sich Anhalt (150), Schaumburg-Lippe (150), Das stark industrielle Sachsen steht besser: hier kommt auf 167 Einwohner ein Beamter. Waldeck hat denselben Satz wie Württemberg (180); die übrigen Kleinstaaten bewegen sich zwischen diesen Sätzen: Braunschweig (160), Mecklenburg-Schwerin (170).

Schließen wir ab. Die Reformbedürftigkeit der Zustände, die wir gezeigt haben ist klar. Ein reiches blühendes Land könnte sich schließlich so viele buntscheckige Fürstentümer mit so viel buntscheckigem Beamtenwesen leisten, auch wenn die Fürsten nicht mehr da sind. Ein armes und geschlagenes Land, ein Staat, der nichts weiß, wie er leben soll, muß die so notwendige Sparsamkeit beginnen bei seiner inneren Verwaltung und seiner inneren Organisation. Infolge der Revolution hat die Bureaukratisierung zumeist in Form der Bindung durch Privatvertrag ja bekanntlich noch wesentlich zugenommen. In dieser Weise kann es nicht weitergehen. Wir müssen unsere staatlichen Betriebe zusammenlegen. Die Fortdauer der deutschen Kleinstaaterei und Beamtenschaft ist eine ökonomische Unmöglichkeit. Was soll an ihre Stelle treten? Man hat schon viel davon gesprochen, Preußen in seine einzelnen Provinzen zu zerschlagen. Die alte revolutionäre Forderung, daß Preußen in Deutschland aufgehen soll, sollte so verwirklicht werden. Es wäre eine sehr große Ungerechtigkeit, wenn man Preußen, das soviel für Deutschland trotz allem getan hat, in dieser Weise vernichten wollte und Staaten am Leben ließe, die ihre Existenz nicht der eigenen Kraft, sondern der Gnade Kaiser Napoleon I. und der Rheinbundspolitik verdanken. Berechtigte Eigentümlichkeiten der Stämme, das historisch Gewordene, sollen nach Möglichkeit erhalten werden, und aus diesem Grunde verlangen wir, daß der große deutsche Einheitsstaat sich aus Reichsländern zusammensetze, die mit möglichst weitgehendem Selbstbestimmungsrecht ausgestattet werden, bei denen aber alle großen gemeinsamen Angelegenheiten — wie auswärtige Politik, Finanzen, Justiz, Inneres, Kultussachen einheitlich von der Zentrale geleitet werden. Die heutige Reichsverfassung gebraucht bereits die Bezeichnung „Länder" anstelle der früheren Bundesstaaten und schlägt damit den notwendigen Weg zur

[3]) Statistik des Deutschen Reiches, Band 204. Berufsstatistik, Abteilung 3/4,

Digitized by Google

Entstaatlichung ein. Die bisherigen preußischen Provinzen können ohne weiteres Länder werden; so wie man jetzt Schlesien geteilt hat, wird man wohl dazu schreiten müssen, die Rheinprovinz zu zerlegen in Mittelrhein (Koblenz), Niederrhein (Köln) und ein besonderes Industrieland mit der Hauptstadt Düsseldorf zu bilden. Ebenso wäre Hessen-Nassau in „Kur-Hessen" und „Frankfurt und Nassau" zu zerlegen. Die norddeutschen Mittel- und Kleinstaaten können in der Weise eingeordnet werden, daß die größeren, wie Mecklenburg, Braunschweig, Oldenburg und ebenso die drei freien Städte als Länder erhalten bleiben, während die kleineren wie Anhalt, Lippe usw. als Regierungsbezirke (Gaue) den benachbarten Ländern angefügt werden. Thüringen bildet ja schon ein eigenes Land. Die süddeutschen Verhältnisse müssen mit besonderer Vorsicht behandelt werden. Hessen zerfällt ja schon geographisch in zwei abgeteilte Gebiete: Oberhessen und Rheinhessen. Auch bei Bayern sind die natürlichen und historischen Grenzen deutlich: Ober- und Niederbayern mit Schwaben und der Oberpfalz (Hauptstadt München), Franken (Hauptstadt Nürnberg) und die Rheinpfalz. Württemberg ist ein geographisch und ethnographisch so geschlossenes Gebilde, daß eine Zerschlagung unpraktisch wäre. Nicht dasselbe kann man von Baden sagen, das schon äußerlich eine der künstlichsten Staatsbildungen Deutschlands ist; hier könnte sich der Breisgau und Seekreis leicht als Ober-Rheinland von dem eigentlichen Baden absondern. Die Zusammenlegung von Baden und Württemberg erscheint uns nicht empfehlenswert. In Sachsen wäre eine Gleichstellung der beiden Hauptstädte Leipzig und Dresden sehr wünschenswert. Auf alle diese Vorschläge sich festzulegen, ist aber keineswegs unsere Absicht.

Man sieht, daß es uns gar nicht darauf ankommt, die Reichsländer in möglichst einheitlicher Größe herzustellen; neben größere können sehr gut kleinere treten. Wir wollen nicht abzirkeln und systematisieren, es kommt nur darauf an, möglichst geschlossene, in sich schon einheitliche, historische und geographisch lebendige Gaue zu schaffen, die eine natürliche Hauptstadt haben, in denen sich städtische und ländliche Interessen in gedeihlicher Weise verbinden können. Der Reichsdeputations-Hauptschluß und der Wiener Kongreß vor hundert Jahren, die Friedensschlüsse von 1866 haben viel unbarmherziger und radikaler in lieb gewordene Verhältnisse eingegriffen, als es hier gefordert wird. Was damals geschehen ist, geschah im Interesse der fürstlichen Dynastien; was heute geschehen soll, soll sich vollziehen im Interesse des ganzen deutschen Volkes. Wenn gegenüber den ehemaligen fürstlichen Residenzen jetzt die alten Bürgerstädte wie Köln, Frankfurt, Leipzig, Nürnberg mehr zur Geltung kommen, so ist das nur ein Vorteil. Ueber die Frage der Reichshauptstadt müßte eine Regelung getroffen werden, die alle Interessenten befriedigt. Berlin ist keine unbedingte Notwendigkeit. Infolge des Wegfalls von Preußisch-Polen ist der Schwerpunkt Deutschlands

Digitized by Google

wieder wesentlich nach Westen und in die Mitte zurückgerückt, so wie es vor der Bismarck'schen Reichsgründung ja auch immer gewesen ist. Berlin war immer ein Produkt kolonialer Verhältnisse; seine Zukunft als einzige deutsche Weltstadt ist ja auf alle Fälle — etwa im Sinne New Yorks — gesichert, auch wenn es nicht Regierungssitz bleiben würde.

Nach dem, was wir hier ausgeführt haben, ist es ohne weiteres klar, daß eine solche Neuorganisation Deutschlands als Einheitsstaat auf föderalistischer Grundlage eine wesentliche Verringerung der Verwaltungskosten und der Beamtenzahl bedeuten würde. Wir schlagen die jährliche Ersparnis bei den jetzigen Gehältern auf 200 Mill. M. an, was einem Kapital von über 4 Milliarden entspricht. Der Nutzen, den das Nationalvermögen haben würde, muß aber vervielfacht werden, wenn es erst gelungen sein wird, die freiwerdenden Kräfte in volkswirtschaftlich produktive Berufe zu bringen. Für die Uebergangszeit wird man natürlich möglichst Härten vermeiden müssen; man muß den zahlreichen fähigen Köpfen der Mittel- und Kleinstaaten in den neuen Reichsämtern angemessene Verwendung schaffen. So wie man jetzt das zum großen Teil überflüssig gewordene Offizierkorps auflöst, so wird man auch mit gleicher Schonung und mit gleicher Vorsicht die überflüssig werdende Bureaukratie aufzulösen und ihre Mitglieder unterzubringen haben.

Der Einheitsstaat auf föderalistischer Grundlage wird sehr viel Anhänger finden: alle Intellektuellen, die gesamte große Presse, alle Produzenten großen Stils, sowohl der Industrie wie der Landwirtschaft, alle parteipolitisch erzogenen Arbeiter, vor allem die ganze Jugend wird sich auf die Seite einer Regierung stellen, die die Kraft findet, einen solchen Schritt zu tun. Man erinnere sich, daß die Departementseinteilung vielleicht die größte und erfolgreichste Leistung der französischen Revolution war. Wir wollen keine Departements, wir wollen keine künstlich gebildeten Kreise, wir wollen keine Aufopferung des Guten in der Provinz. Unser Einheitsstaat soll einen durchaus deutschen Charakter tragen, er soll um die Vielheit den notwendigen Ring legen, er soll insbesondere nicht wertvolles Vorhandene aufopfern, aber er soll das Dynastische und das Bureaukratische zugunsten der Werte erarbeitenden Staatsbürgertums der Einzelstämme und Gaue überwinden. In den neuen Reichsländern wäre auch die Möglichkeit gegeben, eine auf Berufsständen beruhende Lokalvertretung zu schaffen, die den Parlamentarismus ergänzen kann und so das Positive des Rätegedankens und der „Kammer der Arbeit" verwirklicht. In der Zentrale müßte neben dem Reichstag ein Senat gebildet werden, der aus den Vertretern der Reichsländer bestünde.

Deutschland wird heute erfüllt von einer großen Sehnsucht, der Sehnsucht nach einer Tat. Außenpolitisch vermag unsere Ohnmacht nichts. Wir sind gefesselt wie Prometheus, und die Geier fressen unser Eingeweide.

Digitized by Google

Wir müssen dulden und hoffen. Die Bildung des Einheitsstaates wäre eine solche Tat, eine Tat, die von innen heraus aus diesem zerfahrenen Staatswesen, das einmal ein großes Reich war, wieder ein Etwas machen könnte, eine Tat, durch die wir wieder ein Volk werden können. Es bedarf nur des Täters.

Der Weg von dem kaiserlichen Deutschland zum Rat der Volksbeauftragten war weiter als der hier vorgeschlagene Weg von dem Republikenbündel zum republikanischen Einheitsstaat. Alles ist heute noch in Fluß. Vor 1½ Jahren geschah der entscheidende Schritt unter dem Eindruck der militärischen Niederlage; auch heute müssen entscheidende Schritte geschehen unter dem Eindruck des furchtbaren Friedensvertrages und des mörderischen Niedergangs des deutschen politischen und wirtschaftlichen Kredits. Nur eine Tat kann diesen Kredit heben, kann die geistigen und ökonomischen Kräfte des Volkes noch einmal zusammenraffen. Wir wollen doch wieder in der neuen Welt eine gewisse Anziehungskraft entwickeln und so zu unserem Unglück wenigstens die Achtung gewinnen, die einem konsequenten Handeln immer sicher ist.

Gelsenkirchen-Luxemburg

Man mag sich zu Fusionen und Zusammenschließungen im allgemeinen stellen wie man will, heute, wo unsere Wirtschaft so furchtbar daniederliegt, wird man sich über manche Zusammenschließung freuen, weil sie doch als Wille zum Fortschritt und zur Gesundung gedeutet werden muß. Das gilt besonders von dem Zusammenschluß, den zwei unserer allergrößten Unternehmungen, die Gelsenkirchener Bergwerks A.-G. und die Deutsch-Luxemburgische Bergwerks A.-G. oder anders ausgedrückt, Herr Kirdorf und Herr Stinnes schließen. Beide Riesen sind durch den Frieden von Versailles zunächst verkrüppelt. Denn beide verloren wertvolle Teile ihrer Anlagen durch die Abtrennung Luxemburgs von der deutschen Zollunion. Namentlich gilt das von Gelsenkirchen, das an den luxemburgischen Montantrust, die Arbed, seine wertvollsten Erze hat verkaufen müssen. Gelsenkirchen hat in diesem Zusammenhang bereits einen Teil seiner Aktien aus dem Erlös zurückbezahlt und wird jetzt sein Grundkapital offiziell um 58 auf 130 Millionen reduzieren. Dadurch ist das Grundkapital mit 130 Millionen genau so groß wie das von Luxemburg, und ermöglicht, beide Werke in bezug auf Rechte und Pflichten auf gleichen Fuß zu stellen. Ursprünglich war beabsichtigt,

Digitized by Google

Luxemburg und Gelsenkirchen vollständig zu fusionieren, die hohen Steuerkosten aber haben das verhindert. Statt dessen ist eine wesentlich billigere, aber anscheinend recht fest konstruierte Riesengemeinschaft auf 18 Jahre gebildet worden. Beide Gesellschaften werden zu allem Ueberfluß noch eine Art Dach- oder Obergesellschaft, die Rhein-Elbe-Union G. m. b. H., bilden; ihre Geschäftsführung wird aus den Verwaltungen der beiden Werke gebildet. Die Gesellschaft gibt sowohl an Luxemburg wie an Gelsenkirchen ihre Weisungen in bezug auf Arbeitspläne, Ausbau der Betriebe, Bilanzierung, vor allem auch über die Ausnutzung der beiderseitigen Kredite. Denn gerade auch in finanzieller Beziehung soll einer dem andern helfen. Noch wichtiger ist freilich das technische Zusammenarbeiten. Hier muß zunächst berücksichtigt werden, daß die Hauptzechen von Gelsenkirchen der zu Luxemburg gehörigen Dortmunder Union benachbart sind, so daß unter Ausschaltung der Staatsbahnen die Kohle von Gelsenkirchen an die Eisenwerke geliefert werden kann. Wenn man das Wesen der beiden großen Firmen betrachtet, so war Deutsch-Luxemburg unter dem Einfluß von Stinnes schon seit geraumer Zeit in außerordentlichem Maße übergegangen zur Herstellung von Fertigfabrikaten aller Art. 60 % der Gesamtproduktion werden heute schon von Deutsch-Luxemburg verfeinert. Gelsenkirchen seinerseits ist namentlich als Kohlenlieferant fast unerschöpflich, und vor allem wird nach der Versicherung der Beteiligten die Interessengemeinschaft dafür sorgen, daß aus diesem Konzern vor allem Fertigfabrikate und nicht Halbfabrikate oder gar Rohstoffe ins Ausland wandern. Daß das vom Standpunkt der Volkswirtschaft wünschenswerter ist, als daß wie bisher in unsinnigem Maße Rohstoffe und Ganzfabrikate ins Ausland wandern, während unsere Werke mangels Material mehr oder weniger still liegen, wie das namentlich bei den Schiffswerften der Fall ist, braucht nicht bemerkt zu werden.

Man wird nicht fehlgehen, wenn man die Interessengemeinschaft erst als den Beginn einer neuen Entwicklung anspricht. Bereits jetzt hat ja Deutsch-Luxemburg in weitgehendem Maße es verstanden, auch andere Interessengemeinschaften in seinen Konzern hineinzubringen. So ist für den Wegfall der Tragbasis St. Ingbert eine Verbindung mit einer Anzahl von Firmen wie Karl Berg, Wilhelm Heinrich-Werft, Gebrüder Knipper-Altona, Gubler & Berg, Brüninghaus, Thomé geschlossen worden. Es heißt aber ausdrücklich in dem Gemeinschaftsvertrag, daß die Möglichkeit einer Erweiterung durch Aufnahme neuer Mitglieder vorgesehen sei. Daß man in dieser Richtung allenthalben die verschiedensten Pläne

Digitized by Google

hat, ist ganz zweifellos, wenn man die Dinge bei andern großen Montankonzernen studiert. Am interessantesten in dieser Beziehung ist das Vorgehen der von den Familien Haniel und Lueg kontrollierten Gutehoffnungshütte in Oberhausen. Diese scheint sich jetzt systematisch sichere Abnehmer für schlechte Zeiten anzugliedern. So ist sie Großaktionär und fast alleiniger Lieferant der Deutschen Werft in Hamburg geworden, die ja größte Unternehmen ihrer Art zu werden verspricht. So hat sie vor einer Woche mit der Eßlinger Maschinenfabrik einen Interessengemeinschaftsvertrag geschlossen. Auf diese Weise bilden sich offenbar in der juristisch etwas haltlosen Form der Interessengemeinschaft neue riesenhafte Konzerne, die in vertikaler Weise von der Kohle bis zum fertigen Schiff, der fertigen Dampfmaschine, dem fertigen Automobil ein einheitliches wirtschaftliches Ganzes zu schaffen versuchen. Auf der Seite der Fertigfabrikanten wird man sich um so weniger derartigen Vorschlägen widersetzen, als man gerade in diesen Kreisen unter schwerem Geldmangel zu leiden beginnt. Die neuerliche Ankündigung der AEG., nicht weniger als 250 Millionen Vorzugsaktien sich genehmigen zu lassen, ist in dieser Beziehung äußerst interessant und vielsagend. Wenn schon die reiche AEG., die erst im laufenden Jahre 100 Millionen Aktien und 100 Millionen Obligationen begeben hat, derart ungeheuerlichen Geldbedarf hat, wie soll es da bei den weniger solid fundierten Werken aussehen? Und schon deshalb ist die von den reichen und in Geld schwimmenden Montankonzernen ausgehende Bewegung offenbar sehr beachtenswert und von steigender Bedeutung. Aus den Generalversammlungen von Gelsenkirchen und Deutsch-Luxemburg verdient noch ein Satz besondere Beachtung. Es wurde nämlich ausdrücklich gesagt, daß der Vertrag besonders auch ein Gegengewicht darstellen soll für die „sicher zu erwartende Krisis". Das ist sehr lehrreich. Man erwartet also auch in den Kreisen der Montanindustrie, die doch am wenigsten von den allgemeinen Nöten zu spüren bekommt, einen schweren Rückschlag. Wird die Börse, die sich zurzeit wieder in einem merkwürdigen Optimismus befindet, diese und ähnliche Warnungen hören?

Linter.

Digitized by Google

Notizen

Prinz Max von Baden zur Lage. Der frühere Kanzler hat zu einem Redakteur der „Neuen Badischen Landeszeitung" bedeutsame Ausführungen zur politischen Lage gemacht, von denen wir einige wichtige Stellen zum Abdruck bringen.

Nach einer Charakteristik von Spa führt er aus: „Weit deprimierender aber als die folgerichtige Haltung der feindlichen Regierungen sind die Erfolge, die Lloyd George in der öffentlichen Meinung sowohl des eigenen Landes als auch in Deutschland errungen hat.

Der bewegliche Faktor in der internationalen Situation ist die englische öffentliche Meinung. Als der Vertrag von Versailles erzwungen wurde, war eine wirkliche moralische Erregung in liberalen und Arbeiterkreisen zu spüren. Heute ist das eingetreten, wovor ich gewarnt hatte, als es sich darum handelte, die Unterschrift unter den Friedensvertrag von Versailles zu verweigern oder zu geben. England hat sich in der Tat in Friedensfreuden und Siegesfeiern gestürzt, die nicht enden wollen. Gegen Shamrock IV und das Gartenfest beim König oder die Protestversammlungen gegen die erhöhten Eisenbahntaxen für Vergnügungsreisen kommt die Spaer Konferenz nicht auf. England hat kein Herz und kein Ohr für die himmelschreiende Not Europas. In dieser Geistesverfassung des Volkes hat die Regierung es leicht, ihre Politik durch Fälschung des europäischen Tatbestandes im Parlament und in der Presse zu vertreten. Sie wird dabei unterstützt durch die Tatsache, daß noch immer von Deutschland aus keine planmäßige Aufklärung über die Wirkung des Versailler Friedens organisiert ist[1]).

Selbst die politischen Gruppen in England, deren guter Wille außer Zweifel steht, verfügen nicht über die nötigen Informationen. Im Gegenteil: der Nachrichtendienst aus Deutschland liegt zu einem guten Teil in den Händen der Unabhängigen, denen es zu verdanken ist, daß in der Entwaffnungsfrage vierzehn Tage vor dem Erscheinen der Russen an der deutschen Grenze die gesamte englische Arbeiterschaft an der Seite des französischen Chauvinismus marschierte. Diese Dunkelheit der deutschen Verhältnisse machen sich die englischen Liberalen zunutze, um der Politik der Regierung gegen Deutschland passiv gegenüberzustehen, ja sie beteiligen sich eifrig an der Irreführung der öffentlichen Meinung und versuchen ihr eigenes Gewissen zu beruhigen. Die geringsten Konzessionen werden aufgebauscht, jeder Ansatz zur Wiedereinführung europäischer Manieren im Verkehr mit den deutschen Unterhändlern wird als Zeichen eines neuen versöhnlichen Geistes gefeiert. Der Führer der liberalen Opposition im Unterhaus, Asquith, hatte die Stirn, das Spaer Abkommen als einen ersten Schritt zur Revision des Versailler Vertrages zu feiern.

Den zweiten großen Triumph hat Lloyd George in Deutschland erlebt. Mir ist es nie so klar geworden wie in den Spaer Tagen, daß die Feinde uns nicht nur physisch, sondern auch seelisch gebrochen haben. Zwischen uns und der Revision des Versailler Friedens steht weit mehr noch als der Welthaß die Weltverachtung. Mir sagte neulich ein hervorragender Engländer auf die Frage, wie er denn die Stimmung gegen sein Land in Deutschland

[1]) Die 1919 von Prinz Max gegründete Heidelberger Vereinigung (Arbeitsgemeinschaft für Politik des Rechts, Heidelberg, Scheffelstraße 3) will sich dieser Aufgabe widmen.

Digitized by Google

fände: er habe eigentlich gar keinen Zorn gegen England wahrgenommen; grimmig hätte er die Deutschen nur gefunden, wenn sie aufeinander zu sprechen kämen. Und das ist wahr. Die einzelnen Landesteile, Klassen und Parteien stehen sich heute mit größerer Bitterkeit gegenüber als dem Feinde; selten eine Spur von der nationalen Trauer und Spannung, die dem Ernst der Stunde gebührt. Geradezu beschämend war es, wie in den Spaer Tagen von vielen deutschen Blättern Lloyd Georges Kopfnicken und Händedrücken mit Befriedigung gebucht wurden, unter der Ueberschrift „Kleine Fortschritte", wo es doch eigentlich das Natürliche wäre, daß das feindliche Ausland gespannt auf die erste persönliche Begegnung mit den Deutschen hinblickte, ob wir wohl je verzeihen oder vergessen könnten. So traten wir den Franzosen nach 70 gegenüber; wir haben bei ihnen keine Versöhnungsbereitschaft gefunden, und was wir Frankreich angetan haben, war doch nur ein Kinderspiel im Vergleich zu dem Schicksal, das der Feind uns bereitet hat." Nach einer Charakteristik der Persönlichkeit von Simons fährt er fort:

„Man spricht heute viel von Führerschulen; man sollte auch von Schulen der Gefolgschaft sprechen. Verkleinerungssucht, Mißtrauen und Mißgunst können zu einer solchen Volksseuche werden, daß Führerkraft verkümmert. Unsere Zerrissenheit und Haltlosigkeit sind ein starker Ansporn für die französischen Einmarschpläne, weil sie den Anschein erwecken, als bedürfe es nur eines äußeren Anstoßes, um den Zerfall herbeizuführen. Die gleichen ermutigenden Anzeichen werden natürlich auch vom Osten festgestellt."

Hier fragte ich den Prinzen, ob er denn an eine Invasion der Bolschewisten glaube.

„Unter Aufrechterhaltung der Neutralität verstehe ich nicht nur, daß wir unsere Grenzen, sondern auch die Seele unseres Volkes schützen. Der Minister Simons hat deshalb mit Recht gesagt, daß wir gegen Ideen mit Ideen kämpfen müssen. Dazu gehört zunächst, daß wir nicht aus Opportunismus verschweigen, was heute über das System von Sowjet-Rußland feststeht. Wir brauchen nicht zu fürchten, daß unsere sachlichen Beziehungen zu Rußland unter dieser Offenheit leiden. Lenin nimmt uns gegenüber auch kein Blatt vor den Mund; er beschimpft sogar unsere deutschen Unabhängigen, weil ihre Revolution ihm nicht blutig genug ist.

Wir können gegenüber der bolschewistischen Gefahr zweierlei Haltung einnehmen.

Erstens: wir machen es nach dem schlechten Vorbild der alten behutsamen Diplomatie: wir sagen öffentlich ein paar höfliche Worte über die bolschewistische Regierung und proklamieren im übrigen, daß uns die inneren Verhältnisse Rußlands nichts angehen. Ich empfehle den andern Weg, den Weg der besten liberalen Tradition. Wie einst Campbell Bannermann der auseinandergesprengten Duma zurief: „La Douma et morte, vive la Douma", so wollen wir heute im Gedanken an die von den Bolschewisten auseinandergejagte Konstituante dem russischen Volk zurufen: es lebe die Konstituante. Und wie damals Campbell Bannermann nicht nur sittlich schön, sondern politisch klug handelte, so habe ich die Hoffnung, daß wir mit diesem furchtlosen Bekenntnis zur Demokratie die Regierung von morgen in Rußland begrüßen würden. Ich weiß, daß ich mit dieser Politik der moralischen Intervention mich in Gegensatz zu der in unserer Demokratie herrschenden Auffassung stelle. Aber man muß es schonungslos aussprechen: Unsere Demokratie, wie sie sich heute darstellt, hat keine Werbekraft nach innen und außen, und, was schlimmer ist, keine Widerstandskraft.

Digitized by Google

Hier berühre ich den Kern des Problems. Wie können wir heute unser politisches Leben gegen die Diktatursprüche von rechts und links schützen? Ich weiß nur eine Antwort: die deutsche Demokratie muß mit einem reichlichen Tropfen liberalen Oels gesalbt werden. Wie ihre Außenpolitik von der Achtung vor dem Recht und der Freiheit der anderen Völker beherrscht sein muß, so muß ihre Losung in der inneren Politik die Achtung vor den Menschenrechten sein. Was vor hundert Jahren die ganze Welt begeistert hat, ist nicht tot, wie die Auflöser der europäischen Zivilisation uns glauben machen wollen, sondern es ist nur noch nie Wirklichkeit geworden.

Die Botschaft des Liberalismus ist eine Botschaft der Liebe und der Versöhnung der Völker, wie der Klassen. Hier liegt der innere Gegensatz zur Sozialdemokratie. Die Mehrheitssozialdemokratie hat eine Zeitlang geschwankt, als sie zur Macht gekommen war, ob sie den Boden des Klassenkampfes nicht endgültig verlassen sollte. Heute hat sie durch ihren Austritt aus der Koalition ihre Stellung wieder auf dieser Plattform eingenommen. Dieser Entschluß der Sozialdemokraten schwächt nicht nur die Regierung, zumal in ihrer auswärtigen Politik, sondern gerade auch die Arbeiterschaft, deren Interessenvertretung in der Regierung unentbehrlich ist. Denn die große Aufgabe der Zukunft wird sein, den sozialen und liberalen Gedanken miteinander zu vereinigen.

Die zweite Forderung des Liberalismus an die innere Politik ist die Aufrichtung des Führergedankens. Der Liberalismus kann niemals von seinem Glauben an den Wert der Persönlichkeit lassen und muß daher in starkem Gegensatz zu der Parteimaschinen-Demokratie der Weimarer Epoche stehen. Diese Epoche hat viel dazu beigetragen, den Parlamentarismus und mit ihm den demokratischen Gedanken in Deutschland zu diskreditieren: Verantwortungsscheu zum System erhoben, keine Entscheidung ohne Rückendeckung durch Fraktionsbeschlüsse, mit einem Wort, Zerteilung der Verantwortung, was gleichbedeutend ist mit dem Verpassen aller Gelegenheiten. Ich sehe heute zwei Hoffnungen für Deutschland, den Führergedanken zur Herrschaft zu bringen: einmal die Bestimmung unserer Verfassung, die wir zu einem guten Teil Max Weber verdanken, daß der Präsident durch das Volk gewählt werden und das Recht haben soll, gegen das Parlament von einem schlecht unterrichteten Volk an ein besser zu unterrichtendes Volk zu appellieren; und zweitens die Tatsache, daß bereits bei der letzten Kabinettsbildung die unselige Gewohnheit durchbrochen wurde, einem Reichskanzler von Fraktions wegen seine Mitarbeiter aufzuoktroyieren. Diese Freiheit der Wahl muß für den Reichskanzler unbedingt sichergestellt werden, er muß die Möglichkeit haben, auch außerhalb des Parlaments sich seine Minister zu holen. Das Parlament wird gerade dann am ehesten mit dem Volke versöhnt werden und an Würde und Sachlichkeit gewinnen, wenn es nicht die einzige Stufenleiter zur politischen Macht ist.

Das sind die Grundsätze der demokratischen Selbstbehauptung, die wir heute dem Osten gegenüber verkünden und aufrechterhalten müssen. Aber das können wir nur unter einer Bedingung: daß eine Botschaft der Hoffnung aus dem Westen kommt. Der Leiter unserer auswärtigen Politik hat heute die Aufgabe, zu gegebener Stunde den westlichen Demokratien zu sagen: *Deutschland kann nicht ein geordnetes Staatswesen bleiben, die soziale und wirtschaftliche Auflösung sind unvermeidlich; es sei denn, der Versailler Vertrag wird revidiert.*

Der Anfrager warf ein, ob denn irgendeine Aussicht bestände, daß ein Stimmungsumschwung in Feindesland rasch genug eintrete, um noch rechtzeitig die Wendung zum Guten zu bringen.

Digitized by Google

Der Prinz antwortete: Ich wiederhole, die Hoffnung ist sehr schmal. Sie beruht eigentlich allein auf der Tatsache, daß heute die Revision des Friedensvertrages nicht nur von der europäischen Not gefordert wird, sondern auch vom Selbsterhaltungstrieb des englischen Reiches. Ich will Ihnen das näher ausführen: Das englische Reich selbst ist heute in großer Gefahr. An allen Ecken und Enden wird an Aufruhr herumgesonnen und geplant, wie nie zuvor. Das Mißtrauen der Arbeiterschaft gegen die auswärtige Politik der englischen Regierung ist so groß, daß für auswärtige Unternehmungen das englische Schwert zu zerbrechen droht. Was war das Geheimnis der grandiosen Loyalität durch das ganze britische Reich während des Krieges? Die englische Fahne stand für Menschlichkeit, Freiheit und Gerechtigkeit, und Tausende, die früher murrten, waren stolz, unter dieser Fahne zu kämpfen. Englands Sieg würde ein Glück für die Menschheit sein, Deutschlands Sieg ein Unglück. Das war die Weltmeinung. Kein Brite zweifelte daran, daß England Wort halten würde. Nun ist der Wortbruch von Versailles gekommen. Wortbruch hat sich an Wortbruch gereiht. Wenn heute England noch einmal zu einem Krieg für Freiheit und Menschlichkeit aufriefe, würde ein Hohnlachen die Antwort sein. Jetzt zeigt sich, daß man die Herrschaft über fremde Völker nicht mit dem Schwerte allein aufrechterhalten kann, sondern ebenso nötig den guten Namen braucht. Von allen Zentren der Unzufriedenheit tönt es heute der englischen Herrschaft entgegen: Ihr werdet an uns handeln, wie ihr an euern Feinden gehandelt habt.

Ueberall versagt die moralische Autorität; in Aegypten, Indien und vor allem in Irland. England greift zu nervösen und rohen Gewaltmaßnahmen, die sich zwangsläufig steigern müssen und immer größere Erbitterung und immer maßlosere Ansprüche zeitigen; nichts mehr von der historischen Haltung der Festigkeit und des Vertrauens.

Werden der großen Tradition des englischen Imperiums entsprechend die ungehörten Warner hinzuspringen und den Wagen noch rechtzeitig herumreißen?

Diese Warner sind die Träger des echten christlich-orientierten Liberalismus; er allein kann Englands guten Namen in der Welt wiederaufrichten; er ist die große moralische Kraftquelle des Imperiums gewesen. Mit seinen Schlagworten hat England den Krieg gewonnen.

Für diesen Liberalismus gibt es keinen Patriotismus, der das Recht fremder Völker mit Füßen treten darf. Seine erste nationale Tat wäre die Revision des Versailler Friedens.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Allen Zusendungen ist Rückporto beizufügen.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt. Redaktion: Schöneberger Ufer 36a I. Telephon: Nollendorf 928. Für Anzeigen: Werbedienst G. m. b. H. Berlin W 35, Lützowstr. 102/4. Verlag: Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 90. Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt 10 M. Einzelnummer 1 M. Druck von Paß & Garleb G. m. b. H., Berlin W 57, Bülowstraße 66

Digitized by Google

Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart, Berlin

Soeben erschien:

Ernst Zahns

neuer Novellenband

Der sinkende Tag

Sechs Erzählungen / Gebunden M 16.—

Der reifen Erzählungskunst des Dichters ist es zu danken, daß die Menschenschicksale, die sich hier vor uns abspielen, auch dann unsere volle Teilnahme wecken und festhalten, wenn sie ohne gewaltsamen dramatischen Abschluß verlaufen. Allgemeingültiges, wie das Geschehen im „Hause des Witwers", wird durch die intime Erfassung der Charaktere und Zustände etwas durchaus Individuelles; oder in eine ganz einfache bürgerliche Umwelt wird eine Gestalt von fremdartigem, schicksalsschwerem Zauber hineingestellt („Anna Kaulen"). Seine besondere farbige Belebung erhält der Band durch zwei historische Novellen, die beide das jeweilige Zeitkolorit mit der historischen Stimmung und dem rein menschlichen Gehalt glücklich vereinen. Im ganzen also wieder eine reiche, bedeutsame Gabe des Schweizer Dichters!

* * *

Durch alle Buchhandlungen zu beziehen

Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart, Berlin

Kürzlich erschien:

Eynars Töchter

Roman von

Georg Speck

Gebunden M 16.—

Ein Roman-Idyll von ganz eigenem Zauber: Die Schicksale der drei Töchter des Arztes Eynar, unter sich so verschieden wie die Charaktere der Mädchen selbst, bewegen sich auf dem Hintergrund einer prächtig gelegenen altertümlichen Kleinstadt der deutschen Schweiz. Die malerischen Gassen, die alten Häuser und Gärten der kleinen Stadt bilden eine seltsam suggestive Atmosphäre; alle Menschen sind außerordentlich frisch und individuell gestaltet. Mit der herzlichsten Anteilnahme verfolgt der Leser den Gang der Handlung und behält am Ende einen reinen, wohltuenden Nachklang zurück.

*

Durch alle Buchhandlungen zu beziehen

Als Mittler zwischen Herstellung und Verbrauch, zwischen Angebot und Käufer wird immer eine den Zeitverhältnissen angepaßte Werbung nötig sein, wie sie der

Werbedienst

in allen seinen Arbeiten pflegt u. fördert. Erste Künstler, namhafte Fachleute u. durchgebildetes Personal vereinigen sich zu dieser Aufgabe

Eigenes Atelier mit Haus- u. Versuchspresse

Werbedienst G. m. b. H. * Berlin W 35

Digitized by Google

Das Hauptwerk des Russentums in deutscher Uebertragung

Soeben erscheint:

N. J. DANILEWSKY

Rußland und Europa

Eine Untersuchung über die kulturellen und politischen Beziehungen der slawischen zur germanisch-romanischen Welt

Uebersetzt und eingeleitet von Karl Nötzel

Preis geheftet M 26.—, Pappband M 32.—
Halbleinenband der Polit. Bücherei M 38.—

Mit dem Zusammenbruch des zaristischen Rußland ist der Panslawismus nicht erledigt. Immer klarer wird es vielmehr, daß der Bolschewismus nicht nur die spezifisch russische Form des extremen Sozialismus ist, sondern daß er auch einen besonderen Weg der national-russischen Politik, eben jenen imperialistischen Expansionsdrang, den wir Panslawismus nennen, unverkennbar in seine internationale Betätigung aufgenommen hat.

Danilewskys Buch, die „Bibel" der Panslawisten, bietet als grundlegendes Selbstbekenntnis des Panslawismus das wertvollste Material zur Lösung der Rätsel der russischen Sphinx.

Die Uebertragung Karl Nötzels, die zugleich eine gründliche Kürzung des außerordentlich umfangreichen Originales sein mußte, bringt mehr als die Hälfte des russischen Werkes. Doch handelt es sich nicht um einen Auszug, vielmehr sind vollständige Kapitel ausgewählt, die zusammen den Eindruck eines geschlossenen Ganzen machen, da sie den wesentlichen Kern der Untersuchung unvermindert enthalten. Angesichts der Krise, in der das europäische Kulturleben steht und die in Spenglers „Untergang des Abendlandes" bereits ihre Geschichtsphilosophie gefunden hat, erscheint Danilewskys Behandlung der Fragen: „Ist Rußland Europa?" — „Ist die europäische Zivilisation gleichbedeutend mit der allgemein menschlichen?" — „Fault der Westen?" in neuem Lichte.

Alle Kapitel seines Buches weisen auf wichtige, auch heute noch gültige trennende Momente im Verhältnis Rußlands zu Westeuropa hin. Es bleibt ein historisches Dokument, dessen Bedeutung der weltumspannenden Weite seiner Probleme wie der Authentizität und Unmittelbarkeit seiner Darlegungen entspricht.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart, Berlin

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Inhalt:

Politische Glossen 289
Rohrbach, Der russisch-polnische Krieg 291
Heuß, Moskau und die Unabhängigen 297
Brockhausen, Die sogenannten Nationalstaaten auf dem Gebiete des alten Oesterreich 301
Sperber, Die weltpolitische Bedeutung des Petroleum 306
Dresdner, Skandinavische Probleme und Stimmungen 312
Brief an die „Deutsche Politik" 318

Preis vierteljährlich M 10.—, das einzelne Heft M 1.—

5. Jahrgang 3. September 1920 Heft 36

Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart-Berlin

Digitized by Google

Deutsche Verlags-Anstalt · Stuttgart · Berlin

Kürzlich erschien:

Sittliche Diktatur

Ein Aufruf an alle Deutschen

Von **Karl Scheffler**

Herausgegeben vom Deutschen Werkbund / Geheftet M 1.65

Diese Schrift ist zur Massenverbreitung in Fabriken, Werkstätten, Kontoren, Schulen usw. bestimmt. Sie ist ein Mahnruf, der nicht ungehört verhallen darf, denn was sie ausspricht, bewegt heute viele Menschen. Karl Scheffler, der wie wenige das Recht hat, im Namen der besten Deutschen zu sprechen, fordert, daß sich die Entschlüsse unseres privaten Lebens unter den Gesichtspunkt des allgemeinen Wohles stellen, daß wir die Unabhängigkeit vom Ausland in unserem Verbrauch, die Veredlung der deutschen Produkte, die Einfachheit in den Formen unseres Gemeinschaftslebens zurückgewinnen. Wir brauchen eine nationale Uebereinkunft derer, die diesen Weg gehen wollen. Schefflers Schrift soll sie vorbereiten.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen

„Die Bücherpost"

unterrichtet wöchentlich über Neuerscheinungen des deutschen Buchhandels aus allen Wissensgebieten und der Unterhaltungsliteratur. Einzelnummer 25 Pfg., vierteljährlich Mk. 2.50. Abonnements nimmt jede Poststelle, auch der Briefträger, entgegen. Probenummern sendet die Geschäftsstelle der „Bücherpost", Frankfurt a. M., Kibdastr. 74, postfrei und umsonst.

A. WARMUTH · Speditionsgeschäft

Zentrale: BERLIN C. 2, Ufer der Garnisonkirche 1a.
Fernsprecher Norden 309, 310, 1642, 4472 u. 4512.
Leipziger Abteilung: Dorotheenstr. 28a. Zentrum 2609.

Versand von Gütern aller Art nach allen Orten der Welt.

Möbeltransport — Lagerung.

An die Bezieher der „Deutschen Politik"

Für den ersten Halbjahrband 1920 haben wir wieder

Original-Einbanddecken

in doppelfarbigem Druck herstellen lassen. Den Preis mußten wir der sehr gesteigerten Herstellungskosten wegen etwas erhöhen; er beträgt jetzt — übrigens auch für die früheren Decken — M 5.— für das Stück. Bestellungen nehmen die Buchhandlungen oder der Verlag entgegen.

Deutsche Verlags-Anstalt, Berlin SW. 11, Königgrätzer Straße 99

Digitized by Google

5. Jahrgang * 3. September 1920 * Heft 36

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Oberschlesien bleibt unter dem Druck der unmittelbaren polnischen Gefahr. Das politische Warschau leugnet wohl entschlossen seine Beteiligung an den Unruhen, das militärische gibt zu, daß polnische Truppen die Grenze überschritten haben, angeblich, um ihren bedrohten Landsleuten Schutz zu geben. Man stelle sich vor, deutsche Reichswehrabteilungen wären dort einmarschiert, um zu ermessen, welches Geschrei bei den internationalen Lärmmachern entstanden wäre. Die interalliierte Kommission aber hat sich und den Polen Zeit gelassen, bis sich die Verhältnisse so entwickelten, daß auch das französische Militär der Lage nicht mehr Herr wurde. Sie kämpft jetzt um ihre Autorität, aber die polnischen Katastrophenpolitiker fühlen sich durch die Haltung der öffentlichen Meinung in Frankreich ermutigt. Wenn jetzt der Versuch gemacht wird, bis zur Abstimmung einen Pakt über die Beruhigung des Landes zu erreichen, so ist die Quelle der Gefahr nicht zu verstopfen. Sie liegt in der politischen Rolle, die Frankreich den Polen zugedacht hat.

*

„Die Welt im Osten und im Westen schreit nach Frieden, aber der Friede ist nur möglich auf der Basis der vollkommenen Anerkennung der Freiheit der Nationen". Dieser Satz enthält Wahrheit und eine ernste Mahnung. Er findet sich an einer etwas merkwürdigen Stelle: in der Kundgebung, mit der Giolitti und Lloyd George ihre Luzerner Beratungen abgeschlossen haben. Nachdem man sich aber in solcher politischen und ethischen Erkenntnis gefunden hatte, ging man dazu über, den Nachweis zu bringen, daß für Deutschland diese Basis nicht geschaffen werden soll. Die Teile der deutschen Nation, die in die Unfreiheit des zu schaffenden Freistaates Danzig eingekerkert

Digitized by Google

sind, sollen nachdrücklich darüber belehrt werden, daß Kriegsschiffe der Entente dazu vorhanden sind, die Freiheit der Nationen zu schützen. Nur eben immer der anderen.

*

Als Italien im Frühjahr 1915 in den Krieg eintrat, wurde es in Deutschland ein beliebtes Schlagwort, daß in den romanischen Ländern die „piazza", die Straße, den Gang der Politik bestimme. Man stellte das mit einer gewissen Verachtung fest — wir Deutsche erschienen dagegen als sehr ordentliche und verantwortungsbewußte Leute. Die Revolution hat uns da furchtbar schnell den Ländern mit der älteren „politischen Kultur" nachkommen lassen. Wenn den Radikalen der Linken nichts mehr einfällt, rufen sie die Leute auf einen Platz und hoffen, daß dann schon etwas passiert — die Hoffnung wird selten enttäuscht. Und auf der Rechten haben sich gute Schüler eingefunden, und man praktiziert dort auch Volksbewegungen. Nun ist an sich nichts dagegen zu sagen, wenn Volksstimmungen ihre Steigerung im Zusammenballen von Massenwillen suchen, das kann politisch fruchtbar werden. Aber alle diese Erscheinungen haben ihre Gefahrengrenze. In Breslau ist sie jetzt überschritten, genau so wie neulich in Berlin. Die Wirkung ist eine Schwächung der Staatsleitung. Das „Delirant reges plectuntur Achivi" hat seinen Sinn umgedreht: Das Volk ist verwirrt, und die Regierung, auch ohne reges, hat das auszubaden.

*

Der Kampf gegen den Steuerabzug ist ein Kampf um die Staatsautorität geworden. Die württembergische Regierung hat den Mut, ihn grundsätzlich durchzuführen, indem sie die Hauptfabriken, bei denen die Arbeiterschaft Widerstand leistete, schloß und besetzen ließ. Der Versuch, gegen diesen Schritt den allgemeinen Generalstreik einzuleiten, scheint selbst den Unabhängigen heute zu gewagt, er wird aber wohl örtlich unternommen werden. Nun kommt es darauf an, die Machtprobe durchzuführen, durch die den breiten Schichten eine Lehrstunde über die Steuerpflicht erteilt werden muß. Schmerzlich, daß es soweit kommen mußte. Die Reichsregierung freilich müßte alles daran setzen, nun auch die übrigen Reichsfinanzgesetze zum Zug zu bringen, Notopfer, Besitzsteuer usw. Es ist geradezu ein Motor für die Inflation, daß die Durchführung so mühsam hinter der Gesetzgebung nachhinkt. Man soll in Gottes Namen auf den Finanzämtern Ueberstunden auf Ueberstunden machen, — diese Kosten machen sich bezahlt! Oder wird dann für diese Beamtenkategorie die Streikparole erfunden?

*

Digitized by Google

Der russisch-polnische Krieg

Von Dr. Paul Rohrbach

Vor Monaten, als die Polen noch im Vordringen waren, Kiew mit den Ukrainern besetzt hatten und die Grenze von 1772 ihr eingestandenes Ziel war, besuchte mich ein Gewährsmann, der die russisch-polnischen Linien eben auf dem nördlichen Teil des damaligen Kriegsschauplatzes passiert hatte. Ich fragte ihn, wie er die Aussichten der Polen beurteile. Seine Antwort war: Mit dem Angriff auf die Bolschewisten haben sich die Polen selbst das Grab für ihre Hoffnungen gegraben. Warum? fragte ich. Antwort: Weil man mit einem Heer wie dem polnischen nicht gegen die Bolschewisten kämpfen kann; es wird geschlagen durch die bolschewistische Propaganda. Daran knüpfte sich folgende Schilderung der Verhältnisse auf beiden Seiten:

Es gibt keine „Front" im Sinne einer entwickelten Kriegführung. Nichts ist lächerlicher, als wenn die polnischen und die russischen Berichte von einer Front von Dünaburg bis Kiew sprechen. Dazu würden fünfmal soviel Truppen gehören, als die Bolschewisten und die Polen haben. Die angebliche Front hat Lücken von hunderten von Kilometern, in denen nur kleine Streifkorps oder Patrouillen auftauchen. Die Bolschewisten fabeln von Millionen Soldaten, die sie besitzen, und suchen durch ihre Regiments- und Divisionsnummern diese Täuschung zu vervollständigen. Das ist reiner Unsinn, denn sie können mit ihren Eisenbahnen nur einen Bruchteil davon transportieren und unterhalten. Sie haben einzelne Abteilungen guter Truppen, meistens nur Bataillone. Diese bestehen aus überzeugten Bolschewisten, sind gut gefüttert und gekleidet und gegenüber einem Gegner, der nicht allzu scharf kämpft, auch leistungsfähig. Die Hauptmasse des bolschewistischen Heeres ist militärisch nichts wert. Die Ausrüstung ist noch einigermaßen, denn bei dem Zusammenbruch Denikins ist große Beute gemacht worden, angeblich mehrere hunderttausend Uniformen und Munition für ein Jahr. Denikin hatte das alles aus England bekommen, daher bedanken sich die Bolschewisten auch höhnisch bei den Engländern dafür, daß sie Krieg führen können. Bei der Hauptmasse der roten Soldaten ist aber die militärische Moral ganz schlecht. Sie sind in der Armee untergekrochen, um Nahrung zu haben, oder sie sind gepreßt. Die Führung haben alte zarische Offiziere unter Aufsicht von bolschewistischen Kommissaren. Die Frauen und Kinder der Offiziere sind hinter der Front, in Moskau oder sonstwo, unter Sowjetaufsicht, und haben das Leben verwirkt, wenn der Offizier sich „unzuverlässig" zeigt. Ein gewöhnlicher bolschewistischer Angriff, wo kein Elitebataillon steht, geht so vor sich: Es kommt das Kommando zum Vorgehen. Die Offiziere springen auf und laufen vor; wenn sie es nicht tun, so wissen sie, es wird berichtet und ihre Familie wird abgeschlachtet. Die Mannschaften bleiben liegen. Ein paar Kommissare kriechen mit Brownings durch die Linie, wiederholen den Befehl „Marsch-Marsch" und helfen nach, indem sie hier und da einem Mann von hinten durch den Kopf schießen. Die Leute lassen sich abknallen wie Hammel, die Methode hilft aber, und die Linie kommt in Bewegung. Drüben bei den Polen ist das Heldentum auch nicht groß, und der „Angriff" hat Erfolg; der Gegner geht zurück. Hat man Glück, so setzt man sich an seine Kochtöpfe.

Digitized by Google

Oft aber sind solche Gewaltmaßregeln auch garnicht nötig. Man schickt Propagandisten hinüber, die sagen zu den polnischen Soldaten: Brüder, was seid ihr? Arbeiter und Bauern! Wir auch! Wofür kämpft ihr, wofür liegt ihr in Lumpen, mit zerrissenen Stiefeln und zu wenig Essen? Für Polen? Seid dumm. Nicht für Polen, sondern für eure Ausbeuter, eure Militaristen und Bourgeois und für die Ausbeuter eurer Ausbeuter, für die Franzosen und Engländer! Wozu sollen wir aufeinander schießen? Wir greifen ja gar nicht Polen an, sondern wir wollen das polnische Volk befreien und glücklich machen. Geht nach Hause, laßt eure Offiziere allein kämpfen! Die wollen doch nur für sich und für ihre ausländischen Auftraggeber Riemen aus eurem Fell schneiden!

Der polnische Angriff gegen Sowjetrußland wurde mit einer ganz unzureichenden, trotz aller Ententehilfe mangelhaft ausgerüsteten, zahlenmäßig zu schwachen und moralisch nicht zuverlässigen Armee unternommen. Der letztere Faktor war entscheidend. Die Bolschewisten zermürbten die polnischen Truppen von innen. Dazu kam als ein weiteres bedeutsames Moment zu ihren Gunsten die Erregung des allgemeinen großrussischen Nationalgefühls gegen den polnischen Feind. Der Russe haßt den Polen, und durch den polnischen Angriff auf Gebiete, die vom Großrussentum beansprucht werden (obwohl sie gar nicht großrussisch bevölkert sind, sondern weißruthenisch und ukrainisch), kam es dazu, daß auch Nichtbolschewisten, Bürgerliche, namentlich Offiziere, von Herzen am Kampf teilnahmen. Es gab sogar Zulauf von Kriegsfreiwilligen, wenn auch in dieser Beziehung nicht alles wahr ist, was sich deutsche und englische Zeitungen von den Bolschewisten haben aufbinden lassen. Die ganze Offensive der Polen kam ins Wanken, wurde umgeworfen, und nun rollte die Welle zurück, bis vor Warschau. Die Bolschewisten waren siegestrunken, und ganz Europa glaubte natürlich, daß hinter ihren Erfolgen das Vermögen zu wirklichen Leistungen stehe. In dieser Beziehung ist einstweilen die Dummheit der öffentlichen Meinung, wie es scheint, unausrottbar. Die Menschen können sich nicht vorstellen, daß der Nerv der materiellen Leistungsfähigkeit eines Gemeinwesens heute die Eisenbahnen sind, und daß von dem einstigen russischen Bahnsystem, namentlich dem rollenden Material, nur noch Trümmer existieren. Von 560 000 Güterwagen vor dem Kriege existiert betriebsfähig nur noch ein Fünftel, und von 30 180 Lokomotiven weniger als ein Sechstel. Die Bolschewisten haben es auch mit dem letzten verzweifelten Mittel, der befohlenen allgemeinen Zwangsarbeit, nicht dahin gebracht, auch nur so viel Lokomotiven neu zu bauen und zu reparieren, daß die Abgänge ausgeglichen werden. Kurz vor dem polnischen Kriege, Ende April 1920, klagte die „Prawda" in St. Petersburg:

Daß wir Lokomotiven zu Dutzenden reparieren, kann uns erfreuen, aber die Ergebnisse sind nicht vollständig, wenn wir nicht neben die Zahl der reparierten Lokomotiven und Waggons die Zahl derer stellen, die wiederum zur Reparatur wandern . . . Wir verhalten uns leichtsinnig, verbrecherisch leichtsinnig, zu allem unserem Besitz. Wir verderben die Waggons und zerbrechen

Digitized by Google

sie, vernachlässigen die Lokomotiven, überladen die Waggons, wodurch die Federn der Wagen und die Geleise verderben. Wenn man der Wahrheit ins Auge sieht, so gehen wir wie dumme Kinder vor. Mit einer Hand heilen wir, mit der andern zerbrechen wir schneller als wir heilen.

Vom 22. bis 25. Januar 1920 tagte in Moskau der dritte allrussische Kongreß der Sowjets für Volkswirtschaft. Auf diesem erstattete der Kommissar Rykow einen vollkommenen pessimistischen Bericht. Von je 100 vorhandenen Lokomotiven, sagte er, seien 60 unbrauchbar, und die Zahl der „kranken" Lokomotiven wachse mit äußerster Schnelligkeit. Vor dem Kriege habe man monatlich 8 % des Lokomotivbestandes ausbessern können, gegenwärtig kaum 2 %. Von Monat zu Monat verringere sich sich die Zahl der gebrauchsfähigen Lokomotiven um 200! Rykow sagte unter anderem wörtlich:

Im Ural besitzen wir einen an Metallen überaus reichen Bezirk, aber bisher konnten wir nicht mehr als einen einzigen Eisenbahnzug im Monat dorthin senden, um von dort Metalle nach Zentralrußland zu bringen. Wir würden also zehn Jahre gebrauchen, um 10 Millionen Pud (1 Pud sind 33 Pfund) Metalle vom Ural exportieren zu können.

Wem aber nicht zu raten ist, dem ist nicht zu helfen. Man möchte Material aus Sowjetrußland in Menge beibringen — der Glaube an die sowjetrussische Herrlichkeit blieb unerschütterlich, bis zur Niederlage in Polen, und auch jetzt noch hängen die meisten an bolschewistischen Märchenbildern. Die Niederlage trat in dem Augenblick ein, wo es den Polen gelang, aus ihrer bürgerlichen, patriotisch-intelligenten Schicht eine größere Menge Kriegsfreiwilliger aufzubringen, die, wenn auch schlecht ausgerüstet und ausgebildet, doch wenigstens kämpfen! Dazu kam die Ententehilfe mit Führung und Material, und das deutsche Befestigungssystem aus der Kriegszeit gleich nördlich und nordöstlich von Warschau. Mit dem Augenblick, wo kämpfender, nur durch stärkere Blutopfer zu brechender Widerstand geleistet wurde und einige Dutzend alliierter Flugzeuge mit Maschinengewehren und Bombenabwürfen der Sowjetarmee zusetzten, war der ganze „überwältigende" Vormarsch zu Ende. Ein großer Teil der Sowjetarmee, wie es heißt 70 000 Mann, benutzte dabei die Gelegenheit, auf ostpreußisches Gebiet zu desertieren und durch Abgabe der Waffen sich allen weiteren Fährlichkeiten zu entziehen. Wenn die Leute gewollt hätten, und wenn ein Stück militärischer Tüchtigkeit in ihnen gewesen wäre, so hätten sie den Polen noch Verlegenheiten genug bereiten können. Sie sind aber über nichts froher, als daß das Kriegführen für Sowjetrußland, soweit es sie angeht, zu Ende ist. Sie machen schon einen bedeutenden Teil der Truppenmacht aus, über die die Sowjetführer im ganzen verfügen. Es ist ausgeschlossen, daß bei dem elenden Stand der Eisenbahnen mehr als einige hunderttausend Mann in der sogenannten Front stehen, wenngleich es immer noch Dumme gibt, die an

Digitized by Google

die Sowjet-Millionen-Armee glauben. Wenn der polnische Vormarsch militärisch liederlich war, so war der der Sowjetisten womöglich noch liederlicher. Die Armee hatte, als die „Offensive" gegen Warschau begann, Proviant für nicht mehr als vier Wochen hinter sich. Jetzt, wo die Russen zurückgehen, nähern sie sich wieder ihrer Basis und verbessern dadurch ihre Lage. Von Sowjetseite wird die Mitteilung ausgegeben, daß man die Linie Wilna—Kowel halten wolle. Damit wäre das ethnographische Polen und noch ein Stück weißruthenischen und ukrainischen Gebietes wieder geräumt.

Die Polen ihrerseits werden auch bald die Erfahrung machen, daß sie mit ihren Kriegsfreiwilligen und Flugzeugen zwar Warschau haben retten können, daß diese Kräfte aber nicht ausreichen, um den Krieg wieder nach Sowjetrußland hineinzutragen. Von da an, wo das versucht werden würde, sind die Bolschewisten wieder stärker. Eine andere Frage aber ist es, wie der mißglückte Versuch, Polen für den Bolschewismus zu erobern, auf die Verhältnisse in Sowjetrußland zurückwirken wird. Hier muß zugunsten der Bolschewisten mit einem Faktor gerechnet werden, der speziell russischer, d. h. moskowitischer Natur ist: mit der weitgehenden Passivität der Masse. In einem anders gearteten Staatswesen könnte die Folge einer Niederlage wie der in Polen sehr bald der Sturz der bolschewistischen Regierung sein. Auch in Sowjetrußland wird deren Stellung sich ohne Frage verschlechtern, vielleicht kritisch werden. Was die Bolschewisten jetzt auf das heißeste begehren, das sind Lokomotiven und Maschinen aus Europa. Da sie selber nach ihren eigenen Eingeständnissen 200 Lokomotiven monatlich einbüßen, so müssen sie Ersatz haben. Haben sie Lokomotiven, so haben sie die Eisenbahnen und die großen Städte. Auf diese ist ihre Herrschaft ohnehin beschränkt. Die Bauernmassen, das flache Land, sind passiv gegenüber dem Bolschewismus. In Deutschland und England halten sich jetzt hervorragende bolschewistische Beauftragte auf, mit dem Zweck, koste es, was es wolle, erstens Lokomotiven zu kaufen, und zweitens den englischen und deutschen Politikern und Geschäftsleuten einzureden, daß die Verhältnisse in Sowjetrußland im Begriffe sind, sich zur wirtschaftlichen Gesundung zu wenden. Das ist unwahr von Grund auf. Man will damit Dumme oder Geschäftemacher um jeden Preis finden, und man findet sie in Menge. Die Verhältnisse in Rußland sind trostlos, und die allgemeine Zerstörung aller Werte und schaffensfähigen Kräfte greift heute schon so tief, daß Jahrzehnte nötig sein werden, um Sowjetrußland wieder produktiv zu machen. Das große Lockmittel, daß die Sowjetagenten vor den Augen ihrer westeuropäischen Partner aufhängen, ist ihr zusammengeraubtes Gold. Sie haben Banken und Privatleute, Kirchen und Klöster ausgeplündert und lassen das Gold vor verlangenden Augen tanzen:

Digitized by Google

Liefert, wir bezahlen alles bar! Mit der Lieferung wird aber nichts zustande gebracht, als eine Verlängerung des russischen Chaos. Ein zweites Machtmittel der Sowjetisten besteht in der Unfähigkeit der Ententeregierungen, wirkliche militärische Kräfte gegen sie aufzustellen, wegen der Sympathie der gesamten europäischen Arbeiterschaft für die bolschewistische Sache. Diese Sympathie beruht auf einer ebenso lächerlichen Unwissenheit der Arbeiter über die Zustände unter der Bolschewistenherrschaft, wie es die Unwissenheit der Zeitungen und der Politiker über die Wirtschaftsmöglichkeiten in Sowjetrußland ist. Die Masse der Arbeiter ahnt nichts davon, daß die Sowjetherrschaft keine Arbeiterherrschaft mehr ist, daß die Sowjets oder Räte lange abgeschafft sind, daß der Arbeiter nichts zu sagen hat, daß von einer kleinen Minderheit eine ähnliche tyrannische Gewaltherrschaft mit nationalistischem Einschlag ausgeübt wird, wie im alten moskowitischen Rußland schon vor Jahrhunderten. Wie mit den Arbeitern umgegangen wird, dafür folgendes Beispiel. Der Bericht stammt von einer im Frühjahr 1920 aus Sowjetrußland geflüchteten Persönlichkeit.

Es gab im Sommer 1919 Unruhen in den Werkstätten der Nikolai-Eisenbahn in Petersburg. Um das Prestige des Kommunismus zu wahren, wurde eine „Volksabstimmung" vorgenommen. Alle Eisenbahner der betreffenden Linie mußten zum dekretierten großen Meeting im früheren kaiserlichen Winterpalais erscheinen. Nachdem alle sich versammelt hatten, wurden die Türen geschlossen. Vor Sinowjews Rednerpult waren zwei Maschinengewehre aufgestellt, ins Publikum gerichtet. Vorne, hinten und in der Masse verstreut standen Matrosen, die gut gefütterte Leibgarde der kommunistischen Regisseure. Aus Selbsterhaltungstrieb wagte niemand zu widersprechen, und bei der Abstimmung schwiegen die meisten. Die überall verstreuten Kommunisten aber, die Staatsclaqueure, schrieen Beifall und erweckten durch ihr Geschrei den Anschein, als wäre die Resolution einstimmig angenommen worden. Am folgenden Morgen konnte man in der „Prawda" in Sperrdruck lesen, die Angestellten des Petersburger Knotenpunktes der Nikolaibahn hätten sich einstimmig für den Kommunismus erklärt.

Daß es so gemacht wird, weiß jeder Mensch, der sich die Mühe gibt, etwas von der Bolschewistenherrschaft zu erfahren. Die Führer unserer Unabhängigen und Kommunisten wissen es auch, und sie wissen natürlich, daß es in Deutschland gegebenenfalls ebenso gemacht werden müßte. Die Masse aber weiß es nicht. Darum sympathisiert sie mit den Bolschewisten und verhindert die Ententeregierungen, ein Ende mit ihnen zu machen. Die eigentliche Großmacht, mit der der Bolschewismus sein Bündnis geschlossen hat, und die ihm mehr hilft, als alles andere, ist die Unwissenheit, die in Europa über Sowjetrußland herrscht. Man findet sehr selten ein verständiges Wort hierüber in der deutschen Presse. Ein solches seltenes und erfreuliches Wort sind die Artikel der Nationalzeitung: „Wie lange noch russischer Bolschewismus?" Es ist gut, einiges

Digitized by Google

daraus anzuführen. Der Verfasser ist offenbar, wie auch in der Ueberschrift gesagt wird, Augenzeuge. In Nr. 191 der Nationalzeitung schreibt er:

„Es gibt in Rußland niemanden, der imstande wäre, die Bolschewisten in der Herrschaft abzulösen . . . Der entschlossene Wille der Bolschewisten einerseits, die Passivität des gesamten russischen Volkes und die vollständige Vernichtung jedes organisierten Widerstandes andererseits lassen es auch nicht zu, daß man voraussagen könnte, wie lange die Bolschewisten sich noch an der Macht erhalten werden.

Eines ist sicher: durch äußere Machtmittel wird man die bolschewistische Herrschaft in Rußland nicht brechen. Sie kann höchstens von innen heraus eine Zersetzung erfahren. Zeichen dieser Zersetzung sind die erwähnte Bestechlichkeit der meisten bolschewistischen Beamten, sind die Versuche Lenins, neue Wirtschaftsmethoden zu finden. An dem Tage wird die bolschewistische Herrschaft in Rußland wanken, wenn die bolschewistischen Führer die Ueberzeugung verloren haben werden, Werkzeuge der Menschheitserlösung zu sein. Jeder Versuch eines Abweichens von dem bolschewistischen Programm, eines Aufgebens der bolschewistischen Dogmen wird unweigerlich den Zusammenbruch der bolschewistischen Herrschaft nach sich ziehen. Man darf darum nicht darauf hoffen, daß die Bolschewisten allmählich andere Parteien zur Mitarbeit in Rußland heranziehen werden. Das wäre Evolution und Verwässerung der bolschewistischen Herrschaft. Ein historischer Grundsatz aber lautet: mit den Mitteln, mit denen man zur Herrschaft gelangt ist, muß man sich auch bei der Herrschaft erhalten. Die Bolschewisten sind ausgezogen, das Weltproletariat zu befreien, und sie müssen dauernd für die Weltrevolution arbeiten.

Sollte aber der Tag des bolschewistischen Zusammenbruches kommen, so wird er in Rußland ein vollständiges Chaos finden. Genau wie das Ende der Kerenski-Herrschaft durch ein allgemeines Chaos in Rußland gekennzeichnet war, wird auch die Bolschewistenherrschaft durch eine vollständige Zersetzung des russischen Reiches abgelöst werden. Schon heute sind Moskau und Petersburg keine starken Mittelpunkte und keine Machtzentren, die ihre Wirkung bis an die Peripherie des weiten Reiches ausstrahlen — in der Ukraine erstreckt sich die bolschewistische Herrschaft schon heute nur auf wenige Städte und die Eisenbahnen! — und am Tage des bolschewistischen Zusammenbruches wird die Zentrifugalkraft wie im Herbst des Jahres 1917 wirken. Darum sind alle europäischen Staaten davor zu warnen, ihre russische Politik auf die Bolschewisten einzustellen und die Randstaatenpolitik vollkommen aufzugeben. Die Bolschewisten sind heute zweifellos eine Macht, und man kann es weder Deutschland noch England verargen, wenn diese mit den Bolschewisten

Digitized by Google

rechnen. Die bolschewistische Herrschaft hat jedoch kein Fundament. Sie existiert nur mangels eines Besseren. Sie stützt sich in Rußland auf die Passivität der russischen Bauernschaft, sie bezieht ihre Energie aus dem Glauben an die Weltrevolution. Werden die Bauern in Rußland und in der Ukraine als politischer Faktor auftreten, wird sich der Glaube an die proletarische Weltrevolution zumindest als verfrüht erweisen, dann wird auch das Gebäude der Regierung Lenin-Trotzki zusammenstürzen. Dann wird in Rußland das Chaos eintreten und die einzelnen Randvölker werden auf eigene Faust den mühseligen Aufbau eines eigenen staatlichen und gesellschaftlichen Lebens unternehmen. Das gleiche wird das durch die Bolschewistenherrschaft in eine mittelalterliche Zivilisation zurückgeworfene russische Volk tun müssen. Wie lange dieser Prozeß dauern wird, kann kein Mensch wissen. Sein Ende aber wird die tatsächliche Befreiung aller russischen Völker von der schwarzen und roten Unterdrückung und die Errichtung demokratischer Bauernregierungen sein."

Diese Sätze zeugen von wirklicher Kenntnis der Dinge, namentlich auch, was die Randstaatenfrage angeht. Wer mit dem Bolschewismus in Rußland paktiert, der muß wissen, daß der Bolschewismus nicht dauern wird, und daß auch die Ernüchterung der europäischen Arbeiter eintreten muß, wenn jedermann sehen wird, welch eine Kraft reiner Zerstörung dieser „Socialismus Asiaticus", (wie ihn Kautsky treffend nennt) gewesen ist. Bis dahin aber wäre es wünschenswert, daß unsere Politiker in Bezug auf den Bolschewismus klüger sind als z. B. Lloyd George, von dem alle, die sein Wesen kennen, übereinstimmend versichern, seine Kraft und Geschicklichkeit werde nur von seiner Unwissenheit in allem übertroffen, was nicht englisch ist — und vollends östlich.

Moskau und die Unabhängigen

Von Dr. Theodor Heuß

Der Mehrheitssozialdemokrat Erwin Barth hat an dieser Stelle (Nr. 34 der „D. P.") in fesselnder Weise über die historische und psychologische Bedeutung der verschiedenen sozialistischen „Internationalen" geschrieben. Während man über den Verlauf der Genfer Tagung rasche Berichte erhielt, kommen die Mitteilungen über Moskau jetzt erst, stockend, abgerissen. Aber die Vertreter der deutschen Unabhängigen sind zurückgekehrt und haben die Bedingungen mitgebracht, die Lenin für ihren möglichen Eintritt in die dritte Internationale ausgesprochen hat.

Man mag das für eine Frage zweiten Grades halten, wie die Entscheidung ausfallen wird. Die tatsächliche Machtbewertung der inter-

Digitized by Google

nationalen Ideologien unterliegt notwendig einer sehr verschiedenen Beurteilung, je nach dem Lande, auf das man die Augen richtet. Ueberall befindet sich der theoretische Sozialismus marxscher Prägung im Zustand der geistigen Zersetzung, und die Praxis des Proletariats ist durch Resolutionen, Programme, durch Personalstreitigkeiten und schwankende nationale Haltung undurchsichtig. Für uns sind die Beschlüsse von Moskau um deswillen wichtig genug, weil sich an ihnen in den nächsten Monaten die geistige und die taktische Entwicklung der sozialistischen Gruppen in Deutschland orientieren wird.

In Moskau hat man in dem Augenblick, da man den spezifisch großrussischen Imperialismus gegen Polen praktizierte, das Ideal der internationalen Weltrevolution neu und stark gefestigt, und die kommunistischen Grundsätze in der Organisation verschärft. Mit der verblüffenden literatenhaften Sprache, die den Moskauern zu eigen ist, sprechen sie davon, daß die dritte Internationale in der Gefahr ist, „gewissermaßen Mode zu werden", und das wollen sie nicht. An der proletarischen Bewegung, die ins Weite wächst und von den Proletariern in der Vielfältigkeit ihrer Wünsche und Ziele getragen wird, liegt ihnen nichts (denn von hier aus droht immer der Gedanke der Demokratie, der aus der Masse sich nährt), ihr Ziel ist die Kerntruppe, die zu gehorchen weiß, die ohne Verbrämung Terror und Gewalt als die legitimen Werkzeuge des politischen Kampfes anspricht, die auf gedankliche Erörterung verzichtet und den ganzen Zeitungsapparat völlig dem zentralen Parteivorstand unterstellt. Eine Politik, die der der Parteileitung „nicht ganz" entspricht, ist „unzulässig". Die Gewerkschaften, Konsumvereine usw. müssen systematisch im Sinne der kommunistischen Parteizugehörigkeit unterwühlt werden. „In kürzester Frist", „ultimativ", muß mit allen sozialistischen Opportunisten gebrochen werden; dazu rechnen in Deutschland namentlich Hilferding und Kautski. Ein Spitzelsystem („kommunistische Zellen") muß in allen Wirtschaftsverbänden organisiert werden. Die kommunistischen Parteien müssen sich selber periodisch „säubern", d. h. den Denunzianten als normale Funktion anerkennen. Die Beschlüsse des Exekutivkomites (lies Moskau) sind schlechtweg für alle angeschlossenen Gruppen bindend.

Dies Programm der Zertrümmerung, mit dem sich die Diktatur über das Proletariat festigen will, hat eine gewisse Wucht und Folgerichtigkeit, wenn es auch völlig taktisch und eines gestaltenden Geistes bar ist; freilich, während man weltgeschichtliche Strategie anzukündigen scheint, mischt sich jener Zug persönlicher Gehässigkeit ein, wie er schon für den theoretischen Streit zwischen Marx und Bakunin charakteristisch gewesen. Die materialistische Geschichtsauffassung, die den Gang des prole-

Digitized by Google

tarischen Emanzipationskampfes zu erklären hat, schlägt sich immer wieder selber ins Gesicht, indem sie die Anekdoten des persönlichen Führertums, des Ehrgeizes und der Eifersucht, herbeischafft. Die Sozialisten und Kommunisten rechnen ebenso stark mit den individuellen Eigenschaften, Sonderheiten der einzelnen Gruppenführer wie die Zeit der seligen Kabinettspolitik Liebhabereien und Leidenschaften der Fürsten als Aktivum einsetzte.

Das wäre an sich für die Gesamtbeurteilung der Entwicklung gleichgültig und könnte als eine peinliche Wichtigmacherei der verschiedenen sozialistischen Größen behandelt werden, wenn nicht gerade auch bei uns in Deutschland an solch persönliche Fragen vermutlich die nächste Zukunft innerhalb der sozialistischen Auseinandersetzungen anknüpfen würde. Schon in Moskau hat sich das offenbart, daß das Zentrum und der linke Flügel der deutschen Unabhängigen (ihre „Rechte" fehlte) keine einheitliche Ideologie dieser deutschen Sondergruppe fertigbrachten. Zwischen den Crispien und Dittmann einerseits, den Däumig und Stöcker andererseits erfolgte bereits in Moskau der Bruch, der uns jetzt in der „Freiheit" von den beiden Parteivorsitzenden beschrieben wird: Crispien hält das Diktat der Internationale für unannehmbar, Däumig unterwirft sich ihm ohne weitere Vorbehalte und verlangt das schleunige Ketzergericht gegen Kautsky und seinen Kreis.

In der Tat ist ja nun die neuere Situation der Partei von einer seltenen Verlogenheit. Die Kautsky, Cohn, Breitscheid, kommen von der pazifistischen, der antimilitaristischen Linie. Sie haben eine gewisse angeborene Sentimentalität und konnten sich glaubhaft gegen die Noske-Gardisten entrüsten. Sie haben auch für die internationalen Beziehungen immer den Verzicht auf die Gewalt gepredigt, und der Klassenkampf wurde von ihnen als ein unblutiges Naturspiel beschrieben, das nur hin und wieder durch das Unterdrückungsbedürfnis der bewaffneten Handlanger der kapitalistischen Bourgeoisie gestört wurde. Die deutsche Revolution vom November 1918 rühmte man um ihres kampflosen Verlaufes willen. Und bei all den traurigen Kämpfen, die wir seitdem erlebt haben, war es immer das seiner Natur nach friedfertige und wissenschaftlich geschulte Proletariat, das durch den Blutdurst von Leutnants zu den Waffen gezwungen wurde. Diese schöne Theorie wurde von einzelnen ehrlich geglaubt, von anderen demagogisch verwendet, von Lenin wird sie verlacht. Die Flinte oder besser das Maschinengewehr ist für ihn das legitime Instrument des Klassenkampfes. Er hat wenig Sinn für Sentimentalität und spricht es aus.

Unsere deutschen Kommunisten sind teilweise noch etwas unsicher, wenn sie das schlankweg nachbuchstabieren sollen. Sie haben zwar in der Entwaffnungsfrage offener agiert, als ihre Brüder zur Rechten; aber ihre

Digitized by Google

Agitation baut sich mehr auf dem Gedanken der wirtschaftlichen Sabotage auf, und den Waffengedanken haben sie zurzeit etwas an die K. A. P. D. abgetreten, deren Nationalbolschewismus freilich in Moskau keine Gnade fand. Nun aber verlangen Lenin und Trotzki das ehrliche Bekenntnis zum Totschlag, und zwar ist ihnen dies Bekenntnis im Augenblick wichtiger geworden als irgend eine gemeinsame Ueberzeugung, was sozialistische Wirtschaftsordnung sei — denn darüber sind sie, die gegen die „Opportunisten" wettern, auch ziemlich opportunistisch geworden (wie in dem kecken Kulissenwechsel ihrer auswärtigen Politik). Und hier werden sich die deutschen Geister zu klären haben.

Es hängt natürlich einiges davon ab, wie in Rußland die Lage sich entwickelt. Der Auftrieb, den die Geltung der Sowjets durch den Vormarsch in Polen erhalten hatte, ist im Augenblick etwas erschüttert und teilweise durch eine völlige Hysterie bei den deutschen Kommunisten abgelöst; aber die Polen werden sich hüten, wenn sie nicht ganz in die Hand kurzsichtiger Generale geraten, ihre Experimente der Eroberung zu wiederholen, denn sie müßten an Rußland, trotz alledem, scheitern. Aber wie auch die militärische Situation in einigen Wochen sein wird, das Sowjetprestige wird wahrscheinlich international nicht gewonnen haben; vor Radikalisierungen werden wir, bei der verzweifelten Lage des Arbeitsmarktes, jedoch nicht geschützt sein.

Unter solchen Umständen vollzieht sich die Auseinandersetzung in der U. S. P. Siegt der Flügel Däumig, dann fliegt, bei konsequenter Arbeit, die Hälfte der sozusagen geistigen Führer aus der Partei, und man kann sich einstweilen darüber besinnen, was für Folgerungen ein solches Verfahren, beim Listenwahlrecht, auf die parlamentarische Vertretung hat. Geht es umgekehrt, dann müssen die Crispien und Genossen darüber klar werden, ob sie die Koketterien mit der Moskauer Legende abschwören wollen oder nicht. Daß Crispien, der Revolutionsphantast, heute beschwörend vor den „Kinderkrankheiten des Radikalismus" warnt, ist fast schon ein Lustspielmotiv.

Selbstverständlich erfährt diese Entwicklung ihre schärfste Beobachtung bei den Mehrheitssozialdemokraten. Die Tonart wechselt. In den Parlamenten, in Berlin und anderwärts, hat die Schärfe der Gegnerschaft durch den Wettbewerb der „Rechtfertigungen" vor dem Proletariat nichts verloren, aber außerhalb des Parlaments ist die Bemühung nicht abgeschlossen, die Annäherung wieder aufzunehmen. Man weiß, daß Scheidemanns Taktik solche Ziele sieht. Auch die wenig würdige Haltung der Mehrheitssozialdemokratie auf dem Genfer Kongreß entsprach dem Bedürfnis, in der Frage der Kriegsschuld der Konfession der „Unabhängigen" entgegenzukommen, ungeachtet des Schadens, der damit dem

Digitized by Google

deutschen Bewußtsein angetan wurde. Es bleibt abzuwarten, ob der Parteitag der Mehrheitssozialdemokraten sich auch unter diese Linie stellen wird. Er beabsichtigt, das Programm von Erfurt, das überständig und veraltet ist, zur Revision zu bringen, ein Stück praktischer Anerkennung der marxistischen Lehre, daß Wirtschaftsänderungen eine neue Ideologie aus sich herausgebären. Wie nun aber wird dies vor sich gehen? Zielt die „Revision" nach rechts, nach links? Was fängt sie mit dem Begriff des Sozialismus an? Die Unabhängigen, in ihren eigenen Sorgen verstrickt, haben bis jetzt noch wenig Zeit gefunden, sich um die Programmschmerzen der Mehrheitler sehr zu kümmern. Man weiß also nicht recht, wie hier das Echo sein wird. Die konstruktiven Köpfe in der Scheidemann-Umgebung sind nicht gerade sehr zahlreich, so daß unsicher ist, ob das Programm ein Kind der Taktik sein wird, oder den „wissenschaftlichen" Erkenntnissen sich anpassen soll. Davon mag abhängen, ob in die deutsche proletarische Bewegung ein neues Element kommt, das dann freilich auch für die deutsche Politik schlechtweg zu einem Faktor von Gewicht werden kann.

Die sogenannten Nationalstaaten auf dem Gebiete des alten Oesterreich

Von Univ.-Prof. Hofrat Dr. Carl Brockhausen, Wien

In dem Aufsatze „Das vergangene Oesterreich"*) führte ich aus, daß drei große Ruhmestitel das Andenken dieses untergegangenen Staatswesens verklären; erstens hat es die östliche Gefahr von Europas Westen als ein Schutzdamm ferngehalten, zweitens hat es als Brücke der Ausbreitung mitteleuropäischer Kultur nach dem Osten gedient und durch diese Doppeltätigkeit die Grenzen des eigentlichen Europa weit nach Osten ausgedehnt, und endlich drittens hat es das Problem des friedlichen, jeden Dauerkrieg ausschließenden Zusammenlebens der kleinen europäischen Ostvölker gelöst; es war eine politische Kinderstube der sehr Erziehungsbedürftigen. Ich habe gelegentlich diese letztere Aufgabe auch nach einem aus dem Tier- und Pflanzenleben entlehnten Ausdrucke als „Die Symbiose der Nationen" bezeichnet, weil diese Volkssplitter trotz aller nationalen, kulturellen und religiösen Gegensätze unter dem Schutzdache des Staates eine bis an die damalige Grenze ihrer Entwicklungsfähigkeit reichende Entwicklungsmöglichkeit fanden. Wie groß diese von der Außenwelt so wenig gewürdigten Erfolge in Wahrheit waren, dafür mögen nicht deutsche Urteile, sondern ein slawisches Selbstbekenntnis Zeugnis ablegen, nämlich das noch im Kriegsjahre 1916 erschienene tschechisch-nationale Prachtwerk:

*) Siehe Nr. 35 dieser Zeitschrift.

Digitized by Google

„Das böhmische Volk", welches die außerordentlichen Fortschritte der Tschechen in Oesterreich auf geistigem, wirtschaftlichem und hygienischem Gebiete, in Handel, Industrie, Ackerbau, Kunst, Schulbildung und Wissenschaft mit Selbstgefälligkeit schildert, — eine Selbstphotographie der angeblich unterdrückten Nation, die ihren Verfassern freilich gelegentlich recht unbequem geworden ist, so daß sie sich ihrer heute nicht mehr gerne erinnern.

Für diejenigen, welche das große Verdienst des alten Oesterreich bestreiten, daß es jene dreifache Mission unter schwierigen Verhältnissen erfüllt hat, liefert die Geschichte der beiden letzten Jahre eine deutliche Gegenprobe; überraschend rasch bricht der westliche Einfluß zusammen, dringt die östliche Welle gegen das Herz Europas vor, und in der politischen Kinderstube herrscht blutiger Streit. All dies von dem Augenblicke an, als die eigentlichen Träger jener verdienstvollen Mission, die Deutschen Oesterreichs politisch und militärisch ausgeschaltet waren und die Waffen niedergelegt hatten. Gewiß, es wäre zuviel gesagt, wollten die Deutschen des alten Staates behaupten, daß sie die großen, ihnen von der Geschichte gestellten Aufgaben restlos gelöst hätten. Die Ordnung am Balkan zu schaffen, ist ihnen nicht gelungen; da stand der von Rußland ausgehende panslawistische Einfluß zu mächtig entgegen, der seinerseits wieder von Frankreich gestützt wurde, und so ist der Balkan zum Feuerherde geworden, an dem der europäische Weltkrieg sich entzündete. Auch die Symbiose der zehn Nationen des vielsprachigen Staates war mehr ein äußerliches Zusammenleben als ein gefühlsmäßiges Verwachsen; ihre gegenseitige Abneigung konnten diese Nationen freilich nicht mit Kanonen entladen; aber bis zu einer über die nationalen Gefühle hinauswachsenden Staatsliebe hat es der österreichische Staat doch nicht gebracht; das nationale Hemd saß allen näher als des Kaisers Rock.

Hier nun setzt jenes Moment ein, welches in Verbindung mit der großen kriegerischen Niederlage den Untergang des alten Reiches herbeiführte. Zu den drei großen vorhin erwähnten Lebensaufgaben der Monarchie trat seit der Gründung des deutschen Reiches eine vierte dem Staate Oesterreich zugemutete Aufgabe hinzu, der er auf die Dauer nicht gewachsen war, und, wie wir heute bei ruhiger Betrachtung zugestehen müssen, auch nicht gewachsen sein konnte. Es wurde ihm als vierte Aufgabe zugemutet, nicht bloß eine deutschfreundliche Rückendeckung des von allen Seiten gefährdeten Deutschen Reiches zu sein — dieses wäre keineswegs unerfüllbar gewesen —, sondern darüber hinausgehend auch noch, die slawischen Stämme Oesterreichs zu binden, und zwar so sehr zu binden, daß sie zugleich als Kampfgenossen des deutschen Volkes gegen die slawische Umwelt verwertet werden sollten. Wenn man bedenkt, daß die Gesamtmonarchie rund fünfzig Millionen Einwohner besaß, von denen höchstens zehn Millionen, also kaum ein Fünftel Deutsche waren, so kann man rein vom rechnerischen

Digitized by Google

Standpunkte aus sich an den fünf Fingern einer Hand abzählen, daß dieses Exempel nicht stimmen würde. Daß es trotzdem durch vier Kriegsjahre halbwegs gestimmt hat, obwohl gerade von reichsdeutscher Seite das unbedachte Wort fiel, es handle sich in diesem Weltkriege um einen Kampf zwischen Germanentum und Slawentum, mag als Beweis jener rätselhaften, fast ans Wunderbare grenzenden völkerverbindenden Kraft gelten, welche den Deutschen, und insbesondere den Deutschösterreichern innewohnt.

Aber bei ruhiger Betrachtung kann man es nicht leugnen, und rückblickend ist es auch gar nicht so schwer, es zu erkennen, — es war etwas wie eine falsche Note, die in das ohnedies überaus heikle und künstliche Gefüge der alten Monarchie hineingebracht wurde, als sie eine politische und militärische Bindung von etwa vier Fünftel ihrer oftmals anders orientierten Bevölkerung zugunsten des Deutschen Reiches sein sollte. Zuerst hatte man aus vornehmlich dynastischen Rücksichten acht bis zehn Millionen Deutsche aus dem neuen großen Deutschland ausgeschieden, und nun sollten diese Ausgeschiedenen eine so gewaltige Stütze bilden. Zu einer Vermittlung zwischen Germanen- und Slawentum hätte ihre Kraft gerade noch ausgereicht, aber im Rassenkampfe dieser beiden großen Völker mußte der Zusammenhalt der innerlich schwachen Monarchie gleichfalls zusammenbrechen. Man mag die Tatsache des Unterganges des alten Oesterreich noch so sehr aus dem rein äußerlichen Verlaufe der Kriegsereignisse erklären wollen, — für denjenigen, der tiefer in die Weltzusammenhänge einzudringen versucht, wird es nicht schwer zu erkennen, daß eben jene neue Aufgabe über unsere Kraft ging. Das Reich der Symbiose von Germanen, Nord- und Südslawen, Magyaren und Romanen konnte bestenfalls eine Art neutraler Schweiz, eine wertvolle Rückendeckung des Deutschtums sein, aber es zerbrach, wenn es nach einer Richtung ausschließlich angespannt wurde. In dem Augenblick einer solchen einseitig gerichteten, wenn auch im übrigen noch so gerechtfertigten Politik mußte das Vertrauen der übrigen neun Nationen in ihren Staat schwinden, und alle sonstigen Vorteile des staatlichen Zusammenlebens verblaßten gegenüber dieser einen Tatsache. Der österreichische Staatsgedanke, der auf wechselseitige Berücksichtigung verschiedenartiger Interessen aufgebaut war, erhielt damit innerlich einen Todesstoß, — es war ein Widerspruch zu der den Staat begründenden Symbiose.

Wenn ich daher — mit tiefer innerer Betrübnis — von einer falschen Note spreche, die dem alten Reiche durch diese neue Aufgabe eingefügt wurde, so geschieht dies einerseits, weil jede Erkenntnis der Wahrheit ein Fortschritt ist, und andererseits, weil es leicht ist, zu zeigen, daß unsere Feinde im Begriffe sind, den gleichen Fehler, den wir gemacht haben, in genau derselben Weise zu wiederholen. Deshalb sei auf einige Vorgänge bei der Neuordnung der Verhältnisse hingewiesen, die in dem Sturm

Digitized by Google

der Ereignisse fast vergessen sind, obwohl sie sich erst kürzlich vor unseren Augen abspielten.

Als der militärische Zusammenbruch unvermeidlich wurde, ist von staatlicher Seite noch einmal ein kurzlebiger und deshalb wenig beachteter Versuch gemacht worden, trotz der militärischen Ohnmacht den Bestand des Staates zu retten. Das kaiserliche Manifest vom Oktober 1918. Es versprach den Nationen, daß aus dem Einheitsstaat eine Art Bundesstaat von Nationalstaaten entstehen solle; auf dem gesetzlichen Wege soll durch eine weitgehende Verfassungsänderung die Selbstbestimmung der Nationen innerhalb ihrer völkischen Grenzen gesichert und auf diesem Wege der Wunsch jeder Nation, zur nationalen Staatsbildung zu gelangen, verwirklicht werden, und zwar innerhalb des Rahmens eines gemeinsamen Oberstaates. Es war der Versuch, den alten Gedanken des österreichischen Staates, eines Zusammenlebens Gleichberechtigter, in voller Reinheit aufleben zu lassen; aber weder die Tschechen noch die Polen, noch die Slowenen, Serben und Kroaten, und noch viel weniger die anderen Nationen antworteten auf diese Stimme, welche den angeblich Unterdrückten die volle Freiheit ihrer nationalen Entfaltung anbot. „Zu spät", hieß es, kommt das Versprechen, und überdies war es ein Versprechen, ein Programm und keine Tat. Die Entente hatte ihnen viel mehr versprochen: nicht eine halbe, sondern die volle Staatlichkeit, die Souveränität für jede einzelne Nation; ja, noch mehr als dies, zugleich Herrschaft über zahlreiche deutsche Volksgenossen innerhalb ihres Gebietes und darüber hinaus auf deutscher Erde.

So griffen die nichtdeutschen österreichischen Nationen selbst zur Tat, konstituierten sich als sogenannte Nationalstaaten, ließen den Rechtsweg, der ihnen angeboten war, bei Seite, und die neuen Staaten entstanden, behaftet mit der Erbsünde des Rechtsbruches. Aber auch wenn man über diesen Geburtsfehler, welcher der Entstehung so vieler Staaten anhaftet, hinweg sehen wollte, so ist es ein anderer, ein politischer Mangel, welcher jene staatlichen Neugebilde, die in der Gegenwart auf dem Boden des alten Oesterreich erwachsen sind, schwer schädigt, und ihrer Haltbarkeit kein günstiges Horoskop stellt. Das leitende Prinzip, der Grundgedanke, auf welchem sie aufgebaut werden wollten, war die nationale Einheit ihrer Bevölkerung; für dieses hohe Ideal hatten sie alle geschwärmt, solange es unerreichbar war. In dem Augenblick seiner Verwirklichung aber rafften sie, ohne viel zu fragen, nationale Fremdkörper an sich, so viele sich erraffen ließen. Wenn man die Völkerkarte des alten Oesterreich vor sich hat, wo mit deutlichen Farben die einzelnen Nationen eingezeichnet sind, so ergibt sie ein buntes farbenreiches Bild; wenn man aber jetzt die Völkerkarten der einzelnen Nationalstaaten betrachtet, so hat nur

Digitized by Google

Deutschösterreich eine Einheitsfarbe, alle anderen bleiben buntgesprenkelt, und so sehen wir lauter Miniatur-Oesterreiche vor uns.

Als reine Nationalstaaten hätten sie keine gewisse innere Berechtigung gehabt; ärmliche Kleinstaaten zwar, aber getragen vom nationalen Einigungs- und Einheitswillen. Infolge ihres imperialistischen Eroberungsdranges ist ihnen aber gerade dieses staatenbildende Element versagt. Sie sind auf Gewalt beruhende Zwangsgebilde geworden, und es fehlt ihnen gerade das, was das alte Oesterreich solange zusammenhielt, — die große Mission und die völkerverbindende Symbiose. Indem sie sich als Nationalstaaten gebärden, liegt in ihnen das Bestreben, alle Andersnationalen zu entnationalisieren und zu unterdrücken. Das alte Oesterreich hat in seiner langen Geschichte es genugsam erfahren, daß keine Nation, auch nicht die kleinste, sich entnationalisieren läßt, geschweige denn die größeren und großen, die nationale Rückendeckung an Volksgenossen außerhalb der Staatsgrenzen haben. Im Hauptlande des tschechoslowakischen Staates in Böhmen bilden die Deutschen allein ein Drittel der Bevölkerung, in Mähren sind beide Völker gemischt. Schlesien ist zum Großteil deutsch, die Slowaken fühlen sich als eine eigene Nation, das Land ist zum Teil von Madjaren und Ruthenen bewohnt, und aus diesem Völkergemisch wollen die Tschechen einen Nationalstaat machen! Der Sysiphusstein, der anderen Händen entrollt ist, wird von neuem den Berg hinauf geschleppt.

Dennoch haben jene slawischen und gemischten Nationalstaaten, welche auf dem Boden des alten Oesterreich entstanden sind, eine Mission übernommen; ja, die Uebernahme dieser Mission war die eigentliche Ursache, um derentwillen die Entente bei ihrer Begründung so liebreich Patenstelle übernahm, und ihnen als Patengeschenk deutsches Gebiet zusprach. Diese Mission besteht darin, daß sie das deutsche Gebiet verkleinern helfen, daß sie das deutsche Volk schwächen und Teile desselben binden. In der Stunde der Gefahr sollen Deutsche gegen Deutsche auf den Kampfplatz getrieben werden. Es ist eine Ironie der Geschichte, daß gerade jene falsche Note, die ein Verhängnis war für das alte Oesterreich, nunmehr in die Gründung jener neuen Nationalstaaten hineingetragen wurde, — es ist ein Geburtsfehler schwerster Art.

Uns interessiert jedoch vor allem das Schicksal des deutschen Volkes auf dem österreichischen Gebiete und von diesem wird in einem besonderen Aufsatze die Rede sein.

Digitized by Google

Die weltpolitische Bedeutung des Petroleum

Von O. Sperber (Dresden)

Das Petroleum mit allen seinen Nebenprodukten hat sich innerhalb der letzten Jahrzehnte zu einem weltwirtschaftlichen Faktor von allererster Bedeutung entwickelt. Darüber kann heute kein Zweifel mehr bestehen, daß das Petroleum in nächster Zeit in der Weltwirtschaft eine erheblich größere Rolle zu spielen berufen ist, wie dies bisher die Kohle getan hat. Der „König Kohle" wird von dem „Kaiser Oel" abgelöst. Der englische Admiral Lord Fisher sagte gelegentlich:

„Die Macht wird in der zukünftigen Welt durch den Besitz von Petroleumquellen bestimmt, und das kommende Zeitalter wird ganz von der Oelfrage bestimmt werden."

Sehr richtig haben auch die Amerikaner die weltwirtschaftliche und weltpolitische Bedeutung des Petroleums erkannt. Am deutlichsten kommt dies in der sogenannten erweiterten Monroe Doktrin zum Ausdruck, einer Resolution, die durch Senator Lodge in den Senat eingebracht und vom Senat am 2. August 1912 mit 51 gegen nur 4 Stimmen angenommen wurde. Der Wortlaut der Resolution ist:

„... daß, wenn ein Hafen oder sonstiger Ort auf dem amerikanischen Kontinent so belegen ist, daß seine Besetzung zu Marine- oder Militärzwecken die Verbindung oder die Sicherheit der Vereinigten Staaten bedrohen könnte, die Vereinigten Staaten nicht ohne ernste Besorgnis der Besitzergreifung eines solchen Hafens oder sonstigen Ortes seitens einer Korporation oder Gesellschaft zusehen könnten, welche in solchen Beziehungen zu einer anderen, nicht amerikanischen Regierung steht, daß dieser Regierung tatsächlich die Macht der Kontrolle darüber für nationale Zwecke gewährt würde."

Die unmittelbare Veranlassung zu dieser Resolution hatte das immer stärker werdende Vordringen englischer Petroleuminteressen in Mexiko und an anderen Punkten des amerikanischen Kontinentes gegeben. Amerika vertritt allgemein den Standpunkt, daß das Petroleum nicht mehr als rein wirtschaftlicher, sondern in verstärktem Maße als ein mehr politischer Machtfaktor zu betrachten ist, da vom Petroleum die Zukunft der Schiffahrt abhängt. England sah sich damals auch veranlaßt, um ernsten Schwierigkeiten mit Amerika aus dem Wege zu gehen, seine Pläne zum Ausbau seiner Petroleuminteressen in Mexiko einzuschränken und in Kolumbien ganz fallen zu lassen. Sein Ziel hat England aber trotzdem nicht aus den Augen verloren, sondern zielbewußt energisch weiter an der Erwerbung von Petroleumquellen gearbeitet. Die Erfolge, welche England mit seiner konsequent durchgeführten Petroleumpolitik in Asien, Mesopotamien, Rußland, Persien usw. erzielt hat, beweisen nunmehr auch den Amerikanern, daß sie selbst England, durch ihre Einmischung in den Weltkrieg, zu diesen Erfolgen erheblich beigetragen haben.

Digitized by Google

Die Neuverteilung der Welt durch die verschiedenen Friedensverträge hat daher mit der Petroleumfrage, vom rein englischen Standpunkte aus, viel mehr zu tun, als den Laien erkennbar ist.

Aus allem geht hervor, daß England zielbewußt, rücksichtslos und raffiniert dahin strebt, ein Weltpetroleummonopol für rein englische Interessen zu schaffen.

England, das im Mutterlande selbst über kein Oelvorkommen verfügt, besitzt in seinen Kolonien Oelfelder in Ostindien, Britisch-Borneo und Trinidad. Die zu 50 Prozent mit englischen Staatsmitteln gegründete „Anglo-Persian-Oil-Company" beherrscht seit 1907 eines der ergiebigsten Oelländer der Welt, ihre Stellung ist durch 1918 getätigte Verträge noch weiter gefestigt und monopolisiert worden. Durch den türkischen Friedensvertrag sind auch die reichen Oelfelder an der Küste des Persischen Golfes in Mesopotamien in die englische Machtsphäre geraten. Konstantinopel in englischer Hand bedeutet, daß auch die noch sehr entwicklungsfähigen kaukasischen Oelfelder (die 1913 18,2 % der Weltproduktion lieferten) in Batum-Baku unter englischen Schiffskanonen liegen. Das nationalistisch-türkische und das bolschewistisch-russische Vordringen in dieser Gegend ist England daher auch besonders unbequem. Die entgegenkommende Haltung Englands Sowjetrußland gegenüber steht im engsten Zusammenhange mit den Bestrebungen Englands in der Petroleumfrage. Aus dem gleichen Grunde wird England auch jederzeit bereit sein, Frankreichs Politik Deutschland gegenüber zu unterstützen, wohl wissend, daß Frankreich, solange es mit Deutschland beschäftigt ist, England völlig freie Hand auf allen anderen Gebieten lassen muß.

Der einzige beachtenswerte Wettbewerber, mit dem England heute in dieser Frage zu rechnen hat, sind die Vereinigten Staaten. Es machen sich auch andauernd Anzeichen bemerkbar, aus denen ersichtlich ist, wie scharf der Kampf um die Beherrschung der Petroleumfelder zwischen den Vereinigten Staaten und England bereits geführt wird.

Das angesehene amerikanische Fachblatt „Oil, Paint and Drug Reporter" schrieb daher letzthin:

„Englands offen bekundete Absicht, allen anderen als britischen Untertanen oder Staatsangehörigen das Recht zur Teilnahme an der Erschließung oder der Ausbeutung aller Erdölvorkommen in den fremden Ländern, in denen es eine gewisse Herrschaft ausübt, zu verweigern, ist gleichbedeutend mit dem Nachweis, daß die freundschaftliche Haltung und Politik, die die Vereinigten Staaten England und anderen Ländern gegenüber in dieser Beziehung stets befolgt haben, ein schwerer Fehler gewesen ist. Schon seit dem Jahre 1884, als die Amerikaner von den Oelfeldern in Birma ausgeschlossen wurden, zeigte Englands Haltung, daß es fest entschlossen war, sich in seiner Absicht, die Herrschaft über alle Erdölvorkommen der Welt außerhalb der Vereinigten Staaten für sich selbst zu sichern, durch keine fremde Einmischung stören zu lassen. Am diesem Entschluß hat England unbeirrt festgehalten, bis die Vereinigten Staaten sich schließlich in einer

Digitized by Google

mehr als eigentümlichen Lage befanden, einer Lage, welche die schlimmsten Folgen für die politische und wirtschaftliche Wohlfahrt der Vereinigten Staaten haben kann, wenn die Amerikaner bereit sein sollten, sie weiter zu ertragen. Wenn gegenwärtig die Vereinigten Staaten noch ungefähr 65% der Erdölgewinnung der Welt liefern, so ist es doch eine alles überschattende Tatsache, daß die Erdölversorgung der Zukunft unter britischer Herrschaft steht. Das ist kein sehr angenehmer Ausblick für die Vereinigten Staaten, wenn man bedenkt, daß das Volk, das die Erdölversorgung der Zukunft beherrscht, auch den Welthandel beherrschen wird, mit allem, was eine solche Herrschaft bedeutet. Die Erdölvorkommen der Vereinigten Staaten werden in wenigen Jahrzehnten erschöpft sein. Mit den wichtigsten Erdölvorkommen der Welt außerhalb der Vereinigten Staaten in den Händen Großbritanniens oder britischer Kapitalisten werden die Staaten nur das Erdöl erhalten, was und zu welchen Bedingungen England liefern will. Und schon jetzt ist der Unterschied in der gegenseitigen Behandlung ein gewaltiger. Während in den Vereinigten Staaten jedermann zu gleichen Bedingungen zur Betätigung in der Erdölindustrie zugelassen ist, gleichgültig, welchem Staate er angehört, sind die unter britischer Herrschaft stehenden Oelfelder nur Angehörigen des britischen Empire zugänglich. Während die britische Regierung nicht nur nach Kräften die britischen Erdölgesellschaften unterstützt, sondern sich sogar selbst mit großen Kapitalien bei fremden Unternehmungen beteiligt, hält sich die Bundesregierung all diesem fern. Britische Schiffe können in den Häfen der Vereinigten Staaten und dem Karaibischen Meer zu denselben Bedingungen bunkern, wie die der Vereinigten Staaten. Das gleiche gilt aber nicht umgekehrt, und die amerikanische Schiffahrt muß die Kosten der weiten Beförderung von der amerikanischen oder der mexikanischen Küste tragen. Für die Vereinigten Staaten mit ihren gewaltigen natürlichen Hilfsquellen und ihren Möglichkeiten für Entwicklung und Ausdehnung ist der Gedanke, um Erzeugnisse betteln zu müssen, deren sie bedürfen, geradezu erniedrigend. Wenn Großbritannien fortfährt, „unfair" zu spielen, so muß nach britischem Muster vorgegangen werden. Jede andere Politik ist einfach Selbstmord."

In den maßgebenden politischen Kreisen der Vereinigten Staaten betrachtet man die Fortentwicklung der Petroleumfrage, wie sie von England heute betrieben wird, ebenfalls mit Mißtrauen. Die amerikanische Regierung hat dem Senat ein Weißbuch übermittelt, worin sie auseinandersetzt, daß es die Politik der britischen Regierung sei, alles Petroleum, das sich im britischen Reiche und in britischen Einflußgebieten befinde, zu monopolisieren und unter eine rein britische Aufsicht zu bringen. Dem fremden Kapital werde die Beteiligung an den Petroleumschätzen verwehrt, während die britische Regierung unmittelbar Teilhaber an ihnen werde. Auch das Petroleum in Holländisch-Indien solle demnächst von der holländischen Regierung ausschließlich der „Royal Dutch Shell Company" ausgeliefert werden; die tatsächlich eine Gesellschaft unter britischen Einflüssen sei, und Frankreich entfalte in seinen neuen afrikanischen Besitzungen dieselbe Politik. Britische Gesellschaften dürfen ihr Eigentum nicht an Ausländer verkaufen und die Aktien britischer Unternehmungen dürfen nicht an ausländische übertragen werden. Da die britische Regierung dieselbe Politik bei den Petroleumschätzen im ehemaligen türkischen Reich einge-

Digitized by Google

schlagen habe, seien von dem Staatsdepartement im vorigen Oktober Vorstellungen beim britischen Auswärtigen Amt erhoben worden. Damals habe die amerikanische Regierung die Zusicherung erhalten, daß die amerikanischen Interessen nicht benachteiligt werden sollten. Im Anschluß an diese Mitteilungen ist im Senat eine Vorlage eingereicht worden, welche die Gründung eines Regierungsunternehmens zur Ausbeutung der Petroleumschätze in fremden Ländern vorsieht. Gleichzeitig weist eine Mitteilung des amerikanischen Bergamts darauf hin, daß sich die Vereinigten Staaten einer ernsten Knappheit an Petroleum und an Benzin gegenübersehen. Die Weltvorräte an Petroleum werden auf 60 Milliarden Gallonen (1 Gallone gleich 4,5 Liter) veranschlagt, die sich ungefähr gleichmäßig auf die Alte und die Neue Welt verteilen. Davon sind aber nur sieben Milliarden in den Händen der Vereinigten Staaten. Es sind bereits 40 % allen Petroleums, das in den Vereinigten Staaten vorhanden ist, verbraucht worden, und der Rest wird kaum für zwanzig Jahre genügen. Schließlich wird noch eine Aeußerung des Leiters der „Standard Oil-Compagnie Bedford" gemeldet, der die einzige Rettung vor der drohenden Petroleumnot darin erblickt, daß die Vereinigten Staaten eine schärfere auswärtige Politik auf diesem Gebiete verfolgen. Er fügt hinzu, daß Präsident Carranza die amerikanischen Petroleuminteressen in Mexiko immer zugunsten der britischen benachteiligt habe, obwohl der amerikanische Petroleumbesitz in Mexiko viel größer sei als der britische. Vielleicht verrät Bedford mit diesen Worten einen der Gründe, warum Carranza gestürzt wurde und warum die ganze Frage jetzt plötzlich in den Vordergrund der Presseerörterungen gerückt wird!

Ausgeschlossen erscheint es nun allerdings nicht, daß England den scharfen Forderungen der Vereinigten Staaten vorläufig noch einmal nachgeben wird. Die gewichtigen Gründe dafür sind darin zu erblicken, daß noch Jahre vergehen werden, ehe England in der Lage sein kann, alle die von ihm kontrollierten Erdölvorkommen in volle Ausbeutung zu bringen. Bis zu dem Zeitpunkte ist England für seinen Petroleumbezug zum größten Teile von den Vereinigten Staaten abhängig. Wollte England die Vereinigten Staaten in der Angelegenheit brüskieren, so daß diese ihre Lieferungen an Heizöl einstellten, dann würden rund 33 % der neuesten und wichtigsten Kriegsfahrzeuge Englands nutzlos in den Häfen liegen bleiben müssen.

Der Kampf zwischen England und den Vereinigten Staaten um die Vorherrschaft in der Petroleumgewinnung wird aber trotzdem von beiden Ländern mit aller Schärfe weiter fortgeführt werden. Sicher ist, daß die Vereinigten Staaten nichts unversucht lassen werden, alle Petroleumfelder auf dem gesamten amerikanischen Erdteile, eingeschlossen Kanada, unter ihre Kontrolle zu bringen. Der Hauptkampf wird also darum gehen,

Digitized by Google

daß England versuchen wird, alle Petroleumquellen in Rußland, Rumänien, Kleinasien, Persien, Indien nebst ganz Asien, unter Kontrolle zu bekommen, während die Vereinigten Staaten das gleiche Ziel auf dem amerikanischen Kontinente anstreben. Die Vorherrschaft wird aber jenem Wettbewerber zufallen, der nicht nur imstande ist, die von ihm kontrollierten Petroleumfelder am schnellsten zur vollen Ausbeutung zu bringen, sondern dessen sich am reichsten und leistungsfähigsten erweisen werden. Als feststehende Tatsache kann unter den heutigen Umständen angenommen werden, daß die amerikanischen Petroleumfelder im Laufe der nächsten Jahrzehnte als Lieferanten von Petroleum die Führung behalten werden. Eine erhebliche Anzahl südamerikanischer Petroleumfelder haben sich als viel reicher erwiesen als bisher angenommen wurde. Auf der anderen Seite werden aber fortgesetzt auch neue Petroleumfelder auf dem amerikanischen Erdteile entdeckt, so daß ein endgültiger Ueberblick über die vorhandenen Petroleumvorräte des amerikanischen Kontinentes bis heute noch nicht gewonnen werden konnte. Außerdem liegen berechtigte Anzeichen vor, daß sich die in Bolivien, Peru, Kolumbien und auch Venezuela festgestellten Petroleumvorkommen reicher erweisen werden als allgemein angenommen wurde. Ebenso werden fortlaufend in Argentinien neue Petroleumfelder festgestellt, so daß der Reichtum dieses Landes an Petroleum ebenfalls ständig zunimmt. Das gleiche läßt sich von Mexiko wie auch Nicaragua behaupten. Dahinzu kommt, daß die wirtschaftlichen wie auch politischen Verhältnisse der einzelnen amerikanischen Freistaaten industriellen Unternehmungen noch immer eine bessere Gewähr bieten, als Persien, Kleinasien oder Südrußland solche den englischen Plänen bieten können. Darüber kann jedenfalls kein Zweifel bestehen, daß England noch viele Jahre hindurch, besonders in Persien, Mesopotamien wie auch Rußland mit Ueberraschungen aller Art zu rechnen haben wird, die unter allen Umständen auf die Entwicklung der dortigen Petroleumfelder ungünstig einwirken müssen.

Als ganz selbstverständlich muß angenommen werden, daß England die tatsächliche Lage in der Weltpetroleumfrage sehr wohl bekannt ist, und sich aus dem Grunde auch hüten wird, den Bogen zu überspannen, da es in einem solchen Falle schließlich allein die Schlußrechnung zu bezahlen hätte.

Die Statistik über die Weltpetroleumerzeugung, aus der zugleich die Fortentwicklung ersichtlich ist, weist folgendes Bild auf:

Digitized by Google

Welterzeugung an Petroleum

Land	in 1000 Faß zu 1,9 hl				% der Welt-
	1905	1910	1915	1916	produktion
Vereinigten Staaten	134 717	209 557	281 104	300 767	65,29
Rußland	54 960	70 336	68 548	72 801	15,81
Mexiko	—	3 332	32 911	39 817	8,64
Niederländisch-Indien	7 849	11 030	12 387	13 174	2,86
Rumänien	4 420	9 723	12 030	10 298	2,24
Indien	4 137	6 137	7 400	8 229	1,79
Galizien	5 765	12 673	4 159	6 462	1,40
Japan und Formosa	1 472	1 930	3 118	2 997	0,65
Peru	447	1 330	2 487	2 551	0,55
Trinidad	—	—	750	1 000	0,22
Deutschland	560	1 032	996	996	0,22
Argentinien	—	—	516	870	0,19
Aegypten	—	—	222	411	0,09
Kanada	634	315	215	198	0,04
Italien	44	42	40	43	0,01
Sonstige Länder	30	30	10	25	0,01
Insgesamt	215 040	327 474	426 839	460 639	

Die Ursachen, die das Petroleum zum weltpolitischen Faktor gemacht haben, liegen auf technischem Gebiete. Mehr und mehr gewann Rohpetroleum an Bedeutung als Betriebsstoff für Heizzwecke. Die Marinetechniker erblicken mehr und mehr im Petroleum das Heiz- und Triebmaterial der Zukunft. Petroleum läßt sich im Schiffsbetrieb als Kraftmittel entweder direkt oder indirekt verwenden. Direkt, indem es in Dieselmotoren verbrannt wird, indirekt in der Art, daß die Kessel anstatt mit Kohle mit Petroleum geheizt werden.

Die englische Kriegsmarine hat die Petroleumheizung schon in weitem Umfange eingeführt, und auch die Mehrzahl aller neuen amerikanischen Schiffsbauten sind für Petroleumheizung eingerichtet.

Wie günstig sich der Betrieb mit Oel vom wirtschaftlichen Gesichtspunkte aus gestaltet, geht aus den Verbrauchszahlen des neuen englischen Dampfers „Scythia" der Cunard-Line hervor, der Oelfeuerungskessel aufweist. Er wird durch zwei Turbinen von je 12 500 Pferdestärken betrieben. Für eine Seemeile (1850 Meter) verbraucht er für 100 Tonnen Ladung 1,3 Kilogramm Oel statt 1,8 Kilogramm Kohle. Wenn statt der Oelkesselfeuerung der Schiffsantrieb unmittelbar durch einen Verbrennungsmotor erfolgen würde, dann wäre der Oelverbrauch nur 0,7 Kilogramm.

Digitized by Google

Skandinavische Probleme und Stimmungen

Von Dr. Albert Dresdner

In Schweden sowohl wie in Norwegen werden die Staatsgeschäfte zurzeit von Minderheitsregierungen geführt. In Schweden hat ein sozialistisches Ministerium unter Hjalmar Branting die Regierung übernommen, nachdem das liberal-sozialistische Bündnis sich als unhaltbar erwiesen hatte. Die begreiflicherweise recht unsichere Stellung dieses Ministeriums, das über eine feste Mehrheit im Reichstage nicht verfügt, erfuhr eine Kräftigung dadurch, daß Branting in der Alandfrage alle Parteien — bis etwa auf das nicht bedeutende linkssoziale Grüppchen — um seine Politik scharen konnte, da er in dieser Frage mit Nachdruck und nicht ohne Geschick den nationalen Standpunkt vertrat. Die Frage gehört zu jenen, die als Erbstücke der verwickelten Geschichte Europas nicht sowohl gelöst, sondern nur eben durch Macht oder Machtspruch entschieden werden können, da beide Parteien ihre Ansprüche mit etwa gleich guter Berechtigung zu begründen vermögen. Wenn die Schweden fordern, daß den nach Abstammung, Sprache und Neigung schwedischen Alaändern Gelegenheit gegeben werde, zu entscheiden, ob sie zum alten Mutterlande zurückkehren wollen: so wird diese Forderung gerade in unseren Tagen auf Verständnis und Sympathie rechnen können, und wahr ist es, daß die Aaland-Inseln eine ständige strategische Bedrohung Schwedens bilden, — sie gleichen, wie Rud. Kjellén einmal gesagt hat, einer aufs Herz Schwedens gerichteten gespannten Pistole. Auf der andern Seite können die Finnländer geltend machen, daß die Inselgruppe den Kopf einer bis zur finnischen Küste führenden Landbrücke bildet, deren Besitz durch eine fremde Macht sie ihrerseits als gefährlich ansehen; auch haben sie das starke Argument in die Wagschale zu werfen, daß das nationale Selbstbestimmungsrecht sich schließlich selbst ad absurdum führt, wenn es nicht auf geschlossene Volkseinheiten, sondern auf einzelne kleine Landesteile angewandt wird. Die Aaland-Inseln mit ihren 25 000 Einwohnern bilden eben nur einen Bruchteil des finnischen Schwedentumes, das übrigens durch den finnisch-schwedischen Gegensatz in einen sehr peinlichen Konflikt zwischen seinen nationalen Neigungen und seinen staatlichen Verpflichtungen versetzt ist. Die finnischen Schweden würden die Ablösung der Inseln ungern sehen, da sie eine Schwächung des schwedischen Einflusses und Volkstums in Finnland zur Folge haben würde; von dieser Seite ist eine Lösung der Frage in dem Sinne in Vorschlag gebracht worden, daß alle schwedischen Landesteile Finnlands zu einem einheitlichen Verwaltungskörper mit nationaler Autonomie vereinigt werden. Aber die Errichtung eines solchen Staates im Staate

Digitized by Google

hat ersichtlich auch wieder ihre großen Bedenken, und dürfte in Finnland kaum als annehmbar angesehen werden.

Es steht also hier Recht gegen Recht, Anspruch gegen Anspruch und Geschichte gegen Geschichte, insofern die Aaland-Inseln eine schwedische Kolonie, aber doch auch seit 250 Jahren ununterbrochen mit Finnland vereinigt sind. Welche Entscheidung der Völkerbund, dem Branting die Frage zugeschoben hat, auch treffen wird, so wird sie jedenfalls nach der einen oder der anderen Seite hin berechtigten Anstoß erregen, und besonders würde bei dem stark nationalistisch gestimmten finnischen Volke eine Entscheidung im schwedischen Sinne sehr erbittern. Auf der schwedischen Seite nimmt man die Sache ruhiger, und hier würde es vielleicht am Ende gar nicht so sehr überraschen, wenn die Behandlung der Frage durch den Völkerbund zunächst einmal — zu einem „vorläufigen" englischen Mandate führen würde. Norwegen und Dänemark stehen mit ihren Sympathien zu Schweden, und überhaupt hat es sich bei dieser Gelegenheit gezeigt, daß trotz des lebhaften Wunsches, Finnland in den nordischen Kulturbereich einzubeziehen und die Kulturverbindungen mit ihm zu verdichten, bei den germanischen Nationen des Nordens doch ein gewisses Mißtrauen gegen den jungen finnischen Staat besteht, dessen örtliche Ueberlieferungen und Neigungen als bedenklich empfunden werden.

Neuwahlen, die über das Schicksal des Ministeriums Branting entscheiden werden, stehen vor der Tür. Wenn seine Aussichten nicht ungünstig sind, so verdankt es dies zunächst dem persönlichen Ansehen Brantings, dessen Begabung und Tüchtigkeit auch seine Gegner anerkennen. Das gleiche gilt für den früheren Finanzminister Torsson (er hat bei einer Umgestaltung der Regierung ein anderes Portefeuille übernommen); überhaupt aber hat die schwedische Sozialdemokratie sich doch bisher vor doktrinärer Verranntheit besser zu wahren gewußt als ihre Schwesterparteien in anderen germanischen Ländern; sie hat schon seit geraumer Zeit sich an positiver politischer Arbeit beteiligt und geschult, und es hat daher trotz bedeutender Gegensätze der politisch-soziale Zwiespalt in Schweden bisher nicht die schneidenden Formen angenommen wie anderwärts. Der höchste Gefahrpunkt lag hier wohl in der Zeit, da um den „demokratischen Durchbruch" gekämpft wurde. Seit er erfolgt ist, hat die Demokratisierung der Verfassung und des politischen Lebens Schwedens unaufhaltsame Fortschritte gemacht; gegenwärtig sind es in erster Linie Fragen der Kommunalpolitik, besonders die Gestaltung der Gemeindesteuern, um die der Kampf geführt wird, und diese spielen denn auch in dem Wahlfeldzuge eine beträchtliche Rolle. Einen Sozialisierungsausschuß hat Branting allerdings gebildet; allein, wenn er bei den Wahlen unterliegt, so ist der Ausschuß bis auf weiteres erledigt, und selbst wenn deren Ergebnis für die Sozialisten günstig ausfallen sollte,

Digitized by Google

werden seine praktischen Wirkungsmöglichkeiten durch die unter allen Umständen starke konservativ-liberale Opposition doch wohl recht beschränkt bleiben.

Wesentlich anders liegen die Verhältnisse in Norwegen. Die norwegische Sozialdemokratie ist in ihrer radikalen Richtung und in jenem doktrinären Fanatismus, dem das Parteiprogramm höher steht als die Wirklichkeit und ihre Bedürfnisse, der deutschen Sozialdemokratie verwandt und sie ist stark von bolschewistischen Tendenzen durchsetzt. Das soziale Leben des Landes steht im Zeichen fortgesetzter Erschütterungen; ein Ausstand folgt dem andern. Zur Zeit, da diese Zeilen geschrieben werden, wird der Verkehr auf einer der Hauptlinien Norwegens durch einen Ausstand der Eisenbahner in Drontheim auf das empfindlichste gehemmt. In Bergen streiken die Gemeindearbeiter, 1400 an der Zahl, und hier erweist die proletarisch-sozialistische Herzensbildung ihre hohe Ueberlegenheit über bürgerlich-kapitalistische Ausbeutergesinnung dadurch, daß auch die Angestellten des Begräbnis- und Leichenverbrennungswesens die Arbeit verweigern und daher die Toten zum Teil unbestattet bleiben. Am Horizonte droht ein Ausstand der Postbeamten, vor allem aber ein allgemeiner Eisenbahnerausstand, der das ganze Verkehrsleben des Landes lahmlegen würde, zumal wenn auch die Seeleute in einen Sympathiestreik eintreten sollten. Daß die Bestrebungen der Arbeiter auf Lohnerhöhungen bei der in Norwegen — wie übrigens auch in Schweden — herrschenden ungemeinen Teuerung in gewissen Grenzen berechtigt sind, wird auch auf bürgerlicher Seite vielfach anerkannt; was man hier den Arbeitern am meisten zum Vorwurfe macht, ist, daß auch bei erhöhten Lohnsätzen ihr Arbeitswille versagt und die Intensität ihrer Arbeitsleistung hinter billigen Ansprüchen weit zurückbleibt. Jedenfalls hat die soziale Spannung einen nicht unbedenklichen Grad erreicht, und in mehr als einem Punkte erinnern die norwegischen Verhältnisse gegenwärtig sehr an unsere heimischen.

Dazu tritt nun die Gefahr einer wirtschaftlich-finanziellen Krisis. Schneller vielleicht als zu erwarten stand, ist auf den Kriegsgewinnrausch der Katzenjammer gefolgt. Die Wirtschaftsbilanz Norwegens hat sich durch das außerordentliche Uebergewicht der Einfuhr über die Ausfuhr so verschlechtert, daß die norwegische Krone zurzeit in Schweden nur noch auf etwa 75 steht. Durch große Bestellungen von Schiffsneubauten ist Norwegen dem Auslande, besonders England, stark verschuldet; der verhängnisvoll schnell gestiegene Reichtum hat zu einer jähen Erhöhung der Luxusbedürfnisse geführt, die auf die Steigerung der Einfuhr erheblichen Einfluß ausübt. Der bessere Jobber hält das Leben ohne Automobil nicht mehr für lebenswert. Manche Wirtschaftsgebiete haben jetzt den Ausfall der deutschen Kundschaft zu fühlen; der Fischfang befindet sich infolge der Verteuerung aller Gerätschaften, der Erhöhung der Löhne

Digitized by Google

und der hohen Schiffsfrachten in so unerfreulicher Lage, daß die Fischer gelegentlich ihre Fänge als unverwertbar wegwerfen müssen. Norges Bank, die die Stelle unserer Reichsbank einnimmt, hat einen sehr ernst gehaltenen Aufruf zu allgemeiner Sparsamkeit erlassen, aber die Wirkung derartiger Mahnungen pflegt erfahrungsmäßig gering zu sein. Wenn nun auch das norwegische Wirtschaftsleben in Kern und Wurzel gesund sein dürfte, so wird es doch um eine kritische Reinigungsperiode kaum herumkommen, während das schwedische Wirtschaftsleben den Uebergang in die Friedensverhältnisse allem Anscheine nach mit glücklicherem Erfolge vollzogen hat.

Die Regierung hat unter diesen Verhältnissen keinen leichten Stand. Im Sommer ist das Ministerium Gunnar Knudsen zurückgetreten — man sagt, es wollte sterben. Denn ein so geriebener Politiker, wie der alte Gunnar Knudsen, hätte wohl in der Frage der Wegebaupolitik, über die er fiel, einen Ausweg finden können, wie er einen solchen schon oft in viel verwickelterer Lage gefunden hat; aber nachdem die Linke in siebenjähriger Regierung an Beliebtheit und Vertrauen große Einbuße erlitten hat, erschien es ihm wohl zweckmäßiger, die Verantwortung den politischen Gegnern zu überlassen und in der Opposition neues Kapital zu sammeln. Da Koalitionsbestrebungen sich nicht verwirklichen ließen, so ging die Regierung in die Hände der Rechten über; an die Spitze trat der Advokat Halvorsen, der ein Kabinett von Juristen und Geschäftsmännern bildete. Dieses Kabinett ist als Minderheitsregierung von der Nachsicht der gegnerischen Parteien, in erster Linie der Linken, abhängig; es darf aber wohl mit einiger Sicherheit darauf zählen, daß ihm bis zu den im Herbst 1921 stattfindenden Neuwahlen Burgfriede gewährt wird.

Von Stellung und Stimmung der beiden skandinavischen Völker zur europäischen Großpolitik ist es schwer, mit ein paar allgemeinen Bemerkungen ein zutreffendes Bild zu geben; man müßte zu diesem Zwecke ins Einzelne gehen, die verschiedenen Schichten, Gruppen, Strömungen voneinander sondern. Daß die allgemeine politische Orientierung Schwedens und Norwegens während des Krieges weit voneinander abwich, darf als bekannt vorausgesetzt werden. Das hatte seine Ursachen in der Geschichte, den wirtschaftlichen Interessen, den Volkscharakteren hüben und drüben; außerdem aber hat die Presse in beiden Ländern sehr verschiedenartig gewirkt. Die schwedische Presse ist die höchstentwickelte des Nordens; sie hat weiten Horizont, verfügt über eine gut organisierte Technik und Berichterstattung und vertrat während des Krieges sehr abweichende Standpunkte, vom entschlossenen Ententismus bis zu standhafter Deutschfreundlichkeit. Die norwegische Presse ist bei einer gewissen flotten äußeren Aufmachung innerlich rückständig, technisch und geistig primitiv und

Digitized by Google

blies während des Krieges im ganzen nur eine Stimme: die der Entente[1]). Die Folge war, daß die Schweden recht vielseitig und zuverlässig unterrichtet wurden und sich daher auch über Faktoren und Tendenzen der gegenwärtigen politischen Entwicklung Europas wohl ein selbständiges Urteil zu bilden vermögen, während das große Publikum in Norwegen die Geschichte der letzten sechs Jahre so einseitig im Sinne und in der Darstellung der Entente kennengelernt hat, daß ihm das freie Verständnis und die selbständige Beurteilung der Wirklichkeit jetzt sehr erschwert ist. Eine Folge der ungemein schlechten deutschen Berichterstattung der norwegischen Presse ist es, daß man über die gegenwärtigen Zustände in Deutschland bei Norwegern zuweilen auf geradezu naive Vorstellungen stößt[2]). Doch muß man zwischen Presse und Volksmeinung in Norwegen wohl unterscheiden, insofern die wirkliche Volksmeinung — von einzelnen Berufs- und Bildungsgruppen abgesehen —, sich von der Gehässigkeit gegen Deutschland, die in der Presse vorwaltet, im ganzen freihält, vielfach sogar eine Neigung zu wohlwollender Beurteilung zeigt. Der Versailler Frieden hat in Norwegen vielleicht noch mehr Enttäuschung verursacht, als in Schweden, weil man hier eben naiver als dort an die Absicht eines Rechtsfriedens auf seiten der Entente glaubte; die weiteren Schlüsse aus diesem Irrtume zu ziehen, fehlt es allerdings zumeist an der Einsicht, vielleicht auch am guten Willen. Immerhin hat Norwegen selbst während des Krieges die englische Faust wiederholt so kräftig zu fühlen gehabt, daß die selbständigeren Köpfe auch hier sich über den Gewaltcharakter der englischen Politik vollkommen ins klare gekommen sind; und hier und da dämmert wohl auch bereits die Erkenntnis, daß die politische Geschichte, und besonders die Entstehungsgeschichte des Krieges ganz anders zu lesen ist, als die Darstellung der Entente lautet.

Der Zukunft Deutschlands sieht man in den skandinavischen Ländern, soweit ich urteilen kann, ganz überwiegend mit unerschütterlichem Vertrauen entgegen; ja, nicht ganz selten stößt man auf die Ueberzeugung, daß das deutsche Volk nach Ueberwindung des gefährlichen Uebergangszustandes in gewaltigem Aufschwunge auferstehen werde. Zuweilen empfängt man den Eindruck, als ob man uns für eine Art geheimnisvoller Hexenmeister ansehe, die das Unmögliche möglich machen können. So schmeichelhaft dies Vertrauen auch ist, so führt es doch zurzeit den Nachteil mit sich, daß man dazu neigt, die Nöte, unter denen wir leiden, die Ent-

[1]) Als Ausnahme wäre wohl „Morgenbladet“ zu nennen, das sich insofern neutral zu halten versuchte, als es beide Teile zu Worte kommen ließ. Aber eine selbständige und aktive neutrale Gesinnung wurde auch hier vermißt.

[2]) Lehrreiche Einzelheit: norwegische Blätter bringen auch jetzt noch über deutsche Zustände und Persönlichkeiten zuweilen Berichte — aus London, teilweise aus englischen Quellen!

Digitized by Google

behrungen und Schwierigkeiten, mit denen wir zu kämpfen haben, zu unterschätzen, und sehr geschickt weiß die Entente diese irrige Vorstellung auszunutzen und zu verstärken, indem sie die Unterstellung verbreitet, die Deutschen schilderten ihre Lage übertrieben ungünstig, um das Maß ihrer Verpflichtungen herabzudrücken, und eigentlich gehe es ihnen schon ganz leidlich. Mit welcher Gewissenlosigkeit die Schleppenträger der Ententepresse im Norden die hiermit gegebene Parole ausbeuten, bewies unlängst ein Leitaufsatz in dem Kristiania-Blatte „Aftenposten", dessen Verfasser mit advokatischem Rabulismus zu verstehen gab, die vor der Konferenz von Spa vorgefallenen Lebensmittelunruhen in verschiedenen Gegenden Deutschlands könnten am Ende als schlaue Inszenierung angesehen werden. Daß übrigens die Entwicklung der deutschen politischen Verhältnisse seit dem November 1918 den Schweden und Norwegern vielfach unverständlich bleibt, darüber kann man sich nicht wundern, noch weniger einen Vorwurf daraus schmieden, da der Charakter dieser Entwicklung nahezu chaotisch und uns selbst vielfach nur schwer durchsichtig ist; doch bin ich im Norden immer wieder dem ehrlichen Wunsche, ja selbst dem dringenden Bedürfnisse begegnet, ein treffendes und ungeschminktes Bild unserer politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lage zu gewinnen. Die Schwierigkeit des Verständnisses liegt einerseits darin, daß der deutsche Volks- und Staatsorganismus durch Geschichte, Stammesverschiedenheiten, religiöse und soziale Gegensätze weit verwickelter und bedingter ist, als irgendein anderer des germanisch-romanischen Völkerkreises; sodann aber zu beträchtlichem Grade auch in dem in mehr als einer Hinsicht unvorteilhaften Einflusse, den der nach westlichen Vorbildern orientierte Liberalismus auf weite Volkskreise in beiden skandinavischen Ländern ausübt. Dieser westliche Liberalismus kann und will es nicht verstehen und kann es nicht verzeihen, daß unser Volk, wie die deutsche Geschichte des 19. Jahrhunderts beweist, sich nicht zur vorbehaltlosen Uebernahme der von ihm vertretenen und empfohlenen politischen Normen und Formen entschließen und sich in ihnen nicht recht wohl fühlen kann, sondern instinktiv — wenngleich bisher ohne rechten Erfolg — danach strebt, aus den Bedingungen des eigenen Volkstums und Lebens sich selbständige politische Formen zu schaffen. Alles, was zum Normalschema des westlichen Liberalismus in der deutschen Entwicklung nicht stimmen will, wird kurzerhand als „Reaktion" verdächtigt, worin die gesinnungsverwandte deutsche Presse der des Auslandes leider ebenso fleißig wie gedankenlos sekundiert, und so kommt es, daß viele unzweifelhaft aus der Wurzel deutscher Volksinstinkte und deutschen Volkslebens erwachsende Bestrebungen dem großen Publikum im skandinavischen Norden nicht nach ihrem sachlichen Charakter und nach ihrer politisch-sozialen Berechtigung, sondern nur als reaktionäre

Digitized by Google

Zerrbilder dargestellt werden. Hierüber ließe sich ein langes und merkwürdiges Kapitel schreiben; ich will mich jedoch an dieser Stelle auf ein einzelnes kleines aber bezeichnendes Beispiel beschränken. Wenn die Erfahrungen seit der Novemberrevolution bei uns bisher irgendein positives Ergebnis gezeitigt haben, so ist es wohl am ehesten die, wie ich glaube, von der großen Mehrzahl der Deutschen angenommene Ueberzeugung, daß die einzelnen Ministerposten nicht an geschickte Parteisekretäre oder erfolgreiche Volksredner, sondern an unterrichtete Männer zu vergeben sind, die sich auf die ihnen anvertraute Sache verstehen. Allein bei einer Besprechung der jüngsten deutschen Regierungskrise bemerkte das ganz westlich-liberal und ententistisch gerichtete Stockholmer Blatt „Dagens Nyheter" — übrigens keine schlechte Zeitung —, man wisse schon, daß sich hinter der Forderung von Fachministern nur ein — Vorstoß der Reaktion verberge. „Reaktionär" ist und bleibt eben für diese Kreise schon alles, was nicht streng zum alleinseligmachenden reinen parlamentarischen System passen will, obgleich doch auch der norwegische Bauerndemokrat Vinje so ketzerisch war zu dichten: „Kunnskap skal styra rike og land", — zu deutsch: „Kenntnis soll Reich und Land steuern." Indes ist es vielleicht nicht zu optimistisch zu behaupten, daß, wie schon seit längerer Zeit in Schweden, so jetzt in wachsendem Maße auch in Norwegen, bei der Intelligenz die Erkenntnis wächst, daß Deutschland und das deutsche Volk aus seinen eigenen Bedingungen heraus, und nicht nach irgendwelchen fremden Maßstäben, verstanden und beurteilt werden will; Aufgabe einer klugen Politik müßte es sein, diesem Bedürfnisse auf jede Weise entgegenzukommen und den Völkern des skandinavischen Nordens ohne Falsch und ohne Rückhalt, ohne Zudringlichkeit und ohne Aengstlichkeit das deutsche Volk so zu zeigen und darzustellen, wie es ist. Ich glaube: es kann das vertragen.

Brief an die „Deutsche Politik"

Schiffbau.

Marineschiffbaumeister Albrecht sendet uns zu Linters Aufsatz die folgenden interessanten Bemerkungen:

In dem Aufsatze „Die Zukunft der deutschen Schiffahrt" Ihres Mitarbeiters für Wirtschaftsfragen in Heft 33 Ihrer Zeitschrift befindet sich eine Bemerkung, die leicht zu einer irrigen Auffassung führen kann und jedenfalls einer Erläuterung bedarf. Es ist darin vom Serienbau von Schiffen die Rede. Ich möchte dazu bemerken, daß ein Serienbau von Frachtdampfern, wie er während des Krieges in England und Amerika erfolgte, für uns in Zukunft in dieser Art nicht in Frage kommen kann. Die „fabrizierten" Schiffe in England

Digitized by Google

und Amerika hatten die Aufgabe, den Nachschub für die in Frankreich befindlichen Millionenheere heranzuschaffen. Hierbei handelte es sich also um stets gleichgeartete Frachten. Für die Friedenszeit sind jedoch ganz andere Anforderungen an die Schiffe zu stellen. Man kann nicht mit demselben Schiff, wenn es rentabel sein soll, jeden beliebigen Frachtdienst versehen. Der Verkehr mit New York erfordert ein anderes Schiff als der mit Südamerika oder Ostafrika. Der zu verwendende Schiffstyp muß sich der jeweils zu befördernden Ladung (Stückgüter, Erze, Getreide, Kohlen, Gefrierfleisch, Früchte, flüssige Ladung usw.) durch besondere Ausgestaltung der Einrichtung anpassen und auf die verschiedenen Hafenverhältnisse (Wassertiefe, Lade- und Löscheinrichtungen usw.) Rücksicht nehmen. Schon aus diesen Gesichtspunkten ergibt sich eine solche Menge von Verschiedenheiten in der Einzelausführung, daß es unmöglich ist, alle Anforderungen mit wenigen Typen so zu befriedigen, daß der Reeder sein Schiff wirklich voll ausnutzen kann. Wenn man also auch, wie Ihr Mitarbeiter ganz richtig sagt, in Zukunft weniger als bisher auf die persönlichen Wünsche jedes einzelnen Kapitäns Rücksicht nehmen wird, so wird man doch nicht umhin können, verschiedene, den jeweiligen Anforderungen entsprechende Schiffstypen zu bauen. Daß auch in England und Amerika diese Erkenntnis vorherrscht, geht schon daraus hervor, daß man bestrebt ist, möglichst viele der aus der Kriegszeit stammenden Aufträge zum Bau von Serienschiffen rückgängig zu machen und einen Teil der bereits fertiggestellten Schiffe dieser Art durch Verkauf abzustoßen.

Selbstverständlich muß man trotzdem bestrebt sein, die Kosten für den Bau von Schiffen möglichst zu verringern, damit unsere Reedereien trotz der Ungunst der Verhältnisse in den Stand gesetzt werden, sich wieder einen Platz in der Weltschiffahrt zu erobern. Nur muß man das Problem von einer anderen Seite angreifen. Nicht der ganze Schiffstyp muß vereinheitlicht werden, sondern die einzelnen Teile, aus denen sich ein Schiff zusammensetzt. In dieser Hinsicht ist von dem Handelsschiff-Normenausschuß, der seine Tätigkeit bereits in der letzten Kriegszeit aufgenommen hat, schon ein gut Teil fruchtbare Arbeit geleistet worden. Der Ausschuß, der in engem Verein mit allen größeren deutschen Werften und Reedereien arbeitet, hat bereits für eine ganze Anzahl von Einzelteilen Normen aufgestellt und veröffentlicht. Hierdurch ergeben sich wesentliche Vereinfachungen in der Konstruktion, ohne daß dabei die Ausgestaltung der verschiedenen notwendigen Schiffstypen beeinträchtigt wird. Der Vorteil dieser Bestrebungen liegt auf der Hand. Dadurch, daß ein großer Teil der in ein Schiff einzubauenden Einzelteile als Massenartikel hergestellt werden können, verringern sich die Baukosten selbst schon. Aber eine Zeit- und damit Kostenersparnis wird ferner dadurch erzielt, daß die Werften die Herstellung dieser Einzelteile in viel weitergehendem Maße als bisher auch an binnenländische Maschinenfabriken vergeben können und sich so ihre eigenen Werkstätten für speziell schiffbauliche Arbeiten frei halten. Durch diese Arbeitsteilung können gegebenenfalls auch Industriezweige zur Herstellung von Schiffsteilen herangezogen werden, die vielleicht sonst aus Mangel an Beschäftigung zu Betriebseinschränkungen gezwungen wären. Schließlich können die Reedereien ihre Lagerbestände an Reserveteilen erheblich verkleinern, da sie dieselben Teile auf einer großen Anzahl von

Digitized by Google

Schiffen verwenden können, während sie früher für jedes einzelne Schiff ein besonderes Lager halten mußten.

Was endlich die Bemerkung in dem Aufsatz Ihres Mitarbeiters betrifft, daß man neuerdings dazu übergeht, in wenigen Wochen ein Boot fertigzustellen, so ist festzustellen, daß es hierbei doch sehr auf die Größe des betreffenden Schiffes ankommt. Ein Schiff, wenn es allen im Betrieb an es zu stellenden Anforderungen genügen soll, braucht zu seiner Fertigstellung ein gewisses Maß an Zeit, welches nicht erheblich unterschritten werden kann, auch wenn noch so viele Vereinfachungen beim Bau vorgenommen werden. Es kommt bei einem so komplizierten Bau, wie ihn ein modernes Schiff darstellt, sehr auf die Güte der Ausführung an. Die Rekordbauten Amerikas haben doch in der Praxis sehr zu wünschen übriggelassen, da ihre Ausführung vielfach so wenig sorgfältig war, daß sich ungewöhnlich viele Störungen im Betrieb ergeben haben. Der Gewinn, der sich aus der etwas kürzeren Bauzeit ergab, ist vielfach durch die langen, später notwendig gewordenen Reparaturzeiten völlig aufgezehrt worden. Es ist zu wünschen, daß unsere deutsche Schiffbauindustrie ihren alten guten Ruf, nur Qualitätsware zu liefern, sich auch in Zukunft erhält.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Allen Zusendungen ist Rückporto beizufügen.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt. Redaktion: Schöneberger Ufer 36a I. Telephon: Nollendorf 928. Für Anzeigen: Werbedienst G. m. b. H., Berlin W 35, Lützowstr. 102/4. Verlag: Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 94. Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt 10 M. Einzelnummer 1 M. Druck von Paß & Garleb G. m. b. H., Berlin W 57, Bülowstraße 66.

Digitized by Google

Als Mittler zwischen Herstellung und Verbrauch, zwischen Angebot und Käufer wird immer eine den Zeitverhältnissen angepaßte Werbung nötig sein, wie sie der

Werbedienst

in allen seinen Arbeiten pflegt u. fördert. Erste Künstler, namhafte Fachleute u. durchgebildetes Personal vereinigen sich zu dieser Aufgabe
Eigenes Atelier mit Haus- u. Versuchspresse
Werbedienst G. m. b. H. * Berlin W 35

Die Hilfe

Zeitschrift f. Politik, Literatur u. Kunst

Begründer: D. Friedrich Naumann.
Schriftleiter Wilhelm Heile u. Dr. Gertrud Bäumer.
Fast 25 Jahre von Naumann geleitet, in seinem Geiste von seinen alten Mitarbeitern fortgeführt!
Das nationale und soziale Blatt der Demokratie!

Probeheft kostenfrei.

Vierteljahrespreis 10 M.

Verlag der „Hilfe", Berlin NW. 40.

Digitized by Google

Börsenhandels-Zeitung

Organ für die Interessen der Börse, des Bankwesens, des Handels, der Industrie, des Hypothekenmarktes und des Versicherungswesens

Herausgeber: Franz Krupke

Verlag Krupkes Konversations-Lexikon der Börse u. d. Handels

FRANZ KRUPKE & CO. DEPESCHEN-BUREAU

Ständige Börsenkursveröffentlichung. Kalender der Generalversammlungen. Geschäftsaussichten und Dividenden. Unabhängige Beratung in allen Fragen der Kapitalanlage. Fortlaufende Orientierung über alle Vorgänge im täglichen praktischen Wirtschaftsleben. Sachkundige kritische Abhandlungen über Banken und Börse, Volkswirtschaft und Finanzwissenschaft. Zuverlässige Informationen über alle Börsenpapiere. Amtliche Bekanntmachungen des Berliner Börsenvorstandes nach erfolgter Publikation an der Börsentafel. Ständige Devisen-Kurstabelle mit den höchsten, niedrigsten und letzten amtlichen Geld- u. Briefkursen. Reichsbankausweise — Literaturberichte — Briefkasten.

Bezugspreis: vierteljährlich 6 Mark, jährlich 24 Mark, Ausland 30 Mark.

Verlangen Sie Probenummer!

Verlag, Geschäftsstelle und Schriftleitung: Berlin W 15

Kurfürstendamm 48-49 (Fernspr. Amt Stpl. 4409), Zweig-Bureau: In der Börse von 12-2 Uhr.

Wirksamstes Insertions-Organ!

Deutsche Verlags-Anstalt / Stuttgart / Berlin

Kürzlich erschien:

J. J. Ruedorffer

Die drei Krisen

Untersuchungen über den gegenwärtigen politischen Weltzustand

Preis geheftet M 8.— dazu die örtlichen Sortimenterzuschläge

Hinter dem Pseudonym J. J. Ruedorffer verbirgt sich bekanntlich einer unserer geistvollsten Diplomaten und Politiker. Gleich seinem Buch „Grundzüge der Weltpolitik in der Gegenwart" wird auch die neue Arbeit, die als eine Art Nachwort gedacht ist, berechtigtes Aufsehen erregen. Sie ist der Versuch, in dem Wirrwarr des Geschehens den Gesamtzusammenhang zu finden und den Boden für ein Handeln zu schaffen, das nicht von den Dingen gemeistert wird, sondern sie meistern will.

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Inhalt:

Politische Glossen 321
Rohrbach, Brief an einen Oberschlesier 323
Boujansky, Diktatur des Proletariats 330
Grautoff, Deutsche in Frankreich 337
*** Die transkaukasischen Republiken 341
Herre, Eine Völkerbund-Auseinandersetzung 346

Preis vierteljährlich M 10.–, das einzelne Heft M 1.–

5. Jahrgang 10. September 1920 Heft 37

Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart-Berlin

Digitized by Google

Bewährter jg. Politiker, entschiedener und standfester

Demokrat

hervorragender Stilist und tüchtiger Leitartikler (gedieg. Tagesfragen-Referent, aber kein Schlagwort-Stribent), dessen

Betätigung und Wirkungskreis

durch Zeitungs-Ankäufe geschmälert, sucht ständige od. gelegentliche Mitarbeit, evtl. — am liebsten in München — auch Vertretung, Geschäftsleitung, Sekretariat. Suchender verfügt u. a. über ausgezeichnete propagandistische u. organisatorische Fähigkeiten u. Erfahrungen wie über beste Empfehlungen und Stilproben aus ersten Organen. Er bittet um Zuschriften unter Kennwort „Zeitgeist" an Werbedienst G. m. b. H., Berlin, Lützowstraße 102/4.

An die Bezieher der „Deutschen Politik"

Für den **ersten Halbjahrband 1920** haben wir wieder

Original-Einbanddecken

in doppelfarbigem Druck herstellen lassen. Den Preis mußten wir der sehr gesteigerten Herstellungskosten wegen etwas erhöhen; er beträgt jetzt — übrigens auch für die früheren Decken — **M 5.—** für das Stück. Bestellungen nehmen die Buchhandlungen oder der Verlag entgegen.

Deutsche Verlags-Anstalt, Berlin SW. 11, Königgrätzer Straße 99

Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart, Berlin

Kürzlich erschien:

J. J. Ruedorffer

Die drei Krisen

Untersuchungen über den gegenwärtigen politischen Weltzustand

Preis geheftet M 8.—
dazu die örtlichen Sortimenterzuschläge

Hinter dem Pseudonym J. J. Ruedorffer verbirgt sich bekanntlich einer unserer geistvollsten Diplomaten und Politiker. Gleich seinem Buch „Grundzüge der Weltpolitik in der Gegenwart" wird auch die neue Arbeit, die als eine Art Nachwort gedacht ist, berechtigtes Aufsehen erregen. Sie ist der Versuch, in dem Wirrwarr des Geschehens den Gesamtzusammenhang zu finden und den Boden für ein Handeln zu schaffen, das nicht von den Dingen gemeistert wird, sondern sie meistern will.

„Die Bücherpost"

unterrichtet wöchentlich über Neuerscheinungen des deutschen Buchhandels aus allen Wissensgebieten und der Unterhaltungsliteratur. Einzelnummer 25 Pf., vierteljährlich M. 2.50. Abonnements nimmt jede Postfelle, auch der Briefträger, entgegen. Probenummern sendet die Geschäftsstelle der „Bücherpost", Frankfurt a. M., Niddastr. 74, postfrei und umsonst.

Stuttgart **DW** Leipzig

Deutsche Wacht

Organ zum Wiederaufbau deutscher Interessen im Ausland

Offizielles Organ des Verbandes „DW"

die Zeitschrift der Auslandsdeutschen.

Wertvollstes Anzeigenblatt für Im- und Export

Handelsteil mit Angebot und Nachfrage.

Große Auflage. In ganz Europa gelesen.

Halbjahr 3,60 M. Zeile 60 Pfg. Heft 50 Pfg.

Verlag „Deutsche Wacht" Stuttgart

A. WARMUTH · Speditionsgeschäft

Zentrale: BERLIN C 2, Hinter der Garnisonkirche 1a.

Fernsprecher: Norden 309, 310, 1642, 4472 u. 4512.

Leipziger Abteilung: Dorotheenstr. 20a. Zentrum 2693.

Versand von Gütern aller Art nach allen Orten der Welt.

Möbeltransport - Lagerung

Digitized by Google

5. Jahrgang * 10. September 1920 * Heft 37

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

The horror on the Rhine! Der Schrecken am Rhein! So heißt eine Schrift von E. D. Morel über die schwarze Schmach im Westen. Es sind nur 24 Seiten. Wer sie gelesen hat, der fragt sich: Braucht denn die deutsche Regierung wirklich noch mehr Material, um nicht nur gegen diese Schandwirtschaft, sondern auch gegen die Regierung, die für sie verantwortlich ist, eine moralische Offensive von vernichtender Wirkung zu führen? Wer den Willen hat und nicht ahnungslos ist über Mittel und Wege, der muß imstande sein, mit dieser Keule Schläge auszuteilen, daß ganz Europa davon dröhnt. Und seit Morel schrieb, hat sich die Zahl der Gewalttaten der von Frankreich auf die deutschen Mädchen, Frauen und Kinder im Rheinland losgelassenen Wilden noch vervielfacht. Es ist dafür gesorgt, daß die Fälle in beglaubigter Form gesammelt werden; die ekelhaften Dokumente französischer Schande schwellen ins Unabsehbare. Man kann sich kaum etwas Entsetzlicheres denken, als diese Protokolle der Niedertracht gegen das für wehrlos gehaltene deutsche Volk. Aber sind wir denn wirklich wehrlos dagegen? Nicht einen Tag länger, als bis Volk und Regierung sich entschließen, die Waffe aufzuheben, die der Feind hier ihnen selber reicht.

*

Der russisch-polnische Krieg ist in einen gewissen Schwebezustand gekommen. Seit die Bolschewisten sich dem Ausgangspunkt ihrer Offensive nähern, künden sie den Gegenstoß an; aber man hat das Gefühl, daß das ein wenig Einschüchterungspolitik für Warschau sein soll und den höchst betrübten deutschen Kommunisten Mut machen. Denn so überlegen an Menschenzahl auch Sowjetrußland gegenüber Polen ist, so zweifelhaft ist die Ansage, daß man jetzt, vor dem nahenden Herbst, das Experiment ernsthaft wiederholen wolle und könne, das Polen im Juli überrannte. Beide Länder haben in diesem Augenblick das Be-

Digitized by Google

dürfnis nach einer kriegerischen Atempause; beide sind aber auch entschlossen, beim Friedensschließen sich gegenseitig zu betrügen. In der Rechnung Rußlands findet sich die soziale Anarchie Polens, die sie von der wirtschaftlichen Zerrüttung erwarten; Polen aber steht vor der Frage des imperialistischen Verzichtes und will der Antwort ausweichen, weil der Sieg die Erwartungen auf Gebietsaneignung im Osten und Westen gesteigert hat.

*

Die Auseinandersetzung der „Unabhängigen Sozialdemokratie" erhält eine Bedeutung, die über den inneren Parteistank hinausreicht. Nicht das Amüsante ist das Wesentliche, daß sich die tapferen Revolutionäre, etwa Ledebour gegen Däumig, den Vorwurf der Feigheit an den Kopf werfen, sondern weil der Zwang entstand, die russischen Fragen, die politischen und wirtschaftlichen, nun ernsthafter anzupacken, nicht mit einer himmelblauen Lyrik des Optimismus, auch nicht mit dem tragischen Tonfall, als ob dort drüben ein Titanenkampf um die Lösung der sozialwirtschaftlichen Probleme ausgefochten werde, sondern ganz nüchtern, mit einiger Verantwortung. Da wird auf einmal auch ein so heilloser Illusionist wie Professor Ballod hellsehend. Und eine wahre Bekennerwut gegen die Leistung der Sowjetregierung bricht durch. Es ist fabelhaft, wie gescheit die Leute plötzlich geworden sind oder eigentlich immer schon gewesen sind. Immerhin: man kann damit zufrieden sein.

*

Der württembergische Generalstreik ist nach wenigen Tagen von der Arbeiterschaft in seiner Erfolglosigkeit erkannt worden, aber um des „Prestiges" willen wurde er weitergeschleppt. Die breite Masse der Bevölkerung erträgt ihn deshalb, weil es bald genug deutlich war: die Ziele der Bewegung, die aus den Stuttgarter Großbetrieben hinausgetragen wurde, suchte über die Frage des Steuerabzuges hinauszuwachsen und zu einer Erschütterung der politischen Staatsgewalt schlechthin zu führen. Das Spielen mit revolutionären „Arbeiterräten" wies darauf hin. Daß diese Instrumente aber von der Regierung nicht als Verhandlungspartei anerkannt wurden, hat bald zu ihrem Sturz, zu ihrer Ersetzung durch die Gewerkschaften geführt. Diese sollen jetzt die verfahrene Lage wieder in Ordnung bringen, aber es ist für sie eine harte Aufgabe, die Enttäuschung verantwortlich zu zeichnen. Schlimm genug, daß heute solche Niederlagen der Arbeiterschaft als Erziehungsstunden gewertet werden müssen; aber der Weg durch die Bitterkeit kann ihr nicht erspart bleiben, bis sie sich von talentlosen „Führern" und dem Rat kokett-radikaler Schmeichler freigemacht hat.

*

Digitized by Google

Brief an einen Oberschlesier

Von Dr. Paul Rohrbach

Lieber Herr Kollege!

Sie wünschen, ich möge etwas zur oberschlesischen Frage sagen, sowohl für die oberschlesischen als auch für die übrigen Leser der „Deutschen Politik". Das will ich tun, aber ich muß im Voraus bemerken, daß ich dabei weniger von Oberschlesien, als von anderen Dingen werde reden müssen. Lassen Sie mich gleich mit etwas „Anderem" beginnen, nämlich mit einigen Sätzen aus dem berühmt gewordenen Buch von Keynes über die wirtschaftlichen Folgen des Krieges. Keynes, der von „wirtschaftlichen" Dingen redet, aber zugleich eines der moralischsten Bücher verfaßt hat, das je geschrieben worden ist, zählt an einer Stelle die 14 Punkte Wilsons auf und zitiert aus den Reden Wilsons die Grundsätze für den Friedensschluß. Dann sagt er:

Dieses weise und großmütige Programm für die Welt wurde zum Bestandteil eines feierlichen Vertrages, zu dem alle Großmächte der Welt ihre Unterschrift gaben. Aber es ging trotzdem in dem Morast von Paris unter; sein Geist ganz und gar, und sein Wortlaut, in dem er zum Teil ignoriert, zum Teil verdreht wurde.

An einer anderen Stelle bei Keynes heißt es: Es gäbe wenig Episoden in der Geschichte, denen die Nachwelt geringeren Grund haben werde zu verzeihen, als die Episode von Versailles:

„Ein Krieg offenbar unternommen, um die Heiligkeit internationaler Verpflichtungen zu verteidigen, und beendet durch den endgültigen Bruch einer ganz besonders geheiligten Verpflichtung der Art von seiten der siegreichen Vorkämpfer dieses Ideals."

Keynes fügt hinzu, er habe diese Worte nur nach der allerschmerzlichsten Ueberlegung niedergeschrieben, aber er glaube alle erforderlichen Tatsachen zu kennen, und es schiene ihm keine andere Auffassung möglich. Bitte, vergegenwärtigen Sie sich neben Keynes etwa noch die leidenschaftlichen und verzweifelten Worte, in denen Wilsons früherer Mitarbeiter bei der Entzündung des amerikanischen Kriegsfeuers, George D. Herron, sich dafür anklagt, daß er den Deutschen auf Ehre und Gewissen versichert habe, die 14 Punkte würden gehalten werden, fügen Sie seine flammenden Sätze gegen die Niedertracht des Friedens von Versailles hinzu, denken Sie an das moralisch vernichtende Urteil über die Politik der Geheimverträge auf Grund von Egoismus, Gewalt und Wortbruch, das der Engländer Morel, einer der tapfersten Vertreter des englischen

Digitized by Google

nationalen Gewissens, laut vor der Welt abgegeben hat — und Sie haben den maßgebenden Ausgangspunkt für die Beurteilung auch Ihres heimatlichen oberschlesischen Problems vor sich. Wieso? Weil es in dieser Hinsicht mit der Sache Oberschlesiens gar nicht anders steht, als mit der Sache Deutschlands im ganzen. Deutschland ist das Opfer des Betrugs und des Wortbruchs seiner Feinde geworden und heute stehen uns noch dieselben Männer oder ihre engsten Gesinnungsgenossen gegenüber, die den Wortbruch von Versailles an uns begangen haben.

Denken wir uns doch, daß wir im bürgerlichen Leben, weil wir der schwächere Teil sind, es uns gefallen lassen müssen, mit Leuten zu verkehren, die Wortbruch an uns begangen haben und uns, nachdem wir uns in ihre Hände gegeben haben, vergewaltigen und ausplündern. Was heißt da „verhandeln"? Jene treibt ihr schlechtes Gewissen dazu, ihre Brutalitäten fortzusetzen, und uns bleiben Ingrimm und Verachtung. Haben jene nicht eine Probe ihrer Gesinnung abgelegt, als sie uns erst sicher machten durch ihr feierliches Versprechen und danach ihre Worte und ihre Ehre preisgaben, weil sie im Herzen schon vorher entschlossen waren, uns zu berauben? Ist es zu erwarten, daß sie ihre eigene Tat verurteilen, indem sie sich ernstlich daarauf einlassen, uns eine Genugtuung und wirkliche Lebensmöglichkeiten zu geben? So ist es auch mit unseren Feinden. Ist es denkbar, daß sie vor ihre eigenen politischen Gefolgsleute hintreten, die, von denen sie auf das Programm der Gewalt und des Wortbruchs hin gewählt worden sind, und ihnen sagen: wir müssen Deutschland helfen; Deutschland kann wirtschaftlich nicht leben und seine Verpflichtungen nicht erfüllen, wenn ihm ein Gebiet wie Oberschlesien geraubt wird? Ist so etwas wahrscheinlich? Offenbar nicht. Wenn es aber nicht wahrscheinlich ist, gibt es dann überhaupt ein Mittel, um Deutschland zu helfen, in der oberschlesischen und in allen ähnlichen Fragen?

Sicher nicht, wenn an materielle Druckmittel irgendwelcher Art gedacht werden soll. Sie als Leser der Deutschen Politik werden, denke ich, den Standpunkt kennen, den ich hier schon oft vertreten habe: Nicht materielle Mittel, sondern moralische. Hier aber, ich muß Ihnen das offen gestehen, beginnt bei mir eine gewisse Mutlosigkeit nach allen Erfahrungen, die ich gemacht habe. Vom Herbst 1914 bis zum Frühjahr 1917 war ich als freiwillige Hilfskraft im sogenannten Auslandsdienst mit beschäftigt, die Propaganda der Feinde zu beobachten und zu sammeln und daran zu arbeiten, ihr zu begegnen. An der Stelle wo ich saß, bildete sich ein Kreis meist jüngerer, über das Ausland auf Grund naher Beziehungen und langen Aufenthalts gut unterrichteter, hochbegabter Kräfte. Wir arbeiteten mit Eifer, wir lasen was vom Feinde zu uns kam, wir beobachteten seine Erfolge, wir arbeiteten Vorschläge aus, wie deutscherseits vorgegangen werden sollte, und bald genug waren wir

Digitized by Google

alle einig in der Ueberzeugung: Auf dem „moralischen" Kriegsschauplatz fügen die Gegner Erfolg zu Erfolg; wir müssen ihnen auf diesem Gebiet begegnen, und es wird glücken, wenn wir den Angriff gegen die moralisch schwachen Punkte beim Feinde richten. Moralische Offensive Deutschlands!

Ich will Sie nicht ermüden, indem ich Ihnen im Einzelnen erzähle, wie hoffnungslos unser Bemühen war. Man verstand weder unsere Voraussetzungen, noch begriff man recht, was wir wollten. Nach zweieinhalb Jahren gab ich es auf, noch länger das amtliche Papier und die Stühle in den amtlichen Vorzimmern zu beanspruchen. Mir ist auch heute noch eine Art Furchtgefühl damit verbunden. Einige meiner Freunde waren ausdauernder und hingebender und setzten an verschiedenen Stellen ihre Bemühungen fort. Umsonst. In diesem Sommer hatte ich Gelegenheit, nach Jahren die Menge der geschriebenen und gedruckten Dokumente unserer damaligen Arbeiten wiederzusehen, unsere Vorschläge, unsere Denkschriften, unsere Wochenberichte über die feindliche und die neutrale Presse, und vieles Andere. Wie wehmütig war es, diese Arbeiten erneut zu durchblättern, zu sehen, wie alles Wesentliche von dem was wir geschrieben, wovor wir gewarnt, was wir prophezeit hatten über England, über Rußland, über Amerika, — sich bewahrheitet hatte, zum Schaden Deutschlands! Eine nachträgliche und traurige Genugtuung. Ein Teil dieser Aufzeichnungen ist jetzt zur Veröffentlichung bestimmt worden; wenn sie erscheinen, so werden auch weitere Kreise sehen, wie die Wege zur glücklichen Beendigung des Krieges gezeigt wurden, als noch lange Zeit war; nur leider vergeblich.

Warum ich Ihnen diese Reminiszenz bringe? Weil ich zu sehen glaube, daß die Dinge jetzt wieder im Begriff sind, zu laufen, wie damals: die maßgebenden Stellen lassen sich nicht davon überzeugen, daß es kein anderes Mittel für Deutschland gibt, als das der moralischen Offensive. Ich lege den Ton auf jedes von diesen beiden Worten, auf: moralisch, und auf: Offensive. Wenn wir auch keine äußeren Druckmittel haben, um Politik zu machen, so haben wir doch moralische, und wir wären sehr wohl imstande, diese wirksam zu machen, sobald wir nur wollten. Zum Wollen aber gehört Wissen, Wissen sowohl um den politischen Tatbestand, als auch um die Psychologie der Völker und der Regierungen. Die Schwäche der feindlichen Position besteht in der tiefen Unmoral ihrer Fundamente. Ihr Fundament ist Wortbruch, Heuchelei, Gewalt. Unsere Stärke besteht darin, daß wir imstande wären, der Welt zu zeigen, welch ein Maß von Verantwortlichkeit für den Ausbruch des Weltkrieges bei den feindlichen Regierungen liegt, und daß wir den Personen, die diese Regierungen bilden, die Regierungen des Friedens von Versailles, es täglich zu fühlen geben könnten, daß sie

Digitized by Google

ohne moralische Basis dastehen und in Wahrheit die moralisch Angeklagten sind. Ja nicht nur das; die Regierung könnte außer dem Eindruck nach außen, der bei konsequenter und geschickter Wiederholung sicher ist, damit auch nach innen im deutschen Volke ein großes, einigendes Erziehungswerk tun und für sich eine Stellung von großer Festigkeit gewinnen. Das Gegenmittel, das die feindlichen Regierungen und ihre Helfer und Mitschuldigen anwenden, ist dieses, daß sie die Lüge von Deutschlands alleiniger Schuld am Weltkriege mit allen Mitteln aufrecht zu erhalten suchen und den Völkern die Folgerung daraus suggerieren: also kommt nichts darauf an, was die Deutschen leiden; wenn sie leiden, so leiden sie als die allein an allem Unheil der Welt Schuldigen nur nach Verdienst. Dagegen kann aber jederzeit (wenn es die verantwortlichen Leute in Deutschland nur wollen!) ein so überwältigendes Material an Beweisen für die Schuld der Entente der Aufmerksamkeit der Welt unterbreitet werden, daß, wenn es nicht absolut ungeschickt und nicht bloß vorübergehend geschieht, der Umschwung unvermeidlich ist. Die Konversation mit den feindlichen Regierungen aber sollte stets durch einen gewissen Unterton jener Worte von Keynes bestimmt sein: „Ein Krieg, unternommen zur Verteidigung der Heiligkeit internationaler Verträge und beendet durch den Bruch einer der denkbar geheiligtsten Verpflichtungen der Art durch die siegreichen Vorkämpfer dieser Ideale!

Darf ich Ihnen, um ganz deutlich zu sein, meinen Standpunkt nochmals wiederholen? Ich glaube und ich bin überzeugt, daß es ganz und gar zwecklos ist, von den heute am Ruder befindlichen feindlichen Regierungen, die vor ihrem eigenen Gewissen und voreinander im Bewußtsein des Wortbruchs handeln und kein anderes Mittel gegen diesen Vorwurf haben, als die ihnen im Herzen bewußte Unwahrheit von Deutschlands Schuld und verdienter Strafe immer weiter aufrecht zu erhalten, etwas Rettendes für Deutschland zu erwarten. Weder für Deutschland noch für Oberschlesien. Etwas Rettendes für unser Vaterland und für Ihre unglückliche Heimatprovinz wird nicht eher geschehen können, als bis zum mindesten in einem der Ententestaaten, und hierfür kommt nur England in Betracht, die Opposition gesiegt hat. Ich brauche das hier nicht weiter auseinander zu setzen, denn ich habe erst kürzlich in der Deutschen Politik davon gesprochen. Auch das Verhalten unserer Regierung muß innerlich durch die Erkenntnis bestimmt sein, daß von Leuten wie Lloyd George, Millerand und Genossen nie etwas Gutes für Deutschland kommen wird. Ich sage: Nie, und ich stütze mich auch dabei auf das ausdrückliche Urteil einer Autorität wie Keynes. Ich bedauere es vom Standpunkt unseres nationalen Ehrgefühls wie von dem der notwendigen politischen Taktik aus, daß sowohl unsere amtliche Politik als auch der größere Teil der Presse bei uns, die sich demokratisch und sozialistisch nennt, es in der

Digitized by Google

Behandlung der Entente an jener Art des Ausdrucks fehlen läßt, die, ohne vom Standpunkt der gewöhnlichen internationalen Form einer Kritik ausgesetzt zu sein, doch erkennen läßt, daß man selber die bessere moralische Position besitzt, während auf dem Gegner ein moralischer Makel ruht. Mir widerstrebt es zu sehen, daß deutsche Staatsmänner ohne alle Andeutung moralischer Reserve sich gegen Wortbrüchige geben wie gegen untadlige Ehrenmänner, und Zeitungen über diese Männer berichten, als ob auf ihr Lächeln und auf ihren Händedruck etwas ankäme. Umgehen muß man in der Welt mit mancherlei Leuten, und der Schwächere ist am wenigsten in der Lage, sich seinen Umgang zu wählen, aber wie Bismarck sagte: Befehle meines Herrn enden am Salon meiner Frau — so kann auch ein deutscher Staatsmann *heute* sagen: Zumutungen an meinem Ton enden an der Tatsache der überlegenen moralischen Sauberkeit des Bodens, auf dem ich stehe.

Ich habe große Verehrung für die Persönlichkeit unseres jetzigen Ministers des Auswärtigen, aber eben darum ist auch meine Sorge groß, daß er bei der von ihm befolgten Methode gegenüber den Ententeregierungen scheitern und eines Tages auch seine unschätzbare Kraft sich als nutzlos verbraucht erweisen könnte. Er geht moralisch nicht mit genügender Offensivkraft vor, obwohl diese Methode die einzige ist, durch die er günstigenfalls schon jetzt den Sieg erlangen, ungünstigenfalls aber mit unverbrauchter Kraft, in Ehre und gestählt für die zukünftige Wiederaufnahme der Arbeit, den Schauplatz verlassen kann. Ich bedaure darum auch, daß ich ebensowenig wie seiner Haltung nach Westen auch seiner Ostpolitik mich anschließen kann — und hier kommen Ihre *oberschlesischen* Interessen noch direkter in Betracht. Es mag sein und ich hoffe, daß in einer Beziehung die Rede des Ministers im Reichstagsausschuß für auswärtige Angelegenheiten nur mißverständlich wiedergegeben worden ist. Durch die halbamtlich verbreitete Wiedergabe kann aber an einer Stelle leicht der Anschein entstehen, als ob der Minister der Meinung wäre, das russische *Volk* würde einen Angriff auf die bolschewistische sogenannte „Sowjet"-Regierung als einen Angriff auf Rußland betrachten. Wenn er unternommen würde, um den polnischen Expansionspolitikern zu Land und Leuten zu verhelfen, dann würde das allerdings der Fall sein. Abgesehen davon aber würden 99 Prozent des russischen Volkes den Sturz des Bolschewismus als Erlösung betrachten.

Ich kann es aus zwei Gründen nicht glücklich finden, den Bolschewismus in einer Weise „anzuerkennen", wie es der Minister tut. So wenig aus der politischen Unterhaltung nach Westen die mitklingende Note verschwinden darf: die Leute mit der dunklen Moral und dem Wortbruch im Gewissen, das seid ihr! — so wenig sollte es amtliche deutsche Auslassungen über die Sowjetregierung geben, die so klingen, als ob

Digitized by Google

die deutsche Regierung in einer freundlichen und harmlosen Unkenntnis über folgende drei sowjetrussische Tatsachen befangen wäre: 1. daß die Sowjetisten zur Herrschaft gelangt sind, indem sie die gesetzlich einberufene russische konstituierende Nationalversammlung mit Gewalt auseinanderjagten; 2. daß es sich in Sowjetrußland um gar keine „Räte"- oder Volksregierung mehr handelt, sondern um die gewalttätige Diktatur einer Minderheit, und 3. daß man es mit einer Regierung zu tun hat, die vor sich selber weder Treu noch Glauben, weder Versprechen noch Verpflichtung im internationalen Verkehr anerkennt, gleichgültig, welche augenblicklichen Abmachungen sich im Augenblick aus praktischen Rücksichten empfehlen, sondern nur ein Ziel, die blutige Weltrevolution.

Auch nach Osten kann Deutschland seine Lage nur durch das Mittel der moralischen Offensive verbessern. Der Prinz Max von Baden hat neulich in einer Unteredung über „Spa, die Ostfragen und die 14 Punkte" folgendes in Bezug auf den Bolschewismus gesagt:

Wir können gegenüber dieser Gefahr zweierlei Haltung einnehmen.

Erstens: wir machen es nach dem schlechten Vorbild der alten Diplomatie: wir sagen öffentlich ein paar höfliche Worte über die bolschewistische Regierung und proklamieren im übrigen, daß uns die inneren Verhältnisse Rußlands nichts angehen. Ich empfehle den anderen Weg den Weg der besten liberalen Tradition: wie einst Campbell Bannerman der auseinandergesprengten Duma zurief: La Douma est morte, vive la Douma, so wollen wir heute in Gedanken an die von den Bolschewisten auseinandergejagte Konstituante dem russischen Volke zurufen: Es lebe die Konstituante. Und wie damals Campbell Bannerman nicht nur sittlich schön, sondern auch politisch klug handelte, so habe ich die Hoffung, daß wir mit diesem furchtlosen Bekenntnis zur Demokratie die Regierung von morgen in Rußland begrüßen dürfen. Ich weiß, daß ich mit dieser Politik der moralischen Intervention mich im Gegensatz zu der in unserer Demokratie herrschenden Auffassung stelle. Aber man muß es schonungslos aussprechen: Unsere Demokratie, wie sie sich heute darstellt, hat keine Werbekraft nach innen und nach außen und, was schlimmer ist, keine Widerstandskraft.

Ich unterschreibe diese Sätze in jeder Hinsicht, in bezug auf die Demokratie wie auf die Ostpolitik, und ich halte die Politik, die der Prinz Max empfiehlt, für besser, weil mutiger und klarer auf dem moralischen Offensivprinzip beruhend. Wer es bisher noch nicht wußte, hat es jetzt durch die formidable Veröffentlichung Dittmanns in der „Freiheit" erfahren, daß es in Rußland alles in allem nur 604 000 Bolschewisten und Bolschewistinnen gibt, und daß von diesem Hundertfünfzigstel der Bevölkerung Sowjetrußlands nur 11% als Arbeiter tätig sind, 1% als Handlungsgehilfen und 88% als — auf verschiedenem Wege — bezahlte Parteifunktionäre.

Für Sie in Oberschlesien ist die polnische Frage die wichtigste aller Ostfragen. Polens Zukunft ist abhängig von der allgemeinen osteuropäischen Zukunft. Im Zusammenhang mit jenem, in der veröffentlichten Bericht-

Digitized by Google

erstattung wie gesagt leicht mißzuverstehendem Satz, das russische Volk werde, wie auch die Entwicklung gehe, jeden, der sich jetzt zu seinen Angreifern geselle, „auf lange hinaus als seinen Feind betrachten", sagte der Minister weiter:

Es war richtig uns auch nach dieser Richtung die Hände frei zu halten. Aus unserer Haltung folgte, daß wir auch gegen die Regierung des Generals Wrangel und der Ukraine uns zurückhaltend stellten.

Was den General Wrangel angeht, so ist Zurückhaltung allerdings die gebotene Politik, denn die Absichten, die er verfolgt, sind unklar. Wenn aber der Minister den General Wrangel und die Ukraine in dieser Weise nebeneinander stellt, so fühlt sich der unterrichtete Hörer stark befremdet. Bei der ukrainischen Frage handelt es sich erstens um eine starke nationale Bewegung, die von Rußland los will, und zweitens um ein vielleicht noch stärkeres wirtschaftliches Moment: daß die von Natur reiche Ukraine, die, wenn sie politisch selbständig ist, sich rasch erholen und leicht Kredit bekommen wird, nicht mit dem ruinierten und von Natur armen Groß-Rußland zusammengebunden werden will, um dieses mit ihren Säften zu nähren. Hier liegen also zwei stark auf die Bildung einer politischen Eigenform hindrängende Momente vor, und man stutzt, wenn der Leiter der amtlichen deutschen auswärtigen Politik Dinge wie die ukrainische Frage und das Unternehmen Wrangels zusammenwirft. Selbst Lenin sieht heute ein, daß er den ukrainischen nationalen Gedanken anerkennen muß. Auf seinen politischen Trick der „Sowjet"-Ukraine als der ukrainischen „Hauptregierung" ist es ja darum noch nicht nötig, hereinzufallen.

Ich habe schon im vorigen Heft einen Artikel aus der Nationalzeitung angeführt, in dem die Sätze standen:

Am Tage des bolschewistischen Zusammenbruchs wird die Zentrifugalkraft wie im Herbst des Jahres 1917 wirken. Darum sind alle europäischen Staaten davor zu warnen, ihre russische Politik auf die Bolschewisten einzustellen und die Randstaaten-Politik vollkommen aufzugeben. . . Werden die Bauern in Rußland und in der Ukraine als politischer Faktor auftreten. . . dann wird auch das Gebäude der Regierung Lenin-Trotzki zusammenstürzen. Dann wird in Rußland das Chaos eintreten und die einzelnen Randvölker werden auf eigene Faust den mühseligen Aufbau eines eigenen staatlichen und gesellschaftlichen Lebens unternehmen.

Die politische Wahrheit, die in diesen Worten liegt, kann eines Tages für Deutschland angenehm sein, nämlich wenn die deutsche Politik sie sich rechtzeitig hat gesagt sein lassen. Auch im anderen Fall wird die Wahrheit Wahrheit bleiben, aber sie wird für Deutschland weniger angenehm sein. Für Oberschlesien ist die ukrainische Frage darum besonders wichtig, weil das ukrainische Volk der natürlichste und gewichtigste Ver-

Digitized by Google

bündete Deutſchlands gegen Polen ſein wird, das den Hauptſchergen des Gewaltfriedens von Verſailles gegen Deutſchland abzugeben beſtimmt iſt.

Alles, was jetzt bei Ihnen in Oberſchleſien geſchieht, geſchieht, ſoweit es die Schwächung der deutſchen und die Stärkung der polniſchen Sache zum Ziel hat, mit Billigung und Unterſtützung Frankreichs. Es iſt ganz und gar illuſoriſch, von dem Rechtsgefühl oder der Einſicht der Entente irgendeine Hilfe in Oberſchleſien zu erwarten. Der Wortbruch und die Gewalttat von Verſailles ſind und bleiben das einzige Zeichen, unter dem die oberſchleſiſche Frage von uns angeſehen werden kann, ſolange die Schuldigen von Verſailles darüber beſtimmen, was mit Deutſchland geſchieht. Wer ſich auf etwas anderes einſtellt, wird nur Enttäuſchungen erleben. Man ſieht das jetzt wieder an der franzöſiſchen Sühneforderung. Die Franzoſen wiſſen, daß das, was in Breslau geſchah, ein Ausbruch der höchſten Erregung war. Natürlich war es trotzdem verwerflich und töricht. Der franzöſiſchen Politik aber kam es gerade erwünſcht, daß ſie wieder eine Gelegenheit gefunden hat, Deutſchland zu vergewaltigen. Weder wir im übrigen Deutſchland, noch Sie in Oberſchleſien haben Veranlaſſung, auf irgendetwas für Deutſchland zu hoffen, das von den maßgebenden Regierungen der Entente kommen ſoll. Verſailles hält ſie gebunden. Wenn wir, um mit Keynes zu ſprechen, aus dem „Moraſt von Verſailles“ herauskommen wollen, ſo gibt es dazu nur das Mittel einer entſchloſſenen moraliſchen Offenſivpolitik auf demokratiſcher Grundlage. Der Miniſter Dr. Simons iſt der Mann, dem wie keinem zweiten aktiven Staatsmann in Deutſchland die Welt den notwendigen moraliſchen Kredit für eine ſolche Politik zu gewähren bereit iſt. So möge er ſie führen!

Diktatur des Proletariats

Von Dr. Joſeph Boujanſky.

„Mann der Arbeit aufgewacht,
Und erkenne deine Macht,
Alle Räder ſtehen ſtill,
Wenn dein ſtarker Arm es will.“
Herwegh.

Zu den vielen Schlagworten des modernen Sozialismus, die in ſein theoretiſches Syſtem hineingehören, über deren praktiſche Bedeutung aber man ſich immer ſo ziemlich im Unklaren geweſen war, gehört auch „die Diktatur des Proletariats“. Erſt in der letzten Zeit, wo dieſes Schlagwort nicht nur zu einer Tagesforderung geworden iſt, ſondern wo Verſuche unternommen worden ſind, auf einer ſolchen Diktatur eine neue

Digitized by Google

Gesellschaftsordnung aufzubauen, ist das Wesen einer proletarischen Klassenherrschaft klarer vor Augen getreten. Es hat sich gezeigt, daß es sich um nichts weniger, als um eine „Bewegung der ungeheuren Mehrzahl im Interesse der ungeheuren Mehrzahl" handelt, wie sie das „kommunistische Manifest" proklamiert hatte, sondern daß „Diktatur des Proletariats" die Herrschaft einer Minderheit bedeutet, welche die an sich gerissene Macht mit terroristischen Mitteln zu behaupten sucht, und daß es so ziemlich aussichtslos erscheint, eine gutwillige Absage von dieser Macht seitens des Proletariats, zugunsten der Gesamtheit zu erwarten, trotz der Anschauung von Marx, daß im Kampfe zwischen Proletariat und Bourgeoisie die Kommunisten „stets das Interesse der Gesamtbewegung vertreten".

Eine solche „Diktatur der Minderheit", wie sie von der russischen Räteverfassung vertreten wird, hat für sich noch lange nicht die Mehrheit im sozialistischen Lager Westeuropas. Während sie auch hier vom linken sozialistischen Flügel befürwortet wird, findet sie keinen Anklang bei den bedeutendsten Führern der modernen Arbeiterbewegung, die sie als „unmarxistisch" bezeichnen und schon daher verwerfen. Auch der Genfer Kongreß der 2. Internationale hat gegen sie Stellung genommen. Man könnte also hoffen, daß solange der kommunistische Flügel der heutigen Sozialdemokratie nicht die Oberhand in der Partei bekommt, das westeuropäische Proletariat wahrscheinlich von seiner Diktatur nach russischem Muster vorläufig absehen wollen wird.

Dagegen kommt eine andere Bewegung zur Geltung, die sich um einen gewaltsamen Umbau der modernen Wirtschaftsordnung vorläufig zwar nicht kümmert, die aber der Arbeiterklasse, als solcher, eine größere Bedeutung im politischen Leben, als es durch eine parlamentarische Vertretung geschehen könnte, zuweisen will. In verschiedenen Ländern werden Kundgebungen seitens der Arbeiterschaft veranstaltet, die sich zum Zweck setzen — die Regierungen zu gewissen Maßnahmen zu zwingen, oder sie von solchen abzuhalten. Und „Proletarier aller Länder" vereinigen sich, um einen Druck auf Parlament und Regierung auszuüben. In Staaten, wo das allgemeine Wahlrecht eingeführt ist und die Arbeiter somit ihre Vertreter in den gesetzgebenden Körperschaften haben, ja, wo sogar Mitglieder der Arbeiterschaft zu der Regierung gehören, will die organisierte Arbeiterschaft noch außerdem gewisse Machtbefugnisse sich aneignen und es fragt sich, in welchem Maße dieses recht- und zweckmäßig ist.

In einem schweren Moment des politischen Lebens Deutschlands — nach dem Kapp-Putsch — hatten die Vorstände der gewerkschaftlichen Organisationen eine gemeinsame Aktion mit den beiden sozialdemokratischen Parteien unternommen und der Regierung verschiedene Forderungen, — wie Rückzug der Reichswehr aus der neutralen Zone, Bildung von Orts-

Digitized by Google

wehren und Reorganiſation der Sicherheitswehren durch Einſtellung organiſierter Arbeitnehmer, u. a. — unterbreitet. Ganz abgeſehen von dem Inhalt dieſer Forderungen, die ſich zum Teil mit den Plänen der Regierung vollkommen deckten und daher überflüſſig waren, zum Teil — Waſſer auf die Mühle der Franzoſen brachten und daher unannehmbar waren, erſchien es überhaupt befremdend, wodurch eigentlich die genannten Organiſationen ſich berufen fühlten, neben der Regierung Verwaltungsfunktionen auszuüben und zu einer Art „Nebenregierung“ zu werden. Auf die Gefährlichkeit einer ſolchen Einmiſchung von privaten Körperſchaften in Angelegenheiten des Staates wurde ſchon damals hingewieſen und mit Recht wurde auch betont, daß, wenn man ſolchen Forderungen Gehör ſchenke, man gezwungen ſei, auch anderen Intereſſenvertretungen entgegenzukommen. Obgleich der „Vorwärts“ damals erklärte, die Maſſe der deutſchen Arbeiterſchaft wolle noch keine Experimente mit der Räteherrſchaft, erinnerte doch die Aktion der Gewerkſchaften nur zu ſehr an ähnliche Aktionen des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrates, der nach der Revolution von 1917 ſich die Aufgabe geſtellt hatte, die ruſſiſche proviſoriſche Regierung zu beaufſichtigen und dadurch ſchließlich eine normale Arbeit derſelben einfach unmöglich machte.

In größerem Maßſtabe machte ſich die Nebenregierung der Arbeiterſchaft bemerkbar, als der internationale Gewerkſchaftsbund ſich mit allgemeinen politiſchen Fragen zu beſchäftigen anfing. Zuerſt kam dieſe Tendenz nach dem ungariſchen Staatsſtreich zum Ausdruck. Die internationale Arbeiterſchaft ſollte laut Beſchluß des Internationalen Gewerkſchaftsbundes gegen den „weißen Terror“ in Ungarn Stellung nehmen und durch Boykott Ungarns die Horthy-Regierung zwingen, dieſem Terror ein Ende zu machen. Dieſe Aktion fand zwar nicht bei allen Arbeitern Zuſtimmung, ja es wurde von gewiſſen Arbeiterkreiſen mit einer Gegenaktion gedroht und der Boykott mußte aufgegeben werden, ohne viel erreicht zu haben, dennoch wurde damit eine nicht zu unterſchätzende Probe eines internationalen Vorgehens der Arbeiterſchaft gegeben.

Es fragt ſich hier nicht, inwieweit die Politik Ungarns überhaupt zu einem Proteſt Anlaß geben konnte und ob es ſich wirklich um einen ſo ſchrecklichen Terrorismus handelte, wie ihn die ausländiſchen Arbeiter ſchilderten, oder ob — wie es die ungariſche Regierung verſicherte, dieſe Schilderungen ſich „teils auf unwichtige, teils erdichtete oder maßlos übertriebene Angaben und Erzählungen ungarnfeindlicher zum größten Teil im Auslande lebender Bolſchewiſten“ ſtützten. Die Arbeiter *hatten* das Empfinden, daß hier Greueltaten verübt worden waren und ſuchten dem abzuhelfen. Sie hatten vielleicht an ähnliche Schritte früherer Regierungen gedacht, die ſich mit Noten an Regierungen anderer Staaten wandten, um Grauſamkeiten vorzubeugen (man denke

Digitized by Google

z. B. an türkische Ausschreitungen Armeniern gegenüber). Und da der gegenseitige Einfluß neuer Regierungen sehr gelockert ist, haben sie, wie es im Aufruf auch hieß, die „Aufgabe der Regierungen" übernommen. Aber während die früheren Regierungen den Staat mit seinen verschiedenen Klassen vertraten, treibt die Arbeitervertretung von heute die reine Klassenpolitik. Denn sollte sie eine wirkliche Gegnerin des Terrorismus sein, warum wendet sie sich nur gegen den Terrorismus von rechts? Nachdem aus Rußland die einwandfreiesten Mitteilungen über die dort ausgeübten Greueltaten eingetroffen waren, die sogar den Realpolitiker Lloyd Georges zu sagen veranlaßten, die Beziehungen mit der Sowjetregierung könnten nicht früher aufgenommen werden, als bis diese Regierung zu kulturellen Formen der Verwaltung schreite, da erhoben die englischen Arbeiter gegen diese Aeußerung den heftigsten Protest. Sie forderten unbedingte Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Rußland und standen auf dem Standpunkt, daß man gegen die dortigen terroristischen Vorgänge nicht protestieren dürfe, weil das eine „Einmischung in fremde, interne, politische Angelegenheiten" sei. Warum ist aber der weiße Terror nicht in ebensolchem Maße „interne, politische Angelegenheit" wie der rote?

Als zweites Beispiel kann die große internationale gewerkschaftliche Aktion zugunsten der deutschen Neutralität im polnisch-russischen Kriege in Betracht gezogen werden, eine Aktion, die sich zu einem Protest gegen den Krieg überhaupt ausgebildet hat. Die Danziger Arbeiter weigern sich, Schiffe mit Munition und Kriegsmaterial zu entladen und die Leitung der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner beschloß, ihren Mitgliedern die unbedingte Verweigerung des Dienstes zur Beförderung der für Polen bestimmten Ententetruppen durch Deutschland anzubefehlen. Die Kontrolle der Transporte durch Eisenbahner ging so weit, daß Ausrüstungsstücke, die mit den Polen nichts zu tun hatten und für die preußische Sicherheitswehr bestimmt waren, aufgehalten wurden, und es spezieller Verhandlungen zwischen Vertretern der Reichsregierung und den Eisenbahnern bedurfte, um diese Frage zu regeln.

Beachtenswert dabei ist, daß in diesem Falle, wie auch bei der gewerkschaftlichen Aktion nach dem Kapp-Putsch, die Gewerkschaften mit den linksstehenden Parteien gemeinsam vorgingen, ja; diese die Hauptführung hatten. Dort hatten die verschiedenen Gewerkschaftsorganisationen ihre Forderungen gemeinschaftlich mit der S. P. D. und der U. S. P. D. aufgestellt, hier hatten die Eisenbahner zu den Besprechungen mit der Reichsregierung Mitglieder der radikalsten politischen Parteien hinzugezogen, was die Vertreter der Regierung veranlaßte, Einspruch dagegen zu erheben. Obgleich bei verschiedenen gewerkschaftlichen Organisationen eine solche Verquickung von parteiloser Arbeiterschaft und aus-

Digitized by Google

gesprochen linksstehender Parteiherrschaft auf Widerspruch auch seitens der Arbeiter stieß, treten doch immer wieder bei jedem gemeinschaftlichen Vorgehen der Arbeiterschaft in einer politischen Frage die Parteiinteressen linksstehender Parteien stets in den Vordergrund. Und darin liegt die Erklärung für die Einseitigkeit der gestellten Forderungen. Der weiße Terror wird anders beurteilt, als der rote, und unter „Neutralität" versteht man nur ein solches passives Verhalten, welches den Feinden der Arbeiter, nicht ihren angeblichen Freunden, schaden kann. Die deutsche Regierung hatte ja selbst im Kriege zwischen Rußland und Polen unbedingte Neutralität verkündet und somit eine selbständige Aktion der Arbeiter unnötig gemacht. Darauf wurde auch in dem Aufruf des Verbandes der deutschen Gewerkvereine H.-D., des Gewerkschaftsbundes der Angestellten und des allgemeinen Eisenbahnerverbandes hingewiesen, und darin ausdrücklich betont worden ist, daß infolge der Neutralitätserklärung der Regierung es nicht angängig sei, „daß von irgendeiner Seite selbständig und für sich allein über die Zulässigkeit oder Nichtzulässigkeit fraglicher Transporte entschieden wird". Was aber die linksstehende Arbeiterschaft erstrebt, ist nicht strikte Neutralität, sondern ein wohlwollendes Verhalten der Sowjetregierung gegenüber, und für diese wird die Lanze gebrochen. Dieses Wohlwollen ist es, welches auch zu den jüngsten pazifistischen Kundgebungen geführt hat, von denen wiederum der Aufruf des „Internationalen Gewerkschaftsbundes" besondere Beachtung verdient.

In diesem Aufruf werden die organisierten Arbeiter der Welt aufgefordert, „sich bereitzuhalten mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln, den Krieg zu bekämpfen und vereint vorzugehen, um den Frieden zwischen allen Völkern endgültig herzustellen". Nötigenfalls soll dieser Entschluß „durch Massenaktion oder durch Generalstreik" durchgesetzt werden. Es ist also eine großzügig angelegte Aktion, die den Frieden auf Erden herbeiführen soll. Inwieweit sie bloß Pazifismus treibt und sich nicht auch andere Ziele stellt, bleibe dahingestellt. Jedenfalls soll man sich von den pazifistischen Noten nicht irreführen lassen. Es ist ja beachtenswert, daß der Aufruf erlassen worden ist, nachdem in der Politik Lloyd Georges eine Wendung zuungunsten der Sowjetregierung eingetreten war, und ein Zusammenhang zwischen der gewerkschaftlichen Aktion und der bedrohten Lage der Sowjetregierung ist jedenfalls nicht zu verkennen. Was aber den „Arbeiterpazifismus" überhaupt anbetrifft, so sei nur daran erinnert, daß gerade derjenige Teil der Arbeiterklasse, der am „internationalisten" gestimmt war und stets gegen jeglichen Krieg protestiert hat, längst diese pazifistische Hülle von sich abgeworfen hat. Diejenigen, die in Zimmerwald und Kienthal nach Ausbruch des großen Krieges von 1914 noch immer keinen Völkerkampf, nur den Klassenkampf aner-

Digitized by Google

kennen wollten, und die sich jetzt um die 3. Internationale scharen, erklären jetzt durch den Vertreter der Sowjetregierung in Berlin, daß Pazifismus und Bolschewismus miteinander unvereinbar wären. Die rechtsstehenden Sozialisten aber waren auch früher keine unbedingten Pazifisten. Als auf einer der im Jahre 1919 abgehaltenen sozialistischen Konferenzen, die den durch den Krieg entstandenen Riß in der Arbeiterinternationale heilen wollten, ein Argentinier daran Anstoß nahm, daß die Friedenskonferenz Deutschland nur ein kleines Berufsheer zugestehen wolle und daher Einführung einer Volksmiliz in allen Ländern des Völkerbundes verlangte, erklärte sich der Engländer Macdonald gegen diesen Vorschlag, was den Franzosen Renaudel zu der Bemerkung veranlaßte, die Engländer befürworteten nur die Abrüstung zu Lande, sprächen aber niemals von einer Abrüstung zur See*). Somit könnte man — nicht ohne zureichenden Grund — annehmen, daß pazifistische Strömungen in der Arbeiterschaft sich nur ad hoc geltend machen. Solange eine solche Strömung nur den prinzipiellen Standpunkt einer Bevölkerungsschicht kennzeichnet, könnte man gegen die Berechtigung einer solchen schwerlich etwas einwenden. Wenn aber die Arbeiterschaft sich damit nicht begnügt, eine Kundgebung zu veranstalten, sondern durch Generalstreik oder ähnliche Gewaltaktionen der Regierung bestimmte Politik erpressen will, so gibt dieses zu den ernstesten Bedenken Anlaß. Eine Ausartung solcher Arbeiterdiktatur sehen wir jetzt im klassischen Lande des Parlamentarismus, in England. Der Aktionsausschuß der Arbeiterschaft bedroht England mit einem Generalstreik wegen einer Aenderung der englischen Politik im russisch-polnischen Konflikt. Der Eisenbahnführer Thomas, der früher gegen jeglichen Streik war, ist gegen die englische Verfassung aufgetreten und beschuldigt das Parlament — zu einem rein ausführenden Organ einer Oligarchie herabgesunken zu sein. Die Regierung ist natürlich in ihrem Rechte, wenn sie sagt, daß ein Versuch, der Regierung und dem Parlament durch die Arbeiter ihre Politik vorzuschreiben, als ein Schlag gegen die demokratischen Grundlagen der Verfassung aufzufassen sei, denn der Aktionsausschuß vertrete ja nur einen Teil der Volksgemeinschaft. Wenn darauf hingewiesen wird, daß im Aktionsausschuß alle Richtungen der Arbeiter von links bis rechts vertreten sind, und daß die englische Arbeiterschaft durchaus demokratisch ist und in ihrer überwiegenden Mehrheit vom Rätesystem nichts wissen will, so muß dem entgegengehalten werden, daß in letzter Zeit gerade die linksstehende Richtung in der englischen Arbeiterschaft sich besonders bemerkbar macht. Man mag ja von Behauptungen einzelner Arbeiterführer, die die Möglichkeit einer Räte-

*) Vgl. Prof. Richard Fester. Die Internationale, 1914—1919. Halle a. S. 1919.

Digitized by Google

republik in Englaand befürworten, absehen, aber an der Tatsache, daß der Entschließung des englischen Ausschusses eine längere Beratung mit den Sowjetdelegierten, Kamenew und Krassin, vorausgegangen ist, kann man doch nicht achtlos vorbeigehen: die Arbeiterschaft gerät in den Bann der äußersten Linken, die „Klassenpolitik" wird zur „Parteipolitik" und die Klassendiktatur — zur Parteidiktatur. Wir wissen jetzt, daß in Rußlands Räterepublik, also dort, wo die „Diktatur des Proletariats" verwirklicht sein soll, diese schon längst durch eine Diktatur der kommunistischen Partei ersetzt worden ist. Nur kommunistische Parteiführer haben zu befehlen und trotzdem — laut bolschewistischen Angaben — die Kommunisten in ganz Rußland kaum über einige hunderttausend Mitglieder verfügen, also einen minimalen Bruchteil der Bevölkerung ausmachen, behalten sie dennoch die Macht in den Händen. Bei dem auf einer höheren Kulturstufe stehenden westeuropäischen Arbeiter ist die Unterstellung der Macht einer solchen Minorität wahrscheinlich ausgeschlossen, aber daß eine Diktatur immer die Macht einer Minderheit bedeutet — sonst wäre sie eben keine Diktatur — und daher von vornherein als undemokratisch bezeichnet werden muß, das ist ziemlich lange übersehen worden und erst, als das Exempel auf die Probe gestellt wurde, hatte es sich herausgestellt, was von einer Diktatur der Arbeiterschaft zu erwarten ist. Es ist daher sehr bezeichnend, wenn die Führer der 3. Internationale die Berufung eines Kongresses der Bauern- und Arbeiterklasse der Perser, Armenier und Türken fordern. Das sind die Berufenen, zu den strittigen Fragen des Sozialismus Stellung zu nehmen und die Weltdiktatur des Proletariats zu proklamieren! Ein gemeinsamer Weg mit dem „despotischen Sozialismus" des Ostens wäre natürlich für den westeuropäischen Arbeiter kaum gangbar. Aber auch die milderen Formen einer Klassenherrschaft, die sich darin äußern, daß Vertreter einer Gesellschaftsklasse sich zu einer Nebenregierung zusammenschließen und den Anschein erwecken wollen, die Interessen der Gesamtheit zu vertreten, sind vom demokratischen Standpunkt aus ebenso unannehmbar, denn eine „Demokratie des Proletariats", eine Klassendemokratie, die man herzustellen sucht, ist ein Unding, ein Zerrbild des Begriffs der Demokratie. Ein englischer Arbeiterführer äußerte sich vor kurzem dahin, daß es bemerkenswert sei, „daß die Menschen, die in der Industrie beschäftigt sind, sich endlich dessen bewußt geworden sind, daß sie, und vor ihnen ihre Väter, während ihres ganzen Lebens gar keinen Einfluß auf die Leitung der Industrie gehabt haben". Daher die große Bewegung für eine Kontrolle der Industrie durch die Gewerkschaften. Warum aber diese Kontrolle auf die allgemeine Politik ausgedehnt werden und der internationale Gewerkschaftsbund zu einem internationalen Regierungsapparat ausgebildet werden soll — dafür lassen

Digitized by Google

sich keine Gründe aufbringen. Man mag im Parlamentarismus noch so enttäuscht sein, es ist nicht die „Diktatur des Proletariats", die ihn ersetzen kann, um so mehr, als diese ihre Macht einer Parteidiktatur überläßt, welche nicht mehr „Diktatur des Proletariats" sondern „Diktatur über das Proletariat" bedeutet.

Deutsche in Frankreich

Von Dr. Otto Grautoff

Die Botschafter, die in den Jahren vor dem Kriege das Deutsche Reich in Frankreich vertraten, haben sich über die geistigen Strömungen des Landes nicht genügend Rechenschaft gegeben. Ihre Beziehungen beschränkten sich auf die internationalen, diplomatischen Kreise und mit einigen mondänen Finanz- und Geistesgrößen; das Hauptgewicht wurde auf den Verkehr mit dem alten Adel des Faubourg Saint-Germain gelegt. Baronessen, Komtessen und Duchessen in reichlicher Auswahl wurden den durchreisenden Prinzen, Grafen und Generälen vorgesetzt. Parlamentarier, politische Schriftsteller, Journalisten, Gelehrte und Künstler traf man sehr selten in der deutschen Botschaft.

Meine Beziehungen zur Botschaft waren oberflächlicher Art. Ich habe sie nicht gepflegt, und gesucht wurde ich nicht. Zuweilen denke ich jetzt, ich hätte mich melden müssen. Ich hätte hin und wieder hingehen und berichten sollen, was ich erlebte. Ob ich allerdings in den hochadligen Kreisen Gehör gefunden hätte, bleibt zweifelhaft; denn meine Eindrücke entsprachen nicht dem offiziell gewünschten Standpunkt. Ich erlebte von 1910 an den „réveil" und das „renouvellement" des geistigen Frankreich mit. In meinem Hause verkehren viele junge Franzosen, die an der geistigen und moralischen Erhebung des Landes mitarbeiteten. Ich fühlte schon damals, daß in einem Kriege Frankreich nicht schnell ermatten und zusammenbrechen würde. Ich kannte die stählerne Gesinnung der französischen Jugend. Diese Geistesverfassung des aufstrebenden Frankreichs hat stark und eindringlich kurz vor dem Kriege Romain Rolland im letzten Bande des Johann Christof geschildert. Er hat alles vorausgesagt, was eingetroffen ist.

Herr von Schön wußte von dem „réveil" nichts. Er kannte die Ergebnisse der Umfragen nicht, die unter der Jugend veranstaltet worden waren. Er begehrte das alles nicht zu wissen. Es ist aber unerläßlich, daß die offiziellen Vertreter Deutschlands sich Rechenschaft geben über die geistigen Strömungen Frankreichs, nicht nur, damit wir uns nicht wieder vergaloppieren, sondern damit wir die Gabe gewinnen, uns auf die Psyche unseres Nachbarn einzustellen, damit wir die richtigen Männer

Digitized by Google

für die Wiederanknüpfung der geistigen Beziehungen auszuwählen in der Lage sind.

Auch heute deckt sich der offizielle Standpunkt nicht mit Eindrücken, die ich persönlich gewonnen habe. Man darf nicht nur die Oberfläche für die Beurteilung in Betracht ziehen. Man muß für die Beurteilung der Gesamtlage auch der Unterströmung Beachtung schenken. Diese Unterströmung ist breit und groß. Genau wie für den réveil die Zeit des Handelns kam, so wird auch diese Unterströmung sich dereinst den Weg zu Macht und Einfluß bahnen. Diese Unterströmung ist friedensliebend, weitherzig, weltbürgerlich, erfüllt von völkerversöhnenden Gedanken.

Die heutige Vertretung des Deutschen Reiches hat keine Beziehungen zu diesen Kreisen. In ihr fehlen Männer, die das Vertrauen der Franzosen genießen, und die Sinn für die französische Kultur besitzen, damit sie neue Beziehungen knüpfen können, wie Deißmann es mit unermüdlichen Mühen in den Kreisen der protestantischen Theologen erfolgreich reicht hat. Breite Kreise der Franzosen sind dazu bereit. Ja, mehrfach habe ich empfunden, daß sie erfreut zugreifen, sobald sich die Gelegenheit bietet.

Die Arbeit der Friedensdelegation und der Botschaft ist schwierig. Offiziell läßt sich zur Wiederanknüpfung der Beziehungen zurzeit wenig tun. Es wird diesen beiden Behörden schon nicht leicht, die Deutschen um sich zu sammeln.

Die Stellung des Deutschtums in Frankreich ist überaus traurig. Aus dem Straßenbild der Stadt sind alle Erinnerungen an deutsche Arbeit verschwunden. Was hinter den Fassaden noch an deutschem Besitz vorhanden ist, ist beschlagnahmt und wird auf Grund des Friedensvertrages liquidiert. Aber nicht nur das. Einige Deutsche haben nach ihrer Internierung in Frankreich das Recht erhalten, sich wieder in Frankreich niederzulassen. Mit dieser Erlaubnis ist aber nicht ohne weiteres die Rückgabe ihres Besitztums verknüpft. Also auch sie müssen von vorn anfangen und sich eine neue Existenz gründen. Einige stammen aus Elsaß oder Lothringen und sind durch den Friedensvertrag Franzosen geworden. Andere stammen aus Danzig oder aus sonstigen abgetretenen Gebieten und gehen ebenfalls dem Deutschen Reich verloren. Diejenigen aber, die aus deutschen Gebieten stammen, die nicht abgetreten worden sind, haben kein Interesse daran, ihr Deutschtum auffällig zur Schau zu tragen; denn ihre Aufenthaltsbewilligung ist eine Art Gnadenakt der französischen Regierung. Auch diese Deutschen zählen infolgedessen kaum als Vertreter des Deutschtums mit.

Es bleibt ein kleiner Kreis von Deutschen, der sich heute um die deutsche Friedensdelegation schart. Hier treffen sich die Mitglieder der Delegation, die wenigen deutschen Journalisten und Durchreisende. Einige haben die

Digitized by Google

schlimme Zeit von Versailles mitgemacht und sind von Anbeginn an in Paris. Die ersten, bitteren Monate haben diesen Kreis in einem engen Gemeinsamkeitsgefühl zusammengeschlossen, was nicht zuletzt dem Leiter der Delegation zu danken ist. Die Hilfsbereitschaft in dieser ausländischen Mission ist größer, als man es an derartigen Stellen vor dem Kriege gewohnt war.

Es bleibt nur zu wünschen, daß, wenn die Friedensdelegation einmal aufgelöst wird, die Botschaft den Deutschen in Frankreich in gleichem Maße Aufmerksamkeit und Interesse schenkt, damit nicht Zustände einreißen, wie sie früher üblich waren. Jeder Deutsche, ob Abgeordneter oder schlichter Arbeiter, muß von auswärtigen Vertretern des Reiches gleichermaßen gut aufgenommen werden. Allerdings sollte auch jeder Deutsche, der heute ins Ausland geht, die Verpflichtung in sich fühlen, der Botschaft einen Besuch abzustatten. Gewiß, auch der Botschafter ist heute im Auslande nur ein kleiner Mann. Seine Empfehlung ist heute wertloser als früher; aber vielleicht kann der durchreisende Deutsche der Botschaft und damit seinem Vaterlande auf diese oder jene Weise nützlich sein. Die Wiederanknüpfung von Beziehungen ist ja heute hauptsächlich Sache einzelner Deutscher. Sie erfolgt am leichtesten auf wirtschaftlichen Gebieten.

Kaufleute und Fabrikanten können nicht dauernd ihr Wirken und Planen vom Haß diktieren lassen. Außerdem ist die wirtschaftliche Lage Frankreichs nicht so rosenrot, wie sie äußerlich erscheint. Das Gebot des Tages fordert, daß die Franzosen auf die deutsche Arbeit zurückgreifen. Bemerkenswert ist z. B., daß in den großen Warenhäusern in Paris Aufschriften angebracht sind, die besagen, daß für die Haltbarkeit der Farben zurzeit Gewähr nicht geleistet werden kann. Solche Aufschriften lassen erkennen, daß einst die Erzeugnisse der deutschen chemischen Industrie den Franzosen nützlich waren. Neue Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland lassen sich um so besser anbahnen, je weniger die Deutschen sich den Franzosen anbieten. Je mehr die Deutschen auf die Nachfrage der Franzosen zu warten lernen, um so sicherer und fester wird ihre Stellung den Franzosen gegenüber. Es wirkt verstimmend, wie ich gehört habe, wenn die Deutschen den französischen Markt mit Angeboten überschwemmen. Die gegenseitige Preisunterbietung der Deutschen hat auch hier eine unerfreuliche Erinnerung hinterlassen. Was immer wieder zu betonen nottut, ist, Maß und Würde dem Ausland gegenüber und ein bißchen Sinn für Gemeinsamkeitsgefühl der Deutschen untereinander. Die Not der Zeit, die staatliche Umformung unseres Landes haben es immer noch nicht erreicht, die trennenden Gegensätze zwischen Nord und Süd, zwischen Ost und West, hinwegzuräumen. Man muß im Ausland immer noch als Bayer oder Preuße, als Sachse oder Badener

Digitized by Google

auftreten. Die deutsche Staatszugehörigkeit ist immer noch nicht geschaffen. Aber gerade das wäre so dringend notwendig, um den Zertrümmerungsplänen unserer ehemaligen Feinde endgültig entgegenwirken zu können. Wir tun wenig, um ein gesundes natürliches Nationalgefühl auf der Basis der neuen Reichsverfassung zu entwickeln. Frankreich tut alles, läßt nichts unversucht, um die Franzosen zu einer einigen, umfassenden, in sich selbst ruhenden Gemeinschaft zusammenzuschließen. Die starke, feste Kraft der Pariser Atmosphäre saugt alle fremden Elemente in sich auf, macht alle, die einige Jahre diese Luft einatmen, zu Parisern. Erscheint in Augenblicken der Gefahr wie jetzt, da unzählige Fremde Paris bevölkern, die Einheit der Pariser Atmosphäre bedroht, so suchen die Propagandisten der französischen Kultur nach immer neuen Mitteln, um die Kraft und Einheit der Pariser Atmosphäre zu wahren. Während des Krieges prangten an allen Straßenecken Plakate mit der Aufschrift: „Mefiez-vous. Taisez-vous, l'ennemi vous écoute". Diese Plakate sind verschwunden. Es wird jetzt angeregt, sie zu ersetzen durch Plakate mit folgender Aufschrift: „Vous êtes en France. Parlez le français".

Das Volkshochschulwesen hat sich während des Krieges in Frankreich ebenso uferlos entwickelt wie in Deutschland. Es gibt in Frankreich wie in allen Ländern natürlich eine Reihe derartiger Organisationen, die auf rein nationalistischer Grundlage arbeiten. Aber ihnen parallel arbeiten andere, die die nationalen Güter des Landes ohne jede chauvinistische Zuspitzung in einer objektiven, sachlichen und ruhigen Form ausbreiten. Es wird besonderer Wert darauf gelegt, daß jeder Franzose, der ins Ausland geht, erfüllt ist von den schöpferischen Gaben seines Volkes. Wenn auch bei uns das Volkshochschulwesen einen breiten Umfang angenommen hat, so fehlt doch immer noch eine grundsätzliche Ausbildung derjenigen Deutschen, die ins Ausland gehen, damit sie dort als Vertreter des neuen deutschen Staatsgedankens und im Stolz auf die deutschen Kulturgüter aufzutreten in der Lage sind.

Diejenigen Deutschen, die ins Ausland gehen, müssen in der Lage sein, in dem betreffenden Fremdlande das bestehende Mißtrauen gegen Deutschland zu zerstreuen: durch ihr Auftreten, durch ihr Handeln, durch ihre Worte und durch ihre Diplomatie. Sie müssen versuchen, den Franzosen klarzumachen, daß auch wir Grund haben, Mißtrauen gegen das politische Frankreich zu hegen. Maurice Barrès, Léon Daudet und Jacques Bainville fordern täglich die Zertrümmerung des Deutschen Reiches, propagieren unaufhörlich die Annexion des linken Rheinufers. Ihre Zeitungen werden viel gelesen. Ihre Trabanten richten im Rheingebiet ein Propagandaunternehmen nach dem anderen ein. Als ich gelegentlich einmal darauf hinwies, wurde mir erwidert, das alles habe keine Bedeutung. Keine Bedeutung? Maurice Barrès ist der Gründer des nationalen

Digitized by Google

Blocks, der Leiter des „Echo de Paris“, einer der berühmtesten Schriftsteller seines Landes. Ich habe mich überzeugt, daß das französische Volk und ein bedeutender Teil seiner geistigen Führer friedfertiger Gesinnung sind; vorläufig aber führen noch Barrès und sein Kreis die politischen Geschäfte. Erst wenn das anders geworden ist, kann die Unterströmung, die die Clarté und die Liga der Menschenrechte erweckt, die André Gide und sein Kreis geführt haben, zu einer maßgebenden Hauptströmung werden.

Die transkaukasischen Republiken

Von ***

Einem Briefe eines Deutschen aus Baku vom Ende April entnehmen wir folgende Mitteilung über die Zustände in den drei transkaukasischen Republiken, die für unsere Leser von Interesse sein dürfte.

Im Transkaukasus haben sich drei Republiken gebildet: die Tatarische (Aserbaidschan), die Grusinische (Georgien) und die Armenische (Arrarat-Republik). Zwischen den Tataren und den Armeniern besteht seit Jahrhunderten glühender Haß. Als im März 1918 die Bolschewiki in Baku die Regierungsgewalt hatten und die Armenier bei ihnen die führende Rolle spielten, kam es zu einer Metzelei, wobei wohl mindestens 5000 Tataren, Weiber und Kinder, abgeschlachtet wurden. Im September 1918, als die Türken Baku belagerten, und auch eroberten, kam es wiederum zu einer Metzelei; diesmal fielen mehrere Tausend Armenier zum Opfer. Gegenwärtig ist der Krieg zwischen der armenischen und der tatarischen Republik zum offenen Ausbruch gekommen; beiderseitig werden jetzt viele Dörfer eingeäschert, das Vieh weggetrieben, die Habe geraubt, die Einwohner umgebracht. Auf der Bahn Baku—Tiflis reist seit Ausbruch der Feindseligkeiten kein Armenier mehr, weil er Gefahr läuft, herausgezerrt und ermordet zu werden. Jede der drei Republiken schließt sich ab mit einer Paß- und Zollgrenze.

Viele Muselmänner des Transkaukasus glauben, daß durch Aserbaidschan ein Stützpunkt für die muselmännische Welt geschaffen, daß durch Aserbaidschan eine Regenerierung erfolgen wird; denn Konstantinopel ist zu nahe den Ententemächten. Der größte Feind der Muselmänner sei jetzt nicht mehr der Russe, sondern der Engländer. Von einem Bündnis zwischen Rußland, Deutschland und der Türkei spricht man wie von einer sehr erwünschten Selbstverständlichkeit. Im Volke ist der Glaube an die Wiedererstarkung Deutschlands und den Untergang Englands unerschütterlich. Der Glaube an die Tüchtigkeit der Deutschen, die so Gewaltiges während der Kriegsjahre leisteten, ist allgemein.

Digitized by Google

In Aserbaidschan sind Volk und Regierung zwei verschiedene Lager. Das Volk ist gegen England, ist sehr turkophil, deutschfreundlich und sympathisiert mit den Russen. Gegen Sowjetrußland wird Aserbaidschan, falls es zu einem Zusammenstoß käme, keinesfalls Stand halten können. Das Volk fühlt sich zu Rußland in sozialer Beziehung hingezogen. Dies hält die Regierung ab, mit England viel stärker als bisher zu paktieren. Zwei Parteien sind die wichtigsten: Ittichat und Mussawat. Die Führer wechseln mitunter nach Bedarf die Rollen; mitunter ist einer von den Führenden im Ittichat, dann taucht er wieder im Mussawat auf. Ittichat ist turkophiler und steht mehr links; einig sind sich aber beide Parteien in ihrem glühenden Haß gegen die Armenier. Wer mit den Armeniern nur etwas sympathisiert, verliert sofort jede Sympathie der Tataren.

Der Transkaukasus, speziell Aserbaidschan, ist bekannt durch seine ungeheuren Naturschätze. Natürlich haben die Ententemächte ihre begehrlichen Hände danach ausgestreckt. Jede der Ententemächte hat in Baku ihre militärische Mission, die sich aber nur mit Handelsgeschäften befaßt. Dominierend ist England, nachher kommt Frankreich und dann erst Italien; dominierend in dem Sinne, daß z. B. bei Förderung von Naphtha nach Batum in erster Linie die Interessen Englands berücksichtigt werden. Zwischen den Missionen herrscht fortwährend Eifersucht. Die Italiener haben es verstanden, durch verständiges Entgegenkommen und den nötigen Takt, sich bei allen viele Freunde im Transkaukasus zu schaffen, und ihren ehemaligen Widersachern und Deutschsprechenden zeigen sie sich entgegenkommend und freundlich, und das nicht nur im Auslande, sondern auch bei sich in Italien. Von einer Liebe der Italiener zu den Franzosen kann man nichts bemerken, wohl aber das Gegenteil.

Bekanntlich ist das Kaspische Meer das fischreichste der Welt. Den Fischereien mangelte es aber an Netzen und Fischereigeräten, es herrscht Arbeitermangel, die Kühlanlagen werden schadhaft, es fehlt an den nötigen Transportmitteln, den Transportgefäßen. Trotzdem nur ganz wenige Fische nach dem Ausland ausgeführt werden, ist auf dem Markt in Baku das Angebot auf Fische sehr gering. Mitunter freilich ist Ueberfluß vorhanden und es kam schon vor, daß einmal monatelang der Kaviar um etwa die Hälfte billiger war als das Brot. Die Krons-Fischereien werden nur von Jahr zu Jahr verpachtet. Infolgedessen ist der Pächter von Haus aus darauf angewiesen, möglichst geringe Anlagekosten zu machen und wird zu Raubbau verleitet.

Aserbaidschan ist in einer selten glücklichen Lage, da es enorme Naturschätze besitzt. An Naphtha und Naphthaprodukten hat sich gegenwärtig ein Vorrat bis etwa 300 000 000 Pud angesammelt. Es rührt dies daher, daß das Hauptabsatzgebiet — Rußland — lange Zeit verschlossen blieb. Die

Digitized by Google

Naphtharohrleitung Baku-Batum fördert im besten Falle 3 000 000 Pud monatlich. Durch die Eisenbahn werden kaum 2 Mill. fortgeschafft. Da aber monatlich etwa 18 000 000 Pud Naphtha aus der Erde gewonnen wird, so bleibt, da im Lande nur wenig verbraucht wird, ein großer Rest übrig. Sehr groß sind auch die Vorräte an Baumwolle, Schafwolle, Rohseide, Wein und Kognak.

Den Tataren fehlt es an richtigen Staatsmännern mit Erfahrung. Die höheren Verwaltungsposten sind von Tataren besetzt, die fast ausnahmslos die für das fragliche Ressort erforderliche Spezialbildung nicht besitzen. Die Gehilfen aber sind durchgängig Russen, Spezialisten von Fach. Die Grusinier haben fast alle russischen Beamten schon entfernt und durch Grusinier ersetzt. Die Tataren können das nicht machen; es fehlt ihnen, weit mehr als den anderen zwei transkaukasischen Völkern, an intelligenten Kräften. — Die Aserbaidschaner zehren an dem, was Rußland ihnen hinterlassen hat. Bei keiner Nation am Kaukasus ist das Tascheninteresse so groß wie bei den Tataren. Die Türken wären sehr wohl imstande, Besserung einzuführen; ihre Maßnahmen gegen Spekulanten und dergleichen (in Baku 1918) bewirkten Wunder. Führende Türken wie Nuri-Pascha, Chalil-Pascha, haben sich wiederholt in Baku aufgehalten. Die türkische Sprache ist übrigens der tatarischen ziemlich ähnlich. — Baku, mit seinem gewaltigen Naphthareichtum, ist für Rußland ebenso nötig wie Rußland für Baku. — Aserbaidschan besitzt eine eigene Armee von etwa 40—50 000 Mann. Die Instruktoren sind meist Türken, und man muß zugeben, daß innerhalb kurzer Zeit erstaunlich viel geleistet wurde. Die Tataren wollen ihre Armee national-muselmännisch haben. Sie soll modern sein und europäische Instruktoren werden gern gesehen. Die Hauptposten werden aber alle durch Muselmänner besetzt. Als Instruktoren und Spezialisten sind besonders Deutsche, und Deutschrussen erwünscht, in erster Linie aber die Türken. Tüchtige Militärspezialisten sind leicht in der Marine und für Küstenbefestigung unterzubringen. — Aserbaidschan will eine eigene Fabrik zur Herstellung von Patronen errichten. — Der Tatare ist ein viel besserer Kaufmann als der Türke, aber auch weit unreeller. Der beste Kaufmann des Orients ist entschieden der Perser. —

Infolge der Abgeschiedenheit von der Außenwelt sind die Naphthawerke und Bohrunternehmungen übel dran. Da die Naphthavorräte nicht fortgeschafft werden können, hat das Naphthawerk auch kein Interesse, neue Bohrlöcher anzulegen oder schadhaft gewordene auszubessern. Aber den Naphthafirmen mangelt es an Geld. Der Staat ist genötigt, Geldvorschüsse zu geben, um den Betrieb aufrechtzuerhalten, ist gezwungen, immer wieder Banknoten in Umlauf zu bringen und zwar in einer Unmenge, die die Valuta des Rubels außerordentlich ungünstig beeinflußt. Infolgedessen — wahnsinnige Teuerung, neue Forderungen der Arbeiter nach Lohnerhöhung,

Digitized by Google

erneute Erhöhung der Lebensmittelpreise, und so geht es fort. Nächst Konstantinopel und Batum ist (außer Sowjet-Rußland) Baku wohl die teuerste Stadt in Europa. Ein Pfund Brot kostet 15—18 Rubel. Kartoffeln 16—20 Rubel. Fleisch 60—70 Rubel. Ein paar mittelmäßige Schuhe 4000 Rubel. Ein besserer Anzug 25 000 Rubel. Um die Brotkalamität zu mildern, hat die Regierung in Aserbaidschan alle Betriebe und Unternehmungen mit einer Kontribution von zusammen 150 000 000 Rubel belegt. Mit diesem Gelde wurde Getreide angekauft und das Brot zu Selbstkosten, sogar etwas darunter, zu fünf Rubel das Pfund, verkauft.

Baku macht auf jeden Neuangekommenen den Eindruck einer lebhaften Stadt. In den Magazinen ist viel Ware, die Straßen sind belebt, es gibt massenhaft Lebensmittel. Gediegene Waren sind aber wenig da, alles nur Augenware; die Franzosen und Italiener bringen viel unnützen Tand an und machen große Umsätze. — Die Unsicherheit auf den Straßen Bakus ist sehr groß; aber noch größer ist sie auf dem Lande. Es ist das auf das niedrige Kulturniveau der Schutzangestellten zurückzuführen, die fast alle Tataren sind. — Die Wasserleitung, die Baku mit gutem Trinkwasser versorgt, ist 180 km lang, und ist somit die längste in Europa. Es war nicht mehr möglich, die in Deutschland bestellten Pumpen und Antriebmotoren noch vor dem Kriege zu erhalten, und man war genötigt, zu minderwertigem Ersatz zu greifen. Jetzt sind diese Ersatzmotoren schon abgearbeitet und leicht kann es vorkommen, daß der Betrieb eine empfindliche Einbuße erfährt. Die in Deutschland bestellten Maschinen liegen dort versandbereit, können aber nicht hergeschafft werden, weil Einfuhr von Waren aus Deutschland durch Konstantinopel noch immer nicht erlaubt ist. Wohl sind im Transkaukasus viele Waren aus Deutschland; sie konnten aber nur unter neutraler Flagge ankommen oder wurden seinerzeit durch eine Ententemacht hergebracht. Die im Naphtharayon arbeitenden Naphtha- und Elektromotoren arbeiten sich mit der Zeit immer mehr ab. Nur deshalb, weil Bohrlöcher stillgelegt und neue nicht angelegt werden, macht sich ein Mangel an solchen Maschinen noch nicht so fühlbar. Zudem ist der Valuta wegen Bezug von Auslandsmaschinen gegenwärtig eigentlich ausgeschlossen. Die Reparaturwerkstätten machen gute Geschäfte. Die Entente scheint große Furcht zu haben, daß die Deutschen wiederum festen Fuß im Kaukasus fassen könnten, Reichsdeutsche und Oesterreicher werden darum nicht durch Konstantinopel gelassen und den Ortsansässigen, sofern sie einen deutschen Namen tragen, werden alle möglichen Schwierigkeiten und Schikanen bereitet, um die Ausreise zu verhindern. Auch Russen werden nicht herausgelassen, weil man in jedem Russen einen Bolschewik argwöhnt.

Persien ist ganz in den Händen der Engländer. Es scheint, daß Persien das Schmiergeld für England sein soll dafür, daß England in anderen muselmännischen Staaten den anderen Ententemächten verhält-

Digitized by Google

nismäßig große Zugeständnisse machte. Das südpersische Volk taugt nichts; es ist ganz ohne Nationalbewußtsein, huldigt dem Opium und Ausschweifungen; die Führer erhalten englischen Sold. Die Nordperser sind anders, und für diese ist England eine Tasche, aus der der Perser Gold schöpft. Natürlich verbirgt der Engländer, der in allen größeren Orten Garnisonen unterhält, seine Verachtung dem Perser nicht. Und der Nordperser haßt ihn darum grimmig. Das Parlament ist längst auseinandergejagt. England ist nun bemüht, ein ihm günstig gestimmtes Parlament zusammenzubringen, doch wird das immer wieder hintertrieben. Kutschuk-Chan, der persische Bolschewik, sitzt noch immer mit seinen Mannen, den sogenannten Waldbrüdern, in den nur ihnen zugänglichen Wäldern, in der Gegend zwischen Täbris und Enseli, beunruhigt die Engländer und kann von ihnen nicht herausgebissen werden. Diese Waldbrüder haben gelobt, ihr Haar so lange nicht zu schneiden, bis der letzte unwillkommene Eindringling aus Persien heraus ist. — Kürzlich war in Baku eine persische Delegation (offenbar gesandt von den Engländern). Durch die Presse wurde der Vertrag, den das gegenwärtige persische Ministerium mit England schloß, und laut welchem Persien ganz an England ausgeliefert wird, gerechtfertigt und beschönigt. Laut diesem Pressebericht der Delegation ist England ein uneigennütziger Wohltäter, der lediglich Persiens Wohl im Auge hat; dem Zarenrußland werden dagegen alle möglichen Verbrechen zur Last gelegt. Der Vertrag ist aber rechtsungültig, denn er ist vom Parlament nicht bestätigt. Nur das Parlament hat allein das Recht, Konzessionen fraglicher Art zu geben und Verträge mit auswärtigen Mächten zu schließen. Die Perser sehen auf den vom Ministerium geschlossenen Vertrag als auf etwas, das von einem Starken, infolge seiner Uebermacht, vom Schwachen abgetrotzt wurde. Und wenn sich das Kräfteverhältnis einmal ändern sollte, wird auch dieser Vertrag von den Persern als hinfällig erklärt werden.

Die Flotte des Kaspischen Meeres besteht aus einigen Kanonenbooten, einer Reihe armierter Passagier- und Tankschiffen und Transportschiffen. Als die Denikinsche weiße Garde in diesem Jahre zusammenbrach, mußte sich auch die Flotte über ihr weiteres Sein entscheiden. Sie kam von dem Stützpunkt Petrowsk nach Baku, doch waren die Verhandlungen mit Aserbaidschan resultatlos. Die Transportschiffe wurden zurückgelassen und die Flotte zog wieder ab. Es wurden dann Verhandlungen mit den Engländern angeknüpft, die ebenfalls nicht befriedigten. Ja, die Engländer erklärten sogar, die Mannschaft in einem Konzentrationslager im Süden Persiens internieren zu müssen. Mittlerweile hat sich die Flotte wohl auf Seite der Bolschewiki geschlagen, wozu der größte Teil der Mannschaft schon von Anfang an geneigt war. Letzten Nachrichten zufolge scheinen die Bolschewiki, unterstützt durch die Flotte, Ernsthaftes gegen die Mißstände

Digitized by Google

in Enseli und Resht, die Südwestküste des Kaspischen Meeres, zu unternehmen. Im Transkaukasus waren vor dem Kriege zwölf deutsche Kolonien. Die Einwohner der Kolonie Petrowka, die bei der Festung Kars lag, wurden bei Ausbruch des Krieges sofort verbannt und sind bis gegenwärtig verschollen. Die übrigen Kolonien haben bisher wenig zu leiden gehabt. Alle Kolonien stellen im großen und ganzen wahre Musteransiedlungen vor. Fast alle haben elektrische Beleuchtung und Wasserversorgung; Wein- und Obstgärten stehen auf hoher Kulturstufe; Gemeindewesen, Schulen und Genossenschaftsveranstaltungen können den kaukasischen Völkern als Muster dienen. Unter den Kolonisten sind viele sehr schwer Reiche. — Alle transkaukasischen Deutschen haben sich zu einem Verband zusammengeschlossen. Sowohl in Aserbaidschan wie in Georgien besteht ein deutscher Nationalrat, der seinen Vertreter im Parlament hat. Beide Nationalräte sind einem Zentralverband unterstellt. Seit etwa 1½ Jahren erscheint in Tiflis wieder die deutsche Zeitung, „Kaukasische Post", mit zirka 2000 Abonnenten. Die angestrebte Kultur-Autonomie ist den Deutschen in Georgien bereits zugestanden worden. — In Tiflis und in Helenendorf ist ein deutsches Realgymnasium. Allen Schulen mangelt es noch an Lehrkräften, die aus Deutschland kommen sollten, aber noch nicht durchgelassen werden; auch fehlt es an Lehrmitteln. Eine große Anzahl junger Kolonisten, die zum Teil bereits an russischen und deutschen Hochschulen studierten, erstreben, nach Deutschland zu kommen, um dort weiter zu studieren. Von den Engländern wird ihnen jedoch Paßvisum verweigert. Die Kolonien bestehen gerade 100 Jahre, und es ist bemerkenswert, daß die Kolonisten ganz genau dieselbe Mundart sprechen wie in ihrer alten Heimat, bei Ulm in Württemberg.

Eine Völkerbund-Auseinandersetzung

Von Professor Dr. Paul Herre

Unter der Ueberschrift „Der Völkerbund aus hoher Warte" veröffentlichte Dr. Franz Heinemann (Luzern) in Nr. 516 der „Neuen Zürcher Zeitung" vom 28. März 1920 einen Aufsatz, der — entsprechend der Haltung der Zeitung — den Schweizern dringend nahelegte, sich bei der damals bevorstehenden Volksabstimmung für den Eintritt in den von den Siegern des Weltkrieges aufgerichteten Völkerbund zu erklären. Der Verfasser kennzeichnet die Eidgenossenschaft als besonders befähigt, einer solchen Liga der Nationen zuzugehören, und stellt es im Hinblick auf Deutschlands verständnisloses Versagen bezüglich des Völkerbundproblems in Vergangenheit und Gegenwart als berechtigt hin, sich auch vor der Hinzuziehung der besiegten Mittelmächte dem unfertigen Völkerbunde anzuschließen.

Mit diesem Argument verließ Heinemann den Boden der innerschweizerischen Aussprache und gab den Angehörigen der beschuldigten Nation das Recht und die Pflicht zur Abwehr. Dem Historiker lag es ob, die Verteidigung

Digitized by Google

zu übernehmen; denn die von dem Ankläger beigebrachten Beweise waren der Geschichte entnommen. Gewiß verdienten die Darlegungen nicht als die bedeutenden Aeußerungen eines bedeutenden Kopfes Beachtung, wohl aber als der typische Ausdruck einer noch immer bestehenden Voreingenommenheit „neutraler" Kreise gegen das deutsche Volk, und zwar einer solchen, die mitunter auch unter der Flagge wissenschaftlicher Objektivität segelt. Es schien mir notwendig, an einem besonders greifbaren Einzelfalle einmal nachzuweisen, wie wenig Beweiskraft in grundsätzlich methodischem Sinne einer solchen Argumentation überhaupt innewohnt, und durch die Feststellung von gänzlich unhaltbaren Schlüssen aus klaren geschichtlichen Tatsachen die innere Hohlheit bzw. parteiische Verstiegenheit einer gewissen Denkungsart aufzudecken. Unter der Zusicherung, mich von der Erörterung der Frage nach dem Eintritt der Schweiz in den Völkerbund fernzuhalten, holte ich mir seitens der Redaktion der „Neuen Zürcher Zeitung" die Genehmigung zu einem Erwiderungsartikel ein, die mir nach einigem Zögern erteilt wurde, und sandte Anfang Mai das Manuskript ab.

Indessen der Abstimmungstermin (16. Mai) und weitere Wochen vergingen, ohne daß mein Aufsatz zum Abdruck gelangte, und mehrere mahnende Anfragen blieben unbeantwortet. Schließlich ging mir Anfang Juli das Manuskript wieder zu. Die Redaktion entschuldigte mit einigen bedauernden Floskeln die Verzögerung ihrer Stellungnahme, die sie mit „Stoffandrang und anderer Beanspruchung" begründete, erklärte sich aber bereit, den Artikel nach Beseitigung einer ihr unbequemen Einleitung und unter Beschränkung auf die beiden Beweisstücke für die selbstverschuldete Unwürdigkeit Deutschlands, sofort in den Völkerbund einbezogen zu werden, noch nachträglich zu veröffentlichen. Wie wenig erwünscht ihr aber auch der verspätete Abdruck war, brachte sie mit der Bemerkung zum Ausdruck, sie könne meine darauf bezüglichen Ausführungen „nicht als so erheblich ansehen, daß sie ein großes Interesse finden würden", nachdem sie einem Artikel ihrer Tendenz Aufnahme gewährt hatte, der auf Grund derselben beiden Punkte eine schwere Anklage gegen das deutsche Volk richtete. Indessen — was ja wohl der Sinn des ganzen Verfahrens war — die lange Hinauszögerung der Veröffentlichung hatte allerdings meiner Widerlegung die Resonanz geraubt, und ich konnte mich kaum anders entschließen, als von der nachträglichen Publikation des Artikels, zumal in der beschränkten Gestalt, in der „Neuen Zürcher Zeitung" Abstand zu nehmen. Aber auch das Schicksal, das meiner Erwiderung zuteil wurde, war inzwischen ein typischer Fall geworden, der für die Oeffentlichkeit nicht ohne Interesse ist, und so mache ich mit Dank von der Erlaubnis Gebrauch, in dieser Wochenschrift einem größeren deutschen Publikum, und vielleicht auch dem einen oder andern „neutralen" Leser, von der Erwiderung auf den Artikel Heinemanns und ihrem Erlebnis Kenntnis zu geben. Nicht in der Absicht, um irgendwie für den sofortigen Eintritt Deutschlands in den zu Versailles beschlossenen Völkerbund Stimmung zu machen: der Minister des Auswärtigen, Dr. Simons, hat letzthin eindringlich darauf hingewiesen, wie wenig es dem deutschen Interesse entspricht, als Glied der verfälschten Völkerliga die Rolle eines Landsknechts der Entente zu spielen, und es ist geradezu die moralische Verpflichtung der selbständigen kleinen Staaten, die sich zum Anschluß an den Versailler Völkerbund entschlossen haben, mit allen Kräften seine Umwandlung in eine von reinen Menschheitszielen getragene Gemeinschaft zu betreiben. Eben im Hinblick darauf aber ist es wichtig, Anschauungen zu kennen, wie sie in unserem Fall hervortreten, und

Digitized by Google

ihnen mit Nachdruck entgegenzuwirken, und dies gilt nicht nur für das deutsche Volk, sondern auch für die übrigen Nationen, sofern sie nicht das Odium der Parteilichkeit auf sich nehmen wollen.

Ich lasse nun meine aus den ersten Maitagen stammenden Ausführungen gegen den Artikel Heinemanns in ihren wesentlichen Teilen folgen.

*

Auch der Nichtschweizer wird zunächst ohne Einschränkung anerkennen, daß kein Volk so weitgehend auf die erstrebte Völkergemeinschaft eingestellt ist wie das schweizerische. All die Tatsachen, die in dieser Richtung vorgebracht werden, müssen von jedem unvoreingenommenen Beurteiler voll anerkannt werden. Ueber diesen Punkt kann keine ernstliche Meinungsverschiedenheit bestehen. Aber ist mit einer solchen Feststellung irgend etwas in der zur Entscheidung stehenden Frage gewonnen? Vertreten die zahlreichen Schweizer, die gegen den Eintritt ihres Staatswesens in den ententistischen Völkerbund Bedenken hegen, etwa die entgegengesetzte Auffassung? Niemand wird das behaupten wollen; ja es wird manchen Angehörigen dieses Lagers geben, der gerade mit der Berufung auf die besonders nahe Beziehung des eidgenössischen Bundes zu dem erstrebten Völkerbund seinen Standpunkt verteidigt, indem er die in Paris beschlossene Lösung als Fälschung der reinen Idee ablehnt, zu deren Verwirklichung die Schweiz nicht die Hand bieten dürfe. Heinemann selbst gesteht ein, daß die ententistische Völkerbundsschöpfung keineswegs den Geboten der Gerechtigkeit entspreche, sondern einer völligen Umgestaltung unterzogen werden müsse. Ist es dann aber angebracht, gegen die Sozialdemokratie den Vorwurf des „Absturzes von einem Höhenstandpunkt" zu erheben, weil sie bisher unermüdlich für das schöne Ideal gekämpft habe und sich nun weigere, dem Eintritt der Schweiz in die ententistische Liga zuzustimmen? Mit Verlaub; es liegt doch gerade umgekehrt. Wer den Anschluß an den verfälschten Völkerbund von Versailles befürwortet, ist von den Höhen reiner Grundsätze und Ideen in die Niederungen der Realitäten des Tages herabgestiegen. Es ist das ohne jeden Vorwurf gesagt, denn ich halte es für kein Verbrechen, der Wirklichkeit Rechnung zu tragen und von ihr aus den Weg zum Fortschritt zu suchen, nur soll man sich über die Sachlage klar sein. An dem eigentlichen Problem spricht diese Argumentation jedenfalls völlig vorbei, sie ist weder im Sinne des Für noch des Wider irgendwie beweisend.

Schließlich rückt Heinemann aber doch der eigentlichen Frage zu Leibe. Er will den Gegnern den sofortigen Beitritt zum Völkerbund, auch wenn dieser mit dem einstweiligen Ausschluß der besiegten Mittelstaaten nur eine unzulängliche Lösung darstelle, dadurch mundgerecht machen, daß er zwei geschichtliche Tatsachen aufzeigt, die eine solche Behandlung des deutschen Volkes als nicht unverdient hinstellen sollen. Von vornherein wird

Digitized by Google

man überrascht sein, daß sich diese Beweisführung auf der Ausdeutung der literarischen Aeußerungen zweier einzelner Menschen gründet. Aber sehen wir einmal von ab, daß es unstatthaft ist, auf einem so leichten Unterbau ein so schweres Anklagesystem zu errichten. Was hat es mit diesen beiden geschichtlichen Beweistatsachen auf sich?

Einmal, so berichtet Heinemann, hat im Jahre 1815 Karl Christian Friedrich Krause, der als ein „angesehener deutscher Völkerrechtslehrer" eingeführt wird, den man besser noch als einen der bekanntesten Vertreter der idealistisch-romantischen philosophischen Schule bezeichnet, ein Programm aufgestellt, das zwar theoretisch einen europäischen Völkerbund entwickelt, aber „mit heute verglichen in vertauschter Rolle" Frankreich davon ausschließt, und der deutsche Philosoph wird deswegen „der unblutige Rächer gegen Napoleon" in der besonderen Beziehung zu der Revanche, die Deutschland im Pariser Frieden für die jahrelange ihm von Frankreich auferlegte Demütigung nahm, hingestellt. Diese Behauptungen beziehen sich offenbar auf den „Entwurf eines europäischen Staatenbundes", den Krause im Frühjahr 1814 (nicht 1815) in den „Deutschen Blättern" veröffentlicht hat, aber von ihnen allen hält nur die in bezug auf Deutschlands Demütigung der Kritik stand. Es ist mir zunächst unbegreiflich, wie über die hier berührten Dinge gesprochen werden kann, ohne zugleich zum Ausdruck zu bringen, daß es sich dabei um eine Stellungnahme handelt, an der alle Völker der Erde (ausgenommen natürlich das französische) teilhatten, daß die berechtigten Wünsche des deutschen Volkes im Geiste der sogenannten Konvienzpolitik vielmehr unerfüllt blieben und daß die Pariser Friedensschlüsse von 1814 und 1815 das genaue Gegenteil des Versailler Friedens von 1919 waren. Will man aber auf dieser korrigierten Grundlage die Parallele von 1814/15 zu 1919/20 ziehen, so wäre das nur möglich in der Identifizierung Wilhelms II. und Napoleons I. Ich weiß wohl, daß gerade diese Vergleichung ein beliebtes Beweisstück der ententistischen Hetzpropaganda für die Notwendigkeit der Niederwerfung Deutschlands gewesen ist, doch kann ich nicht glauben, daß jetzt, 1½ Jahre nach Beendigung des Krieges und angesichts des schrankenlosen Waltenlassens eines gegen Deutschland gerichteten Imperialismus, diese wissenschaftlich überhaupt nicht ernst zu nehmende These in einem neutralen Lande noch Anhänger findet.

Aber mehr noch. Krause hat sich in seiner Abhandlung gar nicht in dem Sinne, wie Heinemann es darstellt, für den Ausschluß Frankreichs aus dem erstrebten Völkerbunde ausgesprochen. Es wäre das für einen Denker von vornherein auffällig, der in seinem Werke „Das Urbild der Menschheit" vom Jahre 1811 den Gedanken eines freien und umfassenden Menschheitsbundes in beinahe metaphysischer, vom Geiste der Völkerversöhnung getragener Lauterkeit entwickelt. Wie in einem früheren Falle an den

Digitized by Google

von Napoleon beherrschten Rheinbund, so knüpft der deutsche Philosoph in der veränderten Weltlage nur realpolitisch an das gegen das napoleonische Frankreich gerichtete allgemeine Bündnissystem an, um von dieser Grundlage her der Verwirklichung des reinen Völkergemeinschaftsideales näherzukommen. Er rühmt es als die Stärke dieser auf das ganze nichtfranzösische Europa sich erstreckenden Allianz, daß keine Macht der Erde da sei, die den Bund trennen könne oder deren Beitritt noch unumgänglich nötig sei, um ihn gegen äußere Angriffe durchzusetzen und zu behaupten, und er fügt die nicht mißzuverstehende Bemerkung hinzu: „Schließt sich Frankreich dem Bunde an, desto besser zu dessen eigenem weiteren Gedeihen; sicherlich aber ist nur in einem Staatenbunde das zuverlässige Mittel gegen Frankreichs, durch eine lange Reihe von Jahrhunderten bewährt gefundene Eroberungssucht zu finden." Hat diese Stellungnahme Krauses nach den Vorgängen der Jahre 1812 bis 1814, nach den ungeheuren Ausschweifungen eines gewalttätigen und machthungrigen Universalismus irgendwie den Charakter der Gehässigkeit und Unversöhnlichkeit? Nein, dieser deutsche Denker war etwas ganz anderes, als was Heinemann aus ihm macht, und alle an seine Person geknüpften Parallelen sind schief und unhaltbar.

In noch gesteigertem Maße aber gilt diese Feststellung von dem zweiten Argument, mit dem bewiesen werden soll, daß Deutschland keinen Grund hat, über seine einstweilige Fernhaltung vom Völkerbunde Klage zu führen. Man traut seinen Augen nicht, wenn man in diesem Zusammenhange Friedrich Naumanns „Mitteleuropa" von 1915 aufmarschieren sieht, das Heinemann als „einen sogenannten Völkerbund" bezeichnet, und das ihm „eine für die anderen, nicht eingeladenen Nationen fatale Wiederkehr der heiligen Allianz" ist. Gröblicher kann das von Naumann herbeigewünschte mitteleuropäische Gebilde nicht mißverstanden werden, und es scheint schier unbegreiflich, daß dieses konstruktive Programm — mehr war es ja nicht — mit dem Völkerbund, wie er nun verwirklicht werden soll, überhaupt in Ideenzusammenhang gebracht werden soll. Denn Naumanns „Mitteleuropa" hat mit dem Solidaritätsgedanken nicht das mindeste zu tun, sondern war als eine Interessengemeinschaft, die von vornherein auf eine bestimmte Zahl von Nationen beschränkt sein sollte, und als ein Gegengewicht gegen die bereits vorhandenen Weltimperien gedacht. Der Schweizer mag sich aus einem anders gearteten Interessenkreis heraus dieses Planes ungern erinnern; von einem „Staatenaufsaugungsprogramm" sollte auch er nicht sprechen, wenn er nicht den Vorwurf der Voreingenommenheit auf sich laden will. Das besondere Kennzeichen der Naumannschen Konstruktion war doch und darauf beruhte sein Irrtum, daß er im Sinne der Völkerversöhnung die schöne Hoffnung nährte, grundverschiedene Nationen mittels freiwilliger Einfügung nicht nur politisch-

Digitized by Google

wirtschaftlich, sondern auch seelisch auf einen Nenner bringen zu können. Für den tiefer blickenden Betrachter erscheint das mitteleuropäische Programm von 1915 keineswegs von vergewaltigenden Tendenzen bestimmt, sondern im Gegenteil von edlen und versöhnlichen Motiven beeinflußt und es ist eine ungeheuerliche Verkennung der geschichtlichen Voraussetzungen, wenn Heinemann diese ungenügend erfaßten oder mißverstandenen Aeußerungen Krauses und Naumanns als mildernde Umstände für die Brutalisierung Deutschlands durch die Entente in Anrechnung bringt, so weit gehend, daß er abschließend erklärt: „Das Deutschland von 1815 und 1915 stand dabei den verhaßten Franzosen Modell!“

Es ist nicht anders: keine noch so gewendete Argumentation kann die Tatsache aus der Welt schaffen, daß das besiegte Deutschland von seiten der ententistischen Sieger eine Behandlung erfahren hat, wie sie in der neueren Geschichte ohne Beispiel ist, und der einstweilige Ausschluß Deutschlands von dem in Versailles einseitig beschlossenen Völkerbund kann nur durch die Auswirkung eines rücksichtslosen Siegerwillens erklärt werden. Die Grundsatz- und Zweckmäßigkeitsfrage, ob die Schweiz diesem Völkerbund beitreten soll oder nicht, ob ein solcher Beitritt ihrem und dem allgemeinen Besten dient oder nicht, soll wie gesagt hier völlig unerörtert bleiben. Aber die dringende Bitte darf der Reichsdeutsche wohl zumal an die Neutralen der Kriegszeit richten, bei der Entscheidung über diese schwerwiegende Frage sich der gegen Deutschland gerichteten parteiischen Beweisführung und Stimmung der ehemaligen Feinde ein für allemal zu enthalten. Im Grunde wird das deutsche Volk ja nur dafür bestraft, daß es zu gläubig war. Am allerwenigsten aber sollte mit geschichtlichen Argumenten verfahren werden, die so brüchig sind wie die von Heinemann vorgebrachten. Ihn und seine Gesinnungsgenossen möchte ich zur Richtigstellung seines offenbar bestehenden ungünstigen Urteiles über die Befähigung der nichtschweizerischen Deutschen zu völkergemeinschaftsmäßigem Denken und Wollen angelegentlich auf das jüngst erschienene Werk Veit Valentins „Geschichte des Völkerbundgedankens in Deutschland“ verweisen, das den großen Anteil des deutschen Volkes an der Entwicklung des Völkerbundgedankens klarlegt.

Notizen

Dittmanns Bericht über Sowjetrußland. Wir haben schon in der letzten Nummer der „D. P.“ die Berichte gewürdigt, die von den Vertretern der „Unabhängigen Sozialdemokratie“ über ihre Moskauer Eindrücke veröffentlicht werden. Am wichtigsten sind die des ehemaligen revolutionären „Volksbeauftragten“ Wilhelm Dittmann, weil sie neben der Parteitaktik auch Material mitteilen. Den Lesern der „D. P.“ ist seine Darstellung, die auf weite Kreise offenbar wie eine „Enthüllung“ wirkte, keine Ueberraschung, sondern eine Bestätigung der mannigfachen Mitteilungen, die an dieser Stelle gemacht werden

Digitized by Google

konnten; wir bringen ein Stück davon zum Abdruck, nicht nur um des Verfassers willen, sondern weil in knapper Eindringlichkeit wichtige Tatsachen festgehalten sind:

Die allgemeine Wehrpflicht ist wieder eingeführt, Deserteure werden erschossen. Ebenso ist das Wirtschaftsleben militarisiert, Arbeiter und Angestellte dürfen nicht streiken, sonst werden sie als „Deserteure der Arbeitsfront" in Konzentrationslagern zur Arbeit gezwungen. Für Frauen besteht die Arbeitspflicht vom 18. bis zum 40., für Männer vom 18. bis zum 50. Lebensjahre. In den Betrieben ist die Herrschaft der Betriebsräte längst beseitigt. Der Betrieb untersteht einer Verwaltung, die von oben eingesetzt wird. Die Betriebsräte haben nur für soziale Fürsorge, Arbeitsdisziplin und Parteiagitation zu sorgen, in die Betriebsverwaltung aber haben sie nicht dreinzureden, sie sind nur Hilfsorgane der Kommunistischen Partei und der Staatsbureaukratie. Das gleiche gilt von den Gewerkschaften. Alle Arbeiter eines Betriebes sind zwangsweise Gewerkschaftsmitglieder. Die Beiträge werden vom Lohn abgezogen.

Da das Mitgliedsbuch der Kommunistischen Partei als Anwartschaft auf irgendein Amt in der Sowjetbureaukratie angesehen wird, drängen sich unausgesetzt zweifelhafte Elemente in die Partei, die man durch summarische Reinigungen in periodischen Abständen wieder auszuscheiden sucht, wobei rein willkürlich verfahren wird. Ein Teil der alten Beamten und der Intellektuellen, Angestellten, Kaufleute usw. sucht, vom Hunger getrieben, in den vielen Bureaus der Sowjetregierungen Unterschlupf und treibt dort vielfach Sabotage. Von den Mitgliedern der „Kommunistischen Partei" ist der größte Teil in irgendeiner Sowjeteinrichtung angestellt. Nach der letzten offiziellen Statistik des Zentralkomitees der Partei waren von den 604 000 Mitgliedern, die sie in ganz Rußland zählt, nur noch 70 000, d. h. 11 Prozent, als Arbeiter tätig! Von den übrigen 89 Prozent der Mitglieder sind tätig: 36 000 (6 Prozent) als Parteibeamte, 12 000 (2 Prozent) als Gewerkschafts- und Genossenschaftsbeamte, 162 000 (27 Prozent) als Militärbeamte und Soldaten, 318 000 (53 Prozent) als Staats- und Munizipalbeamte und 6000 (1 Prozent) als Handlungsgehilfen. Die ganze Partei verwandelt sich also allmählich in ein Heer von Bureaukraten, das mit seiner Existenz unmittelbar an der Aufrechterhaltung der Diktatur interessiert sei. Man spricht bereits von der neuen „Sowjetbourgeoisie". In Moskau zählt man kaum 100 000 Arbeiter, aber 230 000 Sowjetbeamte und -beamtinnen aller Grade. Es geht dabei ähnlich wie bei unseren Kriegsgesellschaften. Mir wurde gesagt, wo früher 10 bis 12 Beamte gefaulenzt hätten, dort ständen sich jetzt 60 bis 80 gegenseitig im Wege. Ueber die Schwerfälligkeit und Langsamkeit des Instanzenweges geraten selbst die geduldigsten Moskauer in Verzweiflung, denen das Wort, daß Zeit Geld ist, kaum bekannt zu sein scheint. Unfähigkeit, Sabotage und Korruption sucht man vergebens aus diesem riesigen bureaukratischen Apparat auszuschalten.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt. Redaktion: Schöneberger Ufer 36a I. Telephon: Nollendorf 928. Für Anzeigen: Werbedienst G. m. b. H., Berlin W 35, Lützowstr. 102/4. Verlag: Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 90. Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt 10 M. Einzelnummer 1 M. Druck von Paß & Garleb G. m. b. H., Berlin W 57. Bülowstraße 66.

Digitized by Google

Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart, Berlin

Kürzlich erschien:

Ernst Zahns

neuer Novellenband

Der sinkende Tag

Sechs Erzählungen / Gebunden M 16.—

Der reifen Erzählungskunst des Dichters ist es zu danken, daß die Menschenschicksale, die sich hier vor uns abspielen, auch dann unsere volle Teilnahme wecken und festhalten, wenn sie ohne gewaltsamen dramatischen Abschluß verlaufen. Allgemeingültiges, wie das Geschehen im „Hause des Witwers", wird durch die intime Erfassung der Charaktere und Zustände etwas durchaus Individuelles; oder in eine ganz einfache bürgerliche Umwelt wird eine Gestalt von fremdartigem, schicksalsschwerem Zauber hineingestellt („Anna Kaulen"). Seine besondere farbige Belebung erhält der Band durch zwei historische Novellen, die beide das jeweilige Zeitkolorit mit der historischen Stimmung und dem rein menschlichen Gehalt glücklich vereinen. Im ganzen also wieder eine reiche, bedeutsame Gabe des Schweizer Dichters!

* * *

Durch alle Buchhandlungen zu beziehen

Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart, Berlin

Kürzlich erschien:

Eynars Töchter

Roman von

Georg Speck

Gebunden M 16.—

Ein Roman-Idyll von ganz eigenem Zauber: Die Schicksale der drei Töchter des Arztes Eynar, unter sich so verschieden wie die Charaktere der Mädchen selbst, bewegen sich auf dem Hintergrund einer prächtig gelegenen altertümlichen Kleinstadt der deutschen Schweiz. Die malerischen Gassen, die alten Häuser und Gärten der kleinen Stadt bilden eine seltsam suggestive Atmosphäre; alle Menschen sind außerordentlich frisch und individuell gestaltet. Mit der herzlichsten Anteilnahme verfolgt der Leser den Gang der Handlung und behält am Ende einen reinen, wohltuenden Nachklang zurück.

*

Durch alle Buchhandlungen zu beziehen

Unser Feld
ist die Werbung in jeder Gestalt:

BILD
WORT

BAU
FILM

DRUCK
SCHRIFT

Berlin W 35
Lützowstraße 102—104

Werbedienst

München
Kaufingerstraße 23
gegenüber den Frauentürmen

Digitized by Google

AUSLANDSPOST

Politik des Auslands, Kultur und Weltwirtschaft

Einzeln 90 Pfg. Erscheint wöchentlich Vierteljährlich 9 M.

Die Aufgabe

UNSERE Wochenzeitung stellt sich eine Aufgabe, die in ihrer Einfachheit und Klarheit ohne weiteres einleuchtet. Sie legt dem deutschen Leser die wichtigsten Äußerungen der ausländischen Presse in wortgetreuer Übersetzung vor — aus einer Masse von Zeitungen aller Länder, die der Einzelne niemals, bei dem jetzigen Stand der Valuta weniger als je, zu verfolgen vermag, und in einer Vollständigkeit der Uebersetzung, die kein anderes Organ in Deutschland liefert.

Aus den eingegangenen Urteilen:

ULRICH RAUSCHER, Ministerialdirektor, Leiter der Nachrichtenabteilung im Auswärtigen Amt, Berlin: „Die Auslandspost wird seit ihrem Erscheinen durch die Lektorate des Auswärtigen Amtes verfolgt. Sie erscheint besonders durch ihre ansprechende Form und die geschickte Zusammenstellung recht geeignet, den Interessenten wichtige Pressestimmen des Auslandes nahe zu bringen."

MAXIMILIAN HARDEN: „Dieses Unternehmen scheint mir ungemein nützlich, scheint mir so nahe dem heute für uns Wichtigsten, daß ich hoffe, auch die Ausgestaltung ins ganz Internationale (also nicht in Deutschland begrenzt) wird sich „von selbst" ergeben. Glückauf!"

Geheimrat Prof. Dr. LUJO BRENTANO: „Ich kann Ihnen nur Beifall spenden. Möge Ihr Unternehmen in jeder Hinsicht gedeihen. Es ist dringend nötig, daß das deutsche Volk über das Ausland besser als bisher orientiert werde."

Man abonniere bei den Buch- und Zeitschriftenhandlungen, bei der Post oder unmittelbar beim Verlag

VERLAG „DER NEUE MERKUR"

MÜNCHEN / THERESIENSTRASSE 12

Digitized by Google

Deutsche Politik

Verkehrswissenschaftl. und Wirtschaftsgeo
Seminar der Handels-Hochschule Mannh

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Inhalt:

Politische Glossen 353
Rohrbach, Der Diebstahl des Saarbeckens 355
Schmidt, Das Ende einer Illusion 359
Brockhausen, Die Zukunft der Deutschösterreicher . . 362
Steier, Franzosen und Tschechen 368
Fischer, Wie lange noch? 371
Eimer, Patriotisch — nationalistisch — national . . . 373

Preis vierteljährlich M 10.–, das einzelne Heft M 1.–

5. Jahrgang 17. September 1920 Heft 38

Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart-Berlin

Google

Soeben erscheint:

Erlebnisse im Weltkrieg

von

Reichsfinanzminister a. D. **M. Erzberger**

Geheftet M. 28.— in Halbleinen M. 38.—

Jedermann weiß, daß Erzberger den wichtigsten politischen Vorgängen im und nach dem Krieg wie kaum ein anderer nahegestanden hat; sein Buch, das eine Menge neuer und wertvoller Aufschlüsse bringt, wird daher größtes Aufsehen erregen und über die Bedeutung des Tages hinaus als einer der wichtigsten Beiträge zur Geschichte der letzten Jahre dauernden Wert behalten.

Inhaltsverzeichnis:

Meine Propagandatätigkeit — Vor Italiens Eintritt in den Weltkrieg — Im Vatikan — Beim Kaiser — In Konstantinopel — Die Armenierfrage — Heilige Stätten in Jerusalem — Bulgarien — Rumänien — In Wien — Die Römische Frage — Die Freimaurerei — Elsaß-Lothringen — Polen — Litauen — Belgien — Die U-Boot-Frage und Amerikas Kriegseintritt — Friedensbemühungen — Die Friedensresolution des Reichstags — Die päpstliche Friedensvermittlung — Der Uebergang zum parlamentarischen Regime — Der militärische Zusammenbruch — Der Gang nach Compiègne — Der Waffenstillstand — Der Kampf um den Friedensschluß.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart, Berlin.

Digitized by Google

5. Jahrgang * 17. September 1920 * Heft 38

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Oberschlesien ist durch den Vertrag zwischen den deutschen und polnischen Parteien nur oberflächlich beruhigt. Die Entdeckung scheußlicher Mordtaten erregt die deutsche Bevölkerung, und die Gerüchte wollen nicht verstummen, daß die Polen, unter Duldung der Interalliierten Kommission, gewaltsam sich in den Besitz des Landes zu setzen; es bleibt Grund genug, der Loyalität des französischen Kommissars zu mißtrauen. Der Termin der Abstimmung steht immer noch nicht fest. Inzwischen scheint man sich in Berlin zwischen Reichsministerium und preußischer Staatsregierung einig geworden zu sein über die staatsrechtliche Stellung des Gebietes. Es soll die Möglichkeit erhalten, nicht nur Provinz im preußischen Staatsverband zu sein, sondern sich zum „Land" im Sinne der Reichsverfassung zu entwickeln, sobald die staatsrechtlichen Voraussetzungen des Artikels 18 gegeben sind, also frühestens zwei Jahre nach Friedensschluß. Diese Lösung gibt Oberschlesien eine größere Selbständigkeit, als sie von Polen gewährt werden kann; es erscheint nur bedauerlich, daß man sich offenbar erst unter dem Druck dieser Wochen entschlossen hat, sie offen anzuerkennen und auszusprechen.

*

In der Arbeiterbewegung von Norditalien mischen sich wirtschaftliche und politische Ziele. Die Besetzung der Fabriken sollte dem Versuch der Unternehmer zuvorkommen, mit Aussperrungen und Entlassungen die Rentabilität ihrer Betriebe zu sichern. Der Machtvorgang schien die Stellung der Arbeiterschaft zu sichern. Zunächst macht diese auch den Versuch, in gegenseitiger Unterstützung mit Rohstoff und Halbzeug die Produktion aufrechtzuerhalten. Aber das ist offenbar nur ein Zwischenspiel. Dieser genossenschaftliche Kapitalismus reicht nur solange, als Vorräte und Gelder vorhanden sind, findet dann aber sein Ende in der Kreditfrage. Die Gewerkschaften wissen das auch und beginnen deshalb mit dem Versuch der Vermittlung, unter freundlicher Teilnahme der Regierung;

Digitized by Google

Giolitti selber, der das italienische Unternehmertum an sozialistische Neubildungen gewöhnen will, bleibt zurückhaltend. Selbstverständlich melden sich aber auch hier die Bewegungen, die diesen Lohnkampf politisch vorantreiben wollen, zu einer Machtprobe des sozialistischen Proletariats. Man weiß, daß, unter der Auswirkung der Kriegsnöte, die italienische Sozialdemokratie, neuen Führern folgend, mit Moskau liebäugelt. Aber wenn auch im momentanen politischen Ausbruch der Enttäuschungen möglich wäre, Italien ist viel zu sehr von England und Amerika wirtschaftlich abhängig, um sich politische und wirtschaftliche Formen gestatten zu können, die man in London und New York nicht schätzt. Die Vorgänge dieser Wochen sind wichtig als Symptom, aber kein Anfang sozialer Neubildungen.

*

Die baltische Konferenz in Riga scheint einen Ostseebund geschaffen zu haben, ähnlich der zwischen Tschechien, Südslawien und Rumänien geplanten sogenannten „kleinen Entente". Das Bündnis dürfte zweierlei Ziele verfolgen: erstens gemeinsame Sicherung gegen Räterußlands Expansionsdrang, und zweitens wirtschaftliche Zusammenarbeit, um dem Druck der großen Entente etwas mehr Widerstand entgegensetzen zu können. Sowohl in dem estnischen, als dem lettischen Parlament ist in letzter Zeit, besonders von radikaler Seite, manch scharfes Wort gegen die Ententemächte gefallen, die sich nach Ansicht dieser jungen Staaten allzu ungeniert in deren innere Angelegenheiten hineinmischen.

*

Neben dem Kampf mit Räterußland ist Polen auch in Händel mit Litauen geraten. Zwar wird schon von beiden Seiten geschossen, und man macht sich gegenseitig die Grenzgebiete streitig, zu einer Kriegserklärung ist es dennoch nicht gekommen, und scheint es auch dazu nicht kommen zu sollen, weil das weder Frankreich noch England zulassen will. Unter dem Druck dieser beiden Staaten scheint Polen sogar bereit, in der Frage Wilna und Suwalki nachzugeben, wenigstens melden die litauischen Blätter, daß ihre Regierung endlich in die Hauptstadt Wilna einziehen werde, die bisher abwechselnd von Bolschewisten oder Polen besetzt war. Trifft diese Nachricht zu, so wäre damit eine Streitfrage aus der Welt geschafft, die während des Weltkrieges der deutschen Diplomatie viel Kopfzerbrechen gemacht hat.

*

Digitized by Google

Der Diebstahl des Saarbeckens

Von Dr. Paul Rohrbach

Vor mir liegt ein Artikel von André Tardieu in der Zeitschrift „L'Illustration" vom 12. Juni dieses Jahres mit der Ueberschrift: „Le Bassin de la Sarre." Er hat Bedeutung genug, um inhaltlich dem deutschen Leser wiedergegeben zu werden; aber indem ich nach einer Kennzeichnung für ihn suche, finde ich bei allem Bemühen um Objektivität keine andere als diese: Diebstahl, Diebstahl des Saarbeckens! Man weiß ja, daß Tardieu zu den Führern der französischen Beraubungs- und Vergewaltigungspolitik gegen Deutschland gehört, und daß ihn keine Skrupel noch Zweifel in bezug auf die Theorie plagen, ein gegebenes Wort müsse gehalten werden, auch dem Feinde gegenüber. Was er aber hier über den Vorgang erzählt, wie das Saarbecken in Versailles von Deutschland abgerissen wurde, ist von einem solchen Zynismus, daß man fragt: Wie erklärt sich diese Art von brutaler Offenheit über die Methode des Diebstahls? Ich weiß es nicht, aber ich lasse Tardieu reden. Er beginnt, nach einigen einleitenden Sätzen, folgendermaßen:

Auf der einen Seite beanspruchten wir kraft des historischen Rechts und des Volkswillens die nach ihrem Ursprung und nach ihrer Neigung französische Bevölkerung, die 1814 bei uns belassen und durch den Vertrag von 1815 uns genommen wurde. Auf der anderen Seite verlangten wir kraft des Rechts der Wiedergutmachung das Eigentum an den Bergwerken des Saargebiets, als gerechte Entschädigung für die systematische Zerstörung unseres Kohlengebiets im Nord und Pas-de-Calais durch den deutschen Generalstab. Die Geschichte und die Gerechtigkeit, das Gefühl und die Billigkeit vereinigten sich, um unsere doppelte Forderung zu rechtfertigten. Als man aber auf Grund der Karte zu ihrer territorialen Anwendung kam, hörte die Uebereinstimmung auf. Auf der einen Seite gab uns die Grenze von 1814 nur einen Teil des Kohlenbeckens, und zwar den weniger wichtigen. Auf der anderen Seite schloß dieses Becken . . . nur einen Teil des obengenannten Gebietes ein. Mit anderen Worten unsere Forderungen über der Erde deckten sich nicht mit unseren Forderungen unter der Erde.

Wir übergehen die schamlose Gewaltsamkeit, mit der hier als Ersatz für die zeitweilige Unbrauchbarmachung des nordfranzösischen Kohlenbeckens das dauernde Eigentum am deutschen Saarbecken als selbstverständlich gefordert wird. Tardieu beginnt dann sofort mit der Behauptung, das Gebiet, das 1815 von Frankreich getrennt wurde, habe niemals aufgehört, sich nach Frankreich zurückzusehnen; trotz der „preußischen Okkupation", trotz der fortgesetzten Teilungen, die an die „Teilungen Polens" erinnerten. Es sei „— en grande partie — français de coeur" geblieben. Das „großenteils" soll Einschränkung sein, aber es ist eine durchaus heuchlerische Einschränkung. Im Jahre 1918 gab es, und das mußte Politikern wie Herrn Tardieu bekannt sein, in dem Teil des Saargebiets, der 1815 von Frankreich abgetrennt worden war, überhaupt keine nennenswerten

Digitized by Google

Erinnerungen mehr an die französische Zeit, oder gar „Sehnsucht“ nach Frankreich. Weder in Saarlouis noch in Landau noch in irgendeinem anderen der in Frage kommenden Orte wurde französisch selbst nur von einem kleinen Teil der Bevölkerung als Muttersprache gesprochen, oder bestand auch nur der leiseste Wunsch, an Frankreich zu kommen. Daß man, als die Franzosen im November 1918 einrückten, sich ein paar gegenteilige Stimmen bestellen oder solche fabrizieren konnte, ist selbstverständlich; Herr Tardieu weiß am besten, wie man so etwas macht. Wie jedermann weiß, handelt es sich um altes, deutsches Reichsgebiet, das auf dem Wege der Gewalt im 18. Jahrhundert vorübergehend an Frankreich gekommen war. Franzosen oder Menschen französischer Abstammung haben dort nie gewohnt, außer Beamten und Militärs, die zur französischen Zeit vorübergehend hinkamen. Wer das alles nicht weiß, ist von einer lächerlichen Unwissenheit, und wer es nicht wissen will, ist illoyal und parteiisch befangen.

Hören wir weiter. Tardieu erzählt, am 27. und 28. März 1920 sei die Frage des Saarbeckens vor den Rat der Vier gekommen. Berichterstatter waren M. Loucheur und Tardieu selbst. Lloyd George war günstig für Frankreich gestimmt in bezug auf das Eigentumsrecht an den Gruben. Er hielt auch die Einrichtung des Saargebiets als eines politisch autonomen Bezirkes für erwägenswert. Die Grenze von 1814 aber beunruhigte ihn und er repetierte seine gewöhnliche Formel: „Wir wollen nicht den Fehler wiederholen, den Deutschland 1871 im Namen des historischen Rechts beging.“ Der Präsident Wilson ging weiter und verurteilte die französischen Ansprüche im ganzen. Er akzeptierte nur, daß Frankreich im Saargebiet sich soviel Kohlen nehmen solle, wie ihm gegenüber seiner Produktion in der Vorkriegszeit fehlten. Das Eigentum an den Gruben, die Grenze von 1814 und die Autonomie des Saargebiets schied er aus. Seine These war:

Niemals, in keinem öffentlichen Dokument, hat Frankreich die Grenzen von 1814 verlangt. Die von ihm angenommenen Friedensgrundlagen sprechen von der Wiedergutmachung des Unrechts, das es 1871 erlitten hat, nicht 1815. Das ist die alliierte Basis. Das geschichtliche Argument, das Deutschland gegen Frankreich brauchte, um ihm Elsaß-Lothringen zu entwenden, ist ein gefährliches Argument. Außerdem entspricht die Grenze von 1814 nicht den wirtschaftlichen Tatsachen. Sie wird das Becken ruinieren, indem sie es entzweischneidet, ohne die Kohle für Frankreich zu sichern. Eine Landabtretung ohne sofortige Volksabstimmung ist unter diesen Umständen unzulässig. Es gibt kein intelligenteres Volk als das französische. Wenn ich ihm offen meine Anschauung auseinandersetze, so fürchte ich mich nicht vor seinem Urteil. Ich denke so hoch von dem Geist des französischen Volkes, daß ich glaube es wird stets einen Grundsatz annehmen, der auf Gerechtigkeit gegründet ist und gleichmäßig angewendet wird. Ich glaube nicht, daß dieses Problem mit dem von Elsaß-Lothringen verglichen werden kann. Ein halbes Jahrhundert hat die Welt auf Elsaß-Lothringen geblickt, und ein halbes Jahrhundert hat sie nicht daran gedacht, es als deutsches Land zu betrachten. Die Frage der Grenze von 1814 hat nicht denselben Charakter. Ich bin bereit, Frankreich den Gebrauch der Gruben für eine

Digitized by Google

bestimmte Zeit zuzugestehen Da aber nicht davon die Rede sein kann, die lokalen Industrieen der Kohle zu berauben, so scheint mir die Frage des Eigentums an den Gruben rein sentimentaler Natur zu sein. Ich bedaure diesen Widerspruch erheben zu müssen und ich bitte um Entschuldigung Es ist mir peinlich, Frankreich zu opponieren, aber ich kann nicht anders handeln, ohne meine Pflicht zu verletzen

Das klang ganz gut und verständig. Selbstverständlich war es nur eine Rede ohne reale Bedeutung. Was Wilson tat, nachdem er so geredet hatte, das kann sich jeder denken, der die ebenso kurze wie treffende Charakteristik des Präsidenten kennt, die Keynes gegeben hat: Halb Don Quijote, halb blinde Kuh! Die Pose des Nichtanderskönnens war die von Wilson = Don Quijote; die des natürlich Auchanderskönnens war die von Wilson = blinde Kuh. Clémenceau erwiderte dem Präsidenten in folgender Rede:

Ich muß einen großen Vorbehalt machen: Sie lassen das Gefühl und die Erinnerung fort. Die Welt wird nicht durch reine Prinzipien geleitet. Sie erklären sich bereit, uns Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, was den wirtschaftlichen Gesichtspunkt betrifft, und ich danke Ihnen dafür. Aber die wirtschaftlichen Notwendigkeiten sind nicht alles. Die Geschichte der Vereinigten Staaten ist ruhmvoll, aber kurz. Hundertzwanzig Jahre sind für Sie eine sehr lange Zeit. Für uns ist es wenig.' Wir haben unsere Geschichtsauffassung, die nicht ganz dieselbe sein kann, wie die Ihrige. Unsere Prüfungen haben bei uns ein tiefes Gefühl für die Wiedergutmachungen geschaffen, die man uns schuldet. Es handelt sich nicht allein um materielle Wiedergutmachung. Das Bedürfnis nach moralischen Wiedergutmachungen ist ebenso groß. Ich weiß alles, was Sie für den Sieg getan haben, aber ich glaube, Sie werden nichts verlieren, wenn Sie in dieser Frage ein Gefühl anerkennen, das von anderer Art ist, als Ihre Prinzipien, aber nicht weniger tief. Als jene jungen Leute, La Fayette und Rochambeau, den Amerikanern zu Hilfe kamen, die für ihre Unabhängigkeit kämpften, da waren es weder die kalte Vernunft, noch Kriegstaten zuletzt doch gewöhnlicher Art, die die Erinnerungen geschaffen haben, die an ihrem Eingreifen hängt. Es ist ein Eindruck, es ist ein tiefes Gefühl, das für immer unsere beiden Völker verbunden hat. Ich bin ein alter Mann. In einigen Monaten werde ich das politische Leben für immer verlassen haben. Meine persönliche Uninteressiertheit ist absolut. Ich werde vor dem Parlament die Beschlüsse vertreten, zu denen wir miteinander kommen werden, aber wenn Sie heute nicht auf mich hören, so werden Sie eine Gelegenheit verlieren, einen Ring mehr in die Liebeskette einzuschmieden, die Frankreich und Amerika verbindet. Es gibt dort (im Saargebiet) wenigstens 150000 Menschen, die Franzosen sind. Diese Menschen, die seit 1918 Adressen an den Präsidenten Poincaré geschickt haben, besitzen auch einen Anspruch auf Gerechtigkeit. Sie wollen die Rechte der Deutschen respektieren; ich auch. Aber berücksichtigen Sie das Recht dieser Franzosen, wie Sie das geschichtliche Recht Böhmens und Polens berücksichtigen wollen.

Es ist kaum nötig, nun noch viel aus dem Tardieuschen Artikel wiederzugeben. Mit diesem Appell an die Unwissenheit und die haltlose Psyche des Präsidenten Wilson, mit dieser groben und nichts weniger als gutgläubigen Unwahrheit, daß es im Saargebiet „150 000 Franzosen"(!) gäbe, ist der Diebstahl an der Saar zustande gebracht worden. Was die Adressen an Poincaré bedeuteten, weiß man; sie waren gemacht. Tardieu

Digitized by Google

erzählt ausführlich den weiteren Gang der Verhandlungen, wie Lloyd George und wie Wilson bearbeitet wurden, wie die Projekte wechselten, wie die Aussichten Frankreichs auf den vollständigen Raub bald stiegen, bald fielen. Auch die Bemühungen Tardieus selbst werden nicht unter den Scheffel gestellt. Die französischen Schriftsätze für den Rat der Vier arbeiteten unausgesetzt mit der Lüge, die französische Regierung stelle fest und müsse darauf beharren, daß es im Saargebiet „zuviel französische Elemente" gebe, die jetzt (maintenant) zu Frankreich neigen, um auf das Recht der Vereinigung des Landes mit Frankreich zu verzichten. Das äußerste französische Zugeständnis sei Volksabstimmung nach 15 Jahren, da in kürzerer Zeit die Wirkungen der „preußischen Unterdrückung", die die Bevölkerung „hundert Jahre lang erlitten hat" nicht ausgeglichen werden könnten. Solange habe der „Schrecken" (la terreur) sie regiert. Am 9. April war Wilson besiegt. Am 10. April morgens wurde der Text, der den Saardiebstahl kodifizierte, dem Rat der Vier vorgelegt und von ihm angenommen. Das Saargebiet kam unter den Völkerbund, nominell; tatsächlich unter die uneingeschränkte französische Gewaltherrschaft. Die Entwicklung im übrigen ist bekannt. Tardieu sagt zum Schluß, die Entscheidung der Saarfrage sei von rechts und links kritisiert; den einen sei zuviel, den andern zu wenig erreicht worden. Leider habe man die Volksabstimmung nach fünfzehn Jahren hineinnehmen müssen. Warum nach fünfzehn Jahren? „Weil eine sofortige Abstimmung, nach hundert Jahren künstlicher Einwanderung und preußischer Unterdrückung, notwendig falsch ausgefallen wäre." Das ist Herrn Tardieus Schluß. Ich kann nur wiederholen: Mir sind nicht viel Dokumente eines derartigen politischen und moralischen Zynismus vor Augen gekommen, wie dieser Artikel in der „Illustration". Er übertrifft noch das berüchtigte Buch des Majors Jaquot: „General Gerard und die Pfalz"*). Der Geist ist derselbe, bei Jaquot und bei Tardieu, aber Tardieu ist der Meister. Mit solchen Mitteln ist gearbeitet worden, um Deutschland zu berauben. Mit einer so abgründigen Unwissenheit der übrigen Mitglieder des Rats der Vier über die Geschichte, die Geographie und die Volkskunde im deutsch-französischen Grenzgebiet durften die Herren Clémenceau, Tardieu, Loucheur und Genossen rechnen. Diese Unwissenheit haben sie sicher nicht geteilt, das ist unmöglich, aber sie haben sich nicht geschämt, sie zu benutzen. Mehr zu sagen ist nicht nötig, weder an die Adresse von Herrn Tardieu noch an die Adresse von Herrn Wilson oder Lloyd George.

*) Es ist in deutscher Uebersetzung herausgegeben und mit einer sehr guten Einleitung versehen von Dr. Ritter-Mannheim; Verlag von Julius Springer, Berlin W. Wer die Methoden französischer Raubgier und Schamlosigkeit in voller Figur kennen lernen will, der greife danach!

Digitized by Google

Das Ende einer Illusion

Von Axel Schmidt

Auch in Räterußland ist die Kunst, „Potemkinsche Dörfer" zu bauen, nicht verloren gegangen. Wenigstens glaubten unsere Unabhängigen mit rührender Einfalt alles, was das geduldige Papier mit bolschewistischer Propaganda brachte. Als dann auch der Versuch, deutsche Publizisten, wie Goldschmidt, durch Rußland im verschlossenen Wagon nach Moskau zu bringen, wo sie sofort in Lenins und Sinowjews Mache genommen wurden, geglückt war, begingen die Moskauer Herren einen schweren Fehler. Sie forderten die unabhängigen Führer auf, nach Moskau zu kommen, um sie wegen Eintritts in die dritte Internationale auf Herz und Nieren zu prüfen. Unter diesen Männern fanden sich aber glücklicherweise auch einige nüchterne Beobachter, die jetzt der unabhängigen Arbeiterschaft die Augen über die Zustände in Räte-Rußland geöffnet haben. Unsern Lesern bringen die Dittmannschen Berichte, aus denen wir in der vorigen Nummer ein Probestück veröffentlicht haben, im Grunde genommen nicht viel Neues. Rohrbach und ich haben von Anfang an ein gleiches Bild der bolschewistischen Wirklichkeit gezeichnet, wie es jetzt Crispien und Dittmann tun. Hervorgehoben sei aber, daß auch Professor Ballod, der als Lette seit vielen Jahren die russischen Verhältnisse aus eigener Anschauung kannte, nach seinem Besuche in Moskau auf der Unabhängigen Konferenz sein bolschewistisches Glaubensbekenntnis öffentlich abgeschworen hat. Wichtig ist, daß der deutsche Arbeiter jetzt nicht nur erfährt, daß der Bolschewismus für ihn keine besseren Verhältnisse bringen würde, sondern einfach die völlige Verelendung. Die 70, bereits aus Rußland zurückgekehrten unabhängigen und kommunistischen Arbeiter sollten auf Staatskosten durch ganz Deutschland reisen, um über ihre Erfahrungen im Lande Lenins und Trotzkis zu erzählen. Solch eine Informationsreise würde in wenigen Wochen eine Ernüchterung vom bolschewistischen Rausche herbeiführen, wie er sonst nicht in Jahren erreicht werden könnte.

Von den Ausführungen Dittmanns ist der Teil am wertvollsten, in dem er den inneren Zusammenhang des Bolschewismus mit dem russischen Agrarproblem schildert. Dies hatte freilich schon Otto Bauer, in seiner vorzüglichen Schrift „Bolschewismus oder Sozialdemokratie"*) die zu Anfang dieses Jahres in Wien erschienen ist, in ausgiebigster Weise getan. Aber diese Arbeit war bisher von der unabhängigen Presse mit wenigen ablehnenden Worten abgetan worden. Jetzt wird das nicht mehr möglich sein. Dittmann hat nur zu recht, wenn er feststellt, daß der Bolschewismus in Rußland sein festes Fundament im

Digitized by Google

russischen Bauerntum besitzt, das 75% der Gesamtbevölkerung ausmacht, und zum Dank für das Land des Großgrundbesitzes und der Steuerfreiheit das bolschewistisch Regime stützt. Man hatte bisher auch völlig übersehen, daß die Grundlage der russischen Revolution die Ueberfüllung des Dorfes war. Zwar ist Rußland ein dünn bevölkertes Land, aber es ist ein alter Trugschluß, anzunehmen, als ob deswegen das flache Land wenig Menschen trägt. Folgende statistische Angaben widerlegen schlagend diese Ansichten:

Im Jahre 1916 kamen auf 100 Deßjatinen Saatfläche in England 79, in Frankreich 84, in Deutschland 107 und in den ukrainischen Gouvernements 112—150 (für die großrussischen Gebiete, die etwas weniger dicht bevölkert sind, steht mir keine Statistik zur Verfügung).

Wo in der Welt gibt es diesen Zustand sonst noch. Ueberall sonst auf dem Lande herrscht Leutemangel, und deswegen fehlt überall in Europa die Voraussetzung für eine bolschewistische Herrschaft, wo ein bodenständiger Bauer auf eigener Scholle sitzt. Nur dank den ganz besonderen Agrarverhältnissen in Rußland ist es dem Bolschewismus möglich, sich am Ruder zu halten. Freilich kann er es nur, weil die Unkultur des russischen Bauern — Dittmann hat für ihn den Ausdruck „zweibeiniges Tier" geprägt — ihn völlig apathisch gegenüber jeder Staatsidee dahinleben läßt. Was außerhalb seiner Dorfgrenze geschieht, läßt ihn völlig kalt, wenn ihm nur sein Besitz an Grund und Boden und die Steuerfreiheit gelassen wird. Diese Gleichgültigkeit des Bauern hat denn auch der Bolschewismus meisterhaft auszunutzen verstanden, indem er durch ein raffiniert ausgeklügeltes indirektes Wahlverfahren den Einfluß der Bauern, gegenüber den direkt wählenden städtischen Arbeitern, so gut wie völlig ausschaltete. Otto Bauer hat nur zu recht, wenn er sagt, daß die Diktatur des Proletariats in Rußland nicht so sehr auf der offenen Vergewaltigung der Bourgeoisie, als vielmehr auf der verhüllten Entrechtung der Bauernschaft beruhe. Der Verfasser fährt dann fort: „Die Sowjetverfassung ist der juristische Ausdruck dieser realen Verhältnisse zwischen den Klassen. Sie ist die Verfassung, die dem Kulturzustand einer Nation angemessen ist, deren gewaltige bäuerliche Mehrheit zwar, durch den Landhunger revolutioniert, gemeinsam mit dem Proletariat den Herrschaftsapparat des kapitalistischen Staates gesprengt hat und, die Wiederkehr der enteigneten Gutsherren fürchtend, gemeinsam mit dem Proletariat immer wieder die Konterrevolution abwehrt, aber infolge ihrer Kulturlosigkeit nicht imstande ist, den mit ihrer Hilfe geschaffenen und verteidigten Staat mitzubeherrschen, sich vielmehr mit der Autonomie

*) Wien 1920, Verlag der Wiener Volksbuch-Handlung.

Digitized by Google

in ihren Dörfern bescheidet, die Herrschaft im Staate der kleinen proletarischen Minderheit überläßt."

Als ich in Nummer 28 einen Artikel unter dem Titel „Das Ende des Rätesystems" geschrieben hatte, wandte sich Br. Asch im „Sozialist" sehr empört gegen solch einen vorzeitigen Nachruf dieses unabhängigen Ideals. Heute müßte sich der Verfasser nicht gegen mich, sondern gegen Crispien und Dittmann, ja sogar gegen den Herausgeber des „Sozialisten" Breitscheid wenden, die mit größter Energie festgestellt haben, daß im sogenannten Räterußland das Rätesystem nicht mehr besteht, sondern durch eine Oligarchie der Führer der Kommunistenpartei ersetzt sei, die schon lange aufgehört hat eine Partei der Arbeiter zu sein. Zählt sie doch nur 11% Arbeiter in ihren Reihen, während sich alle andern auf Kosten der Gesamtbevölkerung aus der Staatskrippe gut ernähren, oder um einen lieblosen Ausdruck Dittmanns zu gebrauchen, „faulenzen" jetzt 80 Beamte, wo es früher 10 taten.

Außer den Unabhängigen waren aber noch von der Macht und Stärke Räterußlands unsere Nationalbolschewisten berauscht. Sie schwärmten schon davon, gemeinsam mit den Bolschewisten am Rhein einen frischfröhlichen Krieg gegen die Entente zu beginnen. Die Niederlage, die die Polen den Bolschewisten mit Hilfe französischer Führung und Waffen beigebracht haben, sollte sie jetzt endlich eines Besseren belehrt haben. Trotzkis vor längerer Zeit getaner Ausspruch: „Wir sind schon lange tot, es ist nur niemand da, der uns begraben könnte" — besteht noch heute zu Recht. Die in Rußland schon vor Krieg und Revolution viel zu dünne Oberschicht ist so gut wie erledigt, und der russische Bauer, der die lange Mitherrschaft (Gemeindelandwirtschaft) hinter sich hat, ist viel zu wenig Individualist, um die bolschewistische Fessel abzuschütteln. Erst wenn der großrussische Bauer, was der Bauer in den Randstaaten stets gewesen, durch die Güteraufteilung Individualist wird, wird die Todesstunde des Bolschewismus geschlagen haben. Aus diesem Vegetieren des Bolschewismus aber ein Urteil auf seine Stärke zu ziehen, wie es unsere Nationalbolschewisten tun, ist völlig abwegig. Auch hier sei mir gestattet, Otto Bauer als Zeugen anzuführen: „Da träumen manche von der Allianz des preußischen Militarismus mit dem russischen Bolschewismus, Ludendorffs mit Lenin zum Kriege gegen die Entente. Aber die Tollheit hieße, selbst wenn sie nicht undenkbare Tollheit wäre, Deutschland nur zum Kriegsschauplatz der Russen und der Franzosen machen, den letzten Rest seines Wohlstandes vernichten.

Da träumen andere von der kriegerischen Allianz einer deutschen Sowjetrepublik mit der russischen gegen die Entente. Aber Deutschland ist nicht wie Rußland aus der heimischen Ernte zu ernähren, nicht wie Rußland durch Lage und Ausdehnung vor fremden Herren geschützt. Der

Digitized by Google

Bolschewismus, der Deutschlands Produktionssystem zerrütten, Deutschland dem Hunger, dem Bürgerkrieg, der Invasion preisgeben würde, machte es, selbst im Bunde mit Rußland, nicht wehrhaft gegen den Westen."

Sobald Deutschland sich mit Rußland verbände, würde die Entente natürlich sofort die Hand auf das Ruhrgebiet legen und dazu die Blockade verhängen. In wenigen Wochen würde die deutsche Industrie völlig stillstehen. Die 60 % städtische Bevölkerung wäre denn wegen Erwerbslosigkeit zum Verhungern verurteilt oder müßte sich mit Gewalt die Lebensmittel vom Lande aneignen, was den Bürgerkrieg bedeuten würde. Die Besetzung des Ruhrgebietes mit daranschließendem Bürgerkrieg würde aber nicht nur das Gefüge des deutschen Staats sprengen, sondern das deutsche Volk selbst vernichten. Ganz anders in Rußland. Dort hat wohl das bolschewistische Regime den russischen Staat zerbrochen, nicht aber das russische Volk vernichten können, weil dort 75—80 % der Bevölkerung Selbstversorger sind. Ob schließlich die 20 % Städter, mögen sie in kultureller Beziehung noch so wertvoll sein, zugrunde gehen, ist für die Fortexistenz des russischen Volkes nicht schlechthin entscheidend. Es ist daher sehr leichtfertig, die deutschen Verhältnisse mit den russischen in Vergleich zu stellen. Vielmehr ist der Gedanke, Deutschlands Rettung auf ein Bündnis mit dem Bolschewismus aufzubauen, nichts weiter als leichtfertiges Gerede von Phantasten, die wirtschaftliche Zusammenhänge nicht übersehen können.

Die Zukunft der Deutschösterreicher

Von Univ.-Prof. Hofrat Dr. Carl Brockhausen, Wien

Um dem verheißungsvollen Titel dieses Aufsatzes gerecht zu werden, müßte sein Verfasser Prophetengabe besitzen. Da diese mir versagt ist, begnüge ich mich, aus Erfahrungssätzen der Vergangenheit und aus Einblicken in die Gegenwart einige logische Folgerungen für die Zukunft zu ziehen.

Unter der Bezeichnung Deutschösterreicher hat man zweierlei Menschengruppen zu verstehen; erstens die Bewohner eines Rumpfstaates auf altösterreichischen Gebiete mit 6 bis 8 Millionen Bevölkerung und zweitens ungefähr 4 bis 5 Millionen Deutsche, einstige Oesterreicher, die unter fremdnationaler Herrschaft stehen, weil sie den neugegründeten Nachbarstaaten zugesprochen wurden. Von beiden sei hier die Rede.

Der Rumpfstaat besteht aus den sogenannten „altösterreichischen Erbländern", Ober- und Niederösterreich, aus Steiermark, Kärnten, Salzburg und Tirol mit Vorarlberg, alles rein deutsche Gebiete, nachdem nicht nur die von Tschechen, Polen, Slowaken und Italienern bewohnten Land-

Digitized by Google

striche, sondern auch sämtliche nationalgemischte und, was besonders schmerzlich ist, auch zahlreiche rein deutsche Gebiete den Nachbarstaaten zugesprochen wurden. Dazu soll nach dem Friedensdiktate noch ein kleiner ungarischer Grenzdistrikt kommen, das Burgenland, seit jeher von Deutschen bewohnt, aber dereinst aus Geldnot den Ungarn verpfändet. Ob dieses kleine Gebiet, der einzige Zuwachs des arg beschnittenen Staates, ihm wirklich zufallen wird, ist noch fraglich; die Entente hat ihn uns „zudiktiert", um einen ewigen Zankapfel zwischen uns und Ungarn zu pflanzen, und die Wiener Regierung zögert, dieses Geschenk ohne vorhergehende Volksabstimmung anzunehmen. So haben sich die Rollen verkehrt; die noch vor kurzem die „Selbstbestimmung der Völker" auf ihre Fahne schrieben, verschenken im Kuhhandel Völker, die ihnen nicht gehören, wie man Steine auf dem Brette verschiebt, und wir scheuen uns, Volksgenossen aufzunehmen, bevor der Rechtsakt der Volksabstimmung ordnungsmäßig vor sich gegangen ist.

Die genaue Volkszahl des Staates läßt sich bei den noch schwankenden Grenzen (auch in Kärnten ist die endgültige Linie noch nicht gezogen) schwer angeben; denn auch die letzte Volkszählung des Jahres 1910 liegt zu weit zurück, um wahr zu sein. Aber das eine ist gewiß, es ist rein deutsches Land mit uransässig deutscher Bevölkerung, der einzige der neuen Nationalstaaten, der diesen Namen wirklich verdient. Deutschösterreich hat er sich selbst genannt; aber unter Verhöhnung des Selbstbestimmungsrechtes hat ihm die Entente sogar das Recht der Selbstbenennung genommen, und ihn zu einer Namensänderung gezwungen, die sonst nur auf eigenes Ansuchen des Namensträgers vorgenommen wird. „Deutschösterreich" wurde gezwungen, „Oesterreich" zu heißen, damit es schon äußerlich als der belastete Erbe dieses bankrott gewordenen Reiches erscheine.

Daß dieser Kleinstaat mit dem Wasserkopfe einer Zwei-Millionen-Hauptstadt, abgeschnitten von seinem natürlichen Ernährungsgebiete, seiner gedrosselten Industrie und seinen verstümmelten Bahnen eine wirtschaftliche Unmöglichkeit sei, ist schon zum Ueberdruß oft bewiesen worden, und wird von der Entente selbst zugegeben, die ihn als Bettler behandelt und seiner verhungernden Bevölkerung einige Almosen nicht versagt. Aber, daß er in seiner heutigen Aufmachung und Zustutzung für sich allein nicht leben kann, beweist noch keineswegs, daß er überhaupt nicht leben könne, und ein innerlich verfaulender Sumpf sei — denn dieser heute bewegungslose Stumpf war noch bis vor kurzem der tragende Mittelpunkt eines großen Reiches und einer Gesellschaft von durchschnittlich weit ärmeren Staatsgenossen, welchen er nicht bloß organisatorischen und kulturellen, sondern auch industriellen und finanziellen Rückhalt bot. Unverlierbar ist auch heute noch die günstige geographische Lage dieses mit Naturschönheiten und Naturschätzen reich gesegneten Landes im Herzen Europas, am Ufer der Donau, eine Brücke zwischen Orient und Okzident. Wenn seine

Digitized by Google

Schätze früher nicht genügend gehoben und insbesondere seine Wasserkräfte nicht ausgenutzt wurden, so lag diese Vernachlässigung weit mehr an dem komplizierten Aufbau des alten Staates, der, um die rückständige Mehrheit seiner Völker mitschleppen zu können, die vorgeschrittene deutsche Minderheit entsprechend zu fördern unterließ, als an den vielfach verkannten Charaktereigentümlichkeiten der Deutschösterreicher. Gerade diese sind ein ungemein tüchtiger, intellektuell und künstlerisch hochstehender Zweig des Deutschtums; es ist ein genügsames, arbeitswilliges Volk, mit überwiegend unverdorbenem Bauerntume mittleren und kleinen Grundbesitzes, einer bildungsfähigen Arbeiterklasse und einem strebsamen, feingebildeten Bürgertum, ein Volk, das in furchtbaren Schicksalsschlägen durch Jahrhunderte Stand gehalten und, wie in den beiden früheren Aufsätzen bewiesen wurde, politisch rätselhaft gewaltige Leistungen vollbracht hat. Also um es mit einem Wort zu sagen, ein herrliches Land und eine prächtige Bevölkerung, ein wertvollster Bestandteil des deutschen Volkes. Nicht die Armut des Bodens und nicht die Unfähigkeit oder Untätigkeit seiner Bewohner sind die Ursachen der augenblicklich verzweifelten Lage, sondern — abgesehen von den in ganz Europa derzeit herrschenden betrübenden Zuständen — vor allem die brutale Belastung, die rücksichtslose Blutentziehung und Amputation, welche die Entente in grenzenloser Verkennung aller geschichtlich gegebenen Verhältnisse und der natürlichen Lebensbedingungen vorgenommen hat. In Deutschösterreich sollte zugleich ein gesundes Stück Deutschlands vernichtet werden. Darin liegt aber zugleich die Zukunftshoffnung, daß es nur einer halbwegs vernünftigen Ordnung der verfahrenen gesamteuropäischen Zustände bedarf, um auch Deutschösterreich wieder zu Kräften kommen zu lassen.

Um aber aus diesen allgemeinen Betrachtungen auf die augenblickliche Notlage zurückzukommen, so ergeben sich folgende logisch denkbare Möglichkeiten: Wenn auch nicht für sich allein, so doch im Zusammenschluß mit anderen Staaten kann an ein Weiterleben des Patienten gedacht werden, und deshalb war die „Anschlußfrage" die brennende Frage der Zukunft Deutschösterreich sogleich bei seiner Geburt. In der Seele der Deutsch-Oesterreicher war vom ersten Augenblicke an kein Zweifel, wohin sie sich wenden sollen: an die Brüder im Reiche; unter begeistertem Jubel wurde der Anschlußbeschluß einstimmig in der provisorischen Nationalversammlung gefaßt, und sofort als Gesetzesbestimmung in die Verfassung aufgenommen, so daß er in Oesterreich geltendes Recht wurde — freilich nur so lange bis die Pariser Friedensschlüsse die „Unabhängigkeit" des Staates verlangten. Aber kein Friedensdiktat kann der Volksseele vorschreiben, wohin sie sich wenden soll, so wenig man dem Kompaß befehlen kann, er dürfe nicht nach Norden zeigen.

Digitized by Google

Rein theoretisch gesprochen, gibt es natürlich für Deutschösterreich auch noch andere Anschlußmöglichkeiten, nämlich so viele, als es Richtungen der Windrose gibt und Nachbarn, die in diesen Richtungen wohnen. Und dieselbe Entente, die unter dem geschichtlich unwahren Vorwande, daß Oesterreich eine Völkerbedrückungsanstalt sei, das alte Reich zerstört hat, machte Versuche, ein Staatsgebilde aufzubauen, dessen vornehmlicher Daseinszweck die Erstickung der Deutschösterreicher in einem von ihr gestützten Slawenreiche sein sollte. Dies also wäre die theoretische zweite Möglichkeit der Zukunft. Nachdem die Vereinigung der innerlich Zusammengehörigen, der Genossen desselben Volkes durch einen Machtspruch verhindert war, sollten die Nicht-Zusammengehörigen vereinigt werden. Gegen diesen feinen Diplomatenplan, der zu der Idee des Selbstbestimmungsrechtes der Völker sich so verhält wie Schwarz zu Weiß, oder wie Plus zu Minus, wehrten sich selbst diejenigen Slawen, welche solchermaßen auf Kosten des Deutschtums bereichert werden sollten. Speziell der tschechoslowakische Staat hat in seinem Innern bereits vier Millionen unversöhnte Deutsche und kann einen wie immer gearteten staatsrechtlichen Anschluß anderer deutscher Staatsbürger um so weniger vertragen, als der Rest kein einheitliches Volk ist, sondern, wie schon der Staatsname „Tschecho-Slowakei" besagt, abgesehen von Polen und Magyaren, aus zwei Hauptvölkern besteht, die sich beide nicht lieben, und von denen das eine, die Slowaken, sich gegen die allzunahe verwandtschaftliche Umarmung des andern, aus allen Kräften wehrt. Also ist auch die zweite Möglichkeit, ein Anschluß der Deutschösterreicher an ein nichtdeutsches Staatsgebilde keine ernstzunehmende Entwicklung der Zukunft, wenn auch Handels- und politische Bündnisse für den Tagesgebrauch unvermeidlich, fast unentbehrlich sind.

Nur der Vollständigkeit halber sei beigefügt, daß ein staatsrechtlicher Anschluß an andere Nachbarn noch weit weniger in ernsthafte Erwägung kommt, wenn man von der deutschösterreichischen Zukunft spricht. Weder Italien noch Jugoslawien kommen in Betracht; am ehesten könnte man von einer Neigung der aus allen ihre Träumen vom ungarischen Globus gestürzten Magyaren sprechen, die von allen Seiten angefeindet, dem Deutschösterreicher die oft zurückgewiesene Bruderhand heute reichen möchten — eine Liebe par dépit —, und zwar sollte das auf dem Umwege geschehen, daß König Karl zuerst in Budapest einzöge und sodann seine Getreuen in Wien und Umgebung um sich versammele. Aber auch diese Phantasiegebilde einiger magyarischer Gewaltmenschen sind ohne Gegenliebe diesseits und jenseits der Leitha zu finden, rasch zusammengebrochen.

Damit scheint nun der logische Kreis der Möglichkeiten geschlossen: der natürliche Anschluß an die deutschen Volksgenossen wird zurzeit durch Gewalt verhindert, der unnatürliche Anschluß an Fremdvölker wurde zwar am grünen

Digitized by Google

Tische der Geheimdiplomatie besprochen, wird aber von keinem Volke ernst genommen, und das auf sich selbst angewiesene Deutschösterreich kann in seiner Vereinsamung nicht leben. Wenn man eine Preisaufgabe gestellt hätte, wie Europa von seinem Mittelpunkte aus, von seinem innersten Kerne angefangen, zum Verfaulen gebracht werden könne — die Weisheit der Entente hätte diese Preisaufgabe gelöst.

Was Wunder, wenn die durch solche Weisheit der mächtigen Lenker Europas in ihrem Dasein, in ihrer nackten Existenz aufs furchtbarste bedrohten Deutschösterreicher nach noch anderen Auswegen suchen, so wie etwa eine gefangene Maus jede Ritze ihrer Falle durchsucht, ob ein Entrinnen möglich sei. Auch bedenklichen Versuchen dieser Art muß man zugute halten, daß sie Angstprodukte sind.

Als ein solcher Ausweg erschien einzelnen deutschösterreichischen Ländern das einfache Davonlaufen. So war in Vorarlberg, einem Duodezländchen von etwas über 100 000 Einwohnern, eine Partei bereit, mitsamt ihren 48 Quadratmeilen entweder zur Schweiz oder nach Württemberg überzutreten — über die Richtung des Marsches herrschte noch Uneinigkeit. Aehnlich verhält es sich mit den ernster zu nehmenden Wünschen Tirols und Salzburgs, sich Süddeutschland anzuschließen. Auch diese Bestrebungen sind der naive Ausdruck der Verzweiflung; aber sie sind nicht ungefährlich für das Deutschtum als solches. Sie bedeuten soviel, daß vielleicht zwei kleine deutsche Länder durch den Anschluß aus augenblicklicher Not herauskommen; aber sie ermöglichen zugleich, daß deren wertvolle Hinterländer, Ober- und Niederösterreich, Steiermark, Kärnten und vor allem Wien, ganz ihrem Schicksal überlassen werden. Es ist, als ob eine fliehende Armee ihren Train im Stiche ließe, um rascher davoneilen zu können!

Parallel mit diesen Rückzugsbewegungen des Deutschtums — denn anders kann man diesen stückweisen Anschluß schwerlich bewerten — geht eine Verfassungsgesetzgebung, die aus dem Staatswrack die einzelnen Balken auslösen, also aus Deutschösterreich eine Mehrheit von Einzelstaaten von Kantönligröße mit einem recht schwachen Einheitskitt machen will. Das Werk einer in dieser Richtung revidierten Verfassung ist noch in der Arbeit.

Ist soweit das Bild, welches der Staat Deutschösterreich bietet, ein recht verworrenes und ungeklärtes, vergleichbar dem Durcheinander eines aufgewühlten Ameisenhaufens, so ist die augenblickliche Lage jener vier bis fünf Millionen Deutschösterreicher, welche den neuerstandenen oder durch die Gnade der Entente vergrößerten sogenannten Nationalstaaten zum Fraße hingeworfen wurden, geradezu schrecklich. Der ursprüngliche Gedanke, daß nach Zerstörung des alten Oesterreich dessen verschiedene Nationen sich nach freier Selbstbestimmung zu national möglichst einheit-

Digitized by Google

lichen Nationalstaaten gruppieren sollten, wurde in der Weise verunstaltet, daß alle diese Neugebilde — mit Ausnahme von Deutschösterreich — aus drei bis fünf verschiedenen Nationen zusammengesetzt sind, also das altösterreichische Nationalitätenproblem wiederzukäuen haben. Kaum ist der alte Sisyphus von dem Stein zerschmettert worden, den er den Berg hinaufschleppte, so finden sich fünf neue Sisyphusse Nr. II, die diese Last auf sich nehmen möchten. Dabei beginnen sie mit einem Verfahren, welches der alte Staat längst als aussichtlos anerkannt und daher abgelegt hat; jeder dieser Nationalstaaten will aus seinem Völkermischmasch eine nationale Einheit schaffen und wendet hierfür nackte Gewalt an; die Tschechen legen zur Zeit der Wahl tschechische Legionäre in deutsche Städte, weisen deutsche erbgesessene Bewohner aus, dulden jeden Terror, schließen deutsche Schulen — und umgekehrt machen es die anderen „Nationalstaaten" mit den Tschechen und sonstigen Nichtnationalen.

Auf eine Schilderung der Einzelheiten dieser Gewaltakte sei in diesem Zusammenhange wegen Raummangels nicht eingegangen; in den Städten mögen sie vorübergehende Erfolge erzielen (so hat die deutsche Stadt Znaim mit Hilfe einquartierter stimmberechtigter tschechischer Legionäre eine gemischte Gemeindevertretung erhalten) — der Bauer auf dem Lande, das Gesamtvolk, ist nicht zu slawisieren. So beleuchten diese Gewaltakte nur die unsichere Lage jener Nationalstaaten, die gar keine Nationalstaaten sind; sie kämpfen gegen ein Gesetz an, welches durch den Zusammenbruch des alten Oesterreich neuerlich erhärtet wurde, nämlich, daß in diesen Gebieten der nationale Zusammenhang den staatlichen an innerer Kraft überwiegt. Als die alte Staatsgewalt erlahmte, eilten die Nationen einer nationalen Gruppierung zu, wie Moleküle, die in eine ihnen widerstrebende Verbindung eingegangen sind, sich sofort umgruppieren, wenn die natürlichen Gesetze innerer Verwandtschaft unbehindert walten können.

Für uns Deutschösterreicher, die durch äußere Gewalt vorläufig an der Ausübung dieser Wahlverwandtschaft behindert sind, bedeutet diese Erkenntnis eine ebenso starke Zukunftshoffnung, als sie ein Vernichtungsurteil über die Schöpfungen der Entente abgibt. In ihren wechselseitigen Streitigkeiten bemühen sich schon heute diese Nationalstaaten, ganz gegen die Absichten ihrer Schöpfer, bereits um die Bundesgenossenschaft Deutschösterreichs, und der Minoritätenschutz unserer in der Diaspora lebenden Volksgenossen wird als erste Gegenleistung von unserer Seite gefordert werden müssen. Auf eine Hintermännerpolitik waren diese Staaten aufgebaut, sie sollten gleich Kettenhunden und Wadenbeißern uns in den Rücken fallen, das war ihr Daseinszweck in den Augen der Entente; aber schon merken diese Betrogenen, daß auch hier der Himmel hoch ist, und daß die Hilfe der entfernten Freunde im äußersten Westen in der

Digitized by Google

Stunde der Gefahr zu spät kommt, und statt der Hintermännerpolitik ergibt sich langsam eine Nachbarpolitik.

Freilich, irgendeine Prophezeihung ist in diesen verworrenen Zeiten schwer, und es ist ja sehr wohl möglich, daß ganz Europa an jener famosen Neuordnung zugrunde geht, welche die wahnsinnige Angst der Franzosen über diesen Weltteil verhängt hat, und daß dieser kleinste und doch zugleich größte Erdteil an dem Streite um die Zankäpfel sich verblutet, welche mit einer fast teuflischen Bosheit in ganz Osteuropa gepflanzt wurden — und in diesem Falle wird auch Deutschösterreich das allgemeine Schicksal des Unterganges, das über Sieger und Besiegte hereinzubrechen droht, teilen. Wenn aber aus diesem Hexenkessel der Völkerkämpfe, etwas wie Vernunft sich entwickeln sollte, wenn also Europa sich auf sich selbst besinnt, dann wird jene gewaltige deutsche Kraft, die ich in den beiden früheren Aufsätzen geschildert habe, gewertet und als Retter gerufen werden. Dann wird das Interesse aller deutschöstlichen Nachbarn an ihrem eigenen Leben den Wunsch überwiegen, im Dienste Frankreichs zu sterben. Trotz des augenblicklichen Chaos zeigt sich dem vorschauenden Blicke etwas wie die Morgenröte eines lichten Tages, indem sich aus der hinterlistigen Hintermännerpolitik, die den Dolch in den Rücken bohrt, jene Nachbarnpolitik entwickelt, die nach gütlichem Auskommen mit dem Nächsten strebt, und es wäre Europas Rettung, wenn diese Nachbarnpolitik die allgemeine europäische Politik würde.

Franzosen und Tschechen

Von Ludwig Steier

Es sind in den diplomatischen Kreisen schon längst solche Anzeichen bemerkbar, die das Fiasko der französischen Tschechenpolitik in ein grelles Licht stellen. Die Franzosen haben mit der Favorisierung der Tschechen einen Fehlgriff getan, dessen schon jetzt sich entpuppende Folgen nicht gutzumachen sein werden. Ihre mitteleuropäischen Pläne bauten sie auf die Tschechen, und sie glaubten, daß es die tschechoslowakische Republik sein wird, welche mit Kraft und Entschlossenheit den französischen Interessen dienen wird. Binnen kurzer Zeit kamen jedoch die Franzosen zur Ueberzeugung, daß es vor allem an Kraft und noch mehr an zielbewußter Entschlossenheit fehlt. Die ersten militärischen Leiter der tschechoslowakischen Armee, die Italiener, bemerkten zuerst, daß die Angaben der Tschechen in ethnographischen und geschichtlichen Beziehungen dem wahren Tatbestand nicht entsprechen, und den Tschechen war diese italienische Wahrnehmung nicht sehr angenehm. Man spricht noch jetzt über die Methode eines italienischen Generals, der in den Städten, von welchen die Tschechen behaupteten, sie wären früher rein slowakisch gewesen

Digitized by Google

und später mit Gewalt entnationalisiert worden, vor allem die alten Friedhöfe besuchte, wo er die Inschriften der Grabsteine studierte. Und da sah er, daß vor 200 Jahren diese Städte nicht slowakisch waren und die Einwohner entweder deutsche oder ungarische Namen führten. Nicht nur der tschechische Anschluß an Jugoslavien machte die den Tschechen zugeteilten Italiener mißgestimmt, sondern auch, daß sie bei diesen, mit der Wahrheit in krassem Gegensatze stehenden tschechischen Gewaltaktionen behilflich sein sollten. Als die Italiener von den Franzosen abgelöst wurden, atmeten die Tschechen erleichtert auf. Die Franzosen wollten nun hier einen dem französischen Militarismus dienenden Staat organisieren. Bei ihrer Arbeit stießen sie auf große Hindernisse, welche nicht in der etwaigen Verschiedenheit der politischen Richtungen beider Staaten, sondern in den inneren derouten Verhältnissen, in den Nationalitätsgegensätzen in der neuen Republik selbst, besonders aber in den Mangel an staatsbildenden Eigenschaften der Tschechen lagen. Die französische Politik, welche sich die Erfolge des Krieges sichern möchte und welche mit Nervosität an die Eventualität einer Isolierung denkt, erkannte sofort diese große Lücke in dem Gewebe ihrer Kombinationen. Sie sah es ein, daß die Tschechen den ihnen zugedachten Aufgaben nicht gewachsen sind. Frankreich sah sich deshalb nach einer anderen Konbinationsmöglichkeit um, in welche die Tschechen auch derartig eingeführt werden, daß sie bei einem Teil ihrer Aufgaben entlastet sein würden. So tauchte am Rande der französischen Politik das alte Problem der Donaukonföderation auf.

Ernest Dénis, Professor an der Sorbonne, widmete sein ganzes Leben der französisch-tschechischen Einigung. Ihm verdanken die Tschechen jenes Interesse, welches seitens der Franzosen ihren Bestrebungen zuteil wurde, und als Masaryk im Jahre 1915 in Amsterdam über die Aussichten der tschechischen Aspirationen Umschau hielt, war es Dénis, der ihn in das französische Lager brachte. Die Tschechen wurden während des Krieges in Frankreich für die geeignetsten Deutschenschläger gehalten, und die Besetzung westlicher deutscher Gebiete durch Tschechen war ein französischer Vorschlag; welcher jedoch an den übrigen Verbündeten scheiterte. Wie es sich nun aber später herausstellte, waren die Tschechen den Anforderungen der Franzosen auch in anderen Beziehungen nicht gewachsen. Der Feldzug gegen die ungarische rote Armee entwarf ein klägliches Bild von der tschechischen militärischen Stärke, und schon damals begann Frankreich in den polnisch-tschechischen Streitfragen sein tschechisches Mündel zu vernachlässigen. Die Tschechen sahen andererseits, daß sie von den Franzosen alles das, was für sie zu erreichen war, schon erreicht hatten, und daß sie wegen ihrer innerpolitischen Zerrüttung sich an die agressive Politik Frankreichs nicht halten und noch weniger für diese aktive Bestellungen effektuieren dürfen. Die Vorgeschobenheit der tschechischen Stellungen ent-

Digitized by Google

sprach nicht dem Kräftezustand der Tschechen. Sie fühlten es in jeder Beziehung, aber sie wollten auch die sekundäre Stellung in einer Donaukonföderation nicht. Deshalb suchten sie die Möglichkeit, von den Verpflichtungen, welche sie Frankreich gegenüber binden, loszukommen und eine solche selbständige Aktion zu verwirklichen, welche die Grundmotive der deutschfeindlichen Tendenz ihres Staates beibehält und gleichzeitig auch ihren Staat besonders gegen Ungarn schützt. Die tschechoslowakische Republik wurde gegen Deutschland aus den Teilen Oesterreichs und Ungarns aufgebaut. Die Teile können und wollen sich nicht eng zusammenfügen, es steckt noch eine Menge der alten zentripetalen Kraft in ihnen. Die tschechischen Politiker stellten sich die ersten Jahre ihres Staates viel leichter und sicherer vor, aber als sie durch die inneren Gegensätze zur Erkenntnis der Lage gezwungen wurden, trachteten sie, sich in anderen Beziehungen freie Luft zu schaffen. So schlugen sie die Aufforderung der Entente, gegen Rußland mitzumachen, ab, während sie sich noch vor einem Jahre bei dem Tische der Alliierten gebrüstet haben, daß die tschechoslowakische Republik den Damm gegen den Bolschewismus bildet. Ihr Streit mit Polen hat auch sehr viel beigetragen, daß ihr Verhältnis zu Frankreich gelockert wurde, und eben dieser Streit brachte die tschechische Diplomatie auf den Gedanken, daß sie vorläufig die deutsche Wand als Rückenstütze benötigt. Sie machen jetzt ihre eigenste Selbsterhaltungspolitik, denn sie fürchten sich vor dem Abtrennungsgedanken der Slowakei, vor der monarchistischen Bewegung, ferner ist ihre Armee vollkommen vom Bolschewismus durchsetzt, und nicht am geringsten davor, daß Ungarn wieder zur Stärke und Macht kommen würde. Die tschechische Diplomatie hatte ihre Hand tief in dem ungarischen Kesseltreiben. Schon während des Karolyi-Regimentes haben sie sehr viel gearbeitet, daß der Bolschewismus dort Fuß faßte und die besetzten Teile abgeschreckt wurden. Auch jetzt ist es wahrscheinlich, daß tschechisches Geld in Budapest zirkuliert.

Das sind die eigentlichen Ursachen jener tschechischen Schritte, welche ein Defensivbündnis der Rand- und Balkanstaaten bezweckten. Dieses Bündnis besitzt eine Spitze gegen die Habsburger, gegen Ungarn, gegen Föderationsbestrebungen — und gegen — Deutschland, denn dieses Bündnis ist der vorgeworfene Schatten eines späteren großen, mit den Ländern Rußlands geplanten slawischen Blockes. Die Franzosen wurden von den Tschechen in dem Momente sofort im Stiche gelassen, in welchem sich die Frage des Slavismus selbständig meldete. Und dies war auch die voraussehbare Folge der französischen Politik. Der zukünftige slawische Block wird die ganze europäische Lage und die diplomatischen Ränke und Spiele ändern. Heute spricht man vorläufig von anderen Intentionen der Tschechen, jedoch darf man nicht vergessen, daß die Tschechen in Versailles an der Hand präzise ausgearbeiteter Landkarten beweisen wollten, daß sie „be-

Digitized by Google

rechtigte" Ansprüche auf ein Gebiet bis zum Baltischen Meere haben. Nach ihren Erklärungen ist dieser Streifen ein germanisiertes slawisches Gebiet, und daß nur die Lausitz ihren slawischen Charakter bewahren konnte. Dies sind keine Uebertreibungen, und in Prag kursieren diese Karten der nationalen Ueberspanntheit im Buchhandel. Im Falle dieser große slawische Block mit seinen kleinstaatlichen Vorposten zustande kommt, wird Frankreich, der Erzieher der slawischen Expansion, die großen Sünden seiner jetzigen Politik zu spät einsehen.

Wie lange noch?

Von Johannes Fischer (Stuttgart)

In Württemberg wird in diesen Tagen ein Kampf ausgefochten, der für den Sozialpolitiker zu den betrübendsten gehört, was innerhalb der jungen deutschen Republik geschehen ist. Man hat das Machtgefühl der Massen in einer Weise aufgepeitscht, die kommunistisch-sozialistischen Möglichkeiten dermaßen übertrieben, daß Vernunft keine Geltung mehr hatte und die Gefahr völliger Anarchie in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft unmittelbar drohend bevorstand.

Oder ist das übertrieben, wenn in der Daimler Motorengesellschaft drei Panzerautomobile, die zur Ablieferung an die Reichswehr bereitstanden, von ein paar brutalen Burschen mit Schweißflammen zerstört wurden und die Arbeiterschaft des Betriebes es nicht zuließ, die Zerstörer zu entlassen? Ist es übertrieben, wenn ein Mann des Boschwerkes erklärte, wenn ihm die Steuer abgezogen werde, dann stehle er soviel aus dem Betrieb hinaus, daß er schadlos sei, und wenn dieser Mann jetzt in den Aktionsausschuß des Generalstreiks berufen wurde? Ist es übertrieben, wenn in einem anderen Betriebe erklärt wurde, das Betriebsrätegesetz werde von der Belegschaft nicht anerkannt, um das kümmern sie sich nicht?

Arbeiter, die sich zu solchen Anschauungen bekennen, sind Anarchisten ohne jeden aufbauenden Verstand und man kann keinem, auch dem demokratischsten Staatswesen nicht, zumuten, solche Mächte ungehemmt weiter wirken zu lassen. Der Staat mußte den Kampf aufnehmen. Es ist nur ein Beweis mehr für die geradezu beschämende Gedankenlosigkeit, mit der ein Teil der Arbeiter hinter Schlagworten herläuft, daß man der württembergischen Regierung, nachdem sie den ihr aufgezwungenen Kampf aufnahm, vorwarf, sie sei der Gefangene der Unternehmerinteressen. So darf es nicht mehr weitergehen, wenn die Arbeiterschaft sich nicht selbst um alle

Digitized by Google

Fortschritte bringen will, die sie in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft erreicht haben.

Die Arbeiter in Württemberg, die sich in diesem Kampf auf die Seite des Radikalismus stellten, haben eine vollständige Niederlage und eine gründliche Blamage erlitten. Einer so absolut unzulänglichen Führung zu folgen, fällt auch denen zur Last, die sich so mißbrauchen lassen. Erst hieß es, der Steuerabzug sei der Stein des Anstoßes. Mit diesem volkstümlichen Schlagwort: gegen die Steuern! wollte man sich eine Stimmung schaffen, die dann auch noch für weitergreifende Ziele, wie politische Arbeiterräte und Sturz dieser Regierung, tragfähig sein sollte. Man durfte von diesen letzteren Plänen freilich nicht offen und nicht überall reden, weil sonst keine starke Bewegung zustande kam. Also plakatierte man: Gegen den Steuerabzug. Dem widersprach in den Versammlungen niemand, und so wuchs die Hoffnung, daß man der Massen sicher sei.

Die Regierung kam indes mit den drei großen Betrieben, Daimler, Bosch und Eßlingen, wo die renitentesten Arbeiter standen, den Plänen der Kommunisten zuvor, die Betriebe wurden stillgelegt und durch Polizeibeamte besetzt, bis der Steuerabzug anerkannt sei. In ihrem Machtübermut glaubten nun die Rädelsführer mit einem Generalstreik der Gesamtarbeiter- und Angestelltenschaft die Regierung zum Rückzug zwingen zu können, aber ihr Ruf verhallte ohne großen Erfolg. Vor allem nahmen Post und Eisenbahnen energisch Stellung gegen den Streik, weil sie wußten, daß Steuern ihr Lebensquell sind. Aber auch die Privatangestellten machten nur ausnahmsweise und die Arbeiter nur gezwungen, Christliche und Hirsch-Duncker überhaupt nicht mit.

Nach wenigen Tagen erklärte die Streikleitung mit souveräner Verachtung aller Wahrheit, daß der Steuerabzug gar nicht das Streikobjekt sei, und man verstand sich bald dazu, sogar schriftlich bindende Erklärungen des einzelnen Arbeiters abzugeben, mit dem Abzug einverstanden zu sein. Um was denn dann der Kampf gehe, wußten sie, nachdem die eigentlichen politischen Ziele nicht offen bekannt werden durften, nicht. So ergab sich das widerliche Schauspiel, daß weitergestreikt wurde, um die sozialen Folgen eines verlorenen Streiks — Lohnausfall, Maßregelung — abzuwenden, während niemand wußte, wozu denn — wenn es die Steuern nicht waren —, eigentlich der ganze Kampf geführt und geschürt wurde. Allein über zehn Millionen Mark Lohnausfall in dem Augenblick der Wintereindeckung und ein Verlust an Wertung und Geltung der Arbeiterbewegung aller sozialistischen Richtungen sind die hervorstechendsten Merkmale der Niederlage. Wenn die württembergische Regierung und das württembergische Unternehmertum nicht sozialpolitisch fortschrittlich und zuverlässig wären aus inneren Gesinnungen heraus, dann könnte der Schaden

Digitized by Google

leicht noch größer sein; denn an Lockungen zur Rache hat es natürlich auch in Württemberg nicht gefehlt.

Die Arbeiterschaft, besonders auch die mehrheitssozialistische, muß sich aber endlich klar werden, daß sie viele solcher Verirrungen sich nicht mehr leisten darf. Es ist ein Hohn geradezu, daß beispielsweise das Betriebsrätegesetz, das in schärfsten Kämpfen gegen die Reaktionäre von rechts einen wirtschaftsdemokratischen Fortschritt darstellt, auf den die deutschen Arbeiter stolz sein sollten, nun vor ihnen selbst gewissermaßen geschützt werden muß. Dasselbe ist zu sagen von der Weiterbildung der direkten Steuern, die einem jahrzehntelangen Wunsch aller sozialdenkenden Volksgenossen entspricht. Solche Sünden wider den Geist wahren Sozialismus und wahrer Demokratie müssen sich bitter rächen. Dadurch wird dem Rückschlag auf allen Gebieten der Boden bereitet im inneren, und die deutsche Demokratie steht auch nach außen in der Luft, wenn sie nicht gedeckt und getragen wird, von den eigenen Volksgenossen. Mehr Staatsgefühl, mehr wirklicher Gemeinschaftssinn und wirklich volkswirtschaftliches Denken muß von den Arbeitern verlangt werden, wenn nicht alles wieder in sich selbst zusammenbrechen soll, und man hat ein Recht zu fragen: Wie lange noch muß man warten, bis die sozialdemokratische Arbeiterbewegung hier tut, was sie dem deutschen Volke und ihren eigenen Idealen schuldig ist.

Patriotisch — nationalistisch — national

Von Dr. Manfred Eimer (Freudenstadt)

Für Deutschland ist es bekanntlich ein vergebliches Unterfangen, die Begriffe „patriotisch" und „national" eindeutig zu bestimmen. Dies hängt vor allem wohl damit zusammen, daß Reichsgrenze und Deutschtum sich nicht decken. Aber auch ohne diese Tatsache ist es der Parteigeist, welcher in Deutschland den Empfindungswert, der dem Begriff „national" anhaftet, sehr verschiedenartige Deutung finden läßt.

Manche Richtungen wollen ihn in einem sozialen Neuaufbau erschöpft sehen; diese lehnen das, was Franzosen, Engländer, Holländer, Dänen, Polen usw. „national" nennen und als solches empfinden, überhaupt grundsätzlich oder verständnislos ab. Andere wollen den Begriff „national" dadurch umgrenzt sehen, daß der Staatsbürger oder die Partei sich mit den verfassungsmäßigen Gegebenheiten abfindet, keine Hemmungen unterstützt und auf dem Boden der Verfassung den Wiederaufbau fördert; denn so diene man der nationalen Idee am besten. Diese selbst aber bleibt dabei vorsichtig beiseite, und es ist deutlich, daß die eben skizzierte Forderung verfassungsmäßigen Verhaltens an sich mit dem Begriff „national" wenig zu tun hat. Vielmehr haben wir es hier mit der

Digitized by Google

Forderung der Loyalität dem Staatswesen gegenüber zu tun, die z. B. dem belgischen Staate gegenüber ebensowohl Pflicht des Wallonen wie des Vlamen ist, die sich national scharf bekämpfen. Wieder andere sehen in Hingabe und Opferbereitschaft an das Vaterland und den Wiederaufbau die Erfüllung des nationalen Interesses und damit auch die nationale Tat. Diese letztere Betrachtungsweise deckt sich jedoch mit dem, was man gemeinhin Patriotismus nennt.

Patriotismus hat an sich mit dem nationalen Empfinden und nationaler Betätigung nichts zu tun. Patrioten werden zwar meistens zugleich national denkende Menschen sein; aber eine notwendige Forderung oder Folgerung ist das nicht. Der patriotisch handelnde Mensch kann vielmehr über die Begrenzung, die im Nationalen liegt, erhaben sein. Man denke nur an die Schweiz! Der Patriot kann auch ein Adoptivkind des Landes sein, für welches er patriotisch eintritt und wirkt. Er kann sogar für sein Adoptivland gegen sein Vaterland kämpfen: Ferdinand von Rumänien, der Hohenzoller, der im Sinn der Rumänen ein Patriot, in den Augen der Deutschen ein Verräter ist! In Rumänien wird man ihm Denkmäler setzen. — Aber der glühendste Patriot wird freilich gewöhnlich ein echter Sohn des Landes sein, und aus Heimatgefühl und Volksbewußtsein, aus Ehrgefühl und anerzogener Begeisterung handeln. Eben in dem Akzidens des Handelns ist der Begriff „patriotisch" am besten zu erfassen. Handeln durch die Tat, mit Unerschrockenheit und Redlichkeit; handeln durch Opfer, sei es an Gut, an Zeit, an Gesundheit, am Leben, handeln für das Vaterland, den Staat, das ist die vom Patrioten als selbstverständlich anerkannte Pflicht, deren Verletzung oder Vernachlässigung ihm als Lauheit, Trägheit, letzten Endes als Unehre und schimpfliche Schmach erscheint, ihm persönlich aber geradezu unmöglich und unerträglich ist. Das Einsetzen der Person bis zum Aeußersten, eben dies ist „patriotisch". Diese Pflichterfüllung fürs Vaterland erzeugt Patrioten, schafft Helden; und wenn das Volk sie auf den Schild erhebt und ihnen folgt, zumal in schweren Zeiten, und wenn sich in der Person eines solchen Helden als seinem Führer oder Retter das Volk verkörpert und verklärt sieht, so ist damit dem Volke der nationale Held geboren. Infolgedessen sind die Begriffe „patriotisch" und „national" in ihrem Endergebnis nicht selten nahezu gleichbedeutend. Aber nur in der Auswirkung, namentlich gefühlsmäßig; nicht im Prinzip, zumal, wenn sich Staat und Nation nicht decken.

Der Mangel an Patriotismus erscheint dem Patrioten bei anderen als verächtlich. Der Mangel an Nationalbewußtsein ebenfalls; aber doch in einer anderen Färbung. Ersteres ist eine bewußte Nachlässigkeit; letzteres eine verurteilenswerte Schwäche.

Digitized by Google

Gerade dieser Schwäche, die ja leider vor allem eine deutsche Schwäche ist, bringt der Patriot kein Verständnis entgegen. Er wird sie bekämpfen, wo er auf sie stößt, und dann wird er es leicht über sich ergehen lassen müssen, von der lauen Seite als „nationalistisch" bezeichnet zu werden.

Leider sind wir auf dem besten Wege, daß jede patriotische Aufwallung und jede bewußt nationale Haltung oder Aeußerung, der Selbstbewußtsein und Kraft innewohnt, von großen Parteigemeinden als „nationalistisch" grundsätzlich abgelehnt wird. Man will damit absichtlich den Begriff „national" in Mißkredit bringen. Dies ist ein schwerer Fehler. Denn es ist ein sehr großer Unterschied zwischen nationalistischer Mache und Ueberspannung und nationaler Empfindung und Haltung oder patriotischem Feuer. Diese letzteren haben noch immer Daseinsberechtigung gehabt, sofern Vaterland und Nation etwas bedeuten dürfen und sie selbst Daseinsberechtigung haben.

Der Ausdruck „nationalistisch" ist eine fremde Pflanze in unserer Sprache und treibt, aus dem französischen Sprachgebiet in den ungewohnten deutschen Boden versetzt, veränderte Blüten. Ein „Nationalist" ist in Frankreich ein nationaler Mensch, ein Patriot, der für sein Vaterland eintritt. In der deutschen Sprache sind „Nationalisten" z. B. die extremen Konservativen und die Alldeutschen, die der Realpolitik aus „Ueberpatriotismus" zu fernstehen, um der Nation und dem Vaterlande viel zu nützen.

Grundfalsch aber ist es, wenn die deutsche Preßberichterstattung immer mehr ins Fahrwasser gerät, aus französischen Telegrammen den Begriff „Nationalisten" auf alle jene anzuwenden, die für ihr Vaterland, ihr Volkstum, ihren Glauben gegenüber von Eroberern oder Unterdrückern kämpfen. Man muß nur einmal darauf aufmerksam geworden sein, und man wird in den deutschen Zeitungen immer wieder auf den französischen Begriff in deutscher Form stoßen. Es war z. B. bei den jüngsten Kämpfen Kemal Paschas in Kleinasien gegen die eindringenden Europäer unentwegt zu lesen: „Die Nationalisten; die nationalistischen Truppen usw." Ebenso in Albanien, Aegypten usw. Man hat damit Kemal Pascha und den Seinen vom deutschen Standpunkt aus, ohne es zu bemerken, etwas angehängt, was sie mit Recht abweisen könnten. Denn diese Kämpfe der Mohammedaner, unserer Bundesgenossen im Kriege, gegen unsere Feinde und die ihrigen, ist doch ein patriotischer und nationaler Kampf, und es entspricht den Umständen nichts weniger, als wenn wir sie „Nationalisten" nennen, d. h. Chauvins, Ueberpatrioten!

Denn was ist tatsächlich unter dem deutschgewordenen Ausdruck „nationalistisch" zu verstehen? Was will er sagen? „Nationalistisch" bezeichnet eine unbesonnene und marktschreierische, oft auch überhebliche

Digitized by Google

Uebertreibung der patriotischen Forderungen (zum Handeln) und des nationalen Empfindens. Einige Beispiele:

Nationalistisch ist das Treiben der Radikalinskis auf der Rechten, wenn sie in Antisemitismus Orgien feiern. Nationalistisch ist es, wenn Redner der Rechten die Farben Schwarz-Rot-Gold schmähen, weil ein Volk nicht „im Unglück" seine Flagge wechsle; denn erstens hat das Unglück — der Zusammenbruch — mit der Wahl dieser Farben nichts zu tun, sondern sie sind der Ausdruck der Republik; und zweitens waren sie seit hundert Jahren und mehr vorhanden, als Zeichen deutschen, freiheitlich-patriotischen Geistes und auch sonst — z. B. in Oesterreich — als Zeichen deutscher Gesinnung. Sie wurden verdrängt durch die Farben des Norddeutschen Bundes, die dann für das neue Reich (1871) einfach übernommen wurden. „Historischer" sind — für Gesamtdeutschland und Oesterreich als Symbole der Zusammengehörigkeit — jedenfalls die „alten" Farben, die freilich zugleich stets auch von der Demokratie als die ihrigen betrachtet worden sind und daher als die Abzeichen der deutschen Republik zu gelten haben. Deshalb sind sie heute da!

Hier von einem Flaggenwechsel „im Unglück" zu reden, zeugt von einem bedenklichen Mut, den aber Extremisten meist besitzen, — dem Mut der Verleumdung.

Mut und Mut ist zweierlei. Nationalistisch ist aber auch das neuerdings aufgekommene Spiel der Rechten mit diesem Begriff. Sie hat neben der nationalen Gesinnung nunmehr auch allein den patriotischen Mut gepachtet. Jeder, der nicht z. B. ihre wahnwitzige und unüberlegte Revanchepolitik mitmachen mag, sondern die Weltlage in Rechnung zieht, ist für sie neuerdings ein Hasenfuß. Hierdurch wird es besonders klar, daß „nationalistisch" gleichbedeutend ist mit unvernünftiger Uebertreibung, und wie verkehrt es z. B. ist, für ihre staatliche Freiheit kämpfende Völker besonderer Rasse oder Nationalität „Nationalisten" zu nennen.

Diese Kämpfe sind nicht weniger „nationalistisch", als es der Kampf der Niederländer gegen die Spanier, der Tiroler gegen Napoleon I. gewesen ist.

Gerade solche geschichtlichen Vorgänge sind der deutlichste Ausdruck dessen, was, neben Patriotismus, im besten Sinne „national" ist. Nämlich: nationalbewußt.

Es ist nicht der Ausdruck des „heiligen Egoismus" allein, der eher ins Nationalistische, z. B. auch in die damit oft verbundene Eroberungslust, hineingerät, sondern es ist der Ausdruck der heiligen Empfindung und Gesinnung, die als Patriotismus zur Tat wird, wo es gilt, das Volkstum zu wahren. Nicht allein den Staat, seine Größe und Macht. Sondern das Volkstum in allen seinen Beziehungen zur übrigen Völker-

Digitized by Google

welt; aber auch das Volkstum in allen seinen Gegensätzen zu ihr, namentlich zu allen, die dies Volkstum bedrohen. Die nationale Empfindung und jede ihrer Aeußerungen beruht in erster Linie nicht, wie der Patriotismus, auf dem Pflichtgefühl und der daraus sich ergebenden Hingabe ans Vaterland, sondern auf dem Bewußtsein der Zusammengehörigkeit und in der Empfindung der eigenen Kraft, im Gegensatz zu allen anderen, auch im Gefühl eigenen Wertes und des Stolzes darauf. Darum greift das Nationalbewußtsein über die Grenzen des Staates hinaus, wo sich Nation und Staat nicht decken. Darum nähern sich Patriotismus und Nationalbewußtsein endgültig um so mehr als Gesinnungsinhalte und Gefühlswerte, je deutlicher Nation und Staat ein und dasselbe sind. Diejenigen, die dem, was volksgemäß zusammengehört — vor allem gekennzeichnet durch gemeinsame Sprache —, ihre Aufmerksamkeit schenken und dafür eintreten, nicht nur politisch, sondern auch geistig und wirtschaftlich, im Gegensatz zu allen übrigen Völkern, und die ihre Stellung in der Welt — nicht nur politisch, sondern auch persönlich — demgemäß auffassen und betätigen, das sind „nationale" Männer und Frauen, oder richtiger: diese Männer und Frauen denken und handeln „national".

Also Kemal Pascha und seine Anhänger; Essad Pascha in Albanien (für sein Volk); ferner diejenigen, die sich in Finnland der russischen Knute erwehrten; ferner die Irländer; endlich diejenigen, die sich in Aegypten dagegen wehren, daß ein fremdes Volk mit fremden Sitten, fremder Religion und fremder Sprache — entgegen allen modernen, völkermündigen Grundsätzen — die Herrschaft über Gebietsteile an sich reiße, um diese zu unterwerfen und auszunützen.

Die Abwehr gegen solche Eroberungs- und Unterjochungspolitik oder gegen jede feindliche oder schädigende Politik anderer kann fanatisch werden und wirken, wie jeder Kampf. Aber ihr Kern ist und bleibt auch dann noch sittlich und berechtigt. Solch ein Kampf ist der Ausdruck des nationalen Selbstbestimmungsrechtes dieser Völker, mag ihre Kultur zum Teil der abendländischen noch so fernstehen.

Diese Völker werden von ähnlichen Empfindungen geleitet, wie die Bewohner Flensburgs und Westpreußens im Jahre 1920 bei den Abstimmungen. Das war doch gewiß erhebend, aber nicht „nationalistisch".

Auch das Volkstum und das ihm gehörige Nationalbewußtsein hat seine Ehre. Sie ist weniger eine Ehre der Pflicht, wie der Patriot sie empfindet, als eine Ehre des Gefühls, man möchte sagen, eine Ehre des Herzens.

Sie beruht im treuen Zusammenhalt mit dem Ganzen des Volkstums: „In Treue fest!" Jeder Abfall wird als Schmach empfunden; als Treulosigkeit, gegenüber der Nation. —

Digitized by Google

Dies Gefühl ist dem Albanesen so teuer und heilig, wie es dem Deutschen sein sollte.

Aber Deutschland ist parteipolitisch, konfessionell und partikularistisch-politisch so zerrissen, daß weite Kreise in Deutschland, auch heute in der Zeit des Wiederaufbaues, die Ablehnung jeder Gefühlsäußerung und jeder Agitation im nationalen Sinne für das Richtige halten, um Doktrinen und Theoremen die Vorhand zu lassen, die auf die Dauer für die Volksempfindungen doch nicht ausreichen, um sich daran zusammenzuhalten. Es fehlt in weitem Maße gerade in bezug auf patriotische Opferfreudigkeit und bewußte nationale Gesinnung außerordentlich vieles an der Erziehung in Deutschland. Namentlich außerhalb Preußens. Man denke nur an den noch von vielen süddeutschen Vätern und Müttern den Kindern sinnlos beigebrachten Preußenhaß. Das muß anders werden: das ganze Deutschland soll es sein! Das ist das Nationalgefühl, welches wir bitter nötig haben, um wieder nationale Helden — Patrioten großen Stiles — zu bekommen.

Denn so ist es: der Begriff „patriotisch" und seine Wertung ist für uns Deutsche als Wert der Tat von dem Begriff „national" als Wert der Empfindung abhängig. Denn es gibt vor allem eines, welches aus dem Empfindungswert erwächst: das ist der Nationalstolz.

Hier ist es ganz deutlich, daß Patriotismus — Vaterlandsliebe — etwas durchaus Andersartiges ist. Nationalstolz kann eine Frucht der Erziehung sein. Und in diesem Erziehungsmoment wird der Patriotismus seine Lebensbedingungen zum größten Teile finden.

Der Patriotismus kann also als ein Ergebnis des Nationalbewußtseins betrachtet werden.

Umgekehrt aber kann auch die patriotische Tat zur nationalen Besinnung und Empfindung führen. Ein Patriot kann die Nation leiten und belehren.

Aus dieser engen Wechselwirkung des Tatwertes und des Empfindungs- oder Bewußtseinswertes ergibt es sich, daß beide so leicht verwechselt und vermengt werden. Dennoch bleibt es richtig, daß ein Volk ohne nationale Erziehung, d. h. ohne gediegene Erziehung zum nationalen Bewußtsein, seine Patrioten als Propheten leicht verkennen wird. Und aus diesem Grunde gilt gerade in Deutschland der über den Parteien stehende Prophet gemeinhin nicht viel.

Digitized by Google

Brief an die „Deutsche Politik“

1629 und 1919

Man hat verschiedentlich schon nach geschichtlichen Parallelen zu dem Versailler Frieden gesucht und hat begreiflicherweise die punischen Kriege dafür herangezogen. Da wurde dann Rom mit der Entente und Karthago mit Deutschland verglichen. Dieser Vergleich ist ebenso deplaciert wie irreführend. Karthago war eine phönizische Stadtkolonie, eine Handelsstadt, ein Handelsstaat, der sich in einem rechtsfremden, volksfeindlichen Lande erhob. Seine ganze Macht ruht wirtschaftlich auf seiner Handelsflotte und militärisch auf seiner Kriegsflotte, einen Volksheerbann für ein Landheer kannte die karthagische Handelsrepublik nicht. Ihre Landkriege wurden von landfremden Söldnertruppen geführt. Anders und festgegründet war die römische Land- und Bauernrepublik, sie ruhte auf dem Heerbann des römischen Bürgerheeres und auf der Waffenhilfe der stammes- und sprachgleichen italischen Bundesgenossen, wurzelte riesenhaft im angestammten Volk und Boden. Wollte man richtig vergleichen, dann müßte man Deutschland Rom gleichsetzen, beide besitzen eine aus dem Volksempfinden heraus gewachsene in der eigenen Volkskraft wurzelnde militärische Organisation, während England der phönizische Handelskolonie wie ein Ei dem andern gleicht, besonders auch in dem Bestreben, die Hauptlast seiner Landkriege fremden Söldnertruppen aufzuerlegen. Virtuell war und ist bis zur Stunde Frankreich das Vasallenvolk Englands. Die Episode des Versailler „Friedens“ kann in den Friedensschlüssen der punischen Kriege nicht seine Vergleichsobjekte suchen und finden. Wohl aber finden wir in unserer eigenen wechselvollen Geschichte eine Parallele, die nach den inneren Beweggründen wie nach dem äußern Verlauf und Weitergang merkwürdige Aehnlichkeiten aufweist. Bisher ist noch nicht darauf aufmerksam gemacht worden. Der Vergleich mit jenem Ereignis, jenem ersten Frieden des 30 jährigen Krieges hat eine solche aktuelle, hoffnungsweckende Bedeutung. Das entscheidungsvolle, hier maßgebende Jahr ist das Jahr 1629. 1629 ist das verhängnisvolle Jahr eines Schmach-, Schand- und Diktatfriedens, das insofern seinem Namen und seinem Zwecke nicht entsprach, als es dem deutschen Volke nicht den so heiß ersehnten, notwendigen Frieden bescherte, sondern im Gegenteil die direkte Ursache dafür wurde, daß Deutschland noch weitere 19 Jahre furchtbarsten, zerstampfenden Krieges über sich mußte ergehen lassen. Der Friede von 1629 wurde nicht nach Wien oder München genannt, er hieß auch nicht der Habsburger oder Wittelsbacher Friede, nein, in pedantisch deutscher Gründlichkeit nannte man jenes Friedensinstrument nach seiner Zweckbestimmung das Restitutionsedikt, den Wiederherstellungsfrieden.

Unter äußerlich harmlosen, rechtlichen Formen verbarg sich das schnödeste Attentat wider das Selbstbestimmungsrecht der Glaubens- und Gewissensfreiheit, es war gedacht und geplant als Todesstreich wider die verhaßte Neuerung der Glaubensreformation und wider die darauf fußenden neu entstandenen politischen deutschen Staatswesen. Die religiöspolitischen Zustände sollten dadurch gewaltsam um über 70 Jahre zurück, auf den Stand von 1555 gebracht werden; alle seither protestantisch gewordenen Gebiete rücksichtslos restituiert, dem alten Glauben, d. h. der Habsburger Macht, unterworfen werden. Wäre das Restitutionsedikt restlos durchgeführt worden, dann hätte der deutsche Protestantismus soviel Land und Leute verloren, daß auch für den Rest die letzte Stunde geschlagen hätte. Das wäre dann aber auch das Signal zur

Digitized by Google

Vernichtung des außerdeutschen Protestantismus gewesen. Mit anderen Worten: das Restitutionsedikt sprach einfach dem Protestantismus als einer gewordenen, vorhandenen geschichtlichen Größe das Recht auf Dasein und Zukunft ab, es war eben kein Verständigungsfriede, sondern ein brutaler Vernichtungsfriede, gerichtet gerade gegen den Teil der europäischen Welt, der bisher der erfolgreichste und tätigste Vertreter neuer, großer, zukunftweisender Ideen gewesen. Die Gefahr für den Protestantismus war riesengroß, sein Untergang schien unvermeidlich. Seine Hauptmächte und Führer waren schachmatt gesetzt, innerer Zwist, kleinlicher Profit- und Brotneid hatten seine Stoßkraft zersplittert, geschwächt, seinen Widerstand zermürbt, hatten nur so allein den Sieg der ganz anders geschlossen auftretenden Gegenpartei ermöglicht, die ihre inneren Differenzen immer klug um des Enderfolges willen zurückstellte. Diese sah sich schon am Ziele ihrer geheimsten Wünsche und konnte bereits triumphierend das Sterbeglöcklein für den bitter gehaßten, eigenwilligen, von trotzigem Unabhängigkeitsgefühl beseelten Protestantismus läuten. Man rüstete sich schon, die reiche Ernte einzubringen, die aus der Entrechtung und Konfiskation des Besiegten winkte. Da, in letzter, höchster Not, kam die Hilfe von außen her, kamen Rettung und Befreiung. Der schwedische Heerkönig Gustav Adolf, bedroht in seiner eigenen Existenz bei einer restlosen Ausführung des Restitutionsediktes, legte bewaffneten Protest ein und zerhieb das schmähliche Friedensinstrument in Fetzen. Der negative Erfolg des Restitutionsediktes bewies schlagend und unwiderleglich, daß es nicht in der Macht von Menschen liegt, das Rad der Gottesgeschichte gewaltsam zurückzudrehen. Das geschichtlich gewordene Daseinswohl des Protestantismus hatte die Feuerprobe der Prüfung bestanden. Der Frieden von 1629 hatte nur den Krieg um volle 19 Jahre verlängert. In diesen Jahren setzte sich das Selbstbestimmungsrecht des Glaubensgewissens siegreich durch, während die Idee der Glaubenskriege sich in ihnen zu Tode siegte.

Der konfessionelle Imperialismus, der damals die allein mögliche Form eines solchen darstellte, war erledigt, endgültig durch das höhere Prinzip der Toleranz und Gleichberechtigung überwunden. Die geistigen Mächte, die diesen Vernichtungskrieg entfesselt, sind in seinem Verlaufe an der eigenen Ueberspannung zugrunde gegangen. Das ist die christliche Lehre aus dem ersten Schmach-, Schand- und Diktatfrieden von 1629.

Ihm gleicht in seiner inneren Struktur der Friede von 1919, der als ein Vernichtungsfriede für die Einheit des deutschen Volkes gedacht und geplant ist. Versailles, Geburtsort deutschnationaler Einheit, richtet sich gegen diese Einheit und Freiheit des deutschen Volkes. Aus diesem Grunde wurde das Selbstbestimmungsrecht der Völker immer und überall unter Mißachtung der elementarsten Grundsätze von Recht und Billigkeit gegen das deutsche Volk nie für dasselbe angewandt. Französischer Haß und französische Angst glaubt die geschichtliche Tatsache der völkisch-nationalen Einigung von 1871 annullieren, als ein Werk des ebenso gründlich verhaßten wie glänzend mißverstandenen Bismarck, als eine Schöpfung des preußischen Militarismus diskreditieren zu können, während 1871 doch nur das elementare Sehnen und Wünschen der deutschen Volksseele erfüllte. Man hofft in den rheinischen Gebieten und in Süddeutschland an längst verklungene, abgestorbene Stimmungen und Verstimmungen früherer Jahrzehnte anknüpfen zu können, scheut sich nicht, obwohl selber religions- und konfessionslos, konfessionelle, klerikale Sentiments als trennende Kräfte auszunützen oder doch zu versuchen. Man wird aber doch wohl schon gemerkt haben, daß der Gedanke der deutschen Einheit unausrottbar im Herzen des deutschen Volkes und seiner Stämme eingewurzelt ist.

Digitized by Google

Darum kann die Errichtung fremdländischer Gesandtschaften in München und sonstwo nur als ein ganz stümperhafter Rechenfehler gebucht werden, wirft aber immerhin ein helles Licht auf die geheimsten Absichten unserer Feinde.

Frankreich hatte doch ein belehrendes Symbol dieser deutschen Einheit gehabt. Auf deutschem Boden, auf dem Boden des Wörther Schlachtfeldes, auf fränkisch-allemanischem Boden war es errichtet, jenes Denkmal, das in glücklicher Form zum Ausdruck brachte, wofür Wörth ein erster wichtiger Baustein war, den Gedanken der deutschen Einheit, es ist das Kaiser-Friedrich-Denkmal. Vorn am Sockel dieses Denkmals stehen ja die beiden riesigen Germanengestalten, die, einander die Hand zum ewigen Bunde reichend, die endgültige unzerreißbare Verbindung von Nord-Süd verkörpern. Auf ewig ungeteilt, ruft ihre stumme Gestalt. Es ist kein Zufall, daß feige Niedertracht gerade an diesem Denkmal sich vergriffen hat. Das macht aber nichts. Sie konnte wohl die künstlerische Form dieses Gedankens zerstören, nie aber den Gedanken selbst, der kräftig, lebendig, unzerstörbar in jedem deutschen Herzen weiterlebt. Das heutige Deutschland ist nun einmal nicht mehr das Deutschland von 1860 oder gar 1803. Die Rand- und Rheinbundstaatenpolitik hat sich überlebt, ist an 1871 gestorben. Das Rad der Geschichte ist inzwischen weitergerollt, und läßt sich nicht zurückdrehen. Das werden die Franzosen z. B. im besetzten Gebiete, will sagen in Rheinland, Pfalz und Elsaß-Lothringen, zu ihrer peinlichsten Ueberraschung gemerkt haben. Je länger besonders die Franzosen, gleichviel ob weißer oder schwarzer Couleur, dort hausen, desto schärfer und schneller werden sie, wenn auch gegen ihre Absicht, das deutschvölkische Ehr- und Selbstgefühl wecken. Am ihrem Gewaltsystem wird der nationale Gedanke erstarken in allen Kreisen unseres Volkes. Die Franzosen sind verflucht geschulte Augenoperateure, die allen Internationalisten gründlich den Star stechen. Und das ist gut so.

Hier setzt die tröstliche Parallele mit 1629 besonders wirksam ein. Wie vor fast 300 Jahren der konfessionell politische Imperialismus sich zu Tode siegte, an seiner eigenen Unersättlichkeit zugrunde ging, so wird es auch jetzt ähnlich dem nationalistischen Imperialismus der Westmächte ergehen. Frankreich, ohnedies ausgepumpt durch die Opfer des Krieges, wird eines Tages unter der Last seiner die Kräfte seines Landes und Volkes weit übersteigenden Unternehmungen lahm werden. Gleichzeitig wird sein Löwenpartner England an dem Gedanken der Befreiung und des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, das es im Bunde mit den anderen so freigebig und rechtswidrig wider das deutsche Volk angewandt hat, verflucht wenig Freude erleben. Denn auf sein Imperium wird es wie Dynamit wirken. In Irland hat die Bewegung schon begonnen, die sich wellenförmig um den Erdball fortpflanzen und ein Reich gefährden wird, das nicht durch die Schwerkraft eigener völkischer Energie, sondern durch eine kunstvolle und künstliche Prestigepolitik zusammengehalten wird.

Wie das Restitutionsedikt nicht das Kriegsende bedeutete, so wird auch Versailles nur eine Atempause darstellen in dem Weltkriege und eine neue Kräftegruppierung vorbereiten. Wie der Ausgang sein wird, das soll gar nicht versucht werden, auszumalen, und soviel dürfte jetzt schon mit Sicherheit gesagt werden können, es werden die kommenden Jahrzehnte die Totengräber des westmächtlichen Imperialismus und Nationalismus sein. Dann erst kann ein neues Europa und eine neue Welt entstehen mit ganz anderen geistigen und sittlichen Bausteinen, als sie Versailles oder auch dessen Gegenstück Moskau darbieten. Dann werden auch die furchtbaren Opfer des Krieges an Gut und

Digitized by Google

Blut nicht umsonst gebracht sein, wie es jetzt noch den niederdrückenden Anschein hat. Und aus den Gräbern von Millionen wird doch eine neue Zeit erblühen. 1919 verglichen mit 1629 hat etwas Ermutigendes.

Alsaticus.

Notizen

Wetterlé ist unzufrieden mit England. Viele Franzosen kommen heute zu der an sich nicht neuen Erkenntnis, daß es zwar sehr angenehm ist, während des Krieges starke Bundesgenossen zu haben, nicht aber nach dem Krieg, wenn es an die Verteilung der Beute geht. So ist auch Herr Wetterlé, der friedfertige Priester aus Colmar, schon lange recht böse auf England, weil die englische Politik nicht gestattet, aus Deutschland Hackfleisch zu machen und etwa vom ganzen Reich noch einen Thüringischen Staat übrigzulassen mit der Hauptstadt Rudolstadt, wie es sich der Deutschenfresser Wetterlé geträumt hat. Ab und zu kann er das übervolle Herz nicht mehr wahren und macht recht verärgerte Ausfälle gegen die britischen Bundesgenossen. In der Hitze des Gefechts übersieht er dann, daß er den sonst tausendmal geplapperten Lehrsatz von der alleinigen Kriegsschuld Deutschlands preisgibt, wenn er Sätze wie die folgenden schreibt: „Die englische Politik war sich immer gleich. Die unumstößliche Regel dieser Politik ist die, daß keine Macht die Vorherrschaft in Europa haben darf. Deutschland war zu groß geworden, es bedrohte das Gleichgewicht Europas, es bedrohte den englischen Handel. Es mußte also unterdrückt werden. England hat weder Menschen noch Geld gespart, um dies zu erreichen. Bald aber zeigte sich eine andere Gefahr. Frankreich ging größer aus dem Weltkrieg hervor. Wird es nun nicht herrschsüchtig werden? Gewiß, Frankreich hat die Zivilisation gerettet, aber wenn es nun die Welt beherrschen will, dann ist England bedroht. Herr Lloyd George änderte daher seine Taktik .... Durch ihn wird das geeinigte Deutschland wieder frech. Daß ein unabhängiges Rheinland nicht zustande kam, ist Englands Werk. Was Frankreich schaden kann, findet in London Unterstützung. Frankreich hat es als seine Pflicht erachtet, England zu retten. „Der Mohr hat seine Pflicht getan, der Mohr kann gehen." Man sieht, Herr Wetterlé macht Fortschritte im Erfassen der englischen Staatspolitik. Wenn er erst noch die Fabel studiert von jenem Esel, der mit dem Löwen gemeinsam auf die Jagd ging, wird er dem Problem noch wesentlich näher kommen.

*

Die elsaß-lothringischen Abgeordneten protestieren gegen die Sprachenpolitik. Selbst die gut französisch gesinnten elsaß-lothringischen Abgeordneten sehen sich vor die Notwendigkeit gestellt, gegen die Unterdrückung der deutschen Muttersprache aufzutreten. Sie haben eine längere Erklärung verfaßt und der Regierung zugehen lassen, worin sie das nationale Interesse der Erlernung der französischen Sprache anerkennen, daneben aber die vollständige Kenntnis beider Sprachen verlangen. „Der Unterricht in der Schule muß die Tatsache berücksichtigen, daß in der großen Mehrzahl der Gemeinden das Französische nicht die Muttersprache ist. Letztere muß nach den pädagogischen Grundsätzen als Ausgangspunkt des Unterrichts überhaupt und als Vermittlerin der sittlichen Erziehung gelten." Diese Erklärung wird in der deutschsprachigen Presse aller Parteien beifällig begrüßt. „Die deutsche Sprache ist nicht oberflächlich zu lehren", sagt beispielsweise die soz. „Freie Presse". „Es ist eine Kultursprache. Wir wollen sie als gleichberechtigt mit dem Französischen, dessen Erlernung uns sehr am

Digitized by Google

Herzen liegt, behandelt wissen. Es ist hierfür nicht Gleichstellung hinsichtlich der Stundenzahl nötig. Der Dialekt bringt der Erlernung des Deutschen manche Hilfe. Aber gegen die Unterdrückung des deutschen Unterrichts in dem ersten Schuljahre, gegen die Zurücksetzung unserer Muttersprache im späteren Unterricht muß Protest erhoben werden."

Straßburg. Die Finanzen der Stadt Straßburg, einst unter Schwander in mustergültiger Verfassung, zeigen das bei den elsässischen Städten üblich gewordene Bild zunehmender Zerrüttung. Der Haushalt für 1920 weist einen Fehlbetrag von 25 Millionen Franken auf. Die Zuschlagspfennige standen 1914 auf 96, 1915 auf 110, 1918 auf 150, 1919 auf 175 und müssen jetzt auf 270 erhöht werden. Noch ungünstiger steht Metz mit 411 Zuschlägen, Mülhausen mit 292, Colmar mit 280.

*

Graf Carl Pückler hat im Augustheft von „Nord und Süd" den Vortrag veröffentlicht, den er im Juni in der „Deutschen Gesellschaft 1914" hielt: Richtlinien äußerer Politik in Vergangenheit und Zukunft. Ein Diplomat der guten alten Schule; schon im Stil. Man liest so etwas nicht mehr häufig. Graf Pücklers These gleich zu Anfang lautet:

Als Alexander III. in Peterhof die „für sein Land wie für Deutschland gleich verhängnisvollen Worte" sprach: „je bois à la santé de la Nation amie et alliée" — ich trinke auf die Gesundheit des befreundeten und verbündeten Volkes — da war es klar, daß es im Interesse des Weltfriedens darauf nur einzige Antwort geben konnte: den beherzten Anschluß an England.

Der Verfasser hat absolut recht, wenn er darin „die folgerichtige Fortsetzung der Politik Bismarcks" sieht, des Bismarcks, der 1887 Salisbury das deutsch-englische Bündnis gegen die beiden Friedensstörer Rußland und Frankreich vorgeschlagen hatte, namentlich aber Rußland. Sein Standpunkt in dem Vortrage ist weiter: „nicht Englands Schuld, sondern unsern Fehler zu untersuchen, der darin bestand, daß wir nicht verstanden, England von seinem Schritte abzuhalten, als es am Scheidewege stand". Der Grundfehler im Kriege, nachdem die Katastrophe einmal da war, war die Frontstellung, die ihm gegeben wurde. Moralisch, politisch und strategisch hätte die Front gegen Osten genommen werden müssen. Der Graf teilt ein von dem Botschafter Gerard zu Herrn v. Bethmann Hollweg gesprochenes Wort mit: „Im Osten werden wir Ihnen wohl freie Hand lassen" — ein Wort, welches unsere Amerikafresser geflissentlich totgeschwiegen haben.

Ein Wort im Zentrum des Vortrages trifft den Kern: das vom „Irrweg der Russophilie". Rußland ist ein riesiger Eiterherd; das war es aber schon unter dem Zaren, in der Revolution sind die Geschwüre nur aufgebrochen. Der Bolschewik ist nur eine Folgeerscheinung des Tschinownik, die Frucht einer allgemeinen Entsittlichung, wo sollen da die Kräfte herkommen, welche Rußland lebens- und daher bündnisfähig machen?" Wahre Worte, aus der Kenntnis des russischen Volkes gesprochen! Aber wird jemand auf sie hören? Sie sprechen und ihnen zustimmen kann nur eine in ihrer Tiefe historisch und politisch gebildete Natur. Solche Naturen sind seltene Gewächse unter uns geworden.

Der Schluß ist: Ausschaltung aller Rachegelüste und Appell an den gesunden Menschenverstand beim Gegner (ich füge hinzu: nach dem Siege der Opposition in England, vorher würde es nutzlos sein! Rb.). Eine richtig verstandene Vaterlandsliebe wird zeitweilig die Namen Tirpitz und Ludendorff zu vergessen suchen „Die Geschichte wird diesen deutschen Hannibalen ihren Platz sichern, freilich einen noch besseren ihren unvergleichlichen Truppen . . ." Wir können aus dem Sumpf

Digitized by Google

des Versailler Friedens nur herauskommen, „wenn wir den festen Boden eines allen Staaten gemeinsamen Interesses gewinnen, und das ist die gemeinsame Gefahr der Bolschewismus ... Unsere Außenpolitik wird der Nation um so positiver dienen, je internationaler sie sich zu sein befleißigt."

Neuerscheinungen

J. J. Ruedorffer „Die drei Krisen". Eine Untersuchung über den gegenwärtigen politischen Weltzustand. Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart-Berlin, 8 M.

Dem unveränderten Neudruck seiner kurz vor dem Kriege erschienenen „Grundzüge der Weltpolitik" gibt Ruedorffer ein Nachwort bei, das in großer Zeichnung die Kräftelagerung, die sachlichen und seelischen Tendenzen aufzeigen will, die heute, nach Kriegen und Revolutionen, die Menschheit, enger gefaßt: Europas Völker und Staaten, beherrschen. Man weiß, daß hinter dem Pseudonym sich einer der hervorragendsten Mitarbeiter des Kanzlers von Bethmann Hollweg verbirgt, den später, nach des Kanzlers Sturz, eine amtliche politische Aufgabe mitten in den Wirrwarr der Anfänge bolschewistischer Herrschaft nach Moskau gesandt hatte. Die enge Vertrautheit mit den politischen Vorgängen, das vom Umschauung gesättigte Urteil gibt der Führung des Buches seine bei aller literarischen Bewegtheit klare und ruhige Sicherheit; die Arbeit ist aber nicht als ein historischer Beitrag zur pragmatischen Klärung und Erklärung zu bewerten, sondern als der Versuch, einer, man möchte sagen psychologischen Deutung der ungeheuren Krisenhaftigkeit, in die unsere Zeit gefallen ist, eine Krisenhaftigkeit, für die der Krieg weniger Ursache und Grund als Ausdruck und Verschärfung bedeutet. Ruedorffer gliedert die drei Krisen: die der zwischenstaatlichen Lage, die Spannungen und Katastrophen des imperialistischen Bündnissystems, die innerpolitische, durch die Herrschaftsbereich und Form des Staates in Frage gestellt wurde, die der Gesellschaft, in der die Schichtung der Ueberkommenheit durchstoßen wird. Die Deduktionen sind so scharfsichtig, daß die Katastrophe fast den Charakter des Zwangsläufigen annimmt. Freilich, die Formulierung der möglichen Lösung: „ein oberster Rat der europäischen Vernunft", mit aller Nüchternheit in seinem Aufgabenkreis umschrieben, klingt vorderhand nicht anders als eine Utopie; sie will ein Appell gegen die Gedankenlosigkeit sein. Das Buch ist meisterhaft geschrieben und in der Analyse von einer feinen und seltenen Durchsichtigkeit.

Th. H.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Allen Zusendungen ist Rückporto beizufügen.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

---

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt. Redaktion: Schöneberger Ufer 36a I. Telephon: Nollendorf 928. Für Anzeigen: Verbedienst G. m. b. H., Berlin W 35, Lützowstr. 102/4. Verlag: Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 29. Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt 10 M. Einzelnummer 1 M. Druck von Haß & Garleb G. m. b. H., Berlin W 57, Bülowstraße 66.

Digitized by Google

Deutsche Verlags-Anstalt / Stuttgart / Berlin

Kürzlich erschien:

J. J. Ruedorffer

Die drei Krisen

Untersuchungen über den gegenwärtigen politischen Weltzustand

Preis geheftet M 8.— dazu die örtlichen Sortimenterzuschläge

Hinter dem Pseudonym J. J. Ruedorffer verbirgt sich bekanntlich einer unserer geistvollsten Diplomaten und Politiker. Gleich seinem Buch „Grundzüge der Weltpolitik in der Gegenwart" wird auch die neue Arbeit, die als eine Art Nachwort gedacht ist, berechtigtes Aufsehen erregen. Sie ist der Versuch, in dem Wirrwarr des Geschehens den Gesamtzusammenhang zu finden und den Boden für ein Handeln zu schaffen, das nicht von den Dingen gemeistert wird, sondern sie meistern will.

Als Mittler zwischen Herstellung und Verbrauch, zwischen Angebot und Käufer wird immer eine den Zeitverhältnissen angepaßte Werbung nötig sein, wie sie der

Werbedienst

in allen seinen Arbeiten pflegt u. fördert. Erste Künstler, namhafte Fachleute u. durchgebildetes Personal vereinigen sich zu dieser Aufgabe Eigenes Atelier mit Haus- u. Versuchspresse Werbedienst G. m. b. H. * Berlin W 35

Digitized by Google

„Die Bücherpost"

unterrichtet wöchentlich über Neuerscheinungen des deutschen Buchhandels aus allen Wissensgebieten und der Unterhaltungsliteratur. Einzelnummer 25 Pf., vierteljährlich M. 2.50. Abonnements nimmt jede Poststelle, auch der Briefträger, entgegen. Probenummern sendet die Geschäftsstelle der „Bücherpost", Frankfurt a. M., Niddastr. 74, postfrei und umsonst.

A. WARMUTH · Speditionsgeschäft

Zentrale: BERLIN C 2, Hinter der Garnisonkirche 1a
Fernsprecher: Norden 309, 310, 1642, 4472 u. 4512
Leipziger Abteilung: Dorotheenstr. 20a. Zentrum 2688
Versand von Gütern aller Art nach allen Orten der Welt.
Möbeltransport - Lagerung

Das Hauptwerk des Russentums in deutscher Uebertragung

Soeben erscheint:

N. J. DANILEWSKY

Rußland und Europa

Eine Untersuchung über die kulturellen und politischen Beziehungen der slawischen zur germanisch-romanischen Welt

Uebersetzt und eingeleitet von Karl Nötzel

Preis geheftet M 26.—, Pappband M 32.—
Halbleinenband der Polit. Bücherei M 36.—

Mit dem Zusammenbruch des zaristischen Rußland ist der Panslawismus nicht erledigt. Immer klarer wird es vielmehr, daß der Bolschewismus nicht nur die spezifisch russische Form des extremen Sozialismus ist, sondern daß er auch einen besonderen Wesenszug der national-russischen Politik, eben jenen imperialistischen Expansionsdrang, den wir Panslawismus nennen, unverkennbar in seine internationale Betätigung aufgenommen hat.

Danilewskys Buch, die „Bibel" der Panslawisten, bietet als grundlegendes Selbstbekenntnis des Panslawismus das wertvollste Material zur Lösung der Rätsel der russischen Sphinx.

Die Uebertragung Karl Nötzels, die zugleich eine gründliche Kürzung des außerordentlich umfangreichen Originales sein mußte, bringt mehr als die Hälfte des russischen Werkes; doch handelt es sich nicht um einen Auszug, vielmehr sind vollständige Kapitel ausgewählt, die zusammen den Eindruck eines geschlossenen Ganzen machen, da sie den wesentlichen Kern der Untersuchung unvermindert enthalten. Angesichts der Krise, vor der das europäische Kulturleben steht und die in Spenglers „Untergang des Abendlandes" bereits ihre Geschichtsphilosophie gefunden hat, erscheint Danilewskys Behandlung der Fragen: „Ist Rußland Europa?" — „Ist die europäische Zivilisation gleichbedeutend mit der allgemein menschlichen?" — „Fault der Westen?" in neuem Lichte.

Alle Kapitel seines Buches weisen auf wichtige, auch heute noch gültige trennende Momente im Verhältnis Rußlands zu Westeuropa hin. Es bleibt ein historisches Dokument, dessen Bedeutung der weltumspannenden Weite seiner Probleme wie der Authentizität und Unmittelbarkeit seiner Darlegungen entspricht.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart, Berlin

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Inhalt:

Politische Glossen 417
Schmidt, Millerand 419
Quendt, Die Parteien in Frankreich 422
Imendörffer, Ungarns gegenwärtige Lage 428
Kindt, Die Lage in Südwestafrika 432
Heuß, Deutsche Hochschule für Politik 437
* * * Die armenische Republik 442
Linter, Valutaregulierung 446

Preis vierteljährlich M 15.–, das einzelne Heft M 1,50

5. Jahrgang 1. Oktober 1920 Heft 40

Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart-Berlin

Digitized by Google

Alleinige Anzeigenannahme: **Werbedienst G. m. b. H. Berlin W. 35.** Lützow

Wer auswandern will

versäume nicht, sich zuvor gründlich zu unterrichten.
Dies geschieht am besten durch den Bezug der

Illustrierten Auswanderer-Zeitung

Wir bringen Ihnen jede Woche die neuesten Nachrichten aus allen Einwanderungsländern u. alles Wissenswerte über die dortigen Wirtschaftsverhältnisse u. Aussichten. Preis der Einzelnummer 60 Pf. Vierteljahresabonnement M. 7.80. Zu beziehen durch jede Buchhandlung und Postanstalt oder direkt vom Verlag:

Ausland und Heimat Verlags-Aktiengesellschaft, Stuttgart

„Die Bücherpost"

unterrichtet wöchentlich über Neuerscheinungen des deutschen Buchhandels aus allen Wissensgebieten und der Unterhaltungsliteratur. Einzelnummer 25 Pf., vierteljährlich M. 2.50. Abonnements nimmt jede Poststelle, auch der Briefträger, entgegen. Probenummern sendet die Geschäftsstelle der „Bücherpost", Frankfurt a. M., Ridbastr. 74, postfrei und umsonst.

A. WARMUTH · Speditionsgeschäft

Zentrale: BERLIN C 2, Hinter der Garnisonkirche 1a
Fernsprecher: Norden 809, 310, 1642, 4472 u. 4512.
Leipziger Abteilung: Dorotheenstr. 29a. Zentrum 2609.
Versand von Gütern aller Art nach allen Orten der Welt.
Möbeltransport - Lagerung

Deutsche Verlags-Anstalt / Stuttgart / Berlin

Soeben erschien:

KARL LUDWIG SCHLEICH

Bewußtsein und Unsterblichkeit

Vorträge, gehalten an der Lessing-Hochschule zu Berlin

Der Verfasser hat mit seinen oft so völlig neuartigen Anschauungen über das Wesen des Bewußtseins, des Ichs, der Seele usw. über die Kreise der Wissenschaft hinaus die allgemeine Bildung unserer Tage um neue Einsichten und Werte bereichert. Alles Wesentliche seiner wissenschaftlichen Forschungsresultate und philosophischen Erkenntnisse ist in diesem Bande zusammengefaßt.

Mit 31 graphischen Darstellungen .. .. Gebunden M 12.—

Durch alle Buchhandlungen zu beziehen

Digitized by Google

5. Jahrgang * 1. Oktober 1920 * Heft 40

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Im Kabinett ist eine Untergruppe für die Wirtschaftsprobleme gebildet worden; zugleich hat man das Kontroll- und Einspruchsrecht des Reichsfinanzministers ausgedehnt. Der Kampf um die Rettung der Finanzlage ist jetzt fast ganz auf das Gebiet der Personalausgaben, der Besoldungen, übergegangen; zwischen Ressort und Ressort, zwischen Reich, Ländern und Gemeinden werden die Besoldungsgruppen „ausgeglichen", und das kostet Geld, einzelne Kategorien werden „umgruppiert", und das hat sich nie nach unten vollzogen. Die Revolution in diesen Schichtungen ist von dem Lohnvormarsch der ungelernten Arbeiter bestimmt, die finanzpolitisch die Sieger der Umwälzung wurden und den ganzen Bezahlungsaufbau der öffentlichen und privaten Stellen erschütterten. Es ist nun ganz schön gedacht, daß man dem Reichsfinanzminister eine Gewalt gegen die Ressorts usw. geben will; der Augenblick ist nur recht schmerzlich, da der Valutasturz den „Abbau der Preise", der im gelegentlichen Abbröckeln wenigstens spürbar zu werden beginnt, wieder zertrümmert.

*

Von Zeit zu Zeit braucht Berlin Ministerkrisen, wenigstens in den Zeitungen. Einige Leute gibt es immer, deren unruhige Betriebsamkeit sie in dieses Gebiet sendet. Es ist ihnen nicht wohl, wenn nicht immer wieder eine Sturmglocke oder ein Sterbeglöcklein geläutet wird. Nun hat ja gewiß gegenwärtig jedes Kabinett in seinem Bestand einen etwas fragwürdigen Charakter; der Unterbau ist zu schmal, und die Lösungen für die unendlichen Nöte liegen für die Verantwortungen nicht in gleicher Weise fertig, wie sie sich in den Zeitungsspalten vorfinden. Aber es ist sinnlos, diesen schwebenden Zustand immer wieder zu gefährden. Es ist das besondere Talent der „Vossischen Zeitung", einfach Tatbestände anzukündigen, (wie etwa den bevorstehenden Rücktritt des Vizekanzlers Heinze und dgl.), die aller Unterlagen entbehren. Zeitungen mögen gewiß die Politik machen, die ihnen für gut dünkt; aber die Bitte ist erlaubt, dabei die Nerven des Volkes etwas zu schonen.

Digitized by Google

Die Finanzkonferenz von Brüssel soll einstweilen die Besprechung von Genf ersetzen. Sie berät, hat aber kein Recht der Exekutive. Die Marschlinie ist ihr enge genug begrenzt. Es wird ein Chorgesang der europäischen Not werden, aus dem ein paar Solostimmen sich herausheben. Aber der Rhythmus wird keine sammelnde Kraft haben. Denn die Noten, nach denen man singen wird, sind in Paris verfaßt worden und ihre Motive ruhen auf der Disharmonie.

*

Seit langer Zeit läuft die Partei der Nationaldemokraten in Polen, die mit Beginn des Krieges aus Deutschenhaß die Politik der Entente unterstützte, Sturm gegen den provisorischen Präsidenten Pilsudski. Nach dem Zusammenbruch Deutschlands kamen denn auch ihre Führer Padarewski, Grabski und Dmowski ans Ruder. Allmählich jedoch schob sich das politische Schwergewicht wieder mehr nach links hinüber. Jetzt befindet sich die Partei der Nationaldemokraten wieder in schärfster Opposition gegen das Kabinett der linken Parteien. Sie richten aber ihre schwersten Angriffe nicht gegen den Ministerpräsidenten Witos, sondern gegen Pilsudski selber. Um ihn zu kompromittieren, werfen sie ihm seine Zusammenarbeit mit den Mittelmächten zu Anfang des Krieges vor. Daß der Begründer und Leiter der polnischen Legionen später in Konflikt mit der österreichischen Heeresleitung geriet und bis zum Ausbruch der Revolution in Magdeburg in der Festung saß, wird von ihnen natürlich verschwiegen. Jetzt hat Pilsudski, um sich der heimtückischen Angriffe der Nationaldemokraten zu erwehren, in einer Erklärung an die polnischen Pressevertreter Frankreich „lobenswert unterworfen". Er betonte ihnen, daß in Polen kein Kabinett auch nur eine Stunde regieren könnte, das gegen französische Interessen verstoße. So schrankenlos diese Unterwerfung auch ist, und so völlig Polen damit zu einem Vasallenstaat Frankreichs gestempelt wird, so dürfte das den Haß der Nationaldemokraten gegen Pilsudski nicht besänftigen. Denn letzten Endes diente ihnen die Behauptung der Franzosenfeindschaft des Präsidenten nur dazu, um in Pilsudski den Sozialistenführer zu kompromittieren.

*

Die Tragikomödie der Berliner Magistratswahlen geht zu Ende. Ihr schlimmster Abschnitt war der Augenblick, da eine Streikdrohung von Funktionären der Straßenbahn die Mehrheitssozialisten bestimmte, auch im Verkehrsdezernat den Kandidaten der Unabhängigen anzunehmen. Berlin hat jetzt den Arzt für sein leidendes Verkehrswesen durch eine verschleierte Diktatur der Straße bzw. der Straßenbahner erhalten. Sind eigentlich die Mehrheitssozialisten des Reiches gewillt, die Taktik der Unterwürfigkeit widerspruchslos zu dulden, die in Berlin praktiziert wurde? In Kassel wird man es hören.

Digitized by Google

Millerand

Von Axel Schmidt.

Lloyd George befand sich während der Tagung der vorigen Nationalversammlung in Paris. Er ließ sich für die Sitzung Plätze reservieren, um dem Triumph seines Freundes Clémenceau beizuwohnen. Als dann im letzten Augenblick die Mehrzahl der Versammlung Deschanel auf den Schild hob, blieb Lloyd George dem Wahlakte fern. Clémenceaus Niederlage empfand auch er als seine eigne. Hatte doch noch wenige Tage vor der Wahl die für gewöhnlich gut unterrichtete „Westminster Gazette" ein englisch-französisch-italienisches Bündnis angekündigt. Bisher nahm man in Deutschland an, daß die Abgeordneten sich gegen den Tiger ausgesprochen hätten, weil sie keinen Autokraten auf dem französischen Präsidentenstuhl sehen wollten. Erinnert man sich aber der Programmrede Millerands, der offensichtlich aus dem Sturz Clémenceaus die Konsequenzen gezogen hatte, so ist nicht von der Hand zu weisen, daß damals auch außenpolitische Momente mitgespielt haben dürften. Millerand erklärte damals unter anderem:

„Die Ausführung aller Bestimmungen des Versailler Friedens ist für uns ein Gesetz, das wir durchzuführen versuchen werden ohne Gewalt und ohne Schwäche, aber mit unerschütterlicher Festigkeit. Dieses Gesetz schließt in sich unbesiegelt die herzliche Aufrechterhaltung der Bündnisse, die die Welt retteten. Welche Not wäre wohl über uns gekommen *ohne unsere Verbündeten*, *sowohl die der ersten wie die der letzten Stunde*, und welches Schicksal hätten wohl Frankreichs Verbündete gehabt, wenn Frankreich nicht jahrelang als Schild für die Zivilisation gedient hätte?"

Während Clémenceau geneigt gewesen sein dürfte, Amerika als Bundesgenossen fallen zu lassen, stellte Millerand dagegen den Bundesgenossen der „letzten Stunde" den übrigen gleich. Diese Ansicht gewinnt noch an Schwergewicht, wenn man sich daran erinnert, daß die Gegner der Wahl Clémenceaus ihm vorwarfen, daß er in völlige Abhängigkeit von Lloyd George geraten wäre.

In den *Vereinigten Staaten* hat man denn auch frühzeitig des englischen Premiers politische Haltung Amerika gegenüber klar erkannt. Erklärte doch schon im Anfang des Jahres 1919 der Marine-Staatssekretär, daß die Vereinigten Staaten „binnen drei Jahren eine Flotte besitzen werden, die der englischen ebenbürtig sei und binnen fünf Jahren übertroffen werde". Englands Antwort auf diese Ankündigung war die Erneuerung des englisch-japanischen Bündnisses, obgleich es in den eigenen Dominions — Kanada und Australien — nicht gerade mit freundlichen Augen angesehen wurde. Kürzlich ist sogar der republikanische Präsidentschaftskandidat Harding auf die englisch-amerikanische Rivalität

Digitized by Google

zur See zu sprechen gekommen und hat nach einem Bericht der „United. Tel." sehr offen auf bestehende Gegensätzlichkeiten hingewiesen:

Der Inhalt seiner politischen Weltanschauung könne in zwei Worte gekleidet werden: „Amerika voran!". Demgemäß will Harding für eine Ausdehnung und Entwicklung des amerikanischen Handels und der amerikanischen Handelsmarine sorgen. Die Vereinigten Staaten müßten in die Lage versetzt werden, ihre atlantischen Frachten auf eigenen Schiffen zu führen. „Wie töricht waren wir doch, England zu einer großen Handelsflotte zu verhelfen! Diese Torheiten wollen wir aber nicht fortsetzen. Wir dürfen unseren Handelsfrachtendienst mit seinen Erträgnissen nicht an andere Nationen verschenken. Wir wollen diese Erträgnisse in unserer Tasche behalten."

Harding gibt zu, daß es zu einem scharfen wirtschaftlichen Gegensatz zwischen den Vereinigten Staaten und England kommen müsse. Die hauptsächlichen Interessen dieser beiden Länder müßten notwendigerweise aufeinanderprallen. Zu einem besonders erbitterten Kampfe werde es um den südamerikanischen Handel kommen, der nach der Meinung Hardings von Rechts wegen den Vereinigten Staaten zufallen sollte.

Seit dem Rücktritt Clémenceaus von der Führung der Geschäfte ist denn auch die Ententemaschine nicht mehr reibungslos gelaufen. Keine der vielen auswärtigen Fragen, die schon zwischen Clémenceau und Lloyd George so gut wie gelöst schienen, wollen nicht vom Fleck mehr rücken. Offen ist dieser Gegensatz beim russischen Problem zutage getreten. England und Italien versuchten mit Räterußland Fühlung zu gewinnen und ließen zu diesem Zweck nicht nur General Wrangel fallen, sondern fanden auch warnende Töne gegen den polnischen Imperialismus. Im Gegensatz dazu erkannte Frankreich damals gerade Wrangel als kriegführende Macht an und wurde charakteristischerweise hierbei von Amerika unterstützt. Hätte wirklich noch die alte Entente cordial zwischen dem französischen und englischen Staatsmännern bestanden, wie zur Zeit des Versailler Friedens, dann wäre es kaum zu den bescheidenen Debatten in Spa gekommen, vielmehr wäre es bei der beliebten und erfolgreichen Diktatpolitik geblieben. Jetzt aber wollte England nicht mehr Frankreichs deutsches Spiel unterstützen, weil dieses ihm sein amerikanisches verdorben hatte. Allmählich kommt jetzt auch der englisch-französische Gegensatz in der französischen Presse zum Ausdruck. Englands innere Schwierigkeiten werden dazu benutzt, um Vorstöße in der ägyptischen und irischen Frage zu machen. Der Todeskampf des in Hungerstreik getretenen Bürgermeisters von Cork Mc. Swiney wird mit viel Sympathie verfolgt und die auf Drängen Englands erfolgte Ausweisung des irischen „Gesandten" Gawan Duffy seitens der französischen Regierung wurde allgemein mißbilligt.

Digitized by Google

Erst nach langem Sträuben hat sich Millerand entschlossen, die Präsidentschaft anzunehmen. Das war nicht Koketterie, sondern es dürfte daraus die Sorge gesprochen haben, daß sein Nachfolger vielleicht den bisherigen Kurs nicht mit solcher Energie steuern würde, wie er selbst. Erst als sein Plan, auch als Präsident der Republik stärkeren Einfluß auf die auswärtige Politik zu behalten, nicht auf strikte Ablehnung stieß, hat er eingewilligt. Von seinen Anhängern wird jetzt sogar von der Notwendigkeit einer Verfassungsänderung gesprochen. Auch dieser Zwischenfall läßt den Rückschluß zu, daß bei Clémenceaus Sturz nicht allein die Furcht vor einer starken Hand ausschlaggebend gewesen sein kann. Sonst würde doch kaum dieselbe Kammer Millerand gewählt haben, der sogar den erhöhten Einfluß des Präsidenten in der Verfassung verankert sehen will.

Bisher habe ich noch mit keinem Worte Deutschland in diese Betrachtung hineingezogen und mit voller Absicht. Hat sich doch England bei seinen schwachen Versuchen die Härten des Friedens ein wenig zu mildern, nicht im entferntesten von deutsch-freundlichen Gefühlen leiten lassen, sondern es wollte nur Millerand Schwierigkeiten in den Weg rollen, weil er nicht Clémenceaus englischen Kurs steuerte. Man könnte also die Sachlage drastisch so formulieren, daß Deschanels Wahl eine Niederlage Clémenceaus war, Millerands aber eine Absage an Lloyd Georges bedeutet. Unendlich viel wird natürlich davon abhängen, wer von Millerand mit der Bildung des Kabinetts betraut werden wird. Im Vordergrunde der Kombination standen Briand, Poincaré und Barthou. Letztere Wahl hätte eine direkte Absage an England bedeutet. Dazu dürften jedoch die Beziehungen zu Amerika noch zu lockere sein. Poincarés Ernennung konnte als Hinneigung zu Clémenceaus Politik gedeutet werden, denn beide Politiker leben nur vom Hasse gegen Deutschland. Mit Briand wäre eine weichere Hand ans Ruder kommen; jedoch ist es zweifelhaft, ob dieser vorsichtige Politiker wieder aktiv hervortreten will, bevor die Stellungnahme der französischen Sozialdemokratie zu Moskau geklärt ist. Wird der Anschluß an die III. Internationale von der französischen Sozialdemokratie abgelehnt, so ist auch der Weg zu einem Block der Linken frei. Dann dürfte auch Briands Stunde wieder geschlagen haben. Aber auch dann sollte sich der Deutsche davor hüten, wie das Quendt in seinem heutigen Aufsatz „Die Parteien in Frankreich" ausführt, zu glauben, ein solches Kabinett wollte oder könnte eine deutschfreundliche Politik treiben.

Millerand hat aber den ihm genehmsten Ausgang gewählt und das alte Kabinett mit einem Geist zweiter Ordnung als Vorsitzender bestätigt. Dadurch blieb er unbeschränkter im Kabinett. Man könnte sagen, das Kabinett Leygues ist nichts anderes als ein Kabinett Millerand ohne Millerand.

Digitized by Google

Die Parteien in Frankreich

Von Dr. Eugen Quendt

Der Aufsatz ist bereits vor dem Personenwechsel in Frankreich geschrieben worden. Dieser konnte nur kurz berücksichtigt werden, die Grundauffassung der Arbeit wird durch ihn nicht berührt.

Die Schriftleitung.

Das innerpolitische Leben Frankreichs steht im Zeichen dreier großer Ideen: des Kampfes gegen den Bolschewismus, des Wiederaufbaues und der Sicherung der außenpolitischen Errungenschaften des siegreich durchgeführten Krieges.

Der Kampf gegen den inneren Bolschewismus kann als beendet angesehen werden. Nachdem Clemenceau durch die Bildung des Bloc national die Sozialisten im Wahlkampf besiegt, nachdem Millerand durch sein anscheinend passives, in Wahrheit vorsichtig abwartendes, allen unnützen und aufreizenden Zusammenstößen ausweichendes Verhalten ihnen bei Gelegenheit des Streiks im Frühjahr eine geradezu vernichtende Niederlage beigebracht, nachdem endlich die von ihrer Informationsreise aus Rußland zurückgekehrten Abgeordneten Cachin und Frossard durch ihren bedingungslosen Beitritt zur dritten Internationale den weiteren Bestand der unifizierten Sozialistenpartei ernsthaft in Frage gestellt haben, droht von seiten des inneren Bolschewismus keine Gefahr mehr. Bereits nach dem Straßburger Kongreß hat sich unter Führung von Rozier von den Sozialisten eine Rechtsgruppe als Parti socialiste francais, also eine Nationalsozialistenpartei, mit dem Parteiblatt „France libre", eben jene Gruppe, die allein auf dem Genfer Kongreß vertreten war, von den Unifizierten, die die Ungeschicklichkeit besaßen, sie wegen Wahlbündnisse mit Parteien des Bloc national auszuschließen, losgelöst. Der Ausgang des Maistreiks aber hat die Extremisten in so augenfälliger Weise ins Unrecht gesetzt, daß jetzt innerhalb der Gewerkschaften die gemäßigten Elemente wieder die Oberhand gewonnen haben. Gegen die Beschlüsse Cachins und Frossards aber haben schon jetzt eine große Anzahl von Parteigenossen Stellung genommen (darunter Auriol, Barthe, Bailly, Paul-Boncour, Groussier, Alex. Varenne, im ganzen 19, denen weitere folgen werden) und vorausgesetzt, daß es Millerand gelingt, dem Lande neue kriegerische Abenteuer zu ersparen, kann man schon jetzt prophezeien, daß die schon sowieso arg geschwächte Partei durch weiteren Zerfall in die alten Majoritäten Longuet-Renaudelscher Richtung und eine kleine Gruppe entschlossener Kommunisten zerfallen wird.

Erst diese Klärung wird dann die von verschiedenen Seiten wieder angestrebte Bildung eines Linksblocks möglich machen. Dieser Linksblock

Digitized by Google

ist im Grunde nichts weiter als die republikanische Reaktion gegen den im Bloc national beobachteten Ruck nach rechts. Dieser Ruck nach rechts, der unzweifelhaft vorhanden war und sich noch immer bemerkbar macht, hat verschiedene Ursachen. Zunächst die Einsicht, daß es für die nächsten Jahre innerpolitisch in erster Linie nicht auf Politik und politische Betätigung, sondern auf praktische Wiederaufbauarbeit ankommt. Es ist natürlich leicht, in die von rein politischem Standpunkt gegen den Nationalblock vorgebrachten Kritiken einzustimmen, aber es liegt in diesem mehr oder weniger entschlossen festgehaltenen, aber doch eben einstweilen im wesentlichen noch festgehaltenen Standpunkt, dem hauptsächlich das Kabinett Millerand eine für so stark bewegte Zeiten überraschend lange Lebensdauer verdankt, etwas von Größe und von dem energischen Lebenswillen der Nation, nun auch über den Frieden hinweg durchzuhalten, und den Wiederaufbau und die Sicherung des außenpolitischen Sieges nicht durch innere Politik zu hemmen. Um aber den Wiederaufbau zu ermöglichen, mußte nicht nur gegen den inneren Bolschewismus Front gemacht, sondern den Sozialisten selber der Wind aus den Segeln genommen werden, und es ist mehr als bloßer Stimmenfang, wenn in all den mehr oder weniger verschwommenen Parteiprogrammen des Bloc national, sogar in dem der durchaus zu Unrecht als Reaktionäre verschrieenen Royalisten eine vernünftige Arbeiterfürsorge mit an erster Stelle stand. Weiterhin bedeutet aber der Ruck nach rechts eine Reaktion gegen die politische Routine überhaupt. Noch krasser als die Niederlage der Sozialisten war im Wahlkampf die der alten Radikalen und Radikalsozialisten. Durch Clemenceau mehr und mehr ausgeschaltet, hatten sie zu Ende des Krieges nahezu alles Prestige verloren. Das Land war des Politisierens satt, es wollte eine Kammer der Arbeit, und es ist gewiß bezeichnend, daß sich eine besondere, um Lysis, den Herausgeber der „Democratie nouvelle" gruppierte Partei bilden konnte, deren Programm im wesentlichen auf Bekämpfung der alten Routinepolitik gerichtet ist. Aber auch das Parteiprogramm der 46 Mann starken „Groupe d'action républicaine et sociale" fordert an erster Stelle: „Aenderung der Geschäftsordnung der Kammer, um die Arbeit der Ausschüsse zu beschleunigen, die Aenderungsvorschläge während der Tagung zu beschränken und Mißbrauch der Interpellationen zu verhindern", sowie „mit allen Mitteln allen rein politischen Debatten, besonders auch über religiöse Fragen, entgegenzutreten". Auch die sozialistischen Republikaner fordern an erster Stelle, daß rein innerpolitische Probleme vorläufig nicht in der Kammer erörtert werden.

Diese Opposition gegen die alte Partei- und Routinepolitik verschärft sich, je weiter man nach rechts geht, zu einer Tendenz auf Revision der Verfassung zugunsten einer starken Exekutive und, bei den Royalisten, gegen das republikanische Regime und den Parlamentarismus überhaupt.

Digitized by Google

So fordert die „Democratie nouvelle“: „Ernennung des Präsidenten durch Kammern und Generalräte, Ausschluß der Parlamentarier, deren Funktion lediglich eine kontrollierende sein soll, von allen öffentlichen Aemtern.“ Parlamentarier sollen weder Minister, noch Unterstaatssekretäre, noch Gesandte, noch Gouverneure in Kolonien usw. sein können. Bei ernsthafter Uneinigkeit zwischen Kammern und Präsidenten werden erstere aufgelöst und Neuwahlen ausgeschrieben, so daß das Land selbst entscheiden kann.

Nun hat ja selbstverständlich eine Partei mit einem derartigen Programm auch heutzutage noch keinerlei Aussicht, sich in Frankreich durchzusetzen. Die „Democratie nouvelle“ ist denn auch bei den Wahlen glatt durchgefallen. Aber daß ein solches antiparlamentaristisches Programm, das bereits stark nach dem der Royalisten, die sich übrigens „Indépendents“ nennen, hinneigt, überhaupt aufgestellt werden konnte, ist gewiß bedeutsam. Auch Poincaré stößt ja, was die Stellung des Präsidenten betrifft, im Grunde ins gleiche Horn, erst kürzlich hat er wieder zwei in dieser Hinsicht sehr bezeichnende Artikel im „Temps“ veröffentlicht. Auch Deschanel soll ja, wenn man dunklen Andeutungen glauben darf, seinen Unfall zum Teil dem Umstande verdanken, daß er die Absicht hatte, aktiv in die Politik einzugreifen. Es darf auch in diesem Zusammenhang nicht übersehen werden, daß rein praktisch Clemenceau das Parlament in den letzten Zeiten des Krieges und während der Friedensverhandlungen beiseite geschoben hat, und wenn er bei der Präsidentenwahl durchfiel, so ist das zu einem guten Teil deshalb geschehen — Deschanel gilt als ein Kandidat Briands —, weil der alte Linksblock dem Absolutismus Clemenceaus eine Lektion erteilen wollte. Hinter Clemenceau sah man die Marschälle, und hinter den Marschällen — den Royalismus. Nicht so, als ob eine monarchische Restauration in Frankreich heute schon bevorstände, aber man spürte die Tendenz und wurde vorsichtig.

Besonders deutlich schien diese Tendenz hervorzutreten, als es sich darum handelte, aus außenpolitischen Gründen die diplomatischen Beziehungen zum Vatikan wiederherzustellen. Man braucht das Ausmaß, in dem der Krieg die Religiosität in Frankreich vertiefte und belebte, nicht zu überschätzen, aber eine gewisse Reaktion gegen das Freidenkertum war schon vor dem Kriege zu bemerken, und ist infolge des Krieges unstreitig gewachsen. Daneben hat gerade der niedere Klerus es durch seine musterhafte Haltung und rührige Tätigkeit verstanden, sich auch bei den Gegnern mindestens Achtung zu verschaffen. Wirklich vorurteilslose Politiker erkennen die aufbauenden Kräfte, die im französischen Klerikalismus liegen durchaus an und möchten sie ungern missen. Auch wird die Entwicklung der Popolarenpartei in Italien manchem zu denken geben. Dazu kommt aber noch, daß auch die entschiedenen Freidenker und Freimaurer alten Schlages während des Krieges einsehen gelernt haben, von welchem Wert

Digitized by Google

ein Frankreich freundlicher Vatikan außenpolitisch, nicht nur in syrischen und marokkanischen Angelegenheiten (in Marokko möchte man gern die spanischen Missionen verdrängen), sondern auch in Elsaß-Lothringen, im Rheinland, vielleicht sogar in Süddeutschland und Oesterreich sein kann. Die Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen gilt denn auch als eine ausgemachte Sache, nur über die Form herrscht noch Uneinigkeit, und bei aller Versicherung der Regierung, daß von einer Revision der Trennungsgesetze auf keinen Fall die Rede sein könne, sieht man der Entsendung eines Nuntius nach Paris mit dem allergrößten Mißtrauen entgegen. Bis jetzt ist es der Regierung gelungen, schärfere Zusammenstöße zu vermeiden, aber schon in den Ausschüssen der Kammer stieß sie auf Widerstand und im Senat herrscht noch stärkere Gegnerschaft als in der Kammer.

Gerade in einem Augenblick, da eine geschlossene Gegnerschaft gegen die Linke infolge der Mißerfolge und der Zersplitterung der Sozialisten gegenstandslos zu werden beginnt, ist daher Anlaß gegeben, die Reaktion gegen den Ruck nach rechts aufzunehmen und ihr feste Form zu verleihen. Bezeichnenderweise geschieht das unter der Formel eines ausgesprochenen Republikanismus. Man darf nicht die auffällige Tatsache außer acht lassen, daß das Kabinett Millerand stärker links gerichtet ist, als es im Grunde der Parteikonstellation in der Kammer entspricht, und daß, zumal die mächtige, 183 Mann starke Gruppe der Entente républicaine democratique (zusammengesetzt aus der alten Gauche democratique und der Fédération républicaine, Progressisten, Klerikalen und den Elsaß-Lothringern), dem Kabinett anfangs, besonders wegen des Innenministers Steeg, mit ausgesprochenem Mißtrauen gegenüberstand. Man darf daher die Anfang Juni erfolgte Gründung einer neuen republikanisch-demokratisch-sozialen Wiederaufbaupartei als einen Versuch auffassen, dem Kabinett Millerand seine natürliche Grundlage zu verschaffen. Das Programm dieser Partei, deren Organ der „Radical" ist, wendet sich zunächst gegen die Extreme rechts und links, betont sehr energisch ihren Willen zur Demokratie und zur Republik und resumiert dann die Probleme der französischen Innenpolitik in so anschaulicher und vollständiger Weise, daß ich die Stelle hersetze:

„Im einzelnen handelt es sich darum, als erste Bedingung einer starken Produktion eine starke und gerechte Arbeitsdisziplin herzustellen, den Wohlstand des Arbeiters zu heben und, indem man sein Berufsbewußtsein anstachelt, seinen materiellen und moralischen Aufstieg zu erleichtern, die Autorität des Gesetzes wiederherzustellen und die weltliche Erziehung zu organisieren, das gute Funktionieren der öffentlichen Einrichtungen, deren Unterbrechung und Desorganisation nicht geduldet werden kann, zu gewährleisten, Handel, Industrie und Landwirtschaft zu unterstützen, indem man sie von den Hemmnissen eines lähmenden Etatismus befreit und ihnen hilft, sich Brenn- und Rohstoffe, Strom und Material mit Hilfe unserer Diplomatie zu sichern; den

Digitized by Google

Wiederaufbau unserer zerstörten Departements zu beschleunigen; Schutz der kinderreichen Familien; Logik und Konsequenz im Steuersystem und Revision der während des Krieges getroffenen Handelsabschlüsse im Geist einer strengen Gerechtigkeit gegen alle Bürger; Begünstigung aller lokalen und regionalen Initiative durch methodische Dezentralisation; Verbesserung unserer politischen Institutionen, um die Trennung der Gewalten besser durchzuführen und um während der Beratungen mehr Sachverständigkeit, bei der Durchführung mehr Einheit und Beständigkeit zu erlangen. Vorbereitung der Zukunft durch ein reformiertes Unterrichtswesen, das allen Geistern offensteht, mit allen wissenschaftlichen Hilfsmitteln ausgestattet wird, der französischen Jugend zugleich mit der Achtung vor dem Gesetz ein gemeinsames Ideal disziplinierter Freiheit und nationalen Zusammenwirkens beibringt und es nicht verschmäht, die Arbeiter auf ihre berufliche Aufgabe vorzubereiten."

Man sieht, auch hier steht der Wiederaufbaugedanke durchaus im Mittelpunkt. Zugleich aber ist ganz deutlich, daß dies Programm viel zu umfassend ist, um einer Partei zu greifbarem Leben zu verhelfen. Eher könnte man es als eine Kundgebung des republikanischen Willens auffassen, sich beim Wiederaufbau von der Rechten nicht einfach beiseite schieben zu lassen.

Dennoch — das darf nicht vergessen werden —, sind ja die alten politischen Gewohnheiten nicht ausgerottet. Zwei Fünftel der Kammermitglieder sind immerhin wiedergewählte Abgeordnete, und auch von den Neugewählten kommen viele aus der alten Schule oder können sich der Zwangsläufigkeit der Verhältnisse teils aus Unerfahrenheit, teils aus Charakterschwäche nicht entziehen. Typisch für die Situation war z. B. die Abstimmung über die Erhöhung der Kammerdiäten. Tagelang beschworen „Temps" und „Debats" die Kammer, dem Lande ein Beispiel zu geben, das Prestige einer Kammer der Arbeit und des Aufbaues zu wahren, und das Gesetz abzulehnen. Die Kammer selbst hatte, wie aus allerlei Verbesserungsvorschlägen hervorging, offenbar kein sehr gutes Gewissen, dennoch ging das Gesetz, des Anstands halber leicht umstilisiert, im wesentlichen aber unverändert, gegen viele Stimmen der Rechten, durch. Auch von einer anfangs erwogenen Verminderung der Abgeordneten — bei strenger Durchführung des neuen Wahlgesetzes könnte die Zahl der Kammermitglieder von 620 auf 500 reduziert werden —, ist nicht wieder die Rede gewesen, ja, der Ausschuß hat sie sogar ausdrücklich hinausgeschoben.

Unter diesen Umständen kann es nicht ausbleiben, daß der Nationalblock über kurz oder lang zerfällt, nicht nur in Reaktionäre und entschiedene Republikaner, sondern auch in eine Rechte und eine Linke. Die Bildung eines Linksblockes wird schon seit dem Mai befürwortet, besonders eifrig von dem Sozialisten Paul-Boncour, von dem einstweilen unentschieden bleiben muß, wie weit er dabei selbst zu führen glaubt, wie weit er nur Kulisse, vielleicht des vorsichtig abwartenden, aber an entscheidenden Punkten immer deutlicher hervortretenden Briand ist. Bereits Abstimmungen über die Einstellung der Jahresklasse 19/20 und über die neuen Steuerprojekte ergaben

Digitized by Google

eine geschlossene Linksopposition von 170 Stimmen, die man gelegentlich der Abstimmung über die Beziehungen zum Vatikan auf 200 zu steigern hofft. Schon beginnen sich die Radikalen bezüglich ihrer Stellungnahme zum Bloc national zu streiten, schon hat sich im Loire-Departement ein republikanisch-sozialistischer Block gebildet. Einstweilen fehlt es, wenn man von Briand absieht, diesem Linksblock freilich an Köpfen, Caillaux ist vorläufig noch unmöglich, Painlevé und Viviani sind auf Reisen ins Ausland geschickt. Auch ist es bei der schwierigen außenpolitischen Situation, die Millerands ganze Geschicklichkeit erfordert, begreiflich, daß sich vorläufig keiner zu der leitenden Stellung drängt. Das Erbe Clemenceaus, die Durchführung des Versailler Vertrages, anzutreten, die das Land, schon durch Aufrechterhaltung der langen militärischen Dienstzeit, fast so stark wie in einem Kriege belastet, hat nichts Verlockendes. Aber es ist gewiß bezeichnend für die Lage, daß man gegen Clemenceaus Kriegs- und Friedenspolitik jeden Monat energischer Sturm läuft. Schon die Orientdebatte in der Kammer warf ein äußerst ungünstiges Licht auf seine Methoden, Politik zu machen und diente zur Rehabilitierung Briands, jetzt beginnt man sogar die Frage nach Möglichkeit eines Friedensschlusses 1917 wieder aufzurollen und nachdrücklich darauf hinzuweisen, daß ein Friedensschritt Briands von Ribot vereitelt wurde. Gleichzeitig macht sich gegen die unterirdischen Intrigen sowohl Poincarés wie Clemenceaus wie der Rechten gegen Deschanel starker Widerstand geltend, und wenn die Republikaner auf eine offizielle Feier des Jahrestages der Republik am 4. September verzichteten, so geschah das wohl im wesentlichen, um dem erkrankten Präsidenten bis zum November, in den man die Feier verschieben wollte, Gelegenheit zur Wiederherstellung seiner Gesundheit zu geben. Diese Hoffnung hat sich als trügerisch erwiesen, Deschanel hat endlich doch gehen müssen, aber das Zögern Millerands, seine Anspielung auf die Verfassungsänderung, die starken Widerstände, die diese Anspielung namentlich im Senat ausgelöst hat, zeigen deutlich genug, um was es heute in Frankreich geht.

Der Deutsche aber möge sich vor der Illusion hüten, als ob ein Linksblock oder ein Kabinett Briand einen Umschwung oder doch eine Milderung der Politik gegen Deutschland bedeute. Die Linke zieht zwar einstweilen gegen das Militärdienstgesetz und, was sie die „kriegerischen Abenteuer" nennt, zu Felde, aber sie kann das nur solange tun, wie sie außenpolitisch nichts dabei riskiert. Man glaube ja nicht, daß irgendein Politiker heute in Frankreich regieren könnte, der nicht auf restloser Durchführung des Versailler Vertrages bestände. Schon Millerand hat die größten Schwierigkeiten gehabt, die Lebensmittelvorschüsse an die Ruhrarbeiter durchzudrücken, von einer Frankreich in irgendeiner Weise materiell berührenden Milderung des Vertrages kann unter keinen Umständen die Rede sein. Vor-

Digitized by Google

läufig kann man in allen mannigfachen inneren materiellen Schwierigkeiten Frankreichs den Deutschen Schuld geben, ihre Lösung im Hinblick auf die deutschen Entschädigungen hinausschieben. Ein Politiker, der von der Last der Kriegsliquidation auch nur einen Bruchteil endgültig von den Schultern Deutschlands auf die Frankreichs schieben wollte, würde, vom Unwillen des Landes binnen drei Tagen hinweggefegt werden, und das nicht aus Deutschenhaß, sondern weil dies das Eingeständnis bedeuten würde, daß Frankreichs Sieg nicht vollständig war, daß alle Opfer, die es gebracht hat, die Last des Krieges nicht erleichtern. Ein solcher Ausgang würde den Siegesgedanken selber und alle siegreichen Durchhaltepolitiker kompromittieren und eine absolut unmögliche Situation herbeiführen, in der niemand regieren könnte.

Ungarns gegenwärtige Lage

Von Prof. Dr. Benno Imendörffer, Wien

Ungarn ist durch den Zusammenbruch der alten Habsburgischen Monarchie zu voller staatlicher Selbständigkeit gelangt und steht heute Oesterreich staatsrechtlich ebenso fremd gegenüber wie seinen übrigen Nachbarn. Damit wäre eigentlich das letzte Ziel der radikalen magyarischen Politiker erreicht, wie sie in der „Achtundvierziger Unabhängigkeitspartei" vereinigt sind. Diese Partei, die heute nur mehr ein Scheindasein fristet, hat jahrzehntelang die Verbindung mit Oesterreich bekämpft und stand zu sämtlichen Regierungen Ungarns — mit Ausnahme der kurzen Koalitionszeit — seit dem Jahre 1867 in schärfster Opposition. Nun ist also, wie gesagt, ihr staatsrechtliches Programm erfüllt, aber um welchen Preis! Das völlig unabhängige Ungarn ist nur mehr ein bescheidener Rumpf des ehemaligen mit Oesterreich durch die eigenartigen Bande des Dualismus verbundenen Königreiches, und man kann füglich von den „Ländern der heiligen Stephanskrone" nicht mehr sprechen. Einst waren die Karpathen die natürliche Grenze des Landes gegen Nordwesten, Norden, Osten und Südosten, heute besitzt Ungarn überhaupt keine natürlichen Grenzen mehr, denn die winzige Leitha, die es auch nur auf wenige Kilometer von Oesterreich trennt, verdankt ihre Bedeutung als Grenzlinie nicht der Natur, sondern menschlicher Willkür.

Neben der wesentlichen Schmälerung des Flächeninhaltes des ungarischen Staates, der kaum noch zwei Drittel des Umfanges vor dem Kriege ausmacht, ist die Verschlechterung der Grenzen von ausschlaggebender Bedeutung. Während früher Ungarn nur an Rumänien unmittelbar angrenzte, wenn man vom Auslande im eigentlichen Sinne sprach, denn Oesterreich war zollpolitisch nicht Ausland, grenzt das derzeitige Kleinungarn an Oesterreich, die Tschechoslowakei, Rumänien und Jugoslawien.

Digitized by Google

wobei die neuen Grenzen, von Oesterreich abgesehen, mitten durch ehemals ungarisches Gebiet hindurchgehen. Damit hat sich einerseits die strategische Lage des Landes zu ihren Ungunsten verändert, andererseits ist Ungarn ein reiner Binnenstaat mit unverhältnismäßig langen Zollgrenzen geworden, die einen ebenso kostspieligen, wie komplizierten Zolldienst nötig machen. Aber damit sind die gewaltigen Einbußen, die Ungarn der verhängnisvolle Ausgang des Krieges gebracht hat, bei weitem noch nicht erschöpft. Während früher fast ein Drittel des Donaulaufes auf ungarischem Boden gelegen war, und der Schiffsverkehr auf diesem bedeutendsten Strome Mitteleuropas zum großen Teile von ungarischen Schiffahrtsunternehmungen oder von solchen, die, wie die mächtige Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft, von Ungarn subventioniert waren, besorgt wurde, kann heute von einer selbständigen ungarischen Donauschiffahrt überhaupt nicht mehr die Rede sein. Die „Ungarische Fluß- und Seeschiffahrts-A.-G.", neben der älteren D. D. S. G. das bedeutendste Unternehmen dieser Art, ist heute fast zur Hälfte in englische Hände übergegangen, da englische Firmen 40 % der Aktien erworben haben, und steht damit gänzlich unter englischer Aufsicht. Nicht besser steht es mit der D. D. S. G. und auch die in Ungarn viel arbeitende „Süddeutsche Donaudampfschiffahrtsgesellschaft" ist durch Aktienerwerb von englischen Unternehmungen abhängig. Wie hier, so haben englische und neben diesen auch französische Kapitalistengruppen sich mit fast unglaublicher Raschheit der meisten ungarischen Banken und damit der Industrieunternehmungen größeren Stiles bemächtigt*). Die „friedliche" Durchdringung des Landes, die von London und von Paris aus in die Wege geleitet wurde, ist also im Begriffe, das „selbständige Ungarn" nach den Grundsätzen bewährter Kolonialpolitik in völlige wirtschaftliche Abhängigkeit von den beiden westeuropäischen Mächten zu bringen. Da Ungarn den größten Teil seiner Erz- und Kohlevorkommnisse verloren hat, da die ungeheuren Staatsschulden und der Mangel an flüssigem Kapital, das sich übrigens zum nicht geringen Teile, um der hohen Besteuerung zu entgehen, rechtzeitig ins Ausland verflüchtigt hat, jede Initiative hemmen, ist es nicht imstande, die ihm verbliebenen immerhin noch beträchtlichen natürlichen Hilfsquellen, die freilich mehr denn je vorwiegend landwirtschaftlicher Art sind, aus eigener Kraft entsprechend zu verwerten.

Der wirtschaftlichen Abhängigkeit entspricht die politische. Das „selbständige Ungarn" ist so sehr auf das Wohlwollen seiner Nachbarn angewiesen, daß es sich nun bemüht, einerseits Bundesgenossen zu finden, andererseits dort, wo dies aussichtslos ist, wenigstens einen modus vivendi herzustellen. Zunächst kommt unter den Nachfolgestaaten der österreichisch-

*) Nähere Daten mit reichem Ziffernmateriäl bietet ein Aufsatz „Der vergoldete Bettler" in der „Neuen Zürcher Zeitung" vom 26. August, Nr. 1403.

Digitized by Google

ungarischen Monarchie Polen in Betracht. Die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Polen und Ungarn sind uralt. Schon unter dem letzten ungarischen Könige aus dem Hause Anjou, Ludwig dem Großen, waren die Kronen beider Reiche auf einem Haupte vereint. Später waren Mitglieder des siebenbürgischen Fürstenhauses Báthory Träger der polnischen Königskrone. Im ungarischen Aufstande vom Jahre 1848/49 kämpften viele Polen auf ungarischer Seite. Nun bilden heute der Gegensatz gegen die Tschechen einer-, der hier beendete, dort eben noch tobende Kampf gegen den Bolschewismus andererseits eine Brücke zwischen Ungarn und Polen, die überdies nirgends aneinander grenzen und sich daher territorial nicht im Wege sind. Frankreich, das seine Hand schützend über Polen hält, aber doch nicht gerne seine eigenen Kräfte unmittelbar dem Schützlinge zur Verfügung stellen will, hat es auch verstanden, seine alten Sympathien, die es beim Magyarentum stets genossen hat, neuerdings wieder fruchtbar zu machen und sucht den Gedanken einer militärischen Unternehmung Ungarns zugunsten der Polen möglichst zu fördern. Nach einer aus Rumänien stammenden Meldung besteht zwischen Frankreich und Ungarn ein Geheimvertrag, wonach Ungarn gegen kleine Grenzberichtigungen, die ihm Frankreich zu verschaffen hätte, eine Streitmacht von 140 000 Mann für Polen zur Verfügung stellt. Die Kosten der Ausrüstung und Verpflegung trägt Frankreich, das überdies verspricht, Ungarn gegen einen etwaigen bolschewistischen Angriff von seiten Oesterreichs zu schützen, ja ungarischen Truppen die Besetzung Wiens in diesem Falle zu gestatten. Mit dieser an sich etwas abenteuerlich klingenden Meldung stimmt aber ein erst kürzlich in einer der vornehmsten magyarischen Zeitschriften, der Graf Apponyi nahesteht, erschienener Aufsatz merkwürdig überein, in dem ausgeführt wird, daß Ungarn zuerst in Oesterreich Ordnung machen müsse, dann sich seine alten Grenzen gegen Tschechoslowakei, Rumänien und Südslawien zurückerobern werde. Da bei der bekannten politischen Klugheit der magyarischen Politiker kaum angenommen werden darf, daß Derartiges offen ausgesprochen würde, wenn nicht bestimmte Abmachungen mit einer entsprechend starken Macht vorhanden wären, die solche Pläne denkbar gestalten könnten, so muß immerhin auch der erwähnten Bukarester Meldung einige Aufmerksamkeit geschenkt werden. Jedenfalls ist es zweifellos, daß Frankreich sich auffällig um Ungarn bemüht, und daß seine Liebe zur Tschechoslowakei in dem Maße abnimmt, als auch dort immer mehr bolschewistische Strömungen an Stärke gewinnen. Der eben erfolgte Sturz des Ministeriums Tusar in Prag, der durch die ablehnende Haltung der immer radikaler auftretenden Sozialdemokratie bewirkt worden ist, wird dazu ohne Zweifel die Wirkung haben, daß die Bande, die heute noch Frankreich mit Tschechowien ververbinden, sich immer mehr lockern. Offenbar sucht man in Paris einen

Digitized by Google

brauchbaren Ersatz für den Fall, daß man die Tschechen fallen lassen müßte und glaubt diesen in Ungarn, das man wirtschaftlich ohnedies ganz in Händen hat, gefunden zu haben. Eine gute Ergänzung zu diesen Erwägungen gibt der Bericht des bekannten Budapester Boulevardblattes „Az Est" (Der Abend) über eine Unterredung seines Warschauer Berichterstatters mit dem Fürsten Sapieha, dem Leiter der auswärtigen Politik Polens. Der polnische Staatsmann begrüßte den Gedanken einer Annäherung Polens und Ungarns, empfahl aber dringend, Ungarn möge Mittel und Wege finden, um mit Rumänien ein friedliches Nebeneinanderleben zu erreichen, da Polens Interessen mit denen Rumäniens in einer Linie liefen. In der Tat bemüht man sich in Ungarn, mit Rumänien irgendwie übereinzukommen, offenbar aus dem Grunde, weil neben Polen dieser Staat sich des besonderen Wohlwollens Frankreichs erfreut, und weil man in Budapest einsieht, daß man nicht nach allen Seiten zugleich eine Kampfesstellung einnehmen könne. Das Opfer, das die magyarische Politik damit bringt, ist freilich bedeutend, denn die an Rumänien gemachten Abtretungen werden als schmerzlicherer Verlust empfunden als die der Slowakei zugute gekommenen.

Leider steht zu fürchten, daß für die außenpolitische Neueinstellung Ungarns das dortige Deutschtum und Deutschösterreich die Zeche zu zahlen haben werden. Denn wenn wirklich zwischen Ungarn und Frankreich ein engeres Verhältnis zustande kommt, so wird ohne Zweifel den Magyaren die Möglichkeit geboten sein, die ihnen unerträglichste Bedingung des Friedens von Neuilly, nämlich die Abtretung Deutsch-Westungarns an Oesterreich entweder, wie bisher auch fernerhin noch mit stillschweigender Genehmigung der Entente zu sabotieren oder sogar durchzusetzen, daß ihm diese Bedingung völlig erlassen wird. In beiden Fällen ist Deutschösterreich der Geprellte und sind die Deutschen der drei Gespanschaften Oedenburg, Wieselburg und Eisenburg der ferneren Drangsalierung durch die magyarischen Machthaber ausgeliefert. Wenn sich freilich Ungarn in der Hoffnung wiegt, mit Hilfe Frankreichs und Polens nach und nach seine alte Stellung und seinen alten Umfang wieder zu erreichen, so dürfte sich diese Hoffnung als trügerisch erweisen, denn die französischen Staatsmänner können wohl kaum daran denken, das eben erst von ihnen Geschaffene nun den Magyaren zuliebe wieder zu vernichten. Dem stehen schon die wichtgien Rücksichten auf Rumänien, Südslawien und einstweilen immer noch auf die Tschechoslowakei hindernd im Wege. Ob also Ungarn auf dem jetzt eingeschlagenen Wege wirklich Vorteile erreichen kann, die die dabei auf wirtschaftlichem Gebiete gebrachten Opfer nur einigermaßen wert sind, bleibt einstweilen dahingestellt.

Digitized by Google

Die Lage in Südwestafrika

Von Rudolf Kindt

Die letzten südwestafrikanisch-deutschen Zeitungen gestatten einen guten Ueberblick der jetzigen Lage des Deutschtums dort. Sicher ist, die Ausweisungen haben aufgehört, und, wie der zuweilen schon recht deutliche Ton der Zeitungskritiken an Maßnahmen der Verwaltung zeigt, ist das Selbstvertrauen der Deutschen in Südwestafrika gestiegen. Der Klagen, Wünsche und Beschwerden sind natürlich sehr viele.

Am 10. Mai sprach eine Abordnung deutscher Südwestafrikaner Smuts in Pretoria. Es waren die Herren: Farmer Matthießen, Minendirektor Tometschek, Kaufmann Winckelmann, Vertreter der Woermann-Linie, und Rechtsanwalt Dr. Fritzsche. Matthießen als Sprecher brachte die Beschwerdepunkte vor. Er betonte, man wolle wirtschaftliche Entwicklung im Zusammenarbeiten mit der Regierung fördern. In erster Linie forderte er: Selbstverwaltung in Stadt, Bezirk und Land, also freie Wahl von Vertretern der Bevölkerung für Stadtverwaltungen, Bezirksräte (Verwaltung des flachen Landes) und für einen Landesrat. Erst nach Erfüllung dieser Wünsche könne Vertrauen einkehren. Der zweite Punkt betraf: Aufhebung des Kriegsrechtes, das immer noch in Südwest herrscht. Noch walte der Zensor seines Amtes, lehne die Eisenbahn jede Haftung für Gütertransporte ab, könnten keine Telegramme in deutscher Sprache abgesandt werden. Der Wirrwarr in zivilrechtlicher Hinsicht sei unter Kriegsrecht gewaltig, die Instanzen widersprächen sich. Was den Handel angehe (Punkt 3), so sei ein solcher mit Deutschland „offiziell" verboten, inoffiziell gestattet. Am schwersten belasteten die Verkehrsschwierigkeiten die Wirtschaft. Die Bahnfrachten im Verkehr mit der Union seien verkehrserdrosselnd. Abgesehen von deren Höhe, könne nur die Wiederaufnahme des Seeverkehrs durch die Häfen Swakopmund und Lüderitzbucht Wandel bringen. Unsicherheit herrsche wegen der Frage, ob reichsdeutsches Kapital liquidiert werden solle oder nicht. Die Regelung der Kriegsverluste (Punkt 5) müsse unternommen werden, man frage, aus welchen Fonds Kriegsschäden ersetzt werden sollten. Die Landwirtschaftsbank in Windhuk bildete Punkt 6 des Wunschzettels. Ihre Zukunft ist noch ungeklärt. Und für manchen Farmer ist diese eine Existenzfrage. Man plädierte natürlich für Beibehaltung der Bank und schilderte deren Vorzüge gegenüber dem System der Landbank in Pretoria zu Recht, verwahrte sich auch dagegen, daß die Windhuker Landwirtschaftsbank eine reine Staatsbank sei. Besonders betont wurde, daß die Bank sehr wohl in der Lage sei, weiter

Digitized by Google

zu arbeiten. Endlich brachte Herr Matthießen noch das Verlangen der Bevölkerung nach deutschen Aerzten, Tierärzten und Landmessern zum Ausdruck.

Herr Tometschek als Leiter der Tsumebmine verbreitete sich noch über Bahn- und Hafenfragen vom Standpunkte des Bergbaues und schnitt die Frage des Personalersatzes an. Herr Winckelmann legte den Finger in die Wunde: finanzielle Nöte der Stadtverwaltungen und beschwerte sich über die Bestimmung, daß Reiseerlaubnis nach Europa Deutschen nur für direkte Fahrt von Kapstadt nach einem Hafen des europäischen Kontinents erteilt werde, so daß die Hauptlinie der Union-Castlelinie, die beste Verbindung, nicht benutzt werden könne. — Smuts erklärte hier, daß sei englische Bestimmung, die Union habe daran kein Interesse. — Winckelmann wies darauf hin, daß in London lagernde Wertpapiere deutscher Südwestafrikaner dort als Eigentum feindlicher Untertanen beschlagnahmt worden seien. — Hiergegen versprach Smuts den Beistand der Union, deren Schutz die Deutschen in Südwest jetzt anvertraut seien. Herr Dr. Fresenius, Direktor der Landbank, strich zuletzt noch die Vorzüge seiner Bank gegenüber dem (schwerfälligen) Arbeiten der südafrikanischen Landbank gebührend heraus.

In seiner Antwort umging der „slimme Jan", Herr Smuts, geschickt jede direkte Zusage an die Deutschen. Immerhin versicherte er sie seiner „Sympathie" und versprach Entscheidung nach seinem bevorstehenden Besuch in Südwest! — Dieser Besuch wird inzwischen, dem Programm zufolge, Smuts am 28. August nach Südwest geführt haben, wo er bis zum 18. September weilen wollte. — Von Interesse ist die Aeußerung des Premiers, die Verwaltung in Südwest wäre längst eingerichtet, wenn sich die Mandatserteilung nicht verzögert hätte. Diese Verzögerung sei auf Reibungen zurückzuführen, die in anderen Teilen der Welt wegen solcher Mandate zwischen zwei Großmächten (Frankreich und England?!) entstanden seien!! Er lasse sich aber nicht länger hinhalten und halte sich für berechtigt, schon jetzt eine geregelte Zivilverwaltung in Südwest einzurichten, wolle sich vorher nur durch Augenschein von der Lage unterrichten. Er erklärte zum Schluß, er habe überall den Deutschen als ausgezeichneten Kolonisator kennengelernt, und hoffe, auch in Südwest mit dem deutschen Element zusammenzuarbeiten. Smuts hatte vorher davon gesprochen, daß auch noch andere, wichtigere Fragen geregelt werden müßten. Er meinte offenbar damit auch die Schulfrage und die Frage der Eingeborenenbehandlung. Diese Fragen regen in der Tat die Südwester am meisten auf. Man hat ihnen die zum Teil aus Mitteln der Gemeinden und Bezirksverbände — nichtstaatlichen Mitteln! — erbauten Schul- und Pensionatsgebäude genommen, was sie sich nicht gefallen lassen wollen. Und ebenso betrachtet man die deutschfeindliche Bestimmung, die Kinder

Digitized by Google

Deutscher dürften nur bis zum 4. Schuljahr deutsch unterrichtet werden, nicht als endgültig. Inzwischen hat sich das Deutschtum in Vereinen organisiert, um die rein deutschen Schulen zunächst aus eigenen Mitteln völlig aufrechtzuerhalten. „Es muß dahin kommen, daß es als eine Schande betrachtet wird, keinem Schulverein anzugehören", sagt ein Aufruf des Landesverbandes. Wirklich geht aus den Zeitungen hervor, daß man in allen deutschen Kreisen durchaus opferwillig ist. Als Schlaglicht: in Lüderitzbucht zahlte Herr Schuster, einer der Diamantenkönige, für eine Tasse Kaffee auf einem Bazar zugunsten des Schulvereins 20 000 M. Andere steuern nach ihren Kräften ähnlich. Auch deutsche Pfarrer und die deutsche Mission werden nicht vergessen, sogar für die notleidenden deutschen Kinder wird gesammelt. In Lüderitzbucht allein etwa 500 000 M.

Der Besuch des Premiers warf nun seine Schatten voraus. Herr Gorges, der deutschfeindliche Administrator, beeilte sich seinerseits, nunmehr Sammetpfötchen zu machen. In Omaruru, das er besuchte, hat er sich der Bevölkerung gegenüber in einer Weise zu dem schweren Problem der Eingeborenenbehandlung geäußert, die das Wehen anderen Windes vermuten läßt! Nun, die Verwaltung muß Rücksicht auf die Gefühle der Buren (vor allem auch der jetzt stärksten Burenpartei, der Smuts nicht grünen Nationalisten) nehmen, damit ihr nicht alles in den Händen zerbröckelt. Gorges, der bisher die Deutschen offenbar als Bestien und die Eingeborenen als Lämmer ansah, äußerte in Omaruru nach einem Bericht der „Volksstem":

Die Regierung wisse, daß die Eingeborenen sich nicht betrügen, wie sich dies gehöre! Es sei schwer, zu sagen (sic!), woran das liege! Es kann sein, daß daß die Eingeborenen unsere Art nicht verstehen! Vielleicht ist die frühere Art der Regierung (der deutschen Regierung!) ihnen verständlicher gewesen!" Die „Landeszeitung" aus Windhuk durfte unwidersprochen die Worte dahin auslegen, daß „vielleicht die deutsche Regierung mit ihrer Behandlung recht gehabt habe"!

Nachdem man uns die Kolonien unter der infamen Beschuldigung, wir hätten die Eingeborenen mißhandelt, könnten nicht kolonisieren, gestohlen hat, sind derartige Aeußerungen, die des „slimmen Jan", der Deutsche sei ein „ausgezeichneter Kolonisator" und diese des waschechten Engländers Gorges, billig. Sie bedeuten aber immerhin das klare Eingeständnis, daß die britische Eingeborenenpolitik (um solche handelte es sich in Südwest bisher nur) vollkommen versagt habe!!

Ob Herr Gorges mit dieser überraschenden Schwenkung sich selbst auf seiner Sella curulis halten wollte, mag dahingestellt sein. Es hat den Anschein. Geholfen hat es ihm nichts, denn er geht und sein Nachfolger wird der bisherige Sekretär des Unionparlamentes Hofmeyer. Ein holländischer Name, und daher Jingoblättern wie dem „Star" in Johannesburg an sich verdächtig. Möglich, sogar mit einiger Sicherheit ist zu erwarten,

Digitized by Google

daß dieser Wechsel in der Person des höchsten Unionsbeamten in Südwest eine leise Abkehr von der Unterdrückung des deutschen Elementes bedeutet, die allerdings kaum alle Hoffnungen erfüllen wird, die man deutscherseits im Schutzgebiet auf diese Wendung setzt.

Erfreulich ist, wie unbekümmert sich die „Landeszeitung" in Windhuk zu der Frage ausspricht. Sie verlangt Nachprüfung der Repatriierungen, die dem Lande wertvollstes Siedlungselement geraubt hätten. Sie fordert die deutsche Sprache als dritte Amtssprache (neben englisch und holländisch). Sie spricht davon, daß von den Vorfahren der Buren 950 deutscher, 942 holländischer und nur 375 anderer Abstammung gewesen seien. Sie weist im Zusammenhang damit darauf hin, daß der deutsche Geist und der deutsche Fleiß der Welt und besonders Südafrika sehr viel gegeben hätten, sie betont die Ueberlegenheit der deutschen Kultur! Man wolle diese nicht gegen einen Rückschritt eintauschen! Sie fordert — was auch die burisch-holländischen Zeitungen für Südafrika verlangen — freie Einwanderung Deutscher! Sie will Selbstverwaltung auf allen Gebieten! Stadträte, Bezirksräte und einen Landesrat aus freier Wahl. Daß sie dies freimütig vermag, bedeutet sicher eine Besserung!

In bezug auf die Eingeborenenbehandlung wird besonders die Umständlichkeit und hilflose Schwerfälligkeit des britischen Systems verurteilt. Dies System bedingt endlose Vernehmungen beider Parteien, sobald die geringsten Streitigkeiten zwischen Weiß und Schwarz zu Verhandlungen kommen. Damit führt es zu einer unsinnigen Zeit- und Geldvergeudung, was zur Folge hat, daß der Farmer, der vielleicht 50 bis 100 Kilometer weit vom nächsten Magistrat entfernt wohnt, lieber auf jede Klage verzichtet, sich alles von seinen mangels geordneter Rechtspflege frech gewordenen Eingeborenen gefallen läßt, als Hunderte, ja Tausende zu opfern, um eine lächerlich geringfügige Strafe gegen den Missetäter zu erwirken. Die zweite Klage ist, das Ueberhandnehmen des Eingeborenenviehs auf den Farmen der Weißen. Auf manchen Farmen geht das Vieh der eingeborenen Arbeiter in viele Tausende und vernichtet die Weide hoffnungslos. Die englische Verwaltung gestattet dem Farmer nicht, dagegen Front zu machen. Er muß die Parasiten dulden und sieht, falls der Zustand anhält, seinem Untergang entgegen. Von Wiedereinführung der Prügelstrafe, die nur wirksam wäre, wenn sie an Ort und Stelle, ohne langes Verhandeln von der Polizei selbst vollzogen wird, spricht man nicht, man legt offenbar keinen Wert darauf. Eine Vermehrung der Polizei, die Gorges in Aussicht stellte und die Einführung von „Friedensrichtern", wozu Farmer gewählt werden sollen, würde vielleicht bessere Zustände bringen, denn der Buren-Polizist (und die Polizisten sind

Digitized by Google

nur Buren) hat ein sehr loses Handgelenk dem Eingeborenen gegenüber und prügelt doch, ob offiziell oder inoffiziell, ist ihm sehr einerlei.

Bezeichnend ist in Punkto „Prügeln" auch die Feststellung der „Südwest", so nennt sich an Stelle der von den Briten verbotenen alten Windhuker „Südwest", deren Herausgeber ich war, neuerdings das Organ einer deutsch-burischen Vereinigung, daß in dem früheren Deutsch-Ostafrika offiziell das Prügeln der Eingeborenen verboten ist, daß aber inoffiziell mehr und heftiger geschlagen wird, als zu deutschen Zeiten, daß es nicht 15, sondern manchmal über 25 Hiebe gibt, daß dabei das Kreuz und der Rücken nicht mehr durch eine Decke geschützt werden wie einst, und daß auch britische Untertanen, Inder, neuerdings wie Schwarze geschlagen werden! „Südwest" sagt bei dieser Gelegenheit, daß die Prügelstrafe für Eingeborene in Britisch-Ostafrika „noch immer fortbestehe"!! Man wußte ja, daß die sittliche Entrüstung der Engländer über „das grausame deutsche System" der Prügelstrafe eitel Heuchelei war, hier ein weiterer Beweis dazu. Die Meldung ist Briefen von Buren aus Ostafrika an die „Volkstem" entnommen.

Und die „Volkstem", dies Organ der Regierung Smuts, beschwert sich dabei bitter über die rücksichtslose Austreibung der Deutschen aus Ost! Ihre Gewährsleute, die der Zensur wegen ihre Namen verschweigen müssen, beklagen sich über die infame Behandlung, die britischerseits deutschen Frauen (!) zuteil werde! Und die Zeitung selbst sagt:

„Unsere Söhne haben Deutsch-Ostafrika erobern müssen, und sie müssen nun schweigend mit ansehen, wie die deutschen Kolonisten von den Engländern ausgerottet werden, und wie aus dieser ehemals blühenden deutschen Pionierkolonie ein Tummelplatz für Kaffern wird!!" „Das sind die Folgen des Ausfechtens von Englands Kriegen mit Afrikanerblut", sagt sie wörtlich übersetzt.

Daß es in Südwest nicht geradeso gekommen ist, verdanken wir vor allem dem Vertrage von Korab, der bestimmte, Reserven und Landwehr seien zu entlassen, und jeder dürfe wieder an seine Arbeit zurück, keiner dürfe vor Friedensschluß interniert oder deportiert werden. Erst auf Grund dieses Vertrages konnte die burische Deutschfreundschaft Englands Forderungen einen Damm entgegensetzen. Wohl waren die Ausweisungen nicht ganz zu verhindern, aber noch halten über 6000 Deutsche in Südwest treue Wacht für unsere Sprache, unsere Sitte. Sie werden sich behaupten, haben den festen Willen dazu, das geht aus den letzten Berichten sonnenklar hervor. Dort in den fernen südafrikanischen Steppen vergißt ein Häuflein deutscher Männer und Frauen nie und nimmer sein Vaterland! Vergessen auch wir nicht unsere Pflichten gegen sie, und fordern wir unausgesetzt, nimmermüde, die Rückgabe der uns geraubten Kolonien!

Digitized by Google

Deutsche Hochschule für Politik

Von Dr. Theodor Heuß.

Am 1. November wird in den Räumen der alten Berliner Bauakademie die „Deutsche Hochschule für Politik" eröffnet werden, in denen Vorstandschaft und Dozentenkreis sich Männer der verschiedenen Parteien, Universitätslehrer, frühere und aktive Staatsmänner begegnen. Den Vorsitz bilden Staatsminister a. D. Dr. Drews, Geheimrat Prof. Dr. Meinecke und Prof. Dr. Jäckh. Die nachfolgend abgedruckte Denkschrift des Studienleiters der „Deutschen Hochschule für Politik" diente als Unterlage für die in den letzten Monaten erledigten Vorarbeiten. Von der Geschäftsstelle (Bauakademie, Berlin, Schinkelplatz) können die Studienpläne bezogen werden.

Die Deutsche Hochschule für Politik will ein wichtiges Werkzeug für die Wiederaufrichtung des deutschen Staates sein.

Wir schöpfen unsere Aufgaben nicht aus der Kritik des Gewesenen, sondern aus der Not der Gegenwart, die wohl mit dem Erbe der Vergangenheit vielfach verwoben ist, aber ihre eigenen Erkenntnisse, Zielsetzungen, Methoden schaffen muß.

Der deutsche Staat ist zusammengebrochen und schwach, das deutsche Volk ist niedergeworfen und mürbe. Wir sehen uns der Tatsache gegenübergestellt, die nur in erbarmungsloser Klarheit erkannt werden darf, daß die Vernichtung der deutschen Staatskraft und die Zertrümmerung des deutschen Volksgefühls der Inhalt der Friedenspolitik unserer Kriegsgegner bleibt, und stehen erschrocken vor der Erkenntnis, daß das Gefühl der geschichtlichen Tragik aus einer Vielzahl von Volksgenossen geflohen ist. Wir reden nicht von denen, die aus der Erschöpfung des Krieges sich in den Taumel banaler Gleichgültigkeiten gerettet haben, sondern von denen, die in der Werkstatt der öffentlichen Meinung, des politischen Tageslebens stehen, und von der Katastrophe, die eine Welt umstürzte, in ihren Methoden, Wünschen, Denkarten kaum berührt wurden. Daran krankt unser politisches Bewußtsein.

Wir müssen uns mit eindringlicher Schärfe darüber klar sein, daß die Reinigung eines für einen weiten Kreis von deutschen Männern und Frauen verbindlichen politischen und nationalen Gefühls schlechthin zu einer Voraussetzung wird, daß Deutschland den Weg zu seiner eigenen Geschichte wieder finde und schaffe. Heute ist es Gegenstand des Willens fremder Mächte, und an dieser Tatsache gemessen, erscheint der Inhalt dessen, was gegenwärtig „innere Politik" heißt, vielfach klein, ja lächerlich, wenn es nicht seine Maßstäbe auf das ganze Volksschicksal zu beziehen

Digitized by Google

sucht. Die deutsche Politik, durch fremde Gewalt und durch eigenes Verschulden in ein System von Demütigungen gezwungen, hat nur einen Inhalt, den Kampf der nationalen Befreiung; ihm gehören nicht die lauten, zornigen, ohnmächtigen Worte gequälter Empfindungen, sondern die heilige Nüchternheit, die Verantwortungen kennt und Taten sucht, gehören Fleiß, Achtsamkeit, Regsamkeit, Kenntnisse, Hingabe.

Das ist die Stelle, von der aus wir nach Ziel und Weg suchen. Wir wollen dem Gedanken der deutschen Befreiung und Erneuerung dienen, indem wir willige Kräfte aus allen Schichten, Berufen, Parteien sammeln, um sie durch Lehre und Beispiel für die vaterländische Arbeit tüchtig zu machen. Wir stehen auf geschichtlichem Neuland, dessen Festigung und Pflege neuer Methoden, neuer Gesinnungen bedarf, aber wir stehen hier als die Erben einer Geschichte, die, reich an Not und Größe, die neuen Geschlechter verpflichtet. Vielleicht erscheint es vermessen, an das Beispiel zu erinnern, das in der Zeit der napoleonischen Bedrückung die geistigen Führer Preußens gaben, die zur deutschen Nation durchstoßen wollten und im Geiste sie gestalteten; aber nichts anderes kann ja Mahnung und Stärkung sein als das Wissen von den geistigen und sittlichen Kräften, die allein ein politisch geschlagenes, wirtschaftlich armes Volk zu sich selber und zu seiner Zukunft führen können, denn wir sind heute wieder in der Lage, die Fichte 1807 beschreibt: es muß, um neue Zielsetzungen zu finden, der Zeit „ein neues Glied eingefügt werden" — dem politischen Geist Deutschlands ein neues Organ geschaffen werden, das wollende Kräfte zusammenfaßt und das dem stürmenden oder schweifenden Hoffen und Wagen der Geister die Zucht der Sachlichkeit gibt. Ungleich tiefer ist heute der Sturz der Nation, ungleich schwerer der Aufstieg, da im Volksleben die unendlich schweren Hemmungen der sozialen Zerklüftung und Feindseligkeit sich gegen die Sammlung eines schicksalbewußten Gemeingefühls sperren. Nichts verhängnisvoller, als dagegen die Augen verschließen zu wollen; daß wir erst im Innern die Nation neugebildet haben müssen, bevor sie zwischen den Nationen mit der Kraft ihres urtümlichen Lebensrechtes sich wieder bewegen kann.

Wollte man die (allmählich zur Gedankenlosigkeit entartete) Redeweise anerkennen, daß die Deutschen ein „unpolitisches" Volk seien, dann brauchte man sich um eine „Hochschule für Politik" erst gar nicht zu bemühen; denn wo die Voraussetzung einer eigentümlichen Anlage fehlt, ist eine „Schule" fruchtlos und zwecklos. Aber ist nun einmal „Politik" die Formenwelt, in der sich die öffentlichen Schicksale eines Staates und Volkes vollziehen, zwangsmäßig gegeben, so verbietet sich die Geste der Resignation. Die „Unpolitik" der Deutschen stellt sich dann als die Tatsache dar, daß die politischen Aufgaben in Deutschland durch die geographische Lage und

Digitized by Google

die Zerrissenheit der geschichtlichen Ueberlieferungen je und je von höchster Schwierigkeit waren, daß sie vielen politischen Begabungen zur Schranke ihres Wirkens wurden, daß uns eine geschlossene Tradition der politischen Strebung darum — schmerzlich genug — versagt blieb; daß um so größer aber auch jene einzelnen Männer unserer Geschichte dastehen, deren politische Arbeit nicht nur Planung und Entwurf blieb, sondern Vollendung wurde. Ihr Gedächtnis ist Vermächtnis und Abwehr kleingläubigen Verzichts. Ist uns eine politische Tradition nicht überkommen, so heißt es, sie zu schaffen.

Wenn für die moderne Demokratie, die sich ihre formalen Rechte und Sicherungen gegeben hat, eine Frage vorhanden ist, würdig ihrer leidenschaftlichsten Besinnung, dann ist es das Führerproblem. In dem Maße, wie das Staatsleben auf Mehrheitswillen gestellt ist, bedarf sie der Ueberlegungen, wie sie aus dem Volk die Führerbegabungen herausholt, die allein Mehrheiten handlungsfähig machen, die einen Gesamtwillen in verantwortlichen Einzelentscheidungen darstellen. Gewiß, eine Schule, die in die politischen Fragen einführt, ist noch keine Gewähr, daß aus ihr der große politische Führer hervorgehe, so wenig, wie eine theologische Fakultät notwendig einen religiösen Charakter, eine philosophische den voranweisenden Denker gebiert. Aber was sie leisten kann, ist einer sachlichen, dienstbereiten und innerlich freien Gesinnung den Weg zu bahnen, das Handwerkszeug des politischen Lebens zu verfeinern und in seinem Gebrauch zu schulen, die Luft eines nationalen Gemeinschaftsgefühls herzustellen und eine Quelle zu werden, von der die vielfältigen Unternehmungen, den staatsbürgerlichen und politischen Sinn der verschiedenen Volksschichten zu pflegen, ihre einheitliche Erfrischung erhalten.

Man muß dabei die Kreise sondern.

Das Wort „Hochschule" erhebt den Anspruch auf den Grad der Wissenschaft. Gibt es Politik als „Wissenschaft"? Ja und nein. An den Universitäten wird ziemlich viel von politischen Fragen gelehrt und gelesen, aber so, daß die Lehre auf die Politik, auf die gestaltende Kraft ihres Wesens keinen Bezug hat. Staatsrecht, Kenntnis der Verfassung ist wichtig genug, aber fast tot, wenn nur die Lehre von den Institutionen vorgetragen wird, geronnene Geschichte, die die Kräfte des Werdens vergessen hat und übersieht, was an formenden Mächten in den Paragraphenreihen Ausdruck gesucht hat. Volkswirtschaftslehre, unentbehrlich, reich an Material und Anschauung, aber politisch fast nutzlos, wenn sie nicht im Rahmen eines staatlichen Werdens und Wollens begriffen wird. Und ähnlich bei der Philosophie, die den Fragen der Gemeinschaft zugewandt ist: ihr Geist, ihre Tiefe, ihr Reichtum sind verloren, wenn sie nur die Abwandlung der Ideen gibt und darauf verzichtet, sie mit der Farbe

Digitized by Google

der geschichtlichen Tatsachen und Gebundenheiten zu sättigen. Die Politik der Wissenschaft ist eine Wissenschaft der Grenzgebiete, wenn man an die überkommene Teilung der Disziplinen denkt, der Versuch, aus dem festgefahrenen Zustand der spezialisierten Wissenschaften zur Synthese zu kommen. Als solche muß sie, im großen gesehen, erst gegründet werden; dann wird eine politische Bildung erreicht sein als das Ergebnis eines verarbeiteten Wissenstoffes.

Hochschule heißt: Forschung, Lehre, Arbeitsgemeinschaft. Der Betrieb der staatlichen Universitäten hat, aus leicht erklärlichen Gründen, lange davor zurückgescheut, naheliegende Probleme der Politik zu einem Gegenstand der akademischen Untersuchung zu machen. Hier sind manche Bezirke, die darauf warten, der Erkenntnis erschlossen zu werden. Was aber die Lehre anbelangt, so ist zu ihrer Verkündigung berufen derjenige, der ein Organ für Politik besitzt, gleichviel, ob er ein akademischer Professor, ein Staatsmann, ein „Politiker", ein Publizist oder ein sonst wer sei. Er soll nicht nur „Kenntnisse" über das Gewordene besitzen, sondern Sinn für das Werdende, die Problematik des Werdens spüren, Willen wecken und Ziele der nationalen Sehnsucht und Notwendigkeit mitteilen können. Denn in solcher Mitteilung liegt das Entscheidende, daß sie Echo wecke und Menschen aktiv mache. Nicht in dem Sinn, daß eine Vorlesung zu einer fortlaufenden Werbeveranstaltung für diese, für jene politische Anschauung werde, sondern daß sie die Hörer zu Mitarbeitern mache.

Soviel über das Grundsätzliche.

Die praktische Ausgestaltung wird sich den verschiedenen praktischen Bedürfnissen anpassen.

Sie wird der Mittelpunkt werden für die methodische und sachliche Durchbildung des staatsbürgerlichen Unterrichts, den das deutsche Schulwesen aufnimmt.

Sie vereinigt sich mit den Kursen für staatswissenschaftliche Fortbildung, in der Staat und Reich ihren Beamten bisher die Möglichkeit praktischer und theoretischer Sachvertiefung geboten.

Sie bildet die Männer und Frauen weiter, die in den vielfältigen Stellen der amtlichen und freien sozialpolitischen Praxis gründlicher Anregungen bedürftig sind, um ihre Arbeit über tote Bureaukratie zu erheben.

Sie dient der Ausbildung des diplomatischen Berufs.

Sie dient dem Bemühen, den Führern der Reichswehr die Stelle staatspolitischer Unterweisung zu sein, um auf diese Weise dem Heer den Rückhalt an die staatlichen Grundprobleme zu geben.

Digitized by Google

In ihrem Mittelpunkt aber bleibt dies: dem neuen Deutschland Männer und Frauen zu erziehen, die willens und fähig sind, wo immer Beruf und sozialer Pflichtenkreis sie hinstellen mögen, sachlich zu urteilen, tapfer zu handeln.

Wir sind uns der vorhandenen Schwierigkeiten klar bewußt und auch des Mißtrauens, das sich in einer Zeit melden muß, die von Parteileidenschaften verwirrt ist. Gibt es, nochmals, eine Wissenschaft der Politik, wenn diese von Parteien gemacht wird? Zeigt die Nachbarschaft der Worte nicht, daß Politik eben nicht eine Sache der Erkenntnis, sondern der Bewertung ist. So gewiß dies nun ist, so gewiß auch, daß für die Bewertung entscheidend ist, wer sie trifft. Nicht der Standpunkt, sondern die sachliche und moralische Autorität enthält das Gewicht. Das heißt für uns: wir wollen nicht die Tatsache und Wesenhaftigkeit der Parteien und ihrer Meinungen um einer vorgestellten Harmonie willen weg beweisen; aber gerade wenn wir auf die Parteien blicken, zumal auf ihre Bureaukratien und ihre Pressevertretungen, so wissen wir, sie mögen Ordentliches leisten, aber für die Erziehung eines unbefangenen Urteils, für die Vorbereitung eines mannigfachen politischen, wirtschaftlichen, sozialen Führertums genügen sie nicht. Und das empfinden auch die denkenden Köpfe in allen Parteien. Wenn wir schon heute unter der parteipolitischen Einstellung leiden, die bei der Unerfahrenheit der plötzlichen parlamentarischen Politik noch der klaren Linie entbehrt, so verlangt das vaterländische Interesse, daß eine größere, staatlich-nationale Orientierung gesucht wird.

Der Staat, und gerade der Staat der parlamentarischen Demokratie, kann und soll eine solche Anstalt, eine solche „Hochschule" für Politik nicht selbst ins Leben rufen, so sehr seine furchtbare Lebensfähigkeit davon abhängt, daß ihm die Gesellschaft willige und geschulte Kräfte zur Verfügung stellt. Er ist, allzustark, ein Gebiet des Kampfes, und eine Hochschule für Politik muß davor bewahrt bleiben, von den Schwankungen der staatlichen Politik selbst erreicht zu werden. So ist die Form der freien Vereinigung vaterländisch gesinnter Männer und Frauen geboten, die von dem Bewußtsein bewegt werden, daß die Gegenwart das Beispiel von Opfer und Hingabe braucht, wenn die Zukunft nicht verderben soll.

Digitized by Google

Die armenische Republik

Von *.*

Ein armenischer Freund unserer Zeitschrift sendet uns folgende Darstellung:

Als vor etwa zwei Jahren der armenische Nationalrat die Unabhängigkeit Armeniens proklamierte, herrschten in diesem Lande die traurigsten Verhältnisse; fast unüberwindlich schienen die Schwierigkeiten, die einer gedeihlichen Entwicklung der neuen Republik entgegenstanden. Das kaum 8000 Quadratkilometer umfassende Gebiet, das dem armenischen Staate mit vielerlei Einschränkungen zugestanden wurde, war infolge der Einwirkungen des Krieges und der Verheerungen der Türkeneinfälle eine Stätte bitteren Elends geworden. Ueberall, wo man hinblickte, nichts als unbestellte Felder, während der Kriege ausgeraubte Speicher, geplünderte Lager und Werkstätten, Hungersnot, Epidemien und zu dem allen die Gefahr neuer Metzeleien, die über eine halbe Million armenische Bewohner aus den von den Türken besetzten Gegenden dazu zwang, auf das kleine Territorium des neuen armenischen Staates zu fliehen, um durch ihre Not die Not dieses Landes zu verzehnfachen.

Der neuen armenischen Regierung, die von der Daschnakzutiunpartei getragen wurde, waren Aufgaben gestellt, die einer Regierung kaum schwieriger gestellt werden können, und es spricht ebenso sehr für die führenden Männer Neuarmeniens, wie auch für die Lebensfähigkeit der armenischen Nation, daß jetzt nach zwei Jahren, die zudem mit fortdauernden und alle Tatkraft der Regierung in Anspruch nehmenden Kämpfen gegen übelwollende Nachbarvölker ausgefüllt waren, ein Grad der Entwicklung erreicht worden ist, der nicht nur die Zukunft Armeniens sicherstellt, sondern auch die besten Aussichten für eine rasche Konsolidierung der Zustände dieses Landes eröffnet.

Die Hungersnot hat so gut wie aufgehört, dank der tatkräftigen Unterstützung der Vereinigten Staaten von Amerika, die der armenischen Regierung nach und nach vier Millionen Pud (1 Pud = 16 kg) Mehl lieferten und ihr zu diesem Zweck einen Kredit von 11 Milliarden Rubel gewährten. Auch die Epidemien und namentlich der eine Zeitlang sehr verbreitete Flecktyphus sind erloschen. Der Getreideanbau ist soweit wieder gefördert, daß von der für den Bedarf der Bevölkerung nötigen jährlichen Menge von zwölf Millionen Pud Weizen bereits drei Millionen Pud durch die eigene Ernte gewonnen werden. Auch der Kultur der Baumwolle und der Gewinnung anderer Rohstoffe (Leder, Salz, Wolle, Kupfer usw.)

Digitized by Google

wird die größte Sorgfalt zugewendet, so daß die Ausgaben der Armee, die sich monatlich auf eine halbe Milliarde Rubel belaufen, jetzt schon durch die Einnahmen aus diesen Produkten gedeckt werden konnten. Eine gleiche Aufmerksamkeit wurde der Entwicklung der Industrie geschenkt, und aus den Trümmern erstanden in der kurzen Zeit 67 Fabriken, deren Zahl fast wöchentlich zunimmt. Eine durch die Gebr. Mahilian mit reichen Mitteln ausgerüstete Studienkommission ist zurzeit damit beschäftigt, die reichen Mineralschätze und Wasserkräfte Armeniens zu erforschen, um sodann ihre Ausbeutung in großem Maßstabe in Angriff zu nehmen. Durch Armenien führt die Bahnlinie von Batum nach Dschulfa (persische Grenze). Von dem in Transkaukasien befindlichen rollenden Material fiel Armenien nur ein geringer Teil zu, weil zur Zeit der Entstehung der drei Republiken Transkaukasiens die meisten Eisenbahnwagen und Lokomotiven vor der Türkengefahr nach den westlichen und nördlichen Gegenden (dem späteren Azerbeidjan und Georgien) geschoben waren. Das war auch der Fall mit den Kriegsvorräten und vielen anderen Gütern. Durch Errichtung einer Lokomotivwerkstätte in Alexandropol konnte die Zahl der Lokomotiven und Wagen in Armenien auf 97 resp. 800 erhöht werden. Eine weitere Steigerung wird unablässig angestrebt. Die Schnellzüge erreichen eine Stundengeschwindigkeit von 50 Kilometern. Die Zahl der Eisenbahnarbeiter beträgt 6000.

Von dem wirtschaftlichen Fortschritt hängt auch die Gesundung der Staatsfinanzen ab. Gleich vielen anderen Staaten der Kriegsjahre und nachher, war auch Armenien, um die Staatsausgaben zu decken, vielfach genötigt, zu dem Hilfsmittel der Notenpresse zu greifen. Bis zum Juni 1920 hatte die armenische Republik Noten im Betrage von 1,2 Milliarden Rubel ausgegeben. Dazu kommt noch der armenische Anteil an den Bons der ehemaligen gesamttranskaukasischen Republik im Betrage von 350 Millionen Rubel. Dieser Betrag erscheint nicht hoch, wenn man berücksichtigt, daß es galt, ein zerstörtes und ausgeplündertes Land wieder aufzubauen, eine Armee zu unterhalten und zahlreiche Feldzüge zu unternehmen. Aber der Umstand, daß die Noten durch keinerlei Deckung gesichert waren, und außerdem die Lebensbedürfnisse des Volkes nur durch Zuhilfenahme eines erheblichen Imports gedeckt werden mußten, führten zu einer sehr starken Entwertung der armenischen Währung. Um diesem Uebelstand abzuhelfen, und das Gleichgewicht im Staatshaushalt herzustellen, hat das Parlament eine sechsprozentige „Unabhängigkeitsanleihe“ von 20 Millionen Dollar votiert, die insofern den Charakter einer inneren Anleihe hat, als in erster Linie die Armenier innerhalb und auch außerhalb Armeniens aufgefordert werden sollen, sich an der Zeichnung zu beteiligen. Dieser Aufforderung sind bereits

Digitized by Google

die armenischen Gemeinden in Tiflis, Batum und Konstantinopel mit großer Bereitwilligkeit entgegengekommen, und sie wird gewiß auch bei den Armeniern in Europa, Amerika usw. willige Aufnahme finden. Eine Anleihe in Dollar wurde gewählt wegen der Stabilität dieser Währung und wohl auch, um amerikanische Finanzkreise für die Anleihe zu interessieren. Die Unabhängigkeitsanleihe soll vor allem für produktive Zwecke und insbesondere für den Aufbau des armenischen Wirtschaftslebens — mit dem Ziele, die Rohprodukte im Lande selbst zu bearbeiten — Verwendung finden.

Die armenische Regierung hat aber auch nicht versäumt, der kulturellen Entwicklung des Landes rege Aufmerksamkeit zu schenken. In Alexandropel wurde eine Universität eröffnet, an die namhafte Professoren berufen wurden, und die Zahl der Elementar- und Mittelschulen beläuft sich jetzt schon auf 775.

Parallel mit der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung des Landes hat sich auch die innere politische Lage wesentlich geklärt und befestigt. Mehr als 80 % der Bevölkerung besteht aus Landbebauern, und so ist es begreiflich, daß die Agrarreform im Sinne einer Verstaatlichung der großen Besitzungen lebender und toter Hand und ihre Aufteilung unter die besitzlosen Bauern nach dem Grundsatz „das Land dem Landbebauer" einen Hauptpunkt des Regierungsprogramms bilden mußte. Letzthin ist durch ein Gesetz (vom 4. Juni 1920) die schleunige Durchführung dieser Maßregel vorgeschrieben worden. Im übrigen wird der Grundsatz des Privateigentums aufrechterhalten, und namentlich von bolschewistischen Tendenzen ist wenig zu merken, was bei der geringen Bedeutung der Industriearbeiter in Armenien, deren Zahl kaum 12 000 überschreitet, leicht verständlich ist. Die im Mai im Anschluß an die Einnahme von Baku durch die roten Truppen ausgebrochenen Unruhen in Alexandropol, Kars und Sarikamisch waren von dem landbesitzenden russischen Adel und dem türkischen Bestandteil der Bevölkerung im Verein mit einigen Bolschewisten, die vor Denikin geflohen und in Armenien ein Asyl gefunden hatten, aus ganz verschiedenen Motiven angezettelt. Die Bewegung wurde indes in sieben Tagen vollkommen unterdrückt und gab der armenischen Regierung Anlaß, aus dem Heer und der Verwaltung, in denen noch viele Offiziere und Beamte aus der Russenzeit beibehalten waren, die unzuverlässigen Elemente zu entfernen. Allein 400 russische Offiziere wurden als unzuverlässig entlassen.

Das Oberhaupt der armenischen Kirche, der Katholikos in Etschmiadsin hat freiwillig auf alle seine weltlichen Rechte zugunsten des Staates verzichtet, und die Republik ihrerseits respektiert die hergebrachten kirchlichen Bräuche und bereitet ihrer Ausübung keinerlei Schwierigkeiten.

Digitized by Google

Die weitaus stärkste Partei in Armenien ist die nationalsozialistische Partei der Daschnakzutiun, und ihrer Popularität und straffen Organisation ist es wohl in erster Linie zu verdanken, daß Neuarmenien allen Schwierigkeiten zum Trotz die Kraft gefunden hat, sich zu behaupten und seine Zukunft zu sichern. Daneben spielen die Parteien der Sozialrevolutionäre, der Bürgerlichen, der Sozialisten und Bolschewiki eine weit geringere Rolle. Die Regierung, die anderthalb Jahre lang aus einer Koalition der Parteiminister bestand, ist seit sechs Monaten rein daschnakzakanisch. Seit Beginn der Republik besteht ein Parlament nach dem freiesten Wahlrecht. Die Einrichtung eines Staatspräsidenten besteht noch nicht. Im übrigen wird im Herbst eine konstituierende Nationalversammlung zusammentreten, um über die Verfassung des Staates endgültig zu entscheiden.

Das armenische Heer besteht aus etwa 50 000 Mann. Ihre Zahl kann, die erforderliche Ausrüstung vorausgesetzt, leicht auf 100 000 Mann erhöht werden. Aber jene Zahl hat genügt, oft unzulänglich mit Kleidung und Munition versehen, wie sie war, die Truppen der azerbeidjanischen Republik in Karabach und Zangesur des öfteren zu besiegen und letzthin noch bei Oltin einen glänzenden Sieg über die den armenischen an Zahl weit überlegenen Streitkräfte Mustafa Kemals davongetragen und das südliche Gebiet der armenischen Republik — bis zur persischen Grenze — von den Tataren zu befreien. In letzterer Zeit ist es der Regierung gelungen, mit auswärtiger Unterstützung die Equipierung und Ausrüstung der Truppen ganz wesentlich zu verbessern.

Auch außenpolitisch ist die schwierigste Phase überwunden. Mit der benachbarten Azerbeidjaner Republik, die von jungtürkischen Agenten dauernd gegen Armenien gehetzt wird, ist für dieses allerdings sehr schwer, zu einem erträglichen Verhältnis zu kommen. Dagegen haben sich die armenischen Beziehungen zu Georgien, namentlich nach dem Abkommen zur freundschaftlichen Lösung der Grenzfragen, glücklicherweise sehr gebessert, und die Beziehungen zu dem dritten Nachbarstaat, Persien, die gegenwärtig durch einen armenisch-persischen Freundschaftsvertrag festgelegt werden sollen, haben sich von jeher durch eine besondere Herzlichkeit ausgezeichnet.

Ueber die Regelung der armenisch-türkischen Grenze hat der von der Entente der Türkei überreichte Friedensvertrag vom 11. Mai im Prinzip dahin entschieden, daß die Türkei die Unabhängigkeit der Armenischen Republik anerkennen und ihr die Provinzen Wan, Bitlis, Erzerum und Trapezunt abtreten soll. Die genauere Grenzfestsetzung sowie die Frage eines Ausgangs nach dem Schwarzen Meer ist einem

Digitized by Google

durch Wilson zu fällenden Schiedsspruch vorbehalten. In ihren Gegenvorschlägen haben sich die Türken mit der Abtretung obiger Provinzen bedingungsweise einverstanden erklärt, wodurch das armenische Gebiet — das zur Zeit der Errichtung der Republik nur 8000 Quadratkilometer umfaßte und jetzt 56 000 mit etwa zwei Millionen armenischen Bewohnern mißt, einen Umfang von 220 000 Quadratkilometern erhalten wird*).

Armenien, dessen Unabhängigkeit von den Mächten bereits de facto anerkannt wurde, ist vor kurzem von der Friedenskonferenz auch die Anerkennung de jure zuteil geworden, wodurch es in aller Form in die Staatengemeinschaft eintritt.

Valutaregulierung

Aufs neue schwankt die deutsche Valuta außerordentlich stark. In wenigen Tagen ist beispielsweise der amerikanische Dollar von 50 auf fast 70 M. hinaufgeschnellt, und schon der nächste Tag brachte einen Rückfall auf 63 M. Es soll hier nicht ausführlich über die tieferen Ursachen gesprochen werden. Die Aufwärtsbewegung der fremden Valuta liegt, um es kurz anzudeuten, vor allem in der außerordentlich schlechten Finanz- und Währungswirtschaft, aber auch, und das geht ja ganz klar aus dem Rückschlag hervor, in den spekulativen Ausschreitungen. Wieder einmal spekuliert alles bis herunter zum letzten Bankangestellten in Devisen und namentlich in fremden Banknoten. Es müssen außerordentliche Vermögen verdient, aber auch verloren worden sein in diesen Tagen. Lange genug haben wir von der Verschlechterung der deutschen Valuta und ihren Wirkungen gesprochen. Dieses Thema ist einigermaßen erschöpft. Es gibt ein aktuelleres, das heißt: Die Schwankungen der Valuta und ihre Folgen. Denn fast noch schlimmer als eine konstante Verschlechterung der Mark ist das jähe Hinauf- und Heruntergehen. Die Verschlechterung hat neben außerordentlichen Nachteilen doch wenigstens den einen Vorteil, daß unser Export konkurrenzfähig ist und bleibt. Eine jähe Erholung aber muß notwendigerweise zu einer außerordentlichen Kaufunlust und damit zu Auftragsmangel, zu Arbeiterentlassungen, kurz und gut, zu einer richtigen Krisis führen. Gerade die Sommermonate des Jahres 1920 haben uns das bewiesen, als plötzlich der Wert des Dollar von 100 auf 35 M. zurückging. Es handelt sich

*) Der Friedensvertrag wurde am 10. August von den Türken unterzeichnet. Seitens der armenischen Republik hat Herr Aharonian gezeichnet.

Digitized by Google

also, wie gesagt, nicht mehr um das Problem, die Valuta zu verbessern, sondern die Valuta irgendwie zu stabilisieren, das heißt, das Auf und Ab der Schwankungen einzuschränken. Leider ist in dieser Beziehung außerordentlich wenig geschehen, und das wenige, das geschah, hat anscheinend nicht genügt. Man sprach immer davon, die Reichsbank haben einen so außerordentlich großen Devisenbestand im Laufe des Sommers angesammelt, daß erneute Rückschläge der Mark nicht eintreten könnten. Wo ist aber die Reichsbank diesmal geblieben? Hier ist irgend etwas passiert, was noch der Aufklärung bedarf. Man munkelt davon, daß im Clearingverkehr mit England plötzlich außerordentliche Summen bezahlt werden mußten. Aber das kann nicht der einzige Grund sein, die Ursachen müssen tiefer liegen. Auf jeden Fall hat sich erwiesen, daß die Devisenpolitik der Reichsbank nicht genügt, um derartige Schwankungen, wie sie jetzt wieder vorgekommen sind, einzudämmen, und deshalb müssen andere Projekte erwogen werden. Es ist an dieser Stelle schon früher einmal davon die Rede gewesen, den Valutaschwankungen in anderer Weise zu Leibe zu gehen, und zwar ging das Projekt dahin, sowohl oben wie unten gewisse Dämme aufzurichten. Das könnte man sich so vorstellen, daß die Reichsbank zusammen mit ausländischen Freunden die Mark bis zu einem gewissen Prozentsatz aufnimmt, also das Sinken unter diesen Punkt verhindert. Nehmen wir zum Beispiel an, man fixierte diesen Punkt bei 50 M. gleich 1 Dollar, das heißt also, eine Mark gleich 2 amerikanischen Cents, so würde das heißen, daß dieses Konsortium sich verpflichtet, jedermann, der Mark verkauft, sie zu mindestens 2 Cents abzunehmen bzw. den Deutschen den Dollar zu 50 M. zur Verfügung zu stellen. Dadurch würde ein Sinken unter einen Stand von 50 M. gleich 1 Doll. nicht mehr eintreten. Umgekehrt aber würde man auch dafür sorgen, daß die Mark nicht zu schnell steigt, weil erfahrungsgemäß ein zu schnelles Steigen nicht von Bestand ist und die ganze Wirtschaft, die Ausfuhrmöglichkeit usw. untergräbt. Nehmen wir diesen zweiten Punkt bei 40 M. für den Dollar, das heißt also, 2,5 Cents für die Mark an, so würde bei diesem Punkt jenes Konsortium abgeben. Wenn also aus irgendwelchem Grund die Mark sehr stark steigt von 2 Cents bis auf 2,5, so wird der Punkt eintreten, an welchem jenes Konsortium Mark abgibt. Auf diese Weise ist nach oben und nach unten die Schwankung ziemlich eng begrenzt. Man könnte sogar die Grenzen noch enger ziehen. Würde dann nach einiger Zeit sich herausstellen, daß der Markstand sich an dem oberen Punkte, also bei 2,5 Cents hält, so könnte man sich ja überlegen, eine Aenderung in jener Begrenzung eintreten zu lassen. Das Kon-

Digitized by Google

sortium würde dann beispielsweise jederzeit bereit sein, den Deutschen den Dollar zu 40 M. zu geben oder die Mark für 2½ Cents abzukaufen, würde aber andererseits, wenn das Steigen der Mark sich fortsetzte, bei 2½ Cents für die Mark deutsche Valuta an den Markt werfen. Würden sich die Verhältnisse in Deutschland ändern, so würde man ganz allmählich stufenmäßig die Valuta stärken. Hand in Hand mit diesen Aenderungen könnten natürlich auch Ab- oder Zugaben in bezug auf die Löhne eintreten.

Wenn nicht derartige Maßnahmen vorgenommen werden, so werden wir von furchtbaren Schwankungen auch fernerhin nicht bewahrt bleiben, und die Konsequenzen sind recht gefährlich. Die Hauptsache ist und bleibt freilich, daß wir endlich mit unserer schauerlichen Finanzwirtschaft im Innern aufräumen, denn sonst wird kein ausländisches Konsortium bereit sein, uns in dieser Weise zu helfen.

Linter.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Allen Zusendungen ist Rückporto beizufügen.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt. Redaktion: Schöneberger Ufer 36a I. Telephon: Nollendorf 929. Für Anzeigen: Werbedienst G. m. b. H., Berlin W 35, Lützowstr. 102/4. Verlag: Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 90. Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt 15 M. Einzelnummer 1,50 M. Druck von Paß & Garleb G. m. b. H., Berlin W 57, Bülowstraße 66.

Digitized by Google

Börsenhandels-Zeitung

Organ für die Interessen der Börse, des Bankwesens, des Handels, der Industrie, des Hypothekenmarktes und des Versicherungswesens

Herausgeber: Franz Krupke

Verlag Krupkes Konversations-Lexikon der Börse u. d. Handels

FRANZ KRUPKE & CO. DEPESCHEN-BUREAU

Ständige Börsenkursveröffentlichung. Kalender der Generalversammlungen. Geschäftsaussichten und Dividenden. Unabhängige Beratung in allen Fragen der Kapitalanlage. Fortlaufende Orientierung über alle Vorgänge im täglichen praktischen Wirtschaftsleben. Sachkundige kritische Abhandlungen über Banken und Börse, Volkswirtschaft und Finanzwissenschaft. Zuverlässige Informationen über alle Börsenpapiere. Amtliche Bekanntmachungen des Berliner Börsenvorstandes nach erfolgter Publikation an der Börsentafel. Ständige Devisen-Kurstabelle mit den höchsten, niedrigsten und letzten amtlichen Geld- u. Briefkursen. Reichsbankausweise — Literaturberichte — Briefkasten.

Bezugspreis: vierteljährlich 6 Mark, jährlich 24 Mark, Ausland 30 Mark.

Verlangen Sie Probenummer!

Verlag, Geschäftsstelle und Schriftleitung: Berlin W 15

Kurfürstendamm 48-49 (Fernspr. Amt Stpl. 4409), Zweig-Bureau: In der Börse von 12-2 Uhr.

Wirksamstes Insertions-Organ!

Als Mittler zwischen Herstellung und Verbrauch, zwischen Angebot und Käufer wird immer eine den Zeitverhältnissen angepaßte Werbung nötig sein, wie sie der

Werbedienst

in allen seinen Arbeiten pflegt u. fördert. Erste Künstler, namhafte Fachleute u. durchgebildetes Personal vereinigen sich zu dieser Aufgabe

Eigenes Atelier mit Haus- u. Versuchspresse

Werbedienst G. m. b. H. * Berlin W 35

Digitized by Google

Soeben erschien:

Erlebnisse im Weltkrieg

von

Reichsfinanzminister a. D. **M. Erzberger**

Geheftet M. 28.— in Halbleinen M. 38.—

Jedermann weiß, daß Erzberger den wichtigsten politischen Vorgängen im und nach dem Krieg wie kaum ein anderer nahegestanden hat; sein Buch, das eine Menge neuer und wertvoller Aufschlüsse bringt, wird daher größtes Aufsehen erregen und über die Bedeutung des Tages hinaus als einer der wichtigsten Beiträge zur Geschichte der letzten Jahre dauernden Wert behalten.

Inhaltsverzeichnis:

Meine Propagandatätigkeit — Vor Italiens Eintritt in den Weltkrieg — Im Vatikan — Beim Kaiser — In Konstantinopel — Die Armenierfrage — Heilige Stätten in Jerusalem — Bulgarien — Rumänien — In Wien — Die Römische Frage — Die Freimaurerei — Elsaß-Lothringen — Polen — Litauen — Belgien — Die U-Boot-Frage und Amerikas Kriegseintritt — Friedensbemühungen — Die Friedensresolution des Reichstags — Die päpstliche Friedensvermittlung — Der Uebergang zum parlamentarischen Regime — Der militärische Zusammenbruch — Der Gang nach Compiègne — Der Waffenstillstand — Der Kampf um den Friedensschluß.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart, Berlin.

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Inhalt:

Politische Glossen 449

Heuß, Preußen und die Reichspolitik 451

Ostwald, Was geht in Ostasien vor? 453

Deißmann, Zur religiösen Lage der Angelsachsen . . 458

Valentin, Lord Courtney 466

Preis vierteljährlich M 15.–, das einzelne Heft M 1,50

5. Jahrgang 8. Oktober 1920 Heft 41

Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart-Berlin

Google

Deutsche Verlags-Anstalt · Stuttgart · Berlin

Soeben wurde ausgegeben:

Kurd von Schlözer Jugendbriefe 1841—1856

Herausgegeben von L. von Schlözer

Der neue Band Briefe aus Schlözers Feder gewährt uns Einblick in den Familien- und Freundeskreis, in dem der feine, hochbegabte Mann wurzelte. Schon in den Briefen des Jünglings finden wir die Eigenschaften, die das Lesen der Römischen und Mexikanischen Briefe so genußreich machen: die Sicherheit des Blicks und Freiheit des Urteils, die lächelnde Skepsis gegenüber allem, was sich selbst zu wichtig nimmt, und den geschichtlichen Sinn. Es sind bedeutsame Zeiten, vielfach wechselnde, bald idyllische, bald glänzende Orte, die uns in den Briefen wieder lebendig werden, gesehen durch ein Temperament, das auf die Außenwelt in seiner eigenen Weise reagiert und die Eindrücke äußerst lebensvoll gestaltet.

Gebunden in Halbleinen mit Goldaufdruck Mark 25.—

Durch alle Buchhandlungen zu beziehen

„Die Bücherpost"

unterrichtet wöchentlich über Neuerscheinungen des deutschen Buchhandels aus allen Wissensgebieten und der Unterhaltungsliteratur. Einzelnummer 25 Pf., vierteljährlich M. 2.50. Abonnements nimmt jede Poststelle, auch der Briefträger, entgegen. Probenummern sendet die Geschäftsstelle der „Bücherpost", Frankfurt a. M., Niddastr. 74, postfrei und umsonst.

Stuttgart DW Leipzig

Deutsche Wacht

Organ zum Wiederaufbau deutscher Interessen im Ausland

Offizielles Organ des Verbandes „DW" 616 Zeitschrift der Auslandsdeutschen.

Wertvollstes Anzeigenblatt für Im- und Export Handelsteil mit Angebot und Nachfrage

Große Auflage. In ganz Europa gelesen.

Halbjahr 3.60 M. Falls 60 Pfg. Heft 50 Pfg.

Verlag „Deutsche Wacht" Stuttgart

A. WARMUTH · Speditionsgeschäft

Zentrale: BERLIN C 2, Hinter der Garnisonkirche 1a

Fernsprecher: Norden 309, 310, 1642, 4472 u. 4512

Leipziger Abteilung: Dorotheenstr. 20a. Zentrum 2669.

Versand von Gütern aller Art nach allen Orten der Welt.

Möbeltransport - Lagerung

Ein packender blutiger Bericht

über französische Brutalität, Niedertracht und Gemeinheit, sowie über deutschen Heldenmut und Ausdauer. Berichte schneidiger Fluchtversuche, durchwoben von Gehässigkeit französischer Willkür, die das wahre Franzosentum beleuchtet, fesseln den Leser bis zum letzten Wort in dem Buche von

Hellmuth Korth

Wir weißen Sklaven.

Meine Erlebnisse in der französ. Gefangenschaft. In auffallendem Umschlag M. 8.—, geschmackvoll gebunden M. 13.—. Zuschlagsfrei.

Mühlmann-Verlag (Grosse) Halle a. S. 183

Digitized by Google

5. Jahrgang * 8. Oktober 1920 * Heft 41

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Der bayrische Partikularismus weiß nicht genau, was er will, und deshalb braucht er laute Worte, um sich und seine Anhänger über die Unklarheit seiner Gesamtpolitik wegzutäuschen. In Oesterreich haben sich die Stimmen nun doch gehäuft, die vor dem katholischen „Südbund" ihre drei Kreuze machen, gerade auch aus katholischen Kreisen, die ihr gepreßtes Deutschtum in den breiten Strom der Gesamtnation fließen lassen möchten, und in Bayern selber haben sie an die Spitze ihrer Königspartei romantische Wichtigtuer gestellt, die sachlich kaum ernst zu nehmen sind. Die Bayrische Volkspartei glaubt aber wenigstens den Luxus sich gestatten zu können, gegen die Weimarer Verfassung Sturm zu laufen. Sie bedroht damit den Bestand des Münchener Kabinetts, und unter der Drohung der Demokraten hat sie denn auch ihre Revisionsforderung als nicht aktuell bezeichnet. Das peinliche Gefühl bei diesen Vorkommnissen ist: wissen die Leute nicht, wie derlei auf das Ausland wirkt, oder wollen sie, daß es dort wirke?

*

Der Zerfall der alten Sozialdemokratie begann mit einem Manifest, in dem, neben anderem, der Parteivorsitzende Hugo Haase sich gegen die Politik seiner Partei wandte. Haases Nachfolger in der Leitung der Unabhängigen Sozialdemokratie, die das damals wohl für eine männliche Tat hielten, müssen nun erleben, wie ihnen das gleiche widerfährt. Einige Mitglieder ihres Zentralkomitees machen Erklärungen auf eigene Faust, und alle offizielle Entrüstung dagegen klingt ein wenig fatal bei Leuten, deren Geburtsstunde ein ähnliches Verfahren gesehen. Nun aber hat der mit äußerster Schärfe geführte innere Kampf der U. S. P. D. dadurch eine neue Note erhalten, daß Lenin selber unmittelbar in den deutschen Kleinkrieg eingreift und den Unabhängigen

Digitized by Google

seinen Bann zuschleudert wegen — des Termins ihres Parteitages. Eigentlich ist es grotesk, was für Sorgen die Strategen der Weltrevolution haben. Aber dieser kleine und fast törichte Zug ist ungemein charakteristisch, wie lebenswichtig den russischen Kommunisten die deutsche Parteientwicklung erscheint. Nicht um der deutschen, sondern um ihrer eigenen unsicheren Position willen. Sie wollen sich jetzt auch in Halle durch ihre eigenen Sprecher vertreten lassen, und Crispien-Dittmann müssen dazu Ja und Amen sagen.

*

In Brüssel stellt man in allen geläufigen Sprachen fest, daß die Armut von der Poverteh kommt. Die Berichte machen ein wenig einen akademischen Eindruck, und einstweilen sieht es nicht so aus, als ob einem überragenden Gedanken eine notwendige Tat folgen müsse. Am wichtigsten fast muß von den bisherigen Referaten die Ankündigung Amerikas erscheinen, daß man gefälligst nicht alle Hoffnung auf Wallstreet werfen möge. Das ist sicher nicht bloße Geste des Verzichtes eines Imperialismus, der Angst vor weiterer Verstrickung hat, sondern Sorge um eine Atempause. Nordamerika will sich nicht ausgeben an Staaten, deren politische Entwicklung unübersehbar ist.

*

Die polnischen Blätter besprachen bisher die Friedensverhandlungen in Riga sehr optimistisch. Sie stellten es so dar, als ob Räterußland unter allen Umständen Frieden vor dem Winter schließen wolle oder müsse. Obgleich der bolschewistische Rückzug, gerade in den letzten Tagen, besonders an der Front der ukrainischen Truppen unter Petljura unaufhaltsam sich vollzieht, während im Rücken die Bauernaufstände und der Eisenbahnerstreik den roten Truppen sehr viel Abbruch tun, hat Joffe die Verhandlungen durch Aufrollen der ukrainischen Frage kompliziert. Der Führer der Rätevertretung stellt sich nämlich auf den unhaltbaren Standpunkt, daß es keine ukrainische Frage geben könne, weil nur eine Räteukraine vorhanden sei, die sich im Bündnis mit Rußland befindet. Da Petljura ein Bündnis mit Pilsudski abgeschlossen hat, und beider Truppen gemeinsam operieren, so ist es durchaus nicht ausgeschlossen, daß, wenn nicht der Bolschewismus seine Pflöcke stark zurückstecken wird, die Rigaschen Verhandlungen im Sande verlaufen und wir einen Winterfeldzug erleben werden.

*

Digitized by Google

Preußen und die Reichspolitik

Von Dr. Theodor Heuß.

In der Politik sind nicht die formalen Rechtsbegrenzungen, sondern die dynamischen Kräfte entscheidend. Das war die Lehre im alten Reich, da das Nebeneinander zweier verschieden konstruierter Parlamente in Berlin eine klare Führung der Geschäfte hemmte; dieser Zustand erhielt seinen besonderen Ausdruck durch die kunstvollen Sicherungen, mit denen Preußens Stellung im Bundesrat umgeben war. Die Revolution hat an diesem Verhältnis zunächst gar nichts zu ändern vermocht, und wenn auch nun die beiden Berliner Volksvertretungen einem gleichen Wahlrecht entstammen, so ist ihre Konkurrenz und ihr Gegensatz damit nicht aus der Welt geschafft.

Preußen wählte sich im Januar 1919, unmittelbar nach dem Reich, seine „verfassunggebende Landesversammlung". Dieses Organ war unentbehrlich, nachdem auch die übrigen Staaten aus der Herrschaft von „Volksbeauftragten" ohne Volksauftrag zu Wahlen und Gesetzgebungskörpern geschritten waren. Aber die Stellung und Aufgabe des preußischen Parlaments war von vornherein schwieriger und verantwortungsvoller als die der mittleren und kleinen Staaten. Denn sie mußte auf die Entwicklung im Reiche von weit stärkerem Einfluß sein. Man unterwarf sich denn auch, in Anerkennung dieser Lage, zunächst einer gewissen Selbstbescheidung und schob die Inangriffnahme des eigentümlichen Zwecks, eine neue Verfassung zu beschließen, hinaus, bis das Werk von Weimar unter Dach war.

Das war richtig gedacht, hat aber ungünstige Folgen gehabt. Denn um die Volksvertretung zu beschäftigen und um eine Reihe der neuen Fragen zu bewältigen, wurde dem Parlament, neben dem Haushalt, eine Fülle von Gesetzentwürfen übergeben, die seine Arbeitskraft zum Teil sehr stark in Anspruch nahmen, neben den Besoldungsfragen etwa die Schaffung von Groß-Berlin. Dadurch trat die Verfassung in den Hintergrund. Sie wurde etwas zage behandelt, denn wenn auch in Weimar Grenzen geschaffen waren, so sieht die Reichsverfassung die Möglichkeit ihrer eigenen Weiterentwicklung vor, in der Frage der Bildung neuer „Länder", und die preußischen Volksvertreter wußten, daß dies wesentlich ihre Frage sei: sollten sie ihr entgegenkommen oder ihr entgegenwirken? Sollte der zentrale Staatsgedanke unterbaut oder in einer weitgehenden Stärkung provinzialer Autonomien die Auflösung Preußens eingeleitet werden? Oder anders: wie weit würde die Stärkung provinzialer Selbstverwaltungen der Erhaltung eines immerhin einheitlich gedachten Gesamtstaates Preußen dienlich sein?

Digitized by Google

Eindreiviertel Jahre sind seit der „Preußenwahl" vorüber und die Verfassung ist noch nicht geschaffen. Ende Oktober glaubt man mit der abschließenden Arbeit beginnen zu können, die dann wohl noch ein paar Wochen beanspruchen wird. Währenddem aber ist das Parlament in eine gewisse Ueberalterung gekommen, die an sich nicht weiter schlimm wäre (denn das Heil liegt nicht in den kurzen Wahlperioden beschlossen), die aber seit dem 6. Juni allzu augenscheinlich wurde, um nicht peinlich zu sein. Die Reichstagswahlen vom Juni sind schließlich auch eine Meinungsäußerung des preußischen Volkes gewesen, und nicht nur der Reichsbürger; keinesfalls haben bei der Willensbildung der Wähler ausschließlich die Fragen der Reichspolitik mitgewirkt, sondern wesentlich Sentiments über Vorkommnisse in der preußischen Verwaltung, auch Urteile über preußische Ministerbesetzungen.

Es trat der eigentümliche Zustand ein, daß im Reich (aber auch in Bayern und Württemberg) die Mehrheitssozialisten sich von der Regierungsbildung zurückzogen, daß sie aber ihre preußischen Ministerstellen, auf der Unterlage der alten Koalition mit Zentrum und Demokratie, beibehielten. Parlamentarisch ganz richtig, und auch politisch wichtig, denn man soll sich freuen, wo immer die Mehrheitssozialdemokratie der Verantwortung nicht davonläuft. Aber zwangsläufig mußte die Autorität dieser Regierung, trotz der Mehrheit in der Landesversammlung, immer fragwürdiger werden. Das sachliche Bedürfnis nach Neuwahlen ist seitdem gegeben.

Man durfte damit rechnen, daß sie noch in diesem Spätjahr stattfinden würden. Aber sollte die Versammlung auseinandergehen, ohne ihre vornehmste Aufgabe erledigt zu haben? Nicht nur vor der Wählerschaft, vor der Geschichte wäre sie blamiert gewesen. Hier aber klafft ein Zwiespalt. Man kann wegen ihrer Auswirkung auf das Reich sie nicht aus dem Handgelenk erledigen. Aber das Bedauern läßt sich nicht unterdrücken, daß durch die schleppende Behandlung dieser zentralen Frage der gegensätzliche Zustand geschaffen wurde, in dem wir uns jetzt befinden. Wenn die Neuwahlen, durch das beschwerliche Arbeiten des Verwaltungsapparats, über Neujahr hinaus in die Frühjahrsmonate hinausgeschoben werden, so verschärft sich die Lage nur, da sie notwendig den agitatorischen Auftrieb gegen die gegenwärtige Regierung stärkt. Ein allgemeines Interesse liegt vor, Verfassung, Wahlgesetz, Wahlen, so rasch es möglich ist, vorzunehmen.

Bei den Mehrheitssozialisten liegen Hemmungen vor. Es ist wohl nicht nur die Furcht, daß die Erfahrung vom Juni sich in vollem Ausmaße wiederhole, denn sie rechnen wieder mit einer rückläufigen Bewegung zu ihren Gunsten; aber die Wintermonate mit ihrer Not

Digitized by Google

gelten als schlechte Wahlhelfer. Die Sozialdemokratie fühlt sich daneben zu einem abwartenden Verhalten veranlaßt durch die Krise der Unabhängigen. Sowohl auf die Reichs- wie auf die Landespolitik wirkt das Chaos ein, das links von ihr fast hoffnungslos nach einer Gestaltung sucht. Man will die Arme offen halten für diejenigen auf der unabhängigen Rechten, die — vielleicht — in einer Minderheit bleiben. Das hat im Reich die Entsagung diktiert und veranlaßt in Preußen das Hinausschieben der Wahlen. Denn die Zersetzung der U. S. P. D. soll der alten Partei den Wahlauftrieb geben und ihr Stimmen erhalten oder zurückbringen.

Man wird aber, neben der Bewertung dieser parteitaktischen Ueberlegungen, an sich wünschen müssen, daß Preußen sich bald nach Mehrheitsverhältnissen neu konsolidiert. Denn im Sommer 1921 läuft die Sperrfrist für die Verfassungsauswirkung ab, und preußische Fragen, Oberschlesien, Rheinland, klopfen an die Tore der Reichspolitik. Die preußische Sozialdemokratie hat in diesen Fragen so „konservativ" gedacht wie die Vertretung altpreußischer Traditionen. Es zeigt sich aber, daß diese Komplexe, vor allem Oberschlesien, aus dem rein preußischen Gesichtswinkel nicht zu lösen sind. Es bedarf dazu einer Gleichsetzung der Tendenzen in den beiden Machtsphären, im Reich und in Preußen. Diese war vor dem 6. Juni nicht vorhanden, und heute ist das Auseinanderklaffen noch ernster.

Solange die Autorität der preußischen Regierung künstlich ist, wird eine fruchtbare Auseinandersetzung über die Grundfragen der staatlichen Weiterbildung unmöglich sein. Dem Problem kann sie nicht ausweichen, aber sie muß dann gegen Oppositionen von rechts oder links klarere Machtverhältnisse haben. Daran krankt der Augenblick, und das Zusammenzählen von Mehrheitsziffern hilft nicht darüber hinweg.

Was geht in Ostasien vor?

Von Dr. Paul Ostwald

Die ebenso törichte wie unpolitische Meinung der Vorkriegszeit, daß uns die Vorgänge des fernen Ostens nichts angingen, wird der Sturmwind des Völkerringens hoffentlich aus den Köpfen der Deutschen gründlich hinausgefegt und sie eines anderen belehrt haben. Das war ja eben der durch den Gang der Dinge zu deutlich gewordene Fehler der wilhelminischen Periode, daß Ostasien nicht als ein Feld des politischen Schachbrettes angesehen wurde, auf das Aufmerksamkeit zu verwenden wäre. Hätte man es getan, so wäre vielleicht für uns manches anders und günstiger gekommen. Auf jeden Fall sollten wir aber daraus

Digitized by Google

lernen, auch wenn wir heute kein Kiautschou mehr haben, auch wenn englische Brutalität und englischer Geschäftsneid den deutschen Handel in China vernichtet, die Deutschen aus ihrem Besitz vertrieben, sie ihres Eigentums beraubt haben. Doch wir wollen ja nicht für immer zu politischer und wirtschaftlicher Ohnmacht verurteilt sein, wir wollen wieder vorwärts kommen, und daß die ostasiatischen Verhältnisse und da auch einmal von Nutzen sein, daß auch sie für uns von uns von Wichtigkeit werden können, wird man, besonders nach der Lehre des Weltkrieges, vernünftigerweise kaum leugnen dürfen. Denn sie haben sich in stärkstem Maße als mitbestimmend für die Gesamtkonstellation der Mächte gezeigt, deren Veränderungen und Rückwirkungen uns weder hinsichtlich unserer allgemeinpolitischen Lage noch wegen unseres wirtschaftlichen Wiederaufbaues in China gleichgültig sein können. Mag uns darum auch die oberschlesische Frage, der Bolschewismus und anderes mehr viel näherliegend erscheinen und in gewissem Sinne auch sein, so wäre es verkehrt gehandelt, außenpolitische Fragen, die im Augenblick mehr an der Perepherie des Gesichtskreises liegen, völlig zu vernachlässigen. Leider geht schon ein sehr großer Teil der deutschen Presse diesen alten Weg weiter; statt mitzuhelfen, das deutsche Volk zu einem politisch denkenden zu erziehen, gibt sie der Laschheit und Kurzsichtigkeit des Publikums nach. Gerade ein Volk in unserer schwierigen Lage hat die Augen nach allen Seiten offen zu halten, die schweren Zeiten verlangen von uns doppelte Spannkraft.

Mancherlei ist in Ostasien im Werden, was unsere Beachtung verdient und unser Interesse verlangt. Vor allem scheint die alte Spannung zwischen Amerika und Japan wieder in einer nicht mehr verdeckten Schärfe offen zutage treten zu wollen. Die allgemein politische Lage erfordert nicht mehr eine Politik, wie sie durch das Lansing-Ishii-Abkommen im November 1917 gekennzeichnet wurde, und die noch nach dem Kriege hervortretenden Bemühungen gewisser amerikanischer Kreise, zu einem friedlichen Zusammenarbeiten mit Japan in Ostasien zu kommen, scheinen doch irgendwelchen maßgebenden Einfluß nicht gewonnen zu haben. Jedenfalls hat die Washingtoner Regierung in der letzten Zeit an so manchen Maßnahmen gezeigt, daß sie Japan gegenüber in ihr altes Fahrwasser der Vorkriegszeit zurückzukehren gedenkt. So ist der als Japangegner genugsam im fernen Osten bekanntgewordene Charles Crane zum amerikanischen Gesandten in Peking ernannt worden, der japanischen Einwanderung wurde an der pazifistischen Küste mit neuen Gesetzen entgegengearbeitet. Der Hauptbeweggrund für die Wiederaufnahme der Feindseligkeit gegen Japan in der alten Form von amerikanischer Seite ist in China zu suchen. Amerika will auf jeden Fall verhindern, daß das „Reich der Mitte" unter die Führung Japans kommt, wie es in den allgemein bekannten 21 Forderungen der Tokioer Regierung aus dem Jahrer 1915 ausgedrückt

Digitized by Google

ist und zu deren Anerkennung sich nach japanischer Auffassung die Amerikaner auch durch das Ishii-Abkommen bereiterklärt haben. Mit größtem Aerger haben sich deshalb denn auch die japanischen Zeitungen darüber ausgesprochen, daß der amerikanische Gesandte, ehe er in Peking seine Geschäfte übernahm, nicht nach Tokio gekommen sei, um dort zu erklären, er werde sich nie in chinesisch-japanische Angelegenheiten mischen. Von der amerikanischen Regierung wird aber ausdrücklich bestritten, daß man durch das Ishii-Abkommen sich irgendwie zu einer Anerkennung der japanischen Vormachtstellung in China verpflichtet habe; es wird im Gegenteil erklärt, daß es für Ostasien eine Monroedoktrin nicht gäbe. Deutlicher kann Amerika wohl kaum zeigen, daß es bereit ist, in China und um China gegen Japan vorzugehen. Denn die amerikanischen Kapitalinteressen verlangen jetzt noch weit mehr als vor dem Kriege, daß China ein offenes Land bleibt. Ein China, in dem Japan vorherrscht, in dem durch die japanische Politik dem amerikanischen Kapital das Feld der Betätigung entzogen werden kann, darf nicht Wirklichkeit werden.

In diesem Zusammenhang einer amerikanischen Politik in China gehören nun auch die im August plötzlich auftauchenden Nachrichten von einer Umgruppierung der Mächte, in denen davon die Rede war, daß Amerika mit Frankreich und China den Weltfriedensschutz übernehmen würde. Daß ausgerechnet zwei so ohnmächtige Staaten wie Frankreich und China als Beschützer des Weltfriedens auftreten sollen, mußte von vornherein als Lächerlichkeit auffallen und konnte nur dadurch seine Erklärung finden, daß sie dazu dienen sollten, eigennützige Pläne Amerikas zu verdecken. Das ist ja demnach auch der Fall. Wie schon des öfteren hervorgetretenen französisch-englischen Zwistigkeiten von amerikanischer Seite dazu benutzt worden sind, um Frankreich von England fort und auf die Seite Amerikas zu ziehen, damit durch die Erschütterung der Entente cordiale die englische Machtstellung unsicherer wird, so soll China dem japanischen Einfluß entzogen werden. Es sind dieselben Sirenenklänge der Menschenfreundlichkeit, der Gleichberechtigung, die Amerika China gegenüber wieder ertönen läßt, wie wir sie in der Vorkriegszeit zu hören gewöhnt waren. Ob Amerika allerdings diesmal mit solchen Lockungen die gleichen Erfolge haben wird wie früher, muß zum mindesten abgewartet werden. Denn mehr und mehr scheint sich in China der Gedanke Bahn gebrochen zu haben, daß es sich gegen die Ausbeutung durch das angelsächsische Kapital am besten durch ein Eingehen auf die 21 japanischen Forderungen schützen kann. Auch das vor kurzer Zeit neugebildete chinesische Kabinett ist unter diesem Gesichtspunkt zusammengetreten. Mag die Volksstimmung in China noch stark gegen Japan sein, die gegenwärtig maßgebenden Kreise scheinen doch mit Gewalt ein Zusammengehen mit Japan gegen das amerikanisch-englische Kapital er-

Digitized by Google

reichen zu wollen. Sollte es dieser Bewegung gelingen, sich durchzusetzen, so würde allerdings dadurch die politische Lage in Ostasien zu Japans Gunsten ungeheuer verschoben. Mit der starken Sicherung des gewaltigen chinesischen Riesenreiches im Rücken könnte die Tokioer Regierung dem Angelsachsentum gegenüber allerdings anders auftreten.

Von großer Wichtigkeit für die japanische Stellung auf dem asiatischen Festland ist weiter die noch in keiner Weise zu übersehende Lösung der sibirischen Frage. Es ist Japan bisher nicht gelungen, auf die beiden in Ostasien neu gebildeten Freistaaten von Wladiwostok und Werchne-Udinsk irgendwelchen Einfluß zu gewinnen. Im Gegenteil, die beiden Freistaaten suchen eifrigst in enge Verbindung zu treten, um auf diese Weise ein Staatswesen bilden zu können, das gerade Japan gegenüber einen größeren Widerstand entgegenzusetzen imstande sein würde. Auch sonst hat Japan sich dazu entschließen müssen, Transbaikalien zu räumen. Auch der Hetmann Semenow, der in Tschita einen neuen Staat zu gründen unternommen hat, und zwar im antibolschewistischen Sinne und in Anlehnung an Japan, ist auch nicht geeignet, die Tokioer Regierung in Entzücken zu versetzen. Denn Semenow hat viel zu ehrgeizige Pläne, als daß diese sich mit Japans Absichten vertragen könnten. Man ist japanischerseits denn auch deutlich genug in letzter Zeit von Semenow abgerückt. Die japanischen Mißerfolge in Sibirien sind offenbar und machen der Regierung in Tokio viel zu schaffen, besonders da die Volksstimmung gar nicht mit diesem Unternehmen einverstanden ist. Man wird es aber als durchaus richtig von der japanischen Regierung hinstellen müssen, wenn sie den Standpunkt vertritt, daß jetzt an ein Zurückrufen der Truppen nicht gedacht werden könne, sondern daß durchgehalten werden müsse was einmal angefangen worden sei; denn Japan könne einer Lösung der sibirischen Frage nicht gleichgültig gegenüberstehen, da für die gesamte Machtstellung des Reiches wie für seine besonders starken wirtschaftlichen Interessen in Sibirien viel zu viel abhänge. Es ist allerdings die Frage, ob Japan, wenn es eine Lösung der sibirischen Frage in seinem Sinne erstrebt, doch nicht in einem ganz anderen Maßstabe wird eingreifen müssen, als es das bisher getan hat, denn die Verhältnisse haben sich doch zunächst als die stärkeren erwiesen, und sie können sehr leicht eine Entwicklung annehmen, die Japan bei seiner gegenwärtig gerade nicht allzu starken Machtstellung in Ostsibirien über den Kopf wächst. Wie weit die Tokioer Regierung aber wieder gegen die vorherrschende Volksstimmung zu handeln in der Lage sein wird, muß abgewartet werden. Versäumt Japan den richtigen Zeitpunkt des Eingreifens, entstehen dort staatliche Verhältnisse, auf die Japan keinen Einfluß hat, dann kann das den gesamten ostasiatischen Fragen eine ganz andere Wendung geben, als man von Tokio aus bisher erhofft hat. Ein großer selbständiger ostsibirischer

Digitized by Google

Freistaat würde für Japan eine Gefahr bedeuten. Aller Wahrscheinlichkeit nach würde dieser Staat infolge der in früheren Jahrhunderten vorhanden gewesenen engen Verbindung mit Rußland dort auch wieder Rückhalt suchen. Rußland würde, wenn auch in einem anderen Kleide, doch wieder am Stillen Ozean als Macht hervortreten. Für Japan würde sich dieser Unterschied eben nur darin besonders bemerkbar machen, daß der ostsibirische Freistaat als Glied eines föderativen Rußland in Ostasien nicht eine solche passive Politik verfolgen würde wie das zaristische Rußland während des letzten Jahrzehntes vor dem Weltkriege. Es würde Japan in der Mongolei, in der Mandschurei, in Korea und auch in China bedrohen.

Daß Japan infolgedessen vorläufig an der weiteren Sicherung des Bündnisses mit England liegen muß, scheint nur zu selbstverständlich, auch wenn kürzlich Graf Okuma es so hingestellt hat, als ob Japan bei einer Erneuerung des im nächsten Jahre ablaufenden Bündnisvertrages nur der gebende Teil wäre und es England allein auf die Fortführung des Bündnisses ankommen müßte. Die Notwendigkeit der Erneuerung des Bündnisses liegt eben auf beiden Seiten. England bedarf der starken Militärmacht Japans in Asien gegen das bolschewistische Rußland, Japan aber hat es nötig, um das Angelsachsentum zu spalten, und gegen Schwierigkeiten, die ihm von Sibirien her zu leicht kommen können.

Die allgemeine Stimmung in beiden Ländern ist allerdings einer Erneuerung des englisch-japanischen Bündnisvertrages gerade nicht günstig, da man sich während des Weltkrieges doch zu sehr gegenseitig in die Karten gesehen hat. Dazu kommt, als ganz besonders erschwerend, die Rassenfrage. Die englischen Dominien werden im Dezember d. J. in Vancouver Stellung nehmen zur Bündnisfrage, und wenn sie wirklich einer Erneuerung aus politischen Gründen zustimmen sollten, dann doch sicher nur unter der Bedingung, daß nach wie vor die Grenzen für japanische Einwanderer gesperrt bleiben. Andererseits wird Japan jetzt, da seine Machtstellung so stark geworden ist, noch weniger als früher sich mit einer solchen Bedingung einverstanden erklären wollen, und die japanische Presse hat diesen Standpunkt auch schon genügend zum Ausdruck gebracht. Man will in jeder Beziehung gleichberechtigt sein. Hier liegen also auf beiden Seiten große Schwierigkeiten, und mit einem glatten Abgang der Verhandlungen ist keinesfalls zu rechnen, wenn wahrscheinlich auch die politischen Verhältnisse so zwingend sein werden, daß die alten Bundesgenossen beisammen bleiben müssen.

Ob sich aus allem, was in Ostasien vorgeht, irgendwelche Gelegenheiten ergeben werden, die für uns eine Erleichterung bringen können, muß abgewartet warden. Immer haben sich allerdings unsere Feinde trotz aller sich zwischen ihnen offenbarenden Zwistigkeiten wieder zusammengefunden, wenn es hieß, gegen Deutschland die gemeinsame Front herzu-

Digitized by Google

stellen. Trotzdem darf uns das nicht entmutigen und uns dazu bringen, die Dinge gehen zu lassen wie sie gehen. Wir sind von unseren Feinden zu der unfreiwilligen Rolle des Zuschauers verdammt worden, um so mehr haben wir Muße und Ruhe, aber auch die Pflicht, nach den Gegensätzen auszuschauen, die einmal stark genug sein können, den uns umgebenden Ring zu sprengen. Genug sind davon auch in Ostasien vorhanden, und es wird an uns liegen, Augenblick und Gelegenheit richtig zu ergreifen. Sie kommen in diesem gerade für unsere Feinde fraglos politischen Hochspannungsgebiet erster Ordnung für uns vielleicht eher und schneller, als wir jetzt denken.

Zur religiösen Lage der Angelsachsen

Von Professor Dr. Adolf Deißmann (Berlin)

Sowohl in England, als auch in Nordamerika sind in den letzten Kriegsjahren geschickt organisierte Untersuchungen bei den Streitkräften aller Kategorien, Alters- und Rangstufen angestellt worden, die das religiöse Interesse und christliche Leben der im Felde stehenden Männerwelt erkunden sollten. In beiden Ländern haben dann Sachverständige von hohem Rang die Ergebnisse zusammengefaßt und veröffentlicht. Die trefflich geleitete Vierteljahrsschrift „The Biblical Review" (New York) hat in ihrem Januarheft 1920 die englische, im Juliheft die amerikanische Publikation durch Mr. William Hoge Marqueß besprechen lassen. Da beide Werke bei der gegenwärtigen Lage des Büchermarkts wohl wenigen europäischen Lesern zu Gesicht kommen werden, gebe ich hier die überaus instruktive Anzeige der englischen Veröffentlichung in Uebersetzung wieder[1]).

*

„Armee und Religion.

Herausgegeben von Dr. David S. Cairns. London 1919.

Dieses zeitgemäße und interessante Buch ist das Resultat einer ebenso vorzüglich entworfenen wie trefflich ausgeführten Untersuchung über die sittlichen und religiösen Verhältnisse in der britischen Armee während des letzten Krieges. Die Young Men's Christian Association gab die Mittel für das Unternehmen, befaßte sich aber nicht mit der Untersuchung selbst. Diese wurde vielmehr selbständig von einem großen, geeignete Persönlich-

[1]) Mit solchen indirekten Methoden werden wir in nächster Zeit infolge der Unzugänglichkeit der meisten ausländischen Literatur wohl häufig zu arbeiten haben.

Digitized by Google

keiten in sich vereinigenden Komitee ausgeführt, das sich aus leitenden Männern der Kirche von England und der Nonkonformisten zusammensetzte. Ein Fragebogen wurde an Einzelpersonen und an Gruppen verschiedenster Art versandt. Soldaten vom Gemeinen bis zum General, Feldgeistliche, Aerzte und Schwestern, Schipper und Führer, auch Komitees in den großen militärischen Zentren in England und Frankreich wurden gebeten, über die aufgeführten Gesichtspunkte und gestellten Fragen sich zu äußern. Diese Gesichtspunkte bezogen sich im allgemeinen auf die Ansichten der Soldaten über Religion, Sittlichkeit und Gesellschaft, auf die Wandlungen, die der Krieg bei ihnen hervorgerufen und auf ihre Beziehungen zur Kirche. Auf jedes einzelne Thema kamen etwa acht bis zwölf besondere Fragen.

Das Komitee erhielt nahezu 300 Antworten; darunter einige von beträchtlicher Länge, die auf den Aussagen von Hunderten urteilsfähiger Zeugen beruhten. Das Komitee widmete im August 1917 dem sorgfältigen Studium dieser Eingänge vier Tage und einigte sich über die Grundlinien des zusammenfassenden Berichtes. Es übertrug Dr. David S. Cairns, dem hervorragenden Theologen der Vereinigten Freien Presbyterianischen Kirche von Schottland, die Aufgabe, den Bericht so zu entwerfen, daß Einheitlichkeit, Gleichmaß und Ueberzeugungskraft des Ganzen gewahrt blieben. Seine Feststellungen wurden von Zeit zu Zeit in späteren Sitzungen dem Komitee gedruckt vorgelegt und sorgfältiger Prüfung unterzogen, so daß dann das Buch[2]), obwohl Dr. Cairns sein verantwortlicher und selbständiger Verfasser ist, zugleich die gemeinsame Anschauung einer ganzen Körperschaft, eines einsichtsvollen und urteilsfähigen Komitees wiedergibt. Dr. Cairns hat dem Werk eine literarische Form und einen geistigen Gehalt gegeben, der es nicht nur lesenswert, sondern packend und tief ergreifend macht.

Auf die Einleitung, die über Plan und Zweck der Untersuchung handelt (zehn Seiten), folgen die beiden Hauptteile: I. Der Tatbestand (236 Seiten), II. Erörterung des Tatbestandes; diese bezieht sich auf die zugrunde liegenden Ursachen, sowie auf die Ergebnisse und gibt Vorschläge (208 Seiten). Jedem einzelnen Kapitel ist eine kurze und klare Analyse seines Inhalts vorausgeschickt, wodurch der Wert des Werkes beträchtlich erhöht wird. In zehn Kapiteln werden die Berichte der Männer an der Front zusammengefaßt; sorgfältig ausgewählte Zitate aus ihren Feststellungen oder Antworten geben dem Leser den lebendigen Eindruck des Unmittelbaren und Ueberzeugenden. Die Ueberschriften dieser zehn Kapitel lauten: Die religiöse Erschütterung des Krieges; die große Schwierigkeit der „Natür-

[2]) The Army and Religion, edited by Dr. David S. Cairns, London 1919. 455 Seiten.

Digitized by Google

lichen Religion"; Gott und der Krieg; Gedanken über Jesus Christus; Mißverständnisse; Materialismus und soziale Umwelt; moralische Erschütterung durch den Krieg; das Versagen der Erziehung; Licht und Schatten (Tugenden und Laster); Berührungspunkte (oder die Seiten des Christentums, welche auf die Leute den meisten Eindruck machen); die Soldaten und die Kirche.

Bei der Verarbeitung und Erörterung der Tatsachen (Teil II) ruft das Komitee durch seinen Sprecher Dr. Cairns die Kirche zur Buße und zur Zuversicht auf: die Lehre habe sie wieder lebensvoll zu gestalten; in besserer Weise habe sie ihre Beziehungen zum Reich Gottes, zur Gesellschaft und zum Frieden klarzustellen; Unterricht und religiöse Erziehung habe sie umzuwandeln; neue und kräftige Mittel seien anzuwenden, um Moral und Sitten zu bessern; die soziale Verkündigung des Evangeliums sei zu pflegen und die Frohbotschaft des Evangeliums mit Frische und Nachdruck zu verkünden; Einheit und Zusammenarbeit müssen ernster erstrebt werden und diejenige Hinkehr zu Jesus Christus sich vollziehen, welche die „zentrale Notwendigkeit" ist.

Im Rahmen eines Ueberblicks können wir lediglich einige Punkte hervorheben, die uns von besonderem Interesse und Wert zu sein scheinen. Wir fühlen uns dabei sehr durch die Tatsache beeinträchtigt, daß der Bericht sich lediglich mit den Verhältnissen in der britischen Armee und mit dem kirchlichen und nationalen Leben Großbritanniens befaßt. Wir haben keine unmittelbare Kenntnis des Lebens in dem Inselreich und auch keine Vertrautheit mit der Statistik der Bevölkerung, des Kirchenbesuchs, der Kommunikanten, der Frequenz der Sonntagsschulen und anderer Einzelheiten, die uns dazu berechtigen würden, über gewisse Teile des Berichts ganz bestimmte Urteile abzugeben. Mehr als einmal z. B. behauptet der Verfasser oder setzt es voraus, daß „die Mehrzahl dieser Männer auf den dreieinigen Namen Gottes getauft und, wie unvollkommen auch immer, in den Elementen christlicher Wahrheit und christlichen Wandels erzogen worden ist" (S. 364). Im Widerspruch dazu[3]) stellt er an anderen Stellen Behauptungen auf, wie die: „daß wahrscheinlich vier Fünftel der jungen Männer unseres Landes geringe oder gar keine lebendige Beziehung zu irgendeiner Kirche haben . . ., ist vielleicht der am meisten in die Augen springende Punkt unseres Beweismaterials" (S. 240). Diese tatsächlichen Angaben würden, auf amerikanische Verhältnisse übertragen, ziemlich übertrieben erscheinen, aber wir sind nicht in der Lage, Einwendungen gegen die erstere Behauptung zu erheben, und die zweite scheint reichlich gestützt zu werden durch die Zeugnisse aus dem Feld und dem Schützengraben. Der Herausgeber gibt (S. 121) ein Wort des Sekre-

[3]) Ich kann darin keinen Widerspruch sehen. A. D.

Digitized by Google

tärs der Sonntagsschulen-Vereinigung wieder, daß „vier Fünftel der jüngeren Leute und Kinder in England und Wales mit den Sonntagsschulen in Verbindung stehen". Diese Feststellung — wir nehmen uns die Freiheit, es auszusprechen — überrascht uns in höchstem Maße. Entspricht sie der Wahrheit, so macht sie die andere Tatsache nur um so eindrucksvoller und erschütternder, die von derselben Autorität ausgesprochen und durch das Zeugnis der Armee bestätigt wird, daß „ungefähr 80% der Schüler dem direkten Einfluß und der Arbeit der Kirche und Sonntagsschule vom vierzehnten Jahre an verloren sind" (S. 122).

Das gegebene Beweismaterial, wie unzulänglich und widersprechend es in einzelnen Fällen sein mag, enthüllt uns einen erschreckenden Tatbestand. Erstaunliche Unkenntnis der elementaren Tatsachen der biblischen Geschichte und der Hauptlehren der Kirche, krasser und unentschuldbarer Mißverstand des Christentums und des Sinnes der evangelischen Kirchen, weitverbreitete völlige Gleichgültigkeit gegenüber allen Fragen nach dem Verhältnis des Menschen zu Gott, nach Sünde und Gericht, Verachtung für die Kirche als Organisation und als lebendige Macht, reiner Materialismus, Diesseitigkeit, Liebe zu irdischem Wohlbehagen als vorherrschende geistige Einstellung, — das sind die düsteren Schatten, die in dem gespenstischen Licht des Weltbrandes nur immer schwärzer und tiefer werden.

Es sind auch ermutigende Züge vorhanden: der treue Christenglaube einer edleren Minorität, die Bereitwilligkeit bei vielen innerhalb der indifferenten Masse, eine neue Auffassung des Evangeliums zu hören, und die mancherlei schönen, rein menschlichen Tugenden, die während der Not und Mühsal des Krieges offenbar geworden sind. Aber die Tatsache bleibt doch bestehen, daß die Kirche Christi den größeren Teil des englischen Lebens noch nicht erreicht, noch nicht lebensvoll berührt hat, woselbst sie doch unter ungewöhnlich günstigen Verhältnissen in diesen langen wunderbaren Jahrhunderten gearbeitet hat. So zutreffend ist dies, daß ein hervorragender religiöser Schriftsteller angesichts dieser Veröffentlichung die Frage aufwirft: „Treiben wir in das Heidentum hinein?"

Einzelne typische Sätze aus den Berichten mögen am besten die Zustände wiedergeben, die man unter den Männern an der Front gefunden hat. Ein presbyterianischer Feldgeistlicher sagt von den Soldaten einer schottischen Division: „Im ganzen genommen sind sie religiös, aber nicht christlich" (S. 34). Ein Offizier urteilt: „Die Religion ist bei 90% der Männer an der Front nicht spezifisch christlich; sie ist eine Religion des Patriotismus und der Tapferkeit, gemischt mit Ritterlichkeit, im besten Fall lediglich verbrämt mit Gefühlen und Empfindungen, die vom Christentum entlehnt sind" (S. 10). Ein Leiter der religiösen Abteilung der Y. M. C. A. erklärt: „Der Theismus des Heeres ist mehr mohammedanisch

Digitized by Google

als christlich. Ich habe niemals jemand Jesus Christus anders als mit Bewunderung und Ehrfurcht nennen hören, aber ich zweifele, ob eine irgendwie nennenswerte Zahl seiner in evangelischem Geist gedenkt" (S. 36). „Sie glauben, daß Jesus gelebt hat" — urteilt ein Offizier, ein ehemaliger Geistlicher, „und daß er der Inbegriff ist von allem, was lieb, gut und recht ist, aber ein wenig schlapp ... Der Tod Christi bedeutet so wenig für sie wie der Tod des Sokrates" (S. 38). Dr. Cairns sagt, das beinahe einstimmige Zeugnis gehe dahin, daß die tieferen Wahrheiten über unseren Herrn dem Geist des Soldaten einfach fremd sind (S. 39). Ein erfahrener Feldprediger urteilt: „Das Kreuz und der lebendige Christus bedeuten für den ernsten Christen alles, für den halbernsten etwas, für den Rest, die übrigen, nichts; ernste Christen 10%, halbernste 10%, der Rest 80%" (S. 47). „Die Mehrzahl scheint überhaupt nicht an Religion zu denken" (S. 49). „Fast von allen unseren Gewährsmännern hören wir, daß intellektuelle Schwierigkeiten die meisten überhaupt nicht berühren" (S. 50). „Die Mehrzahl hat nicht den leisesten Dunst von dem, was Christentum überhaupt ist; ihr Widerspruch dagegen ist empfindungsmäßig und instinktiv, nicht vernünftig begründet" (S. 62). Alle halten Religion für etwas Negatives. „Es ist nichts Positives in dem, was Christus von ihnen verlangt, so wie sie seine Forderung verstehen" (S. 65).

Alle geben aber Zeugnis von dem Vorherrschen schöner, rein menschlicher Tugenden. „Die unerlöste menschliche Natur ist unendlich viel edler als ich je geträumt hatte" (S. 127). Wir fragen uns erstaunt, wo der schottische Feldgeistliche, der dieses schrieb, wohl gelebt hat, bevor er seine Erfahrungen in der Armee machte. Warmherziger Edelmut, freudiger Gehorsam, Achtung vor den Frauen, Respekt vor Güte, Abkehr von dem Gemeinen und von vergiftendem Parteigeist, Kameradschaft bis zur Selbstaufopferung, Freudigkeit, hingebendes Pflichtgefühl, Abscheu vor Falschheit, all das sind Tugenden, die den Männern des Heeres als allgemein verbreitet freigebig zuerkannt werden. Und dann wird folgende Bemerkung daran geknüpft: „Sie sind sich keiner Verbindung bewußt zwischen dieser ihrer Zartheit des Empfindens und Selbstverleugnung und der christlichen Religion" (S. 132). Im Gegensatz dazu wird von anderer Seite eine allgemeine Unredlichkeit im Verhalten konstatiert und deren stillschweigende durchgängige Billigung, ein Sichgehenlassen „in törichten, unsittlichen und lästerlichen Redensarten", Spielwut, starke Trunksucht und ein beträchtlicher Mangel an sittlichem Empfinden im Punkte sexueller Verkommenheit (S. 137—149).

Die Entfremdung der Leute von der Kirche wird stark betont. Sie kritisieren die Kirche scharf, weil sie an den sozialen Schäden vorübergehe und den Armen nur in dürftiger Weise entgegenkomme, weil sie eng-

Digitized by Google

herzig sei und ohne Mitgefühl, voll Parteigeist und unziemlicher Eifersucht (S. 212). Die Spaltung der Kirche in so viele Denominationen führen sie als Entschuldigung an für ihre eigene religiöse Indifferenz. Sie empfinden die Gottesdienste als stumpfsinnig, zu lang, vagabundierend (rambling) und uninteressant (S. 223). Das Stuhlmietesystem der reservierten Kirchenplätze verdammen sie voll Zorn (S. 234). Ein Zeuge berichtet, daß der erste lebhafte Eindruck, den er bei den Soldaten hatte, der „der völligen Entfremdung der großen Masse vom organisierten Christentum gewesen sei. Ich denke, daß mindestens 70% von ihnen für uns niemals irgendeinen Wert gehabt haben" (S. 225).

Eine der auffallendsten Seiten des vorgeführten Materials bezieht sich auf die durchgängige Unwissenheit der Leute. „Der Soldat besitzt eine geradezu erstaunliche Unkenntnis der christlichen Religion" (S. 109). „Die Leute müßten im allereinfachsten Glauben unterwiesen werden" (S. 110). „Die heute herrschende Geistesrichtung hat alles Interesse an der Bibel verloren, da die Kirche es verabsäumt hat, sie als ein Mittel persönlicher Belehrung zu gebrauchen"; daher die so große Unwissenheit (S. 111). „Die christliche Botschaft hat offenbar den größten Teil der Mannschaft überhaupt niemals erreicht" (S. 115). Die daraus gezogene Schlußfolgerung lautet, „daß bei allen Systemen religiöser Erziehung, die jetzt unter uns verbreitet sind, irgend etwas äußerst mangelhaft sein muß" (S. 121).

Gegen das gesamte System der Erziehung (sowohl der weltlichen als der religiösen) erhebt sich im Lichte der Tatsachen eine scharfe Anklage. Ein sehr zuverlässiger Zeuge äußert sich folgendermaßen: „Was denken die Leute? Im allgemeinen — und ich glaube, daß hier jedermann mit mir übereinstimmt — denken sie überhaupt nichts. Sie leben eben so in den Tag hinein" (S. 100). Sechs Feldprediger sind einig in der Feststellung: „Die Leute haben keine Lust, irgend etwas wirklich zu Ende zu denken. ... Ausgenommen vielleicht die älteren Universitäten, steht alle Erziehung in Gefahr, durch äußere Dinge ihr eigentliches Ziel zu verlieren. Wir glauben, viel Unheil kann auf die Rechnung des Wettbewerbsystems gesetzt werden mit seinen Preisen und Abstufungen, seiner Betonung der Resultate statt der Methode, und seinem Mangel an Methoden der Zusammenarbeit" (S. 104 f).

Unsere erste Bemerkung zu alledem ist der Ausdruck des Erstaunens, daß der Bericht bei dem Komitee, das ihn verfaßte, und dem Publikum, das ihn zur Kenntnis nahm, so viel Ueberraschung hervorrufen konnte. Denn der darin zum Ausdruck gebrachte Tatbestand ist uns persönlich im allgemeinen und im besonderen durch eine große Anzahl glaubwürdiger evangelischer Männer seit mehr als 25 Jahren bekannt gewesen. Sie wurden freilich verdächtigt und verlacht als Unglückspropheten und Pessi-

Digitized by Google

misten. Nun hat der Krieg die selbstzufriedene Kirche zur Nachprüfung genötigt und die Tatsachen sind aufgedeckt. Bischof Gore sagte kürzlich bei einer englischen Kirchenkonferenz: „Man kann England nicht ein christliches Land nennen, es sei denn in einem ganz vagen Sinn. Es handelt sich nicht nur darum, daß in jeder Klasse die positiven Christen in der Minderheit sind, sondern es besteht eine weitverbreitete Auflehnung gegen die Prinzipien der christlichen Sittlichkeit. Die Menschen trachten im allgemeinen nicht in erster Linie nach dem Reiche Gottes, auch wenn sie für die Idee interessiert sind. Weder unser Volk noch die anderen Völker haben die geringste Neigung dafür gezeigt, die Lehren des Krieges ernstlich zu Herzen zu nehmen." Dies ist eine Schlußfolgerung, die unabhängig von dem vorliegenden Bericht und auf anderen Grundlagen gewonnen ist.

So sollen sich denn alle von Herzen dazu vereinigen, jedes nur denkbar vernünftige und sachgemäße Mittel anzuwenden, um diese jammervollen Verhältnisse zu verbessern. Wir stimmen in der Hauptsache mit dem von Dr. Cairns entwickelten Programm überein. Im besonderen glauben wir, daß die Kirche eine lehrende Kirche werden muß, eine Lebenskraft im menschlichen Dasein, voll Liebe, Eifer und menschlichem Mitgefühl, und daß sie den Massen die Bibel nahebringen muß; daß es ihr obliegt, in besseren Ausdrucksformen ihre wesenhafte Einheit zur Darstellung zu bringen und daß ihre höchste Pflicht die das Leben beeinflussende Rückkehr zu Jesus Christus ist. Wenn wir Dr. Cairns' Ansichten über eine neue Lehre von der Bibel richtig erfassen, so will er die bisherige geschichtlich gegebene Haltung der Kirche zu Wesen und Geltungsbereich der Inspiration abschwächen — oder, wie er meint, veredeln. Aber die Kirche wird bitter enttäuscht werden, wenn sie versucht, einer irrtumsfähigen Bibel gegenüber Ehrfurcht zu verlangen. Nicht die schroffe Ansicht der Kirche vom Charakter der Bibel, sondern, wie die Tatsachen zeigen, die Unfähigkeit der Kirche, biblisch zu lehren, ist die Ursache der weitverbreiteten Unwissenheit und Gleichgültigkeit.

Das Buch sollte die Kirche Gottes aufrütteln, und die Kirche sollte den Tatsachen ins Gesicht schauen und mit erneutem Glauben und Mut das ihr von Gott zugewiesene Werk anfassen. „Denn Gott hat uns nicht gegeben den Geist der Furcht, sondern der Kraft und der Liebe und der Zucht." William Hoge Marqueß."

*

Ich unterlasse es, auch die Anzeige der amerikanischen Publikation [4]) hier abzudrucken; Mr. Marqueß betont selbst, daß das Buch, verglichen

[4]) Religion Among American Men: As Revealed by a Study of Conditions in the Army. By the Committee on the War and the Religious Outlook, New York 1920. XVIII und 155 Seiten. — (Ich verweise auch auf die Anzeige im „Federal Council Bulletin" III [1920] Nr. 2, Februar, S. 33 f. A. D.).

Digitized by Google

mit dem englischen, wenig Neues und Charakteristisches enthalte. Es besteht da offenbar eine sehr genaue Parallele zwischen den religiösen Zuständen hüben und drüben. Nur einige Zitate:

„Ein Punkt in diesem Bericht verdient sorgfältige und ernsthafte Untersuchung: sein Zeugnis für die tief eingewurzelte Gleichgültigkeit der Leute in Sachen von Sünde und Erlösung. „Nur sehr wenige scheinen irgendein der Reue verwandtes Gefühl zu kennen, höchstens, daß sie ein undeutliches Gefühl haben, sie hätten unvernünftig gehandelt. Wie sie auch über die Sünde denken mögen, sie bildet für sie keinen Grund zu Furcht oder Trauer." „Es gibt heute nur noch ein sehr geringes oder überhaupt kein Sündenbewußtsein." „Daß die Sünde Schuld ist, dafür gibt es oft gar kein Verständnis, und das bewußte Verlangen nach einem Erlöser ist gering." „Die Wirkungslosigkeit unserer evangelischen Arbeit wurzelt sehr oft in der ungeheuren Schwierigkeit, ein Motiv für Reue und Besserung zu finden, das auf unsere Generation Eindruck machen könnte (S. 38, Fußnote)."

*

Wenn man, ohne die Originalpublikationen selbst gesehen zu haben, ein Urteil über die darin berührte Lage, die natürlich typisch ist für die religiöse Gesamtlage der beiden Länder überhaupt, geben darf, so kann es nur dies sein: das Gesamtergebnis der britischen und amerikanischen Umfragen ist ein sehr deprimierendes. Aber sofort muß ich, um jede Wurzel des Pharisäismus bei uns auszurotten, hinzufügen, daß die religiösen und moralischen Zustände auch in unserem Heere und Volke während des Krieges schwerlich bessere gewesen sind. Wir können nach dem Aufschwung des August 1914 eine langsame, aber deutliche seelische Abwärtsbewegung auch bei uns feststellen. Der Krieg hat sich auch auf diesem Gebiet auf die Dauer nicht als Erwecker, sondern als Zerstören erwiesen, und bei uns hat noch dazu die Hungerblockade vor allem den moralischen Halt des Volkes gelockert.

Erfreulich ist in beiden Berichten, besonders dem offenbar viel sorgfältigeren, von Dr. Cairns herausgegeben britischen, eigentlich nur eins: der rücksichtslose Wahrheitsmut, der, nationalistischer Schönfärberei abhold, die Dinge sieht und schildert, wie sie sind. Möchte auch bei uns dieser ernste Eifer für die Wirklichkeit immer sich geltend machen!

Von allen Methoden für die Besserung der religiösen Zustände bei uns und den anderen ist wohl nur eine wirksam: diejenige, die der Gesinnung und dem Willen Jesu Christi Raum schafft durch das persönliche Verhalten derer, die behaupten seine Jünger zu sein.

Digitized by Google

Lord Courtney

Von Professor Dr. V. Valentin

Ein echt englisches Buch liegt vor uns. Blaue Leinwand, dickes, schönes Papier, splendider Druck, sparsame, aber charakteristische Bildbeigaben: Verleger ist das große Haus MacMillan & Co. „Life and letters" — keine biographische Studie, keine überlegene Charakteristik von einem allgemein geschichtlichen Standpunkt, sondern die kompendiöse Zusammenfassung eines Lebensganges, mit Briefen, Tagebuchaufzeichnungen und persönlichen Erinnerungen, immer in der chronologischen Folge, breit und behaglich, wie ein englischer Roman der alten Zeit*).

* * *

Lord Courtney, der als hoher Achtziger im letzten Kriegsjahr gestorben ist, war ein Politiker von europäischem Ruf. Nicht als führender Staatsmann hat er gewirkt, nur kurze Zeit ist er Mitglied eines Kabinetts unter Gladstone gewesen. Er war der echte alte Parlamentarier, der, von bestimmten Ueberzeugungen erfüllt, bestimmte Dinge im öffentlichen Leben fordert, unbekümmert um Anerkennung und Erfolg — der Typus also des guten Bürgers, dessen Ansichten und Willensrichtungen die Grundlage für ein geordnetes Staatswesen sind. Courtney war kein geborener Lord, er wurde es erst durch seine Berufung ins Oberhaus 1905. Er hat sich emporgearbeitet aus der Sphäre des mittleren tätigen Bürgertums. Seine Vorfahren im Lande Cornwall sind kleine Gewerbetreibende, Geistliche, Doktoren gewesen. Auch zur See sind sie gefahren als Schiffskapitäne, und etwas von einem alten Seemann hat Lord Courtney in seinem Aeußern immer bewahrt. Der buschige, weiße Bart unter dem kräftigen Mund mit der glattrasierten Oberlippe gemahnt an das Bild des Präsidenten Krüger, der ja auch aussah wie ein alter holländischer oder friesischer oder bretonischer Schiffer. Denn der Seemannstyp an diesen Küsten ist gleich; als Courtney in der Bretagne reiste, fühlte sich der Sohn des Landes Cornwall wie zu Hause. Das Heimatsgefühl hat er sich immer treu bewahrt: den Titel für seine Lordschaft nahm er sich von Penwith, im äußersten Westen von Cornwall. Von Anfang an ist er ein Mann der Arbeit und der Sachlichkeit. Cambridge, nicht Oxford ist seine Universität — Cambridge mit seiner realistischen Tradition. Advokat kann der junge Courtney nicht werden, dazu fehlt ihm die Anpassungsfähigkeit, die Beweglichkeit, er kann keine Kompromisse schließen. Schon früh ist diese Natur geformt: das Starre, das Strenge, das Ueberzeugungstüchtige ist bei ihm ausgebildet. Auf Nationalökonomie wirft er sich, er studiert Finanzfragen; die mathematische

*) G. P. Gooch, Life of Lord Courtney, London 1920, X u. 626 S.

Digitized by Google

Schulung von Cambridge hat ihn dazu vorbereitet. Er rechnet und kritisiert, er zieht Schlüsse und stellt Forderungen auf, er ist ein Reformer und ein Wirtschaftsmensch. In diesem Geiste sind seine früheren Artikel in führenden Zeitschriften gehalten. Der Herausgeber der „Times" wird auf ihn aufmerksam und beruft ihn in die Redaktion. So lernt er das öffentliche Leben in einer Schule von hoher allgemeiner Bedeutung kennen. Außer den „Times" gibt es damals keine große Zeitung in England; was die „Times" gesagt haben, das ist der englische Wille. Für einen Leitartikel der „Times" werden die fähigsten Köpfe herangeholt; sie bilden keinen Redaktionsstab, sie kennen sich oft gar nicht oder nur wenig, sie bearbeiten eine bestimmte Spezialität und äußern sich darüber mit abschließender Sachkunde. Ein solcher Mann wie Courtney konnte nichts anderes sein als liberal. Er gehört, seit 1874 Parlamentsmitglied, zum radikalen Flügel der liberalen Partei, zu den Reformern, zu den Männern einer sachlich nüchternen Kritik und einer Vorarbeit für neue idealere Zustände. Gladstone, Trevelyan, später Morel, das sind die Männer, mit denen Courtney nach seiner Natur notwendig zusammengehen mußte. Aber auch innerhalb seines Parteikreises geht er seine eigenen Wege. Als einer der ersten tritt er für das Frauenstimmrecht ein; ein zwanzig Minuten langer Lärm unterbricht ihn im Unterhaus, er läßt sich aber in seiner Rede nicht stören. Die Frage der Verhältniswahlen wird für ihn ein Anlaß, von seinem Posten als Unterstaatssekretär im Schatzamt zurückzutreten. Sehr bemerkenswert: er war nicht Mitglied des Kabinetts, die Frage war allgemeiner politischer Natur und berührte nicht unmittelbar sein Ressort, und trotzdem hielt er es für richtig, sein Amt aufzugeben, selbst auf die Gefahr vollkommener politischer Isoliertheit. Ebenso originell ist sein Standpunkt in der irischen Frage. Als Anhänger von Gladstone ist er trotzdem nicht für Homerule — aus einem einfachen, praktischen Grunde: er traut den Iren nicht zu, daß sie imstande seien, ihre Angelegenheiten selbst zu besorgen. Auch das ist bezeichnend für ihn: er ist kein Mann der großen Reflektion, auch kein Mann eines genialen Opportunismus, der eigentlich den großen Staatsmann macht; er ist ein Praktiker und ein Moralist. Er dachte gar nicht an die Provinz Ulster oder an den Zusammenhang des britischen Weltreiches oder an den protestantischen Glauben oder an irgendwelche großen allgemeinen Dinge, wenn er über Irland urteilte. Er sah sich nur einfach die Iren an, prüfte die dortigen Möglichkeiten und Zustände und kam so zu seinem Ergebnis. Schon frühzeitig wurde Courtney in seiner Eigenart erkannt und geschätzt. Sir Charles Dilke nannte ihn den Träger der „moralischen Kraft" im Unterhaus. Man könnte ihn auch das englische Gewissen nennen, das er jahrelang an sichtbarer Stelle personifiziert hat, — diese bestimmte Art der ruhigen und anständigen Beurteilung öffentlicher Dinge, gar nicht phantastisch, gar nicht

Digitized by Google

überraschend, immer dem common sense einer breiten Mitte entsprechend, aber darum gerade sehr solide und tüchtig. Jahrelang bekleidete Courtney den Posten des „Chairman of Committees", einen Vertrauensposten, zu dem er besonders berufen schien. Er war der geborene Vorsitzende parlamentarischer Gemeinschaften, seine persönliche Würde, seine Autorität und Unbefangenheit machten ihn dazu. Auch zum Amte des Speakers, zum Vorsitzenden im Unterhaus, ist er wiederholt vorgeschlagen worden, aber er hat diesen Posten nicht ersehnt, der ihn von der eigentlich positiven Behandlung politischer Fragen entfernt hätte.

* *
*

In der Zeit König Eduard VII. ragt Courtney auf als ein leibhaftiges Ueberbleibsel der mittleren viktorianischen Aera. Darüber hinaus hat er sich nicht entwickelt und seiner Anlage nach nicht entwickeln können. Was er z. B. über den Sozialismus gedacht hat, ist ausgesprochen altmodisch. Ein Freihändler ist er auch sein ganzes Leben lang geblieben und wollte nichts von Tarifreform wissen, selbst in einer ganz veränderten Welt. Als ein Patriarch wurde er in seinem schönen, alten Backsteinhaus Cheyne Walk von Angehörigen aller Parteien besucht und befragt. Er war einer von den Männern, in denen sich die Kenntnisse und Erfahrungen von Generationen ansammeln, und die zuletzt durch ihr bloßes Dasein etwas bedeuten. Sein öffentliches Auftreten hatte häufig etwas von einem Zensor; mit der Feierlichkeit des Kritikers und Propheten pflegte er das Wort zu nehmen. Im privaten Leben war er tolerant: „Laßt den Mann seine Ansichten sagen", pflegte er in seiner grimmigen, halb humoristischen Art zu bemerken. Schon im Aeußern machte er keine Konzession an die neue Zeit und blieb, was er war. Er hatte den Mut, abends keinen Frack anzuziehen, sondern erschien immer in seinem blauen Rock mit Messingknöpfen und der kanariengelben Weste, auf dem prachtvoll leuchtenden Kopf einen niedrigen, steifen Seidenhut. Man glaube nicht, daß dieser Nationalökonom und Moralist den künstlerischen Dingen ferngestanden hätte. Vom Ethisch-Religiösen her kam er freilich zur Poesie: wie ein Priester konnte er rezitieren; die Hörer hatten den Eindruck, als schaffe er die Dichtung unmittelbar neu. Langsam wurden die Verse in ihm lebendig, man sah seinen Zügen das Seherhafte an, und dann begann er, zuerst ganz ruhig, und dann immer lebendiger und mit spontaner Kraft. Dem Leben und seinen guten Dingen war er durchaus zugeneigt. Wieviel Länder und Staaten hatte er gesehen! Auch darin ist er der glückliche Bürger des immer weiter werdenden englischen Weltreiches, so sehr er dem Imperialismus feind war. Schon in jungen Jahren sieht er die Schweiz, Italien und Griechenland, dann fährt er nach Aegypten und Indien — gewissermaßen die Dienstreise eines politischen Menschen in England. Jede

Digitized by Google

Ferienzeit führt ihn nach Tirol, Frankreich oder Italien. Berlin vergleicht er schon in den sechziger Jahren mit New York: er sei manchmal erstaunt gewesen, die Leute Deutsch sprechen zu hören, anstatt des nasalen Englisch der Amerikaner. Einmal sollte er auch als Finanzminister der indischen Regierung nach Bombay gehen. Wieviel Möglichkeiten in einem so langen Leben! Und immer dieselbe große Frische, dieselbe Jugendlichkeit und Kindlichkeit des Empfindens und Genießens. Sein Alter kam spät: noch mit sechzig Jahren tanzt er in Chartres mit einer alten Bauernfrau; und mit fünfundsiebzig kann er beim Anblick eines blühenden Oleander auf einer Schwarzwaldreise seinen Hut abnehmen und zum Erstaunen der Dorfbewohner ausrufen: „Heil Dir!"

* * *

Courtneys Frau war die Tochter eines Manchestermannes; so gehörte er auch mit allen seinen persönlichen Beziehungen zu den Liberalen. Kein größerer Gegensatz, geistig und politisch, als zwischen diesem Kreis und dem neuen Geist, der aus der Politik Disraelis entsprang, und von Salisbury und Chamberlain weiter entwickelt wurde. Auch Chamberlain ist ja ursprünglich ein Radikaler gewesen. Er und Courtney standen zuletzt in ganz entgegengesetztem Lager. Courtney hat diese neue Phase des Engländertums, diese Entwicklung zum britischen Reichsgedanken nicht mitgemacht. Schon in den achtziger Jahren bekämpft er die Südafrikapolitik der Regierung. Seine Gegnerschaft zum Burenkrieg, sein Kampf gegen die Annexion der Burenstaaten brachte ihm dann internationalen Ruhm. Wenn auch der Erfolg zunächst durchaus auf der Seite der Imperialisten war, so darf man doch die Wirkung dieser Opposition nicht verkennen. Die Versöhnungsarbeit in Südafrika, die staatsmännische Politik des Maßhaltens, des Brückenbauens für die Feinde von gestern wäre ohne diese Tätigkeit Courtneys und seiner Anhänger doch nicht so möglich gewesen. Mit großem Scharfblick hat Courtney erkannt, daß der englisch-japanische Bündnisvertrag der Beginn einer neuen Zeit internationaler Gegensätze war. Er wollte aus ihm ein Instrument für den Weltfrieden machen; er dachte sich eine neue Außenpolitik im Geiste des Internationalismus. Europa und Amerika sollten zu einer großen Kulturgemeinschaft geeinigt werden. Die letzten Ideen von Eduard VII. und Sir Edward Grey haben wohl auch einen europäischen politischen Konzern erstrebt; die Mittel aber dieser Politik, die von den Liberalen ja durchaus den Konservativen nachgemacht wurden, haben die Möglichkeit der Erreichung dieses Zieles sehr in die Ferne gerückt. Courtney war ein Mann der klaren und unbefangenen politischen Arbeit. Nicht über alle möglichen Umwege wollte er zu Deutschland kommen, er wollte nicht Deutschland demütigen und

Digitized by Google

zwingen, er wollte ihm seine Lebensmöglichkeiten lassen, und sie einer höheren Gemeinschaft nutzbar machen. So hat er sich, der Vorsitzende des allgemeinen Friedenskongresses in London von 1907, in den letzten Jahren vor dem Kriege ganz in den Dienst der deutsch-englischen Verständigung gestellt. Er war ein besonders tätiges Mitglied des deutsch-englischen Freundschaftskomitees, unterhielt nahe Beziehungen zu Professor Sieper, dem deutschen Leiter dieser Bestrebungen. Kein Wunder, daß der Ausbruch des Krieges 1914 ihn schwer traf. Sofort setzte er sich auf die Bank der Kritiker. Das Vorgehen Sir Edward Greys erschien ihm keineswegs einwandfrei. In der bekannten Depesche, die Sir Edward Grey an den englischen Botschafter in Berlin, Goschen, über seine Unterredung mit Fürst Lichnowsky vom 1. August richtete, fand Courtney sehr viel Bedenkliches. Wie man weiß, hat an diesem Tage Lichnowsky die englische Neutralität in dem beginnenden Kriege durch weitgehende Anerbietungen zu erlangen versucht; er hat nicht nur die Schonung der belgischen Neutralität, sondern auch die Integrität Frankreichs und seiner Kolonien in Aussicht gestellt. Sir Edward Grey wußte nichts darauf zu erwidern, als daß er jedes Neutralitätsversprechen unter dergleichen Bedingungen ablehnen müßte. Mit Recht hat man aus diesem undurchsichtigen Verhalten die Folgerung gezogen, daß das Eingreifen Englands damals bereits beschlossene Sache war. Eine derartige Politik konnte der modernen englischen Richtung des Radikalismus und Internationalismus nicht genehm sein. Wenige Tage nach Kriegsausbruch bildete sich die „Union of Democratic Control"; Courtney stand diesen Bestrebungen nahe, wenn er auch nicht in die Union selbst eintreten wollte. Während des Krieges hat er dann wiederholt seine Stimme erhoben, im Sinne eines zeitigen und vernünftigen Verständilungsfriedens. Seine „Offenen Briefe" pflegte er zuerst an die „Times" zu schicken, und regelmäßig lehnte das Blatt die Zuschriften seines alten Mitarbeiters ab; sie erschienen dann im „Manchester Guardian". Besonders bemerkenswert war sein offener Brief an Herrn v. Kühlmann, der im „Manchester Guardian" am 1. November 1917 erschien und später in erweiterter Form von dem „Cambridge Magazine" am 12. Januar gebracht wurde. Dieser Brief, der in der deutschen Oeffentlichkeit unter den damaligen Presseverhältnissen überhaupt keine Beachtung fand, enthielt die folgenden Sätze:

„Sie wissen, daß für uns die vollkommene Wiederherstellung von Belgien die erste und unausweichliche Bedingung ist. Ich nehme an, daß Sie bereit sind, diesem Prinzip zuzustimmen, aber ich wünschte, Sie hätten es gesagt. Ich höre Ihre Entgegnung: Der Verzicht auf den Handelskrieg ist für uns Deutsche eine unausweichliche Bedingung, und Ihr Engländer zögert, Euch darauf zu verpflichten. Ich verstehe den Hieb, und ich antworte, daß eine Hartnäckigkeit nicht die andere entschuldigt. Ich setze unsere Unterhaltung fort, indem ich von dem Satz ausgehe Wenn der Frieden kommen soll, dann muß Belgien und der Handelsaustausch

Digitized by Google

wieder hergestellt werden, genau so, wie sie vor dem August 1914 waren .... Sie sagen: Deutschland kann keinen Zoll von Elsaß-Lothringen abtreten. Das ist eine Frage, die man von den verschiedensten Seiten betrachten kann, und jeder Teil der beiden Provinzen ist von historischem Standpunkt aus eine nationale Erbschaft. Erinnern wir uns daran, daß Ihr großer Reichsschöpfer Bismarck Lothringen nicht hat nehmen wollen. Ich kann das deutsche Fühlen bezüglich des Elsasses verstehen, und ich würde nicht zögern, bei jedem französischen Freunde die Erfüllung der elsässischen Wünsche zu betreiben ....."

Wenige Tage vor seinem Tode hat Courtney am 6. Mai 1918 seine letzte öffentliche Kundgebung im „Manchester Guardian" erlassen. Auch aus ihr wollen wir einige Sätze zitieren, um die gerechte und weise Art des Mannes zu kennzeichnen:

„Wenn wir uns für einen großen Stoß vorbereiteten, wenn wir Fortschritte machten, dann war der Friedensgedanke zum Schweigen verdammt, weil der Sieg uns in die Augen glänzte. Wenn wir zurückgeworfen wurden, oder nicht vorwärts kamen, dann war der Friedensgedanke zum Schweigen verdammt, weil man ihn als ein Zeichen der Schwäche aufgefaßt haben würde. In Deutschland ist es genau so. Die Majorität des Reichstages, sogar die Sozialdemokraten haben die Juliresolution suspendiert, ja völlig beiseite gesetzt, wenn das Militär den Frieden durch Waffensieg versprach oder zu versprechen schien. Diese Resolution ist nie für nichtig erklärt worden; vielmehr gewann sie um so mehr an Bedeutung, je mehr der Waffensieg sich als eine Täuschung erwies. So sind wir einander vollkommen gleich. Es ist Zeit für die weisen und auserwählten Männer aller Klassen, die Verstand und Gewissen besitzen, aufzustehen und uns herauszubringen aus dem zwecklosen Morden in der Gegenwart und den Krieg aus den Herzen der Menschen in der Zukunft auszurotten."

Mit tiefem Schweigen hat das Oberhaus die Rede Lord Courtneys im November 1915 aufgenommen, in der er für den Verständigungsfrieden eintrat. Dieser „große, alte Mann", um den Ehrentitel seines Führers und Freundes Gladstone auf ihn zu übertragen, wurde von dem damaligen England mit achtungsvoller Verständnislosigkeit angehört. Es war die Stimme eines Patriarchen, der seine Zeit nicht mehr versteht. Oder war es nicht vielleicht doch die Stimme eines Propheten, der eine neue Zeit ankündigt? Liegt nicht in den Worten von Lord Courtney, liegt nicht in seiner ganzen historischen Erscheinung eine Garantie dafür, daß es keine Torheit ist, auf jenes letzte große europäische Einverständnis zu hoffen, das den Weltkrieg nicht nur, sondern auch den Frieden von Versailles ungeschehen macht?

Digitized by Google

Neuerscheinungen

Die neuen Staaten in Osteuropa beginnen ihre Visitenkarten abzugeben. Als erster ist **Finnland** mit einem vornehmen, illustrierten Band von fast 700 Seiten erscheinen. Dieses, im Auftrage des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten, herausgegebene Werk „Finnland" stellt, wie in der Einleitung gesagt wird, keine „einheitliche systematische Beschreibung dar, sondern trägt mehr den Charakter eines Nachschlagewerkes". Die sieben großen Abschnitte: Natur, Volk, Wirtschaftsleben, Soziale Frage, Geistige Kultur, Staatswesen und Geschichte behandeln, in zahlreiche Unterabteilungen gegliedert, in übersichtlicher Weise alles Wissenswerte über das Land der Tausend Seen. Am ausführlichsten ist mit Recht das Kapitel „Wirtschaftsleben" behandelt, nicht nur weil hierüber in Deutschland wenig bekannt war, sondern auch weil die Wirtschaftsfragen in nächster Zeit bei Anknüpfung von Beziehungen zwischen Deutschland und Finnland die größte Rolle spielen werden. Die einzelnen Aufsätze stammen aus der Feder erster Fachmänner, da sie Uebersetzungen der Artikel aus dem soeben in erster Auflage erscheinenden finnischen Konservationslexikon darstellen. Sie sind von einer Kommission geschickt zu einem Nachschlagebuche zusammengestellt worden, das alles Wissenswerte über Finnland enthält. Vermißt habe ich nur einen Abschnitt über die finnländische Presse, sonst habe ich unendlich viel Belehrung aus diesem Werk geschöpft, das gleicherweise auf den Schreibtisch des Kaufmanns und Industriellen, wie des Politikers und Mannes der Wissenschaft gehört. A. S.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Allen Zusendungen ist Rückporto beizufügen.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, Redaktion: Schöneberger Ufer 36a I. Telephon: Nollendorf 928. Für Anzeigen: Werbedienst G. m. b. H., Berlin W 35, Lützowstr. 102/4. Verlag: Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 90. Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt 15 M. Einzelnummer 1,50 M. Druck von Paß & Garleb G. m. b. H., Berlin W 57, Bülowstraße 66.

Digitized by Google

Als Mittler zwischen Herstellung und Verbrauch, zwischen Angebot und Käufer wird immer eine den Zeitverhältnissen angepaßte Werbung nötig sein, wie sie der

in allen seinen Arbeiten pflegt u. fördert. Erste Künstler, namhafte Fachleute u. durchgebildetes Personal vereinigen sich zu dieser Aufgabe Eigenes Atelier mit Haus- u. Versuchspresse Werbedienst G. m. b. H. * Berlin W 35

Deutsche Verlags-Anstalt / Stuttgart / Berlin

Soeben erschien:

KARL LUDWIG SCHLEICH

Bewußtsein und Unsterblichkeit

Vorträge, gehalten an der Lessing-Hochschule zu Berlin

Der Verfasser hat mit seinen oft so völlig neuartigen Anschauungen über das Wesen des Bewußtseins, des Ichs, der Seele usw. über die Kreise der Wissenschaft hinaus die allgemeine Bildung unserer Tage um neue Einsichten und Werte bereichert. Alles Wesentliche seiner wissenschaftlichen Forschungsresultate und philosophischen Erkenntnisse ist in diesem Bande zusammengefaßt.

Mit 31 graphischen Darstellungen .. .. Gebunden M 12.—

Durch alle Buchhandlungen zu beziehen

Digitized by Google

AUSLANDSPOST

Politik des Auslands, Kultur und Weltwirtschaft

Einzeln 90 Pfg. Erscheint wöchentlich Vierteljährlich 9 M.

Die Aufgabe

UNSERE Wochenzeitung stellt sich eine Aufgabe, die in ihrer Einfachheit und Klarheit ohne weiteres einleuchtet. Sie legt dem deutschen Leser die wichtigsten Äußerungen der ausländischen Presse in wortgetreuer Übersetzung vor — aus einer Masse von Zeitungen aller Länder, die der Einzelne niemals, bei dem jetzigen Stand der Valuta weniger als je, zu verfolgen vermag, und in einer Vollständigkeit der Uebersetzung, die kein anderes Organ in Deutschland liefert.

Aus den eingegangenen Urteilen:

ULRICH RAUSCHER, Ministerialdirektor, Leiter der Nachrichtenabteilung im Auswärtigen Amt, Berlin: „Die Auslandspost wird seit ihrem Erscheinen durch die Lektorate des Auswärtigen Amtes verfolgt. Sie erscheint besonders durch ihre ansprechende Form und die geschickte Zusammenstellung recht geeignet, den Interessenten wichtige Pressestimmen des Auslandes nahe zu bringen."

MAXIMILIAN HARDEN: „Dieses Unternehmen scheint mir ungemein nützlich, scheint mir so nahe dem heute für uns Wichtigsten, daß ich hoffe, auch die Ausgestaltung ins ganz Internationale (also nicht in Deutschland begrenzt) wird sich „von selbst" ergeben. Glückauf!"

Geheimrat Prof. Dr. LUJO BRENTANO: „Ich kann Ihnen nur Beifall spenden Möge Ihr Unternehmen in jeder Hinsicht gedeihen. Es ist dringend nötig, daß das deutsche Volk über das Ausland besser als bisher orientiert werde."

Man abonniere bei den Buch- und Zeitschriftenhandlungen, bei der Post oder unmittelbar beim Verlag

VERLAG „DER NEUE MERKUR"

MÜNCHEN / THERESIENSTRASSE 12

Digitized by Google

Bibliothek

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Inhalt:

Politische Glossen 473
Eimer, Deutschland und Südslawien 475
Bencke, Dienational- und sozialrevolutionäre Bewegung in Indien 481
Rehmark, Bolschewisten, ein Arbeiterparadies? . . . 486
Wolzendorff, Das Problem der internationalen Abrüstung 491

Preis vierteljährlich M 15.—, das einzelne Heft M 1,50

5. Jahrgang 15. Oktober 1920 Heft 42

Deutsche Verlags-Anstalt Stuttgart-Berlin

Google

Deutsche Verlags-Anstalt / Stuttgart / Berlin

Kürzlich erschien:

J. J. Ruedorffer

Die drei Krisen

Untersuchungen über den gegenwärtigen politischen Weltzustand

Preis geheftet M 8.— dazu die örtlichen Sortimenterzuschläge

Hinter dem Pseudonym J. J. Ruedorffer verbirgt sich bekanntlich einer unserer geistvollsten Diplomaten und Politiker. Gleich seinem Buch „Grundzüge der Weltpolitik in der Gegenwart" wird auch die neue Arbeit, die als eine Art Nachwort gedacht ist, berechtigtes Aufsehen erregen. Sie ist der Versuch, in dem Wirrwarr des Geschehens den Gesamtzusammenhang zu finden und den Boden für ein Handeln zu schaffen, das nicht von den Dingen gemeistert wird, sondern sie meistern will.

A. WARMUTH · Speditionsgeschäft

Zentrale: BERLIN C 2, Hinter der Garnisonkirche 1a
Fernsprecher: Norden 809, 810, 1642, 4472 u. 4512.
Leipziger Abteilung: Dorotheenstr. 20a. Zentrum 2609.
Versand von Gütern aller Art nach allen Orten der Welt.
Möbeltransport - Lagerung

„Die Bücherpost"

unterrichtet wöchentlich über Neuerscheinungen des deutschen Buchhandels aus allen Wissensgebieten und der Unterhaltungsliteratur. Einzelnummer 25 Pf., vierteljährlich M. 2.50. Abonnements nimmt jede Poststelle, auch jeder Briefträger, entgegen. Probenummern sendet die Geschäftsstelle der „Bücherpost", Frankfurt a. M., Riddastr. 74, gern frei und umsonst.

Vom Verfasser von „Alt-Heidelberg" erschien soeben:

Die Liebe der Jugend

Erzählung von Wilhelm Meyer-Förster

Preis geschmackvoll gebunden M 15.—

Die Geschichte „einer ersten Liebe", voll Anmut und stillem Humor. Bei aller Schlichtheit der Darstellung fesselt die Erzählung durch echtes warmes Gefühl und durch allerlei überraschende und originelle Züge, die das alte Thema wieder ganz neu und frisch erscheinen lassen. Wer den Erzähler Meyer-Förster aus seinen früheren Werken kennt, wird mit Spannung nach seinem neuen Buche greifen.

Durch alle Buchhandlungen zu beziehen

Deutsche Verlags-Anstalt · Stuttgart · Berlin

Digitized by Google

5. Jahrgang * 15. Oktober 1920 * Heft 42

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik
Herausgeber:
Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Die Brüsseler Finanzkonferenz ist mit einem Chirurgenkongreß zu vergleichen. Hier wie dort wird über die Gebrechen der Welt diskutiert, aber die Krankheiten werden nicht geheilt. Die praktische Arbeit sollte erst in Genf vor sich gehen. Dagegen aber sperrt sich Frankreich, weil sie Fochs Diktatkur für die beste hält. Wie wenig bedeutungsvoll die deutschen Blättermeldungen von besserer Stimmung zwischen französischen und deutschen Delegierten sind, zeigt die Pariser Nachricht, daß Frankreich bei den Ententemächten für die Anwendung der Hungerkur gegen Oesterreich Stimmung macht, wenn sich dieser Bettlerstaat erfrechen sollte, dem Völkerbunde seinen Wunsch nach Anschluß an Deutschland zu unterbreiten.

*

Die unabhängige sozialdemokratische Partei in Deutschwand befindet sich in voller Auflösung. In Württemberg hat sich die Spaltung bereits vollzogen, und in Berlin wird mit größter Erbitterung um die Vorherrschaft im Parteiblatt, die „Freiheit", gerungen. Dabei ist die Masse der Parteimitglieder des ewigen Gezänkes herzlich überdrüssig, die Beteiligung an der Abstimmung „Für oder gegen Moskau" — ist nur höchst gering.

*

Nicht nur in Deutschland ist die Sozialdemokratie gespalten, auch in Frankreich und Italien beginnt es zu kriseln. Aeußerer Anlaß ist die Stellungnahme zu Moskau, aber der bolschewistische Samen konnte nur so schnell aufgehen, weil die syndikalistische Bewegung vor dem Weltkriege das Feld schon beackert hatte, indem sie gegen das parlamentarische Getue der Gewerkschaften zu Felde zog und für die direkte Aktion schwärmte.

*

Der „Daily Herald" macht darauf aufmerksam, daß die Ersetzung Paleologue im französischen Außenministerium durch Berthelot unzweifelhaft auf Millerand zurückzuführen sei. Berthelot hat schon bisher die

Digitized by Google

Hauptverantwortung für die reaktionäre Ostpolitik Frankreichs zu tragen gehabt. Er war die treibende Kraft für die Bündnisse mit Horthy und Wrangel. Das Blatt sagt hierzu: „Von jetzt an wird die auswärtige Politik Frankreichs fast ganz in den Händen dieser beiden Männer liegen: Millerand im Elysee und Berthelot am Quai d'Orsay. Der harmlose Leygues, der neben der Ministerpräsidentschaft auch noch das Auswärtige nominell übertragen bekommen hat, wird nicht mehr verantwortlich für die französische auswärtige Politik sein, als Lord Curzon, wenn Lloyd George eine seiner periodischen Eingebungen zur Einmischung in die auswärtige Politik Großbritanniens hat."

*

In Amerika soll sich in Wirtschaftskreisen ein Umschwung zugunsten des Völkerbundes bemerkbar machen. Man hofft dadurch, das ins Stocken geratene Wirtschaftsleben wieder in Gang zu bringen. Während Europa an Gold und Waren Mangel leidet, nimmt in Amerika die Arbeitslosigkeit infolge von Gold- und Warenüberfluß zu. Ob dadurch die Aussichten des demokratischen Kandidaten steigen werden, oder ob schließlich auch Harding den Völkerbund günstiger anschauen wird, steht noch dahin. Bewahrheitet sich diese Meldung, so wird Wilson wenigstens einen leidlichen Abgang finden, wenn auch der Versailler Gewaltfrieden seinen Ruf als Staatsmann endgültig untergraben hat.

*

Der Schweizer Nationalrat und Kommunistenführer Platten, der vor kurzem in Rußland weilte, erklärte dem „Echo de Paris" zufolge, Rußland sei im Begriff, eine große Bauernrepublik zu werden, die von einer gemäßigten sozialistischen Regierung geleitet sein werde. Die Herrschaft Lenins und Trotzkis nähert sich ihrem Ende, sie könnte sich nur noch kurze Zeit allein durch den Terror halten.

*

Auch aus Schweden wird von einem Aufleben der Opposition der russischen Bauern gegen den Bolschewismus gemeldet, die es müde sind, Lenin-Gefolgschaft zu leisten. Nicht weniger bedeutsam ist die Meldung der bolschewistischen „Prawda", daß General Budenny, der Held des ersten Vormarsches nach Warschau, mit einem Teil seiner Truppen zu Petljura übergegangen sei, weil er sich nicht zum Sündenbock der bolschewistischen Niederlage gegen Polen stempeln lassen wollte.

*

Die „Kr. Snamja", das Blatt der XIV. in der Ukraine operierenden roten Armee, fällt über die Petljura-Truppen folgendes Urteil: „Die ukrainische nationale Armee stellt eine sehr bedeutende und gefährliche militärische Macht dar, die im Laufe von drei Jahren nicht vernichtet werden konnte, weil sie sich auf die Sympathie des Volkes in der Ukraine stützen kann.

Digitized by Google

Deutschland und Südslawien

Von Prof. Dr. Manfred Eimer

1.

Indem die deutsche Regierung im Jahre 1908 bei der Annexion Bosniens und der Herzegowina Oesterreich-Ungarn „Gewehr bei Fuß" unterstützte, halfen wir eine europäische Koalition gegen uns bilden oder, soweit sie schon bestand, sie noch zu festigen und die serbische Bewegung fördern.

Wir gerieten, nachdem der Draht mit Rußland abgerissen war, in eine antislawische Politik, unter der — zeitlich vermutlich sehr begrenzten — Devise: „Oesterreich muß als Großmacht erhalten bleiben!" Dabei bemerkten wir nicht, daß wir Oesterreichs Bestreben, ein slawischer Staat zu werden, geradezu unterstützten.

Die nationalen Kräfte, die gerade im südslawischen Gebiete schon seit dem Ende des 18. Jahrhunderts auf Emanzipation von der Türkei, seit einem Menschenalter aber auch von Habsburg hinwirkten, fanden in Berlin nur Widerstände, und zwar um so mehr, je deutlicher gerade die Serben von der Entente begünstigt wurden.

Man kann behaupten, daß die deutsche Regierung sich um die wirkliche Bedeutung der Emanzipationsbestrebungen der Südslawen kaum, um deren Geschichte und die sich daraus ergebenden nationalen Folgerungen keinen Deut gekümmert hat. Vielmehr hat sie nur Verachtung für dies Befreiungsringen gezeigt und diese auch durch die Presse aussäen lassen.

Von diesem Fehler haben sich die Staatsmänner der übrigen Großmächte bezeichnenderweise freigehalten. Man wußte in England und Frankreich genau, was den Balkan eigentlich von innen heraus beunruhigte, und so ging warme Sympathie, getragen von Gegnerschaft gegen die der westlichen Zivilisation feindlichen Türkei, für die bildungsfähigen, christlichen Völker am Balkan mit den diplomatischen Zielen, unter deutlicher Schonung der Slawenwelt, Hand in Hand.

Wir dagegen verachteten, ja verspotteten diese Völker. So ging es 1912 Bulgarien, bis nach seinen überraschenden Anfangssiegen die ganze Presse dem „tapferen Heldenvolk", das vorher als Großmannsbarbar verlacht worden war, huldigte. Da wurde Bulgarien plötzlich bündnisfähig. Man lernte aber nichts daraus, und verspottete nun Serbien als das Land der Mausfallenhändler und Schweinehirten.

Wir sahen dort alles — obschon wir doch eine diplomatische Vertretung in Belgrad und auch in Cetinje hatten — durch die österreichische

Digitized by Google

Brille. Die österreichischen Dinge aber wiederum sahen wir nur durch die Brille des deutschen Idealismus und deutscher Romantik. Diese begriffen in Oesterreich — (Ungarn wurde dabei so nebenbei mitgenommen) — ein Brudervolk, während es in Wahrheit längst genau so aussah, wie der Krieg es nun auf die Landkarte gemalt hat.

Der größere Volksteil dieses Bundesgenossen, den wir stützen zu müssen glaubten, war uns, als Verächtern der Slawen und ihrer Ziele, spinnefeind.

In dem, was diese Völker erreichten, haben wir die entscheidende diplomatische Niederlage erlitten.

2

Serbien (Südslawien) hat freilich nicht alles erreicht was es gewünscht hätte. Serbien erfuhr die ganze diplomatische Schläue derer, auf die es sich verlassen hatte, und die ein Doppelspiel zwischen ihm und Italien trieben.

Diese Vorgänge sind ja bekannt genug. Italien wollte zu Triest auch Fiume haben, und dieses soll, um die Schwierigkeiten zu beseitigen, Freistaat werden. Auch das auf einer Küsteninsel gelegene Zara soll autonom werden. Der Zankapfel Albanien ist durch die eigene Kraft seiner Bewohner zunächst ausgeschaltet, indem Italien daraus wich und die Albanesen die Serben von der Grenze mit den Waffen fernhalten.

Aber gerade der Verlust Albaniens erweckt die Begehrlichkeit Italiens aufs neue, und läßt den Traum nicht schwinden, Teile von Dalmatien mit seinen altvenezianischen Städten, die der Londoner Vertrag Italien zusicherte, auch wirklich zu bekommen.

Zwischen Italien und Südslawien ist dadurch ein ähnliches Verhältnis geschaffen worden, wie es vor dem Kriege zwischen Italien und Oesterreich bestand. Dazu kommt die Neigung Italiens, das stillschweigend mit Südslawien vereinigte Montenegro wieder abzukapseln und den greisen Schwiegervater des italienischen Königs, Nikita I., wieder in seine Herrscherrechte einzusetzen.

Sehr scharfe Gegensätze haben sich also hier herausgebildet, was übrigens vom Tage der italienischen Kriegserklärung an uns im Falle eines Sieges der Entente mit Sicherheit vorauszusehen war.

Italien Ostpolitik aber hat nicht nur Südslawien in Harnisch gebracht. Auch Griechenland ist durch die Besetzung des Dodekanesos, eines Teiles von Klein-Asien und der kleinen Insel Saseno (bei Valona) tief verstimmt. Von Rumänien hieß es allerdings früher, es habe einen gegen Bulgarien und Südslawien gerichteten Vertrag mit Italien abgeschlossen, und Take Jonescu hat sich noch jüngst zu einer „kleinen Entente" aller Balkanvölker bekannt, die eine Vorsichtsmaßnahme gegen deutsche

Digitized by Google

Revanche-Ideen sei und zugunsten von Frankreich wirken solle. Aber es fragt sich, ob alle Beteiligten dieser Ansicht sein würden. Vorläufig steht nur fest, daß Südslawien und die Tschechoslowakei ein Defensivbündnis miteinander geschlossen haben.

Schon im Februar 1920 war die Entwicklung auf dieser Linie deutlich. Es erhoben sich Stimmen in Prag, die sagten, Tschechiens Gegner seien Polen und Ungarn; Tschechien sei zwar mit Frankreich verbündet, aber es müßte sich Südslawien nähern, und wirtschaftlich sei es auf Deutschland angewiesen.

In bezug auf Südslawien ist die Folgerung daraus nun gezogen worden. Aber indem die fimuaner und die dalmatinische Frage offene Wunden sind, die ein ehrlicher Friedenswille nicht schaffen durfte, stehen in Fiume und Zara die Pforten des Janus halb geöffnet. Gegen die italienische „Regentschaft" in Fiume hat Südslawien scharfen Protest erhoben (Mitte September).

Indessen beginnt Italien der Entente gegenüber eigene Politik zu treiben. Es findet freundliche Worte für Deutschland, die freilich in den Verhandlungen von Versailles, Spa usw. keine fühlbar praktische Bedeutung hatten. Aber wir wissen: Italien braucht und sucht uns. Andererseits hat es Sowjetrußland anerkannt, wobei die Beweggründe noch ziemlich im Dunklen liegen. Italien ist hiermit aber jedenfalls im Gegensatz zur Entente, nicht zu uns getreten.

3.

Ist hier nun alles ziemlich unklar, weil noch stark im Fluß, so eröffnet sich dennoch an der Adria ein Problem hoher Staatskunst. Reichsminister Simons hat das Programm einer aktiven Politik für Deutschland aufgestellt; aller Blicke sind nach Rußland und den Vereinigten Staaten gerichtet. Schüchtern haben sich indes — endlich! — in der Presse auch Hinweise hervorgewagt, daß auch der Südosten Probleme enthält, die keineswegs unwichtig sind.

Es ist bei uns leider noch immer so: es bedarf eines Winkes von oben, bis solche Probleme erörtert werden können und als erörterungswert gelten.

Schon zu Anfang 1920 ergingen deutliche Aufforderungen aus der Belgrader Handelskammer an uns: Serbien müsse sich mit Deutschland verständigen. Es brauche unsere Industrieprodukte und entbehre den Absatz seiner Roh- und Naturprodukte an uns. Ganz die gleichen Gedanken werden noch immer von einem Teil der südslawischen Presse vertreten. Es klingt wie eine Sehnsucht nach „deutscher Redlichkeit und deutschem Fleiß", die dem noch auf halber Höhe

Digitized by Google

der Kultivierung und Ausnützung des Landes stehenden südslawischen Volke zu Hilfe kommen sollen.

Freilich, wir müssen in keinem Punkte der Außenpolitik so durchaus umlernen, wie in unseren Anschauungen von dem serbo-kroatischen Volke. Unsere Krieger, die dort waren, machten oft große Augen über das unerwartete Bild, welches sich ihnen, zumal in den Städten, darbot. Alles anders, als man es sich bei uns voll Hochmut vorgestellt hatte!

Wir hatten diese Völkerschaft als barbarisch und als gänzlich unwichtig für uns angesehen. Wir müssen begreifen, daß sie sehr wichtig für uns werden kann und soll. Ein Teil der Serben kann sich offenbar allerdings noch nicht von der alten Vorstellung losmachen, daß Mütterchen Rußland es sei, woran man sich halten müsse. Ein anderer Teil aber fürchtet, ebenso wie die Tschechen, den Bolschewismus und die Gefahr, „an den Kriegswagen der Entente gespannt zu werden". Und dieser Teil der Südslawen ist es, der in uns wohl auch einen politischen Rückhalt in der Zukunft sieht, dessen Erstarkung nicht so sehr zu fürchten wäre.

Was für Gegensätze politischer Art bestünden denn auch zwischen uns und den Südslawen, wenn diese mit Land gesättigt sind? Sie sehen das selbst ein. Und, obschon an der kärntnerischen Grenze noch arger Haß und schlimme Feindschaft herrschen, — das hindert nicht, daß Südslawien wohl begreift, daß der Anschluß Oesterreichs ans Reich nützlich und wünschenswert wäre. Allerdings müßte die slawische Regierung zuvor auch beweisen, daß sie gute Nachbarschaft pflegen will und demgemäß ihren Einfluß den Slowenen gegenüber dahin geltend machen, daß diese von ihrer Gewalt- und Annexionspolitik in der Abstimmungszone bei Villach ablassen. Denn für eine solche „Freundschaft", wie sie sich dort praktisch alltäglich auf Kosten der deutschen Kärntner breitmacht, haben weder Oesterreicher noch Reichsdeutsche Verständnis.

Immerhin ist Südslawien in seiner Gesamtheit das erste Land aus dem Kreise der Feinde, aus dem ehrliche Befürwortung der Revision der Friedensverträge in diesem Sinne erklungen ist. Südslawiens vornehmstes Ziel ist eine gemeinsame Grenze mit Deutschland. Und wir?! Wenn unsere „aktive Politik" hier eine geschickte Hand hätte, und nicht zu lange wartete, so wäre dort im Südosten, Tschechien mit einbegriffen, eine Verbreiterung der Basis, die Reichsminister Simons in Rußland vorgezeichnet hat, zu gewinnen, die politisch wie wirtschaftlich wesentlich zur Hebung unseres Ansehens beitragen könnte, wenn schon die in Betracht kommenden Völker nur Mittelstaaten sind. Der gleichzeitige Vorstoß des sächsischen Wirtschaftsministers nach Prag und des bayerischen Landwirtschaftsministers nach Belgrad im September 1920 sind die ersten sicheren

Digitized by Google

Anzeichen, daß man im Auswärtigen Amt auch nach dieser Seite nicht verständnislos ist. —

Man muß nun zunächst stets mit einer weiteren Expansionspolitik Italiens an der Adria rechnen.

Seit der Eroberung Libyens ist der rege, romanische geschichtliche Sinn erwacht. Neben die drei T der Irredenta (Triest, Trient, Tessin) trat der Gedanke der Meerbeherrschung. Nach Tripolis war das Gegebene das ehemals römische und venezianische Illyrien, wo vielfach noch sichtbare Zeugen der Vergangenheit dem Ehrgeiz einer Neubesetzung winken. Die Adria — ein mare clausum! — Die Südslawen aber fühlen sich als Herren in diesen Städten. Die früher von Türken und Venezianern bedrückte und beherrschte Bevölkerung des alten Serbenreiches begann sich von 1815 an unter dem Schutze Habsburgs wieder zu beleben und völkisch auf sich selbst zu besinnen.

Das kümmert die Italiener nicht. Um so mehr die Südslawen selbst. Ihre natürlichen Besitzerrechte und ihr berechtigtes Streben an die Meeresküste stoßen mit den traditionellen Ansprüchen der Italiener zusammen. Daher wird man mit einer neuen, sehr beweglichen Rivalität in Südeuropa, an der Adria, zu rechnen haben. Hieran werden wir zunächst kein unmittelbares Interesse proklamieren. Wachsam und klug werden wir jedoch sein müssen.

Es kann uns außerdem nicht gleichgültig sein, in wessen Hand Fiume schließlich fällt; ob auch diese Stadt, neben Triest, italienisch wird. Es wäre gewiß vorteilhafter für uns, wenn nicht beide Orte in einer Hand vereinigt wären. Wilson hat zwar weder Deutschland noch Oesterreich unter den Ländern erwähnt, für die Fiume ein Ein- und Ausfuhrhafen sein wird. Aber dergleichen bestimmt sich nicht auf dem Papier.

Und möglicherweise werden wir doch auch einmal wieder Dampfer auf dem Mittelmeer haben. Mehr als bisher Genua, dürfte Triest für uns an Bedeutung gewinnen. Ebenso aber auch, erst recht, wenn es nicht italienisch wird, Fiume.

4.

Wenn wir nun von dem politischen Gebiet noch auf das rein wirtschaftliche übertreten, so ist hier Folgendes zu sagen, was unsere Blicke freundlich und weitschauend nach dem uns rufenden südslawischen Land und Volk lenken sollte:

Der österreichische Lloyd hatte seine Bedeutung durch Triest in Verbindung mit der dalmatinischen Küste. Die ungarisch-kroatische Dampfschiffahrtsgesellschaft (Fiume) vermittelte vor allem auch den Kleinhafen- und Frachtverkehr an der Küste. Diesem Schiffsverkehr zuliebe wurde der Bau einer großen Küstenbahn unterlassen.

Digitized by Google

Wer will aber nun die Südslawen hindern, eine eigene Großbahn an der Küste entlang zu bauen und auch das 1912 wegen des Balkankriegs ad acta gelegte Donau-Adria-Bahnprojekt neu in Angriff zu nehmen? Auch eine Linie von der Adria in das Gebiet des Wardar nach Saloniki wird wohl folgen.

Der deutschen Industrie winken hier willkommene Aufgaben. Auch sonst ist in technischer und maschineller Hinsicht Südslawien ein überaus hoffnungsreiches Land für unsere deutsche Arbeits- und Geisteskraft. Wenn wir uns beizeiten daranhalten, werden unsere Techniker dort alle Hände voll zu tun bekommen.

Und Saloniki ist der Hafenplatz, mit dem Deutschland in Zukunft, nach der Absperrung der unteren Donaugebiete und Konstantinopels, sehr stark zu rechnen haben wird, sofern wir aufs neue am Handel jener Gebiete des Aegäischen Meeres teilnehmen werden. Unser Weg dorthin, in die Levante, führt künftig über Belgrad, Fiume und Uesküb.

Wer will überdies die Südslawen daran hindern, dem Handelsplatz Triest und — sofern es nicht südslawisch wird — Fiume und auch der Inselstadt Zara ein Schnippchen zu schlagen, und weiter südlich, z. B. in den Buchten von Cattaro, einen Hafen anzulegen, der die Seefahrt von Süden her um vierundzwanzig Stunden abkürzt, und ein Stützpunkt für eine deutsche Dampferlinie werden könnte?

Dadurch und überhaupt durch regere Handelsbeziehungen nach Südslawien, würde Italien in Triest zu unseren Gunsten ein größeres Entgegenkommen auferlegt.

Helfen wir also den Südslawen zu einer aussichtsreichen Handelspolitik, machen wir sie uns zu Freunden; dann werden ihre Länder für uns ein sehr nützliches Absatzgebiet und Vorland sein, und politisch werden wir mindestens mit einem Gegner weniger zu rechnen haben.

Lebhaften Geistes, regen Gemütes und dankbaren Sinnes, wie sie es einem großen Kulturvolk gegenüber sind, das sie unterstützt und ihren Weg aufwärts fördert, kann es nicht schwer sein, bei den Südslawen Nutzen aus der allgemeinen Lage zu ziehen, bei der auch noch die Enttäuschungen mitspielen, die Südslawien seitens der Entente hat erleben müssen. Ueberdies ihre offen ausgesprochene Furcht, eine Kolonie des Imperialismus der Entente zu werden.

Wir müssen nur imstande sein, dies zu begreifen. Einfach sind die Balkanprobleme ja nie gewesen. Aber doch viel einfacher, als unsere österreichische Politik sie für uns gestaltete. Jetzt ist alles anders. Jetzt läßt sich deutsche Staatskunst an diesem neuen Problem aufs beste erproben und erweisen.

Digitized by Google

Die national- und sozialrevolutionäre Bewegung in Indien

Von Albert Bencke, München

Irland und Indien sind heute in ihren inneren Zuständen und näherem Verhältnis zu England Parallelen. Ebenso wie es in Irland zwei Richtungen gibt, die nationalistische, auf altem politischem Grund und Boden gewachsene, heute jedoch sehr in den Hintergrund gedrängte, die ein an England angeschlossenes, aber autonomes Irland erstrebt, und die Sin-Fein-Richtung, welche völlige Unabhängigkeit und Loslösung vom Imperium herbeiführen will, ebenso gibt es auch in Indien zwei Zielsetzungen, die sich hier aber in ihrem Kräftverhältnis noch einigermaßen die Wage halten: Die nationalistische, die vorläufig nur auf Autonomie abzielende Reformen im Verbande des Imperiums, und die sozialrevolutionäre, welche völlige Abschüttelung des englischen Joches fordert. Für die erste ist der Panislamismus, für die letzte der Bolschewismus Verbündeter und Hebel der Bewegung. Da aber beide, Panislamismus und Bolschewismus, an sich aufs engste verknüpft sind, so kommt der eine wie der andere für beide Gruppen in Betracht, wenn auch die Gruppe der Nationalisten den bolschewistischen Freund mit etwas zweifelnder Miene betrachtet und eben deshalb das Band, das sie mit England verknüpft, nicht ganz lösen möchte. Eben weil diese Leute, Intellektuelle alter Ordnung, Mitglieder der höheren Kasten, eine Bolschewisierung Indiens, der hier etwas ganz anderes bedeuten würde als in Afghanistan und Turkestan, an deren Stammesverfassungen das russische Gesetz wenig Unheil anrichten kann, als eine Vernichtung ihrer heiligsten Güter ansehen, möchten sie sich, wenn es irgend geht, mit den englischen Machthabern auf den Verhandlungsfuß stellen, werden aber daran durch die festhaltende Zähigkeit Englands einerseits, durch die immer weitergehenden Forderungen der hinter ihnen Stehenden andererseits gehindert, die immer mehr ins sozialrevolutionäre Lager hineintreiben. Dagegen besitzt England heute noch an den eingeborenen Fürsten, denen natürlich die sozialrevolutionäre Bewegung ein Greuel ist, einen starken Rückhalt, den England durch Auszeichnungen und sonstige Gaben dankbarst quittiert. So wurde vor kurzem dem Nizam von Hyderabad als Dank für seine im Kriege gegen Deutschland geleisteten Dienste das reiche Berar als Geschenk übergeben; ein seltsamer Fall des Schenkens in der englischen Reichsgeschichte. Die öffentliche Meinung — und diese hat sich vorzügliche Witzblätter geschaffen — geißelt mit ätzendem Spott diese in Diamanten strotzenden Herren, die mit ihren prunkvollen Uniformen während des Krieges den englischen Generalstab schmückten. Leute, wie Rabindranath Tagore, der Philosoph

Digitized by Google

und Dichter, die vor jedem Krieg und jeder Gewalttat zurückschrecken und demnach die heutige englische Herrschaft über Indien als eine gewalttätige betrachten, befinden sich da in einer üblen Lage. Sie erheben ihre Kassandrarufe, sie sehen das Unheil kommen, wollen es abwenden und finden weder bei den Engländern, noch im eigenen Volke die Stützpunkte, an denen sich ein Damm gegen die englische Ausbeutungspolitik und die durch diese Politik immer bedrohlicher gestärkten Kräfte der gewaltsamen Revolution aufrichten ließe.

Die immer weitere Schichten durchdringende Erkenntnis der englischen Ausbeutungspolitik hat eine Annäherung der politischen Ziele der Hindus und der Mohammedaner, ja, man könnte sagen, einen so völligen Ausgleich zwischen beiden herbeigeführt, daß man heute schon von einem indischen Nationalbewußtsein sprechen kann, das nicht nur im nördlichen Indien, sondern auch jenseits des Irawaddy sehr lebhaft in Erscheinung zu treten beginnt, und als im April dieses Jahres die Delegation der indischen Mohammedaner in Paris erschien, um gegen die Vergewaltigung des Sultans und seine Vertreibung aus Konstantinopel im Namen von 20 Millionen indischer Mohammedaner feierlich Protest zu erheben, hatten auch die Hinduführer ihre Namen unter das Dokument gesetzt und ebenfalls den als Feind erklärt, der dem Kalifen Gewalt antun und ihn aus Konstantinopel vertreiben würde. Die Wucht dieser Kundgebung wurde in England verspürt und der politische Athlet, Lloyd George, der auch ein Athlet der Umwandlungsfähigkeit zu sein scheint, zog seine Konsequenzen daraus, vollzog ein politisches volte face und ließ den Sultan in Konstantinopel; erfüllte damit einen Wunsch der Franzosen, aber nicht den Franzosen zu Liebe, sondern weil er wußte, daß hier Rächer aufstünden, denen er auch mit der geschicktesten politischen Jongleurkunst nicht beikommen konnte. Der Sultan hat nun, durch die Drohung der sonstigen Wegnahme Konstantinopels eingeschüchtert, bekanntlich in Sèvres das Friedendokument unterzeichnen lassen, der Wunsch der indischen Mohammedaner ist anscheinend erfüllt, aber es ist doch sehr die Frage, ob ihnen eine Unterschrift des Kalifen, hinter der das gezückte Schwert stand, als eine freiwillige erscheinen wird. Sicherlich ist der Gedanke des Konstantinopeler Kalifates in Indien niemals so populär gewesen als heute. Der Sultan, der zu Beginn des Krieges mit seinem Aufruf die islamitische Welt Indiens nicht erwecken konnte, dem der bekannte, als islamischer Gelehrter einen Weltruf genießende, von den Engländern verhätschelte Sir Seyid Hussein von Aligarth durch eine Gegenschrift Trotz bieten konnte, hat heute den Großteil der indischen Mohammedaner hinter sich, die ihn trotz aller mekkanischen Kalifatsmanöver als Oberhaupt der Sunna verehren. Hier entwickelt sich ein viriler, tatkräftiger Panislawismus, der in der Hand von Männern, welche die „Gerechtigkeit" der Welt wieder einrenken möchten, ein mächtiges

Digitized by Google

Werkzeug zu werden verspricht. Diese Kraft ist zurzeit noch gebändigt, wirkt sich mehr in unterirdischen Kanälen aus, aber diese Auswirkung wurde, wie durch ein Fanal vor kurzem beleuchtet, als, halbversteckt, durch einige englische Blätter die Nachricht von der Verhaftung einiger angesehener Mohammedaner und eines Kopten — die Verhaftungen erfolgten in Aegypten — ging; eine Verhaftung, die deshalb erfolgt wäre, weil man den Verdacht gegen diese Leute hegte, die Führer einer „Assassinen"-Verschwörung zu sein, durch welche den von England unterjochten indischen und ägyptischen Völkern die Freiheit geschenkt werden sollte. Also eine Neuauflage der sizilianischen Vesper! Man hat seitdem nichts weiter über die Sache gehört, die Regierung hüllt sich in Schweigen. Aber nach Lage der Dinge wäre das Entstehen eines solchen ungeheuerlichen Planes nicht unwahrscheinlich. Die Tatsache, daß die für diesen Winter in Aussicht genommene Besuchstour des Prinzen von Wales wahrscheinlich nicht stattfinden wird, weil in Mohammedaner- wie in Hindukreisen Stimmung für ein Boykott des Prinzen gemacht wird, hat in England sicherlich zu denken gegeben, insbesondere aber wohl der Umstand, daß der Jahrestag der Massenmorde in Amritsar im April dieses Jahres fast in ganz Indien durch Stillegung der Fabriken, jedweder Arbeit, jedweder Lustbarkeit als allgemeiner Nationalfeiertag begangen wurde; ein deutliches Zeichen, welche Erstarkung das Nationalgefühl in Indien bereits gewonnen hat. General Dyer, der Held von Amritsar, auf dessen Konto etwa tausend Tote und Verwundete kommen, unbewaffnete Leute, die gegen englische Gewalt und den aufgerichteten Geßlerhut demonstrieren wollten, wurde ja nun, nachdem der Armeerat und mit ihm das Oberhaus erklärt hatten, er habe durch seine Tat Indien gerettet, vom Unterhaus in Strafe genommen, die er leicht tragen wird und zu deren Versüßung die „Morning-Post" eine Sammlung veranstaltete, die 13000 £ eintrug. Man müßte aber nicht nur Dyer, der jetzt von den Indienfreunden als „preußischer militaristischer Barbar" verschrieen wird, sondern auch etwa seinen Stabsoffizier brandmarken, der von Amritsar aus den telephonischen Befehl ins Lager von Lahore sandte: „Generalstabsoffizier 14. Division. Division soll Aeroplan senden mit Bombenwerfern, Abwurf wenn nötig und ein gutes Ziel sich zeigt. Gelegenheit für das Eingreifen von Aeroplanen ist günstig." Tatsächlich wurde auch eine indische Schule in der Nähe von Amritsar mit Bomben belegt, die einige Schüler verletzten und Sachschaden anrichteten, ebenso in einigen Dörfern, und das alles, weil nicht etwa eine Rebellion stattfand, sondern weil unbewaffnete Leute gegen unerträgliche Gewalt demonstrierten. Der Generalstabsbefehl ist authentisch, ist dem Aufnahmebuch in Lahore entnommen und wurde in englischen Zeitungen unwidersprochen veröffentlicht.

Digitized by Google

Aber man hat nun Indien Reformen gegeben; es wurde ja im Dezember 1919 vom englischen Parlament die berühmte indische Reformbill „Der India act" Lord Montagus angenommen, von dem so viel in den Blättern die Rede gewesen ist. Diese Reform könnte etwas sein, wenn sie im liberalen Sinne gehandhabt wird, aber sie wird zum wesenlosen Schein, wenn diese Absicht nicht dahinter steht, und wer den indischen „civil service' und seine Traditionen, den indischen Armeegeist und die Armeeorganisation kennt, wird wissen, daß dieser Sinn nie dahinter stehen wird. Das ist den indischen Führern vollkommen klar und deshalb lehnen sie diese Reform als vollkommen unzureichend ab, da auch mit ihr die Autorität vollkommen in den Händen der Gouverneure bleibt, englische Beamte in dem als höchste legislative Körperschaft vorgesehenen Staatsrat ausschlaggebend sind und somit der Vizekönig sowie die Gouverneure es jederzeit in der Hand haben, ihnen genehme Gesetze aufzuzwingen und ihnen mißliebige in den Papierkorb fallen zu lassen. Was nützt es da, wenn man der zweiten Reichskammer, dem Unterhaus, das aus zwei Dritteln Gewählten, ein Drittel Ernannten, der im ganzen 100 Mitglieder zählenden Versammlung bestehen wird, wenn man den völlig aus Erwählten bestehenden Gouvernementsversammlungen das Recht der Stellung von Initiativanträgen mit gewissen Einschränkungen gab, da doch diese Anträge an dem Belieben einer unwiderruflichen Instanz scheitern können. England hat mit dieser Reform eine Welle in Gang gesetzt, die es nicht wird aufhalten können, und die es doch aufhalten muß, wenn ihm Indien nicht nur das Ausbeutungsobjekt bleiben soll, das es bisher gewesen ist, sondern wenn es überhaupt in englischer Hand bleiben soll. Aus dem heutigen System heraus und den Widerständen, die es in Indien angesammelt, dürfte eine organische Ueberleitung in andere Formen überhaupt unmöglich sein. Die zeitweilige Parteikonstellation und die wirtschaftliche Konjunktur konnten ein England gefügiges Boer-Parlament gestalten; in Indien aber liegen die Dinge anders, denn der Indier wird vom Engländer stets als ein Mensch zweiter Klasse betrachtet und behandelt werden, und deshalb sind hier nur zwei Alternativen möglich: Freiheit oder Sklaverei.

Wilsons 14 Punkte haben in der ganzen Welt des von der Entente beherrschten Orientes, hauptsächlich aber in dem unter Englands Botmäßigkeit stehenden Indien einen Widerhall gefunden, von dem wir uns schwer eine Vorstellung machen können. Wilson gilt heute hier allgemein als der Prophet, der eine neue, bessere Zeit heraufführt, und da nun diese 14 Punkte Wilsons nur Deutschlands wegen, um Deutschland zum Niederlegen der Waffen zu veranlassen, konstruiert wurden, ist Deutschland trotz seiner Niederlage, oder vielmehr wegen seiner Niederlage, die unmittelbare Ursache der Auslösung ideeller Kräfte geworden, die hier im

Digitized by Google

Orient auf fruchtbaren Boden gefallen sind und fortwirken werden, nicht nur zum Heile jener Völker, sondern auch zum Heile Deutschlands, das mit den 14 Punkten, den Auslösern dieser Kräfte, belogen und betrogen wurde. Wilsons 14 Punkte haben den Orient durchtränkt und sind, soweit er von anderen Völkern, vornehmlich den Engländern und Franzosen als Ausbeutungsobjekt, sei es auch nur in der zarten Form des sogenannten Völkerbundsmandates abhängt, eine unversiegliche Quelle des Begehrens geworden. Die zurückgekehrten Soldaten haben Europa kennengelernt, sie haben gesehen, wie man die kleinen Nationen befreit hat. Warum soll nun für sie nicht gelten, was für die Polen, Tschechen, Jugoslawen, Litauer, Armenier und Serben gilt, die man doch alle „befreit" hat, und zwecks deren Befreiung man doch in den Krieg gezogen ist? Man will nicht mehr ein Volk zweiter Klasse, nicht mehr ein bevormundetes Volk sein. Diese durch die Entente selbst hervorgerufene Bewegung wird nun unterstützt durch die Arbeit der Sendlinge der bolschewistischen Universität in Moskau, die sich vortrefflich nicht nur auf die westlichen Arbeiter, sondern auch auf die Psychologie der Orientalen versteht. Sie haben hinter ihrem Rücken, im Herzen Asiens, den militärischen Bolschewismus in Turkestan stehen, der stoßbereit ist, und dem man in jedem geeigneten Moment von Indien aus die Hand reichen kann. So hat es allen Anschein, daß hier der Bolschewismus, eine direkte Folge der gegen Deutschland gerichteten Vernichtungskoalition, ebenfalls zum zukünftigen Rächer und Helfer Deutschlands werden wird. Die 14 Punkte Wilsons haben es im Verein mit dem Bolschewismus dahin gebracht, daß heute in Indien der Nationalismus, der früher nur in einigen intellektuellen Gruppen eine wirkende Kraft war, demokratisiert, eine Volkssache geworden ist, und daß im vorderen Asien auch jene Leute, die bisher die Autonomie mit einem Protektorate der Engländer und Franzosen vereinbar fanden, heute von einem solchen nichts mehr wissen wollen, abgesehen von Gruppen gewisser arabischer Scheiks, die im Nationalismus eine Gefahr für ihre Stellung fürchten, und daher einmal mit den Engländern, das andere Mal mit den Franzosen unter einer Decke spielen. In ähnlichem Verhältnisse stehen ja auch die indischen Fürsten zu England; nur sind diese für die politische Gestaltung Gesamtindiens von viel geringerer Bedeutung als es die arabischen Scheiks in Vorderasien sind, da diese immerhin noch über eine geschlossene Stammesorganisation verfügen können.

Der revolutionäre Druck geht in Indien auch nicht so sehr von den Mohammedanern aus, obgleich diese, soweit Europa etwas davon merkte, durch ihre offene Kriegsansage an England wegen der Vergewaltigung des Sultans in den Vordergrund getreten sind, sondern liegt bei den Hindus, die nach außen nicht so sehr in Erscheinung treten, aber die Fäden der Bewegung in der Hand haben. So war es ja auch bei dem Sepoy-

Digitized by Google

Aufstand des Jahres 1857 das mohammedanische Element, auf dem die Wucht des Angriffes ruhte, aber die Hinduführer standen dahinter und trieben zum Kampfe. Heute sind es die Brahmanen als Klasse, nicht die von England in die Höhe gehobenen und verhätschelten einzelnen, die ihren großen Einfluß, den sie als Priesterkaste besitzen, zur Ausstreuung nationalistischer Gedanken, mit dem sich ein dem Hindutum bisher ganz fremder religiöser Fanatismus mischt, verwenden. Man fürchtet englischerseits bereits bei den nächsten Provinzialwahlen diesen Einfluß zur Geltung kommen und so einen religiösen Erneuerungsdrang in der Masse des Volkes entstehen zu sehen, der ausgeprägt nationalistische Züge trägt. Es ist ein Nationalismus, der sich aufs engste mit wirtschaftlichen Fragen, mit der künstlichen Verkümmerung der indischen Industrie, mit der beständigen Verweigerung des Schutzzolles, den Indien braucht, um sich entwickeln zu können, mit dem riesigen Abfluß des Arbeitserträgnisses Indiens in englische Taschen, verknüpft, eine Verknüpfung, die ihren Ausdruck findet in den beständigen, seit Anfang dieses Jahres anhaltenden Streiks der Textilarbeiter, der Eisenbahner, die seit März dieses Jahres überhaupt noch nicht zur Ruhe gekommen sind. Die äußere Veranlassung dieser Streiks sind natürlich auch hier Lohnforderungen, die eigentliche Ursache aber liegt tiefer und hängt mit der englischen Herrschaft zusammen. Das es sich so verhält, geht klar aus der Tatsache hervor, daß fast alle diese Streikenden der Geheimorganisation der Satyagraha Sabha angehören, die den Boykott englischer Waren und des englischen Militärs auf ihre Fahne geschrieben hat.

Es häufen sich die Wolken über dem Orient, sie stehen am dichtesten über Indien; wird sie ein England günstiger Wind wieder zeitweilig zerstreuen, oder sammelt sich bereits die Kraft zum elektrischen Funken, der als Blitz herniederfährt und das englische Herrschaftsgebäude einstürzt?

Bolschewisten, ein Arbeiterparadies?

Von L. Rehmark

Als die Idee des Kommunismus in Rußland in Feuer und Blut zur Wirklichkeit geschmiedet war, ging ein Aufatmen durch die Reihen der glühenden Schwärmer für eine neue Menschheit. Endlich sollte nun auch der Arbeiter Mensch sein dürfen. Noch mehr: er sollte ausschlaggebend für die Gestaltung des ganzen Menschenlebens werden. Und die Wirklichkeit übertraf auch die hochgespanntesten Hoffnungen. Der Arbeiter war alles: er bestimmte den Betrieb seiner Fabrik, seinen Arbeitslohn, seine Zeit, seine Lebensweise durch die Arbeiterräte. Er zog aus den Kellerwohnungen in die Schlösser und Villen, er beschlagnahmte

Digitized by Google

Einrichtungsgegenstände, Kleider und Wäsche der „Reichen". Er duldete keinen Zwang für sich und seinesgleichen. Die freie Meinung des auf den Kommunismus oder Anarchismus Verschworenen kannte keinerlei Schranken oder Hindernisse. Die Presse anderer Richtung wurde totgemacht, die persönlichen Gegner wurden eingekerkert oder erschossen. Der Staat wurde in einzelne Teile oder Teilchen so zersplittert, daß eine Mehrheit der Arbeiterräte überall gesichert war. Und nun war es eine Lust zu leben für den kommunistisch-anarchistischen Arbeiter. An den Spitzen der Verwaltung überall seine Leute, man brauchte nur zu fordern und man war am Ziele. Nicht drei, sondern drei Millionen Wünsche hatte jeder Kommunist frei. Es ging gewiß nicht ohne Kämpfe, ohne Opfer ab. Es war noch zu viel Widerstand zu brechen, zu viel alteingewurzelte Vorurteile mit Stumpf und Stiel auszurotten. Aber man hatte den Glauben an seine Ziele und man hatte einen Gegner vor sich, der durch den fürchterlichsten Krieg äußerlich und durch den Zusammenbruch innerlich ausgemergelt war. Selber getragen und durchtränkt vom fremdländischen Geist wußte man sich einem Slawenvolke gegenüber, das nur zu dulden und zu tragen, nicht aber zu handeln fähig ist, immer siegreich. Während an der Peripherie des alten Reiches Provinz für Provinz erobert wurde, baute man folgerichtig im Zentrum seine Idee aus. Man konnte aus dem Vollen wirtschaften, solange das Erbe der bürgerlich-kapitalistischen Wirtschaft noch vorhanden war. Aber das Erbe ist nicht unerschöpflich. Die Wünschelrute des Arbeiters muß engere und engere Schwingungen machen. Die Kosten der Diktatur des Proletariats muß schließlich doch einmal das Proletariat tragen. Hier gab es die erste Enttäuschung. Auch die tüchtigsten Werkmeister vermögen beim besten Willen einen Betrieb nicht zu leiten. Das Produkt einer jahrhundertelangen Entwicklung kann nur in sorgsamer Verwahrung fachmännisch geschulter Männer gedeihen und Nutzen bringen. Diese Erkenntnis kam Lenin bald, Rußland aber bezahlte sie mit dem vollen Ruin seiner sowieso nicht ganz lebenskräftigen Industrie. Ich will nicht Urteile fällen, sondern Tatsachen reden lassen. Das Zentrum der Berginduſtrie Charkow hatte riesige Betriebe aufzuweisen. Ein Vierteljahr (1918 bis April) genügte, alles aufzulösen. Solange Vorräte an Rohstoffen, Werkzeugen und Kohlen vorhanden waren, ging es noch. Als sie zur Neige gingen, verkauften die Arbeiter zunächst die halbfertigen Fabrikate, dann die Werkzeuge, soweit sie nicht schon gestohlen waren, zuletzt Maschinen und Einrichtungen. Bald standen die Fabrikräume verödet und verwüstet da. Die Arbeiter gingen mit oder ohne Willen in die Rote Armee. Hier gab es Verdienst, Brot und Möglichkeit zur Bereicherung, denn jeder durfte, kraft eines Scheines, von dem niemand mußte, ob er echt war, „requirieren" was ihm gefiel. Am deutlichsten offenbarte sich der Verfall auf dem Gebiete der Eisenbahn.

Digitized by Google

Die riesigen Anstrengungen des Krieges hatten den Betrieb schon vollständig heruntergewirtschaftet. Man ist bald nur noch wie das liebe Vieh befördert worden. Jetzt versagte der Betrieb vollkommen. Das bißchen, das noch an rollendem Material und Kohlen vorhanden war, war ständig von der Roten Armee (angeblich) mit Beschlag belegt. Der private Verkehr war nur von Fall zu Fall möglich.

Lenin hat es nicht an heroischen Anstrengungen fehlen lassen. Dahin zählt: 1. Die Einführung der Todesstrafe (die war nur der Bourgeoisie verboten. Ein umgekehrtes quod licet Jovi non licet bovi!). 2. Eine eiserne, durch Todesstrafe bei geringsten Vergehen unterstützte Disziplin wird wieder eingeführt. So wird die Begeisterung für kommunistische Ideale kondensiert und zum Machtmittel umgewandelt. 3. Gestützt auf diese Macht geht Lenin an die Arbeiterschaft. Unabhängig von dem Arbeiterrat wird der „technische" Leiter eines Betriebes gemacht. Der steht außerhalb der „Politik" und hat für das Fortkommen des Werkes zu sorgen. Wenn es die Notwendigkeit erfordert, bestimmt er die Arbeitszeit über acht Stunden hinaus. Der bis vor kurzem selbstherrliche Arbeiter, der sich diesen Ueberstunden entziehen wollte, macht sich zum Deserteur und wird dementsprechend bestraft (Todesstrafe). Es ist selbstverständlich, daß die Arbeiterschaft dagegen aufbegehrt. Auch dafür ist gesorgt. Früher hat das russische Inquisitionstribunal, die „Tschreswytschaika", es nur mit dem Bürgertum zu tun gehabt. Jetzt wendet sich diese Waffe gegen jeden unsicheren Kantonisten. Aber unauffällig und so, daß man nicht recht weiß, woher der Schlag kommt. Wie im Zeitalter der Inquisition das Gericht alles sah und alles wußte, so wußte und sah zur Zeit der Selbstherrscher die „Ochrana" alles, was sich äußerlich oder innerlich, auch nur in Gedanken, an Widerspruch gegen die Selbstherrlichkeit regte. Es gehört zu den stärksten Eindrücken meiner Schülerzeit in Saratow, das plötzliche, unheimliche Auftauchen einer schwarzen Kalesche, die irgendwo in den Frieden eines Hauses einbricht, ein junges Leben jäh verschlingt und es in der „Petropawlowka" (Festung in Petersburg) für immer begräbt. Lenin fußt auf diesen beiden Vorgängern und hat in seiner „Tschreswytschaika" etwas Vollendetes geschaffen. Es gibt nur ein Mittel, ihr zu entgehen: eingeschriebenes Mitglied der kommunistischen Partei zu werden. Nein, doch noch eins: Hungers sterben.

Und nun hat Lenin die Massen der Arbeiterschaft, die, in Freiheit dressiert, versagt haben, doch in der Hand. Nun kann er an den Ausbau des kommunistischen Paradieses gehen. Nur wer da arbeitet, darf auch essen — das ist der oberste Grundsatz seines Reiches. Die Arbeitenden werden in 26 verschiedene Besoldungsstufen, je nach der Wichtigkeit der Arbeit, eingeteilt. Sonst ist der Grundsatz der Gleichheit vollständig eingehalten. Aber der Arbeiter ist nun nicht etwa irgendwie bevorzugt: er

Digitized by Google

kommt als einfacher Arbeiter in eine niedrigere Stufe als der Betriebsleiter, der Ingenieur, der Techniker, der Bureaubeamte. Während jene vor ein bis zwei Monaten 3000 Rubel monatlich hatten, bekam der Arbeiter bloß 1000 Rubel monatlich. Nun reicht das nicht mal für einige Tage zum Leben. Es ist jeder gezwungen, durch „Spekulation", zu deutsch Schiebergeschäfte, sich den nötigen Unterhalt zu bestreiten. Diese Geschäfte sind kapitalistischer Art (Kauf und Verkauf seltener oder verbotener Waren) oder Tauschhandel. Die wenigen Industrieerzeugnisse werden so begehrt, daß der Bauer mit seinen Vorräten herausrückt, wenn er etwas für seinen Bedarf bekommen kann. Anders die Kommissare. Sie gehören auch einer der 26 Stufen an. Aber sie haben als Führer der Partei soviel Vorzüge, soviel Möglichkeit sich was zu schaffen, daß sie am allerwenigsten auf ihr Gehalt angewiesen sind.

So gestaltet sich das Leben des Arbeiters zu einem elenden Jagen nach einem Stück Brot für sich und die Seinen. Holz oder Kohle für den Hausbrand gibt es nicht. Es hat kaum ein Glücklicher die Möglichkeit zu Hause zu kochen. Mein Gewährsmann, ein kriegsgefangener Flieger, mußte in Petersburg in einem Zimmer übernachten (für 300 Rubel), das nur noch Trümmer von Möbeln aufwies, weil Türen und Schubladen bereits verheizt waren. Man kann freilich an den gemeinsamen Speisungen teilnehmen. Aber wie! Zuerst steht man stundenlang an, um eine Teilnehmerkarte zu erstehen. Hat man die glücklich, so stellt man sich gierig hinter einen Essenden. Hastig wird ihm Holzlöffel und Schüssel entrissen, und nun bekommt man seine Suppe. Wer nie in seinem Leben russische Küche zu sehen bekommen hat, kann ohne Erbrechen die vorgesetzte Jauche nicht herunterbringen.

Aber der Mensch lebt schließlich nicht vom Brot allein. Sicher hat der Arbeiter für diese kleinen Unzulänglichkeit reichlich Ersatz! Sehen wir zu. Beschäftigt werden auf Fabriken nur waschechte Kommunisten. Jeder Arbeiter ist gezwungen, einer Gewerkschaft beizutreten. Diese haben aber heute nur ein Ziel: die Parteirichtung zu überwachen und jeden unsicheren Kantonisten zunächst auf einem schwarzen Brett der öffentlichen Beschimpfung preiszugeben und bei leisestem Verdacht aus der Arbeit zu jagen. Dagegen ist den Gewerkschaften verboten: 1. Lohnforderungen zu erheben — das ist Sache des Staates, der ist nun einziger Unternehmer und weiß, was er tut. 2. Lebensbedingungen verbessern zu wollen, dazu ist wieder der Staat da. 3. Arbeitszeiten bestimmen zu versuchen. Der einzelne ist eine Null, die Allgemeinheit alles. Jeder Verstoß gegen diese Bestimmungen ist „konterrevolutionär" und strafbar. Die Gewerkschaften haben auch kein freies Wahlrecht. Mein Gewährsmann wohnte einer solchen Wahl bei. Der Kommissar brachte eine fertige kommunistische Liste mit und fragte, ob jemand etwas dagegen einzuwenden hätte. Ein paar Neulinge stimmten

Digitized by Google

dagegen oder nicht mit. Ihre Namen kamen wegen — fast hätte ich gesagt — vaterlandsloser, ich meine parteiwidriger Gesinnung aufs schwarze Brett. Ist man der kommunistischen Gesinnung eines Arbeiters sicher, so kommen die Forderungen: er muß Opfer bringen. In lebenswichtigen Betrieben (wie Eisenbahn) ist schon lange 10—11stündige Arbeitszeit eingeführt. Es ist ferner Ehrenpflicht eines jeden Kommunisten, am Sonntag zu arbeiten ohne Entgelt. Sollte einer diese Verpflichtung nicht fühlen, so wird sie ihm sehr nachdrücklich nahegelegt. Nur auf diese Weise ist es den Bolschewisten gelungen, die Hauptstrecken soweit in Schuß zu bringen, daß man heute eine Reise in 14 Tagen machen kann, die früher 2 bis 3 Tage in Anspruch nahm. Aber ja nicht um der Bequemlichkeit des Publikums willen. Das hat nicht zu reisen. Fahrkarten bekommen nur von der Regierung beauftragte Personen in öffentlichen Aemtern. Private nur durch Bestechung. Dafür ist die Post gebührenfrei zu jedermanns Gebrauch und Nutzen da!

Ich fasse zusammen. Das, wonach der im Kapitalismus erwachsene Arbeiter sich sehnt, Freiheit, Nutzen, Interesse, Bequemlichkeit, kurz ein menschenwürdiges Dasein, hat ihm der Bolschewismus nicht gebracht. Aus zwei Gründen: er war nicht imstande, durch die ihm eigenen Kräfte die Energie des Arbeiters zu wecken, denn jede Arbeitsleistung wird sabotiert, und zweitens: es ist ihm nicht gelungen, den Bauern den Sozialismus oder Kommunismus einzuimpfen, obwohl es so leicht schien. Der Bauer ist heute ein beutegieriger Bourgeois, der nur durch die Unzulänglichkeiten der slawischen Rasse verhindert wird, Widerstand zu leisten. Wo diese Rasseeigenschaften nicht stark genug ausgeprägt sind, gab und gibt es Aufstände. Auch heute ist die Ukraine wieder in heller Empörung gegen den Bolschewismus.

Wie weit die Sabotage der Arbeit geht, dafür nur einige Beispiele. Ein kriegsgefangener Professor der Chemie errichtet ein chemisches Laboratorium, um Medikamente herzustellen und bittet inständig, ihm einige Russen in die Lehre zu geben, damit der Betrieb auch nach ihm erhalten bleibe. Es kommen einige, aber keiner bleibt, keiner lernt etwas. Das Laboratorium bricht nach seiner Flucht zusammen. — Die Apotheken sind enteignet. Die früheren Besitzer sind nur Verwalter einer anderen, nicht der früher ihnen gehörenden Apotheke. Sie haben nun jegliches Interesse an dem Gedeihen des Unternehmens verloren. Bei der herrschenden Typhusepedemie wird oft Kampfer zu Einspritzungen verschrieben. Die Angestellten der „nationalisierten" Apotheke schreiben alle Bestellungen auf und erledigen sie in 2 bis 3 Tagen. Unterdessen ist die Krisis beim Typhuskranken vorüber. . .

Das sind nur Beispiele. Die große Frage, vor die sich Lenin gestellt sieht, ist die: wie kann die Produktion gehoben werden? Soweit die bisherige Entwicklung zeigt, wird Lenin langsam vom Staatskapitalismus

Digitized by Google

zum Privatkapitalismus schreiten und im Zusammenhang damit auch offen bekennen, daß sein Staatsprinzip nicht der Kommunismus, sondern Despotie ist. Diesen Augenblick müssen wir geduldig abwarten. Dann wird die Stunde gekommen sein, wo Deutschland und Rußland sich finden, um vielleicht etwas vom Versailler Vertrag abweichende Bestimmungen über Völker und Länder zu treffen und das Feld für die Menschheit zu bereiten, die reif ist für den von tiefer, opferbereiter Liebe getragenen Sozialismus und Kommunismus. Lassen wir aber solange den Wahnsinn endlich fahren, als käme vom Bolschewismus das Heil, als bedeute er wenigstens für den Arbeiter das ersehnte Paradies. Hämmern wir es uns und jedem, der es hören will oder nicht, ein: Der Bolschewismus ist nichts weiter als eine jener in der russischen Geschichte chronischen Epochen, die „Smuta" (trübe, verworrene, unruhige Zeiten) heißen, und immer eintreten, wenn die von außen an den russischen Staat herangebrachte ordnende Macht zusammenbricht. Der sozialistisch-kommunistische Mantel ist zufälliger, durch die Zeitlage bedingter Art, das Chaos ist das Wesen dieses Phänomens.

Das Problem der internationalen Abrüstung

Von Kurt Wolzendorff, Professor der Rechte an der Universität Halle

Ich weiß nicht, wie Babylonier und Aegypter über das Problem der Abrüstung gedacht haben. Die Denker im alten Rom waren sich jedenfalls vollständig klar darüber, und sie haben ihrer Erkenntnis Ausdruck gegeben in einer köstlichen Anekdote, die dann nach 1½ Jahrtausenden noch durch alle Lehrbücher des neu entstandenen Völkerrechts lief: ein Biedermann lustwandelt bis an die Zähne bewaffnet auf dem Markt; von bedächtigen Bürgern nach dem Grund seiner grauslichen Rüstung gefragt, erklärt er sie mit seiner Furcht vor etwaigen Ueberfällen; worauf ihm dann die ordnungs- und friedenliebenden Bürger sehr energisch sagen: „Ja, wer hat dir denn erlaubt, dich so zu fürchten?"[1]) Da haben wir den Kern des Problems der Abrüstung: gegen die Behauptung des individuellen Selbstschutzbedürfnisses gibt es nur ein Gegenargument, und das ist die Monopolisierung allen Schutzes gegen rechtswidrige Angriffe durch die Macht einer im Recht geordneten Gemeinschaft. Das ist aber zunächst nur ein ganz formales Argument. Denn es kann lebendig erst in Funktion treten, wenn erstens eine im Recht geordnete Gemeinschaft vorhanden ist, wie sie zwischen Staaten in einem wahren Völkerbund bestehen kann (der freilich aus der Versailler „Société des Nations" erst sich entwickeln müßte), und wenn zweitens eine solche Gemeinschaft wirklich die Macht

[1]) Quis tibi sic timere permisit?

Digitized by Google

besitzt, allem Unrecht zu wehren, wie sie ein Völkerbund nur dann haben kann, wenn er durch Vergemeinschaftung der Macht seiner Glieder eine größere Macht besitzt als jedes einzelne von ihnen. Das ist nur möglich, wenn die Macht der einzelnen Staaten rationiert ist, mit anderen Worten: wenn sie nach einem bestimmten Plan abgerüstet sind. Das Problem der Abrüstung ist also praktisch das ihrer selbst in und mit dem des Völkerbundes.

Wie steht es nun heute damit?

Von den Gedanken Wilsons hat sich wenigstens einer als sehr klug und praktisch erwiesen: der von dem „Frieden ohne Sieger und Besiegte" als Voraussetzung eines Völkerbundes. Sieger, die den „Preis des Sieges" bereits in der Hand halten, denken an keine Ordnung nach dem Recht. Besiegte, die jeder Willkür preisgegeben am Boden liegen, glauben nicht daran. Aber „est modus in rebus". Gerade hier können sich die Dinge ändern. Wenigstens die europäischen Staaten, wenn sie nicht mit Deutschland selbst sich in den Abgrund stürzen wollen, werden irgendwann einmal zur Erkenntnis der internationalen Solidarität (Interdependenz) kommen, werden die Notwendigkeit produktiver Tätigkeit auf Kosten aller unproduktiven einsehen. Und wenn der Rausch „les boches payeront tout" einmal vorbei ist, werden auch sie die Notwendigkeit des Sparens einsehen und schon dadurch auf die Frage der Rüstungsbeschränkungen geführt werden. Es kann aber sehr gut sein, daß solchem Erkenntnisfortschritt allerlei zu Hilfe kommt. Solange es sich um militärische Uebungen an dem wehrlosen Deutschland handelt, wird das nicht der Fall sein. Und auch sonst sind Vermutungen zwecklos. Die Möglichkeit aber — soviel kann man immerhin sagen — besteht doch, daß Vorfälle, wie wir sie jetzt in England erleben, sich wiederholen, und die Regierungen kriegerische Maßnahmen nicht vornehmen können, weil die Arbeiterschaft einfach sagt: Nein! Und das würde dann doch eine sehr starke Anregung zur Nachprüfung der Frage bilden: ist eine Aufrechterhaltung der bisherigen militärischen Rüstungen nicht doch recht unrentabel?

Die Frage der Abrüstung, die, wie alle Probleme eines wahrhaften Völkerbundes, von den Diplomaten von Versailles mit einem Aktenvermerk erledigt und beiseite gelegt ist, kann mit allen jenen Problemen rascher, als man es zu hoffen wagt, wieder aktuell werden. Wir Deutsche, die wir wegen unseres negativen Vorsprunges in ihrer Lösung daran besonders interessiert sind, haben allen Grund, uns damit zu beschäftigen und der Lösung vorzuarbeiten. Denn diese Lösung ist praktisch eine

Digitized by Google

eminent schwierige Aufgabe. Andererseits ist sie aber nicht deshalb bisher unterblieben, sondern nur deshalb, weil es an ernsten Willen fehlte. Private, staatliche und zwischenstaatliche Erörterungen haben schon manches geklärt und damit gezeigt, nicht nur, wie sich viele Schwierigkeiten überwinden lassen, sondern daß sehr viele mehr noch nur deshalb nicht überwunden sind, weil der Wille dazu aus anderen Motiven plötzlich abgeschnitten wurde. Die Kenntnis der Geschichte und des gegenwärtigen Standes des Problems ist deshalb von entscheidender Bedeutung. Es hat bisher an jeder Uebersicht darüber gefehlt. Sie ist uns jetzt zum ersten Male, und zwar sofort in großzügiger Weise, gegeben worden durch ein auf erstaunlich reichem Material sich aufbauendes Werk des bekannten pazifistischen Völkerrechtslehrers Hans Wehberg[2]).

Die Geschichte der Behandlung der Rüstungsfrage ist sehr viel reicher, als wir das nach unserer, wesentlich auf Kriegsdaten gerichteten, vulgären Geschichtsbildung vermuten. Und schon das allein ist nicht unwichtig: zu sehen, wie ernst seit langem kluge Männer verschiedenster Zeiten, Länder und Klassen, sie als eine praktische Aufgabe der Politik aufgefaßt haben. Von größtem Interesse ist, was Wehberg uns da zeigt, zunächst aus dem Schrifttum der völkerrechtlichen und politischen Wissenschaft, den Verhandlungen der Friedenskongresse, den Beratungen der internationalen Vereinigungen der Völkerrechtswissenschaft (Institut de droit international, International law association) und den Aussprachen der internationalen Sozialistenkongresse. Unendlich viel lebensvoller aber noch als alles das wirkt die Geschichte der Debatten innerhalb der praktischen Politik, die uns das Buch offenlegt, meist in wörtlich authentischer Wiedergabe der wichtigsten Aeußerungen. Und hier wieder, so anziehend es ist, den Debatten der ausländischen Parlamente, besonders des englischen und des (vielleicht etwas zu summarisch behandelten) französischen, zu folgen — packend, spannend, fesselnd hebt sich heraus das Bild der deutschen politischen Psychologie. Seltsam schwankend erscheint sie und doch durch die besten Köpfe immer wieder wie durch eine Magnetnadel sicher hingewiesen auf die entscheidende Frage: abrüsten oder zugrunde rüsten! Es zieht vor dem Auge vorüber wie ein in vielen losen Einzelszenen sich abspielendes Drama (ist es ja auch eine Art Wallensteinmotiv, wenn gleich auf seiten der Gegenspieler). Da beginnt

[2]) Die internationale Beschränkung der Rüstungen. Von Dr. Hans Wehberg. Stuttgart 1919, Deutsche Verlags-Anstalt, X und 453 S. (Preis geheftet M. 21,60. gebunden M. 25,60).

Digitized by Google

der spätere deutsche Turnvater Götz mit frischem Schwung den Reigen. Ihm folgen im feinen Rhythmus durchbildeter Geistigkeit Virchow und Windhorst (1869). Zu einem dramatischen Höhepunkt führt der Krieg 1870/71: unter dem Lebenseindruck von Gravelotte unternimmt der Württemberger v. Blüher einen leidenschaftlichen Vorstoß für die Abrüstungsidee (1879). Und nun werden die Kämpfer für sie immer zahlreicher — und der Kampf erfolgloser; bis wir die letzten von ihnen noch heute weiter kämpfen sehen nach der Katastrophe, vor der sie vergebens gewarnt hatten. Wir sollten auf die Namen achten, denn das Zusammenstehen solcher Männer bedeutet viel: die Preußen Bebel und Liebknecht, die Bayern Fürst Hohenlohe und Fürst Löwenstein, der Badenser Venedey, Eugen Richter, Haußmann, Schrader, Noske, Gradnauer, und vor allem der unermüdliche Quidde. Ein Stück deutscher Geschichte, aus dem wir viel lernen können! Denn diese Männer waren keine kindischen Phantasten, so wenig wie die Disraeli, Gladstone, Cobden und Lord Russel, die jenseits des Kanals dieselben Ideen vertraten.

Weiter zeigt das Buch Wehbergs aufs eingehendste die Versuche, die in diplomatischen Verhandlungen gemacht wurden, um zu einer internationalen Verständigung über die Abrüstung zu kommen: mondiale Versuche, vor allem die Haager Konferenzen, und partielle Versuche, die zum Teil, wie besonders der englisch-amerikanische Rush-Bagotvertrag (Kanadische Flotten) von 1817 und der argentinisch-chilenische Flottenvertrag von 1905, recht lehrreich sind.

Eine grundsätzliche Erörterung und ein beigefügtes sehr wertvolles Urkundenmaterial ergänzen die geschichtlichen Darstellungen Wehbergs. Dabei sind die grundsätzlichen Ausführungen wesentlich auf Apologetik beschränkt, und nur eine (allerdings sehr beachtliche) Erörterung des Einflusses der Rüstungsindustrie und der Möglichkeit und Notwendigkeit ihrer Bekämpfung nebst ganz kurz formulierten Vorschlägen geben Positives. Diese Beschränkung — die andererseits freilich auch durch die Wiedergabe des außerordentlich gediegen ausgearbeiteten Quiddeschen Entwurfs einer Abrüstungsordnung ausgeglichen wird — aber scheint mir im Rahmen des Werkes wohl begründet. Die Völkerrechtswissenschaft kann in der Tat meines Erachtens zu dem Problem nichts mehr geben als die Grundlagen der Lösung.

Die Grundlegung ist nicht nur das, was die Völkerrechtswissenschaft allein geben kann, sie ist auch zunächst einmal das Wichtigste. Aber sie ist doch ganz wertlos, wenn nicht auf ihr weitergebaut wird, und die zum

Digitized by Google

Weiterbau berufene wissenschaftliche und praktische Politik nicht sich sorgfältig über die Grundlage unterrichtet. Ein Buch wie das Wehbergs, hat nur dann Wert, wenn es gelesen wird, und zwar von allen, die geistig und praktisch an den Aufgaben der Politik mitzuarbeiten haben. Aber die Grundlagen selbst sind wohl durchaus noch nicht fertig ausgebaut, sondern bedürfen noch der Ergänzung. So scheinen mir besonders zwei grundsätzliche Fragen noch weitere Probleme zu bieten, als sie im Rahmen des Wehbergschen Buches in Betracht kamen.

Die eine Frage ist die der Bedeutung der Heeresorganisation für die Abrüstung: kann oder muß die allgemeine Wehrpflicht und die Gestaltung des Volksheeres unberührt und ungeregelt bleiben? Das ist eine sehr komplexe Frage, deren Schwierigkeiten ich anderweit zu beleuchten versucht habe. Auf der einen Seite ist die allgemeine Wehrpflicht stets eine Gefahr für die Durchführung der Rüstungsbeschränkungen. Das liegt auf der Hand. Weniger an der Oberfläche sichtbar und daher die Beachtung mehr erfordernd ist ein anderseitiger Zusammenhang: die Völkerbundsidee ist die Idee der Demokratie und unmittelbar verbunden mit dem Gedanken der Grundrechte der Völker, der notwendigen Folgerung aus dem Gedanken der Grundrechte der Menschen[3]). Kann sie die Selbstverteidigung der Völker — das Volksheer — ausschließen?

Die andere Frage ist die: wie soll technisch das Maß der Rüstung bestimmt werden? Die allerdings sehr wichtige internationale Budgetbestimmung für die einzelnen Staaten, die Wehberg, mit der Mehrzahl der bisherigen Vorschläge, für ausreichend hält, ist doch wohl nur ein Hilfsgriff, der das technische Problem nicht löst, sondern nur in Bewegung setzt. Das technische Problem ist — so unpazifistisch das klingen mag — ein militärisches, seine Lösung ist Sache der Militärwissenschaft. Es ist eine dankbare Aufgabe, die hier unserer Militärwissenschaft gestellt ist. Die Militärs der Entente haben eine treffliche Fähigkeit gezeigt, die technisch vollendetsten Mittel zur völligen Wehrlosmachung eines zusammengebrochenen Volkes auszuklügeln. Zeigen wir, daß wir die unendlich schwerere Aufgabe positiven Ausbaues einer wahrhaften, durch allgemeine Abrüstung gestützten Völkerrechtsgemeinschaft zu lösen wissen. Auch das wäre in unserer jetzigen Lage eine Aufgabe der Vaterlandsverteidigung; eine Aufgabe, um so edler, je schwieriger sie ist, da sie nur aus den letzten Gründen sachlichen Wissens und sittlicher Wahrhaftigkeit erfüllt werden kann; eine Aufgabe der Politik für das Militär:

[3]) Vgl. dazu den Aufsatz des Verfassers Jahrg. 1919, S. 163 dieser Zeitschrift.

Digitized by Google

die „Fortsetzung der Politik“ — endlich einmal in einem wahren Sinne „mit anderen Mitteln“.

Das letzte ist das Entscheidende: die Aenderung der Politik. Und es ist nicht nur eine nationale, sondern viel mehr noch eine internationale Forderung. So wenig wie Menschen sind Völker mit innerem Leben durch äußerliche Mittel dauernd zu binden, wenn die Bindung als ungerecht empfunden wird. Der Freiheitsdrang überwindet alles. Wie nach 1807 das Krümpersystem erfunden wurde, würde immer ein Volk, das den festen Willen zum Freiheitskampfe in sich entwickelt hat, auch Waffen und Geld bereitzustellen wissen. Es würde hunderterlei Mittel dazu finden, unter Ausschaltung der staatlichen Arsenale, der staatlichen Finanzverwaltung, und daher der internationalen Kontrolle. Was binden kann, ist immer nur die innere Stärke des Rechts, nicht die äußere Technik seiner Paragraphen. Eine gerechte internationale Ordnung wird die Regierungen an ihre Vorschriften fesseln, denn sie können sich ihnen nur entwinden, wenn ihre Völker einmütig zu ihnen halten. Das wird nie der Fall sein, wo nicht die Ueberzeugung heiligen Kampfes gegen das Unrecht im ganzen Volk besteht. Das Problem der Abrüstung ist letzten Endes auch nur das Problem der Gerechtigkeit.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Allen Zusendungen ist Rückporto beizufügen.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt. Redaktion: Schöneberger Ufer 36a I. Telephon: Nollendorf 928. Für Anzeigen: Werbedienst G. m. b. H., Berlin W 35, Lützowstr. 102/4. Verlag: Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt 15 M. Einzelnummer 1,50 M. Druck von Paß & Garleb G. m. b. H., Berlin W 57, Bülowstraße 66.

Digitized by Google

Die Hilfe

Zeitschrift f. Politik, Literatur u. Kunst

Begründer: D. Friedrich Naumann.

Schriftleiter Wilhelm Heile u. Dr. Gertrud Bäumer.

Fast 25 Jahre von Naumann geleitet, in seinem Geiste von seinen alten Mitarbeitern fortgeführt!

Das nationale und soziale Blatt der Demokratie!

Probeheft kostenfrei.

Vierteljahrespreis 10 M.

Verlag der „Hilfe", Berlin NW. 40.

Sachliche, also gute Propaganda, darf nicht Einzelheiten bevorzugen auf Kosten des Gesamteindruckes. Wort, Farbe, Darstellung, Form, sie alle müssen zusammenklingen u. sorgsam gegeneinander abgeschätzt sein. — In diesem Sinne wirken die Kräfte des Werbedienstes an der Lösung der ihm gestellten Aufgaben: Die Haus- und Versuchspresse mit auserlesenen Schriften, das eigene Atelier unter Leitung eines der ersten deutschen Reklamekünstler, anerkannte Fachleute und geschultes Personal.

Berlin München

Werbedienst

Stuttgart Nürnberg

Digitized by Google

Neue Erscheinungen aus dem Verlag der Deutschen Verlags-Anstalt Stuttgart / Berlin

Kurd von Schlözer
Jugendbriefe
1841—1856

Herausgegeben von L. von Schlözer

Der neue Band Briefe aus Schlözers Feder gewährt uns Einblick in den Familien- und Freundeskreis, in dem der feine, hochbegabte Mann wurzelte. Schon in den Briefen des Jünglings finden wir die Eigenschaften, die das Lesen der Römischen und Mexikanischen Briefe so genußreich machen: die Sicherheit des Blicks und Freiheit des Urteils, die lächelnde Skepsis gegenüber allem, was sich selbst zu wichtig nimmt, und den geschichtlichen Sinn. Es sind bedeutsame Zeiten, vielfach wechselnde, bald idyllische, bald glänzende Orte, die uns in den Briefen wieder lebendig werden, gesehen durch ein Temperament, das auf die Außenwelt in seiner eigenen Weise reagiert und die Eindrücke äußerst lebensvoll gestaltet.

Gebunden in Halbleinen mit Goldaufdruck Mark 25.—

KARL LUDWIG SCHLEICH
Bewußtsein und Unsterblichkeit

Vorträge, gehalten an der Lessing-Hochschule zu Berlin

Der Verfasser hat mit seinen oft so völlig neuartigen Anschauungen über das Wesen des Bewußtseins, des Ichs, der Seele usw. über die Kreise der Wissenschaft hinaus die allgemeine Bildung unserer Tage um neue Einsichten und Werte bereichert. Alles Wesentliche seiner wissenschaftlichen Forschungsresultate und philosophischen Erkenntnisse ist in diesem Bande zusammengefaßt.

Mit 31 graphischen Darstellungen . Gebunden Mark 12.—

Durch alle Buchhandlungen zu beziehen

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Inhalt:

Politische Glossen 497

Thimme, Die Tragik des Sozialismus 499

Wasruk, Polnische moralische Offensive in deutschen Zeitungen 503

Brockhausen, Die Aussichten des tschechoslowakischen Staates 509

Preis vierteljährlich M 15.—, das einzelne Heft M 1,50

5. Jahrgang 22. Oktober 1920 Heft 43

Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart-Berlin

Alleinige Anzeigenannahme: **Werbedienst G. m. b. H. Berlin W. 35.** Lützowstraße 102/4

„Die Bücherpost"

unterrichtet wöchentlich über Neuerscheinungen des deutschen Buchhandels aus allen Wissensgebieten und der Unterhaltungsliteratur. Einzelnummer 25 Pf., vierteljährlich M. 2.50. Abonnements nimmt jede Poststelle, auch der Briefträger, entgegen. Probenummern sendet die Geschäftsstelle der „Bücherpost", Frankfurt a. M., Niddastr. 74, postfrei und umsonst.

A. WARMUTH · Speditionsgeschäft

Zentrale: BERLIN C 2, Hinter der Garnisonkirche 1a
Fernsprecher: Norden 309, 310, 1642, 4472 u. 4512.
Leipziger Abteilung: Dorotheenstr. 29a. Zentrum 2009.
Versand von Gütern aller Art nach allen Orten der Welt.
Möbeltransport - Lagerung

Ein neues Buch von Ludwig Finckh

Die Jakobsleiter

Erzählung. Gebunden M 16.—

Eine Oase des Trostes und des Friedens in der Wirrnis unserer Tage öffnet sich uns in des schwäbischen Dichters neuem Roman. Wieder sind es ein paar innerlich reich bewegte Lebensläufe, denen er uns folgen läßt, und sie nehmen wieder ihren Ausgang aus Finckhs eigener Heimat; die alte Reichsstadt Reutlingen mit ihrer Umgebung, den Bergen und Wäldern der Alb, ist der Schauplatz für die Jugendschicksale der Hauptgestalten des Buches. Wie eine Fülle farbenfreudiger Herbstblumen in einem schönen Gefäß, so ist in der Erzählung ein wahrer Reichtum an volkstümlicher Empfindung und Anschauung, oft in köstlich de dem Humor, an eigenartig klugen und frischen Gedanken zusammengebracht.

Durch alle Buchhandlungen zu beziehen
Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart / Berlin

Wie ein Hauch aus großer Zeit
weht es uns entgegen beim Lesen der
Erinnerungen an den Alten und seinen Sachsenwald
v. H. Lange. Die 11. Auflage empfiehlt es von selbst. Jeder Deutsche sollte es besitzen. Die hervorragende Ausstattung dieser Ausgabe in federleichtem, holzfreiem Friedenspapier, sowie der geschmackvolle Ganzleinen-Einband lässt das preiswerte Buch für nur M. 13.— neben jedem Luxusbuch als Zierde des Bücherschrankes bestehen Zuschlagsfrei.
Mühlmann-Verlag (Grosse) Halle a. S. 103

Bei allen Anfragen bitten wir, sich auf die „Deutsche Politik" zu beziehen.

Deutsche Verlags-Anstalt / Stuttgart / Berlin

Soeben erschienen:

Die Grundlagen des Geldwerts

von

Rudolf Kaulla

Preis kartoniert M 12.—

Die vorliegende Arbeit wendet sich ebensowohl an Geldtheoretiker wie an Finanzpolitiker und Praktiker des Geld- und Bankwesens. Die Schlußfolgerungen, zu denen der Verfasser im Verlaufe seiner überaus klaren und allgemein verständlichen Darlegungen kommt, weichen in zahlreichen praktischen Fragen, wie der Beurteilung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs, der Inflation und anderen, so stark von der hergebrachten Auffassung ab, daß die Schrift schon darum des größten Interesses aller Fachleute sicher sein darf.

Digitized by Google

5. Jahrgang * 22. Oktober 1920 * Heft 43

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

In Polen ist man dafür, feste Tatsachen zu schaffen und sich dann auf die Franzosen zu verlassen. Der Völkerbund und gelegentlich auch der „Oberste Rat" machen sich gut als Stellen, von denen man Meinungen, Ermahnungen, Vorschläge und Verweise bezieht. Aber man hat es sich noch nie angelegen sein lassen, dies alles sehr ernst zu nehmen. Denn man ist der französischen Sympathie ohne Hemmung sicher; es liegt also kein Grund vor, allzu peinlich zu sein. Der Warschauer Imperialismus läßt in einem Streich à la d'Annunzio den Litauern Wilna wegnehmen, spielt den Bedauernden und droht dabei mit neuem Krieg, droht mit ihm, weil die nationalistische Anspannung immer Hilfsmittel war und bleibt für die innere Partei- und Wirtschaftswirrnis. In Riga hat man zwar Waffenstillstände aller Art abgeschlossen, aber niemand kann sich entschließen, sie ernst zu nehmen. Und die Bolschewisten, deren militärische Situation im Süden kritischer wird, hoffen darauf, daß Warschau wieder in der Schwächung der inneren Kämpfe sich lähme. Ihre verzweifelte Situation macht sie in Hoffnung und Arbeit nicht müde. Die deutschen Unabhängigen blasen in Halle Wind in die ermatteten Segel ihrer Zuversicht.

*

Die Abstimmung in Kärnten hat die erwartete Mehrheit für Deutsch-Oesterreich gebracht. Das Schicksal des Landstriches ist damit freilich noch nicht völlig gesichert, denn über der Willenserklärung der Bevölkerung hängt die Interpretation, welche die Entente ihr politisch geben wird. Immerhin: was in der Südostecke des deutschen Sprachgebietes vor sich ging, ist ein Stück Entscheidung über deutsche Nationalzukunft. Wenn das Deutschtum nicht mehr oder noch nicht staatspolitisch die Einheitlichkeit seiner Schicksalsgestaltung erleben und führen kann, so doch volksmäßig. In diesem Sinn ist die Stellungnahme der Deutschen in allen Grenzmarken mehr als örtliche Entscheidung, die unter hundert wachsenden

Digitized by Google

Einflüssen stehen kann; sie ist ein Maßstab, ob und in welcher Stärke aus der Not heraus nationales Bewußtsein sich Ausdruck schafft. Was an den Grenzen des Deutschtums sich im Bekenntnis seine Form gibt, muß zurückwirken auf jene Gebiete, in denen nicht ein Abwehrkampf die Prägung einer nationalen Einheitsfront gebracht hat.

*

Zur Sanierung der Reichsfinanzen wird ein Kommissar des Reichsfinanzministeriums bestellt. Es ist nicht ganz deutlich, was er zu tun hat: soll er selber schöpferische Gedanken entwickeln, wie Geld aufgebracht werden kann, oder soll er in allen Verwaltungen herumjagen, wie Geld gespart werden könne? Das letztere wird wohl seine Aufgabe sein. Die Finanzsorgen spalten sich dann: Dr. Wirth muß sich besinnen, wie man Geld in die Staatskasse bringt, Dr. Carl soll erfinden, wie man nicht mehr ausgibt, als drin ist, d. h. er wird einen Kampf mit sämtlichen Ministerien aufnehmen müssen und er wird, wenn er etwas erreichen will, binnen kurzem der verhaßteste Mann in den Ressorts und fernerhin in den Beamtenverbänden sein. Liebe zu sammeln ist ja auch nicht sein Beruf, — aber man möge an sich nicht zuviel erwarten von einer Stelle, die selber ohne Exekutivgewalt ist. Das Reichskabinett hat es leicht, diesen Mann zu berufen: eine neue Verantwortung wird eingeschaltet. Das ist aber nur scheinbar, denn die Regierung wird von der Gesamtverantwortung nicht entlastet, die doppelter Natur ist: daß nicht der Ressortgeist eine einschränkende Etatisierung überwuchere, und daß man begreife: der Mittelpunkt der staatlichen Aufgabe ist heute dies: Durchführung der Steuern. Die Notenpresse muß schaffen, solange der Staat es nicht fertig bringt, Geld zurückzuholen; denn er muß damit rechnen, daß heute, sinnlos genug, in Stadt und Land eine neue Form von Bargeldhamsterei begonnen hat. Man wird es verstehen, daß der Gedanke der „Abstempelung" wieder in den Vordergrund tritt. Die Banken rufen nein. Aber etwas anderes wissen sie auch nicht. So liegt im Augenblick ein Stück Verantwortung für Wirtschaft, Valuta, Staatskredit an der baren Arbeitsintensität auf den Finanzämtern. Wie kann man sie steigern?

*

Die Sprengung der Unabhängigen in Halle ist geglückt. Die Russen triumphieren, daß die „Agenten der Bourgeoisie", das heißt die Crispien, Ledebour, Zietz in der Minderheit blieben. Das politische Chaos des deutschen Proletariats wächst. Die Revolution wird nun einen Zwischenakt einlegen: Der Kampf um Zeitungsbesitz und Parteikassen. Währenddem „marschiert die Idee des Sozialismus". Doch keiner weiß, wohin.

*

Digitized by Google

Die Tragik des Sozialismus

16. Oktober

Von Dr. Friedrich Thimme

In einer beachtenswerten Schrift: „Der Kampf der geistigen Arbeiter", hat der österreichische Sozialdemokrat Max Adler das Wort von der Tragik des Sozialismus geprägt. Adler sieht die ungeheure Tragik des Sozialismus darin, daß er, der ein System der Verteilung des Reichtums der Gesellschaft sei, in einem Zeitpunkt ihrer größten Verarmung zu Macht und Einfluß gelangt sei. In der Tat war seit den Tagen von Marx und Engels die sozialistische Ueberzeugung darauf gestellt gewesen, daß die Ueberleitung der kapitalistischen in die sozialistische Produktions- und Gesellschaftsform auf einem Höhepunkt der kapitalistischen Entwicklung, wo diese sich gleichsam selbst überschlage, eintreten werde. Nun aber ist der Moment, wo das Proletariat die vorherrschende Macht im Staatswesen geworden ist, zusammengefallen mit einer wirtschaftlichen Verelendung ohnegleichen, die die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums zu einer Chimäre macht. So ist, um mit Adler zu sprechen, „dem Sozialismus die widersinnige Rolle zugefallen, nicht als ein Spender allgemeinen und erhöhten Wohlseins in die Welt zu kommen, sondern als ein strenger Sparmeister und Rechner, der noch dazu seine Rechnung nicht ohne den kapitalistischen Wirt machen kann, von dem er abhängig geblieben ist, solange der Imperialismus der Siegerstaaten noch ungebrochen dasteht". Es begreift sich, daß unter diesen Umständen die dennoch versuchte Vergesellschaftung der Produktionsmittel, modern ausgedrückt die Sozialisierung, nicht denjenigen Erfolg hinsichtlich der Erhöhung der Produktion, der Verringerung der Produktionskosten, der Verbilligung der Produkte und der ökonomischen Besserstellung der Arbeiterschaft haben kann, der zu erwarten gewesen wäre, wenn der Sozialismus die Universalerbschaft des Kapitalismus unter günstigeren Umständen angetreten hätte. Daß die Sozialisierung des Bergbaus, die von der heutigen Regierung wohl nicht umsonst in diesem Augenblick auf die Tagesordnung gesetzt ist, sich zu einem wirtschaftlichen Erfolge gestalten werde, wagen kaum ihre überzeugtesten Anhänger zu behaupten. Die hochgesteigerten Erwartungen, mit denen die Arbeiterschaft den Ergebnissen dieser Sozialisierung entgegensieht, könnten die Enttäuschung am Sozialismus, die schon weite Kreise selbst innerhalb der Arbeiterschaft ergriffen hat, leicht noch verstärken.

Die allgemein feststellbare Enttäuschung, die der marxistische Sozialismus seit der Revolution in Deutschland, Oesterreich und Rußland hervorgerufen hat, liegt aber nicht allein in dem Umstand begründet, daß der Sozialismus zur Unzeit zur Macht gelangt ist. Vielmehr trägt in

Digitized by Google

höherem Maße dazu noch ein anderer Umstand bei: die hoffnungslose Uneinigkeit und Zersplitterung des Sozialismus. Diese Uneinigkeit datiert ja nicht erst seit heute und gestern; schon die Väter des Sozialismus, die Lassalle, Marx und Bakunin, in denen man die Vorläufer der drei sozialistischen Parteigruppen sehen mag, waren einander spinnefeind. In Deutschland hat nur die Klammer des Sozialistengesetzes die auseinanderstrebenden Elemente lange über dessen Zeitdauer hinaus zusammengehalten; aber es kriselte doch schon vor dem Kriege manchmal in der Partei, und nur das überragende taktische Geschick August Bebels hielt die Einigkeit, richtiger gesagt den Schein der Einigkeit, in der Partei aufrecht. Der Krieg brachte dann die Spaltung der Partei in Mehrheitssozialdemokraten und Unabhängige. Nach der Revolution schien es einen Augenblick, als ob der gemeinsame Besitz der Macht wenigstens einen taktischen Zusammenschluß der beiden sozialistischen Parteien herbeiführen würde. Aber der Versuch endete nur mit um so größerer Zwietracht. Seither haben sich die beiden Parteien nur immer mehr voneinander entfernt. Auch der Austritt der Mehrheitssozialdemokratie aus der Koalitionsregierung mit den Bürgerlichen, das Schuldbekenntnis der Mehrheitssozialdemokratie in Genf, überhaupt das ganze Liebeswerben ihrer Führer, vor allem Scheidemanns, um die Seele der Unabhängigen, haben eine Wiederannäherung der feindlichen Brüder nicht zuwege gebracht. Durch ihre Erfolge bei den letzten Reichstagswahlen übermütig geworden, glaubten die Unabhängigen, der Mehrheitssozialdemokratie das Wasser bald vollens abgraben zu können. Aber es bestätigte sich auch hier, daß Hochmut vor dem Fall kommt. Längst schon wütete in dem Innern der Unabhängigen, die ihrerseits den Spaltbazillus in die einige sozialistische Partei getragen hatten, der kommunistische Bazillus. Der Versuch, sich an Stelle der zweiten Internationale der Moskauer dritten Internationale anzugliedern, hat zur vollsten Krise im Lager der Unabhängigen geführt. In den 21 Anschlußbedingungen hat Moskau ein kaudinisches Joch errichtet, unter dessen Gewicht die Partei auseinanderbersten muß. Eigentlich ein Schauspiel für Götter: die sozialistische Partei, die am lautesten das Dogma von der Diktatur des Proletariats im Munde geführt hat, lernt jetzt diese Diktatur am eigenen Leibe schmerzlich kennen, soll sie doch nicht mehr und nicht weniger als das Harakiri an sich vollziehen.

Hätte der Sozialismus in dem Augenblick, als er mit der Revolution und durch die Revolution an das Ruder gelangte, als eine einheitliche und geschlossene Macht dagestanden, oder hätte er wenigstens seither seine Einheit zurückgewonnen, so hätte er sicherlich das innere Schwächemoment, das in den ungünstigen Zeitläuften lag, die ihn in jähem Ruck obenauf brachten, zu überwinden vermocht. Von einem einheitlichen deutschen Sozialismus wäre eine unwiderstehliche Werbekraft, eine siegreiche Stoß-

Digitized by Google

kraft auch über die Grenzen Deutschlands hinaus ausgegangen, vor der die Bourgeoisie auf die Dauer hätte die Segel streichen müssen. An der Uneinigkeit des Sozialismus aber haben die in sich ebenfalls hoffnungslos gespaltenen bürgerlichen Parteien ihre Haltung zurückgefunden. So hat der Sozialismus bei den diesjährigen Reichstagswahlen die Wahlschlacht verloren, und es läßt sich schon heute mit Sicherheit vorhersagen, daß die rückläufige Bewegung weiterhin andauern muß und wird. Daran kann die Zuversicht, die eben jetzt auf den beiden sozialistischen Parteitagen in Kassel und Halle, dort von den Mehrheitssozialisten angesichts der neuerlichen organisatorischen Fortschritte der Partei wenigstens mit einem Schein der Berechtigung, hier von den Unabhängigen im Moment ihrer Spaltung und des damit besiegelten völligen Zusammenbruchs ohne jedweden Grund zur Schau getragen wird, nichts ändern. Mit größtem Geschick hat ja die Mehrheitssozialdemokratie, die sich von je auf die Abhaltung von Paraden trotz Wilhelm II. verstand, den Kasseler Parteitag zu einem „helleuchtenden Fanal" der Einigkeit zu gestalten gewußt. In den Debatten über das Wirtschaftsprogramm, die das fast schon unvermeidliche Duell zwischen den beiden Ministern a. D. Wissell und Schmidt von neuem heraufführten, und in den übrigen Auseinandersetzungen ist gerade nur so viel Uneinigkeit zutage getreten, um das Gesamtbild der inneren Harmonie desto heller erstrahlen zu lassen. Es kann auch gar keine Frage sein, daß die Mehrheitssozialdemokratie aus dem Zusammenbruch der Unabhängigen, die noch vor kurzem ihr den Rang abzulaufen drohte, für sich große Vorteile ziehen wird. Aber das kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß es um die Einheitsfront des Sozialismus und damit um seine Zukunft schlimmer wie je steht. Wie die beiden markanten Gruppen des Sozialismus, die des demokratischen Sozialismus, der sich der verbleibende Rest der Unabhängigen mutmaßlich angliedern wird, und die des terroristischen Kommunismus je wieder zusammenkommen wollen, nachdem die Gegensätze sich bis aufs äußerste zugespitzt haben, das ist gar nicht abzusehen. Ob es in diesem Momente von den Mehrheitssozialisten, die durch die Gestaltung der Dinge mehr wie je auf eine Koalition mit den bürgerlichen Parteien angewiesen sind, taktisch klug und richtig war, diesen Parteien in Kassel den Brotkorb höher zu hängen und ein Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei als einer monarchistischen Partei schlechtweg abzulehnen — ist denn etwa das Zentrum eine prinzipiell republikanische Partei? —, mag dahingestellt bleiben. Das letzte Wort wird in diesem Punkte noch nicht gesprochen sein; die Verhältnisse können sich hier leicht stärker als alle Vorsätze gestalten. Sollte die Sozialdemokratie, die für sich allein die allmähliche Ueberleitung des kapitalistischen Staatswesens in ein soziales Staatswesen höherer Ordnung, um nicht zu sagen, in ein sozialistisches, nicht

Digitized by Google

erreichen kann, auf die Dauer davon Abstand nehmen, mit Hilfe anderer Parteien, die sie bei einer Koalition um so stärker beeinflussen kann, wenigstens einen Teil ihres Programms zu verwirklichen, so würde sich mit jener Tragik, die darin liegt, daß sie im ungünstigsten Moment auf den vordersten Platz im Staatswesen gelangt war, der Begriff der tragischen Schuld um so stärker verbinden.

Wenn erst die beiden Parteitage von Kassel und Halle ihre Tore geschlossen haben werden, dann wird es an der Zeit sein, das volle Fazit aus ihnen zu ziehen. Von dem Kasseler Parteitage sind ja in dem Moment, da dieses geschrieben wird, irgendwelche Ueberraschungen nicht mehr zu erwarten. Ausdrücklich mag gesagt sein, daß an dem Parteitage der Mehrheitssozialdemokratie, trotz der Ueberhebung, die sie gegenüber den bürgerlichen Parteien an den Tag gelegt hat, und mit der sie bereits von dem demnächstigen sozialistischen Reichskanzler spricht, auch den bürgerlichen Politiker vieles sympathisch berührt, vor allem jenes klare und machtvolle Bekenntnis zum demokratischen Gedanken. Unübersehbar ist aber in diesem Moment noch der Ausgang des Parteitages der Unabhängigen. Fast schien es ja, als ob der Vertreter des Kommunistischen Exekutivkomitees, Sinowjew, nachdem er die Führer der Unabhängigen ebenso mit Schmähungen zugedeckt hatte, wie es nach ihm der Führer der russischen Gewerkschaftsdelegation mit den deutschen Gewerkschaften getan hat, hinsichtlich der Bedingungen für den Anschluß an die dritte Moskauer Internationale mit sich reden lassen werde. Aber die Dinge sind doch bereits zu weit gediehen, als daß sich die Spaltung der Unabhängigen, die sich in Württemberg und am Rhein schon in aller Form vollzogen hat, noch aufhalten ließe. Fuimus Troes können die Unabhängigen schon jetzt von sich sagen. Einer etwa sich neu bildenden Partei der Unabhängigen wird man irgendwelche Zukunftschancen nicht zusprechen können, sie wird bald zwischen links und rechts zerrieben sein. Gespannt wird man darauf sein, ob der von Sinowjew geforderte Zusammenschluß der bisherigen kommunistischen Gruppen mit dem linken Flügel der Unabhängigen zu einer einheitlichen kommunistischen Partei wirklich vorsichgehen wird. Ist es der Fall, so wird der Kommunismus ja schwerlich gleich zu dem blutigen Terror greifen, als dessen Apologet Sinowjew in seiner gewaltigen Rede aufgetreten ist. Vielmehr wird sich der Kommunismus mutmaßlich dann mit aller Macht auf die Betriebsräte werfen. Der Kampf zwischen den Gewerkschaften und der Zentrale der Betriebsräte, der auf dem kürzlichen ersten Kongreß der Betriebsräte zu einem Ausgleich gekommen zu sein schien, wird dann von neuem ausbrechen und so an einem neuen Beispiel die absolute und irreparable Uneinigkeit des Sozialismus illustrieren. Welchen Gang die kommunistische Bewegung, mit der ein neues Moment der Spannung auch in das Parteileben eintritt,

Digitized by Google

dann weiter nehmen wird, ist heute nicht abzusehen. Leicht möglich, daß aus der Tragödie des Sozialismus, die wir vor uns sehen, sich neue Tragödien entwickeln werden.

Polnische moralische Offensive in deutschen Zeitungen

Von E. Wasruk (Göttingen)

Die allgemeine Unkenntnis über Oberschlesien droht uns noch zum Verhängnis zu werden. Schon in der Vorkriegszeit konnte man auf die unglaublichsten Vorstellungen über Oberschlesien stoßen. Jetzt, wo Oberschlesien durch den Versailler Vertrag zum Gegenstand der hohen Politik geworden ist, scheint das noch mehr der Fall zu sein. Sollte es da wundernehmen, wenn die Polen sich diese Unkenntnis zunutze machten? Bezeichnend dafür ist folgendes: Anfang September erschien in mehreren mitteldeutschen Zeitungen ein Aufsatz über den oberschlesischen Putsch und seine Ursachen, der solche Ungeheuerlichkeiten, Verdrehungen der Tatsachen und Lügen enthielt, daß ich mir nicht im geringsten im Zweifel darüber bin, daß diesen Aufsatz nur ein Pole geschrieben haben kann. Daß sich der Schreiber dabei eine deutsche Maske mit pazifistisch-antichauvinistischer Schutzfärbung aufgesetzt hat, ist nur zu natürlich, vermag jedoch nicht seine wahren Absichten zu verbergen. Ich begab mich, als ich den Artikel gelesen hatte, sofort zum Redakteur und teilte ihm meine Befürchtungen mit. Der Redakteur suchte meine Bedenken zu zerstreuen, indem er mir zunächst eine kurze Belehrung über Chauvinismus zu geben bestrebt war. Damit konnte er bei mir leider keinen Eindruck machen, da ich vom Chauvinismus ungefähr ebensoweit entfernt bin, wie ich dem Pazifismus nahestehe. Dann aber meint er, der Artikelschreiber könne schon deswegen kein Pole sein, weil er Mitarbeiter der Zentrale des Verbandes der heimattreuen Oberschlesier in Berlin, und der Artikel auch in anderen Zeitungen erschienen sei. Auch diese Gründe scheinen mir bei dem raffinierten polnischen Propaganda- und Spitzelsystem nur ein Beweis mehr für meine Behauptung zu sein. Dadurch bekommt aber die ganze Angelegenheit ein anderes, bedeutend ernsteres Gesicht. Taucht doch damit der Gedanke auf, daß deutsche halbamtliche Institutionen in Gefahr zu sein scheinen, von den Polen für ihre Zwecke mißbraucht zu werden.

Daraus erwächst uns die Pflicht, uns mit dem Aufsatz etwas näher zu befassen. Der Verfasser schreibt: „Die vier Bedingungen des Herrn Korfanty sind samt einer fünften, die von deutscher Seite vorgeschlagen war, von beiden Streitteilen angenommen worden, und es scheint, als

Digitized by Google

ob alles darüber froh wäre." Wenn man bedenkt, wie bitter schwer es den Deutschen fiel, mit den Rebellen zu verhandeln, daß sie sich erst dann dazu entschlossen, als sie sahen, daß von der interalliierten Kommission keinerlei ernste Schritte zu erwarten waren, muß man schon nach diesem Satz dem Artikelschreiber gegenüber erst recht mißtrauisch werden. Dann heißt es weiter: „Es nutzt gar nichts, den Polen allein alle Schuld zuzuschreiben. Vor allem aber: eine Schuld der polnischen Regierung ist auch nicht im entferntesten erwiesen!" Nachdem er dann krampfhaft versucht, die Unschuld der polnischen Regierung nachzuweisen, indem er es so hinzustellen sucht, als wenn polnische Soldaten nur als Deserteure beim Putsch mitgekämpft hätten, fährt er fort: „Die Hauptsache war doch ein Aufstand einheimischer polnischer Bauern und Arbeiter." Zunächst mußte es dem Verfasser bekannt sein, daß außer als Deserteure eine nicht unbeträchtliche Zahl, sicherlich nicht nur einige Hundert, von denen er unter Hinweis auf die Deserteure spricht, als beurlaubte polnische Soldaten sich am Putsche beteiligt haben. Es muß ihm ferner bekannt sein, daß schon vor dem mit knapper Mühe und Not Anfang Mai d. J. von den Deutschen vereitelten Putsch auffallend viel polnische Soldaten nach Oberschlesien beurlaubt worden waren. Eine unerhörte Verdrehung der Tatsachen aber ist es, wenn er eine Schuld der Deutschen zu *konstruieren* und den Putsch als einen Aufstand einheimischer polnischer *Bauern und* Arbeiter hinzustellen sucht,. wenn er damit gern den Anschein erwecken möchte, als hätte das polnisch sprechende oberschlesische Volk aus sich heraus den Aufstand ins Werk gesetzt. Zunächst: Bauern haben sich soviel wie gar nicht am Aufstand beteiligt. Wo der Putsch aber auch aufs Land übergriff, waren es fast durchweg landfremde polnische Banden, welche die Dörfer „eroberten" und dann „besetzt" hielten. Die Schuld aber am Aufstand, vielmehr am Putsch, trägt weder die deutsch noch die polnisch sprechende Bevölkerung Oberschlesiens, sondern einzig und allein Korfanty als politischer Leiter der polnischen geheimen Militärorganisation und General Le Rond als Mitwisser und Dulder, beziehungsweise stille Förderer der polnischen Treibereien. Dem Artikelschreiber müssen, da er doch mit den oberschlesischen Verhältnissen vertraut sein will, die im Frühjahr dieses Jahres veröffentlichten Geheimdokumente bekannt sein, in denen von polnischer Seite das mustergültige Verhalten der Deutschen dadurch bestätigt wird, daß den Unterführern der polnischen geheimen Militärorganisation, da die Deutschen der Geheimorganisation absolut keinen Anlaß zu einem Putsch geben wollen, Anweisungen erteilt werden, wie sie die Deutschen zu Ausschreibungen reizen sollten. Es muß ihm weiter bekannt sein, daß, da die Deutschen sich trotzdem ruhig verhielten, Korfanty Anfang Mai d. J. unter der Losung: „Fort mit der Sicherheitswehr!" den Putsch ganz einfach vom Zaune brechen

Digitized by Google

wollte, daß nur dadurch, daß die Deutschen ihm zuvor kamen, indem sie bei den Alliierten energische Schritte unternahmen, und dadurch erreichten, daß eine alliierte Kommission zur Untersuchung der Angelegenheit nach Oberschlesien gesandt wurde, der Putsch damals verhütet werden konnte. Nach dem Gesagten wird man auch — solange nicht durch eine unparteiische Untersuchung einer neutralen Kommission vollständige Klarheit geschaffen worden ist — annehmen müssen, daß zu den Kattowitzer Ausschreitungen Polen den Anlaß gegeben haben, um Korfanty endlich die langersehnte Gelegenheit zu geben, seinen Finger auf den Druckknopf seines Militärmechanismus zu setzen. Durch die neuveröffentlichten Geheimdokumente wird man auch in dieser Annahme vollauf bestärkt. Also: nicht das oberschlesische Volk ist schuld an diesem Putsch, sondern unverantwortliche, verbrecherische Absicht und kalte brutale Berechnung Korfantys und stilles Gewährenlassen Le Monds sind die Ursachen.

Der Verfasser schreibt weiter: „Man sagt, sie (die Polen) seien verhetzt. Aber jeder Partei erscheint die nationale Vorbereitung der andern, die doch vor der Abstimmung unerläßlich ist, als Verhetzung.“ Wie nennt es nun der Verfasser, wenn in Zeiten höchster Kartoffelnot, Kartoffeln, die aus Posen für oberschlesische Kohlen geliefert werden, von den Polen nur an diejenigen verteilt werden, die ihre Seele den Polen verschreiben, d. h. sich in die polnischen Listen eintragen lassen, wenn polnische Agitatoren aus ihrem schier unerschöpflichen Geldschatz den Eltern der Kinder, die das erste Mal zum Tische des Herrn gehen, Geldgeschenke machen, wenn die Polen in verschiedenen Berufen durch Versprechungen, Drohungen und andere Arten des Terror polnische Vereine gründen und über alle, die diesen Vereinen nicht beitreten, schwarze Listen führen, wenn, bevor ein Lehrer angestellt werden soll, ein junger 24jähriger ortsfremder polnischer Agitator im Dorfe erst von Haus zu Haus geht und die Dorfbewohner über den Lehrer ausfragt, dann zum Lehrer kommt, sich nach seiner nationalen Gesinnung erkundigt und ihm dann großspurig mitteilt, er sei Beauftragter der interalliierten Kommission und von seinem Urteil über ihn hänge die Anstellung ab, wenn ein polnischer Agitator, um dem Lehrer seine Macht zu zeigen, mit einem französischen Offizier den Unterricht revidiert, wenn in einer Gemeinde, in der von altersher während der Fronleichnamsprozession vom deutschen Cäzilienverein lateinische Gesänge vorgetragen wurden, der neugegründete polnische Gesangverein plötzlich die Forderung stellt, den Gesang übernehmen zu wollen, und weil der Pfarrer, der es mit seinem Gewissen nicht vereinbaren kann, daß die Prozession zu polnischen Propagandazwecken mißbraucht wird, dieser Forderung nicht statt gibt,. ihm gedroht wird, man werde ihm während der Prozession die priesterlichen Gewänder vom Leibe

Digitized by Google

reißen (glücklicherweise regnete es am Fronleichnamsfeste und die Prozession fand deshalb nicht statt), wenn polnische Geistliche von der Kanzel nicht nur auf die Deutschen wettern, sondern mißliebige Deutsche sogar mit Namen nennen, wenn in den Orten, wo ein polnisch gesinnter Geistlicher wohnt, Hyazinth-Vereine gegründet werden, „religiöse" Vereine, deren erster Paragraph lautet: „Mitglieder dieses Vereins können nur Polen werden", wenn in der Gründungsversammlung der Pfarrer sich in den wüstesten Schmähungen gegen die Deutschen ergeht, so daß ein Mitglied seiner Parochie an ihn dann in der Zeitung die Frage richtete, ob denn der heilige Hyazinth auch ein solcher „Deutschenfresser" gewesen sei?! Wahrlich, noch nie seit Menschengedenken ist in Oberschlesien Sitte, Moral und Religion so mit Füßen getreten worden, hat der Haß solche Orgien gefeiert. Selbst vor den geheiligten Banden der Familie macht er nicht halt. Eltern verfeinden sich mit ihren Kindern, Bruder mit Schwester, Mann mit Frau. Alte Freundschaften werden zu Feindschaften. Die Seelen der Menschen gehen im Haß unter, weil ein junger, kaum ins Leben getretener Staat seinen schier unersättlichen Imperialismus nicht zu zügeln weiß. Und das alles vollzieht sich unter den Augen der interalliierten Kommission, die als Symbol ihrer Mission die Friedenstaube auf die oberschlesischen Briefmarken drucken läßt! Hat die Welt je eine größere Verhöhnung dieses Symbols gesehen?! Aber zur Irreführung der öffentlichen Meinung der Welt ist eben jedes Mittel gut genug. Und nun frage ich jeden unbefangenen Leser, ist es möglich, hier nicht von Verhetzung zu reden? Wie wäre es denn anders möglich gewesen, ein Volk, das in seiner ganzen Geschichte keine nationalpolnische Regung aufweist (Korfanty hat das selbst bestätigt, indem er nach dem mißglückten Putsch im August 1919 ausrief, daß in diesem Putsch zum ersten Male oberschlesisches Blut für eine polnische Sache geflossen sei), das noch im August 1914 nur ein Ziel kannte, das Wohlergehen seines deutschen Vaterlandes, in einigen Monaten in zwei sich giftig befehdende Heerlager zu spalten? So wie tierisch aufgepeitschter Haß vor 2000 Jahren bewirkte, daß ein Volk heut „Hosianna!" und morgen „Kreuzige ihn!" rief, so ist auch hier diese plötzliche Wandlung nur durch eine fast unglaubliche Verhetzung möglich geworden. Sprachenverschiedenheit, Klassenhaß, vor allem aber Kriegsnot und Kriegsmißstimmung, verbunden mit der Aufpeitschung wilder egoistischer Instinkte, kurz jedes erdenkliche Mittel mußte herhalten, diesen Haß zu entfachen und zu schüren. Korfanty, der Anstifter und Leiter dieser Haßpropaganda, weiß, daß dieser Haß nicht von langer Dauer sein kann, daß er ebenso schnell wie er gekommen ist, auch wieder verfliegen wird. Er weiß, daß dieser Haß wohl ein Nationalgefühl vortäuschen, es aber nicht ersetzen kann. Und so fürchtet er mit Recht, daß am Ende seine „Polen" bei der Ab-

Digitized by Google

stimmung doch noch versagen könnten und deshalb möchte er, daß dieser Haß wenigstens noch bis zur Abstimmung anhält. Und deswegen seine Sehnsucht nach Putschen, wodurch dieser Haß immer wieder aufgewühlt und aufgepeitscht werden soll. „Nationale Vorbereitung, die vor der Abstimmung unerläßlich ist." Nur wer vom Haß selbst so mitgerissen ist, oder wenn polnischer Nationalismus und Imperialismus taub und blind macht, kann so reden.

Wenn dann der Verfasser die Franzosen gleichsam als Inbegriff aller Unparteilichkeit hinstellt, indem er schreibt: „Aber die interalliierte Kommission hat beiden bestätigt, daß sie sich im Rahmen der Gesetzlichkeit hielten", so verlohnt es sich eigentlich kaum noch angesichts der bereits angeführten Tatsachen, auf diesen Punkt einzugehen. Doch einige Fragen seien mir auch hier noch gestattet. Weshalb ist bisher kein polnisch gesinnter Oberschlesier aus Oberschlesien ausgewiesen worden, sondern lediglich deutsche Oberschlesier?! Weshalb ist Korfanty als politischer Leiter der geheimen Militärorganisation, weshalb sind die Unterbefehlshaber dieser Organisation nicht sofort nach den kritischen Maitagen ausgewiesen worden?! Am zweiten Tage der Kattowitzer Ausschreitungen ließ General Gratier die Führer der deutschen Gewerkschaften und der Parteien und die Spitzen der Behörden zu sich kommen, kanzelte sie ab, wie man dumme Schuljungen abzukanzeln pflegt, drohte sie als Geiseln festnehmen zu lassen (obwohl die deutschen Vertreter für die Ausschreitungen nicht verantwortlich gemacht werden konnten, da die Ausschreitungen *nicht* durch eine geheime Militärorganisation, die es unter den deutschen Oberschlesiern nicht gibt, hervorgerufen worden waren, sondern lediglich als Verzweiflungsschrei eines seit Monaten gequälten Volkes aufzufassen sind), ließ gleichzeitig Panzerautos in den Straßen auf- und abfahren, die blind drauflos schossen. Der polnische Putsch hat nicht zwei Tage, sondern vierzehn Tage gedauert. Weshalb hat General Gratier oder General Le Rond nicht auch Korfanty und seine Unterbefehlshaber zu sich kommen lassen, sie wie dumme Schuljungen abgekanzelt, ihnen gedroht, sie als Geiseln festnehmen zu lassen?! (Und Korfanty hätte dem Aufstand Einhalt gebieten können, denn sein „Militär" war es ja, das den Aufstand „machte", und er hatte sich ja selbst den deutschen Unterhändlern gegenüber gerühmt, daß auf einen Aufruf von ihm hin der Friede binnen 48 Stunden hergestellt werden könnte. Man überlege, welche zynische Verbrechergesinnung und welches unbewußte (oder doch bewußte?) Eingeständnis der Schuld sich hier offenbart: das Bewußtsein zu haben, den Aufstand und das Morden beenden zu können und es doch nicht zu tun, bis er von den deutschen Unterhändlern darum angegangen und in der Presse dann noch einmal außerdem daran gemahnt wird, und dann noch den „Mut" findet, *die Aufständigen wegen*

Digitized by Google

ihres „männlichen Verhaltens“ öffentlich zu rühmen.) Warum hat General Le Rond nicht auch in den polnischen Aufstandgebieten Panzerautos in Tätigkeit treten zu lassen? Aber es hätte der Panzerautos gar nicht bedurft, wenn General Le Rond nur ernste Miene gemacht hätte, eventuell mit Waffengewalt einzuschreiten, so hätte dies schon genügt, genau so wie es in den kritischen Maitagen genügte. Aber nicht einmal dazu konnte er sich aufraffen! Statt dessen hat General Gratier, als er am 28. August von einer Inspektionsreise aus dem Aufstandgebiete zurückkehrte, die deutschen Vertreter damit getröstet, daß die Polenführer (!) ihm versprochen hätten, überall für Ruhe zu sorgen!! Damit hat General Gratier also die Putschisten offiziell anerkannt!! Daß eine solche offizielle Anerkennung aufmunternd auf die polnischen Massen wirken muß, kann man sich leicht denken, und hierin ist wohl auch der Grund zu suchen, daß die polnischen Uebergriffe so lange nicht aufhören wollten. Die Franzosen haben also nicht nur keinerlei ernste Schritte unternommen, dem Aufstand entgegenzuwirken, sondern sie haben die Polen noch ermuntert und z. T., wie z. B. Zeitungsmeldungen aus Myslowitz berichteten und mir auch brieflich von dort von Augenzeugen bestätigt wurde, sich auf seiten der Polen am Aufstand beteiligt. Weshalb nun dieses zweierlei Maß, weshalb diese Gerechtigkeit mit doppeltem Boden?! Nun, jedenfalls wohl deswegen, weil General Le Rond der Inbegriff der Gerechtigkeit ist!

Der Verfasser schreibt weiter: „Aber die Leiter der polnischen Bewegung haben dafür auch zuerst zur Ruhe gemahnt, die Waffenabgabe gefordert, die Einstellung der Streiks empfohlen.“ Nach einer WTB.-Meldung vom 22. August aus Beuthen haben die deutschen Parteien und Gewerkschaften bereits an diesem Tage (22. August) zur Ruhe und Waffenabgabe aufgerufen und zu diesem Zwecke bei der interalliierten Kommission vorgesprochen. Korfanty aber hat erst am 27. August nach Verhandlungen mit den Deutschen, und, nachdem er von Dr. Urbanek in der Presse an seinen Ausspruch erinnert worden war, wonach auf einen Aufruf von ihm (Korfanty) hin der Putsch binnen 48 Stunden beendet werden könnte, zur Ruhe und Ordnung aufgerufen.

Der Verfasser sieht in dem Umstande, daß die Sicherheitswehr nicht auf paritätischer Grundlage aufgebaut und nicht ausschließlich mit geborenen Oberschlesiern besetzt worden sei, eine Ursache zu dem polnischen Putsch und tut so, als ob die Deutschen der Hinderungsgrund für die Erfüllung dieser Forderungen gewesen wären. Nach einem Ausspruch des Polenführers Czapla im „Katholik“ ist General Le Rond in Oberschlesien mächtiger, als früher der Russenzar in seinem Lande war. An ihm lag es also, wenn diese Forderung nicht durchgeführt wurde. Im

Digitized by Google

übrigen haben in mehreren Gemeindevertretungen Oberschlesiens die deutschen Fraktionen im April d. J. entweder selbst seine Resolution, welche diesbezügliche Forderungen enthielt, eingebracht, oder ihr doch zugestimmt. Wenn aber diesen Forderungen trotzdem nicht stattgegeben wurde, so ist das sehr erklärlich. Man brauchte eben einen Grund, den Putsch zu rechtfertigen und die breiten Massen des polnischen Volkes gegen die Deutschen aufzuhetzen!

Obwohl es der Lügen und Verdrehungen im Artikel noch mehrere gibt, glaube ich, daß das Gesagte bereits genügt, um sich ein Bild von dem Verfasser zu machen. Ist es wohl möglich, so frage ich nun jeden vorurteilslosen Leser, daß jemand, der seinem Vaterlande und seiner Heimat einen Dienst erweisen will, die Tatsachen, die geeignet wären, sein Vaterland moralisch zu rechtfertigen, so verdreht, daß sie es moralisch belasten, dafür aber um so mehr den Feinden nützen? Kein vernünftiger Mensch mit gesunden Sinnen wird so handeln! Es bleibt also nichts anderes übrig, als anzunehmen, daß der Verfasser kein Deutscher, sondern ein Pole ist!

Nun kann man es ja wohl verstehen, wenn die Polen das Bedürfnis empfinden, ihrer schwachen moralischen Position, besser gesagt unmoralischen Position, durch Verdrehungen und Lügen wenigstens den Schein von Moralität zu verleihen. Daß aber wir ihnen bei diesem unsauberen Geschäft Handlangerdienste leisten sollen, daß wir ihnen helfen sollen, unseren eigenen reinen Schild zu beschmutzen, damit der besudelte polnische sich nicht gar so schlecht ausnimmt, das müßte denn doch auch für den deutschen Michel eine etwas zu starke Zumutung sein. Wenn es aber möglich ist, daß etwas Derartiges, wie jener Artikel, in deutschen Zeitungen gedruckt werden kann, wenn es möglich ist, daß er sogar durch deutsche halbamtliche Institutionen in die Zeitungen geleitet wird, dann zeigt das, wie sehr wir Gefahr laufen, durch Unvorsichtigkeit, gutmütige Michelhaftigkeit und sonst noch manches andere, den unverschämten Zumutungen polnischer Spitzel und Agenten zum Opfer zu fallen. Die moralische Waffe ist die einzige, die uns noch geblieben ist. Diese Waffe aber gegen uns selbst zu kehren, ist heller Wahnsinn!

Die Aussichten des tschechoslowakischen Staates

Von Univ.-Prof. Hofrat Dr. Carl Brockhausen, Wien

I. Das Problem.

Als eine naheliegende Fortsetzung meiner Darstellung über die Zukunft der Deutschösterreicher möge diese Besprechung der Aussichten des tschechoslowakischen Staates nachfolgen, welcher zwischen Deutschland und Deutschösterreich sich einschiebt und vier Millionen Deutsch-

Digitized by Google

österreicher beherrscht. Eine kurze allgemeine Betrachtung sei vorausgeschickt. Es gibt Staaten, die natürlich erwachsen, und solche, die künstlich geschaffen sind. Glücklich jene natürlich und einfach entstandenen Staaten, wo eine einheitliche Nation, ein Volksstamm sich zu einem Staat vereinigt hat, wo also Nation und Staat eins sind. Solche Glückskinder waren bis vor kurzem Frankreich und Italien, bis ein siegreicher Krieg sie verlockte, Fremdnationale unter ihre Herrschaft zu bringen. Dieser imperialistische Eroberungsschritt wird ihnen noch manches Problem zu lösen geben, auch wenn die Zahl der Fremden gering ist im Vergleiche zur Einheitsnation.

Weniger einfach ist bei dem jetzt so mächtigen Nationalbewußtsein die Lage der aus mehreren Nationen zusammengesetzten Staaten. Geographische Verhältnisse können das Auseinandertreiben verhindern, wie bei der ringsvon Bergen eingeschlossenen Schweiz, bei dem Inselreich Großbritannien oder der in gewaltiger Isoliertheit entstandenen Union.

Wenn aber weder nationale Einheit noch naturgegebene Grenzen einen Staat stützen, dann ist eine starke und große Idee, ein Staatsgedanke besonderer Art nötig, um ihm als einem Kunstgebilde halbwegs die Kraft eines natürlichen Staates zu ersetzen. Das alte Oesterreich besaß solche Staatsgedanken, indem es seine Völker vor östlicher Gefahr beschützte, die westeuropäische Kultur weit nach Osten ausdehnte und so Volkssplittern ein friedliches Dach bot, unter dem jedes einzelne sich leidlich entwickeln konnte, wobei es in etappenweise verfolgbarer Entwicklung sich allmählich zu einem Staate der nationalen Gerechtigkeit und der nationalen Ausgleiche herauswuchs. Trotz dieser großen Staatsgedanken zerfiel es in der Stunde der Gefahr ebenso, wie der ungarische Nachbarstaat, welcher sich vergebens bemüht hat, das Problem des vielsprachigen Staates dadurch zu lösen, daß er aus seiner Mehrheit von Nationen ein gemeinsames Staatsvolk schaffen wollte, wobei er vor Gewaltmaßregeln nicht zurückschreckte. Der nationale Gedanke überwand die Staatsidee.

II. Die Gründung des Staates.

Aus dieser Betrachtung ergibt sich, wie außerordentlich schwierig die Lage des tschechoslowakischen Staates ist. Als eine angeblich unterdrückte Nation hatten sich die Tschechen der Pariser Konferenz vorgestellt; das alte Oesterreich habe ihnen Licht und Luft, Freiheit und Entwicklung genommen. Zwar war kurz vorher, 1916, ein nationales Prachtwerk erschienen, in welchem die hervorragendsten Gelehrten dieser Nation die staunenswerte wissenschaftliche und industrielle, merkantile und landwirtschaftliche Entwicklung stolz und selbstbewußt gepriesen und bewiesen hatten, in dem sie die Höhe der Volksbildung, der Körperentwicklung, der gesund-

Digitized by Google

heitlichen und künstlerischen Vollendung dargestellt hatten — was alles mit dem Unterdrücktsein in einem gewissen Widerspruch stand. Aber man glaubte ihren Klagen, und sie gewannen das Ohr der Entente, indem sie sich selbst als ein Volk der Liebe, der Duldsamkeit und der niemanden unterdrückenden Freiheit nannten. Nach den Erfahrungen, die sie als einst Unterdrückte gemacht hatten, würden sie selbst jeder Unterdrückung Fremdnationaler fernstehen.

So wurde nach dem Willen der siegreichen Entente der tschechoslowakische Staat gegründet, weder als einheitlicher Nationalstaat, noch nach historischen Grenzen, noch nach irgend ersichtlich genauer geographischer Abrundung — also ein nicht natürlich gewachsener, sondern ein künstlich konstruiertes Staatsgebilde. Man sucht nach dem diesen Staat zusammenhaltenden Staatsgedanken.

Es ist kein Zweifel, daß die Entente ihn vor allem deshalb nicht nur geschaffen, sondern mit fremdnationalem Gebiete besonders reich ausgestattet hat, um einen stets waffenbereiten Bundesgenossen im Osten Deutschlands zu besitzen. Dieses Ehrenamt, einen gezückten Dolch im Rücken des besiegten Feindes zu führen, teilt Tschechoslowakien mit anderen östlichen Randstaaten; aber dies ist doch mehr eine Bedientenrolle als die Lebensaufgabe selbständiger Völker. Es wäre für beide Teile, der Entente und ihren Schützling wenig ehrend, wollte man in dieser Aufpasserfunktion die hauptsächliche Lebensfunktion des neuerstandenen Staates erblicken.

Um gerecht zu sein, muß man ihm neben dieser für seine Stellung in der Völkerfamilie recht zweifelhaften Aufgabe doch noch eine höhere zubilligen, und eine solche haben auch die tschechischen Vertreter in Paris in Anspruch genommen, als es sich um die Gründung und Grenzbestimmung ihres Staates handelte. Der neue Staat sollte die völkerverbindenden Aufgaben, welche das alte Oesterreich auf seinem großen Gebiete mit zwölf Nationen nur unvollkommen gelöst hatte, in reinerer, edlerer, gerechter Weise lösen; auf einem verhältnismäßig kleineren Gebiete (142 000 Quadratkilometer gegenüber 300 000 Quadratkilometer des Kaiseröesterreich) mit weit weniger Einwohnern (13,8 Mill. gegenüber 40 Mill.), und sechs Nationen im Vergleiche von doppelt soviel des alten Staates, dachte man sich die Lösung des Problems eher durchführbar, und somit erhielt der neue Staat durch seine Begründung zugleich eine hohe sittliche Aufgabe. Er erschien der Mitwelt als ein Mandatar der Kultur — natürlich als ein besserer als es der alte Staat wer, den man ja zerstört hatte, weil er angeblich ein Unterdrücker war. Für eine rein paritätische Behandlung aller sechs Nationen schien auch das Zahlenverhältnis dieser Nationen eine Garantie zu bieten.

Digitized by Google

Von den 13,8 Millionen Einwohnern gehören der den Staat zunächst tragenden Nation, der tschechischen, nur 5,9 Mill. an; dazu kommen 2,1 Millionen Slowaken, von denen die Tschechen behaupten, daß sie mit ihnen zusammen nur eine Nation bilden, während umgekehrt die Slowaken sich gegen eine so nahe Verwandtschaft, die ihre Selbständigkeit aufheben würde, recht entschieden aussprechen. Aber selbst wenn man diese beiden als eins fassen wollte, so stehen rund acht Millionen ungefähr sechs Millionen Fremdnationale gegenüber: vier Millionen Deutsche, eine Million Ungarn, eine halbe Million Ruthenen und 2—300 000 Polen.

III. Die tschechischen Versuche.

Wie dachten sich nun die tschechischen Führer den Aufbau des Staates? Im Sinne ihrer noch kürzlich abgegebenen Verheißungen durfte man erwarten, daß sie sich bei der Konstituierung mit ihren künftigen Staatsgenossen ins Einvernehmen setzen würden, oder doch wenigstens einen ernsthaften Versuch in dieser Richtung unternehmen würden. Erleichtert würde ein solches Vorgehen dadurch, daß die Deutschen keinerlei revolutionäre Schritte unternahmen, daß sie weder im neuen Staatsgebiete sich irgendwie zu Aufstand oder Gesetzwidrigkeiten hinreißen ließen, noch auch von der Wiener oder Berliner Regierung zu solchen Schritten ermutigt wurden. Eine friedliche Verständigung mit den Deutschen lag in der Luft.

Aber diesen naheliegenden Weg beschritten die Tschechen nicht; ohne Mitwirkung der Deutschen, der Polen, Magyaren und Ruthenen wurde die Verfassung von einer willkürlich zusammenberufenen, nicht auf Volkswahl beruhenden Versammlung beschlossen — man kann sie staatsrechtlich nur als Oktroy bewerten. Daß ein offener Widerstand der Polen, Ungarn und Ruthenen sich zeigte, mag nicht Wunder nahmen; schmerzlicher war es, daß auch die Slowakei sich widerspenstig erzeigte, und daß Truppenmassen dort aufgestellt werden mußten, angeblich gegen Ungarn, in Wahrheit zumeist gegen die nächsten Stammesbrüder.

Im alten Oesterreich waren die Tschechen stets Vertreter des Länderpartikularismus gegen den zentralen Einheitsstaat gewesen, sie hatten sich immer darauf berufen, daß die Rechte der Nationen besser im kleinen Territorium des Einzellandes als im größeren Rahmen des Gesamtstaates gewahrt werden. Hier wäre nun Gelegenheit gewesen, diese ihre eigene, die Nationen beglückende Idee restlos durchzuführen — Mähren, Schlesien und die Slowakei waren diesem Gedanken geneigt. Aber kaum zur Macht gelangt, verwarfen die ausschlaggebenden Prager Tschechen diesen ihren Gedanken und führten den Zentralismus in einer in Altösterreich ungekannten Weise ein.

Digitized by Google

Wie aber denkt sich, so fragt man, der so einseitig entstandene tschechoslowakische Staat die dauernde Behandlung des Nationalitäten-Problems? Daß es bei der Gründung des Staates turbulent und ordnungswidrig herging, mag man durch „die Hitze des Gefechtes" entschuldigen — obwohl Gefechte nur dort stattfanden, wo tschechische Legionäre gewaltsam eindrangen. Auch daß die Gründungsfeierlichkeiten gewöhnlich ausarteten in Zerstörung deutscher Ladenschilder, Vernichtung deutscher Kunstdenkmäler — daß des bauernfreundlichen Kaiser Josef II. und des böhmenfreundlichen Dichters Grillparzer Standsäulen umgestürzt wurden, sei der blinden Volkswut verziehen; solche Zerstörungsakte haften an denen, die sie vornehmen, und an denen, die sie zu verhindern die Pflicht haben — aber die Hauptfrage ist und bleibt, wie denkt sich dieser Staat das Dauerverhältnis zu den nichttschechischen Staatsbürgern?

Von unzähligen Einzelbedrückungen sei hier nicht die Rede. Auch ganz klare Fälle können abgeleugnet, andere in ein anderes Licht gestellt werden. Nur zwei untrügbare Illustrationsfaktoren seien erwähnt, weil sie auch von tschechischer Seite nicht geleugnet werden können.

Nach den im alten Oesterreich geltenden Schulgesetzen mußten für die Angehörigen jeder Nation eigene nationale Volksschulen errichtet werden, sobald schulpflichtige Kinder dieser Nation in einem Orte oder sogar in einem Umkreise von fünf Kilometern vorhanden waren. Eine rege tschechisch-nationale Agitation benutzte diese gerechte Gesetzesbestimmung, um in zahlreichen, früher rein deutschen Gemeinden, so viele tschechische Kinder einzuquartieren, daß nun die deutsche Gemeinde eine tschechische Schule errichten mußte. Daß dieser Gesetzesbefehl auch wirklich ausgeführt wurde, dafür legt Zeugnis ab das erwähnte, von Tschechen verfaßte Prachtwerk, „Das böhmische Volk", welches rühmend hervorhebt, daß 99 Prozent der schulpflichtigen Kinder auch wirklich die Schule beziehen, und kein Land Europas weniger Analphabeten aufweise wie Böhmen! Obwohl somit für das Schulbedürfnis der tschechischen Kinder genügend vorgesorgt war, hat jetzt die Regierung eine Drosselung deutscher Schulen und eine Umwandlung derselben in tschechische vorgenommen, deren Umfang Entsetzen oder Kopfschütteln hervorruft. Im Vorjahr wurden in Böhmen zwanzig deutsche Schulen ganz geschlossen und überdies 254 Schulklassen aufgelassen. Für das kommende Schuljahr wurde die Schließung von Hunderten von Klassen deutscher Schulen neuangeordnet. Um Raum für neue tschechische Schulen zu gewinnen, werden massenhaft deutsche Schulen auf Halbtagsunterricht reduziert. Einzelbeispiele wirken fast erheiternd. In der deutschen Gemeinde Lauterbach mit rund 300 deutschen Schulkindern wird das große Schulgebäude für tschechische Schulzwecke beschlagnahmt, und es melden sich im ganzen zwei tschechische Schulkinder!

Digitized by Google

Dies ist das eine Illustrationsfaktum; das zweite ist folgendes: Zu den Gemeindewahlen in deutschen Gemeinden werden kurze Zeit vorher tschechische Legionäre in den betreffenden Ort einquartiert (zu der am 26. September in Iglau stattfindenden Gemeindewahl 2000 solcher Legionäre), die als wahlberechtigt die Deutschen, welche noch im September 1919 eine starke Zweidrittelmajorität aufbrachten, majorisieren sollten, was in Znaim und Brunn gelang, in Iglau nicht.

IV. Das voraussichtliche Ergebnis.

Rein logisch betrachtet standen dem tschechoslowakischen Staate zwei Wege offen; entweder er versuchte es, ein einheitlicher Nationalstaat zu werden, oder er schickte sich darein, das zu sein, was er tatsächlich ist, ein national gemischter Staat, ein Nationalitätenstaat.

Die bisherigen Verwaltungsmaßnahmen deuten darauf hin, daß er sich bereits dafür entschieden hat, ein Nationalstaat zu werden; wie der Name besagt, bestehend aus zwei Stämmen, Tschechen und Slowaken. Seine Zentralisierungsbestrebungen wollen zunächst aus diesen beiden Stämmen einen machen, und zwar wider den ausgesprochenen Willen der Slowaken, die sich als nationale Besonderheit fühlen. Das ist die erste große Schwierigkeit; größer ist die Schwierigkeit, welche die Deutschen, Ungarn, Polen und Karpathorussen bieten. In einem tschechischen Nationalkörper wären sie Fremdkörper. Austilgung, Entnationalisierung oder Auswanderung wäre ihr Los. Die tschechische Theorie, daß die Deutschen „Zugewanderte" seien, enthebt sie freilich in ihrem Gewissen mancher Rücksichtnahme, die sie angeblich einer bodenständigen Bevölkerung gegenüber haben würden; aber diese künstlich hervorgerufene Gewissenlosigkeit widerstrebt modernen Anschauungen, ganz abgesehen, daß sie eine Geschichtslüge ist; man muß über die ganze Neuzeit bis ins Mittelalter, ja zum Teil bis in die Völkerwanderung zurückgreifen, um Anhaltspunkte für diese Theorie zu finden. Seit mehr als einem halben Jahrtausend sind die nationalen Siedlungsverhältnisse unverändert.

Wenn auch alle bisher geübten Gewaltakte, die behördlichen sowohl wie die von der Behörde geduldeten, nur verständlich sind als der Wille, durch Unterdrückung der Fremdnationalen den nationalen Staat aufzurichten, so scheitert dieser Versuch unfehlbar an den Zahlenverhältnissen: sechs Millionen Tschechen können vier Millioenn Deutsche nicht auffaugen, ein Nationalstaat kann nicht bestehen, wo die knappe Hälfte der Träger der nationalen Idee ist. Das ungarische Beispiel sollte abschreckend wirken; aber bislang hat es die Tschechen nicht einmal gehindert, die ungarischen Methoden der Gewalt und Einschüchterung nachzuahmen. Um kleiner Vorteile willen hat der Staat sein Ansehen als Rechtsstaat aufs Spiel gesetzt.

Digitized by Google

Damit ist nun — weit rascher als die Tschechen es vermutet haben — etwas geschehen, was ihre Zukunftsaussichten aufs schwerste erschüttert. Sie haben in ganz Europa ein moralisches Todesurteil erlitten. Sie haben alle jene enttäuscht, welche von ihnen ein Reich der Gerechtigkeit in Mitteleuropa erwarteten; man beginnt an der Wahrheit ihrer Klagen über nationale Unterdrückung zu zweifeln, seit sie sich selbst als Unterdrücker bekennen. Wenn diese Maske erst gefallen wäre, nachdem sie die übrigen Staatsgenossen bereits mit Erfolg tschechisiert hätten, so hätte man vielleicht über dem Erfolg den moralischen Defekt übersehen, der zu diesem Erfolge hinführte. So aber stehen sie erst am Anfange ihrer Nationalisierungsversuche; das vernichtende moralische Urteil ist schon fertig und der Erfolg ist noch ausständig.

Diese Bilanz wirkt sofort auf die inneren Verhältnisse zurück. Sie stärkt nicht nur den Widerstand der Fremdnationalen im Staate, sie kräftigt auch die Selbständigkeitsbestrebungen der Slowaken. Und was für die tschechischen Chauvinisten das bedenklichste ist, auch die Arbeiterschaft beginnt diesen schulfeindlichen Drosselungen und den an das Mittelalter erinnernden Dragonaden gegenüber kopfscheu zu werden. Die tschechischen Sozialdemokraten sind zwar weit mehr Tschechen als Internationale, aber über gewisse Freiheits- und Menschenrechte hinwegzugehen, können sie doch nicht gestatten, ohne ihren Halt in der Demokratie zu verlieren. Also moralisch betrachtet haben die Tschechen schon heute jenes frevle Spiel verloren, mit denen sie die kleinere Hälfte ihrer Staatsgenossen entnationalisieren und tschechisieren wollten; im Innern steht der Staat lockerer gefügt da als Altösterreich in seinen schlimmsten Zeiten.

Ob wir Deutsche uns dieses Zustandes freuen sollen? Wem Schadenfreude ein Vergnügen bereitet, der möge sich diesem Genusse voll hingeben. Wer tiefer denkt, möge zwar einerseits freudig erkennen, daß der Versuch, vier Millionen Deutsche einfach aus dem Deutschtum auszuschalten, als mißlungen zu betrachten sei; aber darüber hinaus wird wohl zu erwägen sein, ob es nicht klug wäre, gerade jetzt mit den Tschechen ein sehr verständiges Wort zu sprechen. Das Ziel wäre, den Tschechen einen Ausweg zu gewähren, der ihren nationalen Unabhängigkeitsdrang respektiert, die ihnen zukommende Stellung nachbarlich sichert und ihnen Lebensmöglichkeiten eröffnet, die sie nicht dauernd in die Arme unserer Feinde treibt. Selbstverständliche Gegenleistung wäre die Sicherstellung unserer deutschen Nationsgenossen.

Digitized by Google

Notizen

Der Kronprinz im Sommer 1917. Es war schon aus Graf Czernins Erinnerungen bekannt geworden, daß der deutsche Kronprinz sich im Sommer 1917 „kriegsmüde und friedenbegehrend im wahren Sinn des Wortes" gezeigt habe. Er soll sich dem österreichischen Minister des Auswärtigen gegenüber sogar bereit erklärt haben, wenn auch nicht ohne inneres Widerstreben, mit seinem kaiserlichen Vater über territoriale Abtretungen, d. h. Aufgabe Elsaß-Lothringens, zu sprechen. Nach Graf Czernin wäre es indessen den deutschen Militärs gelungen, die Bestrebungen des Kronprinzen im Keime zu ersticken; Ludendorff selbst hätte zu Czernin in Berlin gesagt: „Was haben Sie denn mit unserem Kronprinzen gemacht, der ist ja ganz schlapp geworden? Aber wir haben ihn wieder aufgepumpt." Was an diesen wie immer stark feuilletonistisch zugespitzten Angaben Graf Czernins Wahres ist, erkennt man jetzt aus einer Denkschrift des Kronprinzen aus dem Sommer 1917, die Major a. D. Kurt Anker, ein Vertrauter des Prinzen, in seiner „Militär-politischen Wochenschau" veröffentlicht hat. In dieser Denkschrift zieht der Kronprinz anläßlich des Wechsels in der Reichsleitung im Juli 1917 die gesamte Bilanz des Weltkrieges. Er gesteht unumwunden zu, daß diese Bilanz für Deutschland und seine Verbündeten ungünstig stehe und sich voraussichtlich noch verschlechtern werde. Daher rät er, nicht mehr an eine Offensive zu denken, sondern nur noch an ein möglichstes Halten der Stellung bei intensiver Fortführung des U-Bootkrieges für eine gewisse Zeit, und, falls der U-Bootkrieg auch weiter die auf ihn gesetzten Hoffnungen nicht erfülle, an Frieden. Natürlich ist der Kronprinz nicht, wie Graf Czernin glauben machen will, vollständig Pazifist, auch um den Preis eines Verlustfriedens, geworden. Die Friedensresolution des Reichstages erfreut sich als eine „vorschnelle Haltung", die der Mißdeutung des feindlichen und neutralen Auslandes als eine glatte Bankrotterklärung ausgesetzt war, keineswegs der Billigung des Kronprinzen. Im übrigen aber spricht der Kronprinz, wohlgemerkt für den Fall des Versagens der auf den U-Bootkrieg gesetzten Hoffnungen, von einem Verständigungsfrieden auf der wesentlichen Grundlage des status quo, also nicht etwa von einem Verlustfrieden. Besser jedenfalls die Enttäuschung eines solchen Verständigungsfriedens als das sonst drohende Diktat des Vernichtungsfriedens. In diesem Zusammenhang prägt der Kronprinz den prophetischen Satz: „Diktieren unsere Gegner den Frieden, dann ist der letzte Buchstabe hohenzollernscher, preußischer und deutscher Geschichte mit dem gleichen Federstriche geschrieben." Die gesamte Denkschrift zeugt von einem überraschend nüchternen, klaren, den Dingen auf den Grund gehenden Urteil. Politik treiben, bedeutet nach dem Kronprinzen den Mut besitzen, der Wahrheit ins Antlitz zu sehen. Das stimmt nicht zu dem Bilde des leichtherzigen und oberflächlichen, dem Sport und Liebesfreuden zugewandten Viveurs, das sich die öffentliche Meinung im In- und Auslande vielfach von dem Kronprinzen gemacht hat, läßt ihn vielmehr als eine durch den Krieg gereifte Persönlichkeit erscheinen, die bei der dem deutschen Kronprinzen traditionell eingeräumten überaus begrenzten und niedergehaltenen Stellung, sich leider, und sehr zum Schaden der deutschen Sache, nicht durchzusetzen vermocht hat. Die Gerechtigkeit gebietet das anzuerkennen, um so mehr, als die nationalistischen Kreise, die einst in dem Kronprinzen ihr deutschvölkisches Ideal zu sehen vermeinten, jetzt von ihm abzurücken beginnen.

F. Th.

Digitized by Google

Deutschlands Kindernot in englischer Darstellung. Wenn deutsche Blätter gern die Gelegenheit benutzen, Stimmen der Verständigung und gerechten Würdigung deutscher Verhältnisse zu zitieren, die von jenseits des Kanals zu uns herüber dringen, so darf man darüber nicht vergessen, daß diese erfreulichen Töne von einer bisher noch schwachen Minderheit ausgehen. Es sind einige Konservative vom Hochadel, dann die Masse der alten Liberalen und der aufgeklärte Teil der Arbeiterschaft. Die Presse, die den breiten Schichten des gewerblichen und handeltreibenden Mittelstandes ihre Anschauungen beibringt und am besten durch den Northcliffekonzern bezeichnet wird, setzt nach wie vor den Krieg im Frieden fort. Geschieht es nicht in aktiver Verleumdung, so negativ in einer Berichterstattung, die jeden Stimmungsumschwung zugunsten Deutschlands im Keim erstickt. Man greift sich an den Kopf, wenn man in der „Times" vom 10. Juli eine Darstellung „Germany to — day" liest, nach der Deutschland fast im Ueberfluß aller notwendigen Dinge lebt, eine Darstellung, die nach dem Urteil des „Friend", des Organs der Quäker, in England verhängnisvoll irreführend gewirkt hat. Von diesen Blättern, die z. B. in der Verteidigung des Versailler Vertrags beinah noch weiter als die Franzosen gehen, sagt Arthur Ponsonby, der hervorragende radikale Abgeordnete und Außenpolitiker, in „Foreign Affairs": „Unsere Presse verbirgt geflissentlich den wahren Stand der Dinge im Innern Deutschlands, aber unsere Regierung sollte sich etwas besser von dem dortigen sozialen und wirtschaftlichen Elend überzeugen. Dann würde sie einsehen, wie wesentlich Deutschlands Wiederherstellung für den Wiederaufbau Europas ist."

Die politische Moral von heute erlaubt und fördert noch eine bewußt falsche Berichterstattung; diese wird zum Verbrechen und wegen ihrer Heuchelei doppelt verabscheuungswürdig, wenn sie sich auf eine Tatsache erstreckt, für die die englische Regierung zu einem Teil die Verantwortung trägt wie für Deutschlands Kinderelend. Der Geist dieser Berichterstattung wird an den Pranger gestellt in einem Aufsatz „Kinderleben und Kindersterben in Deutschland" den die „Contemporary Review", die führende englische liberale Monatsschrift, in ihrem Septemberheft veröffentlicht (Child life and death in Germany. The Contemporary Review. Sept. 1920, London.). Verfasserin ist Frau Dorothy Buxton, die als Quäkerin einen hervorragenden Anteil an der Organisation des Liebeswerkes der Quäker in den vom Kriege betroffenen Teilen Europas gehabt und ihre von tiefster Menschenliebe eingegebenen Gedanken in dem lesenswerten Buch Europe after the war niedergelegt hat. Die Weltanschauung der Quäker verbietet den Kampf, es sei denn mit den Waffen der Liebe. Umso eindringlicher wirken die lichten Sätze, mit denen Frau Buxton den genannten Aufsatz einleitet und die Irreführung der öffentlichen Meinung Englands durch eine gewisse Presse kennzeichnet:

„Man schreibt heute viel über die Entbehrungen und das Kinderelend in vielen Ländern Europas. Aber ein Land gibt es, wo dieses Elend der allgemeinen Kenntnis noch immer mit dem Schleier der Skepsis, wenn nicht tatsächlich falscher Darstellung, verhüllt wird, sorgsam gewoben von einer Presse, die eine gefährliche politische Rückwirkung befürchtet, wenn die häßlichen Tatsachen bekannt würden. Diese Presse findet zudem fertigen Stoff in den oberflächlichen Beobachtungen sorgloser Reisender. Noch ist das Schwert der Feder nicht in der Scheide. Seine unsichtbaren Opfer sind heute die Körper ungezählter Kinder." Wer hinter den Schleier sehen will, so sagt Frau Buxton, der stütze sich auf die Erfahrungen der Helfer am Liebeswerk, die in die Tiefe des Volkes hinabsteigen, Zugang zu seinem Vertrauen und zu seiner Häuslichkeit gewinnen.

Digitized by Google

Die Franzosen haben verstanden, das Mitleid der Welt für ihre vom Kriege verwüsteten Provinzen zu erregen. Gewiß, die Zerstörung von unersetzlichen Kulturgütern war groß, und außerdem sind zerschossene Städte ein eindruckvolleres Werbemittel als menschliche Ruinen, die klaglos und still zerfallen. So schreibt eine Helferin aus ihrer Tätigkeit: „Du siehst den Hungertod nicht in dramatischer, überzeugender Form; du siehst kein Betteln auf der Straße, begegnest keinem mitleiderregenden Anblick in der Oeffentlichkeit, wie man es in den Chroniken von belagerten und aussterbenden Städten liest. Nein! Alle Entbehrungen spielen sich still und hübsch, wie es sich gehört, zu Hause ab; wenn der Tod kommt, so kommt er in Gestalt von Influenza, Tuberkulose oder Herzschwäche . . . und schleppt sein erschöpftes Opfer mit der größten Leichtigkeit von dannen. Es ist weder dramatisch, noch eindruckvoll und bei einem flüchtigen Besuch nicht wahrzunehmen."

„Wer die Wahrheit über die Verhältnisse in Deutschland wissen will," so fährt Frau Buxton fort, „der wird natürlich die Berichte vertrauenswürdiger Statistiker und medizinischer Autoritäten (mit Einschluß britischer Forscher) sowie das Zeugnis solcher Personen, die ihre Tätigkeit wie die Helfer am Liebeswerk in enge Fühlung mit dem Leben der deutschen Bevölkerung gebracht hat, zu Rate ziehen. Man kann nicht kräftig genug betonen, daß den schmerzlichen aus solchen Quellen abgeleiteten Schlüssen meines Wissens niemals eine ernsthafte Untersuchung widersprochen hat. Die günstigen Berichte über die Lebensbedingungen in Deutschland, die von Zeit zu Zeit in der „Times" und anderen Blättern erscheinen, sind das Werk von Beobachtern, die in den teuersten Hotels wohnen und sich niemals die Mühe geben, das Leben des Volkes zu teilen, die allen Statistiken über Krankheit und Tod aus dem Wege gehen und ihre Urteile auf die oberflächlichsten Erscheinungen in den Städten und auf die vorteilhafteren Bedingungen in ländlichen Gebieten gründen." —

Uns sind die Zahlen über Unterernährung und Sterblichkeit und die Summe von Not und Elternschmerz, die sie bedeuten, allzu geläufig. Frau Buxton legt sie in dem nüchternen Tatsachenstil, der der englischen Denkweise angepaßt ist, auf vier Seiten der Oeffentlichkeit dar, alle die Daten aus Krankenhäusern und Kinderheimen, die Zahlen von dem, was ein Kinderkörper braucht und was er tatsächlich an Nahrung erhält, die erschütternden Angaben aus den Industriegebieten und den Hungerbezirken des Erzgebirges und Schlesiens, den Mangel an Milch, an Kohlen, an Kleidung, an Betten, Windeln und Seife.

Am Schluß ihres Aufsatzes gibt Frau Buxton zu, daß das Elend der reichsdeutschen Kinder von dem in Polen und Oesterreich erreicht und in einzelnen Fällen noch übertroffen werden mag. „Aber es sind die ungeheuer viel größeren Zahlen, die das Problem in Deutschland so besonders dringend und schwer gestalten. Auch darf man nicht die Höhe des Wohlstandes vergessen, von der Deutschland zu den Tiefen des Elends und der Verzweiflung herabgesunken ist. Die Rückwirkung dauernder Entbehrungen auf Körper, Geist und Seele muß im Verhältnis zerstörend wirken auf ein Volk, das seit Menschenaltern an einen hohen Durchschnitt der Ernährung, der Sauberkeit, Ordnung und Behaglichkeit gewöhnt ist. Der Schluß aus der Sachlage, der sich bereits im letzten Winter dem Berichterstatter des „Daily Telegraph" aufdrängte, ist der folgende: „Die unwürdigen Lebensbedingungen des deutschen Volkes von heute bergen die Saat eines furchtbaren künftigen Krieges in sich. Aber sie werden die besten Instinkte des britischen Volkes wecken. Die Kinder und kränkelnden Frauen . . . verdienen seine Sympathie und Unterstützung."

Die englische Presse ist eine gewaltige Macht. Ihr ist gegeben, mit Teufels- oder Engelszungen zu Millionen von Menschen zu reden. Möge die Stimme

Digitized by Google

der edlen Quäkerin weit in die angelsächsische Welt dringen und in den Northcliffeschen Lügenschleier ein Loch reißen, auf daß die Sonne der Wahrheit die besten Instinkte des englischen Volkes erreiche. H. M.

Eine italienische Stimme über die deutsche Lage. Die „Idea nazionale" in Rom macht unter dem 30. September folgende bemerkenswerte Ausführungen: Nach diesem Zusatz kann Deutschland, um die monatlichen 2 Millionen Tonnen liefern zu können, eine größere Menge Kohlen aus Oberschlesien ausführen, obgleich dieses Gebiet augenblicklich unter der Kontrolle eines Verbandsausschusses steht, in dem Frankreich den Vorsitz führt, und das deshalb faktisch dem Machtbereich Deutschlands entzogen ist. Auf der einen Seite also eine Drohung (Besetzung des Ruhrgebiets), auf der andern ein Zugeständnis, das jedoch abhängt von dem guten Willen Frankreichs. Wie es um den guten Willen Frankreichs, Deutschland die Erfüllung des Vertrags zu erleichtern, bestellt ist, haben die letzten Wochen gezeigt. Sobald Frankreich sah, daß Deutschland, wenn auch auf die Gefahr hin, drei Viertel seiner Industrie lahmzulegen und die bestehende Arbeitslosigkeit besorgniserregend zu vergrößern, seiner Verpflichtung nachkam, fing es an, in allen seinen Zeitungen bekanntzugeben, man habe sich in Spa täuschen lassen und Deutschland Bedingungen auferlegt, die es jetzt viel zu leicht erfüllen könne. Daß aber den Deutschen die Lieferung der 2 Millionen Tonnen recht schwer werde, dafür sorgten inzwischen der General Lerond, Vorsitzender des Verbandsausschusses für die Volksabstimmung in Oberschlesien, und seine polnischen Freunde. Man begann dem Kohlentransport Schwierigkeiten zu bereiten. Polen, das auf Grund des Versailler Vertrags das Recht auf eine gewisse Menge schlesischer Kohlen hat, erhielt einen deutschen Kohlenzug um den andern, und statt diese leer nach Deutschland zurückgehen zu lassen, benutzte es sie und benutzt sie noch zu seinen Kriegstransporten. Zwei Fliegen mit einem Schlag. Polen hat sich bis jetzt 2000 Lokomotiven und 90 000 Waggons angeeignet. Aber dies genügte nicht. Unangenehmerweise, aber unbestreitbarerweise wurden die 2 Millionen Tonnen Kohlen pünktlich übergeben. Frankreich sah täglich die festgesetzte Menge Kohlen an seinen Grenzen ankommen. Nun ließ es Lerond geschehen, daß Korfanty, der berüchtigte polnische Führer, den, wie ich Ihnen durch zahlreiche authentische Dokumente nachgewiesen habe, vorher geplanten Einfall ausführte. Eine einfache Versammlung, veranstaltet von Arbeitern von Kattowitz zum Protest gegen die fortwährenden Transporte französischer Truppen und Munition, die durch die Tschechoslowakei nach Oberschlesien kamen und dann nach Polen weitergingen im Widerspruch mit der erklärten Neutralität Deutschlands im polnisch-russischen Konflikt, bot den Franzosen Gelegenheit, ihre Macht zu zeigen, den polnischen Banden, Bomben gegen die Menge zu werfen. Der Rest ist bekannt. Unmittelbare und geheimnisvolle Erklärung des Generalstreiks im Bergwerksgebiet, der aber von den deutschen Arbeitervereinigungen abgelehnt wurde. Von wem also war der Streik ausgegangen? Von den Polen, die die Minderheit bilden, aber geleitet nach deutschem Muster, um den Anschein zu erwecken, als ginge er von den deutschen Bergarbeitern aus. Es folgten Szenen tierischer Wildheit durch die bewaffneten polnischen Banden des Korfanty, Plünderungen, Brandstiftungen, Zerstörungen, Morde. Mehr als 300 Deutsche wurden hingemetzelt. Die Unruhen dauerten länger als zehn Tage. Als die deutschen Bergarbeiter in die Gruben einfahren wollten, wurden sie bedroht, geschlagen, gelyncht in Gegenwart der untätig zusehenden französischen Soldaten. In Breslau, auf deutschem Gebiet, drang die empörte deutsche Bevölkerung, erregt

Digitized by Google

durch die Erzählungen der Flüchtlinge und, wie es heißt, auch aufgehetzt durch Polen, in das französische und polnische Konsulat ein und zerstörte dieses. Polen hat in den Gebieten, die ihm Wilson im Namen des Völkerbundes zugesprochen hat, so viel Deutsche getötet und gemordet, daß es nicht daran dachte, Genugtuung zu fordern. Ein bezeichnendes Schweigen. Frankreich dagegen spielte den guten Mann und begnügte sich, wie gewöhnlich, mit einem Sühneverlangen und 100 000 Franken. Es war nicht das Breslauer Konsulat, auf das es ihm ankam, sondern der Streik der schlesischen Bergarbeiter. Zehn Tage Streik mußten gar wohl die Lieferung der 2 Mill. Tonnen beeinflussen, und Foch hatte die Divisionen zum Marsch nach der Ruhr bereit. Diesmal schien die Ruhr verloren. Nun verbot Le Rond die Ausfuhr schlesischer Kohlen nach Deutschland. Zuerst mußten die im Rückstand gebliebenen Mengen an Polen geliefert werden. Deutschland erlitt in diesen Tagen einen Ausfall von fast 1 Mill. Tonnen Kohlen, aber am 1. September mußte der Verband, d. h. Frankreich, zugeben, daß die 2 Mill. Tonnen trotzdem geliefert waren.

Jetzt ergriff Poincaré zur Feder und rief sämtliche Blitze des französischen Himmels auf Deutschland herab, das mit solcher Hartnäckigkeit jeden Vorwand für den Einmarsch ins Ruhrgebiet wegnahm. Frankreich, schrieb der frühere Präsident der Republik, hat erkannt, was nötig war. Nichts von einer Konferenz in Genf. Der Wiedergutmachungsausschuß wird bestimmen, was Deutschland auferlegt werden muß. Mit Deutschland kann und darf man nicht verhandeln. Habt ihr nicht die Folgen von Spa gesehen? — Der arme Korfanty war infolge der Veröffentlichung seiner Dokumente, worin er u. a. am 9. September dem polnischen Kommandanten von Ossowice versicherte, daß er seine Banden reorganisiert habe und zum Wiederlosschlagen bereit sei, abgetan. Anständigerweise konnte doch Frankreich dasselbe Spiel nicht wiederholen, noch auch eine nochmalige gewaltsame polnische Besetzung des Abstimmungsgebiets zugeben. Es würde das Ansehen seines Heeres aufs Spiel gesetzt haben; dann waren auch da die verehrten Engländer so shocking und jene guten Menschen von Italienern, die nur an das Recht, die Unparteilichkeit und die Gerechtigkeit dachten. Man wird etwas anderes finden müssen. Eine Abstimmung mit Beeinflussung. Wir werden sehen. Für Frankreich ist die Tatsache, daß die 2 Mill. Tonnen Kohle geliefert wurden, höchst unerwünscht, da man bestimmt auf die Besetzung des Ruhrgebiets rechnete. In Frankreich standen seit langem Kohlenreserven bereit, mit denen man den Streik begegnen wollte, den die Ruhrbergleute ins Werk setzen könnten. Schon vor Spa hatte Frankreich so viel Kohlen, daß es imstande war, Reserven zu schaffen. Seiner Industrie fehlte es nie an Kohlen, wohl aber an menschlicher Arbeitskraft. . . .

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Allen Zusendungen ist Rückporto beizufügen.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt. Redaktion: Schöneberger Ufer 36a I. Telephon: Nollendorf 928. Für Anzeigen: Werbedienst G. m. b. H., Berlin W 35, Lützowstr. 102/4. Verlag: Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstal 5 M. Einzelnummer 1,50 M. Druck von Paß & Garleb G. m. b. H., Berlin W 57, Bülowstraße 66.

Digitized by Google

Börsenhandels-Zeitung

Organ für die Interessen der Börse, des Bankwesens, des Handels, der Industrie, des Hypothekenmarktes und des Versicherungswesens

Herausgeber: Franz Krupke

Verlag Krupkes Konversations-Lexikon der Börse u. d. Handels

FRANZ KRUPKE & CO. DEPESCHEN-BUREAU

Ständige Börsenkursveröffentlichung. Kalender der Generalversammlungen. Geschäftsaussichten und Dividenden. Unabhängige Beratung in allen Fragen der Kapitalanlage. Fortlaufende Orientierung über alle Vorgänge im täglichen praktischen Wirtschaftsleben. Sachkundige kritische Abhandlungen über Banken und Börse, Volkswirtschaft und Finanzwissenschaft. Zuverlässige Informationen über alle Börsenpapiere. Amtliche Bekanntmachungen des Berliner Börsenvorstandes nach erfolgter Publikation an der Börsentafel. Ständige Devisen-Kurstabelle mit den höchsten, niedrigsten und letzten amtlichen Geld- u. Briefkursen. Reichsbankausweise — Literaturberichte — Briefkasten.

Bezugspreis: vierteljährlich 6 Mark, jährlich 24 Mark, Ausland 30 Mark.

Verlangen Sie Probenummer!

Verlag, Geschäftsstelle und Schriftleitung: Berlin W 15

Kurfürstendamm 48-49 (Fernspr. Amt Stpl. 4409), Zweig-Bureau: In der Börse von 12-2 Uhr.

Wirksamstes Insertions-Organ!

Soeben erschien:

HANDWERKLICHE KUNST

IN ALTER UND NEUER ZEIT

HERAUSGEGEBEN VOM DEUTSCHEN WERKBUND

160 Seiten mit den Abbildungen der besten Beispiele gediegener handwerklicher Kunst, erläutert durch kurze, sachliche Aufklärungen über ihre Herstellung aus der Feder der ausführenden Künstler.

PREIS 60 MARK

In biegsamen Pappband 25 mal 23 cm, vollendet in Satz, Druck und Ausstattung, auf blütenweißem Kunstdruckpapier von seltener Güte.

VERLAG HERMANN RECKENDORF, BERLIN W 35

Postscheckkonto: Berlin 77108

Digitized by Google

Vor kurzem erschien:

Erlebnisse im Weltkrieg

von

Reichsfinanzminister a. D. **M. Erzberger**

Geheftet M. 28.—, in Halbleinen M. 38.—

Mit lebhaftem Interesse hat die gesamte politische Welt des In- und Auslandes dem Erscheinen dieses Werkes entgegengesehen. Die hochgespannten Erwartungen sind noch übertroffen worden. Denn wer das Buch zur Hand nimmt, will es in einem Atemzug durchlesen, um dann aufs neue immer wieder die großen Probleme des Weltkrieges zu studieren, wie sie Erzberger, der so viel erlebt hat, in glänzender, volkstümlicher Sprache der Oeffentlichkeit schildert. In Erzbergers Erlebnissen liegt das erste politische Kriegsbuch vor, das eine Menge neuer und wertvoller Aufschlüsse bringt, darin liegt sein höher bleibender Wert. Kein Historiker und kein Parlamentarier, kein Politiker und kein Staatsmann kann an diesem Buch vorbeigehen, denn es wird über die Bedeutung des Tages hinaus als einer der wichtigsten Beiträge zur Geschichte der letzten Jahre dauernden Wert behalten.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart, Berlin.

Digitized by Google

Deutsche Politik

Bibliothek der Handelshochschule Mannheim
10 NOV

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Inhalt:

Politische Glossen 521
Rohrbach, Frankreichs Ziel 523
Thurnwald, Keine Illusionen! 527
Carnevali, Die wirtschaftliche Lage Italiens 531
Stolz, Sibirische Eindrücke 534
Hennig, Die Schwierigkeiten beim Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte 539

Preis vierteljährlich M 15.–, das einzelne Heft M 1,50

5. Jahrgang 29. Oktober 1920 Heft 44

Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart-Berlin

Google

Alleinige Anzeigenannahme: **Werbedienst G. m. b. H. Berlin W. 35.** Lützowstraße 102/4

Wer auswandern will

versäume nicht, sich zuvor gründlich zu unterrichten.
Dies geschieht am besten durch den Bezug der

Illustrierten Auswanderer-Zeitung

Wir bringen Ihnen jede Woche die neuesten Nachrichten aus allen Einwanderungsländern u. alles Wissenswerte über die dortigen Wirtschaftsverhältnisse u. Aussichten. Preis der Einzelnummer 60 Pf. Vierteljahresabonnement M. 7.80. Zu beziehen durch jede Buchhandlung und Postanstalt oder direkt vom Verlag:

Ausland und Heimat Verlags-Aktiengesellschaft, Stuttgart

„Die Bücherpost"

unterrichtet wöchentlich über Neuerscheinungen des deutschen Buchhandels aus allen Wissensgebieten und der Unterhaltungsliteratur. Einzelnummer 25 Pf., vierteljährlich M. 2.50. Abonnements nimmt jede Poststelle, auch der Briefträger, entgegen. Probenummern sendet die Geschäftsstelle der „Bücherpost", Frankfurt a. M., Niddastr. 74, postfrei und umsonst.

A. WARMUTH · Speditionsgeschäft

Zentrale: BERLIN C 2, Hinter der Garnisonkirche 1a
Fernsprecher: Norden 309, 310, 1642, 4472 u. 4512
Leipziger Abteilung: Dorotheenstr. 29a. Zentrum 2880.
Versand von Gütern aller Art nach allen Orten der Welt.
Möbeltransport - Lagerung

Deutsche Verlags-Anstalt / Stuttgart / Berlin

Soeben erschienen:

Ludwig Finckh

Die Jakobsleiter

Erzählung / Gebunden M 16.—

Eine Oase des Trostes und des Friedens in der Wirrnis unserer Tage öffnet sich uns in des schwäbischen Dichters neuem Roman. Wieder sind es ein paar innerlich reichbewegte Lebensläufe, denen er uns folgen läßt, und sie nehmen wieder ihren Ausgang aus Finckhs eigener Heimat; die alte Reichsstadt Reutlingen mit ihrer Umgebung, den Bergen und Wäldern der Alb, ist der Schauplatz für die Jugendschicksale der Hauptgestalten des Buches. Wie eine Fülle farbenfreudiger Herbstblumen in einem schönen Gefäß, so ist in der Erzählung ein wahrer Reichtum an volkstümlicher Empfindung und Anschauung, oft in köstlich derbem Humor, an eigenartig klugen und frischen Gedanken zusammengebracht.

Die Liebe der Jugend

Erzählung von

Wilhelm Meyer-Förster

Preis geschmackvoll geb. M 15.—

Die Geschichte „einer ersten Liebe", voll Anmut und stillem Humor. Bei aller Schlichtheit der Darstellung fesselt die Erzählung durch echtes warmes Gefühl und durch allerlei überraschende und originelle Züge, die das alte Thema wieder ganz neu und frisch erscheinen lassen. Wer den Erzähler Meyer-Förster aus seinen früheren Werken kennt, wird mit Spannung nach seinem neuen Buche greifen.

*

Durch alle Buchhandlungen zu beziehen

Digitized by Google

5. Jahrgang * 29. Oktober 1920 * Heft 44

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Die Wahlen zum österreichischen Nationalrat haben den Rückgang der Sozialdemokratie, das Anwachsen der Christlich-Sozialen gebracht; dabei haben wesentlich die weiblichen Wähler den Ausschlag gegeben. Die Sozialdemokratie will daraufhin dem Beispiel ihrer deutschen Bruderpartei folgen und aus der Regierung ausscheiden; das ist wenigstens Otto Bauers Parole. Und die übrige Partei scheint ihm zu folgen. Die Christlich-Sozialen haben natürlich wenig Lust, die Verantwortung allein zu tragen — Oesterreichs Verelendung schreitet fort, und, ohne Schuld: wer an der Macht ist, wird beschuldigt. Fast überraschend ist angesichts der trostlosen Verhältnisse der völlige Mißerfolg der Kommunisten; das Kapital der Erziehung des österreichischen Proletariats durch Viktor Adler ist noch nicht aufgezehrt.

*

Man hätte wünschen können, daß Dr. Simons bei der Reichstagsdebatte über Herrn Sinowjew noch etwas kräftiger gesagt hätte: ohne daß wir den Russen Vorschriften über die Form ihrer innerstaatlichen Glückseligkeit machen wollen, halten wir ihre Technik, auch die des internationalen Verkehrs, im Anstand nicht für genügend, um mit ihnen auf gleichem Fuße verkehren zu können. Immerhin war es gut, daß durch die Ausweisung den Sowjet-Machthabern die Grenze ihrer Anmaßung gezeigt wurde. Das haben auch die Mehrheitssozialisten begriffen. Es ist für die parlamentarische Situation der radikalen Linken bezeichnend genug gewesen, daß diese Debatte, die sie in gemeinsamer Opposition gegen das Kabinett zeigen sollte, in einer wüsten Katzbalgerei der Brüder von gestern endigte. Ledebour donnert gegen die „kommunistische Mörderzentrale"; er ist das nun von allen Seiten gehetzte Edelwild. Die Szene hat etwas Groteskes. Aber wenn es bei diesen Wortschlachten auch im Parlament viel zu lachen gibt, das Gefühl der Erbärmlichkeit wird man nicht los.

*

Digitized by Google

Von dem englischen Bergarbeiterstreik, der nach seiner Natur das ganze industrielle Leben lähmt, hat man nicht den Eindruck, daß er in seiner Anlage und Zielsetzung auf einen Sieg der Arbeiterschaft hinsteuert. Außenpolitisch ist er für England peinlich; denn er demonstriert, wesentlich vor Frankreich, wie kompliziert die sozialwirtschaftliche Auswirkung des Krieges auf den industriellen Mechanismus des britischen Reiches ist. Frankreich Regierung, in deren Hintergrund bäuerliche und kleinbürgerliche Massen stehen, hat solche Kraftproben nicht zu fürchten; man erinnert sich, wie glatt Millerand mit der Ausstandsbewegung der Eisenbahner fertig wurde. Frankreich sieht deshalb die Schwierigkeiten der englischen Regierung nicht ohne Genugtuung. Andererseits scheint aber auch Lloyd George vorderhand nicht nervös zu werden. Er weiß, daß ziemlich viel für ihn auf dem Spiel steht; aber er ist auch in kritischeren Momenten um Einfälle und Auswege nicht verlegen gewesen. Gelingt es ihm, den Kampf mit einem Sieg der Regierung durchzuführen, so ist seine Situation gefestigt. Denn er ist dann für die Mittelschicht der Bändiger der sozialen Unterwelt geworden. Es ist einigermaßen dilettantisch, mit welcher Harmlosigkeit man sich bei uns über den Ausbruch dieses Streikes freute, ohne die Linien seiner möglichen Folgen zu betrachten.

*

Die Sozialdemokratie Deutschlands denkt unitarisch, die Preußens denkt preußisch. Die sozialistischen Innenminister Preußens sind in mehr als einem Sinne die Nachfolger ihrer konservativen Amtsvorgänger gewesen; der Gegensatz: Preußen und Reich ist durch die Revolution nicht aufgehoben worden, er hat nur eine andere Tönung bekommen. Dieser Gegensatz hat auch die Behandlung des oberschlesischen Problems aufs unheilvollste beeinflußt. Ist die Erhaltung dieses Landes eine preußische, ist sie eine deutsche Angelegenheit? Darüber war eine Verständigung nicht möglich. Sie wird jetzt gesucht, jetzt, da der Termin der Abstimmung vor seiner Festlegung steht, und alle Entschließung als taktische Konzession ausgedeutet werden wird. Der Reichskanzler hat sich in einer öffentlichen Kundgebung für die bundesstaatliche Autonomie stark gemacht, und im Reichskabinett soll über diese Lösung Einigkeit bestehen. Aber Preußen hat seine Zusage noch nicht gegeben. Alles, was jetzt in der oberschlesischen Frage geschieht, muß aus der Atmosphäre des Halben, des Tastenden herausgenommen werden. Sonst ist die Wirkung unabsehbar.

*

Digitized by Google

Frankreichs Ziel

Von Dr. Paul Rohrbach

Es wird wieder in Hoffnungen gemacht, für Genf und dergleichen. Immer wieder heißt es, daß die tatsächliche Revision des Friedens vernünftigerweise kommen müsse. Es ist aber viel besser, man macht sich klar, daß für absehbare (und das heißt für recht lange) Zeit gar nichts Gutes kommen wird, nichts von Friedensrevisionen, sondern das Gegenteil. Irgendeinmal gibt es natürlich den Zusammenbruch und die Liquidation des Friedens von Versailles, und dann wird mit der Wiedererhebung Deutschlands ein Anfang gemacht werden können. Das ist aber ein Optimismus auf lange Sicht. Auf kürzere und kurze ist nur Pessimismus am Platze. Es scheint auch kaum ein anderes Mittel zu geben, bei uns im Innern die moralisch-politischen Voraussetzungen für den Wiederaufstieg zu schaffen, als daß es den Franzosen glückt, den Zwangsfrieden zu einer „restlosen" Zwangserziehung für unser Volk zu machen. Im besetzten Gebiet ist schon einiger Erfolg zu spüren. Das genügt aber noch nicht.

Wir müssen von folgenden Tatsachen ausgehen, wenn wir die Lage beurteilen wollen. 1. Frankreich ist gegenwärtig stark. Zwar ist der französische Zahltag noch nicht gekommen. Auf die Dauer werden die Franzosen sich nicht um ihn drücken können, und der Gedanke, alles was in Frankreich gezahlt werden muß, den Deutschen aufzuerlegen, ist und bleibt unsinnig, weil es unmöglich ist. Wie die Dinge aber liegen, kann es der französischen Regierung noch eine Weile glücken, den Zahltag hinauszuschieben. Mit der Begründung, daß es sich darum handle, die Zahlungen zu sichern, die Deutschland leisten müsse und nicht leisten wolle kann der französische Soldat jederzeit dazu gebracht werden, daß er marschiert. Wenn unsere Sozialdemokraten glauben oder zu glauben vorgeben, der französische Sozialismus werde für Deutschland einen Schutz vor dem Aeußersten bilden, so kann man über ein solches Gerede nur die Achseln zucken. Der „internationale" Sozialismus bedeutet nichts, der französische bedeutet gar nichts, und die Verbindungen zwischen dem französischen und deutschen Sozialismus bedeuten weniger als gar nichts. Nach Rußland will der französische Soldat nicht marschieren; nach Deutschland wird er marschieren. Frankreich nimmt als Militärmacht auf dem europäischen Festland jetzt eine beherrschende Stellung ein — bis an die Ostgrenze von Deutschland. Es ist imstande, jede militärische Operation durchzuführen, die der Armee im Sinne des Friedensvertrages, das heißt der materiellen Sicherstellung Frankreichs durch den Vertrag, als notwendig plausibel gemacht werden kann. England ist nicht imstande,

Digitized by Google

etwas Ernstliches gegen kriegerische französische Unternehmungen dieser Art zu tun. Das wissen die Franzosen. Die französische Regierung ist auch gut unterrichtet über den im stillen fortdauernden und zunehmenden Gegensatz zwischen England und den Vereinigten Staaten von Amerika. Seit die Wahl Clémenceaus zum Präsidenten und damit auch die englisch-französische Entente gegen Amerika verhindert wurde, hat Frankreich an der amerikanischen Politik einen stillschweigenden Rückhalt gegen England. Dazu kommen die jetzigen Schwierigkeiten der englischen Regierung in Irland und gegenüber ihren Arbeitern. Mit einem Wort: Frankreich ist zur Zeit stark. Wie gesagt: zur Zeit — aber das genügt gegenüber den Problemen, um die es sich heute handelt.

2. Frankreich will unser wirtschaftliches und politisches Leben verkrüppeln. Die Franzosen wissen, daß ihnen an sich die wichtigsten Voraussetzungen dazu fehlen, im Zeitalter der Weltvölker und Weltmächte ein dauernd starkes Volk zu sein. Sie haben zu wenig Menschen, sie haben nicht so viel Bodenschätze wie die übrigen Weltvölker, sie haben von Natur einen bloß kontinentalen Betätigungsdrang, und ihr nationaler Wirtschaftsgeist richtet sich weniger auf Produktion großen Stils, als auf bürgerliche Sparsamkeit. Jetzt nach dem Siege will Frankreich sich neben England und neben Amerika behaupten. Es will sich eine mächtige Großindustrie und einen entsprechenden Anteil an dem Welthandel und der Weltwirtschaft schaffen. Das aber ist für die Franzosen nicht so leicht, wenn die Deutschen wirtschaftlich wieder in die Höhe kommen. Frankreich will vor allen Dingen mit dem Wiederaufbau seiner zerstörten Wirtschaftsgebiete fertig werden, solange Deutschland noch am Boden liegt, und wenn es damit fertig ist — man sieht schon, daß darüber recht lange Zeit vergehen wird, weil saumselig gearbeitet wird —, so wird dem französischen Bewußtsein auch dann noch die deutsche Konkurrenz eine überwältigende Konkurrenz sein und bleiben. Den Franzosen ist es so deutlich wie nur möglich, daß, wenn ihre Hoffnungen auf eine große wirtschaftliche Weltstellung sich erfüllen sollen, Deutschland verkrüppelt sein muß. Sie werden sich auch dann nicht erfüllen, weil der Franzose nicht aus seiner Haut kann, aber für den vorliegenden Fall ist das praktisch gleichgültig. Er glaubt, mit einem verkrüppelten Deutschland müßte es ihm glücken. Daraus folgt, daß Deutschland, koste es, was es wolle, verkrüppelt bleiben muß. Es ist einfach der alte Clémenceausche Satz: Zwanzig Millionen Deutsche zuviel! Man lasse sie verhungern, man schneide sie von Deutschland ab, man entkräfte das deutsche Volk so weit, daß es keine Geburten mehr hat — alles gleich, ein Mittel ist so gut wie das andere, wenn es nur hilft. Wenn man glaubt, daß zwei Millionen Tonnen Kohlen monatlichen Aderlasses an der deutschen Wirtschaft genügend sind, um das Verkrüppelungs-

Digitized by Google

programm zu verwirklichen, dann gut. Würde eine Million ausreichen, so könnte man sich, was den Hauptzweck angeht, auch damit zufrieden geben; wären drei oder vier Millionen notwendig, so müßte die Lieferung von drei oder vier Millionen erzwungen werden; auf jeden Fall aber von so viel, daß die deutsche Industrie dabei nicht bestehen kann, und daß das deutsche Leben im ganzen hinreichend schwer geschädigt wird.

Dies Programm ist einfach. Es kann kräftig erweitert werden, sobald die Wiedergutmachungsfrage endgültig geregelt ist. Immer muß die Regelung so aussehen, daß Deutschland dauernd ein Krüppel bleibt. Je länger die Sache dauert, desto zweifelhafter wird es aber den Franzosen, ob sie auf diese Weise allein ihr Ziel erreichen. Es gibt noch Braunkohlen in Deutschland, es gibt noch Wasserkräfte, es gibt leider noch etwas Lebensmittel, so daß es möglich ist, die Bereitwilligkeit der Bergarbeiter zu Ueberschichten zu erwecken, und vor allen Dingen können dem deutschen Geist alle möglichen störenden Erfindungen zugetraut werden, die die Verkrüppelungspolitik durchkreuzen. Viel sicherer wird man gehen, wenn Deutschland wirklich gar keine Steinkohlen mehr behält. Darum soll Oberschlesien polnisch werden. Das Benehmen der französischen Machthaber dortselbst weist ja unzweideutig genug auf das Ziel hin. Aber auch Oberschlesien genügt noch nicht. Wirklich entscheidend ist erst das Ruhrgebiet.

Täuschen wir uns nicht, die Franzosen wollen das Ruhrgebiet besetzen. Sie verfolgen dabei mehr als ein Ziel. Erstens bekommen sie, wenn das Ruhrgebiet direkt und das polnisch gewordene Oberschlesien indirekt in französischer Gewalt sind, die Kontrolle über die wichtigsten Kohlenvorkommen auf dem europäischen Festlande. Frankreich kann dann eine Kohlenpolitik unabhängig von England und gegen England machen. Zweitens kann der Strick um den Hals Deutschlands dann so fest angezogen werden, daß die deutsche Lebensfähigkeit bis zu einem Grade absterbt, der den Franzosen genügt. Es wird sich dann ungefähr berechnen lassen, wann die zwanzig Millionen Deutsche, die es für Frankreich zu viel gibt, aufgehört haben werden, zu existieren. Drittens kann die Kohlendiktatur dazu benutzt werden, um Deutschland auseinanderzusprengen. Süddeutschland lebt von der Kohle aus dem Ruhrgebiet; es kann kaum eine andere bekommen. Wenn Frankreich im Ruhrgebiet zu befehlen hat, so wird es versuchen, den Süddeutschen Kohle nur unter Bedingungen zu geben, die den Süden vom Norden trennen. Man weiß, daß in der besetzten Zone im Rheinland eine unverhältnismäßig große französische Armee konzentriert ist, an 150 000 Mann oder mehr, und daß militärische Vorbereitungen zu einer Aktion umfassender Art getroffen werden. Das Ziel ist das Ruhrgebiet. Aber nicht nur das Ruhrgebiet, sondern man rechnet auch mit einem Konflikt zwischen dem Süden und

Digitized by Google

dem Norden Deutschlands. Man steht in Fühlung mit den bayerischen Putschmonarchisten. Man ermutigt sie und man unterstützt sie. Man wird eines Tages die Ermutigung bis zur direkten Aufforderung treiben, und man wird mit der Kohlen-Würgeschlinge nachhelfen. Wenn dann der Norden sich einfallen läßt, den Abfall süddeutscher Gebiete mit Hilfe der dortigen innerlich reichstreuen Volksmehrheit und mit Waffengewalt zu verhindern, so wird die Trierer Feldbäckerei für vierhunderttausend Mann, werden die Benzindepots und die Waffenlager zu funktionieren anfangen.

Es ist Torheit, gegen dies französische Programm auf Verhandlungen nach dem Muster von Spa oder auf die kommenden von Genf hoffen zu wollen. Frankreich weiß was es will, und es weiß, daß es stark genug ist, um den Versuch zur Durchsetzung seines Programms zu machen: Zwanzig Millionen Deutsche weniger und eine dauernd verkrüppelte deutsche Volkswirtschaft. Will jemand glauben, England und Amerika werden Krieg gegen Frankreich anfangen, um Deutschland zu retten? Amerika, das nicht im unklaren darüber ist, wie nötig und wie nützlich ihm eines Tages die französische Stütze gegen England sein kann? England, in dem vielleicht immer noch die große Mehrheit des Volkes eine innige Freude am Niederbruch der deutschen Konkurrenz empfindet, das eine Million deutscher Frauen und Kinder, Kranker und Schwacher durch die Hungerblockade hat sterben lassen, selbst noch nach dem Waffenstillstand? England ist nicht sentimental. Es gibt Engländer, die wohl wissen, daß der Wortbruch von Versailles — nicht wieder gutgemacht — die Grundlagen des englischen Weltreichs umstürzen wird. Schwöre, antwortete das Orakel in Delphi einem Manne, der anfragte, ob ein falscher Eid ihm erlaubt sei: auch den gerecht Schwörenden ereilt der Tod, aber es gibt einen Sohn des (falschen) Eidschwurs, einen Namenlosen, ohne Hände und Füße, der, rasch dahereilend, Geschlecht und Haus des Frevelnden austilgt! Das wissen die Politiker in England wohl, die nicht Deutschfreunde, sondern nur einsichtige englische Patrioten sind. Eine richtig geleitete deutsche Politik könnte auch nicht wenig tun, um dieser Richtung in England zu politischer Kraft zu verhelfen. Aber darauf lassen wir uns aus Grundsatz nicht ein. Natürlich hat England ein Interesse dagegen, daß Frankreich der Kohlendiktator in Europa wird, und daß es seine politische Machtstellung, außer durch das Protektorat über Belgien, auch noch durch die Besetzung des wichtigsten mitteleuropäischen Industriegebietes und durch die politische Zersprengung Deutschlands verstärkt. Wenn aber die Franzosen erklären, sie wünschten sich durch England in ihren Plänen nicht hindern zu lassen, so würde als letztes Mittel, um den Schlag gegen seine Interessen zu mildern, für England höchstens noch übrig bleiben, daß es an der Besetzung des Ruhrgebiets teilnimmt

Digitized by Google

— das, woran es die Franzosen glücklich verhinderte, als es selbst Aegypten besetzte, um darin zu bleiben.

Es wäre gut, wenn wir mit dieser Einsicht und keinem falschen Optimismus der Konferenz von Genf entgegensehen wollten. Nichts wäre verkehrter, als von den Besprechungen und Verhandlungen dort viel zu hoffen. Wir stehen einer klaren Lage und einem klaren Willen gegenüber. Das einzige, was uns übrig bleibt, ist die rücksichtslose Folgerung, daß, wo nichts mehr zu gewinnen ist, immer noch eins zu wahren bleibt, die Würde. Das tut man in unserer Lage zunächst durch moralische Offensivpolitik. Trotz allem! Uns scheint, die Zurückhaltung in der Behandlung der Schuldfrage hat bei uns nachgerade lange genug gedauert. Wir haben die Waffen in der Hand, und niemand dankt es uns, niemand gibt uns etwas dafür, wenn wir sie ungebraucht lassen. Wir können scharf mit ihnen schlagen und diese Art Waffen wird um so schärfer, je gründlicher sie gebraucht wird. Im übrigen mag kommen, was da wolle. Je gründlicher den Franzosen für jetzt ihre Absicht gelingt, desto besser wird der Erfolg der Zwangserziehung für uns sein. Vielleicht gibt es überhaupt kein anderes Erziehungsmittel mehr für uns.

Keine Illusionen!

Von Dr. R. Thurnwald (Halle a. S.)

Wie falsch wurde Amerika vor dem Kriege in Deutschland beurteilt. Ist es heute besser geworden? Keineswegs! Und doch hat kein anderes Land für Deutschlands Wiederaufrichtung die Bedeutung wie die Vereinigten Staaten.

Man hat jetzt bei uns gehört, daß drüben eine Ernüchterung über den Krieg eingetreten sei, daß die Gereiztheit gegen Deutschland hie und da abflaut, ja daß sogar eine gewisse Animosität gegen England Platz greift, daß die alte Spannung mit Japan wieder auflebt und von sich reden macht, und daß wir auch einige Geschäfte mit den Amerikanern abgeschlossen haben. Daran knüpft man phantastische Erwartungen. Wehe solchen Illusionen!

Die Ernüchterung über den Krieg ist begreiflich; denn auch ohne seine jungen Leute zu opfern, hätte Amerika die glänzenden Geschäfte machen können, die es zum Mittelpunkte des Geldmarktes erhoben haben. Dazu tritt eine gewisse Beschämung über Wilsons Rolle in Paris. Der amerikanische Stolz liebt nicht das Gefühl, daß sein erster Vertreter dort eingeseift worden ist. Auch ohne seinen körperlichen Zusammenbruch wäre Wilson erledigt.

Digitized by Google

Wenn auch die größten Uebertreibungen der Deutschenhetze zunächst abgeflaut sind und die Deutschen wieder sozusagen als Menschen behandelt werden, wenn auch die Hearst-Presse unter gewissen Verklausulierungen es wagen kann, von den Deutschen als einem Volk zu sprechen, das einen Anspruch auf Existenz hat, ja, wenn jetzt sogar die während des Krieges eingesperrten Konsuln anderthalb Jahre nach Unterzeichnung des Friedens von Versailles freigelassen wurden, so bedeuten alle diese Zeichen amerikanischer Generosität noch lange keine zu verheißungsvolle Beruhigung der aufgepeitschten Haßwogen. Solange noch das Wort „german" als Inbegriff alles Schimpflichen in der Sprache der Presse gebraucht wird, und das Wort „Hunne" nicht ausgestorben ist, kann auf eine baldige Aenderung amerikanischen Gefühls und amerikanischen Verhaltens nicht geschlossen werden.

Die englisch-amerikanische Verstimmung ist da. Man darf aber nicht vergessen, daß gerade der Krieg das Angelsachsentum auf beiden Küsten des Atlantik ganz ungeheuer aneinander gekittet hat. Unterschätzen wir solche Gefühle nicht! Wie sehr auch Geschäfte durch Gefühle beeinflußt werden, hat die Kriegszeit an den Tag gebracht. Reibungen können unter Freunden beseitigt werden.

Ernster ist die Verstimmung zwischen den Vereinigten Staaten und Japan zu nehmen. Besonders die Weststaaten an der Küste des Pazifik haben das dringende Verlangen, die japanische Einwanderung fernzuhalten und vor allem die Flut des Landerwerbs durch die Japaner einzudämmen. Die Vertreter der in den Kriegsjahren zu ungeheurem Reichtum gelangten ostasiatischen Inselmacht fühlen sich durch diese Zumutungen gekränkt. Außerdem prallen die Interessen der beiden Staaten in Ostasien aufeinander. Jeder möchte China als seine gute Prise betrachten. Das Bündnis Japans mit England hat an Kraft verloren, seitdem das Britenreich keine militärisch agressiven Pläne von einem imperialistischen Rußland zu befürchten hat. Die englischen Kolonien Australien und Kanada sind aber mehr denn je von Abneigung und Angst gegen die Herren des Fernen Ostens erfüllt. So erscheint eine große angelsächsische Koalition gegen Nipon nicht ausgeschlossen — namentlich, wenn die große britische Reichskonferenz, an der die Vertreter der Kolonien teilnehmen, und die gerade das englisch-japanische Bündnis als wichtigsten Punkt zur Besprechung angesetzt hat, sich gegen die Erneuerung des Bündnisses aussprechen sollte. Der Erfolg wäre zunächst wohl ein zähneknirschendes Nachgeben Japans gegenüber den amerikanischen Ansprüchen.

Der Vertrag der Hamburg-Amerika-Paketfahrt-Gesellschaft mit der Kerr-Linie und die Aufnahme in den Harriman-Konzern ist nicht ohne Widerspruch geblieben — offenen und heimlichen. Natürlich ist es England,

Digitized by Google

das sich über die Bildung des größten Schiffahrtsverbandes der Welt aufregt. Und Kermit Roosevelt, der Sohn Theodors, der selbst im Harriman-Konzern sitzt, scheint als Sturmwidder zu dienen, den die englischen Interessen gebrauchen, um gegen die „Verdeutschung" der Kerr-Linie usw. anzurennen. Es ist die bekannte Methode maßloser Uebertreibung, wenn die Engländer von einer „Verdeutschung" sprechen. Man hört nicht auf, das zerschlagene, ausgehungerte und innerlich zerrissene Deutschland als den ehrgeizigen Riesen hinzustellen, der nichts anderes zu tun hat, als nach einer Weltherrschaft zu streben, an die sich inzwischen der englische Löwe mit katzenartiger Geschmeidigkeit herangeschlichen hat, und die er tatsächlich bereits überall ausübt. Aber die öffentliche Meinung in Amerika und anderswo bewegt sich auf den ausgeleierten Gedankenbahnen, so daß, so unglaublich es uns in Deutschland erscheint, die Rede von solchen Schreckgespenstern noch immer willige Hörer und Nachbeter findet.

Die amerikanischen Sozialisten allein haben den Mut, ein Wort für Deutschland einzulegen. Besonders wertvoll sind die Aeußerungen Frank Harris in dem von ihm geleiteten „Pearson's Magazine", in dem fast in jeder Nummer ein vernünftiges und anständiges Wort über Deutschland zu lesen ist. Aber die Sozialisten nehmen heute in Amerika etwa die Stellung ein, die sie bei uns in den siebziger und achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts hatten. So wohltuend ihre Aeußerungen aus dem Wust von Gehässigkeit hervorragen, sie stellen die Meinung nur eines winzigen Bruchteiles der Bevölkerung dar. Ueberdies wird gegen sie jetzt eine maßlose Hetze entfaltet, so daß ihr Eintreten für uns bei der großen denkfaulen Masse uns ehrer kompromittiert als nützt. Dazu kommt, daß sie ohne weiteres mit dem radikalen Bolschewismus, mit dem Schreckgespenst der Kriegsgewinnler Neuamerikas, in einen Topf geworfen werden.

Wenn wir Wirklichkeitspolitik treiben, so müssen wir uns an ganz andere Aeußerungen halten. Solche liegen z. B. im „Literary Digest" vor, eine der besten, von dem breiten gebildeten Mittelstand gelesenen Revuen über das geistige und politische Leben, über Strömungen und Ereignisse aller Art. Das Heft vom 28. August d. J. bringt einen Auszug aus den verschiedenen Beurteilungen des russisch-polnischen Krieges. Die Sympathien sind natürlich ganz auf polnischer Seite. Um nun das bolschewistische Rußland so verabscheuungswürdig wie möglich darzustellen, greift man in vielen Zeitungen dazu, es einer Verbindung mit den Deutschen zu ziehen, ja den ganzen russisch-polnischen Krieg als deutsche Mache hinzustellen. Sowjetbeamte sollen in Kowno dem Korrespondenten der „Associated Preß" erzählt haben, daß Rußland in ein Bündnis mit Deutschland treten werde, um gegen Frankreich, England und eventuell Amerika Krieg zu führen. Die rote Revolution wird von Dr. Frank Crane im „New York Globe" besonders deshalb gefürchtet, weil „den Bolsche-

Digitized by Google

wisten geradeso jede Moral und jedes Gefühl fehlt wie den Deutschen in Belgien". Und die „Knickerbocker-Preß" von Albany hat folgende Vision: „Die Bolschewisten arbeiten nicht allein, sondern bilden den Teil einer Weltbewegung, die von preußischen Militaristen geleitet wird, die ja bekanntlich auch den Weltkrieg entworfen und verursacht haben. Kuropatkin, der berühmte russische General, Enver Pascha, der böse Geist der Türkei, Mustafa Kemal, der Leiter der türkischen Nationalisten, die aufständischen Araber aus dem Hedjas, die Jungägypter, die indischen Nationalisten — alle diese arbeiten unter Berliner Leitung. Die Invasion von Polen bildet nur einen Teil ihres Planes, es ist bloß der Prolog zu einem ungeheuren Versuch, Aufstand im Nahen und Fernen Osten zu entzünden, und aus der roten Propaganda, die so geschäftig verbreitet worden ist, ein neues Weltreich zu schaffen, in dem Deutschland die Herrschaft führen soll, nicht ein bolschewistisches Reich, sondern ein Reich des preußischen Militarismus."

Diese Phantastereien wurden nicht während des Krieges, sondern Mitte 1920 in einem angesehenen Blatt Amerikas geschrieben und von der verbreiteten „Literary Digest" mit Vergnügen weiter in die Köpfe von Millionen Lesern der englisch sprechenden Welt verpflanzt. Das ist keine Abrüstung des Kriegsgeistes, kein Auslöschen des Haßbrandes! Weil Deutschland zu wenig demokratisch war, hatte man Haß und Verachtung gepredigt. Heute beginnt es, ihnen zu sozialistisch zu werden, und vielleicht erleben wir die Zeit, da wir ihnen zu demokratisch sind. Denn wie jetzt sich die Dinge in Amerika gestalten, entwickelt sich dort eine Bevormundung, eine Unterdrückung des freien Wortes und ein militaristischer Geist, daß man den Eindruck gewinnt, die Rollen zwischen Berlin und Washington seien vertauscht.

Der deutsche „Hunne" — das Wort lebt ja immer noch in den amerikanischen Zeitungen —, der während des Krieges glaubte, wir brauchten nur den Ratschlägen aus dem Westen zu folgen, dann würde alles gut werden, hofft ja nun auf die Weisheit aus dem Osten!

Der Krieg ist aber noch nicht zu Ende, und die hysterischen und sadistischen Hetzer haben noch lange nicht ausgetobt.

Allerdings liefert ihnen manche Ungeschicklichkeit und mancher Streich Wasser auf die Mühle. So z. B. die „Bekehrung" des ehemaligen Militärachtachés in San Franzisko, Oberstleutnant von Brinken. Dieser Herr, der schon immer das Bedürfnis fühlte, von sich reden zu machen und eine eigentümliche Rolle bei dem wohl patriotisch gemeinten, aber taktlos und ungeschickt durchgeführten Verhalten des Konsulats spielte, fand sich veranlaßt, die amerikanische Staatsangehörigkeit zu erwerben und seinen Namen in den englischen Namen Roger Beckwith umzuändern. Jetzt veröffentlicht er in einem Sensationsblatt, dem „San Franzisko

Digitized by Google

Bulletin" eine Autobiographie und Schilderung der deutschen Zustände, die natürlich seinem neuen Namen Rechnung trägt. Wie solche Vorgänge der deutschen Sache zuträglich sind, kann man sich denken.

Man wird sagen, nicht jedes Wort wird geglaubt. Zugegeben! Aber die Stimmung bleibt, und diese wird durch die Presse in den Vereinigten Staaten aufrechterhalten. Nur einige Beispiele sind hier aus vielen herausgegriffen worden. Die Stimmung ist nicht eine sentimentale Laune, sondern sie bedeutet Geld, Blut und Hunger. Seien wir auf der Hut gegen Stimmungen, wie sie noch immer gegen uns gemacht werden! Keine Illusionen!

Die wirtschaftliche Lage Italiens

Von Dalmo Carnevali (Rom)

Unter allen siegreichen Ländern ist Italien dasjenige, das sich in der heikelsten Lage befindet. Es ist weniger reich als die andern, im Innern folgt Krisis auf Krisis, seine wirtschaftliche und politische Orientierung ist unsicher und wechselnd und behindert es am Gebrauche der Ellenbogen im Wettstreit mit den kampfgewohnten Konkurrenten. In einem Lande, das arm an Rohstoffen ist, dessen Transportverhältnisse unentwickelt sind, und das unter dem Mißverhältnis zwischen Ein- und Ausfuhr leidet, ist es verständlich, daß die Kosten der Lebenshaltung unter den heutigen schwierigen Umständen eine unerschwingliche Höhe erreichten, während zugleich die Valuta sinkt, bei welch letzterem Umstande allerdings ein wenig freundschaftliches und unverdientes Vorurteil des Auslandes eine gewisse Rolle spielt. Die ununterbrochen steigenden Preise gestalten die Lebenshaltung von Tag zu Tag ungünstiger und lassen die soziale Notlage immer schärfer hervortreten. Dazu kommt noch, daß — wie auch in den meisten anderen Ländern — die Lust zu ernster geregelter Arbeit verlorengegangen ist; der aus dem Schützengraben zurückgekehrte Arbeiter ist erbittert durch den Anblick großer, auf üble Weise in der sicheren Heimat zusammengescharrter, prunkhaft und schamlos zur Schau getragener Reichtümer und die im Volke verbreitet gewesene Meinung, daß mit dem Kriege zugleich auch alle seine Folgeerscheinungen ein Ende finden werden, hat sich als ein schwerer Irrtum erwiesen.

Die Teuerung ist eine Folge des Krieges und der Schwierigkeiten, die sich der Herstellung eines geordneten Friedenszustandes entgegenstellen. Dazu kommt die Dekadenz der sozialen Moral, die Illusion der hohen Löhne und das Spekulationsfieber, das vom Fabrikanten bis zum Kleinverkäufer den ganzen Handel ergriffen hat und ebenfalls zur

Digitized by Google

Verschärfung der Teuerung beiträgt. Die Verbraucher greifen in ihrem Kampfe gegen diese Erscheinungen zu den verzweifeltsten Aushilfsmitteln, um eine gemeinsame Stellungnahme aller Verbraucherschichten gegen die Teuerung und gegen die Folgen der Spekulation zu erzielen. Diese Versuche mögen übrigens gar nicht so schlecht sein, solange sie die Einschränkung aller unnötigen Ausgaben, die Regelung der Einkäufe, und vor allem die Boykottierung der Luxusartikel zum Ziele haben.

Mit Ausnahme der Seidenindustrie und der elektrischen Wasserkraft, anlagen führen alle italienischen Industrien eine mehr oder weniger künstliche Existenz. Der Hauptgrund dieses abnormen Zustandes liegt darin, daß man es nicht verstanden hat, die reichlich vorhandenen natürlichen Hilfsquellen des Landes auszunützen, Der Staat hat versäumt, gewerbliche und wissenschaftliche Schulen und Institute einzurichten, deren Aufgabe gerade die Erforschung und Nutzbarmachung der Naturschätze gewesen wäre, und die Bourgeoisie hat ihre Aufgabe nicht begriffen. Die Aufmerksamkeit war stets dem Ausbau öffentlicher Einrichtungen zugewendet, während die Hauptfragen — Getreide, Eisen, Kohle, Petroleum, Benzin — einfach übersehen wurden.

Die industrielle Tätigkeit ist im Rückgang begriffen, das Kapital wird durch die fortwährenden Arbeiterbewegungen abgeschreckt und neigt zur Abwanderung, und der Rohstoffmangel wird von Tag zu Tag fühlbarer. Italien ist in den Krieg eingetreten, ohne sich hinsichtlich der Versorgung mit Getreide, Kohle und Brennstoffen und hinsichtlich der Valuta und der Transportfrage irgendwelche Sicherheiten auszubedingen, und selbst in Versailles haben die Vertreter Italiens nichts getan, um ihrem Lande diese Grundelemente jedes Wirtschaftslebens zu verschaffen. Die unvermeidlichen großen Einkäufe von Brennmaterial und Rohstoffen im Auslande erfordern die Hingabe großer Summen. Es handelt sich hier um eines der schwierigsten Probleme der Gegenwart, denn wenn die Verminderung des Notenumlaufs einerseits wohl zur Besserung der Valutaverhältnisse beitragen würde, so könnte sie doch andererseits eine Stockung in der Versorgung der italienischen Industrien zur Folge haben. Neben der Brennstoff-Frage, der man in Italien die Hauptaufmerksamkeit zuzuwenden pflegt, gibt es aber noch andere, nicht minder wichtige. Die während des Krieges geschaffenen oder vergrößerten Industrieanlagen müssen auf die Friedensproduktion umgestellt werden, wenn man ungeheure Verluste vermeiden will. Die Stahlproduktion allein hat sich von 800 000 t auf 1½ Mill. t jährlich erhöht, wertvolle Maschinenanlagen sind geschaffen worden, deren Nichtbenützung zu einer schweren Krisis für Kapital und Arbeit führen würde. Die Schwerindustrie allein verbraucht zurzeit 10 Mill. Tonnen Kohle und 15 Mill. t Eisenerze. Die Kommission zur Regelung

Digitized by Google

der Nachkriegsfragen hat den italienischen Industriebedarf auf 2 350 000 Doppelzentner Baumwolle, 325 000 Doppelzentner Wolle, 80 000 Doppelzentner Hanf, 40 000 Doppelzentner Flachs, 400 000 Doppelzentner Jute und 360 000 Doppelzentner Zellstoff berechnet. Und dabei ist weder das Petroleum, noch sind die Phosphate und die übrigen chemischen Produkte, noch Holz, Oele, Fette usw. in Betracht gezogen.

Sehr vernünftigerweise hat die Regierung beschlossen, die während des Krieges aufgestapelten Rohstoffe — ungeheure Mengen Eisen, Kupfer, Leder — auf den Markt zu werfen. Dies ist ein Schritt vorwärts, aber es fehlt noch gar manches, vor allem fehlt ein eigentliches industrielles, wirtschaftliches und finanzielles Programm. In den zuständigen Kreisen beabsichtigt man heute, soweit Amerika in Betracht kommt, sich weitgehend mit den „Edge Act" zu nutze zu machen, der den beim Kauf von Rohstoffen aus dem niedrigen Valutastand resultierenden Verlust verhindern soll. Italien hat ein lebhafteres Interesse daran, nicht von der Ausnützung der fremden Rohstoffquellen ausgeschlossen zu werden. Die Hauptaufgabe ist aber heute die, daß es seine eigenen außerordentlich reichen natürlichen Hilfsquellen sachgemäß auszunützen beginnt, und zwar vor allem mit Hilfe einer klugen — von Giolitti übrigens bereits angekündigten — systematischen Bergbaupolitik.

Voraussetzung eines geregelten Ganges der Industrie ist das sichere und rasche Funktionieren des Transportwesens. Zu diesem Zwecke müssen zugleich mit der Handelsmarine auch die Eisenbahnen ihre geregelte Tätigkeit wieder aufnehmen. Nach der heutigen Sachlage zahlt Italien dem Auslande allein für Schiffsfrachten 2 bis 3 Milliarden Goldlire im Jahre gleich 10 Milliarden Liren in Papier, eine Ausgabe, die sicherlich eine der Hauptursachen der Teuerung darstellt. Die kleine italienische Handelsflotte bewältigt kaum den fünften Teil der Gesamteinfuhr aus Uebersee, während 20 Mill. t durch ausländische Schiffe hergngebracht werden müssen. Von 1914 bis 1919 hat es für diese Dienstleistung an seine Verbündeten den Betrag von rund 20 Milliarden Lire bezahlt, der sicherlich zum Bau einer seinen gesamten Ozeandienst bewältigenden Flotte hingereicht hätte. Auf dieser Bahn weiterzuschreiten, ist schlechterdings unmöglich, und es bleibt nichts anderes übrig, als dem Problem einmal ganz energisch zu Leibe zu gehen und eine rasche und gründliche Lösung ausfindig zu machen; nur dann wird es Italien gelingen, den wirtschaftlichen Wiederaufbau mit Erfolg durchzuführen.

Digitized by Google

Sibirische Eindrücke

Von Albert Stoß

Wir veröffentlichen in folgendem einige Aufzeichnungen eines deutschen Kriegsgefangenen, der mehrere Jahre in Sibirien hat zubringen müssen. Wir lenken dabei die Aufmerksamkeit unserer Leser besonders auf zwei Tatsachen: erstens, daß der Bolschewismus in Sibirien bei den Bauern wenig populär ist, weil es dort kein Land der Gutsbesitzer zu verteilen gab; und zweitens, daß auch in Sibirien dank der bolschewistischen Mißwirtschaft die Ernteerträge so heruntergegangen sind, daß selbst dort arger Mangel an Lebensmittel herrscht.

Daß die Stellung des sibirischen Bauern zur Räterepublik eine grundsätzlich andere ist, als die des russischen Bauern, hat seinen Grund darin, daß in Sibirien niemals ein Großgrundbesitz oder Feudalsystem bestanden hat. Der Bauer konnte soviel Grund und Boden haben, als er zu bearbeiten imstande war. Es war also kein Mangel an Boden und es fehlte auch das Abhängigkeitsverhältnis vom Großgrundherrn.

Der Krieg brachte es mit sich, daß der gesamte Transport und der Auslandshandel lahm gelegt wurde, und es kam schließlich soweit, daß infolge Mangels an einer leistungsfähigen Industrie in Sibirien, der Bauer nicht einmal das Notwendigste an Kleidung, Wäsche, landwirtschaftlichen Geräten für Geld kaufen konnte. Wenn weiter schon durch die Verpflegungsnotwendigkeiten des Heeres, später durch Koltschak und die Verbündeten ihm auch von seinen Produkten immer mehr weggenommen wurde, so kam nach dem Vormarsch der Roten Armee dazu die rücksichtslose Annullierung der sibirischen Valuta (Koltschakgeld). Ihre Söhne und die Pferde wurden auch von den Roten mobilisiert, unerhörte Requisitionen durchgeführt, ja sogar jeder freie Verkauf und der Tauschhandel verboten und als konterrevolutionäre Handlung unter strenge Bestrafung gestellt. Was also soll der sibirische Bauer vom Rätesystem erwarten, da seine Lage sich nur immer mehr verschlechtert hat?

Die ungeheuren Verpflegungsschwierigkeiten, nicht nur der russischen Arbeiter, sondern auch der sibirischen Städte, brachten wohl die Moskauer Zentralregierung auf den Gedanken, die erste Armee in eine Arbeiterarmee zu verwandeln, die aber, wie ich hörte, in dieser Erntezeit keine Rolle mehr spielen kann, da sie für den polnischen Feldzug eingesetzt werden mußte. Auch durch Instruktoren und Agitatoren sucht die Räteregierung bei den Bauern mehr Einfluß zu gewinnen, aber dieser erhofft sich eine Besserung nur noch vom „alten System". Daß zu diesem Wunsche auch sein Bedürfnis nach der Kirche beiträgt, die von der Räteregierung bekämpft wird, ist wohl zu begreifen, da ja der russische Dorfpope etwas wesentlich

Digitized by Google

anderes ist, als unser Dorfgeistlicher. Der Pope auf dem Dorfe ist Bauer, wie die übrigen und sitzt ebenso auf dem Markte, seine Produkte verkaufend, wie die anderen.

*

Als wichtigstes erscheinen mir die wirtschaftspolitischen Verhältnisse und sie sind bestimmt, durch das derzeitige vollständige Abgeschlossensein Rußlands und Sibiriens von jedem Außenhandel und internationalen Verkehr. So ist es auch nicht merkwürdig, daß die Lage Sibiriens heute eine fast ebenso schlechte ist, wie die Rußlands. Die Industrie, die schon vor dem Kriege in Sibirien eine wenig entwickelte war, ist durch den auswärtigen und den nachfolgenden Bürgerkrieg vollständig zusammengebrochen. Die wenigen Betriebe (ein kleines Eisenhüttenwerk in Abakansk, Gouv. Jenissei, etwas Leder-, Filz-, Glas- und Holzindustrie war alles) sind durch die fortwährenden Mobilisierungen ihres Arbeiterstammes beraubt und nur notdürftig mit Verwendung von Kriegsgefangenen weitergeführt worden. Die Goldausbeute und die Kupfergewinnung gingen stark zurück, und einigermaßen im Betriebe sind nur die Kohlengruben bei Nowonikolajewsk, Taiga, Koltschugino, Anshersk und Tscheremchowo. Die kleine Grube bei Krasnojarsk fällt wegen der Minderwertigkeit der Kohle nicht ins Gewicht.

Auch im Ural liegt alles verödet, was nicht für die Kriegsindustrie unbedingt gebraucht wird; die Anlagen sind durch den jahrelangen Stillstand verdorben oder bei den großen Kämpfen, die sich dort abspielten, zerstört worden. Erst in den Monaten Februar, März 1920 u. f. wurden aus Sibirien die dort befindlichen technischen Arbeitskräfte, Ingenieure und professionelle Arbeiter nach dem Ural kommandiert und abgesandt, so daß nun wieder Sibirien ohne Arbeiter ist. Es ist dies wohl der Grund, weshalb unsere eigenen Internationalisten die Kriegsgefangenen nicht aus Sibirien herauslassen wollen, und ob dies nicht mit stillem Einverständnis von Moskau geschieht, will ich dahingestellt sein lassen.

An Lebensmitteln ist heute auch in Sibirien kaum das Notwendigste vorhanden, da alles entbehrlich erscheinende requiriert wird, um den in Rußland hungernden Arbeitern aufzuhelfen. Die Viehbestände sind sehr zusammengeschmolzen. Die reichen Kriegsbeuten der Roten bei der Eroberung Sibiriens an Kleidung, Wäsche und Medikamenten sind verbraucht, ja sogar Nähfäden und Nadeln sind nicht mehr vorhanden. Dazu eine Holznot, zu deren Steuerung alle Sägen und Beile eingezogen werden mußten. Zucker gibt es kaum, und Salz, das in großen natürlichen Vorkommen bei Atschinsk und südlich Omsk offen zu Tage liegt, muß mit ungeheuren Preisen bezahlt werden. Es fehlt vollkommen an Transportmitteln (Eisenbahnwaggons, Lokomotiven, Wagen und Pferden) sowie an Flußschiffen, so daß auch die noch vorhandenen größeren Bestände an Lebensmitteln

Digitized by Google

zwischen Atschinsk und Omsk nicht der hungernden Bevölkerung zugeführt werden können.

Einige Preise, bezahlt zwischen dem 20. Mai und 20. Juni 1920.

in	Krasnojarsk	zwischen Atschinsk und Omsk billigster Preis	Jekaterinburg	Petersburg
Salz 1 Pfd.	600.—	400.—	800.—	1000.—
Butter 1 Pfd.	700/800.—	250.—	1600.—	3500.—
Brot 1 Pfd.	100.—	60.—	200.—	350.—
Milch 1 Fl.	50.—	20.—	140.—	300.—
Eier 1 Stck.	20.—	12.—	80.—	250.—
Zünder, Schachtel	40/60.—	20.—	120.—	250.—
Kalbfleisch gebr. 1 Portion	250.—	200.—	400.—	—
Pferdefleisch 1 Pfd.	40.—	—	—	—

Wenn man allerdings den Umrechnungskurs von einem Räterubel gleich einem Pfennig nimmt, wie er uns Rückkehrern freundlich geboten wird, dann erscheinen selbst diese Preise niedrig im Vergleich zu unseren heimischen.

Dem Mangel an Medikamenten wird zurzeit dadurch abgeholfen, daß Kriegsgefangene als Sammler von medizinischen Pflanzen hinausgeschickt werden, nur so können wenigstens die einfachsten Hausmittel verabreicht werden.

Schon oben ist erwähnt, daß der Mangel an rollendem Material ein großer ist, dagegen erregte es unser größtes Erstaunen, in welch kurzer Zeit es der Räteregierung gelungen ist, die großen zerstörten Brücken über den Ob, Tom, Irtisch, die Wolga und über viele der kleineren Flüsse wieder herzustellen. Auch der Fahrbetrieb verdient wegen seiner Sicherheit Bewunderung, wenn auch die Schnelligkeit keine allzugroße ist. Die Zerstörungen am Fuhrpark, an Lokomotiven, wie Waggons sind aber zu groß, als daß an eine baldige Wiederherstellung zu denken wäre. Und das wenige noch im Betrieb befindliche wird durch den forcierten Bedarf auch nicht besser. An einer einzigen Station unterwegs zählte ich allein 48 vollständig unbrauchbare Lokomotiven, demontiert, die Kessel durch Einfrieren gesprengt. Diese Bilder wiederholen sich häufig, und hunderte von Waggons verbrannt, zertrümmert oder mit heißgelaufenen Achsen liegen den ganzen Bahndamm beinahe bis vor Petersburg entlang. Die Zeitung „Krasnojarsk Rabotschi" brachte eine Zusammenstellung, nach welcher kaum noch 25% des Materials brauchbar ist, das vor dem Kriege vorhanden war, ungeachtet der bedeutenden Lieferungen der Verbündeten während des Krieges.

Digitized by Google

Ebenso dringend sind eines Ersatzes oder gründlicher Reparatur bedürftig die Flottillen auf den großen sibirischen Strömen. Die Zahl der Schleppkähne ist eine viel zu geringe.

Die Ernährung ist, wie schon gesagt, bereits auch in Sibirien eine recht mäßige. Es mußte in Krasnojarsk der Termin für Mehllieferung für März bis zum 16. April, der Termin für die Mehllieferung für April bis zum 20. Mai verlängert werden, weil einfach nicht das nötige Quantum vorhanden war. Allerdings wurde ein beträchtlicher Teil sibirischen Mehls nach Rußland geschickt, um dort den hungernden Arbeitern nicht jede Lebensmöglichkeit zu nehmen.

Nach dem kommunistischen Grundsatz „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen" wird die Verpflegung in drei Kategorien eingeteilt: 1. für physisch Arbeitende, 2. für geistig Arbeitende und Beamte, 3. für „Schmarotzer", d. h. für Nicht-Arbeitende. Es wurden ausgegeben für April:

Mehl	30	20	15	Pfund russisch
Salz	1	1	½	„ „
Zucker	½	½	0	„ „

einige Pakete Tabak oder Zigaretten, etwas Tee, Fett etwa 100 Gramm, Fleisch ½ Pfund, Fisch 2 Pfund (letztere beiden Waren gab es nicht). Nicht zu erhalten waren offiziell Butter, Eier, Kascha (Buchweizen, Hirse und Bruchweizen) nur etwas Kraut und saure Gurken. Dazu kostete ein Faden Holz (210×210×70 cm) den Betrag von 6000 bis 7000 Rubel. Man kann sich aber nicht vorstellen, wie eine Familie davon leben soll.

Etwas besser konnte man die Sache gestalten, wenn man in einem der öffentlichen Speisehäuser — private gab es nicht mehr — am 1. des Monats seine sämtlichen Verpflegungsmarken abgab und dafür tägliche Karten nahm. Man erhielt dafür einmal täglich eine warme, aber dünne Kohlsuppe und Fisch mit einer der gerade vorhandenen Grützesorten. Einmal wöchentlich gab es Fleisch. Das Brot, das den Kategorien entsprechend mit 1½, 1 und ½ Pfund täglich ausgegeben wurde, mußte man aber mit nach Hause nehmen, um am Abend etwas zum Tee und am Morgen etwas vor der Arbeit zu haben. Tausch- und Schleichhandel war aber trotz strenger Gesetze im Schwunge.

*

Außenpolitisch ist die Lage so, daß Japan seine Interessensphäre bis Tschita, also bis an die Grenze des neuen Pufferstaates östlich des Baikalsees ausdehnen und festhalten wird. Vielleicht kann es als Vorbereitung zur Eroberung des sibirischen Marktes betrachtet werden, wenn Japan versucht, zurückkehrende Kriegsgefangene unter günstigsten Bedingungen, wie ich hörte als technische Hilfskräfte und Arbeiter seßhaft zu machen, denn

Digitized by Google

uns zu liebe tut dies Japan nicht. Die vor dem Kriege aus Japan nach Sibirien gelieferten Waren wurden allgemein als minderwertig bezeichnet, und deshalb muß Japan, um wirtschaftliche Erfolge zu haben, mindestens die Qualität seiner Ausfuhrartikel bedeutend steigern. Es wäre wohl aber unrichtig, wenn unsere Landsleute gerade Japan ihre Hilfe dazu bieten würden, in Qualität uns näher- oder gleichzukommen. Japan erlernt seine Vorteile schneller als Rußland, wo wir sicher auf einen viel länger dauernden Absatz nicht nur an Fertigfabrikaten, sondern auch an Arbeitskräften rechnen dürfen. Japan wird im Osten die führende Rolle spielen und sicher, wenn nicht offen, so mit Bestechung und Intrigue die Einfuhr aus den Vereinigten Staaten und den westlichen Ententestaaten zu verhindern suchen. Japan hat seine Arbeitskräfte im Kriege geschont und braucht nun für diese Aufträge und Beschäftigung, wenn es vor inneren Unruhen sicher sein will.

Dem zweiten Oststaate, China, liegen wohl alle wirtschaftlichen Ziele in Sibirien fern, vielleicht wird aber China selbst der zweite Staat, in dem der Bolschewismus seine Ausbreitung findet. Moskau läßt sich seine Agitatorenschule etwas kosten, benützt es doch seine neuen 500- und 1000-Rubelzeichen dazu, um in sieben Sprachen die Proletarier aller Länder zur Vereinigung aufzufordern. Große Bedeutung hat dies bei der Wertlosigkeit der Räterubel vorerst nicht.

Inwiefern es den Vereinigten Staaten gelingen wird, das japanische Uebergewicht auszugleichen, muß die Zukunft lehren. Immerhin haben während des ganzen Krieges, zur Zarenzeit und unter Koltschak, die amerikanischen Vereine christlicher junger Männer (Y. M. C. A.) nicht nur in christlicher Nächstenliebe, sondern auch in guten Handelsgeschäften in Sibirien gearbeitet. Unter der Aera Koltschak lieferten die Amerikaner Medikamente, bauten mit Hilfe der Kriegsgefangenen Spitäler und Desinfektionsanstalten, wollten auch die schon erwähnte südsibirische Bahn nach Orenburg in Bau nehmen und beschenkten die russische Damenwelt mit Schokolade und anderen Süßigkeiten, aber wenn man dem gegenüberstellt, was unsere Gefangenen den Bauern, der Industrie und in den eigenen Lagerunternehmen in Irkutsk, Kansk und Krasnojarsk geleistet haben, so besteht selbst bei den Russen kein Zweifel, daß wir dies auch machen können.

Digitized by Google

Die Schwierigkeiten beim Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte

Von Professor Dr. R. Hennig (Düsseldorf)

Alle Welt in Deutschland, soweit sie sich den nationalen Sinn bewahrt hat und über die Notwendigkeiten der deutschen Zukunft nachzudenken pflegt, ist sich darüber klar, daß ein Wiederaufbau unserer schnöde geraubten deutschen Seehandelsflotte zu den vornehmsten Pflichten und Aufgaben der nächsten Jahre gehört. Was unsere führenden hanseatischen Reedereien in der kurzen Zeit seit dem Friedensschluß und der Auslieferung fast aller hochseetüchtigen Schiffe an die Feinde unter denkbar schwierigsten Umständen schon wieder geleistet haben, verdient rückhaltlos hohe Bewunderung, ganz abgesehen von dem meisterhaften Schachzug des von der Hamburg-Amerika-Linie und dem Norddeutschen Lloyd mit den amerikanischen Reedereien abgeschlossenen Wirtschaftsabkommens, dessen vorläufig noch nicht abzusehende Auswirkung wohl erst in Jahren sicher zu beurteilen sein wird. Auch ohne diesen Wechsel auf die Zukunft ist die Wiederbetätigung der deutschen Flagge auf dem Weltmeer, unter Berücksichtigung der maßlosen Schwierigkeiten der Gegenwart, schon achtunggebietend genug. Nach einer Zusammenstellung Dr. Kaegbeins sind unter 56 Dampferlinien, die gegenwärtig im Hamburger Hafen wieder regelmäßig verkehren, acht rein deutsche, und drei weitere, an denen Deutsche mit Amerikanern und Holländern gemeinsam beteiligt sind, vertreten. Das ist, an den Verhältnissen der Vorkriegszeit gemessen, gewiß noch kein erfreuliches Bild, aber der beginnende Aufbau deutscher Seegeltung ist doch daran erkennbar.

Wenn es mit dem Wiederaufbau nicht so rasch vorwärtsgeht, wie es mancher wohl wünschen möchte, der die Belange einer deutschen Handelsschiffahrt richtig einzuschätzen weiß, so sind darin zahlreiche Umstände schuld, über deren ganze Tragweite man sich im Binnenland nicht leicht Rechenschaft gibt. Die außerordentlich weitgehende Abhängigkeit von der ausländischen Schiffahrt, in die wir durch die unselig-leichtfertige Erzbergersche Auslieferung unserer Seeschiffe geraten sind, ist natürlich volkswirtschaftlich so schädlich wie möglich, denn nicht nur verteuern sich durch den elenden Stand unserer Währung alle in ausländischer Währung zu zahlenden Seefrachten ganz gewaltig, sondern die Zahlungen an fremde Reeder lassen auch unnötig viel Geld ins Ausland abströmen, das ehedem an deutsche Gesellschaften gezahlt wurde und somit im Lande verblieb. Aus diesem Grunde wird manchmal der Wunsch und die Erwartung geäußert, daß unsere deutschen Reedereien doch so rasch wie möglich sich wieder eine eigene Flotte von achtunggebietender Größe verschaffen müßten. Das

Digitized by Google

ist aber leichter gesagt denn getan, denn in einer geradezu seltenen Kombination haben sich allerlei Hindernisse mit einander verschworen, den Wiederaufbau der deutschen Flotte so sehr wie nur möglich zu erschweren.

Erstens einmal ist jede Neubeschaffung von Schiffen, gleichviel ob durch Ankauf oder durch Neubau, bei der gegenwärtigen Teuerung und der weitgehenden Entwertung der Mark heute maßlos kostspielig, und man kann eigentlich nur dazu schreiten, wenn man mit Sicherheit auf ausgiebige Beschäftigung des Schiffsraumes und sehr hohe Frachtsätze rechnen kann. In dieser Hinsicht sind aber seit dem Frühjahr 1920 die Aussichten auf dem Weltfrachtenmarktt nichts weniger als erfreulich. Die ungeheure Ueberproduktion an Schiffsraum, welche die letzten zwei Jahre, hauptsächlich durch die Tätigkeit der vereinsstaatlichen Werften, gebracht haben, hat zu einer stark rückläufigen Bewegung der Frachtraten in den letzten sieben Monaten geführt; das Angebot an Tonnage übersteigt die Nachfrage ganz gewaltig, zumal da die Ausfuhrmöglichkeiten der einzelnen Länder durch Kohlennot und Rohstoffmangel in wachsendem Maße beeinträchtigt werden. Die Folge davon ist ein derart katastrophaler Sturz der Frachtsätze, daß selbst viele Reedereien in den feindlichen und neutralen Ländern mit ihrem verhältnismäßig billig erworbenen älteren und ihrem aus Deutschland ohne Entschädigung geraubten Schiffsraum vielfach die größten Schwierigkeiten haben, sich über Wasser zu halten, da eben die stark gesunkenen Frachten einen rentablen Reedereibetrieb oft kaum noch möglich machen. Daß unter solchen Umständen die deutschen Reedereien mit ihrem etwaigen neuen, zu heutigen Preisen angeschafften Schiffsraum meist erst recht nicht ökonomisch werden wirtschaften können, wird keines weiteren Beweises bedürfen. Vielfach haben sie es daher auch vorgezogen, die benötigten Fahrzeuge von Fall zu Fall vom neutralen Ausland zu mieten, da das Risiko des Betriebes mit gecharterten Schiffen naturgemäß geringer als mit neu angekauften war.

Angesichts derartiger Hemmnisse kann man den Wagemut etwa der Hamburg-Amerika-Linie gar nicht genug bewundern, die den deutschen Werften schon 185 000 t Schiffsraum neu in Auftrag gegeben hat, um ihren durch den Krieg von 1 253 165 Br.-Reg.-T. auf 82 500 t zusammengeschrumpften Schiffspark wenigstens einigermaßen wieder aufzufüllen, und an die soeben der erste, über 10 000 t große Dampfer neu zur Ablieferung gelangt sein soll. Dabei sind auch die Schwierigkeiten der deutschen Werftentätigkeit selbst zu berücksichtigen. Die völlig ungenügende Kohlenbelieferung, die arg erschwerte und gehemmte Materialbeschaffung, die verringerte Arbeitsleistung und Streiklust der Arbeiterschaft, dazu das Ausscheiden der Danziger Werften aus dem Reichsverband, die aus dem Friedensvertrag sich ergebende Verpflichtung, jährlich bis zu 200 000 t Schiffsraum „unter

Digitized by Google

Anrechnung auf die Kriegsentschädigung", d. h. also natürlich kostenlos an die Entente abzuliefern — das alles sind Faktoren, die auch beim besten Willen die Neuschaffung einer deutschen Handelsflotte durch eigene Werfttätigkeit außerordentlich erschweren.

Hinzu kommt die gerade für die Seeschiffahrt ungemein heikle Kohlenfrage. Vor dem Kriege wurden die deutschen Seehäfen hauptsächlich mit englischer Bunkerkohle versorgt, die sich in der Heranschaffung meist billiger als die vielfach auf die Eisenbahnanfuhr angewiesene deutsche Kohle stellte. Heut aber, wo England die größte Not hat, seinen eigenen Kohlenbedarf zu decken und seinen wichtigsten Auslandsverpflichtungen nachzukommen, können natürlich die deutschen Seehäfen zuletzt darauf rechnen, englische Bunkerkohle zu erhalten, ganz abgesehen davon, daß diese sich, ebenso wie jede andere Auslandskohle, bei unserem Valutastande ungebührlich teuer stellen würde. Eine Versorgung mit deutscher Kohle aber — nun, dies Thema braucht wohl kaum weiter ausgesponnen zu werden, wenn man sich erinnert, wie katastrophal sich die deutsche Kohlenfrage nach dem Abkommen von Spa gestaltet hat! Und dennoch muß darauf eingegangen werden, denn alle an der Ausfuhr beteiligten deutschen Industrien, alle Kreise, denen an einer verbilligten Einfuhr ausländischer Erzeugnisse irgendwelcher Art gelegen ist, müssen ein Interesse daran haben, daß die deutschen See-Reedereien auf der allerersten Vorzugsliste der mit Kohle zu beliefernden Betriebe stehen. Die Ansprüche sind bei der heut nur geringen Tonnage durchaus bescheiden. Die Ueberseeschiffahrt beansprucht nur 30 000 t Kohlen im Monat oder 360 000 t im Jahr — das ist weniger als der 300ste Teil der letzten ohnehin abnorm niedrigen Jahres-Kohlenproduktion Deutschlands (1919: 116 Mill t), und entspricht also etwa der gegenwärtigen Normalförderung eines einzigen Arbeitstages! Aber selbst diese sehr bescheidene Menge glaubte der Reichskohlenkommissar den deutschen Reedereien vorenthalten zu müssen; sie wurden angewiesen, sich für ihre Ueberseeschiffahrt mit der (unvernünftig teuren) amerikanischen Kohle zu behelfen! Kurz und gut, daß unsere Hanseaten frisch ans Werk gehen und mit einem Kostenaufwand von 8—10 Milliarden Mark eine neue deutsche Handelsflotte zu schaffen bereit sind, billigt man und preist man nach Gebühr; aber Kohlen für diese neue Flotte oder auch nur für den kümmerlichen Rest der uns verbliebenen Hochseeschiffe, Kohlen zu einigermaßen erschwinglichen Preisen will die staatliche Bewirtschaftung den Reedereien vorenthalten! Die deutsche Fischereiflotte wird mit Kohlen verhältnismäßig reichlich beliefert, auch die Binnenschiffahrt und die Küstenschiffahrt, aber die eigentliche Ueberseeschiffahrt soll leer ausgehen oder sich mit den durch die Valutaentwertung auch dem Preise nach wahrhaft zu „schwarzen Diamanten" gewordenen amerikanischen Kohlen behelfen! Unter den

Digitized by Google

vielen Unbegreiflichkeiten neuzeitlicher Regierungsweisheit verdient diese besondere Beachtung.

Wie unsere Reeder bei ihren Wiederaufbau-Bestrebungen über die von der eigenen Regierung gelegte, besonders schwierige Fußangel hinwegkommen werden, ist noch gar nicht zu übersehen. Hinsichtlich der Kohlenversorgung leben sie heut durchaus von der Hand in den Mund; daß sich damit keine großzügige, praktische Verkehrspolitik treiben läßt, bedarf nicht erst des Beweises. Selbst wenn aber auch dieses vielstachlige Hindernis aus dem Wege geräumt wird, ist damit die Höhe des Kalvarienberges neudeutscher Seeschiffahrtspolitik noch ganz und gar nicht erreicht.

Die Betriebskosten sind nämlich außerdem überall so gewaltig in die Höhe gegangen, daß die neuerdings, wie gesagt, stark rückläufigen Frachtsätze, obwohl sie noch ein Vielfaches der Vorkriegszeit betragen, auf vielen Linien einen rentablen Betrieb kaum noch ermöglichen. Es sind neuerdings über die Verhältnisse in der englischen Schiffahrt einige charakteristische Zahlen bekanntgegeben worden („Times", 19. und 20. August), die lehrreich genug sind, obwohl natürlich für deutsche Verhältnisse die Unterschiede noch viel schärfer als dort in die Erscheinung treten werden. Die betreffenden Zahlen der „Times" für einen erstklassigen transatlantischen Passagierdampfer lauten:

Kosten in Pfund Sterling	1914	1920
Bekohlung	4500	24 000
Verproviantierung	3000	8 000
Ausbesserungen	1700	7 700
Löhne	2500	9 000
Summa	11 700	48 700

Die gesamten Unkosten haben sich demnach um 350 Prozent erhöht, während die Kosten der Ueberfahrt sich für die Reisenden im Durchschnitt nur um 185 Prozent verteuert haben. Trotzdem hat auch die englische Handelsmarine mit noch immer höchst einschneidenden Lohnforderungen des Personals kaum minder hart wie das deutsche Wirtschaftsleben zu kämpfen.

Ganz besonders arg verteuernd auf die Schiffs-Betriebskosten und demgemäß auf die Reise aller überseeischen Waren wirkt aber die Einführung des vielumstrittenen Achtstundentages in der Handelsschiffahrt. Auch hierüber liegen aus englischer Quelle einige Zahlenangaben für Passagierdampfer vor, die gar sehr zum Nachdenken herausfordern müssen. Das Fachblatt „Shipbulding and Shipping Record" enthielt die Mitteilung, daß die Riesendampfer „Mauretania" (Schwesterschiff der berühmten „Lusitania")

Digitized by Google

und „Aquitania" infolge der Durchführung des Achtstundentages jeder 250 bis 300 Mann mehr Personal erforderten, für die monatlich nur an Gehältern, ohne andere Kosten, 3500 bis 4000 Pfund Sterling aufzubringen sind! Bei mittelgroßen Dampfern von etwa 20 000 t kommen ein Mehrpersonal von 150 bis 200 Mann und 3000 Pfund Sterling höhere Löhne in Betracht. Außerdem sind natürlich bedeutende Aufwendungen nötig für die Verpflegung des vergrößerten Personalbestandes, und die Unterbringung so vieler Menschen auf dem Schiff ist auch nur möglich unter Aufopferung einer entsprechenden Menge von Fahrgastraum bzw. Frachtraum, der unter anderen Umständen der Reederei Einnahmen gebracht hätte. Für die bekannten, je 24 000 t großen Dampfer „Cedric", „Celtic", „Baltic", „Adriatic" sind diese weiteren Verluste von dem Fachblatt genauer errechnet worden. Für jeden einzelnen dieser Dampfer ergeben sich dann folgende Zahlen, aus denen man ohne weiteres wird ermessen können, wie stark verteuernd die Einführung des Achtstundentages auf jegliche Seereise und Ueberseeware wirken muß:

Vermehrte Besatzung	191	Köpfe
Vermehrte Löhne (im Monat)	2710	Pfund Sterling
Vermehrte Verpflegungskosten	1289	„ „
Verlust an Fahrgasteinnahmen	7300	„ „
Summe der Einbuße durch den 8-Std.-Tag	11 299	Pfd. St. im Monat!

Es wird einer großzügigen und ungemein geschickten Politik unserer führenden Reedereien bedürfen, um durch die zahllosen Klippen, die sich entgegenstellen, den rechten Weg zum Wiederaufbau zu steuern. Schon die in den letzten Monaten sichtbar gewordenen Anfänge dieser Politik lassen zwar zuversichtlich erhoffen, daß man von unserem schon in größeren Stürmen der Geschichte bewährten Hanseatentum wird sagen dürfen: il farà da sè! Aber soviel muß allerdings seitens des gesamten deutschen Wirtschaftslebens von der Regierung gefordert werden, daß sie nicht durch unbegreiflich bureaukratische Verfügungen zentralistischer Berliner Behörden dem hart um seine Zukunft ringenden deutschen Reederwesen in seinem schweren Kampfe noch Knüttel zwischen die Beine wirft.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Allen Zusendungen ist Rückporto beizufügen.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt. Redaktion: Schöneberger Ufer 86a I. Telephon: Nollendorf 928. Für Anzeigen: Werbedienst G. m. b. H., Berlin W 35, Lützowstr. 102/4. Verlag: Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt 15 M. Einzelnummer 1,50 M. Druck von Paß & Garleb G. m. b. H., Berlin W 57, Bülowstraße 66.

Digitized by Google

Vor kurzem erschien:

Erlebnisse im Weltkrieg

von

Reichsfinanzminister a. D. **M. Erzberger**

Geheftet M. 28.—, in Halbleinen M. 38.—

Mit lebhaftem Interesse hat die gesamte politische Welt des In- und Auslandes dem Erscheinen dieses Werkes entgegengesehen. Die hochgespannten Erwartungen sind noch übertroffen worden. Denn wer das Buch zur Hand nimmt, will es in einem Atemzug durchlesen, um dann aufs neue immer wieder die großen Probleme des Weltkrieges zu studieren, wie sie Erzberger, der so viel erlebt hat, in glänzender, volkstümlicher Sprache der Oeffentlichkeit schildert. In Erzbergers Erlebnissen liegt das erste politische Kriegsbuch vor, das eine Menge neuer und wertvoller Aufschlüsse bringt, darin liegt sein hoher bleibender Wert. Kein Historiker und kein Parlamentarier, kein Politiker und kein Staatsmann kann an diesem Buch vorbeigehen, denn es wird über die Bedeutung des Tages hinaus als einer der wichtigsten Beiträge zur Geschichte der letzten Jahre dauernden Wert behalten.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart, Berlin.

Digitized by Google

ibliothek
Mannheim

Deutsche Politik

IV. 1929

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Inhalt:

Politische Glossen 545
Rohrbach, Die Schuld am Weltkrieg und die Frage der Friedensrevision 547
Buchholz, Kohlenstreik in England 553
Erényi, Zur ungarischen Lage 556
Zache, Deutschland und seine Kolonien 563

Preis vierteljährlich M 15.–, das einzelne Heft M 1,50

5. Jahrgang 5. November 1920 Heft 45.

Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart-Berlin

Digitized by Google

Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart, Berlin

Soeben erschien:

Isolde Kurz Legenden

Diese Legenden, die an Gottfried Kellers „Sieben Legenden" anklingen, bedeuten mehr als ein Weiterspinnen des goldenen Fadens, den der Schweizer Meister aus altem Golde neu geschlagen; dafür bürgt schon die starke Eigenart der Dichterin. Ihre Legenden tragen mehr novellistischen Charakter, man möchte sie Novellen auf Goldgrund nennen; Unschuld, Schönheit und Güte sehen wir von menschlicher Selbstsucht und Blindheit bedrängt und verfolgt, aber Erlösung und Verklärung warten ihrer. Die ewig brennenden Fragen nach Ursprung und Sinn des Leidens und der Ungerechtigkeit in der Welt, die Versöhnung des Christentums mit der Antike – werden in wundervoll farbigen, lebensfrischen und herzenswarmen Bildern in anmutigem, ernstem Ton mit dem leisen Lächeln der echten Weisheit vorgetragen.

Preis gebunden M 20.–

Durch alle Buchhandlungen zu beziehen

„Die Bücherpost"

unterrichtet wöchentlich über Neuerscheinungen des deutschen Buchhandels aus allen Wissensgebieten und der Unterhaltungsliteratur. Einzelnummer 25 Pf., vierteljährlich M. 2.50. Abonnements nimmt jede Poststelle, auch der Briefträger, entgegen. Probenummern sendet die Geschäftsstelle der „Bücherpost", Frankfurt a. M., Niddastr. 74, postfrei und umsonst.

Stuttgart DW Leipzig

Deutsche Wacht

Organ zum Wiederaufbau deutscher Interessen im Auslande

Offizielles Organ des Verbandes „DW" die Zeitschrift der Auslandsdeutschen.

Wertvollstes Anzeigenblatt für Im- und Export Handelsteil mit Angebot und Nachfrage.

Große Auflage. In ganz Europa gelesen.

Halbjahr 3,60 M. Zeile 60 Pfg. Heft 50 Pfg.

Verlag „Deutsche Wacht" Stuttgart

A. WARMUTH · Speditionsgeschäft

Zentrale: BERLIN C 2, Hinter der Garnisonkirche 1a

Fernsprecher: Norden 309, 310, 1642, 4479 u. 4512.

Leipziger Abteilung: Dorotheenstr. 29a. Zentrum 2666.

Versand von Gütern aller Art nach allen Orten der Welt.

Möbeltransport - Lagerung

Das beste neuere Werk über Biologie f. gebildete Laien

Soeben erschien die 2., vermehrte Auflage von

Allgemeine Biologie

Von Dr. Paul Kammerer

Mit 85 Abbildungen im Text u. 4 farbigen Tafeln

Gebunden M 27,50

„Bewundernswert ist die Meisterung des Stoffes. Jeder Satz, jedes Wort schließt eine Fülle von Gedanken ein und regt zur denkenden Betrachtung an. Ueberall leuchtet das auf reiche Tatsachenkenntnis gegründete eigene Urteil des Verfassers hindurch." (E. Hassenpflug in der Zeitschrift „Die Lehrerfortbildung")

Durch alle Buchhandlungen zu beziehen

Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart, Berlin

Digitized by Google

5. Jahrgang * 5. November 1920 * Heft 45

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik
Herausgeber:
Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Der Reichstag hat die politische Aussprache nicht gerade auf einem sehr erheblichen Niveau eingeleitet. Der Reichskanzler, in den gegenwärtigen großen Fragen sich bescheidend, hat ausgesprochen, daß es uns schlecht geht, recht schlecht; es ist ja notwendig, daß das eine Anzahl von Deutschen noch an Erkenntnis zulernen, aber als Unterlage für die Führung des Reiches ist dieses Wissen etwas dünn. Die Diskussion hatte durch ihn keine Richtung erhalten und sie rauscht darum vorbei, ohne daß Ziele verdeutlicht werden. Wenn Scheidemann als Ankläger der Reichswehr auftritt, dann verlacht ihn die äußerste Linke nicht ohne Grund, daß er sich gelegentlich gerne von ihr retten ließ. Es ist recht peinlich, daß er bei der traurigen Lage, in der unser militärisches Selbstbestimmungsrecht liegt, seinen ganzen kalten Witz und seine kühl gepflegte Entrüstung an der Reichswehr ausläßt, ohne die Ueberlegung einzuschalten, wie eine Verständigung erreicht werden könne. Solche Reden, wie er sie über die Lage des Heeres am 9. November gehalten, leiden unter ihrer inneren Verlogenheit: Das einemal berühmt sich die Sozialdemokratie des „unblutigen" Verlaufs des Umsturzes und hinterher verhöhnt sie diejenigen, die, von dem Unglück des Vaterlandes überwältigt, wehrlose Opfer einer plumpen Ausschreitung des Volkes wurden. Will Herr Scheidemann die Kokarden-Roheiten des 9. November verteidigen? Es gibt Dinge, über die man besser schweigt.

*

England, so verlautet, hat die Absicht, die Beschlagnahme des privaten deutschen Eigentums aus seiner Praxis zu streichen, d. h. auf ein Recht, das in dem Versailler Frieden erzwungen, zu verzichten. Nicht aus Liebe zu den deutschen Kaufleuten, sondern weil man drüben in der Handelswelt zu begreifen beginnt, daß unter solchem Recht (oder Unrecht) internationaler Wirtschaftsverkehr überhaupt nicht aufleben kann.

Digitized by Google

Die Erfahrung setzt ein, wie die Sieger sich selber in Unmöglichkeiten verirrt haben. Frankreich aber wird durch diesen Entschluß in eine peinliche Lage versetzt: schließt es sich dem angeblich geplanten britischen Schritt an, so anerkennt es, daß der Vertrag revisionsbedürftig ist, schließt es sich aus, so wird die Wahrung des Prestiges wirtschaftlich unheilvoller werden als die englische Praxis, die die Engländer wirtschaftliche Vorteile erwarten läßt.

*

Wie erinnerlich, schied Winnischenko aus der ukrainischen Sozialdemokratischen Partei aus und schloß sich dem Bolschewismus an. Er stellte nur die eine Bedingung, daß die Ukraine eine selbständige kommunistische Republik bilden sollte. Er wurde daraufhin feierlich von Lenin eingeladen, über Moskau nach Kiew zu reisen, um dort in die Regierung einzutreten. Er fuhr auch hin, kehrte aber nach wenigen Wochen wieder nach Wien zurück und bläst dort Trübsal, weil Rakowski, der Vertreter Lenins in Kiew, nicht daran dachte, mit der Selbständigkeit Ernst zu machen. Auch der Führer der Sozialrevolutionäre Hruschewskyj, der von Prag aus für den Anschluß der Sozialrevolutionäre an den Bolschewismus agitierte, hat daraufhin wieder eine Schwenkung vorgenommen und will jetzt vom Leninschen Bolschewismus nichts wissen.

*

Auf dem hannoverschen Parteitag der Deutschnationalen ist man etwas unsicher gewesen, wie eigentlich die preußisch-deutsche Frage gelöst werden solle, denn mit der gleichen Kraft bekannte man sich zu Großdeutschland und dem preußischen Partikularismus, zum föderalistischen Prinzip und der Unzerstörbarkeit des preußischen Staatsgeistes. Reimt sich denn das zusammen? Schlechterdings nicht. Aber der Bien muß. Die Konzession an den genius loci hat ihr Recht und die romantische Polemik meldet ihre Ansprüche. Aus den Berichten der Zeitungen hat man im übrigen den Eindruck, daß die „deutsch-völkische" Richtung, die der eigentlichen Parteileitung etwas fatal ist und von ihr deshalb im Hintergrund gehalten wird, in dem Maß die Führung des Tages gewann, als das reine Stimmungselement an Macht gewann. Darunter sind dann auch die ernsthafteren Feststellungen und Selbstbetrachtungen untergegangen. Einen Pfarrer erfuhr herbes Mißgeschick, als er das „Alte Testament" zu verteidigen suchte. Warum auch nicht? Man muß den Mut zur Konsequenz haben. Aber dann vielleicht auch die Bibel etwas revidieren.

*

Digitized by Google

Die Schuld am Weltkrieg und die Frage der Friedensrevision

Von Dr. Paul Rohrbach

Das Schicksal des Weltkrieges wurde an dem Tage geboren, als England und Rußland sich miteinander verständigten. 1879, zur Zeit russischer Kriegsdrohungen gegen Deutschland, sagte Bismarck zu dem damaligen französischen Botschafter in Berlin, St. Vallier: „Wenn England und Rußland samt ihren Satrapen Gelegenheit finden, sich in den Besitz der Türkei zu teilen, dann auf den Antagonismus der beiden Weltmächte die Hoffnung zu setzen, wäre wohl Wahnsinn." Diese von Bismarck als Wahnsinn bezeichnete Hoffnung war der Grund dafür, daß Fürst Bülow und Herr v. Holstein es vorzogen, dem von England ausgehenden Vorschlag eines englisch-deutschen Bündnisses, der in den Jahren von 1899 bis 1901 mehrfach wiederholt wurde, kein Gehör zu leihen. Sie glaubten, es sei unmöglich für England und Rußland, sich zu finden, und wenn Deutschland die Wahl zwischen beiden Mächten ablehne, so behalte es zwei Eisen im Feuer.

Von Bismarck wird behauptet, sein Grundsatz sei es gewesen, auf alle Fälle die deutsche und die russische Politik in freundschaftlicher Nähe beieinander zu halten. Daß dies nicht richtig ist, wissen Unterrichtete schon lange. Auch weiteren Kreisen sollte es deutlich sein, seit durch die Hammannsche Veröffentlichung („zur Vorgeschichte des Weltkrieges") 1918 der Brief Bismarcks vom 22. November 1887 an Lord Salisbury, mit dem Vorschlag eines Bündnisses zwischen Deutschland und England, bekannt geworden ist. Es ist bezeichnend für das Maß von Eifer und Sachkunde, mit dem bei uns über auswärtige Politik geredet und geschrieben wird, daß viele diesen Brief überhaupt noch nicht kennen. Statt dessen wird bis zum Ueberdruß der deutsch-russche Rückversicherungsvertrag Bismarcks angeführt. Auch der Rückversicherungslegende in ihrer üblichen Form wird aber jetzt ein Ende gemacht. L. Raschdau führt im „Tag", in einem Artikel: „Das Ende der deutsch-russischen Rückversicherung", (17. Oktober) aus: 1. Der Vertrag war nur in bedingtem Sinne das Werk Bismarcks und seine Vorteile lagen überwiegend auf der russischen Seite. 2. Die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland wurden seit dem Jahre 1875 trotz aller Bemühungen von unserer Seite stetig und nur mit kurzen und scheinbaren Unterbrechungen unfreundlicher. 3. Der Vertrag war kein Hindernis für eine russisch-französische Verständigung. 4. Im August 1889 berichtete Bismarck in einer Staatsministerialsitzung, er habe dem Kaiser Franz Joseph, der eben den Berliner Hof besucht hatte, gesagt, das ganze Ziel der deutschen Politik seit zehn

Digitized by Google

Jahren sei, England für den Dreibund zu gewinnen. Wenn die russische Politik in London den Rückversicherungsvertrag, der die türkischen Meerengen zu ungunsten der britischen Interessen an Rußland preisgab, gegen uns ausbeutete, so mußten wir besorgen, in ein schiefes Verhältnis zu England zu geraten. Auch Rumänien mußte von den Mittelmächten abgeschreckt werden, wenn es erfuhr, daß wir die Meerengen und Bulgarien Rußland zu opfern bereit waren. Diese Gründe, schreibt Raschdau, führten in einer Besprechung vom 13. März 1890 zu dem Entschluß, den Vertrag trotz des russischen Drängens auf Erneuerung ablaufen zu lassen. Vielleicht wäre es besser gewesen, wie Raschdau als Teilnehmer jener Besprechung vorschlug, die Angelegenheit so zu behandeln, daß der Verzicht auf den Vertrag Rußland zugeschoben wurde. Das geschah nicht, und dadurch konnte die Sache in das falsche Licht kommen, in dem sie so lange gestanden hat. Bismarck hat natürlich die Einwände gegen den Vertrag auch in Rücksicht gezogen, aber er glaubte an seine persönliche Kraft, alles zum Vorteil für Deutschland zu lenken, und er lebte bis zuletzt in dem Glauben, der Wille des Zaren bestimme allein die russische Politik. Das war ein Irrtum; Raschdaus Urteil ist richtig, wenn er schreibt, daß diese Zeit mit dem Tode Alexanders II. vorüber war und daß die folgenden russischen Herrscher „durch eine Nebenregierung eingeschränkt waren, die sich über ihren Willen kühn hinwegsetzte".

Wir halten aus dieser wichtigen Veröffentlichung fest, daß der Rückversicherungsvertrag *kein* Mittel war, für die deutsche Politik die Sicherungsgrundlage fester und freundschaftlicher Beziehungen zu Rußland zu schaffen, und daß Bismarck noch 1889, zwei Jahre nach dem Brief an Lord Salisbury und unmittelbar vor seinem Abgang, gesagt hat, sein Ziel sei es, England zum Anschluß an den Dreibund, mit anderen Worten für ein deutsch-englisches Bündnis, zu gewinnen. Diese Chance bot sich durch die englischen Anregungen zehn Jahre später, aber sie wurde nicht benutzt. Die Folge war, daß König Eduard VII. die Einkreisung Deutschlands unternahm. Er gewann Frankreich durch Marokko und das Versprechen der Revanche und Rußland dadurch, daß er es durch die Japaner aus Ostasien und Südpersien hinauswerfen ließ. Dadurch stellten sich die russischen Blicke von selbst wieder auf Konstantinopel ein; für Rußland Konstantinopel und Armenien, für England Mesopotamien. Bismarcks Wort wurde wahr: Wenn England und Rußland sich über die Teilung der Türkei verständigen, so ist es Wahnsinn, auf ihren Gegensatz zu rechnen! In Björkö versuchte 1905 Wilhelm II., den Zaren noch für ein Bündnis zur Erhaltung des Friedens gegen England zu gewinnen. Es war vergebliche Mühe, ja es war unmöglich, nachdem durch den japanischen Krieg der Verzicht Rußlands auf die ostasiatische Weltpolitik erzwungen war. Damit blieb für den russischen Ehrgeiz nur noch ein Ziel,

Digitized by Google

das panslavistische, übrig, und dieses bedeutete: erstens Beherrschung des Balkans, zweitens Zertrümmerung Oesterreich-Ungarns. Weder eins noch das andere war Deutschland zu ertragen imstande, wenn es seine Sicherheit bewahren wollte. Der Krieg um Konstantinopel und der Krieg gegen Oesterreich-Ungarn lockten als das Radikalmittel, die russischen Hoffnungen zu verwirklichen, und waren bald beschlossene Sache. Eins wie das andere aber bedeutete auch den Krieg gegen Deutschland, und damit den Weltkrieg. Rußland hat den Weltkrieg entzündet, indem es die „günstige Konjunktur", die sich im Sommer 1914 dazu bot, rücksichtslos benutzte.

Dies ist der Fundamentalsatz, der in einer eben erschienenen Veröffentlichung des Moskauer Professors M. Pokrowski von neuem bewiesen wird: „Drei Konferenzen (zur Vorgeschichte des Krieges)", Berlin 1920, herausgegeben von der Redaktion Russische Korrespondenz. Pokrowski ist derselbe Moskauer Historiker, der im Frühjahr 1918 aus dem russischen Geheimarchiv die Dokumente über die gemeinsame Schuld der russischen, französischen und englischen Regierung herausgab. Seine Artikel aus der „Prawda" sind übersetzt in den Anlagen zum deutschen Weißbuch über die Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges. Ich habe sie ausführlich benutzt in zwei eben erschienenen Publikationen: „Die Beweise für die Verantwortlichkeit der Entente am Weltkrieg," und der fünften Auflage von: „Deutschland unter den Weltvölkern"*). Was Pokrowski jetzt gibt, sind die Protokolle einer russischen Ministerkonferenz vom 21. Januar 1908, einer zweiten vom 31. Dezember 1913 und einer dritten vom 8. Februar 1914. Es handelte sich alle drei Male um den geplanten Krieg wegen der Herrschaft am Balkan. Es steht mancherlei Interessantes drin, aber das Interessanteste ist die Einleitung, die Pokrowski zu den Dokumenten gibt. Wir heben folgendes daraus hervor:

Sie (die Dokumente) zeigen uns, wie die Frage über Konstantinopel nicht nur von den russischen Diplomaten, sondern auch von der russischen Regierung in ihrer Gesamtheit behandelt worden ist. So tritt vor uns immer klarer die logische Unvermeidlichkeit dieses Krieges, nicht nur objektiv durch den Gang der Ereignisse, sondern auch subjektiv durch die ganze Weltanschauung der Leute, die 1914 in Rußland an der Macht waren, zutage. Wir sehen, wie der unablässige Gedanke allmählich alles und jedes aus dem Wege räumt, was seine Verwirklichung hinderte. Der Gedanke, um Konstantinopel zu kämpfen, das heißt den Weltkrieg hervorzurufen, (das war allen von Anfang an klar) nach Mukden und Zusima, nach dem Oktober und Dezember 1905, schreckte im ersten Augenblick. Voller Angst wies man den Gedanken weit von sich. Aber es verging ein Jahr nach

*) Beide erschienen bei J. Engelhorns Nachfolger in Stuttgart, Preis 2,50 und 30 Mark.

Digitized by Google

dem andern, die „Konjunktur" wurde immer günstiger, die Aussichten immer verlockender, und die „Sphären" erlagen immer mehr den Einflüsterungen des Bösen. Man gewöhnte sich an den im ersten Augenblick schrecklich erscheinenden Gedanken; das Wahnsinnige fing an, natürlich und dann unvermeidlich zu erscheinen. Das Protokoll der letzten Konferenz im Februar 1914, weiß nichts mehr von den prinzipiellen Schwankungen der ersten Konferenz im Dezember 1908. Es werden nur noch sachliche Einzelheiten besprochen, nur noch praktische Schwierigkeiten erwogen. Aber auch sie lassen sich überwinden. Es ist nur eine Frage der Zeit; denn schon ist das verhängnisvolle Wort gefallen, daß Rußland zum „Zweikampf mit Deutschland völlig bereit" sei, und daß man im Bunde mit England und Frankreich die ganze übrige Welt zum Kampfe herausfordern könne.

Pokrowski charakterisiert die einzelnen Persönlichkeiten. Er zeigt, wie Iswolski, damals russischer Minister des Auswärtigen, schon auf der Konferenz vom Januar 1908 der Kriegstreiber war, wie er darauf ausging, die „dunklen Punkte" des politischen Horizonts nicht zu beseitigen, sondern sie im Sinne der Herbeiführung des Krieges auszunutzen. Nach ihm mußte man, mit einem Worte, Krieg führen. Wie ist das möglich? Hier, sagt Pokrowski, tritt eines der interessantesten Motive aus Iswolskis Rede zutage.

Der Krieg tritt für Rußland in das Gebiet der realen Welt bei einer engen Annäherung an England. Der englische Botschafter hat Iswolski bereits „angedeutet", daß dies erwünscht wäre. Dem russischen Außenminister, der nach „aktiver Politik" lechzt, genügt die Andeutung. So alt ist die Idee eines Offensivbündnisses zwischen England und Rußland gegen Deutschland! Anfang 1908 war England noch (soll offenbar heißen: schon) bereit, Konstantinopel dem zuzusprechen, der ihm helfen wollte, seinen Konkurrenten auf dem Kontinent zu vernichten.

Wir wissen schon lange, daß der englische Botschafter Nicholson in Petersburg während der bosnischen Krisis 1908/09 zum Kriege drängte. Jetzt erfahren wir, daß er „bereits in seinen Gesprächen mit dem Hofmeister Iswolski Andeutungen gemacht hat auf eine solche politische Kombination (enge russisch-englische Annäherung) unter Hinweis auf die Gemeinsamkeit der Interessen beider Staaten im Nahen Osten". Von diesen Gesprächen zwischen Iswolski und Nicholson führt über die beiden Blankovollmachten, die Iswolski im Herbst 1912 von Poincaré und Ssasonow um dieselbe Zeit in Balmoral von Grey und dem Könige von England empfing, eine zusammenhängende Kette von Handlungen, die auf den Weltkrieg abzielten, und von Beweisen für diese Handlungen bis zu jenem 31. Juli 1914: dem Tage, an dem das Telegramm „Volle Mobilisation des russischen Heeres" bei Iswolski in Paris einging und — dem französischen Volke verheimlicht wurde, um ihm Deutschland in der Rolle des Bedrohers und Angreifers Frankreich gegenüber erscheinen zu lassen. Die ganze Beweiskette hierfür habe ich in den beiden obenerwähnten

Digitized by Google

Schriften so lückenlos gegeben, daß kein Entschlüpfen durch Ableugnung oder Verdrehung der Tatsachen möglich ist.

Auch von den Memoiren Iswolskis, die eben erschienen sind, wird man Bestätigungen hierfür erhalten, wenn nicht bei der Herausgabe (in England!) dafür gesorgt worden ist, daß das Wichtigste und Kompromittierendste fernbleibt. Nichts ist angesichts der sich häufenden Beweise für die Verantwortlichkeit der Entente am Weltkrieg begreiflicher als die feige Angst auf jener Seite vor der Diskussion über die Schuldfrage. Mühsam verkriecht sie sich hinter der gemachten Gebärde: Deutschlands Schuld stehe im Urteil der Welt fest. Deutschlands falsche Politik, ja: Deutschlands Schuld im moralischen Sinne, als ob Deutschland den Krieg gewollt habe, nein. Nicht Deutschlands, sondern der Entente. Hans Delbrück hat in Versailles seinen französischen Kollegen Lavisse zu einer öffentlichen Diskussion über die Schuldfrage herausgefordert. Lavisse „ist ausgewichen und hat seinen Rückzug unter Beschimpfungen versteckt". In diesem Sommer schien es, als ob Delbrücks Handschuh von amerikanischer Seite würde aufgenommen werden. Am 20. Juli kabelte mit Delbrücks Einverständnis ein hiesiger amerikanischer Korrespondent nach New-York:

„Professor Delbrück ist noch keineswegs überzeugt, daß Deutschland für den Ausbruch des Krieges verantwortlich war, im Gegenteil, er hält daran fest, daß der Kaiser sowohl wie die deutsche Regierung keinen höheren Wunsch hatten als die Erhaltung des Weltfriedens, und daß alle Schritte der deutschen Diplomatie im Juli 1914 den Zweck hatten, den Weltfrieden zu retten. Er ist bereit, diesen Satz gegen jedermann zu verteidigen. Er autorisiert mich, durch die „Tribüne" Herrn James M. Beck herauszufordern, er möge sich mit ihm zu einer geordneten Diskussion über diese Frage an irgendeinem neutralen Platz, zum Beispiel im Haag, treffen. Wenn Beck ablehnt, ist Delbrück bereit, auch mit einem anderen von den Herausgebern eines leitenden New-Yorker Blattes genannten amerikanischen oder englischen Gegner zu disputieren. Delbrück war der hervorragendste Sachverständige in dem Komitee, welches die in Versailles vorgelegte Verteidigung gegen die Anklage der alleinigen Kriegsschuld verfaßte. Er ist der Meinung, daß über die ganze Kontroverse durch die deutschen, österreichischen und anderen amtlichen Publikationen seit dem Versailler Vertrag eine Flut von Licht ausgegossen worden ist, daß dieses Material aber in den späteren Diskussionen in Amerika und England völlig ignoriert worden ist."

Auch diese Herausforderung wurde nicht aufgenommen. Herr Beck wich gleichfalls aus. Jetzt hat der Flagellant Hermann Fernau in der „Gazette de Lausanne" (9. Oktober) und in der „Neuen Schweizer Zeitung" (Zürich, den 16. Oktober) zwar an der These festgehalten, daß Deutschland moralisch schuld sei und sogar behauptet, Delbrück habe mit zu den „alldeutschen Kriegstreibern" (!) gehört, aber er hat zugegeben, daß die Entente ihre These von der Schuld Deutschlands

Digitized by Google

gründlicher beweisen müsse als bisher. Sogar Fernau gibt zu, wenn auch in zweiter Linie, daß, wenn das Schuldurteil gegen Deutschland revidiert werden müßte, die Revision des Versailler Friedens, die Delbrück erwartet, eine Folge davon wäre. Hier liegt der Grund dafür, weswegen die Wissenden beim Feinde diese Debatte fürchten wie das höllische Feuer und weswegen sie von der deutschen Seite mit allen Mitteln erzwungen werden muß.

Ich habe das vorigemal in dem Artikel über die Absichten Frankreichs gezeigt, daß es keinen Zweck für uns hat, auf Verhandlungen zu hoffen. Darum ist die mutigste Politik für uns auch die beste. Zur Zeit der Konferenz in Spaa erhielt ich einen Brief von befreundeter Seite aus Amerika, der, mit einigen kleinen Milderungen des Ausdrucks, folgendermaßen lautet:

New-York, Juli 1920.

Lieber Dr. Rohrbach:

Ich sende Ihnen . . . .

Die deutsche Regierung sollte es machen wie die englische und ihre Forderungen immer unter der Formel hoher moralischer Ziele stellen: in öffentlicher Rede im Reichstag, so daß alle Welt sie lesen muß. Die deutsche Regierung sollte den Grundsatz aufstellen, daß an Waffenstillstandsbedingungen festgehalten werden muß, es sei denn, sie würden durch *gegenseitiges* Uebereinkommen geändert. Sie sollten weiter den Grundsatz *aufstellen, daß* die Aushungerung ganzer Völker durch Blockaden, während des Krieges und nach dem Kriege, gegen das Recht ist, und die schuldigen Nationen dazu verpflichtet, diejenigen zu entschädigen, die darunter gelitten haben. Diese Forderungen sollten Tag für Tag im Reichstag wiederholt werden.

Fürchten Sie sich doch nicht vor den Engländern und Franzosen, Deutschland ist Herr der Lage, wenn es seinen Vorteil nur benutzt und mit moralischen Prinzipien arbeitet, die so klar ausgesprochen werden müssen, daß der simpelste Verstand sie begreift.

Wenn Deutschland Mut und Entschlossenheit zeigt, so wird es in diesem Lande (Amerika) bewundert werden. Wenn es Feigheit zeigt und sich weiteren Demütigungen unterwirft, so wird es verachtet werden in alle Ewigkeit. Sie müssen natürlich darauf gefaßt sein, daß die englische Propaganda durch eine bezahlte Presse in Frankreich, den Vereinigten Staaten und sogar in Deutschland sehr giftig sein wird — aber trotzen Sie dem und es wird gut auskommen!

Was der Briefschreiber empfiehlt, ist moralische Offensive. Nicht alles, was er mir schreibt, eignet sich zur Veröffentlichung. Aber es ist ein Mann, der die Politik kennt, vor allem in Amerika. Ohne den Mut zu einer festen moralischen Offensivpolitik werden wir nie den Erfolg einer Friedensrevision ernten.

Digitized by Google

Kohlenstreik in England

Von Leopold Buchholz

Genau um dieselbe Zeit wie voriges Jahr sind Englands Sorgen um den Wiederaufbau seiner staatlichen und wirtschaftlichen Ordnung daheim und in der Welt durch die Drohung des Generalstreiks vermehrt worden. Wie damals nahm diese Drohung ihren Ausgang von den Forderungen der im sogenannten Dreiverbande zusammengeschlossenen großen Gewerkschaften der Bergarbeiter, Eisenbahner, Verkehrsarbeiter. Wie damals endlich stand hinter den nächsten Streitigkeiten um Lohnfragen die weitere Frage der Verstaatlichung und Gestaltung der Gesamtwirtschaft überhaupt.

Schon mit der Wiederholung müssen sich so tiefgreifende soziale Vorgänge zunehmend verschärfen. In England ist die Ausstandsbewegung nicht so sehr wie in den festländischen Staaten eine chronische Kette von zerstreuten und zufälligen Ausbrüchen der Unruhe in den verschiedensten Gewerben, sondern es ist ihr in dem angegebenen Verlauf gleichsam eine typische Form vorgeschrieben, die sich geradezu zu einem Bestandteil des englischen Verfassungslebens auszuwachsen scheint, und man sieht auf den ersten Blick die Gründe für diesen Umstand. Der englische Steinkohlenbergbau versorgt den größten Teil des europäischen Festlandes und der Weltschiffahrt mit Brennstoff und ist deshalb von jeher die bedeutendste Wirtschaftsgrundlage der englischen Weltmacht. Die englischen Eisenbahnen sind infolge der eigentümlichen Seeverkehrslage des Landes in den Händen der Privatwirtschaft auch technisch hinter den Anforderungen der modernen Gemeinwirtschaft so weit zurückgeblieben, daß ihre Ueberführung in den Staatsbetrieb, oder wenigstens die Staatsaufsicht weit über die Arbeiterklasse hinaus von einsichtigen Wirtschaftern gefordert wird. Das Hinausschieben einer planwirtschaftlichen Neuordnung von Bergwerken und Eisenbahnen wird also mit der Zeit der Regierung immer gefährlicher und fast so gefährlich wie die Herausforderung einer oder der anderen Partei durch eine bestimmte Stellungnahme.

Auch die Einflüsse der sozialen Frage auf benachbarte politische Gebiete haben sich mittlerweile verstärkt. Entgegen einer in Deutschland viel verbreiteten Annahme haben die schonungslosen Urteile der englischen Gewerkschafter und das Buch der Frau Snowden über Sowjet-Rußland eine einschneidende Aenderung in dem geistigen Verhältnis der englischen Arbeiterschaft zur russischen Frage nicht herbeigeführt. Die englischen Arbeiter wissen, was man auf dem Festlande erst sehr wenig einzusehen scheint, daß selbst für den Fall einer nahen Krise der bolsche-

Digitized by Google

wistischen Oligarchie die überwiegenden Möglichkeiten nicht in der Richtung einer zaristischen oder liberalen Restauration, sondern einer friedlichen Verbreiterung der Arbeiterherrschaft im Sinne des sozialrevolutionären Programms liegen. Das will sagen, daß die englischen Arbeiter fortfahren, in Rußland die Quelle sozial-politischer Inspiration zu sehen und jeden außenpolitischen Schritt ihrer eigenen Regierung auf die Haltung zu Rußland argwöhnisch zu überwachen. Das irische Problem ist vollends ungefähr gleichzeitig mit der Generalstreiksgefahr in ein kritisches Stadium getreten, das die meisten Engländer selbst als völlig hoffnungslos ansehen. Der Tod des Bürgermeisters von Cork durch seinen Hungerstreik im Gefängnis auf der einen Seite, die Verwaltungstrennung zwischen Ulster und dem übrigen Irland auf der anderen Seite geben denen Recht, die die irische Politik Lloyd Georges ausschließlich im Schlepptau der Carson'schen Nebenregierung sehen, und diese Nebenregierung ist für den englischen Arbeiter von altersher das Symbol einer Reaktion, die durch ihre eigene Revolutionsbereitschaft die Selbsthilfe des Volkes schlechthin notwendig gemacht.

Die ganz besondere Beklemmung aber, mit der man in England der Entwicklung des letzten Lohnkampfes entgegensah, erklärt sich aus der heutigen allgemeinen weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Lage. Die europäische und damit die weltwirtschaftliche Kohlenverteilung ist namentlich seit dem Abkommen von Spa einer der Haupthebel auch für alle reinpolitischen Folgeerscheinungen des Versailler Friedens geworden. Soeben hat Deutschland in aller seiner Not durch die Erfüllung der in Spa übernommenen Kohlenlieferungen einen in dieser Größe viel zu wenig beachteten Beweis von wirtschaftlicher und sozialer Stabilität gegeben. In diesem Augenblick drohte der Kohlenstreik die weltpolitische Rolle Englands gegenüber seinen Bundesgenossen, die wie Italien schon über das Nachlassen der englischen Förderung in Verzweiflung gerieten, und gegenüber den Vereinigten Staaten, deren gefürchteter Wettbewerb durch die entstehende Lücke einen ganz neuen Aufschwung nahm, auf's schwerste bloßzustellen. Im Vergleich zu der Streikgefahr im vorigen Herbst trat daher die soziale Seite zurück und die wirtschaftliche als die politisch noch dringendere in den Vordergrund. Wenn nur der Zustand streitiger Verhandlungen und unsicherer Aussichten länger fortgedauert hätte, wäre Englands Weltstellung auch ohne den allgemeinen Ausstand empfindlich geschädigt worden.

Die soeben bekannt gewordene Einigung der Regierung mit den Arbeitern zeigt wieder einmal die Staatskunst des englischen Premierministers in hellem Licht. Ein Zeugnis dafür, wie sehr die europäische öffentliche Meinung sich daran gewöhnt hat, Begebnisse von seinem genialen Schachspiel abhängig zu denken, ist, daß man die steigende Verwicklung der

Digitized by Google

Verhandlungen mit dem Dreiverband der Gewerkschaften garnicht anders denn als planmäßige Zurückhaltung glaubte begreifen zu können; als Grund dafür wurde entweder die Absicht angenommen, den kapitalistisch und arbeiterfeindlich gesinnten Flügel des Koalitionskabinetts einzuschüchtern, oder die allgemeinere, wie ein kühner Arzt den sozialen Konflikt die Krise erreichen zu lassen, um dann im geeigneten Zeitpunkt mit der Radikalkur der Parlamentsauflösung und Ausschreibung von Neuwahlen einzugreifen.

So viel von derartigen Erwägungen in der Seele des einen Mannes mitgesprochen haben mag, den großen Gang der Dinge kann man sich schwerlich als dadurch hauptsächlich bedingt vorstellen. Wie früher die Möglichkeit der sozialen oder politischen Revolution, wird vielmehr jetzt die der angedeuteten wirtschaftlichen Niederlage Englands den englischen Gemeinsinn in allen Lagern zur Besonnenheit getrieben haben. Mit der Bewilligung der Lohnforderung der Bergarbeiter in der vollen Höhe, die selbst ihr Bundesgenosse, der Eisenbahnerführer Bergarbeiter in der vollen Höhe, die selbst ihr Bundesgenosse, der Eisen-Thomas, nicht zu vertreten wagte, hat das Unternehmertum ein außerordentliches Opfer nicht nur materieller Art, sondern auch an politischem Prestige gebracht. Doch die Lösung des tieferen Problems, das zur Erörterung stand, ist damit, scheint es, allerdings nur wieder hinausgeschoben. Was die bürgerliche Presse den Bergarbeitern so heftig bestritt, nämlich das Recht von der Lohnordnung aus die Preisgestaltung in den großen Zweigen der Hausbrand-, Industrie- und Auslandsbelieferung mitzubestimmen, war zweifellos das eigentliche Ziel des Vorstoßes der gewerkschaftlichen und parlamentarischen Arbeiterführer. Die vielbeneidete englische Gewohnheit, Ausstandsfragen mit Umgehung sowohl des Parlaments wie der offiziellen Gewerkschaftsorganisationen durch zwanglose geheime Besprechungen der leitenden Männer beider Parteien der Schlichtung zuzuführen, hat sich zwar wieder einmal bewährt, aber gerade dieser Umweg um die verfassungsmäßige Instanz, auf die der Engländer so stolz zu sein pflegt, bezeichnet das Notdürftige und Vorläufige des Verfahrens. Der Ausgang des letzten Lohnstreiks ist nicht nur wegen der Erringung der ursprünglich verlangten Löhne ein bedeutender Sieg der englischen Arbeiterschaft, diese hat auch in wichtigen grundsätzlichen Beziehungen ihre Stellung in ungeahnter Weise verstärkt. Das englische Bürger- und Unternehmertum hat gezeigt, daß die Erhaltung seiner wirtschaftlichen Weltstellung ihm noch immer das oberste Gesetz und fast wertvoller als irgend ein anderer sozialer oder wirtschaftlicher Grundsatz ist. Die Plakate, in denen die Regierung den überragenden Anteil der Löhne, den verschwindenden der Unternehmergewinne am Ertrag der Bergwerke zur Anschauung zu bringen suchte, haben die ruhebedürftige

Digitized by Google

englische Oeffentlichkeit offenbar ziemlich kalt gelassen. Dagegen ist das Vorgehen der Bergarbeiter das erste Beispiel eines wirklich großzügigen und gelungenen Zusammenwirkens der großen englischen Gewerkschaften und damit umgekehrt wie die Schwäche der Bourgeoisie ein fortwirkender Anreiz zum Ausbau der verbündeten gewerkschaftlichen Aktion. Es steht bei dem planwirtschaftlichen Geschick des Kabinetts Lloyd George, die Verständigung mit der Arbeiterschaft aus einer vorübergehenden zu einer dauernden zu machen.

Zur ungarischen Lage

Von Dr. Gustav Erényi

Seit mehreren Monaten steht das verkleinerte Ungarn im Mittelpunkte der französisch-englischen Ostpolitik und schöpft aus deren Zielen und Differenzen so manche sanguinische Hoffnung für die Gestaltung seines ferneren Schicksals. Namentlich Frankreich bekundet ein steigendes Interesse für Ungarns Wirtschaft und Politik, und wennschon die Alarmnachrichten über ein „Gödöllöer Abkommen", das dem Lande gegen militärische Liebesdienste territoriale Zugeständnisse sichern soll, zum größten Teil in das Reich der Fabeln gehören, ist Budapest immerhin als eine Art Grenzfestung zwischen der ungemütlich werdenden „kleinen Entente" und dem neu zu gründenden östlichen Block vorgesehen.

Indes tragen solche diplomatischen Mätzchen nicht zur Erleichterung der inneren Wirtschaftslage bei. So ist denn die ungarische Regierung schließlich zur Einsicht erwacht, daß die Beziehungen zu den Nachbarstaaten um jeden Preis gerecht werden müssen. Der neue Minister des Aeußeren, Graf Emerich Csáky, ein Sprößling aus dem adligen Geschlechte ungarischer Diplomaten, das allen Erschütterungen standhält, erkannte es nun als seine dringlichste Aufgabe, die hemmenden Grenzbarrikaden aus dem Weg zu räumen. Doch stocken nach wie vor mit Rumänien und der Tschechoslowakei Post-, Bahn- und Warenverkehr, mit Deutsch-Oesterreich und dem südslawischen Reiche aber bestehen nur dürftige und beschwerliche Verbindungen. So sah man sich denn genötigt, noch bevor das Verhältnis mit den angrenzenden Ländern geklärt wäre, ein Handelsabkommen mit Deutschland zu treffen, das die vorerst überaus spärlichen landwirtschaftlichen Ueberschüsse Ungarns der reichsdeutschen Bevölkerung zusichert. Durch die Ernennung Gustav Emichs, eines wirtschaftlichen Fachmannes und genauen Kenners deutscher Verhältnisse, für den Gesandtenposten in Berlin, wird die Absicht der ungarischen Regierung auf gedeihliche Dauerbeziehungen zwischen den beiden Staaten nachdrücklich unterstrichen. Am vertraulichsten haben sich bisher die Beziehungen von Neuungarns „christlich-nationalem" Regime zu dem Heiligen Stuhle

Digitized by Google

gestaltet. Der vom Vatikan entsandte Nunzius, Kardinal Schioppa, bringt durch den Nimbus seines Amtes wieder den altgewohnten Glanz in den Betrieb offizieller Festlichkeiten.

Das erschlaffte Wirtschaftsleben vermag trotz mannigfacher Finanzoperationen von Seiten der Ententemächte nicht aufzuleben. Die Ernte bereitete eine herbe Enttäuschung infolge der anhaltenden Dürre im letzten Frühjahr, nachdem sich das Ergebnis der letzten Jahre stets unter dem Durchschnitt gehalten hat. Die Preise von Brennmaterial und Lebensmitteln sind wieder in rapidem Steigen begriffen. Ein Doppelzentner minderwertigen Kokses stellt sich in Budapest heute schon auf 600 Kronen, und die hauptstädtische Bevölkerung sieht einem entsetzlichen Winter entgegen. Die Mehl- und Brotpreise wurden von der Regierung mit einem Male aufs Dreifache erhöht, aber selbst für diesen Preis liefert die Bauernschaft in höchst ungenügendem Maße, so daß, laut der Aeußerung eines Abgeordneten in einer der jüngsten Parlamentssitzungen, noch Hunderttausende unversorgt sind. Trotzdem ist an Zwangsrequirierungen nicht zu denken, da die Produzenten im Reichstag und in der Regierung viel zu stark vertreten sind und sich gegen jede behördliche Einmengung als gegen „Uebergriff auf den Privatbesitz" und „verkappten Bolschewismus" verwahren.

Ein Wahrzeichen anhaltenden Siechtums ist eben in dem Umstand zu erblicken, daß immerwährend der Sehhorizont einer extremen Gesellschaftsklasse als politischer Maßstab dient. Allerdings sind in einem Land, dessen Bevölkerung zum vierfünftel Teile aus Ackerbautreibenden besteht, die Bauern gewiß eher als die verschwindend kleine und politisch ungeschulte Arbeiterschaft der Städte zur Einflußnahme berufen. Bezeichnend aber ist für die politische Mentalität des gegenwärtigen Systems, daß die Hauptpartei des Landtages, die sog. „Kleinagrarierpartei", in überwiegender Mehrheit aus Großgrundbesitzern besteht, und daß die Vertreter des Bauerntums, denen auch der Ackerbauminister Szabó angehört, lediglich aus dem Kreise jener besitzenden Bauern hervorgehen, die sich während des Krieges maßlos bereichert haben und demzufolge nichts weniger als eine agrarsoziale Politik betreiben.

Desungeachtet mußte dem Problem der Bodenreform, das nun einmal unter den vorhergegangenen Strömungen aufgerollt wurde und die Gemüter in ständiger Erregung hält, irgendwie nahegetreten werden. Natürlich ist nun von einer Aufteilung der Großlatifundien, der kirchlichen Domänen und Fideikommisse des Erbadels nicht mehr die Rede. Der neue Gesetzentwurf über Besitzreformen versucht zwei Grundsätze tunlichst zu verquicken: einerseits soll dem Begehr nach eigenem Grund und Boden in möglichst engherzigem Rahmen entsprochen werden, andererseits aber sollen die spärlichen Ankaufbegünstigungen, die notleidenden Besitzlosen

Digitized by Google

gewährt werden, als eine besondere Belohnung politischer Verdienste in Frage kommen und somit letzten Endes die Machtstellung der Regierung befestigen. Zum Erwerb der hierfür bestimmten spärlichen Grundstücke, deren Abgabe der Großgrundbesitz kaum spüren dürfte, ist also vor allem das Erbringen eines politischen Sittlichkeitsattestes vonnöten. Eine Grundbedingung ist das Abseitsstehen von allen revolutionären Umtrieben der beiden letzten Jahre oder besser noch der Nachweis, als Gegenrevolutionär gewirkt zu haben. Bevorzugt werden Kriegsgediente und insbesondere Mitglieder der nationalen Armee. Den Zugelassenen wird nun eine langjährige Anleihe anheimgestellt, und ihnen das altungarische Kriegerprädikat „vitéz“ (etwa soviel wie „Braver“, „Tapferer“) zugestanden. Es handelt sich also um eine Schöpfung mit entschieden feudalem Anstrich, die eine soziale Notwendigkeit für klassenpolitische Zwecke ausbeutet.

Die Rechtssicherheit ist während der letzten Monate dank energischerer Vorkehrungen und einer größeren Eintracht zwischen Militär und Verwaltung nun doch soweit hergestellt worden, daß die Gerichtsbarkeit der Straße sich nur noch in sehr vereinzelten Fällen betätigt. Nichtsdestoweniger ist die Abrechnung mit den politischen Missetätern der Aera Károly und Kun noch lange nicht abgeschlossen. Das jetzige Regime stellt sich auf den eigentümlichen Standpunkt, daß jede öffentliche Wirksamkeit während dieses Zeitabschnitts als Hochverrat, jede — wenn auch noch so belanglose — billigende Aeußerung als Aufwiegelung gelten muß, wodurch tagtäglich neue Prozesse eingeleitet und einem oft auf Erpressung abzielenden Denunziantentum alle Türen sperrangelweit geöffnet werden. Eine Errungenschaft erst der jüngsten Zeit war es, auch die Mitglieder der Regierung Károlyi in Acht und Bann zu legen und alle Verfügungen von damals für null und nichtig zu erklären, wodurch nicht nur die Verwaltung ungemein erschwert, sondern auch eine heillose Verwirrung der Begriffe „Ehrenmann“ und „Verbrecher“ angestiftet wurde, deren Einfluß selbst an den höchsten Stellen aufs peinlichste fühlbar wird.

Die Folgen einer solchen unheilsamen Rechtsverdrehung haben sich erst unlängst in der vor dem Budapester Militärgericht abgehaltenen Verhandlung gegen die erste Gruppe der Mörder Tiszas erwiesen, die bekanntlich mit zwei Todesurteilen endete. Der Tisza-Prozeß stellte eine Affäre Dreyfuß im Kleinen dar, allerdings mit dem Unterschiede, daß hier der Wille zur sittlichen Purifikation minder scharf zum Durchbruch kam. Schon die Voruntersuchung war an dramatischen Effekten nicht arm. Der erste Untersuchungsrichter verübte Selbstmord, da er, wie in seinem letzten Schreiben steht, seinen reinen Namen nicht in den Unrat von Machenschaften zerren lasse, und ein heftiger Druck der politisch Uninteressierten und namentlich der Familie Tisza nötigte zu einschneidenden Aenderungen im ganzen Gerichtsverfahren. So stellte sich dann vor allem heraus, daß

Digitized by Google

nicht die Beschuldigten die allein Schuldigen, ja, daß sie nicht einmal die Hauptschuldigen seien. Es wurde vielmehr der Beweis erbracht, daß dieser Mord nicht das Werk einzelner, sondern der Haupttrumpf der damaligen Revolutionsregierung war, an der alle namhaften Politiker jener Zeit, unter ihnen auch einige Obmänner des heutigen Kurses, die sich aufs Schwimmen mit dem jeweiligen Strom besonders gut verstehen. tätigen Anteil hatten. Ueberaus stark kompromittiert erscheint der erste Ministerpräsident des „christlich-nationalen" Ungarns, Stefan Friedrich, der auch ein demokratischer Wortführer der Regierung Károly war und als solcher die Finanzierung des Mordplanes geleitet haben soll. Nun laufen Krisen, wie die der letzten Jahre, selten ohne politische Mordanschläge ab, und die etwaige Schuld Friedrichs und aller anderen wäre gewiß nicht so ungeheuer, wenn man über Vergangenes endlich den Schleier der Vergessenheit breiten wollte. Das Ungeheuere aber besteht darin, daß just Friedrich zur Gründung eines Systems beitrug, das durch den Charakter seiner Zusammensetzung alle Sünden der Vergangenheit bis auf den letzten Rest verfolgen muß. Und was noch ungeheurer anmutet: auf Grund schwerwiegenden Verdachtes wurde das Verfahren gegen Friedrich eingeleitet und um die Aufhebung seines Immunitätsrechtes eingekommen; unbekümmert dessen sitzt er nicht nur weiter im Parlament als Vertreter eines Wahlbezirkes, der den altbewährten Staatsmann Wekerle fallen und aus dem Landtage ausscheiden ließ, sondern redet und agitiert auch weiter, und hinter ihm steht eine einflußreiche Gruppe der Habsburg-Anhänger und Radikalantisemiten.

Durch den politischen Verfolgungswahn, dessen tiefste Gründe in der beispiellosen Ueberwucherung der unproduktiven Erwerbszweige und ganz besonders des Beamtentums zu suchen sind, ist die Gesellschaft des Landes für absehbare Zeit in zwei feindliche Lager gespaltet, von denen das eine, der linke politische Flügel — geknebelt und mundtot gemacht — zum großen Teile landesflüchtig wurde und seinen Gegenfeldzug von Wien aus leitet. Die Wiener Kolonie ungarischer politischer Flüchtlinge ist recht ansehnlich, besitzt etliche Tagesblätter und Zeitschriften, die in ihren Mitteln, die Budapester Methoden zu desavouieren, auch nicht eben wählerisch sind, und die Geschehenes und frei Erfundenes kunterbunt durcheinandermischen. So schlief denn das mit vielem Applomb erweckte Interesse für die „Scheußlichkeiten des weißen Terrors" alsbald wieder ein. Nach längerer Unterbrechung wurde erst jetzt, im Falle Landau, den ungarischen Gesetzwidrigkeiten wieder einige Aufmerksamkeit gewidmet. Der Fall wurde besonders kompliziert dadurch, daß hohe Funktionäre der Regierung um ihn wußten und ein haarsträubendes Verbrechen rechtzeitig hätten verhüten können, wenn sie nicht selbst dem Terror nachgegeben hätten. Obschon die Offenheit, mit der diese Erpressungs- und Mordaffäre

Digitized by Google

unter Beteiligung von Rechtsanwälten, von Mitgliedern des Militärs und der Polizei durch den Abgeordneten Rupert zur Sprache gebracht wurde, einen Fortschritt in der Redefreiheit bedeutet, muß das reservierte Verhalten der Regierung des Grafen Teleki, die unter geordneten Verhältnissen nach dieser Enthüllung nicht einen Tag länger im Amte verbleiben dürfte, doch aufs Aeußerste befremden.

Während es im Innern nach wie vor spukt und wettert, wird das royalistische Prinzip als ein Urquell der Wiedergenesung allem anderen vorgeschoben. Nicht das grundsätzliche Bekenntnis zum tausendjährigen Königtum ist es, was Bedenken erregt, sondern daß diese Frage, die in der wirtschaftlichen und kulturellen Not der Gegenwart nicht ausschlaggebend sein darf und deren Zurücksetzung heute ein Gebot gesunder Voraussicht wäre, die Gemüter auf der politischen Arena andauernd beschäftigen und erregen kann. Die politischen Kämpfe innerhalb der gesetzlich anerkannten Parteien, die sich zum großen Teil hinter den Kulissen abspielen, die Wühlarbeit unverantwortlicher Schichten und alle Widersprüche des öffentlichen Lebens hängen mehr oder weniger mit dieser Frage zusammen. Dabei kann noch von Glück gesprochen werden, daß die augenblickliche Entscheidung über die Person des neuen Königs durch äußere Gewalt verhindert wird, denn im Falle einer Königswahl wäre heute ein schwerer Bürgerkrieg kaum aufzuhalten. Als neulich im Abgeordnetenhaus der Indolenz gewisser Kreise gedacht wurde, die ihren Kandidaten am liebsten allen Gegnern zum Trotz gleich inaugurieren würden — gemeint wurde damit die Habsburger-Partei —, da brach ein wahrer Orkan von Seiten der hierdurch Betroffenen los: „Wir brauchen niemand zu inaugurieren. Wir haben unseren gekrönten König!“ Und indem ein Unheil abgewendet werden sollte, trat es nur noch bedrohlicher in Erscheinung.

Zwei Gesetzesvorlagen, die das Parlament jüngst verabschiedet hat, sind für die Strömung von heute besonders bezeichnend. Die eine betraf die Einführung der Stockstrafe für Wucher, Preistreiberei und in späterer Fassung auch noch für falschen Offenbarungseid, wobei es ganz übersehen wurde, daß es sich hier um Entartungen des unterernährten Wirtschaftslebens handelt, denen nur durch eine durchgreifende Wirtschaftspolitik und nicht durch rückständige Strafmaßnahmen begegnet werden kann. Bei der Abstimmung, die den Entwurf mit großer Majorität zur Gültigkeit erhob, bot sich für interessante Charakterstudien eine dankbare Gelegenheit. Fast alle Ueberlebenden der alten Schule, so die Grafen Andrássy und Apponyi und selbst die Klerikalen älteren Datums, stimmten gegen die Vorlage oder enthielten sich der Abstimmung. Aber das neue Ungarn hat sich in seiner vielbetonten Traditionstreue — radikaler als die Revolutionäre — gegen die Träger der Traditionen gekehrt.

Digitized by Google

Die andere Vorlage, die ebenfalls nach dem Wunsche der Regierung erledigt wurde, betrifft den numerus clausus an den Budapester Hochschulen und trägt einen ausgesprochen antisemitischen Charakter. Zu ihrem Verständnis muß vorausgeschickt werden, daß die Zahl der Juden im neuen Ungarn ungefähr 7—8% der Gesamtbevölkerung, also erheblich mehr als im früheren Großungarn, betragen dürfte, während die jüdischen Hochschüler zuletzt immerhin nahezu den dritten Teil der Gesamthörerschaft bestritten haben. Und doch erscheint es nur zu bedenklich, solche Ungleichheiten, deren Grund tief in der innersten Struktur des Wirtschaftslebens verankert liegt, institutionell und auf Kosten der Lernfreiheit regeln zu wollen. Hierzu kommt noch als erschwerendes Moment, daß jüdische Studenten schon seit einem Jahr die Universität nicht betreten können, ohne in ihrer körperlichen Sicherheit aufs Schwerste bedroht zu werden, daß sich die Regierung solchen Ueberschreitungen gegenüber machtlos zeigt, und daß selbst jetzt, da das neue Gesetz bereits in Kraft getreten ist, die nach etlichen Rechtfertigungsverfahren spärlich zugelassenen Juden von der fanatisierten Jugend verprügelt, ihrer Dokumente beraubt und aus dem Gebäude gewaltsam entfernt werden.

Neben der Königsfrage muß die Judenfrage bei allen öffentlichen Diskussionen als entscheidend herhalten. Ihr ist ein wesentlicher Teil des parlamentarischen Arbeitsplanes gewidmet. Haßerfüllte Tendenzreden wechseln ab mit objektiv tuenden Betrachtungen auf Grundlage eines nicht minder tendenziösen Beweismaterials. Viele Redner bemühen sich vor allem darzulegen, daß eine Judenfrage in Ungarn tatsächlich besteht, obwohl das Bestehen einer Frage, die nun einmal aufs Tapet gebracht wurde, keines besonderen Nachweises bedarf, und es weit fruchtbarer wäre, sie ohne Haß und Gewalt wieder aus der Welt zu schaffen. Als einer der überzeugtesten Judengegner gebärdet sich der Unterrichtsminister, Stefan Haller, der seine Auslassungen gegen „diese Parasiten der Nation" bezeichnenderweise mit einem verbitterten Kampf gegen den Liberalismus vermengt.

Gegen die Judenschaft Ungarns werden in der Hauptsache drei Anklagen laut. Die erste betrifft die während des Krieges massenweise hinzugezogenen galizischen Juden, die ihrerseits rüstig zur weiteren Korrumpierung des Handels beigetragen haben. Zweitens wird den Juden ihre überzählige Anteilnahme an gewissen Erwerbszweigen, namentlich im Bank- und Rechtsfache vorgehalten, und schließlich verargt man ihnen, daß sie den kommunistischen Umsturz fast ausschließlich inszeniert und geleitet haben. Alle drei Beschuldigungen entbehren nicht einer sachlichen Grundlage. Dem galizischen Unfug, den die ansässigen Juden am schärfsten verurteilen, dürfte durch Massenausweisungen bald radikal gesteuert werden. Der Ursprung der beiden anderen Streitpunkte aber

Digitized by Google

ist nicht jüngsten Datums. Sie stellen ein mehr oder minder internationales Problem dar, dem man freilich in sehr verschiedener Weise an den Leib rücken kann, und bei dem es sehr fraglich ist, ob eine rationelle Lösung nicht am allerbesten dem ausgleichenden Einfluß der Zeit anheimgestellt werden soll, zumal jeder gewaltsame Eingriff zur Quelle nicht nur von krassen Ungerechtigkeiten, sondern auch von empfindlichen Schäden des Wirtschaftslebens wird. Neuerdings versuchen besonders eifrige Jünger des ungarischen Antisemitismus noch einen vierten Schuldparagraphen zu konstruieren, indem sie eine Statistik über die Anteilnahme der Juden am Frontdienst und über ihre Verluste während des Weltkrieges fordern. Diesem Projekt tritt der bewährte Vertreter der Judenschaft im ungarischen Parlamente, Paul Sándor, mit eigenen statistischen Erhebungen schneidig entgegen. Indessen fragt es sich, ob die statistische Behandlung dieser Frage überhaupt angebracht ist, und ob die sachliche Widerlegung einer Propaganda, der es wenig am Sachlichen gelegen ist, nicht zu einer Entwertung aller Methodik führt?

Der letzte Zweck dieser ganzen Agitation ist die Verdrängung des jüdischen Einflusses aus Amt und Wirtschaft. Um die staatlichen Stellen den Juden zu entziehen, dazu bedurfte es freilich keiner größeren Anstrengung. Die Wirtschaft aber duldet kein radikales Vorgehen, sei es von bolschewistischer, sei es von antisemitischer Seite und besonders nicht in einem Lande brachliegender Produktion, für das eine Kontinuität der Wirtschaftskräfte bedeutsamer noch als jene von Recht und Verfassung erscheint. Doch ist man scheinbar entschlossen, auch hier Ernst zu machen, und um für eine wirksame Unterscheidung zwischen den Bürgern dieser und jener Konfession die gesetzliche Unterlage zu schaffen, scheute man sich nicht, die Juden Ungarns, denen der glorifizierte Aufstand Kossuths und Petöfis im Jahre 1848 die Gleichberechtigung erwirkt hatte, nun im Beratungswege die nationale Ebenbürtigkeit abzusprechen. Hiermit werden Zustände angebahnt, wie sie vor dem Kriege nur in Rußland und Rumänien möglich waren.

Merkwürdig berührt allerdings, wie das Land der Strohfeuernaturen auch in diesem Punkte sich von Extrem zu Extrem schleudern ließ. Die Anerkennung der jüdischen Kultur- und Wirtschaftskraft war besonders in der Hochkonjunktur der liberalen Politik, während der achtziger und neunziger Jahre, eine Ehrenpflicht, der mit allem Eifer entsprochen wurde. Der berüchtigte Tisza-Eszlárer Ritualmordprozeß gab den Besten des Landes eine willkommne Gelegenheit zum beherzten Einschreiten. Und in der Folge entwickelte sich ein Zusammenwirken, das den „jüdischen Einschnitt" in Wissenschaft und Politik ebenso verschwinden ließ, wie auch im wirtschaftlichen Gebaren der wenig bodenständige jüdische Investierungsgeist dem wurzelfesten adligen Verschwendertum oft aufs glück-

Digitized by Google

lichste unter die Arme griff. Heute ist man nur zu geneigt, zu vergessen, daß Gelehrte jüdischer Abstammung selbst in Fächern wie magyarische Sprach- und Geschichtsforschung an führender Stelle tätig waren, und die vielgeliebte Königin Elisabeth von dem Juden Max Falk in der ungarischen Sprache unterwiesen wurde.

Da sich in Ungarn jede Bewegung, der sich die Führenden mit ganzer Leidenschaft hingeben, rasch aufzubrauchen pflegt, dürfte auch die antisemitische Hochspannung bald nachlassen, zumal ihm die Skandalaffären der letzten Zeit so manches Schnippchen schlugen. Sie will auch eingestandenermaßen nichts anderes sein als jenes Ventil, durch das die Ablagerungen ökonomischer Krisen nach historischem Rezept an die Luft befördert werden. Durch den sinnlosen Frieden ist der Blutlauf des verstümmelten Landes aufs ärgste unterbunden. Das übervölkerte Budapest ist mit seinen Scheinexistenzen, Obdachlosen und Waggonbewohnern dem Verderben geweiht. Irgendwo muß das Geschwür aufgeschnitten werden. Da wird die unzufriedene Menge noch immer mit billigen Losungen gegen eine bereits gründlich zugestutzte Herrschsucht der Juden und gegen die kommunistische Gefahr, die seit langem nicht mehr besteht, abgespeist. Wenn aber das geprüfte Land sich vom endgültigen Verdorren seiner Lebenssäfte noch im letzten Augenblick erretten will, so wird es zur Einsicht kommen müssen, daß die Krebsschäden der letzten Jahre nicht aus einem Punkte zu kurieren sind. Das Werk des Wiederaufbaues erheischt anstatt des gewaltsamen Ausscheidens von Schichten und Klassen das ökonomische Zusammenfassen der besten Kräfte. Nicht zu vergelten sondern zu vergessen tut not, und anstelle der Devisen bedarf es einer straffen Organisation.

Deutschland und seine Kolonien

Offener Brief an den Herausgeber von Stead's Review in Melbourne (Australien)

Von Bezirksamtmann a. D. Hans Zache (Hamburg)

Sehr geehrter Herr!

Sie, wie ein jeder von uns, haben schon einmal den fürchterlichen Traum des Starrkrampfes geträumt: wir sehen, fühlen und hören das Leben rings um uns, aber wir liegen regungslos, stimmlos, und alle verzweifelten Anstrengungen, uns hörbar und verständlich zu machen, bleiben vergebens. Entsetzlicher noch wird es, wenn der Träumende hilflos hören muß, wie man ihn verleumdet, wenn er sieht, wie das Gift der Lüge um sich frißt und schließlich seine besten Freunde sich mit Abscheu und Ekel von ihm wenden und den Sarg, in dem er liegt, bespeien.

Digitized by Google

Suchen Sie die Gefühle eines solchen Menschen nachzuempfinden! Und wenn Sie dann noch voraussetzen, daß der Traum fünf lange Jahre dauert, daß nicht ein einzelner, sondern ein ganzes Sechzig-Millionen-Volk diesen Traum träumte, ja, daß es nicht Traum, sondern Wirklichkeit, entsetzliche Wirklichkeit ist, — dann haben Sie die Lage des deutschen Volkes während des Krieges, wo es abgeschnitten war von der Außenwelt und nur in längeren oder kürzeren Pausen erfuhr, welche Gemeinheiten und Niederträchtigkeiten man über ihm zusammenhäufte.

Dreierlei war es vor allem, was man uns vorwarf: Die Verletzung der Neutralität Belgiens, den U-Boot-Krieg und die Unmenschlichkeit unserer Methoden, zumal in den Kolonien. Da begrüße ich es denn als einen besonders glücklichen Umstand, daß das erste Material zur Widerlegung zweier dieser Anklagen aus Ihrem Lande, aus Australien kommt, mein Herr. Ex oriente lux.

Zunächst die Belgische Frage. Vor mir liegt der „Sydney Daily Telegraph" vom 22. Juli 1916 mit einer Besprechung des Buches „Eindrücke und Erfahrungen eines französischen Reiters 1914—1915" von Christian Mallet, wobei der Rezensent sagt:

„Am 30. Juli 1914", schreibt dieser französische Soldat, ein Reiter im 22. Dragonerregiment, „glaubte ich nicht an die Möglichkeit eines Krieges oder einer Mobilmachung — selbst einer teilweisen Mobilmachung — und ich lehnte es ab, daran zu denken. Aber vor Mitternacht des 30. Juli traf der Mobilmachungsbefehl ein, und das Regiment, das in der Nähe von Reims lag, versammelte sich und wurde in die Eisenbahn nach Belgien verladen; der Bestimmungsort war ein Punkt in der Nähe von Lüttich."

Jetzt frage ich Sie: Hatte Deutschland recht oder unrecht, als es die belgische Neutralität als am 1. August nicht mehr vorhanden ansah und in dem bekannten Ultimatum das Durchmarschrecht verlangte?

Bezüglich des Ubootkrieges haben wir keinen Grund abzugehen von unserer Ueberzeugung, daß er unser Recht und einziges Abwehrmittel war gegen die völkerrechtswidrige Blockade, die England unter Aufhebung aller anerkannten Bestimmungen des Seerechts über uns verhängt hatte, um Frauen, Kinder und Greise eines 60-Millionen-Volkes dem Hungertode auszuliefern.

Sodann die Kolonialfrage, die mir als ehemaligem Kolonialbeamten und altem Afrikaner am meisten am Herzen liegt. Im Aufsatz „Colonies and Calumnies" Ihrer Nummer vom 30. März sagen Sie:

„Es muß nun zugegeben werden, daß einige der schwersten Anschuldigungen gegen die Deutschen, die wir während des Krieges mit Begier verschlangen, nur Erfindungen waren. Auch wissen wir, daß alle Anstrengungen Deutschlands, die Anschuldigungen zu widerlegen, einfach unterdrückt wurden. Es war natürlich notwendig, die Engländer davon zu überzeugen, daß der Feind

Digitized by Google

grausam sei und rachsüchtig bis zum äußersten, und auf diese Weise konnte man uns glauben machen, daß wir niemals etwas taten, das nicht mit den Kriegsgesetzen zu vereinbaren war. Auf diese Art hat man natürlich seinen Zweck erreicht. Aber jetzt, wo nicht die Haßpropaganda und das Glaubenmachen mehr gebraucht wird, ist es wohl ganz richtig, auch das, was die andere Seite zu sagen hat, zu lesen ..... Jedenfalls wissen wir, daß die Anklagen gegen die Deutschen in Deutsch Neu-Guinea, China und den Pacific-Inseln fast alle widerlegt sind. Auch wissen wir, daß unter der deutschen Verwaltung Tsing-Tau ein blühender Hafen wurde, und daß Rabaul und andere Plätze sich ebenfalls besser standen unter den Deutschen als ähnliche Plätze unter englischer Regierung. Dieser Beweis allein schon genügt, um die Anschuldigungen gegen Deutschland, über seine Regierung in Afrika und sonstwo mit Vorsicht aufzunehmen."

Ich möchte Ihnen durch die Anlage, die ich beifüge, noch weiteres Material an die Hand geben. Es wird die Welt doch wohl interessieren, daß Theodor Roosevelt 1909 unsere Pflanzer, Kolonialbeamte und Schutztruppenoffiziere, „erstklassige Menschen" nennt, daß derselbe Sir Harry Johnston, der während des Krieges nur Schändliches über unsere Kolonialpolitik zu sagen wußte, vorher nur Rühmliches am deutschen Charakter und an der deutschen Kolonialpolitik fand, daß noch 1915 ein Kriegsteilnehmer aus Südafrika bezeugt, daß unsere Kolonialdeutschen „verdammt nette Kerle" waren, „die die englischen Verwundeten gut behandelten und sich immer ritterlich benahmen". Der Amerikaner Gibbons stellte 1916 die Enttäuschung der Entente-Offiziere in den Kolonien fest, als sie keineswegs von den Eingeborenen als „Befreier" bewillkommt wurden, und die „Times" mußten es 1918 bestätigen! Denn, wie L. Hamilton 1910/11 schrieb, haben die Deutschen die Eingeborenen stets mit Freundlichkeit und Rücksicht behandelt; ja Gibbons, der es von sich weist, deutsche Sympathien zu haben, behauptet, daß man vergeblich bei Franzosen, Portugiesen, Belgiern und Russen nach der gleichen Menschlichkeit, dem gleichen Idealismus sucht, der für das Wohl der eingeborenen Rasse eintritt, wie bei den Deutschen (und Engländern). „Von allen Schutzherren in Afrika hat der Deutsche die reinsten Hände", schreibt die „American Review of Reviews" 1911 geradeheraus. Drucken Sie ab, was der britische Vicekonsul in unserer ostafrikanischen Kolonie über unsere Eingeborenenpolitik sagt, gewiß unverdächtiger Zeuge: „Der Erfolg, den die deutschen Eingeborenen-Schulen erzielen, grenzt ans Wunderbare..... es ist schwer, mit den Ausdrücken des begeisterten Lobes über die Fortschritte in der Entwicklung Deutsch-Ostafrikas zurückzuhalten....."

Aber in den anderen Kolonien war es nicht anders: „Südwestafrika", sagt der Amerikaner Gibbons, „zeigt den „unüberwindlichen" Geist der Männer, die eine sich selbst erhaltende Kolonie schufen trotz

Digitized by Google

ungünstigster politischer, geographischer, wirtschaftlicher und finanzieller Bedingungen".

In der Südsee aber bat am 22. November 1909 der Gouverneur von Britisch-Neu-Guinea, Mr. H. P. Murray, Dr. Hahl, den Gouverneur von Deutsch-Neu-Guinea, so freundlich zu sein, ihm die deutschen Verwaltungsgrundsätze mitzuteilen, welche so bewunderungswürdig und nachahmungswert seien!

Die Frage: ist Deutschland in seinen Kolonien erfolgreich gewesen? beantwortet L. Hamilton in „United Empire" 1913 dahin: „Vor fünf Jahren wäre es schwer gewesen, die Frage zu beantworten. Heute muß sie von jedem ehrlichen, objektiven Beobachter mit Ja beantwortet werden". Und Richard Jebb schrieb 1912 in derselben Zeitschrift: „Da das Britische Reich den inneren Wert der deutschen Zivilisation anerkennt, dürfte es der deutschen Ausdehnung jenseits der Meere weder was den Handel noch das Gebiet anbelangt, Hindernisse in den Weg legen".

So lauteten die Stimmen über Deutschlands Würdigkeit und Fähigkeit zur Kolonisation. Zahlreiche weitere, gleich oder ähnlich lautend, von Amerikanern, Engländern, Franzosen, Italienern herrührend, wollen Sie, mein Herr, aus der Sammlung, die ich anlege, entnehmen. Im Vertrauen darauf legten wir am 11. November 1918 die Waffen nieder, als uns Lansing am 5. November 1918 versichert hatte, daß der fünfte Punkt der Wilsonschen Kongreßrede vom 8. Januar 1918 auf den Friedensvertrag Anwendung finden würde, der fünfte Punkt, der uns versprach:

„eine freie, weitherzige und unbedingt unparteiische Schlichtung aller kolonialen Ansprüche, die auf strenger Beobachtung des Grundsatzes fußt, daß bei der Entscheidung aller solcher Souveränitätsfragen die Interessen der betroffenen Bevölkerung ein ebensolches Gewicht haben müssen, wie die berechtigten Forderungen der Regierung, deren Rechtsanspruch bestimmt werden soll."

Daher wollten wir es nicht glauben, konnten wir es nicht begreifen, als Du, Woodrow Wilson, Hoherpriester der Wahrheit und des Rechts, am 14. Februar 1919 vor aller Welt orakeltest: „Es war eine der vielen betrüblichen Enthüllungen der letzten Jahre, daß die Großmacht, die glücklicherweise eben besiegt worden ist, den hilflosen Völkern einiger von ihr annektierten Kolonien unerträgliche Lasten und Ungerechtigkeiten auferlegte, deren Ausrottung mehr in ihrem Interesse lag als deren Entwicklung".

Und so kam es, daß man durch Androhung der Verwüstung Deutschlands vermittels farbiger Horden und Luftbombardements den Artikel 119 des Versailler Vertrages von uns erpreßte, nachdem wir — leider Gottes! — die Waffen aus der Hand gelegt hatten, der da sagt: Deutschland verzichtet zugunsten der hauptsächlichsten alliierten und assoziierten Haupt-

Digitized by Google

mächte auf alle seine Rechte und Ansprüche bezüglich seiner überseeischen Besitzungen.

Mein Herr: nie werden wir Deutsche mit dem Herzen auf unsere Kolonien verzichten. Und wenn es eine göttliche oder geschichtliche Gerechtigkeit gibt, dann werden wir die Wiedereinsetzung in unseren Besitz erlangen.

Machen Sie, mein Herr, Ihr Blatt zu einem Zeugen der Wahrheit und einem Vorkämpfer des Rechts.

Neuerscheinungen

Südafrika im Weltkriege. So benennt Gouverneur a. D. Dr. Seitz ein recht lesenswertes kleines Buch, das in seinen wesentlichen Teilen den Zusammenbruch in Südwestafrika und die Politik der südafrikanischen Union behandelt.

Dr. Seitz schildert also zunächst den Zusammenbruch in Südwest. Als einer, der die Dinge an Ort und Stelle mit erlebte und gut unterrichtet war und ist, kann ich nur sagen: abgesehen von einigen Punkten untergeordneter Bedeutung ist die Schilderung der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Lage, zumal mit vollem Recht die Nachbarschaft der, gegen Südwestafrika gehalten, mächtigen Union stets betont wird, ausgezeichnet. Auch dem Gang der kriegerischen Ereignisse wird Seitz gerecht. Bedauerlich ist aber, daß er nichts sagt über die Plünderungen, Räubereien und Schuftereien, die sich Bothas Truppen im Vorrücken und seine Etappen, — in Swakopmund zum Beispiel — wo sie gerade lagen, zu Schulden kommen ließen und so unterläßt, das deutsche Material zur Aufmachung der „Gegenrechnung" zu vervollständigen. Herr Seitz hat doch keine Ursache, zurückhaltend wie unsere — Regierung zu sein. Ich vermisse ferner eine eingehende Schilderung der Zeit vom Abschluß des Kovaber Friedens bis zum Beginn der Ausweisungen, wenn auch einzelne der dabei in Erscheinung getretenen Mißstände, wie das Versagen der britischen Rechtspflege gestreift werden. Ich vermisse endlich einen scharfen Protest gegen die britischen Anklagen über schlechte Behandlung der südwestafrikanischen Eingeborenen durch Deutschland. Wenn ein solcher Protest auch von anderer Seite während des Krieges und seither in Zeitungsartikeln erhoben wurde, war es dennoch Sache des Gouverneurs, hier eine sehr deutliche Sprache zu reden. Ich muß annehmen, daß sich Seitz weitere Veröffentlichungen vorbehalten hat, vermutlich an einem umfangreicheren Werke über Südwest arbeitet, das hoffentlich auch die reiche Aera seiner gesamten Tätigkeit im Schutzgebiet einschließt, eine Aera, während derer der Diamantensegen wirtschaftliches Arbeiten im großen ermöglichte. Zustimmen muß ich Seitz insbesondere in Hinsicht auf seine Ausführungen über das Schicksalhafte der Kriegsereignisse drüben und ihren trauervollen Abschluß.

Auch der zweite Teil: „Die Politik der Südafrikanischen Union während des Großen Krieges" ist lesenswert. Allerdings scheint mir Dr. Seitz die Hauptgestalt Botha zu problematisch anzusehen. Wenn man Botha als typischen Boeren betrachtet und darnach beurteilt, klären sich restlos alle scheinbaren Dunkelheiten seiner Politik. Botha hielt einfach zu dem augenblicklich Stärkeren und lavierte als echter Boer, um

Digitized by Google

möglichst viel Vorteile für sein Volk und Südafrika herauszuholen. Aus den anderen Mitspielenden: England, der Unionistenpartei, und Hertzog mit seinen Nationalisten ergibt sich dann die Notwendigkeit des Hin und Her. Zu Recht betont Seitz dabei auch die Bedeutung der Eingeborenenpolitik für die Union. An einer Stelle faßt der Gouverneur den Kern der Politik: Botha und Hertzog streben beide die Unabhängigkeit Südafrikas an, nur wollen sie verschiedene Mittel. So ist es in der Tat.

Bedauern muß ich, daß Dr. Seitz nicht mit aller Schärfe in der Mandatsfrage Stellung nimmt. Er behauptet hier, der Absatz 6 des Artikels 22 des Versailler Raub- und Schandvertrages hebe „de facto" die Mandatsregierung für Südwestafrika... auf, weil er bestimmt, daß es „nach den Gesetzen des Mandatars und als integrierender Bestandteil ihres (seines) Gebietes" zu verwalten sei. Wir müssen daran festhalten, daß auch nach diesem Absatz die Union trotz allem nur als „Mandatar" aufzutreten hat. Außerdem heißt es ja schon im Absatz 7 des Artikels 22, daß „in allen Fällen der Mandatar dem Rate jährlich einen Bericht über die seiner Fürsorge anvertrauten Gebiete vorzulegen" habe!! Und Smuts hat sich im Mai einer Abordnung deutscher Südwestafrikaner gegenüber ausdrücklich darauf berufen, daß der Union das Mandat zwar erteilt sei, daß aber die Bestimmungen darüber noch nicht vom Völkerbund getroffen seien und daß er deshalb bisher nichts zur Einrichtung einer geregelten Verwaltung habe tun können. Daß sich Smuts jetzt neuerdings — nachdem sich England und Frankreich in Mandatsfragen wegen Togo, Kamerun, Ostafrika offenbar geeinigt haben, — über das Ausbleiben der Völkerbundsbestimmungen hinwegsetzt und in Südwest Maßnahmen zu treffen scheint, die wirklich nach einer Einverleibung in die Union aussehen, darf uns nicht daran irre machen, daß es unsere Pflicht ist, auf das allerenergischste und immer wieder gegen die Auffassung zu protestieren, die Mandatsregierung sei für Südwestafrika durch Absatz 6 des Artikels 22 „de facto" aufgehoben!

Was britische Politik in bezug auf Südafrika angeht, so trifft Seitz den Nagel auf den Kopf, wenn er (S. 80) sagt: „Wenn Botha nicht mit Blindheit geschlagen war oder absichtlich die Augen schloß, muß er hier (bei der Ablehnung seiner neuen „Native affairs administration bill" durch die britischen Unionisten) an einem praktischen und entscheidenden Fall gesehen haben, wohin seine Versöhnungspolitik führt: zum Verderben der beiden weißen Rassen in Südafrika, denn dem Engländer liegt nur an einem britischen Südafrika, kann er das nicht haben, dann ist ihm ein Bastardstaat, den er geschäftlich schon genügend ausplündern wird, lieber als ein Südafrika, in dem das Burenelement ausschlaggebend ist. „Hier liegt der Angelpunkt, von dem aus das Boerenvolk über kurz oder lang die Loslösung Südafrikas von England verlangen muß und wird! England verhindert eine vernünftige Eingeborenenpolitik, die allein Südafrika zu einem wirklichen „Land des weißen Mannes" machen könnte! Schon kündet sich das an. Smuts erklärt in Südwest neuerdings auf eine Frage, ob eine deutsche Einwanderung nach Südafrika von England aus verboten sei: „Kümmern Sie sich nicht um das, was andere sagen. Südafrika ist nicht britischer Besitz! Hier gilt nur, was ich sage!"

Rudolf Kindt.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt. Redaktion: Schöneberger Ufer 36a I. Telephon: Nollendorf 928. Für Anzeigen: Werbedienst G. m. b. H., Berlin W 35, Lützowstr. 102 4. Verlag: Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 29. Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt 15 M. Einzelnummer 1,50 M. Druck von Paß & Garleb G. m. b. H., Berlin W 57, Bülowstraße 66.

Digitized by Google

Als Mittler zwischen Herstellung und Verbrauch, zwischen Angebot und Käufer wird immer eine den Zeitverhältnissen angepaßte Werbung nötig sein, wie sie der

Werbedienst

in allen seinen Arbeiten pflegt u. fördert. Erste Künstler, namhafte Fachleute u. durchgebildetes Personal vereinigen sich zu dieser Aufgabe
Eigenes Atelier mit Haus- u. Versuchspresse
Werbedienst G. m. b. H. * Berlin W 35

Die Hilfe

Zeitschrift f. Politik, Literatur u. Kunst

Begründer: D. Friedrich Naumann.
Schriftleiter Wilhelm Heile u. Dr. Gertrud Bäumer.
Fast 25 Jahre von Naumann geleitet, in seinem Geiste von seinen alten Mitarbeitern fortgeführt!
Das nationale und soziale Blatt der Demokratie!

Probeheft kostenfrei.

Vierteljahrespreis 10 M.

Verlag der „Hilfe", Berlin NW. 40.

Digitized by Google

Ein entzückendes Geschenkbuch

von großem künstlerischen Wert

Soeben erschien:

PIERROT

Ein Liederbuch von

RUDOLF PRESBER

Mit acht Zeichnungen von Lutz Ehrenberger. Geb. M 15.—

Niemand wird den Dichter schelten, weil er leicht beschwingte Weisen suchte in düsteren Tagen, weil er Stimmung und Verkleidung eines nicht deutschen Spieles wählte, um allerlei zu sagen und zu singen, was auch in Deutschland einmal Leichtsinn, Hoffnung, Lebensfreude, Schalkheit und Schwermut hieß. — Sehen wir Presber unter die Maske, so wird das Auge neben dem spielerischen Frohsinn auch das Weh der Welt im Spiegel seines Temperaments finden, neben der lächelnden Genußfreude den Schmerz und die Sehnsucht eines roten zuckenden Menschenherzens erspähen.

Durch alle Buchhandlungen zu beziehen

Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart, Berlin

Digitized by Google

Seminar der Handels-Hochschule Mannheim

Deutsche Politik

Bibliothek der Handelshochschule Mannheim

28 NOV

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Inhalt:

Politische Glossen 569
Jäckh, Zur Hochschule für Politik 571
Rohrbach, Deutschland unter den Weltvölkern . . . 576
Schmidt, Wilna 579
Luther, Autonome Reichsprovinzen 582
Herz, Um die deutsche Burschenschaft 589

Preis vierteljährlich M 15.—, das einzelne Heft M 1,50

5. Jahrgang 12. November 1920 Heft 46

Deutsche Verlags-Anstalt Stuttgart-Berlin

Digitized by Google

Eine der bedeutendsten politischen Erscheinungen der letzten Jahre
nennt der Dresdner Anzeiger das soeben in neuer Auflage erschienene Werk

J. J. RUEDORFFER

Grundzüge der Weltpolitik in der Gegenwart

8. und 9. Tausend — In Halbleinen gebunden M 27,50

„Eines der gescheitesten Bücher, die in der historisch-politischen Literatur der letzten Jahrzehnte hervorgebracht worden sind." (Sozialistische Monatshefte.)

Durch alle Buchhandlungen zu beziehen

Deutsche Verlags-Anstalt / Stuttgart / Berlin

„Die Bücherpost"
unterrichtet wöchentlich über Neuerscheinungen des deutschen Buchhandels aus allen Wissensgebieten und der Unterhaltungsliteratur. Einzelnummer 25 Pf., vierteljährlich M. 2.50. Abonnements nimmt jede Poststelle, auch der Briefträger, entgegen. Probenummern sendet die Geschäftsstelle der „Bücherpost", Frankfurt a. M., Niddastr. 24, postfrei und umsonst.

A. WARMUTH · Speditionsgeschäft
Zentrale: BERLIN C 2, Hinter der Garnisonkirche 1a
Fernsprecher: Norden 309, 310, 1642, 4472 u. 4512.
Leipziger Abteilung: Dorotheenstr. 20a. Zentrum 2609.
Versand von Gütern aller Art nach allen Orten der Welt.
Möbeltransport - Lagerung

Als Mittler zwischen Herstellung und Verbrauch, zwischen Angebot und Käufer wird immer eine den Zeitverhältnissen angepaßte Werbung nötig sein, wie sie der

Werbedienst

in allen seinen Arbeiten
pflegt u. fördert. Erste Künstler,
namhafte Fachleute u. durchgebildetes
Personal vereinigen sich zu dieser Aufgabe
Eigenes Atelier mit Haus- u. Versuchspresse
Werbedienst G. m. b. H. * Berlin W 35

Digitized by Google

5. Jahrgang * 12. November 1920 * Heft 46

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Die Präsidentenwahl in den Vereinigten Staaten hat mit Hardings Wahl vor allem der Person Wilsons eine vernichtende Niederlage beigebracht. Die Amerikaner fühlten sich durch die Art, wie Wilson großartig in die europäische Politik eingriff, um schließlich in den entscheidenden Verhandlungen die Rolle einer Puppe zu spielen, blamiert. Die Entscheidung, die drüben gefällt wurde, ist also in ihrem negativen Teil deutlicher als in ihrem positiven. Niemand kann im Augenblick sagen, ob und welche unmittelbaren Folgen der Parteiwechsel in Amerika haben wird, zumal ja Wilson noch bis zum Frühjahr Präsident ist. Die Mehrheit im Senat steht jetzt freilich gegen ihn, so daß er in Eigenmächtigkeiten, falls er solche noch versuchen wird, gehemmt wird. Den Amerikanern muß Wilsons zweite Präsidentschaft zu einer Peinlichkeit geworden sein, und sein Bild wird in der Geschichte Amerikas mit den Zügen des Grotesken behaftet bleiben. Das berührt uns, so folgenschwer das Auftreten dieser Persönlichkeit für unser Staatsschicksal war, nur mittelbar. An der Stelle aber, auf die wir blicken, um über den Einfluß der Wahl auf die internationale Situation uns Rechenschaft zu geben, steht einstweilen noch das Fragezeichen.

*

Dernburgs Rede im Reichstag über die Friedensrevision war endlich zu diesem Thema ein Wort, von dem man sagen kann, daß es auf der notwendigen politischen Höhe stand, würdig, fest und unzweideutig. So muß von deutscher Seite gesprochen werden, wenn man will, daß die Gegner auf uns hören und nicht länger nach ihrer jetzigen Art unehrlich, oberflächlich, oder sich selber täuschend, ausweichen. Jetzt fragt sich: wird nun auf diesem Wege fortgefahren werden? Wird die Sache, so wie es das Prinzip bei unsern Gegnern ist, auch von anderer Seite aufgenommen, in den Reden aktiver Minister, in der Reichstagsdebatte, in der Presse, in Interviews, kurz, bei jeder möglichen politischen Ge-

Digitized by Google

legenheit behandelt werden, bis durch das automatisch wirksame Gesetz der taktischen Wiederholung die Aufmerksamkeit der Welt erzwungen ist. Wird der Dernburgrede nicht so sekundiert, so wird sie trotz ihrer Vortrefflichkeit keine dauernde Wirkung haben.

*

Das französische Blatt „Oeuvre" gibt offen zu, daß Frankreichs Politik einzig und allein auf die Besetzung des Ruhrgebiets abzielt. Diesem Gedanken, meint das Blatt, ordnet Frankreich alle Fragen unter und würde es bereit sein, England auf dem Gebiete der Kohle, des Petroleums, der Schiffsfrachten und der Einflußzonen Konzessionen zu machen. Ueber kurz oder lang will es dann die These aufstellen, daß Deutschland den Vertrag in seiner Gesamtheit nicht erfüllt habe, um dafür als Entschädigung die Besetzung des Ruhrgebiets zu verlangen. Diese Mitteilung des „Oeuvre" wird bestätigt durch die Meldung, daß Frankreich eingewilligt habe, sein Geheimabkommen mit Ungarn zu kündigen, das gegen Verpfändung des ungarischen Bahnnetzes der Regierung Horthy finanzielle Mittel zur Verfügung und Grenzverbesserung in Aussicht stellte, wenn Ungarn gleich Polen Frankreichs Degen würde. Wenn man die Erklärung des „Oeuvre" nicht herbeizieht, würde es unverständlich sein, warum das in sich geschlossene Frankreich vor England zurückweicht, das augenblicklich durch Streik sowie Aufstand in Irland schwer erschüttert wird. Da aber Frankreich den Einmarsch ins Ruhrgebiet erzwingen will, muß es natürlich England bei guter Laune erhalten und hat sich jetzt sogar den fetten Bissen Ungarn entgehen lassen.

*

Die Besatzungskosten im Rheinland sind der fortlaufende Skandal, den sich der Entente-Militarismus gestattet. Es geht so weit, daß die Deutschen die Kosten für die Propaganda mit zahlen sollen, die von den Franzosen dort gegen das Deutschtum gerichtet werden. Französische Schulen müssen von deutschem Geld bezahlt werden. Die Valuta mit ihren Schwankungen macht es unmöglich, den deutschen Reichshaushalt auch nur von ferne mit diesen Ausgaben in Ordnung zu bringen. Wenn je eine Gefahr für die Seele der westlichen Provinzen wäre: solche Praxis müßte sie an die deutsche Gemeinschaft fester schmieden.

*

Im Septemberheft der „Deutschen Nation" steht eine sehr auffallende politische Notiz: Simons. Ihr Verfasser beklagt sich darüber, — „es scheint als ob die politischen Gehirne bei uns allmählich anfangen zu vertrocknen, heißt es bei ihm — daß niemand die große politische Formel beachtet habe, die dem Außenminister in seiner Rede über Sinowjew so kühn ausgesprochen habe, wie noch kein verantwortlicher Staatsmann vor ihm. Es soll die Formel gewesen sein: Deutschland und Rußland gehören zusammen, weites Hand-in-Hand-Arbeiten

Digitized by Google

mit dem russischen Volk als die politische Grundeinstellung Deutschlands zu den Ostfragen. Wir erlauben uns die Gegenfrage an den Verfasser: was versteht er und was versteht der Außenminister unter dem „russischen" Volk?

*

Sinowjew teilt dem Proletariat der Welt mit, daß es mit allgemeiner Sympathie für Sowjet-Rußland, daß es mit Neutralitätserklärungen im Kampf gegen die Bolschewiken nicht mehr getan sei. Diese Form der Unterstützung gehöre der Vergangenheit an. Jetzt brauchen die Machthaber von Moskau die aktive Hilfe der proletarischen Bewegung aller Länder, und ihr militärischer Erfolg gegen Wrangel gibt ihnen für den Augenblick bei den Massen, die nach wie vor nichts so sehr unterliegen als militärischen Suggestionen, einen gewissen Auftrieb. In Deutschland sind sich die Geister nicht einig, ob sie die revolutionäre Romantik an die russische Notlage oder an das deutsche Jubiläum vom 9. November anknüpfen sollen: der 7. und der 9. November werden mit dem gleichen Nachdruck den deutschen Arbeitern als Feiertag empfohlen. Das Krampfhafte dieser Versuche läßt sich nicht verkennen. Aber sie müssen gemacht werden aus Konkurrenzgründen. Wenn nicht die bare Not so groß wäre, daß sie die Menschen nicht losläßt, so wäre dies Verfahren der rascheste Weg, die Massen abzustumpfen. Denn der Vorrat an Geist und Stimmung ist seit einiger Zeit ziemlich aufgebraucht — der kommunistische Parteitag hat's selber verraten.

Zur Hochschule für Politik

Von Professor Dr. E. Jäckh

Bei der Eröffnung der Deutschen Hochschule für Politik haben der Staatsminister Dr. Drews, die Reichsminister Dr. Simons, Dr. Koch und Dr. Scholz, der Vertreter des Preußischen Kultusministers, Dr. Richter, sowie Dr. Jäckh Ansprachen gehalten, die in einem Heft der Deutschen Hochschule für Politik (Deutsche Verlagsanstalt für Politik und Geschichte) veröffentlicht werden. Wir geben heute die letztere Rede, deren Sinn und Wille von einigen voreingenommenen Berichterstattern entstellt worden ist, hier wieder. D. R.

Gestatten Sie mir in meiner Eigenschaft als Geschäftsführender Vorsitzender noch ein kurzes Schlußwort, und zwar in zweierlei Richtung. Ein Wort des Dankes zunächst — an die Reichs- und Staatsministerien, deren Chefs — aus viererlei Parteien kommend — einmütig uns so gute Wünsche auf den Weg geben, wie wir sie eben gehört haben. Was diesen ministeriellen Erklärungen über den festtäglichen Anlaß einer offiziellen Repräsentation hinaus besondere Bedeutung verleiht, das ist die charakteristische Tatsache, daß die gleichen Minister, die heute zur Hochschule für Politik gesprochen haben, auch in und namens der Hochschule für Politik sprechen werden — als Dozenten; daß sie also ihre sonn-

Digitized by Google

täglichen Wunschworte in die werktägliche Leistung einer eigenen Mitwirkung umzugestalten berufen sind; einer der Herren Reichsminister (Dr. Koch) schon in diesem Wintersemester und die anderen Herren Reichsminister, wie der Studienplan und die Dozentenliste ausweist, in den kommenden Semestern.

Der Hinweis auf diesen Zusammenhang möge die Methode unserer Arbeit veranschaulichen, die Methode der Arbeitsgemeinschaft — einer Arbeitsgemeinschaft zwischen den Erfahrungen der Handelnden, der Forschung der Wissenschaftler und der Intuition der politischen Kunst. Wo sich diese Elemente paaren, da wird es, so hoffen wir, einen guten Klang geben — auch für die andere Arbeitsgemeinschaft, die wir durchführen wollen: zwischen Lernenden und Lehrenden, die wir nicht trennen wollen durch die Distanz zwischen Katheder und Subsellien, sondern die wir vereinigen wollen zu gemeinsamer Aussprache, in gemeinsamem Durchdenken der Materialien, der Probleme, die der Reifere, der Erfahrene darbietet, aufzeigt und mit denen der Jüngere der kommenden Generation seine neue Gesinnung auseinandersetzt. Von einer solchen gegenseitigen Durchdringung, von einem solchen Sichmessen der Geister erwarten wir förderliche Klärung, wachsende Klarheit; ebenso wie von einer Entsendung begabter und geeigneter Männer ins Ausland zur politischen Forschung und von einer literarischen und praktischen Verwertung der so gewonnenen Ergebnisse.

Das ist das eine. Und das zweite, was ich in diesem Schlußwort noch sagen soll, ist ein ebenso rascher Blick auf die Vorgeschichte unserer Hochschule für Politik — in Berlin und auch aus Paris. Die heutige Einleitungsrede hat die Richtung gewiesen, wohin der Strom durch zusammenfassenden und zusammengefaßten Willen geleitet werden soll; woher er kommt, aus welchen Quellen, mit welchen Nebenflüssen, bis er heute, wie wir hoffen, tief und breit schiffbar gemacht werden könnte, das stellt unsere Programmschrift zusammen, aus der ich heute nur kurz zitieren will: die ersten Anregungen schon von früheren Staatsmännern wie vom Staatssekretär des Innern Clemens von Delbrück und vom Staatssekretär des Aeußern Herrn von Kühlmann, von Historikern wie Hans Delbrück, Meinecke, Hoetzsch und Spahn — Männer, die ich heute fast alle hier sehe; und von Wissenschaftlern wie von dem jetzigen Staatssekretär Dr. Becker, der wegen Aachens fünfzigjähriger Gedenkfeier für die Technische Hochschule heute hier abwesend ist. Neben diesen und anderen gedanklichen Anregungen von Männern aus allen Parteien muß heute besonders gedacht werden der ersten Tat eines mutigen Versuchs in einer „Staatsbürgerschule", des ersten Bausteins zu unserer „Hochschule für Politik", des späten Versuchs einer politischen Persönlichkeit wie des über alle Parteienge hinausgewachsenen und in

Digitized by Google

seiner Universalität unerreichten Friedrich Naumann, dessen fernsichtige Prophetie von „Kaisertum und Demokratie“ einst tauben Ohren gepredigt hat.

Ueber jene Anregungen und solche Anfänge hinaus sind wir in Deutschland bisher zu einer Hochschule für Politik nicht gekommen; und so konnte im Anfang dieses Jahres einer von den vorhin genannten Historikern, Martin Spahn, es aussprechen: „Ein gut Teil der Schuld daran, daß die Bismarcksche Synthese Preußens und Deutschlands nicht Fleisch und Blut wurde und daß sie uns in Europa nicht das leistete, was sie in ihren Anfängen versprach, ist hier zu suchen.“ Hier — das heißt in diesem Zusammenhang: Darin, daß „die erzieherische Wirkung, die von der französischen Hochschule für Politik auf das zur Führung des Weltkrieges berufene Geschlecht in Frankreich ausging, für uns in Deutschland völlig entfallen ist“.

Auch der Herr Reichsminister Simons hat soeben auf die damit angedeutete „Ecole libre des sciences politiques“ hingewiesen. Lassen Sie mich ihn ergänzen, um von Anfang an herauszustellen, was nur zeitlicher Vorgang und nicht auch geistiges Vorbild ist; was gemeinsam und gleich ist, aber auch was unterschiedlich und gegensätzlich ist. Ich darf in Ihre Erinnerung zurückrufen: Nach der Niederlage des französischen Kaiserreiches anno 70 ist es; da appelliert in der französischen Republik Emil Boutmy 1871 an einen neuen Idealismus; er will dafür eine Sammelstätte schaffen, eine Pflanzstätte in einer Ecole. Frankreich hört darauf und handelt danach: schon 1872 kann ein Taine die Gründungsansprache halten..... Das Wirken und die Wirkungen dieser französischen Hochschule für Politik seither und bis in den Weltkrieg faßt der vorhin zitierte deutsche Historiker in den Satz zusammen: „Die Ecole ist der Tempel der Vesta gewesen, in dem das Feuer ernster und tiefer Wertschätzung der staatlichen Güter von 1872 bis 1918 geführt wurde“. Was aber an dem französischen Vorgang uns heute besonders interessiert, ist die Begründung, mit der Emile Boutmy für den Plan warb: die eben von Herrn Minister Dr. Simons angedeutete Begründung, die darauf hinwies, was Deutschland der Gründung der Berliner Universität 1810 verdankt. Emile Boutmy formuliert so: „Die Universität war es, die bei Königgrätz siegte“. Wir können heute mit gleichem Recht und gleichem Grund sagen: „Die Ecole libre war es, die im Weltkrieg siegte.“ Ideell und personell. Ideell: die Einheitlichkeit des Willens, die Klarheit des Zieles, die Erkenntnis der Möglichkeiten und Notwendigkeiten, die Ausdauer der nationalen Energien — für all das war die Schulung der französischen Führer in der Pariser Ecole durch eine ganze Generation hindurch die große Kraftquelle — für die geistige Führung wie für die geführte Volks-

Digitized by Google

einheit. Auch personell. Ich stimme dem Herrn Reichsminister Dr. Simons durchaus zu: jeder einflußstarke Politiker Frankreichs ob Parlamentarier oder Minister, ob Diplomat oder Journalist — er hat seine Materialkenntnis, sein point de vue, seine Willensbildung wesentlich in und aus der Pariser école bezogen; nicht zum wenigsten der geistige Vater des Friedens von Versailles, der eigentliche Fertiger dieses Instruments: Tardieu, der Journalist, und Schüler und Lehrer zugleich an der Ecole libre des scinces politiques. Deshalb wiederhole ich meine vorige Formel so: „Die école war es, die in Versailles siegte". In der Entente und selbst gegenüber der Entente!

In dieser Skizzierung ist schon enthalten, was gemeinsam und gleich ist zwischen der Pariser école und unserer Hochschule, und was unterschiedlich und gegensätzlich ist. Gemeinsam und gleich ist uns als äußerer Anlaß die Tatsache nationaler Not nach der Niederlage 1871 wie 1918: nur daß der deutsche Zusammenbruch fundamentaler, katastrophaler ist als das französische Débacle. Gemeinsam und gleich ist uns als geschichtliche Grundlage die bewußte Erinnerung an 1810, für Emile Boutmy anno 1872 wie für uns 1920: Der nationale Idealismus soll wieder lebendig werden und furchtbar werden; der Idealismus, in dem ein Fichte dachte und ein Schinkel schuf (ein Schinkel, in dessen klassischem Gebäude unsere deutsche Hochschule Gastrecht genießt).

Aber wesentlicher als das analog und äußerlich Gleiche und Gemeinsame ist für uns gegenüber Paris das Unterschiedliche, ja das Gegensätzliche. Frankreich ist mit seiner Ecole dem Revanchechauvinismus verfallen; eine Entartung, die zum Zusammenbruch von ganz Europa geführt hat und trotz der französischen Gloire durch Hybris auch zum Bankerott Frankreichs selbst. Unsere Aufgabe dagegen muß es sein, Kristallisationspunkt zu werden für den geistigen und seelischen Wiederaufbau Deutschlands — eines neuen Deutschlands und dadurch auch eines neuen Europas in einem neuen Geist (freilich nicht in dem sinnlosen, gewaltvollen „Geist" von Versailles), damit die Toten dieses Krieges nicht umsonst geopfert worden sind. Das ist das Gegensätzliche. Und das nur Unterschiedliche zu unseren Ungunsten scheint mir das zu sein: Frankreich hat vor Deutschland immer eine größere nationale Geschlossenheit und Einigkeit voraus gehabt; dadurch blieb es immer stärker. Deutschland war stets schwächer und wurde schließlich schwach durch den Mangel an nationalem Gemeinschaftsgefühl, nationalem Gemeinschaftswillen. Das zu pflegen und zu fördern, ist eine der großen Aufgaben der Arbeitsgemeinschaft unserer Hochschule für Politik.

Dafür kann sich die deutsche Hochschule für Politik vom französischen Vorgang auch schließlich etwas Vorbildliches wünschen: die Beachtung, und den Besuch durch alle Schichten des Volkes. Die

Digitized by Google

Pariser Ecole hat vor dem Weltkriege eine jährliche durchschnittliche Hörerzahl von 600 Menschen gehabt. Die bisherigen ersten Anmeldungen für unsere Deutsche Hochschule für Politik, die bereits formal fertigen und festen Inskriptionen bewegen sich heute, also eine Woche vor dem eigentlichen Vorlesungsbeginn, der auf Montag den 1. November festgesetzt ist, schon um 200 *), nachdem auf die erste Preßnotiz hin über 1000 Studienpläne bestellt worden sind. Die Zusammensetzung der bisherigen Anmeldungen entspricht der Art, aus der eine Arbeitsgemeinschaft gedeihen kann: Männer und Frauen, aus allen Lebensberufen; Beamte der verschiedenen Kategorien, des diplomaten Dienstes, der Verwaltung, der sozialen Betätigung, Lehrer, Arbeiter und Gewerkschaftsführer; Kaufleute aus Handel, Industrie und Bankwesen; Offiziere (aktive und gewesene) und Studenten. Sie alle führt hierher zusammen der gleiche Leitstern, dem das Dozentenkollegium und dem der Vorstand aus allen Parteien folgt: das Leitwort meines schwäbischen Landsmanns, des großen Deutschen, Friedrich List, das — so darf ich heute in diesem Zusammenhange für mich selbst bekennen — seit meinen persönlichen Liststudien die 20 Jahre meiner politischen Arbeit in all ihrer Vielgestaltigkeit eint und benetzt, das ich bewußt auf die Stirne der Deutschen Hochschule für Politik und auf die erste Seite der Denkschrift gesetzt habe: „Im Hintergrunde aller meiner Pläne liegt Deutschland!"

Wir stehen am Anfang unserer Arbeit oder, richtiger gesagt, noch vor dem Anfang: in einer Woche erst, am Montag wird die Arbeitsgemeinschaft in diesem Haus beginnen. Glauben Sie uns, daß wir uns der Größe und der Schwere der Aufgabe bewußt sind. Glauben Sie nicht, daß wir, weil der Anfang sich gut anläßt, auch schon zufrieden sind. Sie dürfen es wissen: was uns vor vier Wochen schon zu genügen schien, das scheint uns heute schon entwicklungsbedürftig. Und Sie müssen es wissen: das Streben, in dem wir uns bemühen, kann nicht sachlicher, nicht ernster, nicht heiliger sein. Darum helfen Sie alle mit, damit wir dem gemeinsamen Ziel, dem geistigen und seelischen Wiederaufbau des deutschen Volkes, näher und nahe kommen, auf daß die Ideale und Ideen, die durch oft gedankenlosen Singsang abgenutzt und ausgeleert scheinen, die zu inhaltlosen Schlagworten erniedrigt und mißbraucht scheinen, wieder lebensvoll und sinnreich werden; auf daß jedes Wort wieder ein wirkliches, inneres Erlebnis wird, wahr wird — und Wille wird, nach innen und gegen außen, jedes einzelne Wort: Einigkeit — und Recht — und Freiheit — danach laßt uns alle streben — brüderlich — mit Herz — und Hand! (Lebhafter Beifall).

*) In der ersten Vorlesungswoche sind es 518 geworden.

Digitized by Google

Deutschland unter den Weltvölkern

Von Dr. Paul Rohrbach

Heinrich Friedjung beginnt sein Werk über das Zeitalter des Imperialismus, 1884 bis 1914, mit der Feststellung, daß in den drei Generationen, die das 19. Jahrhundert füllten, der Reihe nach drei Ideen vorgeherrscht hätten; Erst die liberale, dann die nationale, dann die imperialistische. Von dieser letzteren sagt er:

Als nach 1870 durch mehr als vierzig Jahre in Mittel- und Westeuropa die Waffen ruhten, wuchs der Reichtum der Nationen, und die aufgespeicherten Lebenskräfte suchten sich ein neues Feld; Kapital, Unternehmungsgeist, technisches Können wollten sich zur Geltung bringen. Sie warfen sich auf die Eroberungen ferner Kontinente und Inseln: Afrika wurde durchforscht und unterworfen, die islamische Welt schien reif zur Aufteilung, das Chinesische Reich mit seinen 400 Millionen Einwohner lockte die Begierden der Handel treibenden Nationen. Das Streben nach Reichtum, Macht und Lebensglück hüllte sich in den Mantel der imperialistischen Idee. Als der nationale Gedanke sich in der Hauptsache durchgesetzt hatte, schlug er in sein Gegenteil um. Die Völker begnügten sich nicht mit dem überkommenen oder neuerrungenen Nationalstaat, sondern wollten sich zum Weltstaat ausweiten und damit einen möglichst großen Teil der Erde umspannen. Der Nationalismus berief sich auf das unverjährbare Recht der Enkel, auf das Erbe ihrer Väter; der Imperialismus erkannte nur die von anderen starken Völkern gezogenen Schranken an. Aus der Gewalt geboren, rief er die Macht zur Richterin auf und ruhte nicht früher, bis sich die Leidenschaften in einem Weltkrieg ausgetobt hatten.

Die Beobachtung Friedjungs, daß Liberalismus, Nationalismus und Imperialismus im vergangenen Jahrhundert aufeinander gefolgt sind, und daß der Imperalismus der ins Gegenteil umgeschlagene Nationalismus ist, hat ihr Richtiges — mit der Maßgabe, daß der Imperalismus selber der übersteigerte Nationalismus einer bestimmten Völkergruppe ist, der sogenannten Weltvölker. Die Bedeutung dieses Ausdrucks ist heute verschieden gegen früher. Die alten Weltvölker, die Assyrer, Perser, Römer strebten nach der Vorherrschaft möglichst über das ganze, was man damals Welt nannte; die modernen Weltvölker sind diejenigen, die die Weltherrschaft miteinander teilen und sich über ihre Anteile verständigen oder um sie kämpfen. Wenn nun aber Friedjung meint, die Entstehung des Weltkrieges sei einfach auf die Formel zurückzuführen, daß die imperialistischen Machtbestrebungen der Weltvölker offensiv aufeinander geprallt seien, so ist das zu schematisch gesagt. Der Vorgang war verwickelter, und ich habe mir erlaubt, zu seiner Erklärung gleichfalls das Wort zu nehmen, in einem Buche „Deutschland unter den Weltvölkern", das jetzt eben erschienen ist.*)

*) Ich erwähnte den Titel bereits im vorigen Heft und bin daraufhin gebeten worden, etwas mehr darüber zu sagen. Das geschieht hiermit in der Form der Selbstanzeige. Das Buch ist 352 Seiten stark; erschienen ist es bei J. Engelhorns Nachfolger in Stuttgart, Preis M 30.—.

Digitized by Google

Dem Titel nach ist es kein neues Buch. Die erste Auflage wurde schon 1903 veröffentlicht. Sie und die drei folgenden (bis 1912) stellten es sich zur Aufgabe, Antwort auf die Frage zu suchen, ob es dem deutschen Volk beschieden sein werde, endgültig zu einem Platz an der Seite derjenigen Mächte zu gelangen, die vor dem Kriege als die eigentlichen Weltvölker angesehen wurden: Engländer, Russen und Amerikaner. Darauf habe ich vor dem Weltkriege hoffnungsvoll antworten zu sollen geglaubt. Ich sehe auch heute keinen Zwang für uns Deutsche, trotz unserer Katastrophe im Weltkrieg, an dem Wiederaufstieg unter die Weltvölker zu verzweifeln. Es wird erstens davon abhängen, welche äußeren und inneren Faktoren einem Volkstum zukünftig die Eignung zum Weltvolk geben werden, und zweitens davon, wie früh oder wie spät die politische Vernunft in Deutschland so weit erwachen wird, daß zunächst unsere moralische Wiederherstellung, die Revision des durch Vergewaltigung und Lüge zustande gekommenen Schuldurteils über Deutschland, als die vorläufig wichtigste Aufgabe der deutschen Politik begriffen wird. Solange das nicht der Fall ist, stellen wir uns freiwillig selbst in den Schandwinkel unter den Völkern und haben keine Veranlassung, über das Weltvolkstum nachzudenken, das wir hätten haben können oder später einmal wieder haben mögen. In der Vorrede zu der jetzigen (fünften) Auflage meines Buches, von dem nach Lage der Dinge nur der Rahmen hat stehen bleiben können — der Inhalt ist vollständig neu gearbeitet — habe ich gesagt:

Für die deutsche Zukunft erschöpft sich einstweilen alles, was zu sagen ist, in dem Wort: Friedensrevision. Erst dahinter gibt es wieder eine deutsche Zukunft. Eine wirkliche Revision des Friedens aber kann erst kommen, wenn sich das allgemeine Urteil über die Verteilung der Schuld am Weltkriege von Grund auf gewandelt hat. Das wird geschehen, wenn das Ergebnis dieser Arbeit in seinen Grundzügen Gemeingut derer geworden ist, die sich um objektives politisches Denken bemühen. Sind die Dinge einmal soweit und ist der Gewalt- und Lügenfriede gefallen, dann wird es möglich sein, auch wieder ein Kapitel über die Wiederherstellung Deutschlands unter den Weltvölkern zu schreiben.

Der Zweck eines Buches, das über Deutschland unter den Weltvölkern handelt, kann nach dem Weltkriege gar kein anderer sein, als zu untersuchen, wodurch Deutschland aus der Bahn seines Aufstiegs zum Weltvolkstum geschleudert worden ist. Friedjung geht mit seiner Behandlung des imperialistischen Zeitalters bis zur Aufteilung Afrikas, 1884, zurück; ich beginne in der Hauptsache mit dem eigentlichen Wendepunkt der deutschen Geschichte nach 1870: dem englischen Bündnisangebot 1899, greife aber verschiedentlich, so bei der Besprechung des Dreibundes und der Entwicklung Rußlands, auch in die frühere Zeit zurück. Was England 1899, und danach in verschiedenen weiteren bis 1901 fortgesetzten Anregungen, uns vorschlug, war eine sogenannte Junior-Partnerschaft in einem miteinander verbundenen englisch-deutschen Ueberseesystem. Zu den deutschen Kolonien in Afrika sollte noch der westliche Teil von Marokko und die Hauptmasse des portugiesischen Angola hinzutreten. Eine gemeinsame Verständigung

Digitized by Google

mit Belgien in Betreff des Kongostaats wäre die notwendige weitere Folge gewesen. Außerdem bestand in England damals und noch einige Jahre später (ohne daß in den damaligen deutsch-englischen Verhandlungen davon gesprochen worden wäre) Geneigtheit, Nigeria, das Hauptstück von Britisch-Westafrika, gegen Deutsch-Ostafrika zu tauschen. Das wäre ein mächtiges deutsches Kolonialreich in Westafrika gewesen, ein Gebiet, das ausgereicht hätte, uns, sobald wir es gehörig entwickelten, mit den wichtigsten überseeischen Rohstoffen zu versorgen. Das zweite Stück der englischen Vorschläge war die Uebernahme einer gemeinsamen deutsch-englischen Garantie für die Unversehrtheit Chinas gegenüber Rußland und gegenüber Japan. Unsere Gegenleistung sollte in der England zu gewährenden Rückendeckung gegen Rußland bestehen, das in Asien sowohl an der indischen Grenze im Nordwesten als auch von Persien und von China aus die englische Machtstellung bedrohte.

Von der deutschen Entscheidung aus, die den englischen Vorschlag ablehnte — nicht aus Furcht, in der Partnerschaft mit England schlecht abzuschneiden, sondern aus der falschen Vorstellung heraus, die „Option" sei überflüssig, weil eine Verständigung zwischen England und Rußland außer dem Bereich des Möglichen liege — ist die europäische Politik der folgenden vierundzwanzig Jahre bis zum Weltkrieg zu erklären. Diesen Satz vertritt mein Buch, und ich glaube bewiesen zu haben, daß Deutschlands Geschick sich von diesem Ausgangspunkt aus so vollständig erklärt, wie das, abgesehen von der Frage des persönlichen Elements in der Politik, die zur Geschichte wird, überhaupt möglich ist. In den Persönlichkeiten allerdings liegt viel, und die Persönlichkeit hat immer etwas Irrationales. Diejenigen beiden Persönlichkeiten, die für Deutschland verhängnisvoll wurden, sind Fürst Bülow und Kaiser Wilhelm II. gewesen, der eine durch sein mangelndes politisches Wissen, namentlich in bezug auf Rußland und England, der andere durch seinen mangelnden politischen Instinkt und seine mangelnde Fähigkeit, kritisch-geschichtlich statt impulsiv-romantisch zu denken. Als den dritten Verhängnisvollen kann man, wenn man will, den Admiral von Tirpitz betrachten, mit seinem falschen Entschluß, den Offensivgedanken zur See gegen England statt von vornherein auf das Unterseeboot als Handelszerstörer, auf die Schlachtflotte zu gründen.

Bismarck hat in seinen Gedanken und Erinnerungen gesagt, es sei Deutschlands Interesse, den Frieden zu erhalten, während seine Nachbarn ohne Ausnahme Wünsche hätten, die nur durch Krieg zu erfüllen seien. Dementsprechend, war seine Meinung, müßten wir unsere Politik einrichten:

das heißt den Krieg nach Möglichkeit hindern oder einschränken, uns in dem europäischen Kartenspiele die Hinterhand wahren, und uns durch keine Ungeduld, keine Gefälligkeit auf Kosten des Landes, keine Eitelkeit oder befreundete Provokation vor der Zeit aus dem abwartenden Stadium in das handelnde drängen lassen.

Digitized by Google

Die drei entscheidenden Worte in diesen Sätzen heißen: vor der Zeit. Die deutsche Politik nach Bismarck hat teils gehandelt bevor es Zeit war, teils nicht gehandelt, als es Zeit war zu handeln. Sie hat Fehler gemacht, aber sie hat keine „moralische" Schuld am Weltkrieg auf sich geladen. Sie war nicht in offensivem Sinne imperialistisch, aber sie hat sich schließlich in die Zwangslage hineinschieben lassen, einen reinen Defensivkrieg offensiv beginnen zu müssen. Die Gegner Deutschlands aber haben den Krieg gewollt, sie haben sich auf ihn gerüstet und sie haben ihn planmäßig herbeigeführt. Den Beweis dafür habe ich in meinem Buch durch ein überwältigendes und authentisches Material gegeben. Das letzte Kapitel heißt: „Deutschland im Weltkrieg". Es enthält die Antwort auf die Frage: Warum wir den Krieg verloren haben, den wir hätten gewinnen können! Die Gründe sind ebenso tragisch wie sie einfach sind . . . In der Hauptsache wird mein Standpunkt den Lesern der „Deutschen Politik" bekannt sein.

Wilna

Von Axel Schmidt.

Trotz des Friedens von Riga will der Osten zu keiner Ruhe kommen, weil der Bolschewismus, der Erbe des zarischen Imperialismus und der polnische Expansionsdrang mit Gewalt oder List das Selbstbestimmungsrecht der Völker sabotieren. Wer den bolschewistischen Völkerterror kennen lernen will, der braucht nur die Berichte zur Hand zu nehmen, in denen der ukrainische Kommunist Winnitschenko seine Erlebnisse in Moskau und Charkow schildert, als er sich erfrechte, die großrussischen Bolschewisten an ihr früheres Versprechen zu erinnern, die Selbständigkeit der Ukraine anzuerkennen. Heute wollen wir uns nicht mit dem zarischen Völkerkerker von Lenins Gnaden befassen, sondern mit Polen, das sein durch den Frieden freigewordenes Heer dazu benutzt, in Gebiete friedlicher Nachbarn einzufallen, um sich gewaltsam deren Land anzugliedern.

Restlos ist die Wilna-Frage überhaupt nicht zu lösen, weil sich dort ethnographische, historische, wirtschaftliche, politische und kulturelle Gegensätze überschneiden. Man wird daher hier nur von der am wenigsten ungerechten Lösung sprechen können. Die Stadt Wilna liegt im Südostzipfel Litauens, in den sich in den letzten Jahrzehnten eine starke

Digitized by Google

weißrutheniſche Landbevölkerung vorgeſchoben hat, in der Stadt ſelbſt aber dominiert unzweifelhaft jetzt das jüdiſche Element. Wilna iſt jedoch nicht nur Litauens Hauptſtadt geweſen ſolange der Staat ſelbſtändig war, (d. h. bis zur Lubliner Union vom Jahre 1569), ſondern von hier iſt auch die jetzige politiſche Renaiſſancebewegung Litauens wieder ausgegangen. Bereits 1905 tagte während der erſten ruſſiſchen Revolution in Wilna eine litauiſche Verſammlung, die damals für ihr Gebiet eine Autonomie vom ruſſiſchen Staate forderte und 1916 richteten im Juni namhafte Vertreter des litauiſchen Staatsgedankens eine Denkſchrift an den Oberbefehlshaber Oſt, in dem es unter anderem hieß:

„Der öſtliche Teil des Gebietes von Wilna, in der Form eines Dreieckes, war noch vor einigen Jahrzehnten littauiſch, die Bevölkerung ſpricht heute weißruſſiſch. Wilna befindet ſich alſo in einem Landſtrich, in dem die Bevölkerung gemiſchtſprachig iſt. Aber nie und auf keine Weiſe werden die Litauer auf dieſes Territorium verzichten wollen. Obwohl die Bevölkerung um Wilna weißruſſiſch oder auch polniſch ſpricht, ſo iſt ſie doch nicht verſchieden von derjenigen, die litauiſch ſpricht; man trifft dieſelben Melodien der Volkslieder, dieſelben Märchen, Sitten, dieſelbe Religion, Tracht, Vergangenheit, denſelben Stamm und ſchließlich daſſelbe äußere Ausſehen. Wilna war die Hauptſtadt des ehemaligen litauiſchen Staates, von wo aus ſich die Idee des ſelbſtändigen Landes entwickelt hatte: darum iſt die Stadt den Litauern wegen ihrer Vergangenheit teuer. Auch heute iſt Wilna die größte Stadt Litauens, von wo die Idee der Wiedergeburt des Litauertums ausgegangen iſt, wo ſich der Gedanke des kulturellen Lebens bildete und entwickelte. Außerdem war und iſt Wilna das Zentrum der Litauer in kirchlicher Hinſicht."

Als die Polen ſahen, daß der Völkerbund bereit war, die politiſchen, hiſtoriſchen und auch ethnographiſchen Gründe anzuerkennen, die für Litauen ſprachen, griffen ſie zu einem Gewaltſtreich, indem General Zeligowſki mit Freiſchälern das Wilnagebiet mitten im Frieden beſetzte. Wohl wurde er vom Präſidenten Pilſudſki, der übrigens ſelbſt von dort ſtammt, desavouiert, aber in echtem Rebellenſtolz weigerte er ſich, den Rückzug anzutreten. Darauf lenkte denn auch Pilſudſki ſofort ein und beantragte beim Völkerbund Volksabſtimmung für dies Gebiet, ungeachtet deſſen, daß das polniſche Kabinett, als es ihm in ſeinem Kampfe mit den Bolſchewiſten anfänglich ſchlecht ging, feierlich, um die Hilfe der Entente zu erhalten, auf Wilna verzichtet hatte. Ernſt war ihm aber dieſer Verzicht niemals geweſen, denn wie jetzt bekannt wird, hat die Kommiſſion für Auswärtige Angelegenheiten des polniſchen Parlaments am 8. Oktober (d. h. kurz vor dem Handſtreich Zeligowſki) eine Reſolution gefaßt, worin es unter anderem heißt:

„Angeſichts der an der Nordoſt-Front entſtandenen Lage ſpricht der Seim (Parlament) die Ueberzeugung aus, daß die baldmöglichſte und unmittelbare Vereinigung der Gebiete von Wilna mit der Republik Polen in Uebereinſtimmung mit dem Willen der überwiegenden Mehrheit der Bewohner dieſer Gebiete die notwendige Vorausſetzung für einen dauerhaften Frieden an jener Grenze iſt."

Digitized by Google

Wie sich die Polen eine für sie günstige Abstimmung denken, wäre unerfindlich, weil Juden, Weißruthenen und Litauer unter keinen Umständen zu Polen wollen und sie bei einer unbeeinflußten Abstimmung nur auf die Gutsbesitzerkreise rechnen könnten. In solchen Dingen sind jedoch die Polen Meister und dazu braucht man sich im Osten nicht so viel zu genieren bei Anwendung mittelalterlicher Zwangsmittel.

Will man die polnische Wilnapolitik verstehen, so muß man einen Blick in die innere Politik Polens tun. Denn auch die auswärtigen Fragen werden letzten Endes zum Kampf für oder gegen den Präsidenten Pilsudski benützt. Bekanntlich ist augenblicklich in Polen ein Koalitionskabinett der Linken am Ruder, denen auch Pilsudski nahesteht. Die demokratische Bauernpartei, die den Ministerpräsidenten Witos stellte, hat sich mit den Sozialisten verbunden, die den Vizepräsidenten Daszynski ins Kabinett schickte, während die Opposition von den Nationaldemokraten unter Dmowski und Grabski geführt wird. Völlig verkehrt wäre es jedoch zu glauben, daß sich der Gegensatz beider Gruppen im Ausmaße der Expansionspolitik bemerkbar macht. Selbst der Sozialist Daszynski lehnte die von Curzon sehr weitherzig nach Osten auf weißruthenisches und ukrainisches Gebiet gezogene Grenzlinie ab, weil „sie ohne tiefere Bedeutung sich weder ethnographisch noch politisch oder strategisch rechtfertigen ließe". Der Gegensatz liegt ganz wo anders, und zwar in der Stellung zum russischen Problem. Die Linke ist der geschworene Feind des russischen Weltreiches, gleichgültig ob zarisch, liberal oder bolschewistisch weil es aus der Geschichte weiß, daß ein „einiges unteilbares" Rußland stets seine Krallen nach Polen ausgestreckt hat; gab es doch vom 16. bis 18. Jahrhundert nicht weniger als 14 polnisch-russische Kriege. Die Linke vertritt daher den Gedanken, daß der Zerfall Rußlands in Nationalstaaten endgültig gemacht werden müßte und daß zwischen dem russischen Reststaat und Polen eine Reihe von Pufferstaaten einzuschieben wäre, die alle mehr oder weniger in Abhängigkeit von Polen stehen sollen. Da ihr politischer Hauptgedanke in Schaffung von Pufferstaaten besteht, ist sie in der Frage der Annexion etwas gemäßigter, als die Nationaldemokraten, zumal sie ja in den Randstaaten maßgebenden Einfluß zu erhalten hofft. Anders die Nationaldemokraten. Ihr Leitmotiv ist der Deutschen- und Judenhaß. Da ihre Front nach Westen gerichtet ist, wollen sie mit Rußland Frieden halten und aus wirtschaftlichen Gründen eine gemeinsame Grenze besitzen. Sie wollen daher von Pufferstaaten nichts wissen, sondern Litauen den katholischen Teil von Weißruthenien, Cholmgebiet, Ostgalizien, Teile von Podolien und Wolhynien, in denen eine polnische Oberschicht lebt, schlankweg in Polen einverleiben, den Rest der Randvölker aber an Rußland fallen lassen. Sie leben der Hoffnung, daß sie, wenn sie keine orthodoxen Gebiete sich aneignen, und auf Pufferstaaten verzichten, mit den Russen

Digitized by Google

in ein gutes Verhältnis kommen werden. Den Kampf gegen die Randstaatenpolitik des Kabinetts Witos verbinden sie aber mit einer wütenden Hetze gegen den Präsidenten Pilsudski, weil sie nicht mit Unrecht ihn als eigentlichen Träger der antirussischen Politik Polens ansehen. Als die Bolschewisten vor Warschaus Toren standen, glaubten sie schon, an ihrem Ziele zu sein, weil die polnische Eitelkeit für die Niederlage den Kopf des Präsidenten verlangt hätte. Jetzt liegt die Sache anders. Jetzt sitzt Pilsudski als Besieger der Bolschewisten fest auf dem, wenn auch provisorischen, Präsidentenstuhl und auch das Kabinett Witos-Daszynski sitzt sicher im Sattel.

Trotzdem also beide polnischen Richtungen in der Wilnafrage im Wunsche die sogenannte „zweite" Hauptstadt Polens zu behalten, einig sind, ist diese Frage jetzt zum Problem des Völkerbundes erhoben worden, bei dem er sein Meisterstück ablegen soll. England, das starke wirtschaftliche Interessen (Holz und Flachs) in Litauen besitzt, will jedoch von diesem polnischen Raub nichts wissen, aber auch Frankreich ist nicht allzu begeistert von dieser polnischen Extratour, weil es immer noch den Plan hegt, von allen Randstaaten gemeinsam dem Bolschewismus den Garaus machen zu lassen, um von einer bürgerlichen russischen Regierung die Zinszahlung für die französischen Anleihen eintreiben zu können.

Wie aber auch augenblicklich die Wilnafrage gelöst werden mag, lange wird Polen dieses Gebiet ebensowenig behalten, wie Ostgalizien, weil auf die Dauer der völkische Wunsch in diesen Gebieten nicht unterdrückt werden kann. Ueber kurz oder lang wird daher Wilna ebenso zu Litauen kommen, wie Ostgalizien zur Ukraine, wenn auch beide zuerst das polnische Fegefeuer kennen lernen dürften.

Autonome Reichsprovinzen

Von Friedrich Luther

Im Reichsministerium des Innern wird eine Kommission „zur Neugliederung des Reichs" gebildet.

Die deutsche Reichsgeschichte hat zu tiefe Spuren in das wirtschaftliche und kulturelle Gefüge der deutschen Landschaften geprägt, als daß bei Neuordnung des deutschen Staates über das Traditionelle hinfortgegangen werden konnte. Die beiden innenpolitischen Ideenmächte von heute, der deutsche Nationalgedanke und der sozialistische Gedanke, sind nicht stark genug gewesen, um aus Deutschland einen Einheitsstaat zu formen, wie es nach ähnlicher Vorgeschichte einst in Frankreich und in Italien gelang. Vielleicht scheiterte der Einheitsgedanke an dem übernationalen Element im sozialistischen Gedanken. Denn wenn auch die alte

Digitized by Google

Sozialdemokratie aus ihren mit Chimären arbeitenden Zukunftströstungen und ihrer fruchtlosen Klassenkampftheorie praktisch zu einer nützlichen kleinbürgerlichen Politik den Weg gefunden hat, so sind die sozialistischen Massen steigend dem Banner einer neuen Prophetie unnationalen Charakters gefolgt. Die vorzüglich das Nationale betonenden Elemente gingen aber den Irrweg der Reaktion, auf dem sie das Nationale durch die Verbindung mit der überwundenen Staatsform des Separatismus und des Monarchismus unwirksam machten. Entscheidender für die Lebensunfähigkeit des deutschen Einheitsstaates dürfte aber der Umstand sein, daß die außerordentlich hohe Reife des deutschen Wirtschaftslebens, im natürlichen Anschluß an die Bodenschätze, Gebiete gleichartiger Produktionsinteressen durch Organisation ihres inneren Verkehrs und durch Organisation des örtlichen Arbeitswesens vorzüglich nach innen aufgeschlossen, bezirksartig zusammengeschlossen hat. Dazu tritt, ungeachtet aller kirchenfeindlichen Neigungen, der Gegensatz der Konfessionen und die Zersplitterung des kulturellen Lebens infolge der deutschen Kleinstaaterei. Die traditionellen innerdeutschen Grenzen vermag freilich zum großen Teil nur die kleinstaatlich denkende Psyche der Süd- und Nordwestdeutschen mit positiven Vorstellungen zu füllen; Bismarcks rücksichtslose Hand von 1866 gegen drei Dynastien hat sicherlich eine prodeutsch erziehende Wirkung geübt, und Kronprinz Friedrich hatte gewiß recht, als er schon 1870 in Versailles über die „52 deutschen Vaterländer" spottete. Diese alten Vaterländer dürfen heute nicht mehr allzu wichtig genommen werden, die 21 Dynastien werden nicht wiederkommen, und der Kleinpatriotismus ist im Versanden, aber wirkungslos ist die bundesstaatliche Tradition schon deshalb nicht, weil auf den Schulen in diesem Sinne gearbeitet wurde und zur Schande des Deutschtums noch heute gearbeitet wird. Soll dieser heute unberechtigten Bewegung die Kraft genommen werden, so muß vor allem dem Zentrum, das durch Bismarcks sehr großes kulturpolitisches Ungeschick entstand, der separatistische Wind aus den Segeln genommen werden; diese Partei wird trotz ihres unzweifelhaft nationaldeutschen Charakters immer separatistische Tendenzen einschließen, solange ihre Opposition gegen das Nichtkatholische zugleich eine Opposition gegen die positive politische Macht der deutschen Landesregierung sein kann, solange nicht die Kirche aus der politischen Verwaltung entfernt, andererseits das Sicherheitsbedürfnis der Kirche befriedigt ist.

Ein sehr starker Antrieb für eine Dezentralisation des deutschen Lebens folgt schließlich aus dem unglückseligen Friedensvertrag. Der Gegensatz zwischen besetztem und unbesetztem Gebiet, die Abtrennung des ehemaligen Ostpreußen, die Schaffung der angeblich unter Völkerbundshoheit stehenden Gebiete zerreißen das Reich. Mag auch die Hoffnung auf eine Neuvereinigung des wirklichen Deutschlands nicht unberechtigt sein, die gegen-

Digitized by Google

wärtige Zerrissenheit verlangt gebieterisch, berücksichtigt zu werden. Der nationale Kompromiß ist ja ein Kennzeichen deutscher Geschichte. Wie der würdelose Unverstand deutscher Fürsten das große Reich des Mittelalters entnationalisiert, die deutsche Schweiz, das deutsche Elsaß-Lothringen, die deutschen Niederlande ausgestoßen oder preisgegeben hat, so steht auch heute das deutsche Volk auseinandergerissen da, mußte nochmals das Elsaß und Danzig abtreten, und darf sich nicht mit dem deutschen Oesterreich vereinigen, während rings um Deutschlands Grenzen die Ethnologie Triumphe feiert.

Die alten innerdeutschen Grenzen sind fast ausnahmslos unter dem Gesichtspunkt der Gegenwart sinnlos; daß ein Märker mal Cleve geerbt hat, ein Waldecker den Ort Pyrmont erwarb, der Erbe von Meersburg Heidelberg zugesprochen erhielt, ist für unser deutsches Gegenwartsleben völlig gleichgültig. Berücksichtigung verdienen die alten Grenzen nur insofern, als die staatliche Umfriedung wirtschaftliche oder kulturelle Einheiten hervorgerufen hat. Das ist aber nur dort der Fall, wo gleichzeitig schärfere Stammesgegensätze bestehen, an den Außengrenzen des Reiches — nicht gegen Böhmen, Tirol, Schweiz —, an der unteren Elbe, beim Fichtelgebirge. Im allgemeinen haben wir groteske Zusammenstellungen, beziehentlich Trennungen. Groß-Leipzig liegt in drei Ländern, Groß-Hamburg nur in zwei, doch in drei Verwaltungsbezirken, das Ruhrgebiet in zwei Provinzen, die Bergstraße in zwei Ländern, Berlin, selbst das neue, ist sinnlos herausgeschnitten, aber Köln und Königsberg und Kattowitz und wieder München und Pirmasens haben eine gemeinsame Oberinstanz unterhalb der Reichshoheit. Vorzüglich müssen Ostpreußen, Schlesien und das rheinische Industriegebiet Autonomie haben.

Die Grenzen für Ostpreußen verstehen sich leider von selbst, doch darf man in der Hoffnung auf den künftigen Zusammenwuchs über eine deutsche Brücke fort — gewisse Teile Westpreußens und Posens sind in Wahrheit polnisch — die Angliederung des Netze- und Obratales und dessen, was seewärts davon liegt, an „Preußen" empfehlen; die verwaltungstechnische Teilung der Provinz Preußen von 1890 hatte keine Berechtigung: es ist e i n Land. Oberschlesien hat bereits Autonomie, als einzige der preußischen Provinzen, während andere, wie Ostpreußen, nur vereinzelte und fadenscheinige Sonderrechte genießen. Die traurigen Verhältnisse der unmittelbaren Gegenwart haben es angezeigt sein lassen, die schlesische Autonomie nur auf den Regierungsbezirk Oppeln anzuwenden. An sich ist diese Grenze jedoch willkürlich. Ganz Schlesien in Form der alten preußischen Provinz seit Friedrich dem Großen ist allerdings keine Einheit, aber die natürliche Grenze, die das Vorkommen von Kohlen, die vorhandenen Verkehrsadern und die Konfessionen zu berücksichtigen hat, liegt nicht süd-

Digitized by Google

lich, sondern nördlich von Breslau, schließt wesentlich nur die Lausitz und das Waldenburger Revier aus. Die Lausitz aber, die heute über die Provinzen Schlesien und Brandenburg und über das „Land" Sachsen verteilt ist, bildet eine natürliche Einheit für sich, freilich so lange unvollkommen, als nicht das Reichenberger Land einbezogen werden darf. Das westlich hiervon gelegene Industriegebiet, von einem gleichartigen Wirtschaftsrhythmus durchpulst, ist heute ganz willkürlich, kurz hinter der Gemeinde Leipzig durchschnitten. In Gemeinschaft mit Halle und Altenburg findet erst Leipzig eine natürliche Umfriedung. Zusammengenommen mit dem Erfurter und Magdeburger Gebiet würde das alte deutsche Kernland, Obersachsen, neu entstehen. Liegen für diesen Teil Deutschlands gegenüber dem Wunsch zur Vereinheitlichung praktisch vielleicht schwer überwindbare Schwierigkeiten im Wege, kann nach der an sich begrüßenswerten Vereinheitlichung Thüringens und der Sonderstellung Magdeburgs vielleicht ein Obersachsen nur unter starken Kompromissen gebildet werden, so läßt sich hingegen für das heute wichtigere Industriegebiet an der Wupper und Ruhr die Einheit durch einen Federstrich vollziehen. Es ist unbegreiflich, daß man nicht längst mit der abderitischen Umständlichkeit aufgeräumt hat, das Gebiet teils von Koblenz und Köln und Düsseldorf, teils von Münster und Arnsberg aus verwalten zu lassen und zugleich, auch wenn es sich nicht um hochpolitische Dinge handelt, die Zentrale in Berlin anzurufen. Es hat viel Verlockendes, das ganze mittel- und niederrheinische Gebiet in breiten Ausmaßen bis zum Dollart in eine Einheit zu fassen. Die rheinischen Sondlerbündler sollte man nicht immer gleich als Hochverräter brandmarken, auch in den verbotenen Büchern eines Herrn Dorten sind recht vernünftige Gedanken niedergelegt. Das Gebiet würde einen in sich selbst lebensfähigen Wirtschaftskomplex in sich schließen. Aber es muß doch beachtet werden, daß in jeder inneren Autonomie auch ein außenpolitisches Gefahrmoment liegt, das leicht dort effektiv werden kann, wo die Autonomie ein in sich selbst mächtiges Grenzgebiet umfaßt. Deutschland ist zu schwach, um sich Satrapien zu leisten; die Zentralinstanz darf sich keinesfalls entbehrlich machen. Auch würde ein größeres westliches Autonomiegebiet die rechte Berücksichtigung der besetzten Zone wieder erschweren. So ist vielleicht die Grenze am besten beim Südrand des Regierungsbezirks Köln und der Provinz Westfalen, östlich jenseits der Mönetalsperre, nördlich unter Einschluß des Arenberger Gebietes zu ziehen. Das alte Nassau mit Waldeck, Trier, Rheinhessen und Starkenburg und der historischen Pfalz, unter Zerreißung Badens, gäbe eine weitere natürliche Einheit, der sich südlich ein Schwaben aus den ineinander greifenden, durch Kleinbahnen und Landessitten fest verbundenen Teilen des württembergischen und bayerischen Schwabens, des historischen und des südlichen Badens anschlösse, die alte kulturstarke

Digitized by Google

Südwestecke des Reiches, die ohne Straßburg und Mühlhausen und Kolmar mindestens zwar unvollkommen bleibt.

Die Franzosen haben ganz recht, wenn sie eine Völkerwanderung nicht von West nach Ost, sondern von Ost nach West annehmen und fürchten, aber sie sollten sich hüten, ihren Limes gegen die Boches zu weit östlich zu ziehen. Das Deutschtum (nicht das Germanentum, das es gar nicht gibt) kommt doch über die Ost-„Franzosen", und es fragt sich nur, ob es wie die englische Besiedelung Frankreichs an der Kanalküste allmählich oder eruptiv kommt. Sogar die Annexionspläne des Weltkrieges waren, soweit sie den Westen betrafen, nur zeitpolitisch und machtpolitisch dumm, als historisches Theorem berechtigt. Ein französisches Rheinland würde durch die hohe Zahl deutscher Bevölkerung den Ruin des Franzosentums bedeuten, nicht nur die Zerstörung des Deutschen Reiches.

Im schwäbisch-allemannischen Winkel ist eine Berücksichtigung der evangelischen Mehrheit zwischen Stuttgart und Nürnberg gegenüber der katholischen Mehrheit im Südwesten des Gebietes geographisch unmöglich; die Konfessionen stehen sich auch in Baden und Württemberg nur freundlich gegenüber. Ebenso verbietet sich aus wirtschaftlichen Gründen die Angliederung Nürnbergs und Frankens an das schwäbische Gebiet, Franken neigt vielmehr zum Zusammenhang mit dem östlichen Bayern. Süd- und Nordbayern haben nichts zwingend Gemeinsames; aber solange der Böhmerwald mit dem Land um Eger und Saaz nicht angeschlossen werden kann, und hinter Passau und Berchtesgaden, vor Salzburg die Reichsgrenze liegt, muß es wohl dabei bleiben, daß so heterogene Städte wie München und Nürnberg, wie Augsburg und Koburg in einer Provinz des Reiches liegen, zum Schaden der fränkischen Industrie. Nördlich liegt der stille Winkel im Tal der Fulda und Werra, an der oberen Lahn, das Gebiet um Meiningen, Cassel, Marburg, Göttingen, das nach keiner Himmelsrichtung in einem seiner Teile bestimmter tendiert; es kann im Osten nach Obersachsen und Hannover hin geteilt werden; ein selbständiges Hessen, etwa von Gießen bis Meiningen, wäre zwar unschädlich, aber zu klein, und ein größeres Hessen, das die hessisch genannten Teile des früheren Großherzogtums und der preußischen Provinz vereinigte, würde am Rhein und Neckar, wenn es nicht zugleich auch die linken Rheinufer umgreift, eine unnatürliche Grenze in das wirtschaftlich zusammen arbeitende Gebiet um Frankfurt, Mannheim, Ludwigshafen hineinlegen. Erst vom Harz ab breitet sich wieder ein deutsches Land, das seine Verselbständigung fordert, aus natürlicher Sprach- und Stammeseinheit mehr als aus wirtschaftlichen Gründen: das breite Niedersachsen von Braunschweig und Paderborn bis Lüneburg und Emden. Immerhin wäre der Anschluß der Dollartküste an das niederrheinische Gebiet aus verkehrstechnischen Gründen

Digitized by Google

zu erwägen, jedenfalls erwägenswerter als der Zusammenschluß der Bezirke Aurich und Osnabrück mit Oldenburg und Bremen, da dieses Küstenviereck im Süden andere wirtschaftliche Tendenzen zeigt als im Norden. Ebenso würde ein in sich geschlossenes deutsches Küstenland von Emden bis Kiel den natürlichen Zusammenhang von Küstenschiffahrt und industriellem Hinterland zerreißen. Nur der nordöstliche Teil des historischen Niedersachsens, vom westlichen Elbufer bis zur dänischen und mecklenburgischen Grenze, ist wirtschaftspolitisch ausreichend von den angrenzenden Gebieten geschieden, so daß er unter dem Vorantritt Hamburgs eigene Verwaltung rechtfertigt. Pommern (außer dem Kösliner Bezirk) und Mecklenburg, die Altmark und weite Teile des nördlichen Brandenburgs sind ein Land für sich: das agrarische, sprichwörtliche Ostelbien. Das industrielle Stettiner Becken würde bei einer solchen Zusammenfassung nicht zu kurz kommen, da es zugleich den natürlichen Mittelpunkt für die Verwaltung bildet, um so eher, als Mecklenburg das Land ohne eigentliche Hauptstadt ist. Zwischen Ostelbien und Obersachsen liegt Berlin, das nur die Unwissenheit zur Stadt Preußens oder gar Ostelbiens stempelt, die ausgesprochen deutsche Stadt, deren stammpatriotische Charakterlosigkeit ihr Charakter ist. Als der sonst nicht allzu weit blickende Herr v. Puttkammer dem Magistrat Berlin die Eingemeindung derjenigen Vororte antrug, die heute durch Hochbau mit Berlin sichtbar verbunden sind, war es nicht allein Bismarck, der in Verkennung seines eigenen Werkes Groß-Berlin als eine weltstädtische Einheit anzweifelte und spöttisch von Schöneberg als dem Dorf da draußen vor dem Halleschen Tore sprach. Die philiströsen Berliner Stadtväter selbst fanden den Gedanken zu stürmerhaft. Erst als das engere Berlin zur City geworden war, erwachte das weltstädtische Gewissen. Das neue Berlin, wie es die preußische Landesversammlung geschaffen hat, ist in seinen Umrissen verfehlt. Ein Berlin ohne Teltow, ohne den ganzen Teltowkanal, ohne die Berliner Funkenstationen in Nauen und Königswusterhausen, ohne Potsdam insbesondere kann auch verwaltungspolitisch nicht bestehen. So unleidlich der frühere chaotische Zustand war, den in unbegreiflicher Verblendung die rechtsstehenden Parteien aufrecht zu erhalten wünschten, der neue Zustand bedeutet eine Verschlechterung. Ein größeres Berlin im Umkreis des sogenannten Vorortverkehrs und anschließend an die Bezirke der charakteristischerweise längst vereinigten Berliner und Potsdamer Handelskammern ist erst das wirkliche Berlin und würde auf dem Boden des demokratischen Wahlrechts ein gesundes Gleichgewicht der politisch verschieden gerichteten Bevölkerung in seinem Parlament möglich machen. Der mit Sicherheit zu erwartende Niedergang Berlins als Industriestadt und die Abnahme der Bevölkerung, der Berlin wie alle Großstädte infolge der aufs Land zurückweisenden wirtschaftlichen Revolution unterliegen wird, schränken den Raumbedarf

Digitized by Google

Berlins nicht prinzipiell ein. Denn Berlin braucht Ackerboden für sich selbst, zumal, wenn es autonome Provinz oder Bundesbezirk wird, und Berlin ist arg übervölkert. Ein nicht autonomes Berlin zwischen autonomen preußischen Provinzen müßte zusammenbrechen. Berlin muß im deutschen wie in seinem eigenen Interesse völlig entpreußt werden.

Durch solche Neugliederung des Reiches würden sich zwölf bis vierzehn Reichsprovinzen von je drei bis acht Millionen Einwohnern ergeben. Als Vorschlag dürfen genannt werden: 1. Berlin, aus dem jetzigen Berlin mit vollem Einschluß der Kreise Teltow, Ober- und Niederbarnim, Potsdam und, in einem Radius von vierzig Kilometern, mit Teilen der Kreise Ost- und Westhavelland, Zauche und Jüterbog, Beeskow und Lebus; mit etwa fünf Millionen Einwohnern. 2. Preußen, im heutigen Stand der Provinz, mit gegen drei Millionen Einwohnern. 3. Schlesien, aus den Regierungsbezirken Oppeln und Breslau, ohne die Kreise Waldenburg, Schweidnitz (soweit westlich der Peile und Weistritz), Striegau, Steinau, Guhrau, Wohlau; mit etwa vier Millionen Einwohnern. 4. Lausitz, aus dem Rest der preußischen Provinz Schlesien, aus dem südlichen Rest der früheren Provinz Posen, aus dem südöstlichen Teil Brandenburgs, unter Einschluß Frankfurts a. d. O., und der sächsischen Kreishauptmannschaft Bautzen; mit etwa drei Millionen Einwohnern. 5. Obersachsen, aus dem „Lande" Sachsen ohne Bautzen, aus Thüringen, aus Anhalt ohne Ballenstedt, den preußischen Regierungsbezirken Merseburg, Erfurt, sowie den hessennassauischen Enklaven und dem südwestlichen Teile Brandenburgs; mit etwa acht Millionen Einwohnern. 6. Pommern, aus dieser preußischen Provinz, den beiden Mecklenburg, der Altmark, dem Kreise Lüchow, dem nördlichen Teile Brandenburgs und den westlichen Resten der früheren Provinzen Westpreußen und Posen; mit etwa fünf Millionen Einwohnern. 7. Holstein, aus der schleswig-holsteinischen Provinz, Hamburg, Lübeck, Eutin und den preußischen Kreisen Ottendorf, Neuhaus, Freiburg, Horneberg, Jork, Harburg; mit etwa drei Millionen Einwohnern. 8. Niedersachsen, aus der Provinz Hannover ohne den westlich der Hase gelegenen Teil des Regierungsbezirks Osnabrück und ohne die eben genannten Kreise, aus dem Mutterland Oldenburg, Braunschweig, Bremen, den beiden Lippe, Pyrmont, Ballenstedt und den Regierungsbezirken Minden und Magdeburg, doch ohne die Altmark und Lüchow; mit etwa sechs Millionen Einwohnern. 9. Rheinland, aus den Regierungsbezirken Köln, Düsseldorf, Aachen, Münster, Arnsberg und dem westlichen Teile Osnabrücks; mit etwa acht Millionen Einwohnern. 10. Hessen oder Franken, aus dem früheren Großherzogtum, aus der Provinz Hessen-Nassau, Waldeck, dem Kreise Wetzlar, aus der Pfalz, den Regierungsbezirken Koblenz und Trier, Birkenfeld und dem Landesbezirk Mannheim; mit etwa sieben Millionen Einwohnern. 11. Schwaben, aus dem restlichen Baden, aus

Digitized by Google

Württemberg, Hohenzollern und dem nördlichen Teil des bayerischen Bezirkes Schwaben; mit etwa vier Millionen Einwohnern. 12. Bayern, aus dem früheren Königreich ohne den eben genannten Teil Schwabens, ohne die Pfalz, doch unter Beibehaltung Koburgs; mit etwa sechs Millionen Einwohnern.

Wollte man die provinzielle Macht in rein politische Körperschaften legen, so wäre das Ziel unerreichbar. Im Gegenteil, wie die politische Macht der alten Bundesstaaten zugunsten Gesamtdeutschlands schon stark herabgesetzt ist, so muß versucht werden, das politische Element, die Regiererei in den Provinzialbehörden noch mehr einzuschränken. Die ganze Autonomiebewegung ist auch vorzüglich als wirtschaftspolitische und als kulturpolitische Bewegung aufzufassen. Für diese Dinge des öffentlichen Lebens neue Einheiten in „Reichsprovinzen" zu schaffen, ist denn auch das allein reale und vernünftige und erreichbare Ziel. Die Regelung des wirtschaftlichen Versorgungswesens, des Wegbaus, der Wasserversorgung, der Schulfragen, der Arbeitsvermittlung, der Wohnungsbeschaffung, des Flurschutzes, der Polizei gehören unter die Gewalt eines provinziellen Verbandes und Parlaments. Die Lokalisierung der administrativen Kleinbehörden braucht darum an keiner Stelle geändert zu werden, nur die alten Provinzial- und Landesbehörden müssen, in Qualität und Quantität ihrer Zuständigkeit, einer Umgestaltung unterworfen werden. Der Ausgleich der inneren politischen und landschaftlichen Gegensätze, die Rahmenschaffung für das staatliche Leben, das eigentlich Politische überhaupt muß aus den Organen der „Länder" und „Provinzen" herausgehoben und allein der Berliner Zentrale überlassen werden, deren politische Macht das Kennzeichen für die Einheit Deutschlands und die Voraussetzung zu neuer reichsdeutscher Weltgeltung ist.

Um die deutsche Burschenschaft

Von Dr. Herz

Die farbentragenden studentischen Verbindungen haben zur Enttäuschung ihrer alten Herren aus allen Lagern nach dem Kriege genau dort angefangen, wo sie am Tage der Mobilmachung aufgehört hatten. Dadurch werden gerade die wertvollsten Teile der studentischen Jugend abgestoßen. Im allgemeinen ist das nur für die Verbindungen selbst von Belang. Schmerzlich ist es jedoch, daß auch die deutsche Burschenschaft, die einst nicht nur dem studentischen Leben, sondern trotz Verfolgungen aller Art, die noch in die jüngste Vorkriegszeit hineinklangen, der Politik neue Ziele gewiesen hatte, jetzt ganz wie die meisten Professoren und Studenten im reaktionären Fahrwasser mitplätschert. Auf dem großen

Digitized by Google

Berliner Burschenschafterkommers konnte man gerade am Vorabend des Kapp-Putsches hören, wie die Festrede, die sich in nichts von einer byzantinischen Partei-Agitationsrede unterschied, stürmisch bejubelt wurde. Würzburger Burschenschafter hatten sich als solche der Verschwörung des kappistischen Hauptmanns Berchtold angeschlossen, Burschenschafter waren an den Marburger Exzessen beteiligt. Das Wort „Freiheit" hat darüber an seinem Glanz eingebüßt.

Im August d. J. hat der Burschentag zu Eisenach einen Beschluß gefaßt, nach dem für diejenigen, die internationalistische Bestrebungen vertreten, kein Platz in der Burschenschaft sei. Der Beschluß, der sich gegen den unabhängigen Abgeordneten Dr. Breitscheid richtete, ist insofern ein Schlag in Wasser, als den aktiven Burschenschaftern eine Judikatur über alte Herren nicht zusteht; es bleibt als praktisches Ergebnis nur der Eindruck der Ueberheblichkeit junger Leute, die sich anmaßen, über gereifte Männer zu Gericht zu sitzen die sich ihre Anschauungen, mögen sie richtig oder falsch sein, in langer politischer Tätigkeit gebildet haben. Der Beschluß hat aber: wie eine große Anzahl von Burschenschaftern gar nicht leugnet, auch eine Spitze gegen alle die Bestrebungen, die man unter den Worten „Pazifismus" und „Völkerverständigung" zusammenfaßt. Es ist menschlich verständlich, daß sich tagtäglichen Demütigungen der Gegendruck des Chauvinismus und des Nationalismus entgegenstellt, aber es widerspricht dem Geiste der deutschen Burschenschaft, widerstandslos mit dem Strome zu schwimmen, statt den Dingen auf den Grund zu gehen. Die Burschenschaft war deutsch, will deutsch sein und wird deutsch sein, das ist ihre Existenzberechtigung; deutsch sein im besten Sinne war aber stets, sich mit Herder und Goethe auch als Weltbürger fühlen. Das „Vaterland" erfüllt sich nicht in Bekenntnissen zur Machtpolitik, die ja heute oft fragwürdig genug klingen.

Auf der Tagung in Eisenach hat sich die Burschenschaft feierlich zum Rassenantisemitismus bekannt. Damit verleugnet sie ihren Grundgedanken; im Gegensatz zur landsmannschaftlichen Orientierung der Korps alle Jünger der alma mater zu einen und zu umfassen und jeden honorigen Studenten aufzunehmen, der deutsch fühlt. Die Urburschenschaft kannte, soweit sie nicht religiös christlich dachte, den Antisemitismus nicht, sie zählte z. B. Heinrich Heine zu ihren Mitgliedern. Wer objektiv denkt, wird soziologisch den Antisemitismus, wenn auch nicht billigen, so doch erklären können. Ganz abgesehen davon, daß man einen Sündenbock für eigene Schuld, die man nicht erkennt oder nicht einzugestehen wagt, bequem im Juden findet, gibt die Tatsache, daß sich unter den Revolutionären und Bolschewisten viele Israeliten befinden, der jahrhundert alten Antipathie gegen die Juden neue Nahrung. In dem Streben nach Rassereinheit liegt gewiß ein Stück Idealismus; ich begriff es rein gefühlsmäßig, als ich sah, wie in Java ein eingeborenes Mädchen unter Aufsicht eines wohl-

Digitized by Google

beleibten Chinesen dessen Laden fegte. Aber es ist doch im letzten Ende nur ein Idealismus der Oberflächlichen. Ein Italiener wollte einmal an mir den italienischen Typus entdecken, und auf meine Antwort, ich sei reiner Semit, erwiderte er: „Können Sie wissen, was bei der Eroberung Jerusalems passiert ist?" Es gibt nirgends, und in Europa, über das die Stürme der Völkerwanderung, des Dreißigjährigen Krieges und jetzt des Weltkrieges hinweggefegt sind, weniger wie irgendwo reine Rassen. Dabei mag es offenbleiben, ob es überhaupt Rassen gibt oder nur Varietäten einer einzigen Rasse. Es soll über den Wert der Rassentheorie, die der Engländer Chamberlain dem französischen Grafen Gobineau entlehnt und nach Deutschland importiert hat, die aber von Anthropologen wie Luschan und Soziologen wie Ratzel strikt abgelehnt wird, nicht gestritten werden; sie scheint sich bisher zur wahren Wissenschaft zu verhalten, wie die Goldmacherkunst zur Chemie. Wenn man sich aber darauf stützt, daß die Schädelform das Denken bestimmt, wäre es nicht ehrlich oder wenigstens folgerichtig, alle Kurzschädeligen aus der Burschenschaft auszuschließen und, statt zu sagen, ich bin Antisemit, zu bekennen, ich bin Antibrachycephale? Das Seelenleben von der Körperkonstitution abhängig machen, heißt die Willensfreiheit ausschließen und bedeutet, wie es Carrière einmal ausgedrückt hat, die „theoretische Vertierung der Menschheit". Was die Rassentheorie so populär gemacht hat, ist letzten Endes das süße Gift der Selbstschmeichelei, das sie in sich trägt. Es scheint zu berauschen, von sich sagen zu können, ich bin Arier, Germane, und dadurch allein schon vornehmer als die anderen.

Können dafür, daß die Burschenschaft sich unter das Zeichen des Hakenkreuzes gestellt hat, Gründe gefunden werden, so fehlt jede Entschuldigung für die Form, die der Burschentag beliebt hat. In den Satzungen der Burschenschaft heißt es nunmehr, daß sie ihre Mitglieder dahin erziehen solle, daß keins von ihnen „ein jüdisches oder farbiges Weib nehme". Selbst wenn man berücksichtigt, daß dieser Beschluß unter dem Einfluß der österreichischen Burschenschafter gefaßt worden ist, die durch die langen Nationalitätenkämpfe in der Habsburger Monarchie zum Extremsten gedrängt worden sind, zeigt die gewollte Brutalität dieser Formulierung, die es auf Kränkung anderer absieht, auf die Kränkung wehrloser Frauen, auf die Kränkung von Frauen, deren Gatten und Söhne genau wie die der anderen im Weltkriege gelitten hatten, eine Herzensroheit, die mit Grauen erfüllt. Wer den Begriff der Ehre nicht darin sieht, daß man zum Schläger greift, weil man fixiert worden ist, sondern darin, daß man die Ehre anderer achtet, sieht mit Entsetzen, wie hier der Begriff der Ehre preisgegeben wurde.

Die deutsche Studentenschaft stemmt sich in ihrer übergroßen Mehrheit gegen die Neuordnung der Dinge. Daraus entspringt der tragische Konflikt, daß die Männer, die dazu vorgebildet werden, Lehrer und Führer des Volkes zu sein, in einen unüberbrückbaren Gegensatz zur Volksgemeinschaft kommen. Die deutsche Burschenschaft, die als einzige studentische Verbindung eine Geschichte hat, wäre

Digitized by Google

nach ihrer Ueberlieferung berufen gewesen, zu einen statt zu trennen. Sie hat diese ihre historische Mission verkannt und sich damit selbst ausgeschaltet. Sie mag jetzt noch so starken Zulauf finden, sie ist nichts anderes mehr, als eine der vielen farbentragenden Verbindungen, die nur noch atrophische Reste einer überwundenen Periode sind. Trotz des Abweges, in den sie sich verirrt hat, geben wir alten Burschenschafter die Hoffnung nicht auf, daß, wenn die Kriegspsychose einmal überwunden sein wird, die Burschenschaft sich auf sich selbst besinnen und es ihr gelingen wird, der alten schönen Form neuen Inhalt zu geben.

Notizen

Wrangel vor dem Zusammenbruch. De Martel, der französische Vertreter in Sebastopol, hat nach Paris zwei ausführliche Berichte gesandt über die Lage der Armee Wrangels; den einen nach dem Quai d'Orsay, den anderen an Millerand. De Martel bekennt, daß Wrangel das Vertrauen der Bevölkerung nicht für sich hat gewinnen können, und daß er nicht imstande war, bessere wirtschaftliche Verhältnisse als in Sowjetrußland zu schaffen. Der französische Vertreter, der selbst konservative Anschauungen hat, kritisiert scharf die Haltung der unmittelbaren Umgebung des Generals Wrangel, die durch ihre Maßregeln und Lebensweise Unzufriedenheit in der Bevölkerung erregt und einen dem des Generals Denikin ähnlichen Zusammenbruch vorbereitet. Vor allem gibt De Martel zwei Gründe für den bevorstehenden Zusammenbruch des Wrangelschen Unternehmens an:

I.) Der wirtschaftliche Bluff der Wrangelschen Regierung: Zu Propagandazwecken im Auslande hat die Regierung einige Schiffe mit Rohstoffen ausgeführt, was große Unzufriedenheit der ausgehungerten Bevölkerung hervorrief.

II.) Die zweideutige Haltung Wrangels in der Frage der Anerkennung der Unabhängigkeit der Ukraine, deren Folge es war, daß die Kubankosaken und ukrainischen Formationen der Armee Wrangel begonnen haben, die Front zu verlassen und in ihre Dörfer zurückzukehren.

Die Berichte haben, dem „Nouv. Europ." zufolge, den größten Eindruck in allen führenden französischen Kreisen hervorgerufen. Millerand ist entschlossen, Wrangel nur unter der Bedingung zu unterstützen, wenn er ein Regierungsprogramm annimmt, das die Mehrheit der Bevölkerung einen könnte. Der Präsident der französischen Republik hält mehr als je an seinem Plan eines großen russischen Kongresses in Paris fest, an dem Vertreter aller antibolschewistischen Parteien teilnehmen sollen. Das Ziel soll die Schaffung der Basis für eine gemeinsame Aktion gegen die Bolschewisten sein. Es wird versichert, daß die Konferenz schon Anfang Dezember stattfinden wird, und daß die Reise Kerenskys in Beziehungen steht zu den Plänen Millerands. — In diplomatischen französischen Kreisen glaubt man, daß Frankreich, wenn die Konferenz zu einer Uebereinstimmung kommt, in der Lage sein wird, die Bildung eines großen antibolschewistischen Heeres zu finanzieren, daß in der Tschechoslowakei, Rumänien und Polen aus russischen Flüchtlingen zusammengestellt werden soll.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt. Redaktion: Schöneberger Ufer 36a I. Telephon: Nollendorf 928. Für Anzeigen: Werbedienst G. m. b. H., Berlin W 35, Lützowstr. 102/4. Verlag: Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt 15 M. Einzelnummer 1,50 M. Druck von Paß & Garleb G. m. b. H., Berlin W 57, Bülowstraße 66.

Digitized by Google

AUSLANDSPOST

Politik des Auslands, Kultur und Weltwirtschaft
Einzeln 90 Pfg. Erscheint wöchentlich Vierteljährlich 9 M.

Die Aufgabe

UNSERE Wochenzeitung stellt sich eine Aufgabe, die in ihrer Einfachheit und Klarheit ohne weiteres einleuchtet. Sie legt dem deutschen Leser die wichtigsten Äußerungen der ausländischen Presse in wortgetreuer Übersetzung vor — aus einer Masse von Zeitungen aller Länder, die der Einzelne niemals, bei dem jetzigen Stand der Valuta weniger als je, zu verfolgen vermag, und in einer Vollständigkeit der Uebersetzung, die kein anderes Organ in Deutschland liefert.

Aus den eingegangenen Urteilen:

ULRICH RAUSCHER, Ministerialdirektor, Leiter der Nachrichtenabteilung im Auswärtigen Amt, Berlin: „Die Auslandspost wird seit ihrem Erscheinen durch die Lektorate des Auswärtigen Amtes verfolgt. Sie erscheint besonders durch ihre ansprechende Form und die geschickte Zusammenstellung recht geeignet, den Interessenten wichtige Pressestimmen des Auslandes nahe zu bringen."

MAXIMILIAN HARDEN: „Dieses Unternehmen scheint mir ungemein nützlich, scheint mir so nahe dem heute für uns Wichtigsten, daß ich hoffe, auch die Ausgestaltung ins ganz Internationale (also nicht in Deutschland begrenzt) wird sich „von selbst" ergeben. Glückauf!"

Geheimrat Prof. Dr. LUJO BRENTANO: „Ich kann Ihnen nur Beifall spenden. Möge Ihr Unternehmen in jeder Hinsicht gedeihen. Es ist dringend nötig, daß das deutsche Volk über das Ausland besser als bisher orientiert werde."

Man abonniere bei den Buch- und Zeitschriftenhandlungen, bei der Post oder unmittelbar beim Verlag

VERLAG „DER NEUE MERKUR"
MÜNCHEN / THERESIENSTRASSE 12

Digitized by Google

Klassiker der Kunst
in Gesamtausgaben

Von dieser bekannten Sammlung waren die meisten Bände längere Zeit nicht lieferbar. Nunmehr werden wir in

sorgfältigst hergestellten Neudrucken
auf Friedenskunstdruckpapier

zur Ausgabe bringen:

Raffael. Mit 275 Abbildungen. Von G. Gronau M 90,—
Rembrandts Gemälde in 643 Abbildungen.
Von W. R. Valentiner . . . . . M 140.—
Tizian. Mit 284 Abbildungen. Von O. Fischel . M 95.—
Dürer. Mit 473 Abbildungen. Von V. Scherer . M 110.—
Velazquez. Mit 172 Abbildungen. Von W. Gensel M 90.—
Michelangelo. Mit 169 Abb. Von F. Knapp . . M 80.—
Correggio. Mit 196 Abbild. Von G. Gronau . M 75.—
Memling. Mit 197 Abbildungen. Von K. Voll . M 75.—
Holbein d. J. Mit 252 Abbild. Von P. Ganz . M 90.—

Die Bände sind vornehm in Halbleinen gebunden

„Ein jedes dieser Bücher ist für Schule und Haus, für Lehrer und Eltern, Künstler und Laien, kurz für alle Freunde der Kunst eine herrliche Gabe."
(Prof. Dr. Karl Berger in der „Deutschen Zeitung", Berlin.)

Durch alle Buchhandlungen zu beziehen
Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart, Berlin

Digitized by Google

Seminar der Handels-Hochschule Mannheim.

Deutsche Politik

Mannheim
28 NOV

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Inhalt:

Politische Glossen 593
Rohrbach, „Eine große politische Formel" 595
Chlodewig, Von Wilson zu Harding 599
Wasruk, Der oberschlesische Autonomie-Gedanke . . 605
Heuß, Eine lex Wermuth 610
Müller-Jabusch, Politisierung des Pazifismus? . . . 613

Preis vierteljährlich M 15.—, das einzelne Heft M 1,50

5. Jahrgang 19. November 1920 Heft 47

Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart-Berlin

Digitized by Google

Wer auswandern will

versäume nicht, sich zuvor gründlich zu unterrichten.
Dies geschieht am besten durch den Bezug der

Illustrierten Auswanderer-Zeitung

Wir bringen Ihnen jede Woche die neuesten Nachrichten aus allen Einwanderungsländern u. alles Wissenswerte über die dortigen Wirtschaftsverhältnisse u. Aussichten. Preis der Einzelnummer 60 Pf. Vierteljahresabonnement M. 7.80. Zu beziehen durch jede Buchhandlung und Postanstalt oder direkt vom Verlag:

Ausland und Heimat Verlags-Aktiengesellschaft, Stuttgart

„Die Bücherpost"

unterrichtet wöchentlich über Neuerscheinungen des deutschen Buchhandels aus allen Wissensgebieten und der Unterhaltungsliteratur. Einzelnummer 25 Pf., vierteljährlich M. 2.50. Abonnements nimmt jede Poststelle, auch der Briefträger, entgegen. Probenummern sendet die Geschäftsstelle der „Bücherpost", Frankfurt a. M., Niddastr. 74, postfrei und umsonst.

A. WARMUTH · Speditionsgeschäft

Zentrale: BERLIN C 2, Hinter der Garnisonkirche 1a
Fernsprecher: Norden 309, 310, 1642, 4472 u. 4512.
Leipziger Abteilung: Dorotheenstr. 20a. Zentrum 2609.
Versand von Gütern aller Art nach allen Orten der Welt.
Möbeltransport - Lagerung

Deutsche Verlags-Anstalt / Stuttgart / Berlin

Soeben erschienen:

Auguste Supper

Der Weg nach Dingsda

Erzählungen — Gebunden M 16.—

Kleine Erzählungen von Bauern und Arbeitern, von ländlichen Pfarrern und ihren Seelsorgekindern, von Alten und Kranken handelnd, das ist es, was wir in diesem neuen Geschichtenbuch der Verfasserin finden. Aber was sie in den Stoff hineinlegt, was sie aus dem von ihr mit so viel Liebe und so starkem sittlichem Ernst beobachteten Kleinleben herausstellt, das gibt diesen anscheinend so einfachen Geschichten Gehalt und Tiefe. Eine reiche und schöne Gabe für die zahlreichen Verehrer der schwäbischen Dichterin.

Der Abenteuer-Roman

Neuer Band dieser Sammlung:

Herbert Selke

Maria am Gestade

Roman. — Preis gebunden M 20.—

Geheimnisvoll greifen in Leben und Schicksale der unmittelbaren Gegenwart die zerstörenden Elementarkräfte der Natur ein, verkörpert in einer dämonisch anziehenden Frauengestalt und ihren abenteuerlichen Begleitern — ein Abenteuer- und Märchenroman voll unheimlich fesselnder Stimmung.

Durch alle Buchhandlungen zu beziehen

Digitized by Google

5. Jahrgang * 19. November 1920 * Heft 47

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

In Genf tritt der Völkerbund zu seiner ersten Vollversammlung zusammen. Man wird in Deutschland geneigt sein, die Verhandlungen mit einem wesentlich akademischen Interesse zu verfolgen, denn es ist, bei der Haltung Frankreichs, höchst unwahrscheinlich, daß die Frage der deutschen Mitgliedschaft eine Rolle spielen wird. Die Art und Weise, wie der Völkerbund bisher (Eupen-Malmedy!) die deutschen Angelegenheiten behandelt hat, lassen ihn in unseren Augen ja vorderhand nur als Filiale des Obersten Rates erscheinen. Berührt werden wir nur von der Frage, wie Oesterreichs Antrag auf Zulassung erörtert und erledigt werden wird. In Oesterreich wird diese Zulassung unter verschiedenen Gesichtspunkten betrachtet: die einen halten Oesterreichs Teilnahme als eine Erleichterung für den Nachweis der Lebensunfähigkeit des gegenwärtigen Staatengebildes, den andern erscheint sie als ein gewisser Schutz gegen die Verwirklichung des Anschlusses, und sie rechnen damit, daß Frankreich, um dieser Trennung in der völkerrechtlichen Geltung willen, dem Wiener Ansinnen weniger ungünstig gesonnen ist. Freilich müßten diese durch die Praxis der letzten zwei Jahre genügend Enttäuschungen gesammelt haben, um zu wissen, daß sämtliche Hoffnungen auf Paris eine Falschrechnung gewesen. Die Antwort auf Wiens Frage ist nur nach ihrer symptomatischen, nicht nach ihrer tatsächlichen Bedeutung zu bewerten.

*

Der unterirdische Kampf zwischen London und Paris, wer die eigentliche Führung in der Entente habe, geht in Etappen vor sich. Zweifellos war in den Sommermonaten die französische Position die überlegenere, vor allem in Folge des Ausgangs des polnisch-russischen Feldzugs; aber Lloyd George sucht sich gelegentlich von ihr frei zu machen, um

Digitized by Google

so nachdrücklicher, je mehr es ihm gelingt, der inneren Schwierigkeiten Herr zu werden, die parteipolitisch in England größer sind als in Frankreich. Hieraus und aus rein wirtschaftlichen Bedürfnissen erklärt sich Londons Haltung in dem Beschlagnahmeverzicht auf neue deutsche Guthaben, hieraus die relative Anerkennung der deutschen Loyalität, deren Fehlen nachzuweisen der Inhalt der Pariser Politik ist. „Die Franzosen ärgern sich, daß der englische Militarismus mit dem Ende der deutschen Flotte befriedigt erscheint; sie klagen über zu geringes Solidaritätsgefühl. Lloyd George huldigt in Depeschen dem Marschall Foch; aber das Mißtrauen gegen seine Politik der Einfälle kann er aus der Pariser Presse nicht mehr herauskriegen.

*

Auf eine Anfrage von oppositioneller Seite über die Brutalitäten englischer Polizisten in Irland, die als Strafe gegen Ueberfälle ganze Ortschaften vernichten, erklärte Lloyd George offenherzig: „Was wollen sie, es ist Krieg". Das ist in doppelter Beziehung interessant. Erstens gibt der englische Premierminister zu, daß in Irland zwischen den Sinn-Feinern und den englischen Truppen Krieg geführt wird und zweitens wird hier das aus dem Burenkriege sattsam bekannte Niederbrennen von Dörfern als berechtigtes Kriegsmittel anerkannt. Unsre Offiziere, die von der Entente vor Gericht gestellt werden sollen, werden gut tun, sich Lloyd Georges Ausspruch zu merken.

*

Die Zustände in Ungarn nähern sich, was den Terror betrifft, den bolschewistischen nur mit umgekehrten Vorzeichen. Hier sind es zum großen Teil jüdische Kommissare, die den verarmten und verhungerten Bourgeois zu Tode peinigen, dort sind es nationalistische, reaktionäre Offiziere, die Judenprogrome veranstalten. Eines so ekelhaft, wie das andere. Sobald einmal der Boden der demokratischen Gleichberechtigung verlassen ist, greift die durch Weltkrieg und Revolution im Menschen gelockerte Bestie jetzt schnell zu den noch freigiebig herumliegenden Waffen, um sich durch Terror ein bequemes Leben auf Kosten der Gesamtheit zu verschaffen. Endlich sind diese unhaltbaren Zustände im ungarischen Parlament zur Sprache gekommen, und die Regierung hat sich auch dazu aufgerafft, die schlimmsten Räuberquartiere im Zentrum Budapests auszuheben. Ob aber wirklich Ernst mit der Bekämpfung dieses Bandenunwesens gemacht werden wird, ist nach der sehr matten Erklärung des Ministers des Innern im Parlament zum mindesten fraglich.

Digitized by Google

„Eine große politische Formel“

Von Dr. Paul Rohrbach

Das Novemberheft der Zeitschrift „Die deutsche Nation“ bringt, wie schon in unserer vorigen Nummer kurz erwähnt wurde, an der Spitze ihrer Notizen zur Zeitgeschichte ein auffallendes Stück, unter der Ueberschrift „Simons“. Seine wichtigsten Stellen lauten:

Man nörgelt und mäkelt an dem Außenminister. Die einen bemängeln, daß er vorsichtig, tastend, juristisch gesprochen habe, daß es nur des klaren Machtwortes bedurfte, die anderen, daß er zu der Sache Sinowjew-Losowski Dinge hinzugetan hat, die nicht hinzugehören . . . Die Affaire Sinowjew war durchaus nicht klein, kann in ihrer politischen Tragweite Bedeutung haben. Simons hat ihr diese Bedeutung gegeben und sie zur selben Zeit als Sprungbrett benutzt für eine große politische Formel, die er kühn genug war, so offen auszusprechen, wie dies vor ihm noch kein verantwortlicher Staatsmann getan hat.

Deutschland und Rußland gehören zusammen. Man sollte denken, daß eine solche Formel, die ein großes politisches Programm in sich birgt, diesseits und jenseits der deutschen Grenzen die Leute zum Aufhorchen hätte veranlassen müssen — weit entfernt.

Keine einzige deutsche Zeitung, kein Leitartikel, der sich mit diesem kühnen Ausblick des deutschen Außenministers überhaupt ernsthaft beschäftigt hätte . . . Es scheint, als ob die politischen Gehirne bei uns allmählich anfangen zu vertrocknen, oder als ob das Elend des Alltags nicht mehr erlaubt, den Mut oder die Muße zu politischen Ideen zu finden. Und doch war so viel Kühnheit, innere Ueberzeugung und Wahrhaftigkeit in jenem Augenblick in dem politischen Zukunftsbekenntnis des deutschen Außenministers.

Es war zu gleicher Zeit eine besondere Note, die Simons seinen Worten gab. Als er von dem edlen russischen Volk, das soviel leiden mußte und noch leidet, sprach, fühlte jeder Einsichtige, daß dies keine Reverenz vor den Bolschewisten sein sollte, sondern hinweg über Parteiungen und Zersplitterungen Ausdruck geben sollte der politischen Grundeinstellung Deutschlands zu den Ostfragen: Nichteinmischung in die inneren russischen Angelegenheiten aber weites Hand-in-Hand-arbeiten mit dem russischen Volk. Das ist eine Formel, die geeignet ist, uns und Rußland neue Anschauungsmöglichkeiten für gemeinsames Arbeiten zu geben . . . endlich deutsche wahre Eigenpolitik mit dem dauernden Ausblick nach dem Osten.

Es wäre im Augenblick eine der wichtigsten Fragen unserer Politik, zu wissen, ob diese außerordentlich entschiedene Auslassung im Sinne des Ministers des Auswärtigen geschrieben ist, oder ob der Verfasser seinen eigenen Standpunkt zu den Ostfragen in die Behandlung der Rede des Ministers hineinträgt? Wenn das letztere der Fall ist, so glaubt er offenbar, das Sprachrohr der Auffassung des Ministers zu sein, und glaubt weiter, daß der Minister mit seinen Worten über Rußland „eine große politische Formel“ habe prägen wollen: eine Absicht, die leider von keinem Hörer oder Leser nach ihrer ganzen Bedeutung erfaßt sei. Wir müssen es offen lassen, ob Herr Dr. Simons tatsächlich

Digitized by Google

hinter dem Verfasser der Notiz steht, ob wir hier *seine* Auffassung der „endlich deutschen wahren Eigenpolitik mit dem dauernden Ausblick nach dem Osten" haben, oder nicht. Wir nehmen die Worte so, wie sie in der „Deutschen Nation" stehen, und wie sie jedenfalls Geltung für unsere Gesamtpolitik beanspruchen. Was ist dann dazu zu sagen?

Zuerst müssen wir fragen: Was soll mit „Rußland" und mit dem „russischen Volk", von denen hier die Rede ist, gemeint sein? Rußland und russisches Volk mit Randvölkern oder ohne Randvölker? Wenn heute von Rußland gesprochen wird, so meinen die einen das ganze einstige Zarenreich, allenfalls ohne Finnland und Polen. Andere ziehen auch Estland, Lettland, Litauen und den Kaukasus ab. Noch andere endlich sind der Meinung, auch die Ukraine gehöre nicht zu Rußland, und die Ukrainer seien nicht „russisches" sondern „ukrainisches" Volk. Wenn also jemand mit so außerordentlichem Nachdruck eine „russische" Orientierung unserer Politik verlangt, so ist doch das erste, was er sagen muß, woran er bei dem Worte „russisch" denkt. Um bei der ukrainischen Frage, als dem wichtigsten Problem der sogenannten Randstaatenpolitik zu bleiben, so kann man, wenn keine nähere Erläuterung zu dem behaupteten Programm des Außenministers gegeben wird, Herrn Dr. Simons ebensogut zuschreiben, daß er der Unterdrückungs- und gewaltsamen Unifizierungspolitik des Großrussentums gegenüber dem Ukrainertum zustimmt, wie daß er den Begriff „Rußland" auf das wirkliche, das heißt auf das moskowitische Rußland einschränken und mit dem Selbstbestimmungsrecht *aller* einstmals russischen Randvölker auch das der Ukrainer vertreten wird. Beides ist, wie man sieht, eine fundamental verschiedene Politik; beides aber kann aus den Worten des Ministers oder des Verfassers der Notiz in der „Deutschen Nation" herausgelesen werden. Das eine Mal würde die deutsche Politik Hand in Hand mit dem Selbständigkeitswillen der bisher vom moskowitischen Rußland aus unterdrückten, nicht-großrussischen Völker gehen, was zum Beispiel eine deutsch-ukrainische Freundschaftspolitik ergeben würde; das andere Mal würde Deutschland die Ukrainer und alle übrigen Völker, deren Wiederbeherrschung von Moskau aus erstrebt wird, die aber nicht unter Moskau sein wollen, mit allen ihren Kräften gegen sich haben. Wie kann man da von jemandem, der nicht einmal weiß, welch eine Art von Politik in Bezug auf „Rußland" eigentlich gemeint ist, verlangen, daß er die Rede als eine erlösende Offenbarung auffasse!

Leider müssen wir fürchten, daß eben dieses „Entweder-Oder" in der Ostpolitik — freies Selbstbestimmungsrecht der einstmaligen Untertanenvölker Rußlands oder großrussische Zwangsherrschaft über die Hauptmasse von Osteuropa — den deutschen Politikern, die so schreiben wie der Verfechter der Ostpolitik an der zitierten Stelle (wir sagen nicht, daß es die Ost-

Digitized by Google

politik des Ministers ist, weil wir das nicht wissen), ganz und gar nicht klar ist. Das ist im Grunde das Schlimmste, was zu jener Auslassung zu sagen ist, aber es ist leider, wir fürchten es, das Wahrscheinlichste. Es gibt immer noch eine Mehrzahl von deutschen Politikern, die ganz harmlos „Rußland" sagen, und sich nicht klar machen, daß sie damit etwas Aehnliches sagen, wie „Europa" oder „Amerika". Die Meinung ist unausrottbar, daß im Grunde die ganze Länder- und Völkermasse Osteuropas eine Einheit bilde, und daß vor dieser Einheit das Vorzeichen „russisch" stehe. Dem der so denkt, ist nicht zu helfen, aber wenn einer so denkt, und er ist gleichzeitig in der Lage, deutsche Politik zu machen, so wird das eine Politik sein, die eines Tages Deutschland teuer zu stehen kommt. Wir können uns jetzt wirklich nicht den Luxus leisten, den Freiheitswillen großer Völker, ja diese Völker selbst, einfach als nicht vorhanden zu betrachten, weil wir in der Geographie und in der Geschichte, die auf unseren Schulen getrieben wird, nichts von ihnen gelernt haben, und weil wir zu kurzsichtig sind, um zu merken, was in den letzten vier oder fünf Jahren in Osteuropa geschehen ist. Eine deutsche Ostpolitik hat ein gutes und wahres Ziel, aber dies Ziel kann nur heißen: Entscheidung aller osteuropäischen Völkerfragen durch das Selbstbestimmungsrecht dieser Völker. Verneinen wir, um Moskaus willen, das Selbstbestimmungsrecht der osteuropäischen Völker, so geben wir damit unsere stärkste moralische Waffe, die Forderung des Selbstbestimmungsrechts in den Fällen, wo unsere eigene Zukunft davon abhängt, aus der Hand. Wenn jemand die deutsche Politik aus purer Unwissenheit über das, was in Osteuropa ist und was nicht ist, auf Freundschaft mit einem „Rußland" und einem „russischen Volk" festlegen will, von dem er nicht sagt, wo sie liegen, wo sie anfangen und wo sie aufhören, so ist das ein starkes Stück. Wir empfehlen solchen Sachverständigen für Ostpolitik die folgende Notiz über englische Randstaatenpolitik in Osteuropa aus dem Heft 10 der Zeitschrift „Die Ukraine" zur Kenntnisnahme:

Der Londoner Korrespondent der „Victoire" schreibt: „In England wird eine neue Politik gegenüber Rußland eingeschlagen. Die Anerkennung der Sowjets ist hinausgeschoben. Die neue Politik Englands gegenüber Rußlands besteht darin, daß England unter seinem Protektorat unabhängige Republiken am Schwarzen Meer zu bilden beabsichtigt, vor allem Grusinien, welches in London ein „illegitimes Kind Englands" genannt wird. Das Tagesereignis bildet aber die Aenderung der englischen Politik gegenüber der Ukraine. In nächster Zeit wird England, welches nun sieht, daß es von den Bolschewisten betrogen wurde, seine Politik gegenüber Rußland zu ändern versuchen und zwar durch Anerkennung der Unabhängigkeit der Ukraine."

Aus Finanzkreisen von Paris, die sich besonders mit osteuropäischen Fragen befassen, hat man Nachrichten erhalten über die Verhandlungen zwischen England und der Regierung Petljura. Die englische Regierung neigt besonders unter dem Einfluß von Asquith mehr und mehr zu dem notwendigen Gedanken, die Regierung

Digitized by Google

Petljura zu unterstützen, um die Ukraine aus der Anarchie, in der sie sich gegenwärtig befindet, zu retten. Eine englische Mission ist nach Kamenetz-Podolskyj abgereist, um direkte Verhandlungen mit der ukrainischen Regierung aufzunehmen. Lloyd George zeigt sich dem Gedanken einer englisch-ukrainischen Annäherung geneigt, besonders seitdem er Beweise erhalten hat, daß die ukrainische Regierung entschlossen ist, eine ausschließlich ukrainische Politik zu treiben und nicht blindes Werkzeug einer fremden Macht (Deutschland!) zu sein.

Was sollen die Ukrainer denn anderes tun, als sich bei England zu helfen suchen, wenn sie für Deutschland „Russen" sind und bleiben? Jetzt, wo der Bolschewismus sinkt, müssen wir für die Ostfragen eine sichere Grundlage gewinnen. Sie heißt: Das Rußland, das von Peter dem Großen bis auf Nikolai II. bestanden hat, ist vorbei und kommt nicht wieder. Auf dem Raum, den es zuletzt einnahm, lebt eine Anzahl von Völkern, die zusammengenommen dem Großrussentum an Zahl mindestens gleichkommen, und von denen die größten und bedeutendsten nichts mehr von einer russischen Herrschaft wissen wollen, weder von einer zarischen, noch von einer bolschewistischen, noch von einer demokratischen oder einer Bauern- oder einer Militärherrschaft. Der Sturz des alten Rußland und die Unmöglichkeit seiner Wiederaufrichtung sind inmitten der gedrückten deutschen Gegenwart das stärkste zukünftige Aktivum für Deutschland. Nachdem Rußland, das heißt die Beherrschung Osteuropas durch die Großrussen, zerbrochen ist, werden die nichtrussischen Slavenvölker imstande sein, dauernd ihre eigenen Wege zu gehen. Die Einkreisung Deutschlands wird damit für die Zukunft unmöglich. Sie war nur so lange möglich, wie dem französischen-englischen Druck vom Westen ein russischer Druck vom Osten her entsprach. Das ist eine von den unabsehbaren Aenderungen des allgemeinen Weltzustandes, die vom Sturz des Zarismus ausgehen, und wahrscheinlich wird die deutsche Zukunft von hier aus im positiven Sinn auf die Dauer stärker beeinflußt werden, als durch den Verlust des Weltkrieges im negativen.

Mag man versuchen, aus slavischen und sonstigen neuen Gebilden im Osten eine Gruppe fest und feindlich gegen Deutschland gerichteter Staaten zu machen — es wird nicht dauernd gelingen, weil die entgegenstehenden geographischen, wirtschaftlichen und kulturpolitischen Faktoren stärker sind. Die beiden Tatsachen können nicht beseitigt werden: daß die Wohnsitze des deutschen Volks vom Herzen Europas bis an die natürlichen Uebergangsstellen des Weltverkehrs zwischen Mitteleuropa und dem Osten reichen, und daß im ganzen Osten die deutsche Wirtschaft, die deutsche Sprache und die deutsche Kultur unentbehrlich sind. Kein anderer als Keynes hat gesagt, daß man Rußland nicht aufbauen kann ohne die Deutschen, und wir ergänzen das: nicht nur Rußland nicht, sondern ganz Osteuropa nicht. Niemals in Zukunft wird wieder versucht werden können, das gesamte Slaventum von einem beherrschenden russischen Riesenkörper aus gegen Deutschland feindlich zu stellen. Keines der slavischen

Digitized by Google

Völker ist nach der Auflösung Rußlands stark und zahlreich genug, um sich die andern zu unterwerfen. Damit ist von selbst der wirtschaftlich-geistige Einfluß Deutschlands im Osten gegeben. Man kann versuchen, die Deutschen eine Weile auszuschließen; früher oder später wird man sie rufen müssen. Der Slave kommt mit niemandem so leicht zurecht, wie mit dem Deutschen; mit dem Angelsachsen und Romanen kommt er überhaupt nicht zurecht.

Es gibt nur ein Mittel, uns diese große Zukunft in Osteuropa zu verderben, und dieses Mittel heißt: Verbündung mit dem Großrussentum oder Moskowitertum gegen den Selbständigkeitswillen der Randvölker. Von dem Großrussen werden wir keinen Dank deswegen haben, vielmehr werden jene stets die natürlichen Verbündeten der Westmächte zur Erneuerung des Einkreisungsdrucks gegen uns sein, und von den Randvölkern werden wir Abneigung und Mißachtung ernten. Für uns gibt es nur eine vernünftige Ostpolitik, und die heißt nicht: „Deutschland und Rußland gehören zusammen", sondern: „Deutschland und der Freiheitsgedanke der osteuropäischen Völker gehören zusammen". Alles andere ist Dilettantismus, Unwissenheit oder noch Schädlicheres.

Von Wilson zu Harding

Von C. Chlodewig

Weitaus die meisten aller bisherigen Versuche einer Auswertung der amerikanischen Präsidentenwahl für Europa klammern sich an Kampagneworte, klauben aus biographischen Notizen und stellen so ein Entfernungsschätzen dar, bei dem das allein Maß und Anhalt gebende Vorgelände, die Geistesverfassung derer, die führen, und derer, die glauben zu führen, fast gänzlich außer Anschlag bleibt. Aber auch Versuche, diese Räume auf den heutigen Momentwert in die Rechnung zu stellen, werden bestenfalls Quer- und Durchschnitte ergeben müssen. Solche Versuche müssen auf die großen Linien des Symptomatischen eingestellt werden. Symptomatisch, lehrreich in solchem Sinne sind von jeher Hochmögende in der Rolle der Leutseligkeit, so die republikanische „Neu Yorker Tribune", als sie um die Zeit des erbittertsten Wahlkampfes von volkstümlichem Griffel eine jener Karrikaturen brachte, die eindrucksvoller als gelehrte Abhandlungen auf die Pupille der Masse platzen. Und insofern auch die Momentwirkung von langfristigen Voraussetzungen abhängt, ist auch sie doch von weiterem Belang. Die Karikatur: die bekannte Gestalt des Präsidenten Wilson in einem Hundezwinger, ein Fremder — der deutsche Michel als Einbrecher — ein ins Gespensterhafte bastardierter Köter, wird von Wilson losgelassen. „Faß ihn, beiß ihn!" den üblen Knoten, und, um es noch auffälliger zu machen, rast

Digitized by Google

gleich eine ganze Meute mit, „die Vierzehn Punkte". Der deutsche Michel reißt aus in der Richtung auf den Lattenzaun im Hintergrund, jenseits dessen, vor Jubel aus dem Häuschen, die volkstümlichen Typen der heiligen Alliierten dem Ausgang des Schauspiels zuschauen. Soweit Bild Eins, Bild Zwei: Der deutsche Michel hat sich aus der Affäre gezogen, er interessiert nicht mehr, denn der Köter mit seiner 14 Punkte-Meute rast auf die Zuschauer los, ein fürchterlicher Satz noch, und er ist über den Lattenzaun; ein Mordsgeschrei, alles rennt und flüchtet — so war es nicht gemeint.

Eine Karikatur, so abgewogen nicht auf die didaktischen Möglichkeiten, die wir heute so gern sehen möchten, sondern lediglich mit den Wirkungen des Tempos der Veränderung meisterhaft spielend, abgepaßt auf den einen kurzfristigen Effekt. Das verfehlte Mittel, die ungehorsamen 14 Punkte, den selbst zur Karikatur gewordenen Präsidenten. Die „New Yorker Tribune" aber ist über hundertprozentig, sie war das Mundstück der Kriegshetzer, noch ehe je ein U-Boot von sich hatte hören lassen; sie kann es sich leisten, auch einmal die geliebten Verbündeten der heiligen Allianz eines weiteren Endzweckes halber als die Geprellten zu zeichnen. Eine Zeitung, die sich heute noch bitter darüber beklagt, daß das Wilsonregiment die Vereinigten Staaten nur als assoziierte, nicht als alliierte Macht gelten ließ, wird kaum in den Verdacht kommen können, umgefallen zu sein und das Bild vom Kriege neu zeichnen zu wollen. Sie wird nach wie vor die grundsätzlich festgelegten Glaubenssätze durchhalten, daß der Deutsche der Einbrecher, daß der Deutsche die große Gefahr gewesen und daß sich die Vereinigten Staaten einen deutschen Sieg schlechterdings nicht leisten konnten.

Wie das Beispiel dieser Karikatur also, streng genommen, noch nicht einmal ein Schlenker ist, so ist auch das sogenannte Volksgericht über Wilson letzten Endes kein Schlenker, kein Abbiegen von der großen Bahn als solcher, sicherlich kein Einlenken im Prinzip, so wie wir es heute wohl für möglich halten möchten. Es ist richtig, der Ausgang der Wahl bedeutet, daß man den Regierungsapparat Wilson für abgewirtschaftet erklärt hat, es ist richtig, daß die 14 Punkte, die dem großen Meister nicht gehorchen wollten, dabei eine große Rolle gespielt haben, aber das Interesse haftete mehr an dem Nimbus oder Nicht-Nimbus des Staatsoberhauptes als an den 3000 Meilen fernen Wirkungen des mißglückten Experimentes, und viel wirksamer noch als die Abneigung gegen die Person Wilsons war die Energie der republikanischen Partei als Partei, die gegebenen und eklatanten Entgleisungen des demokratischen Regimes auszubeuten und wieder das Heft in die Hand zu bekommen. Es wird heute viel und erstaunlich freimütig in den Vereinigten Staaten kritisiert, aber eine Kritik daran, daß Amerika in den Krieg eintrat,

Digitized by Google

und diesen mit der völligen Niederwerfung Deutschlands entschied, findet sich nicht in einer einzigen hundertprozentigen amerikanischen Zeitung. Ballin hat einmal gesagt, die Amerikaner vergessen schneller als alle andern Völker — ja vielleicht vergessen, aber nicht zurücknehmen, nicht bereuen, wenigstens nicht offen als Nation. Nirgends unter Menschen findet man größere Elastizität im persönlichen Verkehr, aber als Volk sind die Amerikaner rechthaberischer noch als der deutsche Standpünktler. Ihm geht es da wieder um den Nimbus, und das scheint das Entscheidende bei der Beurteilung des jüngsten Vorganges in dem politischen Leben der Union. Während außerhalb Amerikas des Fragens kein Ende ist, was die Wahl Hardings bedeutet, ist man drüben plötzlich erstaunlich gelassen. Der Nimbus ist wieder hergestellt. Die Demokratie hat eine Administration, die als autokratisch verschrien werden konnte, gestürzt. Es ist noch heute nicht klar, an welcher Stelle das Haus zusammenbrach, ob von außen oder wirklich von innen, wieso die allmächtige Presse nicht mehr Stange hielt, wer mächtiger war und ist, die Presse oder die sogenannte öffentliche Meinung. Die Demokratie, der Volkswille hat sich aber statt dessen eine neue Monarchie geschaffen, und die besondere Begabung des Herrn Harding scheint vor allem darin zu liegen, daß er den volkstümlichen Ton getroffen hat, der bei ihm persönlich die monarchischen Instinkte nicht vermuten läßt. Mehr noch als gelassen sieht das Volk als Ganzes auf seinen Krönungsakt, es empfindet, sich wohltuend entspannt. Der Nimbus davon, daß ein großer Mann wieder aus der Mitte des Volkes in das weiße Haus einzieht, wird durch die Launenhaftigkeit der Volksgunst keineswegs verringert. Eines der Hauptargumente der Verfechter des monarchischen Gedankens ist, daß Staatstreue in dem persönlichen Verhältnis zwischen Fürst und Volk seine stärksten menschlichen Wurzeln habe. Die Amerikaner haben seit George Washingtons Tagen aus dem Verhältnis zur Person des Präsidenten der Vereinigten Staaten nichts Geringeres zu machen verstanden, als eine Religion. In den Vorstellungskreis von dem, was man drüben unter Religion versteht, muß, das ist eine fundamentale Forderung, jeder großer Führer irgendwie hineinpassen. Als es noch zu Dutzenden Präsidentschaftskandidaten gab, waren sie allesamt und sonders irgendwie als einer der großen Kirchengemeinschaften zugehörig rubriziert beziehungsweise qualifiziert worden. Ein Atheist, ein Dissident als Präsident eine ganz ausgeschlossene Kandidatur. Hieraus Schlüsse auf besondere theologische Tiefen ziehen zu wollen, wäre ganz müßig; aber es bedeutet auch nicht das, was der schnellfertige emanzipierte Europäer so häufig darin sieht, reine „Heuchelei". Ist das Lebensbedürfnis des Amerikaners vorderhand, den Nimbus, die Illusion aufrechtzuerhalten, so wird er im eben angedeuteten Sinne konservativ die Atmosphäre des Weißen Hauses

Digitized by Google

nach diesen alten Mustern wünschen, und Herr Warren Gamaliel Harding wird diesen stark idealistischen Instinkten seiner Wählerschaft in weitgehendem Maße Rechnung tragen müssen.

Insofern die Wahl Hardings eine Abkehr von europäischen Händeln bedeutet, bei denen, wie die Erfahrung gelehrt, man sich leicht die Finger verbrennen kann, bedeutet sie eine erlösende Rückkehr zu den wohligen Penatenfeuern der heimischen Ideale. Nichts hat so gezündet bei der Masse, als das Programm vom Amerikanismus, dem sich Harding in der Wahlkampagne verschrieben hat. Daß dieser sich nicht lediglich im provinzlerhaften Shop-Krämertum erschöpft, ist völlig klar; aber die großen Finanz- und Handelsinteressen drüben bedürfen doch mehr, als der Europäer glaubt, der Atmosphäre eines zunächst im eigenen engeren Kreise zufriedengestellten Krämergeistes. Es ist der ängstliche oder der Zutrauen besitzende Durchschnittsbürger und Politiker, der zunächst bei der Neuinszenierung des großen Ganzen einen entscheidenden Ton mitzusprechen hat. Dafür ist nun gesorgt. Das Ganze hat eine durchaus volkstümliche Fassade bekommen, stark zunächst auf Kosten derer, die ein schnelles, energisches Eingreifen der politischen Machtfaktoren in die so zerfahrenen europäischen Verhältnisse hoffen. Mit Herrn Harding ist die republikanische Partei der Erlöser geworden, das wesentliche Parteiprogramm ist, Prosperität zu schaffen, Märkte zu eröffnen, die als unerträglich empfundenen Preise für das Minimum von Existenzbedürfnissen möglichst rasch wieder herunterzusetzen. Daß dies nicht ohne eingreifende Aenderungen in der außenpolitischen Haltung der Vereinigten Staaten möglich ist, sehen die Großindustriellen und das kapitalistische Amerika ebenso wie auch schon mit sichtlichem Unbehagen England und Frankreich. Einer nach dem andern von den ganz großen Weisen und relativ Unabhängigen wagt es, auf die wirtschaftlichen Abhängigkeiten unter den Völkern der Erde zu verweisen, ohne daß dabei weiter Unterschiede gemacht werden dürften zwischen bisherigen Feinden und Freunden. In einem Leitartikel schreibt die Newyorker „Times", die sich seinerzeit noch mit Feuereifer für den Londoner Botschafter Davis als Präsidentschaftskandidaten einsetzte, „die Amerikaner werden den Handel mit Rußland aufnehmen, selbst auf die Gefahr, daß ihnen dabei manches unliebsame Bolschewistengeziefer in den Pelz gerät, Herr Harding wird bei all seiner Liebe für die Franzosen die amerikanische Besatzungsarmee abberufen". (Von anderer Seite wird eifrig darauf aufmerksam gemacht, daß diese Besatzungsarmee dem amerikanischen Steuerzahler keinen Pfennig kostet, während bereits ein anscheinend sich berufen fühlender Hamburger Großkaufmann, zurzeit in New York, die Räumung von Koblenz durch die Amerikaner bereits in hohen Tönen preist, wobei er freilich nicht verrät, wer seiner Ansicht nach an Stelle der Amerikaner treten wird.)

Digitized by Google

Es wird manches anders kommen, als es sich die Herrschaften gedacht haben, die ab 1914 die Regie in den Händen hatten; aber sofern wir in Deutschland davon berührt werden sollten, ist zu empfehlen, das nicht etwa auf eine neuentdeckte Liebe zu uns zurückzuführen. Trotz des Abganges der Wilson-Administration sind es im ganzen dieselben Geister, die das eigentliche Machtwort zu sprechen haben. Der besonders in der rechtsstehenden Presse häufig zitierte temperamentvolle George Sylvester Viereck gibt zu dieser Frage eine im Augenblick sicherlich besonders abgewogene Auskunft: „Mr. Harding führt die Neubelebung der Bindestrichler und der alten Rasseninstinkte ausschließlich zurück auf Mr. Wilsons auswärtige Politik. Es gibt aber noch eine näherliegende Ursache: Mr. Harding übersieht die allzu überwiegende Tendenz der Anglo-Amerikaner, auf Amerikaner von anderer als britischer Abstammung als auf Bürger zweiter Garnitur herabzublicken. Infolge der Kontrolle über das Bildungswesen und über die Presse ist britische Propaganda imstande, die Legende aufrechtzuerhalten, daß unser Land ein anglo-sächsisches Land ist. Die Gleichberechtigung, die wir genießen, die Gleichberechtigung, auf die Mr. Harding so kategorisch verweist, existiert nur auf dem Papier. Die herrschende Clique, die rein rassemäßig kaum mehr als 30% der Gesamtbevölkerung darstellt, ist fast ausschließlich „Anglo-Saxon". Sie allein haben den „Patriotismus gepachtet".

Ein Schulbeispiel dieser Klasse ist der Colonel George Haven Putnam. Nach Putnam, dem größten Verleger im amerikanischen Buchhandel, ist der glorreiche Unabhängigkeitskrieg der Neuengland-Kolonien lediglich durch die stupide Tyrannei des deutschen (!) Königs Georg II. verursacht worden; nach Putnam sind die amerikanischen Siege nicht über englische Soldaten, sondern über deutsche Söldner errungen; nach Putnam müßten alle amerikanischen Geschichtsbücher umgeschrieben werden. — Alle Schulen weisen bereits in diesem Sinne korrigierte Geschichtsleitfäden auf.

Putnam und nicht minder fast alle jetzt maßgebend genannten Republikaner mit einer in der Aera Harding erwarteten Rolle im politischen Leben hätte vielleicht ein Gutes ausgerichtet, wären sie 1914 im Besitz der heutigen Macht gewesen, zusammen mit Theodore Roosevelt hätten sie sich schon 1914 offen auf die Seite der Alliierten gestellt. Es wäre dann wohl nie zum Annexions- und Siegprogramm gekommen, man hätte schneller, ohne daß es vor der Welt uns allzu schwer geschadet hätte, die Parole vom frisch-fröhlichen Zweifrontenkrieg umstellen und einen halbwegs passablen Vergleich erreichen können. Heute haben die Republikaner im Volke sogar das Prestige, viel früher die Gefahr des deutschen Gespenstes erkannt zu haben, man wäre mit dem unangenehmen Geschäft viel früher fertig geworden und jetzt vielleicht bereits wieder ganz wo anders.

Digitized by Google

Alles in allem überreicht man diesen Herrschaften einen deutschen Wunschzettel lieber heute noch nicht, und sofern Herr Harding wirklich den Machthabern gegenüber eigene Intentionen durchzusetzen in der Lage sein sollte, tut man wohl besser daran, ihm das nicht dadurch zu erschweren, daß man ihn in den Verdacht prodeutscher Neigungen bringt.

Gleichwohl fragt man sich, wie wird man anknüpfen können? Der Grundton der amerikanischen Frage ist, sind die Deutschen „repentant", bereuen sie ihren Uebergriff und sind sie ehrlich oder ist alles nur Maskerade. Eine wirklich fatale Situation; denn bei aller Selbstzerfleischung ist doch bisher kaum ein Deutscher in der Lage gewesen, für die gesamte Nation ausgerechnet das zu „bereuen", was er bereuen solle, nämlich ein ihm nur durch die raffinierteste Propaganda angedichtetes Verbrechen, das des bewußten Hausfriedensbruches und den ebenso verbrecherischen wie wahnwitzigen Wunsch, die Vereinigten Staaten unter seine militärische Herrschaft zu stellen.

Die Situation ist darum noch schlimmer, weil historische Argumente drüben so gut wie verpönt sind, jedenfalls nie mehr volkstümlich werden können. Unter diesen Umständen hat eine gewisse Presse es auch gar nicht so schwer, gerade von dem unbekehrten Deutschen und dem Deutschen, der nur blufft, immer wieder aufhetzend zu berichten, wozu noch sehr viel andere entstellende und trennende journalistische Arbeit und Bemühung hinzukommt. Auf der anderen Seite wird aber auch deutscherseits in Ungeduld schon heute oft das Unmögliche erwartet, daß ein Volk, das sich immerhin trotz minimaler Opfer als den ausschlaggebenden Sieger empfindet, zumal — so war es seinerzeit unter Herbeiziehung von Argumenten deutscher Herkunft überzeugend bis zum Verstummen aller Kritik glaubhaft gemacht worden — in einem Waffengang der Ideen des Widerstreites der beiden Epithete: „liberal" oder „regimental", sich ohne sichtlichen Zwang zu dem Eingeständnis bequemen soll, daß es betrogen war, daß seiner Söhne Blut, soviel davon überhaupt geflossen ist, einer Wahnvorstellung geopfert wurde. Wie gesagt, es wird kritisiert, es wird analysiert, und dabei ist die beste Kritik die von Vollamerikanern selbst; aber die Großmächte drüben von gestern und heute werden vorläufig noch dafür sorgen, daß der Nimbus bleibe, und wenn Präsident Harding seinem Lande heute Prosperität schaffen muß und die republikanische Partei ihr Wort einlösen will, so werden beide vorderhand grundsätzlichen Erschütterungen des Gesamtbildes schwerlich Vorschub leisten.

Digitized by Google

Der oberschlesische Autonomie-Gedanke.

Von E. Wasruk.

Zu den Kräften und Gegenkräften, die heute in Deutschland miteinander ringen, gehören auch Zentralismus und Föderalismus. Man sollte meinen, daß ein Volk in unserer Lage sich die Freiheit dieser Fragestellung gar nicht erlauben dürfte. Denn ein straffer Zentralismus — er mag auf besondere Stammeseigentümlichkeiten und kulturelle Besonderheiten immerhin einige Rücksicht nehmen — ist für den Wiederaufstieg Deutschlands geradezu eine unerläßliche Vorbedingung. Trotz dieser uns vorgezeichneten Politik wäre es nichts weniger als unpolitisch, wollten wir nun schablonenhaft, in geistlos doktrinärer Prinzipienreiterei uns unbedingt auch im einzelnen auf eine bestimmte Politik festlegen. Wenn auch die großen Linien der Politik durch die allgemeine Lage bestimmt sind, so können die besonderen Verhältnisse Maßnahmen notwendig machen, die denen der allgemeinen Politik entgegengesetzt sind und doch ergriffen werden müssen, wenn das Ganze keinen Schaden erleiden soll.

Auf Oberschlesien angewandt, bedeutet dies: Soll Oberschlesien dem Reiche nicht verlorengehen, dann müssen alle Maßnahmen getroffen werden, welche die besonderen Verhältnisse in Oberschlesien erfordern. Die oberschlesische Frage ist nicht nur eine Frage der inneren, sondern auch eine der äußeren Politik. Der äußeren gebührt aber — nach Ranke — der Primat über die innere Politik. Es war daher berechtigt, wenn sich unsere verantwortlichen Politiker trotz aller innerpolitischen Bedenken entschlossen, der Provinz Oberschlesien durch ein besonderes Gesetz die bundesstaatliche Autonomie zu gewähren, sobald nach der Abstimmung sich das oberschlesische Volk für die bundesstaatliche Autonomie entscheiden würde. So sehr man diesen Entschluß begrüßen muß, so sehr ist es zu bedauern, daß er nicht schon früher gefaßt wurde. Denn die politische Lage erforderte ihn nicht erst heut und gestern. Schon als am 9. November 1918 mit dem alten Staat auch das hakatistische System zusammenbrach und es immer offenbarer wurde, daß über das Schicksal Oberschlesiens das Volk selbst zu entscheiden haben würde, war vorauszusehen, daß die Polen nun alle Sünden des hakatistischen Systems, die möglichen und die unmöglichen, die wahren und die erfundenen, benutzen würden, um sie den polnischsprechenden Oberschlesiern tagtäglich als einzige politische Nahrung vorzusetzen. Schon damals war deutlich, daß uns dagegen nur eine Möglichkeit blieb: eine große, in die Augen springende, jedem Zweifel und jedem Mißtrauen entrückte politische Tat, eine Tat, bei der alle, die Gutwilligen sowohl wie die Böswilligen, ob sie wollten oder nicht wollten, zugeben mußten, daß es mit dem hakatistischen System vorbei sei. Diese Tat konnte und kann nur die bundesstaatliche Autonomie sein.

Digitized by Google

Es ist nur zu klar: in der Revolution allein sieht der einfache Mann aus dem Volke keine genügende Gewähr, daß der Hakatismus begraben sei. Er kann, da ihm der Ueberblick über die politische Lage abgeht, es nicht einsehen, weshalb nicht auch die neue Regierung in „ruhigeren" Zeiten zu diesem System zurückkehren würde. Er fürchtet auch, daß die neue Regierung nicht von langer Dauer sein könnte. Ganz anders aber liegt die Sache bei Gewährung der bundesstaatlichen Autonomie. Dem stark sinnlich eingestellten einfachen Volke leuchtet es. ohne weiteres ein, daß, „wenn wir ein selbständiger Bundesstaat würden, einen eigenen Landtag und ein eigenes Ministerium bekämen, die Beamten nicht mehr von Berlin aus ernannt und versetzt werden würden, daß dann der ‚Hakatismus' wirklich tot wäre".

Welche Bedeutung dem Autonomiegedanken für eine erfolgreiche Politik in Oberschlesien beizumessen ist, trat am deutlichsten in jenen Tagen in Erscheinung, in denen er das erstemal in Oberschlesien auftauchte. Schien er doch auf der einen Seite der beste Schutz gegen das drohende Gespenst des nimmersatten polnischen Imperialismus zu sein, insbesondere, da es nur allzu sehr bekannt war, wie schwer es selbst polnisch gesinnten Oberschlesiern fiel, sich für eine Vereinigung mit dem verwahrlosten Kongreßpolen zu entscheiden; auf der anderen Seite aber erschien es als die beste Garantie für eine wirklich gerechte, paritätische Politik. Das Wort „Oberschlesien den Oberschlesiern!" wurde zum geflügelten Wort. *Ein bis dahin* nicht gekanntes Selbstbewußtsein bemächtigte sich der Oberschlesier, jenes Volkes, das bisher gewöhnt war, von den Brüdern im Reich als nicht ganz ebenbürtig angesehen zu werden. Der beste Beweis aber für die Macht des Autonomiegedankens ist wohl darin zu erblicken, daß die Polen es bisher nicht wagten, gegen ihn anzukämpfen. Als Politiker, die während ihrer langen staatenlosen Zeit nur auf Ideenpolitik angewiesen waren und die deshalb die Wirkung einer im Volke lebenden Idee wohl zu schätzen wissen, haben sie vielmehr dem oberschlesischen Autonomiegedanken in ihrer Verfassung vom 15. Juli 1920 weitgehende Konzessionen gemacht.

Angesichts dieser Sachlage braucht es wohl kaum noch gesagt zu werden, daß es für die deutschen Interessen in Oberschlesien bedeutend förderlicher gewesen wäre, wenn die deutsche Regierung früher, vor allem nicht erst *nach* der polnischen Regierung mit Taten hervorgetreten wäre, besonders, wenn man noch einen anderen Umstand berücksichtigt: die Propaganda. Welche Rolle eine geschickt geleitete Propaganda in unserer heutigen demokratischen Zeit spielen kann, darüber braucht man an dieser Stelle wohl kaum ein Wort zu verlieren. Aber nun vergegenwärtige man sich: in Oberschlesien stehen die in der Propaganda so unerfahrenen Deutschen den seit Jahrzehnten ganz auf Propaganda eingestellten Polen gegenüber. Schon dies hätte maßgebend sein müssen, die deutsche Propaganda durch

Digitized by Google

staatspolitische Aktionen zu unterstützen. Was kann schließlich auch eine noch so gut geleitete Propaganda ausrichten, wenn ihr entgegengehalten wird: Gebt eine Garantie für eure schönen Worte in der bundesstaatlichen Autonomie, diese Garantie aber verweigert wird. Bis zum Beginn der Besetzung Oberschlesiens durch die Alliierten hatten die Deutschen die Macht in Oberschlesien. Das setzte die Polen in die glückliche Lage, die unmöglichsten Versprechungen zu machen, immer mit dem Hinweis: Sorgt dafür, daß Oberschlesien an Polen kommt. Wir werden dann unsere Versprechungen sofort erfüllen. Die Deutschen meinen es mit ihren Versprechungen nicht ehrlich, sonst würden sie sie sofort erfüllen; sie haben ja jetzt die Macht.

Anderes trat hinzu: vor dem Kriege war der größte Teil der deutschen Oberschicht in Oberschlesien der Ansicht, ohne polnische Sprache auskommen zu können. Als nun nach dem Kriege die Propaganda einsetzte, rächte sich das bitter. Wer es miterlebt hat, wie in einer deutschen Propagandaversammlung der deutsche Redner von polnischsprechenden Oberschlesiern aufgefordert wurde, polnisch zu reden, nach einem Versuch von drei, vier polnischen Wörtern wieder zum Deutschen zurückkehren mußte, der begreift, welchen Schaden diese Unfähigkeit eintrug. Und Leute, die mit dem Vorwurf des Hakatismus behaftet waren, konnten in der deutschen Propaganda in führender Stellung tätig sein!

Man kann danach wirklich nicht sagen, daß es die Deutschen den Polen sonderlich schwer gemacht haben. So ist es der raffiniert und rücksichtslos mit allen nur erdenklichen Mitteln arbeitenden polnischen Propaganda gelungen, einen nicht unerheblichen Teil der polnischsprechenden Bevölkerung trotz der trostlosen Zustände in Polen für den Anschluß an dieses Land zu gewinnen. Wenn man nun einen von diesen Leuten fragt, weshalb sie für Polen sind, dann kann man die unglaublichsten Gründe zu hören bekommen, nur nicht den einen, daß sie nach Polen wollten, weil sie Polen seien. Das ist es eben: einen polnischen Nationalismus gibt es in Oberschlesien nicht*). Es wäre wohl mit einer ähnlich raffiniert arbeitenden Propaganda ebensogut möglich gewesen, sie für den Anschluß an China oder irgendeinen andern ihnen vollständig fremden Staat zu gewinnen.

Bis zum Einsetzen der polnischen Propaganda dachte kein Oberschlesier an einen Anschluß an Polen. Eine deutliche Mißstimmung gegen der Krieg, die Teuerung, die Lebensmittelnot, besonders gegen Wucher und Schiebertum, die in dem oberschlesischen Grenzlande von jeher mehr als irgendwo blühten, war wohl vorhanden. Aber diese Mißstimmung richtete sich nicht gegen das Deutschtum als solches, was besonders daraus hervorging, daß man im Gegensatz zu

*) Vgl. auch meinen Aufsatz in Nr. 43. der D. P.

Digitized by Google

Posen nur deutschgesinnte Vertreter in die Arbeiter- und Soldatenräte wählte. Erst als die polnische Hetze einsetzte, als sie die vorhandene Mißstimmung benutzte und ihre Spitze gegen Deutschland richtete, erst dann konnte man eine merkliche Aenderung in der Gesinnung der polnischsprechenden Masse wahrnehmen, die dann auch bald darin ihren Ausdruck fand, daß man an vielen Orten polnische Nachwahlen für die Arbeiter- und Soldatenräte forderte. Katastrophal haben auch, das muß immer wieder betont werden, die Experimentiererlasse Adolf Hoffmanns gewirkt.

Es ist also irrig, wenn man von einem „polnischen Nationalismus" in Oberschlesien spricht. Diejenigen, die sich heut mit ihrem polnischen Nationalismus brüsten, sind bis auf einen verschwindend geringen Teil Leute, die erst vor ganz kurzer Zeit entdeckten, daß sie Polen seien, die mitunter (man sollte es kaum für möglich halten) einst stramme Hakatisten waren und nun unter dem Einfluß lockender polnischer Gelder und der Aussicht auf ein Pöstchen im polnischen Oberschlesien plötzlich merkten, daß sie früher im „Irrtum" waren, als sie annahmen, sie seien Deutsche.

Nach dem Gesagten wird man begreifen, wie gerade unsere Propaganda das Autonomiegesetz notwendig machte, und daß der in der rechtsstehenden Presse wiederholte Einwand, man solle durch eine geschickte Propaganda das Autonomiegesetz überflüssig machen, als Grund gegen das Gesetz gegenwärtig gar nicht mehr in Frage kommt. Damit soll nun keinesfalls gesagt sein, daß eine deutsche Propaganda in Oberschlesien nichts mehr zu leisten habe. Es wird im Gegenteil gerade die Wirkung des Autonomiegesetzes zum guten Teil davon abhängen, was die deutsche Propaganda mit ihm wird anzufangen wissen. Gerade nach einer für Deutschland glücklichen Abstimmung wird die deutsche Propaganda noch wichtige Aufgaben in Oberschlesien zu erfüllen haben; denn es ist kaum anzunehmen, daß die Polen ihre Wühlarbeit nach der Abstimmung aufgeben werden. Es wäre daher nur gerechtfertigt, wenn man sich bereits heut darauf einstellte, und die deutsche Propaganda einer gründlichen Reorganisation unterwürfe.

Wenn man weiter darauf hinweisen zu müssen glaubt, daß die deutschgesinnte Bevölkerung Oberschlesiens von einer Siegeszuversicht und einer Abstimmungsfreudigkeit beseelt sei, die allein schon den Sieg verbürgen und das Autonomiegesetz überflüssig machen und daß durch dieses Autonomiegesetz die Einigkeit gestört werde, so muß dem entgegengehalten werden, daß jener Optimismus für alle diejenigen, die ihre Pflicht in der Stimmabgabe und anderen selbstverständlichen Gesinnungsäußerungen erfüllt sehen, wohl am Platze ist, daß es aber für jeden, der über diesen Pflichtkreis des Durchschnittstypus hinaus sich für das Schicksal des Landes mit verantwortlich fühlt, der im Gewühl der Dinge und Geschehnisse Abstand zu ge-

Digitized by Google

winnen weiß und zu einem unbefangenen Urteil fähig ist, geradezu sträfliche Fahrlässigkeit wäre, wollte er sich einem ähnlichen Optimismus hingeben. Daß unsere Reichsregierung einen solchen Standpunkt nicht teilen kann, ist selbstverständlich. Was aber das andere Argument betrifft, so kann es nicht deutlich genug gesagt werden, daß derjenige Deutsche, der sich durch dieses aus nationaler Not geborene Gesetz in seiner Abstimmungsfreudigkeit beeinflussen ließe, nicht verdiente, ein Deutscher genannt zu werden. Man sollte doch endlich erkannt haben, daß man seiner Heimat und seinem Vaterlande heut am besten dadurch dient, daß man sich von jeglichen Vorurteilen frei macht.

Wenn man die Ausführungen des Grafen Westarp im Reichstage liest, ist man versucht, auch ihn daran zu erinnern. Was er über das oberschlesische Problem zu sagen wußte, wäre richtig, wenn die oberschlesische Bevölkerung nur aus seinen Parteianhängern bestehen würde. Seine Partei macht aber nur einen recht kleinen Bruchteil der oberschlesischen Bevölkerung aus.

Im übrigen glaube man nicht, daß es den deutschen Interessen in Oberschlesien schädlich sei, wenn die Rechte in scharfer Opposition zu dem Autonomiegesetz steht. Im Gegenteil, je schärfer diese Opposition ist, je deutlicher es zutage tritt, daß die Regierung in ausgesprochenem Gegensatz zu jener Partei steht, die früher das hakatistische System stützte, desto günstiger ist die Wirkung auf den polnischsprechenden Teil der oberschlesischen Bevölkerung. Graf Westarp hat also auch so, allerdings in einem anderen Sinne, als er anzunehmen geneigt sein wird, der deutschen Sache gedient.

Zum Schluß sei noch auf eins hingewiesen. Man hüte sich, die bundesstaatliche Autonomie als ein Allheilmittel für Oberschlesien anzusehen, man glaube nicht, der gordische Knoten der oberschlesischen Frage werde durch sie mit einem Male gelöst. Sie ist vielmehr ein Wagnis, das zur Lösung führen, das aber auch verhängnisvolle Folgen zeitigen kann, je nachdem, mit welchem Geschick oder Ungeschick die deutsche Politik sowohl in Oberschlesien als im Reich in den nächsten Jahren geführt werden wird.

Daß das Autonomiegesetz aber — trotzdem es so spät kommt — für die Abstimmung (und diese ist doch vorderhand das wichtigste) doch noch von nicht zu unterschätzender Bedeutung sein wird, daß viele, besonders von der ruhiger und besonnener urteilenden Landbevölkerung, dadurch für Deutschland gewonnen werden, kann man mit ziemlicher Sicherheit annehmen. Das haben uns auch bereits die Polen bestätigt, indem sie in ihrer Presse die loyale Durchführung des Gesetzes in Zweifel ziehen und so seine Wirkung möglichst abzuschwächen suchen. Nicht vergessen darf man,

Digitized by Google

daß durch dieses Gesetz auch der Bewegung für einen unabhängigen Freistaat endlich das Wasser abgegraben wird. So können wir denn hoffen, daß, wenn vor allem auch die Verbände der heimattreuen Oberschlesier im Reich ihre Pflicht tun, uns Oberschlesien erhalten bleibt.

Eine lex Wermuth

Von Dr. Theodor Heuß

Der Streik der Berliner Elektrizitätsarbeiter ist, für sich genommen, einer besonderen Betrachtung nicht wert, ein Glied in der Kette jener Lohnbewegungen, die, das eine Mal wirtschaftlich begründet, das andere Mal wirtschaftlich maskiert, an der sozialen und politischen Gesundung Deutschlands zerren. Dumm in seiner Anlage und rein demagogisch in seiner Führung, mußte er zum Mißerfolg verurteilt sein. Die Unbequemlichkeiten waren zu ertragen; es hat sich in Berlin jetzt eine Form von schimpfendem Humor herausgebildet, der mit weiten Wegen, engem Gedränge, kümmerlicher Beleuchtung fertig wird. Eine „Einschüchterung" blieb aus. Getroffen wurde wesentlich nur die Masse der Arbeiter, deren Leistung von elektrischer Kraft abhängig ist, und der nicht sehr große Teil der Industrie, der starke Beschäftigung hat.

Aber um diesen Lohnkampf einer kleinen Gruppe von Gemeindearbeitern, die durch ihre zentrale Stellung sich als Stoßtrupp berufen fühlten, das ganze künstliche Besoldungssystem von Groß-Berlin zu sprengen und damit neue Wirrnis einzuleiten, gruppierten sich sehr bald eine Anzahl nicht unwesentlicher sozialer und politischer Probleme. Die innere Zerfahrenheit der deutschen Arbeiterbewegung, neulich in der württembergischen Kraftprobe dokumentiert, setzt ihre Chronik mit Fleiß und Eifer fort. Zwar ist die Berliner Gewerkschaftszentrale in ihrer Gesamthaltung eine ziemlich zweideutige Veranstaltung geworden, weil die Stelle, um die der politische Machtkampf geführt wird; aber die oberen Instanzen der Gewerkschaften mußten diese wilde Ueberrumpelung zwischen Abend und Morgen als unerhörten Disziplinbruch empfinden, dessen Duldung einen verhängnisvollen Präzedenzfall geschaffen hätte. Mit ihnen pflegt sich die Taktik der Mehrheitssozialisten zu identifizieren; aber jetzt sah sich auch schon die Gruppe der Rechtsunabhängigen in die Lage gedrängt, väterlich-beschwichtigend aufzutreten, und selbst die „Rote Fahne" war nicht hemmungslos entschlossen, ihr Tuch in der Richtung der Wünsche der Streikenden wehen zu lassen; denn die „Syndikalisten", die „Arbeiterunion", die „K. A. P. D." behandelten diesen Streik als ihre Angelegenheit und wollten ihn mit Wort und Gewalt, freilich völlig ergebnislos, zum Generalausstand weitertreiben. Der proletarische Hexensabbath war

Digitized by Google

vollkommen, da keine der Gruppen in ihrer Taktik sich fest fühlte und zwischendurch die Erinnerung der russischen und der deutschen Revolution, teils mit Triumph, teils mit Anklage gefeiert werden mußte, also ein Phrasenschwall über das nüchtern gleichgültige Berlin ausgegossen.

Die Kommunisten haben sich in einigem über den traditionellen deutschen Sozialisten hinaus entwickelt, in einem aber hegen sie sein Erbe, in dem fast sportlichen Bedürfnis, jede Situation theoretisch zu formulieren. Das besorgt der derzeitige Kommunistenführer P. Levi in der „Roten Fahne" mit folgenden Feststellungen:

Jeder revolutionäre Kampf spitzt sich heute mehr und mehr zu nicht zu einem Kampf gegen die Bourgeoisie im gewöhnlichen Sinne des Wortes, sondern gegen die Schergen der Bourgeoisie im Lager des Proletariats. Daß dem so ist daß die Differenzierung aller politischen Begriffe schon so weit vorgeschritten ist, daß sie uns erlaubt, die proletarischen Scharen gegen diese Agenten des Kapitals im Lager des Proletariats zu führen, ist ein Zeichen der Vorgeschrittenheit der revolutionären Kämpfe in Deutschland überhaupt. Den bisher besten Anschauungsunterricht für diese These geliefert zu haben, das ist die einzige, aber nicht geringe Frucht des Streiks der Elektriker in Berlin.

Auf Deutsch heißt das: die „Differenzierung aller politischen Begriffe", die Selbstauflösung der proletarischen Solidarität, ist ein Zeichen, daß die revolutionäre Kraft wächst. Lassen wir es bei dieser Konstatierung, mit der ihr Verfasser den Tatbestand verdunkelt, daß wohl die dialektische Leidenschaft der Führer wächst, aber über den Massen der Druck der Enttäuschung und Resignation liegt, der sie dumpf macht und von der politischen Aktivität wegtreibt. Die Streikwoche, die hinter uns liegt, zeigte dies wenigstens, daß selbst in Berlin die Arbeiter müde geworden sind, durch das Stichwort der Solidarität ihre bare Lebensexistenz leichtfertig gefährden zu lassen.

Wichtiger als die Beurteilung des Streiks innerhalb der sozialistischen Gruppen ist aber das andere: die Haltung der öffentlichen Gewalten. Der preußische Minister des Innern war von vornherein sehr entschlossen, der Gefährdung des zentralen Wirtschaftslebens entgegenzutreten, aber vorderhand nur mit Worten, und der Berliner Oberbürgermeister vermochte ihn, auch auf sein Programm, mit der „Technischen Nothilfe" die stillgelegten Werke betreiben zu lassen, zu verzichten. Weil die Arbeiter ja selber bereit seien, die Notstandsarbeiten zu verrichten. Also holte man die Nothilfe heraus, und die Notstandsarbeiten wurden verrichtet, und es geschah weiter nichts. Der Berliner Magistrat und die Streikenden verhandelten und einigten sich nicht. Was sollte geschehen? Das preußische Ministerium sah sich die Sache an und fand sie nicht sehr schön, aber stürzte sich weiter in keine Unkosten.

Da griff das Reichskabinett durch eine Verordnung des Reichspräsidenten ein, die dem Reichsminister des Innern mit sofortiger Wirkung das Recht gab, für die Arbeit in lebenswichtigen Betrieben, auf Kosten des

Digitized by Google

Unternehmers, mit allen Mitteln die notwendigen Arbeiten vornehmen zu lassen. Das wirkte. Der Berliner Magistrat wurde mutig und kündigte ein Ultimatum an die Streikenden an. Und die Arbeit wurde wieder aufgenommen.

Um die Person des Dr. Wermuth verkämpfen sich die Berliner Zeitungen. Die Sozialisten loben ihn wegen seiner klugen, aufrechten und abwartenden Haltung; sie lassen es nicht gelten, daß er, ein Mann mit „wilhelminischer" Vorbelastung, seine Taktik einer opportunistischen Weichheit unterordne. Die übrige Presse ist sich darüber ziemlich einig, daß er, von den Unabhängigen erkoren, durch den Mangel an entschlossenem Ernst in der Zurückweisung radikaler Vergewaltigung die Zuspitzung der Situation wesentlich verschuldet habe. Aber das soll uns nicht weiter beschäftigen.

Das Grundsätzliche aber liegt darin, daß das Reich in die Fragen der gemeindlichen Selbstverwaltung und der staatlichen Aufsicht eingreift. Die Verordnung des Reichspräsidenten enthält verschiedene Elemente, die einer gesetzlichen Klärung und Regelung bedürftig sind; sie nimmt z. T. vorweg, was durch das lange geforderte und sehr notwendige Gesetz über Schlichtung und Schiedsspruch endgültig bestimmt werden soll. Ob in diesem ein „Streikverbot" für lebenswichtige Betriebe überhaupt erreicht werden soll oder kann, erscheint fraglich; denn auch mit einem „Verbot" kann ja tatsächliches Streiken nicht verhindert werden. Die gegenwärtige Verordnung will wenigstens eine Norm gegen jähen Streiküberfall schaffen. Von einschneidender Bedeutung aber ist der zweite Paragraph:

Werden durch Aussperrung oder Arbeitsniederlegung Betriebe der genannten Art (Gas, Wasser, Elektrizität) ganz oder teilweise stillgelegt, so ist der Reichsminister des Innern berechtigt, Notstandsarbeiten und Notstandsversorgung zu sichern, sowie alle Verwaltungsmaßnahmen zu treffen, die zur Versorgung der Bevölkerung oder zur Weiterführung des Betriebes geeignet sind. Hierzu gehört auch die Herbeiführung der Befriedigung berechtigter Ansprüche der Arbeitnehmer. Die durch derartige Anordnungen entstehenden Kosten fallen dem Betriebsunternehmer zur Last.

Dies ist eine lex Wermuth. Sie gilt, solange die Verordnung nicht aufgehoben ist, für das ganze Reich, aber sie basiert auf der Berliner Situation. Sie hält sich außerhalb der Diskussion über das Streikrecht, aber sie stellt einen neuen Verwaltungszustand her. Gas, Wasser, Elektrizität — das sind in überwiegendem Maße heute nicht mehr private, sondern städtische oder körperschaftliche Unternehmungen. Das gibt der Fragestellung ihre besondere Beleuchtung.

Berlin hat jetzt einen Magistrat und eine Stadtverordnetenvertretung mit sozialistischen Mehrheiten. Deren Anfänge waren so töricht, daß Berlin allein, wenn es jetzt nicht durch noch einigermaßen solvente Vororte gestärkt würde, einen Bankkredit überhaupt nicht mehr erhalten würde. Die Berliner Sozialdemokratie hat sich im Rathaus je und je

Digitized by Google

von der Gasse einschüchtern lassen und sie wird einen höchst peinlichen Erziehungskurs durchmachen müssen, bis sie gelernt hat, aus Oppositionsforderung in Verwaltungsverantwortung hineinzuwachsen. Auf diesem Weg spricht ihr der Reichspräsident das Mißtrauen aus, daß sie stark und fähig genug sei, das Schicksal der Stadt allein zu führen.

Der Schritt des Reichskabinetts hat eine grundsätzlich weittragende Bedeutung. Zunächst erkennt er an, daß Berliner Vorgänge nicht nur der Lokalchronik angehören, sondern das Reich angehen, ob es sich um den Terror von Kapp oder den Gewaltversuch der neuesten deutschen Berühmtheit Sylt handelt. Dann aber sammelt er beim Reich Verwaltungskompetenzen, die bislang zwischen Staat und Stadt strittig waren. Denn der Reichsminister des Innern, um in Aktion treten zu können, hat keine eigenen Organe, sondern er befiehlt denen des Staates oder der Stadt. Das ist die Situation, die aus der Berliner Streikwoche neues Recht werden ließ.

Einstweilen eine Waffe an der Wand. Es liegt wesentlich an dem Berliner Magistrat, ob er die städtische Selbstverwaltung so durchführen will, daß die Drohung nicht zur Wirklichkeit werde.

Politisierung des Pazifismus?

Von Maximilian Müller-Jabusch

In Braunschweig haben die Vertreter von nicht weniger als zwölf Verbänden von zum Teil recht verschiedener Einstellung den 9. Deutschen Pazifisten-Kongreß abgehalten. Denkt man an die letzte Veranstaltung dieses Namens zurück, so kann man sich eines gewissen Unbehagens nicht erwehren. Man mag es zum Teil auf Kriegspsychose und Nachwirkungen der Revolutionstage zurückführen, aber der Geist, der im vorigen Jahre auf der ähnlichen Berliner Tagung zutage trat, hat in seinen Aeußerungen dem deutschen Volke nichts genützt. Schuldbekenntnisse, wie sie auch aus den Reihen „wurzelechter" Pazifisten hervorgingen und mit mehr Geräusch als nötig in die Welt trompetet wurden, sind letzten Endes die Scheingrundlage für den Frieden von Versailles geworden Kein Zweifel, daß die Verkünder solcher Bekenntnisse, befreit von jahrelangem Druck der Zensur, der schwer auf ihnen gelastet hatte, einem ethischen Bedürfnis ihrer eigenen Brust entsprechen und der deutschen Sache zu dienen glaubten. Kein Zweifel aber auch, daß sie damit in dem günstigsten Moment die Idee des Pazifismus, die niemals besseren Boden fand als nach dem verlorenen Kriege, politisch zunächst einmal vollkommen diskreditiert haben.

Daß trotzdem diese zwölf Verbände sich jetzt bereitgefunden haben, bei der Einberufung des Pazifisten-Kongresses mitzuwirken, darunter durchaus realpolitisch eingestellte, wie die Deutsche Liga für Völkerbund, mag man in erster Linie auf das Thema zurückführen, das im Mittelpunkt der Verhandlungen stand, denn der

Digitized by Google

Kongreß war seinem Thema nach die erste deutsche Tagung zur Frage des Völkerbundes; — hier lag also im Gegenstand schon ein gewisser Zwang zur politischen Einstellung, und nur die enge Bindung daran hat andere Bedenken zurückstellen lassen, und entsprechend war auch die amtliche Einschätzung der Aufgaben des Kongresses, dem der Minister des Auswärtigen durch einen Vertreter klar formulierte Aufgaben zu den politischen Schritten der nächsten Zeit stellte. Nach allen Anzeichen scheint eine Einladung an Deutschland, in den Völkerbund einzutreten, bevorzustehen. Ueber die Bedeutung eines solchen Schrittes sind sich heute vielleicht in Deutschland kleinere Kreise, aber nicht die breiten Massen klar. Das Beste, was man in Braunschweig erwarten konnte, war die Ausgabe einer Losung, die nicht ja oder nein zu lauten brauchte, sondern durchaus Reserven enthalten konnte, der aber die weitaus überwiegende Mehrzahl der Volksgenossen hätte folgen können. Eine Stellungnahme des Kongresses liegt nun vor. Er hat der Hoffnung auf den Sieg des Völkerbundgedankens Ausdruck gegeben. Die Pariser Satzung lehnt er trotz ihrer erheblichen Mängel nicht grundsätzlich ab, erwartet aber die Handhabung ihrer unvollkommenen Bestimmungen im „Geist der auf Gerechtigkeit und Ehre begründeten internationalen Beziehungen". Gleichzeitig betont er die Notwendigkeit, die Satzung selbst zu einer wirksamen Waffe der internationalen Rechtsgemeinschaft auch gegenüber den mit diesen Ideen schlechterdings unvereinbaren Friedensverträgen umzuwandeln und auszugestalten. Im Anschluß an ein Referat des Völkerrechtlers Dr. Wehberg fordert er die Erweiterung der Pariser Akte durch einen Weltschiedsvertrag, durch einen ständigen internationalen Gerichtshof, durch einen unparteiischen obersten Vermittlungsrat und durch ein allen Staaten aufzuerlegendes Verbot der Wehrpflicht und der Herstellung von Kriegswerkzeugen. Was die Frage des Eintritts Deutschlands betrifft, so hofft er, daß die Voraussetzungen derartige sein werden, daß die Einladung zum Eintritt unter internationalen und nationalen Gesichtspunkten angenommen werden kann.

Diese Beschlüsse stellen zweifellos ein Programm dar. Haben sie aber die mitreißende Werbekraft, die im Interesse der Sache notwendig ist? Daß sie diese Kraft nicht haben, liegt in erster Linie an den Begleitvorgängen beim Zustandekommen der Beschlüsse. Die Diskussionen, die sich an die grundlegenden politischen Referate des Kongresses anknüpften, waren von einer solchen Flachheit, und die darin erhobenen Angriffe wurden in einer teilweise so peinlichen Form geführt, daß der Inhalt der Referate vollständig zu kurz kam. Daß die Resolutionen trotzdem gegen nur vier Stimmen angenommen wurden, beweist mehr als alles andere den Mangel der sachlichen Einstellung, der nicht imstande ist, die Person des Vortragenden von der Sache zu abstrahieren, und es war ein bedeutungsvolles Zeichen, daß am letzten Tage einige Jugendliche stürmischen Protest gegen die unpazifistische Art dieses Kampfes der Geister einlegten.

Selbstverständlich konnte der Kongreß an der Frage Eupen-Malmedys, die uns die Unvollkommenheit des gegenwärtigen Völkerbundes eben erst in brennende

Digitized by Google

Erinnerung gebracht hat, nicht vorbeigehen. Wieder gelang es besonnenen Geistern, den Kongreß zu positiver Stellungnahme zu veranlassen, die in diesem Falle gegenüber früheren Stellungnahmen „unentwegter" Pazifisten einen wesentlichen Fortschritt bedeutet. Der Kongreß sieht in der Entscheidung über das Schicksal Eupen-Malmedys eine Verletzung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker und appelliert im Geist des internationalen Pazifismus an die Pazifisten aller, namentlich der vereinigten Länder, sich für die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker mit allen Kräften einzusetzen, zum Schutz insbesondere der nationalen Minderheiten und unterdrückten Völker. Dieser Appell ist bedeutungsvoll. Die Pazifisten der Entente haben wieder und immer wieder in der Schuldfrage an die deutschen Pazifisten appelliert, und diese haben geglaubt, auf den Appell mit Schuldbekenntnissen antworten zu müssen. Jetzt kommt die Probe auf das Exempel, und die Pazifisten jener Länder haben das Wort zur Antwort. Von ihrer Antwort wird es abhängen, ob wir an ihre Ehrlichkeit bei der Forderung des Schuldbekenntnisses glauben sollen, oder ob sie sich dabei zum Werkzeug schnödester Gewaltpolitik haben machen lassen.

Der Kongreß selbst empfand als seinen Höhepunkt das Referat des Grafen Harry Keßler über den Völkerbund als wirtschaftliche Arbeitsgemeinschaft, und der Eindruck, den diese Rede ausübte, war so stark, daß Keßlers Resolution ohne Debatte angenommen wurde. Daß dem Kongreß nachträglich über diese vorbehaltlose Annahme Bedenken gekommen sind, ging daraus hervor, daß die Deutsche Liga für Völkerbund am folgenden Tage eine einschränkende Erklärung zu Protokoll gab. Aber davon abgesehen war es bedauerlich, daß gerade an diesem Thema sich die Geister nicht reiben konnten. Keßlers Ideen, die er seit mehr als einem Jahre vorträgt, sind ja in den Grundzügen bekannt. Er hat sogar in der Presse schon Propheten gefunden. Eine tatsächliche Auseinandersetzung mit ihm ist aber bisher kaum möglich gewesen, da eine schriftliche Fixierung seiner Pläne, von Leitsätzen abgesehen, nicht vorliegt. Eine eingehende wissenschaftliche Kritik wäre, vorausgesetzt, daß die nötigen Fachmänner da waren, auf diesem Kongreß möglich gewesen. Daß dies nicht geschehen ist, sondern daß der Kongreß sich auf seine Leitsätze ohne weiteres festgelegt hat, spricht sicher für die Redegabe des Grafen Keßler. Ob damit der Bewegung für die Weiterentwicklung der Völkerbundidee aber ein tatsächlicher großer Dienst geleistet ist, wird sich erst im Laufe der nächsten Monate erweisen.

In dem Gedränge der Gruppen und Grüppchen, die sich heute für die Idee des Friedens und des Völkerbundes einsetzen, die teils rein ethisch, teils rein politisch orientiert sind und sich zum Ueberfluß auch gelegentlich untereinander bekämpfen, heute zwischen positiven und negativen Kräften zu scheiden, ist ein Ding der Unmöglichkeit. Daß sich unter dem Weizen noch viel Spreu befindet, zeigten manche recht betrüblichen Vorgänge in Braunschweig, so etwa der Vorschlag auf der vorher abgehaltenen Generalversammlung der deutschen Friedensgesellschaft, Professor Fr. W. Foerster zum Kandidaten für die Reichspräsidentschaft

Digitized by Google

zu machen. Man mag Foerster gegenüberstehen, wie man will, und das starke Ethos, das ihn zu seinen Handlungen treibt, durchaus anerkennen — gerade ihn für diesen Posten zu nominieren ist nicht viel klüger, als der Gedanke der ganz Schlauen von der anderen Seite, Hindenburg in die Wahlschlacht zu zerren. Und wer seiner guten Sache dienen will, sollte derartiges vermeiden und nicht künstlich Widerstände schaffen, wo es schon schwer genug hält, alte Widerstände wegzuräumen. Im übrigen kann diese Nominierung nur als Episode bewertet werden, die praktisch keinerlei Konsequenzen hat und von der Presse bisher vollständig überschätzt wurde.

Der Wert der ganzen Tagung liegt in den dort gefaßten Beschlüssen, die eine tatsächliche Stellungnahme zum Gegenwartsproblem ausdrücken. Nur ein Optimist würde behaupten, daß sie einen breiten Baugrund darstellen. Aber es ist doch wenigstens ein Anfang, an den man weiter anknüpfen kann. In Frankreich und England ist der Pazifismus von jeher politisch eingestellt gewesen. Das war seine Stärke, und darum war er dem Heimatvolke wertvoll. In Deutschland ist es heute für den politischen Menschen schwer, sich Pazifist zu nennen, weil er dann zu leicht Gefahr läuft, mit jenen guten Leuten und schlechten Musikanten verwechselt zu werden, die auch in Braunschweig noch gewaltig paukten und trompeteten. Läßt der deutsche Pazifismus — das Wort im weitesten Sinne genommen — sich zu einem politischen Faktor ausgestalten, so kann er gewiß sein, daß auch jetzt noch immer die Anhänger ihm zuströmen werden. Zersplittert er sich in unfruchtbare Zänkerei, so wird auch der wärmste Anhänger der Idee des Völkerbundes und der Politik des Rechts, sofern er politisch eingestellt ist, die Verwechselung mit diesen Friedensfreunden auch weiterhin ablehnen. In Braunschweig war, das läßt sich nicht bestreiten, der Anfang einer Umkehr. Man kann nur hoffen, daß die Führer der Völkerbundbewegung den weiteren Weg richtig zu steuern wissen.

Schluß der Redaktion Freitag mittag
Allen Zusendungen ist Rückporto beizufügen.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt. Redaktion: Schöneberger Ufer 36a I. Telephon: Nollendorf 928. Für Anzeigen: Werbedienst G. m. b. H., Berlin W 35, Lützowstr. 102/4. Verlag: Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt 15 M. Einzelnummer 1,50 M. Druck von Paß & Garleb G. m. b. H., Berlin W 57, Bülowstraße 66.

Digitized by Google

Börsenhandels-Zeitung

Organ für die Interessen der Börse, des Bankwesens, des Handels, der Industrie, des Hypothekenmarktes und des Versicherungswesens

Herausgeber: **Franz Krupke**

Verlag Krupkes Konversations-Lexikon der Börse u. d. Handels

FRANZ KRUPKE & CO. DEPESCHEN-BUREAU

Ständige Börsenkursveröffentlichung. Kalender der Generalversammlungen. Geschäftsaussichten und Dividenden. Unabhängige Beratung in allen Fragen der Kapitalanlage. Fortlaufende Orientierung über alle Vorgänge im täglichen praktischen Wirtschaftsleben. Sachkundige kritische Abhandlungen über Banken und Börse, Volkswirtschaft und Finanzwissenschaft. Zuverlässige Informationen über alle Börsenpapiere. Amtliche Bekanntmachungen des Berliner Börsenvorstandes nach erfolgter Publikation an der Börsentafel. Ständige Devisen-Kurstabelle mit den höchsten, niedrigsten und letzten amtlichen Geld- u. Briefkursen. Reichsbankausweise — Literaturberichte — Briefkasten.

Bezugspreis: vierteljährlich 6 Mark, jährlich 24 Mark, Ausland 30 Mark.

Verlangen Sie Probenummer!

Verlag, Geschäftsstelle und Schriftleitung: Berlin W 15

Kurfürstendamm 48-49 (Fernspr. Amt Stpl. 4409), Zweig-Bureau: In der Börse von 12-2 Uhr.

Wirksamstes Insertions-Organ!

Als Mittler zwischen Herstellung und Verbrauch, zwischen Angebot und Käufer wird immer eine den Zeitverhältnissen angepaßte Werbung nötig sein, wie sie der

Werbedienst

in allen seinen Arbeiten pflegt u. fördert. Erste Künstler, namhafte Fachleute u. durchgebildetes Personal vereinigen sich zu dieser Aufgabe

Eigenes Atelier mit Haus- u. Versuchspresse

Werbedienst G. m. b. H. * Berlin W 35

Digitized by Google

POLITISCHE BÜCHEREI

Soeben erschienen:

Albert von Hofmann

Politische Geschichte der Deutschen

1. Band

Auf holzfreiem Papier gedruckt, geheftet M. 30,—, in Halbleinen gebunden M. 40, im vornehmen Einband der Politischen Bücherei M. 44. — Für Abonnenten der Politischen Bücherei: Gebunden M. 38,50 ord.

A. von Hofmanns auf 4 Bände angelegtes Werk ist berufen, dem deutschen Volk an Hand einer bis in die Anfänge unseres nationalen Werdens zurückliegenden Betrachtung zu zeigen, welche Tatsachen und Schicksale der Vergangenheit das Heute entscheidend vorbereitet haben. Der zunächst erscheinende 1. Band führt von den Urzeiten bis zum Ausgang der Karolinger. Im Vergleich zu der Knappheit, mit der in so vielen anderen Geschichtsbüchern die alte Zeit behandelt ist zugunsten der immer breiteren Ausführung der späteren Epochen, ist jenem Jahrtausend deutscher Vorgeschichte und Geschichte ein sehr weiter Raum zugemessen. Die Darstellung atmet überall lebendige Anteilnahme des Autors, die beim Leser die gleiche Wärme erweckt, ein starkes Empfinden für das Wichtige und Freude an kraftvollen Persönlichkeiten. Nirgends ist die Darstellung durch eine Tendenz, durchweg aber

durch eine tiefinnerliche, allem Parteiwesen ferne nationale Gesinnung bestimmt, durch aufrichtige Liebe zu allem Guten und Starken in der deutschen Geschichte.

So gibt uns A. von Hofmann ein Buch nationaler Selbsterkenntnis und vaterländischen Trostes in einer Zeit, da wir, wie kaum je, der Selbsterkenntnis und des Trostes bedürfen.

Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart, Berlin

Digitized by Google

Verkehrswissenschaftl. und Wirtschaftsgeograf.
Seminar der Handels-Hochschule Mannheim.

Deutsche Politik

Bibliothek der Handelshochschule Mannheim

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Inhalt:

Politische Glossen 617
* * * Völkerbundsvorbehalte 619
Rohrbach, Deutsche koloniale Arbeit 628
Hermann, Zum Thema: Deutschland und die Tschechoslowakei 632
Schaffner, Bodenreform oder Moskauer Diktat . . 634

Preis vierteljährlich M 15.—, das einzelne Heft M 1,50

5. Jahrgang 26. November 1920 Heft 48

Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart-Berlin

Google

In neuer Auflage erschien soeben:

ERNST ZAHNS Gesammelte Werke

Illustrierte Ausgabe

Mit 100 ganzseitigen Abbildungen von Prof. Eduard Stiefel in Zürich
I Serie. 10 Bände. Vornehm in Halbleinen geb. M 200.—

Inhalt:
Erni Behaim, Bergvolk, Kämpfe, Herrgottsfäden, Menschen, Schattenhalb, Die Clari-Marie, Helden des Alltags, Lukas Hochstraßers Haus, Firnwind.

Einzelne Bände dieser Gesamtausgabe werden nicht abgegeben.

„Wie ein Hauch reiner Alpenluft weht es uns aus diesen Büchern an, die von Gesundheit, Naturkraft, Reinheit und Keuschheit überfließen. In Zahns Dichtungen findet die Sehnsucht des Großstädters nach der großen, stillen Natur ihre Befriedigung. Hier ist Volkskunst im besten Sinne, eine Kunst, die zu jedem Menschen sprechen muß." (Breslauer Ztg.)

Durch alle Buchhandlungen zu beziehen
Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart-Berlin

„Die Bücherpost"

unterrichtet wöchentlich über Neuerscheinungen des deutschen Buchhandels aus allen Wissensgebieten und der Unterhaltungsliteratur. Einzelnummer 25 Pf., vierteljährlich M. 2.50. Abonnements nimmt jede Postanstalt, auch der Briefträger, entgegen. Probenummern sendet die Geschäftsstelle der „Bücherpost", Frankfurt a. M., Kiddastr. 74. postfrei und umsonst.

A. WARMUTH · Speditionsgeschäft

Zentrale: BERLIN C 2, Hinter der Garnisonkirche 1a
Fernsprecher Norden: 309, 310, 1642, 4472 u. 4512.
Leipziger Abteilung: Dorotheenstr. 20a. Zentrum 2609.
Versand von Gütern aller Art nach allen Orten der Welt.
Möbeltransport · Lagerung.

Deutsche Verlagsanstalt in Stuttgart-Berlin

Soeben wurde ausgegeben das 4. u. 5. Tausend von

AUS ASKLEPIOS' WERKSTATT

Plaudereien über Gesundheit und Krankheit

Von Carl Ludwig Schleich

Gebunden M. 17.—

„Neben wertvoller Belehrung, Aufklärung und wissenschaftlicher Anregung bietet die Lektüre dieses köstlichen Buches Stunden reinsten geistigen Genusses für den Arzt ebenso wie für den gebildeten Laien".

(Korrespondenzblatt der ärztl. Kreis- und Bezirksvereine im Kgr. Sachsen, Dresd.)

Durch alle Buchhandlungen zu beziehen

Digitized by Google

5. Jahrgang * 26. November 1920 * Heft 48

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

In Griechenland hat Venizelos, „der erfolgreichste Politiker der Entente" um einen Ausspruch von Lloyd Georges in San Remo zu gebrauchen, fast fluchtartig das Land verlassen, weil die große Mehrzahl des Volkes die innerpolitische Tyrannei dieses Mannes nicht mehr dulden wollte, obgleich er durch den Anschluß an die Entente das Gebiet des griechischen Staates sehr vergrößert hat. Es ist ohne Zweifel nur eine Frage kurzer Zeit, daß sich das griechische Volk in einer neuen Volksabstimmung für die Rückkehr des Königs Konstantin aussprechen wird, der während des Krieges lieber das Land verließ, als Griechenland in einen Krieg zu verwickeln. Diese kluge Politik hat sich aufs beste bewährt, denn die früher nicht allzu beliebte Dynastie hat jetzt im Volke feste Wurzeln geschlagen; freilich hat es den Anschein, daß der König zunächst ohne den Segen der Entente wird herrschen müssen. Darüber wird er sich aber hinwegsetzen können, nicht nur weil er die ererbte Krone jetzt durch ein Plebiszit neu erwirbt, sondern auch weil die Entente auch in dieser Frage nicht einig ist. Italien, das von jeher ein scharfer Gegner der Expansions-Politik von Venizelos war, begrüßt jetzt schon offen Konstantins Rückkehr. Es hofft, als zentrale Mittelmeermacht, größere Bedeutung zu gewinnen, wenn die Freundschaft zwischen Frankreich im Westen und Griechenland im Osten des Mittelmeeres nicht mehr bestehen wird.

*

In der Tschechei hat der brutale und dumme Bildersturm, den die tschechischen Legionäre gegen die Denkmäler des Kaisers Joseph II eingeleitet haben, zu einem Widerstand der deutschen Bevölkerung geführt, in dessen Verlauf eine Gewaltpolitik gegen die Minderheit einsetzte, die die innere Unmöglichkeit einer glatten und anständigen Nationalitäten-

Digitized by Google

politik in diesem Staatswesen offenbarte. Was nützen alle Verheißungen, daß man in Prag regieren wolle wie in Bern, daß das schweizer Muster der gegenseitigen Achtung und Anhänglichkeit maßgebend sein würde, wenn die seelischen Voraussetzungen nicht gegeben sind. Die sind nicht künstlich zu schaffen. Das tschechische Volk steckt selber voll mit Parteigärungen, die den Staat lähmen und deren Austrag Opfer sucht. Wird der verehrliche Völkerbund mit dem Recht der Minderheiten sich ernsthaft befassen, oder scheut er sich, seine Unwirksamkeit an einem so dringlich gewordenen Problem zu demonstrieren?

*

Nach Koltschak, Judenitsch und Denikin ist jetzt auch Wrangel dem bolschewistischen Ansturm erlegen. Damit dürfte die Reihe der Versuche russischer bürgerlicher Elemente erledigt sein, den roten Schrecken aus Rußland durch Emigranten-Heere zu verjagen. Jeder dieser Versuche trieb nämlich nur die großrussische Bauernschaft in die Arme der Bolschewisten zurück, weil sie ihm einreden konnten, daß hinter dem siegreichen General der verhaßte Großgrundbesitzer stand, der dem Bauer das durch die Revolution „erworbene" Land wieder abnehmen würde. Ehe der Bauer das aber zuläßt, erduldet er lieber alle Drangsale bolschewistischer Requisition und alles Elend infolge des Fehlens von Waren aller Art. Ist er doch durch den Besitz des Grund und Bodens vor dem Verhungern gesichert. Erst wenn der großrussische Bauer, gleich dem ukrainischen, zu den Waffen greifen wird, um den roten Plagegeist zu vertreiben, wird die letzte Stunde des Bolschewismus geschlagen haben. Gerade jetzt, wo es keine „Herren"-Heere mehr gibt, ist vielleicht die Herrschaft Lenins gefährdeter als früher. In diesem Jahr hat es nämlich in den Gebieten der unteren Wolga eine völlige Mißernte gegeben. Diese Gebiete sind aber dank ihrer Lage an Rußlands größtem Strome die eigentlichen Versorger des russischen Reiches mit Getreide, während die Ukraine die Exportkammer des russischen Weltreiches war. Aus der Ukraine erhalten die Bolschewisten dank den immer weiter um sich greifenden Aufständen der Bauern nur wenig Getreide, sodaß sie, um die Reste der städtischen Bevölkerung nicht völlig aussterben zu lassen, mit größter Energie in den großrussischen Dörfern werden requirieren müssen. Das aber dürfte den Bauern wenig zusagen und deshalb ist dieser Winter die kritischste Zeit für den Bolschewismus. So paradox es klingt, verträgt der Bolschewismus, der seinen Ansturm gegen die zarische Regierung mit dem Rufe „Es lebe der Frieden" begann, den Frieden nicht. Er kann die rote Armee, die das Land unter die bolschewistische Fuchtel zwingt im eigenen Lande nicht mehr ernähren, sondern muß sie nach mittelalterlichem Brauche in fremde Länder schicken.

Digitized by Google

Daß Ludo Hartmann, Deutsch-Oesterreichs Gesandter in Berlin, aus der Wahlniederlage der Sozialdemokratie die Folgerung seines Rücktritts zieht, ist für die Anschlußfrage schmerzlich genug. Denn seine kluge, gütige und taktvolle Persönlichkeit war, über alle Parteigegensätze hinweg, eine werbende Kraft des nationalen Einheitsgefühls. Hartmann, „Großdeutscher" nicht erst seit der Revolution, glaubte und glaubt an den nationalen Aufbau durch die Demokratie, in der das unmittelbare Volksgefühl ein staatliches Gehäuse herstellt. Seine Amtszeit in Berlin war von Enttäuschungen nicht frei; er mußte an ihrem Beginn spüren, wie bei Haase, der damals für das Auswärtige verantwortlich war, das Gebot der Stunde nicht begriffen wurde, aber er hat Mißverständnisse beseitigen, Unebenheiten ausgleichen können und wenigstens für den Gleichklang des seelischen Rhythmus die Verbindungen schaffen können. Noch ist nicht gewiß, wer sein Nachfolger werden wird; wir hoffen, daß auch die deutsche Reichsregierung sich den Mann, den Wien vorschlagen wird, genau ansieht. Denn die Politik zwischen Wien und Berlin bedarf nicht nur der diplomatischen Korrektheit, sondern des menschlichen Vertrauens.

*

Die sächsischen Landtagswahlen sind charakterisiert durch den Erfolg der Rechts-Opposition. Hauptgewinner mußten dabei die Deutschnationalen sein, während die Volkspartei bereits die unerwünschte Rückwirkung der Regierungsteilnahme ihrer Fraktion erfuhr. Die äußerste Linke hat deutlich unter ihrer Zerrissenheit gelitten: mit vier Listen traten die Sozialisten in den Wahlkampf. So konnte es geschehen, daß die Wahlbeteiligung auf 60—65% sank. Es ist zur falschen Legende geworden, daß die Sozialisten ihre Anhänger geschlossen zur Urne bringen; auch sie leiden unter Wahlmüdigkeit. Eine Mahnung für diejenigen, die glauben, mit der häufigen Wiederholung des Wahlvorgangs den „Volkswillen" je und je feststellen zu können. Sie stumpfen ihn ab.

Völkerbund-Vorbehalte

Von *.*

Der Reichsminister des Aeußeren hat in seiner letzten Rede über Deutschlands auswärtige Politik zur Frage des Eintritts in den Völkerbund gesagt: Wenn ein Antrag für Aufnahme Deutschlands gestellt werden und eine Zweidrittelmehrheit der Bundesversammlung finden sollte, und wenn der Widerspruch Frankreichs fortfiele, dann sei er nicht dafür, nein zu sagen, würde es aber für richtig halten, Vorbehalte zu machen. Der Voraussetzungen also, die nach Auffassung der

Digitized by Google

Regierung die Frage, ob Deutschland in den Völkerbund eintreten solle oder nicht, erst entscheidungsreif machen würden, sind viele, und es ist mehr als fraglich, ob sie auf der jetzt stattfindenden Bundesversammlung in Genf schon erfüllt werden können. Trotzdem ist es nötig, sich mit dieser Frage sehr ernsthaft zu beschäftigen. Wir können nur froh sein, wenn der deutschen Oeffentlichkeit noch etwas Zeit gelassen wird, über dieses Problem nachzudenken und zu lernen, es sachlich und kenntnisreich zu beurteilen; denn wenn heute die Entscheidung darüber vors Volk gebracht werden sollte, so läge die Selbstbestimmung zwar in den richtigen, aber ungeeignetsten Händen: ein Versuch, zu ermitteln, wieviele der Abstimmenden überhaupt wissen, worum es sich handelt, würde ein sehr trauriges Ergebnis haben.

Aber immerhin läßt sich prüfen, was für Vorbehalte Gefühl und Verstand diesem Völkerbund gegenüber machen, wie ihn die „alliierten und assoziierten Hauptmächte" nicht nur Deutschland, sondern im vollen Wortsinne der ganzen Welt diktiert haben.

Die Bedenken und Zweifel, in denen wir uns befinden, haben in ähnlicher, wenn auch weniger schwerer Form, fast alle kleineren Staaten auf der Feindesseite und die Neutralen, allen voran die Schweiz, durchmachen müssen. Auf der Pariser Konferenz noch fühlten sich die „big four" auf der Höhe ihrer Macht; in einer dramatischen Szene hat Clemenceau, unterstützt von Lloyd George, den Widerspruch der vielen kleinen Staaten, die an der Ausarbeitung der Völkerbundsatzung sowie an anderen Kommissionsaufgaben stärker beteiligt sein wollten, mit dem einfachen Hinweis auf die Zahl der unter Waffen stehenden alliierten Truppen niedergeschlagen. Einige freundliche Besprechungen mit Neutralen, deren praktisches Ergebnis man umsonst in der Völkerbundsatzung sucht, sollten die öffentliche Meinung dieser Länder aussöhnen mit der Vorschrift, daß die Völkerbundsatzung von allen, die ursprüngliche Mitglieder des Völkerbundes zu werden wünschten, wie es die Unterzeichner des Friedensvertrages geworden waren, innerhalb zwei Monaten *ohne Vorbehalt* angenommen werden mußte. Man kann nicht erwarten, daß Deutschland besser behandelt werden wird, als die dreizehn Neutralen, die sich dieser Forderung unterwerfen mußten — wenn auch das Vorbild der Schweiz uns ermutigen könnte, die wenigstens eine Anerkennung ihrer militärischen Neutralität im Widerspruch zur Völkerbundsatzung erreicht hat.

Das also ist der erste große Vorbehalt: *so* entsteht keine Völkerbundsatzung, wie diese Satzung entstanden ist. Nicht nur das Diktat statt der wahren Vereinbarung; dieses Diktat auch aufgebaut auf dem Betrug der Wilsonpunkte, deren Anwendung zugesagt, aber nicht gehalten ist; diese Satzung nicht nur vom Betrug beschattet, sondern auch ver-

Digitized by Google

koppelt mit einem Friedensvertrag, der auf jeder Seite den Grundsätzen widerspricht, die einem Völkerbund zugrunde liegen müßten und die auch dieser für sich in Anspruch nimmt; und durch diese Verkoppelung endlich kein Völkerbund des Friedens, sondern ein Völkerbund zur Exekution dieses Friedensvertrages, der keinen Frieden gebracht hat und bringen kann, mag der Erfüllungswille auch noch so gut und der Erfüllungszwang noch so grausam sein.

Auch wer gar nicht diese Verbindung einer Weltsatzung mit einem Zwangsfrieden untersucht, fühlt die einzigartig ungünstige Lage Deutschlands dieser Organisation gegenüber, wo immer sie in die Erscheinung tritt. Die Vertreter der Staaten, die den Völkerbundrat bilden und bisher unkontrolliert und unbeschränkt die Artikel der Bundessatzung angewandt haben, sind personengleich mit all den Männern, die aus den Friedensverhandlungen von Versailles, aus den vielen Dokumenten der Unterwerfung und immer neuen Unterwerfung allen Deutschen unvergeßlich sein müssen. Die schönen Reden von den auf „Gerechtigkeit und Ehre gegründeten internationalen Beziehungen" wurden gehalten von denen, die mit gleicher Beredsamkeit die Artikel des Friedensvertrages begründeten und empfahlen. Der große Feiertag, an dem schon jetzt in England alle Kirchen für den Völkerbund beten, und den eine starke Bewegung zum internationalen Völkerbundfeiertag der ganzen Welt machen soll — es ist der 11. November, der Tag des Waffenstillstandes, ein Tag, den im Zeichen der Völkerverständigung oder gar Weltversöhnung zu begehen schwer ein Deutscher imstande ist.

Und wie steht es mit dem Bunde selbst? Seine realsten Aufgaben sind für uns die schmerzlichsten. Er ist der Treuhänder des Saargebietes, und wenn er selbst den besten Willen hätte, Frankreich zu zügeln, so hat er dazu nicht die geringste Macht: denn Frankreich sitzt im Völkerbundrat, und der Völkerbundrat beschließt einstimmig. Der Völkerbund schützt die Freistadt Danzig; aber nur zu leicht erscheint uns dieser Schutz als eine Förderung der Abtrennung alten Reichsgebietes, zugleich der Abschnürung einer großen Provinz vom deutschen Volkskörper. Der Völkerbund allein kann uns mit Oesterreich vereinen; uns scheint das nur eine Verschärfung des Verbotes: denn die Völkerbundsatzung steht noch über dem Friedensvertrag, und Frankreich sitzt im Völkerbundrat. Der Völkerbund soll die Kolonien verteilen; viele große Worte macht seine Satzung, um die Ungerechtigkeit gegen Deutschland zu verhüllen, die einen Artikel der Satzung bildet, dem ganzen zur Schande.

Kein Wunder, wenn bei solchen Aufgaben auch die Taten nicht vermögen, unsere Meinung über den Völkerbund zu verbessern. Wo blieb er, als die Polen Rußland überfielen, wo bleibt seine Macht, da ein offiziöser Abenteurer Wilna besetzt? Wie bewährte sich seine Unparteiisch-

Digitized by Google

keit, als die Klage der Bewohner von Eupen-Malmedy vor ihn kam? Was tat er bei der Besetzung des Maingaues durch französische Kolonialtruppen? Die Brüsseler Finanzkonferenz, die nur Sinn gehabt hätte, wenn ausgegangen worden wäre von dem Ursprung des wirtschaftlichen und finanziellen Elends, das aus Mitteleuropa langsam über die Welt schleicht, durfte von den Pariser Friedensverträgen nicht sprechen. Sie mußte sich darauf beschränken, festzustellen, daß viele selbstverständliche Voraussetzungen zur Sanierung der Staatsfinanzen und des Wirtschaftslebens fehlten — aber sie mußte verschweigen, daß allen gemeinsam die eine Voraussetzung fehlt, die nur ein besserer Friede schaffen konnte. Sie machte Zugeständnisse über Zugeständnisse an die Tatsache, daß der Völkerbundrat ein Alliierten-Rat ist, in dem ein einziger Neutraler sitzt, (der Gründe genug hat, vorsichtig zu sein). Wenn überhaupt etwas Erfreuliches und Erfolgreiches bisher im Namen des Bundes geschehen ist, so ist das ein deutliches Zeichen dafür, daß der Bund nur auf den Gebieten wirken kann, die der Politik entrückt sind, weil nur hier freie und ideal denkende Menschen ihre Kraft betätigen können, die sonst über Zugeständnissen und Rücksichten nicht zur Entfaltung kommt oder gar nicht erst eingesetzt wird.

Vielleicht ist aber das alles noch ein harmloses Vorspiel, wenn man bedenkt, was für Aufgaben des Bundes warten, sobald er einmal wirklich einen Streit schlichten soll. Da gibt es erst recht Vorbehalte zu machen bei der Vorschrift, daß jedes Mitglied des Bundes verpflichtet ist, „gegenüber jedem äußeren Angriff die territoriale Unversehrtheit und jeweilige politische Unabhängigkeit aller Bundesmitglieder zu achten und zu wahren". Diese Bestimmung hat in der Schweiz wie in Amerika die größten Bedenken erregt. Vielleicht ist sie die erste, die als revisionsbedürftig anerkannt werden muß. Der Rat hat alle nur mögliche Befugnis, den Bundesmitgliedern militärische Beteiligung an Bundesaktionen aufzuerlegen. Keine Bestimmung der Satzung schafft eine Sicherheit, daß nicht die meistinteressierten und meistbefähigten Staaten schwächere vorschicken, um sie für ihre Interessen bluten zu lassen. Denn im Rate sitzen Japan, England und Frankreich, und nur ein Neutraler. Deutschland sollte warten, bis die Beteiligungspflicht fest begrenzt wäre; das könnte gerechterweise nur geschehen nach dem Verhältnis, in dem bei den einzelnen Staaten die Bevölkerungszahl zu der Heeresstärke steht. Auch dann noch bleiben die schwersten Bedenken gegen die Boykottpflicht, die jedem Mitglied auferlegt werden kann, und die ein in seinem Wirtschaftsleben schwer erschüttertes Land viel härter treffen muß als andere, — den Festlandnachbar viel empfindlicher als den Inselbewohner.

Digitized by Google

Aber das sind Betrachtungen für die Zukunft. Die Gegenwart widerspricht dem Gedanken des Völkerbundes noch viel mehr, und die Vorbehalte häufen sich. Ist es mit einer solchen Vereinbarung verträglich, daß ein Mitglied weite Strecken seines besten Gebietes anderen Mitgliedern zum Pfande lassen muß und sie dabei ausgesetzt sieht einer unermüdlichen Propaganda, die keinerlei Achtung vor der Unverletzlichkeit seines territorialen Besitzstandes hat? Können wir also eintreten, solange die Rheinlande die Last der Besatzung und ganz Deutschland die unerhörten Kosten der Besatzungstruppen trägt?

Deutschland kann nicht einmal sicher sein, gleichberechtigt im Völkerbund zu werden, selbst wenn es mit schweren Lasten eintritt. Denn der Völkerbund kann statt die einseitigen wirtschaftlichen Beschränkungen für Deutschland aufzuheben, sie beliebig verlängern — nur für Deutschland, nicht etwa für jedes Mitglied. Die Sicherungen aber, die der Völkerbund unzweifelhaft all seinen Mitgliedern verheißt, sind wertlos für ein Land, das unter dem Diktat der Wiedergutmachungskommission steht, über dem die berühmte Blankovollmacht aus dem § 18 der Wiedergutmachungsbestimmungen droht, und das leisten und liefern soll nicht nach eigenem Können, sondern nach fremdem Wollen.

Man könnte noch über manche Bedenken hinwegkommen, wenn die politische Entwicklung seit den Friedensverträgen auf das Ziel eines wahren Völkerbundes gegangen wäre. Aber man sieht Bündnisse sich bilden wie nur je, geheime Militärabkommen trotz allen Vorschriften der Völkerbundssatzung, willkürliche Beuteverteilung unserer Kolonien trotz dem heuchlerischen Mandatsartikel. Die Rüstungen nehmen nicht ab, obschon Deutschland zugesagt war, daß seine Entwaffnung nur der Anfang sein solle und obschon — denn dieser Zusage hat mit Recht niemand getraut — das Abrüstnugsproblem als eine Aufgabe des Völkerbundes in der Satzung anerkannt ist. Endlich hat das amerikanische Volk, dessen Machtmittel ebenso wie sein Desinteressement in vielen europäischen Streitfragen eine Hoffnung aller Unrechtleidenden war, zugleich mit dem Verkünder des Ideals auch die Verwirklichung abgelehnt und eben in seiner Präsidentenwahl nicht hauptsächlich, aber sicherlich nebenbei, gegen den Pariser Völkerbund Stellung genommen.

Also Vorbehalte gäbe es viele zu machen. Fragt sich nur, ob man sie alle machen soll — oder nur die stärksten — oder ob Deutschland auf alle Vorbehalte verzichtet, um wenigstens das kleine bißchen Einfluß nicht zu verlieren, das die Mitgliedschaft im Völkerbund verheißt. Denn vorläufig — daran ist nicht zu zweifeln — werden Vorbehalte bei Annahme der Eintrittseinladung einer Ablehnung gleich sein.

Dazu muß man sich zuerst einmal den Völkerbund in seinem heutigen Umfang betrachten. Die Versammlung, die zum erstenmal einen wirk-

Digitized by Google

lichen Spiegel des politischen Wollens und Könnens dieser neuen Organisation darstellen wird, wird nicht aus vier großen und vier kleinen Mächten bestehen, von denen nur eine während des Krieges neutral geblieben ist. Vielmehr werden ihr angehören die 23 Großen und Kleinen, die als unsere Feinde den Friedensvertrag unterzeichnet haben, und 13 Neutrale aller Größen und Kategorien, die sämtlich innerhalb der vorgeschriebenen Frist der Völkerbundsatzung beigetreten sind. Dieses Staatenparlament, das in der Tat den größten Teil der bewohnten Erde vertreten wird, hat außerdem zu beschließen über den Eintritt weiterer 11 Staaten, die allerdings zum Teil kaum diesen Namen verdienen, und zum Teil, was ihre Lebensfähigkeit betrifft, noch wenig bewährt sind. Immerhin, aus einem solchen Kreise sich ausschließen, heißt den Zustand verlängern, der während des Krieges hart genug auf uns gelastet hat. Die *geistige Blockade*, die die Entente über uns zu verhängen verstand, hat die Welt außer Stande gesetzt, Deutschlands politische Haltung vorurteilslos zu begreifen. Wenn wir aus noch so guten Gründen dem Völkerbund fernbleiben, erscheint das den meisten derer, die ihn bilden, als ein neuer Beweis für die friedensfremde, internationaler Zusammenarbeit abholde Gesinnung der Deutschen. Aber auch die Neutralen, die aus eigenen Nöten unsere Haltung begreifen könnten, werden sie nicht billigen, weil wir ihnen *im* Bunde ihre schwere Stellung erleichtern, *außerhalb* des Bundes sie nur weiter erschweren können. Der Kampf um die Anerkennung unseres guten Willens, den die deutsche Politik mit Recht seit Monaten führt, wäre verloren, wenn wir diese Probe auf Opferbereitschaft zugunsten eines gemeinsamen hohen Zieles nicht bestehen könnten — denn so würde die Welt unseren Schritt verstehen, mögen wir ihn erklären, wie immer wir wollen.

In der Tat, es wäre ein gefühlsmäßig und realpolitisch gleich hoch zu bewertendes Opfer, wenn wir den Versuch wagten, allerdings ein desto geringeres, mit je weniger Illusionen wir diesen Schritt täten. So sicher die Völkerbundidee der einzige Treffer ist aus dem Trommelfeuer von Schlagworten dieses Krieges, so sicher hat dieser Völkerbund nicht die Mittel, und in seinem bisher handelnden Organ auch nicht den Willen, zu leisten, was kraft der Idee geleistet werden könnte. Trotzdem wäre, nachdem der Fehler einmal begangen ist, ein zweiter Versuch besserer Verwirklichung sicherlich zum Scheitern verurteilt. Die Voraussetzungen, unter denen allein es möglich war, so viele verschiedene Interessen in eine gemeinsame Form zu zwingen, diese Voraussetzungen kommen nicht wieder, weder in ihren schlimmen noch in ihren guten Teilen. Schon einmal hatte Deutschland die Wahl solcher Opferbereitschaft; daß es damals den Schritt nicht wagte, muß es heute als Fehler anerkennen. Eine gleiche Vorsicht, eine gleiche allzusehr an

Digitized by Google

der kahlen Wirklichkeit haftende Berechnung würde sich auch diesmal nicht lohnen. Das kann man behaupten, auch ohne an Vorteile zu glauben, die der Eintritt für Deutschland bieten würde. Denn es ist durchaus unsicher, wie wirksam der Schutz wäre, den der Bund seinem neuesten Mitgliede gewähren würde gegen die Gefahren, die ihm von Osten und Westen drohen. Nur soviel ist sicher, daß dieser entwaffnete Staat im Bunde besser auf die Abrüstung drängen könnte, deren die Welt bedarf, auch wenn sie es noch nicht begreift. Und der größte Erfolg, der sich erreichen ließe, wäre eine Zusammenarbeit mit den immer noch abseits stehenden Vereinigten Staaten, die uns als Mitglied des Bundes und vertreten in den vielen Kommissionen unendlich viel wertvoller sein würde als in der Rolle kühler Geschäftsbeziehungen, zu denen es bestenfalls sogar ein Sonderfriede brächte.

Die Frage ist allerdings, ob die deutsche Oeffentlichkeit so viel Voraussicht und so viel Beschränkung aufbringen könnte, um der Regierung einen wohl überlegten Schritt nach ihrem Ermessen zu ermöglichen. Denn es gibt immer noch allzuviele, die sich nationale Geltung nur vorstellen können in der stolzen Einsamkeit des Gekränkten, die es sich leisten, nein zu sagen, auch wenn das vor den tauben Ohren zwangskräftiger Gegner eine vergebliche Gebärde bleiben muß. Ebenso gibt es allzuviele, die sich durch ihre Vorstellungen von dem unorganisierten Zusammenschluß einer Klasse in allen Staaten über die Notwendigkeit täuschen lassen, mindestens für die Zwischenzeit bis zur Erreichung dieses Zieles einen Aufbau zu schaffen, der die Steine nutzt, wie sie dalegen. Und zwischen diesen Extremen schwankt die Mitte, überwältigt von Ressentiments und gepeinigt von all dem, was wir oben geschildert haben. Denn es ist schwer, inmitten einer aus egoistischen Staatskräften genährten Unordnung den Gedanken der Gemeinschaft zu fassen, der weder heut noch morgen die Erfüllung utopischer Träume, sondern nur innerhalb der Fülle anerkannter Unmöglichkeiten die eine schwache Möglichkeit zur Rettung birgt.

Oder will auch nach Brüssel noch jemand leugnen, daß es mindestens für einige der am schwersten betroffenen Staaten unmöglich ist, ihre Kräfte zu sammeln und in den zerstörten Rhythmus der menschlichen Arbeit auf der Welt wieder einzustellen, wenn ihnen nicht Stärkere dabei helfen, und daß diese Stärkeren früher oder später die schlechte Berechnung büßen müssen, die sie verhindert, ihre Kriegsgewinne abzuschreiben? Die Versprechungen freilich, als die sich solche Gewinne vielfach darstellen, wagen die Regierungen nicht zurückzunehmen. Sie haben sich „festgelegt" und fürchten, wenn sie loslassen, den Halt zu verlieren. Mag ihnen nicht mit wachsender Erkenntnis auch das Bedürfnis kommen, daß ein Organ internationaler Geltung ihnen die Verantwortung abnimmt? Wenn es aber so weit ist, dann wird Deutschlands

Digitized by Google

unermüdliche Gedankenarbeit, unterstützt von zuverlässigem immer bereitem Material, im Völkerbund mehr leisten können als vor der Wiedergutmachungskommission. Gleichberechtigtes Verhandeln in einer Gesellschaft, der die Anwesenheit Unbeteiligter ihre krasseste Gegensätzlichkeit nimmt, verspricht mehr Erfolge, als die aufreibende, immer einseitige Nötigung zu protestieren, ohne mit diesen Protesten weiter als bis zum Papierkorb zu reichen. Noch hat sich der Völkerbund in seiner Wirtschafts- und Finanzabteilung auf Statistik und Anregung beschränkt; aber nicht umsonst gibt ihm der Artikel 19 die große Möglichkeit der Nachprüfung internationaler Verträge und internationaler Verhältnisse; sogar nie angewandt bleibt diese Bestimmung eine Waffe in der Hand derer, auf deren Kosten solche Verträge und solche Verhältnisse gehen.

Wir werden in absehbarer Zeit doch nicht imstande sein, eine Revision all dessen, was uns unerträglich drückt, aus eigenen Mitteln zu erreichen. Der Völkerbund setzt sich die Aufgabe, für seine Mitglieder eine Instanz zu schaffen, an die sie sich wenden können in allen möglichen Fällen der Vertragsauslegung und Vertragsverletzung. Eine ständige Rechtsprechung wird schon bald durch den Gerichtshof wie durch den Obersten Rat geltendes Recht schaffen; an ihm mitzuwirken, wird für Deutschland besser sein, als nur unter ihm zu leiden. Dem Urteil einer Körperschaft ausgesetzt zu sein, die wenigstens einen oder einige Unparteiische, einen oder einige nicht von dem Erlebnis des Krieges bis in die Tiefen der nationalen Empfindung Aufgewühlte, enthält: ist das nicht besser, als seine Proteste abwechselnd bei der Wiedergutmachungskommission und dem Obersten Rat zu deponieren? Und ist nicht sogar ein Fehlspruch solcher Instanzen mit all den bitteren Folgen, die er der im Streit unterliegenden Partei bringt, weniger entehrend als ein Machtdiktat früherer Gegner, und unendlich viel weniger furchtbar als eine erzwungene Niederlage, mag sie durch wirtschaftliche oder militärische Maßnahmen beigebracht sein? Selbst wenn die Entwicklung des Völkerbundes und seiner Gerichtsbarkeit noch lange auf Kosten der im Weltkriege Besiegten ginge, bliebe die Kriegsverhütung, die er anstrebt und ermöglicht, besser und erträglicher als der ehrabwürgende Diktatsgehorsam oder der existenzbedrohende Krieg.

Schließlich ist doch auch, so groß die Mißzufriedenheit mit vielem bisher Erreichten sein mag, einige Völkerbundarbeit geleistet, die einen guten Willen zeigt. Das Arbeitsamt, das seit der Washingtoner Konferenz tatkräftig wirkt, ist der Schrittmacher für Errungenschaften auf sozialpolitischem Gebiet, die Deutschland, nicht zur Erleichterung seiner Wirtschaft, zunächst allein aufzuweisen hatte. Mit vielen Einschränkungen

Digitized by Google

ist doch die Finanzkonferenz ein Versuch internationaler Zusammenarbeit über die Grenzen bisheriger Gegnerschaft hinaus. Die Paßkonferenz hat ehrlich nach Mitteln gesucht, den durch zahllose Kriegsschikanen erschwerten Verkehr zwischen den Völkern wieder zu erleichtern; freilich ist auch sie über Vorschläge natürlich nicht hinausgekommen. Die Haager Juristenkonferenz hat den Entwurf eines ständigen internationalen Gerichtshofes ausgearbeitet, der allerdings noch seiner Annahme harrt, aber ein kräftiges über die Völkerbundssatzung hinausgehendes Bekenntnis zur obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit im vollen Umfange bedeutet. Die Bemühungen, Seuchen in den von Truppendurchzug und Hunger am schwersten getroffenen Grenzgebieten zu bekämpfen, sind ein nötiges und erfreuliches Ausgreifen von dem traurigen Gebiet der Politik auf das tröstlichere der Menschlichkeit. Eine wirkliche Tat, wenn auch vielmehr einzelner zielbewußter und an das Ideal glaubender Persönlichkeiten, ist die Rückführung der Gefangenen aus Sibirien, zu deren Ermöglichung der Völkerbund entscheidend beigetragen hat. Freilich baut er hier auf den bewundernswerten Leistungen des Internationalen Roten Kreuzes, dessen stille und unermüdliche Arbeit mehr für den Völkerbundgedanken getan hat als all die Organisationen und Kommissionen, die den Namen dieser neuen Schöpfung führen.

Auf diesem Gebiet eher als auf irgendeinem anderen wäre die Mitarbeit Deutschlands möglich und nützlich, unabhängig von aller politischen Verworrenheit. Das Bekenntnis zum Völkerbundgedanken ist längst von den besten deutschen Geistern abgelegt. Das haben aber auch Politiker im vollen Bewußtsein seiner Bedeutung wiederholt, und die Bereitschaft zum Eintritt in den Völkerbund ist mehrfach ausdrücklich ausgesprochen worden. Gewiß kann und darf es sich nicht darum handeln, eine neue Fessel zu den vielen anderen zu übernehmen; ebenso wenig kann sich Deutschland verpflichten, wenn nicht seine Rechte als gleiche mit denen aller übrigen Gliedern der Gemeinschaft ausdrücklich gesichert sind. Aber unmöglich wäre es, der Gemeinschaft dienen zu wollen, ohne Bindungen zu übernehmen. Nur gälte es diesmal, sich freiwillig zu binden und damit zum ersten Male wieder als selbständiges Glied am Körper des Völkerganzen tätig zu werden.

Wir sind wahrscheinlich in der glücklichen Lage, das Ja oder Nein in Ruhe bedenken zu können; es bedarf heute noch keiner endgültigen Antwort. Aber jeder, der kann, sollte Material liefern zur Erörterung dieser Frage, die viel zu wichtig, viel zu einzigartig und mit den Interessen des ganzen deutschen Volkes wie aller im Völkerbund vereinigten Staaten viel zu sehr verbunden ist, als daß Parteidoktrinen oder Bierbankphrasen bei der Entscheidung irgendwie laut werden dürften. Die Schweiz hat ein Vorbild gegeben, wie in ständiger Zusammenarbeit von

Digitized by Google

Regierung und Volk diese Frage gründlich, nüchtern und wahrhaftig erörtert werden kann. Auch wenn die deutsche Regierung eine Befragung des Volkes in Form der Volksentscheidung nicht ohne weiteres vorzunehmen braucht, kann sie praktisch nur eine Entscheidung fällen, die vom Willen des Volkes getragen ist. Ihn zum reifen Ergebnis klarer politischer Einsicht zu machen, ist die Pflicht aller berufenen Führer.

Und die Welt, die sich mit der Frage unseres Beitritts zum Bunde von neuem lebhaft beschäftigt, die Drängenden wie die Hemmenden müssen verstehen, daß Deutschland dieselbe Bewährung, die von ihm zu verlangen seine Kriegsgegner sich für berufen halten, auch von der Gemeinschaft seiner Kriegsgegner wird verlangen müssen, in deren Händen ganz überwiegend das Schicksal des Völkerbundes liegt. Würdiger als ein Streit, der die von mühsamer Regie erreichte Einigkeit der Bundesversammlung stören muß, würdiger als ein Lauern und Fragen auf beiden Seiten wäre das gegenseitige Bemühen, Verhältnisse zu schaffen, die den Beitritt Deutschlands in den Bund auch praktisch zu dem machen könnten, was er ethisch entgegen dem Versailler Frieden hätte sein müssen: zu einer Selbstverständlichkeit.

Deutsche koloniale Arbeit

Von Dr. Paul Rohrbach.

Zu den befremdlichen Erscheinungen unseres öffentlichen Lebens gehörte die Haltung, die man an verschiedenen Stellen, wo es unbedingt anders erwartet werden mußte, in der kolonialen Frage einnahm. Die Regierung schien grundsätzlich das System zu pflegen, an die moralischen Notwendigkeiten und Voraussetzungen der Friedensrevision nicht zu rühren. Nun hat in seiner Rede vom 29. Oktober der Minister Simons erklärt, daß wir nach wie vor unseren Anspruch auf Mitbeteiligung bei der Vergebung der Mandate erheben. „Wir haben den Beweis erbracht, daß das deutsche Volk kolonisatorisch ebenso befähigt ist, wie die anderen Völker". Und Dernburg hat kürzlich in seinem energischen Kampf gegen den Versailler Frieden im „Berl. Tgbl." die Hoffnung ausgesprochen, daß der Herr Minister es nicht bei den Worten bewenden läßt, sondern einen dahin gehenden Antrag auf Grund unsrer Rechte möglichst unverzüglich stellen wird. Dies ist in einer eingehenden Denkschrift an den Völkerbund in Genf jetzt geschehen. Ihr Protest richtet sich nicht nur gegen die formale Rechtsbeugung bei der Mandatsverteilung, sondern meldet mit Nachdruck Deutschlands Anspruch auf koloniale Betätigung.

Warum schwiegen so lange unsere kolonialen Kreise, die in erster Linie dazu berufen wären, dagegen zu protestieren, daß unsere Kolonien durch Raub und offenen Wortbruch uns entrissen sind. Warum verlangen

Digitized by Google

sie nicht auf Grund der Wilsonschen verpflichtenden Zusagen Deutschlands Wiedereinsetzung in seine kolonialen Rechte und Ansprüche?

Warum unternimmt die Deutsche Kolonialgesellschaft nichts Beachtliches in der Oeffentlichkeit? Wo bleiben die übrigen kolonialen Vereinigungen? Genügt es zu sagen, daß Papier, Druck und Eisenbahnfahrpreise zu teuer sind, um eindrucksvolle Kundgebungen zu machen? Sieht es nicht so aus, als ob diejenigen Recht hatten, die schon in besseren Tagen sagten, die offizielle Vertretung des kolonialen Gedankens in Deutschland habe zu wenig Fühlung mit dem Volk, sie verstehe das Volksinteresse nicht richtig in Bewegung zu bringen und arbeite nur mit amtlicher und halbamtlicher Förderung? Der koloniale Gedanke in Deutschland war vor dem Kriege lebendig genug geworden. Unser Bedürfnis nach kolonialwirtschaftlicher Hilfe für unseren Wiederaufbau ist so brennend wie nur möglich. Es gehört nicht viel dazu, für eine Organisation oder eine Anzahl von Organisationen, die noch innerliches Leben haben, der Oeffentlichkeit das zum Bewußtsein zu bringen. Wenn sie es nicht tun, so muß man andere ins Leben rufen. Von einem bloßen alten Namen, von gewohnheitsmäßig, aber mit Zweifeln und Mißbehagen gezahlten Beiträgen kann keine koloniale Gesellschaft jetzt noch auf die Dauer leben.

Lassen wir es einstweilen bei dieser Anfrage bewenden, und blicken wir uns nach Erfreulicherem um. Die deutsche koloniale Arbeit, die in den letzten Jahren vor dem Kriege zunehmend Leistungen vor sich brachte, um die uns jedes alte Kolonialvolk beneiden konnte —, wirtschaftliche, wissenschaftliche und erziehliche Leistungen —, liefern auch jetzt noch, wo eine Vacuum im deutschen Kolonialwesen eingetreten ist — ich sage nicht ein Ende, denn Recht muß Recht bleiben, und wer an unser koloniales Ende glaubt, wird auch nicht fern sein vom Glauben an das deutsche Ende überhaupt — Nachträge wissenschaftlicher Art aus vergangenen besseren Tagen, die dessen wert sind, daß man auf sie hinweist. Ich nenne das dreibändige, von dem früheren Gouverneur von Ostafrika, Dr. Schnee, herausgegebene deutsche Kolonial-Lexikon, das jetzt vollständig erschienen ist, obwohl es nur einen Epilog zu unserer kolonialen Tätigkeit bildet. Einen Epilog, aber einen stolzen. Ein Volk, das in kaum einem Menschenalter kolonialer Betätigung, von dem die erste größere Hälfte naturgemäß von Fehlern und Mißgriffen erfüllt war, schließlich soviel geleistet hat wie das deutsche, kann unter den Kolonialvölkern der Welt sein Haupt wohl erheben. Mein alter Freund Zache hat vor kurzem an dieser Stelle daran erinnert, wie uns vor dem Kriege unsere heutigen Feinde schon auf dem kolonialen Felde einzuschätzen gelernt hatten. Der Ertrag unserer Arbeit hatte seine Wurzeln auch auf dem kolonialen Boden in unserer wissenschaftlichen Gründlichkeit. Ein Glanzstück der deutschen wissenschaftlich-kolonialen Methode möchte

Digitized by Google

ich unseren Lesern noch besonders nennen. Es nennt sich: Im Hochland von Mittel-Kamerun, von Franz Thorbecke, drei Teile, Hamburg bei L. Friederichsen u. Co., 1. Teil 1914, 2. Teil 1916, 3. Teil 1919. Dies Werk ist erschienen in den Abhandlungen des Hamburgischen Kolonialinstituts, Großoktav, prachtvoll ausgestattet, auch der letzte Band noch auf wundervollem Papier mit vollendetem Illustrationsdruck. Der Verfasser ist gegenwärtig Professor der Geographie an der Universität Köln. 1911 ging er mit seiner Gattin, zugleich seiner erfolgreichen Mitarbeiterin an dem Werk, nach Kamerun, und blieb längere Zeit dort. Der erste Teil umfaßt die Reise, Eindrücke und Beobachtungen, der zweite Teil die Anthropogeographie des durchforschten Gebiets, der dritte Teil ist völkerkundlich. Alle drei Teile enthalten eine wunderbare Fülle, interessant und lebendig dargestellten, durch eine reiche Illustrationsmenge veranschaulichten Materials. Wie man eine afrikanische Völkergruppe studieren und wie man sie darstellen muß, das sieht man bei den Thorbeckes. Vor allen Dingen bekommt man bei ihrem Werk eine Vorstellung davon, was afrikanische Eingeborenenkultur ist. Ich habe einmal in einem Vortrage über die Eingeborenenfrage in unseren Kolonien gesagt, in gewissen Teilen des Kameruner Hochlandes stehe die technische Kultur der Eingeborenen, Hausbau, Geräte, Metallarbeiten, Weberei usw. anscheinend höher, als bei den Germanen zur Zeit Cäsars. Darauf bin ich von alldeutscher Seite lebhaft angegriffen worden. Ich bleibe aber noch heute dabei; ebenso freilich bei meiner These, daß trotz dieser technischen Leistungsfähigkeit der schwarzen Afrikaner ihre geistige Veranlagung tiefer steht, weniger fruchtbar und dauernd nur zu geringeren Leistungen befähigt ist, als die weiße Rasse. Ich glaube auch nicht, daß diese Tatsache durch eine Erziehungsarbeit von ein paar Generationen ausgeglichen werden kann. Eher möchte ich glauben, daß sie überhaupt nie ganz wird ausgeglichen werden können. Auch wo der Neger Begabung aufweist, fehlt ihm der Maßstab des Bedeutenden. Seine Erzählungen, seine Fabeln, seine religiösen Vorstellungen, sein Geistesleben haben manche überraschenden Züge, aber es überwiegt das Zusammenhanglose, Groteske; die Tiefe fehlt. Die Phantasie schweift umher und bringt wunderliche Vorstellungen zusammen, aber nirgends taucht eine erhabene oder eine original sittliche Vorstellung auf. Man hat den Eindruck, daß diese Rasse als Ganzes aus einer anderen urmenschlichen Wurzel stammt, als die weiße und gelbe.

Aber hiervon will ich nicht weiter reden. Thorbecke nimmt die Menschen, mit denen er zusammengelebt und die er mit allen Mitteln beobachtet hat, einfach als Objekt seiner Darstellung. Er schildert ihre körperliche und technisch-materielle Kultur und ihr geistiges Leben. Er zeigt, was sie für eine Kunst, was für eine Musik und was für Instrumente sie

Digitized by Google

haben. Wilhelm Heinitz hat in einem besonderen Teil des dritten Bandes eine ausführliche Abhandlung über die Musik der erforschten Stämme, mit Transkriptionen von phonographisch aufgenommener Eingeborenenmusik und von Gesängen der Eingeborenen in Notenschrift gegeben. Für Musikverständige und Musikforscher ist das sicher ein besonders interessanter Bissen. In jeder Beziehung versucht die Darstellung vollständig zu sein; eine Monographie im besten Sinne des Worts, und für jeden, den sein Interesse auf diese Dinge hinleitet, eine anziehende Lektüre.

Als ein Gegenstück zu dieser völkerkundlichen Großleistung aus unserem eigenen einstigen Kolonialgebiet möchte ich hier eine Arbeit anderer Art nennen: das bei F. Köhler in Leipzig 1920 erschienene Heft 9 der vom Auswärtigen Amt herausgegebenen „Tagesfragen der Auslandswirtschaft": Der belgische Kongo nach dem Weltkriege von Ministerialrat Dr. Asmis. Der Verfasser war vor dem Kriege eine Reihe von Jahren deutscher Konsul in der belgischen Kongokolonie; ich habe ihn dort 1913 in Boma besucht und schon damals seine auf viel eigene Anschauung und ein großes Studium begründeten Kenntnisse des Kongogebiets schätzen gelernt. Seine jetzigen Ausführungen gibt er mit einer gewissen notwendigen Reserve wegen der Schwierigkeit der Materialbeschaffung für die Jahre seit 1914, aber wir erfahren trotzdem eine Fülle des Interessanten. Jedenfalls ist es die beste und vollständigste Arbeit, die uns heute über den belgischen Kongo zugänglich ist. Asmis schildert die Verwaltung und die Bevölkerung, die Wald- und Landwirtschaft, die Industrie, den Bergbau, den Handel, das Verkehrswesen und die Finanzen des Kongo. Für jeden, der ein wirtschaftliches oder sonstiges Interesse an Aequatorialafrika nimmt, ist die Schrift von Asmis durchaus notwendig. Sehr bemerkenswert ist sein Hinweis auf die während des Krieges fortgeschrittene furchtbare Entvölkerung durch die Schlafkrankheit. Sein Urteil ist durchweg vorsichtig; er erkennt an, was während des Krieges geleistet worden ist (vieles freilich wurde auch nicht geleistet), aber sein Schlußergebnis ist ungünstig für die allgemeine Bilanz der belgischen Riesenkolonie. Die Finanzlage ist schwach; der Gesamtfehlbetrag für die Jahre 1915 bis 1920 reicht nahe an 90 Millionen Franken heran. Der Voranschlag für 1920 ist viel zu optimistisch aufgestellt, und vor allen Dingen ist auf Grund der Asmisschen Darstellungen nicht zu erwarten, daß der Kongo sich in absehbarer Zeit so weit günstig entwickeln wird, daß das Gebiet imstande wäre, sich finanzpolitisch selbst zu tragen. Im ganzen genommen ist die Situation heute kaum anders als vor dem Kriege, wo ein Teil der öffentlichen Meinung von Belgien sich bereits damit vertraut machte, die Kolonie wenigstens teilweise zu verkaufen.

Digitized by Google

Ich möchte zu der Arbeit von Asmis noch nachtragen, daß nach holländischen Blättern die Bevölkerung von Belgisch-Kongo im Laufe der der letzten Jahrzehnte von 30 Millionen auf 10 Millionen herabgegangen sein soll. Die Zahl von 30 Millionen kann kaum sichergestellt werden, aber an der starken Abnahme ist kein Zweifel. Neuerdings hat das Antwerpener Blatt „De Schelde" mitgeteilt, es habe sich bei der letzten Volkszählung in der Kolonie herausgestellt, daß diese nur noch 5 776 451 Einwohner zählt. Unter den Ursachen dieser Sterblichkeit werden verschiedene Seuchen genannt, darunter Lungentuberkulose und Schlafkrankheit, deren letztere sich durch den intensiveren Verkehr unter der europäischen Verwaltung über das ganze Binnenland ausgebreitet hat. Auch ein Beweis für die „Ueberlegenheit" unserer Feinde auf kolonialem Boden! Feinde auf sozialem Boden!

Zum Thema: Deutschland und die Tschechoslowakei

Von Karl Hermann.

Der tschechische Außenminister Benesch, mit Kramarsch zusammen der Verfasser jener in der „Bohemia" vor kurzem mitgeteilten Fälschungen, welche die Grundlage zu der Entrechtung der Deutschen in der Tschechoslowakei darboten, hat Aeußerungen getan, in denen etwas wie eine Sehnsucht nach Stabilisierung der Beziehungen zu Deutschland anklingt. Natürlich, fügt er einige Sätze weiter hinzu, hänge das Verhältnis zu Deutschland von der Stellung Frankreichs zu Deutschland ab, von der ja die gesamte europäische Lage bestimmt werde. Man wünsche in Prag eine Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland.

Nichts kann besser, wenn man zwischen den Zeilen liest, die Lage beleuchten, als der außenpolitische Stoßseufzer des tschechischen Ministers. In der gleichen Nummer derselben Zeitung, in der ich diese Auslassungen zuerst las, standen zufällig daneben zwei Mitteilungen, die das Licht nur verschärfen. Einmal: daß sich die Tschechoslowakei bei der Entente heftig gegen die Wiederkehr Karls auf den ungarischen Thron verwahre, wobei darauf verwiesen wird, daß die wahrhaft kaiserliche Selbstverteidigung dieses würdelosesten aller neuzeitlichen Monarchen in der „Revue universelle" (außer niedlichen Beschimpfungen Deutschlands) auch den Nachweis der Lebensunfähigkeit der Tschechoslowakei enthalte. Zum zweiten: Die deutschen Abgeordneten der Tschechei erheben zu Beginn der neuen Session heftigen Einspruch gegen die dauernden Gewalttaten der „Staatsnation", auf allen Gebieten, vor allem im Schulwesen, und drohen mit einem Exodus aus der Nationalversammlung.

Die außenpolitischen und inneren Schwierigkeiten der Tschechoslowakei häufen sich. Die kleine Entente soll sich unter französischem Druck mit Ungarn verständigen. Sie ist bekanntlich als Gegenwirkung gegen jenen

Digitized by Google

Vertrag zwischen Ungarn und Frankreich entstanden, der Ungarn die Rückgabe von Teilen Westungarns, der Slowakei, des südslawischen und rumänischen Gebiets versprach, wofür Ungarn sich für die Verhinderung des Anschlusses und die größenwahnsinnige imperialistische Politik Frankreichs im Südosten einsetzen lassen soll. Der Vertrag wurde vorzeitig in Prag (durch Renner?) bekannt und veranlaßte Benesch zu jenem Gegenzug, der die Tschechei, Südslawien und Rumänien zusammenführte. Nun versucht Frankreich zu leimen: Masaryk hat einen vertrauten Gesandten nach Budapest geschickt und Ungarn anbieten lassen, es solle einen Teil der Slowakei zurückerhalten, dafür aber in dem tschechisch verbleibenden Teil seine Propaganda einstellen. Ungarn hat abgelehnt. Die habsburgische Propaganda wird von Frankreich aus gefördert, das macht die Prager nervös, umsomehr als sich die ungarische Reaktion längst schon nach Prag selbst vorwagt. Die Donau-Föderation und die Wiederkehr Habsburgs aber wäre das Schlimmste, das Prag widerfahren kann, — schlimmer unter Umständen als eine Stärkung Deutschlands.

Wenn diese freilich auch immer die Gefahr einer Stärkung des innerstaatlichen deutschen Widerstands gegen die planmäßige Tschechisierung bedeutet. Und hier setzen die inneren unlösbaren Schwierigkeiten der Prager Republik ein. Die Slowakei ist vom Standrecht noch nicht befreit, die deutschen Rekruten werden, soweit sie eingerückt sind, nicht sonderlich begeisterte Kämpfer für die Republik sein. Droht von Ungarn her der Rechtsputsch, so ist die Linksrevolution wahrscheinlich vorläufig nur durch die ungewöhnlich starke und tapfere Führerleistung Seligers in Karlsbad, der die Rechte und die Linke noch einmal in der Sozialdemokratie einigte, aufgehalten worden. Er starb wenige Tage nach seinem Siege und ist ohne Nachfolger. Eine Ernährungskrise schlimmster Art droht für die Wintermitte. Zwar hält selbst der am meisten links stehende tschechische Sozialist noch immer fest an der nationalen Gemeinschaft, wenn der neuerrichtete Nationalstaat in Gefahr geraten sollte. Aber anderseits ist das Chaos im tschechischen Lager selbst aufs äußerste angewachsen, und ob vor den von allen Seiten herandringenden Drohungen eine innere tschechische Front auf rein politisch-parlamentarischem Wege sich wird bilden lassen, ist überaus fraglich. Das gegenwärtige Beamtenministerium hat keinesfalls die Kraft, das umhergeschleuderte Staatsschiff sicher zu steuern, und Masaryk selbst hat an Ansehn so sehr eingebüßt, daß selbst sein Platz nicht mehr außerhalb der Parteistürme bleibt. Der angestrengte militärische Apparat der Republik, der auf Befehl Frankreichs mit ungeheuren Kosten erhalten wird (er kostet sechsmal soviel wie für Schule und Volksbildung ausgegeben wird) ist nicht zuverlässig in der Hand der Regierung. Möchten die Annäherungswünsche der Prager Gewalthaber in Berlin richtig verstanden und gewertet werden!

Digitized by Google

Es ist guter außenpolitischer Rohstoff, um den es sich handelt. Möge er nicht elend vergeudet werden wie seinerzeit die Möglichkeiten, die die Donaumonarchie darbot, und die man zu nichts anderem zu nutzen verstand als zu dem kläglichen „Bündnis", hinter dessen trügerischer Fassade die Deutschösterreicher langsam erstickt wurden. *)

Bodenreform oder Moskauer Diktat

Von Jakob Schaffner

Die „Revolution" hat sich nach zweijährigem Schwanken und gelegentlichem Schwelen zum Kampf um die Sozialisierung der Bergwerke beinahe plötzlich verdichtet. Die Beteiligten sind sich darüber klar, daß es sich um eine Machtprobe handelt. Wie heißen die Mächte? Marxistischer Sozialismus hier, und freie Wirtschaft dort. Das große Duell beginnt erst jetzt, weil es die „Revolution" versäumt hat, im Winter 1918/19 ganze Arbeit zu machen. Sie hat es versäumt aus Unfähigkeit, aus Mangel an Bereitschaft, und weil ihre Dogmen an der Wirklichkeit gemessen nicht zu brauchen waren. Wäre bloß der deutsche Militarismus und das Kaisertum 1918 zusammen gebrochen! Aber auch der marxistische Sozialismus hat Bankrott gemacht. Anders der deutsche Sozialismus, der keine verkrachte „Partei" sondern eine unbesiegte Macht ist, wie sich noch zeigen wird, eine wahrhaft tragbare und regierungsfähige Idee, nicht auf die Köpfe einer einzigen Klasse beschränkt, und dort nicht einmal zu ihren größten Konstruktionen gekommen. Die nächste Zukunft wird Ueberraschungen bringen.

Ist nun alles falsch und schief gewesen, was der marxistische Sozialismus lehrte und anstrebte? Beileibe nicht. Bei Marx stritten sich auch Gefühl und Verstand, Natur und die Eitelkeit eines guten Kopfes. Wer will bestreiten, daß sich in den Industriezentren und Großstädten besitzloses Proletariat massiert, welches durch seine Anwesenheit und Benützbarkeit zur Massierung von Gewerbe, Kapital und Produktion drängt? In Haufen zusammen gebracht, wurde der Mensch Ware, die ihren Preis, den Lohn, bekam. Viel Arbeiter, wenig Lohn. Marx konstruiert einen Lohnfonds, der vorhanden ist, und in den sich die Arbeitnehmer zu teilen haben. Aber der Lohnfonds hat sich ganz augenfällig absolut und auch verhältnismäßig erhöht. Im Jahre 1914 fiel mehr Lohn auf den einzelnen

*) Was die gegenwärtige Vertretung des Deutschen Reiches in Prag anlangt so läßt diese allerdings wenig Hoffnung auf Erfolge der deutschen Politik gegenüber der Tschechoslowakei zu. Aeltere Beziehungen zu Masaryk genügen heute als einzige Qualifikation für den Gesandtenposten in Prag nicht mehr, zumal wenn erhebliche Disqualifikationen auf der anderen Seite stehen.

Digitized by Google

Arbeitnehmer als 1848. Ferner: diese Entwicklung hielt mit der „Aufklärung" des arbeitenden Standes bei weitem nicht Schritt. Bis eine Schicht desselben besser gestellt war, stand die ganze Masse dem, was man Staat und Vaterland nannte, unbedingt feindlich gegenüber. Die absolute Zahl der wirklich und praktisch Besitzlosen schwoll fortwährend an, die Ziffer der staatlich und vaterländisch Zuverlässigen nahm ab, sie verloren dazu das moralische Ansehen, da sie den Staat mit ihrem Besitz verwechselten. An dieser Entwicklung verbesserten alle Sozialgesetze nichts. Versuche mit sozialistischen Genossenschaften verkrachten ausnahmslos. Die ganze Bewegung lief sich fest und begann zu stagnieren, sich zu zersetzen. Die öffentliche Gefährdung wurde nun unabsehbar. Es war also etwas nicht in Ordnung auch hier. Man kann heute sagen, woran es fehlte.

Marx hatte unterlassen, wie jeder Arzt, der kein Scharlatan sein will, die tiefere Ursache der Krankheit aufzudecken, die er zu heilen unternahm der sozialen Frage. Die Akkumulation von Kapital ist keine Ursache, wie er annahm, sondern wie die Schoppung einer Leber eine Folgeerscheinung. Auch die Häufung von Proletariat, die Vorbedingung für die Akkumulation, ist ihrerseits wieder eine Folgeerscheinung. Seitdem durch die Bodensperre das Produktionsmittel Boden zu großen Teilen in die Hand von wenigen Volksgenossen gekommen ist, existiert ein ausgesperrtes Proletariat, das vom gedrückten flachen Land in immer größern Massen nach den Städten und Gewerbeplätzen strömt und dort die Verhältnisse in der Weise anschoppt, wie wir sie heute kennen. Die Grundlage der vielbesprochenen Ueberproduktion, wegen deren Unterbringung auf den Weltmärkten wir uns mit andern Wirtschaften zu reiben begannen, ist dies massierte Proletariat. Nicht unsre Schwerindustrie hat uns in diesen Krieg getrieben, sondern die ungelöste soziale Frage, das nationale Unbehagen, das infolge des grob gestörten inneren Gleichgewichtes Nervosität und immer schwerere Blickbeirrung erzeugte. Ich habe in meiner Schrift „Die Erlösung vom Klassenkampf" *) diese Dinge ausführlicher dargestellt, als es auf dem beschränkten Raum einer Wochenschrift möglich ist. Wer noch tiefer in die Materie hinab steigen will, gehe zu Franz Oppenheimer, dem es vorbehalten blieb, den letzten Grund der sozialen Krankheit zu entdecken: die nationalen Bodenmonopole, auf denen alle andern Ausbeutungsmonopole sich aufbauen, und ohne die sie zusammenfallen. Nicht im „Unternehmerprofit" steckt der vielgesuchte und vielverfluchte Mehrwert, sondern in der Grundrente und dem Wertzuwachs.

Wenn ein Grundstück in der Nähe einer Stadt, das im Jahr 1825 ein Bauer für 2700 Thaler kaufte, infolge der Arbeit, welche die Stadt Berlin inzwischen geleistet hat, 1865 für sechs Millionen Mark ver-

*) „Die Erlösung vom Klassenkampf", Grethlein & Co., Leipzig.

Digitized by Google

kauft werden kann, so ist es nicht schwer, die Ursache der Sozialnot zu begreifen. Der Besitzer des Grundstückes hat ohne irgendeine eigene Wertleistung gegen sechs Millionen Mark eingestrichen, welche die Mieter der darauf errichteten Häuser durch ihre Gewerbekraft nun verzinsen müssen. Dieser Wertzuwachs ist der Vater eines Rattenkönigs von Lastern, Krankheiten und Verbrechen, die sich in den berüchtigten 24 000 Einzimmerwohnungen Berlins entwickeln. Es sind die Wohnhöhlen des allergefährlichsten Proletariats, das alles zu gewinnen und nichts zu verlieren hat, jenes Proletariats, das sich am 9. November mit den roten Fahnen durch die Straßen Berlins ergoß. Diese Menschen hatten bis zu 30 Prozent ihrer Einnahmen und ihrer Lebenskraft für die Erlaubnis aufbringen müssen, irgendwo wohnen zu dürfen, in irgend einer der verruchten Mietskasernen zugelassen zu sein. Mit diesen 30 Prozent ihrer Lebenskraft halfen sie, den „Wertzuwachs" einer „aufblühenden Stadt" zu verzinsen. Nur noch wenige Leute sahen sich in der Lage, so wenig für ihre Wohnung (herrschaftliche Etage oder Villa) ausgeben zu müssen, wie man zu Zeiten Goethes und Schillers ausgab: 5 Prozent! (Der Prozentsatz fällt mit der Höhe des Einkommens.) Es ist da kein Handwerker, kein Laden, kein Kino, keine Straßenbahn, die nicht in ihren Preisen, ihren Eintritts- und Fahrkarten Blutzins für fremden Wertzuwachs einzuziehen gezwungen sind. Das ganze wirtschaftliche Leben vom kleinen Beamten bis zur A-E-G in Berlin ist belastet mit einer Riesenhypothek, deren Zinsen wenige Besitzer des städtischen Wertzuwachses und der ländlichen Bodenrente genießen. Nicht der Hausbesitzer und der Unternehmer sind die Karnikel, denn sie müssen ja selber Wertzuwachs und Grundrente zinsen! Die ganze deutsche Wirtschaft würde von einem Alpdruck befreit aufatmen, sobald man sie von dieser ausbeuterischen Zwischenhand befreite. Derjenige Staat, der als erster die Bodenreform durchführt, diese unabsehbar folgenwichtige Sanierung, gewinnt mit seiner Wirtschaft vor allen andern Wirtschaften einen ungeheuren Vorsprung, weil er um den Betrag der Wertzuwachs- und Grundrente billiger arbeiten kann.

Die Sanierung braucht nun keine weitern Handgriffe, als ein großzügig angelegtes und durchgeführtes Siedlungswerk, das die ukassierten Plätze im Land entlastet, und die Anlage von Gartenstädten mit Schnellbahnen in der Umgebung der Industrieorte. Der dadurch bewirkte Abbau der Wohnungsnachfrage wird automatisch das großstädtische Mietshaus und den wertgesteigerten Boden zu Abschreibungen zwingen, und das ist es gerade, was wir zur Erleichterung von Wirtschaft und Verkehr gebrauchen. Die sogenannte Sozialisierung, die im Grund auf nichts hinauslaufen wird, als auf eine lähmende Bürokratisierung, ist außer Stande, diese Wirkung herbeizuführen, weil

Digitized by Google

sie die Krankheit nicht an der Wurzel faßt, sondern wie der ärztliche Scharlatan sich mit der Bekämpfung des Fiebers abgibt, ohne sich um die Krankheit zu bekümmern.

Und dann brauchen wir eine Reichsgrundsteuer auf den liegenden Boden. Können Politiker, die der Börse nahestehen, eine solche Steuer befürworten? Nein, denn sie hebt ja die Bodenspekulation auf. Aber alle Männer und Frauen, die deutschem Wesen und Fühlen nahestehen, können keine andere Steuer fordern, als diese. Um jeden als Steuer entrichteten Fünfmarkschein fällt der künstlich hochgeschraubte Wert des deutschen Bodens, der natürlich auch in der Veranlagung der Entente figuriert, um hundert Mark. Kann ein so verarmtes und geschlagenes Land wie Deutschland es sich leisten, fiktive Werte wie den Wertzuwachs mit einem Blutzins zu honorieren? Man sollte denken: nein. Kann es sich leisten, eine solche vor den Füßen liegende, bodenständige Hoheitssteuer wie die Grundsteuer zu übergehen? Man sollte wiederum denken: nein! Damaschke berechnet überschlagsweise, daß eine Besteuerung des deutschen Bodens mit 6 vom Tausend (nicht vom Hundert!) anderthalb Milliarden einbringen würde. Also eine gesunde nationale Abschreibung von 30 Milliarden innerer Hypothekenschuld, um deren Betrag der Kaufwert des Geldes steigen müßte. Es würde sich dabei, wohlverstanden, um eine Steuer auf nicht erarbeitetes Gut handeln. Die Einkommensteuer mit ihren 10 bis 60 Prozent stellt eine Steuer auf zum Teil schwer erarbeitetes Gut dar! Es wird unnötig sein, den Mittelstand auf diesen Unterschied noch besonders hinzuweisen. Die Steuergesetzgebung fährt mit der Stange im Nebel herum und schlägt unreifes Obst von den Bäumen, solange sie nicht die Grundsteuer zum Fundament hat. Die moderne Steuergebarung ist eine glatte Entartung gegenüber den früheren souveränen Prinzipien, die sich auf der Grundsteuer aufbauten. Der Spekulation zuliebe ist diese Grundsteuer erst durchbrochen und dann aufgehoben worden. Der deutschen Arbeit zuliebe muß man sie wieder erwecken. Sie gehört in den Kreis der Bemühungen, von denen die Verdeutschung der Gesetzbücher nur ein Glied ist.

Die Bodenreform ist kein Selbstzweck und hat sich nie als solchen betrachtet. Sie ist ein ungeheuer wichtiger Teil der nationalen Erneuerung, die wir im Kreis aller andern Fragen anstreben; man muß sie also betrachten und behandeln, wie es einer ungeheuer wichtigen Teilnotwendigkeit zukommt. Niemand kann von der Republik den Vorwurf nehmen, daß sie das Siedlungswerk verständnislos und ohne Größe und Tatkraft behandelt hat. Es ist schwer zu sagen, ob sie es sabotiert hat; es verkommt heute so viel, ohne daß man es ausdrücklich sabotiert. Aber die Demokratie muß sich doch gesagt sein lassen, daß sie unmöglich ruhig in

Digitized by Google

die Zukunft blicken kann, solange noch das Bodenmonopol einer wenig erschütterten Klasse von Volksgenossen fortdauert. Wer den Grund und Boden besitzt, hat nicht alle Macht, aber er hat viel, bedenklich viel Macht. Es ist jetzt nötig, daß nach dem Redekrieg in Weimar und in Berlin auch etwas Tatsächliches geschieht, um diese Demokratie zu festigen. *Jede praktische Grundherrschaft ist eine Festung der feudalistischen Weltauffassung innerhalb der jungen Demokratie und des aufstrebenden Sozialstaates.* Es scheint nicht immer, daß man sich das genügend klar macht. Es genügt nicht — wenn man etwa darauf hoffte —, daß diese Burgen nach und nach in die Hände der Finanz und der kaufkräftigen Bürgerschaft kommen. Sie müssen, um die Nation zu sichern, überhaupt abgebaut werden. *Aus jeder Burg müssen hundert Bauernhäuser entstehen.* Jede Grundherrschaft muß zu einer landwirtschaftlichen Gemeinschaft umgewandelt werden. Wer den Boden hat, der befiehlt; man kann sich schwer vorstellen, daß es im Interesse des Volkes liege, anstatt von der feudalen Kaste, von der Plutokratie monopolisiert zu werden.

Wir wollen unsre Bevölkerungshohlräume mit deutschem Fleisch und Blut auffüllen. Nur vom Land her können wir dem Großstadtjammer zu Leibe gehen. Vom Land her werden wir den Klassenkampf abbauen. Vom Boden aus sollen wir die deutsche Wirtschaft erlösen. Von der deutschen Erde aus müssen wir die einheimische Produktion an Fleisch, Fett, Häuten, Eiern, Obst und Gemüse verdoppeln bis verzehnfachen. Hätte Preußen ausgesehen, wie Süddeutschland, so wäre der Plan der Aushungerung nicht so rasch und katastrophal gelungen! Auch die wahre Demokratisierung des deutschen Volkes wird nicht bewirkt durch Leitartikel liberaler Zeitungen, ja, nicht einmal durch demokratisch inspirierte „Verfassungen", solange die *Sach*verfassung des Landes auf dem Monopolismus beruht. Wer nicht mit aller Kraft und Leidenschaft die Bodenreform betreibt, und spricht von Demokratisierung, der ist ein politischer Pfuscher oder ein Heuchler. Solange das Bodenmonopol besteht, solange besteht die Ursache zur krassen Ungleichheit, zum Klassenkampf, zur Gewalttätigkeit von der einen und zur Staatsfeindschaft von der andern Seite. Die Bodensperre mit ihren Folgen — ausgesperrtes Proletariat, hypertrophierte Industrie, Ausbeutertum und Standesherrschaft, Klassenelend und Kulturkrach — hat nacheinander zur öffentlichen Verfehmung jeder Institution, jeder Klasse und des gemeinsamen Staates selbst geführt. Bevor diese Verfehmung aufgehoben ist, kann man nicht auf den Beginn einer neuen deutschen Kultur hoffen.

Dies, und nur dies, ist der wahre Gehalt des Kommunismus einerseits, und jener Kräfte, die sich der Sozialisierung entgegenstemmen, andererseits. So nahe berühren sich die scheinbaren Gegensätze. Es ist leicht,

Digitized by Google

zu sagen, warum. Mit dem kläglichen Stumpfsinn der Arbeitslosenversicherung und des monotonen Lohnkampfes läßt sich die soziale Frage nicht lösen. Der Kommunismus führt die Bodenreform an sichtbarer Stelle des Programmes, und insofern ist er dem Mehrheitssozialismus weit überlegen. Aber auch er hängt mit dem Rockschoß an demselben Haken fest, von dem seine Brüder schon fünfzig Jahre nicht loskommen, am Dogma von der Unumgänglichkeit der krassen Ungleichheit der Stände, sobald in größerem Stil gewirtschaftet wird. Er glaubt, wirtschaftliche Betätigung muß zur Ausbeutung, zur Scheidung von ganz reich und ganz arm, zur Klassenbildung führen. Gewiß, wenn das Bodenmonopol die Grundlage zur Bildung weiterer Monopole legt. Dann muß sie, und dann sogar unerbittlich, unumgänglich. Besteht aber kein Monopol, so muß sie nicht nur nicht, sondern sie kann überhaupt nicht. Wo soll ein auszubeutendes Proletariat herkommen, wenn es nicht von der Bodensperre in das Gewerbe getrieben wird? Und hier sieht die erschütterte und zu neuen Wegen bereite Industrie weiter als der Kommunismus. Sie hat bereits den Weg der Siedlung selbständig angetreten. Sie sagt: „Sozialisieren können wir nicht, ohne noch vollends zugrunde zu gehen. Aber wir wollen die Monopole abbauen, indem wir sie mit euch teilen. Wir machen euch zu Aktionären unsrer Werke, und wir siedeln euch auf dem Boden frisch an, von dem euch vergangene Jahrhunderte abgetrieben haben".

Da geht ein Weg in die Zukunft. Eine Macht im Land muß führen! Aber sie muß mit Geschenken kommen, und sie muß mit Verantwortlichkeit hoch beladen sein. Seit den frühen Hohenzollern hatte noch keine Macht im Land eine solche ungeheure Verantwortung für Leben und Tod des ganzen Volkes wie das Unternehmertum. Außer ihnen lernte auch niemand dies herzbange Risiko für die eigene Existenz kennen. Wir sagen nicht, daß der Kreis dessen, was zu schenken ist, bereits erfüllt sei. Er ist erst betreten. Aber man soll dem Unternehmer selbstvertrauend darein folgen. Jeder Schritt bedingt den zweiten. Und die übrige Nation soll sich nun ihrerseits aufraffen. Mit dem Naturopfer der Grundsteuer auf der Basis der Selbsteinschätzung, und der heiligen Handlung der Groß-Siedlung soll sie staatsmännisch und verjüngt das Tor in ihre Zukunft öffnen.

Die deutsche Industrie steht vor ungeheuren Aufgaben. Sie soll ganz Mitteleuropa wieder aufbauen. Die Schwätzer und Schreier werden das nicht tun, und die Buschklepper- und Schiebernationen auch nicht. Das Unternehmertum muß also führen. Aber es kann nur führen, wenn es willige Nachfolge findet, und wenn zweitens der Intensivleistung der Industrie eine Intensivleistung des Landes gegenübersteht. Ohne eine weitgehende Neukolonisierung des Bodens durch das

Digitized by Google

deutsche Volk fehlt die Ergänzungsproduktion an Nahrungsmitteln, bleiben wir von der Einfuhr abhängig und ist nicht abzusehen, wann sich unsre Valuta erholen soll. (Es ist nämlich eine tendenziöse Lüge, daß die allmähliche Siedlung die ländliche Produktivität vermindern wird. Das Gegenteil ist die Wahrheit. Die Nachweise sind geführt!) Großzügigste Intensivwirtschaft in Stadt und Land ist nötig, wenn wir uns erholen sollen. Der Abbau der sozialen Frage ist bloß möglich durch den Abbau der industriellen und der ländlichen Monopole, damit der Sach- und Seelenspannung, damit der deutschen Frage. Alles andere ist Spiegelfechterei und Demagogie.

Ist dann Mitteleuropa wieder aufgebaut, und beginnt unsre Industrie wieder an die Grenzen der internationalen Märkte zu stoßen, wie 1914, so macht sich bereits die Entlastung durch die Abwanderung aufs Land fühlbar mit allen heilsamen Folgen der Großsiedlung. Das mit kaufkräftigem Bauerntum bevölkerte Land wird in zunehmendem Maß selber Abnehmer der Industrie. Von den paar Großagrariern und dem Häufchen verelendeten Landproletariat kann sie freilich nicht leben. Anstatt von Kultur zu schwatzen und zu schreiben, soll man sie verbreiten, indem man sie leibhaft in die kulturöden Weiten der Großgrundbezirke einziehen läßt. Gartenstädte mit Schnellbahnen in den Industriegegenden, Abbau der Wohnungsskandale in den Großstädten, Abschreibungen von den Hypotheken, Abwälzung einer Milliardenlast fiktiver Werte, und eine allgemeine Befreiung und Erneuerung der deutschen Wirtschaft: das sind die Wege zu einem neuen Zukunftsbild. Andere gibt es nicht. Es gibt auch keine andern Wege zu einer echten, deutschen Demokratie, die kein politischer Schwindel sein soll, sondern eine Wirklichkeit in Kraft und Wahrheit.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Allen Zusendungen ist Rückporto beizufügen.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt. Redaktion: Schöneberger Ufer 36a I. Telephon: Nollendorf 928. Für Anzeigen: Werbedienst G. m. b. H., Berlin W 35, Lützowstr. 102/4. Verlag: Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt 15 M. Einzelnummer 1,50 M. Druck von Paß & Garleb G. m. b. H., Berlin W 57, Bülowstraße 66.

Digitized by Google

Die Hilfe

Zeitschrift f. Politik, Literatur u. Kunst

Begründer: D. Friedrich Naumann.

Schriftleiter Wilhelm Heile u. Dr. Gertrud Bäumer.

Fast 25 Jahre von Naumann geleitet, in seinem Geiste von seinen alten Mitarbeitern fortgeführt!

Das nationale und soziale Blatt der Demokratie!

Probeheft kostenfrei.

Vierteljahrespreis 10 M.

Verlag der „Hilfe", Berlin NW. 40.

Als Mittler zwischen Herstellung und Verbrauch, zwischen Angebot und Käufer wird immer eine den Zeitverhältnissen angepaßte Werbung nötig sein, wie sie der

Werbedienst

in allen seinen Arbeiten pflegt u. fördert. Erste Künstler, namhafte Fachleute u. durchgebildetes Personal vereinigen sich zu dieser Aufgabe

Eigenes Atelier mit Haus- u. Versuchspresse

Werbedienst G. m. b. H Berlin * W 35

Digitized by Google

POLITISCHE BÜCHEREI

Soeben erschienen:

Albert von Hofmann

Politische Geschichte der Deutschen

1. Band

Auf holzfreiem Papier gedruckt, geheftet M. 30,—, in Halbleinen gebunden M. 40, im vornehmen Einband der Politischen Bücherei M. 44. — Für Abonnenten der Politischen Bücherei: Gebunden M. 38,50 ord.

A. von Hofmanns auf 4 Bände angelegtes Werk ist berufen, dem deutschen Volk an Hand einer bis in die Anfänge unseres nationalen Werdens zurückliegenden Betrachtung zu zeigen, welche Tatsachen und Schicksale der Vergangenheit das Heute entscheidend vorbereitet haben. Der zunächst erscheinende 1. Band führt von den Urzeiten bis zum Ausgang der Karolinger. Im Vergleich zu der Knappheit, mit der in so vielen anderen Geschichtsbüchern die alte Zeit behandelt ist zugunsten der immer breiteren Ausführung der späteren Epochen, ist jenem Jahrtausend deutscher Vorgeschichte und Geschichte ein sehr weiter Raum zugemessen. Die Darstellung atmet überall lebendige Anteilnahme des Autors, die beim Leser die gleiche Wärme erweckt, ein starkes Empfinden für das Wichtige und Freude an kraftvollen Persönlichkeiten. Nirgends ist die Darstellung durch eine Tendenz, durchweg aber

durch eine tiefinnerliche, allem Parteiwesen ferne nationale Gesinnung bestimmt, durch aufrichtige Liebe zu allem Guten und Starken in der deutschen Geschichte.

So gibt uns A. von Hofmann ein Buch nationaler Selbsterkenntnis und vaterländischen Trostes in einer Zeit, da wir, wie kaum je, der Selbsterkenntnis und des Trostes bedürfen.

Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart, Berlin

Digitized by Google

Verkehrswissenschaftl. und Wirtschaftsgeschichtl.
Seminar der Handels-Hochschule Mannheim

Deutsche Politik

Bibliothek der Handelshochschule Mannheim
16 DEZ. 1920

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Inhalt:

Politische Glossen 641
Rohrbach, Ein Besuch in Finnland 643
Treuherz, Pläne für den Wiederaufbau 646
Herre, Die Krise in Spanien 650
Rühlmann, Ernst Lavisse im Meinungsstreite . . . 660

Preis vierteljährlich M 15.– das einzelne Heft M 1,50

---

5. Jahrgang 3. Dezember 1920 Heft 49

Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart-Berlin

Digitized by Google

Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart-Berlin

Kürzlich erschien das 3. Tausend von

ALBERT VON HOFMANN

Das deutsche Land und die deutsche Geschichte

Ein Band von 603 Seiten mit 54 Kartenskizzen.
Vornehm in Halbleinen gebunden M 30.—

Geh. Rat Prof. Dr. Hermann Oncken urteilt: Das Buch bietet eine originelle Verknüpfung von geographisch-landschaftlicher und geschichtlicher Betrachtung, wie wir sie bisher noch nicht besessen haben. Gerade für den Deutschen von heute, dem außer seinem Heimatboden und seiner Vergangenheit nicht viel geblieben ist, wird ein Buch, das ihm in dieser Welt das Teuerste heimisch machen kann, nicht vergebens geschrieben sein.

Durch alle Buchhandlungen zu beziehen

Soeben wurde ausgegeben das
105. bis 109. Tausend
von

LILY BRAUN

Im Schatten der Titanen

Erinnerungen an
Baronin Jenny von Gustedt
Gebunden M 20.—

„Soweit ich die Literatur der Moderne übersehe, habe ich kein Memoirenbuch gefunden, dessen persönlich „erlebter" Inhalt so beweglich und ergreifend zu wirken imstande wäre wie diese Braunsche Dichtung."
(Berliner Börsen-Courier.)

Durch alle Buchhandlungen zu beziehen
Deutsche Verlags-Anstalt
in Stuttgart-Berlin

„Die Bücherpost"

unterrichtet wöchentlich über Neuerscheinungen des deutschen Buchhandels aus allen Wissensgebieten und der Unterhaltungsliteratur. Einzelnummer 25 Pf., vierteljährlich M. 2.50. Abonnements nimmt jede Poststelle, auch der Briefträger, entgegen. Probenummern sendet die Geschäftsstelle der „Bücherpost", Frankfurt a. M., Niddastr. 74, postfrei und umsonst.

Stuttgart DW Leipzig

Deutsche Wacht

Organ zum Wiederaufbau deutscher Interessen im Ausland

Offizielles Organ des Verbandes „DW"
die Zeitschrift der Auslandsdeutschen.

Wertvollstes Anzeigenblatt für Im- und Export
Handelsteil mit Angebot und Nachfrage.

Große Auflage. In ganz Europa gelesen.
Halbjahr 3,60 M. Zeile 60 Pfg. Heft 50 Pfg.
Verlag „Deutsche Wacht" Stuttgart

A. WARMUTH · Speditionsgeschäft

Zentrale: BERLIN C 2, Hinter der Garnisonkirche 1a
Fernsprecher Norden: 309, 810, 1642, 4472 u. 4512
Leipziger Abteilung: Dorotheenstr. 20a. Zentrum 2009
Versand von Gütern aller Art nach allen Orten der Welt.
Möbeltransport · Lagerung.

Digitized by Google

5. Jahrgang * 3. Dezember 1920 * Heft 49

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik
Herausgeber:
Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

In Genf herrscht wie in Paris Nervosität. Die Franzosen befürchten den Völkerbund nicht mehr in der Hand zu haben. Gibt es dort doch nicht nur eine zwar wenig gefährliche skandinavische Opposition, sondern auch eine „spanische Fraktion", zu der sich die Südamerikanischen Republiken mit ihrem Stammlande zusammengetan haben; dazu kommt noch der latente französisch-englische Gegensatz und vor allem der Zusammenbruch der französischen Stützen im Osten: Wrangel, Venizelos und — Polen. Grund genug, um nervös zu werden, und unablässig das eine Wort zu wiederholen: Am Versailler-Frieden darf nicht gerüttelt werden.

*

In Irland ist der Kampf zwischen Sinn-Feinern und englischem Militär aufs höchste gestiegen. Diesen Konflikt können nicht mehr Parlamentsbeschlüsse lösen, sondern nur Blut und Eisen. Das brutale Vorgehen des englischen Militärs gegen Frauen und Kinder hat jetzt zu furchtbaren Gegenmaßregeln der Iren geführt. Wie sinnlos Lloyd Georges Polizei dort gewütet haben muß, geht am besten daraus hervor, daß die englische Opposition dieses Vorgehen nach wie vor als Mord an unschuldigen Frauen und Kindern bezeichnet.

*

Die Abstimmung über Oberschlesiens Autonomie hat in der Ablehnung die Deutschnationalen und Neukommunisten vereinigt gesehen. Die Deutsche Volkspartei, deren Presse mit zu den stärksten Gegnern der Autonomie gehörte, hat unter dem Zwang der Situation ihre Haltung geändert. Ihr Sprecher, der Abg. v. Kardorff erklärte, daß, wenn auch schweren Herzens, „parteidogmatische Grundsätze zurückgestellt" werden müssen. In der Tat, wenn die Anerkenntnis historischer Grenzen und Verwaltungs-

Digitized by Google

einheiten ein Parteidogma werden dürfte, dann wäre eine der Zukunft Deutschlands zugewandte Politik schlechterdings undenkbar. Ein erster Schritt ist getan.

Auf der Tagung der christlichen Gewerkschaften hat der Wohlfahrtsminister Stegerwald die Losung einer neuen Parteigründung ausgegeben. Die Meinungen streiten, ob es ihm nur darauf ankam, die Position des Zentrums zu verbreitern, d. h. J. Bachems Bestrebungen aufzunehmen, der schon vor einem Jahrzehnt die katholische Partei „aus dem Turm" herausholen wollte, oder ob in der Tat eine völlig neue Parteigründung der Sammlung geplant ist, für die als Stichworte gelten wollen: christlich, deutsch, demokratisch, sozial. Eine solche neue Partei ist in Deutschland praktisch undenkbar, wenn sie nicht mit der Auflösung vorhandener Gruppen rechnet. Nun befinden sich ja sämtliche Parteigebilde Deutschlands noch im Zustande der Gärung, aber alle haben auch ihre eigengesetzliche Zwangsläufigkeit in Organisation und Tradition. Stegerwald sieht die Wunde, an der Deutschland krankt; die Zerrissenheit in Parteien, die dann unerträglich wird, wenn es sich um die Herstellung einer tragfähigen Regierung handelt, und die materialistische Verranntheit des marxistischen Dogmas. Aber wo steckt die Gewähr, daß eine Gründung, wenn sie nicht mit einem zwingenden geistigen Inhalt ausgestattet ist, nicht durch ihre inneren Gegensätze gelähmt wird? Die sachliche Durchbildung von Stegerwalds Idee ist in dieser Hinsicht noch nicht greifbar genug.

Interpellationen sind eine sehr brauchbare politische Waffe des Parlaments, die auch einer Regierung, vor allem wenn sie dem Ausland etwas zu sagen hat, erwünscht sein kann. Aber ihr häufiger Gebrauch und Mißbrauch macht sie stumpf; vor allem wenn sie gar nicht das Bedürfnis nach einer politischen Machtklärung, sondern die Unterhaltung des Publikums ihr Zweck ist. Der Reichstag verschwendet einfach seine Zeit und schwächt nicht nur sein deutsches, sondern sein internationales Ansehen, wenn er sieben Stunden lang über Kapitalverschiebungen sich streitet, in voller Einheit, daß in ein schwebendes Verfahren sozusagen nicht eingegriffen werden solle. Und jetzt kommt das Zentrum mit einer Interpellation, weil ein Regierungsbeamter v. Falkenhayn in schnoddriger Weise das nationale Gefühl der Rheinländer in Frage gestellt hat! So was ist freilich dumm und übel, aber soll darüber nun wieder stundenlang geredet werden? Wenn der Reichstag seine Praxis nicht ändert, trägt er selber das meiste dazu bei, seine Arbeitsleistung und damit sein Ansehen zu kürzen.

Digitized by Google

Ein Besuch in Finnland

Von Dr. Paul Rohrbach

Deutsche und einheimische Freunde in Finnland haben mich zu einem Besuch eingeladen, um in Helsingfors und Abo einige Vorträge zu halten. Thema: Deutschlands innere und äußere Lage; Deutschland und der Osten; das osteuropäische Problem als solches. Die beiden Brennpunkte des Interesses heißen hier „Deutschland" und „Rußland". Im ganzen Volke zittern noch nach die Dankbarkeit für die Befreiungshilfe der deutschen Truppen 1918 und die haßerfüllte Erinnerung an den russischen Druck. Dazu die Sorge: Wie, wenn Rußland wieder einmal zu Kräften kommt und dann von neuem versucht, Finnland zu unterwerfen? Zwischen Finnland und der russischen Sowjetregierung ist eben ein Friedensvertrag geschlossen worden. Ueber die Ratifikation wird im finnländischen Parlament verhandelt, und die Meinungen stoßen stark aufeinander. Rußland! hört man überall. Wie denken Sie über Rußland? ist die stets wieder gehörte Frage.

Eine Gesellschaft von Deutschen und Finnländern sitzt beisammen. Man spricht natürlich von Rußland. Dieser und jener erzählt eine Geschichte zur Charakteristik der Russen: „Der Russe im Munde der Randvölker." Jemand ist in Armenien gewesen und hat einen armenischen Pfarrer am Fuß des Ararat erzählen hören:

„Gott und Christus gingen zusammen am Araxes durch das Land. Gott spricht: Nun haben wir sie alle geschaffen, den Armenier, den Perser, den Kurden, wir wollen nun auch den Russen schaffen. Christus spricht: Tu das lieber nicht, es wird Unannehmlichkeiten geben! Gott spricht: Es geht doch nicht anders, wir müssen gerecht sein und auch den Russen schaffen. Und Gott schafft den Russen. Im Augenblick steht ein wilder Kerl da und brüllt die beiden Wanderer an: Wo sind eure Pässe? Christus spricht: Ich habe gesagt, es wird Unannehmlichkeiten geben!

Ukrainisch: Vater und Sohn pflügen unweit ihrer Hütte das Feld. Der Sohn sagt: Ach Vater, Vater, sieh, da kriecht ein Teufel in unsere Hütte! Der Vater: Macht nichts, es ist ja kein Moskowiter!

Baltisch. Im Dorpater Universitätsgebäude ist eine russische Kapelle eingerichtet und eine Zwiebelkuppel mit einem russisch-griechischen Kreuz ist auf das Dach des Universitätsgebäudes gepflanzt worden. Der Kurator fragt bei der Einweihung einen deutsch-baltischen Professor, was er dazu meine? Der Professor: Ich finde das Kreuz sehr passend. Der Kurator: Wieso? Der Professor: Es ist das Grabkreuz der Wissenschaft. Der Kurator: Wie können Sie als russischer Untertan in Rußland so etwas sagen? Der Professor: Wenn ein Fohlen im Schweinestall zur Welt kommt — ist es darum schon ein Ferkel?

Digitized by Google

Einer der Anwesenden: Wollen wir nicht einmal den Russen über sich selbst hören? Turgenjew auf der Pariser Weltausstellung von 1887. Er besichtigt mit einigen Freunden alle dort aufgehäuften Errungenschaften der westlichen wie der östlichen Kultur und sagt: Was von alledem würde nun fehlen, wenn es nie ein Rußland und nie ein russisches Volk gegeben hätte? Drei Dinge würden fehlen: Die Lapti (die aus Lindenbast geflochtenen Schuhe des großrussischen Bauern), die Knute und der Samowar — und die beiden letzteren haben wir auch von den Tataren entlehnt!

Ein Finnländer: Meine Meinung über den Russen ist kurz: Von allen nichtmenschlichen Kreaturen ist er, man muß es zugeben, die menschenähnlichste!

Dies Wort charakterisiert das innere Verhältnis zwischen Finnland und Rußland während der letzten zwanzig Jahre besser als eine lange Darstellung. Schon die Schreckenszeit während des Nordischen Krieges, als die barbarischen Truppen Peters des Großen Finnland verwüsteten und die Bevölkerung zum Bau von Petersburg fortschleppten, heißt bis heute in Finnland: „Isо Viha", der große Haß! Von Alexander I., unter dem Finnland in Realunion mit Rußland kam, bis Alexander II. war das Verhältnis gut, unter Alexander III. begannen die Verletzungen der finnländischen Rechte, und unter Nikolaus II. die schamlose, gesetz- und rechtswidrige Vergewaltigung. Und dann kam die Schreckenszeit, wo die bolschewistisch gewordene russische Soldateska mit einheimischen „Roten" verbündet im Lande hauste.

Hiervon ist Finnland durch die deutsche Hilfe errettet worden, und es hat für einen Deutschen etwas Ergreifendes, in einem Aufenthalt, der sich nicht auf eine flüchtige Vortragsstunde und ein paar offizielle Reden beschränkt, zu erfahren, welch eine feste und tiefe Dankbarkeit gegen die Deutschen in Finnland eingewurzelt ist. Und jeder Gebildete in Finnland, fast ausnahmslos, kann Deutsch, spricht deutsch und tut es mit Genugtuung. Am Jahrestage der Gründung der Finnisch-deutschen Gesellschaft, 1919, hielt der Vorsitzende, Professor Dr. Waldemar Ruin, eine Rede, die noch heute in allen finnländisch-deutschen Kreisen nachklingt:

In Lust und Leid trafen wir uns. Das war eben das einzigartige psychologisch Bild jenes 12. April 1918! Die ganze Stufenleiter gewaltiger Gefühle durchlief an dem einen Tage unser Seelenleben, von der drückendsten Besorgnis und Spannung bis zur äußersten Freude uns lösenden Erleichterung. Erinnern wir uns bloß eines Augenblicks, was das für eine jubelnde Erhebung war, als nach unheildrohenden Stunden völligster Unsicherheit die ersten deutschen Feldgrauen in ihrer überlegenen Sicherheit und Geschwindigkeit sich an den Straßenecken zeigten, um sich bald in edelster Waffenbrüderschaft mit unseren weißen Jünglingen zu mischen, während gewaltige Rauchwolken aus der russischen Kaserne stiegen, ein Symbolum, wie kein zweites, des für Finnland anbrechenden neuen Tages. Erinnern wir uns auch, was

Digitized by Google

das für eine unsägliche Freude und Genugtuung war, diesen Deutschen, die bereit waren, sich für uns zu opfern, durch begrüßenden Zuspruch und Bewirtung ein Willkommens und Liebeszeichen geben zu können. Es ist eine alte Behauptung, man könne mitunter vor Freude sterben. Fast hätte ich gesagt: Nun, sowas möchte ich denn doch selbst erleben. Vielmehr meine ich aber, die große Freude läßt uns erst recht gesunden, fügt unserem dürftig zugemessenen Leben ein gutes Stück Leben hinzu. —

Vergegenwärtigen wir uns die unvergeßliche Abschiedsstunde, als wir am freudlos grauen Dezembermorgen still, eng geschart drunten am Quai standen, nach herzlichen Abschiedsgesängen und Wiedersehenswünschen die großen Schiffe vor unseren Augen langsam in neblichte Ferne hinausgleitend und schwindend! War denn das nicht, in seiner ganzen Düsterheit, ein noch inhaltsschwererer, erhabener Moment als der damalige der grenzenlose Freude, ein Moment, wo zu der Macht gefestigten Freundschaft auch noch die ethische Aufforderung hinzutrat, um sich mit ganzer Wucht fühlbar zu machen, die hohe Aufforderung, Mitgefühl spendend in Treue unverbrüchlich auszuharren!

In der Tat, in Finnland liegt ein großes moralisches Kapital für Deutschland erworben da. Unser deutscher Gesandter, Freiherr v. Brück, ein Bayer — es war der erste, der schon nach Wasa zu der entstehenden „weißen" finnländischen Freiheitsregierung kam — hat verstanden, es werbend zu vermehren. Er ist ein rechter deutscher Gesandter für Finnland gewesen, und ich habe in diesen Tagen in Helsingfors und Abo keinen einzigen Finnländer gesprochen, der nicht von Herzen bedauerte, daß dieser vornehme und kluge Mann mit seinem gewinnenden Lächeln und den freundlich-überlegenen Humoren unter dem grauen Schnurrbart in diesen Tagen Finnland verläßt. Das Abschiedsfest der Finnländer für ihn war großartig; möge es seinem Nachfolger bald gelingen, seine Stelle in den finnländischen Herzen und in der deutsch-finnländischen Politik auszufüllen!

Es ist ein merkwürdiges Leben hier im heutigen Finnland. Alle Preise sind von einer phantastischen Höhe. Die finnische Mark, deren Nominalwert gleich einem Franken Gold ist, steht meist zwischen dem Doppelten und Anderthalbfachen des heutigen Markwerts, ist also zurzeit gleichfalls sehr stark unterwertig. Finnland hat wie Deutschland eine „kranke" Valuta. Trotzdem ist nirgends weder Mangel noch Sparsamkeit zu spüren. Die Wohnungspreise in Helsingfors sind enorm, aber die Menschen reißen sich um die Wohnungen. Die Industrie arbeitet, die Restaurants sind gefüllt, Männer und Frauen gut angezogen, die Automobile sausen, alles verdient, die Beamtengehälter sind vervielfacht. Die Truppen sehen frisch und schneidig aus. In den Banken und Warenhäusern staut sich das Publikum, aber auch wissenschaftliche und literarische Vorlesungen, Konzerte und Theater sind gefüllt. Man hat den Eindruck, daß das geistige Leben um nichts hinter dem Wirtschaftsgetriebe zurückbleibt. Der Finnländer hat stets zu den gebildeten Menschen in Europa gehört, und sein geistiges Selbstgefühl ist jetzt doppelt so hoch, wo das Land unabhängig ist. Alles scheint einig in der Ueberzeugung,

Digitized by Google

daß die Teuerung, die Behinderungen des Verkehrs und was sonst noch an die unnormale Lage der Dinge erinnert, vorübergehend ist. Man ist optimistisch in bezug auf die Friedensrevision und die allgemeine Wiederherstellung Europas. Man vertraut unbedingt darauf, daß namentlich Deutschland sich in die Höhe arbeiten wird und daß es bald geschehen wird. Wer deutsch spricht, ist eines freundlichen Blicks, eines aufmunternden, zurechthelfenden Wortes sicher. Finnland ist eine deutschfreundliche Oase in einer Welt von Haß und Mißverstand. Es ist eine optimistische Insel, selbst wenn von Krisis gesprochen wird. Die Menschen hier vertrauen auf sich und vertrauen auf die Zukunft. Aber nur eine Tagesfahrt entfernt liegt die „rote" Grenze, liegt das einst gewaltige, jetzt verfallende, in furchtbarem Hungerleiden dahinsterbende, erfrierende Petersburg. Die Nachrichten von dort sind grauenhaft, erschütternd. Dort im Osten liegt die große „Frage" für Finnland.

Pläne für den Wiederaufbau

Von Dr. Paul Treuherz

Wenige Jahre nach Gründung des Reiches wurden die neugewonnenen Grenzen mit wehrhaften Zollmauern bestückt. In ihrem Schatten vollzog sich die Umorganisation der wirtschaftlichen Kräfte des Landes in zahlreichen Kartellen und Trusts. Von hier aus sollten die Preise im Inlande reguliert und Angriffe auf die Auslandsmärkte unternommen werden. Nach schweren Kämpfen gelang es, für Deutschland Raum in der Welt zu gewinnen und schließlich auch mächtige Nebenbuhler zur Anerkennung zu zwingen. Der wirtschaftliche Druck schuf politische Feindschaft; diese äußere Bedrohung Deutschlands zwang umgekehrt wieder zur Zusammenfassung der Kräfte im Innern: zu Ueberorganisation, Uebermilitarismus und Ueberindustrialisierung. Die Gütererzeugung wird auf rationellere Grundlage gestellt; sie wuchs und drängte von neuem auf Abfluß ins Ausland. Die industrielle Bevölkerungsverdichtung zwang zur Bezahlung von Rohstoffen im Austausch gegen Erzeugnisse deutschen Industriefleißes.

Hier schließt sich der Ring. . . .

Die alten Reichsgrenzen sind in Versailles zerstückt worden. Der Schlagbaum, hinter dem schutzlos die junge Republik steht, wehrt fremden Gelüsten nur ungenügend, — an vielen Stellen kontrollieren feindliche Kommissionen wichtigen deutschen Wirtschaftsboden.

Das äußere Bild hat sich gewandelt. Die Wirtschaft findet nun keinen Schutz mehr in staatlichen Organisationen: die Industrie ist politisch wehrlos und muß sich mit selbst geschaffenen Schutzformen überkrusten. Das kapitalistische Wirtschaftssystem wird gleichzeitig von innen

Digitized by Google

angegriffen, während das Ausland höchste Leistung von uns erwartet. Nur wenn sie vollbracht wird, kann das übervölkerte Land ernährt werden, nur wenn es ernährt werden kann, wird eine sozialpolitische Entspannung ausgelöst und der Wirkungsgrad der Arbeit gesteigert werden. Daß die Umstellung der Wirtschaft aus politischen Gründen in einer Zeit erzwungen wird, da die Leistungsfähigkeit der alten Produktionsinstrumente durch Verschleiß in den Kriegsjahren gemindert ist, muß notwendig zu schweren ökonomischen Krisen führen.

Die geistige Elastizität, mit der deutsche Unternehmer diesen Erschütterungen begegnen, sollte auch ihren politischen Feinden soviel Achtung abringen, daß die Diskussion über den Wiederaufbau der Wirtschaft sachlich geführt werden kann. Die Aussichten für die Erhaltung der deutschen Arbeitsfähigkeit sind ohnehin nicht gerade günstig. Während früher die Auslandsmärkte auf Kosten eines durch Zollschutz heraufgeschraubten inländischen Preisniveaus erobert werden konnten, müssen heute die heimischen Preise auf Kosten der beim Export erzielten Gewinne niedrig gehalten werden, — wenngleich die heimische Kaufkraft nicht ganz ausfallen soll. Tritt dies ein, so ist die Industrie allen Gefahren starker Preisveränderungen im Ausland (auf die Einfluß zu gewinnen sie nicht mehr die Macht hat), sowie den Fluktuationen der von spekulativen Momenten abhängig gewordenen Valuta ausgesetzt. Kaum eine gesunde Wirtschaft wäre imstande, diesen Stößen zu trotzen; Deutschlands Industrie aber kann ihnen nach dem Kriege, da sie staatlich auf keine Hilfe mehr rechnen kann, nichts entgegensetzen — als eine neue Organisation.

Zwei Richtungen liegen im Streite. Die eine zielt auf die Zusammenfassung gleichartiger Betriebe etwa in der Form eines allgemeinen deutschen Elektrizitätstrusts hin. Rathenau ist ihr Sprecher; er hat in den Sitzungen der Sozialisierungskommission des Reichswirtschaftsrats als Beispiel auch auf die günstigen Folgen hingewiesen, welche die Interessengemeinschaft in der chemischen Industrie für die technische Entwicklung der Unternehmungen gezeitigt hat. Er wünscht eine Gliederung in der Horizontalen, die Zusammenfassung gleichartiger Berufe und glaubt, daß auf diesem Wege auch die soziale Frage gelöst werden kann. Es wäre dankenswert, wenn er näher ausführen wollte, auf welchem Wege er dies erreichen will. Sein Vorschlag zur Sozialisierung des Bergbaues dürfte zu dem von ihm selbst gewiesenen Ziel nicht führen, weil, abgesehen von anderen Mängeln, die allmähliche Ueberführung der Bodenschätze in die Hände der Allgemeinheit notwendig weder das kapitalistische Wirtschaftssystem erschüttern muß, noch die sozialen Probleme im weiteren Sinne der Lösung entgegenführt. Der Berufssyndikalistische Gedanke würde durch die horizontale Gliederung gerade,

Digitized by Google

was Rathenau zu vermeiden wünscht, über das Betriebsrätegesetz hinausgetrieben werden. Die Frage der Kohlenverteilung ist ebenfalls noch keineswegs gelöst, wenn der Besitz an Steinkohlen der Verfügungsgewalt Privater entzogen wird: nach wie vor muß das geförderte Gut in Zeiten des Notstands — und sie werden sehr lange anhalten — denjenigen Betrieben, die nach den Grundsätzen ökonomisch arbeitender Nationalwirtschaft als lebenswichtig anzusehen sind, zugestellt werden. Die nichtsozialisierte Verfeinerungsindustrie könnte dann sehr leicht unter die Diktatur der vergesellschafteten Kohlenindustrie genau so geraten, wie sie jetzt von der Machtpolitik der Schwerindustrie bedroht ist. Wer für eine horizontale Gliederung der Berufsgruppen eintritt und gleichzeitig den Gedanken der Planwirtschaft propagiert, ist verpflichtet, auch einen Verfassungsentwurf für das Zusammenarbeiten der organisierten Berufsgruppen beizubringen. Das ist aber, soviel ich weiß, auch von Rathenau bislang nicht geschehen. Die parlamentarische Verfassung nach Art des Reichswirtschaftsrats scheint mir für das Zusammenarbeiten der Industriegruppen nicht die geeignete Form zu sein, weil in wirtschaftlichen Fragen nicht das persönliche politische Glaubensbekenntnis und die Ermittlung des Mehrheitswillens, sondern die einfache Erkenntnis des technisch und ökonomisch Notwendigen entscheiden muß. Außerordentlich treffend hat gerade Rathenau in seinem gedankenvollen Buch „Von kommenden Dingen" auseinandergesetzt, daß auch im Zukunftsstaate, wenn alle Produktionsmittel in die Hand der Gesellschaft überführt sind, die Kapitalrente als Exponent der Wirtschaftlichkeit bestehen bliebe. Wie ein berufsständisch gegliedertes Wirtschaftsparlament aber auch organisiert werden möge, immer müßten sich die Entscheidungen nach den Gesetzen der Oekonomie, besonders in Zeiten starker weltwirtschaftlicher Beanspruchung, richten.

Man wird den Gedanken nicht los, daß Rathenaus Ablehnung der zweiten Richtung, die auf eine vertikale Pyramidenbildung in der Wirtschaft hinzielt, aus der Erkenntnis herrührt, daß die Pläne der Befürworter dieses Projekts, der Stinnes Gruppe, zwar technisch folgerichtiger und weitgreifender sind, aber aus undurchsichtigen politischen Gründen gespeist werden, Motiven, die vielleicht zu Gefahren führen. Stinnes ist ganz gewiß nicht wie Rathenau unabhängiger Demokrat. Er glaubt an die technische Ueberlegenheit autoritativer Wirtschaftsführung und wünscht (soweit erkennbar) die nationalwirtschaftliche Ordnung im Sinne merkantilistischer Ideen.

Sollte nur Machthunger für die Handlungen Stinnes' entscheidend sein, so hätte Rathenau recht. Hugo Stinnes stammt ja aus Kreisen, denen wahrhaftig nicht allzuviel gemeinwirtschaftliches Verständnis nachgesagt werden kann. Aber vielleicht ist dieser Mann wirklich kein Eigennütziger;

Digitized by Google

oder er ist es doch, aber — ein Instrument der Vorsehung. Nimmt man an, daß die Mitteilungen gelegentlich des Zusammenschlusses der mächtigen, vor wenigen Wochen gebildeten Montangruppe Rhein-Elbe-Union mit dem zweitgrößten deutschen Elektrizitätskonzern Siemens-Schuckert von ihm verfaßt sind, und daß das Referat Dr. Silbergs im Reichswirtschaftsrat von Stinnes inspiriert wurde, so offenbart sich zumindest ein starkes wirtschaftliches Glaubensbekenntnis, dem vorwärtstreibende Kraft nicht abgesprochen werden kann. Die Frage ist nur, ob dies Stinnes-Programm auch durchführbar ist.

Stinnes schlägt vor, die Wirtschaft vom Rohstoff aufwärts bis zum Fertigfabrikat zu organisieren. Er hat diesen Gedanken praktisch zur Ausführung gebracht, in dem schon erwähnten Zusammenschluß Rhein-Elbe-Union-Siemens-Schuckert. In der Begründung, die der Bekanntgabe dieser gewaltigsten Transaktion in der deutschen Industriegeschichte beigefügt worden ist, heißt es, daß der Mangel an Kohle den Zwang auferlege, eine Vertiefung und Rationalisierung des Erzeugungsherganges schon bei der Förderung des Rohstoffes, der Kohle, anzubahnen. Aeußerste Konzentration soll der Schaffung höchster Werte dienstbar gemacht werden. Durch Zusammendrängen der Industriegruppen will man eine wissenschaftliche Durcharbeitung der Gütererzeugung erreichen.

Denkt man diesen Gedanken für die gesamte Volkswirtschaft zu Ende, so ergäbe sich das Bild eines immer größere Flächen umfassenden Kreises, der schließlich mit den staatlichen Grenzen zusammenfiele und vielleicht einmal sich mit fremden Wirtschaftssystemen überschneiden könnte. Wir kämen etwa zur Fiktion des „isolierten Staates", wie Johann Friedrich von Thünen ihn für seine theoretischen Untersuchungen angenommen hat. Es ergäbe sich ein geschlossener Produktionskreislauf, das Bild einer vollkommenen, privatwirtschaftlich angetriebenen Planwirtschaft. Das Ziel Wissels wäre erreicht, wenn es gelingt, die ganze Wirtschaft in dieser Form zu organisieren.

Das ist aber wenig wahrscheinlich. Entständen nach der Zusammenschlußmethode vom Stinnes in Deutschland mehrere, einander nicht berührende Kreise, so wäre die nächste Folge, daß die nicht der Einbeziehung in eines der geschlossenen Wirtschaftssysteme für Wert befundenen Industriegruppen lahmgelegt werden könnten, aus Gründen, die keineswegs immer ökonomisch berechtigt sein müssen. Es könnte sich dann in der Tat etwa ereignen, daß die Ueberseeschiffahrt keine Kohle aus Rheinland-Westfalen mehr erhielte, weil diese notwendiger für die Stinnesunternehmungen gebraucht wird.

Man muß sich bei dem jetzt zum Austrag gelangenden „Kampf um Kohle" immer vor Augen halten, daß durch die Konzentrationsbewegung und die Pyramidenorganisation der Industrie nur eine Sicherung der

Digitized by Google

Lebensnotdurft an Kohle, nicht aber eine allgemeine Steigerung der Förderung erreicht wird. Den verbundenen Industrien wird die Kohle zwar verbilligt; solange indessen nicht die gesamte Volkswirtschaft von innen heraus zu einer neuen Wirtschaftsverfassung gekommen ist, bleibt die Gefahr bestehen, daß aus Gründen des Wettbewerbs zwischen rivalisierenden Betriebskreisen die Förderung nicht über das im eigenen Interesse wünschenswerte Maß gesteigert wird. Darauf aber kommt es vor allem an, und alle Pläne, die nicht die Gewißheit für wachsende Kohlenförderung in sich bergen, sind nur um dieses Fehlers willen zu verwerfen.

Rathenaus Furcht vor einer verschlimmerten Diktatur der auf Kohle gegründeten Industriesysteme ist somit berechtigt, wenn nicht die gesamte Volkswirtschaft unter den Gedanken des vertikalen Aufbaues gezwungen werden kann. Gegen den Gedanken an sich ist aber mit diesem Argument nichts gewonnen. Er ist ökonomisch und betriebstechnisch der folgerichtigere und er ist für den Wiederaufbau der Wirtschaft wahrscheinlich auch der zweckmäßigere. Nur muß er dem Willen privatkapitalistisch verkalkter Männer entwunden und in andere Formen gegossen werden.

Die Krise in Spanien

Von Professor Dr. Paul Herre

Die schwere Leidenszeit, die das deutsche Volk durchlebt, macht es verständlich, daß es vor den Sorgen und Nöten, die ihm selbst auferlegt sind, den Blick und das Interesse für die Vorgänge bei den andern Völkern verliert, auch wenn diese Vorgänge von lebenswichtiger Bedeutung sind. Wer weiß bei uns im Lande, daß das ferne Pyrenäenvolk der Spanier heute eine Krise durchmacht, die vielleicht für einen langen Zeitraum über sein Dasein entscheidet? Nun ja, die Cortes sind aufgelöst worden; das konnte man in diesen Wochen in der Zeitung lesen. Aber was will es besagen, wenn in Spanien, dem Lande der chronischen Regierungswechsel, einmal die Volksvertretung nach Hause geschickt wird und neue Parlamentswahlen ausgeschrieben werden? So beruhigte sich der gewöhnliche Zeitungsleser und wandte sich wieder der Beschäftigung mit den zahlreichen Krankheitsäußerungen des eigenen Volkskörpers zu. Indessen das spanische Volk, das unserm Daseinskampfe ein so ungewöhnliches Verständnis entgegengebracht hat und dem wir uns auch nach der Niederlage noch eng verbunden wissen, kann beanspruchen, daß wir uns eingehender mit seinem Schicksal beschäftigen, und eben der gegenwärtige Zeitpunkt ist dazu besonders angetan. Tatsächlich steht für Spanien heute außerordentlich viel auf dem Spiele. Die

Digitized by Google

Auflösung der Cortes, die ja nur der sichtbare Ausdruck einer bedeutsamen und tiefgreifenden Auseinandersetzung ist, hat der einflußreiche Führer der linksliberalen Gruppe Santiago Alba dahin bewertet: „es ist die schwerwiegendste politische Handlung, die unter der Regierung König Alfons XIII. geschehen ist". Eine genauere Betrachtung der Zusammenhänge, bei der die außerpolitischen Verhältnisse aus Raumgründen unerörtert bleiben sollen, wird beweisen, daß damit nicht zuviel gesagt worden ist.

Im Grunde sind die heftigen Kämpfe, die das spanische Staats- und Volksleben heute erschüttern, nur eine Teiläußerung jener revolutionären Bewegung, die auf der Grundlage der bestehenden Ideenverbindung und Interessenverflechtung alle Kulturvölker mehr oder weniger in Mitleidenschaft zieht. Zugleich jedoch wurzeln sie in den besonderen Voraussetzungen der spanischen Entwicklung und haben demgemäß ein durchaus individuelles Gepräge. Es handelt sich um die Austragung des großen Klassengegensatzes zwischen dem herrschenden Bürgertum und dem herrschaftshungrigen Proletariat auf dem Hintergrunde der eigenartigen spanischen Verhältnisse, die in politischer, wie wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht völlig unvergleichbar sind. Man muß sich diese Verhältnisse klarmachen, wenn man die gegenwärtige Lage der Dinge richtig verstehen will.

Soweit die geschichtlichen Voraussetzungen der gegenwärtigen Situation auch zurückreichen, den eigentlichen Ausgang bildet die Tatsache, daß Spanien infolge der allen Widerständen zum Trotz glücklich durchgeführten Neutralitätspolitik während der Kriegsjahre ein reiches Land geworden ist. Mag der Ausgang des Weltkriegs auch die Stellung Spaniens im Staatensystem ungünstig beeinflußt haben — nicht ohne Grund haben die wahrhaft realpolitisch urteilenden Kreise den Sieg der Mittelmächte gewünscht — und mag die Niederlage Deutschlands die schönen Zukunftshoffnungen manches spanischen Patrioten zerstört haben, das Festhalten an der gefühlsmäßig wie vernunftmäßig von der großen Mehrheit des spanischen Volkes leidenschaftlich geforderten Neutralität hat gute Früchte getragen. Das Bild, das der Minister Marquis Cortina jüngst auf der Brüsseler Finanzkonferenz von der finanziellen und wirtschaftlichen Lage Spaniens entrollte, spricht eine laute Sprache. Die auswärtigen Schulden konnten getilgt und dem Auslande, das seinerseits vordem in Spanien geherrscht hatte, Anleihen gewährt werden, auch die Goldreserven der Nationalbank wurden um 2 Milliarden Pesetas verstärkt. Zwar sind die innere Schuld und das Budget hoch, aber die Grundlagen des Wirtschaftslebens haben sich gefestigt. Das kommt nicht nur in der starken Aktivität der Handelsbilanz zum Aus-

Digitized by Google

druck, sondern auch in der außerordentlichen Steigerung des Wirtschaftslebens und in der beginnenden Nationalisierung der Eisenbahnen, des Schiffahrtswesens, der Banken und industriellen Unternehmungen.

Indessen dieser ungeahnte Reichtum, der sich wie eine plötzliche Sturzwelle über das Land ergoß, machte die schlafenden Instinkte der arbeitenden Klassen lebendig. Bis zum Ausbruch des Weltkriegs hatte die soziale Bewegung auf spanischem Boden nur eine untergeordnete Rolle gespielt; die sozialistischen Führer waren Parteihäupter ohne Truppen, und es war charakteristisch, daß die Sozialdemokratie nur dadurch sich zur Geltung zu bringen vermochte, daß sie mit den bürgerlichen Republikanern ein Bündnis einging. Freilich bewiesen schon damals anarchistische Unruhen, die da und dort jäh hervorbrachen und zumal das industriell am weitesten entwickelte Katalonien heimsuchten, daß auch in Spanien eine soziale Frage vorhanden war. Doch blieben diese Zeichen unbeachtet. Wohl befaßte sich eine sozialpolitische Vereinigung theoretisch mit den Problemen, aber in der staatlichen Praxis geschah für ihre Lösung so gut wie nichts. Weder die ländliche noch die städtische Arbeiterschaft erfuhr eine Erleichterung ihres schweren Daseins, und die arbeitenden Massen ihrerseits nahmen, der spanischen Eigenart entsprechend, Not und Elend als ein ihnen auferlegtes Schicksal hin. Nur in der wachsenden Auswanderung, die im Jahre 1912 die für das dünn bevölkerte Land außerordentliche Ziffer von 195 000 Menschen erreichte, offenbarte sich das Ungesunde des bestehenden Zustandes. Die Ernährungsschwierigkeiten, die eine nach Riesengewinnen lüsterne rücksichtslose Wirtschaftspolitik trotz der Gunst der Verhältnisse der niederen Bevölkerung in den Kriegsjahren auferlegte, rüttelten dann allerdings die Massen auf, und zeitweilig drohte die ernste Gefahr, daß sie im Bunde mit den Feinden der Neutralität innerhalb und außerhalb der Landesgrenzen das staatliche Gefüge sprengten. Unter der werbenden Idee der Neutralität wurde die revolutionäre Bewegung überwunden; aber kaum war der Krieg beendet, so meldeten sich die Massen um so entschiedener wieder zu Worte. Sie fühlten sich als die eigentlichen Träger des großen wirtschaftlichen Aufschwungs und verlangten, an dem ungeheuren Gewinn beteiligt zu werden, nicht nur durch die Erfüllung von Lohnforderungen, die angesichts der Verteuerung der Lebensverhältnisse eine Selbstverständlichkeit war, sondern durch die Anerkennung eines umfassenden politischen und sozialen Programmes. Es hängt einmal mit der Sprunghaftigkeit der Entwickelung, dann aber auch mit der revolutionären Auflockerung des gesamten europäischen Kulturbodens zusammen, wenn die Ideenwelt des Kommunismus (Bolschewismus), der Diktatur des Proletariats, bei der spanischen Arbeiterschaft begeisterte Anhänger fand. Der Klassengegensatz brach sich mit elementarer Gewalt Bahn; und statt die Früchte einer glänzenden Kriegskonjunktur

Digitized by Google

reifen zu lassen, brachte die sehnlichst herbeigewünschte Friedenszeit Spanien verschärften Kampf und gesteigerte Schwierigkeiten.

In der gleichen Richtung wirkten die politischen Verhältnisse. Wohl schien es, als ob mit dem Koalitionsministerium Antonio Maura 1918 eine neue Aera im politischen Leben Spaniens ihren Anfang nehmen sollte. Zum erstenmal waren damals nicht nur Mitglieder der alten Regierungsparteien der Liberalen und Konservativen zu gemeinsamer Arbeit vereinigt, sondern auch Vertreter des katalanischen Regionalismus waren zur Mitarbeit herangezogen. Das traditionelle Schaukelsystem, das im Sinne der Pardo-Verständigung von 1876 die Konservativen und Liberalen in regelmäßigem Turnus in der Herrschaft wechseln ließ, schien überwunden, woran die Spaltung der beiden Parteien in mehrere Gruppen einen wesentlichen Anteil hatte. Auch die Parlamentswahlen vom 24. Februar 1918, die unter ungewöhnlicher Zurückhaltung der Regierung stattfanden, und den Liberalen und Konservativen eine annähernde Stimmengleichheit brachten, während die Regionalisten an die Spitze der kleineren Parteien traten, stimmten damit zusammen. Aber der Ausgang des Weltkriegs unterbrach die aussichtsvolle Entwickelung. Folgerichtig übernahm Graf Romanones, der geschäftskundige und routinierte Führer der liberalen Hauptgruppe, der gern Spanien an der Seite der Entente in den Krieg geführt hätte, die Liquidation an der Spitze eines liberalen Kabinetts und führte sie auf der Grundlage einer Annäherung an die alliierten Sieger und an den von ihnen aufgerichteten Völkerbund durch. Innerpolitisch aber bedeutete dies das Wiedererstehen der früheren Parteiregierungen, nur daß diese nicht nach dem Prinzip des Schaukelsystems wiederkehrten, sondern entsprechend dem Fortbestehen der Parteispaltungen in der schwankenden Gestalt schnell wechselnder Herrschaft der Gruppenführer in Erscheinung traten.

Vergegenwärtigen wir uns kurz den heutigen Stand des Parteilebens. Nur die kleinen Parteien sind noch einheitliche Gebilde. Die konservative Partei besteht aus der Gefolgschaft des tatkräftigen La Cierva, der den Heeresorganisationen nahesteht, der Gruppe Antonio Mauras, des bewährten und überragenden Staatsmannes, der konservative und christliche Gesichtspunkte zu verbinden bestrebt ist, und dem gemäßigten Flügel unter Eduardo Dato, der mit der Benennung „liberal-konservativ" seine letzten Ziele zum Ausdruck bringt; auch eine Gruppe von Unabhängigen gehört ihr zu. Die liberale Partei umfaßt die Anhängerschaft des genannten Grafen Romanones, der gegenüber die Gefolgschaften Santiago Albas, Rafael Gassets und Alcalá Zamoras auf eine gewisse Selbständigkeit Anspruch erheben, und die demokratische Gruppe unter Garcia Prieto, neben der die Reformisten Melquiades Alvarez', die zu monarchistischen

Digitized by Google

Opportunisten gewordenen einstigen Republikaner, durchaus selbständige Wege gehen. Und dazu dann die kleinen Parteien: Die Traditionalisten (Karlisten bezw. Jaimisten), sehr rechtsstehende Monarchisten, die aber die regierende Linie des Königshauses ablehnen, die Regionalisten, die die autonomen Interessen ihrer Landesteile allen andern Gesichtspunkten überordnen, die bürgerlichen Republikaner, die unter dem Eindruck der sozialistischen Radikalisierung ihre enge Verbindung mit den Gesinnungsgenossen im sozialdemokratischen Lager zu lösen beginnen, und schließlich die ständig weiter nach links rückende sozialistische Partei. Wie sollte sich auf einer solchen Grundlage sachliches Arbeiten im Sinne eines von aller Parteischablone freien Reformprogramms durchsetzen können? Man darf sagen, daß dieser Parteiwirrnis gegenüber der regelmäßige Wechsel der beiden großen Regierungsparteien das geringere Uebel ist. Mehr denn je verdunkelt Partei- und Parteigruppeninteresse in bedrohlichem Umfange den Blick für die staatlichen Notwendigkeiten und selbst das kleine Interesse dieser Parteicliquen löst sich vielfach noch in das von selbstsüchtigen Gesichtspunkten beherrschte private Interesse der einzelnen Politiker auf.

Ein solches System läßt wahrhaft verantwortliches Wollen und Handeln nicht aufkommen, auch bei den wenigen nicht, die sich aufrichtig darum bemühen, und es kann nicht Wunder nehmen, daß aus dem Schoße der Nation immer lauter Stimmen erschollen, die einen entschiedenen Bruch mit der unfruchtbaren und ideenlosen Partei- und Parlamentswirtschaft forderten. Aber es ist für Spanien kein Gewinn, daß sich das Offizierkorps zum Vorkämpfer der Gegenbewegung gemacht hat. Wohl jubelte die Mehrheit des spanischen Volkes den Offiziervereinigungen zu, als sie im Sommer 1917 in das politische Leben eingriffen, denn damals handelte es sich um den Schutz der gefährdeten Neutralität. Auch in der Folgezeit überwog echte patriotische Gesinnung im Grunde alle andern Neigungen und Absichten, aber indem das Heer, auf seine traditionelle Verbindung mit dem Königtum pochend, immer wieder der politischen Leitung selbstbewußt gegenübertrat und sich neben dem Parlament und gegen dieses eine selbständige Machtstellung sicherte, wurde die Gefahr neuer „Pronunciamentos", wie sie in Spaniens Vergangenheit eine so verhängnisvolle Rolle gespielt hatten, zu einer ständigen Erscheinung. Auch die von der Regierung erzwungene Umwandlung der „Abwehrvereine" (Juntas de defensa) in „technische Vereine" (Juntas tecnicas) änderte an diesem Zustand nichts. Bis auf den heutigen Tag steht das Offizierskorps in engster Verbindung mit der Rechtsgruppe der konservativen Partei und in schärfster Kampfstellung nicht nur gegen die radikalen Parteien republikanischen und sozialistischen Gepräges sondern auch gegen den bürgerlichen Liberalismus, der die militärische Neben-

Digitized by Google

regierung mit Entschiedenheit ablehnt. Es begünstigt deshalb trotz allen guten patriotischen Willens nicht eine gesunde fortschreitende Entwickelung sondern stärkt die reaktionären Kräfte; es kompliziert auf diese Weise noch die schwierigen Auseinandersetzungen zwischen den verfeindeten Klassen und verschärft die Gegensätze, anstatt mit seinem großen Einfluß einer ausgleichenden Lösung die Wege zu bereiten.

Hält man sich alle diese Tatsachen vor Augen, so erscheint es weniger überraschend, daß Regierung und Parlament in den 2 Jahren seit Beendigung des Krieges wenig fruchtbare Arbeit geleistet haben. Schneller denn je haben die Ministerien gewechselt. Das Liquidationsministerium des Grafen Romanones mußte nach kaum 5monatiger Wirksamkeit Mitte April 1919 vor dem Widerstande der militärischen Juntas weichen, die mit den duldsamen Maßnahmen der Regierung gegenüber der Streikbewegung in Katalonien nicht einverstanden waren. Das folgende Kabinett Maura-La Cierva, eine von dem Wohlwollen der Juntas getragene Parteiregierung der beiden konservativen Rechtsgruppen, vermochte gegen die erbitterte Opposition der liberalen und radikalen Parteien sich nicht durchzusetzen; und obschon es sich durch die Neuwahlen vom 1. Juni eine neue parlamentarische Grundlage schuf, mußte es, von den Liberal-Konservativen im Stich gelassen, bereits Mitte Juli seinerseits das Feld räumen. Schon die damalige Auflösung der Cortes ließ die Wogen der politischen Erregung hoch anschwellen. Man sprach von reaktionärem Staatsstreich und erklärte nur noch „eine gekrönte Republik" für existenzberechtigt. Dieser erregten Stimmung mußte bei der Neubildung der Regierung Rechnung getragen werden. Das Ministerium des ehemaligen Senatspräsidenten Sanchez de Toca war zwar dem Namen nach liberal-konservativ; in Wahrheit aber regierten unter dem erbitterten Widersacher der Juntas die liberalen Parteigruppen und seine Amtsführung war durch eine weitgehende Schwäche gegen die Linke gekennzeichnet, bis zur Duldung des ungesetzlichen Syndikats der Anarchisten Barcelonas. Einem heftig einsetzenden Feldzuge La Ciervas, des Vertrauensmannes der Juntas, und einer neuen Eigenmächtigkeit der militärischen Organisationen ist Sanchez de Toca Anfang Dezember erlegen. Mit dem neuen Kabinett des sympatischen und allseitig geschätzten datistischen Senatspräsidenten Allen de Salazar kam dann nach mehr als 1jähriger Pause wieder eine Koalitionsregierung ans Ruder, indem Vertreter der 3 konservativen und der 3 liberalen Parteigruppen im Ministerium vereinigt wurden, aber wenn es ihm unter Ueberwindung großer Schwierigkeiten in pflichttreuer Arbeit gelang, nach 5jähriger Unterbrechung das Budget durchzubringen, so war das nur deshalb möglich, weil in diesem Punkte einmal die staatliche Notwendigkeit die parteilichen Interessen zurücktreten ließ. Im übrigen zeigten gerade die Schwierig-

Digitized by Google

keiten des Kabinetts Allen de Salazar, daß bei den bestehenden Parteiverhältnissen eine sachliche Politik eine Unmöglichkeit war, denn die eigentlich regierenden Männer waren nicht die Minister sondern die Parteiführer. Die Konflikte häuften sich und von vornherein stand die Frage der Nachfolge beherrschend im Vordergrunde. Kaum war denn auch das Budget verabschiedet, so trat Allen de Salazar zurück und als der Sieger in dem Wettrennen um das Erbe übernahm der Führer der liberal-konservativen Partei Dato Ende April 1920 wieder die Staatsleitung, die er schon mehreremale gehandhabt hatte. Das von ihm gebildete Kabinett erstreckte sich lediglich auf die eigne Gefolgschaft, doch sicherten ihm die beiden Rechtsgruppen Mauras und La Ciervas loyale Unterstützung zu. Indessen die gleiche Behandlung befürchtend, die er selbst im Juli des vergangenen Jahres dem Ministerium Maura hatte zuteilwerden lassen, zog er es vor, die Cortes nach Hause zu schicken und bis über den Sommer ohne das Parlament zu regieren.

Während es unter der Oberfläche gärte und wogte, führte Dato im alten Stile die Geschäfte, indem die andern Parteien ihn zunächst nachsichtig gewähren ließen, und unter Anwendung der üblichen Palliativmittel erntete er einige kleine Erfolge. Mit der glücklichen Durchführung der Fahrt König Alfons XIII. nach Barcelona und mit der Kompromiß-Verordnung über das Budgetrecht der Selbstverwaltungskörper (Mancomunidades) parierte er geschickt den neu zu erwartenden Vorstoß des katalanischen Regionalismus. Es gelang ihm, einen gefährlichen Bäckerstreik beizulegen, der auf das gesamte Lebensmittelgewerbe überzugreifen drohte. Auch einer Teilkrise des Kabinetts, die die Schwäche seiner parlamentarischen Stellung enthüllte, wurde er glücklich Herr. Ja er benutzte den Zwischenfall, um sich in der Frage der Erhöhung der Eisenbahntarife die Wege zu ebnen. Diese Angelegenheit, die jetzt den unmittelbaren Anlaß zur Auflösung der Cortes gegeben hat, beschäftigte die Oeffentlichkeit schon seit der Kriegszeit. Um den Eisenbahngesellschaften für die Steigerung der Betriebs- und Unterhaltungskosten ein Aequivalent zu gewähren, war ihnen bereits 1918 eine Erhöhung der Tarife um 15% zugestanden, doch erwies sich dieser Zuschlag als völlig unzureichend, und die Gesellschaften drohten den Betrieb einzustellen, wenn ihnen nicht eine weitere erhebliche Erhöhung der Tarife eingeräumt würde. Dazu aber wollten sich die liberalen und radikalen Parteien nicht verstehen, die sich der Angelegenheit als eines sehr geeigneten Mittels für parteipolitische Agitation bemächtigten, und auch im konservativen Lager widersetzte sich La Cierva mit Entschiedenheit dieser Regelung, indem er die Verstaatlichung der Eisenbahnen als die zweckmäßigste Lösung betrieb. Zwar hatte Allen de Salazar zur Verhinderung einer Verkehrskatastrophe insofern eine vorübergehende Verständigung herbeigeführt, als der Staat den Gesell-

Digitized by Google

schaften auf einen Monat den Betrag für die Lohnerhöhungen vorschoß, und Dato hatte diese Vorschußzahlungen fortgesetzt, aber auf die Dauer war dieses Provisorium unhaltbar; und da auf eine Mehrheit für die als unerläßlich angesehene Tariferhöhung im bestehenden Parlament nicht zu rechnen war, so trat die Bewilligung im Wege des königlichen Dekrets in den Vordergrund. Das war das Schlachtsignal, unter dem sich die Kampffronten sammelten.

Die entscheidende Frage war, ob es den Parteien gelingen würde, aus der lähmenden Zersplitterung herauszukommen und die alte Geschlossenheit wiederzugewinnen. Seit dem Herbst 1919 bemühten sich Konservative wie Liberale eifrig um einen Zusammenschluß ihrer Gruppen, aber der mehrmals von ihnen aus taktischen Gründen nach außen erweckte Anschein, als ob die liberale und die konservative Konzentration erreicht sei, erwies sich jedesmal als trügerisch. Auch die Versuche über die bestehenden Parteischranken hinweg eine neue, auf die staatlichen Notwendigkeiten eingestellte Partei zu schaffen, um auf dieser Grundlage eine Regierung mit weitschauendem sachlichem Programm und starker Autorität zu gründen, blieben theoretische Pläne. Auch als Ministerpräsident setzte Dato seine Bemühungen um den konservativen Zusammenschluß fort, nicht ohne Reibungen mit den liberaleren Mitgliedern seiner Partei, doch scheiterten sie an dem Widerstande La Ciervas bezüglich der zur Kabinettsfrage gewordenen Angelegenheit der Erhöhung der Eisenbahntarife. Das war die Situation, die ihn veranlaßte, von dem Auskunftsmittel des Königlichen Dekrets Abstand zu nehmen, denn er mußte gewärtig sein, daß unter dem Schlagworte des bedrohten Parlamentarismus die liberale Konzentration, vielleicht sogar unter Einschluß der Reformisten, zustande kam und daß dann mit dem Wiederzusammentritt der Cortes den Liberalen die Herrschaft zufiel. Nicht nur aus parteipolitischen Gründen glaubte er diesem drohenden Regierungswechsel entgegenwirken zu müssen. Er hatte auch die Machtstellung der dem Liberalismus feindlichen Juntas vor Augen, sah das gefährliche Anwachsen umstürzlerischer Gesinnung und urteilte, daß nur eine maßvolle konservative Regierung das Staatsschiff in ruhigem Kurse halten könne. So kam er zu dem Entschluß, die Cortes aufzulösen und sich durch Neuwahlen die Mehrheit zu schaffen, die er nicht besaß. Am 30. September wurde im Ministerrat der folgenschwere Entschluß gefaßt und am 2. Oktober durch Königliches Dekret die Auflösung der Cortes verkündet.

Mit diesem Schritte war in der Tat der von liberaler Seite drohende Schlag zunächst abgewehrt. Aber ist das ein Gewinn für das Land angesichts der großen Gefahren, die auf der andern Seite dadurch heraufbeschworen wurden? Besteht eine berechtigte Aussicht, daß die liberalkonservative Partei, die in den aufgelösten Cortes kaum den vierten Teil

Digitized by Google

der Sitze besessen hatte, selbst mit Hilfe rücksichtsloser Wahlbeeinflussung sich zu einer beherrschenden Stellung im neuen Parlament aufzuschwingen vermag? In jedem Falle bleibt sie auf die wohlwollende Haltung der konservativen Bruderparteien angewiesen, kann sie darauf rechnen, nachdem die ernsten Bemühungen eines Jahres um den konservativen Zusammenkläglich gescheitert sind? Ist nicht weiter die Bildung einer geschlossenen Phalanx des Liberalismus sicher, der seine Anklagen vom Frühjahr 1919 wieder aufgenommen hat und die fortschrittlich gerichteten Elemente unter dem Banner der vergewaltigten parlamentarischen Freiheit und der Verfassungsreform zu sammeln sucht? Und muß nicht befürchtet werden, daß die separatistischen Neigungen des katalanischen Regionalismus in all diesen Auseinandersetzungen eine neue Stärkung erfahren?

Schon die Erwägungen hinsichtlich des zu erwartenden Zusammen- und Gegeneinanderspiels der bürgerlichen Parteien lassen die Auflösung der Cortes als ein kühnes Wagnis erscheinen. In noch sehr viel dunklerem Lichte zeigt sich das Bild der weiteren Entwicklung, wenn wir uns vergegenwärtigen, in welchem Stadium sich heute die sozialistische Bewegung befindet, von deren Entfaltung früher die Rede war. Während das Bürgertum ohne eine führende Idee und ein sachliches Ziel sich in parteilicher Zerrissenheit verzettelt und verzehrt oder sich überhaupt voll Ekel vom politischen Leben fernhält, das mit ernster politischer Arbeit nichts zu tun hat, hat die Arbeiterschaft sich zu einer machtvollen Einheit zusammengeschlossen, die in wachsender Radikalisierung die schärfsten Waffen des Klassenkampfes führt. Zwei Tatsachen bringen das zu deutlichem Ausdruck: Der Beschluß des sozialdemokratischen Parteitags in der zweiten Hälfte Juni dieses Jahres zugunsten des Anschlusses an die dritte Internationale, der entgegen den Ratschlägen der älteren gemäßigten Führer von dem Vorkämpfer des Radikalismus Ferando de los Rios durchgedrückt wurde, und die Mitte September vollzogene Vereinigung des reformerisch-evolutionistischen „Allgemeinen Arbeitervereins“ (Union general de Trabajadores) mit dem syndikalistischen „Nationalen Arbeiterverbande“ (Confederacion nacional de Trabajo), in der die letztere radikale Gruppe wie von selbst die Führung an sich reißen wird. Auch das Anschwellen der Mitgliederziffern redet eine laute Sprache: Der von Madrid geleitete „Allgemeine Arbeiterverein“ zählte im Hochsommer 220 000 Mitglieder und der in Barcelona konzentrierte „Nationale Arbeitsverband“ sogar 400 000. Wohl haben sich demgegenüber die katholischen Arbeiterverbände (Sindicatos catolicos), mit verdienstlichem Anteil des Erzbischofs von Toledo, Kardinal Guisasola, erfolgreich organisiert, aber der immer schrankenloser hervorbrechende Terrorismus, der vor nichts zurückschreckt, läßt erkennen, welche Elemente bestimmend sind. Tag für Tag meldet die Presse in langen Spalten

Digitized by Google

über die überall aufflackernden Streiks, die das spanische Wirtschaftsleben nicht zur Ruhe kommen lassen. Auch in die deutschen Zeitungen dringt hie und da eine Kunde von diesen Streikunruhen, die sich namentlich auf dem heißen Boden Kataloniens abspielen, während über den nun schon fast 4 Monate tobenden Streik in den von englischem Kapital beherrschten Kupferminen von Rio tinto bei uns noch nichts bekannt geworden ist. Am bedenklichsten aber sind die blutigen Gewalttätigkeiten, mit denen die kommunistischen Fanatiker die Verwirklichung ihres Ziels betreiben. Bis Mitte September sind im Laufe eines Jahres ungefähr 125 Fabrikbesitzer oder -direktoren und einige Dutzend Arbeitswillige auf offener Straße ermordet worden, ohne daß der Arm der Gerechtigkeit die Attentäter erreichte, und die Zahl der straflos bleibenden Morde ist seitdem in unheimlich beschleunigtem Tempo gewachsen. Mit einer Bombenexplosion in einer Musikhalle in Barcelona scheint auch eine neue Reihe allgemein anarchistischer Attentate begonnen zu haben. Es muß gesagt werden, daß die unsoziale Gesinnung und Haltung des im Sommer 1919 gegründeten spanischen Arbeitgeberverbandes (Federacion patronal española) an dieser Zuspitzung des sozialen Kampfes nicht unschuldig ist, wie sich denn immer wieder nachteilig geltend macht, daß die Plötzlichkeit, mit der die schwierigen Probleme über das spanische Volk hereingebrochen sind, keins der beteiligten Lager zur rechten Einstellung auf sie hat kommen lassen. Aus dem Auflösungsbeschluß der Regierung aber schöpft der Radikalismus der Arbeiterbewegung neue Kraft. Schon lebt das Schlagwort des Generalstreiks und die Voraussetzungen sind nicht gering, daß er zur Wirklichkeit wird.

Wird Dato an der Spitze der Liberal-Konservativen aller dieser Schwierigkeiten und Gefahren, die den Bestand des spanischen Staats- und Wirtschaftslebens bedrohen, Herr werden? Ist nicht vielleicht mit der Auflösung der Cortes nur der Pflock aus dem Getriebe gerissen? Das Regierungsprogramm, das er am 6. Oktober verkündet hat, spannt den Rahmen der Reformen zugunsten einer gesunden staatlichen Fortentwickelung und eines wahren sozialen Friedens weit genug; im Grunde zu weit, als daß man an seine Verwirklichung auf Grund der bestehenden Möglichkeiten glauben könnte. Selbst mit den weitestgehenden Reformmaßnahmen ist es im Hinblick auf den aufgespeicherten politischen und sozialen Zündstoff nicht mehr getan. Vielmehr muß dem klugen und urteilsvollen Führer des katalanischen Regionalismus Cambó recht gegeben werden, der dieser Tage in einer tiefernsten und besonnen abwägenden Betrachtung ausgesprochen hat, daß es eines völligen Bruches mit dem bisherigen System bedarf, wenn Spanien vor einer Katastrophe bewahrt werden soll. Das deutsche Volk, das allen Anlaß hat, an dem Schicksal der befreundeten spanischen

Digitized by Google

Nation den herzlichsten Anteil zu nehmen, kann nur wünschen und hoffen, daß sie die idealistische Willenskraft und die großen Führerpersönlichkeiten findet, die sie in dieser schweren Lage nötig hat.

Ernst Lavisse im Meinungsstreite

Von Professor Dr. Rühlmann-Berlin

Infolge einer Grippeerkrankung länger von Berlin ferngehalten, lese ich erst jetzt die Ausführungen des Pariser Berichterstatters der „Vossischen Zeitung", Herrn Dr. Feldmann (Morgenblatt vom 7. September d. Js.) betitelt: „Der „Revancheapostel", ein Beitrag zur Luftreinigung". Darin wird Hans Delbrück und mir der Vorwurf gemacht, den bekannten französischen Historiker Ernest Lavisse ohne genauere Kenntnis zum deutschfeindlichen Kriegshetzer gestempelt und somit zum Mitschuldigen am Kriegsausbruch gemacht zu haben. Als Vertreter der „Verständigungspolitik" der „Vossischen Zeitung" fühlt sich Herr Dr. Feldmann verpflichtet, Ernest Lavisses Verteidigung zu übernehmen.

Trotz der immerhin langen Spanne Zeit, die der Feldmann'schen Artikel zurückliegt, halte ich einige Feststellungen doch für unbedingt geboten:

Ohne meinen Namen zu nennen, doch deutlich für jedermann, erhebt Dr. Feldmann insbesonders die Anklage, ich habe in meinem Buche „Die französische Schule und der Weltkrieg" — er streitet ihm immerhin eine gewisse „Geschicklichkeit", wenn auch eine „perfide" nicht ab und mißt ihm eine „starke Wirkung" bei —, Ernest Lavisse als „besonders gefährlichen, vom Haß verblendeten Revancheapostel" dargestellt. Da Delbrücks und meine Arbeiten „elende Tendenzfudeleien" seien, habe er „beschlossen, eine Gewissensprüfung vorzunehmen". Hören wir nun — immer vorausgesetzt, daß seine Anklage überhaupt richtig ist, was nicht der Fall — wie diese „beschlossene" Verteidigung im einzelnen geführt wird!

Ernest Lavisse kann kein Deutschenfeind und Revancharde sein, denn er ist erstens „ein geistiger Führer Frankreichs", zweitens ein gründlicher Kenner der deutschen Vergangenheit, drittens ein unbestrittener „Meister der Darstellung", viertens hat er als Schriftleiter der vornehmen „Revue de Paris" niemals den Ausdruck „boche" geduldet, fünftens schrieb er für die Erinnerungen des elsässischen Politikers Lalance eine Vorrede und — endlich, er hat den Anbiederungsversuchen der „Verständigungspolitiker" der „Vossischen Zeitung" zwar eine deutliche Absage erteilt, — was nicht geleugnet werden kann, — aber die Form der Absage gestatte doch anzunehmen, sein „Traum", sein inneres Denken sei doch letzten Endes die Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland.

Digitized by Google

Die Beurteilung dieser Beweisführung überlasse ich dem Leser. Das Objekt der Verteidigung, Ernest Lavisse, wird sicher ob solch zweifelhafter logischer Künste seines ungebetenen Advokaten das so kritische Haupt geschüttelt haben. Ob Lavisse sehr erfreut sein wird über die Verteidigung gerade durch Herrn Dr. Feldmann, weiß ich nicht, denn vielleicht wird auch zu ihm die Kunde von dessen „Einfühlungsfähigkeit" gelangt sein. Stärkere Ausdrücke will ich nicht gebrauchen, obgleich sie hier angebracht wären.

Der springende Punkt meiner Gegenargumente ist: ich habe niemals die Objektivität und Darstellungskraft des Historikers Ernest Lavisse angezweifelt, ich schätze mit vielen deutschen Historikern sein „Jeunesse de Frederic le Grand" als eine wertvolle Erscheinung der historischen Literatur. Wenn Wilhelm Feldmann sich eine Aufgabe nicht so leicht gemacht und sich nicht mit dem Aufschlagen des Larousse begnügt hätte, so wäre hier eine glänzende Gelegenheit gewesen, die Rolle des greisen Historikers in der deutsch-französischen Frage um 1890 einmal klarzustellen, besonders seinen angeblichen Briefwechsel mit Wilhelm II. Durch diese für die deutsch-französische Verständigung so wichtige Frage hätte sich Wilhelm Feldmann den Dank aller Lavisseverehrer verdient. Dies verursachte aber erheblich mehr Arbeit als die Feldmannschen „Entdeckungen" und die zum mindesten seltsam berührenden breiten autobiographischen Ausführungen über seine „beamtete" Tätigkeit in der Friedenskommission und die, nach seiner Auffassung, ungenügende Bewertung seiner Persönlichkeit dort.

Gemäß dem Inhalt meines Buches aber hatte ich mich nur mit dem Pädagogen und dem Publizisten Lavisse auseinanderzusetzen. Und hier habe ich behauptet und behaupte ich noch: Lavisse hat sich mit der ganzen gewaltigen Autorität des ersten Historikers der französischen Nation an der zum Teil recht gewaltsamen Umstellung des französischen Massendenkens beteiligt, die aus der friedensgeneigten Haltung der französischen Laienschule und ihrer Lehrerschaft eine angriffslustige und revanchefreudige machte. Diese Umstellung ist zum Teil gegen die Ueberzeugungen der Lehrerschaft erzwungen worden, Politiker wie Clemenceau und Poincaré waren die politischen Drahtzieher. Lavisse hat sich hierbei ohne Frage in das nationalistische Schlepptau nehmen lassen, und seine Haltung ist insofern für die Feststellung der Schuld am Kriege durchaus nicht bedeutungslos. Diese These habe ich bewiesen durch Zitate aus Lavisse berühmten „Preisverteilungsreden" und sonstigen Ansprachen, besonders an elsässische Studenten und Schülerabordnungen, sowie durch zahlreiche Belege aus Lavisse's in gewaltigen Auflageziffern vorliegenden Schulgeschichtslehrbüchern. Diese Stellen in ihrer ungeheuren Verbreitung sind und bleiben von Wichtigkeit für den Umdenkungsprozeß von dem stark

Digitized by Google

pazifistischen Frankreich von 1900 und dem immer angriffsbereiten von 1911. Ich habe dies ferner genügend belegt durch Auflagevergleichungen der verschiedenen Lehrbücher im einzelnen und stellte fest, daß um 1900 fast alle Revanchestellen ausgemerzt waren, daß sie aber unter dem Einfluß der Einkreisungspolitiker nach und nach in allen späteren Auflagen und zwar wesentlich verstärkt wieder Aufnahme fanden. Ob diese Untersuchung „perfide" ist, ob es „elende Tendenzsudelei" ist, das zu beurteilen, überlasse ich objektiveren Leuten wie dem Pariser Berichterstatter der „Vossischen Zeitung". Daß Ernest Lavisse seine Wissenschaft in den Dienst dieser Politik gestellt hat, daß er bei all seiner wissenschaftlichen Objektivität nicht das Gefühl gehabt hat: Kinderherzen sind heilig Land, die Schule darf nicht Stätte der Volksvergiftung werden; das ist ein Vorwurf, den ich Lavisse bei aller Verehrung für ihn als Historiker nicht ersparen kann. Von Lavisse, als vom Haß verblendeten „Revancheapostel" habe ich selbstverständlich nicht gesprochen, das ist Feldmann's Darstellung. Wohl aber mußte ich Lavisse's Bedeutung als Praeceptor Galliae und somit seine „Gefährlichkeit" ausdrücklich berühren und das vollkommen mit Recht.

Zu diesem Fragenkomplex und somit zu dem Grundlegenden des Problems äußert sich Wilhelm Feldmann überhaupt nicht. Er bestreitet weder die von mir angeführten Stellen, noch gibt er gegenteilige Zitate, obgleich er solche, namentlich in früheren Ausgaben und Reden wohl hätte finden können, wenn er sich dieser allerdings mühseligen Arbeit unterzogen hätte. Er ist offenbar der Ueberzeugung, daß seine „Entdeckung" solche Durchschlagskraft hat, daß er Beweise nicht nötig hat: Er hat nämlich „entdeckt", daß die scharfe von Delbrück angezogene Anklage von Ernest Lavisse in Tolstois „Christentum und Vaterlandsliebe" sich nicht auf die Schulbücher von Ernest Lavisse beziehe, sondern auf den bekannten Leitfaden für militärische Erziehung „Tu seras soldat", die den jüngst als General verstorbenen Bruder von Ernest Lavisse, den damaligen Leutnant Emile Lavisse, zum Verfasser habe. Ich habe diese Tolstoistelle noch einmal gelesen, vermag aber nur zu sagen, daß ich Wilhelm Feldmann's „Entdeckung" solange anzweifeln muß, bis er sie mit bündigen Belegen stützt und daß ich deshalb ihm selbst den Vorwurf der „elenden Tendenzsudelei" solange zurückgeben muß. Die Behauptung Feldmanns ist eine starke Belastungsprobe für die politischen Methoden der „Vossischen Zeitung".

Ueber all diesen Kleinigkeiten aber nun zur Hauptsache: Ernest Lavisse ist heute noch ein viel beachteter Führer der nationalistischen Bewegung. Er hat wohl zu Zeiten versöhnliche Worte für Deutschland und die Friedensbewegung gehabt, aber nicht ohne politischen Hintergrund. Solange Frankreich noch diplomatisch stark isoliert stand,

Digitized by Google

war der Kampf mit Deutschland immerhin keine leichte Sache und eine gewisse Verständigung mit ihm war stets einem Krieg mit doch sehr zweifelhaftem Ausgang vorzuziehen. Diese Erwägungen hat ein so kluger Mann wie Lavisse natürlich auch angestellt, wie er wohl auch nicht ganz unempfänglich gewesen ist gegen die propagandistische Kraft, die jedem Eintreten für Friedensgedanken immer innewohnt. Diese Gedanken traten aber sofort zurück, als die diplomatischen Chancen für Frankreich und somit für einen Krieg mit Deutschland günstig wurden.

Heute noch steht Lavisse der nationalistischen Gedankenwelt, die auf Deutschlands Vernichtung zielt, zum mindesten nicht fern. Ist er doch einer der Gründer der „Union des Grandes Associations Françaises", die gerade diese Gedankengänge durch eine riesenhafte Organisation (2 Millionen Mitglieder, 30 000 Gesellschaften) zum französischen Massendenken machen will. Er deckt mit seinem Namen die Herausgabe von Hetzschriften wie die des Kapitäns Marulier, Lazare Weiller und Camille Jullian. Er war mit Clemenceau, Deschanel und Robelin der Hauptsprecher bei der „dem Poilu" gewidmeten Volkskundgebung in Paris am 3. August 1919. In der Ansprache dort „An die Schüler Frankreichs" erinnert er diese dann, stets eingedenk zu sein, daß sie „stolze Mitbürger eines großen freien Volkes seien, das die Gewalt einer hochmütigen und räuberischen Nation gebrochen habe, die für sich das Vorrecht beanspruchte, die Welt zu beherrschen, um sie auszubeuten". *)

Herrn Dr. Feldmann ist dies alles bekannt, er kennt auch Lavisse's recht gehässige Presseäußerungen über Deutschland, die Hans Delbrück zu dessen „Offenen Brief" veranlaßten. Trotzdem versuchen die „Verständigungspolitiker der „Vossischen Zeitung" immer wieder Lavisse die Friedenshand darzubieten. Lavisse hat sie zurückgewiesen, das zeigt ihn zum mindesten als Mensch von Geschmack. Diese verdiente Zurückweisung aber noch vertuschen zu wollen durch leichtfertige Angriffe auf Andersdenkende, entspricht nicht den üblichen Anschauungen der deutschen Presse. Auch dürfte es Pflicht eines objektiven deutschen Auslandsberichterstatters sein, in Deutschland nicht Hoffnungen zu erwecken, die nur ein „schöner Traum" sind, die sich aber nicht im entferntesten auf Tatsachen stützen können.

*) (Vergl. Peter Hartmann, die kulturpolitische Arbeit der Franzosen a. Rhein Leipzig 1920, Köhler.)

Digitized by Google

Neuerscheinungen

Professor Dr. Georg Wegener: Die geographischen Ursachen des Weltkrieges Ein Beitrag zur Schuldfrage. Berlin 1920. Verlag von Karl Sigismund.

Wegener setzt seiner Schrift das Motto vor: „Das Schicksal liegt letzten Endes im Geographischen." Wer sie gelesen hat, fühlt sich davon überzeugt, so stark ist die anschaulich darstellende Kraft des Verfassers. Man spürt die Schule Richthofens. Das politische Verständnis aber tritt auf den einleitenden Seiten hervor, in denen die Bedeutung der Schuldfrage erläutert wird. Wegener sagt, daß der Kampf um unsere moralische Rechtfertigung allem andern vorangehen muß, und daß diejenigen unverantwortlich an der Seele unseres Volkes handeln, die sich der Weltsuggestion der Gegner „leichten Herzens und ohne Kampf, ja mit einer Art Selbstpeinigungswollust" unterwerfen. Nur das Recht ist uns noch geblieben. „Auf dies allein berufen wir uns vor dem Forum der Welt; auf dies allein gründen auch diejenigen ihre Hoffnung, die eine Versöhnung der Völker, und aus dieser heraus eine Milderung der Folgen unserer Niederlage erwarten (Friedensrevision!). Ohne eine solche können wir tatsächlich nicht leben."

Schön ist im Abschnitt „Das Engwerden der Erde" geschildert, wie die politischen Gegensätze durch das halb unbewußte Vorgefühl verschärft wurden, die bewohnbare Erdoberfläche werde zu klein für die Lebensansprüche der herrschenden Völker. Für das Beste aber in dieser Wegenerschen Arbeit, was nur jemand schreiben kann, der wirklich Geograph ist und der wirklich nicht nur „vieler Menschen Länder und Städte gesehen", sondern auch „ihren Sinn erkannt hat", halte ich die beiden Kapitel über England und Deutschland. Zielbewußte Entwicklung des englischen Volkes zum Weltvolk auf den geographischen Grundlagen seines Heimatraumes! Um diesen Satz gruppiert sich die Darstellung des Zusammenhanges zwischen Geographie und nationaler Psychologie in England. Unsere geographische Lage ist die Tragik unseres Schicksals! Das ist der Kernsatz der Ausführungen über Deutschland.

„Wieder steht das unselige deutsche Volk am glücklosen Ende einer großen Epoche seiner Geschichte. Es bleibt uns nichts, als den unsern Händen entglittenen Block aus tiefster Nacht unter Schweiß, Tränen und Blut noch einmal zum Lichte emporzuwuchten. Es bleibt nichts als die unbesiegliche Hoffnung, daß unser Volk dennoch und trotzalledem in sich die Kraft finden wird zu einer dritten Jugend." Mit diesen Worten schließt Wegener seine Arbeit, deren Lektüre ich unseren Lesern empfehle, weil sie eine der „antwortenden" Schriften in der Menge der Nachkriegsliteratur ist.

Paul Rohrbach.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Allen Zusendungen ist Rückporto beizufügen.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt. Redaktion: Schöneberger Ufer 36a I. Telephon: Nollendorf 928. Für Anzeigen: Werbedienst G. m. b. H., Berlin W 35, Lützowstr. 102/4. Verlag: Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt 15 M. Einzelnummer 1,50 M. Druck von Paß & Garleb G. m. b. H., Berlin W 57, Bülowstraße 66.

Digitized by Google

Eine der bedeutendsten politischen Erscheinungen der letzten Jahre
nennt der Dresdner Anzeiger das soeben in neuer Auflage erschienene Werk

J. J. RUEDORFFER

Grundzüge der Weltpolitik in der Gegenwart

8. und 9. Tausend — In Halbleinen gebunden M 27,50

„Eines der geschicktesten Bücher, die in der historisch-politischen Literatur der letzten Jahrzehnte hervorgebracht worden sind." (Sozialistische Monatshefte.)

Vor kurzem erschien vom gleichen Verfasser die neue Schrift

DIE DREI KRISEN

Untersuchungen über d. gegenwärtigen politischen Weltzustand

Preis geheftet M 8.— dazu die örtlichen Sortimenterzuschläge

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen

Deutsche Verlags-Anstalt / Stuttgart / Berlin

Als Mittler zwischen Herstellung und Verbrauch, zwischen Angebot und Käufer wird immer eine den Zeitverhältnissen angepaßte Werbung nötig sein, wie sie der

Werbedienst

in allen seinen Arbeiten pflegt u. fördert. Erste Künstler, namhafte Fachleute u. durchgebildetes Personal vereinigen sich zu dieser Aufgabe Eigenes Atelier mit Haus- u. Versuchspresse

Werbedienst G. m. b. H. Berlin * W 35

Digitized by Google

Gute deutsche Geschenkbücher

Ernst Zahn

M.

Soeben erschien: **Der sinkende Tag** Erzählungen. 26.—40. Tausend . . . . . geb 17.—
Kämpfe Erzählung. 15.—19. Auflage . . geb. 16.—
Bergvolk Drei Novellen. 18.—20. Aufl. . geb. 17.—
Erni Behaim. Roman. 24.—28. Aufl. . geb. 17.—
Menschen. Neue Erzähl. 21.—25. Aufl. geb. 17.—
Hergottsfäden. Roman. 38.—40. Aufl. . geb. 17.—
Schattenhalb. Drei Erzähl. 18.—20. Tauf. geb. 17.—
Die Clari-Marie. Roman. 37.—41. Tauf. geb. 17.—
Helden des Alltags Ein Novellenbuch. 42.—44. Tausend . . . . . geb. 17.—
Firnwind. Neue Erzählung. 31.—35. Tauf. geb. 17.—
Lukas Hochstraßers Haus. Roman. 80. bis 82. Tausend . . . . . geb. 17.—
Die da kommen und gehen! Ein Buch von Menschen. 46.—50. Tausend . . . . . geb. 17.—
Einsamkeit. Roman. 62.—64. Tausend . geb. 17.—
Gedichte. 6. u. 7. Tausend . . . . . geb. 10.—
Die Frauen von Tannö. Roman. 45.—49. Tausend . . . . . geb. 17.—
Was das Leben zerbricht. Erzählungen. 41. bis 45. Tausend . . . . . geb. 19.—
Der Apotheker von Klein-Weltwil. Roman. 42.—44. Tausend . . . . . geb. 17.—
Uraltes Lied. Erzählung. 27.—31. Tausend geb. 19.—
Die Liebe des Severin Imboden. Roman. 51.—53. Tausend . . . . . geb. 17.—
Bergland. Vier Dichtungen. 6. u. 7. Tausend geb. 9.—
Nacht. Erzählung. 72.—76. Tausend . . geb. 16.—
Das zweite Leben. Erzählung. 96.—99. Tsd. geb. 16.—
Lotte Ehlingers Wille und Weg Erzählg. 61.—70. Tausend . . . . . geb. 17.—

Ludwig Finckh

M.

Soeben erschien: **Die Jakobsleiter.** Erzählung. geb. 16.—
Zwölf Zeichnungen zu L. Finckhs Jakobsleiter von Paul Jauch. In Mappe 10.—
Der Rosendoktor. Roman. 85.—94. Auflg. geb. 13.—
Rosen. Gedichte. 11. u. 12. Aufl . . . . geb. 10.—
Biskra. Ein Oasenbuch. Mit 5 Bildern. 4. u. 5. Auflage . . . . . geb. 11.—
Rapunzel. Erzählung. 26.—28. Tausend. geb. 11.50
Die Reise nach Tripstrill Erzählung. 31. bis 35. Auflage. Mit 21 Orginalholzschnitten von Max Bucherer . . . . . geb. 13.—
Der Bodenseher. Erzählung. 33.—37. Aufl. geb. 13.—
Mutter Erde. Gedichte. Mit 10 Holzschnitten von Wilhelm Laage . . . . . geb. 9.—
Die Lerche. Auswahl schwäbischer Dichtung von den Anfängen bis auf die Gegenwart . . geb. 12.—

Rudolf Presber

Soeben erschien: **Pierrot.** Ein Liederbuch. Mit acht Zeichnungen von L. Ehrenberger . . geb. 15.—
Mein Bruder Benjamin. Roman. 31. bis 40. Tausend . . . . . geb. 21.—
Von Menschen die ich lieb gewann. Ein Erzählerbuch. 50. Aufl. Mit Orginalzeichnungen von L. Ehrenberger . . . . . geb. 20.—
Der Rubin der Herzogin. Humoristischer Roman 22.—24. Auflage . . . . . geb. 18.—
Die bunte Kuh. Humoristischer Roman. 20 bis 22. Auflage . . . . . geb. 20.—
Von Kindern und jungen Hunden. Humor. Novellen 24.—28. Auflage . . . . geb. 16.—
Die sieben törichten Jungfrauen. Humorist. Novellen. 14.—16. Auflage . . . . . geb. 16.—
Die Diva und andere Satiren. 9 Aufl. geb. 17.—

Erinnerungs- u. Briefbücher deutscher Männer u. Frauen

M.

Im Schatten der Titanen. Erinnerungen an Baronin Jenny von Gustedt. Von Lily Braun. 101.—104. Tausend . . . . . geb. 20.—
Helmuth von Moltkes Briefe an seine Braut und Frau Ausgabe in einem Bande. 9. und 10. Auflage . . . . . geb. 17.—
Johanna von Bismarck. Ein Lebensbild in Briefen (1841—1894). Herausgegeben von Prof. Dr. Eduard Heyck. 5. Auflage . . . . geb. 17.—
Aus meinem Jugendland. Von Isolde Kurz 17.—19. Tausend . . . . . geb. 18.—
Kurd von Schlözer, Römische Briefe 1864 bis 1869. Herausgegeben von Karl von Schlözer. 7. und 8. Auflage . . . . . geb. 23.—
In Halbleder geb. 40.—

M.

Kurd von Schlözer. Mexikanische Briefe 1869 bis 1871. Herausgegeben von Karl v. Schlözer 3. Auflage . . . . . geb. 13.—
Soeben erschien: **Kurd von Schlözer,** Jugendbriefe 1841—1856. Herausgegeben von L. von Schlözer . . . . . geb. 25.—
Erinnerungen an Bismarck. Aufzeichnungen von Mitarbeitern und Freunden des Fürsten. In Verbindung mit A. v. Brauer gesammelt von Erich Marcks und Kar Alex. v. Müller. Mit einem Anhang von Dokumenten u. Briefen, einem Bildnis Bismarcks und Brief-Faksimile. 5. Auflage . . . . . In Halblederband 50.—
Hermann Kurz. Ein Beitrag zu seiner Lebensgeschichte. Von Isolde Kurz. 3. Auflage. geb. 18.—

Ein ausführlicher Katalog ist durch jede Buchhandlung, auf Wunsch auch direkt von uns kostenlos zu erhalten

Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart und Berlin

Digitized by Google

Deutsche Politik

Mannhe

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

1920

Inhalt:

Politische Glossen 665
Lutz, Negerrepublik Afrika 667
M. W., Die „russischen" Randstaaten 672
Müller, Der Waffenstillstand von Rapallo 676
Fischer, Gleiches Maß 683

Preis vierteljährlich M 15.— das einzelne Heft M 1,50

5. Jahrgang 10. Dezember 1920 Heft 50

Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart-Berlin

Digitized by Google

Alleinige Anzeigenannahme: **Werbedienst G·m·b·H·Berlin W·35·** Lützowstraße 102/4

Angewandte Geschichte.

Ein Versuch von Frhr. von Freytag-Loringhoven,

General der Infanterie a. D., Dr. h. c. der Universität Berlin.

Oktav. Preis geh. 22 M., geb. 30 M.

Ausgehend von der heute besonders stark empfundenen Tatsache, daß wir der Geschichte zwar reichlich Wissensstoff, aber viel zu wenig wirkliche Bildungswerte entnehmen, die uns bei der Lösung unserer eigenen geschichtlichen Aufgaben nützlich sein könnten, macht das Werk einen praktischen Versuch, zwischen bedeutenden Geschichtsepochen und der Gegenwart Beziehungen darzustellen, über deren Ergiebigkeit an Belehrungs- und Erziehungselementen der Leser staunen muß. Das Buch wird zu einer willkommenen Quelle geschichtlicher Belehrung und politischer Bildung werden. Es ist das gegebene Weihnachtsbuch für jeden Gebildeten

Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika.

von Dr. Friedrich Luckwaldt

Professor a. d. techn. Hochschule zu Danzig.

1920. Groß Oktav. 2 Bände Preis geh. 60.— geb. 76.—

Wir haben hier das erste moderne Geschichtswerk, das die Entwicklung der Vereinigten Staaten unter Berücksichtigung auch des wichtigeren Details mit eingehender Schilderung der Zustände und Charakterisierung der führenden Persönlichkeiten erzählt. Der Akzent der Darstellung liegt auf den Entwicklungsfaktoren und auf der inneren Politik. Es stehen daher gerade die Probleme im Vordergrund, die uns heute besonders interessieren.

Deutschlands und Kaiser Wilhelms II. angebliche Schuld am Ausbruch des Weltkrieges.

Eine Entgegnung an Karl Kautsky von Theodor Schiemann.

1920. Oktav. Preis 3.—

Schiemann wirbt mit überzeugenden Argumenten für die Wiederbelebung des Glaubens an dem reinen Ehrenschild des Kaiserlichen Deutschland. / Die Schrift scheint zu ergeben, daß der Kaiser selbst Interesse daran genommen hat, was sich umsomehr vermuten läßt, als Professor Schiemann seit Jahren in engen persönlichen Beziehungen zum Kaiser steht.

Wie Rußland bolschewistisch wurde.

Ein Aufriß der russischen Revolution von Dr. E. Jenny.

1920. Oktav. Preis 12.—

In diesem fesselnden Buche bietet der Verfasser einen genauen Einblick in die Allgemeinverhältnisse aus denen sich die Russische Revolution entwickelt hat, unter ausdrückl. Betonung der epochemachenden Bedeutung, die in der Weltendämmerung von 1917 dem Zusammentreffen der völlig unausgeglichenen Geisteswelten und Kulturen des Ostens und des Westens beizumessen ist.

Ausführliche Prospekte und Verlagsverzeichnisse stehen kostenlos zur Verfügung.

VEREINIGUNG WISSENSCHAFTLICHER VERLEGER · WALTER DE GRUYTER & CO.
VORMALS G. J. GÖSCHEN'SCHE VERLAGSHANDLUNG J. GUTTENTAG,
VERLAGSBUCHHANDLG. GEORG REIMER · KARL J. TRÜBNER
VEIT & COMP., BERLIN W 10 UND LEIPZIG

Digitized by Google

5. Jahrgang * 10. Dezember 1920 * Heft 50

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpoliti

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Bei der Verabschiedung der preußischen Verfassung hat sich die Situation ergeben, daß die Deutsche Volkspartei für die republikanische Staatsform gestimmt hat, mit der Erklärung, daß ja die Reichsverfassung, deren Grundlage sie jetzt loyal anzuerkennen entschlossen ist, eine Bindung und Richtung darstelle. Man wird dieses Zugeständnis annehmen als die Einsicht, daß der Versuch einer monarchischen Restauration, (für die in wechselnder Tönung ihre Presse schwärmt), eine politische Unsinnigkeit bedeuten müßte. Es kann nicht ausbleiben, daß infolge solcher Haltung der Schnitt zwischen den Rechtsparteien sich vertieft — die Deutschnationalen richten sich auf Zuzug der Verstimmten ein, die Volkspartei auf Anteilnahme an der Regierungsbildung in dem Preußen nach den Wahlen. Dr. Stresemann hat inzwischen sich entschlossen, im Taktischen ungefähr die Reden zu halten, die im Jahr zuvor der demokratische Führer Dr. Petersen hielt. Er rühmt nur, daß inzwischen die „Entpolitisierung der Wirtschaft" Fortschritte gemacht habe. Das Wort hat eine heimliche Zauberkraft auf die Gemüter und sie glauben das. Sachlich hat sich gar nichts geändert.

*

Innerhalb der Entente hat die Abstimmung in Oberschlesien vorübergehendes Kopfzerbrechen bereitet. Der Friedensvertrag legt die Beteiligung der in dem Lande Geborenen fest. Auch die Polen hatten sich in Paris für diese Klausel eingesetzt, offenbar in der Hoffnung, von Ausgewanderten aus Amerika Zuzug zu erhalten. Diese Erwartung täuschte, und nun lagen sie den Franzosen in den Ohren, den entsprechenden Satz des Antrags rückgängig zu machen. Paris war bereit, die Wünsche seines Schoßkindes aufzunehmen, mit der Begründung, der Zustrom aus Deutschland bringe dem Land Gefahren. In England ging man darauf doch nicht recht ein und verfiel auf den Gedanken, Salomons Weisheit zu probieren und die in Oberschlesien Gebürtigen nach — Köln zur Abstimmung ein-

Digitized by Google

zuladen. Dieser Vorschlag ist für Deutschland nicht annehmbar, denn er zerschlägt das seelische Moment, durch den Besuch der Heimat die Heimat zu retten. Er wendet sich gegen Deutschland. Deutschland, das unter unsäglichen Mühen sich anstrengt, dem Buchstaben von Versailles nachzukommen, muß verlangen, daß der Buchstabe auch in den seltenen Fällen gelte, wo er ihm nützlich ist, und daß man ihn nicht, wie in Eupen-Malmedy, nach Gutdünken verletze.

* *

Auf der Genfer Tagung hat man Oesterreichs Aufnahme in den Völkerbund bewilligt, die Bulgariens einstweilen vertagt. Das ist für diese Staaten vielleicht wichtig, man weiß es noch nicht, ob dieser ganzen Unternehmung über das grundsätzliche Vorhaben hinaus historisch-politische Kraft hinzuwachsen wird; eindrucksvoller als dieser Vorgang ist Argentiniens Verzicht auf weitere Teilnahme an den Beratungen. Darin kündigt sich ein politischer Ernst und eine Selbstsicherheit an, die diesen Staat, der während des Krieges seine Politik meisterhaft neutral halten konnte, aus der Trabantenrolle heraushebt, die die Gewaltigen der Entente den überseeischen Neutralen zumutete. Das lateinische Amerika, politisch und wirtschaftlich während des Krieges konsolidiert, bejaht in seinem mutigsten Staat seine eigene Mission.

*

In der griechischen Frage hat die französische Diplomatie England ins Schlepptau genommen. Man scheint dem armen Griechenland wieder einmal die finanzielle Schlinge fester anziehen zu wollen, um ihm das Selbstbestimmungsrecht zu verleiden. Wie sich die griechische Regierung und das griechische Volk zu diesem Freundschaftsdienst der Entente stellen wird, ist noch ungewiß. Rhallis hat einem französischen Journalisten auf dessen Frage mit dem Soldatenwort „Schnarchen ist Parole" geantwortet. Er hat damit sagen wollen, daß wie der angeschnauzte Soldat klug tut, zu schweigen, er als griechischer Ministerpräsident es auch vorziehe, über den angedrohten Schritt der Entente kein Urteil zu fällen. Kein Urteil ist aber bekanntlich auch ein Urteil.

*

Die Sowjetrepublik, die bisher von Krieg und Bürgerkrieg lebte, ist auf einmal friedlich gesinnt. Sie will sogar mit der Goldzahlung an Polen vor der Ratifizierung des Friedens beginnen, wenn nur der Waffenstillstand auf zwei Monate unkündbar verlängert wird. Woher stammt diese Friedfertigkeit? Allem Anscheine nach treibt sie dazu die furchtbare Hungersnot, die infolge der Mißernte in den Wolgagebieten eingesetzt hat. Trotzki wird die roten Soldaten jetzt nötig haben, um beim Bauern das letzte Korn fortzurequirieren und daher zieht die Sowjetrepublik gegenüber den Nachbarn friedfertige Saiten auf.

Digitized by Google

Negerrepublik Afrika

Von Hermann Lutz-München

Anfang September 1920 ging diese kurze Meldung durch die deutschen Blätter:

„Nach einer Beratung von 30 Tagen hat der Weltkongreß der Neger, der in New York tagte, die Errichtung einer Negerrepublik Afrika, die den ganzen Erdteil umfassen soll, beschlossen. Afrika dürfe nur von Negern bevölkert, verwaltet und ausgenutzt werden. Zum provisorischen Präsidenten wurde Macus Garvey gewählt. Die Farben der neuen Republik A rika sind schwarz-rot-grün."

Die meisten Leser haben die Errichtung dieser noch gar nicht bestehenden Republik gewiß als kindische Größenwahn-Utopie belächelt. Und doch reift wenigstens für große Teile Afrikas in allem Ernst die Gefahr — oder die Hoffnung — heran, daß sie eines Tages in einem ungeheuren Aufstand die europäische Herrschaft abschütteln werden. Zahlreiche Engländer sind sich dessen wohl bewußt. Frankreich aber, der Hauptförderer dieser Bewegung, scheint noch völlig blind gegen diese unmittelbare Folge seines Eroberungsrausches und seiner haßgeschwängerten Furcht vor Deutschland zu sein.

In den meisten Gebieten des dunkeln Kontinents, namentlich in den tropischen und subtropischen Landstrichen, befinden sich die Weißen in verschwindender Minderheit, und sie vermochten ihre Herrschaft über die Eingeborenen in erster Linie nur deshalb aufzurichten und zu erhalten, weil diese in den Europäern „große Zauberer", höhere Wesen voll überirdischer Kräfte, Halbgötter erblickten. Diesen Nimbus hat der Weltkrieg gewaltig erschüttert, und die französische Politik tut nun alles, um ihn vollends hoffnungslos zu zerstören.

Es ist bekannt, daß Frankreich von 1911 an in seinen westafrikanischen Kolonien Freiwilligenregimenter aufstellte; 1912 und 1913 wurden mehrere dieser schwarzen Bataillone nach Marokko und Algerien gebracht, und sie gehörten zu den ersten, die bei Kriegsausbruch nach Frankreich verladen wurden. Die Pariser „Humanité" schrieb am 31. Oktober 1920 darüber:

„Wir alle haben diese Senegalneger auf ihrem Marsch zur Front gesehen. Es waren wirkliche Wilde . . . Diese Söldner mordeten reihenweise wehrlose Gefangene, und mancher von ihnen — die Zeugnisse darüber sind zahlreich — spazierten in den Städten hinter der Front mit einem Halsschmuck von aufgereihten Ohren deutscher Soldaten umher. Einer wurde sogar im Oktober 1914 am Bahnhof von Versailles gesehen, wie er stolz einen abgeschnittenen Kopf bei sich trug . . ."

Die verlorenen Schlachten und der gefräßige Krieg veranlaßten Frankreich, sich noch mehr solch wackerer Männer zur Vernichtung der deutschen Barbaren zu beschaffen. Die Rekrutierung wurde in kurzer Frist auf alle französischen Kolonien ausgedehnt. Die Eingeborenen zeigten jedoch bedauerlich wenig Sinn und Lust für die Aufgabe, ihre Haut für andere in einem fremden Lande zu Markte zu tragen. Man mußte daher zur Gewalt

Digitized by Google

schreiten. Von den Häuptlingen wurde verlangt, daß sie einen gewissen Prozentsatz ihrer Männer als Soldaten stellen; wo das nicht geschah, ging man mit Sengen und Brennen, durch Raub und Treibjagden vor. Saumselige Häuptlinge wurden bestraft, eifrige klingend belohnt. Kanonenfutter herbeizuschaffen, wurde ein Geschäft. Monsieur Diagne, Negerabgeordneter der französischen Kammer, tat sich besonders dabei hervor: er selbst berichtete im September 1919 an den französischen Kolonialminister, daß unter seiner Leitung 60 000 Westafrikaner und 15 000 Kongoneger zusammengebracht wurden. Herrr Diagne wurde als Patriot geehrt.

Aber es gab auch andere Franzosen. Msr. Clozel, Generalgouverneur von Westafrika, berichtete am 10. November 1916 seiner Regierung, daß die Rekrutierung überhaupt nur unter dem Druckmittel der Furcht möglich sei, und am 6. Dezember 1916 schilderte er, wie die Aushebung von 50 000 Mann seit Ende 1915 das ganze Nigergebiet in Aufruhr versetzt habe: „Der Aufstand konnte erst nach sechsmonatigen harten Kämpfen durch Truppen, die hauptsächlich von der Küste hergeholt wurden, unterdrückt werden." Clozels Offenheit wurde rasch geahndet: er sah sich seiner Stellung enthoben. Doch auch sein Nachfolger holländischer Abstammung, van Hollenhoven, war über die Zustände in Westafrika entsetzt; er gab seinen Posten mit einem Gehalt von 4000 £ unverzüglich auf, ging als einfacher Hauptmann an die Front und fiel. Ueber diese Seite der französischen Politik in den Kolonien sagte er: „Die gesamte Bevölkerung wurde des Glaubens, daß der Sklavenhandel wieder begonnen hat." In der Tat waren die blutigen Unruhen derart, daß man die Rekrutierung eine Zeitlang verlangsamen mußte. Das französische Volk ließ man natürlich in Unkenntnis über diese Ereignisse. Auch heute wissen nur wenige davon.

Nach den Feststellungen des unermüdlichen E. D. Morel*) hat Frankreich während des Krieges 695 000 farbige Soldaten in vorderster Linie und 238 000 hinter der Front verwendet. Ueber 180 000 Frontkämpfer waren Schwarze aus Westafrika und dem Kongo. (Tunis lieferte 95 000 Mann, davon 65 000 für die Front; 45 000 fielen oder wurden verwundet.)

*) Meine Ausführungen fußen in der Hauptsache auf Morel's vortrefflichem Werk „The Black Man's Burden", National Labour Preß, 1920, sowie auf seinen Schriften „Die schwarze Pest", 1. und 2. Flugblatt. und „Der Schrecken am Rhein"; die 3 letztgenannten Schriften sämtlich bei Hans Robert Engelmann, Berlin, in deutscher Übersetzung erschienen. Morel spricht in afrikanischen Dingen als Fachmann. Er verdankt seine hervorragenden Kenntnisse vor allem seinem 12jährigen Kampfe, den er zu Beginn dieses Jahrhunderts gegen die Leopoldherrschaft im belgischen Kongo, und zwar mit vollem Erfolg, führte. — Jetzt ist Morel wie kaum ein anderer als Leiter der von ihm gegründeten „Union für Demokratische Kontrolle" für eine Revision des Friedensvertrages tätig.

Digitized by Google

Henry Barbusse, einer der edelsten Franzosen, schildert in einem an E. D. Morel gerichteten Brief, in dem er sich Morels Protest gegen die „schwarze Schmach" rückhaltlos anschließt, welch einen erschütternden Eindruck das Elend dieser dunkeln Schlachtopfer auf ihn machte. Es heißt da u. a.:

„An der Riviera habe ich diese unseligen Schwarzen wie Tiere in einen Stall eingepfercht gesehen. Die Arme vieler trugen noch die Striemen der Stricke, mit denen man sie gefesselt hatte, um sie aus ihrer Heimat zu schaffen und um sie, einmal in Europa gelandet, an der Flucht zu hindern. Viele begingen in ihrem Elend und aus Heimweh Selbstmord."

Fast eine Million farbiger Truppen aus Afrika! Es ist für den objektiven Gerechtigkeitssinn Morels bezeichnend, wenn er an dieser Stelle in seinem Buche „The Black Man's Burden" schreibt:

„Es ist charakteristisch für die Atmosphäre des Betrugs und der Unehrlichkeit, die ein Krieg erzeugt, daß die mögliche Militarisierung der Eingeborenen in den deutschen Kolonien Afrikas als ein Argument benützt wurde, um Deutschland diese Kolonien auf gute, altmodische Weise zu rauben, während man die tatsächliche Militarisierung der Bewohner des französischen Kolonialreichs bequemerweise ignorierte."

Frankreich ging aber noch viel weiter. Am 30. Juli 1919, also lange nach dem Kriege, wurde in West- und Zentralafrika, einem etwa 20 Millionen Einwohner zählenden Gebiet von der Größe Europas, die allgemeine Militärpflicht eingeführt und diese Verfügung am 12. Dezember 1919 auf Madagaskar ausgedehnt (drei Millionen Einwohner). Die Soldaten müssen drei Jahre dienen, davon zwei in Europa, d. h. in Deutschland, falls man Frankreich nicht dazu bewegen kann, seine farbigen Truppen im besetzten Gebiet durch weiße zu ersetzen. Französische Fachmänner haben — ohne Zweifel mit frohlockendem Schmunzeln — berechnet, daß Frankreich von 1922 an ein stehendes Heer von 200 000 Afrikanern, meistens Negern, zur Hälfte den primitivsten Stämmen angehörend, haben wird. Die Truppen aus Algerien, Tunis und Marokko sind hier nicht mitgezählt. Morel nennt dies mit Recht „eins der schwerstwiegenden Ereignisse der zeitgenössischen Geschichte". Und der Brigadegeneral E. B. Thomson schrieb ihm über diese „Selbstmordpolitik" Frankreichs:

„Ich kenne die Westküste Afrikas aus eigener Erfahrung und kann nur bestätigen, was Sie . . . sagen . . : Angehörige wilder Stämme werden im Gebrauche der Waffen geübt und gleichzeitig zur Verachtung der europäischen Völker erzogen. Ihre schlechtesten Eigenschaften werden aufgestachelt und sie werden als aufrührerische und unzufriedene Gesellen in ihre Heimat zurückkehren, zu jedem Unheil bereit und willige Werkzeuge jener, die Streit und Empörung anstiften wollen. Frankreich ist in der Tat dabei, Westafrika zu militarisieren. Die Folgen werden unberechenbar und unabwendbar sein; sie werden sich zuerst in den afrikanischen Kolonien Frankreichs bemerkbar machen, sich dann aber ausdehnen und den ganzen afrikanischen Kontinent überwuchern.

Digitized by Google

Das ist eine der Sorgen, die auf vielen Engländern heute lastet. Ich berühre in diesem Aufsatz absichtlich nicht die jeden Deutschen, nein: jeden Weißen in allen Erdteilen empörende „schwarze Schmach"; ein flammender Protest gegen diese schamlose Entwürdigung eines alten Kulturvolkes versteht sich von selbst. Auch viele Franzosen haben sich aufs schärfste hierüber ausgesprochen, und wenn es bislang noch nicht lauter geschah, so einfach deshalb, weil dem französischen Volk die Tatsachen vorenthalten werden. Morels Proteste richten sich auch, wie er mehrfach betont, nicht gegen das französische Volk, sondern gegen seine verantwortlichen Machthaber. Im übrigen will ich mich hier lediglich auf die Folgen beschränken, die diese Politik Frankreichs in Afrika einst haben muß.

Schon der Umstand, daß der Schwarze gelehrt und geheißen wurde, Weiße zu töten, Menschen, denen sich unterzuordnen er vordem als selbstverständlich hinnahm, hat dem Eingeborenen die Augen geöffnet, ihn zu der Erkenntnis gebracht, daß der Nimbus um den weißen Mann „fauler Zauber" war. Zudem erlebte er die Niederlage mit, die seine Herren oft genug erlitten, und er sah, wie die deutschen Gefangenen in den Kolonien und anderwärts behandelt wurden; man ließ ihm die Trophäen, die er sich von den erschlagenen Feinden geholt — und schließlich gab man ihm die Gelegenheit, seine überaus starken geschlechtlichen Bedürfnisse an weißen Frauen auszutoben. Dort, im besetzten Gebiet, fühlen sich die Afrikaner als Eroberer. Tagtäglich können sie mit ansehen und erleben, wie ihre Befehlshaber gegen die einheimische Bevölkerung auftreten; sie machen sich deren Ton zu eigen und lernen den Weißen, nicht allein den Deutschen, sondern den Weißen überhaupt, gründlich verachten. Man hat in den deutschen Zeitungen wiederholt von Schlägereien zwischen afrikanischen Soldaten und der französischen Gendarmerie lesen können. Dazu führt Morel im „Schrecken am Rhein" folgende Briefstelle eines seiner zurzeit in Deutschland lebenden französischen Korrespondenten an:

„Einer meiner Freunde ist kürzlich aus dem besetzten Saargebiet zurückgekehrt. Er hatte das folgende kennzeichnende Erlebnis. Mehrere schwarze und zwei französische Soldaten stiegen in seinen Wagen. Die Schwarzen setzten sich auf die freien Plätze, während die Franzosen stehen mußten. Einer von diesen sagte zu meinem Freunde, der sich erstaunt darüber geäußert hatte: „Was wollen sie? Wir können's nicht ändern. Sie haben uns viel im Krieg geholfen Jetzt halten sie sich für die Herren und führen sich danach auf." Darauf sprach mein Freund mit den Schwarzen ein paar Worte. Einer von ihnen sagte ihm: „Wir sind's, die den Krieg gewonnen haben. Ohne uns hätten die Franzosen niemals die Deutschen überwunden."

Man sieht, wie — Hand in Hand mit der Geringschätzung gegen den Europäer — das Selbstbewußtsein dieser Schwarzen schon gestiegen ist!

Von 1922 an wird Frankreich ein stehendes Afrikanerheer — ohne die Tunesen, Algerier und Marokkaner — von 200 000 Mann haben; dann werden jährlich beinahe 70 000 dieser mit den neuesten Waffen

Digitized by Google

wohlvertrauten und vollkommen ausgebildeten Soldaten zu ihren Hütten zurückströmen: in zehn Jahren an die 700 000 Mann. An ihren Lagerfeuern, im regen Handelsverkehr mit ihren Nachbarn, werden sie ihre Erlebnisse aus dem großen Krieg, ihre Quartierfreuden im „eroberten Deutschland" austauschen, und sie werden erzählen, wie oft weiße Frauen und Mädchen, von Entsetzen und Furcht gelähmt, sich ihnen hingeben mußten. . . Und die in Europa erworbene Geringschätzung des Weißen wird sich bald der gesamten Bevölkerung mitgeteilt haben. Auf alle mögliche Weise sind auch in Afrika Waffen und Munition zu bekommen; und eines Tages werden sich die Eingeborenen des tropischen und subtropischen Afrika, wo sich Europäer nur vorübergehend aufhalten können, in unwilligem Erstaunen fragen, warum sie eigentlich noch die Herrschaft der Handvoll Weißen unter sich dulden, von denen sie so vortrefflich gelernt haben, die Feuerwaffen zu gebrauchen. . . .

Es ist klar, daß der von Weißen dauernd bewohnte Teil Afrikas sowie die gesamte Küste den Europäern nicht so leicht verloren gehen wird. Und doch würde ein allgemeiner Aufstand in Zentralafrika sich bis in die fernsten Spitzen des Kontinents fühlbar machen. Denn sogar in der Südafrikanischen Union kommen auf einen Weißen vier Schwarze, und sie nehmen rascher zu als die Weißen. Außerdem hat sich gerade in den von Europäern besiedelbaren Gebieten infolge der kapitalistischen Ausbeutung des Landes ein schwarzes Proletariat entwickelt, das, ebenfalls auf die Phrasen des Krieges pochend, seine Rechte zu fordern beginnt. Eine ähnliche Bewegung läßt sich in den Vereinigten Staaten beobachten. Auch amerikanische Nigger haben am Kriege teilgenommen, und schon erheben sie ihr Haupt höher. Als ein Symptom sei erwähnt, daß bei der amerikanischen Präsidentenwahl die Beteiligung der Negerinnen ganz auffallend groß war. Wie lange wird es währen, bis schwarze Amerikaner in ihr Heimatland, aus dem ihre Vorfahren einst als Sklaven verschleppt wurden, zurückkehren, um ihren Blutsbrüdern zur Sprengung ihrer Ketten und zur Befreiung vom französischen Militarismus organisatorische Hilfe zu leisten?

Unter diesen Umständen ist es nicht verwunderlich, daß Arthur Ponsonby, früher Sekretär Campbell Bannermans, in seinem Vorwort zu Morels „Schrecken am Rhein" schreibt:

„Wenn sich Europa an die Verwendung farbiger Soldaten zu politischen Zwecken gewöhnen muß, so werden daraus für die afrikanischen wie die europäischen Völker Gefahren entspringen, deren ganze Größe wir uns nur schwach vorzustellen vermögen."

Morel hält, wenn die französischen Militaristen so weiterpfuschen, den Ausbruch eines Eingeborenenaufstands in West- und Zentralafrika und die Vernichtung der französischen

Digitized by Google

Herrschaft in Marokko, Algerien und Tunis nur für eine Frage der Zeit. Und er sucht seinem Volke klarzumachen, welch katastrophale Folgen das für die englischen Besitzungen in Afrika haben muß, die zum Teil fast ganz von französischen Kolonien umgeben sind, wie z. B. Nigeria, das bloß eine Polizeitruppe von einigen tausend Mann besitzt.

Von diesen Erwägungen aus betrachtet, kann der eingangs erwähnte Beschluß des Weltkongresses der Neger nicht mehr mit einem Lächeln abgetan werden. Die Errichtung der Negerrepublik Afrika liegt gewiß noch in weiter Ferne, aber der Weg dorthin ist, unter der verblendeten Führung Frankreichs, schon beschritten.

Die „russischen" Randstaaten

Von M. W.

Im Komplex der osteuropäischen Fragen, die durch den Bolschewismus weltbewegende Fragen geworden sind, spielt die Randstaatenpolitik eine große Rolle. Ueber ihre Berechtigung und Bedeutung sind die einzelnen Mächte, die im Laufe der letzten Jahre die Schicksale des Ostens bestimmt haben und bestimmen, eigentlich sich nie vollkommen klar gewesen. Sie haben die Angelegenheit der russischen Randvölker immer wieder für ihre eigenen Interessen zu nützen versucht und haben sich nur in geringem Maße mit den tatsächlichen Bedürfnissen dieser Randvölker, die Träger der Randstaaten werden sollten, beschäftigt.

Die Frage der russischen Randvölker ist die wichtigste Frage des zaristischen Rußlands gewesen und hat in allerstärkstem Grade die inner- und außenpolitische Politik Rußlands bestimmt. Das zaristische Rußland ließ sich hinsichtlich der Randvölker von zwei Grundsätzen leiten. Erstens wurden die Randvölker durch wirtschaftliche Unterdrückung und durch Ausnützung der Randgebiete für Zentralrußland in politischer Ohnmacht gehalten; zweitens wurden diese Völker gegeneinander ausgespielt und so die in Oesterreich traditionelle Politik des divide et impera nachgeahmt. Das erste Prinzip fand Anwendung bezüglich der Ukrainer, der Finnländer, Letten und Weißrussen. Das zweite Prinzip wurde besonders angewendet gegenüber Polen, Litauern und Juden. Diese russischen Regierungsmethoden erzeugten bei den beherrschten Randvölkern die allergrößte Erbitterung. Es dauerte nicht lange und die Randvölker durchschauten die Petersburger Pläne und die revolutionären Parteien aller Randvölker schlossen sich auf der gemeinsamen Plattform des Kampfes gegen Petersburg zusammen. Sogar in russischen Kreisen begann man einzusehen, daß das System der Zentralisation und der Unterdrückung der Randvölker zum Zusammenbruche Rußlands führen müsse, und

Digitized by Google

fortschrittliche russische Kreise befreundeten sich mit dem Gedanken der Dezentralisation der Verwaltung und der Gewährung einer beschränkten Autonomie für die national am stärksten bewußten Randvölker, für die Polen, Litauer und auch für die Ukrainer.

Die zaristischen Regierungen wollten jedoch von einer Lockerung des politischen Druckes auf die Randvölker gar nichts wissen. Im Gegenteil! Petersburg bemühte sich, jede Autonomiebestrebung der Randvölker im Blut und mit Eisen zu ersticken und erstrebte überdies die Eroberung derjenigen österreichischen Gebiete, in denen Teile der in Rußland unterdrückten Randvölker lebten und sich einer größeren nationalen Selbständigkeit erfreuten, um auf diese Weise diese Völker ganz zu beherrschen und unterdrücken zu können. Eines der wichtigsten russischen Kriegsziele im Jahre 1914 war die Eroberung Galiziens, um den Herd der ukrainischen Bewegung in Ostgalizien sowie den Hauptstützpunkt der polnischen Unabhängigkeitsbestrebungen in Westgalizien unter russische Botmäßigkeit zu bringen.

Mit brutaler Gewalt kann man jedoch Freiheitskämpfe von zu nationalem Bewußtsein erwachten Völkern auf die Dauer nicht unterdrücken. Gerade während des Krieges wuchsen mit der beginnenden Zersetzung des russischen Imperiums die zentrifugalen Bestrebungen der „russischen" Randvölker in einem für Petersburg bedrohlichen Ausmaße. Und als im Jahre 1917 nach der russischen Märzrevolution Kerenski die russische Regierung übernahm, äußerten sich die Loslösungsbestrebungen der Randvölker in stürmischer Weise. Je größer die Anarchie in Zentralrußland wurde, desto kräftiger regten sich die Bestrebungen der Randvölker, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen. Als im November 1917 die Bolschewisten das Regime Kerenski stürzten, standen sie vor der Tatsache, daß sich Finnländer, Litauer, der Kaukasus und die Ukrainer fast vollständig von Rußland losgelöst hatten und im Begriffe waren, eigene staatliche Organisationen zu schaffen. Im Sinne der von ihnen verfochtenen Prinzipien und mit Rücksicht auf die tatsächlichen Verhältnisse bestätigten die Bolschewisten den vorhandenen Zustand in feierlicher Weise, indem sie das Recht der Randvölker auf Selbstbestimmung bis zur völligen Losreißung von Rußland anerkannten. Aufrichtig haben es die Bolschewisten schon damals mit ihren Erklärungen nicht gemeint. Denn sie beeilten sich, bei allen genannten Randvölkern bolschewistische Organisationen und Umsturzbewegungen zu schaffen, damit die Randvölker sozusagen „freiwillig" Anschluß an die russische bolschewistische Sowjetrepublik suchen.

Der siegreiche deutsche Militarismus verhinderte die Bolschewisten jedoch zunächst an der Durchführung ihrer unter dem Deckmantel der Proletarier-Diktatur wiederaufgenommenen russisch-imperialistischen Pläne. Die

Digitized by Google

deutschen Friedensunterhändler in Brest-Litowsk griffen die Idee der Randstaatenpolitik auf und nützten sie für die Zwecke des deutschen Eroberertranges nach Osten. Es ist daran festzuhalten, daß die Deutschen keineswegs, wie nachher in Ententekreisen behauptet wurde, Erfinder der Randstaatenidee sind. Diese Idee ist aus der natürlichen Entwicklung der Völker im Osten geboren worden; sie ist ein Produkt des großen Bildungs- und Nationalisierungsprozesses, den auch die geschichtslosen „russischen" Randvölker in den letzten Jahrzehnten durchgemacht haben. Die deutschen Militärs haben die Randstaatenidee aufgegriffen, verfälscht und für ihre Zwecke zu benützen versucht. Im Verträge von Brest-Litowsk ist denn auch das deutsche System der Randstaaten wenigstens auf dem Papiere durchgeführt worden. Der Zweck war, in verhüllter Weise Annexionen im Osten durchzuführen und den deutschen Einfluß bis tief in das Herz Osteuropas zu tragen, die gesamte Ostsee und das Schwarze Meer zu deutschen Meeren zu machen.

Mit dem Zusammenbruche der deutschen Militärmacht brach auch dieses unaufrichtig gemeinte Randstaatensystem zusammen und die Randstaatenidee, als eine angeblich deutsche Erfindung, war zunächst in weiten Kreisen diskreditiert. Nur wo es das ureigenste Interesse der zwei führenden Mächte in der Entente, Englands und Frankreichs, verlangte, da billigte man den Gedanken der Befreiung der Randstaaten und ließ ihn gelten. Diesem selbstsüchtigen Interesse der Franzosen und Engländer haben Polen, Finnland und die Ostseestaaten oder baltischen Staaten ihre angeblich selbständige politische Existenz von heute zu verdanken. Ein ähnliches englisches Interesse ermöglichte auch den Völkern im Kaukasus die Begründung selbständiger staatlicher Organisationen. Besonders verhätschelt wurde bei dieser Neugestaltung der politischen Verhältnisse in Osteuropa Polen, das an Stelle des bolschewistisch gewordenen Rußlands die Rolle eines Büttels gegen die Deutschen im Osten zu spielen hatte. Die größten russischen Randvölker, die Ukrainer, sowie die Weißruthenen stellten weder für England noch für Frankreich den Gegenstand eines besonderen politischen Interesses dar, und darum wandte die Entente in bezug auf diese Völker das den Polen, Finnen, Esten, Litauern und Letten zugebilligte Recht auf Selbstbestimmung nicht an. Diese zwei Völker wurden im Gegenteil von Frankreich dazu ausersehen, Eroberungsobjekt für Polen zu werden, damit dieses ein Groß-Staat werde und die Bütteldienste gegen Deutschland besser versehen könne.

Die Entente verfälschte ähnlich den Deutschen die Randstaatenidee zu ihren Gunsten. Weder unter der kurz währenden deutschen Hegemonie im Osten noch während der Zeit des Ententeeinflusses waren die Randvölker Rußlands imstande, irgendwie selbständig ihr Schicksal zu be-

Digitized by Google

stimmen. Da sich überdies zwischen den einzelnen Randvölkern Schwierigkeiten und Reibungsflächen ergaben, gelangte auch ein großer Teil ehrlicher Politiker zur Ansicht, daß die Randstaatenidee als solche einer gründlichen Revision unterzogen werden müßte. Gerade in letzter Zeit äußerte sich die Regierung der Vereinigten Staaten dahin, daß die Integrität des russischen Gebietes garantiert werden müßte. Mit anderen Worten: die Vereinigten Staaten, die in den 14 Punkten des Präsidenten Wilson am nachdrücklichsten das Recht auf Selbstbestimmung der kleinen Nationen proklamiert hatten, geben jetzt dieses Recht eines Großteils der russischen Randvölker preis.

Den wirklichen Kenner der Verhältnisse in Osteuropa können diese Schwankungen in der Auffassung der Randstaatenpolitik nicht irre machen. Die Frage der Befreiung der russischen Randvölker von der Unterdrückung durch irgendein Herrenvolk, sei es der Russen oder Polen, ist nicht künstlich erzeugt worden. Sie hat sich im Laufe des 19. Jahrhunderts aus den Verhältnissen Osteuropas natürlich entwickelt. Das 19. Jahrhundert ist ja das Zeitalter der Emanzipation aller Völker gewesen. Die Griechen, Rumänen, Serben, Bulgaren, Italiener und Deutschen haben sich von Fremdherrschaft befreit bezw. vereinigt. Am Ausgang des Weltkrieges 1918 sind die Tschechen und Polen zu neuem selbständigen Dasein gelangt. Es ist nicht einzusehen, warum dieser Prozeß sich nicht auch bei allen andern europäischen Völkern durchsetzen soll. Die selbstsüchtige Ausnützung der Freiheitsbestrebungen der Ukrainer, Weißrussen, Esten, Letten, Litauer und Polen durch fremde Nationen kompromittiert diese Freiheitsbewegungen höchstens für den Verlauf weniger Jahre. Ebenso wird der Versuch der Bolschewisten, im Namen kommunistischer Prinzipien disparate Völker zusammenschweißen, an der natürlichen Kraft der nationalen Idee dieser Völker scheitern. Schließlich wird jedes einzelne zu nationalem Bewußtsein gelangte Volk sein Recht auf Selbständigkeit erkämpfen. Damit ist nicht gesagt, daß diese einzelnen Völker rings um ihre ethnographischen Grenzen Barrieren aufrichten können oder sollen, um sich von ihren Nachbarn abzuschließen. Eine Vereinigung höherer Ordnung ist notwendig und wird sich im Laufe der Entwicklung ergeben müssen. Aber dieser Vereinigung muß eine Differenzierung vorangehen, damit die Völker des Ostens *als Gleiche mit Gleichen* einen Verband bilden können, sozusagen die Vereinigten Staaten von Osteuropa, die sich, vor allem aus wirtschaftlichen Gründen, zu den Vereinigten Staaten von Gesamteuropa entwickeln werden.

Digitized by Google

Der Waffenstillstand von Rapallo

Von Oskar Müller (Berlin)

Am 10. November wurde in Rapallo zwischen der italienischen und jugoslawischen Regierung der Vertrag abgeschlossen, durch den der zwischen den beiden Ländern seit der Beendigung des Krieges schwebende Adriakonflikt diplomatisch beendet wird. Da das Abkommen nicht nur die Grenzen zwischen dem neuen südwestslawischen Staat und Italien regelt, sondern für die nächste Zukunft die vornehmste Grundlage der Politik in Südosteuropa ist, so scheint mir seine genaue Kenntnis und eine sorgfältige Beurteilung seines Wesens und seiner Wirkungen zu den Voraussetzungen aller künftigen internationalen Politik zu gehören. Dazu ist es vor allem wichtig, die eine der Eigenschaften des jugoslawischen Staates zu erkennen, nämlich die, daß er zu einem Drittel zu den sogenannten Sukzessionsstaaten der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie gehört und in seiner ganzen westlichen Grenzführung Nachbar des Königreichs Italien geworden ist. Seine Grenze geht von den Julischen Alpen nach Süden, indem sie die Istrische Halbinsel mit ihrer Spitze, den Flottenstützpunkt Pola, westlich läßt, nach dem dalmatinischen Küstengebiet bis zur Grenze Albaniens. Weder auf dem Festland noch auf den Dalmatien vorgelagerten kleinen Inseln, noch im Küstengebiet selbst ist die Grenze ethnographisch, d. h. in Hinsicht auf Sprache und Rasse der Bewohner scharf gezogen. Es ist vielmehr so, daß die stark anwachsende und energische Volkskraft der Südslawen unaufhaltsam nach Westen in die reiche, offene Ebene des Isonzo und an die vielfältig gegliederte, zu Handel und Schiffahrt einladende Ostküste der Adria vordringt und dem italienischen Volk seine alten Kolonialbesitze streitig macht, die es noch aus den Zeiten des Römischen Reiches und aus der späteren Blüte der venetianischen Handels- und Seemacht her innehat. Schon vor dem Kriege waren die ständigen Reibereien zwischen Wien und Rom, welche durch die Beschwerden der italienischen Bevölkerung im istrischen Küstenlande wegen Bedrückung durch die kaiserlichen und königlichen Behörden entstanden, weniger auf den Gegensatz zwischen Deutschen und Italienern, als auf den zwischen Italienern und Südslawen zurückzuführen, deren arbeitsame und wachsende Bevölkerung sich immer mehr in die Verwaltung der Städte italienischen Charakters hineindrängte und darin von der Wiener Regierung gefördert wurde, die im Italienertum den natürlichen Feind des habsburgischen Staates sah. Erst im Laufe des Krieges bildete sich infolge der panslawistischen Propaganda die vorübergehende italienisch-südslawische Interessengemeinschaft heraus, die von den Westmächten als das geeignetste Mittel, die österreichisch-ungarische Monarchie von innen heraus aufzulösen und dadurch auch die deutsche Stellung zu erschüttern, auf das eifrigste unterstützt wurde.

Digitized by Google

Der Erfolg übertraf selbst die kühnsten Erwartungen. In Italien hatte sich, als die Regierung am 26. April 1915 mit der Entente den Vertrag schloß, in dem sie sich zum Eintritt in den Krieg gegen die Mittelmächte innerhalb eines Monats verpflichtete und die Bedingungen dafür festsetzte, wohl niemand träumen lassen, daß der Krieg mit einem völligen Zusammenbruch der Mittelmächte und mit der gänzlichen Auflösung der österreichisch-ungarischen Monarchie endigen werde. In jenem Vertrag hatte Italien mit dem Fortbestand des Habsburgischen Reiches gerechnet und sein Ziel nur darin gesehen, die Grenzen Italiens im Norden an Tirol und im Osten im venetianischen Küstenland so weit vorzuschieben, als dies ethnographische Gründe und Rücksichten der militärischen Verteidigung verlangten, im übrigen aber Oesterreich und Ungarn von der Mitherrschaft über die Häfen und Küsten der Adria auszuschließen. Es hatte deswegen von den Verbündeten die Brenner Grenze, Istrien mit Triest und Pola, die strategisch wichtigen Inseln und die Küste Dalmatiens verlangt und in die Verteilung der übrigen, im ungarischen Besitz befindlichen Teilgebiete der Adria mit der wichtigen Hafenstadt Fiume an Kroatien, Serbien und Montenegro gewilligt, drei Staaten, von denen keiner, an sich betrachtet, ein ernstlicher und zu fürchtender Mitbewerber in Handel und Herrschaft an der Adria anzusehen war.

Die völlige Auflösung der Habsburgischen Monarchie und die Bildung des serbisch-kroatisch-slowenischen Einheitsstaates veränderte die Lage von 1915 für Italien von Grund auf. Der alte Erbfeind, die Habsburger Monarchie, war geschlagen und zertrümmert, aber an ihre Stelle trat eine andere, jüngere, national geschlossene Großmacht als Erbe der ehemaligen Habsburger Ansprüche auf Handel und Mitbesitz der Adria. Dieser Staat tritt, geführt von dem politisch geschulten, ehrgeizigen und fähigen Serbentum, mit den größten Hoffnungen und Absichten in die neue Phase seiner Geschichte ein. Noch ist er zwar uneinheitlich, durch religiöse Spaltungen beunruhigt, durch partikularistische Bestrebungen geschwächt, finanziell erschöpft und durch den Krieg bis zum äußersten blutleer geworden. Aber gerade Italien hatte vor dem Kriege und in den Schlachten auf dem Karst allzuviel Gelegenheit gehabt, sowohl die friedliche Expansionskraft dieses Volkes, als seine kriegerische Fähigkeit kennenzulernen, um nun nicht für die Zukunft vor einem solchen Nachbarn bange zu werden und zu versuchen, jetzt schon gegen ihn Positionen zu gewinnen, von denen aus später jeder Uebergriff abgewehrt werden kann.

Interessen des italienischen Handels gehen hier Hand in Hand mit Rücksichten der Verteidigung und Sicherung zu Wasser und zu Lande. Italien hat in seiner fast drei Jahrtausende umfassenden Geschichte Gelegenheit genug gehabt, den Anreiz fürchten zu lernen, den die reichen Ebenen des Nordens Venetiens und der Lombardei auf die an den Grenzen

Digitized by Google

sitzenden Völker ausgeübt haben. Gallier, Hunnen, germanische Wanderheere, die Franzosen und die Deutschen haben auf diesen reichen Gefilden die Schlachten ihrer Sehnsucht und ihrer Abenteuer geschlagen, und von Dante bis Mazzini geht deswegen begreiflicherweise der Ruf nach einer gesicherten strategischen Grenze im Norden und Nordosten durch die nationale Literatur und Politik Italiens.

Nicht anders ist es um die Sicherheit der strategischen Küste Italiens bestellt: Fast gänzlich ungegliedert, flach abfallend, sandig liegt sie der mit zahllosen Häfen und Schlupfwinkeln und Inseln ausgestalteten Westküste der Balkanhalbinsel gegenüber, von der aus schon im Altertum und in der Römerzeit kühne Piraten Handel und militärische Sicherheit störten, die sich die venetianische Republik hatte eingliedern müssen, um ungestört ihrem Welthandel obliegen zu können. Die Alleinherrschaft, oder doch die unbestrittene Vorherrschaft an der Adria ist deswegen die zweite Parole des italienischen Einheitsstaates geworden, die um so leidenschaftlicher verfochten wird, als in dieser maritimen Sicherheit in dem Meer, das fast italienischer Binnensee und als ein einziger großer Hafen angesehen werden kann, die weiter in die Welt strebenden Handels-, Schiffahrts- und Kolonialpläne des italienischen Imperialismus verankert sind.

Für diese beiden Ziele, für die Ausdehnung bis zu einer festen nördlichen und nordöstlichen Alpengrenze und für die Sicherung seiner Herrschaft in der Adria, war Italien in den Krieg gegangen, und es hatte sich deshalb auf die Seite der Entente gestellt, weil es (wie wir zugestehen müssen, mit einiger Berechtigung) nicht hoffen durfte, daß ein siegreiches Oesterreich ihm die gewünschte starke Stellung eingeräumt hätte. Nach Beendigung des Krieges war nun die ganze Energie seiner auswärtigen Politik darauf gerichtet, diese beiden Früchte des Sieges zu sichern. Als aber in den Pariser Friedensverhandlungen sich Präsident Wilson auf die Seite der Jugoslawen stellte, als er den über die Londoner Abmachungen hinausgehenden Anspruch Italiens auf Fiume ablehnte, aber auch den Londoner Vertrag selbst mit starken Einschränkungen und gegen Italien interpretierte, verließen die italienischen Delegierten am 24. April 1919 die Konferenz von Paris, so daß es einen Augenblick den Anschein hatte, als sollte die Entente an der Frage der Adria in die Brüche gehen.

Die ungeheure nationale Erregung, die sich darüber des Landes bemächtigte, und die sich in heftigen Gefühlsausbrüchen gegen die Verbündeten, vor allem gegen Amerika, aber auch gegen den lauen Freund Frankreich Luft machte, führte zu der Besetzung Fiumes durch freiwillige und reguläre italienische Truppen, die der Dichter Gabriele d'Annunzio eiligst zusammengerafft hatte. Man hat im Ausland und auch in Deutschland über diesen Handstreich des militaristischen Poeten vielfach abfällig, wenn nicht spöttisch geurteilt und darin ein Stück Räuberromantik sehen wollen,

Digitized by Google

mit der sich ernsthafte Politik nicht belasten darf. Ich halte diesen Standpunkt für falsch, und die Wirkung, welche das Eingreifen d'Annunzios in die verfahrene diplomatische Situation gehabt hat, gibt der Auffassung recht, daß wir hier eine der Ausdrucksformen italienischer Politik vor uns haben, die aus dem ganzen Wesen und der Geschichte des italienischen Staates hervorgegangen sind und mit denen sowohl die italienische Politik wie das Ausland immer ernstlich zu rechnen haben werden. In Italien bildet die öffentliche Meinung, vor allem aber die leidenschaftliche Teilnahme des ganzen Volkes an nationalen Fragen die stärkste Stütze, aber auch ein automatisch wirkendes Korrektiv aller auswärtigen Politik. Das Unternehmen d'Annunzios wird neben dem berühmten Zuge Garibaldis und seiner tausend Mann nach Sizilien, wo er im Jahre 1860 abseits von den gebundenen Wegen der offiziellen piemontesischen Politik als Beauftragter des nationalen Gesamtwillens die Befreiung der Insel und Süditaliens einleitete, das berühmte Beispiel dafür bleiben, daß ein temperamentvolles und seiner Schicksale sich bewußtes Volk in entscheidenden Augenblicken seiner Geschichte sich immer mit Erfolg zum Ratgeber oder, wenn es nötig ist, zum Diktator der Staatspolitik machen kann. So groß auch die Verlegenheit war, in die der Dichter den Staatsmann setzte, dieser konnte sich von jetzt an in den Verhandlungen mit den Westmächten und mit Jugoslawien mit viel größerem Nachdruck auf die Macht der nationalen Stimme und auf den Zwang berufen, der damit seinem Willen zur Nachgiebigkeit gesetzt wurde. Allerdings hat Italien in den körperlichen und moralischen Zusammenbruch Wilsons und mit dem fast nun folgenden langwierigen Verhandlungen das Glück gehabt, daß mit dem völligen Rückzug der Vereinigten Staaten aus der europäischen Politik die jugoslawische Diplomatie ihrer stärksten Stütze beraubt wurde und so langsam zu dem friedlichen Ausgleich heranreifte, der nach einem vergeblichen oder vielmehr wegen innerer sozialer Verwickelungen in Italien abgebrochenen Versuch in Pallanza jetzt in Rapollo zustandekam.

Der Vertrag selbst besteht aus 9 Artikeln und soll durch die Arbeit von Kommissionen und Sonderkonferenzen hinsichtlich der Grenzführung und in wirtschaftlichen, finanziellen und kulturellen Fragen noch ausgefüllt werden. Er stellt ein Kompromiß zwischen dem Londoner Vertrag von 1915 und den Forderungen, die Jugoslawien, gestützt auf die Stellung seiner Rasse und Sprache, in den Adrialändern erhoben hat. Die Grenze in den julischen Alpen und im Karstgebirge ist so gezogen, daß die strategischen Ansprüche Italiens voll befriedigt werden; es hat die Bergmassive, welche das venetianische und istrische Küstenland gegen die kroatisch-ungarische Tiefebene abschließen, fest in der Hand. Triest und Istrien werden dadurch militärisch gesichert, wirtschaftliche Interessen dadurch gewährt, daß Idria mit seinen Quecksilberlagern innerhalb der

Digitized by Google

italienischen Grenze liegt. Hier hat sich also Italien mit vollem Erfolg durchgesetzt. Die Regelung der Frage von Fiume ist so erfolgt, daß die Stadt und ihr Gebiet ein mit Italien durch einen Gebietsstreifen längs des Meeres und durch eine Bahn verbundener Freistaat wird. Diese Verbindung, die strenge Beschränkung auf das von Italienern bewohnte Stadtgebiet und der Besitz der Fiume und Pola vorgelagerten Inselgruppe mit den Hauptinseln Cherson und Lussin gewährt Italien fürs erste eine Quasiherrschaft über diesen Stützpunkt ihres Volkstums in der oberen Adria, wenn auch hier der ganze Zweifel der italienischen Kolonialstellung besonders klar und deutlich wird, da das Slaventum bis hart an die Tore der Stadt, ja bis in die Vorstädte vorgedrungen ist. Starke Verzichte hat der Vertrag von Italien in Dalmatien gefordert, wo es die Souveränität über die freie Stadt Zara mit seiner italienischen Bevölkerungsmehrheit erhält, dafür aber die Städte mit den italienischen Minderheiten wie Spalato und Sebenico preisgeben mußte. Die Interessen Italiens in der mittleren Adria werden durch den Besitz der Inseln Curzola und Lagosta und der kleinen neben der engsten Stelle der mittleren Adria liegenden Insel Pelagosa gewahrt.

Wie kann nun dieses diplomatische Abkommen vor den festen Maßstäben der italienischen Außenpolitik bestehen, deren wir drei festzustellen haben. Die nationale und ethnographische Forderung, möglichst alle italienisch sprechenden Gebiete mit dem Königreich zu vereinigen ist im ganzen erreicht worden. Es werden in den strittigen Gebieten nur etwa 50 000 Italiener unter fremder Herrschaft leben, während Italien etwa ½ Million Südslawen in seine Grenzen einbezogen hat. Immerhin ist zu beachten, daß diese Minderheiten auf beiden Seiten von einem leidenschaftlichen Nationalgefühl erfüllt sind, das durch den schweren Konkurrenzkampf zwischen der alten italienischen Kultur- und Bildungsschicht und den aufstrebenden unteren Klassen slavischer Rasse geistig noch verschärft wird; sie werden auch in Zukunft nicht leicht zur Ruhe gebracht werden können und voraussichtlich auch, wie es zweckmäßig erscheinen wird, die offenen oder geheimen Werkzeuge und Hilfsmittel der offiziellen Politik der beiden Staaten bilden. Wer die scharfen Proteste des serbischen Nationalismus in Belgrad und den noch immer nicht endgültig beseitigten Widerstand d'Annunzios und seiner Anhänger gegen das Abkommen betrachtet, wird nicht leicht zu dem Schluß kommen können, daß in der Adria ein endgültiger Völkerfriede hergestellt sei. Immerhin werden sich beide Regierungen bemühen, im Interresse der Ruhe, die sie nötig brauchen, und um das Werk der Diplomatie auch mit äußeren Sanktionen zu umgehen, ein möglichst friedliches Zusammenleben der beiden ineinander verschobenen Rassen und Sprachschichten zu fördern. Dies wird so lange dauern, bis elementare Veränderungen

Digitized by Google

in den Bevölkerungsverhältnissen den Rahmen des Ausgleichs stärker anspannen, als das jetzt noch der Fall ist, oder ihn sprengen oder bis die Gründe für das jetzige vorsichtige Verhalten der Staatspolitik weggefallen sind.

Um die Flüssigkeit der Verhältnisse an der Adria an einem Beispiel klarzumachen: Die Stadt Fiume, die etwa 50 000 italienisch sprechende Einwohner zählt, hat im Südosten nur durch den Bach Recina, slavisch Rjec getrennt, die rein serbische Vorstadt Sussak mit etwa 5000 Einwohnern, die von dem rein slavischen Hinterlande ständig Nachschub erhalten, während die Italianität der Stadt Fiume lediglich kolonisatorischen Charakter hat. Daß dieser Gegensatz auf die Dauer diplomatisch nicht geregelt werden kann, leuchtet ein. Fiume aber ist nur ein in letzter Zeit zum Brennpunkt gewordenes Beispiel für die ganz allgemeine ethnologische Bewegung im nördlichen und östlichen Adriagebiet. Auch Triest weist nur 62% Italiener gegen 29% Südslaven, Görz und Gradiska gar nur 36% gegen 64% auf. Im ganzen Adriagebiet wohnen allerdings nach einer früheren österreichischen Statistik, die dem Italienertum nicht gerade günstig aufgestellt sein mag, nur 22% Italiener gegen 78% Slaven, 4000 000 Lateiner gegen 1 300 000 Angehörige dieser östlichen Rasse, die von einer zwar jüngeren, aber nicht weniger zähen und selbstbewußten Idee ihrer geschichtlichen Berufung erfüllt sind, als die romanischen Träger der alten Kultur des Abendlandes.

Man erkennt in diesen wenigen und generellen Zahlen und Bemerkungen die ganze Schwere der politischen Fragestellung, die für die Zukunft etwa so heißt: Ist es der Wille der Geschichte, daß Italien in in einer Wiederaufnahme der großen Traditionen Roms, die im Mittelalter durch die mächtigen Stadtherrschaften von Genua, Florenz, vor allem aber der venetianischen Republik fortgesetzt worden waren, die Kultur, den Handel und die politische Machtausdehnung wieder nach Osten trägt und so die kolonisatorischen Stützpunkte der östlichen Adria nicht nur hält, sondern ausbaut und befestigt oder geht der Weg der Entwickelung umgekehrt, so daß die jungen, unverbrauchten Völker des Ostens zu künftigen Herren in diesen Gebieten vorausbestimmt sind; eine Frage, die in gleicher Schicksalsschwere uns Deutsche bewegt, wenn wir die Wandlungen an der Ostgrenze unseres Reiches betrachten; ja die Frage des zukünftigen Europa schlechthin, wenn wir den gigantischen Kampf der neuen russischen Staats- und Wirtschaftsbegriffe gegen die alten Formen des westlichen Europa von diesem Gesichtspunkte aus betrachten.

Das Gefühl für die so verstandene Adriafrage ist in Italien sehr lebendig. Daraus ist das Bedürfnis nach möglichster militärischer und

Digitized by Google

maritimer Sicherung des jetzigen Besitzstandes nur zu wohl erklärlich. Es sind dies die beiden anderen Maßstäbe, an denen wir das Abkommen von Rapollo zu messen haben. Wie ich schon bei der Angabe der nordöstlichen Festlandsgrenze sagte, ist das Ziel der strategischen Sicherung gegen einen feindlichen Einfall dort vollkommen erreicht. Darüber ist die öffentliche Meinung in Italien völlig einig, so daß der Vertrag darin keine Anfechtungen erfährt. Nicht so einfach und eindeutig ist die Frage zu beantworten, ob das Abkommen von Rapallo Italien die genügende und eine dauernde Sicherung der Seeherrschaft in der Adria gewährt. Die endgültige Beantwortung dieser Frage ist deswegen unmöglich, weil die Bedingungen des Seekrieges einem viel größeren Wechsel unterworfen sind als die des Landkrieges; aber es sind die stärksten Zweifel erlaubt, wenn man bedenkt, daß Südslavien immerhin den größten Teil der östlichen Adria mit vielen Stützpunkten und Inseln in der Hand hat, darunter Cattaro, das nach dem Urteil der Marinesachverständigen die ganze Adria beherrscht, und dort die Basis für den Bau einer Flotte gewinnt, die mit jeder neu gebauten Tonne die italienische Uebermacht verringert. Nimmt man zu dieser Gefahr einer zukünftigen starken jugoslavischen Flotte noch die Ungewißheit über die künftigen Besitzverhältnisse in Albanien, wo Italien bekanntlich seinen starken Stützpunkt Valona aufgeben mußte, denkt man ferner an die Nachbarschaft Griechenlands, und zwar des neuen, durch den Friedensschluß mit der Türkei reich beschenkten Großgriechenlands im jonischen Meere, so wird man verstehen, daß die Adria für Italien auch künftig das „bittere Meer" sein wird, wie es d'Annunzio genannt hat. Vor allen Dingen sind die Gegner des Vertrages von Rapallo in Marinekreisen zu finden, und wir werden damit zu rechnen haben, daß in Zukunft die italienische Marine anstatt des Landheeres Herz und Kopf der nationalen Wachsamkeit und ihrer Propaganda sein wird.

Der Vertrag von Rapallo wird in Italien selbst als ein gewisser Abschluß einer geschichtlichen Entwickelung angesehen. Dies ist insofern richtig, als ein großes Ziel der italienischen neueren Geschichte, die Vollendung der nationalen Einheit und die Sicherung des zusammenhängenden nationalen Festlandsmassivs durch geographische Grenzen vollkommen erreicht wurde; der italienische Nationalstaat ist, nicht tatsächlich (denn es stehen ja noch italienisch sprechende Gebiete in Ententebesitz) aber in den Augen der Italiener vollendet, der Kampf gegen die viele Jahrhunderte während Invasion fremder Herrschaften abgeschlossen. Neben diesem Ziele aber hat das neue Italien, teils aus sich selbst hervorgebracht, teils aus historischen Traditionen übernommen, ein anderes expansionistisches, oder sagen wir ruhig imperialistisches Ziel, dessen Vorstufe und Grundbedingung die unbestrittene Vorherrschaft in

Digitized by Google

der Adria ist. Dies konnte durch den Vertrag von Rapallo nicht endgültig verwirklicht werden, weil es in die historische Entwickelung der Zukunft hineingreift.

So sehen wir in Rapallo den Scheitelpunkt, von dem aus rückwärts die vollendete Geschichte der italienischen Einheitsbewegung übersehen werden kann und von dem aus die Blicke in eine noch verhüllte Zukunft zu dringen versuchen. Neben dieser geschichtlich-politischen Bedeutung hat der Vertrag eine aktuell taktische Absicht, nämlich die, das Verhältnis der italienischen Politik zu dem nach einer neuen festen Gestaltung ringenden Mitteleuropa zu bestimmen, eine fließende Angelegenheit der Zeitpolitik, die man in der Presse unter dem Merkwort der „kleinen Entente" findet und über die noch öfters zu reden sein wird.

Gleiches Maß

Von Johannes Fischer-Stuttgart

Einige Monate nach Ablauf des Krieges hörte ich in der Eisenbahn einer Unterhaltung zu, die zwei junge Kaufleute miteinander führten. Der eine war Reisender, der andere entpuppte sich als Sohn eines Fabrikanten, der nach Rückkehr aus dem Kriege wieder im väterlichen Geschäft tätig war. Und nun setzte der letztere dem ersteren auseinander, daß er so nicht mehr weitermache. Sein Vater müsse ihn zum Mitinhaber des Betriebes machen, sonst spiele er nicht mehr mit. „Man könne doch von ihm nicht verlangen, daß er sich für ein paar lumpige tausend Mark pro Jahr schinde und plage." Das sagte er in dem Augenblick, wo er im Begriffe war, einen Betrieb mit zu übernehmen, der nur gedeihen konnte, wenn die darin tätigen fremden Arbeiter und Angestellten bereit waren, für einen Lohn, bei dem man heute nur eben sein Leben fristen kann, gewissenhaft und treu Tag für Tag ihren Dienst zu tun. Und der junge Mann war sehr verlegen, als ich ihn fragte, mit welchem Recht er denn nun von fremden Leuten verlange, daß sie seinem Betriebe dienen, wenn er es selbst als späterer Erbe ablehne, gegen vorläufigen Lebensunterhalt und Taschengeld seine Kraft einzusetzen.

Mag sein, daß dabei etwas jugendliche Renommisterei war, daß man das gar nicht so ernst nehmen durfte. Ein peinlicher Rest blieb immerhin zurück, und man wird bei den heutigen Auseinandersetzungen über die Sozialisierung oft daran erinnert. Denn das so starke und einseitige Betonen des Gewinns als unentbehrlichen Antrieb für Höchst- oder auch nur gute Leistung bringt einen den Arbeitern und Angestellten gegenüber in eine etwas dumme Situation. Man täuscht sich doch darüber wohl nirgends, daß weite Kreise der abhängigen Lohn- und Gehaltsempfänger, die auf freien Vertrag angewiesen sind, aufs neue wieder für einige

Digitized by Google

Jahrzehnte unter die brutale Herrschaft des „ehernen Lohngesetzes" gekommen sind. Und doch erwartet man von ihnen und muß es erwarten, daß ihre Leistung sich wieder mehr und mehr jenen Höchstleistungen an Qualität und Quantität nähert, die wir in der besten Vorkriegszeit von ihnen gewohnt waren, daß die Verwaltungs- und Beamtentreue wieder so herauswachse, wie sie einst deutsche Selbstverständlichkeit und deutscher Stolz waren. Woher soll es nun bei diesen Massen kommen? Soll unten das brutale „Vogel friß oder stirb" Wirkungen und wirtschaftliche Leistungen hervorrufen, die in gehobeneren Schichten nur als Ergebnis genügend großer Gewinnmöglichkeiten erwartet werden dürfen?

Es fällt mir nicht ein, zu bestreiten, daß die privatwirtschaftliche Grundlage vieler Wirtschaftszweige heute unentbehrlich ist, und daß in dem Bemühen, möglichste Höchstleistungen in jeder Beziehung, sowohl an Produktion wie an Wirtschaftlichkeit aller Art zu erzielen, auch der Anreiz des Gewinns, des eigenen Vorwärtskommens mit eine Rolle spielt. Aber es ist doch auch wohl nicht zu bestreiten, daß das zu einseitig, zu übertrieben betont wird, vor allem aber, daß in einer Weise mit zweierlei Maß gemessen wird, das einfach unerträglich ist, auch weil es auf die Dauer so unmöglich ist. Was haben sich da nicht manche Kreise an geradezu verlogener moralischer Entrüstung geleistet über mangelnde und mangelhafte Leistung eines Teiles der Arbeiter und Angestellten, ohne sich Rechenschaft zu geben, wie denn ihre Leistung unter gleichen rechtlichen, sozialen und finanziellen Möglichkeiten für Gegenwart und Zukunft etwa sich gestalten würde? Damit soll man endlich einmal aufhören und dazu übergehen, sich zu besinnen, wie man Gesetze und Bedingungen, von denen gesagt wird, daß ohne sie der natürliche und normale Mensch nicht seine ganze Kraft hergebe, gleichermaßen den Kleinen und den Großen, den Abhängigen und den Selbständigen zugute kommen lassen könne.

Wenn ein gewisses Maß an eigener Initiative, an freier Gestaltungsmöglichkeit und auch an finanziellem Ertrag als Rückendeckung und Unterbau einer materiellen Existenz Voraussetzung für zugreifende Arbeit ist, dann ist man weiten Lohn- und Gehaltsempfängern noch viel schuldig. Dann haben weite Kreise, die sich ebenso ablehnend gegenüber den Betriebsräten verhalten haben, wie sie jetzt gegen die Sozialisierung schreien, sich einer Oberflächlichkeit und Einseitigkeit schuldig gemacht, die sie in ein sehr ungünstiges Licht stellt. Man begreife doch endlich einmal, daß die Arbeiter und Angestellten dieselben Natur- und Geistesanlagen haben wie die in den gehobeneren Funktionen der Wirtschaft und Gesellschaft. Sie haben ein Recht, unter Bedingungen, von denen gesagt wird, daß sie auf höhere Funktionen ruinös wirken müßten, in gleicher Weise auch unten zu versagen, mit anderen Worten, man hat kein Recht, den Ar-

Digitized by Google

beitern und Angestellten zuzutrauen und zuzumuten, anders beanlagt zu sein als man es sich selbst zutraut und vor allem zumutet.

Nun sind gewiß die heutigen Erfahrungen nicht so verlockend, um etwa begeisterter Lobredner der Sozialisierung zu werden. Ja, ich bin der festen Ueberzeugung, wenn die Arbeiter mit der wirtschaftlichen und sozialen Einstellung, die sie heute zumeist noch haben, ich gehe noch eine Stufe tiefer, mit der Welt- und Lebensanschauung, die sie haben, in die sozialistische Wirtschaft hineingehen, werden sie in ganz kurzer Zeit ebenso unbefriedigt, enttäuscht und schließlich erbittert sein wie jetzt auch, weil sie ja genau mit derselben Mentalität, mit demselben persönlichen Streben nach Vorteil und Gewinn und leichterem Lebenslos hineingehen, aus denen heraus die Unternehmer sich gegen die Sozialisierung sträuben. Sie meinen im Grunde beide dasselbe, wenn sie für oder gegen den Sozialismus sich ereifern und haben darum auch von unten her wenig Anlaß, sich allzu sehr dabei zu entrüsten. Notwendig ist darum für beide Teile mehr Ehrlichkeit gegen sich selbst und gegeneinander und ein neu überlegtes Verhältnis zur Gesamtwirtschaft und Gesamtarbeit eines Volkes.

Ohne ein gewisses Maß von bewußter öffentlicher Sachwalterschaft in Auffassung und Art einer Berufsleistung ist es unmöglich, wieder wirklich wirtschaftlich zu gesunden. Solange das nicht ist, täuschen wir uns fortgesetzt selbst etwas vor, und wir täuschen und schädigen uns untereinander. Eine gewisse Grundlage solidarischer Auffassung jeder Arbeit ist die unentbehrliche Voraussetzung dafür, daß die privatwirtschaftlichen Verhältnisse des einzelnen Volksgenossen und der einzelnen Berufe wieder wirklich festen Fuß fassen können. Heute legt einer dem andern und alle zusammen der Volksgemeinschaft und Volkswirtschaft immer neue Minen. Diese sinnlose Jagd nach eigenem Vorteil macht uns blind und unfähig, noch die zerstörenden Wechselwirkungen zu sehen oder ihnen entgegenzuwirken. Und innerhalb dieser Grenze, wo der Eigennutz gemeinschädlich ist und der Gemeinsinn erst wieder den tragenden Grund für erfolgreiches Eigenschaffen legen und sichern muß — das ist doch praktisch gesehen augenblicklich wirtschaftlich die dringendste Aufgabe — sollte man auch auf der Unternehmerseite nicht so mit abgegriffenen, mißbrauchten, halbwahren Schlagworten arbeiten. Es gibt Lebensäußerungen eines überspannten kapitalistischen Unternehmeregoismus, die uns wirtschaftlich genau so ruinieren wie Beispiele eines übertriebenen „sozialistischen" Arbeiteregoismus, an dem wir schließlich zugrunde gehen müssen, wenn nicht beide noch rechtzeitig begreifen lernen, daß sie letzten Endes nur Teile eines Organismus sind, die absterben, wenn sie den Organismus selbst zum Absterben brachten. Noch wäre es dazu Zeit, aber es ist nicht mehr viel zu zerstören übrig von unten wie von oben, von Industrie, Gewerbe und Handel wie von der Landwirtschaft.

Digitized by Google

Und noch in einer anderen Richtung gleiches Maß! Wir haben bei uns in Württemberg, aber auch in anderen Gegenden Deutschlands die Kämpfe der Arbeiter gegen den Steuerabzug gehabt. Der Staat ist fest geblieben, und das mit Recht. Aber ist es denn nicht genau dasselbe, wenn heute gewisse Teile des Volkes sich einen Luxusverbrauch leisten, einzig in dem Bemühen und aus der Ueberzeugung, es lieber für sich zu verbrauchen, als dann dem Staat soundso viel Steuern mehr bezahlen zu müssen. Es haben Leute die Regierung aufgefordert, energisch gegen die Steuerverweigerer unter den Arbeitern vorzugehen, die selbst auch allerlei versucht haben, um ihren Vorteil in der Vermögens- und Einkommensverteilung zwischen sich und dem Staat so gut als möglich zu wahren. Auch da ist die Moral mit doppeltem Boden auf die Dauer unerträglich und muß, wenn hier nicht eine anständigere Auffassung Platz greift, zu immer neuen Schwierigkeiten führen. Die Nöte der heutigen Zeit sind nur erträglich, wenn sie gemeinsam getragen werden und wir wirklich untereinander das Vertrauen haben dürfen, daß jeder nach seinen Kräften mithilft an Entbehrung, Opfer und Leistung. Auch hier streitet vernünftiger Gemeinsinn und vernünftiger Eigennutz miteinander. Es gibt Millionen von Volksgenossen, die langsam wieder in einen Pauperismus hinabgleiten, den wir vor dem Krieg kaum gehabt haben, und die durch die heutige Steuerlast darin beschleunigt werden. Das bedeutet eine furchtbare Gefahr für unsere allmählich beginnende Konsolidierung des neuen Staates wie der neuen Friedenswirtschaft. Unverständige, herausfordernde, die Volksgenossen betrügende Uebervorteilung steuerlicher Art kann leicht einen neuen Trümmerhaufen zur Folge haben, den man dann selbst mitverschuldet hätte. Wir können auch das zwingen und bauen, wenn wir mit gleichem Maß messen. Die Wahrheit und die Gerechtigkeit lassen sich eine Zeitlang bemogeln, aber um so furchtbarer ist die Vergeltung. Wir haben die Wahl; aber: Lernet, ihr seid gewarnt!

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Allen Zusendungen ist Rückporto beizufügen.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt. Redaktion: Schöneberger Ufer 36a I. Telephon: Nollendorf 928. Für Anzeigen: Werbedienst G. m. b. H., Berlin W 35, Lützowstr. 102/4. Verlag: Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt 15 M. Einzelnummer 1,50 M. Druck von Paß & Garleb G. m. b. H., Berlin W 57, Bülowstraße 66.

Digitized by Google

Gute Bücher sind die schönsten Festgeschenke

Der sinkende Tag

Sechs Erzählungen von

Ernst Zahn

26.—40. Tausend. Gebunden M. 17.—

„Ein gutes und starkes Buch. Ernst Zahns künstlerisches Können zeigt sich im lautersten und überwältigendsten in der großen Novelle. Da vermag er eine seltsame Harmonie um Menschen und Landschaft zu fügen. Da stehen die wortkargen, eckig wirkenden Figuren in einem prächtigen Einklang mit dem Milieu, aus dem heraus sie der Dichter wachsen ließ .... Man kann das Buch literarisch nur willkommen heißen. Es steht nicht nur ein gutes Stück über den letzten Veröffentlichungen Ernst Zahns, sondern auch über anderen Neuerscheinungen ähnlichen Genres, die uns die Nachkriegszeit gebracht hat. (Die neue Zeit, Stuttgart.)

Die Jakobsleiter

Erzählung von

Ludwig Finckh

Gebunden M. 16.—

Zwölf Zeichnungen zu Ludwig Finckhs Jakobsleiter von Paul Jauch In Mappe M 10.—

„Ein echter Finckh mit seiner bodenständigen Tüchtigkeit, seinem trotz allem nicht umzubringenden Glauben an das Leben und an den Menschen, seiner Liebe zu allem Kleinen und seiner feinen Kunst der Sprache. Die prächtige Gabe eines echten Dichters, der aus innerem Reichtum des Gemütes und des Schauens mit sicherer Hand gestaltet. Das Erzieherische in Finckhs Art setzt sich lebhaft durch im Roman; aber er ist dabei eine rein dichterische Schöpfung geblieben, ein Buch, das den durchaus erfreulichen Hervorbringungen dieses Jahres zuzuzählen ist. (Schwäbischer Merkur, Stuttgart.)

Pierrot

Ein Liederbuch von

Rudolf Presber

Mit acht Zeichnungen von Lutz Ehrenberger

Gebunden M. 15.—

Niemand wird den Dichter schelten, weil er leichtbeschwingte Weisen suchte in düsteren Tagen, weil er Stimmung und Bekleidung eines nicht deutschen Spieles wählte, um allerlei zu sagen und zu singen, was auch in Deutschland einmal Leichtsinn, Hoffnung, Lebensfreude, Schalkheit und Schwermut hieß. — Sehen wir Presber unter die Maske, so wird das Auge neben dem spielerischen Frohsinn auch das Weh der Welt im Spiegel seines Temperaments finden, neben der lächelnden Genußfreude den Schmerz und die Sehnsucht eines roten zuckenden Menschenherzens erspähen.

Der Weg nach Dingsda

Erzählungen von

Auguste Supper

Gebunden M. 16.—

Kleine Erzählungen, meist von „Kleinen Leuten", von Bauern und Arbeitern, ländlichen Pfarrern und ihren Seelsorgekindern, von Alten und Kranken handelnd, das ist es, was wir in diesem neuen Geschichtenbuch der Verfasserin, wie in so manchem ihrer früheren, finden. Aber was sie in den Stoff hineinlegt, was sie aus dem von ihr mit so viel Liebe und so starkem sittlichen Ernst beobachteten Kleinleben herausstellt, das gibt diesen anscheinend so einfachen Geschichten einen inneren Gehalt, eine verschwiegene Tiefe. Eine reiche und schöne Gabe für die zahlreichen Verehrer der schwäbischen Dichterin.

Kurd von Schlözer Jugendbriefe

1841—1856

Herausgegeben von L. von Schlözer

Gebunden M. 25.—

Der neue Band Briefe aus Schlözers Feder gewährt uns Einblick in den Familien- und Freundeskreis, in dem der feine, hochbegabte Mann wurzelte. Schon in den Briefen des Jünglings finden wir die Eigenschaften, die das Lesen der „Römischen" und „Mexikanischen Briefe" so genußreich machen: die Sicherheit des Blicks und Freiheit des Urteils, die lächelnde Skepsis gegenüber allem, was sich selbst zu wichtig nimmt, und den geschichtlichen Sinn. Es sind bedeutsame Zeiten, vielfach wechselnde Orte, die uns in den Briefen wieder lebendig werden.

Hermann Stegemanns Ausgewählte Werke

6 Bände. Gebunden M. 90.—

Inhalt:

Die als Opfer fallen. — Der gefesselte Strom. — Theresle. — Thomas Ringwald. — Die Krafft von Illzach. — Daniel Junt und andere Novellen.

(Einzelne Bände werden nicht abgegeben.)

„In schöner Ausstattung ziehen diese Schilderungen oberdeutschen Lebens am Leser vorüber. Eine Fülle lebenswarmer Gestalten, durchpulst von modernem Leben und durchglüht dabei von einer innigen Liebe zur Heimatscholle, tritt vor unsere Augen. Deutsche, lest Hermann Stegemann, und ihr lernt euer Volk, eure Heimat wieder lieben. (Blätter für Bücherfreunde, Leipzig.)

Durch alle Buchhandlungen zu beziehen

Deutsche Verlags-Anstalt Stuttgart, Berlin

Digitized by Google

POLITISCHE BÜCHEREI

Soeben erschienen:

Albert von Hofmann

Politische Geschichte der Deutschen

1. Band

Auf holzfreiem Papier gedruckt, geheftet M. 30,—, in Halbleinen gebunden M. 40, im vornehmen Einband der Politischen Bücherei M. 44. — Für Abonnenten der Politischen Bücherei: Gebunden M. 35,50 ord

A. von Hofmanns auf 4 Bände angelegtes Werk ist berufen, dem deutschen Volk an Hand einer bis in die Anfänge unseres nationalen Werdens zurückliegenden Betrachtung zu zeigen, welche Tatsachen und Schicksale der Vergangenheit das Heute entscheidend vorbereitet haben. Der zunächst erscheinende 1. Band führt von den Urzeiten bis zum Ausgang der Karolinger. Im ergleich zu der Knappheit, mit der in so vielen anderen Geschichtsbüchern die alte Zeit behandelt ist zugunsten der immer breiteren Ausführung der späteren Epochen, ist jenem Jahrtausend deutscher Vorgeschichte und Geschichte ein sehr weiter Raum zugemessen. Die Darstellung atmet überall lebendige Anteilnahme des Autors, die beim Leser die gleiche Wärme erweckt, ein starkes Empfinden für das Wichtige und Freude an kraftvollen Persönlichkeiten. Nirgends ist die Darstellung durch eine Tendenz, durchweg aber

durch eine tiefinnerliche, allem Parteiwesen ferne nationale Gesinnung bestimmt, durch aufrichtige Liebe zu allem Guten und Starken in der deutschen Geschichte.

So gibt uns A. von Hofmann ein Buch nationaler Selbsterkenntnis und vaterländischen Trostes in einer Zeit, da wir, wie kaum je, der Selbsterkenntnis und des Trostes bedürfen.

Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart, Berlin

Digitized by Google

Soeben erschienen in zweiter verbesserter Auflage

Die Verfassung des Deutschen Reichs vom 11. August 1919

Ein systematischer Ueberblick von Dr. Fritz Stier-Somlo
ordentl. Prof. des öffentl. Rechts und der Politik an der Universität Cöln
VIII und 208 Seiten 8°. Preis kart. einschl. Teurungszuschlag M. 15.95

Preußen — Deutschland oder **Deutsches Deutschland?**

Von Dr. B. Schmittmann
ord. Prof. an der Universität Cöln
Mit einer farbigen Skizze
Preis einschl. Teurungszuschlag M. 6.60

Prospekte auf Wunsch zu Diensten.

A. Marcus & E. Webers Verlag in Bonn

Sachliche, also gute Propaganda, darf nicht Einzelheiten bevorzugen auf Kosten des Gesamteindruckes. Wort, Farbe, Darstellung, Form sie alle müssen zusammenklingen u. sorgsam gegeneinander abgeschätzt sein. — In diesem Sinne wirken die Kräfte des Werbedienstes an der Lösung der ihm gestellten Aufgaben: Die Haus- und Versuchspresse mit auserlesenen Schriften, das eigene Atelier unter Leitung eines der ersten deutschen Reklamekünstler, anerkannte Fachleute und geschultes Personal.

Berlin München

Stuttgart Nürnberg

Digitized by Google

Die humoristischen Romane von

Rudolf Presber

Mein Bruder Benjamin

Roman. 31–40. Tausend. Geb. M 21.–

Ein Buch der Liebe und des reinsten Verständnisses für alles Menschliche in künstlerisch reifer Form. *Lit. Zentralbl., Leipzig.*

Die bunte Kuh

Roman. 20.–22. Auflage. Geb. M 20.–

Von Anfang bis Ende erfrischender Humor und echter Geist, der eine wahrhaft köstliche Satire vereinigt. *Berliner Volkszeitung.*

Der Rubin der Herzogin

Roman. 22.–24. Auflage. Geb. M 18.–

Man lacht viel und herzlich bei diesem Buch, nicht breit und lärmvoll, aber man lacht in sich hinein. *Vossische Zeitung.*

EIN JUBILÄUMSBUCH!

Von Leutchen, die ich liebgewann

50., illustrierte Auflage. Geb. M 20–

Feines, überall willkommenes Weihnachtsgeschenk

ZWEI LIEDERBÜCHER

Soeben erschienen:

Pierrot

Mit 8 Zeichnungen von Lutz Ehrenberger
Gebunden M 15.–

Aus zwei Seelen

Neue Gedichte. 3. u. 4. Aufl. Geb. M 15.–

In allen Buchhandlungen erhältlich

Deutsche Verlags-Anstalt
Stuttgart

Bei allen Anfragen bitten wir, sich auf die „Deutsche Politik" zu beziehen.

In den ersten Häusern erfüllt man Bestellung durch die

Vossische Zeitung

Berlin SW 68, Ullsteinhaus

A. WARMUTH · Speditionsgeschäft

Zentrale: BERLIN C 2, Hinter der Garnisonkirche 1a
Fernsprecher Norden: 309, 810, 1642, 4472 u. 4512.
Leipziger Abteilung: Dorotheenstr. 20a. Zentrum 2600
Versand von Gütern aller Art nach allen Orten der Welt.

Möbeltransport · Lagerung.

„Die Bücherpost"

unterrichtet wöchentlich über Neuerscheinungen des deutschen Buchhandels aus allen Wissensgebieten und der Unterhaltungsliteratur. Einzelnummer 25 Pf., vierteljährlich M. 2.50. Abonnements nimmt jede Poststelle, auch der Briefträger, entgegen. Probenummern sendet die Geschäftsstelle der „Bücherpost", Frankfurt a. M., Niddastr. 74, postfrei und umsonst.

In neuer Auflage erschien soeben:

ERNST ZAHNS
Gesammelte Werke

Illustrierte Ausgabe

Mit 100 ganzseitigen Abbildungen von Prof. Eduard Stiefel in Zürich.
I. Serie 10 Bände.
Vornehm in Halbleinen geb. M 200.—

Inhalt:

Erni Behaim, Bergvolk, Kämpfe, Herrgottsfäden, Menschen, Schattenhalb, Die Clari-Marie, Helden des Alltags, Lukas Hochstraßers Haus, Firnwind.

Einzelne Bände dieser Gesamtausgabe werden nicht abgegeben

„Wie ein Hauch reiner Alpenluft weht es uns aus diesen Büchern an, die von Gesundheit, Naturkraft, Reinheit und Keuschheit überfließen. In Zahns Dichtungen findet die Sehnsucht des Großstädters nach der großen, stillen Natur ihre Befriedigung. Hier ist Volkskunst im besten Sinne, eine Kunst, die zu jedem Menschen sprechen muß." (Breslauer Ztg.)

Durch alle Buchhandlungen zu beziehen
Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart-Berlin

Digitized by Google

Deutsche Politik

30 DEZ. 1920

Bibliothek der Handelshochschule Mannheim

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Inhalt:

Politische Glossen 687
Rohrbach, Der Untergang Rußlands 689
Delbrück, Eine neue Anklageschrift 694
Ebstein, Das neue belgische Kabinett 698
Thimme, Parteiendämmerung 703

Preis vierteljährlich M 15.— das einzelne Heft M 1,50

5. Jahrgang 17. Dezember 1920 Heft 51

Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart-Berlin

Alleinige Anzeigenannahme: **Werbedienst G·m·b·H·Berlin W·35·** Lützowstraße 102/4

Wer auswandern will

versäume nicht, sich zuvor gründlich zu unterrichten. Das geschieht am besten durch den Bezug der

Illustrierten Auswanderer-Zeitung

Wir bringen Ihnen jede Woche die neuesten Nachrichten aus allen Einwanderungsländern u. alles Wissenswerte über die dortigen Wirtschaftsverhältnisse u. Aussichten. Preis der Einzelnummer 1.– M. Vierteljahresabonnement 12.– M. Probenummern übersendet auf Anfragen die Ausland und Heimat Verlags-Aktiengesellschaft, Stuttgart, Neues Schloß. Zu beziehen durch jede Buchhandlung und Postanstalt oder direkt vom Verlag:

Ausland und Heimat Verlags-Aktiengesellschaft, Stuttgart

„Die Bücherpost"

unterrichtet wöchentlich über Neuerscheinungen des deutschen Buchhandels aus allen Wissensgebieten und der Unterhaltungsliteratur. Einzelnummer 25 Pf., vierteljährlich M. 2.50. Abonnements nimmt jede Poststelle, auch der Briefträger, entgegen. Probenummern sendet die Geschäftsstelle der „Bücherpost", Frankfurt a. M., Ridda str. 74. postfrei und umsonst.

A. WARMUTH · Speditionsgeschäft

Zentrale: BERLIN C 2, Hinter der Garnisonkirche 1 a
Fernsprecher Norden: 309, 310, 1642, 4472 u. 4512.
Leipziger Abteilung: Dorotheenstr. 20a. Zentrum 2699
Versand von Gütern aller Art nach allen Orten der Welt.
Möbeltransport · Lagerung.

POLITISCHE BÜCHEREI

Soeben wurde ausgegeben:

Heinrich Herrfahrdt

Das Problem der berufsständischen Vertretung

Geheftet M. 24.– In Halbleinen geb. M. 32.–

Die Errichtung des Reichswirtschaftsrats und die noch vorzunehmende Schaffung der Bezirkswirtschaftsräte rückt das wichtige Problem der berufsständischen Volksvertretung in den Mittelpunkt der innerpolitischen Fragen. Der Verfasser behandelt hier zum erstenmal diesen wichtigen Fragenkomplex; das Werk wird damit zu einem umfassenden Handbuch für das Spezialgebiet der berufsständischen Volksvertretung, das kein Politiker, kein Interessenverband entbehren kann.

Durch alle Buchhandlungen zu beziehen

Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart-Berlin

Digitized by Google

5. Jahrgang * 17. Dezember 1920 * Heft 51

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik
Herausgeber:
Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Argentinien hat die Mitarbeit im Völkerbund eingestellt, weil die europäischen Großmächte seinen Vorschlag auf Ausgestaltung dieser Institution zu einer aller Staaten der Welt umfassenden Organisation sabotierten. Da Nordamerika sowieso schon nicht dem Völkerbund angehört, ist es nicht ausgeschlossen, daß durch Argentiniens Rücktritt die Liquidation dieses Instituts beschleunigen wird. Auffällig war, daß die europäischen neutralen Mächte nicht geschlossen für den argentinischen Antrag eintraten, weil gerade „ihre Sache" damit verfochten wurde. Diese Krise im Völkerbund ist die beste Rechtfertigung für Deutschlands abwartende Haltung gegenüber der ersten Tagung in Genf.

*

Eine Fülle von Noten ist in letzter Zeit über Deutschland hernieder gegangen. Die Entente hat abwechselnd Vorschläge oder Beschwerden uns überreicht. Leider wird von unserer Diplomatie noch immer zu viel Geheimniskrämerei mit diesen Liebesbriefen der Entente getrieben. Da es bei den Vorschlägen oder Beschwerden der Entente doch immer auf zu weit gehende Interpretationen des Versailler Friedens hinausläuft, so könnte, sollte man meinen, unsere Diplomatie den Hinweis auf die Stellungnahme der öffentlichen Meinung gut in ihren Absagebriefen verwerten.

*

Lord Derby's Vorschlag, zwischen England und Frankreich ein formelles Bündnis abzuschließen, findet wenig Beifall in der englischen Oeffentlichkeit. Nur ganz vereinzelte Stimmen sprechen sich für ein derartiges Abkommen aus; meistenteils wird dem bisherigen englischen Botschafter in Paris vorgeworfen, durch den langen Aufenthalt in Paris die Fühlung mit der englischen Oeffentlichkeit verloren zu haben. Die kühle Ablehnung des Vorschlages durch die Lloyd Georges nahestehende Presse fällt be-

Digitized by Google

sonders auf. Diese Haltung dürfte darauf zurückzuführen sein, daß Lloyd Georges gerade in letzter Zeit von der französischen Presse scharf angegriffen worden ist, bis sich die beiden Ministerpräsidenten auf Kosten Deutschlands verständigten.

*

Die deutschnationale Volkspartei wollte mit der Frage der Beamtenzulagen preußische Wahlagitation treiben; da dasselbe Verlangen auch die Sozialisten aller Schattierungen hegten, konnten wir im Reichstage das wenig erbauliche Schauspiel erleben, daß äußerste Rechte und äußerste Linke der Regierung zwar Verlegenheiten bereiten wollten, aber nicht den Mut besaßen, aus der Sachlage die Konsequenz zu ziehen und der Regierung eine Niederlage zu bereiten. Durch ein kompliziertes Abstimmungsverfahren erreichten sie es, daß beide Parteien zwar vor den Beamten als Verfechter von deren Wünschen paradieren konnten, nicht aber den Beamten die Zulagen verschafften. Es blieb also bei der Regierungsvorlage, der schließlich auch die Rechte durch eine geschickte Taktik der Sozialdemokratie sich gezwungen sah, zuzustimmen. Auch dieser Vorgang beweist wieder einmal, daß das zu große preußische Rad in der Reichsmaschine als ständiger Störenfried wirkt und daß es nicht früher glatt laufen wird, bis dieser Konstruktionsfehler durch Zerlegung Preußens abgebaut ist.

*

In Sachsen besteht, wie in Berlin eine linke Mehrheit. Viel Freude haben aber die Sozi an der Regierung und den daraus resultierenden Pflichten nicht, denn die Kommunisten, auf deren Stimmen sie in beiden Fällen angewiesen sind, versalzen ihnen ihre sozialdemokratische Suppe gründlich durch Verherrlichung der Diktatur des Proletariats und Verhöhnung der Verfassungen, die auf dem Prinzip der Mehrheitsbildung beruhen. Der wiedergewählte sozialdemokratische Ministerpräsident in Sachsen Buck sah sich denn auch gezwungen, sein Amt mit einer Ablehnung der kommunistischen Erklärung zu beginnen. Trotzdem wird er stark auf die Herren Kommunisten Rücksicht nehmen müssen, die bekanntlich ihrerseits wieder an der Moskauer Strippe hängen. In Sachsen beträgt die sozialdemokratische Mehrheit mit den Kommunisten nur eine Stimme, so daß der Schnupfen eines sozialdemokratischen Abgeordneten jederzeit die Regierung Buck in Gefahr bringt, eine Niederlage zu erleben. Wie überall in der Welt, hat auch in Deutschland das theoretisch gerechte Verhältniswahlrecht dazu geführt, daß in Reich und Einzelstaaten Kabinettsbildungen nur mit der Krücke der Koalition zustande kommen. Diesen Mißstand dem parlamentarischen System in die Schuhe zu schieben, wie es die rechte Presse tut, ist natürlich völlig verkehrt. Schon weil das Verhältniswahlsystem in keinem der parlamentarisch regierten Großstaaten besteht.

Digitized by Google

Der Untergang Rußlands

Von Dr. Paul Rohrbach.

Man hat schon oft prophezeit, mit dem Bolschewismus ginge es zu Ende. Wenn es sich nicht um eine Erscheinung des russischen Lebens handelte, so wäre es auch sicher schon lange mit ihm zu Ende. Nur die grenzenlose Passivität — oder Leidensfähigkeit — des russischen Charakters erklärt die lange Dauer der sogenannten Sowjetherrschaft. Um die Sowjets, das heißt „Räte", handelt es sich dabei allerdings schon lange nicht mehr; die Räte bestehen nur noch dem Namen nach, und statt ihrer herrscht diktatorisch eine winzige Minderheit von Gewalthabern. Auch muß man, was den „russischen" Charakter angeht, eine Einschränkung machen. Der Volkscharakter, der den Bolschewismus ermöglicht, ist speziell großrussisch, moskowitisch, und dieser hat einen starken asiatischen Einschlag. Daher Kautskys richtige Erklärung des Bolschewismus: Sozialismus Asiaticus.

Für alle Leidensfähigkeit aber gibt es ein Maß, und wenn es kein anderes sein sollte als dieses, daß die Leidensfähigen nicht länger leiden können als sie am Leben bleiben. Ueber das bolschewistische Rußland, Sowjetrußland, kommt jetzt der Tod. Das Jahr 1920 hat fast überall eine schwere Mißernte gebracht. Das sowjet-russische statistische Zentralkomitee veröffentlichte am 15. Juli 1920 eine Ernteschätzung, die bereits sehr pessimistisch war. Sie war unordentlich und unvollständig, aber sie ließ erkennen, daß an Futtermitteln eine vollkommene Mißernte zu verzeichnen war und daß die Brotfrüchte im Ganzen trostlos standen. Leidlich erschien die Kartoffelernte, aber die bedeutet in Rußland sehr wenig; die Kartoffel ist, namentlich auf dem flachen Lande, nur in geringem Maß russisches Volksnahrungsmittel. Von den beiden entscheidenden Getreidearten Roggen und Weizen war in über 30 Gouvernements Mißernte, nur in wenigen eine durchschnittliche und in keinem einzigen eine gute Ernte angegeben. Etwas weniger schlecht stand es mit der Gerste, aber ganz schlecht wieder mit dem Hafer. Diese russischen Erntenachrichten müssen noch mit einem besonderen Vorbehalt gelesen werden. Es gibt Gouvernements, die normalerweise Getreideüberschuß haben, und solche, die stets einer Zufuhr bedürfen. Wenn es z. B. heißt, daß die Ernte „durchschnittlich" ist, so bedeutet das im Gouvernement Moskau oder Jaroslaw etwas anderes als im Gouvernement Saratow oder Samara. Die nördlichen Gegenden und die Industriezentren haben schon seit lange Getreideeinfuhr nötig gehabt; der Süden und Südosten, die Schwarze Erde, haben geliefert was nötig war und haben außerdem, zusammen mit Sibirien, den gesamten Auslandsexport an russischem Getreide bestritten. Die Ernte von 1920 ist aber gerade in den wenigen zu Sowjet-

Digitized by Google

rußland gehörigen Ueberschußgouvernements vollkommen mißraten; so sehr, daß an der mittleren Wolga stellenweise weniger als die Aussaat geerntet worden ist. Vom Schwarz-Erdegebiet besitzt Sowjetrußland nur etwa ein Viertel, drei Viertel gehören zur Ukraine. In dieser ist die Ernte im Ganzen eine schwache Mittelernte gewesen, aber die ukrainischen Bauern liefern kein Getreide an die Bolschewistenregierung. Sie vergraben es in sehr geschickter Weise, und es ist so gut wie unmöglich, große Qualitäten Korn aus der Ukraine herauszuholen, wenn die Landbevölkerung Widerstand leistet. Der letzte Sowjetregierungsbericht über die Ernte gibt an, daß aus der Ukraine nur etwas über 11% des Voranschlags hätten beigebracht werden können. In Sibirien ist die Ernte nicht schlecht. Die sibirischen Gouvernements sind unter den 10, die in der Julistatistik mit den Ziffern 2 und 3, ziemlich gut und mittelmäßig, erscheinen. Um aber die Ernteerträge aus Sibirien zu holen, sind Transportmittel nötig, und gerade in dieser Beziehung werden die Verhältnisse immer trostloser.

Ich habe bereits bei früherer Gelegenheit die wichtigsten Zahlen in Bezug auf das Eisenbahnwesen in Sowjetrußland mitgeteilt. Von früher etwa 31 000 Lokomotiven waren im Mai, als der Konflikt mit Polen begann, nur noch etwa 5000 betriebsfähig. Da die Zahl der brauchbaren Maschinen sich monatlich um etwa 200 verringerte, so werden es jetzt höchstens nur noch 4000 sein. Während des Krieges mit Polen war ungefähr die Hälfte mit der Versorgung der Front beschäftigt, woraus sich beiläufig ergibt, daß es ein Unsinn war, von einer Sowjetarmee von 400 000 oder 500 000 Mann zu reden. Mit ein paar Tausend Lokomotiven konnte man, selbst wenn die Ansprüche noch so herabgesetzt wurden, kaum die Hälfte davon unterhalten. Die Sowjetregierung hat sich alle Mühe gegeben, Lokomotiven im Auslande zu kaufen. Das einzige Land, wo sie sofort eine große Anzahl hätte bekommen können, und wo die Industrie an sich bereit gewesen wäre zu liefern, war Amerika. Dort aber verbot die Regierung das Geschäft mit Sowjetrußland. Auch die englische Industrie erklärte sich zur Lieferung bereit, aber erst nach einem Jahre. Mit deutschen Industriellen wurde lange über die Lieferung von zunächst tausend Maschinen unterhandelt, die nach einem halben Jahr zur Verfügung stehen sollten; zur Zeit aber sind die Schwierigkeiten des Abschlusses, finanzieller und sonstiger Natur, noch nicht überwunden. Was ein Bestand von nicht mehr als 4000 Lokomotiven für ein Land von der Größe Sowjetrußlands und von der Betriebslänge des dortigen Netzes bedeutet, wird man ermessen, wenn man weiß, daß der reduzierte Eisenbahnverkehr in Deutschland zurzeit etwa 35 000 Lokomotiven erfordert. (Vor dem Kriege 45 000). Man versuche sich ein Bild von den Zuständen bei uns zu machen, wenn nur ein Neuntel der jetzigen Maschinenzahl vorhanden

Digitized by Google

wäre, und man übertrage dann diese Zustände auf ein fünf- bis sechsmal größeres, durch den Eisenbahnverkehr zu versorgendes Gebiet! Im Sommer konnte etwas durch die natürlichen Wasserwege und die Kanäle geholfen werden, aber diese scheiden sechs Monate im Jahr aus, weil sie mit Eis bedeckt sind, und mit den Dampfern und Schleppern auf der Wolga, dem Marienkanalsystem usw., geht es ähnlich wie mit den Lokomotiven.

Diese beiden Tatsachen, die Mißernte und der Zusammenbruch des Bahnverkehrs, müssen miteinander betrachtet werden, wenn man auf die voraussichtlichen Ereignisse in Rußland während des nächsten halben Jahres (und darüber hinaus!) schließen will. Man kann sagen, daß im Durchschnitt nirgends in Sowjetrußland, Sibirien ausgenommen, die diesjährige Ernte für die Ernährung der Landbevölkerung und der Städte, für die Sowjetlieferungen und die Sommerbestellung zusammen reichen wird. Das sibirische und das ukrainische Getreide nutzen praktisch wenig, weil dieses von den Bauern festgehalten wird und jenes wegen des Lokomotivmangels nicht nach den Notstandsbezirken — fast ganz Sowjetrußland ist ein einziger Notstandsbezirk — transportiert werden kann. Das bedeutet, daß allmählich furchtbare Menschenverluste eintreten werden; namentlich die noch vorhandenen Reste bürgerlicher Bevölkerung in den Städten werden wohl im Laufe dieses Winters verhungern. Die Verpflegung Petersburgs ist nach von dort eingehenden Berichten ganz und gar ungenügend, weil die Kanäle gefroren sind und das Eisenbahnmaterial nicht reicht. Unterhalten werden natürlich die Behörden, die Armee, die ganze bolschewistische Anhängerschaft in engerem Sinne und möglichst die städtische Arbeiterschaft. Wir wissen aus Dittmanns Berichten, daß es in ganz Sowjetrußland auf eine Bevölkerung von vielleicht 80 Millionen nur 612 000 eingeschriebene Bolschewisten gibt, und daß von diesen 87 Prozent direkte oder indirekte Sowjetangestellte sind und dadurch ihre Existenz haben. Ein Prozent waren kaufmännische Angestellte und 12 Prozent Arbeiter.

Gegenwärtig wird alles was an Getreide erreichbar ist mit äußerster Härte requiriert; gleichviel wo und von wem, und ohne Rücksicht darauf, wieviel die Bauern für sich selbst behalten. Die bolschewistischen Machthaber versuchen soviel Lebensmittel, vor allem Getreide, in sicheren und stark bewachten Depots, besonders in Moskau, anzuhäufen, daß sie, ihre Anhänger und die rote Armee vor dem Hunger geschützt sind. Das wird ihnen bis zu einem gewissen Grade wohl gelingen. Man braucht also nicht anzunehmen, daß, während das übrige Volk, Bauern und Städter, verhungern, die Bolschewistenmacht ohne weiteres stürzen wird. Leute wie Lenin, Trotzki und ihre Genossen werden sehr kaltblütig dem Hungertod von vielen Millionen zusehen, wenn sie an der Macht bleiben und

Digitized by Google

an ihrer Hoffnung festhalten können, die Weltrevolution in Szene zu setzen, bevor es für sie zu spät ist. Darum eben handelt es sich, um dieses „zu spät". Wenn das Millionensterben im Laufe des nächsten halben Jahres kommt, so werden zuletzt Zustände eintreten müssen, die auch der Bolschewismus nicht wird überstehen können, selbst wenn er es fertigbringt, sich noch eine Weile zu halten.

Man muß bedenken, daß ein großer Teil der landwirtschaftlichen Fläche von Sowjetrußland überhaupt nicht mehr bestellt ist, andernfalls würden von der Mißernte nicht ganz so furchtbare Folgen zu erwarten sein, wie jetzt. Der Bauer aber hat erstens keine Steuern zu bezahlen; daher baut er kein Getreide für diesen Zweck. Zweitens kann er in den Städten nichts kaufen, weil es keine Waren gibt. Also scheint es ihm auch zwecklos, hierfür sein Feld zu bestellen. Er bearbeitet nur soviel, wie er zum unmittelbaren Lebensunterhalt und für seine Schnapsbrennerei zu brauchen glaubt. So kommt es, daß weite Flächen einstigen Kulturbodens sich mit Unkraut und Gestrüpp bedecken. Das ist eine von den Früchten des bolschewistischen Systems. Lenin und Trotzki haben an den Bauern nicht gerührt, weil sie sagten, daß, sobald die Bauern, das heißt die überwältigende Mehrzahl der Bevölkerung, in Opposition zu ihnen treten, ihre Pläne von vornherein verloren seien. Konsequenterweise hätte alles Land sozialisiert werden müssen. Davon ist nichts geschehen; man ließ die Bauern tun was sie wollten, und diese leisteten keinen Widerstand gegen die Einführung des Bolschewismus, weil sie nicht gehindert wurden, das Gutsbesitzerland zu annektieren, das Inventar unter sich zu teilen usw. Jetzt wo die Not aufs äußerste steigt, muß aber auch der Bauer hart angefaßt werden. Es geht um Leben oder Sterben. Moskau wird noch auf eine Bevölkerung von 600 000 bis 800 000 Menschen geschätzt. Davon sollen ungefähr die Hälfte Sowjetangestellte sein und als solche Rationen bekommen. Es handelt sich für die Bolschewisten darum, unter allen Umständen Moskau zu verpflegen und ruhig zu halten. Die Stimmung ist aber schwül. Bisher strebte eine möglichst große Anzahl der bolschewistischen Funktionäre danach, hinter den Mauern des Kreml zu wohnen. Jetzt merkt man nach Berichten aus Moskau das Gegenteil: die kleineren Sowjetgötter ziehen sich aus dem Kreml heraus und suchen sich Quartiere in der Stadt Moskau, um nicht, wenn es zur Katastrophe kommen sollte, alle auf einen Haufen totgeschlagen zu werden. Eine parallele Erscheinung dazu ist, daß, nach Berichten aus Polen und anderen Grenzgebieten Sowjetrußlands, viele Juden das Land verlassen. Die Mehrzahl der bolschewistischen Führer sind Juden, die ihre ursprünglichen jüdisch-deutschen oder hebräischen Namen mit echt russisch klingenden vertauscht haben, z. B. Sinowjew, Trotzki usw. Der Haß gegen die Juden unter den Resten des russischen Bürgertums ist daher furchtbar.

Digitized by Google

Allerdings ist in diesen verhungernden und niedergedrückten Menschen kaum noch Kraft, wirklich etwas zu wollen und zu tun. Auch haben die eigentlichen Machthaber der Bolschewisten, eine Gruppe von ganz wenigen Menschen, außer ihrer kalten Entschlossenheit und ihrem absoluten Willen zur Herrschaft auch eine zuverlässige und starke, gutgefütterte und gutgekleidete Garde, die aus Chinesen, Letten, Ungarn und überzeugten Kommunisten besteht. Sie werden sich nicht scheuen, wenn Aufstandsversuche kommen, mit Blutbädern durch Maschinengewehre in den Straßen von Moskau zu antworten. Man darf daher nicht ohne weiteres annehmen, daß der Bolschewismus in Rußland in einem dramatischen Zusammenbruch, mit Aufstand und dergleichen, zugrunde geht. Es kann ebensogut sein, daß eines Tages sich die Führer im Stillen aus dem Millionensterben, der Hungerhölle, mit ein paar Handtaschen voll Edelsteinen zu retten suchen. Allerdings, wer wird sie aufnehmen und wo werden sie ihre Diamanten verwerten können? Wenn aber die Lage erst einmal so entsetzlich geworden ist, wie sie in Sowjetrußland im Laufe der nächsten Monate werden wird, so ist es schwer, irgendeine rationelle Voraussage zu machen. Es kann auch zu Ausbrüchen kommen, und wenn ein Teil der Truppen abfällt, wenn es den Gegnern der Bolschewisten gelingt, ein oder das andere große Verpflegungsdepot und eine Anzahl Lokomotiven zu erobern, so kann eine Schlächterei und eine Reihe von Judenpogromen erfolgen, die alles bisher Dagewesene hinter sich läßt. In der roten Armee ist die Stimmung zum Teil ausgesprochen kritisch; es giebt „zuverlässige" und unzuverlässige Truppenteile, und die Sowjetdiktatoren haben schon die einen gegen die anderen kämpfen lassen müssen. Die „moralische" Autorität der Kommunisten, der Glaube an die kommunistische Sache, sind fast bei allen früheren Mitläufern dahin. In Petersburg z. B. sind neulich bei den Wahlen zur Arbeiter- und Bauerninspektion in 78 Betrieben nur 15 Kommunisten und 77 „Parteilose" gewählt worden. Die Machthaber haben gegen alle diese Verlegenheiten ein kräftiges Rezept: Erneuerung des polnischen Krieges im Frühjahr! Damit muß sehr wahrscheinlich gerechnet werden, falls die Dinge im Uebrigen solange halten.

Einstweilen hat die Entwicklung der Lage die Folge, daß alles, was sich retten, was leben und essen will, sich an die Bolschewisten herandrängt. Zu welch furchtbaren Zuständen das führt, zeigt ein Bericht von diesem Winter aus Petersburg. Darin heißt es:

Solange Petersburg eine Zufuhr hatte und es einen Schleichhandel gab, solange konnte man noch vegetieren. Heute, wo Petersburg keine Lebensmittel hat, wo Hunger und Elend ihren Höhepunkt erreichen und selbst der Sowjetangestellte seine Ration nicht mehr erhält, beginnt eine Neuentwicklung grauenhafter Art. Im hungrigen Petersburg bestehen Sowjetinstitutionen, die alles haben, in denen man keinen Hunger kennt. Heute noch gibt es in Petersburg Vorräte an Weinen und Delikatessen, Vorräte

Digitized by Google

die den Kommissaren zur Verfügung stehen, vor allem aber der „Kommission für den Kampf gegen die Konterrevolut on und Spekulatiion" jener berüchtigten „Tschreswytschaika", die ihr Netz von Spionen, Spitzeln und Verrätern über ganz Petersburg geworfen hat. Während Petersburg hungert und zugrunde geht, herrscht hier Ueberfluß und Prasserei. Wer zur Tschreswytschaika gehört, ist vor allen Entbehrungen gerettet. Das ist es, was wie ein Magnet mit unwiderstehlicher Anziehungskraft auf die verhungernden Menschen wirkt. Aber nur wer dem Kampf gegen Konterrevolution usw. tatsächlichen Nutzen bringt, kann in dies Institut gelangen, dessen Wesen Denunziation und Verrat sind. Ein scheußliches Werk beginnt so, die Vernichtung des Schwächsten durch den Schwachen. Freunde, Angehörige und Verwandte, Menschen mit denen man durch Freundschaft und Liebe verbunden war, werden denunziert, verkauft und verraten. Jedes Gefühl der Selbstachtung ist geschwunden. Um sich vor dem Hunger, dem Untergang zu retten, ist dort der Mensch zu jeder Erniedrigung und jedem Verbrechen bereit.

Ich hatte vor kurzem Gelegenheit, mit jemandem zu sprechen, der, ohne selbst Bolschewist zu sein, aus Not eine Sowjetanstellung im Auslande übernommen hat. Auf meine Frage, wie es bei ihm zu Hause jetzt aussähe, antwortete er nur das eine Wort: Hunger! Ist es möglich zu sagen, wieviel Menschen zugrunde gehen werden? Jedenfalls Millionen. Es können 5 Millionen sein, es können 10 Millionen sein, es können auch noch viel mehr sein. Das Fürchterliche ist, daß der Hunger jetzt auch auf dem Lande wütet. Es ist wirklich der Untergang Rußlands. Das Ende, ein furchtbares Ende, nähert sich jetzt. Werden unsere deutschen Arbeiter sich eine Lehre daraus nehmen? Sind unsere Regierungsstellen darüber unterrichtet, daß der moralische und materielle Rückhalt, den unsere Kommunisten an dem „großen" russischen Bruder haben, nicht mehr lange existieren wird? Werden sie die Tatsachen wie die geschilderten als Grundlage für ihre politischen Entschlüsse mit heranzuziehen verstehen?

Eine neue Anklageschrift

Von Hans Delbrück

Unter dem Titel „Die neuesten Geschichtslügen" (Verlag Hugo Heller & Co.) hat der Wiener Journalist Heinrich Kanner aufs Neue die Anklage erhoben, daß die Mittelmächte den Weltkrieg verschuldet hätten. Man darf die Schrift das Werk eines Ahnungslosen nennen. Der Verfasser hat keine Ahnung davon, daß ein in Deutschland und auch in der Welt nicht ganz unbekannter Mann, namens Kautsky, schon über den Gegenstand geschrieben hat. Er hat keine Ahnung davon, daß gegen diese Schrift recht beachtliche Gegenschriften erschienen sind; daß Kautsky darauf geantwortet hat, und wieder geantwortet worden ist. Kanner weiß nichts von der amtlichen Denkschrift, die in Versailles der Entente zur Entkräftung ihrer Anklage überreicht worden ist, und von der Antwort, die

Digitized by Google

sie darauf erteilt hat. Er weiß nichts von den Veröffentlichungen aus den russischen und serbischen Geheimarchiven. Die ganze neue Anklage enthält bis auf einige belanglose Einzelheiten nicht ein einziges neues Argument, nicht einen einzigen neuen Gedanken. Es ist nichts als die Wiederholung der Kautskyschen Gedankengänge, ohne daß auch nur ein Versuch gemacht wäre, die längst aufgedeckten Fehler und Lücken nun etwa auszufüllen und zu verbessern. Ganz natürlich, da ja Kanner die Literatur über den Gegenstand nicht kennt, und selber viel zu leidenschaftlich und eifrig in seiner Anklage ist, um durch eigene kritische Betrachtung die notwendigen Einwendungen herauszufinden. Es ist aber ein großer Unterschied zwischen Kanner und Kautsky. Dieser ist schließlich so ehrlich gewesen, daß er zugestanden hat, seine Ansicht geändert zu haben. Da dieses Geständnis wohl noch nicht genügend beachtet worden ist, will ich es noch einmal wörtlich hierher setzen: „Ich kann hier das Geständnis machen", schreibt Kautsky (in der Schrift gegen mich), „daß es eine Zeit gab, in der ich der deutschen Regierung unrecht tat" (Präventivkrieg). „Ich war sehr überrascht, als ich Einblick in die Akten bekam. Meine ursprüngliche Auffassung erwies sich mir als unhaltbar. *Deutschland hat auf den Weltkrieg nicht planmäßig hingearbeitet. Es hat ihn schließlich zu vermeiden gesucht.*" Kautskys Anklage lautet also nicht auf Vorsätzlichkeit, sondern auf Unfähigkeit, Streberhaftigkeit und Leichtfertigkeit. Auch das ist der Anklage genug, aber es ist doch ein gewaltiger Unterschied, nicht etwa bloß moralischer, sondern vor allem politischer Natur. Der Versailler Friede (Art. 231, kommentiert durch die Antwort vom 16. Juni 1919) beschuldigt Deutschland, daß es *vorsätzlich* den Weltkrieg herbeigeführt habe, um die Weltherrschaft zu gewinnen. Auf diese Behauptung ist der ganze Friede und die Reparationsforderung aufgebaut, die die Wiederherstellung der Weltwirtschaft unmöglich macht. Nimmermehr hätte die Entente ihre ungeheuerlichen Forderungen bei ihren eigenen Völkern durchsetzen können, wenn sie es nicht verstanden hätte, dem deutschen Volk in der Meinung der Welt jenes Verbrechen anzudichten. Ob unsere Staatsmänner diplomatische Fehler gemacht haben, interessiert zwar uns selber, das deutsche Volk, im hohen Maße, die übrige Welt aber sehr wenig. Dieser kommt es allein darauf an, daß Deutschland nicht bloß *fahrlässig*, sondern *vorsätzlich* gehandelt hat, und darum war es von Kautsky eine politische Fahrlässigkeit schlimmster Art, daß er in seiner ersten Schrift diese Unterscheidung nicht deutlich machte, und dadurch zum Bundesgenossen der Unterdrücker Deutschlands und Oesterreichs wurde. Man muß es ihm zugute rechnen, daß er wenigstens in seiner zweiten Schrift diesen Fehler repariert hat. Aehnlich ist es ja auch dem Grafen Montgelas gegangen, der eine Zeitlang die Anklagen gegen Deutschland geglaubt und sich dann durch das

Digitized by Google

Studium der Akten, wie er ausführlich dargelegt hat, hat überzeugen müssen, daß er sich geirrt hatte. Was soll man nun zu Kanner sagen, der auch heute noch die längst widerlegten Falsa wiederholt? Er hat nur die eine Entschuldigung, daß er eben ahnungslos ist, daß er die Literatur nicht kennt. An einer Stelle (S. 29) dämmert auch ihm freilich die Wahrheit auf, daß die Mittelmächte den Weltkrieg nicht „gewollt" haben, aber er ist viel zu leidenschaftlich verblendet, um nun diese Einsicht zu Ende zu denken, und sucht sie mit allerhand Bildern und Vergleichen wieder zu unterdrücken. Bei diesem Charakter der Kannerschen Schrift möchte es überflüssig erscheinen, daß man sich mit ihr beschäftigt, daß man sie überhaupt erwähnt. Vom Standpunkt des Historikers wäre das auch nicht nötig, politisch aber ist es nötig, weil sie in der Entente sicherlich von neuem ausgebeutet werden wird als das Zeugnis eines Deutschen gegen Deutschland.

Aus diesem Grunde will ich einige der auffälligsten Lücken und Fehler der Kannerschen Schrift hier noch zusammenstellen.

Kanner verdammt nur zu sehr mit Recht die Publikationen des deutschen Weißbuchs; das aber auch in den englischen, französischen und russischen Buntbüchern Fälschungen nicht bloß behauptet, sondern nachgewiesen sind, ist ihm unbekannt, und während die Wahrheitsfreunde der ganzen Welt mit steigender Energie verlangen, daß die Archive der Entente endlich ebenso der Oeffentlichkeit zugänglich gemacht werden, wie es mit den deutschen geschehen ist, ist Kanner noch heute imstande, die Entente zu rühmen, daß sie schon im Beginn des Krieges mit ihren Aktenpublikationen hervorgetreten sei — eben jenen Publikationen, die nicht nur als tendenziös zusammengestellt, sondern auch als direkt gefälscht dargetan worden sind.

Mit keinem Wort spricht Kanner von den serbischen Plänen der Zerstückelung Oesterreichs, der Unterstützung dieser Pläne durch Rußland und dem darüber bereits geschlossenen, jetzt publizierten russisch-serbischen Komplott. Oesterreich, das in der Defensive war, erscheint also bei ihm als der aggressive Teil. Daß jedem Gedanken einer österreichischen Expansionspolitik der Widerspruch Ungarns im Wege stand, wird nicht erwähnt, scheint Herrn Kanner unbekannt zu sein.

Kanners ganze Argumentation ist darauf gestellt, daß der österreichisch-serbische Krieg notwendig den Weltkrieg bedeutet habe, daß die Idee der Lokalisierung unmöglich gewesen sei, und daß unsere Staatsmänner das gewußt hätten. Er ist so verrannt in diese seine Meinung, daß er gar nicht gemerkt hat, wie er sich selbst widerlegt, indem er in anderem Zusammenhang (S. 37) zitiert, daß der stellvertretende französische Ministerpräsident sich zustimmend geäußert habe zu der deutschen Auffassung,

Digitized by Google

daß der österreichisch-serbische Konflikt lediglich zwischen den Parteien zum Austrag zu bringen sei.

Den Wunsch der deutschen Regierung, daß die Entscheidung schnell getroffen werden möge, verwechselt Kanner fortwährend mit der Vorstellung, daß man möglichst scharf vorgehen möge.

Den wohl überlegten Plan der deutschen Diplomatie, sich in die Einzelheiten des österreichischen Vorgehens nicht einzumischen, um bei aller Bundestreue doch nachher vermittelnd eingreifen zu können, vermag Kanner sich nicht anders zu erklären, als durch die deutsche Servilität, mit der man „wie ein Hund" dem von Oesterreich geworfenen Stein nachsprang.

Den selbstverständlichen Wunsch Bethmann-Hollwegs, daß, wenn es zum Weltkriege komme, das Odium auch auf den wahren Angreifer, auf Rußland falle, legt Kanner so aus, daß Bethmann überhaupt nicht dem Weltkrieg, sondern nur seinem Odium habe entgehen wollen.

Das wichtige Zeugnis von Tirpitz, daß die leitenden Männer in Deutschland unmöglich den Krieg hätten wollen können, weil sie von vornherein nicht an einen guten Ausgang geglaubt hätten, glaubt Kanner widerlegen zu können mit Aeußerungen des Generaloberſten v. Moltke und anderer Militärs, die die Zuversicht atmen, daß wir unsere Feinde binnen kurzem zu Boden schlagen würden. Er ist wieder der Ahnungslose, der nicht weiß, daß es eins der wichtigsten Gesetze für den Heerführer ist, Zuversicht zur Schau zu tragen, selbst da, wo er in seinem Herzen sehr weit davon entfernt ist.

In aller Breite werden uns die Zeugnisse vorgetragen, daß es nicht nur in England und Frankreich, sondern auch unter den hohen russischen Offiziere Friedensfreunde gegeben habe. Eine Betrachtung darüber, wie stark wohl in den verschiedenen Staaten und Heeren die Friedens- und wie stark die Kriegspartei gewesen ist, wird sorglich vermieden.

Der entscheidende Punkt ist die russische Gesamtmobilmachung. Kanner will das bestreiten, fabuliert von russisch-österreichischen Mobilisierungen 1909 und 1912, die doch nicht zum Krieg geführt hätten (weil sie nicht vollständig und nicht mit Aufmarsch-Bewegungen verbunden waren) und zeigt endlich seine vollendete Unwissenheit, indem er (S. 25) die russische Gesamtmobilisierung 1914 auf den 31. Juli ansetzt, während sie bekanntlich schon am 30. Juli befohlen wurde. Was soll man von einem Schriftsteller halten, der gerade dieses Datum, um das sich alle Beweisführung für und wider dreht, nicht im Kopf hat?

Ich könnte mit dieser Aufzählung noch lange fortfahren, aber es sei vorläufig genug. Als letzter Beweis der Kannerschen Ahnungslosigkeit sei nur noch hervorgehoben, daß er, der mit seiner Schrift alles, was in seinen Kräften steht, aufbietet, die moralische Grundlage des Versailler Friedens zu verteidigen und damit die Herstellung eines wahren

Digitized by Google

Völkerfriedens zu verhindern, ihm, dem keine Verdächtigung zu sinnlos, kein Schmutz zu gemein ist, um nicht seine politischen Gegner damit zu bewerfen, daß dieser selbe Schriftsteller in pathetischen Worten von dem „Glauben an die Menschheit" von der „Kraft der Wahrheit und Gerechtigkeit" spricht, auf die er seine Hoffnung setzen will.

Das neue belgische Kabinett

Von Dr. Otto Ebstein

Die Ministerkrisis, welche vor einigen Tagen durch die Bildung des Kabinetts Carton de Wiart ihr Ende erreicht hat, geht in ihren Anfängen bis in den August zurück. Sie begann damals mit dem plötzlichen Rücktritt des liberalen Außenministers Paul Hymans, dem eine Differenz zugrunde lag, in der Hymans sich mit dem sozialistischen Justizminister Vandervelde in der Frage der Neutralität Belgiens im russisch-polnischen Kriege befand. Offener Streit brach aus bei Gelegenheit der Durchfuhr französischer Munition, die für die polnische Armee bestimmt war, durch belgisches Gebiet. Vandervelde erklärte solche Durchfuhr für eine Verletzung der Neutralität und obsiegte mit seiner Ansicht im Ministerrat. Darauf nahm Hymans seinen Abschied und bestimmte auch seinen liberalen Kollegen, den Kriegsminister Paul Emil Janson, seinen Abschied einzureichen. Während aber Hymans sich tatsächlich von den Geschäften zurückzog, blieb Janson trotz seiner „prinzipiellen" Demission, im Amte mit Rücksicht auf den bevorstehenden Abschluß der französisch-belgischen Militärkonvention. Das dritte liberale Kabinettsmitglied, Kolonialminister Franck, befand sich beim Ausbruch der Krisis auf einer Reise im Kongo. Nach seiner Rückkehr mußte er sich auf Wunsch des liberalen Parteitags seinen beiden liberalen Kollegen anschließen und gleichfalls sein Amt niederlegen. Tatsächlich hat er allerdings die Geschäfte bis zum Schluß weitergeleitet.

Durch den Austritt der drei Liberalen war das Kabinett de l'Union sacrée, wie Delacroix es zweimal geschaffen hatte — das erste Mal nach dem Waffenstillstand, das zweite Mal nach den Wahlen im November 1919 — zerstört. Die Krisis wäre schon eher ausgebrochen, hätte sich König Albert nicht außerhalb des Landes auf einer Reise in Brasilien befunden. Unmittelbar nach des Königs Rückkehr überreichte Delacroix die Gesamtdemission des Kabinetts.

Es war von vornherein klar, daß diese Krisis wiederum zur Bildung eines aus allen drei Parteien zusammengesetzten Kabinetts führen mußte. Zweifelhaft konnte nur sein, ob der Neubilder des Kabinetts wiederum Delacroix oder ein anderer sein würde. Nach der Ansicht aller Politiker

Digitized by Google

und des Publikums hatte Delacroix die größte Aussicht, der „ewige" Ministerpräsident zu werden. Er hatte sich in der Leitung seiner beiden Kabinette das Vertrauen der Katholiken und der Sozialisten erworben und verfügte unbestreitbar über eine Mehrheit in der Kammer; nach Hymans Abgang hatte er interimistisch das Aeußere geleitet und es war ihm gelungen, in London einen diplomatischen Erfolg davonzutragen, indem er Lloyd George zu Konzessionen in der Frage der Prozedur der Wiedergutmachungs-Kommission bestimmte. Aber Delacroix wollte nichts von der Neuübernahme der Macht wissen; er beschloß, sich auf eine andere Stellung zurückzuziehen, die den parlamentarischen Stürmen entzogen ist. So mußte König Albert denn nach einem andern Mann Umschau halten. Er erkor nach einigem Herumtasten den früheren Justizminister Carton de Wiart, einen Katholiken, dem es nach vieltägigen Bemühungen gelang, ein neues Kabinett aus den Vertretern aller drei Parteien zu bilden. So schwierig die Auswahl der Persönlichkeiten gewesen sein mag, so stand doch von vornherein fest, daß kein anderes Kabinett als ein Koalitionskabinett möglich sei. Wenn man die Zusammensetzung der belgischen Kammer, wie sie sich bei den Wahlen vom 16. November 1919 auf Grund des allgemeinen gleichen Stimmrechts mit Verhältniswahl gebildet hat, ins Auge faßt, begreift man auch, daß es in Belgien, falls überhaupt parlamentarisch regiert werden soll, auf absehbare Zeit nicht anders sein kann. Die Verteilung der 186 Sitze nach jenen Wahlen ist nämlich folgende: 70 Sozialisten, 69 Katholiken, 40 Liberale, 7 Frontparteiler und Kriegsteilnehmer. Man muß bedenken, daß eine Regierung ohne die Sozialisten in Belgien überhaupt nicht möglich ist. Entweder sind die Sozialisten in der Regierung — oder sie sind draußen. Sind sie aber draußen, so bedeutet das Generalstreik, Straßentumulte, kurz das Aufhören der Ordnung. Keine belgische Regierung ist wohl aber so naiv, sich der Hoffnung hinzugeben, daß die Armee in ihrer heutigen Verfassung ein geeignetes Mittel wäre, um die Ordnung wiederherzustellen. Das einzige Mittel, die Ordnung aufrechtzuerhalten, ist die Anwesenheit der Sozialisten in der Regierung. Anderseits besteht für die Sozialisten keine Aussicht, die absolute Mehrheit im Parlament zu erringen. Sie dürften bei den Wahlen von 1919 ihre größte numerische Stärke entwickelt haben und nicht mehr über ansehnliche Reserven verfügen. Die dauernde Anwesenheit der Sozialisten in der Regierung zwingt nun aber auch die beiden anderen Parteien, an der Regierung teilzunehmen und zu diesem Zweck die nötigen Konzessionen zu machen. Sowohl der Parteitag der Katholiken wie auch der der Liberalen und der der Sozialisten — alle haben sich, wenn auch mit einigen Vorbehalten, für die Teilnahme an der Regierung ausgesprochen. Insbesondere haben die Liberalen, von

Digitized by Google

denen die Krisis ausgegangen war und die zuerst Oppositionsgelüste an den Tag legten, es doch für richtig befunden, wieder aus dem Schmollwinkel herauszukommen. Die Liberalen wissen sehr gut, daß es ihnen, falls sie einmal aus dem Regierungshaus ausgeschlossen wären, so gut wie unmöglich wäre, wieder hineinzukommen. Jedoch wünschen auch die andern Parteien nicht, die Liberalen, deren geistige Kraft sich vor allem in der Kritik entfaltet, in die absolute Oppositionsrolle zu drängen.

Das Kabinett Carton de Wiart besteht aus folgenden Persönlichkeiten:

Vorsitz und Inneres: Carton de Wiart (Kath.), Aeußeres: Jaspar (Kath.), Justiz: Vandervelde (Soz.), Finanzen: Oberst Theunis (Fachmann, politisch neutral), Wirtschaftliche Angelegenheiten, verwüstete Gebiete, Kriegsschäden: Van de vijvere (Kath.), Kolonien: Franck (Lib.), Eisenbahnen: Neujean (Lib.), Kunst und Wissenschaft: Destrée (Soz.). Ackerbau: Ruzette (Kath.), Landesverteidigung: Devèze (Lib.), Industrie, Arbeit, Ernährung: Wauters (Soz.), Oeffentliche Arbeiten: Anseele (Soz.).

Von diesen zwölf Ministern haben sechs dem vorangehenden Kabinett Delacroix angehört: Jaspar, Vandervelde, Franck, Destrée, Ruzette, Wauters, Anseele. Unter diesen sechs „Alten" befinden sich vier Sozialisten, die sämtlich auch ihre Portefeuilles beibehalten haben.

Carton de Wiart selbst war Justizminister im Ministerium de Brocqueville. Er hat in Brüssel, Paris und Bonn studiert, hat die in Belgien klassische Laufbahn des politischen Advokaten betreten und ist auf glattem Wege noch jung als katholischer Kandidat mit christlich-sozialem Anhauch in die Deputiertenkammer eingetreten, der er ohne Unterbrechung angehört hat. Ein Weltmann von guten Formen und mit weitschweifender, etwas öliger Beredsamkeit. Verfasser von Romanen, juristischen und soziologischen Schriften; korrespondierendes Mitglied des Institut de France (Académie des sciences politiques et morales). Er gilt als extrem franzosenfreundlich. Während des Krieges war er mit besonderen Missionen in Washington und Rom betraut. Er war Reiseapostel der Entente und unermüdlicher Propagandist gegen Deutschland. Er ist ein sehr eifriger Katholik und ist in Zeitungsartikeln für die Zulassung des Papstes in den Völkerbund eingetreten. Er ist auch belgischer Annexionist und ging im März 1919 in außerordentlicher Mission nach dem Haag, wo er später an die Stelle des belgischen Gesandten, Baron Fallon, trat. Seine Aufgabe im Haag war, mit der holländischen Regierung über die von gewissen Kreisen in Belgien erhobenen Wünsche betreffend Gebietsabtretungen (Niederländisch-Limburg, Staatenseeland) und die Freigabe der Schelde zu verhandeln. Mit dieser Mission hat Carton de Wiart

Digitized by Google

keine Erfolge gehabt. Dieser Mißerfolg dürfte es — neben anderen Gründen — gewesen sein, der Carton de Wiart gehindert hat, das Portefeuille der Aeußeren Angelegenheiten zu übernehmen. Nach den Behauptungen der liberalen Blätter war es der Widerstand der Flamen, die einen solchen Franzosenfreund wie Carton de Wiart nicht im Ministerium des Aeußeren sehen wollten. Die Flamen sollten auch durchgesetzt haben, daß die Leitung der Auswärtigen Angelegenheiten dem früheren Wirtschaftsminister Jaspar übertragen wurde. Jaspar ist einer der besten Brüsseler Advokaten, aber Außenseiter auf dem Gebiet der Außenpolitik. Indessen besitzt er einen Ruf, der ihm in den Augen der Flamen nützlich gewesen zu sein scheint: er gilt als Engländerfreund. Es gibt gewisse Anzeichen, die darauf hindeuten, daß die Flamen von den Engländern Förderung ihres Strebens nach kultureller und politischer Autonomie innerhalb des Rahmens des belgischen Staatswesens erwarten. Jaspar verdankt seinen Ruf als Anglophile übrigens nur dem Umstand, daß er die wirtschaftlichen Annäherungsversuche Lloyd Georges an Rußland stets mit Sympathie begleitet, und den Belgiern zur Nachahmung empfohlen hat. Die heutige Wendung der Dinge in dieser Beziehung gibt ihm recht. Selbstverständlich verteidigt Jaspar sich in Interviews, die er den Korrespondenten französischer Blätter erteilt, mit großer Energie gegen die Meinung, die ihn als einen Gegner Frankreichs hinstellen will. Er betont, daß er sich nur durch die Interessen Belgiens leiten lassen werde. Falls übrigens die Flamen wirklich auf eine vermeintliche Abneigung Jaspars gegen die Franzosen gerechnet haben sollten, dürfte dieser Mann ihnen eine Enttäuschung bereiten.

Der Hauptpunkt, um den es sich bei den Verhandlungen Cartons de Wiart mit den Parteiführern gedreht hat, war die Frage der Dauer der aktiven Militärdienstpflicht. Die Sozialisten wollen diese auf sechs Monate beschränken, haben auch einen Gesetzentwurf in diesem Sinne in der Kammer eingebracht und ihren Wählern die bündigsten Versprechungen in dieser Hinsicht gemacht. Mit den Sozialisten zusammen marschieren in derselben Richtung die flämischen Katholiken, und beide Parteien zusammen erstellen eine Mehrheit für die kurze Dienstzeit. Natürlich wird diese vom Generalstab und von allen, was diesem anhängt, bekämpft. Es war die Rede von einem Sozialisten, dann von einem Flamen als Kriegsminister gewesen; schließlich ist die Wahl auf einen Liberalen gefallen: den Brüsseler Advokaten und Journalisten Devèze. Man ist über ein Kompromiß einig geworden, wonach zunächst eine Abkürzung der aktiven Dienstpflicht auf zehn Monate eintritt. Im übrigen soll das Gutachten einer aus Militärs und Parlamentariern gemischten Kommission abgewartet werden, die unter dem Vorsitz des sozialistischen Abgeordneten Hubin arbeitete. Hubin, der nicht immer der Partei-

Digitized by Google

disziplin folgt und sich schon häufig durch chauvinistisches Auftreten in der Kammer ausgezeichnet hat, legte nun jüngst den Vorsitz der Kommission nieder und motivierte dies damit, er wolle nicht einem Ausschuß präsidieren, dessen Konklusionen bereits (durch den sozialistischen Gesetzentwurf über die sechsmonatige Dienstpflicht) vorweggenommen seien. Den Sozialisten wird dieses Verhalten Hubins nicht angenehm sein, weil es gewisse Absplitterungen in ihren Reihen hervorrufen kann. Jedoch dürften diese Absplitterungen — mit Rücksicht auf die Wähler — kaum so stark sein, daß die Partei dadurch genötigt sein könnte, den Plan der sechsmonatigen Dienstpflicht aufzugeben.

Eine bemerkenswerte Erscheinung ist der neue Finanzminister, der sich „Oberst" Theunis nennt, den Dienst aber schon als junger Leutnant quittiert hat, um in die Bank des bekannten, von Leopold II. baronisierten Finanzmannes Empain einzutreten. Theunis war Empains rechte Hand und war bereits vor dem Kriege eine Größe der Brüsseler Finanzwelt. Während des Krieges machte er eine glänzende militärische Karriere in Le Havre und London, wo er namentlich die Kommission für die Heereseinkäufe leitete. Er wurde nach dem Friedensschluß belgischer Delegierter in der Wiedergutmachungskommission und hat diesen Posten jetzt an Delacroix abgetreten. Theunis gehört nicht dem Parlament an und bezeichnet sich offiziell als „politisch neutral"; in Wirklichkeit dürfte er den Katholiken sehr nahestehen, worauf schon seine Verbindungen zu Empain, der katholischer Senator ist, deuten.

Die Flamen werden in dem neuen Kabinett durch den Minister der verwüsteten Gebiete, Van de vijvere, vertreten, der vor dem Kriege Finanzminister war. Dieser Mann gehört mit Van Cauwelaert und Van de Perre zu den energischsten Vorkämpfern des Flamentums und tritt für die drei großen Ziele der Flamen ein: Verwaltungstrennung; flämische Hochschule; Anerkennung der nationalen Unterschiede im Heere. Als Kompensation gegen diesen Vollflamen hat Carton de Wiart einen Vollwallonen in sein Kabinett genommen: den Eisenbahnminister Neujean, der noch dazu an einer Stelle steht, die früher von dem Flaminganten Poullet — jetzt einer der belgischen Delegierten beim Völkerbund — verwaltet wurde. Den Eindruck, den das neue Kabinett bei seiner Vorstellung im Parlament machte, drückte „Le Peuple" mit der Formel aus: „Man war weder enttäuscht noch befriedigt." Das Kabinett wird auf starke Opposition in allen Parteien stoßen, aus denen es besteht — soweit diese nicht seine Minister geliefert haben. Wahrscheinlich wird es seine Hauptaufgabe darin sehen müssen, endlich die Verfassungsreform unter Dach zu bringen. Dann wird es sich wohl bereits so weit abgewirtschaftet haben, daß es gezwungen sein wird, Neuwahlen auszuschreiben. Diese Neuwahlen werden als eine Art von Referendum er-

Digitized by Google

forschen müssen, wie das Land sich zu den beiden Fragen stellt, die das größte Interesse der Wähler beanspruchen: Dauer der Dienstzeit und flämische Frage. Von der Antwort des Landes wird dann die künftige Richtung der belgischen Politik abhängen. Vom Kabinett Carton de Wiart ist keine Aenderung in der ablehnenden Haltung, die das offizielle Belgien noch immer dem wirtschaftlichen Deutschland gegenüber einnimmt, zu erwarten.

Parteiendämmerung

Von Dr. Friedrich Thimme

Auf dem 10. christlichen Gewerkschaftskongreß, der vom 20.—23. November in Essen tagte, hat Staatsminister Stegerwald, der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, in dem die Gesamtverbände der christlichen Gewerkschaften, der deutschen Angestelltengewerkschaften und der deutschen Beamtengewerkschaften mit insgesamt 2 Millionen Mitgliedern zusammengeschlossen sind, einen höchst eindrucksvollen Vortrag über die christliche Arbeiterbewegung und die Lebensfragen des deutschen Volkes gehalten, der die stärkste Beachtung in der gesamten Presse gefunden hat. In diesem Vortrag mißt Stegerwald das deutsche nachrevolutionäre Parteiwesen an dem Einen, was Deutschland in seiner furchtbaren Lage nottue: an der großen einheitlichen Kraft, die die Dinge in zäher, vorausschauender Arbeit nach einem bestimmten Plane bergauf treibe. Das Resultat ist schlechthin vernichtend für unsere heutigen Parteien. „Es gibt neben dem Versailler Frieden kein Bleigewicht von auch nur annähernd gleicher Schwere, das uns immer und immer wieder am Aufstieg hindert und uns in den Sumpf der Tatenlosigkeit herabzieht, wie das Flimmersystem unserer bisherigen parlamentarischen Politik. Keine der großen Aufgaben Deutschlands, weder auf außerpolitischem, innerstaatlichem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiete kann auf diese Weise nachhaltig und befriedigend gelöst werden; denn es wird immer und überall die Stetigkeit, das Grundelement jeder Politik, die dauernde Früchte bringen soll, fehlen." Stegerwald zeigt nacheinander, daß auf dem Flugsand rasch wechselnder Parteigruppen nicht das Fundament des soliden Baues errichtet werden könne, den wir nach dem Erdbeben des Krieges und der Revolution neu aufführen müssen. Er zeigt es besonders ausführlich an der auswärtigen Politik:

„Wie sollen wir zu einer auswärtigen Politik, die in langsamer, zäher Arbeit zur allmählichen Erschütterung des Versailler Vertrages, zur Sprengung der Sklavenfesseln führt, kommen, wenn erst anderthalb Jahre die Sozialdemokratie in der Regierung maßgebend ist, die zu einer starken Passivität in der Auslandspolitik neigt, bezw. aus traditioneller

Digitized by Google

Sympathie ihre Politik auf ein bestimmtes Land festlegt, wenn dann die Deutsche Volkspartei in die Koalition mit grundsätzlich anderen Anschauungen einrückt und wenige Monate später die Sozialdemokratie auf Grund der zahlenmäßigen Stärke wiederum die Leitung der Auslandspolitik für sich beansprucht? Wie sollen wir eine auswärtige Politik machen, wenn Parteien in der Koalition sind, die nicht einmal den Mut haben, die Konsequenzen früherer Fehler, fremder und eigener auf sich zu nehmen, wenn es gilt, sich ins Unvermeidliche zu fügen? Wenn große Parteien in solchen Augenblicken aus der Regierung ausscheiden, um, sobald die Schwierigkeiten behoben sind, unschuldigen Kindlein gleich wieder einzutreten? Auf diese Weise kommen wir nie und nimmer aus dem Elend heraus. Wir brauchen eine starke, einheitliche aktive parlamentarische Gruppe, die die Innehaltung einer einmal eingeschlagenen Marschroute garantiert. Wir brauchen sie vor allem, weil sonst keine ausländische Macht Vertrauen in unsere Konsolidierung und auch kein Vertrauen in unsere Zuverlässigkeit und pupillarische Sicherheit bekommt."

In gleicher Weise erweist Stegerwald die Notwendigkeit der großen einheitlichen Kraft im Parlament für die Durchführung der innerstaatlichen Reformen, für die Wirtschaftspolitik und für die Sozialpolitik. Immer wieder kommt er angesichts unserer Parteimisere zu dem Schluß: wir müssen unter allen Umständen auf eine Konsolidierung unseres Parteisystems hinarbeiten, die eine stetige Entwicklung verbürgt.

Wie aber will Stegerwald eine solche Konsolidierung unseres Parteiwesens erreichen? Ist es auf die Gründung einer neuen großen Partei abgesehen, die durch ihre Macht allein die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in entscheidenden Augenblicken sichert und eine konstante Entwicklung gewährleistet? Völlig eindeutig drückt sich der Führer der christlichen Gewerkschaften in diesem Punkte nicht aus.*) Mit Entschiedenheit lehnt er es ab, nur aus den Mitgliedern des bisher parteipolitisch neutralen Gewerkschaftsbundes eine besondere Partei zu bilden, obwohl eine solche rechnerisch möglich wäre und es bald auf 4 Millionen Stimmen bringen könnte. Ob diese Ablehnung als eine endgültige anzusehen ist, muß dahingestellt bleiben. Es scheint doch, als werde in den Kreisen der christlichen Gewerkschaften der Gedanke einer eigenen Partei als letztes Mittel in petto gehalten. Wenigstens hat Stegerwalds Gesinnungsgenosse, Postminister Giesberts, ebenfalls ein prominenter Führer der christlichen Gewerkschaften, in einer kürzlichen Rede gesagt: „Wenn die politischen Dinge sich nicht ändern, wenn die Zänkereien und die politische Konkurrenz der Parteien untereinander weiter hinderlich sein

*) Inzwischen hat Stegerwald auf dem Parteitag des preußischen Zentrums eine lange Interpretationsrede gehalten, die aber ebensowenig letzte Klarheit über seine Ziele gegeben hat.

Digitized by Google

sollten, den Wiederaufbau Deutschlands mit Erfolg durchzuführen, dann schrecken wir auch vor dem zweiten Mittel (nämlich dem einer eigenen Parteigründung) nicht zurück."

Vorerst aber wollen die Führer der christlichen Gewerkschaften nur den Versuch machen, einen überparteilichen Zusammenschluß aller staatlich und religiös positiv gesinnten Elemente, ohne Rücksicht auf konfessionelle Scheidung, herbeizuführen. Stegerwald spricht einmal von der Schaffung „einer wenn auch nicht vollständig, so doch möglichst geschlossenen politischen Einheitsfront, umfassend die um den Gewerkschaftsbund gruppierten Kreise und die allerbreitesten Volksschichten in Stadt und Land, umfassend die gesamte schaffende Arbeit, umfassend alle Schichten, die sich auf den Boden der alten deutschen christlichen Kultur stellen." Den Kerngehalt dieser Gesinnungs- und Werksgemeinschaft, die er in übertragenem Sinne „Partei" nennt, und die vielleicht in Zukunft bestimmt ist, eine die alten Parteien ablösende wirkliche große christlichnationale Volkspartei zu werden, faßt Stegerwald in den vier Worten deutsch, christlich, demokratisch, sozial zusammen.

Aus der Deutung dieser vier Grundbegriffe erwächst dem Führer der christlichen Gewerkschaften ein klares und positives Programm für die von ihm erstrebte „Partei". Am stärksten betont Stegerwald das Christliche: Nur auf der Grundlage positiv-christlicher Gesinnung könne sich die große gemäßigte Partei, zu der wir unbedingt kommen müßten, aufbauen. Es seien noch mächtige Schichten im ganzen Volk vorhanden, die man zu diesem Zwecke zu einem Blocke zusammenschmieden könne. Auch vollziehe sich bereits in den sozialistischen Massen eine merkwürdige seelische Umwandlung, die wohl noch nicht als eine dauernde Wendung zum Religiösen, aber sicherlich als eine Abkehr von der materialistischen Weltauffassung gedeutet werden könne, und die der Hoffnung Raum lasse, daß diese Massen für ein positives Christentum zurückgewonnen werden könnten. Nachdrücklich betont Stegerwald, daß die politische Zusammenfassung der positiven christlichen Elemente eine ausgesprochen demokratische und soziale Prägung haben müsse. Unter Demokratie versteht er natürlich nicht die formale Demokratie nach französischem Muster, sondern die organische nach dem Vorbild des Freiherrn vom Stein, Demokratie der Selbstverwaltung auf staatlichem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiet. Das Wörtlein „sozial" faßt Stegerwald als Ablehnung des atomisierenden Individualismus und des mechanisierenden Zwangssozialismus auf; weiter bedeutet es ihm die prinzipielle Anerkennung des Arbeitnehmers als Subjekt und gleichberechtigten Trägers der Produktion mit allen Konsequenzen. Von einer völligen Ueberführung der Produktionsmittel in den Besitz der Allgemeinheit, in den Besitz der Arbeitnehmer will Stegerwald natürlich nicht wissen; er erklärt sie für einen Wahnsinn im Augen-

Digitized by Google

blick einer sinkenden Produktion. Ebenso nachdrücklich lehnt er den Terror der radikalen Mehrheiten in den Betriebsräten, überhaupt den Terror in jeder Form ab. Die Auseinandersetzung mit dem Marxismus erscheint ihm geradezu als die Hauptaufgabe einer Zusammenfassung aller positiven Kräfte. Letzten Endes läuft also seine „christlich-nationale Volkspartei" auf eine Einheitsfront gegen den marxistischen Sozialismus hinaus. Von dieser Einheitsfront will er offensichtlich auch die Deutschnationale Volkspartei, der ja nicht unbeträchtliche Teile der evangelisch-christlichen Gewerkschaften angehören, nicht ohne weiteres ausgeschlossen wissen. Aber natürlich ist die Einheitsfront gegen den marxistischen Sozialismus nicht als eine rein bürgerliche Einheitsfront gedacht; im Gegenteil ist in der Einheitsfront gerade der Arbeiterschaft eine führende Rolle zugedacht.

Selbstverständlich wissen die Führer der christlichen Gewerkschaften sehr wohl, welch große innere Schwierigkeiten ihrem Plan, aus allen außersozialistischen Parteien die gesamten positiv und christlichgesinnten Kreise zu einheitlichem Handeln zusammenzufassen, entgegenstehen. Die Parteien haben sich bisher bekanntlich als sehr starre, selbstisch orientierte Gebilde erwiesen, die einer Lockerung von innen her immer zähen Widerstand entgegensetzten. An Bemühungen, einen starken christlich-nationalen Block herbeizuführen, hat es auch früher nicht gefehlt; sie reichen bekanntlich bis in die Jahre 1906 und 1907 zurück, ohne daß gegen die Selbstbehauptung der Parteien etwas Wesentliches auszurichten gewesen wäre. Auch jetzt wird sicherlich innerhalb der Parteien eine mehr oder minder starke Gegenwehr gegen die Stegerwaldschen Pläne einsetzen. Der schärfste Widerstand, das läßt sich schon jetzt erkennen, wird von der Deutschnationalen Volkspartei ausgehen, die ja an eine allgemeine Rechtsorientierung der Wählerschaft glaubt und ihren Weizen im voraus blühen sieht. Wie das Zentrum zu den Plänen Stegerwalds steht, der selbst dem Vorstand dieser Partei angehört, ist nicht ganz durchsichtig, offenbar schaut man sie mit einem heiteren und einem nassen Auge an. Die integrale Richtung hat innerhalb des Zentrums, obwohl dieses nach der Revolution schon einmal den Versuch gemacht hat, sich als interkonfessionelle christliche Volkspartei zu frisieren, noch starken Rückhalt. Aber gegen den Willen der katholischen Arbeitermassen ist letzten Endes das Zentrum machtlos. Stegerwald jedenfalls und seine Freunde, die das Terrain innerhalb des Zentrums genau kennen, sind entschlossen, alles an die Verwirklichung ihrer Ideen zu setzen. Sie denken gar nicht daran, es bei schönen Gedanken und Reden bewenden zu lassen, sondern sie gehen mit frischer Initiative und kräftig zupackender Hand ans Werk. Bereits ist auf dem Essener Kongreß ein parlamentarisches Aktionskomitee gebildet worden, dem neben Stegerwald, Giesberts, Imbusch, Th. Bräuer u. a.

Digitized by Google

auch der auf den Bänken der Deutschnationalen sitzende evangelische Arbeiterführer Behrens angehört. Dieses Aktionskomitee soll zunächst den kleinlichen Kampf der Parteien auf der ganzen Linie zurückzudrängen und mit aller Energie auf ein politisches Zusammenwirken der gleichgesinnten Kräfte hinzuarbeiten suchen, soll aber auch schon jetzt mit Nachdruck eine einheitliche politische Zusammenfassung dieser Kräfte betreiben. Dem gleichen Zwecke soll die Schaffung einer führenden Tageszeitung großen Stiles dienen. Hauptaufgabe dieses Blattes wäre es, für ein starkes soziales und nationales Gemeinschaftsgefühl in den allerbreitesten Schichten des deutschen Volkes die Bahn frei zu machen. An die Spitze der ganzen Bewegung denkt Stegerwald selbst zu treten, der in seiner Rede durchblicken ließ, daß er am längsten Wohlfahrtsminister gewesen sei. Schon dieser Umstand zeigt, daß es Stegerwald, der eine sehr ruhige, verständige, auf das Reale gerichtete, alles Utopische ablehnende Persönlichkeit ist, und seinen Gesinnungsgenossen höchster Ernst mit ihrem Vorhaben ist, und daß sie überzeugt sind, damit trotz aller Widerstände siegreich durchdringen zu können.

Es kann auch nicht zweifelhaft sein, daß heute die Chancen für eine innere Umbildung unseres Parteiwesens größer wie je sind. Die Erkenntnis, daß das heutige Parteitreiben, das, je länger je mehr in einen bellum omnium contra omnes ausartet, in einer Zeit geradezu gemeinschädlich werde, wo es gilt, alle Kräfte für den Wiederaufbau Deutschlands zusammenzuraffen und nicht das kleinste Atom von Kraft auf Nebendinge zu vergeuden, greift rapide um sich. Vielfach herrscht eine förmliche Wut auf das Parteiunwesen, auf die „Schwatzbuden", auf all die kleinlichen Zänkereien, die uns fast jeder Parlamentsbericht auftischt! Namentlich in der deutschen Jugend, auf die Stegerwald nicht umsonst seine Hoffnungen richtet, will man von den Parteien kaum noch etwas wissen; es war schon nahe daran, daß sich eine eigene „jungdeutsche" Partei mit der Devise: „Krieg den Parteien" bildete. Die innere Abkehr von dem Parteiwesen zeigt sich nicht zuletzt in der zunehmenden Wahlmüdigkeit, sogar innerhalb der radikalen Parteien. In den Parlamenten selbst wird schon bewegliche Klage geführt, über den Niedergang und die Diskreditierung des Parlamentarismus. In der Tat, die Diskreditierung ist so groß, daß gerade jetzt, wo der Parlamentarismus in der deutschen Reichsverfassung und fast mehr noch in der soeben fertig gewordenen preußischen Verfassung seine höchste nur irgend denkbare Ausprägung erhalten hat, wo er scheinbar im Zenith seiner Macht steht, er sich vor ein memento mori gestellt sieht. Vielleicht ist die Zeit nicht fern, wo die Stegerwaldschen Pläne als die einzige Rettung eines veredelten Parlamentarismus erscheinen werden.

Digitized by Google

Bereits läßt sich auch feststellen, daß mindestens innerhalb mancher Parteien eine spontane Hinwendung zu den Stegerwaldschen Ideen vorhanden ist. Besonders symptomatisch ist in dieser Beziehung der Parteitag der Deutschen Volkspartei in Nürnberg gewesen. Es ist kaum ein Zufall, daß Stresemann, der immer eine feine Witterung für die kommenden politischen Dinge gehabt hat, in seiner Nürnberger Hauptrede mit fast denselben Worten wie Stegerwald den nationalen, christlichen, freiheitlichen Staat gefordert hat, und daß er die Zukunft dem nationalen, sozialen, liberalen und christlichen Gedanken zuspricht. Das sind ja, die gleichen vier Grundbegriffe wie bei Stegerwald, nur daß bei dem Führer der Volkspartei das Demokratische durch das Freiheitliche, das Liberale ersetzt ist. Aber gegen die Deutung des Wortes Demokratie als Selbstverwaltung auf staatlichem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiet dürfte auch Stresemann kaum etwas einzuwenden haben. Ganz wie Stegerwald hat auch Stresemann in Nürnberg die Einheit aller nationalen und christlichen Volkskreise das Gebot der Stunde genannt. Daß der Führer der einst nationalliberalen Partei den Kulturkampf als eine Verirrung preisgegeben hat, die man unter keinen Umständen wiederholen werde, wird manche Schranke niederlegen, die bisher zwischen einer näheren Verständigung der Deutschen Volkspartei auf der einen Seite, des Zentrums auf der anderen stand. Als bezeichnend ist noch zu erwähnen, daß in Nürnberg das große Referat über den sozialpolitischen Teil dem Abgeordneten Thiel zufiel, der als Leiter der deutschen Angestelltengewerkschaften zum deutschen Gewerkschaftsbunde gehört, und der sich in Essen ausdrücklich mit Stegerwald solidarisch erklärt hat. So ist denn auch die Thielsche Rede in Nürnberg ganz auf das feste Zusammenstehen möglichst weiter Kreise mit dem Willen zum Wiederaufbau, auf eine Ueberbrückung der sozialen Gegensätze durch eine gesunde, auch die Psyche der Arbeiterschaft sorgsam berücksichtigende Sozialpolitik gestellt. Aus alledem läßt sich schließen, daß Zentrum und Deutsche Volkspartei sich sehr wohl auf dem Boden der Stegerwaldschen Ideen zu begegnen vermögen, zu begegnen vielleicht bereit sind.

Schwieriger liegen ja die Dinge hinsichtlich der deutschen Demokratischen Partei. Hier hat man immer besonderes Gewicht auf das möglichste Zusammengehn mit der Sozialdemokratie gelegt, für das in der Tat viele Gründe sprechen. Aber die Demokraten haben in Berlin, in Sachsen und an anderen Orten die Erfahrung machen müssen, daß die Mehrheitssozialisten sich lieber mit den Kommunisten zu einer rein sozialistischen Regierung zusammentun als mit den Demokraten eine Vernunftehe einzugehen. Wiederholen sich derartige Fälle, versagt sich die Sozialdemokratie auch weiterhin im Reiche der positiven Mitwirkung und Mitverantwortung, so wird den Demokraten kaum etwas anderes übrig blei-

Digitized by Google

den als den Block der deutschen Mitte, den auch Dr. Petersen auf dem Preußentage der Demokratischen Partei in Hannover gefordert hat, nach rechts auszuweiten. Derselbe Petersen hat auf dem Nürnberger Parteitage der Demokraten seinerseits angedeutet, daß er die gegenwärtigen Parteien nicht als endgültig ansehe, sondern auf eine Neubildung rechne, die aus Elementen der historischen Parteien und neuen Gestaltungen sich zusammenfüge. Von einer spezifisch christlichen Orientierung, ist ja bisher bei den Demokraten so wenig wie bei den ihnen nahestehenden Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften die Rede gewesen. Aber immerhin liegen doch den ehemaligen nationalsozialen Kreisen, die in der Demokratischen Partei eine vielfach tonangebende Rolle spielen, religiöse Erwägungen nicht ganz fern. Und daß es auch dem demokratischen Parteivorstande nicht an einem offenen Block für die Notwendigkeit fehlt, angesichts der unerquicklichen Parteiverhältnisse eine Verständigung mit nahestehenden Parteien anzubahnen, zeigt die neuerliche Stellungnahme zu dem Antrag der Schleswig-Holsteinschen Landespartei auf einen Zusammenschluß mit Demokraten und Volksparteilern. Ausdrücklich heißt es da, der Parteivorstand habe volles Verständnis dafür, die leidigen deutschen Parteiverhältnisse durch Verständigungen zwischen einander nahestehenden Parteien auf der Grundlage der Weimarer Verfassung und einer wahrhaft nationalen, demokratischen, sozialen und liberalen Politik — hier fehlt nur das Christliche, um den vollen Akkord mit den Reden von Stegerwald einerseits, Stresemann andererseits herbeizuführen — zu verbessern. Ist von diesem Beschluß des Demokratischen Parteivorstandes noch ein gar so weiter Weg bis zu dem Plane, alle positiv gerichteten deutschen Elemente zu einheitlichem Handeln zusammenzuschließen?

Wir befinden uns jetzt in einem Stadium der Parteiendämmerung. Noch haben es die Parteien in der Hand, durch eine innere Erneuerung, die das volle Gewicht hinfort auf positives Zusammenarbeiten, statt auf das bisherige Gegeneinanderarbeiten legt, sich in der Hauptsache zu behaupten. Bleiben sie eigensinnig auf ihrer Tradition, ihrem Parteiprogramm, ihrem Sonderwillen bestehen, so wird, wie Stegerwald soeben auf dem Parteitag des preußischen Zentrums von neuem betont hat, die Neugestaltung des Parteiwesens von außen her, ohne Einvernehmen mit den Parteien in Fluß gebracht werden.

Digitized by Google

Notizen

Eine englische Mahnung. Im Oktoberheft von „Foreign Affairs" schildert Herbert Morrison, der Londoner Sekretär der Labour Party, seine Eindrücke auf dem Internationalen Sozialisten-Kongreß in Genf vom letzten Sommer Er schreibt über die dort gefaßte Formel in der „Schuldfrage", die unter anderm besagt, daß die Mehrzahl der deutschen Sozialdemokraten bei Kriegsausbruch ihre Pflicht nicht getan hätte:

„Die Formel enthielt keinerlei Tadel über die Jingo-Sozialisten der Ententeländer. Einigen von uns gefiel das durchaus nicht, und wir wollten unsere scharfe Mißbilligung darüber zum Ausdruck bringen; als aber die Deutschen selber die Politik des Schweigens und der Unterwürfigkeit einschlugen, war unsere Lage schwierig Mir hätte die deutsche Mehrheit weit mehr Achtung eingeflößt, wenn sie sich rundheraus geweigert hätte, sich schuldig zu bekennen, falls die Sozialisten der a deren Länder, die ihre Regierungen im Kriege unterstützten, nicht ein gleiches Sch .ldbekenntnis ablegen würden . ."

Das ist nicht die erste Mahnung des Auslands, mehr Rückgrat zu zeigen. So hat z. B. im Juli 1920 E. D. Morel, der kürzlich von der Labour Party als Parlamentskandidat gegen Winston Churchill aufgestellt wurde, gemeinsam mit Arthur Ponsonby eine Erklärung veröffentlicht, daß die unterwürfige Haltung vieler Deutscher in der Schuldfrage „die Anstrengungen der engl.schen Arbeiterschaft, Deutschland Gerechtigkeit zu verschaffen, schwäche".

Die verlogene These von Deutschlands alleiniger Verantwortung für den Weltkrieg ist der Grundstein des Vertrags von Versailles. Das haben viele unserer Landsleute offenbar noch nicht begriffen oder wollen es aus parteipolitischem Interesse nicht begreifen. Es liegen nun aber doch schon eine solche Menge von Werken aus den Ententeländern vor, die Deutschlands Alleinschuld einwandfrei widerlegen daß es ganz unverständlich und geradezu verbrecherisch erscheint, wenn sich immer noch Deutsche alleinschuldig bekennen. Es wäre daher dringend zu wünschen, daß auf Grund dieser ausländischen Zeugen (um jedem Mißtrauen zu begegnen) die Schuldfrage in öffentlichen Vorträgen durch Sachverständige behandelt würde, die auch im Auslande Vertrauen genießen. Es kämen vor allem die Schriften der Engländer E. D. Morel, Bertrand Russel, Bernard Shaw, W. S. Blunt, des Serben Dr. Boghitschewitsch, des Franzosen Demartial sowie die belgischen und russischen Dokumente in Betracht. Eine geschlossene deutsche öffentliche Meinung in dieser Lebensfrage für uns Deutsche — das Verbrecher-Volk! — könnte nicht verfehlen nen Widerhall im Ausland zugunsten einer Untersuchung der Kriegsursachen durch. eine neutrale Kommission zu erwecken. Es ist Pflicht der deutschen Regierung, diese Forderung unausgesetzt zu erheben und für die Verbreitung der Wahrheit zu sorgen.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Allen Zusendungen ist Rückporto beizufügen.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt. Redaktion: Schöneberger Ufer 36a I. Telephon: Nollendorf 928. Für Anzeigen: Werbedienst G. m. b. H. Berlin W 35, Lützowstr. 102/4. Verlag: Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt 15 M. Einzelnummer 1,50 M. Druck von Paß & Garleb G. m. b. H., Berlin W 57, Bülowstraße 66.

Digitized by Google

Ein Weihnachtsbuch für jeden politisch und sozial Interessierten!

Friedrich Naumann

Ein Lebensbild von Martin Wenck

Die erste größere Lebensbeschreibung des zu früh dahingegangenen Politikers, von einem seiner ältesten Freunde mit historischer Treue und liebevollem Verständnis gezeichnet

Inhalt:

Die Familie — Jugend- und Studienjahre — Im Pfarramt — Die Frankfurter Zeit — Die national-soziale Periode — Liberalismus und Demokratie — Krieg, Revolution, Tod

160 Seiten und 2 Bilder • Preis 9 Mark geheftet, 12 Mark gebunden, dazu die örtlichen Sortimenterzuschläge (10—20%)

Verlag der „Hilfe" G. m. b. H. • Berlin NW 40

Als Mittler zwischen Herstellung und Verbrauch, zwischen Angebot und Käufer wird immer eine den Zeitverhältnissen angepaßte Werbung nötig sein, wie sie der

Werbedienst

in allen seinen Arbeiten pflegt u. fördert. Erste Künstler, namhafte Fachleute u. durchgebildetes Personal vereinigen sich zu dieser Aufgabe Eigenes Atelier mit Haus- u. Versuchspresse Werbedienst G. m. b. H. Berlin • W 35

Digitized by Google

Gute Bücher sind die schönsten Festgeschenke

Albert von Hofmann
Das deutsche Land und die deutsche Geschichte

603 Seiten mit 54 Kartenskizzen auf holzfreiem Papier
Gebunden M. 30.—

„Das Buch von Hofmann bedeutet einen seltenen Reichtum. Es gibt, was in geschichtlichen Darstellungen nur den Großen gelingt, wirkliche Zusammenhänge, es deutet Schicksal, läßt Vergangenheit lebendig werden und Zukunft ahnen. Daß es in unseren Tagen erscheinen konnte, dürfen wir als einen Glücksfall buchen. Wenn zum mindesten jeder Lehrer es läse, würden wir die Hoffnung eines anderen deutschen Menschen haben, als wir ihn zur Zeit kennen."
(Wilh. Schäfer, Herausg. d. Rheinlande.)

Legenden
von
Isolde Kurz
Gebunden M. 20.—

Diese Legenden, die an Gottfried Kellers „Sieben Legenden" anklingen, bedeuten mehr als ein Weiterspinnen des goldenen Fadens, den der Schweizer Meister aus altem Golde neu geschlagen; dafür bürgt schon die starke Eigenart der Dichterin. Schon in der Stilisierung der Stoffe ist ein Unterschied dadurch gegeben, daß Keller durchaus im Schweizerischen, Gotischen wurzelt, Isolde Kurz im Boden der Renaissance und Italiens. Ihre Legenden tragen mehr novellistischen Charakter, man möchte sie Novellen auf Goldgrund nennen; Unschuld, Schönheit und Güte sehen wir von menschlicher Selbstsucht und Blindheit bedrängt und verletzt, aber Erlösung und Verklärung warten ihrer.

Rudolf Presber
Von Leutchen, die ich liebgewann

50. Auflage

Mit 16 Zeichnungen von Lutz Ehrenberger
Gebunden M. 20.—

Dieses köstliche Buch Presbers hat einen wahren Siegeslauf zu verzeichnen. Es hat vielen Tausenden Freude und Unterhaltung beschert; die originellen Leutchen, die uns Presber vorführt, haben wir alle so liebgewonnen wie er, und sie haben uns den Stoff zum herzlichsten Lachen gegeben. Die Zeichnungen von Ehrenberger, die die Jubiläumsausgabe bringt, erhöhen die Wirkung noch; sie werden dem Buch zahlreiche neue Freunde zuführen.

Die Liebe der Jugend
Erzählung von
Wilhelm Meyer-Förster
Gebunden M. 15

„Ein neues Buch des Dichters von Alt-Heidelberg, nach dem jeder mit angenehmer Erwartung greifen wird. Und keinen wird diese neue Erzählung enttäuschen. Denn bei aller Anspruchslosigkeit des Stoffes, der Geschichte einer „ersten Liebe", die sich selbst ein paar Monate lang für „ewig" hält, und bei aller Schlichtheit der Darstellung fesselt die Erzählung durch echtes, warmes Gefühl und durch allerlei überraschende, originelle Züge, die das alte Thema wieder ganz neu und frisch erscheinen lassen. Den Grundton des Buches gibt wohl jene leise Wehmut, mit der jeder, dem eine schöne Jugend beschieden war, auf diese zurückblickt."
(Düsseldorfer Zeitung.)

Eynars Töchter
Roman von
Georg Speck
Gebunden M. 17.—

„Kein Sensationsbuch mit pikanter Spannung, aber ein Buch, das dennoch jeden fesselt, der in den Bann dieses Kleinstadt-Idylls gezogen wird. Da begleiten wir die drei Töchter des Arztes Eynar über die Schwelle der Mädchenstube ins Brautschafts-Glück und ins Eheleben hinein. Da ist vor allem der „gute Doktor" selber, der wie Abendsonnenschein durchs ganze Buch leuchtet. Und dann alle die andern Gestalten! Wie das Leben sie nebeneinander stellt . . . Das und noch vieles andere wird uns mit einem echt schweizerischen Humor und in einer Sprache von massivem Wohlklang in knappen, schön abgerundeten Kapiteln erzählt."
(National-Zeitung, Basel.)

Der Abenteuer-Roman

In dieser Sammlung liegen bis jetzt vor:

F. R. Rord, Ker-Ali, Roman . . Geb. M. 15.—
F. R. Rord, Sfir-anusch, Roman Geb. M. 18.—
Harry Scheff, Die Eseireiterin, Roman Geb. M. 15.—
H. Sellke, Maria am Gestade, Roman Geb. M. 20.—
O. von Hanstein, Die Feuer von Tenochtitlan, Roman . . . . Geb. M. 18.—

„Diese Sammlung hat es sich, wie schon ihr Titel ankündigt, zur Aufgabe gemacht, den Abenteuer-Roman zu pflegen. Die Werke dieser Romanreihe sollen dem Leser durch reichbewegte, fesselnde Handlung, fast durchweg im Rahmen ferner Länder und fremden Volkslebens, eine literarisch wertvolle Lektüre bieten, die ihm neben der augenblicklichen Unterhaltung bleibende Anregungen und fest haftende farbige Bilder aus der weiten Welt hinterläßt. (Neckar-Zeitung, Heilbronn.)

Durch alle Buchhandlungen zu beziehen

Deutsche Verlags-Anstalt Stuttgart, Berlin

Digitized by Google

Deutsche Politik

6 JAN. 19

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Handelshochschule Mannheim

Inhalt:

Politische Glossen 711
Rohrbach, Deutsche Politik von außen gesehen . . . 713
Stolper, Die politische Lage Deutsch-Österreichs . . 718
* * * Die Geheimnisse von Crewe House 722
Müller-Jabusch, Honduras gegen Clemenceau . . . 728

Preis vierteljährlich M 15.— das einzelne Heft M 1,50

5. Jahrgang 24. Dezember 1920 Heft 52

Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart-Berlin

POLITISCHE BUCHEREI

Soeben erschienen:

Albert von Hofmann

Politische Geschichte der Deutschen

1. Band

Auf holzfreiem Papier gedruckt, geheftet M. 30.—, in Halbleinen gebunden M. 40, im vornehmen Einband der Politischen Bücherei M. 44. — Für Abonnenten der Politischen Bücherei: Gebunden M. 38,50 ord.

A. von Hofmanns auf 4 Bände angelegtes Werk ist berufen, dem deutschen Volk an Hand einer bis in die Anfänge unseres nationalen Werdens zurückliegenden Betrachtung zu zeigen, welche Tatsachen und Schicksale der Vergangenheit das Heute entscheidend vorbereitet haben. Der zunächst erscheinende 1. Band führt von den Urzeiten bis zum Ausgang der Karolinger. Im Vergleich zu der Knappheit, mit der in so vielen anderen Geschichtsbüchern die alte Zeit behandelt ist zugunsten der immer breiteren Ausführung der späteren Epochen, ist jenem Jahrtausend deutscher Vorgeschichte und Geschichte ein sehr weiter Raum zugemessen. Die Darstellung atmet überall lebendige Anteilnahme des Autors, die beim Leser die gleiche Wärme erweckt, ein starkes Empfinden für das Wichtige und Freude an kraftvollen Persönlichkeiten.

Nirgends ist die Darstellung durch eine Tendenz, durchweg aber

durch eine tiefsinnerliche, allem Parteiwesen ferne nationale Gesinnung bestimmt, durch aufrichtige Liebe zu allem Guten und Starken in der deutschen Geschichte.

So gibt uns A. von Hofmann ein Buch nationaler Selbsterkenntnis und vaterländischen Trostes in einer Zeit, da wir, wie kaum je, der Selbsterkenntnis und des Trostes bedürfen.

Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart, Berlin

„Die Bücherpost"

unterrichtet wöchentlich über Neuerscheinungen des deutschen Buchhandels aus allen Wissensgebieten und der Unterhaltungsliteratur, Einzelnummer 25 Pf., vierteljährlich M. 2.50. Abonnements nimmt jede Poststelle, auch der Briefträger, entgegen. Probenummern sendet die Geschäftsstelle der „Bücherpost", Frankfurt a. M., Riddastr. 74, postfrei und umsonst.

A. WARMUTH · Speditionsgeschäft

Zentrale: BERLIN C 2, Hinter der Garnisonkirche 1a

Fernsprecher Norden: 309, 310, 1642, 4472 u. 4512.

Leipziger Abteilung: Dorotheenstr. 20a. Zentrum 2608

Versand von Gütern aller Art nach allen Orten der Welt.

Möbeltransport · Lagerung.

Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart und Berlin

In neuer Auflage erschien:

AUS ASKLEPIOS' WERKSTATT

Plaudereien über Gesundheit und Krankheit

Von

Carl Ludwig Schleich

4. und 5. Tausend * Gebunden Mk. 17.—

„Es ist herzerfreuend und erquickend, hier einen Arzt in Asklepios' Werkstatt sitzen zu sehen und ihn anzuhören, der das volle Licht der weiten Welt in sein Stübchen leuchten läßt. Möchten alle Werkstätten der ärztlichen Kunst und Wissenschaft durchleuchtet sein wie die angeführte! Es gäbe neues Licht in unserer neuen Zeit!" * (Münchener Med. Wochenschrift)

Durch alle Buchhandlungen zu beziehen

Digitized by Google

5. Jahrgang * 24. Dezember 1920 * Heft 52

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

In Genf hat man Deutsch-Oesterreich in den Völkerbund aufgenommen. Bei dieser Gelegenheit machte der Schweizer Bundespräsident Motta einen Vorstoß zugunsten der deutschen Aufnahme, der, wenn auch in diplomatische Worte eingewickelt, eine Kritik des Verhandlungsverfahrens von Versailles war. Die Neutralen sprechen aus, daß ohne die Vereinigten Staaten, ohne Rußland und Deutschland alle Mühen, einen internationalen Boden gemeinsamer Politik zu finden, fragwürdig bleiben. Da muß Frankreich nervös werden, und Viviani, durch diese Feststellungen erbost, schlägt die keimenden Möglichkeiten mit breiter Rhetorik nieder. Und die Versammlung klatscht Beifall. Wir haben diesen Vorgang nur als Symptom zu bewerten. Frankreich fühlt sich heute politisch stark genug, die Linien fest zu ziehen, die für die internationalen Probleme Geltung haben sollen. Dieser Zustand hat heute entscheidendes Gewicht und muß unser Urteil über die Entwicklung des europäischen Ausgleichs bestimmen.

*

Auf der Brüsseler internationalen Finanzkonferenz erregte es seinerzeit großes Erstaunen, daß das deutsche Exposé mit einer aktiven Handelsbilanz aufwarten konnte. Die französische Presse zog daraus den Schluß, daß der Versailler Frieden gar nicht so schwer auf Deutschland lasten könne, wenn es so schnell solche wirtschaftliche Erfolge zu erzielen imstande ist. Jetzt hat es sich herausgestellt, daß unsere erste Abrechnung falsch gewesen und wir in den ersten sechs Monaten dieses Jahres für 36 Milliarden Mark mehr Waren eingeführt, wie ausgeführt haben. Ein Glück, daß dieser statistische Tausendkünstler nicht in China gelebt hat, dort wäre ihm ohne Zweifel eine rotseidene Schnur übersandt worden. Wir

Digitized by Google

in Europa haben zwar mildere Sitten, aber wer der Schuldige auch sei, eine politische Krankheit muß ihn jedenfalls befallen, von der es keine Heilung geben darf.

*

Der Nürnberger Parteitag der Demokratischen Partei wird charakterisiert durch seine intensive sachliche Auseinandersetzung über die Wirtschafts- und Kulturfragen; was ihm fehlte, war eine eingehendere Behandlung der auswärtigen Probleme. Die Demokratie, nicht als Partei, sondern als politische Lebensform, muß in Deutschland die Erziehung zur Erkenntnis der außenpolitischen Fragen stärker in die Hand nehmen, als das bisher geschehen. Stark und erfreulich war die Bekundung, daß allein die demokratische Republik die nationale Einheit und damit den Willen zum nationalen Aufstieg heute sichern kann. Man macht Politik nicht um einer Staatsform willen, aber man begreift und schützt eine Staatsform als Instrument eines politischen Willens, der die Nation zu binden und zu erziehen beauftragt ist.

*

Die Börse hat kein Herz. Selbst die besten politischen Freunde kennen dort kein Mitleid. In Paris wird die polnische Mark auf der Börse nicht mehr notiert. Das ist kein Wunder, wenn man erfährt, daß laut Mitteilung des neuen polnischen Finanzministers die Einfuhr 95%, die Ausfuhr 5% beträgt. Aehnlich liegt es mit den Finanzen. Der bisherige Finanzminister schätzte die Ausgaben für das Budgetjahr 1921 auf 80 Milliarden polnische Mark, während die Einnahmen von anderer Seite auf 10 Milliarden bewertet wurden. Dabei ist letztere Zahl schon sehr hoch gegriffen, weil die Einnahmen in diesem Jahre nur 3 Milliarden polnische Mark betragen haben. Das hindert aber die Polen nicht, ihre teure imperialistische Auswärtige Politik fortzusetzen und ihren Beamten überaus hohe Gehälter zu zahlen. Allein 18,5 Milliarden kamen in diesem Jahre dem polnischen Staate die Gehälter seiner Beamten zu stehen. Selbst dem französischen Bundesgenossen ist diese Verschwendungssucht polnischer Beamten zuviel geworden, und er hat darauf aufmerksam gemacht, daß die polnische Handelsmission, die mit 26 Autos nach Paris gekommen war, durch ihre großen Ausgaben überall auffällt. Der arme polnische Steuerzahler muß inzwischen annähernd bolschewistische Summen für Kartoffel und Fleisch zahlen.

Digitized by Google

Deutsche Politik von außen gesehen

Von Dr. Paul Rohrbach.

Sehr geehrter Herr Herausgeber!

Sie wissen, daß man bei uns in Finnland dem deutschen Volke sehr freundlich gesinnt ist. Deutschlands schweres Schicksal bewegt uns, und wir denken oft darüber nach, wie die Freunde, die uns zu unserer Freiheit geholfen haben, jetzt sich selber helfen könnten, daß sie unter dem Joch hervorkommen, das auf sie gefallen ist. Aber sie müssen wirklich sich selber helfen; denn sonst gibt es niemanden in der Welt, der es könnte. Kann das deutsche Volk sich helfen? Ich denke, zuerst könnte der Kaiser noch etwas für sein Volk tun, etwas sehr Großes. Er könnte etwas tun, das ihm und seinem Volk wieder Frieden miteinander gibt. Er könnte etwas tun, wofür das Volk, wenn es auch viele Beschwerden gegen ihn hat, ihm ewig danken müßte.

Der Kaiser könnte zu der Entente sagen: „Ich stelle mich freiwillig einem Gericht, das über die Frage entscheiden soll, wer schuld am Kriege ist, wenn ein solches Gericht öffentlich ist und wenn es alle loyalen Mittel der Verteidigung garantiert!“ Sie wissen, wie die Anklage der Entente lautet: Deutschland habe vorsätzlich den Weltkrieg herbeigeführt. Sie wissen, daß Sie gezwungen worden sind, ein Schuldbekenntnis dieser Art selbst zu unterschreiben, und daß sich aus dem Satze, Deutschland sei auf solche Weise schuldig, der ganze Frieden der Rache und der Strafe erhebt. Sie wissen, daß dieser Frieden von selber bricht, wenn seine Grundlage zerbrochen wird. Das kann der Kaiser tun: die Grundlage dieses Friedens zerbrechen! In Ihrer Zeitschrift hat einmal gestanden, es sei von England aus, bevor die Parole vom Hängen des Kaisers für die Wahl ausgegeben wurde, erst in Holland gefragt worden, ob der Kaiser im Ernstfall ausgeliefert werden würde. Sie haben da eine richtige Information gehabt. In England hat man tatsächlich so gehandelt. Hätte die holländische Regierung den Kaiser ausgeliefert, und hätte die Entente dem Kaiser den Prozeß machen müssen, so wäre es schwer möglich gewesen, einen solchen Prozeß hinter verschlossenen Türen zu halten. Der Prozeß hätte gezeigt, mit unwiderleglichem Material gezeigt, wie groß die Schuld war, die die Entente selber am Krieg hatte. Nicht irgendeine allgemeine politische Schuld, sondern Schuld, so wie das Wort es sagt, das sie den Deutschen ins Gesicht geschleudert hat: vorsätzlich! Inzwischen sind noch viel mehr Zeugnisse dafür ans Licht gekommen, daß der Kaiser und daß die deutsche Regierung nicht den Weltkrieg gewollt haben, sondern den Frieden der Welt, die Regierungen der Entente aber den Krieg. Die Männer, die verantwortlich sind für den Krieg unter Ihren Feinden, müssen das wissen. Sie müssen wissen, was sie für den Krieg getan haben und was sie nicht getan haben für die Erhaltung des Friedens. Der Kaiser könnte es jetzt dahin bringen, daß alle diese Dinge öffentlich vor der Welt verhandelt werden. Es ist ihm möglich, zu erreichen, daß die ganze Welt, buchstäblich die ganze Welt, ihre gespannte Aufmerksamkeit auf die Beweise richtet, die die Verteidiger des Kaisers dafür produzieren, wer den Krieg gewollt hat und wer ihn nicht gewollt hat. Dieser Prozeß würde der größte politische und moralische Sieg werden, den Deutschland gewinnen kann. Auch dann wäre es ein moralischer Sieg, wenn die Regierungen der Ententeländer sich fürchten, den Prozeß zu eröffnen. Das kann der Kaiser für das deutsche Volk tun. Das wird ihm Frieden geben, und dem Volke auch!

Digitized by Google

Erlauben Sie einige Worte der Kritik gegenüber den politischen Methoden, die Sie in Deutschland in der wichtigsten Frage befolgen, die es für Sie gibt! Nicht Ihre Zeitschrift soll kritisiert werden, Ihre Zeitschrift handelt richtig. Sie fordert immer das, was Sie die „moralische Offensivmethode" nennen. Aber Sie haben doch eine Regierung! Sie haben doch politische Parteien! Sie haben doch Zeitungen! In Ihrer Regierung, in Ihren Parteien und in Ihrer Presse muß es doch Menschen geben, die sehen können, wie sich Ihre Lage von außen her darstellt. Ist es erlaubt, einen Vergleich zu brauchen? Deutschland ist in der größten Not, am Rande des Abgrundes. Seine Feinde wollen es hineinstoßen. Andere stehen gleichgültig daneben. Der Augenblick des Sturzes kommt immer näher. Ein festes Seil, an dem Sie sich schwingen könnten, liegt neben Ihrer Hand. Sie ergreifen es nicht, sondern machen nur verzweifelte Bewegungen mit Armen und Beinen, rollen die Augen und schütteln den Kopf! Entschuldigen Sie, daß dieser Vergleich nicht sehr schön ist. Das, was Sie tun, sieht aber wirklich so aus. Das Seil, an dem Sie sich retten können, heißt: öffentliche Verhandlung über die Frage, ob Deutschland vorsätzlich den Weltkrieg entflammt hat.

Bitte, öffnen Sie Ihre Augen! Glauben Sie, daß Frankreich ein anderes Ziel hat, als die Bevölkerungsmenge Deutschlands so sehr zu verringern, daß sie nicht mehr größer ist als die Menge des französischen Volkes? Glaubt es irgendein Mensch bei Ihnen anders? Glaubt es Ihre Regierung anders? Gibt es Leute bei Ihnen, die glauben, daß durch Verhandlungen dieser oder jener Art, durch Bitten, durch Vorstellungen oder Vorwürfe diejenigen Menschen, die die französische Politik regieren, dahin gebracht werden könnten, daß sie freiwillig einer Erleichterung für Deutschland zustimmen? Unterschätzen Sie doch nicht Ihre Feinde! Bilden Sie sich nicht ein, daß es Maßregeln oder Konsequenzen von Maßregeln gibt, geeignet, diesem Ziel zu dienen, daß die Volkszahl Deutschlands sich verringere — und Frankreich würde Bedenken tragen, sie anzuwenden oder ihre Anwendung zu erzwingen, wenn es die Macht dazu hat. Sie haben nichts von der Einsicht oder vom Wohlwollen Ihrer Feinde zu erwarten, nichts von Verhandlungen. Ihre Regierung mag alles Mögliche vorschlagen und vorstellen, um das Unerträgliche abzuwenden, und sie wird immer auf den festen feindlichen Willen stoßen, daß, was auch geschehen möge, doch nichts geschehen, nichts zugestanden werden dürfe, was eine reale Erleichterung für Deutschland wäre. Frankreich ist stark. Man weiß nicht, wie lange es stark sein wird, aber jedenfalls ist es jetzt stark, und jedenfalls wird es noch eine Zeitlang stark sein. In England ist die Stimmung Ihnen gegenüber nicht einheitlich, aber England ist von vielen Dingen behindert. Sie machen eine aussichtslose Politik, wenn Sie gegen die Bedingungen des Friedens zu kämpfen versuchen. Dieser Friede wird nicht ewig dauern, aber er wird doch länger dauern, als Ihre Widerstandskraft dauern kann. Er hat viele Punkte, die schwach und angreifbar sind, aber Sie haben keine Waffe, die brauchbar ist, um gegen diese Punkte zu kämpfen. Sie stehen ihnen mit nackten Händen gegenüber. Dieser Friede ist nur an einer einzigen Stelle für Sie anzugreifen. Gerade gegen diese Stelle steht ein Sturmbock von zerstörender Kraft zu Ihrer Verfügung. Die angreifbare Stelle des Friedens ist sein moralisches Fundament, und der Sturmbock heißt: öffentliche Verhandlung der Schuldfrage. Dies ist die einzige Waffe, wo niemand Sie daran hindern kann, sie aufzustellen, sie zu bedienen, sie arbeiten, gegen das Fundament des Friedens donnern, dies Fundament von ihr zerschmettern zu lassen. Niemand hindert

Digitized by Google

Sie daran, niemand kann Sie daran hindern. Warum tun Sie es nicht? Um Gottes willen, warum tun Sie es nicht? Hat man bei Ihnen keine politische Augen im Kopf? Ahnen Sie nicht, welch ein Bild der Blindheit, des Taumelns Sie dem Auslande geben? Können Sie sich nicht denken, wie Ihre Feinde Sie segnen? Oder lieber verspotten! Sie machen die traurig, die Sie lieben, und Sie halten Ihren Nacken unter die Füße derer, die Sie hassen! . . .

Ich breche an dieser Stelle mit der Wiedergabe dieses Briefes ab. Er stammt aus Helsingfors von Ende November. Bei dem Vorschlag den Kaiser betreffend, wird jeder Leser stillschweigend die Schwierigkeit fühlen, die hier vorliegt. Im Prinzip ist es derselbe Gedanke, den ich hier so oft und so nutzlos vertreten habe. Wird es helfen, wenn jemand aus dem Auslände dasselbe sagt? Es ist auch meine Ueberzeugung, daß wir allen Verhandlungen mit der Entente, soweit eine spürbare Milderung unserer Lage dabei herauskommen soll, nur mit absolutem Pessimismus entgegenzusehen haben. Frankreich hat einstweilen die stärkere Stimme, und Frankreich verfolgt absolut und mit unerschütterlicher Entschlossenheit das Ziel, das in Clemenceaus Worten liegt: Es gibt zwanzig Millionen Deutsche zuviel! Ob Kühe, ob Steinkohlen, ob Abstimmungsmethode, ob Ausgleichszahlungen, ob irgendein anderes Ding in der Welt: alles wird daraufhin angesehen, ob sich mit seiner Hilfe ein Schritt weiter auf dem Wege machen läßt, zwanzig Millionen Deutsche aus der Welt zu schaffen oder von Deutschland zu trennen. Aus der Welt schaffen ist jedenfalls besser. Dies ist der feste Pol in der französischen Politik. Das sieht man auch im Auslande. Wer imstande ist, Wesenhaftes und Worthaftes, wirkliches Sein und bloßes Scheinen, in der Politik zu unterscheiden, der sollte wissen, daß es gegen einen so festen Willen, uns zu vernichten, nur ein Mittel gibt: den ebenso festen Willen, keinen Augenblick in der Bestürmung der einzigen schwachen Position des Gegners zu erlahmen. Aber leider ist von solcher Politik bei uns wenig zu merken. Für unsere Politiker ist unsere auswärtige Lage mit allen ihren Nöten und Notwendigkeiten gleich einer Fläche, in der die Perspektive aufgehoben ist. Sie sehen nicht, was groß und was klein, was nah und was weit ist. Soviel nur zu dem Brief.

Vor kurzem erhielt ich eine Anzahl Nummern des Manchester Guardian: vier Artikel von G. Lowes Dickenson aus der Zeit von Ende November bis Anfang Dezember mit dem gemeinsamen Titel: Deutschland unter dem Friedensvertrag: (Germany under the Treaty). Der erste heißt: Die Kindertragödie. Der zweite handelt von der Lage der Arbeiterklasse, der dritte vom Niedergang des Mittelstandes, der vierte von der „Moral" und der Möglichkeit der Heilung. Wer noch nicht den Weg sieht, der uns allein übrigbleibt, der lese diese vier Artikel. Sie sind wie ein Kommentar, zu dem Brief aus Finnland, und sie

Digitized by Google

lassen sich in die eine Frage zusammenfassen: Seid Ihr denn wirklich blind in Deutschland? Der Verfasser beginnt:

Bald nach dem Waffenstillstand erschien ein Artikel im „Round table" (einer englischen Monatsschrift mit einem ausgewählten Leserkreis und ausgewählten Beiträgen), der forderte, Deutschland müsse als Strafe für seine Sünden einen langen Zeitraum hindurch Armut, Hunger und Kälte leiden. Nicht so sehr um unsertwillen, sagte der Autor, sondern um seinetwillen. Alle Deutschen, sagt er (nicht allein die deutsche Regierung), waren schuldig, und alle müssen gestraft werden. Es folgte der Vertrag von Versailles, von dem die deutsche Kommission berichtete, daß „diejenigen, die diesen Vertrag unterzeichnen, das Todesurteil über viele Millionen deutscher Männer, Frauen und Kinder unterzeichnen würden." Mr. Keynes hat nach einer erschöpfenden Prüfung diese Ansicht bestätigt. Seine Voraussicht wurde sowohl von den Verfassern des Vertrages, als auch von der Welt im allgemeinen mit merkwürdiger Gleichgültigkeit aufgenommen. Während der beiden folgenden Jahre aber hat der Prozeß des Sterbens begonnen. Da ist nicht viel Dramatisches dabei, nichts für sensationelle Ueberschriften in den Zeitungen. Das, was beginnt, sind nur die Armut, der Hunger und die Kälte, die von dem Schreiber im „Round table" auf die Häupter der Deutschen herabgerufen wurden. Sollte er Muße haben, jetzt Deutschland zu besuchen und sich Mühe geben, unter die Oberfläche der Dinge zu sehen, so denke ich, er würde zufrieden sein.

Dickinson fährt fort, daß man unglücklicherweise, wenn man ein Volk strafen wolle, mit den Säuglingen und Kindern beginnen müsse, aber wer Vorsehung spielen wolle, müsse wohl auch die Prinzipien der Vorsehung annehmen, und die Sünden der Väter an den Kindern heimsuchen! Dann folgt eine ergreifende Schilderung des deutschen Kinderelends. Im zweiten Artikel sind Preissteigerung, Lohnverhältnisse, Unterernährung und Arbeitslosigkeit innerhalb der Arbeiterschaft geschildert: Am 1. Oktober 1920 400 000 Arbeitslose, die Unterstützung aus öffentlichen Mitteln erhielten. Im dritten wird eine Reihe von Zahlen gegeben, in denen sich die Proletarisierung des Mittelstandes, das Studentenelend und die absolute Not der Wissenschaft ausdrückt. Er sagt:

Man lasse die gegenwärtige Lage noch einige Jahre länger dauern, man lasse den Bruch im Zusammenhang und der Tradition (der deutschen Wissenschaft) unheilbar werden, und das Land Kochs und Virchows, Mommsens und Rankes wird aufgehört haben, etwas für Wissenschaft und Studium beizutragen. Ich bin gefaßt darauf, daß dieser Schluß manchem Laien und sogar manchem Mann der Wissenschaft in England und Frankreich willkommen sein wird. Derartige Meinungen müssen als Krankheitssymptome bewertet werden, aber sie können nicht ernsthaft von den Landsleuten Darwins und Pasteurs diskutiert werden.

Aus dem vierten Artikel ist das Folgende wichtig:

Ich glaube nicht, daß, was ich gesagt habe, von irgendjemandem bestritten werden kann, der die Tatsachen kennt. Ebensowenig ist zu bestreiten, daß die fortdauernde Ursache dieses langsamen Unterganges einer Nation die Ausführung des Vertrages von Versailles ist. Dies ist ein für allemal durch Mr. Keynes unwiderlegtes und unwiderlegbares Buch bewiesen worden ... Tag um Tag, Monat um Monat, Jahr um Jahr werden die Gesundheit,

Digitized by Google

der Besitz, die Moral, die Kraft, die einfache physische Existenz des deutschen Volkes zerstört. Soviel ich weiß, hat es in der Geschichte nichts gegeben, was diesem langsamen Ruin eines Volkes vergleichbar wäre. Und das geschieht durch Regierungen, die feierlich in einer öffentlichen Urkunde angekündigt haben, daß sie die Bewahrer des Gewissens der Menschheit sind . . .

Herr Clémenceau, Herr Millerand, Herr Lloyd George und Herr Bonar Law sind keine Schurken; sie spiegeln genau die Leidenschaften und Gedanken der Wähler von Frankreich und England wieder. Diese Leidenschaften und Gedanken sind es, in denen der Fehler steckt. Die Leidenschaften sind Furcht, Gier und Rache. Sie sind aber bei denen, die von ihnen besessen sind, durch einige seichte und unbegründete Vorstellungen verhüllt. Deutschland, denkt der Wähler, hat den Krieg gemacht, und darum ist es zugleich notwendig und zweckdienlich, wenn man zukünftige Kriege vermeiden will, Deutschland niederzuhalten. Furcht maskiert sich also als Klugheit. Deutschland hat die Luftüberfälle und den Unterseebootkrieg gemacht und viele tausend Engländer getötet, Deutschland muß also gestraft werden. Rache maskiert sich als Gerechtigkeit. Endlich hat Deutschland eine Menge Eigentum zerstört. Wir können es jetzt zurückbekommen (glauben wir unwissenderweise) mit Zinsen. Begierde maskiert sich als Wiederherstellung. Diese gewöhnliche Philosophie ist dem britischen Volk Nacht und Tag durch fünf Kriegs- und zwei Friedensjahre eingepaukt worden . . . Darum machen die furchtbarsten Tatsachen keinen Eindruck mehr. Sie werden unmittelbar aufgeschluckt und zum Verschwinden gebracht durch die gewöhnlichen Leidenschaften, die als Gerechtigkeit aufgeputzt sind. Wenn eine Kultur vor unseren Augen zerstört wird, so wie es meiner Ansicht nach geschieht, so sind die Verbrecher letzten Endes nicht die Regierungen, auch nicht die Presse, sondern die einzelnen Männer und Frauen, die die einen unterstützen und von der anderen getäuscht werden. Es gibt kein anderes Heilmittel, als daß diese Leute, einer nach dem anderen, als Individuen sich von den Lügen abwenden und zu den Tatsachen und zur Wahrheit zurückkehren. Das Material ist zugänglich für sie, wenn sie es gebrauchen wollen. Wieviele Engländer z. B. haben jemals die Reden des Präsidenten Wilson und die Erklärung der alliierten Regierungen gelesen, die jene als Bedingungen des Friedens annahm, und haben sie dann mit dem Friedensvertrag verglichen? Wieviele haben Herrn Keynes Buch gelesen und verarbeitet? Wieviele haben die Dokumente über den Ursprung des Krieges gelesen, die von den Bolschewiki und dem deutschen Gouvernement veröffentlicht wurden? Wieviele haben drei Penny monatlich ausgegeben, um die Zeitschrift „Foreign affairs" zu kaufen? Kaum einer unter den Tausenden, die die sensationellen Ueberschriften lesen. Der ganze Verstand und die Seele Englands ist wahrhaftig durch die Presse vergiftet. Aber man soll sich nicht passiv der Vergiftung unterwerfen, und wer es tut, kann vom Tadel nicht freigesprochen werden.

Ich frage: welcher Appell an unsere politische Vernunft und an unsere Einsicht in die Tatsächlichkeit der Dinge ist stärker, welcher stellt die Art, wie bisher in Deutschland gegen den Mordfrieden gekämpft worden ist und noch gekämpft wird, mehr bloß — der Brief aus Finnland, oder diese Worte des englischen Verfassers? Kann jemand denen, die in Deutschland für die Politik verantwortlich sind, die Wahrheit noch

Digitized by Google

kräftiger um den Kopf schlagen, als G. Lowes Dickinson? Müssen wirklich die Freunde Deutschlands und die Freunde der Vernunft und Gerechtigkeit erst von Finnland und von England herkommen, um uns zu sagen, was wir für eine Politik machen sollen? Was steht in den Artikeln des Manchester Guardian mit metergroßen Buchstaben in greller Schrift geschrieben? Dies steht darin geschrieben: Wenn Ihr Deutschen es nicht fertig bekommt, die einzelnen Engländer, Männer und Frauen, einen nach dem anderen, dahin zu bringen, daß sie sich mit der Frage nach dem Ursprung des Weltkrieges und nach der Schuld am Weltkriege, mit den Friedensbedingungen der 14 Punkte und mit hrem Bruch durch den Versailler Friedeu beschäftigen, so habt Ihr keine Aussicht, euch jemals wieder aus dem Elend zu erheben! Alles was Ihr sonst tut, ist nutzlos. Beschreibt Papier so viel Ihr wollt, jammert so viel Ihr wollt, laßt eure Kinder von Quäkern und anderen mitleidigen Menschenfreunden vor dem Hungertod retten so viel von dieser Hilfe erreicht werden, dreschi leeres Stroh so viel Ihr wollt, laßt eure Protest- und Notenmühlen ohne politisches Korn so lange klappern wie Ihr Lust habt, Ihr werdet nichts damit erreichen, nichts, nichts, nichts! Das Einzige, womit Ihr etwas erreichen werdet, ist, daß Ihr eure eigene Vernunft zurückruft und auf den guten Rat hört, den euch zuletzt sogar der frühere Feind aus Scham über sein eigenes Volk und aus Erbarmen mir eurer Unfähigkeit, euch selbst zu helfen, gibt!

Die politische Lage Deutsch-Österreichs

Von Dr. Gustav Stolper.

Die Wahlen zum ersten Nationalrat der Bundesrepublik Oesterreich, die am 17. Oktober stattfanden, haben die politische Lage des Landes wesentlich verschoben, aber keineswegs geklärt. Das liegt vor allem daran, daß die Wahlen keine entscheidende Machtverschiebung gebracht haben. Das Kräfteverhältnis zwischen Sozialdemokraten und Christlichsozialen hat sich umgekehrt, jene haben ein paar Mandate verloren, diese ein paar Mandate gewonnen; die dritte Partei, die Großdeutsche Vereinigung, ist mit unveränderter Mandatzahl zurückgekehrt. Aber auch die Verschiebung zwischen Sozialdemokraten und Christlichsozialen beschränkt sich fast ausschließlich auf Wien. In den Ländern hat sich das Stimmen- und Mandatverhältnis der beiden großen Parteien zumeist überhaupt nicht verändert. Daher hat im neuen Parlament die führende christlichsoziale Partei ebensowenig die absolute Mehrheit wie in der konstituierenden Nationalversammlung die Sozialdemokratie. Unter diesen Umständen gab es drei Mög-

Digitized by Google

lichkeiten der Kabinettsbildung: Eine Wiederherstellung der christlichsozial-sozialdemokratischen Koalition, eine christlichsozial-großdeutsche Koalition und eine christlichsoziale Minderheitsregierung.

Die sozialdemokratischen Führer erklärten sofort nach der Wahl — und dieser Standpunkt wurde von dem bald darauf abgehaltenen Parteitag fast ohne Diskussion einstimmig gebilligt —, daß für sie die Wiederherstellung der alten Koalition ausgeschlossen wäre. Zu so schroff ablehnender Haltung hatte die Partei mehrere Gründe. Der deutschösterreichischen Sozialdemokratie ist es bisher, als der einzigen sozialistischen Partei im kriegführenden Europa, gelungen, die Einheit der Partei aufrechtzuerhalten. Wie bedeutungslos die kommunistische Absplitterung ist, haben die Wahlen mit aller Deutlichkeit bewiesen. Die Kommunisten erlangten im ganzen Lande kaum 20 000 Stimmen. Die Erhaltung der Parteieinheit trotz der Teilnahme der Partei an der Regierung und trotz der furchtbaren wirtschaftlichen Not, von der Deutschösterreich seit der Revolution heimgesucht war und ist, erforderte schon ein ungewöhnliches taktisches Geschick; aber mit aller Klugheit und taktischen Geschicklichkeit wäre die Koalition mit einer konservativen bürgerlichen Partei vor die radikalen Massen von dem Augenblick nicht mehr zu rechtfertigen gewesen, in dem die Sozialdemokratie die Führung im Kabinett hätte abgeben müssen. Für das innere Gefüge der Partei bedeutete die Rückkehr in die Opposition eine außerordentliche Entlastung. Sie wurde der Partei aber auch dadurch erleichtert, daß die Christlichsozialen als Koalitionspartner sich schwerer Illoyalität schuldig gemacht hatten. Die Christlichsozialen waren in der Regierung paritätisch vertreten, hatten von Anfang an insbesondere alle wirtschaftlichen Ressorts besetzt und seit dem Sommer auch den Vorsitz im Kabinettsrat inne. Trotzdem gebärdeten sie sich als Oppositionspartei und scheuten sich nicht, in hemmungsloser Demagogie der Sozialdemotratie die alleinige „Schuld" an allen wirtschaftlichen Nöten zuzuschieben und ihnen alle Maßnahmen vorzuwerfen, an denen ihre Parteigenossen in der Regierung und die christlichsoziale Fraktion in der Nationalversammlung selbst mitgewirkt hatten. Die Sozialdemokraten wären an dem Tiefstand der Valuta, an den hohen Preisen, an den schweren Steuern, an der Kärglichkeit der Nahrung „schuld". Vor allem aber war die Führung einer einheitlichen Außenpolitik unmöglich geworden, da darin die beiden Koalitionsparteien fast in allen wesentlichen Fragen eine gegensätzliche Haltung einnahmen.

Für eine christlichsoziale-großdeutsche Koalition waren vor allem die Großdeutschen nicht zu haben. Sie wäre zahlenmäßig im Parlament nicht sehr stark gewesen und hätte die Großdeutschen in den von ihnen abgelehnten Anschein gebracht, an einer „bürgerlichen" Klassenregierung teilzunehmen. Ueberdies trennt die Großdeutschen von den Christlich-

Digitized by Google

sozialen eine zu starke Kluft, solange diese unter dem beherrschenden Einfluß ihres monarchistischen, habsburgfreundlichen Flügels stehen.

Einer christlichsozialen Minderheitsregierung suchte aber die Partei selbst solange wie möglich auszuweichen. So tauchte der Gedanke auf, zunächst ein sogenanntes neutrales Kabinett von Beamten und Fachmännern mit der Leitung der Geschäfte zu betrauen. An die Spitze des Kabinettes sollte der Polizeipräsident von Wien treten. Herr Schober galt und gilt vor allem als Vertrauensmann der Ententemissionen. Dieses Vertrauen verbindet er mit unleugbaren Sympathien, die er so ziemlich in allen Lagern genießt. Er hat es sich nicht durch ein bestimmtes politisches Verhalten, sondern durch die tatkräftige und loyale Versehung seines verantwortungsvollen Verwaltungsamtes erworben. Dr. Schober hatte sein Amt bereits vor dem Umsturz inne, und die erste Revolutionsregierung Renner war klug genug, daran nichts zu ändern. Diesem Umstand ist es nicht zuletzt zu danken, daß die Revolution in Deutschösterreich unblutig verlaufen ist. Besonders verdienstvoll aber war das Verhalten der Polizei in den Tagen der kommunistischen Gefahr. Sie vermied jede Scharfmacherei und Prestigepolitik und hielt trotzdem unter Wahrung der strengsten Disziplin die Bewegung in engsten Grenzen. Sie folgte dabei vor allem vollkommen loyal den Weisungen des sozialdemokratischen Staatssekretäres des Innern, der sich selbst wieder durch Beschlüsse des Wiener Kreisarbeiterrates gedeckt hatte. Seit dem Tage, da ein durch die kommunistische Agitation aufgestachelter Mob bereits Feuer an das Wiener Parlamentsgebäude gelegt hatte, galt Präsident Schober als der Mann der „Ordnung". Politisch hat er sich niemals betätigt und sich wohl auch nicht stark interessiert. In seinem schwierigen Dienst, den er nach guter alter Beamtenart auffaßte, schien er vollständig aufzugehen. Ein Kabinett Schober wäre mit dem Anspruch aufgetreten, als unparteiisches Aufbaukabinett zu gelten. Und Schober selbst hielt an dieser Auffassung so konsequent fest, daß er auch den geringsten christlichsozialen parteimäßigen Einschlag ablehnte. Aber er unterschätzte die Schwierigkeit der politischen Lage. Er suchte zunächst Garantien der Reparationskommission insbesondere für schnelle und ausgiebige Kreditgewährung zu erlangen. Die Reparationskommission war nicht in der Lage mehr zu bieten als Versicherungen der Sympathie. Er holte sich bei angesehenen Verwaltungsmännern, die sich unter dem kaiserlichen Regime bewährt hatten, einen Korb nach dem andern. Und er beging schließlich die Unvorsichtigkeit, das Finanzportefeuille dem Professor Redlich anzubieten, dem Finanzminister im letzten Kabinett des Kaisers Karl. Dagegen lehnten sich aber mit aller Entschiedenheit vor allem die Großdeutschen auf, auf die Dr. Schober angewiesen gewesen wäre, da die Sozialdemokraten auch ihm gegenüber an ihrer Oppositionsstellung festhielten.

Digitized by Google

Als nach wochenlangen Verhandlungen die Bemühungen des Polizeipräsidenten scheiterten, blieb den Christlichsozialen schließlich nichts übrig, als selbst die Regierung zu bilden. Die Großdeutschen erklärten sich bereit, die Regierung mitzuwählen, behielten sich aber im übrigen freie Hand vor. Von ihrem Wohlwollen ist die Regierung somit in allen schwierigen Fragen abhängig. Zur Dauerhaftigkeit dieses Kabinettes hat anscheinend die christlichsoziale Partei selbst nicht viel Zutrauen. Die Situation Deutschösterreichs ist verzweifelt, und so hatten die eigentlichen Führer der Partei kein Bedürfnis sich zu exponieren. Es war zweite und dritte Garnitur, die sie unter der Führung des Innsbrucker Universitätsprofessors Dr. Mayr in die Regierung entsendete.

Die Dinge laufen nun so, wie es vorauszusehen war. Die Schwierigkeiten der Regierung wachsen ins Riesenhafte. Die Vorschläge der Reparationskommission auf halbwegs ausreichende Kredithilfe für Deutschösterreich werden in Paris und London seit Wochen erörtert. aber täglich sinkt die Hoffnung tiefer, daß sie im notwendigen Ausmaß und vor allem rechtzeitig gewährt werde. Die Mehlbestände reichen bloß mehr für wenige Wochen. Zu weiteren Käufen fehlt die Valuta. Die Preise der ausländischen Zahlungsmittel haben in Wien einen Stand erreicht, der ungefähr einem schweizer Kronenkurs von 1 Centime entspricht. Die Unruhe unter Arbeitern und Angestellten wächst. Streiks häufen sich und nehmen zum Teil gewaltige Formen an, die Banknotenflut und das Defizit steigen in unheimlichem Maße, ohne daß ein Ausweg sichtbar wäre.

Inzwischen stachelt die Regierung aber auch das Mißtrauen der Großdeutschen und Sozialdemokraten durch ihr zweideutiges Verhalten in der äußeren Politik, zumal in der Anschlußfrage auf. Mit Umgehung des Parlamentes hat sie zum Völkerbund nach Genf den Grafen Mensdorff-Pouilly entsendet, der bei Kriegsausbruch der Kollege Lichnowskys in London war und in dessen berühmter Denkschrift scharf gekennzeichnet ist. Graf Mensdorff gehört zur alten schwarz-gelben Diplomatengarde, die für Deutschland niemals viel übrig hatte, und seine Entsendung zum Völkerbund wirkt umso aufreizender, als das Aufnahmegesuch Deutschösterreichs nur den Sinn haben kann, beim Völkerbund die Revision des Anschlußverbotes zu erwirken. Der Berliner Gesandtenposten ist noch immer unbesetzt, aber was die christlichsoziale Partei bisher an Kandidaten für die Nachfolge Ludo Hartmanns vorgeschlagen hat, ist nur geeignet, das Mißtrauen aller Anschlußfreunde zu verstärken. Trotzdem kann natürlich keine Rede davon sein, die christlichsoziale Partei in Bausch und Bogen als anschlußfeindlich zu bezeichnen. Es ist nur ein Minderheitsflügel in der Partei, der mehr oder weniger offen gegen den Anschluß intrigiert, aber er bestimmt zur Zeit die Haltung von Partei

Digitized by Google

und Regierung. Diese Belastung kann die Partei umsoweniger lange ertragen als der außenpolitische Kurs der neuen Regierung auch in anderer Richtung nach wenigen Tagen gescheitert ist. Die christlichsoziale Partei hat sofort nach den Wahlen den früheren Bürgermeister von Wien Dr. Weißkirchner nach Budapest entsendet, um bei den Gesinnungsgenossen, die dort in der Regierung sind, Nahrungshilfe für Deutschösterreich zu erlangen. Es war eines der wirksamsten Argumente des christlich-sozialen Wahlkampfes gewesen, daß die Sozialdemokraten durch ihre feindselige Stellung gegen Ungarn und durch den Boykott Deutschösterreich von seiner natürlichen Nahrungsquelle abgeschnitten hätten. Dr. Weißkirchner kam indes mit leeren Händen heim. Die Bedingungen, die man in Budapest selbst nur für eine Mehlsendung von wenigen Tagen stellte, waren so ungeheuerlich, daß sie die Regierung nicht einmal öffentlich mitzuteilen wagte. Ebenso ist man in der westungarischen Frage um keinen Schritt weiter gekommen. Ungarn hält das Land nach wie vor besetzt und trifft keine Anstalten es zu räumen. Trotzdem hat die demonstrative Schwenkung der Wiener Regierung nach Budapest hin in Prag verkühlt und die wirtschaftliche Auseinandersetzung mit der Tschechoslovakei wieder erschwert. Was unter diesen Umständen die nächsten Wochen bringen werden, ist völlig unabsehbar. Für den Augenblick treten freilich alle politischen Sorgen hinter der Frage zurück, welches Schicksal den Rettungsvorschlägen der Reparationskommission in Paris und London zuteil wird.

Die Geheimnisse von Crewe House

Von *.*

Unter diesem Titel veröffentlicht Sir Campbell Stuart, erster Gehilfe des englischen Publizisten und Propagandaministers Northcliffe, die Methoden seines Herrn und Meisters, indem er die Geschichte seines „berühmten Propagandafeldzuges" erzählt. Das im Monat September in erster, im Oktober 1920 bereits in zweiter Auflage erschienene Buch enthält auf den 250 Seiten — idealen englischen Friedenspapiers — auch die Photographien aller Mitarbeiter Northcliffes und Faksimiles einer ganzen Reihe von Flugblättern, Karten und sonstiger Propagandamittel. Schonungslos enthüllt das Buch die englischen Methoden. Wenn sich auch der Verfasser, den keine Scham beschleicht, eine gewisse Reserve auferlegt — dank seiner Selbstgefälligkeit und Skrupellosigkeit enthüllt er uns doch mehr, als einsichtigen Leuten in England vielleicht lieb gewesen sein dürfte.

Zunächst erklärt uns Sir Stuart das Wesen der Propaganda, die mit Recht als eine neue und starke Waffe bezeichnet wird. Erste Voraus-

Digitized by Google

setzung sei, daß die Propaganda sich nur auf wahrem Tatsachenmaterial aufbaue. Beharrlichkeit sei in der Propagandapolitik ebenso unerläßlich wie umfassende Kenntnis der Tatsachen, der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Entwicklung, endlich sei feines psychologisches Verständnis erforderlich. Northcliffe forderte daher stets vor Einleitung einer größeren Aktion vom Politiker Richtlinien, d. h. er legte dem Auswärtigen Amte jedesmal eine Denkschrift vor, in der er seine Politik entwickelte. Diese Richtlinien fanden dann regelmäßig, wenn auch mit Vorbehalten, die Zustimmung Balfours. Tatsächlich hat Northcliffe während des entscheidenden Stadiums des Krieges — nachdem er das Kabinett Asquith gestürzt hatte — die äußere englische Kriegspolitik aufs entscheidendste beeinflußt.

In Crewe House, dem Landsitz eines Marquis of Crewe, schlug der im Februar 1918 zum Propagandaminister ernannte Northcliffe sein Hauptquartier auf. Die sofort eingeleitete erste Propagandaaktion in Europa hatte Oesterreich-Ungarn zum Ziele, das nach Northcliffes Auffassung jetzt für die Aktion reif geworden sei. Seinem Grundsatz getreu, daß jede Propaganda nach zwei Richtungen wirken müsse: einmal aufbauend (konstruktiv) und zweitens zerstörend, wurde die gegen Oesterreich gerichtete Propaganda in der Weise angepackt, daß sie „aufbauend" einerseits die Sehnsucht der unbefreiten Völker nach Loslösung aus der Doppelmonarchie erwecken, andererseits „zerstörend" die österreichisch-ungarischen Truppen dazu bringen sollte, jedes weitere Kämpfen für die Mittelmächte zu verweigern. In seiner Denkschrift an den Minister Balfour faßte Northcliffe zur Erreichung seines Zieles zwei Möglichkeiten ins Auge, entweder einen Separatfrieden mit Oesterreich unter Intakterhaltung der Monarchie oder Zerstörung und Zerstückelung der Doppelmonarchie. Da der erstgenannte Weg (Sixtus-Briefe!) bereits als gescheitert zu betrachten sei, müsse man sich an den zweiten, dann tatsächlich auch ausgeführten, halten. Balfours Antwort war sehr vorsichtig gehalten. Der Minister schrieb, daß die Entscheidung doch vom Erfolg der Waffen und von den Ansichten der Alliierten abhänge; aber Northcliffe ging jetzt den einmal eingeschlagenen Weg. Es wurde nach Rom ein Kongreß der „unterdrückten Völker der Habsburger" einberufen (7.—9. April 1918); im italienischen Hauptquartier wurde alsdann eine interalliierte Propagandakommission eingerichtet, die bereits im April ihre Tätigkeit begann. Flugblätter in polnischer, tschechischer, südslavischer und rumänischer Sprache wurden in Massen aus Flugzeugen über die österreichischen Linien geworfen. Grammophone, welche Volksweisen der unterdrückten Nationen spielten, wurden in „Niemandsland" eingebaut. Polnische usw. Ueberläufer gingen als Propagandapatrouillen mit Werbematerial ausge-

Digitized by Google

rüstet zum Feind hinüber. Auf diese Weise wurde die österreichische Front rasch zermürbt. Zahlreiche Ueberläufer kamen; sie brachten nebenbei auch wichtige Nachrichten über die geplante österreichische Offensive. Northcliffe bedauert nur, daß die „reaktionäre italienische Regierung" in der südslavischen Frage leider versagt und nicht die erwünschte Erklärung abgegeben habe, wonach die Einheit und Unabhängigkeit der Jugoslaven „ein Lebensinteresse Italiens" sei. Durch die Vorenthaltung einer solchen Erklärung — die, wie die Dinge inzwischen ja gezeigt haben (Fiume!), selbstverständlich niemals im Interesse einer italienischen Politik gelegen sein konnte, — sei aber die Wirkung der Propaganda beeinträchtigt worden. Northcliffe beansprucht dann das Verdienst für sich, die Aufschiebung der österreichischen Offensive vom April auf den Monat Juni erreicht zu haben, und sieht dann in der Piaveschlacht seine Früchte reifen. Der italienische Oberbefehlshaber bestätigt Northcliffe dankend, daß der italienische Abwehr-Sieg zum großen Teil auf seine Propagandatätigkeit zurückzuführen sei. Northcliffe leitet nun einen neuen Feldzug gegen die Ungarn ein, wobei die Aufrollung der Agrarfrage in den Vordergrund geschoben werden sollte. Der Zusammenbruch Bulgariens ließ es nicht mehr zu dieser Aktion kommen, und Oesterreich erlag schon im Oktober den ihm von Northcliffe eingeflößten Giften.

Lloyd George schrieb schon im Mai 1918 an den Propagandaminister einen Brief, in dem er diesen aufforderte, nunmehr seine Aufmerksamkeit auch der deutschen Westfront zuzuwenden. Unter Northcliffes Leitung wurde Mr. Wells mit dieser Aufgabe betraut, der sofort eine größere Denkschrift über Zweck und Ziele der gegen Deutschland einzuleitenden Propaganda einreichte. Als Ziele wurden aufgestellt: Die Entschlossenheit der Verbündeten, den Krieg bis zu einem „gerechten" Frieden fortzusetzen, und die Absicht, die bestehende Allianz als einen „Kampfbund freier Nationen" zu vertiefen. Da der Deutsche heute für Schlagworte besonders empfänglich sei, müsse dem „Mitteleuropa Naumann's" ein „Völkerbund als Liga aller freien Nationen" entgegengestellt werden. Dem dauernden Frieden ständen in Deutschland nur die herrschenden Dynastien und die militärisch und wirtschaftlich führenden Kreise entgegen. Die Verbündeten wollten Deutschland ja nicht vernichten, vielmehr auch ihm die Freiheit auf Grund der Selbstbestimmung gewährleisten. Die Aenderung der inneren Struktur Deutschlands sei aber das Hauptziel. Deutschland sei doch der Angreifer, der allein Schuldige am Kriege gewesen; die Verbündeten befänden sich demgegenüber nur in der Abwehr. In der ganzen Welt sei jetzt der Wille zum Weltfrieden erwacht; dieser suche sein Ziel in der Gründung eines obersten Gerichtshofes

Digitized by Google

zum Schutze der Schwachen und zur Verhinderung künftiger Kriege. Nach solcher Richtung strebten jetzt die großen Völker der Menschheit, während nur die herrschenden Schichten Deutschlands ihr Ziel in niedrigem Vorteil reiner Eroberungssucht, in Unterwühlung und Demoralisierung Rußlands und in der Unterdrückung der österreichisch-ungarischen Völker sowie der Bedrohung und Umschmeichlung der Neutralen suchten. All dem gegenüber kristallisierte sich heute der Weltgedanke in dem Begriff der Liga der freien Nationen. Dieser Völkerbund würde in seiner idealen Vollendung alle Nationen der Erde umfassen einschließlich des entmilitarisierten Deutschland. Schon jetzt könne man sagen, daß die Großmächte zu wesentlichen Einschränkungen ihrer Souveränität in Fragen der Rüstung, der tropischen Besitzungen und der unterworfenen Völker bereit seien. Insbesondere wollten Frankreich und England ihre Weltreichbesitzungen als Pfand der Menschheit auffassen und ihre Stellung nur als diejenige eines Treuhänders betrachten. Solche Gedanken führten dann zu einer Art von Weltbürgerschaft.

Die künftige Neuregelung der Gebietsverteilung müsse freilich eine wichtige Aufgabe werden. Voranstehen werde die elsaß-lothringische Frage — die ja keine französische, sondern eine internationale Frage sei — und die Berichtigung der italienischen Grenzen. Der Einfluß des deutschen Imperialismus über Polen, Rußland, Ukraine, Tschechien, Jugoslavien, Finnland und Rumänien müsse gebrochen werden. Im Osten müsse eine Art östlicher Völkerbund begründet werden, der von Danzig bis zum Schwarzen und Adriatischen Meere reiche. Vom fieberhaften Ehrgeiz befreit könnte ein freies und geeinigtes Deutschland eines der ersten Mitglieder des Völkerbundes werden. Was die Schiffahrt betrifft, so sei zu befürchten, daß die ganze Welt durch einen Handelskrieg an Deutschland Rache zu nehmen wünsche wegen des U-Bootskrieges.

Die Wirtschaftslage der ganzen Welt mit ihrer ungeheuren Inflation erfordere zur Heilung gemeinsame Maßnahmen. Der Niedergang der ganzen Zivilisation würde unvermeidlich sein, wenn es nicht gelänge, die Wirtschaft wieder aufzurichten. Die ehrliche Mitarbeit Deutschlands sei hierbei hauptsächlich notwendig. Für all diese Probleme sei aber eine innere Umgestaltung der Verhältnisse in Deutschland unerläßlich. Man wünsche keine bolschewistische Revolution in Deutschland, die das Land wirtschaftlich nur ruiniere. Schärfster Unterschied sei zu machen zwischen Deutschland und seiner jetzigen Regierung. Jede Propaganda, alle öffentlichen Reden müßten dahin wirken. Inzwischen müßten aber die Ver-

Digitized by Google

bündeten auf jede Weise auf allen Fronten militärisch, wirtschaftlich und politisch den Kampf fortsetzen.

Ziel aller Propaganda gegen Deutschland sei Schwächung des Kriegswillens: Hierzu Stärkung der inneren Opposition in Deutschland. Dem deutschen Volk sei einzuhämmern, daß der Kriegswille der Verbündeten zu fördern sei. Die Handelsblockade sei rücksichtslos fortzusetzen. Ein wichtiges Argument der deutschen Kriegspartei sei der drohende Ruin im Falle einer Niederlage. Die Propaganda müsse deshalb betonen, daß dieser Ruin ja vermieden werden könne, wenn Deutschland sich dem Plane der Verbündeten für eine Neuorganisation der Welt anschließe.

So betrieben enthalte die Propaganda die beiden Elemente von Furcht und Hoffnung, die stets in naher Verbindung zueinander gebracht werden müßten.

Um nicht als listiger Versuch zu erscheinen, Deutschland zu einem Verzichtfrieden zu verlocken und es fürchten zu lassen, daß nach erfolgter Unterwerfung eine übermächtige angelsächsische Kombination die Welt beherrschen und Deutschland unterdrücken würde, müsse die Propaganda durch öffentliche Reden und verantwortliche Aeußerungen der leitenden Staatsmänner der Verbündeten unterstützt werden.

Nach diesen Grundsätzen wurde Northcliffes Propaganda gegen Deutschland eingeleitet. Die erwähnten Gedankengänge gingen im Juni, Juli, August und September 1918 in vielen Millionen Flugblättern über die deutschen Linien. Da die englische Heeresleitung infolge der deutschen Repressalien sich weigerte, Flugblätter aus Flugzeugen abwerfen zu lassen — ein Eingeständnis der Unsittlichkeit jener Propaganda —, begnügte man sich auf der Westfront englischerseits sehr zum Aerger Northcliffes mit dem viel weniger wirksamen Mittel des Nachrichtenballons. Erst im Oktober wurde die Benutzung der Flugzeuge für Propagandazwecke freigegeben.

Da zunächst — d. h. während der deutschen Offensive — die Propaganda an der deutschen Front unwirksam blieb, wandte man sich hauptsächlich anderen Wegen zu. Es galt, die Propaganda ins deutsche Volk hineinzutragen. Hierzu wurde ein sorgfältiger Agentendienst eingerichtet. Aufgabe war, den Geist des deutschen Volkes zu zermürben. Für diesen Zweck wurden entsprechende, vielleicht von Northcliffe inspirierte Reden der führenden britischen Staatsmänner als besonders geeignet bezeichnet. Ihre Veröffentlichung und Verbreitung in neutralen Blättern wurde besonders erstrebt, weil sie von da aus in die deutschen Zeitungen übergingen. Wichtig sei auch die Verbreitung von Nachrichten, die nachwiesen, wie sehr es den Engländern bisher gelungen sei, deutsche Waren nachzumachen.

Digitized by Google

Die Aufdeckung so manchen deutschen Handelsgeheimnisses und die gelungene Nachahmung von Artikeln in Frankreich, Italien, England und Amerika, die bisher als deutsche Monopole galten, müßten der deutschen Oeffentlichkeit recht lebendig vor Augen geführt werden. Vor allem suchte man in der deutschen Schweiz und in Skandinavien derartige Gedanken zu verbreiten, besonders in Deutschland wohlgesinnten Zeitungen. Dort erschienen sie als wohlgemeinte warnende Stimmen; man brachte auch Vergleiche zwischen der guten Lebenshaltung in England und der armseligen in Deutschland.

Reichliche geheime Mittel wurden aufgewendet, um in den deutschen Hafenstädten zu wirken. Listen der gesunkenen deutschen Unterseeboote wurden verbreitet, um das Gefährliche dieser Tätigkeit zu illustrieren. In England gefertigte Flugblätter zeigten das Bild des Kaisers, um den Inhalt der Schrift besonders glaubwürdig zu machen. Auch religiös abgefaßte Flugblätter wurden losgelassen, „da der Deutsche tiefen religiösen Sinn zeigt". Ein derartiges „Gebet" sagte z. B.: „Sei versichert, daß Deine Sünden doch ans Tageslicht kommen werden".

In einer in London abgehaltenen interalliierten Propagandakonferenz wurde die Frage der revolutionären Propaganda lebhaft erörtert. Man gab der Ansicht Ausdruck, daß es besser sei, die Verantwortlichkeit am Kriege den Alldeutschen statt dem Kaiser zuzuschieben. Alle Angriffe gegen die Hohenzollern müßten tatsächlich oder scheinbar aus deutschen Quellen fließen. Es sei ja reichliches Material von deutscher anti-kaiserlicher Seite zu bekommen.

Die amerikanische Hilfe wurde überall in den Vordergrund geschoben und in ihrer Riesenhaftigkeit gezeigt.

Zahlreiche Agenten bereisten Deutschland. Dieser Dienst — deren Methoden, wie Stuart sagt, niemals enthüllt werden dürften — war so eingerichtet, daß Arbeiter einer gewissen Nation täglich morgens Deutschland erreichten und dann am selben Abend wieder die Rückreise antraten, nachdem sie ihre propagandistische Tätigkeit erledigt hatten. Durch alle möglichen Kanäle, die vor allem auch der deutsche Buchhandel bot, wurde so das Gift der englischen Propaganda in die deutschen Herzen geträufelt. Sorgbältig ausgesuchte Literatur auch mit revolutionären Tendenzen ging in Massen über die deutschen Grenzen. Den Deutschen wurde gezeigt, daß die Fortsetzung des Krieges gegen ihr eigenes Interesse verstoße. Auch die Reden deutscher Sozialisten wurden verbreitet. Freilich wandten sich einzelne Sozialisten an die französische Regierung mit dem Ersuchen, ihre Reden nicht zu Propagandazwecken zu verwenden, weil dadurch ihre — der Sozialisten — Anstrengungen in der Wirkung abgeschwächt würden.

Digitized by Google

Auch der Film fand zu Propagandazwecken Verwendung.

Die Franzosen billigten rückhaltslos die Propagandapolitik Northcliffes, wie ein Kapitel „Zusammenarbeit der Alliierten" mit zwingender Deutlichkeit beweist. Nur die englische Heeresleitung scheint gewisse Bedenken gehabt zu haben, wie sich auch aus dem Verbot der Benutzung von Flugzeugen für Propagandazwecke entnehmen läßt.

Es würde zu weit führen, die Tätigkeit Northcliffes vor Allem auch in Bezug auf seine „Friedenspropaganda" weiter zu verfolgen. Die bisherigen Proben genügen, zu zeigen wie die Methoden dieses Mannes beschaffen waren und wie sein eingangs ausgesprochener oberster Grundsatz der Wahrhaftigkeit gehandhabt wurde. Northcliffe konnte es tatsächlich als seinen Erfolg buchen, an der Zermürbung der deutschen Heimatfront entscheidend gewirkt zu haben.

Das schwarze Kabinett Ludwig XIV. und Napoleons und die Methoden eines Machiavelli sind gegenüber den Mitteln eines Northcliffes nur als Kinderspiel zu bezeichnen.

Honduras gegen Clemenceau

Von Maximilian Müller-Jabusch

Der Albdruck, der Tag der Friedensverhandlungen ist noch nicht so lange vorüber, daß wir uns nicht erinnerten, mit welcher Aengstlichkeit dieselben mächtigen Männer, deren angesehenster die Abschaffung der Geheimdiplomatie proklamiert hatte, das Geheimnis ihrer Beratungen hüteten, ja wie sie den eigenen Völkern den Wortlaut dessen, was sie von den Unterlegenen zu fordern gedachten, vorenthielten. Bücher, wie das von Keynes haben inzwischen manchen den hüllenden Schleier um die Friedenskonferenz zerrissen. Ein bezeichnendes Dokument aus jenen Tagen wird in folgendem mitgeteilt, eine Note der Delegation der Republik Honduras an die Friedenskonferenz.

Honduras hat Deutschland am 19. Juni 1918, kurz nach Guatemala, Nikaragua, Costa Rica den Krieg erklärt. Für die militärische Kriegführung werden diese Akte kaum Konsequenzen gehabt haben, für die wirtschaftlichen Bestimmungen des Friedensvertrages haben sie empfindliche. Immerhin hat Deutschland größere Schmerzen als seine Angelegenheiten mit Honduras. Für uns ist es aber wichtig, daß von allen 27 alliierten und assoziierten Mächten einzig und allein Honduras den Mut gehabt hat, sich in der für Deutschlands Ehre empfindlichsten Frage der Auslieferung deutscher Staatsangehöriger an die Gerichte der Feinde dem Willen der vier Gewaltigen zu widersetzen.

Es handelt sich also um Wilhelm II. und die sogenannten Kriegsverbrecher. Durch ein gewisses Entgegenkommen der Entente ist ja eine

Digitized by Google

Milderung der ursprünglichen Bestimmungen erreicht worden. Gerade deshalb ist aber die Note der Republik Honduras interessant, die sich auf S. 41 und 42 des gedruckten, aber nicht veröffentlichten 6. Protokolls der Friedenskonferenz (Vollsitzung vom 6. Mai) befindet. Ihre Wiedergabe ist die erste öffentliche Mitteilung aus diesem Protokoll. Die französisch abgefaßte Note lautet in möglichst wortgetreuer (und darum gelegentlich schwerfälliger) deutscher Uebersetzung:

Herr Präsident,
meine Herren Delegierten!

Die Delegation bedauert, eine Meinung aussprechen zu müssen, die der entgegengesetzt ist, welche von den hervorragenden Rechtssachverständigen vertreten wird, die den Entwurf der Artikel redigiert haben, die die auf die Verantwortlichkeit für den Krieg anzuwendenden Bestimmungen festsetzen. [1]) Indem die Delegation diese Haltung annimmt, erfüllt sie eine Pflicht, die aus den Prinzipien des allgemeinen Rechtes, wie es in der Verfassung des Landes festgelegt ist, hervorgeht.

Die geschriebene Gesetzgebung aller zivilisierten Länder hat das unantastbare Prinzip des natürlichen Rechtes feierlich festgelegt, daß niemand verurteilt noch bestraft werden darf, es sei denn wegen eines Vergehens, das als solches ausdrücklich vom Gesetz bestimmt und mit Strafe belegt ist.

Die Delegation des Landes, das ich zu vertreten die Ehre habe, betrachtet als unmöglich (inoperant) die Verurteilung Wilhelms II. von Hohenzollern, deutschen Exkaisers, der durch den ersten Artikel des in Rede stehenden Entwurfs in Anklagezustand versetzt wird. Dazu bietet weder irgendein internationales Gesetz noch ein Präzedenzfall eine Handhabe. Ein Staatsoberhaupt ist nur seinem eigenen Volke verantwortlich: und dieses darf ihn nur richten und verurteilen nach Gesetzen, die auf dem gesetzmäßigen Wege geschaffen sind. Im gegenwärtigen Falle würde es logischer sein, das ganze deutsche Volk zu richten und zu verurteilen, das den Handlungen seiner Regierenden gefolgt ist, sie unterstützt und geduldet hat, aber diese Verurteilung könnte in keiner anderen Form wirksam werden als in der, vermittels welcher die Konferenz gesucht hat, das zu erreichen: indem sie dem deutschen Volke eine Entschädigung oder Wiedergutmachung für alle Schäden auferlegte, die durch einen ungerechten und grausamen Krieg verursacht sind, in das es sich hat reißen lassen.

Ganz entsprechend glauben wir noch weniger, daß es eine Rechtsmöglichkeit gibt, von den Niederlanden die Auslieferung des vormaligen deutschen Kaisers zu verlangen. Und wenn, was wir nicht wissen, ein Auslieferungsvertrag zwischen Holland und einer oder mehreren der alliierten und assoziierten Mächte besteht der den Fall vorsieht, so ist unsere Ueberzeugung, daß Holland dem, was von ihm verlangt werden wird, nicht willfahren kann, ohne seine eigenen Gesetze zu verletzen.

In dem Entwurf der Artikel, die wir vor uns haben, handelt es sich darum, jede Person vor Gericht zu ziehen und zu verurteilen, die im Dienst der deutschen Regierung gewesen ist und gegen die eine wie auch immer geartete Verantwortlichkeit auf Grund von ihr begangener Handlungen, die eine Verletzung der Gesetze und Gebräuche des Krieges darstellen, geltend gemacht werden kann; die Urteilsfällung würde Kriegsgerichten anvertraut werden,

[1]) Gemeint sind die Strafbestimmungen A. 2 227–230.

Digitized by Google

die sich nach den Kriegsgesetzen des alliierten oder assoziierten Landes richten würden, dessen Rechtsprechung der Ankläger [2]) untersteht (dont le demandeur est ressortissant).

Sprächen diese Gerichtshöfe eine Verurteilung aus, so würden sie entweder ihr heimisches Recht anzuwenden haben, das aber von dem Angeklagten nicht absichtlich verletzt worden sein könnte, denn es war ihm unbekannt, oder das deutsche Recht, und dann wäre das Gericht nicht zuständig und könnte dieses Recht, in dem es nicht sachverständig ist, nicht ausdeuten; oder aber, sie könnten die Gesetze und Gebräuche des Krieges anwenden, aber diese kennen keinen anderen Strafvollzug als den durch die innere Gesetzgebung jedes Landes in den die Rechte, Pflichten und Verantwortlichkeiten der Angehörigen des nationalen Heeres regelnden Bestimmungen vorgesehenen.

Aus all dem Ausgeführten ziehen wir vielmehr den Schluß, daß es zweckmäßig ist, in den Vertrag einen Artikel aufzunehmen, der die deutsche Regierung verpflichtet, alle die seiner Gerichtsbarkeit Unterstehenden in Anklagezustand zu versetzen, deren Taten nach den deutschen Gesetzen eine wie auch immer geartete Sühne erheischen würden und zu gleicher Zeit die Garantien zu fordern, die notwendig sind, um ein gerechtes Gericht bei der Urteilsfällung sowohl wie die Durchführung der Urteile zu sichern.

Wir halten indessen ausnahmsweise die Rechtsprechung durch die Kriegsgerichte der alliierten und assoziierten Mächte bei Verbrechen und Vergehen, die gegen die Person oder das Eigentum der ihrer Gerichtsbarkeit Unterstehenden begangen sind, für annehmbar, wenn die dafür verantwortlichen Personen schon verhaftet sind oder zur Verfügung dieser Gerichte gestellt werden können.

Wenn man, um die Rechte der Menschlichkeit zu garantieren und dem über allem stehenden Recht (justice absolue) Ehrfurcht zu erweisen, einen ausdrücklichen Präzedenzfall (précedent éclatant) hätte schaffen wollen, dann hätte man in den Vertrag eine die Gegenseitigkeit verbürgende Klausel aufnehmen müssen, die die Verpflichtung für die alliierten und assoziierten Regierungen festlegte, die Vergehen und Verbrechen aburteilen und bestrafen zu lassen, die ihre Landeskinder gegen den Feind begangen haben könnten und die eine Verletzung der Gesetze und Gebräuche des Krieges oder der Gesetze ihres Heimatlandes darstellten, denn so gering an Zahl diese Fälle sich dargestellt hätten, sie dürften nicht ohne Sühne bleiben, und die alliierten und assoziierten Regierungen dürften nicht wünschen, daß sie unbestraft blieben.

Es ist möglich, daß unsere Meinung in diesem Augenblick nicht jedermann angenehm erscheint; aber wir sind der festen Zuversicht, daß es diese Meinung ist, die vorherrschen wird, sobald man mit den Wohltaten des Friedens die ruhige Ueberlegung wieder erwachen sehen wird: in jedem Falle wird es die des unparteiischen Geschichtsschreibers sein, der in zukünftigen Tagen die Geschehnisse des Heute beurteilen wird.

Wir verurteilen mit allem Nachdruck die Grausamkeiten und Verbrechen, die durch die deutschen Armeen und ihre Verbündeten begangen sind: wir haben noch nicht Gelegenheit gehabt, die Verwüstungen festzustellen, dessen Opfer Belgien, Frankreich, Serbien und die anderen besetzten Länder geworden sind; indessen wir verabscheuen sie; denn die Welt ist voll von dem Wehegeschrei der unglücklichen auf jede Art gemarterten Bewohner. Und gerade darum würden wir wünschen, in den Völkerbundsvertrag oder in einen anderen von denen, die von dieser Konferenz angenommen werden, Bestimmungen aufge-

[2]) Sperrungen vom Herausgeber

Digitized by Google

nommen zu sehen, die so bindend sind, daß man jede Wiederholung dieser Attentate gegen die Menschheit als unmöglich ansehen kann und die, wenn solche Verbrechen je wieder begangen werden sollten, ihren Urhebern exemplarische Bestrafung sichern würden. Nur auf diese Weise könnte man die Lücke, die jetzt im Völkerrecht klafft, ausfüllen.

Gegeben zu Paris am 23. April 1919

Der Unterzeichner, Policarpo Bonilla, ehemaliger Präsident der Republik und außerordentlicher Gesandter von Honduras in Paris, hat diese Note noch durch Hinweis in der Sitzung der Friedenskonferenz am Vortage der Ueberreichung der Friedensbedingungen unterstrichen. Ihre Bedeutung liegt im Grundsätzlichen. Herr Bonilla ist sicher kein Freund Deutschlands, aber er hat sich seinen nüchterenen Blick ziemlich bewahrt. Wir dürfen es nicht weiter tragisch nehmen, daß auch er die Hauptthesen der feindlichen Propaganda sich zu eigen gemacht hat. Die Artikel, die er angreift, sind mit bestechendem Raffinement und unter Anrufung heiligster Grundsätze der Menschenrechte abgefaßt. Ihre Milderung durch Verhandlungen vor Unterzeichnung des Friedensvertrages zu erreichen, erwies sich als unmöglich. So, wie sie in den Friedensbedingungen standen, sind sie in den Friedensvertrag übergegangen. Die von tiefster Erregung zitternden Einwendungen der deutschen Gegenvorschläge hat Clemenceau mit eisig kaltem Pharisäerdünkel zurückgewiesen. Soweit Bonillas Ausführungen Wilhelm II. betreffen, werden sie heute Erregung der Person wegen kaum noch auslösen. Die Hauptsache ist, daß dem Rechtsgrundsatz Achtung verschafft werden soll, der im zweiten Absatz des Schreibens formuliert wird und mit dem die ganze Gerichtsbarkeit steht und fällt. Praktisch von größerer Bedeutung sind aber die Ausführungen über die Kriegsbeschuldigten. Man ist an einzelnen Stellen geneigt anzunehmen, daß ein Mann von ganz hoher Warte hier dem blinden Haß Einhalt zu gebieten sucht und daß nur seine Klugheit seinen Worten gewisse Schranken setzt. Ihren sachlichen Höhepunkt erreichen die Ausführungen in der Forderung der Gegenseitigkeit. Bonilla hat diese Grundbedingung gerechter Rechtspflege zwischen Staaten sehr vorsichtig verpackt und die wirkliche Bedeutung der Auswirkung abgeschwächt, aber in der Sache hat er damit seinen Standpunkt genau fixiert. Und zu einem ethischen Pathos erheben sich die Ausführungen, als er das Urteil der Geschichte für sich in Anspruch nimmt.

Die spätere Entwicklung der Dinge hat gezeigt, daß die Entente selbst zu dem Bewußtsein kam, den Bogen überspannt zu haben und für Bonilla mag es eine gewisse Genugtuung gewesen sein, daß die Abänderungen seinen Vorschlägen entsprachen. Freilich der eine und wesentlichste Grundsatz der Gegenseitigkeit ist noch nicht durchgesetzt. Würde es möglich

Digitized by Google

sein, auch diesen Grundsatz durchzusetzen, so würde die ganze Angelegenheit auf eine Bahn gebracht sein, auf deren weitere Verfolgung man sich einen für die Ruhe der Welt befriedigenden Verlauf versprechen könnte.

Notizen

Ein französisches Urteil über das Kautsky-Buch. In der „Humanité" vom 4. November findet sich ein in vielen Punkten so zutreffendes Urteil über das Buch Kautskys, daß wir nicht verfehlen möchten, den Lesern der „Deutschen Politik" den von einem „Mitgliede der Liga" (un ligueur — zu ergänzen: „der Menschenrechte") gezeichneten Artikel in tunlichst wortgetreuer Uebersetzung mitzuteilen:

„Wer auf das Kautskysche Buch gerechnet hatte, um triumphierend die Verantwortlichkeit Deutschlands für die Entfesselung des Weltkrieges zu beweisen, wird eine bittere Enttäuschung erfahren. Das Buch liegt jetzt vor! Es ist soeben in französischer Sprache erschienen. Es ist jedem zugänglich, wenigstens jedem, der 10 Franken für ein Buch ausgeben kann. Wir haben es mit der größten Aufmerksamkeit und mit dem Bleistift in der Hand von Anfang bis zu Ende gelesen. Es erbringt nicht nur keinen Beweis, daß der deutsche Kaiser der verantwortliche Urheber der Weltkatastrophe ist, sondern es zeigt an einer Reihe packender (saisissants) Dokumente, daß unter all den fluchwürdigen Schurken, die in Europa im Monat Juli 1914 die Geschicke der Völker zu lenken hatten, gerade der Kaiser vielleicht den geringsten Anteil an dem Verbrechen aller Verbrechen hat. Es ist angezeigt, das gleich festzustellen und denen unserer Freunde, die während sechs Jahren in verblendetem Eigensinn eine Schutzwache um die Herren Poincaré und Viviani gebildet haben, klar zu machen, daß sie nicht leicht ihre Haltung gegenüber der sozialistischen Partei werden rechtfertigen können.

Das Kautskysche Buch trägt den Titel: „Wie der Weltkrieg entstand". Es ist übersetzt von Viktor Dave, dem Uebersetzer von Büchner und Haeckel. Man weiß zudem auch, unter welchen Umständen es geschrieben wurde. Infolge der deutschen Revolution vom 9. November war Karl Kautsky in der Eigenschaft als Unterstaatssekretär in das Auswärtige Amt eingetreten. Seine erste Sorge war nachzuforschen, ob nicht „belastendes Material" aus den Regierungsarchiven entfernt worden sei. Mit Unterstützung seiner Frau ging er daran, alle auf den Krieg sich beziehenden Dokumente einzusehen und zu sammeln. Und in dieser Beziehung muß man vorbehaltlos den deutschen Sozialistenführer loben, daß er unverzüglich diese notwendige Aufgabe unternommen hat. Er verschafft uns dadurch die allerwertvollste Auskunft. Er für seine Person begnügte sich nicht mit den wiederholten Versicherungen der Führer seines Landes, wie wir es in Frankreich getan haben. Er wollte wissen. Er wollte die Behauptungen der Beherrscher Deutschlands kontrollieren. Und während mehrerer Monate durchstöberte er die diplomatischen Archive mit dem Vorsatz nur auf Grund von Tatsachen, Dokumenten und Beweisen zu urteilen.

Es erübrigt sich zu erzählen, wie infolge des Ausscheidens der Vertreter der unabhängigen sozialistischen Partei Karl Kautsky sein Amt als Unterstaatssekretär niederlegte, dabei jedoch sein Werk fortsetzte, und wie man ihm nach dessen Beendigung zwei Mitarbeiter zur Seite gab, den Grafen Montgelas

Digitized by Google

und Professor Schücking. Uebrigens zögerte er nicht, sich mit diesen ins Einvernehmen zu setzen, und die Sammlung der kürzlich in vier Bänden von der deutschen Regierung veröffentlichten neunhundert Dokumente trägt die Unterschriften von den drei Männern.

Im Verlaufe seiner Nachforschungen hat Kautsky den Kommentar verfaßt, der soeben auch französisch unter dem Titel „Comment s'est déclanchée la guerre mondiale" erschienen ist. Zweifelsohne kann man bedauern, daß allzu oft der kritische Geist zu vermissen ist. Ist es in der Tat nicht sonderbar, daß er, bemüht Geschichte zu schreiben, sich weigert ein einziges Wort von all dem zu glauben, was die deutsche Regierung behauptet, hingegen ohne Erörterung und ohne Vorbehalt alles hinnimmt, was unsere eigenen politischen Führer sagen? Er treibt das Entgegenkommen diesen gegenüber so weit, daß er die berühmte Geschichte des Rückzuges von zehn Kilometern ernst nimmt, von dem der Generalissimus Joffre selbst in seinem Tagesbefehl sagte, daß er lediglich eine politische Maßnahme sei, die auf die öffentliche Meinung in England wirken sollte, und dessen völlige Bedeutungslosigkeit Herr Viviani durch die Erklärung kennzeichnete, daß er die Verantwortung dafür nicht übernommen haben würde, wenn dadurch der mindeste Nachteil für die nationale Verteidigung entstanden wäre.

Was aber die deutsche Regierung betrifft, so beharrt Kautsky in dem Glauben an die aggressive Versammlung in Potsdam am 5. Juli. Und er sieht nicht, daß am Tage nach dieser angeblichen aggressiven Versammlung der deutsche Kaiser eine Vergnügungsfahrt nach der Nordsee antrat, während die Herren Poincaré und Viviani jene gewagte Expedition (randonnée audacieuse) nach Petersburg unternehmen, aus der unvermeidlich die allgemeine Katastrophe hervorgehen sollte.

Aber besonders muß man auch die Oberflächlichkeit (légèreté) bedauern, mit der Kautsky das Attentat von Serajewo verurteilt. Ist denn, vom Standpunkt der einfachsten Moral, dieses Verbrechen nicht ein Verbrechen? Und war es wirklich angebracht, zehn bis zwölf Millionen Männer in den Tod zu führen ausschließlich um einer Handvoll chauvinistischer Verbrecher und Mörder Genugtuung zu verschaffen? Mit welchem Recht läßt Kautsky bei Prüfung der Kriegsursachen das Ereignis außer Acht, das den wesentlichen und entscheidenden Anlaß bildete? Und mit welchem Rechte vergißt er, der doch Mitglied der internationalen sozialistischen Partei ist, die heldenmütige Haltung jener kleinen Gruppe unserer serbischen sozialistischen Freunde, einer Gruppe, die doch wirklich den politischen Hintergrund des Mordes von Serajewo kannte und kühn die Verantwortung auf sich nahm, die Militärkredite in einem Zeitpunkt zu verweigern, als Oesterreich-Ungarn schon in das serbische Gebiet eindrang[1])? Hier liegt ein wesentliches Problem der Moral vor. Ein Sozialist darf ihm nicht ausweichen. Und wenn man den Mord von Serajewo rechtfertigt, zieht das nicht die unvermeidliche Folgerung nach sich, auch den Mord von Jean Jaurès zu rechtfertigen?

Das Buch von Kautsky ist nichts desto weniger ein notwendiges Buch. Es dient uns als Beispiel in dem Sinne, daß es uns zeigt, daß wir — leider! — nicht einmal unseren Kautsky gehabt haben. Das muß gesagt werden!... Ah-

---

[1]) Anm. des Uebersetzers. Hier liegt ein Irrtum des Verfassers vor. Als am 1. August die serbische Skuptschina die Kriegskredite bewilligte standen höchstens ganz schwache österreichisch-ungarische Patrouillen auf serbischem Boden.

Digitized by Google

gesehen von der kleinen „Société d'Etudes documentaires et critiques sur la guerre", die man während des Krieges so sehr boykottiert hat, und um die Veröffentlichung von deren Arbeiten sich heute niemand kümmert, hat keiner der zahllosen Professoren, die im Verlaufe der Dreyfus-Affäre Feuer und Flamme gespien hatten, und keiner der bevollmächtigten Vertreter der sozialistischen Partei daran gedacht, die unbedingt nötigen Fragen zu stellen. Kein Widerstand hat sich erhoben. Keine Kraft zur Nachprüfung hat sich gezeigt. Keiner hat versucht, uns aus dem Lügengewebe zu befreien, das uns umstrickte. Und mit der ausdrücklichen Zustimmung derer, die am meisten berufen waren zu handeln, haben unsere Beherrscher Frankreich ruinieren und zwei Millionen Franzosen morden lassen können."

Es ist nicht zu verwundern, daß der Artikel des „ligueur" von anderer Seite, darunter auch von Longuet, in der „Humanité" selbst heftig angegriffen worden ist. Immerhin bleibt es erfreulich, daß eine so kräftige Abfertigung des naiven Glaubens einzelner Deutscher an die schneeweiße Unschuld der Entente in Frankreich veröffentlicht werden konnte. Unbekannt ist aber anscheinend in ganz Frankreich, daß Kautsky selbst in einer zweiten Schrift sagt: „Deutschland hat auf den Weltkrieg nicht planmäßig hingearbeitet. Es hat ihn schließlich zu vermeiden gesucht."

Neuerscheinungen

Literatur zur Schuldfrage. Aus unserem Leserkreise gehen uns Anfragen zu über die Kriegsschuld-Literatur, auf die Professor Delbrück in seinem Aufsatz gegen Kanner in unserem vorigen Heft verweist. Es dürfte sich um folgende Schriften handeln: „Kautsky und Harden" von Hans Delbrück, Verlag Karl Curtius in Berlin W 35, 3,20 M.

Kautsky hat hierauf erwidert in einer Schrift „Delbrück und Wilhelm II.", die wiederum zurückgewiesen ist von Delbrück im „Berliner Tageblatt" vom 22. Mai 1920 in einem Artikel „Karl Kautsky als Zarenanwalt".

Ferner: „Glossen zum Kautsky-Buch" von Graf Max Montgelas, Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H. Charlottenburg, Preis 2,50 M. „Die Grundlinien der diplomatischen Verhandlungen bei Kriegsausbruch" von B. W. v. Bülow. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H. Charlottenburg.

Diese Schriften setzen sich im wesentlichen das Ziel, die Ungerechtigkeit und Unbegründetheit der gegen Deutschland erhobenen Anklagen nachzuweisen. Die Beweise für die positive Schuld des Feindbundes sind zusammengestellt und dargelegt in der Schrift von Paul Rohrbach: „Die Beweise für die Verantwortlichkeit der Entente am Ausbruch des Weltkrieges."

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt. Redaktion: Schöneberger Ufer 36a I. Telephon: Nollendorf 928. Für Anzeigen: Werbedienst G. m. b. H. Berlin W 35, Lützowstr. 107/8. Verlag: Deutsche Verlagsanstalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt 15 M. Einzelnummer 1,50 M. Druck von Paß & Garleb G. m. b. H., Berlin W 57, Bülowstraße 66.

Digitized by Google

Börsenhandels-Zeitung

Organ für die Interessen der Börse, des Bankwesens, des Handels, der Industrie, des Hypothekenmarktes und des Versicherungswesens

Herausgeber: Franz Krupke

Verlag Krupkes Konversations-Lexikon der Börse u. d. Handels

FRANZ KRUPKE & CO. DEPESCHEN-BUREAU

Ständige Börsenkursveröffentlichung. Kalender der Generalversammlungen. Geschäftsaussichten und Dividenden. Unabhängige Beratung in allen Fragen der Kapitalanlage. Fortlaufende Orientierung über alle Vorgänge im täglichen praktischen Wirtschaftsleben. Sachkundige kritische Abhandlungen über Banken und Börse, Volkswirtschaft und Finanzwissenschaft. Zuverlässige Informationen über alle Börsenpapiere. Amtliche Bekanntmachungen des Berliner Börsenvorstandes nach erfolgter Publikation an der Börsentafel. Ständige Devisen-Kurstabelle mit den höchsten, niedrigsten und letzten amtlichen Geld- u. Briefkursen. Reichsbankausweise — Literaturberichte — Briefkasten.

Bezugspreis: vierteljährlich 6 Mark, jährlich 24 Mark, Ausland 30 Mark.

Verlangen Sie Probenummer!

Verlag, Geschäftsstelle und Schriftleitung: Berlin W 15

Kurfürstendamm 48-49 (Fernspr. Amt Stpl. 4409), Zweig-Bureau: In der Börse von 12-2 Uhr.

Wirksamstes Insertions-Organ!

Als Mittler zwischen Herstellung und Verbrauch, zwischen Angebot und Käufer wird immer eine den Zeitverhältnissen angepaßte Werbung nötig sein, wie sie der

Werbedienst

in allen seinen Arbeiten pflegt u. fördert. Erste Künstler, namhafte Fachleute u. durchgebildetes Personal vereinigen sich zu dieser Aufgabe

Eigenes Atelier mit Haus- u. [illegible]druckpresse

Werbedienst G. m. b. H. Berlin W 35

Digitized by Google

AUSLANDSPOST

Politik des Auslands, Kultur und Weltwirtschaft

Einzeln 90 Pfg. Erscheint wöchentlich Vierteljährlich 9 M.

Die Aufgabe

UNSERE Wochenzeitung stellt sich eine Aufgabe, die in ihrer Einfachheit und Klarheit ohne weiteres einleuchtet. Sie legt dem deutschen Leser die wichtigsten Äußerungen der ausländischen Presse in wortgetreuer Übersetzung vor — aus einer Masse von Zeitungen aller Länder, die der Einzelne niemals, bei dem jetzigen Stand der Valuta weniger als je, zu verfolgen vermag, und in einer Vollständigkeit der Uebersetzung, die kein anderes Organ in Deutschland liefert.

Aus den eingegangenen Urteilen:

„ . . . . . die einzige politische Zeitung, die ganz objektiv Uebersetzungen aus der gesamten Auslandspresse bringt, und die daher zu halten, Pflicht jedes Deutschen ist, der Anspruch erhebt, als unterrichtet zu gelten . . . Wir haben außer der Auslandspost kaum eine Möglichkeit so restlos objektiver Tatsachenübermittlung." Hans v. Weber im soeben erschienenen „Zwiebelfisch" Jahrg. XI.

„Die „AUSLANDSPOST" hat in ihrer Haltung jene ernste Schlichtheit verwirklicht, die als Grundbedingung für alle politische Wirksamkeit erkannt werden muß. Sie unternimmt es, die Tatbestände der politischen Situation fortlaufend zu ermitteln. Woche für Woche stellt sie einen Auszug aus der Weltpresse her, einen exakt geführten Querschnitt durch die Aeußerungen aller Länder und Parteien. Ihr ist das so oft erstrebte Kunststück „Neutralität" virtuos geglückt." (Frankfurter Nachrichten, 22. 11. 20

Man abonniere bei den Buch- und Zeitschriftenhandlungen, bei der Post oder unmittelbar beim Verlag

VERLAG „DER NEUE MERKUR"

MÜNCHEN / THERESIENSTRASSE 12

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

3 0000 116 452 099

Digitized by Google